
THE LIBRARY
REGENTS OF THE UNIVERSITY OF MINNESOTA
Wilson Library

Geschichte der europäischen Staaten.

Herausgegeben von

A. H. L. Heeren, F. A. Ukert, W. v. Giesebrecht, K. Lamprecht, H. Oncken.

Fünfundzwanzigstes Werk.

Geschichte Österreichs

Begonnen von Alfons Huber.

Sechster Band.

Österreichs Großmachtbildung in der Zeit Kaiser Leopolds I.

Von

Oswald Redlich.



Gotha 1921.
Friedrich Andreas Perthes A.-G.



Vorwort

Dieses Buch erfuhr das Schicksal, daß es, von lange her begonnen, durch die Ereignisse seit 1914 nicht bloß in seiner Vollendung unterbrochen und verzögert, sondern auch in seinen innersten Voraussetzungen aufs tiefste berührt wurde. Ich arbeitete an dieser Geschichte Österreichs als der Geschichte eines lebendigen Staatswesens, durchdrungen von der Hoffnung, daß in dem österreichischen Nationalitätenstaate trotz allen Schwierigkeiten die Möglichkeit der Verknüpfung einer großen Staatsidee mit der nationalen Idee gegeben sei und daß hierin doch noch die Zukunft der Monarchie beschlossen liege. Der Zusammenbruch und der Zerfall des alten Österreich ließ dem Verfasser sein Objekt unter der Hand aus einem lebenden Organismus zum rein historischen Stoffe werden. Es war ein erschütternder Wandel, es war wie ein Versinken altvertrauten Grundes und Bodens.

Zwar, das österreichische Problem ist nur scheinbar beseitigt. Denn die neu entstandenen selbständigen Staaten sind nichts weniger als national einheitlich und sie werden sich zum Teil genau vor dieselben Fragen gestellt sehen, die das alte Österreich zu bewältigen hatte. Das bunte und verwickelte Gemisch der Nationen auf dem Boden der früheren Monarchie ist nun einmal eine ethnographisch-geschichtliche Gegebenheit, die kein Umsturz gewaltsam verändern kann. Nur ein endliches gegenseitiges Verstehen wird vielleicht einmal in fernen Tagen den Knäuel entwirren. Aber uns Deutschen des jetzigen Staates Österreich ist ein fester Halt gewiesen in dem Zusammenschluß mit dem ganzen Deutschen Volk. Dieser Zusammenschluß muß zunächst engste Kulturgemeinschaft sein, aber er wird früher oder später auch politisch-staatliche Formen finden.

Wir haben in dem vorliegenden Bande in eine Epoche der Geschichte Österreichs einzutreten, die mit dem Zerfall der Monarchie



in einem tieferen Zusammenhange steht. Es ist die Zeit des werdenden zentralistischen Absolutismus, die Zeit, seit der Österreichs Herrscher und Staatsmänner zielbewußt daran arbeiteten, aus dem losen Ländergefüge des habsburgischen Machtgebietes ein einheitlicheres Staatswesen, ein zentral regiertes Reich zu gestalten. Die Ereignisse aber, die wir in den letzten Jahren durchlebten, bedeuten gegen jene Entwicklung Österreichs seit dem 17. Jahrhundert eine gewaltige und scheinbar plötzliche Reaktion: sie entstand und erwuchs mit der nationalen Idee des 19. Jahrhunderts, die Katastrophe des Weltkriegs und die Revolution brachten sie zu überraschendem Sieg. Aber darum war das, was die alte Monarchie an staatlicher und kultureller Arbeit geleistet hat, keineswegs umsonst. In ihr und durch sie sind ihre Völker zur Kultur und zu politischem Dasein erwacht und emporgeblüht. Zuletzt aber zerstörten sie den Bau. So hat denn der Historiker Vorzüge, Fehler und Schwächen, die Eigenart und die unsäglichen Schwierigkeiten dieser Staatenbildung zu erforschen und darzustellen. Wahrhaft keine leichte Aufgabe, doch eine Aufgabe von nicht gewöhnlichem Interesse und für den Geschichtschreiber, der mit dem Herzen dabei ist, eine Sache von heiligem Ernst.

Die erste große Epoche, die wir zu erfassen haben, ist die Zeit der Großmachtbildung Österreichs und der beginnenden Entwicklung des zentralisierenden Absolutismus, aber auch die Zeit einer österreichischen Kultur von eigenartiger Prägung, deren Entfaltung mit den äußeren und inneren staatlichen Gestaltungen enge zusammenhängt. Diese Epoche umfaßt die Zeit von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1740.

Es ist meine Absicht, im vorliegenden sechsten Bande nach einem einleitenden Kapitel über die Länder der deutschen Habsburger[1]) den ersten und wichtigeren Teil der Bildung von Österreichs Großmacht zu schildern, die es im Kampfe gegen die Türken und gegen Frankreich errang; 1697, 1699 und der spanische Erbfall bilden den Abschluß. Da es sich um die Befreiung Ungarns handelte, mußte den inneren ungarischen Verhältnissen schon in diesem Zusammenhange größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Sonst wird man

1) Dieses erste Kapitel war schon im April 1920 gedruckt. Ich erwähne dies, weil Josef Redlich im ersten Abschnitt seines im November 1920 erschienenen Werkes „Das österreichische Staats- und Reichsproblem" ähnliche Fragen berührt und mehrfach ähnliche Ansichten äußert — eine, wie ich glaube erfreuliche Übereinstimmung unabhängig voneinander gewonnener Urteile.

in diesem Bande begreiflicherweise viel politische und Kriegsgeschichte finden: neben den Türkenkriegen galt es, einmal den Anteil Österreichs an dem Kampfe gegen Frankreich deutlicher als es bisher geschehen herauszuarbeiten. Der nächste, siebente Band des Werkes soll dem Abschluß der österreichischen Großmachtbildung, hauptsächlich aber der, den gesamten Zeitraum von 1650 bis 1740 zusammenhängend erfassenden Darstellung der inneren Ausgestaltung der Monarchie und ihrer Kultur gewidmet werden. Diese beiden Bände wollen gewissermaßen als ein zusammenhängendes Ganzes betrachtet sein.

Es seien noch einige Worte über die Entstehung dieses Bandes gestattet. Nach dem Tode Alfons Hubers (23. November 1898) wurde von Karl Lamprecht, dem damaligen Leiter der „Staatengeschichte", im Jahre 1899 mir die Fortsetzung der „Geschichte Österreichs" anvertraut, die Huber im 5. Bande des Werkes bis 1648 geführt hatte. Ich war zur Übernahme dieser Aufgabe, die mich in ganz neue Arbeitsgebiete führen mußte, durch die dringende Aufforderung von Fachgenossen und Freunden bestimmt worden, unter denen ich des frühverstorbenen trefflichen Kenners österreichischer Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Thomas Fellner besonders gedenke. Allerdings mußte ich zunächst das damals begonnene Werk über Rudolf von Habsburg vollenden, das 1903 erschien. Auch eine andere wissenschaftliche Verpflichtung hatte ich noch zu erfüllen: meinen Anteil an der im Handbuch der mittleren und neueren Geschichte erscheinenden Urkundenlehre, von der der 1. Band mit dem von mir verfaßten einleitenden Abschnitt 1906, der 3. Band, Privaturkunden des Mittelalters, 1911 herauskam. Aber daneben hatte ich seit 1903 mit den Vorarbeiten für die Fortführung von Hubers Werk begonnen. Huber hatte für den 6. Band drei Kapitel mehr oder weniger ausgearbeitet (Ferdinand III. und die Wahl Leopolds I., Kriege gegen Schweden und Türken bis 1664, und die Magnatenverschwörung in Ungarn), eines begonnen (die spanische Erbschaft). Sonst lag an Vorarbeiten nichts vor. So mußte alles übrige von Grund aus neu gearbeitet werden, aber auch die genannten Kapitel wurden, schon um der Einheitlichkeit der Darstellung willen, ganz neu geschrieben. Zur Unterbrechung durch die vorhin angedeuteten anderen Arbeiten und zu den stofflichen Schwierigkeiten für jeden Forscher auf dem Gebiete der neueren Geschichte Österreichs traten



noch andere Abhaltungen: die Pflichten des akademischen Berufes und akademischer Ämter, die Arbeiten, welche mir aus der Tätigkeit für das Archivwesen und in der Akademie der Wissenschaften erwuchsen, nahmen Kraft und Zeit in Anspruch. Ich würde diese Dinge nicht erwähnen, wenn ich mich nicht gedrängt fühlte, die ungemein starke Verzögerung im Abschluß dieses Bandes zu erklären und zu entschuldigen. Daß endlich der Weltkrieg und seine Folgen der Arbeit äußere und innere Hemmungen brachten, brauche ich nicht zu sagen.

Jedes Buch muß für sich selber sprechen. Daher will ich nur einen Punkt noch berühren. Eine zusammenfassende Darstellung, wie sie in diesen Bänden über den reichen Stoff der neueren Geschichte Österreichs geboten werden soll, kann unmöglich auf eine systematische Ausnützung des archivalischen Materials ausgehen. Auch nur der Versuch dazu hätte die Vollendung unabsehbar hinausgeschoben. Es konnte nur gelegentlich auf Archivalien zurückgegriffen werden, wo es sich darum handelte, bestimmte Punkte klarzustellen oder einzelne bedeutsame Quellen zu würdigen, wie z. B. das Tagebuch Esaias Pufendorfs (vgl. Mitteil. des Instituts 37. Bd). Für wichtige Partien der Geschichte Leopolds I. haben besonders die verdienstvollen Arbeiten von A. F. Pribram den archivalischen Stoff trefflich ausgenützt und boten willkommene Grundlagen. Die vielfach zerstreute und entlegene Literatur möglichst heranzuziehen, gab ich mir alle Mühe. Mag dennoch da oder dort etwas vermißt werden, so wird man wohl nicht verlangen können, daß für ein allmeineres Werk die ganze Spezial- und Lokalliteratur verwertet werden könne und müsse.

Alfons Hubers „Geschichte Österreichs", deren erster Band im Jahre 1885, deren fünfter 1896 erschien, wird in der Gediegenheit der Forschung, in der Klarheit und Unparteilichkeit der Darstellung immer ihren anerkannten Wert behalten. Möge diese Fortsetzung des Werkes Hubers, dessen ich in dankbarer Erinnerung als eines meiner Lehrer gedenke, seiner würdig sein.

Wien, zu Ostern 1921.

Oswald Redlich

Inhaltsübersicht

Zwölftes Buch

Österreich und das Reich im Zeichen französischer Vorherrschaft

Dreizehntes Buch
Ungarn und die Türkenkriege bis 1688

Vierzehntes Buch

Der Doppelkampf Österreichs gegen Frankreich und die Türken



Zwölftes Buch

Österreich und das Reich im Zeichen französischer Vormacht

Erstes Kapitel

Das Haus Österreich und seine Länder um die Mitte des 17. Jahrhunderts

Das eigentliche Epochenjahr der neueren Geschichte Österreichs nach 1526 war das Jahr 1620. Mit dem Niederbruch der böhmisch-mährischen und der österreichischen ständisch-religiösen Opposition nach der Schlacht am Weißen Berge entstand bereits der deutliche Einschnitt zwischen dem alten Ständestaat, dessen Macht im 16. und in den ersten Dezennien des 17. Jahrhunderts ihre Höhe erreicht hatte, und zwischen der Entfaltung des monarchisch-absoluten Staates, dessen Zeit nun unwiderstehlich herankam. Die neuen Landesordnungen für Böhmen und Mähren von 1627 und 1628, die mit Härte durchgeführte Gegenreformation in den böhmisch-österreichischen Ländern bildeten den ersten Auftakt der neuen Epoche.

Der Dreißigjährige Krieg brachte unendliches Unheil über Schlesien, Böhmen, Mähren und Österreich nördlich der Donau. Aber der Verlauf des Krieges und sein Abschluß im Westfälischen Frieden verstärkte nur die geschichtliche Wirkung der großen Katastrophe von 1620. Der Westfälische Friede ist für Österreichs Geschichte nicht ein so tiefer Einschnitt wie für die deutsche. Für die dem Reiche angehörigen habsburgischen Gebiete bedeutete er bis zu gewissem Grade nur eine Bestätigung vorhandener Zustände. Kaiser Ferdinand III. hatte mit Zähigkeit an der Forderung festgehalten und sie durchgesetzt, daß die Erbländer von den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages über die freie Religionsübung der Protestanten ausgenommen blieben und daß nur in Schlesien und Niederösterreich für evangelische Adelige bescheidene Ausnahmen ge-

macht wurden. Nicht die Gleichstellung der Bekenntnisse war also für diese habsburgischen Gebiete das Ergebnis des langen Kampfes, sondern die volle Sicherung der Herrschaft der katholischen Kirche. Und so vollzog sich hier gerade jetzt nach 1648 der letzte Akt der Gegenreformation, um womöglich alle Reste des Protestantismus aus den Erblanden zu verscheuchen.

Im habsburgischen Ungarn allerdings schien um dieselbe Zeit nach dem Linzer Frieden von 1645 die Religionsfreiheit gesichert, wie sie im Fürstentum Siebenbürgen schon seit langem bestand und unter dem mächtigen Nachdruck der Siebenbürger Fürsten ja auch in Ungarn bereits durch den Wiener Frieden von 1606 festgesetzt worden war. Aber auch in Ungarn hatte die katholische Restauration seit dem Wirken Peter Pázmáns schon energisch eingesetzt und sie ließ sich durch die Beschlüsse von 1645 nicht einschüchtern. Der Episkopat, die katholischen Magnaten und die mit ihnen in diesem Punkte einige Dynastie begannen einen zunächst stilleren, dann offenen Kampf gegen die Errungenschaften des Protestantismus. Die Krone verknüpfte auch da mit der Gegenreformation die Tendenzen des Absolutismus. Aber an diesem Punkte schieden sich die Geister. Denn gegen den Absolutismus erhoben sich und einten sich in Ungarn Katholiken und Protestanten. Hieran entbrannte dann der schwere innere Kampf. Ganz anders in den böhmisch-österreichischen Ländern. Hier hatte die böhmische Katastrophe, der große Krieg und die Gegenreformation gründlich aufgeräumt mit dem oppositionell-protestantischen Adel und die alte gleichwie die neuemporgekommene katholische Aristokratie schickte sich an, ein richtiger Hofadel zu werden.

So vollzog sich in den österreichischen Erbländern ein Prozeß des Abschließens gegenüber dem übrigen Reich. Man darf die Intensität und die Folgen dieser Vorgänge nicht übertreiben, sie sind stärker auf kulturellem, als politischem Gebiete. Aber auch nach dieser zweiten Seite bleibt es Tatsache, daß gerade jetzt die bewußte Absonderung Österreichs vom Reiche deutlicher wird. Auch da hat der Westfälische Friede nur einen reichsrechtlich formellen Abschluß längst schon bestehender Verhältnisse gebracht. Das Friedensinstrument sprach den Reichsfürsten die Landeshoheit und Souveränität (ius territorii et superioritatis) zu[1]) und gewährte ihnen das Recht, sich mit auswärtigen Mächten zu verbünden, nur nicht wider Kaiser und Reich. Der Erzherzog von Österreich besaß kraft der

1) Die fürstliche Souveränität, dem Wortlaut nach fast unbeschränkt, besaß in Wirklichkeit doch mancherlei Schranken, vgl. die treffenden Bemerkungen von Riezler, Gesch. Bayerns VIII, 417.



seit Friedrich III. und Karl V. auch vom Reiche anerkannten österreichischen Hausprivilegien schon lange eine ähnlich exemte Stellung. Bedeutete aber die Souveränität und das Bündnisrecht in der Hand der andern Reichsfürsten eine Waffe für ihren Partikularismus und gegen ein Erstarken der kaiserlichen Gewalt, so war der habsburgische Landesfürst selber der Kaiser. Die Stärkung seiner landesfürstlichen Macht und seiner gesamten Stellung konnte ihm als Kaiser und konnte dem Reich zugute kommen. Allerdings lag gerade hierin der Quell ewiger Besorgnis der Reichsstände um ihre eben durch den Westfälischen Frieden verbürgte Libertät und der Anlaß ihrer Furcht vor absolutistischen Absichten des Kaisers auch im Reiche.

Die Stellung Österreichs im Reiche war so, daß Samuel Pufendorf sagen durfte, die Österreicher könnten, wenn einmal kein Habsburger Kaiser würde, erklären, sie brauchten sich nur, soweit es ihnen genehm sei, diesem Kaiser zu unterwerfen, ihr Gebiet bilde einen besonderen Staat [1]. In diesen Worten steckt die Einsicht, daß hier ein selbständig werdendes Staatengebilde vorhanden sei, das in seiner Gesamtexistenz eine Macht von eigenem Leben und eigenen Interessen darstelle und damit über das Reich hinauswachse. Auch in dieser Beziehung war schon das Jahr 1620 der entscheidende Wendepunkt. Seitdem wurden unter Ferdinand II. die habsburgische Politik und die Organe zu ihrer Durchführung sozusagen immer österreichischer [2]. Noch gehört der weitaus größere Teil der habsburgischen Länder dem Reiche an, allerdings in losem Zusammenhang, wenn aber einmal die Habsburger ihr Machtgebiet gegen Osten erweitern, wenn sie das ganze große Ungarn mit Siebenbürgen gewinnen und die Türken zurückdrängen, dann entsteht wirklich eine neue, besondere, österreichische Großmacht [3]. Die Regierung Leopolds I. wird, ohne daß er selbst von Anfang dieses Ziel vor Augen gehabt hätte, durch die Macht und Gunst der Ereignisse und Erfolge zu dieser Großmachtbildung Österreichs geführt.

1) In dem 1667 erschienenen Monzambano, De statu imp. Germ. II, 4, ed. Salomon, S. 52.

2) Wie Fellner, Österr. Zentralverwaltung I 1, 44 und 150 f. treffend ausführte. Vgl. weiter unten S. 15 f. über den Wandel im Geheimen Rate und die Entstehung der österreichischen Hofkanzlei.

3) Im Jahre 1833 schrieb Ranke (Die großen Mächte): „Zu einer selbständigen und europäisch bedeutsamen Macht wurde aber Österreich erst durch die Wiedereroberung von Ungarn."



Die Geschichte des **Begriffes „Österreich"** ist ein Symbol dieser Entwicklung [1]). Von dem alten Land und Herzogtum Österreich wurde schon im Laufe des 14. Jahrhunderts der Name auf das Fürstengeschlecht der Habsburger übertragen und dieses das Haus Österreich genannt; von ihm aber ging dann bald die Bezeichnung österreichisch auf den Umkreis der beherrschten Länder über. Hierzu trug wohl sicherlich die von den Habsburgern durchwegs festgehaltene Norm der Gesamtbelehnung und des Gesamtbesitzes aller Söhne an allen Ländern des Hauses bei, wodurch einerseits das Haus, anderseits sein Machtgebiet als eine gewisse bleibende Einheit auch dann erschien, wenn Teilungen eintraten, wie dies ja seit 1379 der Fall war. Und diese Einheit wurde nun nach dem ältesten und wichtigsten Besitze genannt, er gab den Namen her für die ihm zugewachsenen und noch zuwachsenden Erwerbungen. So treffen wir denn im 15. Jahrhundert die gesamten alten Erblande, ausgenommen Tirol und die Vorlande, als die österreichischen Lande bezeichnet, und im 16. Jahrhundert beginnt man auch Tirol und die Vorlande in diese Benennung einzubeziehen. Seit 1512 bilden **alle** diese Gebiete zusammen den „österreichischen" Reichskreis. Seit eben dieser Zeit, als Maximilian I. die gesamten Erblande wieder vereinte und bei der Durchführung seiner Verwaltungsorganisationen eine Gruppierung und Benennung der Länder bedurfte, ergab sich als schon fast selbstverständlicher zusammenfassender oberer Begriff das Wort Österreich und österreichisch. Die fünf alten Erblande Österreich unter und ob der Enns, Steiermark, Kärnten, Krain werden zusammen als niederösterreichische Lande bezeichnet, die drei letzten allein auch als Innerösterreich; Tirol und die Vorlande aber, die Donau und ihre Nebenflüsse wie Inn und Drau aufwärtsschreitend, nunmehr als ober- und vorderösterreichische Lande [2]).

Durch Maximilian I. und unmittelbar nach ihm gewinnt jedoch der Begriff des „**Hauses**" Österreich, der Domus Austriae, eine gewaltige Ausdehnung. Das Haus Österreich herrscht seit Karl V. und Ferdinand I. auch in Burgund und Niederland, in Spanien, in Böhmen und Ungarn, es betrachtet sich als Erben all dieser Länder, sie sind ihm ein Erbgut, ein Patrimonium. Aus dieser patrimonialen Staatsauffassung heraus

1) Für die ältere Zeit vgl. meine Bemerkungen im Jahrbuch des Vereins f. Landeskunde v. Niederösterr. 1914/15. S. 2 f. Für das Folgende konnte ich die Arbeit einer Schülerin, Frl. Margarete Haas, über die Entwicklung des Begriffes Österreich benützen.

2) Luschin, Handbuch der österr. Reichsgesch., S. 266, 2. Aufl. I, 259 hat dies schon treffend angedeutet.



erklärt es sich, daß „Haus Österreich" nicht bloß den Namen der Dynastie bedeutet, sondern auch in territorialem Sinn als Bezeichnung des gesamten Herrschaftsgebietes gebraucht wird. Das Herzogtum Österreich, nach dem das Haus Österreich Namen und Wappen führt, ist ein Teil dieses Hauses, sagt Ferdinand I. im Jahre 1522, und 1537 heißt es in seiner Instruktion für die Hofkammer, daß „Unser Haus Österreich . . mit weiland König Ludwigs von Ungarn verlassenen Königreich und Landen trefflich erweitert" worden sei [1]). Auch die spanische Linie bleibt dauernd in den Begriff der Domus Austriae, der Casa d'Austria einbezogen, es wird z. B. die Tochter Philipps III. von Spanien auch als Gemahlin und Witwe Ludwigs XIII. und als Regentin von Frankreich Anna von Österreich genannt.

Von diesem weitgespannten Begriff des „Hauses" Österreich ist zu unterscheiden die Weiterentwicklung des Begriffes „Österreich" in bezug auf die Herrschaftsgebiete der deutschen Linie der Habsburger. Umfaßte der Begriff „österreichisch" seit Maximilian I. die ganzen alten Erbländer samt Tirol und den Vorlanden, so steht seit 1526 ihnen gegenüber Böhmen und Ungarn. Noch im Prager Frieden von 1635 z. B. heißt es: das Erbkönigreich Böhmen und die anderen österreichischen Erblande. Um diese Zeit beginnt man schon diese Erblande geradezu Österreich, Autriche zu nennen. Und unter Leopold I. und zwar bezeichnenderweise nach 1687, als auch die Krone Ungarns erblich geworden, da wird nun der weitere Schritt getan und man fängt an „österreichisch" auf die **gesamten** Länder der deutschen Habsburger, also auch Böhmen und Ungarn mit eingeschlossen, anzuwenden und von österreichischen Erbkönigreichen und Ländern zu sprechen. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wird für dieses Gesamtgebiet auch bereits das Wort „Monarchie" gebraucht, so z. B. von Prinz Eugen im Jahre 1703. Und im Testamente Karls VI. von 1711 finden wir die diese Entwicklung abschließende Bezeichnung „Austriaca Monarchia, Monarchia Austriae", österreichische Monarchie [2]). Eine Bezeichnung, in der sich der staatsrechtlich zutreffende Begriff der monarchischen Herrschaftsform mit dem von patrimonialer, privatrechtlicher Auffassung durchtränkten Begriff des „Hauses Österreich" charakteristisch vermengt.

1) Vgl. Turba in Zeitschr. f. die österr. Gymnasien 1908, S. 219. Zehntbauer, Gesamtstaat, Dualismus u. Pragm. Sanktion (1914), S. 17 f.

2) Turba, Die Grundlagen der pragmat. Sanktion II, 2 Anm. 4, 397. 398. 399. Der österreichischen Monarchie steht zur Seite die Monarchia Hispanica, das andere "Majorat" des Hauses Österreich. Bezüglich des Begriffes „Majorat" vgl. unten das Kapitel.



Dieses Haus Österreich war schon längst, seit den Zeiten Karls V., eine politische Großmacht, lange bevor die „österreichische Monarchie" nach der Eroberung Ungarns eine Großmacht wurde. Das Haus Österreich bestand ja aus der deutschen und der spanischen Linie, sie beide zusammen führten seit anderthalb Jahrhunderten eine in großen Zügen gemeinsame Politik. Enge mit einander verknüpft durch immer erneute Bande des Blutes, der Verträge, der gegenseitigen Hilfe und des Gedankens der gegenseitigen Erbfolge, besaßen diese Habsburger deutscher und spanischer Linie Gesamtinteressen, die die Welt bewegten: kirchlich-katholische und dynastisch-politische. Gerade jetzt naht die Zeit, wo jene sich abschwächen und zurücktreten, diese aber neuerdings und aufs stärkste bestimmend werden. Haus Österreich, Haus Bourbon! Für Bourbon-Frankreich handelte es sich lange Zeit um den Kampf gegen die Umklammerung auf drei Seiten. Aber Frankreichs Eingreifen in den großen deutschen Krieg, sein Erfolg im Westfälischen Frieden, das war schon das Zeichen einer neuen und größten Phase dieses Kampfes, zu dem sich der junge König Ludwig XIV. vorbereitet. Nun geht Frankreich von der Abwehr über zum Angriff, das ganze Haus Österreich muß sich verteidigen, ja es geht bald um eine gewaltige Machtfrage der Zukunft, um das gesamte Erbe der spanischen Habsburger. Die spanische Erbfolge bildet schon seit der Mitte des Jahrhunderts immer stärker einen Einschlag, ja bald den bestimmenden Untergrund der habsburgischen und französischen Politik. Die Möglichkeit einer Personalunion Spaniens und Österreichs oder doch die Erbfolge einer Linie im Besitze der andern schien für das Haus Österreich ein lockendes Ziel, für Frankreich wurde sie eine um jeden Preis abzuwehrende Gefahr.

Diese Weltstellung und die von ihr erforderte Weltpolitik des Gesamthauses Österreich dürfen nicht übersehen werden bei der Beurteilung der Politik der österreichischen Habsburger. Die weltweite Verknüpfung war nun einmal historisch gegeben und übte ihre geschichtliche Wirkung. Es ist eine andere Frage, ob sie für Österreichs Länder zum Heil war oder nicht.

Es sind, wie man sieht, vor allem dynastische Fragen und Interessen. Jene Zeit erblickte in ihnen den Hauptinhalt der Politik. Und zweifellos haben die Habsburger gar oft ihren dynastischen und Familienzielen auch ihre Reichspolitik dienstbar gemacht, haben Familieninteress[e] als Reichsinteresse betrachtet und behandelt. Aber mit den dynastischen Zielen verbanden sich doch unlöslich auch Aufgaben anderer Natur. Als Beherrscher Ungarns und der österreichisch-böhmischen Länder waren die Habsburger die Vorkämpfer gegen die Türken, als deutsche Kai[ser]

hatten sie das Reich zu verteidigen wider die wachsende Übermacht Frankreichs. Eine religiös-kulturelle Mission gegen Osten, eine nationale gegen Westen, ein stetes Wechselspiel verschiedenster Interessen, Einflüsse und Rücksichten, die sich fortwährend miteinander kreuzen. So bildet die Geschichte der Kaiserwahl Leopolds I. ein Kapitel europäischer Politik, der Türkenfriede von 1664 wird erst verständlich durch die Befürchtungen, welche die damals schon aggressiv sich anlassende Politik Frankreichs erregte und durch die Sorge um die spanische Erbfolgefrage, die in ein akutes Stadium zu treten schien. Und der Geheimvertrag Leopolds mit Ludwig XIV. von 1668 wird erklärlicher, wenn man die innere Gärung Ungarns bedenkt, die es wünschenswert erscheinen ließ, sich mit Frankreich friedlich auseinanderzusetzen.

Der Kaiserhof in Wien war so ein Mittelpunkt europäischer Politik. Wien wurde seit Ferdinand II. die ständige Residenz des Kaisers, es begann jetzt erst so recht die Kaiserstadt zu werden, die Hauptstadt nicht bloß der österreichischen Länder, sondern auch die des Deutschen Reiches. Hier am Sitz des Kaisers, der Reichskanzlei und des Reichshofrates hatten die Fürsten und Stände des Reiches ihre Gesandten und Agenten, hierher kamen sie oder sandten ihre Botschaften. Hier vereinigten sich die Vertreter der fremden Mächte aus ganz Europa, und nicht selten begab es sich, daß eine türkische, russische oder tatarische Ambassade in in die Stadt einzog, ein interessantes Schauspiel für die neugierigen Wiener. Der Adel aus den böhmischen Ländern, aus den deutschen Erblanden, auch aus Ungarn kam an der Hof, nicht minder der aus dem Reiche. Daneben begegnen zahlreiche spanische und italienische Herren. Der Hof, der Adel, die fremden Gesandtschaften, alle mit zahlreichem Gefolge, die unablässig zu- und abströmenden Fremden, die ihren Anliegen, ihren Geschäften, ihrem Vergnügen oder auch der Sucht nach Geld und Glück nachgingen, der orientalische Einschlag serbischer, griechischer, armenischer Händler und Kaufleute, all dies brachte buntes, farbiges Leben, das die engen Straßen der Stadt durchflutete.

Noch umwob der Glanz der ehrwürdigen Krone Karls des Großen den Deutschen Kaiser. Das deutsche Volk betrachtete und ehrte doch das Haus Österreich als jenes, das der kaiserlichen Würde auch die größte reale Machtgrundlage bot. Die Habsburger aber wußten sehr wohl den ideellen Wert der Kaiserkrone zu würdigen, der sie über die anderen Herrscher erhob. Auch war der Reichsgedanke trotz aller Zerklüftung und Jämmerlichkeit der Zustände noch immer kräftig und selbstverständ-

lich, und das Reich war, freilich nicht durch Soldaten und Finanzen, in der Idee der Zeit eine Macht, verkörpert durch den Kaiser. Bei all ihrem Partikularismus sahen auch die deutschen Fürsten doch im Kaiser ihr Oberhaupt, den Quell ihrer Rechte und ihres Bestandes, und im Kaisertum die zusammenhaltende Autorität [1]).

Die reale Macht des Hauses bot also nicht bloß die Grundlage für die dynastischen Ziele der Habsburger, sie war auch die Voraussetzung für den dauernden Besitz der Kaiserwürde, ihre Kräfte stritten mit für das Reich und halfen, die Christenheit und Mitteleuropa zu schützen gegen die türkische Gefahr. Es lohnt sich wohl und ist auch als Grundlage unserer ganzen weiteren Darstellung erwünscht, einen Überblick über die äußere Lage und innere Beschaffenheit dieser habsburgischen Hausmacht zu gewinnen, bevor ihre äußere Erweiterung einsetzt und der Prozeß der Umformungen nach innen stärker und zielbewußter beginnt.

Die Länder der deutschen Habsburger dehnten sich damals aus vom oberrheinischen Breisgau bis an den Fuß der Tatra, an der Donau bis Komorn und im Südosten bis nach Agram, vom Erzgebirge und von Glogau und Sagan im nördlichen Schlesien bis an den Gardasee, bis Triest und an den Quarnero. Diese weitgespannten Gebiete teilten sich geographisch und staatsrechtlich in drei große Ländergruppen: die altösterreichischen Erblande mit Tirol und Vorderösterreich, die Länder der böhmischen Krone, und in das habsburgische Ungarn.

Die alten österreichischen Erbländer gruppierten sich in das Erzherzogtum Österreich, worunter Nieder- und Oberösterreich, dieses noch ohne das Innviertel, zusammengefaßt wurden; in Innerösterreich, das aus Steiermark, Kärnten, Krain, Görz mit dem Küstenland und dem österreichischen Istrien bestand; in Tirol und die österreichischen Vorlande, zusammen Ober- und Vorderösterreich genannt [2]). Von Norden her machte in diese Lande das reichsunmittelbare Erzstift Salzburg einen tiefen Einschnitt bis zu den Zillertaler Alpen und bis an die Tauern,

1) Vgl. Zwingmann, Der Kaiser in Reich und Christenheit im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1913) und meine Anzeige in Mitt. d. Instituts XXXVI, 725 f.

2) Gegenüber diesen ober- und vorderösterreichischen Landen wurden (vgl. schon oben S. 4) seit Maximilian I. Österreich unter und ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain auch als die fünf niederösterreichischen Länder zusammengefaßt und bezeichnet. Diese Bezeichnung verlor aber an Geltung nach 1564, als die Teilung K. Ferdinands I. in Kraft trat und die innerösterreichischen Länder sich enger zusammenschlossen. Vgl. Thiel, Zur Gesch. des Begriffes Innerösterreich, Carinthia I. 1913.

und reichte mit Enklaven über die Tauern ins tirolische Isel- und Defreggental, ins obere Drautal und bis Friesach herein. Der schmale Leib von Kärnten wurde außerdem noch durch Gebiete des Hochstiftes Bamberg um Villach, Völkermarkt und Lavanttal zersetzt, im nördlichen Krain besaßen seit alten Zeiten die Hochstifter Brixen und Freising die Gegend um Veldes und das Gebiet von Bischoflak.

So verband nur das Pustertal Innerösterreich mit Tirol. Die gefürstete Grafschaft Tirol besaß seit Maximilian I. ihre wesentliche Gestalt. Südlich des Brenners bestanden noch die kleinen Enklaven des Hochstiftes Brixen, im Etschtal unterhalb Salurn begann das viel größere Gebiet des Hochstiftes Trient, das jedoch im Süden gutenteils von den landesfürstlichen Wälschen Konfinen umrahmt ward. Das Land vor dem Arlberg war damals noch um die Herrschaft Hoheneck nördlich von Bregenz größer.

Von dem alten Stammbesitz der Habsburger in der Schweiz war schon längst nichts mehr vorhanden bis auf die Herrschaften Rheinfelden und Laufenburg östlich von Basel. Die anderen Reste im Lande der Drei Bünde wurden eben um diese Zeit aufgegeben. Hier waren im Engadin die Herrschaften Tarasp und Razüns, im Prätigau die acht Gerichte noch österreichisch geblieben, ein Besitz, der allerdings an Wichtigkeit verlor, seitdem sich Spanien von Mailand her und Österreich das unbestrittene Durchzugsrecht gesichert hatten. Der junge, verschwenderische Erzherzog Ferdinand Karl in Innsbruck brauchte Geld, begann seit 1647 Verhandlungen mit den Bünden, die 1649 und 1652 in der Tat zum Verkaufe führten. Nur Tarasp, über dessen Preis man sich nicht einigen konnte, blieb noch bei Österreich [1]).

Dieselbe Zeit brachte noch einen viel empfindlicheren Verlust. Im Westfälischen Frieden mußte das Haus Österreich all seinen Besitz und seine Rechte im Elsaß an Frankreich abtreten, dazu noch die Festung Breisach. Auf dem linken Rheinufer besaß somit Habsburg in seinem zweiten Stammgebiet keinen Fuß breit Landes mehr, und mit dem Erwerbe Breisachs und des speierischen Philippsburg betrat der Franzose rechtsrheinisches Land [2]).

1) Vgl. Hirn, Kanzler Bienner u. sein Prozeß, S. 133 ff. M. Valer, Die Beziehungen der III Bünde zu Tirol 1632—1652 im Jahresber. der histor.-antiquar. Gesellschaft von Graubünden (1902), 32. Bd. Th. Wieser, Der Auskauf der österr. Rechte und Besitzungen im Prätigau und Engadin, Forsch. und Mitteil. zur Geschichte Tirols (1904) I, 85 ff.

2) Über die vielumstrittene Frage, was 1648 im Elsaß an Frankreich abgetreten wurde, vgl. jetzt die klar zusammenfassende Darstellung bei Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer (1918), S. 147 ff.



So beschränkte sich der Begriff Vorderösterreich oder österreichische Vorlande auf die Besitzungen am Oberrhein aufwärts von Basel, im Breisgau und in Schwaben. Sie gehörten zum österreichischen Reichskreis, lagen aber eingesprengt in den schwäbischen Kreis und mehrten noch die bunten Farben seiner Karte. Die Ortenau im mittleren Baden und der Breisgau mit Freiburg als Mittelpunkt waren die westlichsten Stücke dieses zerrissenen Besitzes. Dann folgten, südlich vom damaligen Württemberg sich hinziehend, die Grafschaft Hohenberg und nordwestlich vom Bodensee die Grafschaft Nellenburg, sodann die Stücke der oberen schwäbischen Landvogtei und endlich zwischen Donau und Lech die Markgrafschaft Burgau. Größtenteils arg zerstückelte Gebiete ohne besondere finanzielle und militärische Bedeutung, aber doch ihrer Lage nach immer noch dazu geschaffen, die österreichischen Interessen mit all den Interessen des Reiches und seiner „oberen" Kreise in diesen nun unmittelbar an Frankreich grenzenden Landschaften zu verflechten.

Die materielle Hauptstärke der habsburgischen Macht lag zweifellos in dem gewaltigen Komplex der böhmischen Länder. Böhmen und Mähren waren ganz geschlossene Gebiete einer starken landesfürstlichen Gewalt, und es genügt hier zu sagen, daß Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen seit 1542 zwei Drittel aller ständischen jährlichen Kontributionen der Erbländer (ohne Tirol und Vorderösterreich) zahlten. In Böhmen besaß nur das Egerland eine besondere, noch durchaus anerkannte staatsrechtliche Stellung, da es eine vom Deutschen Reiche seit 1322 an die Krone Böhmen gediehene Pfandschaft war, deren Stände eine vom böhmischen Landtag getrennte Körperschaft bildeten [1]. Das weit gedehnte Schlesien war ein Lehen der Krone Böhmen. Noch bestanden zwar die mittelbaren Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau, Münsterberg und Öls mit alten fürstlichen Linien, aber diese waren dem Aussterben nahe und die Gebiete fielen dann 1675 an den Kaiser als König von Böhmen. Auch das Herzogtum Sagan, das seit 1646 Wenzel Eusebius von Lobkowitz besaß, war ein Lehen der Krone von Böhmen. Die Ansprüche, die Brandenburg auf jene Fürstentümer und auf das Herzogtum Jägerndorf geltend machte, hinderten nicht die Herrschaft des Kaisers über die ganzen schlesischen Gebiete, wurden aber allerdings in der Zukunft für das Schicksal Schlesiens bedeutsam.

1) Vgl. die übersichtlich zusammenfassende Schrift von K. Siegl, Über die staatsrechtliche Stellung des Egerlandes (1918).



Das dritte große Machtgebiet war Ungarn. Die Erfolge der Türken seit 1526 und die Loslösung Siebenbürgens unter eigenen Fürsten hatten es jedoch außerordentlich eingeschränkt. Das kaiserliche oder königliche Ungarn schmolz seit den letzten Friedensschlüssen mit der Pforte im Jahre 1606 und seit dem Wiener Frieden von 1645 mit Georg I. Rákóczy, Fürsten von Siebenbürgen, auf ein recht schmales Gebiet zusammen. Von der kroatischen Meeresküste bei Zengg lief die Grenze etwas östlich von Karlstadt, Agram und Warasdin nach Norden bis nach Raab und Komorn, übersetzte hier die Donau, ging bis Neuhäusel und zog sich dann, östlich und nordöstlich die oberungarischen Bergstädte einschließend, bis Kaschau und Eperjes und an den Oberlauf der Theiß. Hier waren nach dem Tode des Fürsten Georg I. Rákóczy am 11. Oktober 1648 gemäß den Bestimmungen des Wiener Friedens die fünf Komitate Abauj, Borsod, Zemplin, Beregh und Ugocsa an den Kaiser zurückgefallen. Aber die Komitate Szatmár und Szabolcs, sowie jene westlich Siebenbürgens und die Marmaros blieben beim Fürstentum. Die ganze große ungarische Tiefebene gehorchte den Türken. Das königliche Ungarn besaß einen Flächeninhalt von etwa 1200 Quadratmeilen oder 67,500 km², das türkische von ungefähr 1800 Quadratmeilen oder 91,250 km², Siebenbürgen mit den „partes adnexae“ von rund 2000 Quadratmeilen oder 112,500 km².

Anknüpfend an diese Angaben über die Größe des königlichen Ungarn haben wir versucht, eine ungefähre Vorstellung über die Größe der gesamten damaligen Gebiete der deutschen Habsburger zu gewinnen [1]). Wir fanden einen Flächeninhalt von rund 5400 Quadratmeilen oder 308000 km². Wertvoll wäre es, wenn wir auch die Zahl der Bevölkerung etwas genauer bestimmen könnten, aber hierzu reichen weder die bisher bekannten Quellen, noch die Vorarbeiten aus. Es ist eine ganz hypothetische Schätzung, wenn die Einwohnerzahl all dieser Gebiete zusammen etwa mit 6 bis 7 Millionen angenommen wird [2]).

Dieses Machtgebiet war seiner Ausdehnung nach keineswegs gering zu nennen. Es blieb nicht allzu sehr hinter dem damaligen Frankreich

1) Wo keine bestimmten Angaben vorlagen, wurde der ungefähre Flächeninhalt auf ...nd von Karten ermittelt.

2) Einen gewissen Anhaltspunkt geben die Volkszählungen für die gesamten deutschen ...d böhmischen Erbländer von 1754 und für Preußisch-Schlesien von 1756. Vgl. Großmann, Die Anfänge u. geschichtl. Entwicklung der amtlichen Statistik in ...rreich (Statist. Monatsschrift 1916) SA. S. 25 ff.



zurück. Allein im Innern, welch ein Unterschied! Frankreich war unter Richelieu und Mazarin schon der geschlossene monarchische Einheitsstaat geworden mit einem absoluten König an der Spitze. Wie verschiedenartig gestaltet zeigen sich dagegen die Herrschaftsrechte der Habsburger und die staatlichen Verhältnisse ihrer Länder, wie locker deren Verbindung. Der österreichische Herrscher war Deutscher Kaiser, aber als König von Ungarn ein selbständiger, vom Reiche unabhängiger Souverän. Als König von Böhmen war er ein deutscher Kurfürst, er wählte als solcher den deutschen König und Kaiser, aber Böhmen kannte außer dem Lehensverhältnis gegenüber dem Reiche keine Verpflichtungen. Vom böhmischen König hinwieder hingen die schlesischen Fürstentümer als Kronlehen ab. Enger waren die altösterreichischen Erbländer mit dem Reiche verbunden. Sie rührten als Gesamtlehen vom Reich, sie bildeten alle zusammen den österreichischen Reichskreis und konnten zu Reichssteuern und Reichskontingenten herangezogen werden, wie auch im allgemeinen die Reichsgesetzgebung für sie galt. Aber im übrigen eximierten sie die österreichischen Hausprivilegien so gut wie vollständig vom Reich.

Ungarn war ein Wahlreich, wenn auch der gewählte König dem Hause Österreich entnommen werden mußte, wie dies seit 1547 gesetzlich feststand. Böhmen war seit der verneuerten Landesordnung von 1627 ein Erbkönigreich, die altösterreichischen Länder waren von jeher erblich gewesen. Allein die Erbfolgeordnungen lauteten verschieden. In Böhmen bestand Individualsukzession, nämlich Primogenitur mit unbedingtem Vorzug des männlichen Stammes, eine Teilung Böhmens war schon durch seine Eigenschaft als Kurfürstentum ausgeschlossen. Nicht so in den österreichischen Landen. Das Prinzip der Gesamtbelehnung führte zu hausgesetzlichen Verfügungen über die Erbfolge und es führte zu Teilungen. Das Erzherzogtum Österreich (unter und ob der Enns) sollte allerdings nach dem Privilegium majus nicht geteilt werden, aber im übrigen hielten sich die Habsburger zur Teilung befugt. Ferdinand I. hatte seine folgenreiche Teilung vorgenommen und Ferdinand II., der den Besitz der steirischen Linie wieder mit dem der Hauptlinie vereinte, sich gezwungen, Tirol und die Vorlande seinem Bruder Leopold als dessen Mannesstamm vererblich zu überlassen.

Innerhalb der altösterreichischen Länder gab es ferner zahlrei und nicht unbedeutende Enklaven der geistlichen Reichsfürsten von Sa burg, Freising, Passau, Bamberg, Brixen und Trient. Aber diese Frem körper hatten die Habsburger schon lange mehr oder minder ihrer land



fürstlichen Gewalt einzugliedern verstanden. Diese geistlichen Fürsten sahen sich in bezug auf ihre Gebiete in Österreich so ziemlich auf die Stufe der übrigen Landstände herabgedrückt, sie hatten gleich diesen Steuern zu zahlen und Truppen zu stellen.

Die Verschiedenheiten in der rechtlichen Stellung des Herrschers zu den einzelnen Ländergruppen fanden ihr Seitenstück in den Besonderheiten der Länder selber. Das königliche Ungarn war zweifellos ein eigener, von den übrigen habsburgischen Ländern unabhängiger Staat. Seine besondere Verfassung und Verwaltung schied ihn scharf von den Erblanden, Zollgrenzen trennten ihn von seinen unmittelbaren westlichen Nachbarn. Aber auch Böhmen, zu dessen König sich die Habsburger krönen ließen, bildete mit seinen Nebenländern eine staatliche Sondergruppe für sich. Die österreichischen Erblande selber waren untereinander durch die Verschiedenheit der Verwaltung, der Landesordnungen und der Landesrechte, durch ihre besonderen Landstände und Landtage getrennt, sie besaßen keinerlei gemeinsame Vertretung. Nur innerhalb der drei Gruppen bestand zum Teile eine gewisse lockere Zusammenfassung.

Von einem österreichischen Gesamtstaate oder auch nur von einer eigentlichen, konsequenten Gesamtstaatsidee kann man um die Mitte des 17. Jahrhunderts noch nicht sprechen [1]). Wohl aber kann man sprechen von den Bemühungen der Habsburger, für die Regierung ihrer so verschieden gearteten Länder gewisse zentrale Organe zu schaffen, um durch sie die Hilfsmittel der Länder zur Verfügung zu bekommen und zu verwenden für die Durchführung ihrer dynastischen Politik und für die Verteidigung ihrer Macht und der Länder gegen äußere Feinde. Die Dynastie war das allen Königreichen und Ländern Gemeinsame und von ihr aus und nur von ihr sind im Geiste und mit Hilfe der patrimonialen Staatsauffassung jener Zeiten allmählich Einrichtungen ausgebildet worden, die zu einer engeren Verbindung der Länder, zu einer Zusammengehörigkeit und einem Zusammenwirken hinführen sollten und

1) Richtig betont von Pribram in Mitteil. des Instituts XIV, 645 und besonders zu … Fellner in seiner eindringenden Kritik des bekannten Werkes von H. J. Bider-…nn, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee (2 Bde. 1867, 1889) in den Mitteil. des …ituts XV, 517 ff. Dabei soll nicht bestritten werden, daß einzelne hervorragende, …blickende Staatsmänner, wie der steirische Landeshauptmann Hans Ungnad im …re 1541, Vorschläge machten, die auf die Schaffung realer Gemeinsamkeiten aller …der in Defension, Verwaltung, Münzwesen, Landesordnungen usw. hinstrebten. Es …e um zweihundert Jahre zu früh! Vgl. Loserth, Steiermark und die Anfänge d. …rr. Gesamtstaatsidee, Zeitschr. d. histor. Vereins f. Steiermark (1912), 10. Bd.



konnten. Mächtige äußere Ereignisse und Gefahren haben diese Bestrebungen hervorgerufen und gefördert. Die schwere Türkennot des 16. Jahrhunderts, die nicht bloß Ungarn, sondern auch die Erbländer unablässig bedrohte, wurde zu einem immer erneuten Zwang für die Länder, mit ihren finanziellen und militärischen Kräften zu helfen, für die Regierung, diese Hilfen und die für sie notwendigen Einrichtungen zu organisieren. Als dann die Türkengefahr in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zurücktrat, da stürmten im Dreißigjährigen Krieg andere Bedrängnisse von Norden und Westen heran und erheischten namentlich von den böhmisch-österreichischen Ländern gemeinsame Anstrengungen zur Abwehr [1]). Aber noch wichtiger wurde der Ausgang des letzten Kampfes auf Leben und Tod zwischen den ständischen Gewalten und der landesfürstlichen Macht. Seit 1620 war der Weg frei für den Absolutismus nicht bloß in den böhmischen, sondern auch in den österreichischen Ländern, und jetzt erst, ungefähr seit der Mitte des Jahrhunderts war auch der Pfad geebnet für eine zielbewußter werdende Zentralisation, die nun auch Ungarn zu erfassen trachtet. Das Zeitalter der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft unter Leopold I., also das Zeitalter der Großmachtbildung Österreichs wird so zugleich auch die erste Entwicklungsphase des zentralistischen Absolutismus.

Um jedoch diese Epoche, die zu schildern und zu würdigen unsere Aufgabe ist, richtig in ihren Ergebnissen beurteilen zu können, müssen wir uns deutlich vergegenwärtigen, wie weit doch eigentlich die Absichten der Dynastie und die Verhältnisse der habsburgischen Länder in der Zeit vorher noch entfernt waren von Gemeinsamkeit und Zentralisierung.

Allerdings gab es, wie vorhin angedeutet, schon lange gewisse Einrichtungen, die auf diesem Wege lagen. Schon Ferdinand I. hatte zentrale Stellen organisiert, die zur Verwaltung der drei großen Ländergruppen nötig erschienen [2]). Den ersten Rang unter ihnen behauptete der Geheime Rat, keine Behörde im eigentlichen Sinn, doch aber jene Stelle, an welcher der Herrscher mit wenigen der vornehmsten und ver-

1) Loserth a. a. O: „Auf diesem Boden der gemeinsamen Landesverteidig ist die österreichische Gesamtstaatsidee erwachsen und allmählich erstarkt." Im Jahre 1 wird von Seite Leopolds gegen die Kandidatur seines Oheims Erzh. Leopold Will geltend gemacht, daß auch die Länder dagegen wären, die in ihrer Vereinigung ihre eig Sicherheit und Stärke erblicken. Venetian. Depeschen 1657—61, hg. von Pribram S.

2) Vgl. für das Folgende die Darstellung von Th. Fellner, vollendet H. Kretschmayr, Österreichische Zentralverwaltung, 1. Abt. 1. Bd. (1907).

trautesten Würdenträger die wichtigsten Angelegenheiten beriet und entschied, vor allem die Fragen der äußeren Politik. Der Obersthofmeister, der Obersthofmarschall, der Reichsvizekanzler und noch zwei oder drei Vertrauensmänner bildeten den Geheimen Rat. Erst unter Ferdinand II. und Ferdinand III. werden mehr Persönlichkeiten herangezogen [1]) und man beginnt zwischen Geheimen Räten zu scheiden, die regelmäßig, und solchen, die nur bei bestimmten Gegenständen berufen werden. Es werden Kommissionen zur Vorberatung von Materien gebildet, der Apparat wird schwerfälliger und drängt zu einer Änderung, die dann unter Leopold durch die Ausscheidung der Geheimen Konferenz aus dem Geheimen Rate sich vollzieht; die frühere Bedeutung des Geheimen Rates geht über auf die Geheime Konferenz. Das wesentliche aber ist, daß dieser Geheime Rat ein unmittelbar und unabhängig von jeder ständischen Einmischung vom Herrscher eingesetztes Organ war, das ihn in der Ausübung der Regentengewalt berät und unterstützt, und in welchem, gleichwie im Herrscher selbst, die Personalunion aller Ländergruppen verkörpert erscheint. Und folgendes ist bezeichnend. Bis in die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts wird der Geheime Rat vor allem als Berater der Habsburger als Deutscher Kaiser betrachtet; noch ein Gutachten über Reform des Geheimen Rates und der „kaiserlichen Hofexpeditionen" aus der Zeit von 1611—1615 geht ganz von dieser Anschauung aus [2]). Die Geheimen Räte werden vielfach aus dem Reiche berufen und der Reichsvizekanzler ist stets als solcher Mitglied des Geheimen Rates. Unter Ferdinand II. aber finden wir mehr und mehr nur österreichische, böhmische und vereinzelt ungarische Geheime Räte, und der Reichsvizekanzler wird vom österreichischen Hofkanzler verdrängt — es ist die große Wendung.



Über dieses gewissermaßen persönliche Regierungsorgan des Herrschers, das vor allem die einheitliche äußere Politik des Hauses Österreich zu beraten hatte, gingen jedoch Einrichtungen hinaus, die als wirkliche Behörden einer zentralen Verwaltung dienen sollten. Das waren die von Ferdinand I. begründete Hofkammer und der Hofkriegsrat. Die Hof-

1) Fürst Auersperg, der erste Minister Ferdinands III. riet dazu, damit „per multiplicationem dies geheime Mittel ganz solle kassiert werden", wie K. Leopold 1665 an Pötting mitteilt. Privatbriefe K. Leopolds an Pötting. Fontes II 56, 157. Auersperg dachte wohl schon an eine Einrichtung, wie die spätere Geheime Konferenz.

2) M. J. Rembegger, Geheime Rats- und Hofexpeditions-Reformation in Österreich (1611—1615), 1898, S. 26 ff.

kammer [1]), wie sie seit 1527 bestand, war gedacht als eine beim Hofe des Herrschers errichtete Finanzbehörde, die gegenüber den Kammern der einzelnen Ländergruppen eine zentrale und überragende Stellung einnehmen sollte, wenn sie auch nicht im strengen Sinn die vorgesetzte Dienstbehörde der Länderkammern war. Die Hofkammer hatte die für Hof und Heer jährlich notwendigen Summen festzustellen und ihre Verteilung als von den Ländern zu leistende Kontributionen vorzunehmen. Indem auch allgemeine Angelegenheiten des Handels und Verkehrs, des Münz- und Bergwesens dem Bereich der Hofkammer zufielen, konnte eine wichtige Zentralstelle sich entwickeln. Der Hofkriegsrat, im Jahre 1556 errichtet, war zweifellos als eine Behörde für sämtliche habsburgischen Länder bestimmt. Er ging hervor aus dem Bedürfnis, für eine systematische Verteidigung gegen die Türken zu sorgen, eine Sache, die Ungarn, Innerösterreich, aber auch Niederösterreich und Mähren unmittelbar betraf. Damit hing es auch zusammen, daß der diplomatische Verkehr mit der Pforte dem Hofkriegsrate zugewiesen wurde. Ungarn und Böhmen haben nie ernstlich die Kompetenz dieser Zentralbehörde für ihre Gebiete bestritten.

Eine besondere Entwicklung nahm die Hofkanzlei [2]). Unter den Habsburgern des 16. Jahrhunderts war die Haus- und österreichische Landeskanzlei verbunden mit der Reichskanzlei. Aber mit der Regierung Ferdinands II., als die innerösterreichischen Länder wieder mit dem Besitze der bisherigen Hauptlinie vereinigt wurden, als Ferdinand nach dem Siege über die ständische Revolution auch die böhmischen Länder vollständig beherrschte, als in dem großen Kriege die Dynastie sich ganz besonders auf die Erbländer angewiesen sah, da überwog nun überhaupt das österreichische Interesse, es entwickelte sich eine eigentlich österreichische Politik. Mit all dem hängt es zusammen, daß im Jahre 1620 eine von der Reichskanzlei getrennte österreichische Hofkanzlei eingerichtet wurde, daß sie bald eine wirkliche Behörde ward, daß sie die Reichskanzlei auf die eigentlichen Reichssachen zurückdrängte. Die österreichische Hofkanzlei wird die Stelle für die Haussachen der Dynastie, für die Geschäfte des Erzherzogtums Österreich. Der österreichische Hofkanzler gewinnt mehr

1) Für die Bedeutung der Hofkammer ist neben Fellner-Kretschmayr die aufschlußreiche Abhandlung von Theodor Mayer, Das Verhältnis der Hofkammer zur ungarischen Kammer bis zur Regierung Maria Theresias, Mitteil. des Instituts, Ergbd. IX, 178 ff., bes. S. 192 ff. zu vergleichen.

2) Vgl. Fellner-Kretschmayr, S. 139 ff., 150 ff.

und mehr an Ansehen und Einfluß, er und nicht mehr der Reichsvizekanzler wird ständiges Mitglied des Geheimen Rates und wird so eine maßgebende Persönlichkeit auch auf dem Gebiete der äußeren Politik.

Aber alle diese zweifellos vorhandenen Ansätze zu zentralistischer Zusammenfassung der Regierung der habsburgischen Länder wurden — ganz abgesehen von der Sonderstellung Böhmens und Ungarns — unterbrochen und dauernd gestört durch die **Folgen der Erbteilung Ferdinands I.** von 1554, die nach seinem Tode 1564 verwirklicht ward. Die Wirkungen dieser Teilung dürfen nicht, wie es wohl öfters geschah, übersehen oder unterschätzt werden. Sie müssen wir uns vergegenwärtigen, dann werden wir erst das wahre Bild von dem Zustande der Monarchie in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts erhalten.

Ferdinand I. hatte allerdings bestimmt, daß die jüngeren Brüder ohne Wissen des ältesten kein Bündnis schließen sollen, daß sie ihm namentlich gegen die Türken Hilfe leisten, sich gegenseitig unterstützen und so handeln sollen, als ob sie ungeteilt wären [1]. Allein die tatsächliche Entwicklung der Dinge entsprach durchaus nicht diesen Wünschen. Nach 1564 zerfiel das deutsche Haus Österreich in drei Linien und drei **Ländergruppen**: Nieder- und Oberösterreich, das mit Böhmen und Ungarn an Maximilian II. kam, Innerösterreich, Tirol mit den Vorlanden. Sehr bald gewannen auch die beiden letzten den Charakter von so gut wie selbständigen Territorien. Denn die Erzherzoge in Graz und Innsbruck betrachteten sich als volle Landesfürsten, die auch in der äußeren Politik vielfach ihre Sonderinteressen verfolgten und nur eine lose moralische Verpflichtung gegenüber dem Gesamthaus anerkannten, wohl aber das Recht der Einflußnahme bei gemeinsamen Angelegenheiten des Hauses zu wahren strebten. Sowohl in Innerösterreich wie in Tirol bildeten die habsburgischen Landesfürsten besondere Hof- und Zentralstellen aus, die von den Wiener Zentralbehörden so gut wie unabhängig waren, so daß diese in ihrer Wirksamkeit eigentlich auf das Erzherzogtum Österreich eingeschränkt wurden. Der Geheime Rat, die Hofkammer, die Hofkanzlei, wie sie in mannigfachen Wandlungen der Organisation in Graz und Innsbruck seit 1564 geschaffen wurden, waren durchaus selbständige Zentralstellen selbständiger Länder. Besonders deutlich tritt dies bei jener Seite der Verwaltung hervor, bei der man am ehesten einen bleibenden

1) Huber, Gesch. Österreichs IV, 219. — Zum folgenden vgl. V. Thiel, Die innerösterreichische Zentralverwaltung 1564—1749, Archiv f. öst. Gesch., 105 Bd. (1916).

Einfluß der Wiener Zentralbehörde hätte erwarten mögen, beim Kriegs- und Heereswesen. Denn die Übernahme der Administration der windischen und kroatischen Grenze durch Erzherzog Karl von Steiermark und die Gründung eines inneröſterreichiſchen Hofkriegsrates im Jahre 1578 bedeutete die volle Verselbständigung des Landesverteidigungswesens von Inneröſterreich gegenüber dem Wiener Hofkriegsrat. Dies um so mehr, als auf die Bestellung der Grazer Hofkriegsräte auch die Stände Einfluß nahmen [1]).

Die Vereinigung Inneröſterreichs mit den Ländern der bisherigen Hauptlinie unter Ferdinand II. seit 1619 konnte für ein stärkeres Zusammenhalten bedeutsam werden, und der Kaiser sprach es in seinem Testamente von 1621 als seinen Willen aus, daß seine Erbkönigreiche und Länder nicht mehr geteilt werden sollen [2]). Aber die Trennung der Verwaltung blieb doch aufrecht, obwohl nun ein Landesfürst die ganze Ländermasse beherrschte. Inneröſterreich behielt seine Sonderstellung, es blieb auch weiterhin aus dem Wiener zentralen Verwaltungsorganismus ausgeschaltet. Es blieben der Geheime Rat, die Hofkammer und der Hofkriegsrat in Graz die regierenden Zentralbehörden für Inneröſterreich, und an der österreichischen Hofkanzlei in Wien bestand eine inneröſterreichische Abteilung zur unmittelbaren Entgegennahme der kaiserlichen Befehle für die Grazer Stellen. Diese hielten eifersüchtig an ihrer Unabhängigkeit fest. In einer Erklärung, die schon in die Zeit Kaiser Leopolds fällt, sagen sie einmal: sie seien von Kaiser Ferdinand II. mit solchen Prärogativen versehen worden, daß sie „von niemand anderem, als bloß von Ihrer kaiserlichen Majestät dependieren sollen“ [3]).

In Tirol und den Vorlanden war nach dem Tode Erzherzog Ferdinands im Jahre 1595 eine Art Zwischenreich eingetreten [4]). In den langen und unerquicklichen Verhandlungen über das Erbe hatte sich gezeigt, wie wenig im Erzhause selbst der Gedanke einer Einheit auch nur einer Ländergruppe Wurzel gefaßt, denn die steirische Linie wollte

1) Vgl. Thiel, S. 48 ff.

2) Doch schon 1623 mußte Ferdinand seinem jüngsten Bruder Karl die Grafschaft Glatz, die Fürstentümer Oppeln und Ratibor und die Markgrafschaft Burgau zu überlassen versprechen. Nur der Tod Karls im Jahre 1624 verhinderte diese Teilung. Vgl. Huber, Gesch. Österreichs V, 514 f. Auf Tirol kommen wir gleich zu sprechen.

3) Fellner-Kretschmayr I, 86 f. 155.

4) Vgl. J. Hirn, Tirols Erbteilung und Zwischenreich 1595—1602, Archiv f. österr. Gesch. XCII, 271 ff.



durchaus eine Teilung Tirols und der Vorlande durchsetzen. Man einigte sich schließlich darauf, daß Erzherzog Maximilian der Deutschmeister als Gubernator diese Gebiete verwalte. Diesem folgte seit 1618 in derselben Stellung Erzherzog Leopold, der jüngere Bruder Kaiser Ferdinands II. Leopolds Ehrgeiz erreichte es aber, daß ihm endlich der Kaiser im Vertrag vom 22. Oktober 1630 ganz Tirol mit den Vorlanden vollständig überließ, so daß Leopold und seine männliche Nachkommenschaft nach Primogeniturordnung „rechtmäßige und vollkommene Herren", also volle Landesfürsten sein sollen [1]). Somit waren nun wieder diese Gebiete von der Hauptlinie, die alle übrigen Länder beherrschte, losgetrennt. Es ist klar, daß Tirol unter solchen Verhältnissen noch weit selbständiger war als Innerösterreich, daß die Innsbrucker Zentralbehörden noch viel weniger eine Ingerenz der Wiener Stellen anerkannten oder duldeten, und daß Tirol mit den Vorlanden unter seinen eigenen Landesfürsten auch eine äußerlich so gut wie unabhängige Stellung einnahm.

Auch diese altösterreichischen Erblande waren also weit entfernt von irgendeiner Zentralisierung. Es bedeutete nur ein loses, unumgänglich notwendiges Band, wenn bei der Wiener Hofkanzlei eine inner- und eine oberösterreichische Expedition bestand und wenn die Wiener Hofkammer mit den Kammern in Graz und Innsbruck „Korrespondenz", das heißt ein gewisses notwendiges Einvernehmen pflegte, das sich wesentlich auf die Zahlung der Länderkontributionen bezog. Im übrigen betrachtete sich jede Ländergruppe als ein geschlossenes Gebiet, das mit den anderen die Dynastie gemeinsam hatte, sonst aber nicht viel gemeinsam haben wollte.

Dies galt in noch stärkerem Maße für Böhmen und Ungarn. Böhmen und Mähren waren seit 1627 und 1628 absolut regierte Länder. Die böhmische Hofkanzlei — so heißt sie jetzt, nicht mehr böhmische Kanzlei — mit dem böhmischen obersten Kanzler an der Spitze, wird dauernd

1) Turba, Gesch. des Thronfolgerechts in allen habsburg. Ländern, S. 206. — Es ist bemerkenswert, daß Ferdinand II. am 20. März 1617 und neuerlich am 20. Oktober 1631 den spanischen Königen Philipp III. und Philipp IV. — seinem Schwager und Neffen — geheim versprochen hatte, wenn Elsaß mit Hagenau und die Ortenau an ihn oder seine Söhne fallen sollten, diese Gebiete an die spanische Linie abzutreten. Daher ein Vorbehalt im Vertrag vom 22. Okt. 1630. Turba, S. 206 f. Die Ausführung des Versprechens wurde schon durch den Westfälischen Frieden unmöglich. Eine auffallende Äußerung des spanischen Gesandten im Jahre 1655 muß sich wohl auf diese ganze Sache beziehen. Das Elsaß, sagte er zu Montecuccoli, das unmittelbar zu Spanien gehöre, sei ohne Zustimmung des Königs (von Spanien) mit dem Kaiser alliiert gewesen. Montecuccoli, Ausgew. Schriften III, 253.



nach Wien an das Hoflager verlegt, sie wird ein wirkliches Amt und führt die oberste Verwaltung Böhmens, als dessen Mittelpunkt in Verwaltung und Justiz [1]), als Zentralstelle überhaupt für die böhmischen Länder. Die böhmische Hofkanzlei verkehrt unmittelbar mit dem Herrscher, sie steht gleichwertig neben den anderen Zentralstellen. In Böhmen selbst untersteht ihr als nunmehr rein landesfürstliche Behörde die königliche Statthalterei, und auch die Kreiseinrichtung wird nun der landesfürstlichen Verwaltung dienstbar gemacht. Böhmen erscheint somit allerdings zentralistisch regiert, aber doch getrennt von den übrigen Erbländern.

Gleichzeitig wurde aber die Verbindung Mährens und Schlesiens mit Böhmen gelockert, um sie der königlichen Gewalt unmittelbarer zu unterstellen. Seit 1636 wurde in Brünn ein „Tribunal" eingerichtet, das neben gewissen richterlichen Kompetenzen auch die Verwaltung Mährens zu führen hatte, seit 1642 wurde auch in Mähren die Kreisverwaltung organisiert. In Schlesien aber war schon längst das Oberamt mit dem vom König ernannten Oberlandhauptmann das Organ der landesfürstlichen Gesamtverwaltung. Und die schlesische Kammer als Finanzbehörde war nicht der böhmischen Kammer, sondern der Hofkammer in Wien unterstellt.

Ungarn aber hatte nicht bloß seine staatliche Selbständigkeit innerhalb des habsburgischen Ländergebietes gewahrt, sondern auch seine innere Selbständigkeit gegenüber dem König. Seit 1608 wurde wieder ständig ein Palatin gewählt, der in Abwesenheit des Königs — und diese war ja die Regel — ihn mit voller Gewalt vertrat, dieselbe Stellung besaß der Ban in Kroatien. Die ungarische Hofkanzlei in Wien, die ungarische Kammer in Preßburg waren Verwaltungsorgane des Königs, deren Unabhängigkeit von den Wiener Zentralbehörden die Ungarn eifersüchtig zu wahren suchten. Nur der Hofkriegsrat übte, wie schon früher gesagt, eine tatsächliche Wirksamkeit auch in Ungarn, und die Hofkammer besaß gewisse Kompetenzen, die auf ungarischen Boden reichten, wie die Verwaltung der oberungarischen Bergwerke.

Wir sehen, zusammenfassend, ein Staatengebilde vor uns, das noch weit davon entfernt war, einen einheitlichen Charakter zu tragen. Allerdings übte der Beherrscher desselben in einzelnen Teilen eine starke

1) Fellner-Kretschmayr I, 190 ff. — Von 1632 bis 1637 hatte König Ferdinand III. die volle Regierung Böhmens geführt, sein kaiserlicher Vater hatte sich nur gewisse Vorbehalte gesichert. Fellner-Kretschmayr I, 201 ff.; II, 474 ff.



Landesfürstliche Macht. Aber die Teile selber sind nur lose verbunden. Die Verbindung wird eigentlich und wesentlich nur hergestellt eben durch den gemeinsamen Herrscher. Und die einzigen Organe seiner Herrschaft über alle Länder sind nur jene, die sich auf die Leitung der äußeren Politik beziehen, der Geheime Rat und bis zu gewissem Grade der Hofkriegsrat — aber auch sie finden ihre Schranken an den Grenzen des durch die Seitenlinie regierten Tirol und des innerösterreichischen Kriegsrats.

Eben die äußere Politik, die Abwehr der äußeren Gefahren, die Notwendigkeit der Verteidigung wird nun aber doch der stärkste Antrieb zu einer Zusammenfassung zunächst der Hilfskräfte der Länder. Die Länder selbst kennen noch sehr wenig Gemeingefühl, sie sind ganz partikularistisch, sie sehen nur ihr besonderes Bedürfnis und ihre besondere Gefahr und erblicken in der Not des Nachbars oft nur die eines Fremden, der sie nichts angeht. Der Herrscher aber überblickt das Ganze und weiß, daß nur Zusammenfassen der einzelnen Kräfte dem Ganzen helfen kann. Die Kontributionen, das heißt die Hilfsgelder für Krieg und Verteidigung, die der Herrscher regelmäßig Jahr für Jahr von den Ständen aller Länder verlangt und erhält, sind eigentlich die einzige gemeinsame Leistung zu gemeinsamem Zweck. Wenn auch widerstrebend und langsam, weckt dieser ständige Beitrag der Teile für ein Ganzes doch allmählich das Gefühl der Zusammengehörigkeit, es ist der Weg zur Pragmatischen Sanktion.

Aber noch eines wirkte bedeutungsvoll mit im Sinne der Zusammenfassung der staatlichen Sonderteile zu einem einheitlicheren Staatswesen: die Staatsauffassung und Staatslehre, die das Jahrhundert erfüllte und beherrschte, das Ideal des fürstlichen Absolutismus. Die Staaten des Abendlandes kannten schon lange den wechselnden und in den Erfolgen schwankenden Kampf zwischen Fürstenmacht und Ständemacht. Nun wurde Wesen und Zweck des Staates von Denkern und Staatslehrern am Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts theoretisch erörtert und in ein System gebracht. Bodin in Frankreich, Hobbes in England, Hugo Grotius in den Niederlanden sind die großen Väter der Lehren von der Staatssouveränität und den absoluten Rechten des Herrschers. „Die Lehre von den unverlierbaren, jederzeit zurückzufordernden Staatsrechten, die eine Rechtfertigung der Staatszentralisation enthielt, war damals ein ebenso zeitgemäßer Fortschritt, wie zwei Jahrhunderte später die Lehre von den unverlierbaren

Menschenrechten“ [1]). Die unklaren Mischformen des feudalen Ständestaates waren diesen auf das Vernunftgemäße und das Naturrecht gerichteten Geistern ein Greuel. Und wenn die Fürsten ja längst schon praktisch auf diesem Boden gestanden und gekämpft hatten, so bot ihnen nunmehr die, wie immer in solchen Dingen, nachhinkende Theorie die willkommene gelehrte und moralische Stütze. Praktisch und theoretisch begann der staatliche Absolutismus seinen machtvollen Einzug in das Europa des 17. Jahrhunderts.

Wie sehr sich das Fürstentum auf die Praxis des absoluten Regimentes verstand, hatte ja schon Ferdinand II. nach 1620 in den Ländern der böhmischen Krone bewiesen. Die furchtbare Katastrophe der ständisch-religiösen Opposition eröffnete hier der landesfürstlichen Übergewalt die ungehemmte Entfaltung. Es wurde zweifellos für die ganze Machtstellung der Dynastie von entscheidender Bedeutung, daß in dem größten und in mancher Beziehung wichtigsten ihrer Gebiete, in **Böhmen** und seinen Nebenländern, durch den vollkommenen Wandel der Verhältnisse seit 1620 ein dem Absolutismus besonders günstiger Boden geschaffen war. Von dem alten, heimischen, tschechischen Adel blieb nur der katholische im Lande, der neue Adel, zum Teil aus dem Reiche gekommen, zum Teil auch italienischen, spanischen, wallonischen Ursprungs, nicht im Lande wurzelnd und dem Volke fremd, verdankte der kaiserlichen Gnade Rang und Besitz, und erschöpfte im Dienste der Krone und des Hofes seinen Ehrgeiz. Keine Spur mehr von dem trotzigen, politisch-religiösen Selbständigkeitsgefühl der früheren Generationen bei diesen neuen böhmischen Magnaten, die sonst an Gütern und Einkünften, an Lebenshaltung und Aufwand Fürsten glichen. Der Prälatenstand aber, der durch den Umschwung als landtagsfähig und zum ersten Stand erklärt worden, fühlte sich natürlich noch enger und in tiefster Ergebenheit dem so eifervoll katholischen Haus Österreich verbunden. Von den Städten ließ sich kaum mehr sprechen, ihre alte politische Bedeutung war schon seit 1547 gebrochen, die Strafurteile nach 1620 und der lange, verwüstende Krieg hatten sie entvölkert und verarmt.

So kam es, daß gerade Böhmen jenes Land der Krone wurde, in dem der Absolutismus am frühesten und gründlichsten sich entwickeln konnte. Klar und schneidend, wie sonst nirgends, war es hier durch die von Ferdinand II. kraft seiner landesfürstlichen Machtvollkommenheit er-

1) **Eb. Gothein** in „Staat und Gesellschaft der neueren Zeit“ (1908), S. 222.

lassenen „Verneuerten Landesordnungen" von 1627 und 1628 festgelegt, daß dem König allein das Recht der Gesetzgebung zustehe, daß er die obersten Beamten zu ernennen und nur er dem Landtage Propositionen zu machen habe, daß alle Urteile des Landrechtes, die Leib, Leben oder Ehre eines Mitgliedes der höheren Stände betreffen, der königlichen Bestätigung bedürfen. Und wenn im Jahre 1640 Ferdinand III. den Ständen wieder ein gewisses Recht der Initiative gewährte, so wurde es höchst charakteristisch verklausuliert: erst wenn die Stände die Proposition des Kaisers nach dessen Willen erledigt haben, „dann und eher nicht dürfen sie sich in geringen Sachen, die da Unser Person, Hoheit, Autorität und Regalien nicht betreffen, miteinander bereden; aber ehe und zuvor sie dergleichen Unterredung anfahen, sie solches Uns, da Wir zur Stelle, oder Unsern königlichen Landtagskommissarien vorher vortragen". Nur das Steuerbewilligungsrecht blieb den Ständen grundsätzlich gewahrt, aber schon Ferdinand II. hat zweimal bloß mit Zustimmung der obersten Beamten eine Grundsteuer eingehoben.

Es war ein Ausfluß der mit diesem Absolutismus verknüpften zentralistischen Tendenzen, die Böhmen den deutschen Erbländern anzugleichen und anzuschließen strebten, wenn zugleich mit diesen Schritten eine entschiedene Begünstigung der deutschen Sprache nebenherging. Die verneuerte Landesordnung wurde nur in deutscher Sprache publiziert und dieser deutsche Text als der authentische erklärt. Im Gerichtsverfahren wurde mit Rücksicht auf die vielen Ausländer, besonders Deutsche, die in Böhmen ansässig geworden, das Deutsche für gleichberechtigt mit dem Tschechischen anerkannt, und Ferdinand III. verordnete im Jahre 1644, daß alle Räte des Appellationsgerichtes in Prag des Deutschen mächtig sein sollen [1].

Dies waren Verwaltungsmaßregeln, diktiert von zentralistischen, aber keineswegs etwa nationalen Absichten. Ihre Wirkungen aber trugen freilich dazu bei, daß die höheren Stände Böhmens, ohnehin jetzt zu gutem Teile Deutsche, seit dieser Zeit sich mehr und mehr deutscher Sprache und Sitte bedienten, daß in diesen Kreisen der herrschende Ton von selber deutsch wurde. Ein kleines, aber recht lehrreiches Bild aus diesem Prozeß gewährt uns eine intime Episode, die im Tagebuche des Grafen Franz Ulrich Kinsky, des nachmaligen ersten Ministers Kaiser Leopolds, zum Jahre 1670 aufgezeichnet ist [2]. Ich geriet, so schreibt

1) Vgl. Huber, Gesch. Österreichs V, 224 ff.

2) Wiener Staatsarchiv, Handschr. 750, Teil II, S. 120

Graf Kinsky, in einen heftigen Streit mit meiner Frau — sie war eine Gräfin Ursenbeck —, weil sie mein Böhmisch lächerlich fand und mich mit dem Narren Hansel zu vergleichen wagte; ich gab ihr, um diese Keckheit zurückzuweisen, einige Stöße mit dem Ellenbogen.

Wenn in Böhmen durch die gewaltsame Niederwerfung der ständischen Revolution sehr früh der Weg zu einem starken fürstlichen Absolutismus gebahnt wurde, wenn ähnlich auch in Österreich unter und ob der Enns und in Innerösterreich der Sieg der Gegenreformation desselben Ferdinand die ständisch-protestantische Opposition beugte und vertrieb und so zur Vormacht der landesherrlichen Gewalt führte, so möge uns die Entwicklung in Tirol zeigen, daß auch dort, wo keine solchen Umwälzungen vorausgegangen, der Gang der Dinge in gleicher Richtung lief. In Tirol läßt sich das zielbewußte Vordringen der Fürstenmacht sowohl gegen die reichsunmittelbaren Hochstifter Brixen und Trient, wie gegenüber den Landständen recht typisch aufzeigen. Wir sind darüber durch die neuere Forschung gut unterrichtet [1]), so daß sich anschaulich verfolgen läßt, wie weit hier dieser Prozeß um die Mitte des 17. Jahrhunderts gediehen war.

Die beiden geistlichen Fürstentümer Brixen und Trient waren seit der Vereinigung Tirols mit Österreich durch eine Reihe von Verträgen enge mit der Grafschaft Tirol verknüpft. Sie hatten zwar ihre Reichsunmittelbarkeit formell bewahrt, allein sie erscheinen auf den tirolischen Landtagen, sie sind einbezogen in die tirolische Landesdefension und in das ständische Steuerwesen, zur Zeit einer Sedisvakanz übt der Landesfürst im Stift die Hoheitsrechte aus. Das kleine und zersplitterte Territorium von Brixen war vollständig von tirolischem Gebiet umgeben. Auch das Fürstentum Trient, freilich viel bedeutender, war doch im Norden und Südosten umschlossen von landesfürstlichem Territorium. Brixens Bedeutung schränkte sich mehr und mehr auf die bischöflich-kirchliche Wirksamkeit ein, Trient allerdings empfing noch einen eigenartigen Glanz durch eine Reihe

1) Egger, Gesch. Tirols 2. Bd., J. Hirn, Erzherzog Maximilian der Deutschmeister 1. Bd. (1915), J. Hirn, Kanzler Bienner und sein Prozeß (1898) und besonders T. v. Sartori-Montecroce, Gesch. des landschaftlichen Steuerwesens in Tirol (1902). — Übersicht der tirolischen Landesfürsten: 1564—1595 Erzh. Ferdinand II., 1595—1602 Verwaltung durch Kaiser Rudolf II., 1602—1618 Erzh. Maximilian der Deutschmeister, Gubernator, 1619—1632 Erzh. Leopold V., zuerst Gubernator, seit 1625 Landesfürst, 1632—1646 Claudia v. Medici, Witwe Leopolds, Regentin, 1646—1662 Erzh. Ferdinand Karl, 1662—1665 Erzh. Sigmund Franz, mit dem die Tiroler Linie ausstirbt.

bedeutender Kirchenfürsten, die fast anderthalb Jahrhunderte lang den Stuhl des heiligen Vigilius inne hatten. Auf Bernhard von Cles, den einflußreichen Rat und Kanzler Maximilians I. und Ferdinands I., folgten nacheinander von 1539 bis 1658 vier Mitglieder des Hauses Madrutz [1]). Wie Cles, so wurden auch die ersten drei Madrutz Kardinäle, sie lebten zum Teile in Rom, waren große, prunkliebende Herren und Gönner von Kunst und Wissenschaft. Die Renaissance- und Barockbauten ihrer Residenz, ihrer Städte und Schlösser sind ihr Werk.

Die Einordnung des Hochstiftes Trient in die Grafschaft Tirol war nach einem schweren Streit Erzherzog Ferdinands II. mit dem Kardinal Ludwig von Madrutz durch den Ausgleich vom Jahre 1578 neu und dauernd gefestigt worden [2]). Aber schon die von Erzherzog Maximilian im Jahre 1605 mit den tirolischen Ständen vereinbarte Landesverteidigungsordnung gab neuen Anlaß zu landesfürstlichen Vorstößen. Zwar kam es mit Trient 1613 zu einem Ausgleich, der dem Trientiner Zuzug formell die Selbständigkeit wahrte, ihn aber doch in die tirolische Kriegsmacht eingliederte [3]). Von Brixen aber verlangte der Erzherzog volle Vereinigung des bischöflichen Kontingentes, das nicht einmal eigene Führung und Fahne haben sollte. Dagegen aber protestierte Brixen hartnäckig. Es ergaben sich noch andere Differenzen. Die Bischöfe von Brixen beanspruchten als Reichsfürsten von den im Stift ansässigen oder begüterten Adeligen, auch wenn sie der Tiroler Adelsmatrikel einverleibt waren, die Huldigung. Dies wollte weder Kaiser Rudolf II. noch Erzherzog Maximilian zugeben und trotz mannigfacher Verhandlungen kam ein Ausgleich nicht zustande [4]).

Vielmehr führte das Streben der Bischöfe, sich der Obergewalt der tirolischen Landesfürsten zu entziehen, zu noch schärferen Kon=

1) Bernhard von Cles 1514—1539, Christoph v. Madrutz 1539—1567 (von 1542—1578 auch Bischof von Brixen), Ludwig v. M. 1567—1600, Karl v. M. 1600—1629, Karl Emanuel v. M. 1629—1658. Über die Schattenseiten der Madrutzischen Regierung in Trient vgl. Hirn im Archiv f. österr. Gesch. LXIV, 376 ff.

2) Vgl. Hirn, Der Temporalienstreit des Erzh. Ferdinand mit dem Stifte Trient. Archiv f. österr. Gesch. LXIV, 358 ff.

3) Vgl. Egger II, 295.

4) Vgl. Egger II, 282. 304. Wohl aber kam es 1605 zu einem Vertrag über Abgrenzung weltlicher und geistlicher Gerichtsbarkeit und über den Gerichtsstand des Klerus, Publizierung landesfürstlicher Mandate in geistlichen Sachen, Einsetzung in die Temporalien, Abfassung der Kirchenrechnungen und Jägergeld. Der Vertrag blieb dauernde Grundlage für diese Verhältnisse. Egger II, 283.

stiften [1]). Seit 1626 beginnt man von Seite der beiden Hochstifter Schwierigkeiten in bezug auf die Steuerzahlungen zu machen, man beansprucht das Recht, die auf den Landtagen bewilligten Steuern in den Stiftsgebieten selbst einzuheben, man behauptet, nur zu Steuern für die Zwecke der Landesverteidigung verpflichtet zu sein, nicht aber zu anderen, man bestreitet die Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen des Landtags für die beiden Stifter, man stellt sich geradezu auf den Standpunkt, daß Brixen und Trient nur Konföderierte der Grafschaft Tirol seien. Die Bischöfe wandten sich an den Kaiser, an den deutschen Reichstag und an die Kurfürsten. Aber Ferdinand II. wie Ferdinand III. wollten den Rechten und Ansprüchen ihres Hauses keinen Abbruch tun. Die Intervention der Kurfürsten blieb sehr theoretisch. In Innsbruck aber ging man energisch vor, die Regierung schritt sogar zur Beschlagnahme bischöflicher Güter und Einkünfte und ging noch weit über die alten Verträge hinaus. Der Bischof von Trient konnte 1641 nicht ohne Grund vor dem Regensburger Reichstag klagen, die tirolische Regierung behandle Untertanen und Güter des Hochstiftes wie ihre eigenen. Die Stifter erreichten bei den Kurfürsten, daß in die Wahlkapitulationen Ferdinands IV. (1653) und Leopolds I. (1658) Artikel aufgenommen wurden, welche den König und Kaiser zur Beseitigung der Beschwerden der Bischöfe aufforderten — ein bescheidener Erfolg. Die Differenzen gingen nach dem Aussterben der Tiroler Linie auf Kaiser Leopold I. über, das Gesamtergebnis aber war und blieb doch dieses, daß Brixen und Trient trotz ihrer reichsfürstlichen Stellung den Verpflichtungen gleich tirolischen Ständen sich nicht zu entziehen vermochten.

Noch deutlicher macht sich das unablässige Vordringen der landesherrlichen Gewalt den tirolischen Ständen gegenüber geltend. Die landständische Verfassung Tirols hatte seit den Zeiten Maximilians I. und Ferdinands I. ihre volle Ausbildung erhalten. Bekanntlich waren in Tirol auch die Bauern durch Abgeordnete der „Täler und Gerichte" vertreten, allein seit der großen Reaktion nach dem Bauernkriege war doch auch in Tirol die ausschlaggebende Bedeutung bei Prälaten und Herren. Die Grundlage der ständischen Machtstellung lag im Steuerbewilligungsrecht und in der daraus erstehenden selbständigen Finanzverwaltung [2]). Seit dem Jahre 1573 war die dem Landesfürsten zu

1) Vgl. Egger II, 344 f. 374 ff. 391. 411 ff. 477 ff. auch Hirn, Kanzler Bienner S. 52 ff. und 492 ff.

2) Vgl. zum folgenden Sartori-Montecroce, Gesch. des landschaftl. Steuerwesens in Tirol, S. 132 ff.



bewilligende ständische Kontribution als eine beständige jährliche „Landsteuer“ anerkannt und die ganze Verwaltung dieses Steuerwesens den Ständen überlassen. Dafür übernahmen sie einen beträchtlichen Teil der landesfürstlichen Schulden (1 600 000 Gulden). Die autonome Steuerverwaltung sollte dauern bis zur vollen Schuldentilgung, die binnen zwanzig Jahren in Aussicht genommen war. Allein die tirolische Landschaft hat diese Schulden niemals zu tilgen vermocht. Und gerade dadurch wurde, was anfangs eine Errungenschaft scheinen konnte, für die Stände Tirols und für das Land ein Verhängnis. Für die Stände, weil ihre Unfähigkeit, der selbst übernommenen Aufgabe gerecht zu werden, ihr Mangel an gutem Willen, die Schäden des Steuerwesens zu verbessern und dadurch zur Tilgung der Schulden zu gelangen, den Landesfürsten die Handhabe boten, sich mehr und mehr über die Stände hinwegzusetzen; für das Land, weil niemals eine Sanierung des Steuer- und Finanzwesens erreicht wurde und die Stände, das heißt vor allem Bürger und Bauer, mit nichten geschützt waren vor weitgehenden Geldansprüchen der Landesfürsten, wie sie namentlich Ferdinand Karl für seine verschwenderische Hofhaltung immer wieder erhob.

Aber die gegen die Ständemacht gerichteten Bestrebungen der Landesfürsten und ihrer Regierung entsprangen ja tieferen Ursachen. Das Haus Österreich mußte im Interesse seiner Weltpolitik die Mittel der einzelnen Länder für Zwecke in Anspruch nehmen, die nicht unmittelbar dieses Land, wohl aber anderen Besitz und andere Interessen der Dynastie betrafen. Dagegen sträubte sich der eng beschränkte Partikularismus der einzelnen Länder. Es ist ungemein bezeichnend, wenn Erzherzog Maximilian im Jahre 1604 gegenüber den tirolischen Ständen das Prinzip aussprach, jedes Erbland sei dem andern in Kriegsnöten beizustehen verpflichtet, und wenn darauf sogar die tirolische Regierung den Standpunkt vertrat, von einer solchen Verpflichtung Tirols, anderen Ländern zu Hilfe zu kommen, sei ihr nichts bekannt [1]). Nicht minder wehrte man sich in Tirol aber auch gegen Reichshilfe. Tirol sei nicht wie andere österreichische Länder dem Reiche zu einer Steuer verpflichtet, die Reichstagsbeschlüsse gehen Tirol nichts an [2]). Hier also wurde die Ausnahmestellung der österreichischen Erbländer gegenüber dem Reiche benutzt, um sich Leistungen für das Reich vom Leibe zu halten. Hatten

1) Sartori, S. 168.

2) Im Jahre 1605, Sartori, S. 170.



die Habsburger ihre Erbländer mit Erfolg so gut wie unabhängig vom Reiche gemacht, so wandten sich nun die Konsequenzen gegen sie selbst, wenn sie als Oberhaupt des Reiches für dessen dringende Bedürfnisse Fürsorge treffen wollten.

Im weiteren Verlaufe des 17. Jahrhunderts wurde ein wirkliches Steuerbewilligungsrecht und überhaupt ein selbständiges Leben der Stände Schritt für Schritt zurückgedrängt von der stark und bewußt vordringenden landesherrlichen Gewalt. In diesem Punkte waren der energische Leopold V. und seine bedeutende Gemahlin, Witwe und Regentin Claudia, der leichtlebige, vergnügungssüchtige Ferdinand Karl und der tüchtige Sigmund Franz vollständig gleich gesinnt. Sie fanden eine Stütze an der neuen Generation von Beamten, welche die strammsten Verfechter des neuen Regierungssystems wurden. Unter ihnen darf als einer der bedeutendsten Wilhelm Bienner hervorgehoben werden, der als tirolischer Regimentskanzler (1630—1638) und Hofkanzler (1638—1650) mit Schärfe und Überzeugung die landesfürstlichen Interessen und Ansprüche vertrat, sich über das historische Recht der Stände mit der ganzen Mißachtung des modernen Staatsmannes hinwegsetzte und die Schwächen der ständischen Verwaltung geschickt und mit beißender Ironie zu treffen verstand [1]).

Grundgedanken absolutistischer Regierungsmaximen verraten sich schon deutlich in den Äußerungen Erzherzog Leopolds bei seinem ersten Landtag 1619. Er stellte beträchtliche Geldforderungen für die Landesdefension, für den Hofstaat, aber auch für den Krieg in Böhmen. Darüber mögen die Stände beraten, dazu seien sie da. Die Landtage sollen nicht dazu dienen, unzeitige Klagen und immer wieder Beschwerden vorzubringen, die teils schon erledigt sind, teils überhaupt nicht erledigt werden können [2]). Im Jahre 1626 setzte sich Leopold über das Bewilligungsrecht der Stände einfach hinweg und führte aus eigener Machtvollkommenheit eine Getränkesteuer (Ungeld, Schenkpfennig) ein. Den Beschwerden der Stände

1) Vgl. Sartori, S. 202 ff. und die erschöpfende Monographie Hirns über Bienner. Das traurige Geschick Bienners ist bekannt; seine zahlreichen persönlichen Feinde bei Hof benutzten Mängel seiner Amtsführung, um ihn zu Fall zu bringen, einen Prozeß gegen ihn einzuleiten, der — zweifellos ungerecht — mit seiner Verurteilung zum Tode endete. Bienners Haupt fiel unter Henkershand am 17. Juli 1651. Hirn macht im Vorwort S. XI auf ähnliche Fälle jener Zeit aufmerksam und zeigt namentlich die überraschende Analogie mit dem Falle Danckelmanns in Berlin 1697.

2) Vgl. Egger II, 319, Sartori, S. 174, Sartori, S. 190 ff. für das Folgende.



gegenüber erklärte die Regierung das Ungeld als Ausfluß landesfürstlichen Hoheitsrechtes, als ein vectigal, nicht als eine von der ständischen Bewilligung abhängige Landsteuer. Allerdings wurden 1634 die Stände selbst zur Einführung und Verwaltung des Ungelds vermocht, allein schon 1637 wurde es trotz aller Proteste wieder „incamerirt", das heißt als landesfürstliche Abgabe vom Fiskus eingehoben und verwaltet. Wenn wir beachten, daß in den Jahren der ständischen Verwaltung das Ungeld ein Drittel bis zur Hälfte weniger ertrug, wenn wir sehen, daß die Steuerrückstände der Landschaft um 1640 auf mehr als 400 000 Gulden, die Anleihen der Stände, womit sie immer wieder die Steuerausfälle zu decken suchten, auf mehr als zwei Millionen aufgelaufen waren, dann erkennen wir daraus allerdings die Mangelhaftigkeit der ständischen Steuerverwaltung [1]) und begreifen die erfolgreichen Vorstöße der Regierung.

Zu besonders scharfem Aufeinanderplatzen kam es beim Landtag von 1647. Tirol war damals ernstlich von den Schweden bedroht. Trotzdem sträubten sich Ausschüsse und Landtag gegen eine ausgiebige Hilfe, beriefen sich auf ihr Recht, nicht bloß die ordentliche, sondern auch alle außerordentlichen Landsteuern einzuheben und wollten die Schuld an der Häufung der Steuerrückstände auf die Kammer wälzen. Die Antworten des Erzherzogs, die von Bienner verfaßt waren, wiesen in scharfen Worten solche Einwände und den Vorwurf der Privilegienverletzung als „unziemliche Anzeigen" zurück, erklärten, daß das Recht der Steuereinhebung den Ständen nur von Fall zu Fall aus landesfürstlichen Gnaden überlassen worden sei, und beriefen sich gegenüber dem Verlangen der Stände, daß ohne ihr Vorwissen keine Truppen ins Land gebracht werden sollen, auf sein Fürstentum von Gottesgnaden [2]).

Theoretisch blieb da kaum noch etwas hinzuzufügen. Solche Siege hatte also der moderne Staatsgedanke jener Zeit auch in Österreich schon errungen. Es war verlockend und für die Fürsten und ihre Staatsmänner selbstverständlich, auf diesem Wege vorwärts zu schreiten. Weiter

1) Vgl. darüber auch das bei Sartori, S. 242, Anm. 1 mitgeteilte Gutachten von ungefähr 1649.

2) Egger II, 401 ff.; Hirn, Kanzler Bienner, S. 101 f.; Sartori, S. 232. — Es mag noch als ein bezeichnender Zug erwähnt werden, daß Bienner das Landlibell von 1511, welches die Stände als einen mit dem Landesfürsten geschlossenen Vertrag betrachteten, nur als einen einfachen Landtagsbeschluß gelten lassen wollte, der eben nach Zeit und Umständen wieder abgeändert werden könne. Sartori, S. 226.



zu schreiten gewissermaßen extensiv, das heißt diese Regierungsform auch noch in den andern Machtgebieten des Hauses Österreich durchzusetzen, und intensiv, das heißt die Herrscherrechte gegenüber den Ständen überall in gleicher Weise und in allen Zweigen der Regierung zur Geltung zu bringen und sie überall auf den gleichen Rechtsgrund der einen fürstlich absoluten Herrschergewalt zu beziehen, also zu zentralisieren.

Hierin erblickten die Dynastie, ihre Staatsmänner und Feldherren, von denen gerade die bedeutendsten ganz dem neuen Geiste huldigten, das Programm für die innere Regierung, nachdem der Abschluß des großen Krieges die Möglichkeit dazu bot. Jetzt beginnt die Periode des zentralistischen Absolutismus auch in Österreich, aber es dauert ein Jahrhundert, bis er siegreich durchgedrungen.

Denn, wenn wir auch sahen, daß das Fürstentum sich theoretisch vollkommen klar war über seine Ziele und Forderungen, und daß auch praktisch bereits viel erreicht worden, so wäre es dennoch irrig zu glauben, daß um diese Zeit die Stände der habsburgischen Länder schon jede Bedeutung verloren hätten [1]. Ihr Steuerbewilligungsrecht war doch grundsätzlich anerkannt und unangetastet geblieben, wenn auch schon einzelne Willkürakte sich darüber hinweggesetzt hatten. Aber dieses Grundrecht ständischer Macht nötigte den Landesfürsten doch immer wieder, von Jahr zu Jahr mit seinen Steuerpostulaten vor die Stände zu treten und sie in langwierigen, immer wieder neu zu beginnenden Verhandlungen durchzusetzen, was regelmäßig nur zum Teile gelang. War die Regierung zwar der wenigstens teilweisen Bewilligung sicher, so bedeutete doch die Notwendigkeit dieses ewig sich wiederholenden Forderns und Feilschens eine empfindliche Abhängigkeit von den Ständen der Länder, einen fühlbaren Hemmschuh der fürstlichen Allgewalt, aber auch zweifellos eine schwere Komplizierung der Herrscher- und Regierungsaufgaben. Gerade deshalb fühlten sich die Vertreter des fürstlichen Absolutismus und einer einheitlichen souveränen Staatsgewalt so sehr im Rechte und so sehr überlegen, weil sie überzeugt waren, im Dienste einer für Staat und Gemeinwohl heilsamen Sache zu stehen und weil sie gegen den zweifellos oft eigennützigen und beschränkten Partikularismus privilegierter Stände kämpften, der zu den größeren Aufgaben eines mächtigen Herrscherhauses und seines weiten Machtgebietes durchaus nicht mehr paßte.

1) Hierfür lehrreich die Abhandlung von Pribram, Die niederösterr. Stände und die Krone in der Zeit Leopolds I., Mitteil. d. Instituts XIV, 589 ff.



Aber das Widerstreben der Stände war in den Erblanden mehr zäh als unüberwindlich. Es gab keine ständische Opposition mehr, wie noch zu Anfang des Jahrhunderts, die vor dem offenen Kampf nicht zurückscheute. Der hohe Adel stellte sich jetzt der Krone zur Verfügung. Es beginnt die Bildung eines aus verschiedenster nationaler Wurzel stammenden österreichischen Hofadels, der die Stütze des Monarchen bildet, ihn aber auch oft beherrscht. Der Adel besetzt die maßgebenden Stellen im Staate; nur selten gelingt es einem bürgerlichen Juristen höher emporzukommen. Der Adel hat die hohen Kommandostellen im Heere. Das Heereswesen machte eben jetzt in der letzten Zeit und nach dem Ende des großen Krieges den entscheidenden Schritt zur Bildung einer stehenden Armee. Sie bildet den Kern der kaiserlichen Kriegsmacht, die dann die Kämpfe gegen Türken und Franzosen ausficht. Und endlich die Kirche. Dank der rücksichtslosen Gegenreformation war die katholische Kirche in den ganzen weiten Erblanden alleinherrschend geworden. Sie ist die natürliche Verbündete der glaubenseifrigen Dynastie. Jetzt beginnt die eigentlich innerliche Katholisierung der österreichischen Länder und ihres Volkes. Aber so mächtig die Kirche dastand, so tief ihre allüberall rasch und zahlreich anwachsenden treuesten Diener, die Orden und unter diesen wieder die Jesuiten, Leben und Kultur beeinflußten, so entrichtete doch auch die Kirche dem staatlichen Absolutismus ihren Tribut. Denn die Habsburger, auch die frommen Ferdinande, duldeten keine kirchlichen Eingriffe in staatliche Rechte, waren vielmehr geneigt, die Einflußsphäre der staatlichen Autorität auch gegenüber der Kirche noch zu erweitern.

Dies waren die Kräfte, die um die Dynastie sich zusammenschlossen und bei der Bildung der österreichischen Großmacht und ihrer inneren Ausgestaltung mehr oder minder mitwirkten. Es waren zum Teile die alten Faktoren des Feudalstaates, aber gleich diesem in einer Umwandlung begriffen. Die treibende Kraft im Wandel bildete unleugbar die Dynastie. Denn sie will und muß Großmachtspolitik machen, sie braucht dazu die Kräfte der Länder, sie muß diese Kräfte stärken, einigen, zusammenfassen, neue Kräfte und Hilfsmittel erschließen auf den Wegen des herrschend werdenden Merkantilismus. Sie will mehr und mehr ein einheitlich beherrschtes Staatsgebiet aus den so verschiedenartigen Ländern gestalten. Es ist eine staatsbildende, staatsmännische Aufgabe von Größe und unendlicher Schwierigkeit. In Ungarn versagt die Macht jener zentralisierenden Faktoren und erst nach schweren, jahrzehntelangen Kämpfen kommt es zu einem Kompromiß zwischen Krone und Nation. In Österreich



aber gelingt die Lösung der Aufgabe in weitreichendem und tiefdringendem Maße. In Österreich leitet diese Mischung des fürstlichen Absolutismus mit den feudalen Elementen und mit der siegreichen katholischen Kirche nicht bloß die Anfänge einer Neugestaltung des Staates ein, sondern auch das Werden einer eigentlichen und eigenartigen österreichischen Kultur.

Die Gegenreformation hatte zahlreiche der geistig tüchtigsten und wirtschaftlich wertvollsten Existenzen vernichtet oder vertrieben und damit unersetzlichen Schaden getan. Auch hat sie Schranken aufgerichtet gegen das übrige deutsche Reich und Volk und namentlich gegen die ganzen protestantischen Lebenskreise und die von ihnen gezeugten geistigen Güter. Dafür strömten nun romanische Kulturwellen in das Land. Die nahe Verbindung des Herrscherhauses mit Spanien und seine Weltstellung übte schon im 16. Jahrhundert kulturelle Rückwirkungen auf den Hof und die höheren Kreise in den Ländern der deutschen Habsburger. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts war überhaupt Hispanisch das tonangebende Vorbild der großen Welt. Im 17. Jahrhundert begann Italien zu wetteifern, seine Prinzessinnen, seine Edelleute und Kriegsmänner, seine Dichter, Künstler und Musiker an die Höfe der Habsburger zu senden. Ferdinands II. zweite und Ferdinands III. dritte Gemahlin waren Gonzaga von Mantua, in der tirolischen Linie hatten Leopold V. und dann sein Sohn Ferdinand Karl Töchter des Hauses Medici als Gemahlinnen. Spanisch und Italienisch war guter Ton an den Höfen von Wien und Innsbruck, nicht aber Französisch, der Innsbrucker Hof war um 1650 mehr als halb italienisch. Der junge spätere Kaiser Leopold beherrschte Spanisch und Italienisch wie zweite Muttersprachen, Französisch hat er vielleicht gar nicht gelernt, jedenfalls nicht gesprochen. Ein bedeutsamer Unterschied gegenüber den anderen deutschen Höfen, wo das französische Wesen schon mehr und mehr tonangebend einzog. Wir spüren hier greifbar die Wirkung des großen politischen Gegensatzes der Häuser Habsburg und Bourbon.

Eine starke romanisierende Strömung ergriff so das Kulturleben der höheren Schichten der Höfe, des Adels, der Kirche, die jetzt wieder die herrschenden Mächte in Staat und Gesellschaft geworden waren. In Tracht und Mode, in Sprache und Literatur, in der Oper und in der Kirchenmusik, in der bildenden Kunst des Barock, in den Formen und im Geiste des religiös-kirchlichen Lebens, allüberall spürt man und trifft man den Einfluß dieses Romanismus. Auch die Kultur der slawischen und ungarischen Länder in jener Zeit ist von diesem Einfluß deutlich



ergriffen worden. Es war eine mächtige Strömung, gestützt und geführt von den herrschenden Klassen, und sie wirkte tief und folgenreich auf das Kulturleben Österreichs. Aber sie blieb hier nicht das, als was sie gekommen. Sie stieß auf österreichischem Boden auf starke, urwüchsige Kräfte: auf die Kräfte eines gesunden Volkstums, das in dem Mark seines deutschen Charakters nicht angegriffen wurde. Die ursprünglichen Begabungen dieser deutsch-österreichischen Stämme, ihre angeborenen künstlerischen Potenzen, ihr gerader natürlicher Sinn und die unmittelbar nachwirkende Tradition bildeten ein glückliches Gegengewicht, um bei aller Empfänglichkeit für die reizvollen, lockenden Einflüsse doch das eigenste Wesen zu wahren und ihm das fremde anzupassen. Die italienische Barockkunst wird zum österreichischen Barock, sie wird eigenartig, bodenständig, die humanistischen Allegorien der Jesuitendramen durchsetzen sich mit charakteristisch volkstümlichen Szenen, das ganze Volksleben, zwar obenhin gefärbt durch den kirchlich-katholischen Einschlag, bleibt dennoch mannigfaltig und reich, wird keineswegs dumpf und öde, ja „die Blütezeit der österreichischen Volkskunst und der volksmäßigen Äußerungen nationalen Lebens" zieht eben jetzt herauf [1]).

Dies ist die österreichische Barockkultur. Ihr Werden begleitet die Entfaltung der österreichischen politischen Großmacht. Die Namen Prinz Eugen und Fischer von Erlach sind unzertrennlich.

Dies ist Sinn und Ergebnis der Geschichte Österreichs in dem Jahrhundert nach 1620 und 1648, es zu schildern in der Gesamtheit seiner geschichtlichen Erscheinung und Bedeutung bildet die Aufgabe der folgenden Bücher dieses Werkes.

1) M. Haberlandt in der Zeitschr. f. österr. Volkskunde (1917) XXIII, 3.

Zweites Kapitel

Ferdinand III. und das Reich, die Kaiserwahl Leopolds I.

So schickt sich das Machtgebiet der deutschen Habsburger um die Mitte des 17. Jahrhunderts an, ein Staatsgebiet zu werden. Auf dem gleichen Wege und in merkwürdig ähnlicher Lage befanden sich eben damals die Hohenzollern. Wie die Habsburger ihren westlich vorgeschobenen, getrennten und zerstreuten Besitz im Breisgau und in Schwaben hatten, so die Hohenzollern in Kleve und in der Grafschaft Mark, in Ravensberg und Minden. In der Mitte liegt der Hauptkomplex wie der österreichisch-böhmischen, so der brandenburgisch-pommerschen Länder. Im Osten aber, außerhalb des Deutschen Reiches, das habsburgische Ungarn und das hohenzollersche Preußen, jenes freilich unmittelbar an die Erbländer angrenzend, dieses durch das polnische Westpreußen von Brandenburg getrennt. In beiden dynastischen Machtgebieten ist der allgemeine innerstaatliche Werdeprozeß des Absolutismus im Gang und der äußere Ausdehnungstrieb nach Verbindung, Abrundung und Gewinn an Land und Leuten mächtig wirksam. Aber gerade an diesem Punkte, in der äußeren Politik, setzte der Unterschied ein in der Lage der beiden Herrscherhäuser. Das weiträumige Reich an der Ostflanke Brandenburg-Preußens, das Königreich Polen, ist innerlich parteizerrissen und schwach, es beginnt gerade jetzt die Anzeichen kommenden Zerfalles deutlich aufzuweisen. Kurfürst Friedrich Wilhelm kann im Bunde mit Schweden aggressiv gegen Polen vorgehen, löst das Herzogtum Preußen aus polnischer Abhängigkeit, denkt gelegentlich an die polnische Krone für sein Haus, hat von dieser Seite nie zu fürchten. Sein heißerstrebtes Ziel ist der Erwerb Schwedisch-Pommerns mit Stettin und der Odermündung, hier liegt ein Angelpunkt seiner Politik im Reiche und gegenüber den beiden Kronen von Schweden und Frankreich.



Für Österreich aber erwuchs in den nächsten Dezennien gerade im Osten eine schwere Gefahr, eine Bedrohung nicht bloß Ungarns, sondern auch der Erblande durch das kraftvoll und angriffslustig sich aufrichtende Osmanenreich. Zwanzig Jahre währte Angriff, drohende Gefahr und ihre Abwehr. Das Jahr 1683 ist der Wendepunkt. Seitdem errang und sicherte das Haus Österreich in ruhmreichem sechzehnjährigem Kampfe nun erst ganz Ungarn und Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien. Diese Türkenkriege bildeten von 1661 bis 1699 den einen Mittelpunkt zeitgeschichtlichen Interesses und weltgeschichtlicher Ereignisse. Ihr Ergebnis war die endliche und endgültige Zurückweisung der Osmanenmacht und des Islam auf die Balkanländer, ihr Gewinn die Großmachtstellung der deutschen Habsburger auf Grund ihres eigenen territorialen Machtgebiets. Der Kampf gegen den alten Erbfeind fand Widerhall fast im ganzen christlichen Europa, und ohne den Beistand und die Subsidien der Reichsfürsten, Polens, Venedigs, Spaniens und des Papstes hätte Österreich den Kampf nicht aushalten und siegreich durchführen können. Das meiste und größte aber tat es doch selbst, und auch der Erfolg kam vor allem ihm und seiner Dynastie zugute.

Im Westen hatte Frankreich mit dem Gewinne Breisachs und des habsburgischen Elsaß im Westfälischen Frieden einen Fuß vorgesetzt an die Ufer des Rheines, seiner „natürlichen Grenze". Begriff und Forderung der natürlichen Grenzen für Frankreich war seit Richelieu politisches System [1]). Rhein, Alpen, Pyrenäen waren diese idealen „limites Galliae", Mazarin schon erklärte die Erwerbung der spanischen Niederlande für notwendig, um für Frankreichs nahe Hauptstadt ein „unüberwindliches Bollwerk" zu schaffen. Der Pyrenäische Friede von 1659 brachte im Norden und Süden einen Schritt näher dem großen Ziele. Und der junge hochbegabte und hochstrebende Herrscher, der seit 1661 Frankreich selbständig regierte, war fest entschlossen, auf diesem Weg energisch vorwärts zu schreiten. Mit einem Wort, der alte große Kampf, hie Bourbon-Frankreich, hie Spanien-Österreich, in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges neu eröffnet, tritt seit dem Siege des französischen Königtums über die Fronde in den Beginn einer letzten gewaltigen und entscheidenden Epoche.

1) Vgl. G. F. Preuß, Wilhelm III. von England und das Haus Wittelsbach I, 56* ff. Über natürliche Grenzen und daß der Rhein nie eine wirkliche natürliche Grenze war, vgl. das wertvolle Buch von Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer (1918) S. 9 ff.

Die Wucht der französischen Expansion traf nicht bloß das Haus Österreich, sondern bald und dann vor allem auch das Reich. Dies hatte ein weitblickender Staatsmann wie Franz von Lisola schon um 1660 geahnt und gefürchtet. Zehn Jahre später drang auch am Kaiserhofe diese Einsicht durch. Habsburgisches Interesse und Reichsinteresse verknüpfte sich hier. Der Kampf gegen Frankreich, in den der Kaiser ernstlicher seit 1673 und dann abermals seit 1688 eintrat, gestaltet sich mehr und mehr zu einer mittel- und westeuropäischen Koalition gegen die Übermacht Ludwigs XIV. Er entscheidet sich schließlich in dem grandiosen Drama des Spanischen Erbfolgekriegs.

Im deutschen Reiche aber verknüpfte und verquickte sich diese Weltrivalität mit dem alten und ewig neuen Gegensatze innerhalb der deutschen Staatsentwicklung. Hieß er in alten Zeiten Königtum und Stämme, so später Königtum und fürstliche Territorien. Jetzt nannte man es die „fürstliche Libertät", die verteidigt werden sollte gegen die Anmaßungen und Übergriffe der kaiserlichen Gewalt. Der Schrecken des Restitutionsedikts war unvergessen und wirkte nach [1]). Auch die katholischen Reichsfürsten scheuten die Wiederkehr einer Machtstellung, wie sie Ferdinand II. um 1629 und 1630 besessen hatte. Eine vielgelesene Schrift wie die des Hippolithus a Lapide: De ratione status in Imperio Romano-Germanico (1640) stärkte Mißtrauen und Abneigung gegen das Haus Österreich; man argwöhnte und fürchtete immer wieder ein Streben der habsburgischen Kaiser nach absoluter Herrschaft im Reiche [2]). Das Eingreifen von Schweden und Frankreich in den großen Krieg zeigt das doppelte Antlitz: eigene Machtziele und Eintreten für die Reichsstände gegen den Kaiser. In den Friedensinstrumenten von 1648 wird den Reichsfürsten das Bündnisrecht untereinander und mit fremden Mächten gegen jedermann außer gegen Kaiser und Reich gesichert; der Kaiser aber wurde verpflichtet, künftig Spanien in seinem fortdauernden Kampfe mit Frankreich keinerlei Hilfe zu leisten. Der Westfälische Friede war und blieb fürderhin das Fundament der fürstlichen Libertät.

1) Samuel Pufendorf sagt 1667 (De statu imperii Kap. II, § 9, ed. F. Salomon S. 59): Ferdinandus, cui, ut nonnulli crediderunt, in animo erat redacta in ordinem principum potentia absolutum sibi imperium adstruere.

2) Pufendorf Kap. VII, § 10, S. 144: Est adversus domum Austriacam omnium Principum invidia aut suspicio propter diuturnam Caesarei fastigii possessionem et nimiam potentiam.



Von hier aus eröffnet sich uns wohl ein Weg zum Verständnis der eigenartigen Erscheinungen im Verhältnis zwischen Kaiser und Ständen des Reichs.

Unmittelbar vor seinem Tode (1673) sagte Kurfürst Johann Philipp von Mainz: „Gott, vor dessen Angesicht ich stehe, weiß, daß ich's allzeit treu und redlich mit Ihro Majestät dem Kaiser und dem Römischen Reich hab gemeint [1].“ Sicherlich hat Johann Philipp in diesem Augenblicke seine wahrhafte Überzeugung ausgesprochen. Und doch war er der Begründer des Rheinbundes von 1658, der sofort den Zwecken Mazarins dienstbar wurde, und doch nahm dieser vornehmste Fürst des Reiches französische Jahrgelder [2]. Man muß es doch glauben, daß er mit solchem Beginnen ebensowenig wider Kaiser und Reich zu handeln meinte, als wie etwa Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern in seinen Allianzverträgen mit Frankreich (1670), in denen er sich verpflichtete, bei der nächsten Erledigung des Reiches für die Wahl Ludwigs XIV. einzutreten, oder Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der 1679 gegen jährliche Subsidien das gleiche versprach, und 1681 versprach, Frankreich in jedem Falle unbedingte Hilfe zu leisten. Und wie diese ersten und größten Fürsten, so machten es zahllose andere Stände des Reiches. Alle gestützt auf ihr verfassungsmäßiges Bündnisrecht, alle bestrebt, ihre eigene Sondermacht zu vergrößern und in sotaner Stärkung ihrer Libertät die Rechtfertigung ihrer ganzen Politik und ihres ganzen Tuns erblickend. Man schied gewissermaßen Reichsbegriff und kaiserliche Würde, die man niemals anzutasten sich vermessen wollte, von dem Haupt des Hauses Österreich, gegen dessen Vormacht man sich sträubte. All das führte zwar zur freiesten Libertät der großen Fürsten, aber auch zu den chaotischen Zuständen des Reiches, von denen die fremden Kronen den größten Nutzen zogen.

Und der Kaiser und das Haus Österreich? Zweihundert Jahre war es schon im ununterbrochenen Besitz der deutschen Krone. Immer wieder waren Habsburger gewählt worden, selbst in ihren bedrängtesten Tagen im Jahre 1619. Kein anderes Haus besaß so bedeutende eigene Mittel, um die Lasten der kaiserlichen Würde zu tragen; auch das katholische Bekenntnis kam den Habsburgern zugute, da ein protestantischer „Vogt der Kirche“ in jenen Zeiten doch undenkbar schien. Konnte man

1) Mentz, Johann Philipp v. Schönborn II, 254.

2) Mentz I, 59.



sagen, daß die Weltstellung des Hauses Österreich die Abwehr und dann die Rivalität und Offensive Frankreichs gereizt und ihretwegen das Reich mit hineingezogen habe, so wäre Deutschland sicherlich auch ohne habsburgischen Kaiser nicht minder das Objekt französischer Expansion geworden und gewiß zu Frankreichs weit größerem Erfolg. Die österreichische Hausmacht, von den Ständen des Reiches so mißtrauisch betrachtet, war andrerseits doch gerade durch ihre Stärke ein Halt und ein Schutz wider die Gefahr von Osten und Westen. Wieder können wir hier den ersten Kurfürsten des Reiches vernehmen. Johann Philipp von Mainz machte Ende 1654 den Vorschlag, der Kaiser möge in seinen Erblanden eine militia perpetua aufrichten, denn in den reichen Kräften der Länder des Erzhauses liege die Rettung gegen die Umtriebe der Franzosen und Schweden im Reiche. Sind die Erblande gerüstet, dann schließen sich die katholischen, aber auch die wohlgesinnten protestantischen Fürsten gerne dem Kaiser an [1]). Und Samuel Pufendorf, ein vollwichtiger und unbefangener Zeuge, der 1667 im 7. Kapitel seiner berühmten Schrift über das Deutsche Reich dessen Verhältnis zu den Nachbarstaaten bespricht und treffend Frankreichs Politik und wachsenden gefährlichen Einfluß in Deutschland schildert, schließt mit den bedeutungsvollen Worten: ein Tor, der nicht einsieht, daß so die breiteste Bresche gebrochen wird, um Deutschlands Freiheit zu zerstören, besonders für den Fall, wenn Österreichs Mannesstamm aussterben sollte [2]).

So können wir etwa folgendermaßen sagen. Es ging ein doppelter Zwiespalt durch das Reich, ein religiöser und ein politischer: katholisch gegen protestantisch, kaiserlich gegen ständisch. Die Gegensätze decken und verbinden sich öfters, oft kreuzen sie sich. Nachdem der Westfälische Friede die Anerkennung der Religionsbekenntnisse im Reiche gesichert, bleibt hauptsächlich der kaiserlich-ständische Antagonismus. Die kaiserliche Gewalt, an sich fast zum Schatten geworden, hat die Tendenz nach Stärkung, und sie empfängt Fleisch und Blut durch die Macht des Hauses Österreich. Daher gegen dieses Opposition, Kampf, Bündnisse der Stände auch mit Fremden, mit notorischen Reichsfeinden. Daher andrerseits doch wieder Anschluß an Österreich in gefährlichen Momenten, Einsicht von der Bedeutung der kaiserlich-österreichischen Macht für das Reich. In dem Gewirre von stets wechselnden Allianzen und politischen

1) Mentz, Johann Philipp v. Schönborn I, 57.

2) De statu imperii Kap. VII, 6, S. 139.



Kombinationen ist doch immer wieder der Kaiser und Österreich ein Mittelpunkt, sei er bekämpft oder gesucht. Hier liegt trotz oder vielleicht wegen der unendlichen Zersplitterung und trotz all des Partikularismus noch ein Zentral- und Schwerpunkt des Reiches.

Hieran hat der Westfälische Friede nichts geändert, obgleich durch ihn die Stellung des Kaisers als solchen noch mehr eingeengt ward und die deutschen Habsburger wertvolle Gebiete verloren. Dieser Rückschlag hatte aber allerdings das eine zur Folge, daß Pläne und Bestrebungen, wie sie 1629 und 1630 Ferdinand II. und seinem großen Feldherrn vorschwebten, nunmehr energisch zurückgedämmt und aussichtslos erschienen. Diese Sachlage hat niemand so ehrlich anerkannt und zur Richtschnur seines Handelns genommen wie Kaiser Ferdinand III. selber. Es liegt ihm nach geschlossenem Frieden aufrichtig daran, die Exekution des Friedens zu fördern, die zu Münster und Osnabrück vereinbarten Bedingungen zu erfüllen und die auf einen künftigen Reichstag verschobenen Beratungen und Beschlüsse über eine Reihe wichtiger Fragen zustande zu bringen. Den so mühevoll errungenen, so jubelnd allüberall begrüßten Frieden zu wahren, erschien dem Kaiser jetzt als besonders heilige Pflicht seines hohen Amtes, nicht minder aber auch als eine dringende Notwendigkeit im Interesse der schwer geschädigten Länder des Reiches und seines Hauses. Diese Friedensliebe um jeden Preis ist ein Grundzug von Ferdinands III. Regierung nach 1648 [1]). Nur zögernd und mit schwerem Herzen entschloß er sich in seinen letzten Tagen in einen neuen großen Krieg einzugreifen, der außerhalb Deutschlands im Norden und Osten entbrannte.

Eine Sorge beschäftigte außerdem den früh gealterten Herrscher ganz besonders: die Nachfolge seines Hauses im Reiche zu sichern durch die Wahl eines Sohnes zum römischen König.

Um Prag hatten die letzten Aktionen des großen Krieges sich abgespielt. Die Kleinseite mit dem Hradschin war von den Schweden überrumpelt worden, aber die Alt- und Neustadt auf dem rechten Moldauufer widerstand tapfer dem schwedischen Generalissimus Pfalzgrafen Karl Gustav. Am 9. November 1648 kam die Friedensbotschaft und befreite die belagerte Stadt. Freilich ließ Karl Gustav schnell noch die

1) Vgl. die Ausführungen bei A. v. Ruville, Die kaiserliche Politik auf dem Regensburger Reichstag 1653—54, S. 6 ff.



kaiserliche Kunstkammer und die Archive und Bibliotheken, ja sogar „heilige Leiber“ (Reliquien) auf der Burg und in Klöstern der Kleinseite in Beschlag nehmen, um hohes Lösegeld zu erpressen. Die schwedischen Truppen blieben noch in Böhmen, bis die Friedens-Exekution in der Hauptsache durchgeführt war. Dies ging freilich keineswegs schnell und leicht. Zunächst fanden im November 1648 Konferenzen in Prag statt zwischen dem Fürsten Oktavio Piccolomini und dem Pfalzgrafen und den anderen kaiserlichen und schwedischen Generalen [1]). Die langwierigen Hauptverhandlungen aber wurden von April 1649 an zu Nürnberg geführt. Es handelte sich um die Abdankung und das „Kontentement“ der schwedischen Truppen und die Räumung der von ihnen besetzten Plätze und Landstriche; um die dafür von sieben Reichskreisen zu bezahlenden fünf Millionen Taler; sodann um die Durchführung der Restitutionen von Gütern und Rechten nach dem Stand von 1618, bei geistlichen Besitzern nach dem Normaljahr 1624, die wichtigste interne Frage der Friedensexekution. Die Vertreter des Kaisers wollten, vom Standpunkt des Reiches aus sehr mit Recht, zuerst die Abdankungsfrage mit Schweden regeln, um dann die nur die Glieder des Reiches angehenden Restitutionen ohne Einmischung der fremden Kronen durchzuführen. Allein man mußte sich dem entschiedenen Begehren der Schweden fügen, daß diese Aktionen durchaus gleichzeitig, keine ohne die andere, vorzunehmen seien. Schweden wollte und erhielt so sein Geld und, kein Zweifel, der schwedische Druck beschleunigte auch die Restitutionen. Dennoch konnten erst nach schwierigen Arbeiten und Verhandlungen über die unzähligen verwickelten Einzelfälle am 26. Juni und 2. Juli 1650 zu Nürnberg die Friedensexekutions-Haupt-Rezesse mit Schweden und Frankreich abgeschlossen werden [2]) und erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres wurden die böhmischen Länder [3]) und das Reich von der schwedisch-französischen Soldateska befreit.

Die eigene, zuletzt 62 Regimenter umfassende Heeresmacht hatte der Kaiser seit dem Friedensschlusse großenteils abgedankt und aufgelöst und nur 9 Regimenter zu Fuß, 9 zu Pferd (Kürassiere) und ein Dragoner-

1) Koch, Gesch. Ferdinands III., Bd. II, 531 ff.; für das Folgende vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. I, 9 ff.

2) Die Präliminar-Rezesse, Konventionen und Hauptrezesse angeführt bei Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 60 ff.

3) Für Schlesien vgl. Grünhagen, Gesch. Schlesiens II, 302; für Mähren und besonders Olmütz die Aufzeichnungen des P. Paulinus Zaczkovic, hg. von Dudik im Arch. f. österr. Gesch. LXII, 597 ff.



regiment wurden 1649 als stehendes Heer teils von den alten Regimentern beibehalten, teils neu formiert [1]).

Solange die Durchführung dieser dringendsten Friedensmaßregeln währte, konnte nicht wohl an die Erfüllung einer anderen Bestimmung herangetreten werden, nämlich an die Berufung eines Reichtages. Er hätte sechs Monate nach der Ratifikation des Friedens abgehalten werden sollen. Dies war unmöglich gewesen, aber seine Einberufung zog sich noch weit über 1650 hinaus, sie erfolgte erst am 27. April 1652 auf Ende Oktober dieses Jahres.

Ein Hauptgrund für diese Verzögerung lag in dem dringenden Wunsche des Kaisers, noch vor dem Reichstage die Wahl seines ältesten Sohnes Ferdinand IV. zum römischen König zu sichern. Der junge Prinz erreichte im September 1651 das hierzu herkömmlich als notwendig erachtete Alter von 18 Jahren [2]). Bald nachher beginnen die Bemühungen des Kaisers für jenes Ziel. Wollte man es rasch und sicher erreichen, dann durfte diese Frage allerdings nicht den Fährlichkeiten reichstäglicher Beratung ausgesetzt werden. Das lag nicht bloß im Interesse des Kaisers und seines Hauses, sondern auch der Kurfürsten und ihrer reichsrechtlichen Vorzugsstellung. Denn in den letzten Zeiten hatte sich eine Opposition des Fürstenkollegs gegen die kurfürstlichen Vorrechte erhoben, ermuntert von den fremden Kronen, namentlich von Schweden, das ja als Reichsstand selber auf der Fürstenbank vorlieb nehmen mußte. Diese Strömung hatte sich mit den Wünschen der Protestanten verquickt und verdichtete sich in jenen Artikeln des Friedens, wo von der Parität in der Reichsdeputation, von der Verbindlichkeit von Majoritätsbeschlüssen in Reichssteuersachen und namentlich von der Aufstellung einer „beständigen" Wahlkapitulation durch den Reichstag gehandelt wird [3]). Die Wahlkapitulationen für die Königs- und Kaiserwahlen festzustellen, war bisher

1) Wrede, Gesch. der k. u. k. Wehrmacht I, 14; II, 96.

2) Ferdinand IV. war am 8. September 1633 geboren, seit 15. August 1646 König von Böhmen, 16. Juni 1647 König von Ungarn. — Kloster Königsaal widmete zur Krönung als König von Böhmen eine Schrift: Apodixis promantica ex numero quarto salutem et pacem Ferdinando quarto .. praedicens ejusdemque coronationi votive appensa in Aula Regia. Wiennae, M. Cosmerovius, 1647. Vgl. Anton Mayer, Wiens Buchdruckergesch. I, 239. — Im Jahre 1651 ließ P. H. Hugo S. J. „Pia desideria ad Ferdinandum IV." in Graz bei Widmanstat erscheinen. Wiener Hofbibliothek.

3) Instrum. Pacis Osnabrug. V, 51. 52, VIII, 3. Ausgabe der Friedensinstrumente von Osnabrück und Münster bei Zeumer, Quellensammlung z. Gesch. d. deutschen Reichsverfassung, 2. Aufl., S. 395 ff. 434 ff.; obige Artikel S. 413. 416.

ein selbstverständliches Vorrecht der Kurfürsten gewesen, einer zu befürchtenden Änderung dieses Herkommens wenigstens bei der nächsten Wahl noch zuvorzukommen, war Kaiser und Kurfürsten in gleicher Weise erwünscht.

Aber ganz abgesehen von solchen Interessen erschien die rechtzeitige Sicherung der Nachfolge im Reiche überhaupt als eine notwendige Fürsorge. Der Kaiser zählte zwar erst 44 Jahre, war aber von den Strapazen seiner früheren Feldzüge her früh gealtert, gichtleidend, überhaupt von schwacher Gesundheit [1]). Man sprach ihm kein langes Leben zu. Die herkömmliche Übung, zu Lebzeiten des kaiserlichen Vaters den Sohn zum römischen König zu wählen, war also in diesem Falle besonders naheliegend und durch die Lage des Reiches begründet. Man scheute doch allenthalben die sonst sicher zu gewärtigende Einmischung Schwedens und Frankreichs und die Schwierigkeiten eines langen Interregnums.

Diese Umstände kamen den Verhandlungen zu statten, die der Kaiser im Jahre 1652 mit den einzelnen Kurfürsten begann. Im Herbste folgten die meisten persönlich der kaiserlichen Einladung nach Prag. Zuletzt erschien Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Alle die Herren hatten nach altem Brauch auch ihre Wünsche, die ihnen erfüllt wurden. Brandenburg machte seine Ansprüche auf das schlesische Herzogtum Jägerndorf geltend und erhob die Forderung, daß der Kaiser bei Schweden die endliche Räumung Hinterpommerns kategorisch verlange. Bezüglich Jägerndorfs gab Ferdinand ein allgemein gehaltenes Versprechen günstiger Erledigung, gegen Schweden aber erging ein offizielles kaiserliches Reskript, daß es weder mit seinen Reichslehen belehnt, noch bei dem Reichstag zugelassen werden solle, ehe es Hinterpommern geräumt habe. So erfolgten denn im November 1652 die Zusagen aller Kurfürsten, die sich als Kolleg konstituiert hatten. Ein halbes Jahr später wurde die Wahl Ferdinands IV. zum römischen König am 31. Mai 1653 zu Augsburg vollzogen. Noch im letzten Augenblick hatte Brandenburg durch seine Gesandten Schwierigkeiten erhoben [2]), allein die an-

1) Relation des venezianischen Gesandten Giustiniani vom Februar 1655, ed. Fiedler, Fontes rer. Austr. II 26, 386. Die Relation ist zwar datiert 1654 Febr. 25, allein dies muß nach venezianischem Jahresanfang mit 1. März berechnet werden. Die Relation spricht von Ferdinand IV. als Verstorbenem, der am 9. Juli 1654 aus dem Leben schied.

2) Der Kurfürst hoffte noch eine Zusage wegen Jägerndorfs zu erringen; auch wollte er auf den Erzherzog Leopold Wilhelm, den Bruder des Kaisers, und auf den Erzherzog Karl Ferdinand von Tirol, oder auch auf den Kurfürsten Ferdinand Maria

deren Kurfürsten, allen voran Erzbischof Johann Philipp von Mainz, wollten die Wahl durchaus nicht mehr aufgeschoben wissen. Am 18. Juni empfing der junge römische König zu Regensburg die Krone.

Inzwischen hatten sich seit November 1652 die Stände zum Reichstage in Regensburg zu versammeln begonnen [1]). Am 12. Dezember kam der Kaiser von Prag und hielt seinen prächtigen Einzug. Der förmlichen Eröffnung stand im Wege, daß sich die Räumung Hinterpommerns unliebsam hinauszog und daß der Kaiser aus Rücksicht auf Schweden doch dessen Reichstagsfähigkeit abwarten wollte. Erst gegen Mitte 1653 ward endlich diese Sache geregelt und am 30. Juni wurde der Reichstag feierlich eröffnet.

Kaiser und Kurfürsten gingen zunächst Hand in Hand, namentlich Johann Philipp von Mainz war mit dem Kaiser einig in den Zielen. Beiden lag die Festigung und Erhaltung des Friedens und eine Reform der zerrütteten Zustände des Reiches aufrichtig am Herzen. Beide glaubten und hofften durch ein kaiserlich-kurfürstliches Regiment am leichtesten etwas Nützliches durchsetzen und durchführen zu können; freilich einerseits ohne weitere Einbußen der kaiserlichen Gewalt und andrerseits mit dauernder Konsolidierung des kurfürstlichen Kollegiums. Sicherlich reale und auch nationale Politik, natürlich mit dem Untergrunde der Wahrung eigener Interessen. Man fürchtete den Widerstand der Fürsten, die durch die Prager Versammlung und die ungewohnte Einigkeit von Kaiser und Kurfürsten schon mißtrauisch geworden. Gegen die kurfürstliche Präponderanz waren katholische und protestantische Fürsten einig, in anderen Dingen allerdings schieden sie sich wieder nach konfessionellen Gegensätzen. Einig war ferner alles in gewissen Fragen der vollen Friedensherstellung und in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Reform des Justizwesens. In diesen Punkten gelangte denn auch der Reichstag zu wirk-

von Bayern als wählbar hinweisen, um gegen eine förmliche Erblichkeit der deutschen Krone zu demonstrieren. Vgl. über diese ganzen Verhandlungen Urk. und Aktenstücke z. Gesch. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm IV, 920 ff.; VI, 118 ff., bes. 215 ff.

1) Über diesen Reichstag vgl. A. v. Ruville, Die kaiserl. Politik auf dem Regensburger Reichstag von 1653—54 (1896), der eine berechtigte Korrektur und Ergänzung der früheren Darstellungen von Droysen, Köcher und Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. I, 162 ff. brachte, die wesentlich auf braunschweigischem, brandenburgischem und französischem Quellenmaterial beruhten, während Ruville auch das Wiener Staatsarchiv heranzog. Zu Ruvilles Darstellung vgl. Mentz, Johann Philipp v. Schönborn II, 28 ff. Das grundlegende Quellenwerk ist J. G. v. Meiern, Regenspurgische Reichstagshandlungen (1738), 2 Bde.



lichen Ergebnissen: zu einer Ordnung des Reichskammergerichts und einer Reichshofratsordnung. Diese letztere ward allerdings einseitig vom Kaiser erlassen, der eifersüchtig darüber wachte, daß kein ständischer Einfluß über die im Westfälischen Frieden gemachten Zugeständnisse hinaus sich in diese Institution des Reichshofrates einmenge, der als Ausdruck des höchsten Richteramtes des Kaisers nur von diesem abhängig sein und bleiben sollte. Freilich bedeutete der Reichshofrat auch ein politisches Machtmittel in der Hand des Kaisers, und politische Rücksichten mischten sich zweifellos gar manchesmal in die Prozesse und Entscheidungen über die zahllosen lehenrechtlich-territorialen Streitigkeiten, die in die Judikatur des Reichshofrates gehörten [1]).

Tiefgreifende Schwierigkeiten erhoben sich aber bei Beratung jener oben schon angeführten Fragen der Parität der Konfessionen in der Reichsdeputation und der Verbindlichkeit von Majoritätsbeschlüssen in Reichssteuersachen. Sie vor der Wahl- und Kapitulationsfrage zu beraten, hatten die Kaiserlich-Kurfürstlichen durchgesetzt, weil sie gerade bei der Wahlkapitulation die schärfste Gegnerschaft der Fürstlichen befürchteten. Aber die herrschende Spannung löste sich auch bei jenen Punkten aus, und der Streit konzentrierte sich im Herbst 1653 namentlich auf die Frage der Reichssteuern. Der Kaiser vertrat den Standpunkt, daß von der Majorität bewilligte Steuern für alle Reichsstände verbindlich seien. „Ein Satz, der das Gepräge einleuchtender Notwendigkeit an der Stirne trug, sofern das Reich wirklich ein Staat war [2])." Will man dem Kaiser zumuten, daß er auf jene „einleuchtende Notwendigkeit" hätte ohne weiteres verzichten sollen? Wenn man es sehr begreiflich findet, daß die deutschen Fürsten kein Interesse daran haben konnten, die Macht des Kaisers durch ihre Geldmittel zu unterstützen, so muß man billigerweise als ebenso begreiflich zugeben, daß der Kaiser auf einem notwendigen und herkömmlichen Rechte bestand, ohne welches Reichstagsbeschlüsse illusorisch wurden und allerdings der Staat zerfiel. Man sagte, der Kaiser brauchte keine Steuern, und wenn er sie verlangte und erhielt, war es ein Ausbeutungssystem zugunsten des Oberhauptes von Österreich [3]). Dieses Wort ist ebenso hart als unbillig. War es wirklich so selbstsüchtig und ungerechtfertigt, wenn der Kaiser einen Beitrag wünschte zu den gewal-

1) Vgl. über die Reichhofratsfrage auf dem Regensburger Reichstag Ruville a. a. O. S. 111 ff.

2) Erdmannsdörffer I, 164, natürlich mit Beziehung auf die Lehre Pufendorfs.

3) Ebenda I, 165. 166; dagegen schon Ruville 58 ff.

tigen Kosten, die ihm gerade dieser Reichstag auferlegte, auf dem er mit zahlreichem Gefolge anderthalb Jahre zu Regensburg verweilte? Kamen die Türkenhilfen wirklich nur Österreich zugute und hat nicht Österreich selber zu denselben stets weit mehr [1]) beigetragen? Und erkannten nicht gerade die einsichtigsten Patrioten [2]) die Schaffung eines gemeinsamen Reichsschatzes und eines stehenden Reichsheeres als einen notwendigen und heilsamen Vorteil für das Vaterland? Wenn der Historiker den extremen Partikularismus der Reichsstände begreift, so wird er doch auch den Standpunkt des Kaisers verstehen, der, neben dem Interesse für sein Haus, die beschworene Fürsorge für das Gesamtreich nicht außer Augen lassen wollte und durfte.

In verwickelten und bewegten Verhandlungen kam der Reichstag bis Anfang November 1653 endlich zu einem Punkte, wo ein entschiedenes Durchgreifen der kurfürstlich-kaiserlichen Majorität, zu der auch die Mehrheit der Fürstenbank gehörte, in den erwähnten Fragen zu einem entscheidenden Siege geführt hätte. Der Erzkanzler war entschlossen, durch Festigkeit die Opposition zu überwinden, der Kaiser, ängstlich bemüht, streng loyal vorzugehen [3]), hätte sich angeschlossen, um endlich zu fruchtbarer Arbeit des Reichstages zu gelangen.

Da kam eine unerwartete Wendung. Brandenburg, das bisher und gerade zuletzt noch einig mit den andern Kurfürsten vorgegangen, machte eine plötzliche Schwenkung und ergriff die Partei der Opposition. Dies hing damit zusammen, daß bei Kurfürst Friedrich Wilhelm ein Mann maßgebender Berater geworden war, der für einige Zeit einen Wechsel der kurfürstlichen Politik herbeiführte, Graf Georg Friedrich von Waldeck. Man hat ihm vielleicht allzu kühne Gedanken zugeschrieben und sein Unionsplan reduziert sich wohl auf bescheidenere Absichten, als wie daß Brandenburg an der Spitze der protestantischen Fürsten Deutschlands das Haus Österreich bekämpfen, vom Kaisertum bringen und einen deutschen Fürstenbund mit Brandenburg als mächtigem Führer begründen

1) Im Jahre 1641 hatte der österreichische Hofkanzler sich erboten mit Belegen nachzuweisen, daß wenn das Reich 100000 fl gebe, der österreichische Kreis 500000 beisteuere. Ruville 58, Anm. 2.

2) Pufendorf, De statu imperii VII, 9, S. 144.

3) Die Verhandlungen selber erweisen dies; wenn der französische Gesandte Vautorte sagte: „l'intérêt de l'Empereur est de fomenter la division", so hat man dies freilich nachgeschrieben und behauptet: „Der kaiserliche Hof verfehlte nicht, den Hader nach Kräften zu schüren", Erdmannsdörffer I, 168.



sollte [1]). Immerhin aber sucht Brandenburg jetzt Anschluß bei den braunschweigischen Herzogen und bei Frankreich gegen den Kaiser, der „die Begierd habe die Monarchie zu erlangen", seine Gesandten erhalten im November andere Weisungen, im Kurfürstenrate ist man entrüstet über diesen Abfall Brandenburgs, der Kaiser will zuerst gar nicht daran glauben. Allein es blieb dabei und damit schwand die Zuversicht, auf dem Reichstag noch etwas Größeres zu erreichen. Der Kaiser selbst wünschte wegen seines kränklichen Zustandes und aus mannigfachen anderen Gründen seinen Aufenthalt in Regensburg mit April 1654 abzuschließen. So wurden in den ersten Monaten des Jahres 1654 nun noch die Justizreform bis zum Beschluß der Kammergerichtsordnung und Erlaß der Reichshofratsordnung geführt, ein Gesetz über die Regelung der Schuld- und Zinsverhältnisse im Reiche fertiggestellt, und im Interesse der securitas publica, da man eine neue Defensionsordnung nicht mehr zustande brachte, wenigstens die bisherige Exekutionsordnung von 1555 als rechtskräftig erklärt. Die Erledigung der noch durchzuführenden Restitutionen sowie die Frage der Wahlkapitulation wurde schließlich einer außerordentlichen Deputation des Reichstages überwiesen. Bei Bewilligung der vom Kaiser verlangten Steuern zeigte sich der Dissens wegen der Gültigkeit der Majora in vollster Blüte: 100 Römermonate wurden ihm mit Mehrheit bewilligt, neu verlangte 60 mit Mehrheit abgelehnt, eine große Zahl der verweigernden Stände erklärten überhaupt nichts geben zu wollen.

War hierin der Kaiser unterlegen, so gelang eine andere ihm erwünschte Sache: die Einführung der von ihm und von Ferdinand II. in den Reichsfürstenstand erhobenen österreichischen hohen Adeligen in das Fürstenkollegium [2]). Im Jahre 1641 schon waren die neuen Fürsten Hohenzollern, Lobkowitz und Eggenberg vom Reichstag anerkannt worden, doch sollten sie Sitz und Stimme erst erlangen, wenn sie reichsunmittelbaren Besitz erwarben. Die Eggenberg hatten seitdem die Grafschaft Gradisca, Wenzel Eusebius von Lobkowitz die oberpfälzische Herrschaft Sternstein erworben, ihre Admission ging schon im Juli 1653 ohne Widerspruch vor sich. Im März 1654 sollten die von Ferdinand III. ernannten neuen Fürsten Oktavio Piccolomini, Johann Weikhard von

1) Über Waldeck und den Unionsplan Erdmannsdörffer I, 171 ff 186 ff. Dagegen H. Zwingmann, Der Kaiser in Reich und Christenheit im Jahrhundert nach dem Westfäl. Frieden (1913) S. 53 f.

2) Vgl. Erdmannsdörffer I, 161; Ruville, S. 86 ff.



Auersperg des Kaisers erster Minister, Maximilian von Dietrichstein und sodann Fürsten von Salm und Nassau eingeführt werden. Diese zwei letzten besaßen ältere Ansprüche; gegen die anderen, die auch nicht alle „Prästationen" erfüllt hatten, richtete sich eine von Brandenburg inspirierte Opposition. Aber nachdem der Ausweg gefunden war, daß die neuen Fürsten persönlich zwar vor den Gesandten der anderen zu sitzen, aber nach ihnen zu stimmen haben, und daß die Admission zu keinerlei Präjudiz für die Zukunft gereichen soll, fand die Gegnerschaft keinen Boden mehr, und auch diese Fürsten wurden zugelassen. Bei der Geschäftsordnung des Reichstages mit Relation und Korrelation der zwei oder drei Kollegien hatte die Stimmenzahl nicht ganz jene Bedeutung, wie in einem modernen Parlament, allein immerhin gewann der Kaiser im Fürstenkolleg mindestens fünf sichere Stimmen.

Am 17. Mai 1654 wurde der Reichsabschied verlesen[1]. Am 18. Mai fuhr der Kaiser und sein Hofstaat auf nicht weniger als 164 Schiffen von Regensburg ab, die Donau hinunter nach Wien.

Der Reichstag war nicht eigentlich geschlossen, sondern nur prorogiert worden, die nicht beendeten Angelegenheiten sollten auf der Fortsetzung der Reichsversammlung zum Abschluß gebracht werden. Der nächste Reichstag hat sie übernommen, aber nicht gelöst, obwohl er nicht mehr auseinanderging und zum immerwährenden Reichstag wurde. Der Reichstag von 1653 und 1654 ist der letzte alter Art geblieben. Hier versuchte der Kaiser mit aufrichtigem Bemühen für die Sicherung des schwer errungenen Friedens im Reiche zu wirken, die Reform der Wehrverfassung und des Rechtswesens durchzuführen, im engen Zusammenschluß mit den Kurfürsten eine festere Reichsregierung gestaltend. Die volle Ehrlichkeit dieser Absichten darf nicht bezweifelt werden; es lag Ferdinand III. gänzlich ferne, im Reiche etwa eine eigentliche kaiserliche Herrschaft aufrichten und den Protestantismus vergewaltigen zu wollen. Aber schon das Bestreben um eine gesunde, kräftigere, zentralere Fürsorge im Reiche rührte immer wieder das Mißtrauen der Stände auf: denn sie kam vom Hause Österreich. Dieses Haus Österreich hatte genau ebenso, wie etwa Bayern und Brandenburg, in seinen Erblanden die Bahn des fürstlichen Absolutismus mit Erfolg beschritten. Aber nun trug es so lange schon die Kaiserkrone und wollte sie behalten, sie brachte

1) Im Auszug gedruckt bei Zeumer, Quellensammlung 2. Aufl., S. 446 ff.; daselbst S. 443 die Reichshofratsordnung, im Auszug



eigenartige Pflichten, sie brachte Pflichtenkollisionen. Der mächtigste Territorialherr im Reiche sollte als Kaiser seine Macht nicht gebrauchen, und doch brauchte sie das Reich; er selbst war als souveräner Landesherr sich loslösend aus dem Reichsverband, gleich den andern, und doch sollte er als Kaiser diese losen, widerstrebenden Glieder des Reiches zusammenhalten zu immer noch vorhandenen gemeinsamen Zwecken. Auch ein Wittelsbacher, ein Hohenzoller auf dem Kaiserthrone wäre in das gleiche Dilemma geraten, denn es war der große Zwiespalt des Reiches. Aber es war die historische Bestimmung Habsburgs, Doppelkronen zu tragen, und die eigenartig schwankende geschichtliche Physiognomie dieser habsburgischen Herrscher mag tiefinnerlich mitbedingt sein durch ihre schweren und oft so zwiespältigen Pflichten.

Die Hoffnung des Kaisers, die Nachfolge für eine neue Generation gesichert zu haben, wurde schwer getroffen, als sein Sohn, der römische König Ferdinand IV., am 9. Juli 1654 von den Blattern dahingerafft wurde — zum ersten Male griff diese Krankheit ein in die Geschicke der Dynastie. Den Kaiser traf der Schlag furchtbar. Politik und Geschäfte wurden ihm durch Monate verleidet, der Schmerz machte ihn teilnahmslos [1]). Allein die Sorge um Haus und Reich forderten ihr Recht und sofort nach Ferdinands IV. Tod kam die Frage einer neuen Wahl zum erstenmal in Fluß.

In der kurzen Spanne Zeit des letzten Jahres war jedoch die politische Lage anders und schwieriger geworden. Jetzt, nachdem in Frankreich die Opposition gegen das Königtum geschlagen und niedergeworfen war, hatte dieses wieder Freiheit des Handelns gewonnen. Und auch bei der neuen Großmacht im Norden war eine bedeutsame Veränderung vorgegangen. Im Juni 1654 verzichtete Königin Christine von Schweden auf die Krone, ihr Vetter, der Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken, bestieg den Thron, von ihm durfte sich der Kaiser nichts Freundliches erwarten. Schweden und ganz besonders Frankreich, die 1652 und 1653 fast gar nicht hervorgetreten, sollten jetzt zu treibenden Kräften bei der Wahl eines neuen Königs und Kaisers werden [2]).

1) Relation Giustinians vom 25. Febr. 1655, Fontes II 26, 385 f.

2) Aus der großen Literatur über die Geschichte der Wahl Leopolds I. seien hervorgehoben: A. v. Walewski, Geschichte Leopolds I. und der hl. Ligue (2 Teile 1857—61), ein sonderbares, von extrem konservativem Standpunkt aus verfaßtes Werk, das aber



In seinem Kondolenzschreiben vom 14. Juli 1654 weist Kurfürst Johann Philipp von Mainz auf den nunmehr ältesten Sohn des Kaisers, den Erzherzog Leopold hin, gegen dessen Wahl es wohl „keine Diffikultäten geben könne“ [1]). Man begann sehr bald von kaiserlicher Seite Fühlung mit den rheinischen Kurfürsten zu nehmen. Der Gesandte Volmar war eifrig tätig. Aber der Kurfürst von Trier war zurückhaltend, am Hofe des Wittelsbachers Maximilian Heinrich in Köln aber tauchte der Gedanke auf, die Kandidatur des Kurfürsten Ferdinand Maria von Bayern zu betreiben, ein Plan, der sofort von Mazarin in dem Sinne aufgegriffen wurde, dadurch die Nachfolge Habsburgs abzuwehren oder mindestens eine Wahl hinauszuschieben. Auch Schweden wurde dafür interessiert. Allein in München verhielt man sich, als im Februar 1655 sogar ein schwedischer Gesandter mit solcher Werbung eintraf, vollständig ablehnend. Die Kurfürstin-Mutter, Schwester Ferdinands III., und der ganz kaiserlich gesinnte leitende Minister Graf Maximilian Kurz waren entschiedene Gegner solcher Pläne, und Mazarin erkannte sehr wohl, daß er da keine rechte Hoffnung hegen dürfe. Daher wandte er nunmehr die Sache so: Hinausschieben der Wahl eines römischen Königs, da sie zu Lebzeiten des Kaisers nicht nötig sei, das Endziel aber muß der Ausschluß des Hauses Österreich bleiben. Daneben wird französischerseits auch der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg genannt und im Juni 1655 in größter Vorsicht mit einem weit bedeutsameren Namen versucht, König Ludwig XIV. Zum mindesten wünschte Mazarin eine Zusage der geistlichen Kurfürsten, ihre Stimme keinem Habsburger zu geben.

Die Kurfürsten gaben eine solche Versicherung nicht, aber sie kamen auch den Wünschen des Kaisers nach baldiger Wahl nicht entgegen.

doch im 1. Teil des 2. Bandes auf Grund archivalischen Materials einzelnes Brauchbare bringt; Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz S. 78—104; Heide, Die Wahl Leopolds zum römischen Kaiser in Forsch. z. deutsch. Gesch. XXV, 1 ff. (1885); Pribram, Zur Wahl Leopolds I. im Archiv f. österr. Gesch. LXXIII, 79 ff. (1888); Zwiedineck, Deutsche Gesch. im Zeitraume der Gründung d. preuß. Königtums I, 176 ff.; Erdmannsdörffer I, 293 ff.; Mentz, Johann Philipp v. Schönborn I, 58 ff.; Döberl, Bayern u. Frankreich S. 84 ff. und in Forsch. z. Gesch. Bayerns IX, 1 ff.; G. F. Preuß, Wilhelm III. v. England u. d. Haus Wittelsbach I, 98* ff. (1904) und in Histor. Vierteljahrsschr. 7; Riezler, Gesch. Baierns VII, 16 ff. (1913); Sie, Die Kandidatur Ludwigs XIV. bei der Kaiserwahl v. J. 1658 (1916). — Über die Flugschriftenliteratur vgl. Droysen in Forsch. z. deutsch. Gesch. IV. Über französische Quellen und Literatur zu dieser Zeit vgl. Lavisse, Histoire de France VII, I. Tl. (1905).

1) Für die Vorgeschichte der Wahl von 1658 vgl. jetzt Sie, S. 8 ff.

Johann Philipp von Mainz, mitten in seinen Bemühungen um die Bildung eines rheinischen Bundes, riet dem Kaiser zur Geduld. Immerhin erreichte dieser im Sommer 1655 vom Kurfürsten Ferdinand Maria von Bayern eine im allgemeinen geneigte Zusicherung, während die Boten Mazarins trotz vieler Bemühung in München nichts ausrichteten[1]).

Um diese Zeit brach der Nordische Krieg aus, der die Aufmerksamkeit der Mächte von der Wahlfrage ablenkte. Doch ruhte sie keineswegs ganz. Nochmals ließ im Frühjahr 1656 Mazarin bei Ferdinand Maria versuchen, abermals vergebens. Dafür verpflichtete sich Karl Ludwig von der Pfalz am 19. Juli 1656, „die Absichten des Königs von Frankreich mit aller Macht zu begünstigen", und Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg stand mit Frankreich und auch wieder mit Schweden in gutem Einvernehmen und ließ gelegentlich für Ludwig XIV. günstig scheinende Bemerkungen fallen. Daß aber eigentlich die Frage nicht vorwärts kam, lag ganz im Sinne von Mazarins dilatorischer Politik, und das Schicksal selber verschaffte ihm den Erfolg, daß in der Tat zu Lebzeiten des Kaisers keine Wahl eines römischen Königs mehr stattfand.

Denn Kaiser Ferdinand III. starb nach kurzer Krankheit am 2. April 1657, erst 49 Jahre alt. Er hatte noch glücklich erreicht, daß sein Sohn Erzherzog Leopold im Juni 1655 zum König von Ungarn gewählt und gekrönt wurde und am 14. September 1656 die böhmische Krone empfing. Aber jetzt stand der junge noch nicht siebzehnjährige Leopold und der Wiener Hof vor einer ganz besonders schwierigen Lage. Denn eben waren Verhandlungen mit Spanien angeknüpft wegen einer Heirat Leopolds mit Maria Theresia, der ältesten Tochter König Philipps IV. Die Aussicht auf männliche Erben Philipps schien gering, so konnte seinem Schwiegersohn die spanische Krone winken. Den Besitz Spaniens jedoch mit der Kaiserwürde zu vereinen, erschien nunmehr, ein Jahrhundert nach Karl V., unmöglich. Man schwankte, einzelne Minister wie Fürst Auersperg, sprachen für die spanische Heirat, man nannte in Wien und im Reiche den Erzherzog Leopold Wilhelm, Bruder Ferdinands III., als Kandidaten für die Kaiserkrone, sein Obersthofmeister Graf Johann Adolf von Schwarzenberg arbeitete für ihn, die geistlichen Kurfürsten beschlossen Anfangs Juli gemeinsam für ihn zu wirken. Ja es wurden am Wiener Hofe Stimmen laut, das Haus Österreich möge

1) Hierüber vgl. Arndt, Zur Vorgeschichte der Wahl Leopolds I. Histor. Aufsätze für Waitz S. 567 f. Riezler, Gesch. Baierns VII, 18 f.



lieber auf das Kaisertum verzichten[1]). Aber die Nachricht, daß die Königin von Spanien guter Hoffnung sei, die durchbrechende Überzeugung, daß der Besitz der Kaiserwürde denn doch einen unschätzbaren idealen Wert bedeute, die Einsicht, daß wenn man nicht entschieden für Leopolds Kandidatur eintrete, die Kaiserkrone wirklich für Habsburg gefährdet werden könne, die Haltung Leopolds selber, der nicht zu Gunsten seines Oheims zu verzichten gesonnen war, dies alles brachte doch recht bald Klarheit und Festigkeit in die Ziele und Wahlaktion des Wiener Hofes[2]). König Philipp von Spanien selber bat Leopold, vorläufig den Heiratsplan aufzugeben und sich ernstlich um die Kaiserkrone zu bewerben[3]).

Der Beginn der Wahlversammlung war vom Kurfürsten von Mainz auf den 14. August 1657 nach Frankfurt a. M. ausgeschrieben worden. Hier trafen nun der Mainzer und die Gesandten der übrigen Kurfürsten ein, aber auch Papst Alexander VII., Spanien, Frankreich, Schweden, Dänemark und Polen, Savoyen, Mantua und Modena sandten Vertreter. Eine glänzende Versammlung weltlicher und geistlicher Diplomaten fast aus ganz Europa. Diese Kaiserwahl war ja eine europäische Angelegenheit und dem Glanz und der Präpotenz des Auftretens nach hätte man meinen mögen, als ob eigentlich die französischen Ambassadeure den deutschen Kaiser zu wählen hätten[4]). Doch auch Leopold

1) Die Berichte des venetianischen Gesandten Nani geben ein anschauliches Bild von den Rivalitäten und Parteiungen bei Hofe. Pribram, Venet. Depeschen vom Kaiserhofe 2. Abt. 1, S. 2 ff. Mancherlei Nachrichten zur Wahlgeschichte auch in den Nuntiaturberichten vom Kaiserhofe Leopolds I., hg. von Levinson, Arch. f. österr. Gesch. CIII, 607 ff.

2) Mit den Erklärungen der Minister im Namen Leopolds und seines Oheims am 14. Juli 1657 gegenüber dem kurmainzischen Gesandten war die Kandidatur des Erzherzogs wenigstens offiziell endgültig fallen gelassen. Vgl. Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXIII, 108 f., 158 ff. Allerdings hat, da von Seite des Mainzers diese Kandidatur noch den ganzen Sommer über im Auge behalten wurde, der Vertraute des Erzherzogs, Graf Schwarzenberg, die Sache verfolgt; es entstanden interne Spannungen zwischen Kaiser Leopold und seinem Oheim, der Papst selbst mahnte zur Einigkeit, so daß der Erzherzog und die Minister sich gegen Ende September veranlaßt sahen, förmliche Erklärungen und Instruktionen zu geben, daß der Erzherzog keine Absichten auf das Kaisertum habe, sondern für Leopold eintrete. Berichte Nanis S. 44 ff., Nuntiaturberichte 630, vgl. auch Preuß I, 158 ff.

3) Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXVII, 328.

4) Die französischen Vertreter waren der Herzog von Gramont und der fähigste jüngere Diplomat aus der Schule Mazarins, der Marquis Hugo de Lionne; beim Reichsdeputationstage in Frankfurt war Robert de Gravel französischer Resident.



hatte als König und Kurfürst von Böhmen eine stattliche Botschaft gesandt mit dem Fürsten von Lobkowitz an der Spitze. Frankfurt wurde der Mittelpunkt für all die zahllosen Verhandlungen, und die ebenso zahllosen Intrigen, die mit einer solchen Hauptaktion verbunden waren.

In dem diplomatischen Kampf um die Kaiserwahl standen wider das Haus Österreich Frankreich und Schweden mit ihrem Anhang. Eine ausschlaggebende Mittel- und Mittlerstellung erstrebte der Erzbischof von Mainz, Johann Philipp von Schönborn. Mazarins Ziel war es vor allem die Wahl eines Habsburgers zu verhindern und darin stellte sich ihm König Karl Gustav von Schweden zur Seite [1]). Auch Karl Ludwig von der Pfalz, der Sohn des Winterkönigs, schon früher an Frankreich gebunden, verpflichtete sich jetzt im August 1657 gegen eine sehr ausgiebige Summe, seine Stimme nach dem Wunsche Frankreichs abzugeben. Mazarin sparte nicht Gold noch Drohungen [2]), aber es war die Schwäche seiner Position, daß er keinen sicheren und möglichen Kandidaten besaß. Auf den Kurfürsten von Bayern, den einzigen ernst zu nehmenden Rivalen Habsburgs, wenn er selber wollte, konnte man schon nach den bisherigen Erfahrungen kaum zählen. Daher wurde im Frühsommer 1657 abermals der katholische Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg ins Auge gefaßt. Aber er erwies sich wegen des entschiedenen Widerstrebens Brandenburgs als nicht möglich. Die rheinischen Kurfürsten betrieben ihrerseits, wie schon angedeutet, im Sommer die Kandidatur des Erzherzogs Leopold Wilhelm. Ja selbst Erzherzog Ferdinand Karl von Tirol kam vorübergehend in Frage, er selber ließ für sich sondieren, hat aber dann für Leopold Wilhelm Stimmung gemacht [3]). Mazarin aber hatte für den Fall, wenn mit Bayern und Neuburg nicht zu reussieren wäre, im Juni und Juli seinen alten Plan, Ludwig XIV. selber als Kandidaten zu empfehlen, bei Trier, Mainz, Köln und Brandenburg

1) Bericht Lisolas vom 17. Juli 1657, ed. Pribram im Archiv f. österr. Gesch. LXX, 294 f., vgl. auch Carlson, Gesch. Schwedens IV, 204. 243, Preuß, S. 138 f. Über die Haltung Frankreichs vgl. Mentz, Johann Philipp v. Schönborn I, 72 Anm. Sie, Die Kandidatur Ludwigs XIV., S. 41 ff.

2) Er ließ mit der Eröffnung des Krieges gegen das Reich drohen, im Oktober 1657 kamen Mitteilungen aus Frankfurt an den Hof nach Prag, daß König Ludwig bei Metz stehe und hinter ihm ein französisches Heer. Venetian. Depeschen I, 65. Vgl. auch den Bericht des brandenburgischen Gesandten in Frankfurt noch vom 1. Jan. 1658, Urk. u. Aktenstücke VIII, 469.

3) Vgl. Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz, S. 87, Berichte Lisolas vom 16. Mai und 24. Juli 1657, ed. Pribram, S. 270. 307.



vorsichtig, aber doch ernsthaft betreiben lassen. Doch Mitte August ward ihm von Seite der geistlichen Kurfürsten zu wissen gemacht, daß Ludwigs Wahl unmöglich sei [1]). Von jetzt an konzentrierte sich die eifrigste Tätigkeit der französischen Diplomatie nochmals auf die Gewinnung Bayerns und sie besaß in der jungen, schönen, ehrgeizigen Kurfürstin Adelheid, einer geborenen Prinzessin von Savoyen, eine feurige und sanguinische Helferin. Allein sie fand nachhaltige Widerstände in der friedsamen und wenig energischen Natur ihres Gemahls, der von der Kaiserkrone nur das Schicksal des Winterkönigs, nur schwere Kämpfe und Opfer für sein Haus und Land befürchtete und vor der Verantwortung für neue Unruhen im Reiche mit Recht zurückschreckte; auch die bisherige Kinderlosigkeit seiner Ehe bildete ein hemmendes Moment. Dazu kam der Einfluß seiner habsburgischen Mutter und vor allem die klare Einsicht und der feste Wille des Grafen Maximilian Kurz [2]). Es begann eine sehr bewegte Zeit am Münchener Hofe. Aber schon am 24. August 1657 hatte sich der Kurfürst „in höchster Geheim“ verpflichtet, nur ein Mitglied des Hauses Österreich wählen zu wollen, und am 12. Jänner 1658 sicherte König Leopold dem Kurfürsten vertragsmäßig Schutz gegen allfällige Anfeindungen infolge der Kaiserwahl zu. Als im Dezember 1657 der französische Wahlgesandte, der Herzog von Gramont, von Frankfurt nach München kam, um endlich Klarheit über die Haltung Bayerns zu gewinnen, mußte er unzweideutig erfahren, daß Frankreich auf Bayern nicht zu zählen habe [3]).

Schon länger hatte nicht mehr damit gerechnet Kurfürst Johann Philipp von Mainz [4]). Ihm schwebte ein Ziel vor, bei dem ihm die Person des künftigen Kaisers mehr in zweite Linie trat. Der Erzkanzler

1) In der Frage, ob Ludwigs Kandidatur ernst gemeint war (so schon Pribram), hat Gie, Die Kandidatur Ludwig XIV. bes. S. 67 ff. gegen Preuß, Histor. Vierteljahrsschr. VII, 488 ff. nachgewiesen, daß Mazarin allerdings diese Sache ernsthaft meinte und betrieb, sie aber fallen ließ, als ihre Undurchführbarkeit zweifellos ward. Der Eindruck auf einen kundigen Zeitgenossen spiegelt sich in den Worten Lisolas (24. Juli 1657): per transennam ad explorandas intentiones. Berichte Lisolas, ed. Pribram, S. 307.

2) Dieser stand in eifriger vertraulicher Korrespondenz mit seinem Bruder, dem Reichsvizekanzler Grafen Ferdinand Kurz in Wien. Vgl Walewski II 1, 207 ff., Dokument XVI. Wolf, Lobkowitz S 89.

3) Die ganze bayrische Frage neuerdings eingehend behandelt bei Preuß, S 110 ff., Riezler VII, 21 ff., dazu noch neuestens Dürrwächter im Histor. Jahrbuch XXXV, 543 ff, woselbst S. 583 offiziöse „Rationes“ für diese Haltung mitgeteilt sind.

4) Vgl. für das folgende Mentz I, 58 ff. 73 ff.

war beseelt von dem ehrlichsten Streben, dem Reiche den so schwer errungenen Frieden zu bewahren und es um keinen Preis in den französisch-spanischen oder in den nordischen Krieg hineinziehen zu lassen. Er war ja ebendeshalb, wie wir sahen, Hand in Hand gegangen mit dem Kaiser. Aber seit 1655 ging in ihm ein Wandel vor. Des Kaisers und Österreichs Haltung schien ihm bedenklich zu werden, weil es in dem fortdauernden französisch-spanischen Kriege trotz der Bestimmungen des Westfälischen Friedens Spanien durch Truppensendungen nach Belgien und Italien und durch Werbungen unterstützte, wodurch immer wieder die Gefahr eines neuen Konfliktes mit Frankreich zu drohen schien und dieser Krieg für die den spanischen Niederlanden und der Franche Comté benachbarten deutschen Fürsten eine Quelle steter Beunruhigung blieb. Johann Philipp begann einen Bund unter den Reichsfürsten selber als beste Garantie des Friedens anzusehen und anzustreben. Als nun die Kandidatur des Erzherzogs Leopold Wilhelm im Laufe des Sommers 1657 sich doch als aussichtslos erwies, machte sich Johann Philipp zwar mit dem Gedanken der Wahl Leopolds vertraut, aber sein rastlos planender Geist gestaltete sofort eine neue Kombination. Die Wahl soll erst dann stattfinden, wenn Frankreich und Spanien Frieden geschlossen haben, die Friedensvermittlung aber soll das Kurfürstenkollegium übernehmen und Garant des Friedens soll der im Entstehen begriffene Bund der rheinischen Fürsten werden, an dem sich auch Frankreich zu beteiligen hätte. Freilich mußte er sich bald überzeugen, daß die Herstellung des französisch-spanischen Friedens doch nicht so schnell und leicht gelingen werde. Aber schon hatte er ein anderes Mittel bereit. Der neue Kaiser soll durch eine „feste" Wahlkapitulation gebunden werden, um es Österreich unmöglich zu machen, Spanien zu unterstützen. Als nach der Geburt eines spanischen Thronfolgers [1]) im November 1657 die Gefahr einer übermächtigen Vereinigung der österreichischen und spanischen Habsburgerreiche vorerst beseitigt war und von anderen Kurfürsten auf die Vornahme der Wahl gedrängt wurde, was auch der päpstliche Nuntius Sanfelice kräftig unterstützte, da gab Johann Philipp zu Ende 1657 seine Friedensforderung auf und verlangte dafür die Aufnahme eines Friedens- oder Assistenzartikels in die Wahlkapitulation. Auch die Gereiztheit und die Drohungen der französischen Vertreter [2]) konnten nun nichts

1) Philipp Prosper, der aber am 1. Nov. 1661 starb.
2) Vgl. Walewski II, 1, 258 ff. und Dokument XXIV.



mehr gegen die entschiedene Schwenkung zu Gunsten des Hauses Österreich ausrichten.

Zu dieser günstigeren Wendung hatten die einheitlich gerichteten Bemühungen Leopolds, seiner Vertreter und Anhänger, aber auch die Ereignisse auf dem nordischen Kriegsschauplatz mitgewirkt. Schon im Juli 1657 wurde der Reichshofratspräsident Graf von Oettingen beauftragt, gemeinsam mit dem in Frankfurt weilenden kaiserlichen Diplomaten Isaak Volmar die geistlich-kurfürstlichen Höfe zu gewinnen [1]. Öttingen erhielt „zu Contentierung etlicher Churfürsten selbst, meistenteils aber dero verschiedenen Minister“ 60000 Gulden angewiesen. Denn solcher Mittel bedurfte es nun einmal und es war nicht leicht, es hierin dem reichlich rollenden französischen Golde gleichzutun. Von der Wahl Ferdinands IV. her waren noch mancherlei Versprechen bei kurfürstlichen Räten zu erfüllen [2]. Über 50000 Gulden wurden jetzt nachgezahlt und weit größere Summen mußten für die neue Wahl aufgewendet werden. Durch die ganze folgende Zeit ziehen sich Zahlungen und Verheißungen aller Art, nach dem glücklichen Erfolge häufen sie sich. Der Kurfürst von Trier erhält noch 1657 selber 18000 Taler und stattliche Versprechungen von Truppenhilfe und Zuschuß zum Koblenzer Festungsbau. Die kurfürstlich sächsischen Räte wurden mit schönen Gratifikationen bedacht. Brandenburg erhielt zuletzt für sein Entgegenkommen bei der Fassung des Assistenzartikels als Entschädigung für die Ansprüche auf Jägerndorf 150000 Taler, versichert auf die Salzgefälle von Wielicka. Des Mainzer Kurfürsten Bruder und Oberhofmarschall Philipp Erwein von Schönborn, der in den letzten Monaten der Wahlaktion eifrig für Österreich wirkte, bekam das wahrhaft kaiserliche Geschenk von 100000 Gulden. Summen, welche die Finanzen Österreichs schwer belasteten und zum Teil nur mit Hilfe Spaniens und außerordentlicher Anleihen aufgebracht werden konnten. [3])

1) Ihnen wurde noch der Hofkammerrat Augustin von Mayern nachgesandt. Volmar war kaiserlicher Unterhändler beim Westfälischen Frieden gewesen.

2) Diese und die folgenden aktenmäßigen Daten bei Walewski II, 1, 128 Anm. 2; 1, 32, Wolf, Lobkowitz, S. 91 ff., Mentz I, 79, Anm. 2. Andere Angaben in diesen Werken und in damaligen Berichten von Gesandten sind nicht recht verläßlich. — Im April 1658 kommen unter militärischer Bedeckung 6 Wagen mit etwa 200000 Gulden von Prag nach Frankfurt, Venet. Depeschen vom Kaiserhofe II, 1, 121.

3) Der schlesische Kammer-Vizepräsident Christof Leopold von Schaffgotsch gab im Mai 1658 ein Darlehen von 100000 Gulden, gegen 10 Prozent Zinsen und Rückzahlung in vier Raten. Walewski II, 1, Dokumente IX.



Die Situation hatte sich zu Beginn des Jahres 1658 so gestaltet. Kurfürst Johann Georg von Sachsen stand von Anfang an in traditioneller Politik unbedingt auf Leopolds Seite [1]. Bayern war, wie wir sahen, nicht minder sicher. Auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg zeigte sich der Wahl eines Habsburgers schon im August nicht abgeneigt, allein er will freie Hand behalten und „er wird sich entweder für Frankreich oder für Österreich entschließen, wo er den größeren Vorteil erblickt" [2]. Diesen sieht er schon bald im Wechsel seiner Politik und im Frieden mit Polen und damit auch in bestimmterer Annäherung an Österreich. So erringt er sich im Vertrag von Wehlau am 19. September 1657 die Lösung des Herzogtums Preußen aus der polnischen Lehenshoheit und verhandelt dann mit Österreich über ein Bündnis gegen Schweden, das am 9. Februar 1658 zum Abschluß kommt. Damit war auch seine Wahlstimme gewonnen. So schien das persönliche Erscheinen König Leopolds in Frankfurt, von dem Lobkowitz bisher abgeraten, nunmehr erwünscht. Er verließ am 30. Januar 1658 Prag, wo er seit Juli 1657 geweilt, und zog langsam über Eger, Nürnberg und Würzburg nach Frankfurt. Am 19. März hielt er feierlichen Einzug in die Wahlstadt.

Hier konzentrierte sich nun die Aufmerksamkeit auf den von Mainz geforderten Assistenzartikel und überhaupt auf die Fassung der Wahlkapitulation. Es gab langwierige, erregte Verhandlungen, neue Schwierigkeiten erhoben sich. Frankreich und Schweden traten natürlich für die Forderung des Mainzers ein, ebenso Karl Ludwig von der Pfalz; auch Heinrich Maximilian von Köln, unselbständig und beraten von den ganz in französischem Solde stehenden Brüdern von Fürstenberg, ging mit Mainz. Trier, Sachsen, Bayern und zuerst auch Brandenburg wollten sich mit einem allgemeinen Hinweis auf den Westfälischen Frieden begnügen. Aber am 3. Mai stimmten die brandenburgischen Gesandten dennoch für den Assistenzartikel in der Fassung, daß der erwählte Kaiser weder für sich noch für sein Haus, weder in Italien noch in den Nieder-

1) Vgl. seine Erklärung unmittelbar nach dem Tode K. Ferdinands III. (Nuntiaturberichte S. 609) und sein Schreiben vom 16. Oktober 1657 an den Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, Weiß im Histor. Jahrbuch XV, 548.

2) Vgl. Urk. und Aktenstücke VIII, 437 ff., Schreiben Friedrich Wilhelms vom 21. August 1657 an den Kurfürsten von Köln, ebenda S. 453. Vgl. ferner die Berichte Lisolas S. 320 und Pribram, Lisola, S. 134 ff. Die angeführte Stelle sind Worte des venetianischen Gesandten Nani, Venet. Depeschen II 1, 52, vgl. dazu auch eine Äußerung Lisolas vom 9. Jan. 1658, Berichte Lisolas, S. 353, Anm. 2.



landen sich in den Krieg einmischen, und weder gegen Frankreich noch gegen dessen Verbündete (damals England unter Cromwell) irgend etwas unternehmen dürfe [1]. Dies bedeutete geradezu eine Fesselung Österreichs. Leopold und seine Räte wollten und konnten es nicht zugestehen. Neue Konferenzen und Vorschläge, die endlich zu einem Antrage Brandenburgs führten, der am 15. Juli durchgesetzt wurde: die Aufnahme einer Klausel, daß umgekehrt auch Frankreich und seine Verbündeten den Feinden des Kaisers und seines deutschen Hauses keinerlei Hilfe leisten dürfen. Der übrige Inhalt der Wahlkapitulation wurde gegenüber jener Ferdinands IV. noch weiter im Sinne der reichsständischen Libertät verschärft: neue Artikel bestimmen, daß die Landesfürsten ihre Untertanen selbst zum Gehorsam bringen können, daß die Landstände keiner anderen Macht als ihrem Landesherrn sich anschließen dürfen und daß der Kaiser eine selbständige Verfügung von Landständen nicht gestatten kann; daß der Kaiser nicht Krieg mit Nachbarn beginne ohne Genehmigung des Reiches und keine Acht ausspreche ohne Zustimmung der Kurfürsten; daß keine fremden Werbungen im Reiche gestattet sind.

Aber auf österreichischer Seite war man entschlossen, auch schwere Wahlbedingungen anzunehmen und man nahm sie an. So kam es endlich am 18. Juli 1658 zur einstimmigen Wahl Leopolds zum Kaiser. Am 1. August fand die Krönung zu Frankfurt statt. Am 8. August verließ der Kaiser Frankfurt und zog im August und September über Nürnberg, Augsburg und München nach Wien, wo er am 1. Oktober mit großem Gepränge empfangen ward [2].

So war allerdings das Haus Österreich aus dieser schwierigen Lage erfolgreich hervorgegangen, ihm war und blieb die Kaiserkrone dauernd gesichert, alle Gegenbemühungen Frankreichs waren gescheitert. Hatte aber Frankreich die Wahl eines Habsburgers nicht verhindern können, so vermochte es doch im Verein mit den Kurfürsten der kaiserlichen Macht noch neue Fesseln zu schmieden, welche eine übermächtige Stellung des

1) Instruktion des Kurfürsten von Brandenburg vom 9. April 1658, Urk. u. Aktenstücke VIII, 493 ff. Über die Mission Schützens im Juni ebenda VIII, 510 und XIV, 91 ff. Sonst Wolf, Lobkowitz S. 96 ff., Helbe in Forsch. XXV, 64 ff.

2) Für das Itinerar und viele äußerliche Einzeldaten der Regierung Leopolds sind Hilfsmittel die Ephemerides Leopoldinae (wohl von Ignaz Reiffenstuell S. J.), 2 Teile, Wien 1700 u. 1701, und das nach diesen Ephemerides gearbeitete Werk von J. A. Schenckhel, Vollständiges Lebens-Diarium des .. Kaysers Leopoldi I., 2 Teile, Wien 1702 und 1705. Freilich sind beide sehr unbequem angeordnet und nicht immer verläßlich.



Kaisers im Reiche unmöglich machen und das politische Gleichgewicht innerhalb und außerhalb des Reiches sichern sollten.

Dies geschah einerseits durch den Assistenzartikel und die anderen Bestimmungen der Wahlkapitulation und andrerseits durch den Abschluß eines Fürstenbundes, der eigentlich erst so recht die Bürgschaft für die Einhaltung jenes Artikels übernahm, durch den **Rheinbund** von 1658[1]).

Die unsichere Lage auch nach dem Westfälischen Frieden, die stete Beunruhigung der westlichen Reichsteile durch den spanisch-französischen Krieg hatte schon seit 1650 und 1651 zu verschiedenen Einungen der rheinischen Kreise, Kurfürsten und Reichsstände und in der sogenannten Hildesheimer Allianz (1652) auch der Herzoge von Braunschweig, Schweden für Bremen und Verden und des Landgrafen von Hessen-Kassel geführt. Dank der Initiative Johann Philipps von Mainz vereinigten sich Ende 1654 die rheinisch-katholischen Bünde, und des Erzkanzlers hochfliegendes Streben war es, nicht bloß die Hildesheimer Allianz, sondern auch die fremden Großmächte Frankreich, Schweden oder die Generalstaaten zu gewinnen, um so den Bund zu einem wirksamen Gegengewicht gegen die kaiserliche Macht auszugestalten. Seit Ende 1655 begannen lebhafte Verhandlungen zwischen Mainz, Pfalz-Neuburg und Mazarin. Die Frage der Kaiserwahl drängte einige Zeit diese Bundesangelegenheiten zurück. Aber als die Wahl Leopolds unausweichlich wurde, da traten sie wieder in den Vordergrund und jetzt interessiert sich Mazarin sehr ernstlich dafür, in der richtigen Erkenntnis, daß Frankreich als maßgebendes Mitglied eines solchen Fürstenbundes einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten gewinnen könne. Zwei Wochen nach der Kaiserkrönung schlossen Mitte August 1658 Mainz, Köln, Trier, Münster, Pfalz-Neuburg, Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Kassel, Schweden und Frankreich einen Bund. Er gab sich als ein Defensivbündnis zu Aufrechthaltung des Westfälischen Friedens, zum Schutze der schwedischen Herzogtümer Bremen und Verden, zur Abwehr allfälliger Durchzüge kaiserlicher Hilfstruppen nach den spanischen Niederlanden. Dies letzte bildete den eigentlichen Kernpunkt, denn dadurch sollte der Bund die Garantie für Frankreich bieten, daß der Assistenzartikel auch wirklich vom Kaiser beobachtet und eine Unterstützung Spaniens

1) Über den Rheinbund vgl. **Joachim**, Die Entwicklung des Rheinbundes von 1658, **Pribram**, Beitrag z. Gesch. des Rheinbundes von 1658 in Wiener Sitzungsberichte 115. Bd., **Erdmannsdörffer** I, 311 ff., **Mentz**, Johann Philipp v. Schönborn I, 60 ff. 93 ff.



durch Österreich wenigstens in den Niederlanden vollständig ausgeschlossen werde. Johann Philipp sah sich an der Spitze dieses Rheinbundes schon als die eigentlich leitende Macht im Reiche, es mischte sich in ihm patriotisch-guter Wille für des Reiches Frieden mit einem Ehrgeiz, der die Schwäche der eigenen Position übersah und vergaß. Frankreichs König und Minister sind sehr schnell über ihn hinweggeschritten. Denn ohne jede kurfürstliche Vermittlung wurde ein Jahr später (November 1659) der Pyrenäische Friede mit Spanien geschlossen, der Frankreich im Süden und noch mehr im Norden Gebietszuwachs brachte und die Heirat Ludwigs XIV. mit der ältesten spanischen Prinzessin bestimmte.

So bedeuteten die Wahlkapitulation und der Rheinbund von 1658 schließlich einen Erfolg Frankreichs. Sie zerrissen die Frankreich so verhaßte und gefährliche Waffengenossenschaft der deutschen und der spanischen Habsburger, sie stellten das geschwächte Spanien der machtvoll erstarkenden französischen Monarchie allein gegenüber, sie führten zum Frieden von 1659 und damit zum Übergewichte Frankreichs in den nächsten Dezennien.

Der junge Kaiser Leopold stand im 19. Lebensjahre. Er war am 9. Juni 1640 zu Wien geboren [1]). Er entstammte der ersten Ehe Kaiser Ferdinands III. mit Maria Anna, einer Tochter König Philipps III. von Spanien, die ihrem Gemahl im Jahre 1633 den Thronerben Ferdinand, 1635 eine Tochter Maria Anna, 1637 und 1638 zwei bald verstorbene Kinder geschenkt hatte. Kaiserin Maria Anna starb schon im Jahre 1646, und, wie erzählt wird, habe dieser erste Verlust den sechsjährigen Leopold mit heftigem Schmerze erfüllt. Er fand dann an der dritten Gemahlin seines Vaters, Eleonore von Mantua, seit 1651 eine liebevolle, zweite Mutter [2]). Nachdem der junge Prinz dem „Frauenzimmer" entwachsen, ward ihm Graf Marquard Fugger als Kammerherr beigegeben und

1) Über die Jugend Leopolds berichtet in den Tatsachen zuverlässig, wenn auch sicherlich in zu panegyrischem Tone der Jesuit Franz Wagner, Historia Leopoldi I., 1. Bd. (1719), S. 4 ff. Wagner benutzte Aufzeichnungen des P. Christof Müller und berichtigt manche Geschichten, die Rinck, Leopolds Leben und Taten (2. Aufl. 1713) I, 24 ff. bringt. Interessante Schilderungen des jungen Leopold geben die venetianischen Gesandten Giustiniani im Jahre 1655 (nicht 1654, Fontes rer. Austr. II 26, 397) und Nani zu Anfang 1659 (nicht 1658, ebenda II 27, 5 f.).

2) Die zweite Gemahlin Ferdinands III., Maria Leopoldine, Tochter des Erzherzogs Leopold von Tirol, vermählt 1648, starb schon 1649, bei der Geburt ihres Sohnes Karl Josef.

später (seit 1652) Graf Johann Ferdinand Portia als Ajo bestellt. Der Jesuit P. Christof Müller wurde mit dem Unterricht des Erzherzogs betraut [1]). Ein anderer Jesuit, P. Johann Eberhard Neidhardt, der Beichtvater der Erzherzogin Maria Anna, der Schwester Leopolds, war wohl auch sein erster Gewissensführer. Doch folgte Neidhardt schon im Jahre 1649 der Erzherzogin, als sie dem König Philipp IV. vermählt wurde, nach Spanien [2]). Graf Portia, der mehrere Jahre kaiserlicher Gesandter in Venedig gewesen, war ein lauterer Charakter und feingebildeter Mann, gewiß als Leiter der Erziehung des jungen Prinzen mehr geeignet, denn als leitender Minister, wozu ihn dann die anhängliche Dankbarkeit seines kaiserlichen Zöglings berief. Pater Müller, ein gebürtiger Grazer, ein gelehrter Doktor und Professor der Theologie, Philosophie und Mathematik, war dabei ein schlichter Mann, der sich auch als Beichtvater des Kaisers Leopold nicht in die Geschäfte und Politik mischte. Es waren sonach wohl gutgewählte Erzieher für einen Prinzen, den sein kaiserlicher Vater schon bei der Geburt der heiligen Jungfrau geweiht und für den geistlichen Stand bestimmt hatte. Anlagen und Neigung des Knaben entsprachen diesen Absichten. Leopold bewältigte leicht den ganzen Wissensstoff der damaligen Humaniora, er lernte das Latein beherrschen, Italienisch und Spanisch wurden ihm vollkommen geläufig, Französisch dürfte er vielleicht auch betrieben haben, er liebte es aber niemals, sprach es nicht und wünschte später, als sich das Verhältnis zu Frankreich immer gespannter gestaltete, nicht, daß bei Hof Französisch gesprochen werde. Ein vortreffliches Gedächtnis unterstützte den wissensbegierigen Eifer des heranwachsenden Jünglings, der sich dann über die Unterrichtsgegenstände hinaus lebhaft für Altertumskunde, Geschichte und Literatur, aber ebenso für Naturkunde, Alchemie und Astronomie interessierte. Er entwickelte sich zu einem fast leidenschaftlichen Leser und Bücherfreund. Das allerliebste aber wurde ihm die Musik. Gleich seinem Vater musikalisch veranlagt, erwarb er sich die theoretischen Grundlagen und praktische Übung auf Spinet und Orgel, Musik zu hören und selbst zu komponieren, ward Leopold sein ganzes Leben lang der höchste Genuß. So schien der junge Prinz in der Tat

1) Neben ihm waren auch noch andere Lehrer beschäftigt, so P. Lorenz Aidinger, seit 1650. Privatbriefe I, 378.

2) Neidhardt besaß bei Königin Maria Anna den größten Einfluß und wurde nach dem Tode Philipps IV. während der Regentschaft der Königin durch einige Jahre der mächtigste Mann in Spanien. Wir werden ihm später begegnen.



bestimmt, das Muster eines hochgeborenen verständnisvollen Mäcens aller Wissenschaften und Künste, eines friedliebenden, geistlichen Fürsten der Barockzeit zu werden. Um so mehr als ihm eines gänzlich mangelte, kriegerische Anlagen und militärisches Talent.

Vielmehr war Leopolds ganzes Wesen und Tun von früher Jugend gleichsam eingetaucht und durchsättigt in und von der Religion. Nun war ja gewiß schon seit Ferdinands II. Tagen das Kaiserhaus vom eifrigsten Katholizismus erfüllt; auch hat natürlich Pater Müller seinen Zögling angeeifert. Aber es bedurfte dessen bei Leopold gar nicht. In ihm erschien die Frömmigkeit, das Gottvertrauen, die streng kirchlich-katholische Gesinnung seines Hauses nochmals gewissermaßen potenziert. Es war eine tiefinnerliche Frömmigkeit, die ihn ganz erfüllte und sein Leben und Handeln bestimmte. So blieb seine Jugend rein von jedem Makel der Verirrungen dieses Alters; sein Eheleben wurde tadellos. Aber wir werden im Laufe unserer Geschichte sehen, wie aus derselben Wurzel dieser Religiosität im Verein mit Mängeln des Naturells bei Kaiser Leopold sich schwere Schwächen entwickelten, die oft unheilvollen Einfluß auf seine Regierung geübt haben. Denn eine angeborene Scheu vor kräftigem Entschließen und energisch durchgreifendem Handeln, ein Hang die Dinge gehn und die Menschen leben zu lassen, wurden genährt durch einen gewissen religiösen Fatalismus, der alles Gott anheimstellt, auf eigenes Handeln verzichten zu dürfen glaubt und damit die eigene Unentschlossenheit und Lässigkeit vor dem Gewissen entschuldigt.

Ein guter Beobachter berichtet, daß Leopold als Knabe lebhaft, leicht zum Zorn gereizt, empfindlich und ehrgeizig gewesen sei. Andere Züge, die uns glaubwürdig überliefert sind, lassen erkennen, daß in ihm eine Art Ahnung seiner künftigen kaiserlichen Würde lebte, obwohl er, der Zweitgeborene, menschlichem Ermessen nach etwa einmal zum Bischof und Kardinal bestimmt schien. Und in der Tat, der unerwartet frühe Tod Ferdinands IV. im Jahre 1654 brachte diese Wendung. Nun war also doch Leopold der Thronfolger geworden. Die Hofleute, die früher Ferdinand umschmeichelt und Leopold vernachlässigt hatten[1]), wandten sich schnell der aufgehenden Sonne zu. Die Erziehung mußte manches nachholen, was dem künftigen Herrscher notwendig war. Bald traten an Leopold die ersten Pflichten heran. Im Jahre 1655 ließ der Kaiser die niederöster-

1) Zu diesen gehörte auch Johann Weikhard von Auersperg, Ferdinands III. bevorzugter Berater, und dies bildete mit einen Grund, daß er Leopolds Sympathie nicht besaß.

reichischen Stände dem Erzherzog huldigen, darauf folgte Wahl und Krönung in Ungarn; 1656 die Krönung als König von Böhmen. Und der Tod seines kaiserlichen Vaters rief Leopold an das Reich.

Als er, eben achtzehn Jahre alt geworden, die Kaiserkrone empfing, war Leopold ein kaum mittelgroßer schmächtiger Jüngling [1]). Schwarzes Haar umrahmte ein blasses Antlitz von bräunlicher Färbung, die stark entwickelte Unterlippe, das vortretende Kinn verrieten den Habsburger. Sein Auftreten war noch etwas schüchtern, aber doch nicht ohne Würde. Die Franzosen spotteten, daß der König von Ungarn sich in Frankfurt mit Kegelspielen unterhalte, der gelehrte Nürnberger Rektor und Pfarrer Johannes Dilherr bewunderte die Kenntnisse des jungen Kaisers, als dieser im August 1658 seine Bibliothek besuchte. Noch konnte man nicht viel mehr sagen, als was der Venezianer Giustinian im Jahre 1655 von Leopold an seine Signoria geschrieben hatte: man hat noch kein anderes Urteil über ihn, als gute Hoffnungen. Und allerdings, das eine hatte sich schon an dem jungen Herrscher gezeigt, was seiner strengen Gewissenhaftigkeit entsprang, sein Pflichtgefühl. Mit größtem Eifer suchte er in die ungewohnten Aufgaben der Regierung sich einzuarbeiten, nahm an den Sitzungen des Geheimen Rates teil, war unermüdlich in der Erledigung der Geschäfte und in der Erteilung von Audienzen [2]).

Aber viel kam darauf an, welche Männer dem noch unerfahrenen Regenten zur Seite standen. Sein natürlicher nächster Ratgeber war sein Oheim Erzherzog Leopold Wilhelm, ein erfahrener, wenn auch nicht glücklicher Feldherr, vor kurzem von der Regentschaft der spanischen Niederlande zurückgekehrt, wo er eine kostbare und erlesene Gemäldesammlung begründet hatte, die dann eine Hauptzierde der kaiserlichen Galerie geworden ist. Leopold Wilhelm harmonierte mit seinem Neffen vortrefflich, er war in den nächsten Monaten nach Kaiser Ferdinands Tod der stete Berater und Begleiter Leopolds. Um diese Zeit überreichte der alte

1) Ein Bild Leopolds aus jungen Jahren bei Erdmannsdörffer I, nach S. 310, ein gutes Bild aus seiner späteren Zeit in Gesch. der Stadt Wien, hg. vom Wiener Altertumsverein IV, nach S. 134. Sehr naturalistisch gehaltene Wachsbüsten Ferdinands III. und Leopolds befinden sich in der Wiener Hofbibliothek, vgl. über sie J. v. Schlosser im Jahrb. der kaiserl. Kunstsammlungen XXIX, 237 f. und T. XVI—XVIII.

2) Hierfür und für das Folgende vgl. die Berichte des venetianischen Gesandten Giovanni Nani, hg. von Pribram, Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe II 1, 1 ff. und Nanis Finalrelation vom 7. Jan. 1659 (nicht 1658), hg. von Fiedler, Fontes rer. Austr. II 27, 4 ff.



Fürst Gundacker von Liechtenstein dem Erzherzog eine von ihm schon vor 1648 verfaßte Schrift „über Edukation eines jungen Fürsten und gute Bestellung des Geheimen Rates“, worin der gewiegte Hof- und Staatsmann neben allgemeineren Lehren über ein gutes Regiment namentlich der Besserung der Finanzen und der Reform des Geheimen Rates sein Augenmerk zuwendet und auf eine Auslese der vertrautesten unter den Geheimen Räten dringt, denen allein die wichtigsten und geheimsten Sachen mitgeteilt werden sollen [1]. Tatsächlich finden wir die Ansätze zur späteren „Geheimen Konferenz“ schon in dieser ersten Zeit Leopolds [2].

Erzherzog Leopold Wilhelm, obwohl erst in der Mitte der vierziger Jahre stehend, alterte und kränkelte gleich seinem verstorbenen kaiserlichen Bruder, er zog sich bald mehr und mehr zurück. Die erste Stelle im Rate des jungen Herrschers erhielt sein früherer Ajo Graf Johann Ferdinand Portia, der im Juni 1657 zum Obersthofmeister ernannt wurde. Leopold überging damit jenen Mann, der in den letzten Jahren Ferdinands III. die einflußreichste Stellung eingenommen hatte, den Fürsten Johann Weikhard von Auersperg. Auersperg war zweifellos weitaus bedeutender als Portia, aber der etwas schroffe, selbstbewußte Mann besaß weder die Sympathien der Kaiserin-Witwe, noch die Leopolds und seines Oheims, immerhin blieb er unentbehrlich. Portia war kein Staatsmann von größerem Zuschnitt, nicht einmal ein gewandter und tüchtiger Mann der Geschäfte, im Gegenteile langsam, unentschlossen, mißtrauisch. Aber er war liebenswürdig und ehrlich, und solche Menschen erwarben die dauernde Sympathie und das Vertrauen des jungen Kaisers. Portias Stütze bildete in den ersten Jahren der Reichsvizekanzler Graf Ferdinand Kurz, der eigentliche Leiter der Regierung, der aber schon im März 1659 starb [3]. Eine verwandte Natur wie Portia war Maximilian Graf Lamberg, den der Kaiser dann 1661 zum Oberstkämmerer ernannte, ein stiller feiner Mann, Vertrauter des Kaisers, aber ohne politischen Ehrgeiz und Ein-

1) Diese Schrift Liechtensteins hg. von W. Eymer im Progr. d. Staatsgymn. Leitmeritz 1905. Über ein anderes im Jahre 1632 in Wien gedrucktes ähnliches Werkchen „Princeps in compendio“, das man irrig K. Ferdinand II. als Verfasser zuschrieb und das dann 1668 durch Peter Lambeck neu gedruckt wurde, vgl. meinen Aufsatz „Princeps in compendio“ im Monatsblatt d. Vereins f. Landeskunde v. Niederösterreich 1906 S. 105 ff. Daselbst S. 112 ff. ein Neudruck dieser Schrift, die wahrscheinlich Gundacker v. Liechtenstein kannte, vgl. das. S. 110.

2) Vgl. den Bericht Nanis vom 23. Juni 1657. Pribram, S. 31.

3) Vgl. hierzu den Bericht Nanis vom 29. März 1659, Pribram, S. 226 f.



fluß. Auch Graf Johann Adolf von Schwarzenberg, der das Vertrauen Leopold Wilhelms besaß und 1659 Präsident des Reichshofrates wurde, stand zu Portia; daß er im Sommer 1657 allzu lebhaft für die Kandidatur des Erzherzogs gearbeitet hatte, soll ihm lange Zeit nicht vergessen worden sein. Aber Schwarzenberg, der kluge Begründer des Glückes seines Hauses in Österreich, ging beharrlich seinen Weg und wurde einer der nächsten Berater des Kaisers, wenn er auch nie an die erste Stelle rückte. Dies war dann später einem andern Manne von glänzenderer Begabung und Erscheinung beschieden, dem Fürsten Wenzel Eusebius Lobkowitz. Nach mannigfaltigen Diensten war er seit 1652 Präsident des Hofkriegsrates und hatte sich bei den Verhandlungen bei der Kaiserwahl zweifellose Verdienste erworben. Zu den Männern der Zukunft gehörte auch der Feldmarschall Graf Raimund Montecuccoli. Dem engeren Rate, der sich anbahnenden Geheimen Konferenz, wurden gelegentlich auch andere hohe Würdenträger beigezogen, der Vizepräsident des Hofkriegsrates Markgraf Hannibal von Gonzaga, der Reichshofratspräsident Graf Ernst von Öttingen, der Statthalter von Niederösterreich Graf Johann Trautson, der Hofkammerpräsident Graf Ludwig Sinzendorf, ein Mann von mittelmäßiger Begabung und noch geringerer Gewissenhaftigkeit.

Die Berichte der venetianischen Gesandten schildern uns diese Hof- und Regierungskreise mit ihren zahllosen Rivalitäten und Intriguen. Sie sagen, es sei bei der Jugend und Unerfahrenheit des Kaisers in den ersten Jahren ein mehr aristokratisches, als monarchisches Regiment gewesen [1]). Aber diese großen Aristokraten besaßen nicht mehr den Ehrgeiz früherer feudaler Generationen, als mächtige Standesherren dem Landesfürsten gegenüberzutreten. Sie waren Hofadel geworden, der nicht mehr selbständige politische Stellung und Geltung erstrebte, sondern nur die Gnade und Gunst des Herrschers und den maßgebenden Einfluß als seine ersten Diener. Die Vorstellung von der selbstverständlichen Überordnung und von dem Gottesgnadentum des Monarchen auch gegenüber dieser Aristokratie war die Begleiterscheinung des werdenden Absolutismus. Der Wille des Monarchen, auch wenn dieser Wille tatsächlich vom Einfluß der vornehmen Berater bestimmt ward, erschien als das Entscheidende. In diesem Sinn muß das Wort des Venetianers korrigiert werden.

1) Relation Molins, Fontes II 27, 62, von 1661. Seiner Relation sind auch manche der vorhin gebrachten Angaben entnommen.



Kaiser Leopold selber war trotz seiner Jugend und Erziehung und trotz seiner persönlichen Bescheidenheit vollkommen erfüllt von diesem Bewußtsein gottgewollten Herrschertums. Gewiß, alle Ehre und Würde hatte ihm Gott gegeben, vor dem er sich in Dank und Demut beugte und dem er sich verantwortlich fühlte. Aber eben darum wollte er seine Würde respektiert sehn. So unselbständig der junge Monarch in den Regierungsgeschäften tatsächlich noch war, so peinlich hielt er darauf, daß niemand den Schein einer dominierenden, die kaiserliche Würde verletzenden Stellung und Einflußnahme sich anmaße. Selbst seinem Oheim Erzherzog Leopold Wilhelm gegenüber wahrte der Kaiser seine persönliche und eigene Entscheidung [1]. Der richtige Takt Portias scheint es verstanden zu haben, diese heikle Grenze stets einzuhalten, und dies bewahrte ihm die unerschütterliche Gunst des Kaisers. Es ist für diese Seite Leopolds höchst bezeichnend, daß er, wie wir sehen werden, sofort nach Portias Tode (1665) auf das entschiedenste erklärte, von nun an werde er keinen Premierminister mehr ernennen, sondern gedenke sein „eigener Primado selbst zu sein".

Die Regierung Kaiser Leopolds stand gleich anfangs vor sehr schwierigen Verhältnissen. Noch Ferdinand III. sah sich trotz seiner berechtigten Scheu vor neuen Verwickelungen gezwungen, in den im Norden und Nordosten aufgeflammten Kriegsbrand einzugreifen, der nun in den ersten Regierungsjahren seines Sohnes die militärisch und finanziell erschöpften Kräfte Österreichs aufs neue in Anspruch nahm.

1) Molin, a. a. O., S. 58 hat diesen Zug gut beobachtet.

Drittes Kapitel

Österreich, der Nordische Krieg, Polen und Rußland bis 1674

Als Königin Christine von Schweden im Juni 1654 auf die lange schon mit Widerwillen getragene Krone verzichtete, bestieg ihr nächster protestantischer Seitenverwandter den Thron, der Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken [1]). Der Sohn des mit dem Winterkönig geächteten und flüchtigen Pfalzgrafen Johann Kasimir und der Schwester Gustav Adolfs war in Feindschaft gegen das Haus Österreich aufgewachsen. Seit 1648 trat er als Generalissimus der schwedischen Truppen in den letzten Monaten des großen Krieges, dann als Vertreter Schwedens bei der Exekution des Westfälischen Friedens bedeutsam hervor. Er war der Mann, das schwedische Heer, das der armen Heimat schon zur Last fiel, zu neuen Kriegen und Siegen, zu Ruhm und Beute zu führen. Das

1) Vgl. für das Folgende im allgemeinen Carlson, Gesch. Schwedens, 4. Bd., Erdmannsdörffer I, 211 ff., 320 ff.; Zwiedineck-Südenhorst I, 121 ff., 207 ff., Pribram, Lisola, S. 75 ff. Haumant, La guerre du Nord et la paix de Oliva (1893). Von besonderer Wichtigkeit sind die Berichte Lisolas, hg. von Pribram im Archiv f. österr. Gesch., 70. Bd. — Königin Christine trat bekanntlich kurz darauf zum Katholizismus über. In der Christnacht 1654 legte sie zu Brüssel das katholische Glaubensbekenntnis ab und wiederholte diesen Akt auf Wunsch Papst Alexanders VII. in öffentlicher und feierlicher Form in der Hofkirche zu Innsbruck am 3. Nov. 1655. Über den Aufenthalt Christinens am Innsbrucker Hofe und in Tirol vgl. die ausführliche Schilderung in dem Büchlein von A. Busson, Christine von Schweden in Tirol (1884). Dem Akt in Brüssel wohnte als einer der wenigen Zeugen General Graf Montecuccoli im Auftrag des Kaisers bei und begleitete dann in gleichem Auftrag die Königin auf ihrer Reise von Augsburg bis Rom. Montecuccoli war schon im Winter 1653 auf 1654 in Schweden gewesen und hatte sich das Vertrauen Christinens in hohem Maße erworben. Seine interessanten Aufzeichnungen über diese Missionen sind in Übersetzung herausgegeben bei Veltzé, Ausgew. Schriften Montecuccolis, 3. Bd.



zerrüttete Königreich Polen unter dem letzten katholischen Wasa Johann Kasimir, der das Erbrecht Karl Gustavs auf Schweden zu bestreiten gewagt, wurde das erste Angriffsobjekt, die polnische Ostseeküste war der nächste Kampfpreis, die militärische Beherrschung der Ostsee und damit die Möglichkeit finanzieller Ausbeutung des englischen und holländischen Handelsverkehrs das weitere Ziel. Dies „dominium maris Baltici" hatte Schweden bisher mit Dänemark geteilt, der Konflikt auch mit ihm wurde so nur eine Frage der Zeit. Schon um die Wende von 1654 auf 1655 sah man an den deutschen Höfen und in Wien dem Ausbruch neuer Kriegsstürme und Verwicklungen mit unbehaglicher Spannung entgegen.

Dies um so mehr als ohnehin schon seit dem Frühjahr 1654 ein Krieg zwischen Polen und Rußland wütete. Zar Alexei Michailowitsch hatte sich der gegen Polen rebellierenden Kosaken angenommen und war in siegreichem Zug in Litauen vorgedrungen. Er hatte an Kaiser Ferdinand III. und ebenso an Brandenburg und Schweden Gesandte geschickt mit dem Ersuchen, sich in den Krieg nicht zugunsten Polens einzumischen [1]). Aber Karl Gustav spornte gerade diese Bedrängnis Polens nun auch seinerseits zum Angriff. Im Juli 1655 drangen die Schweden von Hinterpommern nach Großpolen vor. In glänzendem Siegeslauf nahm Karl Gustav Posen, Gnesen, Kalisch und Warschau und zog vor Krakau, das am 17. Oktober kapitulieren mußte. Ein Teil des polnischen Adels hatte sich schon gleich anfangs den Schweden angeschlossen, ja die polnische Kronarmee huldigte dem Sieger. König Johann Kasimir entfloh auf österreichisch-schlesisches Gebiet [2]), der ganze Osten des Reiches war von Russen und Kosaken überschwemmt. Polen schien eine Beute der Schweden und Russen.

Diese überwältigenden Erfolge des „nordischen Alexander", die die Welt mit Staunen erfüllten, nötigten die nächstberührten Staaten zu einer entscheidenden Stellungnahme. Kurfürst Friedrich Wilhelm von

1) Im Herbst 1654 kam eine russiche Gesandtschaft nach Wien. Über die österreichisch-russischen Beziehungen vgl. Pribram, Österr. Vermittlungspolitik im polnisch-russischen Kriege 1654–1660, Arch. f. österr. Gesch. LXXV, 416 ff.

2) Zu diesem Aufenthalt des Königs in Schlesien mancherlei Detail in den Berichten des päpstlichen Nuntius am polnischen Hofe, Pietro Vidoni, herausgeg. von Levinson im Arch. f. österr. Gesch. XCV, 44 ff. Am 18. Dez. 1655 verläßt der König Glogau und begibt sich auf einem mühevollen Umweg über Ungarn (wohl über den Jablunkapaß und das Arvatal) nach Krosno und Lancut in Galizien, a. a. O. S. 51 f.



Brandenburg hatte schon bei Beginn des Krieges die Souveränität des Herzogtums Preußen, das heißt die Abschüttelung der polnischen Lehenshoheit, aber auch den Gewinn der zwischen der Mark und dem Herzogtum Preußen liegenden Teile des polnischen Reiches als Preis einer Verbindung mit Schweden gegen Polen zum Ziel gesteckt. Aber die Verhandlungen mit Schweden waren gescheitert. Karl Gustav errang seine Erfolge. Brandenburg rüstete, um für alles bereit zu sein und knüpfte nun im Herbst 1655 mit dem Wiener Hofe an, um den Kaiser zum offenen Kampfe gegen Schweden zu bewegen, ließ auch von der Erwerbung der polnischen Krone durch Habsburg sprechen.

Für Österreich wäre damals, zu Ende 1655, allerdings der Augenblick gewesen, sich an die Spitze einer Allianz gegen Schweden zu stellen. Johann Kasimir hatte natürlich schon längst die Hilfe des glaubensverwandten Kaiserhofes erfleht, jetzt war Brandenburg zu gewinnen und neben ihm auch noch der momentan wirksamste Bundesgenosse, der russische Zar. Denn Alexei hatte eingesehen, daß ihm viel größere Gefahr von dem vorwärts stürmenden Schwedenkönig als von Polen drohe und daß jetzt Polens Erhaltung einen Damm gegen die Schweden bedeute. Er war bereit, nicht bloß die Vermittlung des Kaisers zum Ausgleich mit Polen anzunehmen, sondern wünschte geradezu dessen Teilnahme am Kampfe gegen Schweden [1]).

Allein Kaiser Ferdinand III. und seine Räte konnten sich vorerst zu einem Kriege durchaus nicht entschließen. Alle Anerbietungen Friedrich Wilhelms, alle Bitten Johann Kasimirs und der polnischen Großen, die dem Kaiser sogar Hoffnungen auf die polnische Krone machten, gleichwie die Bemühungen der päpstlichen Nuntien in Wien und Polen [2]), fanden zunächst unübersteigliche Hindernisse an der unbedingten Friedensliebe des Kaisers und seiner Regierung [3]). Das war gewiß begreiflich. Noch stand die furchtbare Kriegszeit in lebendigem Gedächtnis, man spürte sie in Österreich bitter genug in dem elenden Stand der Finanzen, in dem Verfall der blühendsten Erbländer. Ängstlich wollte der Kaiser vermeiden, durch Parteinahme zu einer Kriegsgefahr für das Reich Anlaß

1) Im Frühjahr 1656, als die kaiserlichen Gesandten Allegretti und Lorbach (seit Oktober 1655) noch in Rußland weilten, vgl. Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXV, 424 ff.

2) Levinson, a. a. O., S. 13 f., 46. 48. 52. 54 ff.

3) Pribram, Lisola, S 80 ff. und Jerusalem, Die Teilnahme Österreichs am ersten Nord. Kriege (Progr. der Realschule Wien XV. Bez. 1908), S. 7 ff.

zu geben und den Westfälischen Frieden zu verletzen, um so mehr als auch der spanisch-französische Krieg wieder größere Dimensionen anzunehmen schien und man auf Polen, sein Herrscherpaar und seine Magnaten, geringes Vertrauen setzte. So begnügte man sich mit schwächlichen Vermittlungsversuchen zwischen Karl Gustav und Polen [1]). Ferdinands Gesandter bei dem Schwedenkönig, Franz von Lisola, der gescheiteste, gewandteste und rührigste Diplomat des Kaisers [2]), erkannte klar die ganze Situation, doch auch sein Feuereifer vermochte zunächst nichts gegen die Ängstlichkeit und gegen die Schwierigkeiten auszurichten. Die Ereignisse selber mußten ihm erst recht geben und den Kaiser zu einer energischeren Haltung drängen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte sich nach den schwedischen Siegen und beim Versagen des Kaisers genötigt gesehen, sich an Karl Gustav anzuschließen. Der Königsberger Vertrag vom 17. Jänner 1656 war ein empfindlicher Rückzug von den stolzen Hoffnungen des Vorjahrs. Aber die Lage der Schweden im feindlichen Polen verlor eben jetzt rapid ihren anfänglich so glänzenden Schein. Es erhob sich eine nationale Reaktion gegen die fremden, andersgläubigen Bedränger, deren Heer durch Geldmangel, Hunger und Krankheiten geschwächt wurde. Die Haltung des russischen Zaren wurde immer drohender gegen Schweden, während er auf Friedensverhandlungen mit Polen unter Vermittlung des Kaisers einging [3]). Karl Gustav bedurfte der trefflich gerüsteten Streitkräfte des Brandenburgers immer mehr, es kam zum Bündnis von Marienburg am 25. Juni 1656. Die zu Königsberg stipulierte Lehenshoheit Schwedens über das Herzogtum Preußen blieb bestehen, aber der Kurfürst sollte den größten Teil von Großpolen erhalten.

In eben diesen Tagen richtete Karl Gustav im Gefühle gewonnener Sicherheit an den Kaiser ein schroffes Schreiben, worin er dessen Vermittlung nicht annehmen zu können erklärte [4]). Es war das Schluß-

1) Beschluß der Konferenz vom 14. Nov. 1655; der kaiserliche Abgesandte Graf Pötting trifft im Jänner 1656 bei Karl Gustav in Elbing ein. Vgl. Pribram, Lisola, S. 87 ff.

2) Lisola war 1613 in Besançon geboren, seit 1638 in kaiserlichen Diensten, 1640 bis 1645 in diplomatischer Mission in England, 1648 bis 1651 am polnischen Hofe in Warschau und seit 1655 bei Karl Gustav. Über ihn schrieb Pribram seine gründliche, wertvolle Monographie „Franz Paul Freiherr von Lisola“ (1894).

3) Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXV, 432 f.

4) Schreiben vom 4. Juli 1656. Rudawski, Historia Poloniae, S. 260.



glied einer Kette von monatelangen Verzögerungen und verletzenden Kränkungen gegenüber dem kaiserlichen Gesandten [1]). Einen Monat später erfochten Karl Gustav und Friedrich Wilhelm den glänzenden Sieg in der dreitägigen Schlacht bei Warschau (28. bis 30. Juli 1656). Jetzt drängte sich auch der ängstlich zurückhaltenden Politik in Wien die Einsicht auf, daß man „mit oder nach Polen werde kommen müssen", und man begann nun doch ein Bündnis mit Polen und ein militärisches Eingreifen ins Auge zu fassen [2]). Freilich vorsichtig genug. Denn die Schweden ganz aus Polen vertreiben, hieß, so fürchtete man, ihnen dann die schlesisch-böhmischen Länder preisgeben, auch das Reich in den Krieg hineinziehen und Karl Gustav in die Arme Frankreichs und Englands treiben. Mazarin machte ja alle Anstrengungen, um zwischen Schweden und Polen zu vermitteln, auf daß Karl Gustav frei werde für die antihabsburgischen Pläne der französischen Politik [3]). So schloß denn am 1. Dezember 1656 Kaiser Ferdinand III. endlich einen Vertrag mit Johann Kasimir von Polen. Der Kaiser soll diesem 4000 Mann Infanterie zur Verfügung stellen und diplomatisch für Polen tätig sein, Polen aber verspricht, nur den Kaiser als Vermittler bei Schweden und Brandenburg anzuerkennen [4]).

Dieser entschiedenere Schritt des Kaisers bot seinem Gesandten im Norden, Franz von Lisola, einen gewissen Halt, um nunmehr mit unermüdlicher Tätigkeit an einem Punkte einzusetzen, den er schon längst im Auge gehabt, bei Brandenburg. Friedrich Wilhelm hatte soeben durch den Vertrag von Labiau (20. November 1656) von Karl Gustav die Aufhebung des früheren Lehenvertrages und die Anerkennung der Souveränität Preußens zugestanden erhalten und damit ein Hauptziel seiner Politik so gut wie

1) Vgl. den Bericht Lisolas vom 12. Juli 1656, S. 183.

2) Schon im Juni 1656 waren Gerüchte verbreitet über einen bevorstehenden Zug des Erzherzogs Leopold Wilhelm, Bruders Ferdinands III. nach Preußen; mit ihm wollten sich, so hieß es, die preußischen Unzufriedenen verbinden und gegen den Kurfürsten losschlagen. Pribram, Lisola, S. 105 f., Berichte Lisolas, S. 203. Man kann diesen Gerückten unmöglich Glauben beimessen.

3) Vgl. Carlson, Gesch. Schwedens IV, 143 Anm. 1, 175 über die Anerbietungen Frankreichs an Schweden. Seit Mai 1656 weilt der französische Gesandte Graf d'Avaugour am polnischen Hofe. Berichte Vidonis, S. 65.

4) Vgl. Pribram, Lisola, S. 96 ff., Berichte Lisolas vom 27. Sept. und 5. Okt. 1656, S. 210 ff Der Vertrag vom 1. Dez. bei Rudawski, Hist. Poloniae. Der Vertrag wurde, da man in Polen keineswegs damit zufrieden war, nach langen Bemühungen Lisolas erst Anfang März 1657 vom König ratifiziert.



erreicht. Der Schwedenkönig mußte, von den Russen in Livland, von den Polen in Westpreußen angegriffen, von der Eifersucht Hollands und der kaum versteckten Feindschaft Dänemarks umgeben, Mißstimmungen im eigenen Reiche hinter sich, seinen einzigen Bundesgenossen zu halten suchen. Allein es war von Anfang an nur der Zwang der Umstände und die persönliche Überlegenheit des stürmisch-genialen Schwedenkönigs gewesen, welche den Brandenburger an Karl Gustav band [1]). Zudem gab es bei Hofe eine immer sich verstärkende Partei, die das schwedische Bündnis eifrig bekämpfte. Im Jänner 1657 begann Lisola seine Verhandlungen, jetzt am brandenburgischen, dann am polnischen Hofe, dann nach Wien eilend, um persönlich ein tatkräftiges Eingreifen Österreichs und ein offenes Kriegsbündnis mit Polen herbeizuführen und den Anschluß Brandenburgs anzubahnen. Es gelang ihm, den zögernden Kaiser noch in seinen letzten Tagen von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen [2]).

Der Tod Ferdinands III. (2. April 1657) und die weit schwierigere Situation, welche für die österreichische Politik nun aus der Sorge und den Rücksichten wegen der Kaiserwahl entstanden, hätten vielleicht alles ins Stocken gebracht, wenn nicht doch die allgemeine Lage immer stärker zum Kriege gedrängt hätte. Friedrich III. von Dänemark war zum Kampfe mit Schweden entschlossen und trug ein Bündnis an, die Generalstaaten mahnten zum Kriege, Rußland und Polen hatten Waffenstillstand geschlossen und auch die Kosaken schienen zum Vergleich mit Polen geneigt und gegen Schweden zu gewinnen [3]). So kam es trotz aller Gegenbemühungen der französischen Gesandten am polnischen Hofe und trotz aller Bedenken einzelner Minister in Wien am 27. Mai 1657 zum Abschluß der **polnisch-österreichischen Allianz**. Österreich will eine Armee von 12000 Mann in Polen einrücken lassen, für deren Ausrüstung und Erhaltung sich Polen zu Subsidien verpflichtet und hierfür

1) Vgl. Bemerkungen Lisolas schon am 1. Febr. 1656, Berichte S. 137, und die Charakteristik Friedrich Wilhelms und seines Verhältnisses zu Karl Gustav, S. 225 f. 244 f.

2) Siehe besonders das eindringliche Memoriale Lisolas vom 23. März 1657, S. 242 ff., **Pribram**, Lisola, S. 109 ff.

3) Der als Abgesandter der christlichen Balkanvölker in Wien weilende Peter Parchevich, Erzbischof von Marcianopel i. p. inf. wurde von K. Ferdinand III. am 10. Januar 1657 als Gesandter an den Kosakenhetman Bogdan Chmielnicki bevollmächtigt und führte in den nächsten Monaten unter großen Mühen und Gefahren diese Mission aus. Hierüber eingehend **Pejacsevich** im Arch. f. österr. Gesch. LIX, 378 ff.



die Erträgnisse der Salzwerke von Wielicka und Bochnia anweist [1]. Der Wiener Hof setzte sich in Verbindung mit jenen andern Mächten, die mehr oder minder gegen Schweden standen. Man schickt den Freiherrn Johann von Goeß nach Kopenhagen — eben erklärte Dänemark an Schweden den Krieg —, den Residenten am polnischen Hofe, Fragstein, an den Zaren Alexei [2], Johann Friquet hatte bei Papst Alexander VII. und dann im Haag, Graf Isaak Volmar bei den deutschen Kurfürsten die neue Politik Österreichs zu vertreten — allenthalben mit der ausdrücklichsten Versicherung, daß es diesem fern liege, den Reichsfrieden zu brechen. So erhob sich eine förmliche Liga gegen Schweden, dem äußerlich noch Friedrich Wilhelm von Brandenburg, moralisch Frankreich und England zur Seite standen, während es eben jetzt einen neuen Bundesgenossen gefunden hatte an dem Fürsten von Siebenbürgen, Georg II. Rákóczy. Gerade das Eingreifen dieses Mannes war sicherlich mitbestimmend geworden für die kriegerische Haltung Österreichs.

Georg Rákóczy war seit dem 11. Oktober 1648 seinem Vater Georg I. in der Regierung Siebenbürgens gefolgt [3]. Siebenbürgen war seit den Zeiten Gabriel Bethlens ein nicht ganz unbedeutender Faktor in dem Ringen der großen europäischen Mächte geworden; es bildete immer einen willkommenen Bundesgenossen für die Gegner des Hauses Österreich. Georg I. hatte diese Politik mit bedächtigem Geschick und nicht ohne Erfolg festgehalten. Sein Sohn besaß wohl den gleichen Ehrgeiz, aber nicht mehr gleiche Klugheit und Vorsicht. Schon im August 1655 erschienen Gesandte Rákóczys bei Karl Gustav [4], gleichzeitig nahm er aber mit polnischen Großen Fühlung, die ihm auf die polnische Krone Hoffnung machten. Zeigte sich dies bald als ein Phantom, so konnte der Schwedenherrscher freilich zunächst auch nur Anweisungen auf das erst zu erobernde und zu teilende Polenreich geben, aber er war doch

1) Der Vertrag bei Dumont, Corps univ. dipl. VI 1, 179 und öfter, vgl. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 63. Vgl. Pribram, Lisola, S. 118 ff. auch für das Folgende. Jerusalem a. a. O., S. 11 ff.

2) Vgl. hierüber Pribram im Archiv f. österr. Gesch. LXXV, 450 ff.

3) Über die Teilnahme Rákóczys am Nordischen Kriege seit 1655 Material in den Publikationen von A. Szilagyi, Erdély es az északkeleti háború (Transsylvania et bellum boreo-orientale) I, 381 ff. und 2. Bd., und das Urkundenbuch z. Gesch. der diplomat. Beziehungen Georgs II. Rákóczy, Mon. Hung. hist. Dipl. XXIII, 159 ff.

4) Bericht Lisolas vom 3. Sept. 1655, S. 97. 107. — Der Schwedenkönig hatte seinerseits durch seinen Residenten in Wien sich über die Stimmung in Ungarn und Siebenbürgen unterrichten lassen. Carlson, Gesch. Schwedens IV, 77.



der siegreiche Kriegsfürst. Seit Dezember 1655 beginnen ernstliche Verhandlungen zwischen Rákóczy und Karl Gustav, der schließlich im Mai 1656 eine Gesandtschaft nach Siebenbürgen abordnete, um den Abschluß eines Bündnisses gegen Polen zu betreiben[1]). Am 17. August langten die schwedischen Boten in Klausenburg an. Sie kamen mit verlockenden Angeboten, die auf eine förmliche Teilung Polens hinausliefen. Fürst Georg ließ sich durch das glänzende Bild kommender Größe blenden, obwohl seine Mutter, Gemahlin und Schwiegermutter in ihn drangen, vom bedenklichen Unternehmen abzulassen, und obwohl seine Räte auf die von der Türkei drohende Gefahr hinwiesen, wenn er ohne Erlaubnis des Sultans, seines Oberherrn, den Krieg beginne. Karl Gustav aber konnte jetzt die siebenbürgische Hilfe sehr wohl brauchen. So wurde am 6. Dezember 1656 zwischen der Krone Schweden und dem Fürsten ein Bündnis geschlossen, welches Polen einfach aufteilte und Rákóczy nicht weniger als Kleinpolen mit Krakau und Warschau sowie die Landschaften im Süden und Osten zusicherte[2]).

Im Jänner 1657 begann Rákóczy seinen Heereszug über die Karpathen[3]). Er ließ sich nicht aufhalten oder umstimmen, als am 23. Februar in Przemyśl der ungarische Hofkanzler im Auftrag des Kaisers zu ihm kam[4]). Am 28. März traf er in Krakau ein, dessen Belagerung die Polen aufgegeben hatten, am 11. April vereinigte er sich nordwestlich von Sendomir mit Karl Gustav, der mit einem sehr zusammengeschmolzenen Heere von der unteren Weichsel heraufgezogen kam. Die Begegnung schien nicht glückverheißend: Rákóczy war bestürzt über die geringe Zahl der Schweden, Karl Gustav über den Mangel an Disziplin bei Rákóczys bunt zusammengewürfelten Scharen[5]). Man begann die

1) Berichte Lisolas, S. 131. 146. 149 f., Carlson IV, 126. Rákóczy verlangte die 13 an Polen verpfändeten Zipser Städte. — Zur Hintertreibung des Bündnisses wird von Seite Polens Ende Mai ein Gesandter an Rákóczy geschickt, der wieder mit Sukzessionshoffnungen zu locken hatte. Berichte Lisolas, S. 174.

2) Szilagyi, Erdély II, 190 ff. — Mit dem Kosakenhetmann Chmielnicki hatte Rákóczy am 7. Sept. ein Bündnis geschlossen. Die Kosaken hatten im Sommer mit Karl Gustav Verhandlungen begonnen. Berichte Lisolas, S. 199 f. 206 ff. Carlson IV, 179.

3) Über den Zug Rákóczys bringen außer den vorhin genannten Publikationen manche Nachrichten auch Urk. u. Aktenst. VIII, 462 ff., dann die Chronik des Schäßburger Stadtschreibers Georg Kraus, Fontes rer. Austr. I 3, 253 ff. Vgl. auch Carlson IV, 188 ff. und Feßler-Klein, Gesch. v. Ungarn IV, 263 f. 283 f.

4) Feßler-Klein, Gesch. v. Ungarn IV, 264.

5) Berichte Lisolas, S. 277. Rákóczy brachte außer den Kosaken 23000 Mann eigene Truppen und 6000 Moldauer und Walachen mit sich, so der Bericht des schwedischen



gemeinsamen Operationen. Die Polen, welche einem entscheidenden Kampfe auswichen, wurden im Mai bis über den Bug verfolgt, Brzest in Litauen eingenommen. Allein zwischen den beiden Fürsten und ihren so verschieden gearteten Kriegsvölkern gab es fortwährende Reibungen, Karl Gustav erkannte bald die militärische Unfähigkeit seines Bundesgenossen, Rákóczys Generale und Truppen wurden schnell des Krieges überdrüssig, die Kosaken ritten gutenteils davon, Rákóczy selber suchte, wie es scheint, auf eigene Faust Anknüpfung mit dem König von Polen[1]). Und als nun nach der Kriegserklärung Dänemarks Karl Gustav den Entschluß faßte, den polnischen Kampfplatz zu verlassen, um sich gegen die Dänen zu wenden, als er sich am 1. Juni von Rákóczy trennte und drei Wochen später auch den General Stenbock zu sich rief, den er mit etwa 4000 Schweden noch zurückgelassen hatte[2]), als endlich auch der Anmarsch einer österreichischen Armee gegen Krakau bevorstand, da war das Scheitern dieses ganzen Rákóczyschen Unternehmens unabwendbar[3]). Sofort nach dem Abmarsch Stenbocks trat Rákóczy mit seinen im furchtbar verwüsteten Lande hungernden und entmutigten Truppen den Rückzug an, entkam vor dem drohenden Angriff der polnisch-österreichischen Armee über die Weichsel und zog nach Podolien in der Hoffnung, dort durch ein neues Kosakenheer verstärkt zu werden. Aber dieses blieb aus, die Moldauer und Walachen verließen ihn, polnische Truppenführer drohten ihn einzuschließen. Er wagte keinen Kampf mehr und mußte am 22. Juli einen demütigenden Vertrag eingehen, der ihn zwang, die noch besetzten polnischen Städte zu räumen und eine starke Kriegsentschädigung zu zahlen. Dafür durfte Rákóczy unter polnischem Geleite den Rückzug nach Siebenbürgen fortsetzen. Allein schon stand an seiner Flanke bei Kaminiec der Khan der Tataren, und nun flüchtete Rákóczy mit wenig Reitern auf siebenbürgisches Gebiet. Sein zusammen-

Gesandten, Szilagyi, Erdély II, 273, ähnlich auch andere Nachrichten Urk. u. Aktenstücke VIII, 160.

1) Berichte Lisolas, S. 276 ff. 282.

2) Mit Stenbocks Unterstützung hatte Rákóczy noch am 19. Juni Warschau eingenommen, konnte es aber nicht behaupten.

3) Vgl. darüber die Berichte und Dokumente bei Szilagyi, Erdély II, 248 ff. 316 ff. und Diplom. XXIII, 552 ff., Chronik von Kraus, S. 283 ff. Jerusalem a. a. O., S. 29. — Mitte Juni unternahm der polnische Kronfeldmarschall Lubomirski auf eigene Faust von der Zips aus einen verwüstenden Einfall in die Rákóczy gehörigen ungarischen Komitate. Vgl. die Chronik von Kraus, S. 273 ff., Venet. Depeschen, S. 36 ff., Jerusalem, S. 28.

geschrumpftes Heer aber wurde bei Trembowla, südlich von Tarnopol, von den Tataren eingeschlossen und überwältigt, den Rest schleppten die wilden Horden gefangen in die Krim.

Die österreichische Hilfsarmee war unter mancherlei Schwierigkeiten und Verzögerungen aus den böhmisch-österreichischen Erblanden endlich im Laufe des Juni 1657 in Schlesien konzentriert worden, und noch immer fehlte es an Geld und an einer ordentlichen Verpflegung. Aber König Johann Kasimir drängte ungestüm zur Aktion, und so überschritten die Truppen in der Stärke von ungefähr 13 000 Mann in der zweiten Hälfte des Juni bei Tarnowitz die schlesische Grenze[1]. Sie standen unter dem Oberbefehl des alten und oft altersschwachen Grafen Melchior Hatzfeld, aber der eigentliche Leiter der Operationen war dann Feldmarschall Montecuccoli, der am 19. Juli vor Krakau eintraf[2]. Die wichtigste Aufgabe war nun die Eroberung Krakaus, das der tapfere schwedische General Würtz noch hielt, unterstützt vom letzten Reste Rákóczyscher Truppen[3]. Die Gewinnung Krakaus ging überraschend leicht vonstatten. Die siebenbürgischen Truppen zogen ab, als die Nachrichten über den schmählichen Ausgang der Expedition Rákóczys einlangten, und die schwedische Besatzung kapitulierte am 24. August gegen freien Abzug. König Johann Kasimir nahm unter dem Jubel des Volkes wieder Besitz von seiner Krönungsstadt. Die Kaiserlichen ließen allerdings Truppen in der Stadt, aber die Polen besetzten die Burg, ein Anlaß zu langwierigen Differenzen. Die Armee aber brach am 10. September auf und zog nordwärts in der Richtung gegen Thorn, um diese von den Schweden noch gehaltene Festung zu belagern. Die Ende Oktober eintretenden starken Fröste machten den begonnenen Aktionen ein Ende. Die Truppen bezogen Winterquartiere in Preußen[4].

Diese ganzen Ereignisse, vor allem die Entfernung Karl Gustavs vom polnischen Kriegsschauplatz, der Mißerfolg Rákóczys und das Eingreifen der österreichischen Armee wirkten beschleunigend auch auf den

1) Über diesen Feldzug handelte ein Aufsatz in der Österr. militär. Zeitschr. 1813, Heft 11, doch ist er jetzt durch die sorgfältige Darstellung von Jerusalem a. a. O., S. 26 ff. überholt. Über Hatzfeld eine Geschichte bei Vidoni, S. 93.

2) Montecuccoli hat Aufzeichnungen über den Nordischen Krieg von 1657—1660 verfaßt, die leider nur sehr kurz sind. Ausgew. Schriften Montecuccolis III, 263 ff.

3) 3000 Mann unter Janos Bethlen, vgl. Carlson, IV, 193.

4) Jerusalem, S. 40 ff. — Hatzfeld, der sich auf die ihm 1641 von K. Ferdinand III. verliehene schlesische Herrschaft Trachenberg zurückgezogen hatte, starb daselbst schon am 9. Januar 1658.

Umschwung in der Haltung Friedrich Wilhelms von Brandenburg, der allerdings noch viele Monate hindurch mit Schweden nicht offen brach und ein gefährliches Doppelspiel trieb. Nach Lisolas erstem Versuch im Jänner 1657, beim Kurfürsten Gehör zu finden, wurden nach dem Abschluß der polnisch-österreichischen Allianz vom 27. Mai die Verhandlungen energisch wieder aufgenommen. Der österreichische Gesandte ging als Bevollmächtigter Johann Kasimirs nach Königsberg, um nun hier mit dem Aufgebot all seiner Fähigkeit und aller diplomatischen Künste zunächst das schwierige und heikle Werk des Ausgleiches zwischen Brandenburg und Polen zustande zu bringen [1]). Er fand an den fürstlichen Frauen beider Höfe, namentlich an der Königin Luise Maria, einer Prinzessin von Gonzaga-Nevers, einer bedeutenden und ehrgeizigen Frau, die ihren schwachen Gemahl ganz beherrschte, wertvolle Stützen [2]). Entscheidend aber war das Zugeständnis der vollen Souveränität des Herzogtums Preußen, mit welcher, als dem nach seiner geheimen Instruktion letzten Mittel, Lisola schließlich herausrücken mußte, da Friedrich Wilhelm unerschütterlich darauf bestand. Die Gegenanstrengungen der französischen und schwedischen Gesandten blieben vergeblich, am 19. September 1657 kam der Vertrag von Wehlau zustande. Der Kurfürst verzichtet auf alle Eroberungen in Polen, er schließt Freundschaft und Bündnis mit König Johann Kasimir; dagegen erhält er außer zwei kleinen Gebieten in Pommern das Herzogtum Preußen als vollen souveränen Besitz. Eine Errungenschaft von dauerndem Wert für Preußens Zukunft [3]).

Die notwendige Folge war nun der nähere Anschluß Friedrich Wilhelms an Österreich [4]). Ja, der Kurfürst seinerseits drängte jetzt zu einem Offensivbündnis und zum Vormarsch einer brandenburgisch-österreichisch-polnischen Armee gegen das schwedische Pommern [5]). Auch Lisola war

1) Militärisch-politische Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und dem polnisch-litauischen Feldherrn Gonsiewski hatten schon im August 1656 begonnen.

2) Die Bemühungen der Königin beginnen mit einem Schreiben an die Kurfürstin-Mutter im März 1657. Urk. u. Aktenst. VIII, 202.

3) Berichte Lisolas, S. 279 ff. und die Berichte in Urk. u. Aktenst. VIII, 194 ff.; vgl. Erdmannsdörffer I, 275 ff., Pribram, Lisola, S. 125 ff.

4) Vgl. für das Folgende die Berichte Lisolas, S. 321 ff., Urk. u. Aktenst. VIII, 219 ff. und die Korrespondenz Friedrich Wilhelms mit der Königin von Polen, ebenda S. 271 ff., Pribram, Lisola, S. 137 ff.

5) Vgl. schon das Schreiben des Kurfürsten vom 24. Sept. und den Bericht Lisolas vom 3. Okt. 1657, Urk. u. Aktenst. VIII, 219, Berichte Lisolas, S. 323; dann die Sendung Löbens nach Prag im November und Dezember 1657, Urk. u. Aktenst. VIII, 351 ff.



schon längst Feuer und Flamme für eine energische Kriegsaktion seines Herrschers. Allein Leopold, sein Oheim und seine Räte, mitten in den schwierigen Verhandlungen über die Kaiserwahl, strebten vor allem diese zu sichern und um jeden Preis alles zu vermeiden, was als ein Bruch des Westfälischen und des Friedens im Reiche gedeutet werden konnte. Deshalb sträubte man sich in Prag, wo der Hof seit Juli 1657 weilte, zuerst hartnäckig gegen die Verwendung österreichischer Truppen innerhalb des Reiches, also gegen Schwedisch-Pommern. Aber man mußte bald die Erfahrung machen, daß diese ablehnende Haltung nicht bloß die Freundschaft Polens, sondern auch die Stimme Brandenburgs für Leopolds Wahl gefährde. So durfte Montecuccoli, der nach Berlin gesandt worden war — Lisola allein erschien viel zu wenig zurückhaltend [1]) — endlich am 14. Februar 1658 das **Bündnis mit Brandenburg** unterzeichnen, das auf den 9. Februar zurückdatiert wurde. Es war eine Defensiv- und Offensivallianz, der auch der polnische Gesandte beitrat. Österreich hat 10000, Polen 7000, Brandenburg 6000 Mann gegen Schweden zu stellen; dem Kurfürsten mußte in einem Geheimartikel das Recht zugestanden werden, Stettin und andere Plätze in Schwedisch-Pommern, wenn sie erobert würden, mit seinen Truppen allein zu besetzen [2]).

Der Wiener Hof hatte diesen Vertrag geschlossen in der Voraussetzung, daß, wie Montecuccoli immer wieder versicherte, der wirkliche Beginn der kriegerischen Unternehmungen in Pommern sich bis nach der Kaiserwahl hinausschieben ließe. Die Kriegsereignisse selber halfen dazu. Während in Berlin verhandelt wurde, unternahm Karl Gustav seinen berühmten, kühnen Zug über den gefrorenen Belt und zwang Dänemark zum Frieden. Der Friede von Roeskilde vom 26. Februar 1658 war ein glänzender Erfolg Schwedens: es gewann den ganzen bisher dänischen Süden, die Beherrschung des Baltischen Meeres schien ihm sicher. In Polen wuchs die Stimmung für den Frieden, zu dessen Vermittlung sich Frankreich immer aufs neue anbot; Lisola vermochte nur dadurch entgegenzuwirken, daß er die Vermittlung durch die Kurfürsten in Vorschlag

1) Man sehe, wie er durch die Minister gegenüber dem brandenburgischen Gesandten Löben desavouiert wurde, Urk. u. Aktenst. VIII, 353.

2) Der Vertrag bei **Mörner** Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 683 ff., vgl. **Bittner**, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 64. Für die ganzen diplomatischen Verhandlungen der Jahre 1658 und 1659 vgl. **Pribram**, Lisola, S. 174 ff.



brachte. Aber auch Friedrich Wilhelm zauderte, schob die Ratifikation der Allianz mit Österreich hinaus [1]) und begann sogar wieder Verhandlungen mit Schweden. Karl Gustav dachte freilich gerade damals im Frühjahr 1658 sehr ernsthaft daran, sein siegreiches Heer gegen Brandenburg und dann gegen Österreich zu führen und vielleicht noch die Wahl Leopolds zum Kaiser zu vereiteln [2]). Aber die Voraussetzung dazu, die Sicherheit im Rücken, schwand, da Dänemark, gestützt auf Holland, mit der Ausführung des Friedens Schwierigkeiten machte. Karl Gustav entschloß sich im Juli zu einem zweiten Kriege gegen Dänemark, das er nun gänzlich zu vernichten gedachte, um das nordische Gesamtreich wiederherzustellen. Mitte August 1658 brach er von Kiel auf gegen Kopenhagen, das er rasch zu erobern hoffte.

Dieser unerwartete Angriff des Schwedenkönigs, von dem nun alles zu befürchten schien, riß seine verbündeten Gegner aus ihrer zaudernden Haltung. Holland rüstete mit fiebernder Eile eine starke Flotte, Friedrich Wilhelm beschloß loszuschlagen und Leopold, dessen Wahl zum Kaiser inzwischen ja glücklich vollzogen war, stimmte zu. So begannen im September 1658 die Alliierten von Brandenburg aus den Krieg gegen Schweden.

Die österreichische Armee war, wie wir sahen, zu kleinem Teile als Besatzung in Krakau, größtenteils in Winterquartieren in Großpolen und Westpreußen gelegen. Der vertragsmäßige Unterhalt dieser Truppen wurde für das ausgesogene Polen eine immer schwerere Last. Die Klagen darüber, sowie über Gewalttätigkeiten und Übermut der fremden Soldaten erhoben sich immer lauter und dringender, sie wurden ein Grund mehr für die fortschreitende Erkaltung des Verhältnisses der Polen und namentlich der Königin Luise Maria zu Österreich [3]). Man drängte zu einer kombinierten Expedition gegen Schwedisch-Pommern und gegen Westpreußen, um die Österreicher ganz loszuwerden, man war schon bereit,

1) Siehe die Verhandlungen des Gesandten Leopolds, Fernemont, in Berlin vom März bis Mai 1658, Urk. u. Aktenst. XIV, 76 ff.

2) Vgl. Carlson, Gesch. Schwedens IV, 286 ff. 304. Die widersprechenden Gerüchte, die sich verbreiteten, und die deshalb, aber auch wegen des politischen Doppelspieles widersprechenden Befehle des Kurfürsten Friedrich Wilhelm an Montecuccoli, der im April bereit zum Marschieren war, ersieht man aus Urk. u. Aktenst. VIII, 358 ff. Vgl. auch Schreiben an den päpstlichen Nuntius in Warschau vom 24. April, Archiv f. österr. Gesch. XCV, 123 f.

3) Vgl. auch Wagner, Hist. Leopoldi I, 23.



die französisch-holländische Vermittlung anzunehmen, da brachte der Entschluß zum Angriff in Holstein eine Wendung[1]).

Im September 1658 führte Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg den größern Teil der verbündeten Truppen in der Stärke von ungefähr 30000 Mann aus der Mark gegen Holstein[2]). Der polnische Heerführer Czarnecki und Feldmarschall Montecuccoli hatten sich mit ihm im Oktober zu Küstrin vereinigt. Mit leichter Mühe wurden die Schweden aus Holstein und aus den meisten Plätzen Jütlands vertrieben. Der Herzog von Holstein-Gottorp, Karl Gustavs Schwiegervater, wird zum Abschluß eines Neutralitätsvertrages gezwungen. Mitte Dezember erobern die Verbündeten die Insel Alsen. Allein alle weiteren Operationen, die sich nun gegen die übrigen, von den Schweden besetzten dänischen Inseln und gegen Karl Gustav selber, der noch immer Kopenhagen belagerte, hätten richten müssen, wurden gehemmt durch den Mangel eigener Schiffe und durch die absichtliche Untätigkeit der holländischen Flotte. Die Generalstaaten wünschten weder einen vollen Sieg, noch eine gänzliche Demütigung Schwedens oder Dänemarks, beides konnte ihre Handelsinteressen in der Ostsee gefährden. So eroberten die Verbündeten wohl am 26. Mai 1659 den letzten festen Platz in Jütland, Frederiksodde, aber drei Versuche, im Juni auf der Insel Fünen festen Fuß zu fassen, mißlangen.

Das Stocken dieser Unternehmung ließ andere Pläne um so eher reifen, die von anderen Gesichtspunkten aus angeregt waren[3]). Der Abzug Montecuccolis hatte den Polen nicht viel genützt, da man von Wien aus andere Truppen nach Norden in die Winterquartiere kommandierte, um dadurch die eigenen Erbländer zu entlasten. Die Verstimmung kam in den erregten Zwischenfällen zum Ausdruck, welche die Belagerung

1) Außer den Berichten Lisolas bringen auch die Berichte des Nuntius Viboni mancherlei über diese Dinge, ed. Levinson, Archiv f. öster. Gesch. XCV, 111 ff. 158. 131.

2) Vgl. für das Folgende Carlson, IV, 320 ff., Droysen, Gesch. der preuß. Politik III 2, 413 ff., Erdmannsdörffer I, 320 ff., Campori, Montecuccoli, S. 336 ff. Die Korrespondenz Friedrich Wilhelms mit Montecuccoli und K. Leopold in Urk. u. Aktenst. VIII, 355 ff.

3) Vgl. Pribram, Lisola S. 183 ff., für den Krieg Wagner, Hist. Leopoldi I, 52. Klaje, Der Feldzug der Kaiserlichen unter Souches nach Pommern i. J. 1659 (1906), S. 7 ff., woselbst auch archivalische Materialien aus Wien, Berlin, Stockholm und Stettin benutzt sind. — Eine Zusammenstellung von Gründen für den pommerischen Feldzug gibt der venetianische Gesandte Molin am 24. Okt. 1659, Venet. Depeschen, S. 315 f.

und Einnahme von Thorn begleiteten, das die Schweden noch behauptet hatten und das vom polnischen Reichsmarschall Lubomirski und von dem kaiserlichen General de Souches gemeinsam belagert wurde. Bei den Verhandlungen wegen der Übergabe im Dezember 1658 wurde weder de Souches noch Lisola beigezogen. Die Polen drängten zum Frieden, die französischen Gesandten in Warschau sparten nicht Geld und die lockendsten Verheißungen, die Königin stand wieder ganz im Banne Frankreichs, der König bereitete einen Präliminarkongreß in Thorn vor und schien sichtlich bereit, mit Hilfe Frankreichs einen Sonderfrieden mit Schweden zu schließen. Österreich konnte isoliert werden. So erschien es dem Wiener Hofe nun doch an der Zeit einzulenken. Das Wirksamste war die Entfernung der kaiserlichen Truppen, und dies konnte am besten durch einen Kriegszug gegen Schwedisch-Pommern geschehen. Zu gleicher Zeit, als Montecuccoli im Februar 1659 wegen der militärischen Schwierigkeiten auf dem dänischen Kriegsschauplatz und wohl auch aus persönlichen Gründen seinem Hofe eine Diversion nach Pommern empfahl[1]) und als der unermüdliche Lisola im März mit Rücksicht auf Polen nachdrücklichst dasselbe riet, hatte man in Wien schon diese Unternehmung ernstlich ins Auge gefaßt. Freilich war bis zur Tat noch ein weiter Weg. Das Wiener Kabinett sah voraus, daß dies von den Gegnern als Bruch des Reichsfriedens werde ausgelegt werden, aber um das Odium zu verteilen, sollten auch die andern Verbündeten, vor allem Brandenburg dabei mittun. Mit Dänemark wurde zwar am 10. Mai die förmliche Allianz gegen Schweden abgeschlossen. Aber erst die Kunde von der im Mai zustandegekommenen Vereinbarung der Westmächte, ihrerseits den Frieden zwischen Schweden und Dänemark herzustellen, spornte zu weiteren Entschlüssen. Anfangs Juli wurde Polens Mitwirkung durch das endliche Zugeständnis der Räumung Krakaus gewonnen, Friedrich Wilhelms Bedenklichkeiten und Ausflüchte wurden schließlich durch die vollendete Tatsache abgeschnitten, daß die kaiserlichen Truppen sich im Juli bei Großglogau sammelten und Ende Juli nach Norden ausmarschierten. Führer war der Feldzeugmeister Freiherr Ludwig Ratuit de Souches, ein gebürtiger Franzose, seit den Affären von Olmütz und Brünn (1645) geschätzt als Fachmann im Festungskriege, tapfer

1) Montecuccoli erwartete davon mit Recht ein Abziehen der schwedischen Streitkräfte von Fünen, wodurch dann dessen Eroberung ermöglicht werde. So in seinen Aufzeichnungen über diese Kriegsjahre und in seinem Werk über den Krieg mit den Türken. Ausgew. Schriften II, 265 und III, 270.



und energisch, aber auch eigensinnig, hitzig und oft unbedacht in seinen Reden [1]).

Etwa 14000 Mann stark rückte diese Armee im August 1659 bis zur brandenburgisch-schwedischen Grenze an der Mündung der Oder [2]). Am 20. August wurden die schwedischen Schanzen gegenüber Greifenhagen, am 30. August Schanzen an der Dievenower Odermündung und am 31. August die Stadt Wollin genommen, am 17. September die Festung Damm bei Stettin erobert. Das ganze schwedische Gebiet rechts der Oder war in der Gewalt der Kaiserlichen. Nun begann Souches, verstärkt durch ein kleines brandenburgisches Korps, die Belagerung von Stettin, das vom General Würtz, dem Verteidiger Krakaus gehalten war. Hier stockten die Erfolge, die Belagerer waren doch zu schwach gegen die starke und umsichtig verteidigte Festung, die Hauptarmee sandte keine Verstärkung, ein glücklicher Ausfall der Schweden und der schlimme Zustand der eigenen Truppen entmutigte Souches, er hob am 16. November die Belagerung auf.

Inzwischen hatte auch die Hauptarmee unter dem Kurfürsten und Montecuccoli ihre Aktion begonnen [3]). Im September rückten sie von Holstein durch Mecklenburg gegen Schwedisch-Pommern heran. Die kleinen Grenzplätze Dammgarten, Triebsees und Loitz wurden schnell genommen und das flache Land besetzt. Dagegen mißlangen Angriffe auf Greifswald, gegen Anklam und Stralsund wurde nichts Ernstliches unternommen, ein Plan Montecuccolis gegen Rügen kam nicht zur Ausführung. Im Spätherbst aber wurden Ueckermünde und das feste Demmin, im März 1660 noch die Warnemünder Schanzen vor Rostock und die Halbinsel Dars erobert. Die gewonnenen Plätze wurden zum Teil von den Kaiserlichen, zum Teil von den Brandenburgern besetzt, die Hauptarmee bezog an der Peenelinie die Winterquartiere, während Souches nach Schlesien marschierte.

1) Vgl. z. B. den Bericht des Nuntius Vidoni vom 3. Okt. 1658, a. a. O., S. 134. Über Souches vgl. auch den Bericht eines Franzosen von 1673, hg. von Pribram in Mitt. des Instituts XII, 284 und meine auf Grund der Urteile Esaias Pufendorfs gegebene Charakteristik in Mitt. des Instituts XXXVII, 579.

2) Der ganze Feldzug eingehend und anschaulich dargestellt bei Klaje S. 46 ff. Pläne und Karten im Theatr. Europ. 8 Bd. nach S. 1154 ff.

3) Vgl. Urk. u. Aktenst. VIII, 404 ff. Briefe an den Grafen Montecuccoli 1659—60, bearb. von Adalbert Fr. Fuchs (Wien 1910) bringen neues ergänzendes Material vom Juli 1659 an. Auch für den Feldzug vor Stettin und in Westpreußen, sowie für die Friedensverhandlungen bietet diese Publikation manche erwünschte Nachricht.

Zu diesen im ganzen doch erfolgreichen Waffentaten der Verbündeten gesellte sich die Einnahme der von den Schweden besetzten Plätze in Westpreußen, die sich mit Ausnahme von Elbing und Marienburg bis gegen Ende des Jahres 1659 den vereinigten kaiserlichen und polnischen Truppen ergaben. Noch bedeutsamer wurde ein Sieg auf dem dänischen Kriegsschauplatz. Nachdem Karl Gustav im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1659 zweimal eine ihm freilich fast aufgedrungene Friedensvermittlung der Westmächte schroff zurückgewiesen, machten die Holländer endlich mit ihrer Flotte Ernst [1]). Mit ihrer Hilfe und unter ihrem Schutze drangen im November kaiserliche, brandenburgische, polnische, dänische und holländische Truppen auf der Insel Fünen vor und vernichteten am 24. November 1659 die schwedische Heeresmacht bei Nyborg. Allein um keinen Schritt weiter wollte und durfte Admiral Ruyter gehen, der Schwedenkönig, der auf Seeland leicht hätte abgefangen werden können, sollte nur „mürbe gemacht werden für die Operationen der westmächtlichen Diplomatie und für das wohlbalanzierte Friedenswerk" [2]).

In der Tat war doch selbst Karl Gustav einem allgemeinen Frieden nicht mehr abgeneigt. Mit Rußland hatte er sich schon im Dezember 1658 verglichen, die Polen ersehnten nichts heißer als den Frieden, von Dänemark, in dessen Herzen er noch stand, durfte er hoffen doch den Siegespreis davonzutragen, die Erfolge des Kaisers und Brandenburgs konnten paralysiert werden durch das Eingreifen jener Macht, welche ja ein lebhaftes Interesse an dem unangetasteten Bestand von Schwedens Stellung in Deutschland besaß, Frankreichs. Frankreich aber schloß soeben mit Spanien den Pyrenäischen Frieden (7. November 1659). Die ganze Tragweite dieses Ereignisses konnten die Zeitgenossen nicht voll ermessen, aber am Kaiserhofe in Wien hat man doch sehr klar die nächsten Folgen überschaut und mit Sorge erwartet: ganz abgesehen von der bitteren Enttäuschung, daß die früher für Leopold bestimmte Infantin Maria Theresia nunmehr die Gemahlin Ludwigs XIV. wurde, fürchtete man vor allem, daß nun Frankreich völlig ungehemmt und mit aller Wucht sich für Schweden einsetzen und Karl Gustav um so heftiger seine niemals ruhenden Waffen gegen den Kaiser und Deutschland wenden

1) Hierüber auch Berichte des kaiserlichen Gesandten Freiherrn von Goeß in Kopenhagen an Montecuccoli bei Fuchs, S. 68. 94. 107.

2) Erdmannsdörffer I, 337.



werde [1]). Ja von Frankreich versah man sich noch Schlimmeres. Mazarin suchte eben jetzt mit der Drohung des Einmarsches einer französischen Armee ins Elsaß, oder nach Lothringen, oder gegen Cleve sowohl Österreich und Brandenburg, wie auch die Rheinbundfürsten zu schrecken. Er erklärte den Krieg in Pommern als einen Bruch des Friedens von Münster. Man fürchtete in Wien ernstlich einen Krieg und durch den ganzen Winter von 1659 auf 1660 wurden Rüstungen betrieben, die Regimenter vermehrt und verstärkt [2]). Man verhandelte mit Brandenburg, Montecuccoli beriet im Februar 1660 mit dem Kurfürsten den Plan eines neuen Feldzuges und noch im April wurden die Eventualitäten eines Krieges erwogen [3]).

Aber trotz dieses notgedrungenen Kriegsgeschreis war Kaiser Leopold und der Wiener Hof weit lieber einem ehrenhaften Frieden geneigt. Die letzten Jahre hatten die Kassen gänzlich erschöpft, die Truppen waren noch nicht bezahlt und in Unordnung [4]). Dies war der ehrliche und sehr verständliche Friedensgrund, den man ja freilich nicht merken lassen wollte, nicht jedoch zweideutige Mißgunst gegen Brandenburg [5]). Zudem sah sich Österreich, wie auch Brandenburg, mehr und mehr in der Fortsetzung des Kampfes gegen Schweden isoliert. Die französischen Friedenswerbungen im Interesse Schwedens fanden in Kopenhagen und Warschau Gehör und wurden von Holland und England und natürlich auch von den Rheinbundfürsten unterstützt. Es blieb kaum etwas anderes übrig, als den Friedensverhandlungen beizutreten, welche nach langen Prälimi-

1) Vgl. die Berichte des Venetianers Molin, Venet. Depeschen, S. 241. 245 264. 270 Anm. 2. 302. Molin für seine Person äußert freilich eine fast naive Freude über den Friedensschluß, S. 241. Auch Lisola begrüßt den Frieden „wie alle braven Leute“; für ihn ist eben der Gesichtspunkt maßgebend, daß der Kaiser die bisher für Spanien geleistete Truppenhilfe jetzt im Norden verwenden könne, was die Königin von Polen ihrerseits befürchtet. Berichte Lisolas, S. 513 f.

2) Im Dezember 1659 betrug die Stärke aller im Felde stehenden kaiserlichen Truppen zusammen 53 000 Mann, Urk. u. Aktenst. VIII, 412 Anm. 1.

3) Vgl. Urk. u. Aktenst. VIII, 415 ff., besonders 423 und 428; auch Bd. XIV, 113 ff. Fuchs, S. 186. Pribram, Lisola, S. 198 ff. 212. Aus den Berichten Molins in den ersten Monaten von 1660 ergibt sich, wie eifrig Venedig in Wien im Sinne des Friedens wirkte, um den Kaiser gegen die Türken frei zu bekommen.

4) Bericht des nach Wien gesandten Colbert-Croissy an Mazarin 31. März 1660, Pribram, Lisola, S. 213. Colbert sollte bestimmte Erklärungen des Kaisers, eventuell einen Separatvertrag Frankreichs mit Österreich herbeiführen. Man verwies ihn jedoch auf die Verhandlungen zu Oliva.

5) Wie noch Erdmannsdörffer I, 339 meint.

narien, die schon seit März 1659 zu Thorn und Warschau sich hinzogen, endlich Mitte Jänner 1660 im Kloster Oliva bei Danzig begannen [1]).

Frankreich tritt hier bedeutsam in den Vordergrund, schon zeigt sich seine durch den Pyrenäenfrieden gesteigerte Präponderanz. Es übernimmt die Rolle des Vermittlers zwischen Schweden und dessen Gegnern. Der Kaiser hat dies allerdings theoretisch nicht anerkannt und seine Gesandten — neben dem Grafen Franz Karl Kolowrat wieder Lisola, der jetzt zum Freiherrn erhoben worden war — verkehrten nur durch das Medium der brandenburgischen Vertreter mit dem französischen Gesandten de Lumbres. Frankreich und Schweden fanden eine willkommene Hilfe an der Hast, womit Polen um jeden Preis zum Frieden kommen wollte. Die kaiserlichen und die brandenburgischen Gesandten, die in den Hauptfragen zusammengingen [2]), vermochten es nicht durchzusetzen, daß Dänemark in die allgemeinen Verhandlungen zu Oliva einbezogen wurde. Die Folge war, daß Schweden im Sonderfrieden von Kopenhagen (6. Juni 1660) der wichtigste Gewinn, die südschwedischen Gebiete, gewahrt blieb. Und wenn Österreich überhaupt auf keinen territorialen Erwerb ausging, so mußte auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg auf alle pommerischen Eroberungen verzichten [3]). Immerhin aber setzte Lisola durch, daß in den Friedenstraktat ein unzweideutiger Artikel über die Sicherstellung des Kaisers gegen Einfälle Schwedens aufgenommen wurde, ferner die Erklärung, daß die deutschen Reichsangelegenheiten nicht Anlaß eines neuen Kongresses werden sollten, daß aber eine Erwähnung der schwedisch-bremischen Differenzen, sowie der von den Schweden verlangten freien Religionsübung der Protestanten in den österreichischen Erbländern unterblieb. Nach schwierigen, monatelangen Verhandlungen wurde am 3. Mai spät abends das Friedensinstrument unterzeichnet.

Mitten in dieser Zeit, am 23. Februar 1660, war König Karl Gustav von einem frühen Tode dahingerafft worden. Obwohl er der gewaltige Ur-

1) Für das Folgende Pribram, Lisola, S. 201 ff., auch Sträßle, Österreichs Anteil an den Friedensverhandlungen zu Oliva, Realschulprogr. Bielitz 1895. Die Verhandlungen des Kongresses von Oliva sind publiziert bei Böhm, Acta pacis Olivensis (1763), dazu Urk. u. Aktenst. VIII, 683 ff., Berichte Lisolas, S. 463 ff. und 535 ff.

2) Vgl. in dieser Beziehung z. B. Berichte Lisolas, S. 543; doch beurteilt Lisola auch genau die Unterschiede der Situation für Österreich und für Brandenburg, ebenda S. 552.

3) Wenn der Wiener Hof den Kurfürsten zu diesem Verzichte drängte, so geschah es in der richtigen Erkenntnis, daß sonst ein Friede unmöglich sei; Friedrich Wilhelm hat dies ebenso gut gewußt und sich daher ohne besondere Schwierigkeiten der Sachlage gefügt. Vgl. die Akten über die Mission Strozzi, Urk. u. Aktenst. XIV, 113 ff.

heber all dieser Ereignisse gewesen, hat sein Tod den Gang der Verhandlungen nicht wesentlich beeinflußt, und auch wenn Karl Gustav länger gelebt hätte, wäre wohl der Traktat von Oliva kaum anders ausgefallen.

Die Bedeutung des Eingreifens Österreichs in den Nordischen Krieg ist in dem zu suchen, was dadurch verhütet ward. Schweden hat nicht einen Fuß breit Landes mehr auf deutschem Boden errungen, die Zertrümmerung Polens und eine drohende Annäherung schwedischen Machtgebietes an Österreich war abgewendet, ein schwedischer Angriff auf die Erbländer in Zukunft immerhin beträchtlich erschwert. In dieser ganzen Unternehmung hatte es für Österreich wahrhaftig nicht gegolten „mit frischem Wagemut das Erworbene aufs Spiel zu setzen, um Größeres zu gewinnen“ [1], sondern doch nur abzuwehren. Österreich befand sich in anderer Lage, als der Große Kurfürst. Für diesen und seinen Staat bedeutete der Nordische Krieg allerdings eine Lebensfrage und eine Feuerprobe, aus der er gestärkt durch die Errungenschaft der Souveränität Preußens hervorging. In Wien aber durfte man nicht minder mit dem Gefühle aufatmender Erleichterung die Friedensbotschaft von Oliva begrüßen.

Als Österreich sich entschloß, für Polen die Waffen zu ergreifen, schien es, als ob für das Haus Habsburg sich Hoffnungen auf den polnischen Thron eröffneten. König Johann Kasimir war kinderlos, ihn und noch weit mehr seine Gemahlin Luise Maria beschäftigte die Sukzessionsfrage, aber auch auswärtige Mächte nahmen daran mehr oder minder lebhaftes Interesse. Österreich, Brandenburg-Preußen und Rußland waren als Nachbarn unmittelbar interessiert, wer der Nachfolger des letzten Wasa werde. Aber für Österreich handelte es sich um Größeres. Wurde Polen durch einen Frankreich ergebenen König eine Domäne französischen Einflusses, so drohte von hier aus allerhand Gefahr in dem kommenden Kampfe mit der steigenden Macht des Hauses Bourbon. Wie die Kaiserwahl von 1658, so wurden die nächsten polnischen Königswahlen Episoden in dem großen europäischen Gegensatz.

In den Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland, die seit dem Frühjahr 1656 noch unter Vermittlung Kaiser Ferdinands III.

1) Wie Pribram, Lisola, S. 216 meint, der den Frieden von Oliva als „eine schwere moralische Niederlage des Hauses Habsburg“ ansieht, dann aber doch selber die schwierige Situation Leopolds ganz richtig auseinandersetzt. Auch Huber hatte in seinem Manuskript die Anmerkung: „Ich kann mich mit dem, was Pribram, S. 215 f. geäußert hat, nicht ganz einverstanden erklären“.



in Gang kamen, spielte auch die **Nachfolge in Polen** eine bedeutsame Rolle [1]). Zar Alexei strebte sehr ernstlich nach der polnischen Krone und das scheinbare Entgegenkommen der Polen machte ihn so zuversichtlich, daß er zu Anfang 1657 schon Vorbereitungen traf, um zur Königswahl nach Polen zu kommen. Allein den Polen fiel es nicht ein, im Ernst an eine Wahl des Russenherrschers zu denken, vielmehr tauchten eben in dieser Zeit, als sich das Bündnis mit Österreich anbahnte, am polnischen Königshofe und insonders bei der Königin Absichten auf, für die Wahl und Nachfolge eines habsburgischen Prinzen zu wirken [2]). Luise Maria dachte an den jüngeren Bruder Leopolds, den Erzherzog Karl Josef, für den sie eine förmliche Sympathie besaß und den sie dann mit ihrer Nichte verheiraten wollte. Sie drängte Lisola zu Erklärungen. Ja der König, die Königin und eine Anzahl von Großen gaben schriftlich ihr Wort, Karl Josef zu wählen. Allein Lisola konnte nur ausweichen, vertrösten und zur Geduld mahnen. Denn am kaiserlichen Hofe zögerte man. Teils war es Rücksicht auf Rußland — der Zar war über die polnisch-österreichische Allianz sehr ungehalten und argwöhnte, daß sie überhaupt nur geschlossen worden sei, um die Nachfolge eines Habsburgers in Polen vorzubereiten; teils eine gewisse Scheu, den neben dem Kaiser damals einzigen männlichen Sprossen der deutschen Hauptlinie des Hauses schon für die Zukunft zu binden [3]); teils die gewohnte Unschlüssigkeit und Bedenklichkeit. Königin Luise-Maria aber vermochte in ihrer Hast, das ersehnte Ziel zu erreichen, diese Zurückhaltung nicht zu verstehen und nicht zu ertragen, vermutete alle möglichen anderen Absichten dahinter und begann sich schon Ende 1657 von diesem Projekte

1) Vgl. **Pribram**, Lisola, S. 220 ff. und im Archiv f. österr. Gesch. LXXV, 437 ff. Über die polnische Sukzessionsfrage und die Vorgeschichte der Königswahl von 1669 gibt es eine ziemlich zahlreiche Literatur. Von älteren Arbeiten ist zu nennen die Abhandlung von **Grauert** in den Wiener Sitzungsber. (1851) VI, 342 ff., dann die auf archivalischen Studien beruhende Arbeit von **Krebs** in Zeitschr. d. histor. Gesellsch. in Posen (1883) III, 151 ff.; neues Material brachte **F. Hirsch** in Zeitschr. d. Westpreuß. Geschichtsver. (1889) 25 Bd. und in Urk. u. Aktenst. (1892) 12. Bd. Hiernach ergänzende Darstellung von **Hassencamp** in Zeitschr. d. histor. Gesellsch. f. Posen (1896) XI, 275 ff.

2) Vgl. für das Folgende Lisolas interessanten Bericht vom März 1658, Berichte S. 474 ff., die Briefe der Königin an den Kurfürsten von Brandenburg vom 2. Jan. und 2. Dez. 1658 und von 1661, Urk. u. Aktenst. VIII, 275. 295. 330 f.

3) Dies Motiv erwähnt dann 1661 der Venetianer **Molin**, Venet. Depeschen, S. 597. Erzherzog Leopold Wilhelm kam ja nicht mehr in Betracht und starb schon 1662. Von der Tiroler Linie waren allerdings noch der regierende Erzherzog Ferdinand Karl und sein Bruder Sigmund Franz da.

abzuwenden. Die steigende Mißstimmung, welche, wie wir sahen, überhaupt in Polen gegen Österreich anwuchs und die jede Aktion Österreichs mit höchstem Argwohn betrachtete, führte die Königin und mit ihr eine immer stärkere Partei in Polen mehr und mehr in die Arme Frankreichs. Jetzt sprach man in Warschau von einem französischen Prinzen. Diese Absichten konzentrierten sich im Kreise der Königin bald auf zwei Namen: den alten kriegsberühmten Prinzen Condé und seinen Sohn den Herzog von Enghien. Vorübergehend war bei den wechselnden Verhandlungen mit den Russen aber doch auch von der Nachfolge des Zaren in Polen die Rede, doch diese Absichten fanden in Polen selbst starke Gegnerschaft und traten dann ganz zurück, als trotz aller Vermittlungsversuche des Wiener Hofes seit 1659 der Krieg zwischen Polen und Rußland seinen Fortgang nahm [1]).

Nach dem Frieden von Oliva wuchsen noch in Warschau die französischen Sympathien. Lisola stellte im Mai 1660 seinem Hofe die ganze Gefahr klar und beweglich vor, die von einem Franzosen oder Franzosenfreunde auf dem polnischen Throne für Österreich erstehen würde [2]), namentlich im Hinblick auf die drohenden Verwicklungen mit den Türken: wolle Österreich selbst keinen Kandidaten aufstellen, so müßte doch unbedingt wenigstens die Wahl eines Franzosen und womöglich überhaupt eine Wahl verhindert werden. Der Plan der Königin war, auf dem Reichstage den Beschluß durchzusetzen, daß die Wahl eines Nachfolgers noch bei Lebzeiten des Königs geschehe und der Wahltag festgesetzt werde, und daß dann der Erwählte ihre Nichte heirate. Lisola stachelte nun das Selbstgefühl der polnischen Großen durch den Hinweis auf, durch solche Beschlüsse werde ja ihr Wahlrecht so gut wie illusorisch, er erregte die öffentliche Meinung gegen die Königin als eine Sklavin Frankreichs, und vereitelte so auf dem Reichstag um die Mitte 1661 in der Tat sowohl jene von Luise Maria ersehnten Beschlüsse, als auch das von der französischen Partei angestrebte Bündnis Polens mit Schweden. Allerdings mußte Lisola seinen Triumph mit dem bittersten Hasse der Königin, mit persönlichen Verfolgungen und schließlich 1662 mit seiner Abberufung von Warschau büßen, aber er hatte durch seine tatkräftige

1) Vgl. Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXV, 456 ff.

2) Wie sehr Lisola recht hatte, zeigt die Äußerung des französischen Gesandten de Lumbres, sein König verspreche sich davon „la même liaison avecque la France, qui se voit entre la branche d'Allemagne et celle d'Espagne". Pribram, Lisola, S. 232 Anm. 1.

und rücksichtslose Vertretung der österreichischen Interessen diesen einen unschätzbaren Dienst geleistet. Die Aussichten einer französischen Kandidatur waren für jetzt vorbei.

In engem Zusammenhang mit dieser Abwehr französischen Sukzessionshoffnungen waren neuerliche Bemühungen Lisolas und des Wiener Hofes gestanden, in dem fortdauernden Kriege Polens mit Rußland als Vermittler zu dienen [1]. Denn auch Frankreich strebte jetzt nach dieser Vertrauensrolle, die, glücklich durchgeführt, immerhin den Einfluß stärken konnte. Auf Lisolas Anregung wurden von Kaiser Leopold im Februar 1661 der Hofkammerrat Augustin Mayern Freiherr von Mayerberg und der inneröfterreichische Regimentsrat Horatio Guglielmo Calvucci als Gesandte nach Rußland abgeordnet. Auf weitem Umwege Polen vermeidend reisten die Gesandten über Breslau, Danzig, Königsberg und Kurland nach Moskau. Hier wurden sie durch zwölf Monate hingehalten ja fast interniert; ohne ein greifbares Ergebnis zu erlangen, mußten sie im Mai 1662 Moskau verlassen. War der politische Effekt dieser Gesandtschaft sehr gering, so brachte sie allerdings eine andere Frucht: außer seinen eingehenden Berichten an den Kaiser ließ Freiherr von Mayerberg 250 Handzeichnungen von russischen Volkstypen, Trachten usw. herstellen und gab später eine Relation im Drucke heraus [2]. Anschaulich, oft drastisch weiß er Land und Leute in Rußland zu schildern, es ist einer der wertvollsten älteren Berichte über das Reich von Moskau.

Im folgenden Jahre 1663 schickte Zar Alexei allerdings seinerseits Gesandte an den Kaiser, um sein Verhalten gegen Mayerberg zu rechtfertigen, und seine Niederlagen im Kampfe gegen Polen machten ihn im Laufe der nächsten Zeit geneigter, eine Vermittlung Österreichs anzunehmen. Ja zu Beginn des Jahres 1665 ersuchte er selbst darum und der Kaiser erklärt am 10. Juni 1665, daß er dazu bereit sei, wenn Polen sie genehmige [3].

Allein in Polen schwankte die Wage der Gunst und des Vorranges der Interessen beständig. Die Königin blieb trotz der Niederlage von

1) Vgl. Pribram im Archiv f. österr. Gesch. LXXV, 475 ff. und Lisola 228 f.

2) Iter in Moschoviam . . . descriptum ab ipso Augustino Libero Barone de Mayerberg. (Ohne Ort und Jahr, wohl um 1679; französische Ausgabe 1688). Die Handzeichnungen befinden sich in der Bibliothek zu Dresden. Vgl. F. Adelung, Augustin, Freiherr von Mayern (1827). Allg. Deutsche Biogr. XXI, 645. Mayern stammte wahrscheinlich aus Schlesien.

3) Pribram im Archiv f. österr. Gesch. LXXV, 478 Anm. 1.

1661 die alte Franzosenfreundin und strebte unablässig die Nachfolgefrage in ihrem Sinne zu lösen. Sie wollte auch nichts von einem anderen Kandidaten wissen, dessen Name schon seit den Zeiten König Wladislaws (gest. 1648) öfters genannt worden. Dies war Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg, Herzog von Jülich und Berg. Er war in erster Ehe mit einer Schwester der beiden letzten Polenkönige vermählt gewesen, daher sein Anspruch für sich oder einen Sohn. Philipp Wilhelm stand mehr im Gefolge Frankreichs. Für den Wiener Hof war diese polnische Frage im Hinblick auf die französischen Aspirationen zu wichtig, als daß er sie aus den Augen lassen durfte [1]). Zudem war 1663 der drohende Türkenkrieg ausgebrochen. Im Dezember 1663 wurde Graf Franz Ulrich Kinsky nach Polen abgeordnet, der, dreißigjährig, hier seine erste Probe als Diplomat bestand [2]). Seine Hauptaufgabe, polnische Hilfstruppen gegen die Türken zu erlangen, löste er freilich nicht. Polen stand ja selber noch im Kriege wider Rußland, aber sicher spielte auch die ablehnende Haltung der Königin mit hinein, die eine Ansammlung von Kriegsvolk in der Hand des ihr feindlichen Kronmarschalls Lubomirski fürchtete und die, wie es scheint, geheime Korrespondenz mit Türken und Ungarn pflog.

Allerdings wurde Kinsky von Wien aus nicht genügend unterstützt, sieben Monate ließ ihn Fürst Portia ohne weitere Instruktion. Dafür holte der junge Gesandte sich Rat bei dem erfahrenen Lisola, der in Königsberg weilte, um bei dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm Hilfe gegen die Türken zu suchen. Auch Lisola hatte unter dem Mangel an Energie von Seite der Wiener Regierung zu leiden und kehrte ebenso wie Kinsky ergebnislos heim [3]). Sie trafen am 1. September 1664 in Oberglogau zusammen und reisten miteinander nach Wien.

Inzwischen war der Friede von Vasvár geschlossen, aber indessen erfolgten auch neue Vorstöße der Königin und ihrer französischen Politik. Die schlesischen Herzogtümer Oppeln und Ratibor, oder genauer gesagt die Nutznießung ihrer Domänen und Gefälle war von Kaiser Ferdinand III.

1) Am 27. Jan. 1664 starb Erzherzog Karl Josef, der vorübergehend im Jahre 1657 als Kandidat genannt war, vgl. oben S. 86.

2) Über die zweimalige Mission Kinskys nach Polen unterrichtet außer dem Aktenmaterial besonders lehrreich sein genau geführtes Tagebuch, das im Codex 750 des Wiener Staatsarchives erhalten ist. Auf ihm hauptsächlich beruht die nachfolgende Darstellung.

3) Hierüber vgl. Pribram, Lisola, S. 244 ff.



an König Wladislav IV. von Polen um 1 100 000 Gulden verpfändet worden. Diese Pfandschaft ging auf König Johann Kasimir über, der sie seinem Bruder Karl Ferdinand, Bischof von Breslau, und nach dessen Tod (1655) an seine Gemahlin die Königin abtrat. Luise Maria wollte sie nun ihrem Thronkandidaten, dem Herzog von Enghien zuwenden und der französische Gesandte in Wien Gremonville ersuchte um die kaiserliche Zustimmung. Es ist klar, daß Leopold solches unmöglich zulassen konnte. Jene Pfandsumme ließ sich begleichen mit den seit dem Kriege rückständigen, von Polen noch schuldigen Subsidien [1]). Die Sache zu ordnen wurde Graf Kinsky abermals nach Polen gesandt und die Instruktion, die Lisola ausarbeitete, gipfelt in dem allgemeinen Auftrag, überhaupt in der Sukzessionsfrage mit der Königin hinhaltend zu verhandeln und eine Neuwahl zu Lebzeiten des Königs zu hindern.

Als Kinsky im Dezember 1664 die Reise nach Polen antrat, waren daselbst neue Dinge geschehen. Der Kronmarschall Georg Lubomirski, der Hauptgegner der Königin, der bald für die russische, bald für die neuburgische Kandidatur Partei nahm, vielleicht aber auch an sich selber dachte, war des Hochverrates angeklagt und verurteilt worden, er flüchtete sich auf österreichischen Boden nach Schlesien, in den letzten Tagen des Jahres 1664 traf Kinsky mit ihm in der Nähe von Glogau zusammen [2]). Lubomirski erfleht vom Kaiser Schutz, Geld und Truppen. Es wird ihm der Aufenthalt in Breslau gestattet und hierzu Unterstützung gewährt, auch soll Kinsky bei König Johann Kasimir eine Aussöhnung mit Lubomirski herbeizuführen suchen, auf mehr kann sich der Kaiser unmöglich einlassen. Auch der brandenburgische Gesandte Hoverbeck in Warschau verwendet sich mehrmals für Lubomirski. Aber vergebens. Königin Luise Maria, hartnäckiger als je, hält an ihren Absichten fest, der französische Gesandte ist alles, hat einen Schlüssel zu den Gemächern der königlichen Burg, verspricht Hilfe gegen alle Welt und speziell gegen den Kaiser. Der Reichstag im März 1665, auf dem die zahlreichen Anhänger Lubomirskis stürmisch dessen Restitution forderten, löste sich auf, Lubomirski selber sammelte schon in der Zips Truppen und stellte sich im Mai an ihre Spitze. Es beginnt in dem unglücklichen Polen ein Bürgerkrieg, der mit wechselvollen Geschicken die Jahre 1665 und 1666

1) Über diese Angelegenheit mit Oppeln und Ratibor vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 198; Grünhagen, Gesch. Schlesiens II, 351.

2) Der eingehende Bericht Kinskys vom 30. Dez. 1664 (Tagebuch S. 190—200) ist ein feines Probestück seiner diplomatischen Befähigung — Schule Lisola.



erfüllte. Graf Kinsky wird unter diesen Umständen im Frühjahr 1665 abberufen und als ständiger Resident der uns bekannte Freiherr von Mayersberg nach Warschau gesandt. Lubomirski knüpfte, bestimmt auch von Brandenburg, Verbindungen mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg an, der selbst mit Truppen nach Polen kommen sollte, die Königin aber drängte den französischen Hof um kriegerische Hilfe zur endlichen Durchsetzung ihrer Pläne. Allein der Tod Lubomirskis im Jänner und der Königin im Mai 1667 brachte eine unerwartete Wendung [1]).

Denn jetzt tritt ein anderer Bewerber in den Vordergrund, Prinz Karl von Lothringen [2]). Seit 1663 stand er in Diensten des Kaisers, schon vielversprechend durch sein tapferes Verhalten in der Schlacht bei St. Gotthard. Die Kaiserinwitwe Eleonore war seine eifrigste Gönnerin. Diese Kandidatur übte sogleich eine sehr bezeichnende Wirkung: war bisher Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit dem Kaiserhofe zusammengegangen in der Abwehr der Pläne der verstorbenen Königin und war er kühl geblieben gegenüber der Bewerbung Pfalz-Neuburgs, so wird nun seit 1666 Pfalzgraf Philipp Wilhelm Brandenburgs und auch Schwedens Schützling und Kandidat für den polnischen Thron, ja sogar Ludwig XIV. läßt offiziell Condé und Enghien fallen und erklärt sich für Neuburg. Kein Franzose, kein Habsburger! So sah sich denn auch Kaiser Leopold im Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage genötigt, dem allgemeinen Kompromißkandidaten zuzustimmen. Am 9. August 1668 wurde mit Neuburg ein förmliches Abkommen getroffen und man hoffte ihn dann wohl zu gewinnen [3]). Freilich, wie Ludwig XIV. heimlich doch für Condé arbeiten ließ, so der Wiener Hof für Lothringen.

1) Vgl. hierfür und für das Folgende O. Krebs in Zeitschr. der histor. Gesellsch. für Posen III, 168 ff. Hassencamp ebenda XI, 282 ff. Wagner, Hist. Leopoldi I, 224 f. — Nach dem Tode der Königin dachte, wie es scheint, der polnische Gesandte in Wien an eine Heirat Johann Kasimirs mit der Kaiserin Eleonore, Witwe K. Ferdinands III. Der Kaiser war nicht abgeneigt und ließ Fühlung bei dem König nehmen, der sich aber gegen jede Wiederverheiratung ablehnend verhielt. Hierüber äußert sich K. Leopold selbst sehr drastisch gegenüber Pötting, Privatbriefe I, 341. Nuntiaturberichte im Arch. f. österr. Gesch. CIII, 809.

2) Geboren 3. April 1643. Schon 1662 wird er in Verbindung mit der polnischen Thronfolge genannt, aber von Seite Frankreichs, das ihn gewinnen will — sofern die Nachricht wahr ist. Nuntiaturber. S. 737. 741.

3) K. Leopold an Pötting am 4. Juli und 18. August 1668, Privatbriefe I, 393. 402. 404. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 69.

Sein Regiment wurde an die polnische Grenze versetzt und der kaiserliche Wahlgesandte Graf Schaffgotsch veranstaltete Jagden bei Oppeln, um den Herzog mit polnischen Großen in Berührung zu bringen [1]). Die Wahlumtriebe, Intrigen und Bestechungen stiegen ins ungemessene, als die Absicht König Johann Kasimirs bekannt ward abzudanken und als sein Verzicht auf die Krone wirklich am 19. September 1668 erfolgte [2]). Ernster war die jetzt neuerdings versuchte Bewerbung des russischen Zaren Alexei für seinen zweitgebornen Sohn. Der langjährige Krieg mit Polen war endlich unter dem Drucke drohender türkischer Angriffe durch den Waffenstillstand von Andrussow am 20. Januar 1667 beendigt worden, zwar ohne österreichische Vermittlung, aber der Zar ließ dann in Wien wissen, daß, wenn er zur Herstellung eines dauernden Friedens eines Mittlers bedürfte, nur der Kaiser und niemand anderer um die Mediation angegangen werden solle [3]). Und nun ergingen um die Wende von 1668 und 1669 russische Werbungen um die Krone Polens, wie es scheint, nach Wien und Madrid und an andere Höfe. Alexei Mihailowitsch macht Anerbietungen starker Hilfe gegen die Türken, ja er stellt in Aussicht, seinen Sohn katholisch erziehen zu lassen. Doch hat man diese Bemühungen nirgends ernstlich in Rechnung gezogen, wenn man auch in Paris gelegentlich meinte, der Moskowiter könne dem König genehmer sein als der Neuburger [4]). In Polen selber, wo die russische Kandidatur ab und zu immerhin Anklang gefunden, ist sie doch schließlich ganz zurückgetreten.

Vielmehr erhob sich in den Kreisen des niederen polnischen Adels eine immer stärkere Opposition gegen all die fremden Einflüsse und die Bevormundung durch auswärtige Mächte. Diese Stimmung brach auf dem am 2. Mai 1669 eröffneten Wahlreichstage stürmisch durch, zu welchem die Massen der adeligen Landboten alle erschienen waren. Condé wurde von der Bewerbung ausgeschlossen, Pfalzgraf Philipp Wilhelm verlor an Anhang, nicht minder Karl von Lothringen, vom russischen

1) Vgl. auch Grauert in Wiener Sitzungsber. VI, 398 f. 405 ff.; nach Aufzeichnungen Esaias Pufendorfs.

2) Eine ganz geheime und wirkungslos gebliebene Agitation versuchte Christine von Schweden, die im Juli 1668 plötzlich Rom verließ und unauffällig nach Hamburg reiste — eine Episode mehr im Leben der romantischen Königin. Vgl. Grauert, Christine von Schweden II, 218 ff. und in Wiener Sitzungsber. VI, 375.

3) Pribram im Archiv f. österr. Gesch. LXXV, 479, sonst Krebs 174 f.

4) Vgl. Grauert, in Wiener Sitzungsber. VI, 370. 393 f.



Prinzen war gar keine Rede. Aber ein neuer Gedanke wird in das Gewoge der leidenschaftlichen Versammlung geworfen, die Wahl eines Nachkommen des alten Königsgeschlechtes der Polen. Möglich, daß die österreichische Partei, als sie für den Lothringer keine Aussicht mehr sah, diese Wendung aufgriff und heimlich Anhänger dafür warb. Aber es schien wie eine plötzliche Eingebung des Himmels, als am 19. Juni der Palatin von Kalisch den Namen des jungen Fürsten Michael Wisniowiecki ausrief und eine Gruppe des Adels nach der andern, hingerissen von dem nationalen Gefühle, sich anschloß. Einmütig wurde der Nachkomme der Jagellonen zum König von Polen gewählt [1]).

Diese Wahl durfte als ein indirekter Sieg für die kaiserliche Politik und ihre Interessen betrachtet werden. „Certe fuit opus digiti Dei und hoffe, solle unserm Haus gar nützlich sein", schreibt der Kaiser am 28. August an Pötting, und um diese Zeit waren schon seit mehr als einem Monat Verhandlungen über eine Heirat König Michaels mit Eleonore, der Stiefschwester Leopolds, im Gange. Sie führten zu Beginn des Jahres 1670 zum Abschluß und im Februar geleitete die Kaiserinwitwe Eleonore selbst ihre Tochter bis nach Czenstochau, wo am 27. Februar die Hochzeit stattfand [2]). Allein es war kein Glück bei diesem Bunde, der so begeistert erwählte König stieß bald im eignen Reich und Volk auf Schwierigkeiten und Widerstände, geschürt von der keineswegs entmutigten französischen Partei, zu der der Primas Erzbischof Prazmowski von Gnesen, der Kronfeldherr Sobieski und andere Magnaten gehörten. Das alte unselige Spiel in Polen beginnt aufs neue. Der junge König, zwar gebildet und von feinem Wesen, war kränklich, die Ehe mit Eleonore kinderlos, er war zum Regieren nicht geschaffen und hat „sein königliches Handwerk noch nit recht gelernet", wie sein kaiserlicher Schwager im Jahre 1672 mit etwas bitterem Humore sagt [3]).

Ein schlecht geführter Krieg mit den Türken, bei dem Kaminiec verloren ging und Lemberg bedroht wurde, reizte die mächtigen Feinde des

1) Vgl. die Äußerung K. Leopolds, Privatbriefe II, 34. 42 und den anschaulichen Bericht des französischen Wahlgesandten Bischofs von Beziers bei Krebs S. 208. Er deutet mit keiner Silbe eine österreichische Einwirkung an. Immerhin ist sie möglich, aber doch nicht so bestimmt hinzustellen, wie Krebs S. 183 es tut. — Michael war ganz gleich alt wie K. Leopold und hatte, als dieser 1656 in Prag zum böhmischen König gekrönt worden, daselbst studiert. Daran erinnert sich jetzt Leopold, Privatbriefe II, 34.

2) Privatbriefe II, 37. 41. 42. 46 ff. 52. 60. 62. 65. 67. 70.

3) Privatbriefe II, 252. Vgl. für das Folgende F. Hirsch, Die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen, Histor. Zeitschr. (1901) LXXXVII, 224 ff.



Königs zu einer Verschwörung, man dachte schon wieder an einen französischen Prinzen. Gestützt auf den niedern Adel schloß der König im Oktober 1672 mit den Türken einen „spöttlichen und schädlichen“ Frieden[1]), und einen notdürftigen Ausgleich mit Sobieski und seinen Genossen. Die allgemeine Erbitterung, das Drängen der päpstlichen Kurie und ihres Nuntius unterstützten Sobieski, als er auf dem Reichstag zu Beginn des Jahres 1673 die Verwerfung des Friedens durchsetzte. Der neuerliche Krieg begann erst im Herbste, König Michael wollte selbst an die Spitze des Heeres treten, erkrankte jedoch und starb in Lemberg am 10. November 1673. Sobieski aber war mit dem Heere dem Feind entgegengezogen, griff am 11. November bei Choczim am Dnjestr die Türken an und schlug sie in blutigem Kampf.

Polen war gerettet, aber es stand vor dem Fieber einer abermaligen Königswahl. Michael Wisnowiecki hatte noch nicht die Augen geschlossen, da schwirrten schon alle möglichen Kombinationen umher. Da war die junge königliche Witwe; Anmut und Charakter hatten ihr Sympathien erworben; sie sollte, so rechnete man, dem erwählten König ihre Hand reichen und würde dadurch versorgt. So dachte man auch in Wien und dachte dabei sofort an Prinz Karl von Lothringen[2]). Dieser durfte ja wieder auf eine Partei zählen, namentlich auf den Großmarschall von Litauen, Pac. Allein ihm stand als mächtiger Gegner der gefeierte Türkensieger, der Kronfeldherr Johann Sobieski gegenüber, dessen Stolz sich einem jungen Rivalen nicht unterordnen wollte. Es hat nicht den Anschein, daß Sobieski von Anfang auf seine eigene Erhebung hingearbeitet habe. Er trat zunächst für Condé ein, und die französische Partei wandte sich an Ludwig XIV. und Condé, um deren Absichten zu erfahren. Ludwig, mitten im Kriege mit Holland, Spanien und dem Kaiser, zeigte keine Lust sich unmittelbar und mit schweren Kosten in die polnische Wahlfrage einzumischen, ihm lag nur daran, die Wahl Lothringens zu verhindern. So konnten noch andere Kandidaten auftreten und einige Aussicht gewinnen. Mit Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg wurde wegen seines Sohnes Karl Emil verhandelt, aber die Bedingung, daß dieser katholisch werden müsse, bereitete Schwierigkeiten. Prinz Georg, der Bruder des Königs von Dänemark, schien eher dazu bereit. Auch Philipp Wilhelm von Neuburg wollte neue

1) So nennt ihn K. Leopold, Privatbriefe II, 282.

2) Privatbriefe II, 376.



schwere Opfer nicht scheuen, um seinen Sohn Johann Wilhelm durchzusetzen; seinen Vizekanzler Heinrich Stratmann, der später in kaiserlichen Diensten sein Glück machen sollte, sandte er nach Berlin und Warschau.

All diese sich kreuzenden Verhandlungen und Machenschaften erfüllten den Schluß des Jahres 1673 und die ersten Monate von 1674. In dem Wirrsal der Parteien wuchs am ehesten noch die Aussicht Karls von Lothringen. Friedrich Wilhelm, der die Kandidatur seines Sohnes nicht weiter betrieb, schrieb Ende April an seinen Gesandten Hoverbeck, Lothringen und Neuburg seien ihm gleich genehm. Der kaiserliche Gesandte, abermals Graf Schaffgotsch, und der Vertreter Karls, Earl of Taaffe, kamen mit gewaltigen Versprechungen; die Kaiserinwitwe Eleonora wollte es an nichts fehlen lassen [1]), ihre Tochter, die Königinwitwe von Polen, mochte mit Sympathie dem ritterlichen Prinzen entgegensehen.

Unter diesen Eindrücken und gedrängt von der ungeduldigen französischen Partei in Polen, entsandte Ludwig XIV. Ende März 1674 endlich den Bischof von Marseille Forbin-Janson nach Warschau. Er sollte für Neuburg eintreten, jedenfalls aber die Wahl des Lothringers verhindern; eine Wahl Sobieskis würde Ludwig begrüßen, doch scheine jener die Krone nicht zu erstreben. Erst am 8. Mai traf der Bischof in Warschau ein, wo schon am 20. April der Wahlreichstag begonnen hatte. Alles schwebte noch in Verwirrung und Ungewißheit. Für den Neuburger, der erst 16 Jahre zählte, war keine Stimmung Sobieski sprach noch für Condé, aber schon zeigte sich, daß er, gedrängt von seinen Freunden, den Gedanken an die eigene Wahl zweifelnd erwog; am meisten arbeitete für ihn seine ehrgeizige Frau Maria Kasimira, eine Französin, geborene Marquise d'Arquien. Und nun entschloß sich Forbin-Janson, seine Instruktion überschreitend, doch überzeugt, daß Frankreich an Sobieski den ergebensten Anhänger gewinnen werde, diesem freie Hand zu lassen und die Hunderttausende von Livres, über die er verfügte, für die Sache Sobieskis zu verwenden. Mit Erfolg. Einen Moment schien es zwar noch, als ob der Neuburger Aussicht habe, wenn die Königin sich für ihn erklärte. Allein wie man in Wien kurz vorher eine brandenburgische Vermittlung für ihn abgelehnt hatte, so sagte auch Eleonore, „sie sei hier nicht Herrin, sie müsse alles dem Gutdünken der Republik überlassen". Und so kam es denn am 19. Mai zur Wahl

1) Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 377.



Johann Sobieskis zum König von Polen, der am 21. Mai auch die Litauer zustimmten.

Königin Eleonore begab sich zuerst nach Thorn und kehrte von da an den Hof ihres kaiserlichen Bruders zurück, einer glücklicheren Zukunft entgegen an der Seite desselben Karl von Lothringen, dem sie ihre Hand schon jetzt gereicht hätte, wäre er König von Polen geworden [1]. Ihn aber führte das Geschick zusammen mit seinem Rivalen zur größten Tat ihres Lebens, zur Befreiung Wiens im Jahre 1683. Vorerst freilich bedeutete Sobieskis Wahl eine Niederlage der kaiserlichen Politik und einen Sieg des westlichen großen Gegners des Reiches und Österreichs.

1) Ihre Heirat mit Karl von Lothringen wurde am 6. Febr. 1678 zu Wiener Neustadt geschlossen.



Viertes Kapitel

Die spanische Erbfolgefrage, Österreich und Frankreich bis 1673

Mit weitschauender Konsequenz haben die Habsburger des 16. und 17. Jahrhunderts die Einheit und Einigkeit des Gesamthauses Österreich festgehalten und gesichert[1]). Kaiser Karl V. hatte seinen Nachkommen Wechselheiraten zwischen der deutschen und spanischen Linie empfohlen, um die gegenseitige Erbfolge zu wahren, fremde Sukzession auszuschließen und namentlich das Entstehen französischer Erbansprüche auf Spanien zu hindern. In der Tat folgten der Heirat Maximilians II. mit Karls V. Tochter Maria (1548) eine Reihe weiterer Ehen zwischen den nahverwandten Linien. In unserer Zeit war Ferdinand III. in erster Ehe vermählt mit Maria Anna, der Tochter Philipps III. und Schwester Philipps IV. von Spanien. Philipp IV. hinwieder wollte seinen einzigen Sohn Balthasar aus erster Ehe mit der Tochter seiner eben genannten Schwester vermählen, und als der Infant im Oktober 1646 starb, freite Philipp selber die Braut seines Sohnes. Im Jahre 1647 wurde der Heiratsvertrag geschlossen, 1649 die Ehe vollzogen. Die junge Königin von Spanien, Maria Anna, wie ihre Mutter genannt, schenkte ihrem Gemahle am 13. Juli 1651 eine Tochter, Maria Margareta. Diese und ihre viel ältere Stiefschwester Maria Theresia (geb. 1638) aus Philipps erster Ehe mit Elisabeth von Frankreich waren in den nächsten Jahren die einzigen ehelichen Nachkommen Königs Philipps IV., Maria Theresia die Erbin von Spaniens Thron. Um sie konzentrierte sich nun, wie wir sehen werden, die Heiratspolitik der Häuser Habsburg und Bourbon.

1) Zum folgenden vgl. Pribram, Die Heirat K. Leopolds I. Archiv f. österr. Gesch. LXXVII, 319 ff. Turba, Die Grundlagen der pragmatischen Sanktion II, 5 ff. Siehe die Stammtafeln am Schlusse dieses Bandes.

Allein die Wechselheiraten waren nur ein Mittel zur stärkeren Sicherung der Einheit des habsburgischen Gesamthauses. Diese Einheit beruhte vielmehr gemäß der ununterbrochenen Überzeugung der Vertreter des Hauses in der gemeinsamen Abstammung von Philipp dem Schönen und Johanna und deren Söhnen Karl V. und Ferdinand I. Und da im Geiste damaliger Staatsauffassung einerseits die spanischen, andererseits die österreichischen Erbländer wie ein Patrimonium betrachtet wurden, so erwuchs hieraus schon die Folgerung, daß beim gänzlichen Aussterben der einen Linie ihre Länder von selbst als Erbe an die andere zu fallen haben. In den zwischen der spanischen und deutschen Linie am 6. und 15. Juni 1617 geschlossenen Hausverträgen wird bestimmt, daß, falls Ferdinands II. Mannesstamm aussterben würde, der Mannesstamm Philipps III. von Spanien nach der Ordnung der Primogenitur in Böhmen und Ungarn nachfolgen sollte[1]). Ob, wie Kaiser Leopold in seinem Testamentsentwurfe von 1688 anführt, im Jahre 1617 auch ein „pactum reciprocum" über die Sukzession der deutschen Linie in Spanien geschlossen wurde, ist nicht sicher. Höchst bedeutungsvoll und charakteristisch für die Überzeugung von der engen Zusammengehörigkeit der beiden Linien des Hauses und für die Auffassung der dynastisch-patrimonialen Einheit ihres beiderseitigen Länderbesitzes sind die Testamente Kaiser Ferdinands II. und König Philipps III. von Spanien von 1621. Ferdinand ordnet in seinem Testamente (10. Mai 1621) an, daß alle seine Länder immer ungeteilt und unteilbar nach dem Recht der Primogenitur und des Majorates im ganzen Haus Österreich vererbt werden, und zwar im ehelichen Mannesstamme Ferdinands, und, im Falle des Aussterbens, in dem Mannesstamme seiner Brüder, oder endlich der spanischen Agnaten[2]). König Philipp von Spanien aber spricht in seinem Testamente vom 30. März 1621 von der Primogenitur und dem Majorate, die innerhalb der ganzen casa de Austria er und die spanische Linie innehaben, wie dies notorisch sei. Die Habsburger besitzen also zwei Majorate, das eine das spanische, das andere das österreichische. Ferdinand II. gebraucht die Worte Primogenitur und

1) Vgl. hierfür und für das Folgende Turba a. a. O. 8. und 9. Kapitel; der Text des Paktums von 1617 bei Turba, S. 323 ff. Die altösterreichischen Erblande sind im Vertrag von 1617 nicht inbegriffen, sie wären aber als Reichslehen kraft der Mitbelehnung der spanischen Linie durch das Reich an diese gefallen. Turba, S. 111.

2) Das Testament mit Kodizill bei Turba, S. 335, ein zweites Kodizill vom 8. August 1635 bei Turba, S. 359.



„Majorasco“ und mit diesem spanischen Wort war auch der damalige spanische Begriff des Majorates übernommen: das Nachfolgerecht im ungeteilten, unteilbaren und unveräußerlichen Besitz einer Familie. Die Primogeniturerbfolge schien die stärkste Sicherung eines solchen Majorates, beides wurde daher untrennbar verknüpft [1]).

Dies waren die das Haus Österreich in Deutschland und Spanien gemeinsam beherrschenden Auffassungen und Tendenzen. Das darf nicht vergessen werden, will man die ganze Geschichte der spanischen Erbfolge verstehen und will man dem Standpunkt und der Überzeugung vor allem Kaiser Leopolds gerecht werden.

Nach dem Tode des Infanten Balthasar (1646) war, wie vorhin gesagt, in den nächsten Jahren Maria Theresia, die Tochter Philipps IV. aus seiner ersten Ehe mit Elisabeth von Frankreich, die Erbin des spanischen Reiches. Denn nach den altkastilischen Gesetzen der siete Partidas (sieben Teile) besaßen nach den Söhnen eines Herrschers die Töchter das Recht der Thronfolge, vor Brüdern oder anderen männlichen Seitenverwandten des Herrschers, und das Geburtsvorrecht eines vorverstorbenen Kindes blieb dessen Nachkommen gewahrt [2]). Die Infantin Maria Theresia und ihre etwaige Deszendenz besaß also die erste Thronanwartschaft, die Infantin Maria Margareta (geb. 1651) und ihre künftige Deszendenz die zweite. Dann kamen als dritte und vierte Anwartschaft die Deszendenten der Schwestern Philipps IV., also Ludwig XIV. als Sohn Annas und Kaiser Leopold als Sohn Maria Annas. Allein in diese Ordnung nach dem Blute griff die altererbte, den Bourbonen feindliche Politik ein, und wenn das Haus Österreich aus Rücksichten auf momentan drängende Verhältnisse die Hand einer seiner Töchter einem Bourbonen gewährte, wandte es die stärksten Mittel an, um diesem alle Sukzessionsansprüche abzuschneiden. Als Anna, die Tochter Philipps III. und Schwester Philipps IV., im Jahre 1615 Ludwig XIII. von Frank-

1) Vgl. Turba, S. 27 ff. Zehntbauer, Gesamtstaat, Dualismus und Pragmatische Sanktion (1914), S. 17 ff. Zehntbauer, S. 20 ff. macht es wahrscheinlich, daß der „Fideikommißgedanke“ auf Ferdinands II. Vater, Erzherzog Karl von Steiermark, zurückgehe, dem er von spanischer Seite her, vielleicht durch Jesuiten oder spanische Verwandte, zukam. Die viel zu weitgehende Rückverlegung spanischer Einflüsse bis auf die Goldene Bulle und des Majoratsgedankens bis auf Karl V. und Ferdinand I. bei Arnold Winkler, Studien über Gesamtstaatsidee, Pragmatische Sanktion und Nationalitätenfrage im Majorat Österreich (Wien 1917) ist abzulehnen, vgl. Th. Mayer in Mitteil. des Instituts XXXVIII, 339 ff.

2) Vgl. Turba, S. 33 f.



reich heiratete, mußte sie in feierlichster Form auf alle ihre Erbrechte auf den spanischen Thron verzichten, diese Renuntiation wurde im Madrider Staatsrat sowie bei dem Pariser Parlamente registriert und 1619 von den spanischen Cortes als Reichsgesetz promulgiert [1]).

Königin Anna gebar im Jahre 1638 einen Sohn, Ludwig XIV. und im gleichen Jahre ihre Schwägerin in Spanien eine Tochter, Maria Theresia. Bald wurde es Annas mütterlicher Lieblingswunsch, es möge aus den beiden Kindern einst ein Paar werden. Diese Idee äußert aber 1646 auch Mazarin und zwar schon mit dem Ausblick auf die möglichen Folgen einer solchen Verbindung. Diese Heirat, so sagt er, könnte uns zur Sukzession in Spanien führen, mag man die Infantin eine Renuntiation schwören lassen, welche man will. Dies Wort des skrupellosen Politikers klingt wie das Motto zu der wechselvollen Geschichte der spanischen Frage [2]).

Zunächst gab es noch keine solchen Aussichten. Noch dauerte der Krieg zwischen Frankreich und Spanien auch nach 1648 fort, und es bestand auf Seite König Philipps IV. nicht die geringste Neigung zu einer solchen Kombination. Vielmehr wünschte Philipp ganz im Sinne habsburgischer Haus- und Heiratspolitik ein neuerliches Eheband mit der deutschen Linie zu knüpfen und der Wiener Hof dachte seinerseits natürlich nicht anders. Hier wollte man die Infantin Maria Theresia zuerst für den Kronprinzen Ferdinand IV. und, nachdem dieser schon 1654 gestorben, für den nunmehrigen Thronfolger Leopold [3]). König Philipp er-

1) Vgl. Turba, S. 8. 34 ff. Text der Renuntiationen S. 309 ff.

2) Über diese die Publikation von Mignet, Négociacions rélatives a la succession d'Espagne sous Louis XIV. 4 Bde. (1835—42.) Sodann Klopp, Der Fall des Hauses Stuart. Bd. 1—8. Gaedeke, Die Politik Österreichs in der spanischen Erbfolgefrage. 2 Bde. (1877). Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne. 2. Aufl. 4 Bde. (1895, 1896).

3) Es scheinen vorher aber noch andere Kombinationen vorübergehend ins Auge gefaßt worden zu sein. Im Innsbrucker Staatsarchiv (Alphabet. Leopoldinum) fand ich ein merkwürdiges Dokument vom 24. Oktober 1653: Erzherzog Sigmund Franz (der jüngere Sohn Leopolds V. von Tirol) verspricht bei seinem erzfürstlichen Wort, falls „über kurz oder lang es sich zuetragen möchte", daß er „etwo durch Heirat oder in ander weg zur Regierung und Posseß der Hispanischen Königreich und Landen kommen sollte", er alsdann seinem Bruder Erzherzog Ferdinand Karl „das governo und völlige Administration des Königreichs Neapolis und Herzogtums Mailand" lebenslänglich zu genießen und possedieren überlassen will. Erzherzog Sigmund Franz war damals 23 Jahre alt, war Bischof von Gurk und Augsburg (doch ohne die höheren Weihen) und weilte in Dillingen. Waren dies etwa nur Pläne und Versuche der tirolischen Linie?



klärte sich noch 1655 und 1656 vollkommen damit einverstanden, aber so, daß die Infantin und ihr Gemahl in Spanien bleiben sollten, denn weder Herrscher noch Volk von Spanien wollten sie ziehen lassen, solange nicht dem König ein Sohn geboren war. Man hegte in Madrid Mißtrauen gegen etwaige Anschläge Frankreichs und ging auf leise französische Annäherungsversuche gar nicht ein.

Der Tod Ferdinands III. und die Kaiserwahl Leopolds brachte eine bedeutungsvolle Wendung. Die Kaiserkrone, Österreich und die Anwartschaft auf Spanien in einer Hand vereinigen zu lassen, das wollte man in Spanien durchaus nicht, man kannte die Bedingung in Leopolds Wahlkapitulation, welche dem Kaiser jede Waffenhilfe für Spanien unmöglich machen sollte und die daher den Wert der Heirat wesentlich minderte. Vielmehr ließen die Mißerfolge im Kriege, die wachsende Finanznot, das allgemeine Drängen nach Frieden König Philipp und seinen Berater Don Luis de Haro immer ernster an eine französische Heirat als Ausweg denken. Zudem war am 28. November 1657 endlich dem spanischen König ein Sohn, Philipp Prosper, geboren worden, so daß nun ein männlicher Thronerbe vorhanden war, was die Heirat Maria Theresias mit Ludwig XIV. erleichterte. In dieser Stimmung blieb man ausweichend und hinhaltend gegenüber den eifrigen Bemühungen des Wiener Hofes, der nach glücklich erfolgter Wahl Leopolds nun doch wieder dessen Heirat mit Maria Theresia betrieb; der kaiserliche Gesandte in Madrid, Graf Lamberg, wollte lange nicht an den Wandel der Dinge glauben. Aber im Spätherbst 1658 erfolgte schon die entscheidende Annäherung König Philipps an den französischen Hof, von Königin Anna mit Jubel begrüßt, und während Leopold noch im März 1659 sogar Anerbietungen von Kriegshilfe nach Madrid gelangen ließ, waren indes die Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich, die Heirat als Voraussetzung, vorwärtsgeschritten und führten am 7. November 1659 zum Pyrenäischen Frieden, dem am 9. Juni 1660 die Vermählung Ludwigs XIV. mit Maria Theresia folgte.

Aber diese Heirat sollte durchaus nicht zu Erbfolgeansprüchen Ludwigs XIV. und seines Hauses auf Spanien führen. Man hielt dies in Madrid und in Wien dadurch für ausgeschlossen, daß im Heiratsvertrage, der dem beschworenen Friedenstraktate wörtlich einverleibt wurde, der vorbehaltlose Verzicht Maria Theresias auf alle Thronfolgerechte ebenso ausdrücklich ausgesprochen war, wie dies einst bei Anna, der Gemahlin Ludwigs XIII., geschehen; daß ferner Maria Theresia am

2. Juni 1660 eine besondere feierliche Verzichtleistung auf alle ihre Rechte und Ansprüche auf die Sukzession ausstellte und beschwor; daß endlich diese Renuntiation gleich einem Gesetz geachtet und den spanischen Cortes eröffnet ward, und sich diese zur Beobachtung mit verpflichteten [1]).

Allein so stark auf spanischer Seite das Bestreben war, mit allen erdenklichen Klauseln, Erklärungen und Eidschwüren jede Möglichkeit einer französischen Nachfolge auszuschließen, so sicher und zweifellos stand es bei Ludwig XIV. und seinem Hofe fest, daß diese Heirat nur ihrer möglichen politischen Konsequenzen halber abgeschlossen worden und daß diese Konsequenzen herbeigeführt werden müßten um jeden Preis. Schon bei den Verhandlungen hatte der französische Unterhändler Hugues de Lionne, bald Ludwigs Minister des Äußern, eine Bestimmung des Heiratsvertrages durchgesetzt, welche so gedeutet werden konnte, daß von der tatsächlichen Zahlung der Mitgift Maria Theresias innerhalb der bedungenen Fristen die Gültigkeit ihres Verzichtes auf **alle** ihre Anrechte auf das **ganze** Erbe ihrer Eltern abhing [2]). Die Mitgift wurde nicht gezahlt, und dies unkluge Versäumnis Philipps IV. natürlich von Ludwig als Handhabe seiner Ansprüche ausgenutzt.

Es war eine der ersten Sorgen Ludwigs, als er nach Mazarins Tod (März 1661) die vollbewußte Selbstherrschaft antrat, den Marquis de la Feuillade, Erzbischof von Embrun an den spanischen Hof zu senden in einer höchst delikaten und höchst wichtigen Mission, von der freilich seine offizielle Instruktion kein Wort verrät, die jedoch in der Korrespondenz des Gesandten mit seinem König enthüllt wird [3]). Ludwig ließ der spanischen Regierung Hilfe in dem schweren Kampfe gegen Portugal in Aussicht stellen, wenn die Renuntiation seiner Gemahlin für ungültig erklärt würde. Dies wäre allerdings eine gründliche Lösung gewesen, denn davon war Ludwig selber überzeugt, daß Gültigkeit oder Ungültigkeit des Verzichtes nicht von der Zahlung oder Nichtzahlung der

1) Vgl. hiefür Turba, a. a. O., bes. S. 42 ff. 69 ff.

2) Turba, S. 44 ff. 59 f. glaubt, daß diese Klausel wirklich die Gültigkeit auch der Thronfolge von der tatsächlichen Zahlung der Mitgift abhängig machte. Dies war jedenfalls durchaus nicht die Meinung Philipps IV. und auch Ludwig XIV. nahm die Klausel mehr zum Vorwand, ohne daß er selbst von der rechtlichen Wirkung überzeugt war (siehe unten S. 103 Anm. 1). Die Fassung des 4. Artikels des Heiratsvertrages ist so, daß man sie im Sinne Lionnes interpretieren **konnte**, aber dies war eben absolut nicht der Sinn, den Philipp ihr unterlegte. Von einem formalen Rechte Ludwigs wird man nicht sprechen können.

3) Vgl. hierüber Legrelle I, 32 ff.



Mitgift abhänge[1]). Und als ihm am 1. November 1661 ein Sohn geboren, verfolgte er den Gedanken um so mehr. Bis in den Sommer des Jahres 1662 wurden in Madrid darüber zwischen dem französischen Gesandten und dem neuen spanischen Premierminister Herzog Medina de las Torres Besprechungen gepflogen, dieser brachte ein Bündnis Frankreichs mit Spanien gegen England, den Bundesgenossen Portugals in Vorschlag, aber Ludwig verlangte dafür die Franche Comté und den größeren Teil der spanischen Niederlande. Wie nicht anders zu erwarten, konnte der spanische Hof unmöglich auf solche Forderungen eingehen. Anfangs Oktober erfolgte der endgültige Abbruch der Verhandlungen. Diese „grande affaire“, wie sie Embrun nannte, mußte scheitern, sie zeigt aber klar und deutlich das Ziel Ludwigs XIV.

Inzwischen war eine andere Heiratsverbindung angebahnt worden, welche eben diesen französischen Zukunftsplänen vorbeugen sollte, die Ehe **Kaiser Leopolds mit Margareta**, der zweiten Tochter König Philipps von Spanien[2]). Philipp hatte sich nach dem Pyrenäischen Frieden beeilt, Kaiser Leopold zu versichern, daß die Heirat seiner älteren Tochter mit Ludwig XIV. nur „aus pur lauterer Not“ geschlossen worden sei, um die Niederlande und Neapel zu retten. Zum Beweise seiner wahren Gesinnung bot er Leopold die Hand der Infantin Margareta, nunmehr nach der Renuntiation der älteren Schwester die mögliche Erbin Spaniens. Dieser Antrag zerstreute schnell die Verstimmung des Wiener Hofes, man erwog die Aussichten auf die spanische Sukzession, auf die auch Luis de Haro ausdrücklich hinwies. Leopold nahm den Antrag an, schon am 6. April 1660 gab König Philipp die feierliche Erklärung, diese Heirat ins Werk zu setzen. Aber Margareta zählte kaum neun Jahre, und so wurde die Feststellung des Heiratsvertrages und die Schließung der Ehe

1) Vgl. Ludwigs für die französische Auffassung höchst charakteristisches Schreiben an Embrun vom 14. Okt. 1661, Legrelle I, 39 f., in welchem er sagt: je suis persuadé, que la validation ou nullité de la renonciation de la Reine ne dépend pas de ce payement ou de son defaut, et qu'il y aurait des raisons plus fortes à dire, si jamais l'occasion arrivait de débattre cette question. Je n'aurais qu'à m'en tenir à ce que le roi mon beau-père lui même a dit souvent làdessus à l'infante et don Louis à mes ministres, qu'il savait bien, que pareilles renonciations n'étaient d'aucun fonds ni valeur et ne se faisaient que pour la forme.

2) Vgl. für das Folgende die Arbeiten Pribrams, über die Heirat K. Leopolds I., im Arch. f. österr. Gesch. LXXVII, 338 ff., Lisola, S. 255 ff., Privatbriefe K. Leopolds I. an Pötting, Fontes rer Austr. II, 56, Einleitung 2. u. 3. Kapitel, sowie diese Korrespondenz selbst.



noch verschoben, ja man schickte jetzt, nachdem Graf Lamberg aus Spanien zurückgekommen, zwei Jahre lang keinen Gesandten nach Madrid. Gerade in diese Zwischenzeit fallen jene früher geschilderten Verhandlungen des französischen Vertreters am Madrider Hofe. Erreichten sie auch nicht ihr geheimes Ziel, so verstand es der gewandte und durch seine geistliche Würde wirksam unterstützte Erzbischof von Embrun vortrefflich, für Frankreich und seinen König Stimmung zu machen und Parteigänger zu gewinnen. Die Hilfsbedürftigkeit Spaniens, die reichlich fließenden französischen Gelder, die Unsicherheit der nächsten Zukunft ließen gar manchem den starken Arm Frankreichs erwünscht erscheinen. König Philipp war leidend und gebrechlich, der 1657 geborene Prinz Philipp Prosper starb am 1. November 1661, und wenn auch wenige Tage später (6. November) noch ein Sohn, Karl II. geboren wurde, so war dieser Thronerbe von der ersten Stunde seines Lebens an ein schwaches, sieches Wesen, dessen baldiges Erlöschen man in den nächsten Jahren oft und oft schon allzu sicher voraussagte.

Unter solchen Umständen war es ein Fehler des Wiener Hofes, den Gesandtschaftsposten in Madrid so lange unbesetzt zu lassen, und als der Kaiser endlich im November 1662 den Grafen Eusebius Pötting nach Spanien abordnete, war dieser biedere, aber nicht allzu begabte Diplomat nicht der Mann, um die schwierig gewordenen Verhältnisse zu meistern. Zwar gelang es Pötting im Laufe des Jahres 1663, die förmliche Verlobung und den Abschluß des Ehekontraktes zu erreichen, der am 18. Dezember feierlich verkündet wurde. Im 10. Artikel „thuet die Infantin .. Ihr gebührendes Recht neben und mitsambt demjenigen reservieren, so Ihr durch dero Schwester der Königin von Frankreich .. gethane Renuntiation zugewachsen ist“ [1]). Dies war das Fundament künftiger Sukzessionsansprüche, aber noch war die Heirat nicht geschlossen und vollzogen, ja gerade jetzt erhoben sich erst schwere Hindernisse.

Seit dem Frühjahr 1663 stand Leopold im Kriege mit den Türken, der alle Kräfte der habsburgischen Länder in Anspruch nahm. Der Feldzug dieses Jahres verlief nicht glücklich, ein neuer noch stärkerer Angriff der Türken stand bevor, der Kaiser wandte sich nach allen Richtungen um Hilfe. Von Spanien erwartete man Subsidien, die aber nur spärlich und unregelmäßig einliefen. Vielmehr verlangte Philipp IV.

1) Der Heiratskontrakt mitgeteilt von Pribram im Arch. f. österr. Gesch. LXXVII, 344 Anm. 2.



umgekehrt fortwährend die Unterstützung des Kaisers im Kriege gegen Portugal, und um diese zu ermöglichen, drängte man von Seite Spaniens zum Frieden mit den Türken. Dagegen mahnte der Kaiser stets aufs neue, die Spanier sollten vor allem den fruchtlosen portugiesischen Krieg beenden, um frei zu sein gegenüber künftigen Gefahren. All das erzeugte gegenseitige Verstimmungen, die von dem französischen Gesandten eifrig genährt und gemehrt wurden. Leopold wünschte nach dem Abschlusse des Heiratsvertrages dringend, daß seine Braut nach Wien komme, oder daß sie wenigstens nach Mailand geführt werde. Nicht daß Leopold schon Hochzeit machen wollte, Margareta war ja immer noch zu jung, aber er wollte ihrer sicher sein und fürchtete für den Fall des Todes Philipps alles. Gerade diese Rücksichten waren mitbestimmend bei dem eiligen Abschluß des Vasvárer Friedens im August 1664. Aber gegen die Abreise der Infantin, oder eigentlich gegen den Vollzug der Heirat intrigierte nun die französische Partei, die in dem nach Spanien zurückgekehrten Penneranda einen mächtigen und einflußreichen Führer erhielt. Von der früher auf das Frühjahr 1665 festgesetzten Abreise war keine Rede mehr. Da schlimme Nachrichten über des Königs Befinden nach Wien kommen, vergeht Leopold in Ungeduld und Sorge und entschließt sich anfangs Dezember 1664 seinen gewandtesten und energischesten Diplomaten, den Freiherrn von Lisola, nach Madrid zu senden, um die ihn persönlich, dynastisch [1]) und politisch aufs höchste berührende Angelegenheit vorwärtszubringen und überhaupt die österreichischen Interessen wirksam zu vertreten.

Lisola entfaltete in gewohnter Weise eine intensive, in den Mitteln nicht verlegene Tätigkeit. Auch er konnte zwar nicht die Abreise der Infantin so schnell erreichen, als es Leopolds Ungeduld ersehnte. Aber er erreichte, daß König Philipp in seinem Testamente ausdrücklich und klar das Sukzessionsrecht seiner Tochter Margareta, der künftigen Gemahlin des Kaisers, bekundete und daß er die Regentschaft der Königin Maria Anna sicherte und regelte. Lisola veranlaßte die Königin, sich

1) Am 20. Nov. 1662 war Erzherzog Leopold Wilhelm, des Kaisers Oheim, am 30. Dez. 1662 Erzherzog Karl Ferdinand von Tirol gestorben, am 28. Jan. 1664 starb des Kaisers jüngerer Stiefbruder Karl Josef, am 25. Juni 1665 Erzherzog Sigmund Franz, der letzte der Tiroler Linie. So war Kaiser Leopold der einzige männliche Sprosse der deutschen Linie der Habsburger und nach König Philipps IV. von Spanien Tod (17. Sept. 1665) waren Leopold und Karl II. die einzigen männlichen Vertreter des Hauses Österreich.



an den Staatsgeschäften zu beteiligen, er warb mit Erfolg Anhänger der österreichischen Partei, er deckte die französischen Machenschaften und Absichten auf. Als nun am 17. September 1665 das lang befürchtete Ereignis, der Tod König Philipps eintrat, konnte die Königin-Regentin für ihren unmündigen Sohn die Regierung übernehmen. Und trotz immer erneuter Versuche Pennerandas und der anderen französischen Parteigänger, bis zum letzten Augenblicke Hindernisse in den Weg zu legen, wurde nun die Abreise der Kaiserbraut endgültig auf Ende März oder Anfang April 1666 festgesetzt, alle sonstigen Vorbereitungen wurden getroffen, am 25. April fand die Trauung Margaretas mit Leopold statt, den der Herzog von Medina vertrat, am 28. April verließ die junge Kaiserin Madrid. Eine Krankheit brachte nochmals einen Aufschub, am 16. Juli endlich fuhr sie von Gandia ab und landete am 22. August glücklich zu Finale westlich von Genua. Hier ward sie im Namen des Kaisers vom Generalleutnant Grafen Montecuccoli empfangen [1]), und ihre langsame Weiterreise über Mailand, Triest, Villach, Leoben und über den Semmering war von stets neu entgegengesandten Vertretern des Kaisers und von dessen zartesten Aufmerksamkeiten begleitet. Voll Ungeduld reist Leopold seiner Gemahlin bis Schottwien am Fuße des Semmering entgegen, hier sahen sich die Gatten zum ersten Male, am 5. Dezember 1666 hielten sie mit größter Pracht den Einzug in Wien und die Hochzeit.

So war nun diese neue wichtige Verbindung der beiden habsburgischen Linien vollzogen. Allein der Zwang tatsächlicher Machtverhältnisse und rücksichtsloser Gewalt schien in der nächsten Zeit zu Lösungen der großen spanischen Frage zu führen, welche weit ablagen von der Behauptung des guten Rechtes, das Kaiser Leopold erworben.

Inzwischen hatte diese Frage schon begonnen, Politiker auch außerhalb des Kreises der nächstinteressierten großen Häuser zu beschäftigen. Zwei Staatsmänner, deren Lage, Absichten und Künste eine leise Ähnlichkeit besitzen, haben sich schon seit 1663 mit ihr befaßt, Jan de Witt, der kluge Ratspensionär von Holland, und Erzbischof Johann Philipp von Mainz, der unermüdliche und plänereiche Friedensvermittler. Es waren nur Episoden, aber doch bedeutsame Vorspiele, sie seien kurz berührt.

Jan de Witt fürchtete trotz des erneuten Bündnisses der General-

1) Montecuccoli führte ein genaues Tagebuch über diese Mission, in Übersetzung herausgegeben in Ausgew. Schriften Montecuccolis III, 273 ff.



staaten mit Frankreich vom 27. April 1662 dessen aggressive Pläne auf die spanischen Niederlande, aber wohl auch, wenn der spanische Erbfall eintrat, die mögliche Besitznahme durch den Kaiser[1]). Sprach man doch davon, daß der Erzherzog Karl Josef zum künftigen Statthalter der Niederlande ausersehen sei. De Witt erwog verschiedene Möglichkeiten, um kommende Gefahren zu bannen; so den schon früher aufgetauchten Gedanken einer Teilung der spanischen Niederlande zwischen den Generalstaaten und Frankreich, oder ihre Umwandlung in einen um nördliche und südliche Grenzteile verkleinerten Staat; der Gedanke einer „Barriere", die sich die Generalstaaten dadurch schaffen, wird hier schon deutlich sichtbar. Der weitere Gedanke, zum Schein ein Bündnis mit dem Hause Österreich anzustreben und dadurch Frankreich gefügig zu machen, sollte bald ernster werden. In behutsamen Verhandlungen suchte de Witt seit dem Frühjahr 1663 bei Ludwig XIV. Stimmung für solche Pläne zu machen. Allein Ludwig war wenig geneigt, da zu teilen, wo er das Ganze zu gewinnen strebte. Gerade Belgien war für Frankreich das wertvollste Stück des spanischen Erbes und schon hatte man am Pariser Hofe einen neuen Rechtstitel entdeckt, der gerade hier vortrefflich paßte, das Devolutionsrecht. In Brabant, Namur und Mecheln galt der Satz des privaten Erbrechts, daß Kinder, auch weiblichen Geschlechtes, aus erster Ehe vor Kindern aus zweiter Ehe erben. Also, so schlossen die französischen Hofjuristen, ist die Gemahlin König Ludwigs, die Tochter König Philipps IV. aus erster Ehe, die rechtmäßige Erbin Brabants und der ganzen spanischen Niederlande. Die ganze Richtigkeit dieser Deduktion hat, als 1667 das Devolutionsrecht zum Vorwand des Krieges diente, am schärfsten und schlagendsten Franz von Lisola dargetan.

So gerieten gegen Ende 1663 die Bemühungen und Verhandlungen de Witts ins Stocken. Um dieselbe Zeit trug sich der Kurfürst von Mainz mit noch größeren Plänen[2]). Ihm stand drohend vor Augen, welch ein Kampf um die spanische Erbschaft zwischen Ludwig XIV. und dem Hause Österreich entbrennen müßte, und in welch schwierige, gefährliche Lage gerade er und die andern rheinischen Fürsten geraten würden, inmitten der großen kriegführenden Mächte. Hier vorzubeugen,

1) Vgl. zum Folgenden Legrelle I, 67 ff., G. Preuß, Wilhelm III. von England und das Haus Wittelsbach I, 178 ff., H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge. Niederlande I, 50 ff.

2) Vgl. Legrelle I, 103 ff., Pribram, im Archiv f. österr. Gesch. LXXVII, 347 ff. Pribram, Lisola, S. 328 ff., Mentz, Johann Philipp v. Schönborn I, 122 ff



zu vermitteln schien ein preiswürdiges Werk, und die rettende Idee wurde von Johann Philipp und seinen intimsten Beratern zu Ende 1663 in einer Teilung der spanischen Monarchie zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. gefunden. Der Kurfürst eröffnete sich zu Anfang 1664 dem beim Reichstag in Regensburg weilenden Kaiser und dem Fürsten Portia. Leopold anerkannte das Glückliche an einem solchen Gedanken, meinte aber, jetzt sei noch nicht die Zeit zu so heiklen Verhandlungen, zuerst müßte mindestens seine Heirat mit der Infantin abgeschlossen sein, auch dürfe man ja nichts davon in Spanien erfahren. Der Kurfürst ließ auch in Paris sondieren, wo man sich sehr geneigt zeigte, ja er wollte sogar in Spanien schon Schritte unternehmen und benutzte dazu den Pater Christobal Rojas de Spinola, einen Franziskaner aus den spanischen Niederlanden und Vertreter Spaniens am Regensburger Reichstag. Ein fähiger, aber unruhiger Kopf, jetzt voll von allerhand kühnen kommerziellen Ideen, dann wieder Feuer und Flamme für die Union von Katholiken und Protestanten, den Höfen von Madrid und Wien bald lästig werdend durch seine unerbetenen Pläne und eigenmächtigen Missionen. Als Rojas nach Spanien kam, waren aber schon Gerüchte von Teilungsabsichten nach Madrid gedrungen und hatten Verstimmungen erregt. Der kaiserliche Gesandte Graf Pötting mußte erklären, daß keinerlei Verhandlungen von Seite des Kaisers stattgefunden hätten. Daß Rojas da nichts ausrichten konnte, ist klar. Ende April 1665 kam er wieder nach Mainz. Dennoch versuchte Erzbischof Johann Philipp nochmals, den Kaiser für den Plan zu gewinnen, aber dieser ließ ihm antworten, daß ja doch der König von Spanien und dessen Thronerbe lebe und daher an solche Fragen nicht zu denken sei.

Allein als Philipp IV. gestorben war, ergriff man sofort von französischer Seite die Initiative zu ernstlicheren Bemühungen. Lionne benutzte den ganz im Solde Frankreichs stehenden Wilhelm von Fürstenberg, der seinen Herrn, den Kurfürsten Heinrich Maximilian von Köln vollständig beherrschte[1]). Lionne machte die Sache sehr dringlich, sein Hintergedanke wird wohl vor allem der Erwerb der spanischen Niederlande gewesen sein: ging es — das baldige Ableben des jungen Königs Karl

1) Die Brüder Franz Egon und Wilhelm Egon von Fürstenberg — die Egonisten — leiteten seit Jahren die kölnische Politik im engsten Anschluß an Frankreich. Franz war 1658 durch französischen Einfluß Bischof von Metz, 1663 von Straßburg geworden. Im Jahre 1664 wurden beide und ihr dritter Bruder Hermann, der in bayrischen Diensten stand, in den Reichsfürstenstand erhoben.

nahm man fast als sicher an — auf gütliche Weise, dann um so besser, sonst war man zum Wege der Gewalt schon fest entschlossen. König Ludwig ließ die Verhandlungen zu; daß er aber nicht von ihnen allein Entscheidung und Erfolg erwartete, zeigte sich schon in den ganz unbefriedigenden Antworten, die Fürstenberg, im März 1666 aus Paris zurückgekehrt, auf konkrete Fragen des Kurfürsten von Mainz geben mußte. Er konnte keinerlei Versicherung darüber mitbringen, daß nicht Ludwig trotz aller Verhandlungen in die Niederlande einfallen werde, oder daß er etwa an eine Teilung derselben mit dem Kaiser denke. Und als Wilhelm von Fürstenberg sich nicht abhalten ließ, im Januar 1667 im Namen Kölns an den kaiserlichen Hof zu gehen, war die politische Lage schon höchst bedrohlich geworden und nicht die Zeit für solche Negoziationen. Von seiner ablehnenden Antwort verständigte der Kaiser den spanischen Hof[1]).

Ludwig XIV. hatte seine ganze Politik wesentlich nach der spanischen Sukzessionsfrage und zwar mit dem nächsten Ziel auf Erwerb der spanischen Niederlande orientiert. In dem seit 1664 zwischen England und den Generalstaaten ausgebrochenen Krieg lavierte er geschickt, um den Holländern zwar vertragsgemäß beizustehen, doch aber England nicht zu wehe zu tun. Er bot Spanien die Vermittlung mit Portugal an und schürte zu gleicher Zeit in Lissabon unablässig den Krieg. In Spanien ließ man sich täuschen und trotz der dringenden Mahnungen des Gouverneurs von Belgien Castel Rodrigo, trotz der unablässigen Warnungen Kaiser Leopolds[2]) geschah nichts zur stärkeren Sicherung des Landes. Im Reiche aber gewann Ludwig die nächstinteressierten Kurfürsten von Mainz und Köln, sowie Pfalz-Neuburg und Münster durch Subsidien und Sonderverträge, so daß sie sich gegenseitig verpflichteten, keinen kaiserlichen Truppen den Durchzug nach Belgien zu gestatten, damit der Friede nicht gebrochen werde. Maskiert wurde dies Vorgehen dadurch, daß die Fürsten dem König den von ihm ostensibel begehrten Durchmarsch französischer Truppen nach Polen verweigern durften.

So ersah Ludwig XIV. den Augenblick, um in der Tat den gewalttätigen Einbruch in die spanischen Niederlande auszuführen, den er mit dem famosen Devolutionsrecht begründete. Im Mai 1667 rückte

1) Privatbriefe I, 286.

2) Am 21 Juli 1667 schreibt Leopold an den Grafen Pötting: was nun anlangt die rupturam Gallicam, habe ich durch Euch et alios schon zwei Jahr den Spaniern davon predigen lassen, sed omnia frustra. Privatbriefe I, 311.



Turenne an der Spitze eines Heeres ein und eroberte mit leichter Mühe eine Reihe der mangelhaft verteidigten festen Plätze; ein zweites Heer unter Crequi wurde in Lothringen aufgestellt.

Dies war die Eröffnung des großen Kampfes Ludwigs XIV. wider das Haus Habsburg. Nur sehr wenige Politiker erkannten oder ahnten die ganze Tragweite dieses Angriffes. Mit wunderbarer Klarheit erfaßte sie Franz von Lisola, der in diesen Tagen in Holland weilte. „Der Einmarsch der Franzosen in Belgien", so schrieb er am 18. Mai in ehernen Sätzen an den Kaiser [1]), „ist für alle jene, die mit vorschauendem Blicke auch die Folgen der Erscheinungen zu prüfen pflegen, nichts anderes als der Beginn des Marsches der Feinde gegen die Tore Wiens." „Das Heil des Hauses Österreich liegt einzig und allein in einem mutigen und tatkräftigen Handeln." Und Lisola handelte, so wie er und nur er es vermochte, er schrieb die flammende Abwehr und Anklage, den Bouclier d'estat et de justice, den „Schild des Staates und der Gerechtigkeit" [2]). Das Buch wendet sich vor allem gegen eine Anfang 1667 erschienene Schrift des Pariser Parlamentsrates Aubery. In unverhüllter und unverschämter Weise hatte dieser das deutsche Kaisertum angegriffen und verhöhnt und den Dauphin als den kommenden Kaiser der französischen Universalmonarchie gepriesen. Natürlich wird bei Aubery und anderen französischen Autoren auch das volle Recht Ludwigs XVI. auf Belgien verkündet und verteidigt. Diese Ansprüche weist Lisola im Hauptteile seiner Schrift schlagend und gründlich zurück, und mit hinreißendem Feuer bekämpft er die schrankenlos ehrgeizigen Pläne der französischen Politik. Er legt seine Worte einem Spanier in den Mund. Unsere Sache, so ruft er den deutschen Fürsten und den Herrschern Europas zu, ist auch die Euere. Es handelt sich nicht um ein paar Provinzen, die Frankreich erobern will, sondern um „den Lauf eines reißenden Stromes", der alle Schranken der Eidschwüre und Verträge, der Verwandtschaft und Freundschaft niederzureißen und alles seiner Gewalt und Knechtschaft zu unterjochen droht. Das Geschick, die Freiheit Europas steht auf dem Spiele. Einigkeit, Macht, Taten sind notwendig wider diese furchtbare

1) Pribram, Lisola, S. 311 ff.

2) Pribram, Lisola, S. 361 ff. Eine ausführliche Inhaltsangabe gibt Heinlein im Gymnasialprogr. Waidhofen a. d. Thaya 1880, 1882. Über die ersten Ausgaben des Bouclier vgl. P. Schmidt in Mitt. d. Instituts XXVIII, 620. Ein Abdruck im Diarium Europaeum 15. Bd.



Gefahr. Lisolas kühne Streitschrift machte den größten Eindruck, sie wurde schnell verbreitet und übersetzt, sie eröffnet eine ganze Literatur von publizistischen Schriften, die nun in und außer dem Reiche wider und für Frankreich in den nächsten Jahren erscheinen [1]).

Der Gewaltstreich Ludwigs XIV. erregte allenthalben Aufsehen und „Nachdenken", aber nicht jene Tat, wie sie Lisola verlangte. Spanien war die nächstbetroffene Macht; allein die Königin-Regentin, gut, aber schwankend und ohne rechte Einsicht, schlecht beraten von dem hochmütigen und den Staatsgeschäften nicht gewachsenen Großinquisitor Pater Neidhardt [2]), war gegenüber den Intrigen und dem wachsenden Einfluß der französischen Partei machtlos. Von Spanien war ein entschiedener Schritt gegen Frankreich nicht zu erwarten, der spanische Botschafter in Wien verlangte vielmehr vom Kaiser eine militärische Diversion im Elsaß. Leopold aber fürchtete dann einen Einfall der Franzosen in die Vorlande, fühlte sich auch vor den Schweden nicht sicher und konnte auf keinen der Fürsten des Reiches rechnen. Die Mittel der Erbländer allein flossen zu spärlich und zögernd und in Ungarn schwärten Unzufriedenheit und die Anfänge einer Verschwörung, welche Ludwig XIV. und sein Gesandter in Wien nachweislich schürte. Zu all diesen begründeten Bedenken kam aber noch die Scheu des Kaisers vor Initiative und kräftigem Entschluß, der Mangel einer überragend zielbewußten Leitung des Staates, welche die verschiedenen Unterströmungen bei Hof und im Kabinet eingedämmt und beherrscht hätte.

Es ist hier wohl der Ort, diese Verhältnisse zu beleuchten, denn wir stehen jetzt an einem Wendepunkt der großen europäischen Politik.

1) Vgl. außer Pribram, Lisola, Heinlein, Einige Flugschriften aus den Jahren 1667—1678 betr. d. 2. Raubkrieg Ludwig XIV., Progr. d. Realgymn. Waidhofen a. d. Thaya 1879—1882. Haller, Die deutsche Publizistik 1668—1674 (1892). Paul Schmidt, Deutsche Publizistik 1667—1671, Mitt. d. Instituts XXVIII, 577 ff. Im allgemeinen über Publizistik dieser Zeit Zwiedineck-Südenhorst, Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV., und in Deutsche Gesch. im Zeitalter der Gründung d. preuß. Königtums I, 286.

2) Eberhard Neidhardt war 1607 auf Schloß Falkenstein in Oberösterreich geboren, wurde Jesuit, Professor an der Universität in Graz, dann Beichtvater der Erzherzogin Maria Anna (eben der späteren Königin von Spanien) und des Erzherzogs Leopold, des späteren Kaisers; er kam mit Königin Maria Anna nach Spanien, wurde 1666 Großinquisitor, 1669 aber gestürzt. Vgl. Pribram-Landwehr, Privatbriefe I, Einleit. LI und S. 5 Anm. 4.

Kaiser Leopold zählte jetzt 27 Jahre. Als 1665 sein erster Premierminister Fürst Portia gestorben war, hatte Leopold den festen Vorsatz gefaßt, nun keinen ersten Minister mehr zu bestellen, sondern sein eigener „primado“ zu sein und nur einige Räte zu den Geschäften beizuziehen; denn erstens, so schrieb der Kaiser an seinen Vertrauten, den Grafen Pötting, „bin ich noch jung und kann arbeiten, zweitens bleibe ich Herr und kann ein anderer nicht vantieren, daß alles von ihm dependiere, und drittens kann ich es besser verantworten, dann alles ich mir selbst attribuieren muß“ [1]). Ein löblicher Entschluß, gewiß mit hervorgerufen durch das Beispiel seines königlichen Vetters in Frankreich, der seit dem Tode Mazarins in der Tat sein eigener Premierminister war. Den ersten Teil, das Arbeiten, hat Leopold in vollstem Maße erfüllt. Mit höchstem Pflichtgefühl und mit unermüdlichem Eifer widmete sich der junge Herrscher den Geschäften, er strebte, sich selbst in der Politik und in den laufenden Agenden zu unterrichten, er führte eigenhändig eine umfangreiche Korrespondenz, er erteilte Audienzen, empfing Gesandte und machte alle die zahlreichen höfischen und kirchlichen Feierlichkeiten in musterhafter Gewissenhaftigkeit mit. Dabei war Leopold ein auch in dem Wissen seiner Zeit wohlunterrichteter Mann, er las gerne und viel, war ein Bücherfreund, dem die Mehrung seiner Hofbibliothek die größte Freude bereitete. Ja, selbst die ihm, neben der Jagd, liebste Zerstreuung war geistiger Natur, die Pflege der Musik. Bücher, Musik, Jagd waren Leopolds unschuldige Leidenschaften, denen er viel Zeit und Geld widmete. Es wurde nicht selten sogar tadelnd vermerkt, daß der Kaiser für Sänger und Musiker, Opern und Ballette so viel Geld ausgab, während es doch für wichtigere Dinge so nötig war. Dieses Mißverhältnis verstimmte, an sich waren diese Ausgaben nicht so übermäßig und jedenfalls besser verwendet, als wie für Maitressen.

Der junge Fürst besaß guten, gesunden Verstand und ein richtiges Urteil über Menschen und Dinge. Er täuschte sich durchaus nicht über die Schwächen, die Eifersüchteleien und Intrigen seiner Minister und

1) Privatbriefe I, 105 vom 18. Febr. 1665; ähnlich auch in einem Schreiben an Sigmund Franz von Tirol vom 25. Febr. 1665, Renner, Wien im Jahre 1683, S. 7; ferner die Äußerungen der Kaiserin-Witwe Eleonore gegenüber dem päpstlichen Nuntius im Oktober 1665, Archiv f. österr. Gesch. CIII, 787; vgl. zum Folgenden die gehaltvollen Ausführungen Pribrams, Privatbriefe, Einleit. XII ff. und dazu Levinson, Nuntiaturberichte vom Kaiserhofe, Archiv f. österr. Gesch. CIII, 590 ff. und CVI, 509. 523 f. 552 f. usw.; Mitteil. d. Instituts XXXVII, 567 ff.



Hofleute [1]), und um so mehr hielt er sich bei seiner ängstlichen Gewissenhaftigkeit verpflichtet, selber für eine gute Regierung zu sorgen, zu wachen und zu arbeiten. Leopold will tüchtige, ergebene Männer um sich und ist in der Wahl nicht engherzig. Als man bei Hof die Erhebung des bürgerlichen Dr. Hocher zum österreichischen Hofkanzler kritisierte und sich beim Kaiser darüber beschwerte, antwortete dieser sehr gut: Adelige könne er haben und machen soviel er wolle, aber so vortreffliche und erfahrene Männer wie Dr. Hocher finden sich selten und daher dürfe er sich und das Reich nicht der Dienste eines solchen Mannes berauben [2]).

Dies waren zweifellos gute Eigenschaften und gute Vorsätze Leopolds. Gute Vorsätze, die in ihrem eigentlichen tieferen Sinn voll zu erfüllen dem Kaiser doch die nachhaltige Kraft der wahren Herrschernatur fehlte. Er ist unermüdlich tätig und arbeitsam, aber doch oft bloß in den kleinen Dingen. Es wird viel beraten und beschlossen, aber es fehlt an der Durchführung, und die dringendsten und wichtigsten Angelegenheiten bleiben liegen, weil die Minister oft lässig oder eifersüchtig sind oder Kompetenzkonflikte entstehen, ohne daß eine treibende Energie des Herrschers eingriffe. Leopold will alles selber verantworten und doch überläßt er so vieles ganz und gar seinen Beratern und Dienern, und verschließt die Augen vor den offenkundigsten Mißbräuchen, wie sie etwa der Hofkammerpräsident Sinzendorf mehr als zwanzig Jahre lang ungescheut übte. Leopold ist von aufrichtigster Frömmigkeit durchdrungen, aber diese fatalistische Ergebung in den Willen Gottes, ohne selbst auch das Seine zu tun, wird selbst Geistlichen zuviel. Der Nuntius Albizzi stellt dem Kaiser eindringlich die Türkengefahr vor, dieser antwortet, er setze sein ganzes Vertrauen auf Gott; der Nuntius schreibt dazu in seinem Berichte: wenn es erlaubt ist zu sagen, so wäre doch eigentlich zu wünschen, dieses Gottvertrauen möchte ein bißchen geringer sein, um den Kaiser vorsichtiger gegenüber den Gefahren zu machen und entschlossener ihnen zu begegnen. Und die Servitenpatres in Wien äußern das in solchem Munde merkwürdige, vom selben Nuntius berichtete und vielleicht auch stilisierte Urteil: der Kaiser

1) Über die Parteien bei Hof um 1672 vgl. die Äußerungen des Markgrafen Hermann von Baden in Mitteil. des Instituts XXXVII, 570. Die Kaiserin Eleonore, Witwe Ferdinands III., die in der Favorita ihren Hof hielt, eine lebhafte, geistig angeregte Frau, trieb nicht ungern auch ein bißchen Politik in Heiratsfragen und in italienischen Angelegenheiten, aber doch nie ganz eigenmächtig und störend.

2) Bericht des Nuntius Spinola vom 7. Nov. 1665, Archiv f. österr. Gesch. CIII, 791. Der Nuntius schreibt unrichtig Dr. Cogler.



ist überaus fromm, aber von einer unmännlichen Frömmigkeit, wie sie mehr für eine Privatperson paßt als für einen Fürsten, da es ihr an Kraft fehlt, um selbständig Entschlüsse zu fassen und das Beschlossene auszuführen; denn wenn er auch in einer Sache sich entschlossen hat, so geschieht oft doch nichts, da alles dem Gutdünken der Minister überlassen bleibt, die aus Mangel an Pflichtgefühl oder aus eigennützigen Gründen nicht in seinem Sinne handeln [1]). Unentschlossenheit, Mangel an persönlichem, tatkräftigem Eingreifen und Handeln, passives Herankommenlassen der Dinge, bis es oft zu spät ist, das sind die Klagen über den Kaiser, die uns von verschiedenen Seiten immer wieder begegnen. Sie lehren, daß der beste und reinste Wille Leopolds seine angeborene Natur, deren Schwächen durch die Erziehung eher noch vergrößert worden, nicht zu überwinden vermochte.

Dieses Wesen des Kaisers macht es begreiflich, daß er gerne die Praxis übte, bald von diesem, bald von jenem seiner obersten Hof- und Staatsbeamten Gutachten zu verlangen, oder aber einer ganz unverantwortlichen Persönlichkeit, die er für unbedingt uninteressiert, ehrlich und aufrichtig hielt, besonderes Vertrauen zu schenken. So gewann eben gegen Ende der sechziger Jahre der Kapuzinerguardian P. Emmerich Sinelli die Gunst des Kaisers in höchstem Maße [2]). Pater Emmerich, eines Fleischers Sohn aus Komorn, hat durch seinen gesunden, unbefangenen Menschenverstand, durch seine offene, biedere und unhöfische Geradheit und seine unbestechliche Ehrlichkeit das immer steigende Wohlwollen des Kaisers erworben. Der Kapuziner konnte bei Hofe ein- und ausgehen, der Kaiser schrieb ihm zahlreiche Handbrieflein, und schenkte ihm unmittelbar Gehör nicht bloß als Fürsprecher, sondern auch in Staatsangelegenheiten. Die Minister und die fremden Gesandten machten dem P. Emmerich Besuche und trugen ihm ihre Wünsche und Affären vor, damit er sie bei dem Kaiser anbringe und befürworte. An diesem Hofe, schreibt der Nuntius Albizzi im Jänner 1673 nach Rom, gibt es

1) Beide Urteile aus dem Jahre 1672, Arch. f. österr. Gesch. CVI, 611. 633. Die Urteile aller dieser Nuntien der sechziger und siebziger Jahre sind freilich vielfach dadurch beeinflußt, daß die kaiserliche Politik lange nicht mit den Zielen der Kurie übereinstimmte, die alles vom Standpunkt des zu erstrebenden Kampfes der christlichen Staaten gegen die Türken betrachtete.

2) Vgl. über ihn die Äußerungen Esaias Pufendorfs und meine Bemerkungen hierzu in Mitteil. des Instituts XXXVII, 583. Der in Berichten der päpstlichen Nuntien in den Jahren 1659 bis 1666 genannte Monsignore Emmerix in Rom darf nicht mit P. Emmerich Sinelli identifiziert werden, wie dies Levinson tut.



kein anderes Mittel, um mit einer Sache durchzudringen oder eine Resolution zu erzwingen als diesen Pater, daher muß man ihn bei guter Stimmung halten [1]).

Und merkwürdig, dieser so gänzlich inoffizielle Ratgeber des Kaisers vertrug sich ganz gut mit den amtlich bestallten Räten der Krone, war geradezu ein Freund des ersten und bedeutendsten von ihnen, des Fürsten Wenzel Eusebius von Lobkowitz [2]). Der Kaiser hatte allerdings 1665 seinen Vorsatz ausgeführt und keinen Premierminister bestellt. Immerhin nahm Fürst Lobkowitz, der bis dahin Präsident des Hofkriegsrats, nun zum Obersthofmeister ernannt wurde, als solcher eine erste Stellung ein. Seinem Einfluß aber wurde in den nächsten Jahren noch die Wage gehalten durch den Fürsten Johann Weikhard von Auersperg. Auersperg und Lobkowitz waren bitterböse Rivalen. Beide bedeutende Männer von weitem Blick, reicher Erfahrung und Geschäftsgewandtheit. Auersperg stolz, schroff, ehrgeizig und intrigant. Lobkowitz von einer gewissen scheinbaren Bonhommie, geistreich, spottend über alles und alle, auch über sich selbst, in den Geschäften bequem und von der Nonchalance des großen Herrn, aber voll scharfen Verstandes, klug und zielbewußt, eine originelle Erscheinung, an einem Hofe jener Zeit doppelt auffallend. Der Kaiser kannte genau die Rivalität der beiden Männer, sein Vertrauen zu Auersperg war aber schon seit ungefähr 1664 erschüttert, da ihn dessen ewige Ränke verstimmten; gerade solche „Schelme" mochte die ehrliche Natur Leopolds nicht leiden [3]). Trotzdem hielt sich Auersperg, ja es schien sein Einfluß zeitweilig noch zu steigen [4]), und er wurde der Hauptakteur bei einer überraschenden Schwenkung der kaiserlichen Politik.

Lobkowitz und Auersperg förderten einen Mann, der sie beide dann an Einfluß ablösen sollte, den früher schon genannten österreichischen Hofkanzler Hocher [5]). Wie sein zweiter Vorgänger Johann Mathias Pricklmayr, dann Freiherr von Goldegg (1637—1657), so entstammte auch Dr. Johann Paul Hocher bürgerlichen Kreisen. Sein Vater war

1) Arch. f. österr. Gesch. CVI, 635.

2) Adam Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz (1869), mit Porträt. Vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 571 ff.

3) Privatbriefe I, 61. 84. 97. 143; Pribram, Lisola, S. 491.

4) Vgl. Äußerungen des Wiener Nuntius vom 29. Jan. 1667, Archiv f. österr. Gesch. CIII, 805. Dagegen vgl. wieder eine Stelle in Montecuccolis Aufzeichnungen von 1666, Ausgew. Schriften III, 303.

5) Vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 574 ff. Bildnis Hochers bei Graf Karl Kuefstein, Studien zur Familiengesch. III, 393.



Professor an der Universität Freiburg, er selbst Advokat in Bozen, dann bischöflicher Kanzler in Brixen, seit 1663 Reichshofrat und am Reichstag in Regensburg Direktor des Fürstenrates, seit 1665 Vertreter des kranken Hofkanzlers Grafen Hans Joachim von Sinzendorf, 1667 wirklicher Hofkanzler und zum Freiherrn von Hohenkrähn erhoben. Nur ungewöhnliche Tüchtigkeit konnte eine solche Laufbahn erklären und auch seine Neider konnten seine ausgezeichneten Fähigkeiten, Kenntnisse und Leistungen als Jurist in allen Fragen des Reichs- und Kirchenrechtes, der Staats- und Gerichtsverwaltung nicht bestreiten. Aber als Hofkanzler wurde er auch Mitglied der eben sich fester gestaltenden Geheimen Konferenz, kam daher in die hohe Politik. Das schien all den hochadeligen Herren doch sehr unpassend. Hocher, hieß es, sei ein guter redlicher Mann, aber könne natürlich nicht wissen, wie man mit Fürsten und Königen verkehre, er sei dem Werk nicht gewachsen. Lobkowitz schob alle Arbeit auf ihn und spottete dann über seine „Ignoranz". Hocher hatte in diesen Jahren einen harten Stand, eine Stütze fand er wohl an dem Beichtvater Leopolds, P. Müller, die beste Stütze jedoch in dem wachsenden Vertrauen des Kaisers. Dieser erkannte in ihm den unbedingt zuverlässigen, ehrlichen und „desinteressierten" Mann, den überzeugten und unbeugsamen Vertreter der kaiserlichen und landesfürstlichen Rechte und Macht. Schon 1672 galt Hocher mehr als alle anderen Minister, Lobkowitz nicht ausgenommen, nach dessen Sturz wurde er der einflußreichste Mann und blieb es bis zu seinem Tod am 1. März 1683.

Dies waren seit dem Tode Portias (1665) für mehr als ein Jahrzehnt die maßgebenden Berater Kaiser Leopolds in der äußeren Politik. Seit 1674 wird auch der Hofkriegsratspräsident Graf Montecuccoli ständiges Mitglied der Geheimen Konferenz, aber des hervorragenden Mannes Bedeutung liegt doch wesentlich auf militärischem Gebiete, wo wir ihn zu würdigen haben werden. Seit dem Frieden von Nymwegen treten die Namen Stratmann und Kinsky mehr und mehr in den Vordergrund, die Rivalen der achtziger und ersten neunziger Jahre.

Der gewalttätige Angriff Ludwigs XIV. auf die spanischen Niederlande weckte, wie wir sahen, allenthalben Besorgnis. Es war ein Angriff auf das Haus Österreich, ein Angriff auch auf das Reich, insofern die spanischen Niederlande zum burgundischen Reichskreise gehörten. Der Kaiser hatte also doppelten Grund zum Eingreifen und zur Abwehr. Allein wenn er sich um die notwendigen Helfer umsah, stand es be-



denklich. Auf Spanien selber, das nächstbetroffene, war bei der Zerfahrenheit seiner Verhältnisse nicht zu rechnen, ebensowenig auf andere Mächte. Die Reichsfürsten standen zum Teil in Frankreichs Bann, oder aber sie erwarteten und verlangten, daß der Kaiser vorangehe. Der Reichstag in Regensburg, beeinflußt von dem überaus gewandten französischen Gesandten Gravel, konnte sich nicht einmal darauf einigen, daß er die Niederlande reichsrechtlich als zum burgundischen Kreise gehörig erklärte [1]). Denn immer und immer wieder spielt die Befürchtung der Fürsten hinein: „ein Kaiser, wann er armieret, hat groß Ansehen im Reiche und wann er extrema, wie Ferdinand II. glücklich gethan, tentieret, verändern sich viel Anschläge und dergleichen würde man vor izo auch erfahren [2])."

Immerhin suchte der kaiserliche Hof in den Monaten nach Mai 1667 durch zahlreiche Verhandlungen weiterzukommen und von den Erbländern Geldhilfen zu erlangen. Den unermüdlichen Anstrengungen Lisolas war es mit zu danken, daß endlich am 31. Juli der Friede zu Breda zwischen England und den Generalstaaten geschlossen wurde — die beiden Mächte waren damit frei für eine Politik gegen die ausgreifende Macht Frankreichs. Allein die Verhandlungen, die Lisola in England über eine Allianz mit dem Kaiser führte, blieben ohne Erfolg, auch Schweden verhielt sich zurückhaltend, die deutschen Reichsfürsten, von denen überhaupt etwas zu hoffen schien, wie Brandenburg und Sachsen, beharrten auf ihrem Standpunkt, daß vor allem der Kaiser selber mit Macht eingreife, von Spanien zeigte es sich im Spätherbst, daß weder eine kriegerische Tat, noch Subsidien zu erwarten seien.

In dieser Lage trat nun neuerdings der Plan eines Ausgleiches mit Frankreich über das spanische Erbe an Kaiser Leopold heran [3]). In Paris hatte man diese Idee nicht fallen gelassen. Jetzt im November 1667 eröffnete der französische Gesandte in Wien, Jacques Brethel von Gremonville, im Namen seines Königs dessen Ge-

1) Vgl. Meinecke, Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg, Histor. Zeitschr. LX, 193 ff. Für das ganze vgl. Pribram, Lisola, S. 317 ff. und 366 ff.

2) Worte des brandenburgischen Gesandten Gottfried von Jena vom 19. Nov. 1667, Meinecke, S. 222.

3) Für das folgende vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 159 ff., Legrelle, La diplomatie Française I, 101 ff. 124 ff., Pribram, Lisola, S. 387 ff. Die Berichte Gremonvilles bei Mignet, Négociations II, 337 ff., unsere Hauptquelle, müssen mit Vorsicht benutzt werden, wie Pribram, S. 391 Anm. 1 mit Recht bemerkt.



neigtheit in eine Verhandlung dieser Angelegenheit einzutreten. Gremonville suchte zuerst Fühlung mit Lobkowitz. Dieser war durchaus kein grundsätzlicher Gegner Frankreichs und kein Freund der Spanier. Er, auch der Oberstkämmerer Graf Lamberg und andere Männer bei Hofe, mochten sich die Möglichkeit und den Nutzen eines gütlichen Abkommens mit Frankreich vor Augen halten, namentlich im Hinblick auf die immer schwierigeren Verhältnisse in Ungarn und die Gefahr eines neuen Türkenkrieges. Aber Lobkowitz wollte in dieser überaus heikeln Sache sich nicht zu tief einlassen, um sich beim Mißlingen nicht unheilbar bloßzustellen, oder beim Bekanntwerden die doch immer gefährliche Rache der Spanier auf sich zu laden. Mit unübertrefflicher Klugheit schob er seinen Nebenbuhler, den Fürsten Auersperg vor. Diesen trieb sein Ehrgeiz, trotz aller Bedenken, sich in ein Werk einzulassen, das, wenn es wirklich von Dauer gewesen wäre oder hätte sein können, allerdings einen Staatsmann locken konnte: eine gütliche Teilung des großen spanischen Erbes zwischen den zwei rivalisierenden Häusern Europas, eine friedliche Lösung der spanischen Erbfolgefrage — welche Tat! Gremonville schwelgt in seinen Berichten in Schmeicheleien für seinen König, der solches unternommen, und in Ausdrücken der Beglückung, daß es ihm beschieden sei, einen für den Frieden der Welt so hochbedeutsamen Vertrag zustande zu bringen. Auf den friedens- und ruheliebenden Kaiser mögen solche Erwägungen mitbestimmend eingewirkt haben, sahen wir sie doch auch bei Johann Philipp von Mainz von Einfluß. Bei Auersperg trat allerdings auch noch persönlicher Ehrgeiz treibend hinzu, den Gremonville geschickt zu nützen und zu stacheln verstand. Auersperg, der Witwer war, träumte davon Kardinal zu werden [1]), ein anderer Richelieu oder Mazarin!

So gab denn der Kaiser auf Anraten Auerspergs seine Zustimmung zu Verhandlungen, die aber in allerstrengstem Geheimnis geführt werden sollten. Ehe noch die Vollmachten für Gremonville eintrafen, kam aus England und Schweden Nachricht über das Scheitern der Bemühungen um Allianzen, es kam die Kunde, daß der Kurfürst von Brandenburg (am 15. Dezember 1667) mit Frankreich einen Vertrag abgeschlossen habe, Pötting schrieb aus Madrid, daß von Spanien absolut nichts zu erhoffen sei. Unter dem Druck dieser Lage ließ nun der Kaiser zu Ende Dezember 1667 die Verhandlungen zwischen Auersperg und Gremonville

1) Schon 1662 hatte der Wiener päpstliche Nuntius bei der Kurie angeregt, dem Fürsten Auersperg ein Kanonikat von Regensburg oder Passau zu verleihen, um ihn zu verbinden. Archiv f. österr. Gesch. CIII, 730.



beginnen. Sie wurden im tiefsten Geheimnis geführt, bei Nacht kam Gremonville in Auerspergs Haus, endlich nachdem man beiderseits nachgegeben, kam am 20. Januar 1668 frühmorgens um 2 Uhr der Abschluß eines Teilungsvertrages zustande, der vom 19. Januar datiert und am 2. Februar von Ludwig XIV. ratifiziert wurde [1]).

Der Vertrag bestimmt zunächst die Stellungnahme im gegenwärtigen Kriege: der Kaiser soll Spanien bewegen, die von den Generalstaaten als Vermittlern aufgestellten Bedingungen, sowie den Frieden mit Portugal bis Ende März anzunehmen. Ist dies nicht möglich und dauert der Krieg fort, so darf der Kaiser in Belgien keinerlei Hilfe leisten; wohl aber, wenn Spanien von Frankreich oder einer andern Macht außerhalb Belgiens angegriffen würde; doch soll der Kaiser den Krieg nicht nach Frankreich, Ludwig nicht in die Erblande tragen. Den Kernpunkt des Vertrages bildet aber der dritte Artikel: zur Vermeidung künftiger Kriege sei im Interesse Europas und der Christenheit als ein durch den guten Zweck entschuldigtes Mittel die Teilung des spanischen Erbes für den Fall des kinderlosen Todes König Karls II. gefunden worden. Dem Kaiser und seinen Nachkommen soll zufallen Spanien, Westindien, das Herzogtum Mailand mit dem Lehenrecht über das Herzogtum Siena, Finale, Longone, Hercole, Orbitello und die anderen spanischen Häfen am toskanischen Meere bis zur Grenze des Königreiches Neapel, die Insel Sardinien, die kanarischen und balearischen Inseln. Ludwig XIV. aber und seinen Nachkommen sollen gehören die spanischen Niederlande, die Franche-Comté, die Philippinen, Navarra, Rosas, die afrikanischen Häfen, das Königreich Neapel-Sizilien.

Man kann aus der früher geschilderten Sachlage heraus verstehen, wie Leopold zu diesem Vertrag sich entschließen mochte, aber man kann diesen Entschluß keineswegs einen glücklichen nennen. Leopold gestand damit Ludwig XIV. ein ebenso gutes Recht auf die spanische Erbfolge zu, wie er es selber besaß. Er war bereit, die spanischen Niederlande und die Franche-Comté an Frankreich fallen zu lassen. Wir wollen nicht davon sprechen, daß beide zum Reiche gehörten, die Reichsstände selber wollten von diesem burgundischen Kreise nichts wissen, wenn ihnen aus seiner Verteidigung Lasten drohten. Aber welch gewaltige Machtvergrößerung bedeutete vor allem Belgien in der Hand Frankreichs! Es rückte unmittelbar heran an Holland und an die nordwest-

1) Der Vertrag ist gedruckt bei Legrelle I, 518.



deutschen Territorien, es stärkte seine Nordgrenze durch reiche, blühende wohlbevölkerte Gebiete, das Schicksal des zwischen Belgien und der Franche-Comté liegenden Lothringen und des Elsaß wäre damit jetzt schon unabwendbar erfüllt gewesen. Dazu noch Neapel und Navarra. Frankreich hätte einen wirklichen und großen Machtzuwachs gewonnen, das Haus Österreich aber hätte all dies, was es ja bisher besaß, verloren, und bezüglich Spaniens und Mailands wäre eine etwaige Vereinigung in der Hand Leopolds eine ganz aussichtslose, an allen möglichen Widerständen scheiternde Sache gewesen. Daran zu denken, lag sonst gerade jetzt nahe, da am 13. Jänner 1668 der wenige Monate alte Sohn Kaiser Leopolds gestorben war [1]) und man keine rechte Hoffnung auf weitere Nachkommenschaft hegen zu dürfen meinte.

Glücklicherweise ist dieser Teilungsvertrag nie zur Verwirklichung gelangt. Trotzdem hat er in den nächsten Jahren die österreichische Politik schwer geschädigt. Der Vertrag war geheim geschlossen und das Geheimnis wurde von den wenigen Mitwissern strenge gewahrt. Heimlich war der Kaiser mit Frankreich einig, öffentlich durfte er davon nichts merken lassen; heimlich hatte er Besitz der spanischen Linie preisgegeben, öffentlich sollte er ihn verteidigen. Der grundehrliche Kaiser sah sich genötigt, ein doppelt Spiel zu spielen, das ihm sicher in hohem Maße peinlich war [2]). Aus dieser Lage heraus erklärt sich das Schwankende und Unsichere der kaiserlichen Politik der nächsten Zeit. Frankreichs unglaublicher Übermut und seine Angriffe auf Holland und das Reich haben endlich den Bann des Geheimvertrages von 1668 gebrochen und diesen selbst zunichte gemacht.

Das Schwierige dieser neuen Lage zeigte sich sofort gegenüber der um dieselbe Zeit (23. Januar 1668) geschlossenen Tripelallianz der Niederlande mit England und Schweden [3]). Der Leiter der staatischen Politik de Witt hatte schon 1665 bei dem kaiserlichen Residenten im Haag

1) Genannt Ferdinand Wenzel, geboren am 27. Sept. 1667. Privatbriefe I, 323. 348.

2) In einem Briefe Leopolds an Pötting vom 18. Jan. 1668 findet sich ein Stoßseufzer, den Pötting natürlich auf die bei Spanien vergeblich verschwendete Mühe deuten mußte, der uns aber auch die unbehagliche Stimmung des Kaisers unmittelbar vor dem Abschluß des Geheimvertrags erkennen läßt: „Was sonsten die publica anlangt, weiß ich schier nimmer, was ich schreiben solle, denn mich dünkt, es heiße: oleum et operam perdidi. Si saltem sero saperent Phryges". Privatbriefe I, 349. Pribram, Lisola, S. 407 wies schon darauf hin.

3) Vgl. für das Folgende Pribram, Lisola, S. 413 ff. H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge. Niederlande I, 50 ff.



Friquet, den Gedanken einer Allianz der interessierten Mächte und namentlich des Kaisers gegen die wachsende Macht Frankreichs in Anregung gebracht. Der ausbrechende Krieg der Republik mit dem Bischof von Münster und mit England (1665—1666) schob solche Pläne zurück, gewährte aber dem Wiener Hofe Gelegenheit zu Friedensvermittlungen, die den Staaten recht wertvolle Dienste leisteten. Der Devolutionskrieg aber rückte die französische Gefahr handgreiflich nahe. De Witt hoffte sie mit Diplomatie und Allianzen zu bannen. Wie in Deutschland, so kam dem auch in England eine franzosenfeindliche Stimmung entgegen. König Karl II. von England, mit seiner Sympathie und seinem persönlichen Interesse viel mehr auf seiten Ludwigs XIV., mußte sich dem Parlamente fügen. Sein Gesandter im Haag, William Temple, stimmte mit de Witt und mit Lisola in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer energischen Abwehr wider Frankreich überein, das vor allem am weiteren Vordringen in den spanischen Niederlanden verhindert werden sollte. Spanien mußte freilich die Kosten tragen und auch noch Subsidienzahlung für Schweden auf sich nehmen, welches nur dadurch als Dritter im Bunde gewonnen wurde und im April 1668 förmlich der Tripelallianz beitrat. Ludwig XIV. kam freilich einer eigentlichen Einflußnahme dieser Mächte zuvor, indem er scheinbar maßvoll auftrat und in dem am 2. Mai 1668 mit Spanien geschlossenen Frieden von Aachen auf die eroberte Franche-Comté verzichtete und sich mit zwölf flandrischen Festungen begnügte.

Was lag nun näher, als daß der Kaiser in irgendeiner Weise sich der Tripelallianz anschloß [1]). Die kaiserlichen Diplomaten, Lisola und der neue Resident im Haag, Johann Daniel von Kramprich, wollten mit Feuereifer darauf hinarbeiten, sie hatten ja keine Ahnung von dem Geheimvertrag mit Ludwig XIV. Aber sie erhielten von Wien gemessene Weisungen, „sich nicht zu weit herauszulassen", bekamen keine Instruktionen, und beteiligten sich nur auf eigene Faust an den mühseligen Verhandlungen der Tripelallianz mit Spanien über die Garantie des Aachener Friedens und über die Festlegung der Subsidienzahlungen Spaniens an Schweden. Auch von Spanien aus drängte man den Wiener Hof zum Anschluß an die alliierten Mächte, während Gremonville in Wien seine

1) Für das folgende Pribram, Lisola, S. 436 ff. 479 ff.; Pribram, Franz v. Lisola u. d. Ausbau der Tripleliga 1670 und 1671 in Mitteil. d. Instituts XXX, 444 ff. H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge. Niederlande I, 65 ff.; daselbst S. 81 ff. die verschiedenen Bündnisprojekte von 1668—1671. Über Bündnisverhandlungen mit Schweden 1667 und 1668, die jedoch abgebrochen wurden, vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 552 ff.

ganzen Künste aufbot, um dies zu verhindern. Die Zurückhaltung des Kaisers erbitterte in Madrid, es gingen dunkle Gerüchte von einem Teilungsvertrage um, der spanische Gesandte Castelar in Wien wurde beauftragt, vom Kaiser eine bestimmte Erklärung zu verlangen. Um nicht alles zu verderben, sah sich Leopold gezwungen, Castelar wissen zu lassen, daß er der Tripelallianz beitreten wolle. Am 13. Juli 1669 ergingen entsprechende Instruktionen an Lisola und Kramprich. Zur selben Zeit aber versicherte der Kaiser Gremonville, diese Erklärungen seien nur erfolgt, um Spanien zu beruhigen, und Auersperg und Lobkowitz versprachen, mit ihrem ganzen Einflusse den Beitritt des Kaisers zu verhindern.

So begreift sich's, wenn den Weisungen vom 13. Juli bald andere folgten, wonach bestimmte Vorschläge und jede Übereilung vermieden werden sollten. Lisola erkannte mit Bestürzung die hinhaltende Politik seines Kabinetts, erlahmte aber dennoch nicht, immer wieder neue Entwürfe auszuarbeiten, und trotz der scharfen Mahnungen, ja Desavouierungen von seiten seines Hofes gleichsam seine eigene Politik zu machen. So strebte er mit unendlicher Bemühung dahin, den Kaiser wenigstens dazu zu bringen, mit Mainz und Trier und mit Lothringen in Verbindung zu treten und an der Spitze eines solchen Bundes den Zielen der Tripelallianz sich anzuschließen, oder doch mindestens mit ihr nicht zu brechen. Ein überraschendes Ereignis schien gegen Ende des Jahres 1669 eine erfreuliche Wendung der kaiserlichen Politik zu versprechen, der jähe Sturz des Fürsten Auersperg[1]).

Auersperg war, wie wir sahen, bei dem Abschluß des Geheimvertrags von 1668 hervorragend beteiligt. Was für den Augenblick sein größter Erfolg schien, wurde ihm zum Verhängnis. Die Antipathie des Kaisers gegen Auersperg wurde sicherlich verstärkt durch die drückende, ja beschämende Lage, in die Leopold infolge jenes Paktes geriet und die ihm bei seiner ehrlichen Gewissenhaftigkeit unerträglich werden mußte. Daß bei Auersperg auch das ehrgeizige Streben nach dem Kardinalshute mitspielte, wußte der Kaiser. Er hatte an sich nichts dagegen, glaubte, daß er die Ernennung wohl werde zulassen müssen, und versprach für diesen Fall im März und nochmals im September 1668 Lobkowitz den ersten Platz im Geheimen Rat. Was er aber noch im Jänner 1669

1) Vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 185 ff., Pribram, Lisola, S. 489 ff., Levinson im Archiv f. österr. Gesch. CIII, 598 ff. und 817 ff.; die hier publizierten Berichte des Nuntius Pignatelli bringen erst vollere Aufklärung.



nicht glauben wollte, war, daß Auersperg sich dabei der Protektion König Ludwigs bediene [1]). Nachrichten darüber waren ihm durch Pötting aus Spanien zugekommen. In Madrid und in Rom schob man nicht ohne Grund die Zurückhaltung des Kaisers auf den Einfluß Auerspergs und der spanische Gesandte in Wien wurde nicht müde in diesem Sinne zu berichten und gegen den Fürsten zu arbeiten. All dies wirkte zusammen, um im Laufe des Jahres 1669 die Stellung Auerspergs zu untergraben.

Auersperg hatte in der Tat den König von Frankreich um Unterstützung in der Kardinalsangelegenheit angegangen, und weil sich nun diese Frage höchst persönlichen Ehrgeizes mit einer den Kaiser nahe berührenden kirchenpolitischen Angelegenheit verquickte und kreuzte, erfüllte sich schließlich das Geschick des sonst so weitblickenden, hier so verblendeten Mannes. Im Sommer 1669 stand eine Kardinalspromotion durch Papst Clemens IX. in Aussicht. Von seiten des Kaisers war als Kandidat der Abt von Fulda, Markgraf Bernhard Gustav von Baden-Durlach, in Vorschlag gebracht und der Kardinal von Hessen bemühte sich im Auftrage des Kaisers in Rom sehr für diese Kandidatur. Dagegen intrigierte nun Auersperg und bot Ludwig XIV. sowie dessen Minister Lionne auf. Diese schrieben nach Rom und empfahlen dringendst Auersperg, der beim Kaiser so in Gnaden stehe, daß dieser die Zurücksetzung des Abtes von Fulda zugunsten seines Ministers sich gerne gefallen lassen werde. Der Papst aber fand sich durch Rücksichten auf die französische Hilfe für Venedig in dessen verzweifeltem Kampf um Candia bestimmt, den französischen Kandidaten, den Herzog von Albret, einen Neffen Turennes, zu ernennen, und um Spaniens willen die Ernennung eines Spaniers sich vorzubehalten. Dieser Entschluß des Papstes verursachte in Wien die größte Aufregung. Der Kaiser war verletzt durch die Nichtbeachtung seiner Wünsche, Auersperg sah sich in seinen Hoffnungen schwer getäuscht, Lobkowitz war wütend, daß sein verhaßter Nebenbuhler nun doch in seiner Stellung blieb [2]). Die beiden Minister machten die Sache

1) Privatbriefe II, 4.

2) Nuntius Pignatelli berichtet am 28. Juli von einer Szene im Vorzimmer des Kaisers, wo Lobkowitz dem Fürsten Auersperg die schwersten Anklagen ins Gesicht geschleudert habe, che era un infedele, un ingannatore et un traditore e ribelle del proprio prencipe, und dann dem Kaiser sagte, che non voleva in alcuna maniera essergli compagno nel governo e nel servitio di S. M. e che era necessario, che ella si valesse (dell' uno) o dell' altro. Levinson, S. 816.

zu einer Staatsaffäre, Kaiser und Reich seien beleidigt, man werde diesen Affront vor das Reich bringen. Im September wurde im Geheimen Rate sogar beschlossen, daß der päpstliche Nuntius Pignatelli nicht mehr bei Hof erscheinen und aus den Erblanden ausgewiesen werden solle. Es drohte ein ärgerlicher Konflikt zwischen Kaiser und Kurie. Da griffen zwei inoffizielle Persönlichkeiten vermittelnd ein. Die Kaiserin-Witwe Eleonore nimmt sich der Sache an, um, wie sie sagte, den Kaiser in Ruhe zu lassen und zu entlasten. Sie rät den Ministern, doch so lange mit den angedrohten Schritten zu warten, bis Bericht von dem Residenten in Rom Freiherrn von Plittersdorf einlaufe. Der Nuntius aber wandte sich an den P. Emmerich und stellte ihm vor, welcher Skandal zur Freude der Ketzer und zum Schaden für Kaiser und Kirche entstünde. Als dann Berichte Plittersdorfs im Oktober erkennen ließen, daß die Angelegenheit für jetzt entschieden sei, flaute der Sturm in Wien mehr und mehr ab. Und als Plittersdorf plötzlich Anfang November selbst in Wien erschien und dem Kaiser geheimen Bericht [1]) erstattete, da war nicht bloß der Konflikt zu Ende, sondern auch Auerspergs Fall entschieden. Denn dem kaiserlichen Residenten waren vom Papste selber andeutungsweise und von den Kardinälen von Hessen, Azzolino und Rospigliosi ausführlich mit Vorweis der gravierenden Briefe die ganzen Umtriebe Auerspergs enthüllt worden; zugleich brachte Plittersdorf die Versicherung mit, daß der Papst keinen anderen zum Kardinal ernennen werde, als den Markgrafen von Baden.

Am 22. Mai 1669 hatte Leopold an Pötting mit Bezug auf Auersperg geschrieben: sollte aber ich ein Prob haben, daß ein Minister ein Schelm sei, so würde sein Kopf bald zu Boden liegen [2]). Jetzt war diese Probe geliefert. Den Kopf konnte es Auersperg allerdings nicht kosten. Dazu hätte es eines gerichtlichen Verfahrens bedurft. Allein die Schuld Auerspergs war so verquickt mit dem Geheimnis des Teilungsvertrages, welches der Kaiser um jeden Preis wahren wollte und mußte, daß Leopold nur das tun konnte, was ganz allein in seiner Macht stand und wofür er niemandem Rechenschaft schuldig war, dem ungetreuen Diener seine Gnade entziehen, ihn seines Amtes entheben und vom Hofe verbannen. Lobkowitz, der nun triumphierte, hat jedenfalls das Seine dazu getan; ebenso ein Brief der Königin von Spanien, worin sie Auersperg

1) Dieser Bericht herausgegeben von Adam Wolf, im Archiv f. österr. Gesch. XX, 331 ff.

2) Privatbriefe II, 23.



des Verrates der Interessen des Hauses Österreich beschuldigte. Am 10. Dezember ließ der Kaiser durch den Hofkanzler Hocher dem Fürsten einen Brief übergeben, worin er diesem „aus gewissen erheblichen Ursachen“ befiehlt, binnen drei Tagen Wien zu verlassen, sich nach Wels zu begeben, dort bis auf weitere Verordnung zu bleiben und sich aller Korrespondenz zu enthalten [1]).

Auersperg war vernichtet. Vergebens wandte er sich an die Kaiserin Margareta und verlangte „Gerechtigkeit“. Er verließ Wien, bat aber von der Reise aus, daß ihm gestattet werde, nach Laibach sich zurückzuziehen. In Krain hatte er seine Güter, in Laibach war sein Bruder Landeshauptmann. Dies wurde ihm gewährt. Fortan lebte er in Laibach. Er hatte auch jetzt noch die Hoffnung auf den Kardinalshut nicht aufgegeben und er korrespondierte mit Männern der franzosenfreundlichen Partei in Madrid. Aber dies waren eitle Bemühungen. Am 13. November 1677 ist er in Laibach gestorben.

Der für weitere Kreise ganz unerwartete und nicht recht erklärliche Sturz des mächtigen Ministers machte an den Höfen größtes Aufsehen und forderte natürlich alle möglichen Vermutungen heraus. Vielfach gab man den Spaniern oder den Intrigen des Fürsten Lobkowitz allein die Schuld, da man die Feindschaft der beiden Männer kannte. Wir wissen, daß daran etwas Wahres, sicher ist, daß Lobkowitz nunmehr unbestritten der erste Mann am Wiener Hofe, der ausschlag- und richtunggebende Berater des Kaisers wurde [2]). Leopold schenkte ihm im allgemeinen volles Vertrauen und ließ sich von der imponierenden Natur und der Erfahrung des Fürsten bestimmen. Aber auch neben Lobkowitz fragte der in seinem Gewissen so ängstliche, in seinem Entschlusse so zögernde Herrscher oft und oft in strengstem Vertrauen seinen Kapuziner Pater Emmerich um Rat. Da Lobkowitz die ja auch von ihm gebilligte Politik der letzten Zeit fortsetzte, brachte der Sturz Auerspergs in politischer Hinsicht keine Wendung, und erst als das ganze System Auersperg-Lobkowitz fiel, erinnerte man sich bei dem gleichen Sturz, der auch Lobkowitz ereilte, wieder seines älteren Schicksalsgenossen.

1) Der Brief bei Wolf, Lobkowitz 198, Anm. 3.

2) Lobkowitz hätte gerne den Titel eines „primus minister“ (Premierminister) gehabt, allein dem Kaiser war dieser Titel, wie er selbst am 21. Nov. 1669 an P. Emmerich schrieb, geradezu verhaßt; er wünscht dringend, daß Lobkowitz sich damit zufrieden gebe, des Kaisers „erster geheimer Rat“ zu sein. So geschah es auch.

Bald nach diesen aufregenden Vorfällen ergriff den Kaiser eine schwere Krankheit. Durch mehr als drei Wochen, bis Mitte Jänner 1670, lag er zu Bette, erst Anfang Februar war er wieder vollkommen hergestellt [1]).

Die ernste Gefahr, in der das Leben des Kaisers schwebte, lenkte die Aufmerksamkeit weiter politischer Kreise auf die Lage des Hauses Österreich in Deutschland und in Spanien. Der schwächliche, immer aufs neue kränkelnde königliche Knabe in Spanien und Kaiser Leopold, der keinen Sohn besaß, waren die letzten männlichen Habsburger. Vom Kaiser wußte die Fama genau zu melden, daß ihm „durch so vielfältiges Zusetzen durch Gift und andere Sachen die Kraft und virtus generandi geschwächet worden" [2]). Überhaupt war die Meinung weit verbreitet, daß Leopold kein langes Leben beschieden sei. Man beschäftigte sich in fürstlichen Kabinetten und in der Publizistik schon mit der Frage, was denn für den Fall des Ablebens Leopolds vorzusorgen wäre, und mit der Nachfolgefrage in den Ländern der deutsch-habsburgischen Linie. Herzog Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg, dem 1669 die lang erstrebte Krone Polens entgangen war, dachte jetzt an die Würde eines römischen Königs. Von ihm inspirierte Flugschriften legten dar, daß man bei der Lage der Dinge an die Wahl eines römischen Königs schreiten solle, um für einen Nachfolger des Kaisers zu sorgen; die Lockungen Frankreichs, das ja nach solchen Dingen strebe, seien sonst sehr gefährlich, auch müsse man zeigen, daß die deutsche Krone nicht beim Hause Österreich erblich sei; der richtige Kandidat wäre der Neuburger [3]).

Weit interessanter ist, daß auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg sich mit diesen Sukzessionsfragen beschäftigte, und zwar in

1) Vgl. Privatbriefe II, 60. 64. — Die Geschichte, daß K. Leopold gegen Ende April 1670 durch den Dunst vergifteter Wachskerzen schwer erkrankte und durch den Abenteurer, Arzt und Alchemisten Francesco Borri aus Mailand gerettet und geheilt worden sei, ist eine Erdichtung. Dies hat schon Majlath, Gesch. des östreich Kaiserstaates IV, 98—128 nachgewiesen. Allerdings war Borri damals in Wien. Lobkowitz, der Kammerpräsident Sinzendorf und auch der Kaiser interessierten sich für seine Goldmacherkünste, aber Borri mußte der römischen Inquisition ausgeliefert werden, die ihn vorlängst wegen ketzerischer Schwärmereien verurteilt hatte. Vgl. Adam Wolf im Notizenblatt der Wiener Akad. 1859, S. 337 ff. und Wolf, Lobkowitz, S. 228 f., auch Levinson im Archiv f. österr. Gesch. CIII, 656 ff. und CVI, 501, 583.

2) Vgl Haller, Die deutsche Publizistik 1668—1674, S. 18 f.

3) Vgl. Haller, a. a. O. Schmidt in Mitteil. des Instituts XXVIII, 602 f.



doppelter Richtung. Brandenburg war mit Rücksicht auf seine Interessen an der polnischen Königswahl im Devolutionskriege zugunsten Frankreichs neutral geblieben. Es war auch nicht der Tripelallianz beigetreten. Man hegte nicht ohne Grund Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Versicherungen des Wiener Hofes, Frankreich entgegentreten zu wollen, namentlich als Gerüchte von dem österreichisch-französischen Vertrag von 1668 durchsickerten. So konnte die französische Diplomatie jetzt (am 31. Dezember 1669) auch hier einen Geheimvertrag zustande bringen, der auf die spanische Erbfolgefrage abzielte: würde nach dem Tode des Königs von Spanien ein Krieg um die spanischen Niederlande entbrennen, so verpflichtet sich der Kurfürst auf 10 Jahre zur Stellung von 10 000 Mann Hilfstruppen, womöglich unter seiner eigenen Führung; dafür soll er schöne Subsidien und Geldern östlich der Maas erhalten [1]. Folgte da der Kurfürst französischen Lockungen, so faßte er aus eigenstem Antrieb das anscheinend ebenso schnell eintretende Erlöschen der deutschen Habsburger ins Auge. Es ist eine von ihm selbst verfaßte, merkwürdige Aufzeichnung aus dieser Zeit um 1670 erhalten [2]. Wenn, wie er vernommen, so sagt Friedrich Wilhelm darin, jetzt schon „bei lebendigem Leib" des Kaisers Teilungspläne gemacht werden, so müßte bei solcher Teilung auch das Haus Brandenburg Ansprüche erheben und zwar auf Schlesien. Und nun führt der Kurfürst die Rechtsansprüche auf Jägerndorf und andere Teile Schlesiens auf, legt dar, daß Schlesien weder in sächsische noch schwedische Gewalt kommen dürfe und erörtert auf das Genaueste, wie die Erwerbung Schlesiens militärisch und politisch durchgeführt werden müßte: Ziele und Lehren für die Zukunft!

Wie der Kurfürst andeutet, wurde er durch Pläne anderer zu seinen Erwägungen veranlaßt. Dies bezieht sich zweifellos auf die politische

1) Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 691 ff., vgl. Pribram in Urk. u. Aktenst. XIV, 396 ff., Erdmannsdörffer I, 561. — Am 6. Jan. 1670 hat der kaiserl. Gesandte in Berlin, Freiherr von Goeß, schon Kenntnis davon, daß etwas in eum casum traktiert worden, wenn der spanische König mit Tod abginge. Urk. u. Aktenst. XIV, 438.

2) Bekannt gemacht von Ranke, Zwölf Bücher Preuß. Geschichte, Sämtl. Werke, Bd. XXV. XXVI, 518 ff., vgl. 296 ff. — Übrigens war in Berlin schon früher bei gelegentlichen Unterredungen des Freiherrn von Schwerin mit den kaiserlichen Gesandten Lisola (1663—1664) und Goeß (1667) die Möglichkeit des Aussterbens des Hauses Österreich berührt und hierbei von Schwerin angedeutet worden, ob man nicht für diesen Fall „eine Expectanz auf ein Stück dero Länder erteilen täte". Es ist begreiflich, daß weder Lisola noch Goeß irgendwie auf eine solche Idee eingingen. Urk. u. Aktenst. XIV, 824.

Haltung Bayerns. Sie müssen wir in diesem Zusammenhange beleuchten.

Bayern sahen wir bei der Kaiserwahl an der Seite Österreichs [1]). Kurfürst Ferdinand Maria wies damals alle lockenden Versuchungen und Anerbieten, nach der deutschen Krone zu greifen, entschlossen zurück. Das entsprach seiner eigenen bedächtigen Natur, sowie dem Rate der Mutter und des Obersthofmeisters Grafen Maximilian Kurz. Anschluß an Österreich war das politische System seines Vaters, des großen Kurfürsten Maximilian, gewesen. Man muß gestehen, daß man trotzdem in den nächsten Jahren in Wien sich in mancherlei für Bayern mehr oder minder wichtigen Fragen sehr wenig entgegenkommend bewies, ja frühere Versprechen nicht erfüllte, so im Reichsvikariatstreit Bayerns mit der Pfalz, in der Frage der Belehnung Savoyens mit Montferrat — hier spielte mit, daß die Kurfürstin Adelheid ja dem Hause Savoyen entstammte, die Kaiserin-Witwe Eleonore aber dem Hause Gonzaga, das auf Montferrat Ansprüche erhob — so in den bayerisch-österreichischen Grenz- und Zollfragen [2]). Aber weit wichtiger wurde anderes. Im Juli 1662 starb Graf Kurz und an seine Stelle trat Graf Hermann Egon von Fürstenberg. Er war der mittlere der drei Brüder Fürstenberg, die seit 1664 Fürsten des Reiches, viel eher Pairs von Frankreich genannt werden konnten. Im Sold und Dienste Ludwigs XIV., mit Jahrgeldern, Benefizien und Geschenken reich bedacht, haben Franz und Wilhelm von Fürstenberg von Straßburg und Köln aus mit überall eingreifender Rührigkeit die französische Politik und ihren Einfluß gefördert. In München tat dies nun Hermann, stets in eifriger Korrespondenz mit seinen Brüdern. Wirksame Bundesgenossen aber fand er an der ehrgeizigen, mehr französisch als italienisch fühlenden Kurfürstin, die seit der ersehnten Geburt eines Kurprinzen (Max Emanuel, 11. Juli 1662) an Einfluß auf ihren Gemahl gewann; und an dem ebenfalls seit 1662 ernannten Vizekanzler des Geheimen Rates, Kaspar von Schmid. Das war ein Mann gleich Hocher in Wien, ein strenger Jurist, ausgezeichneter Arbeiter, im allgemeinen uninteressiert. Er hatte die Überzeugung gewonnen, daß Bayern sich von Österreich loslösen und nur seine eigenen Interessen zur Richtschnur alles Handelns machen müsse. Halt gegen Mißgunst, Übergriffe und Übermacht Österreichs finde Bayern nur an Frankreich, das wegen

1) Vgl. oben S. 49. 53.

2) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 44 ff.



seines eigenen Gegensatzes zu Habsburg an der Stärkung Bayerns interessiert sei.

Schon seit Ende 1662 begannen Korrespondenzen und Anregungen zu einer näheren Verbindung zwischen den Höfen von München und Paris. Während des Devolutionskrieges wehrte Kurfürst Ferdinand Maria eifrig alles ab, was ihn und sein Land hätte hineinziehen können. Gegen die Tripelallianz brachte dann Frankreich in den ersten Monaten von 1668 wieder den Bündnisplan mit Bayern zur Sprache, der jedoch durch den Frieden von Aachen (2. Mai 1668) für den nächsten Zweck gegenstandslos wurde.

Aber um eben diese Zeit begannen sich in des Kurfürsten Seele gleißende Hoffnungen zu regen, welche nun „drei Generationen hindurch in den entscheidendsten Momenten der trügerische Leitstern für die Politik" Bayerns werden sollten [1]: die Erbfolge nach den Habsburgern in Spanien oder Österreich und der Erwerb der Kaiserkrone. Man glaubte auch am bayerischen Hofe, daß Kaiser Leopold nicht lange zu leben habe und keinen Erben mehr bekommen werde. Im Falle weiblicher Erbfolge hielt sich Ferdinand Maria als Sohn Maria Annas, der Tochter Ferdinands II., in Österreich und Böhmen erbberechtigt. Und war dann nicht der Kurfürst von Bayern der fast einzig mögliche Bewerber um die deutsche Krone? Es begann den Kurfürsten jetzt zu reuen, daß er vor zwölf Jahren darauf verzichtet hatte. Freilich, das deutsche Kaisertum erstrebte gerade derjenige selber, ohne dessen Hilfe Bayern so große Pläne überhaupt nicht verfolgen konnte, Ludwig XIV. von Frankreich. Doch hierin würde man wohl einen Modus finden. Hermann und Wilhelm von Fürstenberg nahmen um die Mitte 1669 eifrig und geschickt die Vermittlung auf sich. Der französische Hof ging gern auf diese Pläne ein. Am 17. Februar 1670 wurde in München der geheime bayerisch-französische Allianzvertrag geschlossen. Schwierigkeiten wegen der Höhe der französischen Subsidien und wegen der Nachfolge im Reiche wurden nach langen Verhandlungen endlich am 28. November 1670 durch einen besonderen Geheimartikel gelöst.

Der Vertrag zeigt klar, welchen Wert König Ludwig auf den Gewinn Bayerns legte, um für die vielleicht bald bevorstehenden Ereignisse damit rechnen zu können. Für den spanischen Erbfall soll der Kurfürst eine Vermittlung zwischen dem Kaiser und Ludwig versuchen; kommt es

1) Rieglers Worte VII, 184.

aber zum Krieg, dann soll der Kurfürst einen Reichskrieg und jede Unterstützung des Kaisers verhindern, wofür ihm Subsidien gezahlt werden; bietet aber der Kaiser dem Kurfürsten die vorteilhafte Abtretung von Gebieten an, so mag der Kurfürst die Partei des Kaisers ergreifen. Für den österreichischen Erbfall sichert Ludwig dem Kurfürsten zur Verfechtung seiner Ansprüche auf österreichische Länder, besonders auf Böhmen, sehr hohe Subsidien zu. Dafür verpflichtet sich der Kurfürst, wenn ihm die Kaiserkrone angeboten werden sollte, dieselbe auf die bestmögliche Weise abzulehnen und dahin zu arbeiten, daß Ludwig zum Kaiser und er zum römischen König gewählt werde.

Mit den drei Geheimverträgen von 1668 (Österreich), 1669 (Brandenburg) und 1670 (Bayern) durfte Ludwig XIV. glauben, nächste und weitere Ziele seiner „universalen" Politik mächtig gefördert zu haben. Durch den Teilungsvertrag mit dem Kaiser waren Ludwig vor allem die spanischen Niederlande zugesprochen, und sollte es um sie trotz aller Verträge zum Kampfe kommen, so hatte er sich die starke Hilfe Brandenburgs gesichert. Bayern aber wurde auf das zu gewärtigende österreichische Erbe gewiesen, dessen Zerteilung im größten Interesse Frankreichs lag. Im Hintergrunde schimmerte die kaiserliche Krone, deren ehrwürdiger, doch verblaßter Glanz durch den Sonnenkönig neu erstrahlen sollte.

Nicht minder meisterhaft verstanden es Ludwig XIV. und seine virtuosen Diplomaten, jene Macht zu isolieren, die es gewagt hatte, ihm bei Eroberung Belgiens in den Arm zu fallen und eine Koalition entgegenzustellen, die ihn bei dem Status quo des Aachener Friedens festhalten oder gar noch weiter zurückdrängen wollte [1]). Die stolzen „Staaten" sollten dafür gestraft und so gedemütigt werden, daß der leichte Anfall ganz Belgiens nur eine Frage der Zeit sein könnte und Frankreich bei der Ausfüllung seiner „natürlichen Grenzen" bis zu den Mündungen der Schelde, der Maas und des Rheins dann nicht mehr an die holländische Barriere zu stoßen brauchte [2]). Des Ratspensionärs de Witt Lieblingswerk, die Tripelallianz, war im Grunde nur ein höchst mühsam zusammengefügtes, gebrechliches Gebilde. Zunächst gelang es Ludwig, England daraus zu lösen, dessen König Karl II. am 1. Juni 1670 mit

1) Vgl. die allgemeine Darstellung bei Immich, Gesch. d. europ. Staatensystems S. 66 ff.

2) Vgl. Lavisse, Histoire de France VII 2, 300.



Ludwig XIV. eine geheime Allianz gegen die Niederlande schloß, mit denen er äußerlich noch im Bunde stand. Schweden, bei dem es sich wesentlich um die Geldfrage handelte, wurde durch das stärkere Angebot Frankreichs gewonnen, so daß es im April 1672 zum neuerlichen Anschluß Schwedens an Frankreich kam [1]).

Aber Ludwig XIV. scheute auch nicht einen neuen Gewaltstreich, um den Angriff vorzubereiten. Er nahm den Beitritt des Herzogs Karl IV. von Lothringen zur Tripelallianz zum Anlaß, ließ plötzlich Ende August 1670 ein Heer in Lothringen einrücken und das ahnungs- und wehrlose Land besetzen. Der Herzog entfloh. Lothringen, schon seit dem Vertrage Karls mit Ludwig XIV. im Jahre 1662 militärisch Frankreich halb ausgeliefert [2]), ward nun ganz dessen leichte Beute, ein Ziel Richelieus verwirklicht, die Verbindung zwischen der spanischen Franche-Comté und den spanischen Niederlanden unterbrochen.

Lothringen gehörte zum Reiche, Kaiser und Reich hätten sich wider die empörende Vergewaltigung erheben müssen. Leopold fühlte dies sehr wohl, allein verstrickt durch die Fesseln des Vertrages von 1668, zaghaft und unentschlossen wie er war, sah er nur die Gefahren eines Kampfes mit Frankreich und die Unzuverlässigkeit der Reichsfürsten und Spaniens und wurde in seiner zuwartenden Haltung noch bestärkt durch die schlimmen Verhältnisse in Ungarn. War es doch die Zeit, in der die Magnatenverschwörung entdeckt wurde und die Unruhen in Ungarn begannen. Daß Ludwig XIV. und der französische Gesandte Gremonville zweifellos mit den Ungarn in Beziehung standen, daß man einen Türkenkrieg fürchtete, lähmte nur noch mehr jede Tatkraft des Kaisers und seiner Regierung. Überdies war der maßgebende Mann dieser Regierung, Fürst Lobkowitz, für das Zusammengehen mit Frankreich, Hocher war ängstlich, und Montecuccoli, der sicher schon jetzt eine aktive Politik gewünscht

1) Gleichzeitig bemühte sich der schwedische Resident in Wien, Esaias Pufendorf, die 1668 abgebrochenen Verhandlungen über ein Bündnis Schwedens mit dem Kaiser wiederaufzunehmen. Pufendorfs Wiener Tagebuch (1671—1674) ist eine bedeutsame Quelle, vgl. meine Abhandlung in Mitteil. des Instituts 37. Bd., über die Bündnisverhandlungen seit 1671, S. 555 ff.

2) Vgl. Erdmannsdörffer I, 28. 540. Im Jahre 1662 erschien eine „Dissertation historique et politique sur le traité“, welche beweisen will, daß Lothringen nie zum Deutschen Reiche, sondern stets zu Frankreich gehört habe, daß der König von Frankreich der wahre römische Kaiser sei und das Kaisertum nicht Deutschland, sondern Frankreich gebühre. Die Schrift beginnt mit der Apostrophe: Au roy empereur des François et des Romains. Exemplar im Staatsarchiv Wien.

hätte — er stand mit Lisola in Briefwechsel, — besaß gegenüber Lobkowitz noch nicht Einfluß genug.

So sehen wir denn fort und fort ein schwächliches Lavieren[1]). Im Januar 1670 scheint Leopold geneigt, über den Anschluß an die Tripelliga zu verhandeln, im März verspricht Lobkowitz Gremonville der Liga nicht beizutreten, ja die Niederlande fallen zu lassen, wenn Spanien geschont bliebe, im Juni erklärt der Kaiser auf Drängen Spaniens, ernstlich auf ein Bündnis mit den Ligisten, mit Mainz, Trier und Lothringen bedacht zu sein. Im August entschloß man sich wirklich, dieser Sache näherzutreten, zu gleicher Zeit aber ließ der Kaiser durch die Kaiserin-Witwe Eleonore Gremonville sagen, daß er sich in die Liga absolut nicht einlassen wolle[2]). Der Einfall Frankreichs in Lothringen erschütterte den Kaiser, wie er am 23. September an Lisola schrieb, heftig — „aber wir können allein nicht gegen Frankreich losziehen". Leopold sandte zwar im November den Grafen Gottlieb Windischgrätz nach Paris, allein Ludwig XIV. verhielt sich in der lothringischen Sache schroff ablehnend und überaus hochfahrend. Gremonville las dem Kaiser eine Depesche seines Königs vor, die neben Versicherungen von dem Wunsche guten Einverständnisses in verletzend hochmütigem Ton jegliche Vermittlung zurückwies. Der Kaiser antwortete nur auf jene Phrase und überhörte schweigend alles andere[3])

Es kamen ferner wohl Verhandlungen mit Holland, Mainz, Trier und dem Herzog von Lothringen über den Beitritt des Kaisers zur Garantie des Aachener Friedens neuerlich in Gang. Aber die Bedingung der wechselseitigen Hilfe der Garanten im Falle eines französischen Angriffes gegen einen von ihnen, auf welcher de Witt durchaus bestand, führte zu neuen Schwierigkeiten und zu unendlichen Verhandlungen, bis schließlich im Februar und März 1671 klar wurde, daß König Karl II. von England von der Tripelallianz abgefallen sein und sich wieder Frankreich genähert haben müsse. Dies gab dem Kaiser natürlich neuen Grund zur äußersten Zurückhaltung und zum Entschluß, mit Frankreich nicht zu brechen, um, wie Hocher sagte, noch größere Übel zu vermeiden, und nicht etwa nach zwei Seiten — gegen Türken und Franzosen kämpfen zu müssen. Auf ein Sonderbündnis mit den Generalstaaten wollte man sich nicht einlassen und auch Verhandlungen, welche wenigstens wegen

1) Vgl. Pribram, Lisola, S. 494 ff.
2) Pribram in Mitteil. des Instituts XXX, 464 ff., auch für das Folgende.
3) Vgl. Mignet III, 488 ff.



des höchst nötigen Schutzes der Stadt Köln von Lisola um die Mitte des Jahres 1671 eifrig betrieben wurden, führten zu keinem Ergebnis[1]).

Wenigstens dazu war man in Wien geneigt, näherliegende Bestrebungen zu fördern, welche innerhalb des Reiches selber Allianzen schaffen wollten, um in diesen gefährlichen Läufen die Sicherheit und Ruhe des Reiches zu schützen. Das war ja das stete Ziel des Kurfürsten Johann Philipp von Mainz, der seit dem Devolutionskrieg mehr und mehr die französische Gefolgschaft lockerte und in seiner Weise verschiedene Pläne verfolgt hatte. Jetzt dachte er an ein Bündnis des Kaisers und der bedeutendsten Reichsfürsten, das die Aufstellung einer gemeinsamen Truppenmacht für die Sekurität des Reiches zum Ziele hatte[2]). Seit Februar 1671 war der kaiserliche Gesandte Marquis de Grana im Verein mit Johann Philipp für diese „Provisionalallianz" im Reiche eifrig tätig, und es gelang außer Mainz und dem stets kaiserlich gesinnten Karl Kaspar von Trier, im August auch den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen dafür zu gewinnen. All das übrige Verhandeln führte jedoch zu keinem greifbaren Ergebnis, der Effekt der am 10. Januar 1672 auf der Marienburg zu Würzburg beurkundeten Allianz war, daß man eine Macht von 4800 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferd auf dem Papier stehen hatte[3]). Mit Recht wurde dies von Brandenburg, an das man auch herantrat, als unzulänglich bezeichnet, und der brandenburgische Gesandte in Köln machte im Dezember 1671 andere, energische und zweckdienliche Vorschläge, um den drohenden Durch- und Aufmarsch der Franzosen durch Köln und Münster zu hindern. Aber Kurfürst Friedrich Wilhelm schlug dann bald einen ganz andern Weg ein, der zu einer Wendung auch der kaiserlichen Politik führte.

Vorerst war man aber in Wien nicht so weit[4]). Darüber, daß die Provisionalallianz ohnmächtig war, konnte man sich schließlich keiner Täuschung hingeben. Daß Bayern, Köln, Münster direkt auf französischer Seite standen, daß Kurpfalz und Pfalz-Neuburg keine Freunde des Kaisers waren, wußte man. Von Spanien ließ sich nichts erwarten, im Osten schien die Türkengefahr immer noch drohend. Und so blieb

1) Vgl. Srbik, Österr. Staatsverträge. Niederlande I, 73 ff.

2) Vgl. hierfür Pribram, Lisola, S. 519 ff., Landwehr v. Pragenau, Johann Philipp v. Mainz und die Marienburger Allianz von 1671, 1672, Mitteil. des Instituts XVI, 582 ff., Mentz, Johann Philipp v. Schönborn I.

3) Vgl. Landwehr, S. 632.

4) Vgl. für das Folgende Pribram, Lisola, S. 524 ff.



man eben im Bannkreis derselben vorsichtigen, ja zaghaften Bedenken, welche schon 1668 zum Vertrag mit Frankreich geführt hatten. Obwohl der Kaiser die gefährlichen Pläne Ludwigs XIV. gegen Holland und mittelbar gegen das Reich sehr wohl erkannte, hielt er es für noch gefährlicher, mit Frankreich zu brechen. Gremonville hatte längst schon im Auftrage seines Königs auf einen Vertrag gedrungen, der die Neutralität des Kaisers in dem bevorstehenden Kriege mit den Niederlanden sichern sollte, und so entschloß sich denn endlich die kaiserliche Regierung zu diesem „harten Födus". Am 1. November 1671 wurde der geheime Neutralitätsvertrag errichtet: der Westfälische und der Aachener Frieden sollen aufrechterhalten werden; der Kaiser verspricht, sich in keinen Krieg zu mengen, der außerhalb des spanischen und Deutschen Reiches geführt würde und den von Frankreich angegriffenen Mächten nicht anders beizustehen, als durch eine freundschaftliche Vermittlung[1]).

Dieser neuerliche Vertrag mit Ludwig XIV. war erklärlich, aber weder rühmlich, noch in höherem Sinne staatsklug. Jetzt wäre vielmehr jener Mut zu einer Tat, zu der Lisola unablässig anfeuerte, an der Zeit gewesen und hätte zweifellos im Reiche Widerhall gefunden. Doch nein, erst mußten gewaltige Ereignisse hereinbrechen, bis man dann, beengt und bedrückt durch das französische Bündnis, mit halben Maßregeln vorging.

Ludwig XIV. sah mit Beginn des Jahres 1672 die Zeit gekommen, den wie diplomatisch, so auch militärisch ausgezeichnet vorbereiteten Krieg gegen die verhaßten Niederlande zu führen[2]). Als wichtigste Angriffsbasis diente ihm deutscher Reichsboden, da dank der Vorarbeit der fürstenbergischen Brüder der Kurfürst von Köln, zugleich Bischof von Lüttich, seine Gebiete für die französischen Truppendurchzüge und die Stadt Neuß als Hauptwaffenplatz zur Verfügung stellte. Auch Luxemburg wurde wie französisches Land behandelt, der Bischof von Münster bedrohte die Ostgrenze. Ein großes glänzendes Heer sammelte sich an der Maas und am Niederrhein gegen Maestricht und gegen die von den Holländern besetzten, Köln und Cleve-Brandenburg gehörigen Festen.

1) Mignet III, 548 ff., andere Drucke bei Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 71. Der 3. wichtigste Artikel auch bei Legrelle I, 196. — Man liest, z. B. auch bei Pribram, Lisola, S. 529, daß der Kaiser sich auf ein Jahr zur Neutralität verpflichtet habe. Davon steht nichts im Vertrage.

2) Über diesen Krieg siehe Lavisse, Histoire de France VII 2, 309 ff., Blok, Gesch. der Niederlande V, 317 ff. Erdmannsdörffer I, 566 ff.



Ende April verließ Ludwig selbst St. Germain, im Mai standen seine Truppen und seine Verbündeten an den holländischen Grenzen und eröffneten den Krieg. Karl von England hatte dies schon früher getan. Nachdem jene Festungen ohne Mühe genommen, überflutete im Juni das vereinigte französische Heer unwiderstehlich von Wesel her die Niederlande bis an die Zuydersee, bis Utrecht und Muyden nahe Amsterdam. Die Staaten schienen verloren. Es ist ja bekannt, wie sie jetzt um jeden Preis Frieden anboten und, als Ludwig nicht darauf einging, durch das verzweifelte Mittel der Schleusenöffnung (20. Juni) dem siegestrunkenen Feinde ein Halt geboten; wie die Erbitterung des Volkes gegen die bisherigen Machthaber zum Sturze und zur Ermordung der Brüder de Witt und zur Erhebung Wilhelms von Oranien führte.

Die Holländer hatten diesen furchtbaren Angriff bisher allein auszuhalten gehabt, obwohl seit Februar mit Spanien ein Bündnisvertrag bestand. Im letzten Augenblicke fand sich ein anderer, näherer Bundesgenosse, Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Wir erinnern uns an seine geheime Allianz mit Ludwig XIV. von Ende 1669: sie galt für den Erbfall der spanischen Niederlande, aber der französische Hof konnte glauben überhaupt auf Brandenburg rechnen zu dürfen. In Berlin bestand, gleichwie in Wien, eine starke Partei für Frankreich. Auch hier waren die ersten Minister für ein Zusammengehen mit Frankreich, während die Generale den Krieg an der Seite Hollands wünschten. Lange schwankte der Streit der Meinungen und Einflüsse, bis endlich Friedrich Wilhelm sich für die Niederlande entschied. Das wichtigste Motiv hierfür bildete die Besorgnis vor der bedrohlich anschwellenden Macht der Franzosen am Niederrhein, welche die Sicherheit von Cleve und Mark gefährdete und die, wenn die Generalstaaten vernichtet werden sollten, ins ungemessene stieg — dann wurde sie auch eine schwere Gefahr für das Reich. Auch die Glaubensverwandtschaft mit den Holländern spielte mit hinein[1]). Seit Jänner 1672 fanden dann langwierige Verhandlungen mit den Niederlanden statt, die endlich am 6. Mai durch ein Bündnis abgeschlossen wurden. Mit 20000 Mann will der Kurfürst den Generalstaaten beistehen, gegen Zahlung entsprechender Subsidien.

1) Vgl. Pribram in Urk. u. Aktenst. XIV, 501 ff., Lisola, S. 553 ff., auch für das Folgende. Zu den Verhandlungen zwischen Wien und Berlin, wohin wieder Freiherr Johann von Goeß im April 1672 als kaiserlicher Gesandter ging, vgl. Urk. u. Aktenst. XIV, 511 ff. Die Bündnisse vom 6. Mai und 23. Juni bei Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 359. 364; vgl. auch Erdmannsdörffer I, 572 ff.



Es war ein mutiger und bedeutsamer Entschluß, der schnell weitere Folgen zeitigte. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte wohl versucht, noch andere Verbündete zugunsten der Niederlande zu gewinnen, so Sachsen, Dänemark, die Herzöge von Braunschweig, doch ohne greifbaren Erfolg. Jetzt wandte er sich an den Kaiser und sandte gegen Ende Mai seinen Schwager, den Fürsten Johann Georg von Anhalt nach Wien. In überraschend kurzer Zeit kam es zu einem Vertrage. Schon am 23. Juni 1672 war er geschlossen. Es ist eine Allianz zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten zur Sicherung des Friedens im Reiche gegen jede Verletzung; zu diesem Zwecke stellen beide binnen zwei Monaten je 12000 Mann in Kriegsbereitschaft. Weder die Niederlande noch Frankreich werden ausdrücklich genannt, es war formell eine reine Defensivallianz, aber gegen wen anders sollte das Reich defendiert werden, als gegen Frankreich. Weder der Kaiser noch Friedrich Wilhelm[1]) meinten gegen ihre geheimen Verträge mit Ludwig XIV. zu verstoßen. Als Gremonville in Wien sich heftig über Vertragsbruch beklagte, mit seiner Abreise und gar mit Krieg gegen Brandenburg und „vielleicht auch anderswohin" drohte, konnte Hocher formell mit Recht entgegnen, daß dem Kaiser niemand verwehren könne, Defensivallianzen zur Sicherheit des Reiches zu schließen. Leopold und seine Lobkowitz und Hocher glaubten in der Tat noch ohne „Ruptur" mit Frankreich durchzukommen. Dennoch aber war diese Allianz mit Brandenburg der erste Schritt zu einem entscheidenden **Wandel der kaiserlichen Politik**.

Die Stimmungen dazu waren ja vorhanden. Kaiser Leopold selber war durchaus kein Freund der Franzosen, er wuchs auf in dem erneuerten großen Gegensatze der Häuser Österreich und Bourbon. Auch persönlich mochte Leopold die Franzosen nicht leiden; sie waren ihm zu „pfeilfindig", das heißt zu spitzfindig, zu schlau und ränkevoll. Sein Vetter und Schwager Ludwig XIV. aber war dem sittenreinen Leopold unsympathisch wegen seiner offenkundigen Frivolität und ehelichen Untreue; man darf nicht vergessen, daß die schwergekränkte Königin von Frankreich die Schwester von Leopolds geliebter Gemahlin war[2]). Solche

1) Dieser nahm, wie glaubwürdig überliefert ist, zur selben Zeit noch französische Subsidiengelder an. Erdmannsdörffer I, 573 Anm. 3.

2) Leopold verfaßte im Mai 1666 ein lateinisches Epigramm auf Ludwig XIV. mit sehr anzüglichen Wortspielen; er gab es seinem Bibliothekar Peter Lambeck, in dessen Nachlaß es sich heute noch vorfindet (Cod. 7628 fol. 30 der Wiener Hofbibliothek). Rinck, Leopolds Leben und Taten (Ausg. 1713) I, 91 hat es veröffentlicht.



Gefühlsmomente gaben natürlich nicht den Ausschlag, aber zu ihnen gesellte sich doch auch die wachsende Einsicht in die weit ausgreifenden Pläne der französischen Politik. Daß diese jetzt vor allem die Demütigung der Niederlande vorbereite, war kein Geheimnis geblieben. Der Gedanke, mit den Generalstaaten in ein Bündnis zu treten, sowie Brandenburg von Frankreich abzuziehen und sich zu verbinden, war auch dem Kaiserhofe nicht fremd[1]). Im Juli 1671 gab der Kaiser an Lisola sogar den Auftrag, den Abschluß eines solchen Bündnisses in Angriff zu nehmen[2]). Aber da waren wieder die Staaten saumselig, dann kam die neue Bindung des Wiener Hofes an Frankreich durch den Vertrag vom 1. November 1671, und als bei wachsender Gefahr im Jänner und im Frühjahr 1672 de Witt ein Bündnisprojekt vorlegte und immer dringender um Hilfe und eine Defensivallianz bat, wurde dies noch anfangs Mai abgelehnt. Doch die erneuten Mahnungen und Darlegungen Lisolas und die eifrige Tätigkeit einzelner seiner Gesinnungsgenossen blieben doch nicht ganz vergebens. Seit einiger Zeit weilte Markgraf Hermann von Baden in Wien, der ein Kommando im kaiserlichen Heere oder sonst eine seinem Rang entsprechende Stellung anstrebte[3]). Er war ein ungemein regsamer Herr, immer voll von Plänen. Er hatte allerdings „ein giftig Maul", wie der Pfalzgraf von Veldenz von ihm sagte, aber er war gescheit und überaus rührig. Er beurteilte die politische Lage sehr richtig und drang mündlich und schriftlich in den Kaiser, um ihn zu einer entschiedeneren Haltung gegen Frankreich zu bewegen. Nicht ganz vergebens: am 21. März sagte ihm Leopold, er wolle lieber etwas gegen die Türken verlieren, als zugeben, daß Frankreich weiter gegen sein Haus avancieren sollte. Denn jenes zu rekuperieren, sei noch endliche Hoffnung, wenn die Christenheit sich einmal conjungiere und der Porten einen Hauptstreich anbringe. Was aber Frankreich habe, bleibe ein für allemal weg und es sei niemand zu finden, der das was verloren, wieder zu erobern ihm und seinem Haus beistehen werde[4]). Auch der Abschluß

1) Vgl. die trefflichen Auseinandersetzungen des kaiserl. Gesandten in Berlin, Freiherrn von Goeß, vom 16. Jan. 1671. Urk. u. Aktenst. XIV, 468 ff.

2) Vgl. dazu und für das weitere Srbik, Österr. Staatsverträge. Niederlande I, 111 ff.

3) Vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 568. Das daselbst besprochene Tagebuch Esaias Pufendorfs, schwedischen Residenten in Wien, der mit dem Markgrafen viel verkehrte, bringt mancherlei Nachrichten; so über die franzosenfeindliche Stimmung in Wien, vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 558.

4) Cf. Pufendorfs Tagebuch fol. 236'.



der Allianz zwischen Spanien und den Niederlanden (22. Februar 1672) machte auf den Kaiser persönlich einen beträchtlichen Eindruck, und er äußerte sich in der nächsten Zeit (im April) mehrmals, er wolle weder Holland noch Spanien abandonnieren, man möge ihm nichts dagegen sagen, sondern nur überlegen, wie dies am besten durchzuführen sei [1]). Und als nun die Nachricht von dem brandenburgisch-holländischen Bündnis kam, als Kurfürst Friedrich Wilhelm auch an den Kaiser wegen einer Allianz herantrat, da wurde die aufsteigende Sorge, daß nicht etwa Brandenburg allein als Schützer des Reiches erscheine, oder daß durch dessen allzu resolutes Auftreten doch ein Krieg entstehen könnte, ein weiterer Antrieb zu entschiedeneren Schritten. Man schloß das brandenburgische Bündnis, und bei den weiteren Beratungen, als gleichzeitig die Nachrichten über die ersten, unerhört raschen Erfolge der Franzosen eintrafen, da trat der Hofkriegsratspräsident Graf Montecuccoli [2]) mit warmer Überzeugung dafür ein, „con animo, con risoluzione e con forza die Franzosen und deren Verbündete zu bekämpfen". „Durch das Suspendieren der Waffen entgehe man dem Kriege nicht, sondern schiebe ihn zum eigenen Schaden nur auf". Aber indem er mit der großen, siegreichen Armee Frankreichs die kleine Truppenmacht des Kaisers und Brandenburgs vergleicht, hält er zunächst für das beste zu temporisieren, nicht anzugreifen, sondern den Feind in vorteilhaften Stellungen zu erwarten. In der Konferenz vom 8. Juli entwickelte er den Plan, in der Richtung gegen Frankfurt zu marschieren, sich am Mittelrhein zu befestigen und den Strom den Franzosen zu sperren, sich dann mit den spanischen Truppen aus Belgien zu vereinigen und bei Maestricht in fester Stellung den Franzosen den Rückzug zu verlegen [3]).

Unter dem Eindruck all dieser Ereignisse und Erwägungen erhöhte der Kaiser bei den anfangs Juli mit Brandenburg gepflogenen Schlußverhandlungen die Truppenzahl auf 16000 und erteilte am 18. und 29. Juni an Lisola Vollmacht, mit den Generalstaaten das Bündnis abzuschließen [4]). Aber andrerseits kam man doch nicht über das schwere

1) Pufendorfs Tagebuch fol. 244'. 245' und 258; dazu das Schreiben Leopolds an Pötting vom 9. März, Privatbriefe II, 218.

2) Hierfür vgl. Großmann im Archiv f. österr. Gesch. LVII, 406 ff. Montecuccoli war seit August 1668 dem Markgrafen Gonzaga als Präsident des Hofkriegsrates gefolgt.

3) Großmann a. a. O., S. 410 f., Urk. u. Aktenst. XIV, 562.

4) Vgl. für das Folgende Pribram, Lisola, S. 566 ff. und Srbik a. a. O., S. 116 ff.



Bedenken hinweg, daß vor allem eine ausgiebige finanzielle Unterstützung gesichert und vorhanden sein müsse; verlangte doch auch Kurfürst Friedrich Wilhelm vom Kaiser Subsidien. Immer aufs neue betonte Leopold gegenüber Spanien, daß er ohne Geld nichts machen könne. Mit Rücksicht auf die zu erhoffende spanische Geldhilfe wurde der Abmarsch der Armee von ihrem Sammelpunkte Eger erst auf den 25. August festgesetzt. Und die Frage der Subsidien spielte auch die Hauptrolle bei den Verhandlungen mit den Niederlanden.

Hier war seit Anfang Juli der innere Umschwung der Dinge eingetreten, Prinz Wilhelm von Oranien war nun Statthalter von Holland und lebenslänglicher Generalkapitän und Generaladmiral der gesamten Staaten, die Friedensverhandlungen mit Ludwig XIV. wurden abgebrochen. Allerdings hatte der geistliche Kriegsmann Christof Bernhard von Münster zusammen mit kölnischen und französischen Truppen die Provinz Overyssel erobert, aber im August brach sich auch diese Offensive vor dem tapfer verteidigten Groningen. Ferner übte die kaiserlich-brandenburgische Allianz bereits ihre Wirkung: König Ludwig sah sich dadurch veranlaßt, eine nicht unbeträchtliche Truppenmacht (jedenfalls 35000 Mann) unter Turenne vom holländischen Kriegsschauplatz abzuziehen und an den Rhein marschieren zu lassen.

So stand die Sache der Staaten nicht mehr so verzweifelt wie im Juni. Doch die Allianzverhandlungen mit dem Wiener Hof[1] stießen auf beträchtliche Schwierigkeiten. Der Kaiser wollte möglichst hohe Subsidien für seine Hilfe und wollte andrerseits immer noch keinen offenen Bruch mit Frankreich. Die ersten Verhandlungen Lisolas im Haag führten zu einem Vertrag vom 25. Juli 1672, der eine mittlere Linie gefunden hatte und auf dessen Ratifikation Lisola wohl hoffen durfte. Denn bisher hatte die kaiserliche Regierung bei aller ängstlichen Vorsicht doch eine ernste Aktion zugunsten der Niederlande im Sinn. Aber schon war man in Wien wieder schwankend geworden. Nirgends im Reiche konnte der Anschluß anderer Fürsten erreicht werden. Bayern, das Köln seine Hilfe gegen Holland zugesagt hatte, ließ jetzt im August an Leopold das dringende Begehren stellen, keinen Kriegszug an den Rhein zu unternehmen. Und Gremonville setzte mit Bitten und Drohungen dem Kaiser in heftigster Weise zu, verlangte Niederlegung der Waffen, Verzicht auf das Bündnis mit den Niederlanden und Bestrafung Lisolas.

1) Über sie vgl. Pribram, Lisola, S. 568 ff., Srbik a. a. O., S. 116 ff.



Geschickt wußte er auch die religiöse Seite auszuspielen, den Kampf gegen die holländischen Ketzer, wie denn auch der päpstliche Nuntius sich äußerte, es sei unbillig, Frankreich in einem so heiligen Unternehmen gegen die Häretiker zu divertieren [1]. Ludwig XIV. selber schrieb an Leopold, er wolle nichts als Friede und Freundschaft, nur möge der Kaiser nichts gegen ihn unternehmen.

Solchem Ansturm unterlag noch einmal der halb und halb doch begonnene neue politische Kurs. Sicherlich hat dazu die Haltung des Fürsten Lobkowitz wesentlich beigetragen [2]. Lobkowitz war ein Freund Frankreichs und hatte geglaubt, Österreich solle Einvernehmen und Verständigung mit Frankreich pflegen, um in den wichtigen und brennenden Fragen im Osten, in Polen und Ungarn und gegen die stets drohende Pforte freie Hand zu haben. Ein an sich richtiger und gesunder Standpunkt, dessen Festhalten aber Frankreichs rücksichtlos ausgreifende Politik mehr und mehr unmöglich machte. Dies traf nun gerade in des Fürsten äußerlich glanzvollste Zeit, da er der mächtigste Mann am Kaiserhofe geworden war und zunächst noch das volle Vertrauen seines Herrn besaß. Für Lobkowitz war Macht und Herrschen das Bedürfnis einer entschieden großzügigen Natur. Er wollte sie nicht missen und geriet in die Widersprüche eines Schwankens zwischen seinen eigentlichen Sympathien und dem Zwang des sich vollziehenden Wandels der Dinge. Bei seinem oft bizarren Wesen konnte es um so weniger ausbleiben, daß allerhand Gerüchte entstanden. Als der Prozeß gegen die ungarischen Magnaten geheime Verbindungen Gremonvilles und Ludwigs XIV. mit den Verschwörern enthüllte, beschuldigte man auch Lobkowitz des Einverständnisses, gewiß mit Unrecht. Namentlich von spanischer Seite wurde gegen den Fürsten gearbeitet. Die Verhandlungen mit Gremonville im Frühjahr 1671 ließ der Kaiser durch Hocher führen. Lobkowitz fand sich zurückgesetzt und gewissermaßen um sich zu rechtfertigen, provozierte er im Juni im Theater einen öffentlichen Streit mit Gremonville, um dann bald darauf sich ebenso auffallend in der kaiserlichen Antikamera bei dem Gesandten zu entschuldigen und diesem später unter vier Augen seine alte Ergebenheit für König Ludwig zu versichern. Er bewies diese in der Tat, indem sein Rat zu dem Vertrag vom 1. November 1671 führte. Am Abend dieses Tages sagte er zu Gremonville, er hoffe nun auf beständige Freundschaft zwischen Frankreich und Österreich. Dann

1) Es. Pufendorfs Tagebuch fol. 297' zum 6./16. Juli 1672.

2) Vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 370 ff. Mitteil. des Instituts XXXVII, 572 ff.



aber, angesichts der Siege Ludwigs XIV. in Holland, hat er die Verhandlungen und die Allianz mit Brandenburg nicht gehindert, sondern gefördert. Wie es aber nun zum Ernst kommen sollte, zu einer kriegerischen Aktion des Kaisers, die zum offenen Bruche mit Frankreich führen mußte, als Ludwigs XIV. und sein Gesandter warnten und drohten, da bot Lobkowitz geradezu übereifrig alles auf, um den Bruch zu vermeiden. Er riet dem Kaiser, den Vertrag mit den Generalstaaten vom 25. Juli nicht zu ratifizieren, er beteuerte gegen Gremonville, der Marsch der kaiserlichen Truppen werde nur eine Scheinbewegung sein, um den Kurfürsten von Brandenburg nicht allein handeln zu lassen, es möge jetzt nur verhindert werden, daß Turenne den Rhein überschreite, denn dies könnte zu unabsehbaren Folgen führen.

Noch einmal also beugte man sich unter dem Joch der französischen Verträge [1]). Am 10. und 11. September erging der Befehl an Montecuccoli und die Armee, „die Ruptur soviel möglich zu evitieren und nichts vorzunehmen, was dieselbe verursachen könnte". Nur wenn Köln und Münster sich nicht fügen wollten und wenn Turenne angreifen würde, solle Montecuccoli tun, was die ragion di guerra erfordere. Und noch schärfer am 24. September: Montecuccoli habe pro fixo scopo zu nehmen, die Ruptur zu verhüten; da Brandenburg nur 10000 Mann beigestellt habe, müsse man um so mehr vermeiden, sich mit Turenne in eine Aktion einzulassen. Das kurmainzische und kurtrierische Gebiet sei möglichst zu schonen, nicht an den Main zu marschieren, nicht die Stadt Köln zu unterstützen, nicht den Franzosen die Zufuhr auf dem Rhein zu sperren. Den Kurfürsten von Brandenburg möge Montecuccoli von Plänen abhalten, die ihn zum Angreifer machen könnten [2]).

Diese Entschlüsse und Anordnungen des Wiener Hofes entschieden von vornherein das Geschick des ganzen **Feldzuges von 1672**: es sollte gar kein ernster Krieg sein und werden, sondern nur eine Demonstration [3]). Die kaiserliche Armee hatte sich im August in der Stärke von 15000 Mann in Eger gesammelt, Montecuccoli traf am 9. September in Halberstadt

1) Auch die Nachrichten über Erfolge der Türken gegen Polen und über die beginnenden Einfälle aufrührerischer Ungarn von Siebenbürgen her trugen dazu bei.

2) Großmann, Montecuccoli, Arch. f. österr. Gesch. LVII, 417 ff., auch für das Folgende.

3) Über den Feldzug vgl. Peter, Der Krieg des Großen Kurfürsten gegen Frankreich 1672–1675 (1869), S. 58 ff.; die Beurteilung des Feldzugs von 1672 und Montecuccolis wurde durch Großmanns Arbeit richtiggestellt.

mit dem Kurfürsten von Brandenburg zusammen. Auch der kaiserliche Gesandte Freiherr von Goeß war anwesend. Hier wurde der Kriegsplan wesentlich in der Form beschlossen, wie ihn Montecuccoli im Juli in Wien dargelegt hatte. Die verbündeten Truppen — vonseiten des Kurfürsten waren nur 10000 Mann zur Stelle[1]), ebensoviel standen an der Lippe und Weser — marschierten in südwestlicher Richtung und kamen über Marburg und Gießen am 8. Oktober endlich in die Gegend von Wetzlar. Aber anstatt die Lahn entlang an den Mittelrhein zu ziehen, trat jetzt die verhängnisvolle Stockung ein. Allerdings verweigerte der Kurfürst von Trier aus Angst vor den drohenden französischen Truppen den Rheinübergang bei Koblenz[2]), allein nicht dieses war das eigentliche Hemmnis. Vielmehr waren es die kaiserlichen Weisungen vom 10. und 11. September, die am 28. September an Montecuccoli einlangten. Sie bereiteten Montecuccoli eine bittere Enttäuschung und einen peinlichen Widerstreit seiner Überzeugung mit der Pflicht des Gehorsams gegen den Kaiser. Er empfand es auch für seinen wohlerworbenen militärischen Ruf und für die Reputation der Armee als abträglich, einen Scheinkrieg führen zu sollen; auch fürchtete er einen „großen Disgust" des Kurfürsten. Er schlug dem Kaiser den Abschluß eines Waffenstillstandes vor, ja er bat Mitte November um Enthebung vom Kommando. Das erste konnte, das zweite wollte der Kaiser nicht tun, dafür kamen Befehle, die wieder kriegerischer lauteten, aber ihnen folgten Gegenbefehle auf dem Fuß, ja nichts zu riskieren und nicht der Angreifer zu sein.

So sahen sich Montecuccoli und Freiherr von Goeß, der den Kurfürsten begleitete, gezwungen, Friedrich Wilhelm zurückzuhalten und die durch kaiserlichen Befehl geforderte tatenlose Defensive so gut als möglich zu begründen. Die Schwäche der alliierten Armee — jetzt höchstens 28000, wahrscheinlich nur 23000 Mann — mußte das Hauptargument abgeben, dem sich ja auch der Kurfürst nicht verschließen konnte. Die erhofften Nachschübe kaiserlicher Truppen kamen nicht wegen des ungarischen Aufstandes; der Kurfürst brachte noch 3000 Mann zusammen, aber man war gegenüber den Franzosen doch in der Minderheit. Die Verbündeten lagerten nun bei Frankfurt und Mainz. Die Franzosen stan-

1) Vgl. Großmann, S. 414.

2) Hierauf legte Montecuccoli in seinen für den Kaiser bestimmten Denkschriften über den Feldzug ein Hauptgewicht, während er von den widerspruchsvollen kaiserlichen Weisungen gar nicht spricht, offenbar eben mit Rücksicht auf den Kaiser. Die Denkschriften bei Großmann, S. 452 ff.



den rechts des Rheines, eine Schlacht wagte man nicht, und als Turenne wieder auf das linke Rheinufer überging, um sich mit Condé in Lothringen in Verbindung zu setzen, bereitete man einen Rheinübergang weiter südlich bei Nierstein vor, der aber schließlich aufgegeben werden mußte. Nach ärgerlichem Zögern und Deliberieren wurde endlich Mitte Dezember der Abmarsch nach Westfalen angetreten, um wenigstens den Bischof von Münster „mit Güte oder Gewalt zur Räson" zu bringen, die brandenburgischen Gebiete von Cleve, Mark und Ravensberg zu befreien und womöglich die Stadt Köln zu decken.

Nach der Ankunft der Armee im südöstlichen Westfalen [1]) begann Montecuccoli Verhandlungen mit Christof Bernhard von Münster, um ihn zu gewinnen; der Kurfürst wollte aber lieber Gewalt brauchen und dachte schon daran sich von den Kaiserlichen zu trennen. In Wien hoffte man wohl noch anderes: man stand in Beziehungen zu dem münsterischen Edelmann Adam von der Kette, und dieser zettelte eine Verschwörung an, welche die Stadt Münster und den Bischof durch Verrat in die Gewalt der kaiserlichen Truppen bringen sollte. Die Sache wurde aber entdeckt und von der Kette büßte sie mit dem Tode.

Inzwischen war Turenne nachgerückt und stand seit Anfang Januar 1673 bei Wesel; nur das Zögern seiner eigenen Regierung hinderte ihn am Vormarsch gegen Westfalen. Dies wollten, nach manchem Hin und Her der Beratungen, die Alliierten endlich zu einer Aktion benutzen. Am 2. Februar waren die Truppen bei Lippstadt vereinigt. Allein Turenne kam ihnen nun zuvor. In schnellen Märschen war er an Dortmund vorbei bis gegen Soest vorgerückt und hier schien es am 5. Februar zu einer Schlacht zu kommen. Die Alliierten brannten darauf. Aber Turenne wich aus und bezog eine fast unangreifbare Stellung am alten Landgraben zwischen Lippe und dem Höhenrücken des Haarstrang. Der Winter war hart, der Kurfürst ganz entmutigt, nach Mitte Februar zogen sich die Alliierten an die Weser zurück, der Feldzug war aufgegeben.

Diese letzten Phasen desselben hatte Montecuccoli nicht mehr mitgemacht, er wurde selbst durch den übereilten Abbruch unangenehm überrascht [2]). Er hatte schon anfangs Januar neuerlich und dringend mit

1) Vgl. Peter, S. 105 ff. für das Folgende.

2) Peter, S. 131, daselbst S. 123 Anm. 1 über die Krankheit Montecuccolis. Dieser gab eine ausführliche Schilderung seines leidenden Zustands in einem für den Kaiser bestimmten Memorial, Großmann, S. 449, vgl. Ausgew. Schriften IV, 344 ff über den Abgang Montecuccolis von der Armee vgl. auch Mitteil. des Instituts XXXVIII, 576 f



Hinweis auf seinen leidenden Zustand um Entlassung gebeten. Sie wurde ihm jetzt vom Kaiser am 25. Januar gewährt, schon am 1. Februar übergab Montecuccoli das Kommando an seinen Nachfolger den Herzog von Bournonville [1]), verließ sofort die Armee und begab sich nach Nürnberg zur Erholung. Er war vom Kurfürsten in Freundschaft geschieden, sie beide waren ja bis zu gewissem Maße Opfer der schwankenden Haltung des Wiener Hofes. „Ich habe kein anderes Verdienst, als die Pünktlichkeit im Gehorchen" schrieb Montecuccoli, bitter, aber nicht ohne Grund, im Dezember 1672 an den Grafen Martinitz [2]). Der ganze Feldzug war überhaupt von beiden Verbündeten von vornherein mit zu geringen Kräften begonnen worden, so daß sich die Aktionslust des Kurfürsten schon gleich anfangs, als noch nicht die Ordre zur Vermeidung jeder Ruptur an Montecuccoli gelangt war, dessen verständigen Erwägungen und Plänen anbequemte. Übrigens waren auch gerade die ersten kurfürstlichen Räte, wie der Fürst von Anhalt und Otto von Schwerin, keineswegs kriegslustig und sprachen schon seit Januar im Sinne eines Ausgleiches mit Frankreich. Das ganze Ergebnis des Feldzuges blieb darauf beschränkt, daß das Korps Turenne und die Truppen von Münster und Köln von dem niederländischen Kriegsschauplatz abgezogen wurden. Aber die clevischen Festungen blieben in den Händen der Franzosen, die Grafschaften Mark und Ravensberg blieben ungeschützt, so daß gerade die positiven Kriegsziele Brandenburgs nicht erreicht waren.

Der Kurfürst war tief verstimmt, aber auch die Staaten klagten über die mangelhafte Erfüllung der Allianz vom 6. Mai 1672 und stellten die Zahlung der zugesicherten Subsidien ein, was wieder der Kurfürst empörend fand. Was er fürchtete, war der wirkliche und dauernde Verlust seiner rheinisch-westfälischen Gebiete, und um dies zu verhindern, scheute er auch nicht vor einem peinlich wirkenden Wechsel seiner Politik zurück. Schon Mitte März war er dazu entschlossen. Wie er es meinte, erhellt deutlich aus einem Schreiben an seine eigenen Räte vom 16. März 1673 [3]). „Der Kaiser und die Staaten, so sagt Friedrich Wilhelm,

1) Bournonville, früher Conte de Henin, hatte im kaiserlichen und spanischen Heere in den Niederlanden gedient; er war von Montecuccoli selbst als sein Stellvertreter erbeten worden und traf im November bei der Armee ein. Vgl. Privatbriefe II, 253 f., 256. 269. 277. 283.

2) Großmann, S. 435.

3) Urk. u. Aktenstücke XIII, 420, ähnlich auch im Schreiben vom 10. April 1673 an den Kaiser, ebenda XIV, 663 f. Vgl. Pribram, Lisola, S. 606 ff., Peter, S. 150 ff. 156.

können sonst wohl gedenken, daß ich die gemeine Sache nicht verlassen werde. Aber sie müssen mir Zeit und Mittel geben, daß ich meinen Vorsatz mit mehrerer Sicherheit ins Werk richten könne; denn mit meinem Ruin ist niemand gedienet, . . mit der Hoffnung kann ich mich länger nicht aufhalten lassen." Wenn bei der Allianz vom 6. Mai 1672 sicherlich auch allgemeinere Motive mitgewirkt hatten, so waren jetzt für den Kurfürsten ganz ausschließlich nächstliegende territoriale Interessen maßgebend — aber, und das darf man ihm glauben, er meinte damit seine Kräfte zu retten und zu sparen zu künftigem Eintreten für das Reich und die Niederlande. Schon am 10. April wurde durch Vermittlung des pfalzneuburgischen Gesandten Heinrich Stratmann ein Präliminarvertrag und am 6. Juni 1673 der endgültige Friede zu Vossem bei Löwen zwischen Ludwig XIV. und Brandenburg abgeschlossen. Der Kurfürst läßt die Holländer seinerseits fallen, dafür soll er alle seine festen Plätze wieder erhalten und dazu 800 000 Livres. Auch behält er sich freie Hand, wenn er selbst angegriffen würde, und wahrt seine Verpflichtung gegen das Reich, wenn dieses einen Angriff erführe.

Nicht bloß in den Staaten, auch in Deutschland wurde dieser Sonderfrieden von Vossem, dieser Abfall Brandenburgs sehr scharf verurteilt. Auch am Kaiserhofe rief er Mißbehagen hervor. Allein hier hatten sich inzwischen die Dinge doch so entwickelt, daß selbst Leopold sich nicht mehr von der anfangs so zögernd und vorsichtig eingeschlagenen antifranzösischen Politik abbringen ließ.

Wir haben die **Verhandlungen des Kaisers mit den Generalstaaten** bis zum Vertrag vom 25. Juli 1672 verfolgt, der in Wien auf neue Bedenken und Schwierigkeiten stieß[1]). Entsprechend der wieder so ängstlich gewordenen Stimmung, welche nur ja jede „Ruptur" mit Frankreich vermeiden und ausgiebige finanzielle Beihilfe sicherstellen wollte, wurden in Wien mehrfache Änderungen in Vorschlag gebracht: Auslassung eines Passus, der eine Spitze gegen Frankreich zu haben schien (Schutz des Westfälischen Friedens „gegen alle Teilnehmer desselben"), beträchtlich höhere Subsidien, deren erste Teilzahlung schon im Zeitpunkt der Vereinigung der alliierten Heere erfolgen soll. Gerade auf diesem letzten Punkte beharrte man in Wien mit hartnäckiger Zähigkeit,

1) Oben S. 139, vgl. für das Folgende Großmann im Archiv f. österr. Gesch. LI, 44 ff., Pribram, Lisola, S. 575 ff. und Srbik, S. 121 ff.



und es erforderte die ganze Gewandtheit und Energie Lisolas, um dies durchzusetzen. Er hatte einen um so härteren Stand, als ja die kriegerischen Aktionen der Verbündeten einen so wenig erfolgreichen Fortgang nahmen. Aber Lisolas überlegene Persönlichkeit siegte schließlich sowohl über die antioranischen Friedensfreunde in Holland, die geneigt waren mit Frankreich sich zu vergleichen, das durch Vermittlung Schwedens allerhand Anerbietungen machte, als auch über das Widerstreben der Finanzkreise. Am 13. Dezember 1672 wurden die Ratifikationen ausgetauscht, das Bündnis des Kaisers mit den Generalstaaten war geschlossen[1]). Der Kaiser soll seine Truppenmacht auf 24000 Mann erhöhen, sobald es der Zustand seiner Erbländer gestattet, und erhält hierfür monatlich 45000 Taler vom 1. September 1672 an. Ferner zahlen die Staaten eine besondere Summe von 200000 Talern. Die Staaten stellen auf Verlangen des Kaisers und Brandenburgs 20000 Mann.

Dieses Bündnis war bedeutungsvoll, aber für den Augenblick mehr nur als Richtpunkt der kommenden Politik[2]). Denn der unrühmliche Feldzug und die vollständige Schwenkung Brandenburgs trafen ja die Voraussetzungen des Bündnisses, und es erhob sich die Frage, ob der Kaiser an dieser seiner Politik festhalten wolle oder nicht. Im Grunde war man in Wien entschlossen, den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Lisola hatte nicht umsonst gearbeitet, seine Voraussagen und Warnungen vor Frankreichs aggressiven Gelüsten waren durch die Ereignisse der letzten Jahre nur zu schlagend bestätigt worden[3]). Die geheime Verbindung mit Ludwig XIV. hatte den Kaiser nur in die schiefsten Lagen gedrängt. Der Angriff auf Lothringen, die Übergriffe Frankreichs im Elsaß, die offene und übermütige Verletzung deutschen Reichsbodens am Niederrhein und damit des Westfälischen Friedens waren lauter Schläge wider das Reich und durften dessen Herrscher nicht gleichgültig lassen. Der offene Krieg gegen Holland und dessen anfängliche schwere Niederlage hatten auch sonst im Reiche einen mächtigen Eindruck geübt. Man sah die französische Gefahr nun furchtbar nahe vor Augen. Es erheben sich

1) Der Text bei Srbik, S. 130. Die Bedeutung des Bündnisses und den Gang der Verhandlungen hat schon Großmann a. a. O., S. 81 ff. treffend charakterisiert.

2) Vgl. für das Folgende Pribram, Lisola, S. 595 ff., Srbik, S. 137 ff.

3) Über Lisolas fieberhafte Tätigkeit gerade in diesen Monaten, um einen kombinierten Angriff auf Frankreich von allen Seiten her zustande zu bringen, — Pläne, die er ganz auf eigene Faust verfolgte, die aber seinem Hofe viel zu weitgehend und gefährlich erschienen — vgl. Großmann a. a. O., S. 87 ff.



neuerdings und stärker als früher publizistische Stimmen, die in der erregten Öffentlichkeit Deutschlands einen lauten Widerhall finden. Schon 1671 hatten der „französische Wahrsager“ und die von Lisola inspirierten „Weltklugen jetziger Zeit“ und „Le politique desinteressé“ in weiteren Kreisen dazu beigetragen, um die „Schlafsucht und Blindheit“ des Reiches etwas aufzurütteln, und eine allgemeine warm national und kriegerisch fühlende Stimmung im ganzen Volke war im Steigen [1]).

Es gab auch unter den deutschen Fürsten manchen, der „reichisch und kaiserlich“ gesinnt war und nun damit hervortrat. Kurfürst Karl Kaspar von Trier hatte sich nur gezwungen der französischen Gewalt gebeugt und war zu Ende des Jahres 1672 dem österreichisch-brandenburgischen Bündnis beigetreten. Johann Georg II. von Kursachsen, ganz kaiserlich, aber schwach und allen Einflüssen zugänglich, schloß, nachdem lange Verhandlungen vorausgegangen, jetzt am 1. März 1673 einen Vertrag mit Leopold, wodurch er sich gegen Subsidien zur Hilfe von 3000 Mann verpflichtete. Am 12. Februar 1673 starb Johann Philipp von Mainz und sein Nachfolger Lothar von Metternich zeigte sich bald entschieden kaiserlich gesinnt.

Der Wandel der Dinge erprobte sich, als im Januar 1673 Gremonville im Namen seines Königs mit recht weitgehenden und lockenden Anerbietungen an den Wiener Hof herantrat, für den Fall der Ablehnung aber mit kriegerischem Vorgehen und mit der Veröffentlichung des Geheimvertrags vom 1. November 1671 drohte; dies letzte war auf Spanien berechnet, um es mit dem Wiener Hofe gründlich zu verfeinden. Doch alles umsonst. Man glaubte und traute in Wien weder Ludwig XIV. mehr, noch seinem Gesandten, und den Enthüllungen über jenen Vertrag begegnete man mit einer offenen Darlegung über die damalige Zwangslage. Die momentane Verstimmung in Madrid wurde behoben und die mit Spanien begonnenen Verhandlungen über einen förmlichen Bündnisvertrag wurden fortgesetzt.

Mitte April kehrte Montecuccoli nach Wien zurück, er fand trotz des Abfalles Brandenburgs eine weit energischere Stimmung vor. Die Kriegspartei hatte mehr und mehr Einfluß gewonnen, auch der Hofkanzler Hocher war zu entschiedeneren Anschauungen gelangt. Selbst

1) Haller, Die deutsche Publizistik 1668—1674, S. 23 ff., P. Schmidt in Mitteil. d. Instituts XXVIII, 610 ff.

Lobkowitz konnte sich der Erkenntnis der Sachlage nicht ganz verschließen, aber innerlich war er mit dem Herzen nicht dabei. Ihm allein schoben nun die Spanier die Verantwortung für den Vertrag vom 1. November 1671 zu und wie einst gegen Auersperg, so wurde jetzt gegen Lobkowitz ganz besonders von spanischer Seite, sowohl von der Königin-Regentin selber, wie von ihrem Wiener Gesandten Balbaces gearbeitet [1]).

In der geheimen Konferenz vom 24. April 1673 wurde als Meinung des Kaisers selber eröffnet, „daß nicht mehr dergestalt wie fertiges (voriges) Jahr der Krieg geführt werden solle", und Montecuccoli erhielt den Befehl, einen Plan für die bevorstehende Kampagne aufzustellen. Montecuccoli betonte vor allem die Notwendigkeit, an Stelle Brandenburgs neue Bundesgenossen zu werben und von den Generalstaaten ausgiebige Subsidien zu verlangen. Denn man müsse ein Heer von 30000 bis 40000 Mann aufbringen, jetzt oder nie sei für das Reich der Augenblick da, zum Kaiser zu stehen [2]). In diesem entschiedeneren Sinne wurden denn in der nächsten Zeit von Wien aus nach allen Richtungen Verhandlungen geführt. So mit Dänemark, den Herzogen von Braunschweig und mit der Landgräfin von Hessen-Kassel, um das am 22. September 1672 zu Braunschweig geschlossene, aber nur auf dem Papier gebliebene Defensivbündnis zu wirklichem Vollzug zu bringen. Dies gelang denn auch durch die Erneuerung dieses Vertrages am 25. August 1673. Auch Kurfürst Karl Kaspar von Trier war ihm am 22. Juli beigetreten [3]).

Noch weit wichtiger war, daß nun endlich auch die Verhandlungen mit Spanien und den Niederlanden ernstlich vorwärts gebracht wurden. In Madrid wirkte die nicht unberechtigte Besorgnis, daß Ludwig XIV. es jetzt eigentlich wieder mehr auf einen Angriff gegen Belgien abgesehen habe, sehr beunruhigend. Man entschloß sich schon im Mai, mit dem Kaiser wirklich zu Vertrag und Bündnis zu gelangen und ausgiebige Subsidien zu bewilligen. Im Juli kam man in Wien bereits ins Reine, am 28. August 1673 wurde zu Rokyzan bei Pilsen, wo sich der Kaiser auf dem Wege nach Eger aufhielt, das Bündnis unterzeichnet. Es sichert in dem Kriege gegen Frankreich dem Kaiser vom 1. August an auf ein Jahr monatliche Subsidien von 50000 Reichstalern zu und bedingt gegenseitige Waffenhilfe; es nimmt ferner Rücksicht auf den bevor-

1) Vgl. über die Stellung von Lobkowitz und Hocher in dieser Zeit Mitteil. des Instituts XXXVII, 572 ff. 577 f.

2) Vgl. Großmann im Archiv f. österr. Gesch. LVII, 436 ff.

3) Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 75.

stehenden Abschluß des Bündnisses mit den Generalstaaten, in das die Königin-Regentin von Spanien mit eingeschlossen sein soll [1]).

Zwei Tage später war auch dieser Traktat im Haag geschlossen. Die Änderung der Sachlage infolge des Abfalles Brandenburgs und die Subsidienfrage hatten seit dem Frühjahr 1673 neue Verhandlungen notwendig gemacht [2]). Von den versprochenen Geldern hatten die Staaten im Februar 1673 erst ein Drittel der bis dahin fälligen Summe gezahlt. Um so höhere Forderungen stellte nun der Kaiser. Die Staaten sandten einen außerordentlichen Bevollmächtigten, Konrad von Heemskerck, nach Wien. Während gerade damals Ludwig XIV. den Staaten verlockende Friedensangebote machte, steifte sich der Wiener Hof auf hohe, wirklich unannehmbare Forderungen. Im Juli war die Lage so, daß man nicht weiterzukommen schien. Aber der günstige Verlauf der Verhandlungen mit Spanien und mit der kaiserlich gesinnten Gruppe deutscher Fürsten, sowie die unleidlichen Provokationen der Franzosen und die immer allgemeiner im Reiche sich verschärfende Stimmung gegen Frankreich ließen es doch dem Kaiser geraten erscheinen nachzugeben. Im August gab es im Haag noch letzte Schwierigkeiten, doch setzte der Resident Kramprich alles Wesentliche durch, am 30. August wurde der Vertrag unterzeichnet. Seine Hauptpunkte sind: Der Kaiser stellt ein Heer von 30000 Mann, das sich Mitte August in Eger sammelt, dann sofort aufbricht, wenn nötig an und über den Rhein geht und „aperto Marte", in offenem Kriege operiert. Die Staaten zahlen die bis zum 30. April 1673 rückständigen Subsidien und verpflichten sich vom 1. August an monatlich 45000 Taler; sowie im voraus sogleich 100000 Taler zu zahlen; sie stellen ihrerseits mindestens 14000 Mann, die mit dem kaiserlichen Heere sich verbinden oder jedenfalls mit ihm operieren sollen. In einem Geheimartikel verpflichten sich die Staaten, dem Kurfürsten von Trier monatlich 3000 Taler Susidien zu geben.

Am gleichen Tage wurde auch ein förmliches Bündnis zwischen den Staaten und Spanien zu gegenseitiger Kriegshilfe abgeschlossen, und ein Vertrag Österreichs, Spaniens und der Niederlande mit dem Herzog von Lothringen unterzeichnet, womit jene sich verpflichten, Karl in sein ihm von Frankreich entrissenes Herzogtum wieder einzusetzen [3]).

1) Pribram, Lisola, S. 628 ff., der Vertrag mit Spanien gedruckt daselbst S. 699.

2) Vgl. Pribram, Lisola, S. 609 ff., und besonders Srbik, S. 140 ff. Der Vertrag vom 30. August bei Srbik, S. 152.

3) Pribram, Lisola, S. 634. Diese beiden Verträge wurden auf den 1. Juli zurückdatiert.



Diese Bündnisse des Kaisers vom Ende August 1673 mit Spanien und den Niederlanden, mit Dänemark, Sachsen, Braunschweig, Hessen-Kassel und Trier [1]) begründeten zum Kampfe gegen Frankreichs Vormacht eine Koalition, die weit stärker und in sich gefesteter war als die Tripelallianz von 1668. Denn endlich hatten sich vor allem die beiden Mächte vereinigt, gegen die sich ja Ludwigs XIV. Politik in erster Linie richtete, Österreich und Spanien. Und endlich beginnt der Landesfürst Österreichs auch als deutscher Kaiser die Aufgabe zu erfüllen, als Oberhaupt des Reiches dessen Integrität, Sicherheit, Freiheit und Würde wider den gefährlichsten Feind zu schützen.

Die Notwendigkeit des Schutzes hatten die äußeren Vorgänge dieser Monate noch deutlicher ins Licht gestellt. Nach dem Rückzug der kaiserlich-brandenburgischen Truppen hatten die Franzosen im ganzen Westen Deutschlands als rücksichtslose Herren geschaltet. Auf Reichsboden bis nach Unterfranken hatten sie ihre Winterquartiere genommen, im Frühjahr wurde die Rheinpfalz dafür, daß Kurfürst Karl Ludwig neutral blieb, gestraft, indem man den schlimmsten Gewalttätigkeiten der Soldateska freien Lauf ließ, im Juni, als die Franzosen Maestricht belagerten, wurden auch die Gebiete von Trier auf das schrecklichste verwüstet und geplündert, weil der Kurfürst sich nicht Frankreich anschloß. Das ärgste aber geschah im Elsaß [2]). Es war längst das Ziel der französischen Regierung, die zehn Reichsstädte des Elsaß, über die der König kraft des Westfälischen Friedens Rechte der Landvogtei übte, einfach zu annektieren. Die Städte, Kolmar und Hagenau an der Spitze, hatten bisher mutig und zähe ihre Reichszugehörigkeit gegen die fortschreitenden Übergriffe der französischen Verwaltung verteidigt. Noch bis 1670 und 1673 ließen Kolmar und Hagenau Münzen mit dem Bilde Kaiser Leopolds prägen, noch 1669 erklärte ein Schiedsgerichtspruch die unanfechtbare Reichsfreiheit der zehn Städte. Auch jetzt gaben sie ihrer Reichstreue unzweideutigen Ausdruck, Hagenau schloß dem Landvogt Herzog von Mazarin die Tore vor der Nase zu und das kleine Münster nötigte ihn aus der Stadt. Ihre letzte Tat. Bald darauf kamen im Juli französische Truppen, besetzten alle zehn Städte, entwaffneten die Bürger und zerstörten die Festungswerke.

1) Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 75.

2) Vgl. Erdmannsdörffer I, 406 ff., Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, S. 164 ff.

Es war der blutigste Hohn, wenn zur gleichen Zeit, als diese Gewalttaten auf Reichsboden geschahen, der französische Gesandte Gravel zu Regensburg am 1. Mai 1673 die Reichsstände aufforderte, den Kaiser zu Einhaltung des Friedens im Reiche zu zwingen, den König Ludwig nie gebrochen habe noch brechen werde; wenn ferner im Juni Ludwig XIV. selber vom Kaiser verlangte, daß dieser seinen Truppen den Abmarsch aus den Erblanden untersage, und wenn er seine Klientelfürsten im Reiche ersuchte, einen Garantiebund zu bilden, um den Kaiser zur Neutralität zu zwingen.

All diese Dinge hatten die in den letzten Jahren ohnehin schon erregte öffentliche Meinung und das nationale Gefühl in Deutschland erst recht in Aufruhr gebracht. Zahlreiche Flugschriften entstanden. Die deutschen Fürsten werden bestürmt, einig zu sein, ihre selbstsüchtigen Absichten zu lassen, zusammenzustehen gegen das gefährliche Frankreich. Der Kurfürst von Trier wird für seine Reichstreue gepriesen, der Kaiser beschworen, nun endlich das Schwert zu ziehen für die gerechte Sache. In ihren Dienst stellt sich auch wieder Lisolas glänzende Feder, um namentlich die unverschämten Ansinnen Ludwigs XIV. an Kaiser und Reichsstände zu brandmarken und mit aller Schärfe zurückzuweisen [1]). Sogar in Bayern gärte es, wo doch Kurfürst und Regierung auf Frankreichs Seite stand, das Reich nicht in den holländischen Krieg hineinziehen lassen wollte und in diesen Tagen eine Militärkonvention mit Frankreich schloß, um sich gegen einen etwaigen Angriff von Österreich her zu sichern. In München hörte man die Drohung, man wolle den Obersthofmeister Hermann von Fürstenberg, „den französischen Hund“, totschlagen, wenn es schlimm ginge [2]). Die Regierungen jener Zeit haben es zwar schon sehr wohl verstanden, auf die öffentliche Meinung im Sinne ihrer Politik durch die Mittel der Druckerpresse zu wirken, sie selbst ließen sich aber doch durch solche Stimmungen wenig beeinflussen. Dieses Mal aber stand der endliche Entschluß des Kaisers doch in erfreulicher Übereinstimmung mit dem gesunden Empfinden weiter Kreise der Nation.

Anfangs Juli faßte der Kaiser in dem Wallfahrtsorte Mariazell, wo er so oft Trost und göttliche Hilfe suchte, den Entschluß, ein Heer zu versammeln und es nach Eger ziehen zu lassen. Es war noch nicht

1) In der im August 1673 verfaßten Schrift „Lettre d'un conseiller d'Estat“. Vgl. Haller, Publizistik, S. 66 ff. Pribram, Lisola, S. 353 f. 624.

2) Riezler, Gesch. Bayerns VII, 226.



der Krieg, aber doch ein entschiedener Schritt dazu. Im Juli gingen die allseitigen Verhandlungen vorwärts. Allerdings kam Gremonville nochmals mit Friedensangeboten, aber man beantwortete sie in Wien mit Gegenforderungen, wie Räumung des Reichsbodens, Restitution Lothringens und anderen, auf die Ludwig sicherlich nicht eingehen wollte. Am 4. August verließ der Kaiser Wien, um sich nach Eger zur Heeresschau zu begeben. Am 20 August traf er in Eger ein [1]). Auch der Kurfürst von Sachsen war gekommen. Am 26. August hielt der Kaiser Revue über das wohlausgestattete Heer von 36000 Mann unter dem Kommando von Montecuccoli. Den Truppen wurde der Sold für anderthalb Monate vorausbezahlt [2]). Am 28. August marschierten sie ab nach Franken, wo Turenne schon bei Würzburg stand. Am gleichen Tage ließ der Kaiser auf dem Reichstag in Regensburg eine würdige und offene Erklärung seines Vorgehens geben. Jetzt fanden auch die Verträge mit Spanien und den Niederlanden ihren formellen Abschluß. Am 16. September wurden Gremonville die Pässe zugestellt [3]). Der Krieg gegen Frankreich war erkärt und eröffnet.

1) Damals erschien: Ausführliche Nachricht Ihro Maj. .. 1673 nach Eger .. destinirte Reis. 4°, 1673. — Über einen Versuch Schwedens und seines Residenten Esaias Pufendorf, in Eger noch im letzten Augenblick den Krieg hintan zu halten, vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 561. Schweden fürchtete, als Bundesgenosse Frankreichs selbst auch in den Krieg eingreifen zu müssen.

2) Vgl. den Brief Leopolds an Pötting, Privatbriefe II, 351 f.

3) Gremonville verließ am 18. September Wien, blieb einige Tage in Nußdorf bei Wien und reiste von da nach Paris, wo er anfangs November eintraf. Von da an verschwindet er gänzlich aus dem politischen Leben, man weiß nur, daß er eine ihm 1670 verliehene Rente von der Abtei Lire in der Normandie bezog, daß er mit diesem Kloster allerhand Streitigkeiten hatte und daß er im November 1686 starb. Vgl. Mignet, Négociacions IV, 214, Legrelle I, 119 Anm. 2. Die 1696 erschienene „Vida" Kaiser Leopolds und nach ihr Wagner, Hist. Leopoldi I, 316 berichten, daß Gremonville bei Ludwig XIV. in Ungnade gefallen sei. Dies ist gewiß richtig, denn Gremonvilles Mißerfolg war für einen Ludwig Grund genug zu unversöhnlicher Ungnade. Aber daraus entwickelte ein Buch von Franz Scheichl, Der Malteserritter und Generalleutnant Jakob Bretel von Grémonville, der Mann mit der schwarzen Maske (Berlin, Ebering, 1914) die ganz haltlose Ansicht, der berühmte Gefangene von Pignerolo und von der Bastille sei kein anderer gewesen als Gremonville, vgl. dazu Srbik in Mitteil. des Instituts XXXVII, 521.



Fünftes Kapitel

Österreich und das Deutsche Reich im ersten Kampfe gegen Frankreich 1673—1679

Während all diese Verhandlungen vor sich gingen und endlich zu der kriegerischen Koalition gegen Frankreich führten, tagte seit Juni 1673 in Köln ein Friedenskongreß, dessen Beratungen unter solchen Umständen von vornherein schon zur Unfruchtbarkeit verdammt waren [1]. Schweden hatte sich seit dem Herbst 1672 die größte Mühe gegeben, durch seine Vermittlung einen Waffenstillstand und Frieden zustande zu bringen. Schweden, obwohl seit April 1672 in erneutem Bündnis mit Frankreich, war erschreckt über die anfänglich reißenden Fortschritte seines Bundesgenossen, den es ja doch nicht übermächtig sehen wollte. In Wien arbeitete der schwedische Resident Esaias Pufendorf eifrig für einen Kongreß und brachte damit auch Pläne einer Allianz zum Schutze Polens gegen die Türken in Verbindung. Wohl einen Waffenstillstand, nicht aber einen allgemeinen Frieden wollte der Wiener Hof von vornherein abweisen [2]. Nach den langwierigsten Vorverhandlungen war es endlich im Frühjahr 1673 gelungen, Köln als Kongreßort zu bestimmen, im Juni versammelten sich die Gesandten Schwedens, Frankreichs, Englands, Brandenburgs und der Niederlande. Als Vertreter des Kaisers erhielt Lisola seine Instruktionen: entgegen dem französischen Begehren, das die lothringischen und elsässischen, spanischen und österreichischen Angelegenheiten ausschließen wollte, hatte er eine getrennte Verhandlung der eng zusammenhängenden Fragen durchaus abzulehnen; doch aber alles, was als eine Störung des

1) Vgl. Peter, Der Krieg des Gr. Kurfürsten gegen Frankreich, S. 172 ff., Pribram, Lisola, S. 638 ff.

2) Mitteil. des Instituts XXXVII, 557. 559 f.



Friedenswerkes durch den Kaiser erschiene, zu vermeiden. Lisola jedoch kam im Sommer nach Köln mit der stillen aber festen Absicht, vielmehr auf die Auflösung dieses unnützen Kongresses hinzuarbeiten. Er beteuerte demnach den Wunsch des Kaisers Frieden zu schließen, aber natürlich nur zusammen mit seinen Verbündeten. Diese Forderung besaß nach den Allianzverträgen vom Ende August nun ein besonderes Gewicht. Zu den Verbündeten gehörte auch der Herzog von Lothringen und so veranlaßte Lisola die Holländer zu verlangen, daß auch ein Vertreter Lothringens zum Kongresse zugelassen werde. Ein geschickter Zug Lisolas, denn für Ludwig XIV. war Lothringen eine abgetane Sache und ein französisches Land; eher wolle der König sein Leben lang Krieg führen, als hier nachgeben, schrieb Louvois. In der Tat stockten daran seit September die Verhandlungen. Und dazu kamen nun die kriegerischen Ereignisse.

Der Feldzug des Jahres 1673 hatte nach dem Plane Ludwigs XIV. und seines Beraters Louvois längst begonnen. Der König in eigener Person war, im Mai zunächst scheinbar die spanischen Niederlande bedrohend, im Juni vor Maestricht gerückt, hatte hier starke Kräfte konzentriert, die Festung zur Übergabe gezwungen und war, seit Vossem um Brandenburg als neuen Verbündeten reicher, stolz nach Paris zurückgekehrt. Der Prinz von Condé dagegen konnte bei Utrecht nicht viel ausrichten, der glänzende Seesieg der holländischen Flotte über die französisch-englische am 21. August bei Hijkduin befreite Holland von der Gefahr einer feindlichen Landung und am 12. September eroberte der Prinz von Oranien den festen Stützpunkt der Franzosen, Naarden an der Zuydersee östlich von Amsterdam. Allein immerhin hielten die Franzosen die Provinzen Oberyssel, Geldern und Utrecht besetzt, in Flandern stand Marschall Luxembourg und in Deutschland war Turenne am unteren Main bis Aschaffenburg vorgerückt. Um die Verbindungen herzustellen und alle Widerstände links des Rheines zu brechen, wurde nach greulichen Verwüstungen im Erzstifte Trier am 7. September 1673 die Stadt Trier von den Franzosen genommen. Diese Gewalttaten — weder das Reich noch Trier standen mit Frankreich im Kriege — erhöhten die allgemeine Entrüstung in Deutschland, ein Sturm von Anklagen erhob sich auf dem Regensburger Reichstag und der endliche Ernst des Kaisers und Österreichs fand einmütige Zustimmung.

Montecuccoli war von Eger aus rasch in drei Kolonnen längs des Fichtelgebirges nach Lauf bei Nürnberg vorgerückt, wo er schon am



1. September stand, und von da in weiterem schnellen Vormarsch über Fürth und Markterlbach bis westlich von Windsheim [1]). Turenne hatte die Absicht gehabt, den Gegner am Vorbruch aus Böhmen zu hindern, dies war vereitelt, er mußte nun sehen die Tauberlinie zu halten. Er glaubte, Montecuccoli wolle nach dem Elsaß und nach Lothringen durchbrechen und schob daher seinen rechten Flügel bis östlich von Mergentheim vor. Am 12. September hatten sich die Kaiserlichen bei Bergtshofen nördlich Uffenheim wie zur Schlacht aufgestellt, Turenne rückte vor, aber indessen führte Montecuccoli sein Heer nordwärts an den Main, der Bischof von Würzburg nahm kaiserliche Besatzung auf, Montecuccoli konnte unbehelligt über Würzburg nach Lohr marschieren, sein Vortrab überschritt den Spessart und erreichte am 2. Oktober Gelnhausen, das Heer selbst gelangte in den nächsten Tagen in die Nähe von Frankfurt. Turenne, durch Rücksichten auf seine Magazine an die Tauberlinie gebunden, durch zahlreiche Detachierungen an diese Magazine und an Mainübergänge geschwächt, hatte nicht folgen und nicht schlagen können. Und als Montecuccoli Mitte Oktober bei Frankfurt über den Main und oberhalb Mainz über den Rhein Brücken bauen zu lassen begann, glaubte Turenne um so mehr an Absichten auf Lothringen und Trier. Jetzt eilte er mit seinem Heere an den Rhein, um das französische Philippsburg gegenüber Germersheim zu schützen, und überschritt hier den Strom. So gab er selbst den Mittel- und Niederrhein preis, er hatte sich gründlich getäuscht und täuschen lassen, denn jene Brückenbauten waren nur Schein. Vielmehr zog nun die kaiserliche Armee den Rhein hinab und vereinigte sich am 4. November zwischen Andernach und Bonn mit dem holländisch-spanischen Heere unter Wilhelm von Oranien und Louvigny, das über Venlo an Neuß und Köln vorbei herangekommen war. Die gesamte Armee, 50000 Mann stark, begann am 5. November die Belagerung Bonns, der Residenz des Erzbischofs, der sich nach Köln geflüchtet hatte. Neben kurkölnischen Truppen waren noch ein Kontingent vor den Kaiserlichen zurückgewichener Franzosen in Bonn. Ein französischer Entsatzversuch von Maestricht aus wurde mit viel zu schwachen Kräften unternommen, Turenne war nur bis Bingen nachgerückt, schon am 12. November kapitulierte Bonn.

1) Vgl. für den Feldzug Peter, S. 181 ff. Tschamber, Der deutsch-französische Krieg von 1674 und 1675 (1906) behandelt S. 22 ff. kurz auch den Feldzug von 1673, bringt hier wie überhaupt in seinem Buche mancherlei neue Details aus archivalischen Quellen, neben manchen Ungenauigkeiten und Mängeln der Auffassung.



Es war ein glänzender Feldzug und Erfolg, das Meisterstück Montecuccolis. Dieses Mal frei von den Fesseln widerspruchsvoller Befehle hatte der ausgezeichnete Stratege durch Raschheit der Märsche, durch Scheinmanöver und äußerst geschickte Verschleierung der eigenen Ziele, ohne verlustreiche Kämpfe, den großen Turenne aus Deutschland rechts des Rheines verdrängt. Und die unmittelbare Wirkung war nun auch die Räumung aller niederländischen Plätze nördlich des Rheines durch die Franzosen. Eine bittere Demütigung der Siegesgewißheit und des maßlosen Hochmutes Ludwigs XIV.

Das kaiserlich-spanisch-niederländische Heer unter Montecuccolis Führung wäre unwiderstehlich gewesen. Allein nach der Vereinigung hatte der Prinz von Oranien das Oberkommando übernommen und bald traten Differenzen unter den Führern auf. Oranien wollte den aus den Niederlanden in der Richtung Maestricht-Charleroi abziehenden Franzosen den Rückzug abschneiden, über das Wie vermochte man sich nicht zu einigen und Montecuccoli verließ, unter dem Vorwande der Erkrankung, schon im November die Armee und übergab das Kommando der kaiserlichen Truppen wieder dem Herzog von Bournonville. „Nun sorge ich", schreibt Kaiser Leopold am 30. November an Pötting [1]), „unter dem Borneville möchte es nit so wohl abgehen und viel Disputen haben, Deus det meliora." Und Lisola war aufs tiefste bestürzt: „mitten in der Siegeslaufbahn ... verläßt der Schiffer, von dem unser aller Heil abhing, dem die Leitung zufiel, das Schiff" [2]). Wenn man Montecuccolis Verhalten „insgemein tadelte", so geschah es dieses Mal nicht mit Unrecht. In der Tat war jetzt die Einheitlichkeit der Kriegführung dahin. Die Kaiserlichen zogen sich rechts des Rheines in die Winterquartiere zurück, Oranien marschierte im Dezember nach Westen, um den Marschall Luxembourg aufzuhalten, allein dieser ließ sich zu keiner Schlacht verleiten und es gelang ihm im Jänner 1674 nach Charleroi zu entkommen.

Im ganzen aber übte der siegreiche Feldzug doch seine günstige Wirkung. Schon im Jänner 1674 gelang es durch vielseitige Verhandlungen des kaiserlichen Hofes, neue Bundesgenossen zu gewinnen [3]).

1) Privatbriefe II, 377. Vorher schreibt Leopold kurz über die Einnahme Bonns und die Fürsorge wegen guter Winterquartiere. „Allein", so fährt er fort, „ist der Montecuccoli wieder krank worden und wieder zurück von der Armada gangen". Der Kaiser wollte natürlich nicht mehr über die Sache schreiben.

2) Pribram, Lisola, S. 647, vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 578.

3) Vgl. Pribram, Lisola, S. 659 ff.



Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz, in dessen Gebieten im Jahre 1673 die Franzosen zweimal furchtbar gehaust hatten, obwohl er doch Bundesgenosse, ja mit Ludwig XIV. verschwägert war [1]), schloß sich jetzt dem Kaiser an; mit König Friedrich III. von Dänemark kam ein förmlicher Allianzvertrag zustande, dessen Wirkung freilich noch von Subsidienfragen abhing. Im Februar nötigte die steigende Mißstimmung von Parlament und Volk in England gegen das Bündnis mit Frankreich König Karl II. zum Abfall; am 19. Februar 1674 schloß er mit Holland Frieden. Auch die beiden anderen Alliierten, Münster und Köln, waren tief betroffen, und Lisola gab sich alle Mühe, seinen Hof zu bestimmen, ihnen die Rückkehr zu ihrer Pflicht als Reichsfürsten zu erleichtern. Bei dem schwachen Maximilian Heinrich von Köln, der innerlich gar nicht so französisch war, schien alles gewonnen, wenn man ihn dem Banne Wilhelms von Fürstenberg entriß. War es nun Lisola oder der Marquis de Grana, Leopolds Gesandter bei Köln, der den Gedanken eingab, man faßte in Wien den kühnen Plan, Wilhelm von Fürstenberg aufheben und gefangennehmen zu lassen. Am 14. Februar 1674 wurde er in Köln auf der Rückfahrt von einem Besuche bei seiner Freundin, der Gräfin von der Mark, von Reitern des Regiments Grana angehalten, seine bewaffneten Diener nach kurzem Handgemenge überwältigt, er selbst in seiner eigenen Kutsche nach Bonn und von da nach Wiener-Neustadt gebracht.

Sicherlich war dies ein Gewaltstreich und rechtlich anfechtbar deshalb, weil Wilhelm von Fürstenberg als Gesandter seines Kurfürsten bei dem Kölner Friedenskongreß galt [2]). Aber anderseits war er doch Fürst und Vasall des Reiches und daß er Kaiser und Reich hundertmal verraten hatte, und darum zur Rechenschaft gezogen werden konnte und sollte, vermochte niemand zu bestreiten [3]). Die Tat machte ungeheures Aufsehen, natürlich erhob die französische Regierung ein furchtbares Geschrei über Völkerrechtsbruch, obwohl sie selbst gerade vorher den Auftrag gegeben hatte, den verhaßten, gefährlichen Lisola auf der Rückkehr

1) Seine Tochter Elisabeth Charlotte (Liselotte) war seit 1671 die Gemahlin von Ludwigs XIV. Bruder Philipp von Orleans.

2) Wie Lisola selbst in einem Briefe an Hocher vom 5. Okt. 1673 bemerkt, Pribram, Lisola, S. 664; später bestritt er freilich, daß Fürstenberg den Charakter eines Gesandten besessen habe.

3) Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg z. B. billigte das Vorgehen. Urk. u. Aktenst. XIV, 745. 746. 751.



von Lüttich „zu fangen und, was gar nicht so übel wäre, ihn zu töten, wenn er oder seine Begleiter sich wehren“ [1]). Lisola aber bereitete es jetzt eine besondere Genugtuung, mit seinem ganzen glänzenden schriftstellerischen Talent und der ganzen Entrüstung über diese „Pestbeule des Reiches“ die Tat seiner Regierung zu rechtfertigen und verständlich zu machen. Diese seine letzte und vielleicht in ihrer Art beste Schrift [2]) über die „Gefangennahme des Fürsten Wilhelm von Fürstenberg“, die er Ende April vollendete, fand die weiteste Verbreitung und machte den größten Eindruck. Der Kaiser ließ ihm seinen Dank sagen.

Lisola tat auch sonst sein Bestes, er tat es in der freudigen Hoffnung, daß der Gang und Zwang der Dinge nun endlich doch einem Zusammenstehen Deutschlands mit dem Kaiser und mit den Verbündeten zum Kampfe wider die französische Vorherrschaft zutreibe. Lisolas Werk und Verdienst war es wesentlich, daß am 22. April 1674 Friede und Vertrag des Bischofs von Münster mit den Generalstaaten und damit auch die Aussöhnung mit dem Kaiser zustande kam. Nicht minder, daß auch der Kurfürst von Köln sich nunmehr zu einem Traktat mit den Niederlanden entschloß, der am 11. Mai unterzeichnet wurde und zwar unter der Voraussetzung, daß es auch zu einem Ausgleich mit dem Kaiser komme.

Unter solchen Umständen, und als Ludwig XIV. die Zulassung Lothringens zum Kölner Kongreß schließlich rundweg ablehnte, löste sich im April 1674 die Versammlung auf. Schwedens Friedensbemühungen waren gescheitert, desgleichen seine Pläne, eine sogenannte „dritte Partei“ im Reiche zu bilden, welche als bewaffnete Neutrale eine ausschlaggebende Stellung einnehmen sollte. Niemand täuschte sich darüber, daß es Schweden doch nur um den Fortbezug seiner schönen französischen Subsidien zu tun war, ohne sich kriegerisch anstrengen zu müssen. Vielmehr erweiterte sich nur noch die antifranzösische Koalition. Die Erzbischöfe Lothar Friedrich von Mainz und Karl Kaspar von Trier, sowie Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz schlossen im März unter sich ein Bünd-

1) Befehl von Louvois an den Gouverneur von Maestricht vom 16. Jan. 1674. Vgl. Peter, S. 191 Anm. 2, Pribram, Lisola, S. 654.

2) Gleich nach dem 14. Febr. schrieb Lisola eine kurze „Lettre d'un gentilhomme flamand à un chevalier Anglois . . . au sujet de l'emprisonnement de M. Guillaume de Furstemberg“. Im Mai erschien: Guilielmi Principis Fürstenbergii detentio (Diarium Europ. 29. Bd. Anhang), zugleich deutsch und französisch ausgegeben (Détention de Guillaume prince de Furstemberg). Vgl. Haller, Publizistik, S. 79 ff. 147 ff.



nis gegen Frankreich, im April konnte der kaiserliche Gesandte Graf Gottlieb Windischgrätz mit den Herzogen von Braunschweig-Celle und Wolfenbüttel abschließen, nachdem ihnen beträchtliche Subsidien vonseiten der Generalstaaten und Spaniens erwirkt worden waren. Auch das Reich als solches beschloß am 24. Mai 1674 in den Krieg mit Frankreich zu treten. Und endlich führten auch die Verhandlungen, die schon seit Februar zwischen Wien und Berlin und mit den Generalstaaten begonnen hatten, zum Ziele. Kurfürst Friedrich Wilhelm fühlte sich seit dem Vertrag von Vossem sehr unbehaglich, die bewaffnete Neutralität kostete ihn schweres Geld und drohte ihn doch zu isolieren, je mehr Verbündete ringsum sich den im Herbstfeldzug von 1673 so glücklichen Gegnern Frankreichs anschlossen. Der Ausgang der polnischen Königswahl am 19. Mai, die mit der Erhebung Johann Sobieskis einen Sieg der französischen Partei bedeutete, beschleunigte auf beiden Seiten [1]), das ungünstige Treffen bei Sinzheim am 16. Juni auf kaiserlicher Seite die Neigung zum Abschlusse. Am 1. Juli kam der Allianzvertrag zwischen dem Kaiser, Brandenburg, den Niederlanden und Spanien zustande: der Kurfürst stellt ein Heer von 16 000 Mann, dessen Unterhalt zur Hälfte von Holland und Spanien bezahlt wird, die außerdem noch 200 000 Taler geben.

Die Koalition von 1673 war also noch mächtig gewachsen. Das Reich — mit einziger Ausnahme von Bayern und Hannover — stand einig zusammen mit dem Kaiser. Wie lange hatte das deutsche Volk solche Einigkeit, solche Erhebung nicht mehr gesehen! Ein freudiges nationales Gefühl, das schon in den letzten Jahren sich erhoben hatte, schwellte jetzt alle Hoffnungen [2]).

Allein der Verlauf der kriegerischen Ereignisse des Jahres 1674 entsprach nun leider weder der günstigen Lage zu Ende 1673, noch den Erwartungen, die man an die vereinigte Kriegsmacht der Alliierten knüpfte. Vielmehr zeigten sich gerade jetzt die Schwierigkeiten und Hemmungen von Koalitionsarmeen und ihre Schwäche gegenüber einem einheitlich und gut geführten Heer. Und es war besonders mißlich, daß jener Feldherr, der allein einem Condé und Turenne eben=

1) Vgl. das Schreiben des kaiserl. Gesandten v. Goeß an Lobkowitz vom 18. Juni 1674, Wolf, Lobkowitz, S. 406 ff. Vgl. oben S. 95. Im allgemeinen Urk. u. Aktenst. XIV, 720 ff., 742 ff.

2) Vgl. Haller, Publizistik, S. 83 ff.



bürtig war und eine anerkannte Autorität besaß, sich zurückgezogen hatte [1]). Trotz des Ausganges der letzten Kampagne und der Rücknahme der Truppen war es Frankreich, das wieder die Offensive ergriff. Ludwig XIV. kehrte, da die Niederlande zu vernichten sich als keineswegs leicht, wenn nicht unmöglich erwiesen, zu dem alten Ziel französischer Politik zurück, Erweiterung, Stärkung der Nordgrenze, Abbröckelung der spanischen Niederlande, Kampf gegen Spanien. Der Krieg gegen den Kaiser und gegen Deutschland trat erst nach und nach in den Vordergrund [2]).

Allerdings begann das Jahr 1674 im Februar mit einem der beliebten brutalen französischen Züchtigungsakte: der Abfall des Kurfürsten Karl Ludwig wurde durch den Überfall von Germersheim und durch eine abermalige Verheerung der unglücklichen linksrheinischen Pfalz bestraft. Zum Schutze der Pfalz eilte aus den Winterquartieren der kaiserlichen Truppen am Mittel- und Niederrhein Graf Caprara mit etwa 6000 Mann, meist Reiterei, auch kursächsische Hilfstruppen, im März herbei und trieb am 23. März links des Rheins südwestlich Mannheim die Franzosen zurück, worauf sie Germersheim und Landau räumten und schleiften. Ende April aber brach König Ludwig selbst auf zur glorreichen Eroberung der spanischen Franche-Comté, am 21. Mai fiel Besançon, am 6. Juni Dole. Turenne aber mußte indessen durch geschickte Stellungen verhindern, daß der Herzog Karl IV. von Lothringen, der in die Franche-Comté marschieren und von dort aus in sein verlorenes Herzogtum vordringen wollte, diesen Plan ausführe. Dies gelang, indem Turenne sich zuerst bei Ensisheim, dann dem auf großem Umweg an den Oberrhein bis Rheinfelden gekommenen Herzog bei Basel entgegenstellte; und indem Vaubrun im Nordelsaß bei Hagenau Caprara in Schach hielt. Erst Ende Mai vereinigten sich Lothringen und Caprara rechts des Rheines bei Oberkirch gegenüber Straßburg und wollten am Neckar sich mit dem kaiserlichen Heere unter Bournonville treffen. Dieser zog vom Niederrhein über Frankfurt, wo sich Reichstruppen anschlossen, heran, um dann mit vereinten Kräften die Wiedergewinnung des Elsaß und Lothringens zu unternehmen. Turenne aber, der in diesem Feldzug

1) Es scheint, daß Montecuccoli hohe Bedingungen stellte, indem er damit rechnete, man werde doch lieber sie erfüllen als einen anderen (de Souches) an die Spitze der Armee stellen. Mitteil. des Instituts XXXVII, 578.

2) Für den Feldzug von 1674 vgl im allgemeinen H. Peter, S. 212 ff., Erdmannsdörffer I, 594 ff. Lavisse, Histoire de Fance VII, 2, 324 ff. Tschamber, Der deutsch-französiche Krieg von 1674 u. 1675, S. 28 ff.



seine ganze meisterhafte Kunst und Kraft zusammennahm, entschloß sich, den Herzog von Lothringen und Caprara noch vor ihrer Vereinigung mit Bournonville zu einer Schlacht zu zwingen, eilte ihnen nach und traf sie bei Sinsheim an der Elsenz westlich von Wimpfen. Caprara wollte schlagen, man hatte Nachrichten über eine angeblich geringe Stärke des Feindes, man besaß eine günstige Stellung. Am 16. Juni kam es zur Schlacht, die trotz der Tapferkeit der kaiserlichen und lothringischen Reiter durch das Feuer der viel stärkeren und gut verwendeten französischen Infanterie zugunsten Turennes endete [1]). Die Kaiserlichen vereinigten sich nun zwar mit Bournonville, der bei Mannheim und Ladenburg stand, aber dieser wich vor Turenne wieder nach Frankfurt zurück. Auch das rechtsrheinische Gebiet war so den Franzosen bis zum Neckar preisgegeben, die die ganzen pfälzischen Gebiete nördlich und südlich des Neckar systematisch verwüsteten, um eine Belagerung des französischen Philippsburg zu erschweren. Zunächst stockten nun auf diesem Kriegsschauplatz die Aktionen. Turenne ging am 27. Juli wieder über den Rhein zurück, seine Gegner aber versammelten jetzt erst ihre ganze Macht.

In den Niederlanden war es noch nicht zu ernstem Kampf gekommen. Condé stand mit einem zuletzt auf 60000 Mann verstärkten Heer in Flandern und Hennegau, ziemlich untätig und unschlüssig. So konnten sich im Juni und Juli die staatischen und spanischen Truppen bei Mecheln und Brüssel unter dem Oberbefehl des Prinzen von Oranien ruhig sammeln und rüsten. Oranien hatte stolze Pläne. Nicht bloß die Eroberung der verlorenen Festungen Maestricht und Grave, und die Wiederherstellung der alten spanisch-belgischen Grenzen sollte erreicht, Frankreich und sein König sollten in Paris zum Frieden gezwungen werden. Daher drängte er, um einen Hauptschlag führen zu können, auf Anschluß der Kaiserlichen, sowie der Truppen der alliierten Fürsten von Braunschweig-Lüneburg und von Brandenburg. Der Kaiser hatte schon anfangs April den Grafen de Souches mit dem Kommando „der Hauptarmee am unteren Rhein“ betraut [2]). De Souches langte mit dem

1) Die Kaiserlichen hatten über 4400 Mann Reiterei, 900 Infanterie und Dragoner, die Franzosen etwa 6000 M. zu Pferd, aber 3500 M. Infanterie. Tschamber S. 63 f. nach amtlichen Quellen.

2) Die folgende Darstellung beruht auf den Akten, die Isaacsohn, Der deutsch-französische Krieg i. J. 1674, S. 55 ff. aus dem Wiener Kriegsarchive mitgeteilt hat. Der venetianische Gesandte in Wien, Francesco Michiel, bringt in seiner Relation vom 18. März 1678 bemerkenswerte Mitteilungen über den Feldzug und Souches, Fontes rer. Austr. II 27, 177 f. Sonst vgl. Peter, S. 223 ff., auch Mitteil. des Instituts XXXVII, 578 f.

ihm beigegebenen Generalkommissär Grafen Caplirs am 27. Mai zu Bonn an. Seine Instruktionen lauteten dahin, sich nicht zu weit von Rhein und Mosel zu entfernen, um im Notfall mit der oberrheinischen Armee sich verbinden zu können; vor allem sollte er Trier wieder nehmen. Und als im Juni Turenne den Vorstoß über den Rhein machte, erhielt de Souches die Order, neben der Hilfe für die Alliierten hauptsächlich das Reich und die Erblande im Auge zu behalten, ja allfällig mit seiner ganzen Armee an den Oberrhein zu ziehen. Allein dies war nun nicht die Meinung des Prinzen von Oranien und Montereys, des Statthalters der spanischen Niederlande. Diese boten alles auf, um die Armee de Souches zu sich heranzuziehen. Dazu kam noch ein dritter Einfluß, der wohl auf Lisola, den Protektor von de Souches [1]), zurückging: die Idee, daß de Souches eine selbständige Aktion unternehme und von Namur her nach Frankreich einbreche, eine Sache, die de Souches' Eigenliebe gefiel. Er unterließ den Zug gegen Trier und zog im Juni in Aachen an das südliche Ufer der Maas bei Namur. Indem aber Monterey und Oranien scheinbar auf de Souches' Pläne eingingen, benutzten sie andrerseits das Nahen des französischen Heeres unter Condé, um schließlich gegen Ende Juli de Souches zum Übergang über die Maas zu bewegen und so die Vereinigung der Kaiserlichen (21 000 Mann) mit dem niederländisch-spanischen Heere nördlich von Namur herbeizuführen. Nur das Kontingent des Bischofs von Münster und drei kaiserliche Regimenter unter dem Markgrafen Hermann von Baden wurden an den Rhein zum Heere Bournonvilles geschickt. Auch Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der früher seine Truppen nach den Niederlanden senden wollte, hatte sich auf dringende Aufforderung des Kaisers entschlossen, sich mit Bournonville zu vereinigen.

Die Alliierten, im ganzen gegen 60 000 Mann, ergriffen nun die Offensive. Sie begann am 31. Juli von Perwez (nördlich Namur) aus in der Richtung gegen Mons. Man traf die Franzosen in sehr starker Stellung zwischen Seneffe und Charleroi. Am 11. August rückte das alliierte Heer von Seneffe aus, voran die Kaiserlichen unter Souches, im Zentrum die Holländer, in der Arrieregarde die Spanier und Kavallerie, welche den großen Train deckte. Auf diese Nachhut warf sich Condé, schlug sie nach erbittertem Kampf, machte 3000 Gefangene und erbeutete fast die ganze Bagage. Siegestrunken griff er dann auch das Zentrum

1) Vgl. Pribram, Lisola, S. 680.



an, das sich inzwischen in trefflicher Ordnung und Deckung aufgestellt hatte. Nach hartem Kampfe ziehen sich die Verbündeten auf den linken Flügel, die Kaiserlichen, zurück und jetzt kommt die Schlacht zum Stehen. Souches, der zu weit vorausgeeilt war, hindert eine drohende Umgehung, das zahlreiche Geschütz kommt zur Geltung. In blutigem Kampf behaupteten die Verbündeten ihre Stellungen und setzten noch in der mondhellen Nacht das Feuer fort. Condé mußte die Angriffe einstellen, und sah sich durch die schweren Verluste, die Erschöpfung seiner Truppen und die nächtliche Beschießung genötigt, das Schlachtfeld aufzugeben und in sein Lager zurückzukehren. Die Verbündeten erwarteten am Morgen des 12. August in neuer Stellung vergeblich einen Angriff, dann zogen sie vor Mons. Beide Teile schrieben sich den Sieg zu. Aber die Wirkungen des blutigen und verlustreichen Kampfes waren für die Verbündeten nachteiliger. Sie waren zu geschwächt, um die früheren Offensivpläne Wilhelms von Oranien ausführen zu können. De Souches und Graf Monterey wünschten daher jetzt nachdrücklich den Zuzug Brandenburgs. Souches kam auf seinen früheren Plan zurück, mit den kaiserlichen Truppen selbständig am rechten Ufer der Maas zu agieren, hier sollten sich die Brandenburger mit ihm vereinigen und so eine starke Verbindung der Armeen in den Niederlanden und am Rheine bilden. Aber Kurfürst Friedrich Wilhelm blieb bei seinem Entschluß, am Rhein zu kämpfen. Der Prinz von Oranien wollte nun wenigstens noch eine Festung erobern, man zog im September vor Oudenaarden, hob aber nach wenigen Tagen, als Condé heranzog und de Souches versagte, die Belagerung auf; schließlich nahm Oranien am 26. Oktober Grave südlich Nymwegen. Die Kaiserlichen eroberten im November noch Huy nordwestlich und Dinant südlich von Namur. Hier im Lüttichschen bezogen sie die Winterquartiere [1]. Es hätte wohl mehr erreicht werden können, wenn nicht bei den Aktionen nach Seneffe neuerliche schlimme Differenzen mit de Souches ausgebrochen wären [2]. Seine eigenwillige Unverträglichkeit, das Streben, eine selbständige Rolle zu spielen, führten mehrfach zu peinlichen Hemmungen; seine eigenen Generale wollten nicht mehr unter ihm dienen; der Prinz von Oranien und die Staaten, aber auch

1) Huy und Dinant waren bischöflich lüttichsche Städte, aber von den Franzosen besetzt. Bischof von Lüttich war Maximilian Heinrich von Köln, der kaum erst die französische Gefolgschaft aufgegeben hatte.

2) Vgl. Peter, S. 245 ff. Übrigens bedarf es auch hier noch eindringlicher archivalischer Nachforschung.

Monterey beschwerten sich über ihn heftig in Wien; die Spanier beschuldigten ihn sogar verräterischer Korrespondenz mit den Franzosen. Der Kaiser sah sich veranlaßt, im Oktober de Souches abzuberufen und das Kommando dem Grafen Sporck zu übertragen. Der alte General mußte sich verantworten. Er war absolut kein Verräter, allein er vermochte nicht zu entkräften, daß er gegen die Instruktionen und eigenmächtig gehandelt habe. Er fiel in Ungnade, zog sich auf seine Güter in Mähren zurück, wo er 1682 starb [1]).

Leider traten nun ähnliche Schwierigkeiten und Hemmungen noch schädlicher auf dem rheinisch-elsässischen Kriegsschauplatz zutage [2]).

Im Laufe des August waren endlich im Lager Bournonvilles zu Flörsheim östlich von Mainz die braunschweigisch-lüneburgischen und münsterischen Truppen, ferner auch trierische Kontingente und Reichsvölker des fränkischen und oberrheinischen Kreises eingetroffen; zusammen ein recht stattliches Heer von beinahe 32 000 Mann [3]). Bei der Frage des Kriegsplanes ergaben sich die ersten Schwierigkeiten vielköpfiger Leitung und Interessen: der alte Herzog Karl wollte in sein Lothringen, Kurpfalz drang auf die Belagerung Philippsburgs, die Braunschweiger erklärten, sie haben nur Reichsgebiet zu verteidigen, könnten daher nicht das französische Philippsburg angreifen. Doch einigte man sich schließlich dahin, zunächst in der Rheinpfalz gegen Turenne vorzugehen, während Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg an den Oberrhein in der Richtung Straßburg ziehen sollte, so daß man dann auf beiden Seiten des Rheins ineinandergreifend operieren könnte. Anfangs September rückte die Armee von Mainz aus bis nach Speier vor. Südlich davon hatte sich aber Turenne in einer das Rheintal sperrenden starken Position

1) Vgl. Relation Michiel, Fontes rer. Austr. II 27, 178. Mittell. des Instituts XXXVII, 581. Isaacsohn, S. 69 ff. Die Spanier hatten Souches als gebürtigen Franzosen schon vor Jahren verdächtigt, aber der Kaiser sagte: ich halte denjenigen vor kein Franzosen, der mir so guete Dienst geleist hat. Privatbriefe II, 14.

2) Für den elsässischen Feldzug Peter, S. 249 ff., Pastenaci, Die Schlacht bei Enzheim (1880), v. Kortzfleisch, Der oberelsässische Winterfeldzug 1674/75 und das Treffen bei Türkheim (1904), Tschamber, Der deutsch-französische Krieg von 1674 und 1675, S. 86 ff. mit vielen Details über die Reichstruppen, über die Verpflegung der Heere, über Exzesse, Verwüstungen des Krieges u. a.

3) Nach den Berechnungen von Pastenaci, S. 49 ff. Die Armee bestand aus 13200 Kaiserlichen und Lothringern, 12000 Braunschweig-Lüneburgern, 4000 Münsterischen, 2000 Reichstruppen. Die kursächsische Reiterei und Artillerie war Mitte August abberufen worden.



verschanzt. Sie zu nehmen, schien unmöglich, in der gänzlich ausgesogenen Gegend lange zu bleiben nicht minder, so faßte man denn den Entschluß, den Rhein zu übersetzen, rechts desselben rasch südwärts zu marschieren und über die Kehler Brücke sich Straßburgs und des oberen Elsaß zu versichern und damit auch die Möglichkeit zu gewinnen, nach Frankreich und Lothringen vorzudringen. Ein guter Plan. In der Tat wurde, geschickt maskiert, am 19. und 20. September der Übergang über den Rhein bei Speier vollzogen. General Caprara wurde mit 2000 Reitern vorausgesandt, am 23. September kam er vor der Kehler Schanze an, und forderte von der Stadt Straßburg die Öffnung. Straßburg sah sich in mißlicher Lage, denn am selben Tage waren auch schon 4000 Franzosen nördlich der Stadt angelangt — Turenne hatte die Absichten der Alliierten erkannt. Allein die Bürgerschaft Straßburgs war gut deutsch und kaiserlich, der zaudernde Magistrat mußte am 24. September zugeben, daß Caprara in die Kehler Schanze Einlaß fand, am nächsten Tage kamen schon kaiserliche Reiter zu Hilfe, Turenne, der selbst herbeigeeilt war, fand eine zur Verteidigung entschlossene Stadt, zog die Truppen wieder bis Wanzenau zurück und erwartete hier das Nachrücken seines ganzen Heeres. Straßburg war den Kaiserlichen gewonnen, diese rückten indessen heran, freudig begrüßt zog die ganze Armee in den nächsten Tagen durch Straßburg und lagerte südlich der Stadt bei Illkirch und Grafenstaden.

Bournonville erwartete einen Angriff Turennes, er scheute ihn trotz der Überzahl seiner eigenen Armee, und wünschte dringend die Ankunft der Brandenburger. Inzwischen sollte doch wenigstens eine feste Stellung am südlichen, rechten Ufer der Breusch bis an die Abhänge der Vogesenvorberge bezogen werden. Am 3. Oktober begann langsam der Aufmarsch. Allein Turenne handelte viel rascher und kühner. Obwohl er nur 22000 Mann besaß, wollte er doch eine Schlacht wagen, bevor noch die Brandenburger angekommen. In der Nacht auf den 4. Oktober konnte er sein ganzes Heer über die Breusch führen, die Alliierten hatten die nötigen Vorsichtsmaßregeln unterlassen. Sie formierten sich aber am 4. Oktober früh in guter Schlachtordnung, am linken sich vorschiebenden Flügel die Braunschweig-Lüneburger unter Herzog Johann Adolf von Holstein, im Zentrum bei dem Dorfe Enzheim unter Hermann von Baden Kaiserliche, Münstersche und Kreisvölker, am rechten Flügel Kaiserliche und Lothringer unter Bournonville. Auf dem linken Flügel entspann sich ein heftiger Kampf um ein wichtiges Gehölz, in den schließlich



auf beiden Seiten Teile der Zentren eingriffen. Nach stundenlangem, wechselndem Ringen behaupteten die Franzosen zwar das Gehölz, aber vor demselben kam der Kampf zum Stehen und wurde schließlich um zwei Uhr abgebrochen. Indessen ließ Bournonville in eine Lücke des französischen Zentrums Caprara mit seinen schweren Kürassieren vorbrechen, um dann durch ihn und durch einen Angriff Dünewalds den linken französischen Flügel in die Mitte zu nehmen. Aber die Karrees der französischen Infanterie hielten tapfer stand, Dünewalds Vormarsch verzögerte sich im ungünstigen Terrain, so daß sein Angriff zu spät kam und vom Gegner abgewehrt werden konnte. Beide Heere blieben nun voreinander stehen, nur das deutsche Geschütz setzte sein Feuer bis zur hereinbrechenden Dunkelheit fort. Turenne führte das Gros seiner Armee bei Beginn der Nacht zurück auf das linke Ufer der Breusch, etwas später zogen die Alliierten in ihr altes Lager am rechten Ufer der Ill.

Es war ein unentschiedenes Treffen. Es hätte durch kräftigere Entschlossenheit Bournonvilles, dessen Infanterie gar nicht ins Gefecht kam, wohl zu einem bedeutenden Siege werden können. So beschränkte sich die militärische Wirkung darauf, daß Turenne, dessen Armee beträchtlich geschwächt worden[1]), sich näher an seine Magazine nach Marlenheim zurückzog, daß die Alliierten nach wie vor in ihrer gesicherten Stellung blieben, in Erwartung der nahenden brandenburgischen Armee.

Kurfürst Friedrich Wilhelm traf mit seiner wohlausgerüsteten, frischen Armee von 16 000 Mann unter dem Feldmarschall Georg Freiherrn von Derfflinger[2]) am 27. September erst in Neckarsulm bei Heilbronn ein, wo Rast gehalten wurde. Pfalzgraf Karl Ludwig wünschte lebhaft die Belagerung Philippsburgs, doch hatte der Kaiser geschrieben, er würde es für gut finden, wenn sich Brandenburg mit Bournonville vereinigte[3]). Dies war ja in der Tat das Richtigste, sowohl militärisch für die Alliierten, wie politisch für den Kurfürsten. Denn er durfte hoffen, daß

1) Die Franzosen hatten 3500 Mann, die Deutschen bei 2500 verloren.

2) Derfflinger (eigentlich richtiger Dörfflinger, wie er selbst sich schrieb) war 1606 zu Neuhofen an der Krems in Oberösterreich von evangelischen Eltern geboren, verließ infolge des Bauernaufstandes von 1625 die Heimat, trat jedenfalls vor 1632 in schwedische Kriegsdienste, die er 1645 als Oberst verließ. Er siedelte sich dann in Brandenburg an, kam seit 1656 im Dienste des Großen Kurfürsten empor. Auf dessen Empfehlung hatte ihn der Kaiser soeben am 16. März 1674 in den Freiherrnstand erhoben. Vgl. Tschamber, S. 113 Anm. 6.

3) Der Kurfürst an Bournonville, aus Neckarsulm 4. Okt., Peter, S. 373.



kräftige Erfolge gegen die Franzosen auch die Schweden im Zaume halten würden, die seit dem Zusammenschluß der großen Koalition gegen Frankreich, immer stärker von diesem gedrängt, sich endlich zum Eingreifen in den Krieg entschließen mußten und in Vorpommern bedrohlich rüsteten. So beschleunigte nun der Kurfürst seinen Marsch, am 13. und 14. Oktober überschritten seine Truppen die Kehler Rheinbrücke und lagerten bei Straßburg. Auch der Herzog von Braunschweig-Celle war mit 2500 Mann eingetroffen. Die deutsche Gesamtmacht betrug gegen 50000 Mann. Der Kurfürst übernahm den Oberbefehl, doch so, daß, wie es dem Brauche der Zeit, einem Koalitionsheer und dem Vertrag vom 1. Juli 1674 entsprach, „die Operationes per majora zu schließen und zu vollziehen sein" sollten[1]). Daß hierin die Schwäche der sonst so stattlichen deutschen Macht lag, namentlich einem Turenne gegenüber, ist klar. Der Kaiser hoffte, daß sein Gesandter beim Kurfürsten, Freiherr von Goeß, der mit den andern Diplomaten den Feldzug mitmachte, „die Mißverständnis, Uneinigkeit und Competenzen unter so viel hohen Häuptern divertieren oder componieren sollte". Aber, so meinte Goeß mit Recht, könnte er dies prästieren, dann wäre er „magnus Apollo"[2]).

Die Deutschen befanden sich augenblicklich in sehr günstiger Lage. Turenne fürchtete ernstlich genötigt zu werden, über die Vogesen zurückzugehen; dringendst hatte er um Verstärkungen gebeten. Zunächst blieb er in seiner festen Stellung bei Marlenheim am Fuße der Vogesen, westlich von Straßburg. Als jedoch die deutsche Armee am 18. Oktober heranrückte, besorgte er eine Umgehung und Abschneidung von seinen Verpflegsmagazinen, verließ in der Nacht auf den 19. Oktober das Lager, zog unbehelligt nordwärts bis Dettweiler an der Zorn und nahm hier wieder eine feste Position. Die Verbündeten folgten, sandten mancherlei Streifpartien aus, wagten aber keinen Angriff, begannen an Proviant und Futter Mangel zu leiden, das schlechte Herbstwetter brachte viele Strapazen, die Ruhr griff um sich. So trat man am 29. Oktober den Rückzug an, am 2. November kehrte die Armee wieder in das Lager von Bläsheim südwestlich Straßburg zurück, von wo sie ausgezogen.

Am 18. Oktober hatten der Kurfürst und Derfflinger bei Marlenheim angreifen wollen, allein Bournonville und Herzog Johann Adolf von Holstein widersprachen — am andern Tag war Turenne entschlüpft.

1) Vgl. Peter, S. 230 Anm. 2, S. 276.

2) Goeß an den Kaiser 8. Okt. 1674. Wien, Staatsarch. Brandenburgica.

Man hätte dann rasch Hagenau nehmen und Turenne von der Flanke fassen können, was dieser ja befürchtete — aber dies ist niemandem eingefallen. Überängstlichkeit auf Seite Bournonvilles und anderer Generale, allgemeiner Mangel an großzügiger Initiative, Hemmungen und Reibungen zwischen den einzelnen Heeresteilen, Eifersucht auf seiten der kaiserlichen Generale gegen Brandenburg, das alles zusammen verschuldete den unerfreulichen Verlauf. Die Stimmung wurde gereizt, es gab gegenseitige Vorwürfe, die Brandenburger waren namentlich auf Bournonville erbittert, man sprach schon von Verrat. Dies ganz ohne Grund, denn Bournonville war zwar ein schwacher Feldherr, aber persönlich tapfer und ehrlich und unbedingt treu seinem kaiserlichen Herrn, „resolvieret zu crepieren, wan ich anderst nichts thuen kan" [1]).

Das deutsche Heer blieb fast den ganzen November in Bläsheim stehen. Nur die Lothringer gingen über die Vogesen, besetzten Epinal und Remiremont und brachten einem Teile des heranziehenden, französischen, adeligen Heerbanns östlich von Lüneville eine böse Schlappe bei. Man glaubte, Turenne werde sich nach Lothringen zurückziehen, und so meinte man, nun selbst auch ruhig die ersehnten Winterquartiere aufsuchen zu können. Am 26. November verließ der größte Teil der Armee das Lager, die Kaiserlichen und Münsterischen zogen nach dem Sundgau, an sie schlossen sich in den Vogesentälern, deren Pässe sie besetzten, die Lothringer, und in der Ebene bis über Kolmar die Brandenburger, an diese bis Schlettstadt die Braunschweig-Lüneburger. Reichstruppen lagen bei Kehl, um die wichtige Rheinbrücke zu decken. Man wollte keineswegs ganz untätig bleiben, der Pfalzgraf Karl Ludwig und der Reichsfeldmarschall Markgraf Friedrich von Baden-Durlach bereiteten eine Belagerung von Philippsburg vor, nach dem 10. Dezember wurde die Blockade von Breisach und seinem linksrheinischen Brückenkopf Fort Mortier durch Brandenburger und Kaiserliche ernstlicher begonnen. Auch Hüningen und Landskron an der Schweizer Grenze wurden von den Kaiserlichen belagert. Bedeutsam hätte eine im Dezember auf Wunsch des Kaisers und Spaniens unternommene Expedition von etwa 10000 Kaiserlichen, Brandenburgern und Münsterischen unter dem Herzog von Holstein und Markgrafen Hermann von Baden gegen Belfort und in die

1) Kortzfleisch, S. 12. Schon Peter, S. 296 und 310 f. hat den Verdacht des Verrates energisch zurückgewiesen. Erdmannsdörffer I, 605 durfte nicht sagen: „ein vollgültiger Beweis für diesen Verdacht ist indes nicht zu erbringen" — denn da bliebe immer noch ein Verdacht.



Franche-Comté werden können: der Sundgau und die Freigrafschaft waren begierig, die französische Herrschaft loszuwerden. Aber keine dieser Unternehmungen wurde mit dem rechten Nachdruck betrieben. Auch war es mißlich, daß der Oberbefehlshaber Kurfürst Friedrich-Wilhelm durch heftige Gichtanfälle stark behindert wurde und daß der Tod seines Sohnes, des Kurprinzen Karl Emil am 7. Dezember ihn schwer erschütterte. Und als nun der feindliche Feldherr zum Angriff herannahte, zeigte sich weder die Oberleitung, noch die einzelnen Führer des deutschen Heeres der Situation und dem Gegner gewachsen.

Turennes im Oktober keineswegs günstige Lage hatte sich gebessert, nachdem zu Anfang November die ersehnten Verstärkungen aus Flandern eingetroffen waren, der befürchtete Anmarsch eines kaiserlichen Korps unter General Sporck von Belgien her unterblieb und die Verbündeten die Winterquartiere bezogen. Jetzt konnte Turenne den schon seit Ende Oktober gefaßten Plan ausführen, das ganze deutsche Heer westlich der Vogesen zu umgehen und es dann von Südwesten her überraschend anzugreifen. Ein kühnes Unternehmen, doppelt kühn „im Zeitalter der Winterquartiere", meisterhaft durchgeführt [1]). Am 29. November begann Turenne vom Lager zu Ingweiler aus mit etwa 30 000 Mann den Zug das Ziel streng geheimhaltend, vielmehr mit dem Anschein, als ob er in Lothringen oder dann in Burgund Quartier nehmen wollte. Am 13. Dezember langte die Armee zu Longuet bei Remiremont an der obersten Mosel an und blieb hier stehen bis zum 23. Dezember. Scheinangriffe gegen die Vogesenpässe dienten dazu, den Gegner zu täuschen. Natürlich blieb der Marsch des französischen Heeres nicht verborgen. Bournonville war es jetzt, der zuerst eine Umgehung befürchtete und schon seit dem 12. Dezember mit Recht eine Vereinigung des ganzen deutschen Heeres westlich Mülhausen betrieb [2]). Aber der Kurfürst wollte zuerst „nichts überstürzen", gab dann zwar Marschbefehl, widerrief ihn aber auf eine Alarmnachricht von einem Vogeseneinfall der Franzosen. Gleichzeitig aber waren schon Markgraf Hermann von Baden und Herzog Adolf von Holstein, als vor Turenne zurückweichende Lothringer zu ihnen stießen, übereilig von der Gegend von Belfort und Mömpelgard zurückmarschiert bis Altkirch und Sennheim, ja der Herzog mit den Branden-

1) Vgl. Korzfleisch, S. 69 ff.

2) Vgl. hierüber Peter, S. 327 ff., Korzfleisch, S. 83 f., die Schreiben Bournonvilles an den Kurfürsten bei Peter, S. 384 ff. und an Montecuccoli bei Isaacsohn, S. 72 ff.



burgern bis Colmar. Hier stand der Kurfürst mit seiner Armee noch am 24. Dezember, die Kaiserlichen zwischen Mülhausen und Altkirch. Turenne konnte ungestört und bequem vorrücken, am 27. Dezember stand er bei Belfort, durch drei Kanonenschüsse der Festung ließ er gleichsam seine Ankunft melden.

Nun wurde am 28. Dezember zu Colmar Kriegsrat gehalten, die ganze deutsche Armee sollte sich zwischen Colmar und Ensisheim sammeln. Als am folgenden Tage zuletzt abrückende münsterische, kaiserliche und lothringische Truppen von Altkirch nordwärts zogen, wurden sie bei Mülhausen von Turenne überraschend in der Flanke angegriffen; ein Teil wurde versprengt, die übrigen stark derangiert, das ganz abgeschnittene Regiment Portia in Brunnstatt gefangen[1]). Am 30. und 31. Dezember wurde endlich auf dem Felde bei Egisheim südlich Colmar die Vereinigung der ganzen deutschen Heeresmacht vollzogen. Hier wollte der Kurfürst schlagen, aber Bournonville und die Mehrheit der Generale wollten ein schützendes Hindernis vor der eigenen Front, und so nahm am 1. Januar[2]) 1675 die Armee Stellung hinter dem Mühlbach (oder Logelbach), der von der aus dem Gregoriental fließenden Fecht abgeleitet, an Türkheim vorbei nach Colmar fließt. Die Kaiserlichen und Münsterischen am rechten Flügel nahe bei Türkheim, die Braunschweig-Lüneburger im Zentrum, die Brandenburger am linken Flügel, der sich zum Teil hinter Colmar hinzog. Eine langgestreckte, nicht sehr glückliche Aufstellung, da der linke Flügel sich gar nicht recht entwickeln konnte.

Im deutschen Hauptquartier hatte man angenommen, daß Turenne jedenfalls Breisach entsetzen werde. Doch Turenne dachte nicht daran, da ja durch einen Sieg der Entsatz von selbst herbeigeführt werden konnte[3]). Er rückte vielmehr vorwärts und gelangte am 5. Januar vormittag in die Nähe Colmars. Er sah die gut gedeckte Stellung des Gegners, erkannte mit scharfem Blick die ganze Lage und faßte danach seinen Entschluß. Er beließ einen Heeresteil unter seinem Neffen de Lorge am Fuße des Geländes bei Winzenheim südwestlich Colmar, mit dem andern Heeresteil aber, großenteils Infanterie, unternahm er eine Umgehung, um dem Gegner, der in der Front schwer zu fassen war, in die

1) Über das Gefecht bei Mülhausen vgl. besonders Tschamber, S. 146 ff. und die spätere Rechtfertigung Bournonvilles, des Markgrafen Hermann und Dietrichsteins (wegen Portia) bei Isaacsohn, S. 76 ff.

2) Bezüglich dieses Datums vgl. Korthfleisch, S. 111.

3) Vgl. Korthfleisch, S. 65 ff.; daselbst S. 119 ff. für das Folgende.



Flanke zu kommen. Auf winterlich schlechten Wegen marschierte er quer über den Ausgang des Gregorientals direkt auf die Stadt Türkheim. Diese war so gut wie unverteidigt, und konnte so — ein sehr großes Glück, wie Turenne selbst sagte — ohne weiteres von den Franzosen besetzt werden. Obwohl der Umgehungsmarsch im deutschen Lager nicht unbemerkt geblieben war, obwohl die Generale Dünewald und Werthmüller schon früher auf die Möglichkeit eines Flankenangriffs hingewiesen hatten, war von seiten Bournonvilles, der am rechten Flügel kommandierte, nichts geschehen. Jetzt allerdings — es war zwischen ein und zwei Uhr — wurde der rechte Flügel, Kaiserliche, Lothringer und Münsterische, gegen Türkheim gewendet, der Kurfürst eilte mit Dragonern herbei und es entspann sich ein heftiges Gefecht in den Wiesen und Weinbergen östlich vor Türkheim am Fechtfluß und dem Mühlbach. Auf beiden Seiten wurde mit größter Tapferkeit gekämpft bis in die Dunkelheit, alle höchsten Führer, der Kurfürst, Bournonville, Turenne mischten sich in den hitzigsten Kampf, die Franzosen vermochten jedoch keinen weiteren Vorteil zu erringen, die Deutschen behaupteten ihre Stellung. Das Treffen blieb unentschieden. Auf beiden Seiten standen noch ganz frische Heeresteile: de Lorges' Flügel bei Winzenheim, der größere Teil der Braunschweig-Lüneburger und die Brandenburger hatten seltsamerweise gar nicht in den Kampf eingegriffen. Hätte der Kurfürst, wie Werthmüller und der Prinz von Homburg dringend rieten, seine Brandenburger Reitermassen gegen Winzenheim vorstoßen lassen oder wäre man dem Feind in die linke Flanke gekommen, so wäre das Schicksal des Tages wohl entschieden worden.

Aber dies konnte ja immer noch am folgenden Tage geschehen, Turenne erwartete die Fortsetzung des Kampfes. Da erfolgte wieder einer jener zaghaften Entschlüsse, der alles verdarb. Getäuscht durch die Aussagen von Gefangenen und durch Wachtfeuer französischer Vorposten auf den Hügeln nordöstlich von Türkheim, glaubte man im deutschen Lager, der Feind wolle seinen Marsch an den Bergen und über dieselben fortsetzen und also gegen die Rheinbrücke bei Straßburg sich wenden [1]). Unmittelbar nach Abbruch des Kampfes wurde so der einstimmige Beschluß gefaßt, noch in der Nacht den Rückzug nach Schlettstadt anzutreten, um dem Feind zuvorzukommen. Dies geschah in der

1) Wie Kurfürst Friedrich Wilhelm am 9. Januar 1675 an Kaiser Leopold schrieb. Isaacsohn, S. 82 f., Urk. u. Aktenst. XIV, 783 (wo das vom 30. Dezbr. alten Stils datierte Schreiben irrig auf den 10. statt 9. Jan. gesetzt ist).



Tat[1]), Turenne fand am andern Morgen das deutsche Lager und die Stadt Colmar verlassen, aber er verfolgte den Gegner nicht, seine eigene Armee war stark hergenommen. Bei den Verbündeten aber löste der unnötige Rückzug mit seinen unerfreulichen Ärgernissen und gegenseitigen Beschuldigungen schnell allen Zusammenhalt der erschöpften und schlecht verproviantierten Kriegsvölker, und obwohl die Franzosen nur sehr langsam folgten, war alles entschlossen, zurück über den Rhein zu gehen und das Elsaß zu räumen und aufzugeben. In den Tagen vom 10. bis 12. Januar 1675 wurde der Rheinübergang bei Straßburg vollzogen, und dann wurde in die Winterquartiere abgerückt, die Kaiserlichen und Lothringer in die Gegenden vom Breisgau bis an den Lech, die Braunschweiger in das nordöstliche Schwaben, die Brandenburger nach Franken[2]). „Was dieser plötzliche Ausbruch und Rückkehr", so sagt ein Straßburger Bericht, „für Schrecken, Furcht, Elend und desperate Gedanken hier und im ganzen Lande setzet, ist nicht zu beschreiben[3])." Und ein anderer Zeitgenosse bemerkt treffend in bezug auf die deutsche Armee und ihre Führung: „Es ist ein Leib mit vielen Häuptern und eines streitet wider das andere, daß man dadurch, aus Unvermögen zu gewinnen, überwunden wird[4])." So war es gekommen, daß nun die Franzosen wieder das ganze linke Rheinufer von Basel bis Mainz beherrschten und daß Straßburg sich gezwungen sah, Turenne eine neutrale Haltung zuzusichern.

Indessen waren am Wiener Hofe die letzten Konsequenzen der Abkehr von Frankreich eingetreten und trat nun wirklich auch Schweden in Aktion, so daß trotz des unglückseligen Ausganges der Kampagne von 1674 die Fortführung des Krieges keinen Augenblick in Frage stand.

Im Laufe der Jahre 1673 und 1674 hatten sich am österreichischen Hofe bedeutsame Veränderungen vollzogen. Am 12. März 1673 starb nach kurzer Krankheit die Kaiserin Margareta, Leopolds geliebte Gemahlin[5]).

1) Über die grundlosen Vorwürfe gegen die Kaiserlichen, daß sie absichtlich verräterischerweise früher abgezogen seien, vgl. Peter, S. 352 Anm. 2, Kortzfleisch, S. 146 f. Erdmannsdörffer I, 609 meint: „an Verrat auf Seite des kaiserlichen Feldherrn ist schwerlich zu glauben".

2) Vgl. Tschamber, S. 184 ff.

3) Kortzfleisch, S. 159.

4) Peter, S. 361.

5) Über ihre Krankheit vgl. den Brief des Arztes Antonius de Rozzis an Montecuccoli, vom 19. März 1673, Mitteil. des Instituts XXXVII, 568 Anm. 2. Vgl. Privatbriefe II, 303 ff.



Der Kaiser war von tiefstem Schmerze erfüllt, allein die Staatsgeschäfte und die Staatsrücksichten forderten bald ihr hartes Recht, und gerade in den nächsten Monaten hatte Leopold den schweren Entschluß zum offenen Bruch mit Frankreich zu fassen. Auch die Frage einer zweiten Heirat wurde bald von allen Seiten besprochen, die Königin von Spanien, Papst und Reichsfürsten stellten dem Kaiser die Notwendigkeit einer baldigen neuen Ehe vor, Kurfürst Friedrich Wilhelm sagte zum Gesandten Freiherrn von Goeß: Große Herrn, an deren Zustand und Resolution so viel Land und Leute, ja die ganze Christenheit so groß Interesse hätte, wie bei Kais. Majestät, hätten auf gewisse Ding und Umstände, so den Particuliers wohl anständig, nit zu reflektieren, und er schrieb am 23. Juni selbst mahnend an den Kaiser[1]). Noch immer hatte Leopold keinen Sohn und das Haus Österreich stand auf vier Augen. Fürst Lobkowitz dachte an Eleonora Magdalena, die Tochter des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, er hatte schon Ende März Bericht über sie einholen lassen und empfahl sie dem Kaiser[2]). Allein dieser entschied sich für die schöne, lebhafte Claudia Felicitas, die zwanzigjährige Tochter des verstorbenen Erzherzogs Ferdinand Karl von Tirol, an die er sich von seinem Innsbrucker Aufenthalt von 1665 her gern erinnerte. Im Juni war die Wahl getroffen[3]), im Sommer erfolgte die Werbung und Verlobung, am 15. Oktober 1673 zu Graz die Hochzeit.

Im September hatte Fürst Lobkowitz vom Kaiser seine Entlassung erbeten[4]). Die Heirat, die er anfänglich widerraten hatte — er hatte bei Hof auch böse Anspielungen über Claudias Mutter Erzherzogin Anna, eine geborene Medici fallen lassen —, mochte bei diesem Schritte des Fürsten mitspielen, aber der Hauptgrund war doch, daß man mit der von ihm vertretenen franzosenfreundlichen Politik nun vollkommen gebrochen hatte. Er fühlte das Entschwinden des Vertrauens beim Kaiser.

1) Urk. und Aktenstücke XIV, 689. 705.

2) Vgl. Wolf, Lobkowitz S. 362 ff.

3) Vgl. den Brief Leopolds an Pötting vom 12. Juli, worin er „die Ursachen electionis Claudiae" darlegt. Privatbriefe II, 338. — In den Jahren 1671 und 1672 war über eine Heirat Claudias mit dem Herzog Jakob von York, Bruder König Karls II. von England, verhandelt worden, aber sofort nach dem Tode der Kaiserin Margareta war man in Hof- und Regierungskreisen überzeugt, daß Claudia nun ein höheres Los beschieden sei. Vgl. Pribram, Ein Habsburg-Stuartsches Heiratsprojekt, Mitteil. des Instituts XXIX, 423 ff.

4) Vgl. für das Folgende Wolf, Lobkowitz, S. 405 ff., Mitteil. des Instituts XXXVII, 573 f.



Dieser gewährte das Gesuch des Fürsten zwar nicht, aber in der Tat war dessen Stellung doch erschüttert. Jetzt war Hocher der Mann des Kaisers, Hocher leitete die kaiserliche Politik. Lobkowitz wurde dafür verantwortlich gemacht, daß im Frühjahr 1674 dem gefangenen Wilhelm Fürstenberg nicht der Prozeß gemacht ward, ihm schob man die Schuld an den Widerspenstigkeiten des Generals de Souches im Feldzug vom Sommer und Herbst 1674 zu. Als im Sommer 1674 Erzherzogin Anna an den Hof kam, gesellte sie sich zu den zahlreichen Feinden, die sich Lobkowitz durch seine rücksichtslose Spottsucht gemacht, und zu dem ernsteren Kreise der Hocher, Montecuccoli und Lisola [1]), die das politische System des Fürsten bekämpft hatten. Eben jetzt kam Lisola nach Wien, ob er an den Ereignissen der nächsten Zeit beteiligt war, wissen wir nicht. Man suchte nach Material, um gegen Lobkowitz vorzugehen, man fand es in Abschriften der Depeschen Gremonvilles an seinen König. Diese kamen anfangs Oktober in die Hand Hochers, er machte dem Kaiser von dem kompromittierenden Inhalt Mitteilung. Der Kaiser berief die Geheime Konferenz, Fürst Adolf Schwarzenberg, Montecuccoli, Graf Lamberg, Hocher und den Schriftführer Christof Abele. Der Sekretär des Fürsten, ein Italiener namens Ferri, wurde verhaftet und verhört, ohne daß besonders Gravierendes für Lobkowitz an den Tag kam. Die Kommission beriet vom 13. bis zum 16. Oktober. Es gelangten Beschuldigungen gegen Lobkowitz zur Sprache, die bis zur Kaiserwahl von 1658 zurückreichten, aber die Hauptanklagen bezogen sich auf die letzten Jahre, auf die Schuld an der Untätigkeit des kaiserlichen Heeres im Feldzug 1672, auf die enge Verbindung mit Gremonville, auf Versuche, den Kaiser und die Reichsfürsten zu entzweien, auf mehrfache spöttische und beleidigende Äußerungen über den Kaiser. Am schärfsten nahm Montecuccoli Stellung, der die Vergehen als sehr schwer und die Beweise jedenfalls als hinreichend bezeichnete, daß man Lobkowitz gefangen setzen und gegen ihn die Untersuchung eröffnen könnte. Aber die Kommission kannte den Wunsch des Kaisers, in ähnlicher Weise gegen Lobkowitz vorzugehen, wie einst gegen Auersperg. So lautete ihr Beschluß und Antrag dahin, daß Lobkowitz von allen Ämtern entlassen werde, daß er sich auf sein Haus beschränke und keinerlei Korrespondenz mehr führe. Am 16. Oktober wurde das Dekret vom Kaiser unterzeichnet. Als am

1) Vgl. den Brief Lisolas an Hocher vom 21. Febr. 1673, Pribram, Lisola, S. 683. Lisola kam am 10. Sept. 1674 nach Wien. Ebd. S. 685. Für das Folgende vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 410 ff., Mitteil. des Instituts XXXVII, 573 f.



17. Oktober Lobkowitz zu Hofe fuhr, hielt ihn vor der Burg die Wache an, der Hofkanzler Hocher trat an den Wagen und übergab dem Fürsten den kaiserlichen Befehl: daß er sich binnen drei Tagen auf sein Schloß Raudnitz an der Elbe begebe, nicht mehr an den Hof komme, sondern in Raudnitz verbleibe; daß er sich aller Korrespondenz enthalte und sich keines seiner Ämter mehr annehme. Der Hofkanzler stellte noch einige Fragen und Lobkowitz fuhr unverweilt in sein Haus am Neuen Markt zurück. Er schrieb an den Kaiser, daß er dessen Befehl gehorsam sei, aber er wisse sich in nichts schuldig und erhoffe eine gnädige Verabschiedung. Am 19. Oktober verließ der Fürst Wien, seine Papiere wurden mit Beschlag belegt, das Bargeld, 190000 Gulden, von der Hofkammer eingezogen.

Donner, die des Hofes Himmel schickt,
Schlagen ein, eh' man den Blitz erblickt,

hatte Friedrich v. Logau in einem seiner Sinngedichte gesagt[1]). Wie sehr mußte sich Lobkowitz, als er, der große, stolze Minister, nun einsam nach Raudnitz fuhr, seines Rivalen Auersperg erinnern, dem er selber vor fünf Jahren dieses Schicksal bereitet. Ohne nur ein Wort zu ihrer Verteidigung sagen zu können, mußten beide bedeutenden Männer plötzlich und unwiderruflich von Macht und Glanz scheiden. Des Fürsten Lobkowitz Zeit war freilich abgelaufen, er hätte im Herbst 1673 auf seiner Entlassung beharren sollen. Aber er liebte die Macht und den Glanz. Um dieselbe Zeit schrieb er seinem Sohne, der sich Freiheiten erlauben wollte, im Vollgefühle seiner Stellung: Kann ich den ganzen kaiserlichen Hof regieren, werde ich auch Deine Hartnäckigkeit zu beugen wissen[2]). Das absolute Herrschertum, das er wie alle bedeutenden Staatsmänner seiner Zeit zu stärken suchte, hatte sich jetzt gegen ihn gewandt: sein Sturz ist, gleich dem Auerspergs, in der Form wie er sich vollzog, ein Ausfluß und ein Zeugnis selbstherrlicher fürstlicher Autorität, der sich auch der höchststehende Mann im Staate ohne Widerrede fügt.

Lobkowitz versuchte in der nächsten Zeit allerdings noch eine Rechtfertigung beim Kaiser, Pater Emmerich nahm sich anfänglich seiner Sache an. Aber der Kaiser sagte, die Unschuld des Fürsten könnte nur durch einen Prozeß erwiesen werden, einen solchen habe er jedoch um des Fürsten selber willen unterlassen; aber jene 190000 Gulden wolle er

1) Angeführt von Wolf, S. 424.

2) Wolf, S. 442.



nur als ein Anlehen betrachten, das jedenfalls zurückerstattet werden müsse. Als nach dem frühen Tode der Kaiserin Claudia der Kaiser Ende 1676 Eleonore von Pfalz-Neuburg heiratete, die einst Lobkowitz empfohlen hatte, meinte man, er werde nun an den Hof zurückkehren. Allein Lobkowitz kränkelte und einsam ist er auf Raudnitz am 22. April 1677 gestorben.

Während dieser Vorgänge weilte Lisola in Wien[1]). Er war höchst ehrenvoll empfangen worden, er sah, daß das Ziel und Streben seines Lebens, der allgemeine Kampf gegen die französische Übermacht sich erfülle, er erlebte den Sturz des mächtigsten Freundes der Franzosen, er durfte hoffen, daß ihm selbst ein maßgebender Einfluß auf die kaiserliche Politik an deren Zentrum zuteil werde, denn der Kaiser war entschlossen, ihn zum Geheimen Rat zu ernennen, und vielleicht wäre er zur Geheimen Konferenz herangezogen worden. Allein der schon lange kränkelnde Körper des unermüdlichen Mannes war aufgerieben, am 19. Dezember 1674 ist Franz von Lisola, 61 Jahre alt[2]), gestorben. Ein schwerer Verlust. Keiner der andern kaiserlichen Diplomaten und Staatsmänner kam Lisola auch nur entfernt gleich an politischem Talent und Scharfblick, an rücksichtsloser Energie, an Kenntnis der fremden Staaten, ihrer Höfe, ihrer Parteien und inneren Verhältnisse, an souveräner Beherrschung aller Mittel diplomatischer Kunst in Wort und Schrift, auf geraden und auf krummen Wegen. Der treueste Diener seines Herrn, war er diesem und seinen Räten doch oft zu stürmisch, zu eigenmächtig, zu sanguinisch, gegenüber der traditionellen Bedächtigkeit und Langsamkeit des Wiener Hofes. Wir vermögen nicht eigentlich zu erkennen, welchen Wurzeln sein glühender Haß gegen Frankreich entstammte, der sein ganzes Leben und all sein Denken und Handeln durchströmte — genug, er ist der erste jener Männer, die, selber halbe Franzosen, von Frankreichs und Ludwigs XIV. Übermacht und Übermut abgestoßen, sich ganz und gar dem Dienste des Hauses Österreich weihten und gerade jetzt, in dessen schwerster Zeit, ihm die unschätzbarsten Helfer wurden — Lisola, Karl von Lothringen, Prinz Eugen.

So verschwanden zu Ende 1674 und Anfang 1675 von den hervorragenden Gestalten der österreichischen Geschichte jener Zeit zwei be-

1) Vgl. Pribram, Lisola, S. 685 ff. Mitteil. des Instituts XXXVII, 580 f.

2) Lisola war am 22. August 1613 geboren. Es ist nur ein Versehen, wenn Pribram, S. 691, der ungenauen Angabe des venetianischen Gesandten Michieli folgend, von einem Alter von 65 Jahren spricht. Pribrams Buch bietet als Titelbild ein treffliches Porträt Lisolas.



deutende und markante Staatsmänner, Lobkowitz und Lisola, und zwei Kriegsmänner, de Souches, der durch dreißig Jahre gegen Schweden und Türken nicht ohne Ruhm und Glück gedient, zuletzt aber in freilich schwierigeren Umständen versagt hatte, und Bournonville, der in diesem französischen Krieg den kaiserlichen Waffen keine Lorbeeren brachte. Noch einmal mußte der greise Montecuccoli an die Spitze der österreichischen Heere treten.

Die allgemeine Lage hatte eine Verschärfung erfahren. Dem immer stärkeren Drucke Frankreichs, das auch mit neuen Subsidien nachhalf, weichend, mußte sich Schweden entschließen, endlich selbst auch aktiv als Bundesgenosse Ludwigs XIV. am Kriege teilzunehmen[1]. Die schwedischen Truppen in Vorpommern und in Bremen wurden im Laufe des Jahres 1674 verstärkt. Brandenburg und das österreichische Schlesien schienen die nächstbedrohten Gebiete. Schon am 30. September 1674 schrieb Kurfürst Friedrich Wilhelm an den Kaiser über die drohende Gefahr und am 19. Oktober wurde in Wien mit dem kurfürstlichen Gesandten Crockow beraten. Zu Ende des Jahres rückten die Schweden wirklich in die Uckermark ein, und begannen nun in der nächsten Zeit brandschatzend auch die Mittelmark heimzusuchen und einzelne feste Plätze zu nehmen. Die ersten Nachrichten davon trafen den Kurfürsten in den Tagen nach dem Treffen von Türkheim und auf dem Rückzug in die rechtsrheinischen Winterquartiere, sie drängen ihn zum Entschluß, seine Armee den Schweden entgegenzuführen und dann das alte Ziel seines heißesten Strebens zu verwirklichen, die Gewinnung Vorderpommerns. Er dringt in den Kaiser um dessen wirksame militärische Hilfe, er eilt Ende März 1675 nach Kleve und dann nach dem Haag, um mit Wilhelm von Oranien zu beraten und holländischen Beistand zu sichern. Der Kaiser hatte schon im Februar seine Assistenz versprochen, mahnte seinerseits am 12. Mai den noch in Holland weilenden Kurfürsten zu eiligstem Aufbruch, da die Schweden immer weiter vordringen, und ließ den General Grafen Cob in Schlesien mit 6600 Mann vorrücken, um zur allfälligen Verbindung mit sächsischen Truppen und dann mit Brandenburg, oder zur Verteidigung Schlesiens bereit zu sein.

1) Vgl. für das Folgende Erdmannsdörffer I, 610 ff. Die Daten über die Haltung des Kaisers sind den „Brandenburgica" des Wiener Staatsarchivs entnommen.

Nun aber eilte Kurfürst Friedrich Wilhelm zu seiner Armee zurück, in starken Märschen rückte er im Juni vor, am 25. wird Rathenow den Schweden entrissen, am 28. Juni werden sie in der heißen Schlacht bei Fehrbellin geschlagen, dann rasch verfolgt, die Mark wird befreit. Der Große Kurfürst hatte den glänzenden Erfolg ganz allein, mit seinen eigenen Kräften errungen. Er präsentierte schon vor Fehrbellin dem Kaiser gewissermaßen die Rechnung dafür, nämlich das Verlangen nach einer „Satisfaktion“, da die Hilfe vom Reich und den Alliierten nicht so schnell, noch so kräftig erfolgte, als man wohl hätte hoffen sollen. Die Satisfaktion zielte vor allem auf eine Versicherung für den Gewinn von Stettin und Vorpommern. Der Kaiser antwortete am 26. Juli, daß hierin ohne die Alliierten nichts getan werden könne und diese Frage in die Friedensverhandlungen gehöre. Um dieselbe Zeit aber vereinigte sich das österreichische Korps mit dem brandenburgischen Heer und focht in den meist glücklichen Kämpfen des Spätherbstes mit, in denen Wollin, Wolgast, Swinemünde und andere Plätze Vorpommerns erobert wurden.

Das Eingreifen Schwedens hatte einen neuen Kriegsschauplatz eröffnet, Brandenburg ganz in Anspruch genommen und damit abgezogen von dem Kampfe gegen Frankreich. Diesen hatten der Kaiser und die anderen Verbündeten fortzuführen, und auch ihnen gestaltete sich das Kriegsjahr 1675 günstig[1]).

Der Beginn dieses Jahres war ja nicht erfreulich gewesen: er sah die Verbündeten auf dem Rückzug aus dem Elsaß, dieses nach dem Falle der kleinen Feste Dachstein (29. Januar) vollständig in der Gewalt der Franzosen; Straßburg hielt sich notgedrungen neutral. Turenne war im Triumph nach Paris zurückgekehrt, er übergab dem General Marquis Vaubrun das Kommando. Die kaiserliche Armee war durch den achtmonatlichen Feldzug von 1674 stark mitgenommen worden, besonders die Infanterie hatte gelitten. Sie zählte im Januar 1675 im ganzen nur mehr etwas über 6200 Mann; sie stand noch unter dem Herzog von Bournonville, der in Ravensburg das Hauptquartier aufschlug. Aber man

1) Über den Feldzug von 1675 gegen Frankreich handelte gründlich, mit Benutzung von Wiener archivalischem Material Marx in der Östreich. Militär. Zeitschr. 1841, Bd. I, 135—174 290—318; Bd. II, 28—52; 1842, Bd. II, 119—152. 266—291. Sodann mit Verwertung der zeitgenössischen Relationen usw. Lümkemann, Turennes letzter Feldzug (1883). Campori, Raimondo Montecuccoli (1876), S. 476 ff. bringt nur wenig Brauchbares. Tschamber, Der deutsch-französische Krieg 1674 u. 1675, S. 191 ff. mit manchen Einzelheiten. Vgl. im allgemeinen Erdmannsdörffer I, 622 ff.



ging nun energisch daran, die Armee durch eifrige Werbungen in und außer den Erblanden zu ergänzen, den Pferdestand wieder herzustellen und in den Vorlanden Magazine für alle Kriegsbedürfnisse zu errichten. Belehrt durch die schlimmen Erfahrungen des letzten Feldzuges sollte nun die kaiserliche Hauptarmee am Rhein unter einen einheitlichen Oberbefehl gestellt werden und da konnte kein Zweifel herrschen, daß Montecuccoli der einzig geeignete Mann sei. Montecuccoli zögerte, stellte Bedingungen, der Kaiser selbst drang in ihn, versprach ihm die Ernennung zum Reichsfürsten, die Übertragung seines Regiments auf seinen Sohn und anderes, und Mitte März 1675 entschloß sich Montecuccoli, das Kommando zu übernehmen. Es wurde ihm eine ganz selbständige Stellung zugestanden: „wo ich dann alles", so erklärt der Kaiser in seiner Instruktion, „wo die Armada Posten zu fassen, wo sie zu passieren und welchergestalt sie zu operieren habe, Euerer Discretion allerdings gnädigst überlasse und Ihr schon denen vorfallenden Conjuncturen nach, ohne weitere Bescheidserfolgung wohl zu thun wissen werdet[1])".

Man wollte von kaiserlicher Seite diesmal den Feldzug früh beginnen und den Franzosen zuvorkommen. Ende März wollte der Hofkriegsrat, also auch Montecuccoli, den Feldzug vom Mittelrhein aus führen, um dadurch die Franzosen zum Verlassen des Elsaß zu nötigen[2]). Allein bald darauf entschloß man sich anders, denn alle im April stattfindenden Truppenbewegungen zielen schon auf die Vereinigung einer starken kaiserlichen Armee und der Reichskontingente am Oberrhein. Hierbei dürfte die Sorge um das wichtige Straßburg mitgespielt haben[3]), ebensosehr aber auch die Sorge um die österreichischen Vorlande. Denn die Franzosen hatten von Philippsburg und Breisach aus im März verwüstende Streifzüge unternommen, die Stadt Neuenburg am Rhein wurde verbrannt, im April ging Kenzingen in Flammen auf, die Festen Lichtenegg und Hachberg fielen[4]).

1) Marx in Österr. Militär. Zeitschrift 1841, Bd. I, 147. Campori, Raim. Montecuccoli, S. 476 ff; Veltzé, Ausgew. Schriften Montecuccolis, Bd I, Einleitung XXV ff. — Die Ernennung zum Reichsfürsten verzögerte sich und war erst vorbereitet, als Montecuccoli im Oktober 1680 starb. Dagegen wurde ihm im Jahre 1678 von König Karl II. von Spanien die Fürstenwürde verliehen. Vgl. Veltzé a. a. O.

2) Vgl. Marx, S. 152.

3) Straßburg sandte auf Betreiben des kaiserl. Feldzeugmeisters Markgrafen Hermann von Baden, der sich alle Mühe gab, die Stadt auf seiten des Reiches zu halten, Anfang April einen Gesandten nach Wien. Marx, S. 154 ff. Lünkemann, S. 30 f.

4) Über diese Züge und Kämpfe bringt manches neue Detail Tschamber, S. 191 ff.

Mitte April begannen 17500 Mann kaiserlicher Truppen aus ihren Winterquartieren im Trierischen den Marsch an den Oberrhein. Sie standen unter General Sporck, wurden aber in dessen Abwesenheit von dem jungen Prinzen Karl von Lothringen geführt, der in diesem Feldzug zum ersten Male selbständiger hervortritt. Um dieselbe Zeit verließ Montecuccoli Wien und begab sich über München nach Ulm[1]). Hier waren die schwäbischen Kreisstände versammelt, die Rüstungen des Kreises ließen noch viel zu wünschen übrig, auch die Alliierten ließen sich Zeit. So konzentrierte Montecuccoli zunächst die in Schwaben und Breisgau befindlichen kaiserlichen Truppen in der ersten Hälfte Mai an den Oberrhein. Am 20. Mai stand er bei Willstedt nahe bei Kehl und Straßburg; das Korps Sporck war am 21. Mai bis Pforzheim vorgerückt.

Inzwischen hatte Marquis Vaubrun die französischen Truppen bei Schlettstadt zusammengezogen, Turenne eilte aus Paris herbei, traf am 19. Mai in Schlettstadt ein, ritt am 20. mit Kavallerie nach Benfelden auf halbem Weg nach Straßburg, und zog in den nächsten Tagen die ganze Armee an sich. Vergeblich hatte Montecuccoli den Rat von Straßburg von der Neutralität abzubringen gesucht, jetzt, zwischen die feindlichen Heere gestellt, beharrte Straßburg um so mehr bei seiner Haltung.

Nun begann der berühmte Wettkampf zwischen den beiden, einander ebenbürtigen Meistern der Kriegskunst jener Zeit, ihr letzter Feldzug. Zwei Monate lang dauerte auf immer engerem Raume das Marschieren und Manövrieren, bis es zur Schlacht kam. Am 24. Mai brach Montecuccoli von Willstedt auf nach Norden, um sich mit Sporck zu vereinigen, den Schein zu erwecken, als ob Philippsburg belagert werden sollte, in Wirklichkeit aber südlich Speier den Rhein zu übersetzen, so Turenne von Straßburg abzuziehen, das indes von dem Markgrafen von Baden gewonnen werden sollte. Aber Turenne durchschaute den Plan, sandte nur eine Brigade gegen Hagenau, blieb mit seiner Hauptmacht in der Nähe Straßburgs, führte sie südlich der Stadt bei Ottenheim über den Rhein und besetzte am 8. Juni Willstedt und eine feste Stellung hinter der Kinzig. Markgraf Hermann, zu schwach gegenüber der französischen

1) Marr, S. 158 berichtet (Quelle?), daß Montecuccoli in München mit dem Bruder des Kurfürsten wegen einer günstigeren Haltung Bayerns unterhandelt habe. Natürlich ohne Ergebnis. Am 9. März 1675 war vielmehr ein Vertrag Bayerns mit Schweden zustande gekommen, worin Bayern gemeinsame Arbeit für den Frieden, aber auch unter gewissen Bedingungen Hilfe gegen Brandenburg zusagte. Döberl, Bayern und Frankreich, S. 499.



Armee, zog sich nach Offenburg zurück. Montecuccoli aber mußte nun wieder heranziehen, er traf am 14. Juni in Offenburg ein und bezog eine treffliche Position längs der Schutter. Turenne, der die ihm unentbehrliche Offenheimer Brücke bedroht sah, verlegte diese stromabwärts nach Altenheim und gewann dadurch eine konzentriertere Stellung. Montecuccoli aber rückte, um dem empfindlich werdenden Proviantmangel durch Annäherung an Straßburg abzuhelfen, anfangs Juli etwas weiter abwärts und wählte an der Rench ein vorzügliches Lager, mit dem rechten Flügel an den Rhein, links an einen Wald gelehnt; aber die erhoffte Verbindung mit Straßburg verhinderten die Franzosen durch Sperrung und scharfe Bewachung des Stromes und seiner Ufer. Montecuccoli drang in Wien auf Geld, er legte dar, man könne jetzt nicht mehr Krieg führen, wie im verwichenen deutschen Krieg: man kann nicht die Länder der Soldateska preisgeben, man kann nicht den Krieg von einer Provinz in die andere tragen; der Feind zahlt seine Völker, so müssen wir es auch tun[1]). Auch die Situation der Franzosen war nicht rosig. Turenne war nachgerückt und lagerte kaum eine Stunde entfernt. Sein tiefliegendes Lager wurde infolge des langen Regenwetters überschwemmt, Futtermangel, Krankheiten und Desertion rissen ein. Und dennoch entschloß sich keiner der Feldherren zu einem raschen Schlage. Das vorsichtige Zurückhalten, das Prinzip der Konservierung der Armeen — sie waren ja damals klein und doch sehr kostspielig —, die Scheu, durch eine einzige unglückliche „Affäre“ vielleicht das Schicksal des Feldzuges zu entscheiden, dies alles wirkte hierbei zusammen.

Aber der Sieg des Großen Kurfürsten bei Fehrbellin übte weithin seine Wirkung, er befreite die kaiserlichen Heerführer von der Sorge einer schwedischen Diversion von Bremen und Verden aus, er ermöglichte den rascheren Vormarsch des Herzogs von Lothringen und der Braunschweig-Lüneburger auf Trier. Auch trafen endlich die schwäbischen Reichstruppen beim Heere ein. Turenne, dessen Lage immer unbehaglicher wurde, begann in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli eine Umgehung des linken Flügels der Kaiserlichen an der oberen Rench, es gelang ihm, Teile des Heeres über die Rench bis gegen Achern vorzuschieben, während sein Neffe Graf de Lorge mit dem andern Teile im Lager bei Freistett blieb. Diese neue Stellung erschwerte die Verbindung der kaiserlichen Hauptarmee mit dem Korps Caprara, das weiter südlich an der Kinzig bei

1) Das sehr bemerkenswerte Schreiben Montecuccolis an den Hofkriegsrat vom 14. Juli bei Marx, S. 316.



Offenburg stand. Da beschloß Montecuccoli für den 24. Juli den Angriff, der die schwache Stelle zwischen den beiden französischen Heeresteilen als Treffpunkt der Kavallerie unter dem jungen Karl von Lothringen und des Korps Caprara ausersah und damit den Angriff auf die Renchbrücke und die französische Stellung bei Freistett kombinieren wollte. Der Plan war schön, setzte aber ein genaues Zusammenwirken voraus und dieses scheiterte an verschiedenen Zufällen. So kam es am 24. und 25. Juli nur zu kleineren Kämpfen, am 26. rückte Montecuccoli etwas nordöstlich zurück an das Gelände bei Bühl und besetzte den starkbefestigten Kirchhof von Sasbach.

Hier bei Sasbach kam es am 27. Juli zum Kampf. Turenne hatte jetzt fast alle seine Truppen an sich gezogen, andrerseits langte Caprara auf mühevollem Umweg über das bergige Gelände noch vormittags ein. Die beiden Armeen standen sich an den teilweise bewaldeten, wenig übersichtlichen Ufern des Sasbaches gegenüber, die kaiserliche etwa 20 000 Mann, die französische ungefähr 22 000 Mann stark [1]). Das rechte Ufer des Sasbaches, auf dem die Kaiserlichen standen, ist höher und steil, die Artillerie hatte Montecuccoli an seinem linken Flügel auf die ansteigenden Höhen postiert, sie begann nach Mittag ein wirksames Feuer auf den gegenüber sich entwickelnden rechten Flügel des Feindes; hierher sandte Montecuccoli noch Verstärkungen. Turenne, von seinem rechten Flügel um Unterstützung gebeten, eilte selbst herbei, auf wenig gedeckter Höhe zeigte ihm der General St. Hilaire die feindliche Bewegung, da zerschmetterte eine Kanonenkugel St. Hilaire den linken Arm und traf Turenne in die Brust. Er blieb sofort tot. Es war um drei Uhr.

Zwischen den beiden nächsthöchsten Generalen de Lorge und Vaubrun erhob sich sofort Streit, notgedrungen verglichen sie sich zunächst auf einen gemeinsamen Oberbefehl, aber die Autorität der Führung eines Turenne war dahin. Ins kaiserliche Heer kam die erste noch unsicher scheinende Kunde gegen Abend, Gewißheit am nächsten Morgen. Montecuccoli zeigte sich bewegt durch den Fall seines berühmten Gegners. Turenne war ein Mann, so sagte er, der der Menschheit Ehre machte; er rühmte seine großen Aktionen, die ihm die Hochachtung auch des Feindes erwarben [2]). Montecuccoli, allzu vorsichtig, nützte die ihm so

1) Vgl. Lümkemann, S. 48 ff.

2) Der in kaiserlichen Diensten stehende Franzose Chavagnac, der selbst dabei war, erzählt in seinen Memoiren (ed. 1700, S. 423): il (Montec.) parut touché de la perte d'un homme, qu'il disoit fair honneur à l'homme.

günstige Lage nicht schnell genug aus; er glaubte, daß die Franzosen eben jetzt Verstärkungen bekommen hätten, und wollte die Ankunft der Kreistruppen abwarten [1]. Nur gegenseitige Kanonaden und kleine Vorpostengefechte füllten den Rest des 27., den 28. und 29. Juli aus. Die Franzosen ihrerseits fürchteten, daß Montecuccoli dasjenige, was er hätte tun können, wirklich tue, nämlich ihre Altenheimer Rheinbrücke bedrohe und ihnen den Rückzug ins Elsaß abschneide. Daher zog die französische Armee in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli zurück in ihre frühere Stellung bei Freistätt und am 30. bis nach Willstätt, südwestlich Kehl. Über die weiteren Aktionen konnten sich die Führer nicht einigen, Befehle und Gegenbefehle Vaubruns und de Lorges kreuzten sich, eine Folge dieser Verwirrung war es, daß, als am 1. August frühmorgens die Armee nach Altenheim kam, ihr linker Flügel nicht wie angeordnet, sich unmittelbar an den Rhein anlehnte, sondern eine Lücke ließ.

Den rückziehenden Franzosen war das kaiserliche Heer nachgerückt, es nahm Willstätt und stand am 1. August früh dem Feind bei Altenheim gegenüber. Montecuccoli entschloß sich zum Gefechte. Während eines allgemeinen Angriffs auf die feindliche Front sollte General Dünewald den linken Flügel an der Flanke umgehen, eben an jener Lücke, die Montecuccolis scharfer Blick richtig erkannte. An der Front drückten die Kaiserlichen die Franzosen über den Schutterkanal zurück, aber dann begann der Kampf zu stehen, beide Teile verschanzten sich. Am linken Flügel entspann sich indes ein heißes Gefecht, de Lorge und Vaubrun erkannten die Gefahr und warfen sich dem hier anstürmenden Prinzen von Lothringen entgegen. Vergebens. Vaubrun selbst fiel, de Lorge wurde verwundet, schon flohen die Franzosen und der Weg zur Rheinbrücke stand offen, da eilte über diese vom linken Ufer her General Raune mit drei frischen Brigaden heran, vor deren Übermacht sich Lothringen zurückzog. Der heiße Tag hatte beiden Teilen recht empfindliche Verluste gebracht, jedem bei 3000 Mann. Die Franzosen aber vermochten den Brückenkopf von Altenheim nicht mehr lange zu halten, am 3. August abends und nachts marschierte die ganze französische Armee über den Rhein. Das rechte Ufer des Stromes war vom Feinde befreit. Am 4. August zog das kaiserliche Heer mit klingendem Spiel nach Kehl, Straßburg entbot jetzt Montecuccoli seine Glückwünsche, am 5. August

1) Vgl. sein Schreiben an den Kaiser vom 28. Juli, bei Marx, Österr. Militär. Zeitschr. 1841, Bd. II, S. 40.

hielt der Feldherr Einzug in die Stadt, die nun ihre Neutralität aufgab[1]). Dies waren die Erfolge der Tage von Sasbach und Altenheim.

Um dieselbe Zeit erlitten die Franzosen an der Mosel einen noch schlimmeren Schlag. Es war ja im Plane des Feldzuges dieses Jahres gelegen, daß zwischen den niederländisch=spanischen Aktionen und dem kaiserlichen Heer am Oberrhein in Verbindung mit beiden der alte Herzog Karl von Lothringen mit einem Korps aus gemischten Truppen der Alliierten vor allem das seit zwei Jahren von den Franzosen besetzte Trier erobern sollte. Es dauerte aber lange, bis die verschiedenen Kontingente in Bewegung kamen[2]): am Niederrhein standen noch 3600 Kaiserliche unter Kielmansegg, den dann der Marchese di Grana im Befehl ablöste, bei Bonn lagen 3500 Lothringer, Herzog Adolf von Holstein stand mit den 13000 Braunschweig=Lüneburgern und Osnabrückern im Juni noch in der Gegend von Frankfurt, die Völker von Mainz, Trier und Münster sammelten sich. Der Kaiser und auch Montecuccoli drängte auf eine Aktion an Mittelrhein und Mosel. In den ersten Tagen des August waren endlich die Streitkräfte in der Gegend von Trier vereinigt, das Heer zählte 28000 Mann, Herzog Karl von Lothringen hatte den Oberbefehl, die Kerntruppen der Braunschweig=Lüneburger wurden jetzt von den Herzogen Georg Wilhelm von Celle und Ernst August von Osnabrück selber geführt. Da Lothringen erkrankte, übernahm Herzog Georg Wilhelm das Kommando.

Marschall Créqui, der sich mit französischen Truppen zur Unterstützung Turennes über Metz dem Oberrhein genähert hatte, eilte in starken Märschen zurück, und langte am 9. August oberhalb Trier an der Conzer Brücke am Zusammenfluß der Saar und Mosel an; er hatte nur 8100 Mann. Am 10. August beschlossen die Verbündeten die Aktion, in der Nacht auf den 11. rückten sie bis zur Conzerbrücke und begannen morgens überraschend für Créqui den Angriff. Die beiden Flügel der Verbündeten umfaßten überlegen den Feind, auf dem linken Flügel, wo Grana die Kaiserlichen, Lothringer und Osnabrücker befehligte, fiel die Entscheidung, die Franzosen wurden in wilde Flucht gejagt, sie verloren ihr halbes Heer, Créqui entkam mit Mühe nach Trier. Die Verbündeten zogen nun vor Trier. Créqui, gegen den schließlich die eigene

1) Sich jedoch am 12. August deshalb bei König Ludwig XIV. entschuldigte. Erdmannsdörffer I, 625, Anm. 1.

2) Vgl. Marx in der Österr. Militär. Zeitschr. 1842, Bd. II, S. 140ff.

Besatzung meuterte, mußte die Stadt am 6. September übergeben. Der Weg nach Lothringen, und zur Kooperation mit Montecuccoli stand offen. Aber der alte, kranke Herzog Karl IV. von Lothringen starb am 18. September. So nahe daran, das Land seiner Väter wieder zu gewinnen, endete das unruhvolle Leben des abenteuerlichen Fürsten. Erbe war sein Neffe, Karl V. von Lothringen, kaiserlicher General der Kavallerie, den wir bisher bei der Hauptarmee sahen. Er begab sich jetzt zu seinen lothringischen Truppen, bereit mit ihnen jeden Augenblick zur Hauptarmee Montecuccolis zu stoßen. Aber die Kriegslage der Verbündeten wurde durch die unerwarteten Entschlüsse der braunschweigischen Herzoge gründlich verändert. Sie hatten mit ihren tüchtigen Kontingenten rühmlich gekämpft und mit das Beste zum Erfolge getan. In Wien und im kaiserlichen Hauptquartier erhoffte und betrieb man nun ihren Vormarsch an der Mosel oder die Vereinigung mit der Armee im Elsaß. Doch die Herzoge waren verstimmt durch die säumige Bezahlung der spanischen Subsidien, vor allem aber wollten sie bei den ihnen viel näherliegenden Ereignissen des schwedischen Kriegsschauplatzes nichts versäumen. Die Erfolge Brandenburgs führten eben jetzt zu einer mächtigen Koalition gegen Schweden, es eröffneten sich den Braunschweigern Aussichten auf die Erwerbung der benachbarten schwedischen Gebiete von Bremen und Verden. So ließen sie wohl ihre Kavallerie zu den Holländern stoßen, aber mit den übrigen Truppen eilten sie Ende September nach Hause. Es waren Ausflüchte, die sie in einem Schreiben vom 29. September an den Kaiser vorschützten [1]). Ihr Abmarsch bedeutete die Auflösung der Moselarmee.

Dieser Gang der Dinge an der Mosel wurde wesentlich mitbestimmend für die Führung des Feldzuges im Elsaß [2]). Am 7. August war die kaiserliche Armee über die Rheinbrücke bei Straßburg gezogen, am 9. waren endlich 4500 Mann Reichstruppen unter dem Herzog von Sachsen-Lauenburg zu ihr gestoßen, bis Mitte August hatte Montecuccoli durch die Einnahme von Molsheim, Oberehnheim und Mutzig die Franzosen auf das südliche Elsaß zurückgedrängt. Sie bezogen hier bei Schlettstadt und Kestenholz ein festes Lager, in welchem am 19. August

1) Das Schreiben bei Marx, S. 274. Vgl. Erdmannsdörffer I, 627.

2) Vgl. Marx, S. 119 ff. 265 ff. Campori, S. 500 ff. mit manchen Details aus den Briefen des Jesuiten Carlantonio Montecuccoli, eines Vetters des Generals, und aus den Berichten an die Höfe von Modena und Toskana, sowie aus der Schrift eines „Borgognone“, die bald nach dem Feldzug zur Rechtfertigung Montecuccolis erschien.

der vom König zum Nachfolger Turennes ernannte Prinz Condé ankam. Auf die Nachricht vom Sieg an der Conzer Brücke war Montecuccoli indes vor Hagenau gezogen, um es zu nehmen und die Verbindung zur Mosel zu sichern, rückte aber wieder südwärts Condé entgegen. Am 24. August standen die beiden Feldherren westlich von Straßburg bei Eckolsheim an der Breusch einander gegenüber. Am 26. August entwickelte sich ein Gefecht, der rechte Flügel der Kaiserlichen drang erfolgreich umfassend vor, der Feind zog seine ganze Front an den Rand der Waldungen zurück und leistete hier hartnäckigen Widerstand. Doch Condé, besorgt um seine Verpflegsverbindungen, trat noch abends den Rückzug an und war, schwach verfolgt, am 28. wieder bei Kestenholz. Montecuccoli folgte bis Stotzheim. Beide Heere fingen an an Proviant- und Futtermangel zu leiden; im verödeten Lande ist nirgend Futter für die Kavallerie aufzutreiben, schreibt Montecuccoli nach Wien, Lebensmittel sind furchtbar teuer, von Geld sei er ganz entblößt, es möge ihm schleunigst eine starke Geldrimessa geschickt werden [1]. Diese Schwierigkeiten und die Hoffnung auf ein Zusammenwirken mit der Moselarmee bestimmten Montecuccoli, ohne einen Angriff auf den Gegner zu wagen, im September wieder nach Norden zu marschieren bis an die Lauter. Aber nun zeigte sich, daß von der Moselarmee nichts mehr zu hoffen, eine Aktion gegen Philippsburg und dessen linksrheinische Schanze wurde verschoben, Straßburg schien auch keineswegs sicher [2]. So gewann bei Montecuccoli der Gedanke immer mehr Raum, zwar an der Lauter eine Verteidigungslinie zu schaffen, zugleich aber den Rheinübergang zu sichern und dann rechts des Rheines die Winterquartiere zu beziehen. In Wien hätte man freilich noch gerne eine vorteilhafte Aktion ausgeführt und die Reichsgebiete rechts des Rheines von den Einquartierungen verschont gesehen, doch Montecuccoli und ebenso der Generalkommissär Graf Caplirs stellten die Verpflegsnot und den üblen Zustand der Armee dar, die durch den monatelangen Feldzug und durch Krankheiten sehr mitgenommen war. Der Kaiser gab am 22. Oktober seine Zustimmung, da ja auch er bei seiner Maxime verbleibe, quod salus exercitus su-

1) Schreiben vom 24. August und 8. September, Marx, S. 136. 138. Schreiben des P. Carlantonio vom 25. Sept. Campori, S. 503.

2) Straßburg müsse gegen die Franzosen temporisieren, oder der Kaiser müsse der Stadt unverweilt mit Subsidien unter die Arme greifen, tertium hoc rerum statu non datur. So in einem Schreiben an Montecuccoli Ende Nov. 1675, Marx in Österr. Militär. Zeitschr. 1844, Bd. III, S. 7.



prema lex esse debeat [1]. So marschierte denn in den ersten Tagen des November das kaiserliche Heer über den Rhein und verteilte sich im Breisgau, in Schwaben und Franken. Montecuccoli blieb im November und Dezember im Hauptquartier zu Eßlingen, übergab aber dann das Kommando an den Markgrafen Hermann von Baden und reiste Anfangs 1676 nach Wien zurück [2]. Condé blieb in seiner festen Stellung bei Schlettstadt untätig stehen. Auch er ließ seine Truppen im November in Burgund und Lothringen die Quartiere beziehen, versah Schlettstadt, Zabern und Hagenau mit starken Besatzungen und verließ schon am 14. November die Armee.

Nach den schönen Erfolgen des Sommers war der weitere Verlauf des Feldzuges von 1675 eine arge Enttäuschung. Montecuccoli hatte keinen energischen Stoß mehr gewagt, und so blieb das Elsaß, obwohl die Franzosen sich auffallend untätig verhielten, doch wieder in ihrer Gewalt. Nicht die Feldherren, sondern ihr oberster Grundsatz von der Konservierung der Armeen hatte schließlich gesiegt. Montecuccoli selbst hat diesen Feldzug als einen seiner ruhmreichsten betrachtet, da er in der Defensive unbesiegt geblieben sei [3]. Wir müssen die Auffassung jener Zeit über Kriegführung und Kriegsziele billigerweise berücksichtigen, aber die Entwicklung der Kriegskunst hat seitdem weit darüber hinaus geführt.

Um diese Zeit waren durch Vermittlung König Karls von England die ersten Versuche gemacht worden, die seit dem Frühjahr 1674 abgerissenen Friedensverhandlungen wieder in Gang zu bringen [4], aber

1) Marx in Österr. Militär. Zeitschr. 1842, Bd. II, S. 287. — Montecuccoli selbst litt um diese Zeit stark an Gichtanfällen. Campori, S. 505.

2) Campori, S. 515.

3) Marx, S. 291. Vgl. das Urteil des vielleicht im Auftrage Montecuccolis schreibenden „Borgognone" bei Campori, S. 507. Andere haben freilich auch damals schon anders geurteilt und die geringen Ergebnisse gerade dieses Feldzuges getadelt. Vgl. die Relation des Venetianers Michiel von 1678, Fontes rer. Austr. II 27, 179.

4) Vgl. oben S. 158; für das Folgende, besonders die erstrebte Teilung der schwedischen Herzogtümer Bremen und Verden, Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 162 ff. 174 ff. Seit Jänner 1676 tagte ein Kongreß der Verbündeten zu Bremen, wohin der Kaiser im August 1676 den Grafen Gottlieb Windischgrätz und den Freiherrn Johann Franz von Landsee als seine Vertreter sandte (Srbik, S. 177). In Wien hoffte man die Alliierten zur Rückerwerbung Breisachs und des Elsaß für den Kaiser verpflichten zu können als „proportionierte Satisfaktion", falls die anderen an dem schwedischen Besitze sich vergrößern (Srbik, S. 180). Doch vergebens. Schließlich endigten die ganzen mühseligen Verhandlungen anfangs August 1677 mit einem auf Drängen von Windischgrätz vereinbarten Rezeß zur Sicherung der von den Schweden bedrohten Stadt Bremen (Srbik, S. 183 ff.).



noch war die Friedensarbeit verfrüht. Prinz Wilhelm von Oranien war trotz oder wegen der sehr geringen Ergebnisse des Kriegsjahres 1675 in den Niederlanden unbedingt für die energische Fortführung des Kampfes. Seit Fehrbellin hatte sich mit Brandenburg an der Spitze eine drohende Koalition Dänemarks, Braunschweigs und anderer gegen Schweden zusammengeballt, die von weiterem Kampfe als sichere Beute die Teilung des schwedischen Besitzes in Deutschland erhoffte, auch das Reich hatte an Schweden den Krieg erklärt. Der Kaiser und Spanien konnten ebenfalls nur von glücklicher Fortsetzung des Krieges eine Zurückdrängung der französischen Macht erwarten. Und für Ludwig XIV. galt es, seinen bisherigen Gewinn, Lothringen, die Franche-Comté, die spanisch-niederländischen Plätze und Maestricht zu behaupten und womöglich noch zu mehren, Schweden zur Seite zu stehen und im Mittelmeer, wo Messina sich anfangs 1675 den Franzosen in die Arme geworfen, den Spaniern vielleicht Sizilien zu entreißen. Im Rücken Österreichs aber hatte Ludwig XIV. stets die Hand im Spiele, um den Aufstand in Ungarn zu schüren, den neuen König Polens, Johann Sobieski warm zu halten, und die Türken gegen den Kaiser zu hetzen. Diese Umtriebe Frankreichs trugen dazu bei, daß der wüste Kuruzzenkrieg in Ungarn weitertobte, daß der Wiener Hof zwar begann halbe Zugeständnisse zu machen, die nicht viel nützten, daß er andererseits aber militärisch und finanziell stark in Anspruch genommen und dadurch in den Aktionen im großen Krieg gehemmt wurde.

So konnten jetzt die im Spätherbst 1675 an Montecuccoli versprochenen 12000 Mann in Ungarn nicht entbehrt werden und die notwendige Ergänzung und Verstärkung der kaiserlichen Rheinarmee mußte durch teuere Werbungen geschehen [1]. Mit Mühe brachte man sie so bis in das Frühjahr 1676 auf 32000 Mann. Hierzu kamen etwa 4000 Mann Reichsarmee und 4000 Lothringer. Der Plan für den Feldzug des Jahres 1676 wurde unter Mitwirkung Montecuccolis dahin festgestellt, daß in den Niederlanden Spanier und Holländer das von den Franzosen besetzte Maestricht nehmen sollen, am Rheine aber endlich das verhaßte Philippsburg erobert werden müsse. Dazwischen sollte von der Mosel aus Lothringen bedroht werden. Der Kaiser, die Königin von Spanien, und die Generale hätten an der Spitze des Heeres

1) Über den Feldzug von 1676 in Deutschland vgl. die auf Archivalien des Kriegsarchives beruhende Arbeit von Marx in der Österr. Militär. Zeitschr. 1844, Bd. III, S. 3–26. 148–175. 262–289.



wieder Montecuccoli gewünscht, allein dieser war von seinem alten schweren Gichtleiden befallen und der zur kranken Kaiserin Claudia Felicitas berufene Paduaner Arzt Gianforte erklärte, Montecuccoli dürfe nicht ins Feld, bevor er nicht eine lange gründliche Kur durchgemacht habe [1]). Ein Ersatz bot sich in des alten Meisters Schüler, dem jungen Herzog Karl von Lothringen. Er zählte jetzt 33 Jahre, hatte schon bei St. Gotthard gefochten und die letzten Feldzüge mit immer steigender Selbständigkeit mitgemacht. Er war mit Leib und Seele Soldat, sorgte für seine Leute, manchmal zu nachsichtig, liebenswürdig, ein ehrlicher, gerader, gewissenhafter Charakter, ein Mann von Urteil und Verstand, zunächst noch etwas abhängig von Beratern wie dem Marquis von Grana [2]). Zudem kämpfte er für seine eigene Sache, um sein lothringisches Erbe. Herzog Karl wurde zum Feldmarschall ernannt und mit dem Kommando der Rheinarmee betraut, er kam im März nach Eßlingen ins Hauptquartier, und begab sich mit dem Markgrafen Hermann von Baden, der inzwischen den Oberbefehl geführt hatte, am 23. März in die festen Stellungen von Lauterburg.

Auch Frankreich hatte neuerlich eifrig gerüstet und stellte in den Niederlanden, in Lothringen und im Elsaß Armeen auf, die den Heeren der Verbündeten an Stärke ungefähr gleichstanden. Condé, der nicht mehr ins Feld zurückkehrte, wurde am Rhein ersetzt durch den Marschall von Luxembourg. Dieser nahm in Schlettstadt sein Hauptquartier, hier sammelten sich im März und April die französischen Truppen. Seit Anfang März hatte zwar schon auf beiden Seiten der Kleinkrieg angefangen, die Franzosen machten von Breisach und Philippsburg aus verwüstende Streifzüge [3]). Aber größere Aktionen begannen erst Ende April. Da waren die kaiserlichen Truppen im Raume von Lauterburg versammelt und da die Franzosen noch nicht aktionsbereit waren, wurden

1) Campori, Montecuccoli, S. 515 ff. 520.

2) Vgl. die Urteile des damaligen Florentiner Gesandten am Wiener Hofe Magalotti, der sonst kein Freund Montecuccolis und seines Kreises war, Campori, S. 521, des venetianischen Gesandten Michiel, Fontes rer. Austr. II 27, 180, und des Nuntius Albizzi, Archiv. f. österr. Gesch. CVI, 661.

3) Dem General Schulz gelang es mit 2000 Mann und einer großen Schar Bauern, die über die Mordbrennereien der Franzosen erbittert waren, eine starke französische Abteilung bei Buchholz nördlich Freiburg nachts zu überfallen und die Führer, General Monclasse und Oberst Brosse, berüchtigte Senger und Brenner, gefangen zu nehmen. Wagner, Hist. Leopoldi I, 412.



6000 Mann zur Eroberung der Philippsburger Rheinschanze am linken Stromufer detachiert. Das wichtige Werk wurde in der Tat am 19. Mai genommen. Jetzt erst rückte Marschall Luxembourg heran bis nach Zabern an die Linie der Zorn südwestlich von Hagenau. Herzog Karl rückte dem Feind entgegen, es entspannen sich in den ersten Junitagen östlich von Zabern Gefechte, aber eine Schlacht wagte keiner der beiden Feldherren. Im kaiserlichen Heere glaubte man, daß zu den Franzosen Verstärkungen gestoßen seien, und man beschloß den Rückzug an die Lauter, übervorsichtig auf dem Umwege über Straßburg und Rastatt. Dies geschah und am 14. Juni stand man wieder in der früheren Stellung bei Weißenburg.

Auch die Rücksicht auf das Hauptziel, die Belagerung Philippsburgs, hatte hierbei mitgewirkt. Der Kaiser und der Kurfürst von der Pfalz drängten darauf. Die kaiserliche Hauptarmee war am linken Rheinufer bis gegen Speier herangerückt, zwei Korps unter dem Markgrafen Hermann von Baden und dem General Werthmüller wurden als Belagerungsheer bestimmt, das sich in den nächsten Wochen durch Zuzug von Reichsvölkern auf etwa 16000 Mann verstärkte. In der Festung kommandierte der energische General Du Fay, er hatte nur 3000 Mann. Am 23. Juni begann die eigentliche Belagerung. Sie konnte wochenlang ihren ungestört systematischen Fortgang nehmen, denn Marschall Luxembourg blieb nördlich von Straßburg stehen, um all seine Truppen zusammenzuziehen und den Entsatz Philippsburgs gründlich vorzubereiten. Dann erst marschierte er anfangs August bis nach Germersheim, eine Stunde entfernt vom kaiserlichen Lager. Allein er wagte keine Entsatzschlacht, seine Brander auf dem Rheine wurden unschädlich gemacht, Versuche, Truppen in die Festung zu werfen, mißlangen gänzlich, er zog wieder zurück, und um auf andere Weise etwas zu erreichen, beschloß er Ende August eine Diversion gegen Freiburg im Breisgau. Allerdings wurde der Herzog von Lothringen dadurch veranlaßt, mit ein paar tausend Mann rechts den Rhein hinauf bis an die Kinzig zu ziehen, aber die Belagerung Philippsburgs konnte trotzdem energisch fortgesetzt werden. Die tapfer verteidigte Festung mußte sich am 9. September ergeben.

Nach dem Falle Philippsburgs konnten sich die Belagerungstruppen bei Offenburg mit der kaiserlichen Hauptarmee vereinen, die nun bei 40000 Mann zählte, und den Franzosen unter Luxembourg überlegen war. Dieser zog sich denn weiter südwärts und nahm Ende September



den Großteil seiner Armee über den Rhein ins Elsaß östlich Mülhausen. Der Breisgau und das rechte Rheinufer waren gesäubert, aber inzwischen war es Oktober geworden, ein vom Herzog von Lothringen zuerst geplanter Rheinübergang zwischen Basel und Rheinfelden [1]) und ein Vorstoß in den Sundgau wurde dann doch wieder aufgegeben, die Armee marschierte Ende Oktober nach Freiburg zurück und verteilte sich im November in ihre schwäbischen und fränkischen Quartiere.

Das Ergebnis dieses ganzen Feldzuges, die Eroberung Philippsburgs, an sich erfreulich und wichtig, weil damit der eine rechtsrheinische Haltpunkt Frankreichs beseitigt war, wurde beeinträchtigt durch die Mißerfolge der Verbündeten in den Niederlanden. Dort hätte Maestricht genommen werden sollen, aber im August 1676 mußte der Prinz von Oranien vor dem Entsatzheere des Marschalls von Schomberg abziehen; die Franzosen nahmen überdies Valenciennes, Cambray und St. Omer. Am 11. April 1677 wurden Oranien und die Spanier durch den Marschall Luxembourg bei Mont Cassel schwer geschlagen und das belagerte Charleroi entsetzt. Und auch den kaiserlichen Waffen glückte im Feldzug des Jahres 1677 kein Erfolg [2]). Der ungarische Aufstand nahm die Kräfte des Kaisers immer stärker in Anspruch. So versuchte wohl Herzog Karl von Lothringen im Juli von der Trierer Gegend aus einen Vorstoß nach Lothringen, vermochte aber gegen die Franzosen unter Créqui nichts auszurichten und zog nach Landau in der Pfalz zurück. Indessen hatten sich Reichstruppen im Elsaß bei Benfelden südlich Straßburg gesammelt, und auch Herzog Karl marschierte heran. Aber auch Créqui vereinigte sich mit den elsässischen Truppen, gab sich jedoch nach einem Gefechte in der Nähe von Schlettstadt den Anschein, als ob er seine Armee in die Winterquartiere schicken wollte. Hierdurch getäuscht, begannen die Verbündeten ihre Truppen aufzulösen. Créqui übersetzte aber bei Breisach den Rhein, zog vor Freiburg im Breisgau und nahm nach nur fünftägiger Belagerung am 16. November 1677 die Stadt. Ein höchst empfindlicher Verlust [3]).

1) Der Kaiser wollte die Neutralität der Schweiz nur insoweit anerkennen, als daraus für die Operationen der Armee kein Schaden erwachse. Die Schweizer protestierten dagegen. Die Franzosen marschierten dann ihrerseits durch schweizerisches Gebiet gegen Rheinfelden. Marx, S. 286 f.

2) Hierfür vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 428 ff.

3) Der Freiburger Kommandant General Schütz, des Verrates angeklagt, wurde freigesprochen. Der Name des Hofkanzlers Hocher wurde mit dem Falle Freiburgs inso-



Nur im Nordosten gegen Frankreichs Bundesgenossen Schweden war der Krieg erfolgreich weitergeführt worden. Auch einige kaiserliche Truppen kämpften auf diesem Kriegsschauplatze mit. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte im Jahre 1676 fast ganz Vorderpommern erobert, die Dänen und Braunschweiger besetzten die Gebiete von Bremen und Verden, Dänen und Holländer siegten 1676 und 1677 zur See, seit Juli 1677 belagerte Friedrich Wilhelm den wichtigsten und stärksten Platz, den er als rechten Siegespreis mit aller Macht erringen wollte, Stettin, das sich lange und tapfer verteidigte. Aber am 6. Januar 1678 konnte der Kurfürst siegreich in die eroberte Stadt einziehen. Im September 1678 wurde die Insel Rügen erobert, im Oktober und November fielen die letzten festen Plätze Pommerns, Stralsund und Greifswald. Und einen Versuch Schwedens, den Gegner durch einen Angriff von Livland her im Herzogtum Preußen zu treffen, machte der Kurfürst im Januar und Februar 1679 durch den berühmten Winterfeldzug glänzend zunichte [1]).

Diese Erfolge gegen den schwedischen Feind schienen zwar dem Kurfürsten von Brandenburg den Gewinn Vorderpommerns mit Stettin in sicherste Nähe zu bringen, aber sie übten doch nur geringe Rückwirkung auf den Hauptschauplatz und auf den Ausgang des großen Kampfes wider Frankreich. Seit der schweren Niederlage bei Mont Cassel war die Kriegslust der Holländer, die nun jahrelang große Opfer ohne rechten Erfolg gebracht hatten, noch stärker als bisher geschwunden, die antioranische Friedenspartei gewann wieder an Einfluß. Hierin fand sie sich eines Sinnes mit König Karl II. von England. Karl wünschte dringendst den Frieden, um von dem schlimmen Dilemma loszukommen: er wollte mit Ludwig XIV., der ihm in kluger Berechnung stets in den ewigen Geldnöten beisprang, durchaus nicht brechen, während andrerseits die Stimmung des Parlaments und der Engländer gegen Frankreich immer gereizter ward. So förderte Karl mit Eifer die Heirat Wilhelms-

fern in Verbindung gebracht, als er, ein geborener Freiburger, seiner Vaterstadt Befreiung von Winterquartieren erwirkt, damit aber auch zur Entblößung von Truppen beigetragen habe. Wagner, Hist. Leopoldi I, 437.

1) Damals erschien zu Wien, apud Petrum Paulum Vivianum, Universitatis Typographum, eine von Bartholomäus Camucci verfaßte „Panegyris lyrica" auf den Kurfürsten Friedrich Wilhelm, betitelt: Mars Brenno seu Palma immortalis ... Friderico Guilielmo ... patriae propugnatori, victori, triumphatori magno, iusto, felici. Die Vorrede ist datiert 1. Jan. 1679.



von Oranien mit Maria, der Tochter seines Bruders Jakob von York, um sich ihn dadurch näher zu verbinden. Im November 1677 wurde die folgenreiche Verbindung geschlossen. Auf den Rat Oraniens machte König Karl konkrete Friedensvorschläge. Ludwig lehnte sie ab. Nun schloß Karl im Januar 1678 ein Bündnis mit den Niederlanden, es schien zum kriegerischen Eingreifen auch Englands kommen zu sollen. Aber dies war nicht Ludwigs Meinung, er wollte ja selber den Frieden, aber nach seinem Diktat. Und nun beginnt wieder einmal ein Meisterspiel französischer Politik und Diplomatie, das die Verbündeten trennt und zu Sonderfriedensschlüssen zwingt.

Schon längst waren die Diplomaten am Werke. Schon 1675 war als Ort des Friedenskongresses die holländische Stadt Nymwegen am Niederrhein bestimmt worden [1]). König Karl von England war als Vermittler angenommen, einer seiner Gesandten, Jenkins, kam als der erste am 16. Januar 1676 in Nymwegen an. Nach und nach trafen die Gesandten der Niederlande, von Frankreich, Schweden, Dänemark, Brandenburg, Spanien im Laufe des Jahres 1676 ein. Der Kaiser bevollmächtigte am 24. Juli den Bischof von Gurk, Grafen Johann Goeß, den Grafen Franz Ulrich Kinsky und den Hofrat Theodor Althet Heinrich Stratmann. Kinsky kam am 5. Januar, Stratmann am 25. Februar 1677 in Nymwegen an, Goeß folgte erst im August 1677 [2]). Der neue Papst Innocenz XI. führte eine Absicht seines Vorgängers Clemens X. aus, übernahm auch seinerseits eine Mittlerrolle und sandte im Februar 1677 den Nuntius Bevilacqua zum Kongreß [3]); er glühte vor Eifer, Frieden und Einigkeit unter den christlichen Herrschern herzustellen, auf daß dann der heilige Kampf gegen die Ungläubigen um so wirksamer begonnen werden könnte. Aber zunächst ging nichts vorwärts, das ganze Jahr 1676 wurde mit Erörterungen und Kontroversen über Zeremoniell, Vorrang und ähnliche Dinge hingebracht, die, an sich kleinlich, bekanntlich sehr oft, damals aber doch ganz besonders ernst und umständlich traktiert wurden. Erst im März 1677 begannen die sach-

1) Aktenmaterial in Actes et mémoires des négotiations de la paix de Nimègue, 4 Bde., 1679—80. Ziemlich ausführliche, aber doch wieder lückenhafte Darstellung bei Wagner, Hist. Leopoldi I, 404. 425 ff. 449 ff. 468 ff. Vgl. Erdmannsdörffer I, 636 ff. Immich, Gesch. des europ. Staatensystems seit 1660, S. 89 ff.

2) Actes et mémoires I, 177. 182. 189. Sekretär der Gesandtschaft war der kürzlich aus pfälzischem in kaiserlichen Dienst getretene Johann Friedrich Seiler.

3) Vgl. Immich, Papst Innocenz XI., S. 11 ff.

lichen Verhandlungen, aber die Fragen der Zulassung Lothringens, die Frankreich, und des Bischofs von Straßburg, Franz von Fürstenberg, die der Kaiser ablehnte, bereiteten neue Weiterungen. Allerdings war auch die militärische Lage noch so, daß man auf beiden Seiten erst entscheidende Erfolge erhoffte. Gerade hierin brachte nun das Jahr 1677 den Alliierten Mißgeschick und Enttäuschungen, wir sahen, wie die Friedensbestrebungen Hollands und Karls von England erstarkten, wie aber zu Beginn des Jahres 1678 eine Verschärfung und Ausdehnung des Krieges drohte.

Dagegen setzt nun Ludwig XIV. alle Kräfte ein, um die zweifellos nahende Entscheidung nach seinem Willen zu lenken. Seine Diplomaten und Agenten in London verstehen die kriegerische Stimmung des Parlaments zu schwächen und stutzig zu machen durch den Hinweis auf die wachsende Autorität der Krone, und vereiteln so die Kriegsbewilligungen. Ludwig selber rüstet mit aller Kraft, konzentriert ein sehr starkes Heer in den spanischen Niederlanden und läßt dafür Messina und das sizilische Unternehmen fallen. Im März 1678 erobern die Franzosen ohne Schwierigkeit Ypern und Gent. Die Friedenspartei in Holland gewinnt an Boden, Amsterdam ersehnt immer ungeduldiger das Ende des langen, den Handel zerstörenden Krieges, die Furcht vor einer für die republikanische Staatsform bedrohlich wachsenden Macht des Oraniers wird von seinen alten Feinden genährt. Und jetzt bot nun Ludwig die Möglichkeit eines günstigen Friedens: er eröffnete die Aussicht auf einen annehmbaren Handelsvertrag, auf die Räumung Maestrichts und die Integrität des Gebietes der Generalstaaten. Während Ludwig so die Niederländer lockte, stellte er gleichzeitig am 15. April den übrigen Verbündeten unannehmbar erscheinende Bedingungen: Schadenersatz an Schweden, an die Fürstenberger und an die Gottorper, Abtretung der Franche-Comté, und der acht stärksten belgischen Plätze durch Spanien, Abtretung Freiburgs oder Philippsburgs durch Kaiser und Reich, Abtretung Lothringens oder Abtretung von Nancy und Eröffnung von vier Heerstraßen quer durch Lothringen; binnen dreißig Tagen haben die Alliierten anzunehmen oder abzulehnen, Verhandlungen hierüber gibt es nicht [1]).

Die Verbündeten waren empört, sie antworteten nicht. Die Holländer aber, von Ludwig umworben, betraten nun wirklich den Weg der

1) Actes et mémoires II, 346.



geheimen Sonderverhandlung. Vergebens warnten und beschworen sie die Kaiserlichen. Auch Spanien begann zu schwanken. Hier hatte Don Juan, ein natürlicher Sohn Philipps IV., die Königin-Regentin vom Hofe entfernt und sich der Regierung bemächtigt, er suchte Annäherung an Frankreich. Spanien befand sich allerdings in traurigster Lage, seine Ohnmacht diente ja auch der holländischen Friedenspartei als wirksamer Beweggrund. Nach einem kriegerischen Rückschlag der Stimmung kam es in der Tat am 10. August 1678 zum Sonderfrieden der Generalstaaten mit Frankreich und am 17. September folgte Spanien diesem Beispiel [1]). Die Staaten verloren nur einige koloniale Gebiete, Spanien aber mußte die Franche-Comté mit Besançon, ferner zwölf feste Plätze in Belgien von St. Omer und Ypern bis nach Valenciennes und Maubeuge abtreten — ein stolzer und wichtiger Gewinn für Frankreich, das nun im Westen die unmittelbare Verbindung mit dem Elsaß gewann und seine Nordgrenze nicht bloß wieder vorschob, sondern auch mit einem neuen Festungsgürtel umgab.

So hatte Ludwig die Koalition gesprengt. Was sollte nun der Kaiser tun? Der Feldzug des Jahres 1678 [2]) hatte keinerlei entscheidende Erfolge gebracht. Herzog Karl von Lothringen, der Ende April an den Rhein gekommen, hatte nicht vermocht, Freiburg im Breisgau wiederzugewinnen, schützte aber im Juni und Juli wenigstens Offenburg und Rheinfelden [3]), sowie schließlich auch Straßburg vor den Franzosen unter Créqui, die schon Kehl besetzt hatten. Sollte jetzt, da die Niederlande und Spanien abgefallen und auch ihre Subsidien aufhörten, der endlose Krieg fortgesetzt werden? Es gab Männer am Kaiserhofe, die glaubten, daß der Kaiser und Österreich an der Spitze des Reiches den Kampf weiterführen sollten. Österreich, als der einzige „majestätische Staat" im Reiche, möge als Haupt eines Reichsbundes die Führung an sich nehmen, Ordnung und Einheit herstellen, die seit dem Westfälischen Frieden übermäßig ausgedehnten Souveränitätsrechte der Fürsten in bezug auf auswärtige Bündnisse einschränken, und so des Reiches mächtig werden. Eine Flugschrift führte diese Gedanken aus, deren Vertreter Heinrich Althet Stratmann gewesen zu sein scheint, Gesandter am Friedenskongreß, ein gewandter, fähiger Staatsmann, der vor kurzem aus pfalz-neuburgi-

1) Actes et mémoires II, 514. 524. 590 ff. 625.

2) Über ihn vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 442 ff.

3) In Rheinfelden zeichneten sich die Bürger durch tapfere Abwehr der Franzosen aus.

schen in kaiserliche Dienste getreten war. Auch Montecuccoli und der Reichsvizekanzler Graf Königsegg gehörten der Kriegspartei an [1]).

Aber dagegen sprachen doch sehr ernste Erwägungen und die gesamten Verhältnisse. Bayern, das sich sorgfältig gehütet hatte, in den Krieg hineingezogen zu werden, war eifrig bemüht, eine neutrale „dritte Partei" im Reiche zur Herbeiführung des Friedens zu bilden und hatte schon Pfalz und Kursachsen gewonnen. Die Kriegsmüdigkeit und die rasche Wirkung der Sonderfriedensschlüsse zeigten sich deutlich, als im September 1678 die Mehrheit des Kurfürstenkollegs auf dem Reichstag trotz Brandenburgs Protest sich für die Niederlegung der Waffen erklärte [2]). Kurfürst Friedrich Wilhelm wünschte freilich dringend die Fortsetzung des Krieges, er stellte in Aussicht, daß er nun, nachdem Schweden gedemütigt, am Rhein zusammen mit den Kaiserlichen kämpfen werde. Aber in Wien war die Stimmung von wachsendem Mißtrauen gegen Brandenburg beherrscht. Seine großen Erfolge erweckten schon Unbehagen, Hocher soll gesagt haben, der Kaiser brauche keinen neuen Vandalenkönig an der Ostsee. Man wußte sehr wohl, daß der Kurfürst im Frühjahr 1678 in Paris Verhandlungen versucht hatte und bereit war, gegen die Überlassung Vorpommerns oder eines Teiles davon sich mit Frankreich zu verständigen. Hatte es damals Ludwig abgelehnt, so konnte er jetzt vielleicht dazu geneigt sein. Und zu all dem im Rücken der schlimme, nicht zu bändigende Aufruhr in Ungarn und die neu sich erhebende türkische Gefahr.

So sah sich der Kaiser in schwerer Zwangslage. Im November und Dezember 1678 werden Entwürfe zum Frieden zwischen dem Kaiser, Frankreich und Schweden ausgetauscht, gegen Ende des Jahres 1678 muß Leopold schon zum Frieden entschlossen gewesen sein [3]). Es folgten in Nymwegen noch peinliche Verhandlungen, die nicht geheim blieben und zu sehr gereizten Vorwürfen des Kurfürsten von Brandenburg und seiner Gesandten führten [4]). Aber was nicht zu vermeiden war, mußte geschehen. Am 5. Februar 1679 wurde der Friede von Nymwegen zwischen Frankreich und Schweden und dem Kaiser für sich und das Reich geschlossen. Er will eine Erneuerung des Westfälischen Friedens

1) Wagner, Hist. Leopoldi I, 480 ff. Vgl. Krones, Handbuch der Gesch. Österreichs III, 580; Droysen, Gesch. der preuß. Politik III 3, 400.

2) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 236 ff.

3) Actes et mémoires III, 227. 238. 249. 271. 288 ff. 362 ff.; Riezler VII, 239.

4) Actes et mémoires III, 324. 341.



sein, Ludwig verzichtet auf Philippsburg, aber er behält das österreichische Freiburg. Lothringen soll an seinen Herzog Karl kommen, dazu Toul, aber Karl soll Nancy und Longwy, sowie das Gebiet für vier Militärstraßen durch sein Land abtreten — Herzog Karl hat dies nicht anerkannt. Die Brüder Franz und Wilhelm von Fürstenberg sollen vollkommen restituiert werden [1]. Der Kaiser muß sich verpflichten, Brandenburg und den andern noch gegen Frankreichs Bundesgenossen Schweden kämpfenden Fürsten keinen Beistand zu leisten und Frankreich das Recht zugestehen, acht feste Plätze im Westen des Reiches als Operationsbasis gegen jene Alliierten zu besetzen [2].

Am gleichen Tage schlossen auch die Herzoge von Braunschweig ihren Frieden mit Frankreich und Schweden — sie gaben an dieses das eroberte Land von Bremen und Verden heraus. Wie ja auch Kaiser und Reich den schwedischen Besitz auf Reichsboden anerkannten.

Kaiser Leopold empfand tief die Demütigung dieses durch die Not der Verhältnisse ihm abgezwungenen Vertrages, er wollte nichts von Glückwünschen hören und meinte, so ganz seinem fatalistisch-frommen Sinn entsprechend, man müsse Gott auch für Kalamitäten danken. Aber in Regensburg priesen die Stände den Friedensschluß und in München war eine festliche Stadtbeleuchtung geplant [3]. Das war es eben: der Zwiespalt, die Zerfahrenheit im Reiche selber trug ja mit am meisten bei zum Triumph seiner Feinde. Und dieser war noch nicht erschöpft. Denn Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der gerade in diesen Tagen seinen Winterfeldzug nach Preußen unternahm, fand sich nun so gut wie allein dem übermächtigen Frankreich gegenüber und mußte im Frieden von St. Germain am 29. Juni 1679 zähneknirschend auf das eroberte Vorderpommern und auf das teure Stettin verzichten. Im übermäßig erbitterten Gefühl schwerster Enttäuschung, vergessend, daß er 1673 einen Frieden von Vossem geschlossen und daß um Pommern und Stettin 1678 auch er bereit gewesen war einen Sonderfrieden einzugehen, schob

1) Wilhelm wurde am 5. Mai 1679 aus der Haft entlassen und reiste am 7. Juni von Wien nach Regensburg. Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds.

2) Die Friedensschlüsse in den Actes et mémoires III, 402. 438. Bast, Les grands traités II, 100. Über die Ratifikationen und Deklarationen, sowie die Protestationen Lüttichs, Kölns, Brandenburgs und Lothringens gegen den Frieden vgl. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 84 f. Auch Papst Innocenz XI. ließ durch den Nuntius Bevilacqua formell protestieren, da der Frieden jenen von Münster erneuerte. Immich, Papst Innocenz XI., S. 13.

3) Wagner I, 486. Riezler VII, 241.



Friedrich Wilhelm alle Schuld auf seine Alliierten, ganz besonders auf den Kaiser, und begann nun eine Politik entschiedenster Annäherung, ja einer wenig würdigen Hingabe an Frankreich. Schon am 25. Oktober 1679 schloß er im selben St. Germain eine geheime Allianz mit Ludwig XIV., in der er französischen Truppen den freien Durchmarsch durch seine Lande gewährte und versprach, bei einer künftigen Königs- oder Kaiserwahl sich der Bewerbung des Hauses Österreich mit aller Kraft zu widersetzen, vielmehr für die Wahl Ludwigs oder des Dauphins oder eines Frankreich genehmen Kandidaten einzutreten. Wenige Wochen später hat sich auch Kurfürst Johann Georg von Sachsen zu gleichen Zusagen verpflichtet. Und da auch Ferdinand Maria von Bayern schon seit 1670 einen ähnlichen Vertrag eingegangen war, konnte Frankreichs Herrscher mit stolzem Selbstgefühl sich rühmen, daß drei der mächtigsten Kurfürsten seinem Anspruch auf die höchste Krone der Christenheit sich gebeugt hatten.

Und die Verträge von 1678 und 1679 bildeten noch nicht den Gipfel von Ludwigs Erfolgen. Noch im Jahre 1679 begannen die berüchtigten Reunionen, die unter dem Scheine eines angeblichen Rechtsverfahrens mit Beugung allen Rechtes, aber ohne Kriegslärm und Blutvergießen die Westgrenze Frankreichs auf Kosten zahlreicher Reichsstände vom Erzstift Trier über Lothringen und Elsaß bis nach Mömpelgard und zur Franche-Comté „regulierten" und namentlich das Elsaß ganz der französischen Krone unterwarfen. Diese Gewalttaten krönte die Besitznahme Straßburgs am 30. September 1681.

Am gleichen Tage besetzten französische Truppen, die durch Savoyen wie durch eigenes Gebiet marschiert waren, im Einverständnis mit dem Herzog von Mantua dessen starke Feste Casale am Po. Hier hätte der Kaiser leicht zuvorkommen können, waren doch die Gonzaga durch die Kaiserin-Witwe Eleonora nahe verschwägert und diese hatte es an Drängen nicht fehlen lassen, ja sie wollte in eigener Person zu ihrem Neffen nach Mantua reisen, um ihn ganz dem kaiserlichen Interesse zu gewinnen [1]. Aber es geschah nichts und so wurde jetzt das französische Casale eine stete Bedrohung des spanischen Mailand und des savoyischen Piemont. Und um dieselbe Zeit wurden die spanisch-niederländischen Plätze Charlemont und Dinant, sowie fast ganz Luxemburg von den Franzosen okkupiert.

1) Vgl. die Relation des venetianischen Gesandten Giustinian vom Februar 1682, Fontes II 27, 235. Protokolle der Geheimen Konferenz von 1679, 1680 im Wiener Staatsarchiv.



An einem Tage, so schmeichelte das bewundernde Frankreich, hat der große König, größer als Cäsar, den Po und den Rhein erobert. In der Tat, in den Jahren nach Nymwegen schien Italien und Deutschland zu Füßen des Sonnenkönigs zu liegen. Die mächtigsten deutschen Fürsten standen in seinem Banne, Brandenburg, Sachsen, Bayern, dessen Prinzessin Maria Anna im Januar 1680 dem Dauphin vermählt worden war, Kurpfalz, Mainz, Köln, Trier, die in unmittelbarer Nähe des französischen Machtbereiches sich bedrückt und bedroht fühlten. Spanien war gedemütigt und ohnmächtig, wenn auch jetzt nach der Episode der Herrschaft Don Juans die Königin-Mutter wieder ihre Stellung als Regentin zurückgewann. In England kehrte trotz der franzosenfeindlichen Stimmung von Parlament und Volk König Karl II. immer wieder zu seinem Geldgeber zurück. Im Osten war Polen noch eine Domäne französischen Einflusses, den aufständischen Ungarn lieh Ludwig seine Unterstützung und die Hohe Pforte strebte er zum Angriff gegen Österreich zu treiben. „Die Vorherrschaft Frankreichs über ganz Europa", so schrieb damals ein Franzose [1]), „ist aufgerichtet und der König ist Herr (arbitre) geworden über alle in diesem Teile unserer Hemisphäre." Frankreich war der Mittelpunkt der Erde, seinem Herrscher gebührte die höchste Krone, drei deutsche Kurfürsten hatten dies anerkannt, das Kaisertum sollte früher oder später übergehen auf den wahren Herrscher der Welt.

Allein gerade der Ansturm jener Gewalt, die nach dem Willen des übermächtigen Ludwig das wirksamste Werkzeug zur Zertrümmerung Habsburg-Österreichs bilden sollte, und die in der Tat jetzt zum vernichtenden Schlage ausholte, wurde der Anstoß zu einer entscheidenden, weltgeschichtlichen Wendung.

1) Marquis de La Fare, vgl. Lavisse, Histoire de France VII 2, 346.



Dreizehntes Buch

Ungarn und die Türkenkriege bis 1688

Erstes Kapitel

Ungarisch-siebenbürgische Verhältnisse seit 1645 und der Türkenkrieg von 1661 bis 1664

Es ist notwendig, sich das Ungarn des 17. Jahrhunderts vorzustellen. Drei Herren teilten sich darein. Seit dem Aufschwung Siebenbürgens unter Bocskay, Bethlen und Georg I. Rákóczy umfaßte dieses Fürstentum als eine fast selbständige, wenn auch der Pforte tributpflichtige Macht, nicht bloß Siebenbürgen, sondern auch die westlich und nördlich angrenzenden Teile Ungarns. Früher reichte das Fürstentum bis zu den ungarischen Bergstädten Kaschau und Miskolcz, aber auch nach dem Frieden von 1645 und seit dem Tode Georgs I. Rákóczy (1648) blieben die Marmaros und im ganzen sechs Komitate links der Theiß bei Siebenbürgen. Die ganze große ungarische Tiefebene war türkisch. Das türkische Kanizsa, die kaiserlichen Festungen Komorn und Raab, Neuhäusel und Levencz, das türkische Fülek und Erlau zeigen ungefähr den Verlauf der Grenze. So blieb als kaiserliches oder königliches Ungarn im Westen ein ziemlich schmales Gebiet von der Save und Drau bis zur Donau, nördlich davon sich bis zu den Bergstädten etwas verbreiternd.

Die Grenzen zwischen dem kaiserlichen und dem türkischen Ungarn waren allerdings seit den Friedensschlüssen von 1547 und 1606 und ihren zahlreichen Erneuerungen bestimmt [1]). Allein was war dies für eine Grenze! Sie bildete keineswegs eine scharfe Linie, welche die beiden Staatsgebiete auch staatsrechtlich klar voneinander schied. Denn zu beiden

1) Für das Folgende vgl. F. Salamon, Ungarn im Zeitalter der Türkenherrschaft, deutsch von Jurányi, 1883.



Seiten der Grenzlinie gab es gewissermaßen gemeinsames Gebiet. Es gab auf der ungarischen Seite Dörfer, die den Türken Steuer zahlten, und es gab auf der türkischen Seite „unterworfenes Gebiet", „gehuldigte Dörfer", die an ungarische Grundherren Dienste leisteten. Ja sogar die Gerichtsbarkeit des Grundherrn oder des Komitates machte sich bei diesen auf türkischer Seite liegenden Gebieten geltend, es gab in ihnen christliche Richter, und es war dem unterworfenen Ungar verboten, zum türkischen Richter zu gehen, sich „dem Türkentum zu ergeben". Die Komitatsverfassung wurde ideell aufrechterhalten und, wenn auch nicht territorial, so doch in der Versammlung der Adeligen des Komitats auf ungarischem Boden repräsentiert.

Solch merkwürdige Zustände waren entstanden und möglich, weil die türkische Besitzergreifung von Orten am Grenzsaum vielfach nur eine nominelle gewesen, und weil der Türke trotz aller sonstigen Willkür und Gewalttätigkeit wieder indolent genug war, auf seinem eigenen Gebiete fremde Herrschaftsrechte ausüben zu lassen, wenn ihm nur die bestimmte Steuer gezahlt ward. Und weil wir endlich auch einen Zug jenes eigenartigen magyarischen Wesens vor uns haben, das einmal besessene oder beanspruchte Rechte niemals aufgibt — hierin gleich konsequent und gleich erfolgreich wie die römische Kirche.

Diese Verhältnisse hingen aber auch zusammen mit dem ewigen Kriegszustande, der trotz aller Friedensschlüsse[1]) an diesen Grenzen herrschte. Die Pascha und Befehlshaber in Ungarn waren sehr selbständig, sie brauchten sich wenig um Konstantinopel zu kümmern, sie und ihre Leute blieben stets aggressiv, eroberungslustig und raubgierig, die ganze 150 Meilen lange Grenze von der Unna bis in die Marmaros erfreute sich niemals einer vollen Ruhe. Die Einfälle kleinerer oder größerer türkischer Scharen, Raub, Brand und Plünderung, Gefangennahme zahlreicher Bewohner, die dann als Sklaven fortgeschleppt wurden, waren etwas Alltägliches. Solche Streifzüge wurden nicht als Friedensbruch betrachtet, wenn man nur nicht mit Geschütz und einem förmlichen Heere ins Feld zog. Von 1625 bis 1627 wurden an den Grenzen von den Türken 45 Dörfer zur Huldigung gezwungen, 102 Ortschaften und 480 einzelne Häuser ganz oder teilweise verbrannt. Von 1627 bis 1642 hat der Türke 326 Dörfer unterworfen, bei 2000 Menschen getötet,

1) Am 1. Juli 1649 wurde der Friede von Zsitva-Torok auf 22 und ein halbes Jahr erneuert. Katona, Historia crit. Hungariae XXXII, 592. Vgl. Zinkeisen, Gesch. d. osman. Reiches IV, 867.



Tausende von Leuten gefangen, bei 16000 Stück Vieh weggetrieben; im Jahre 1651 wurden in der Gegend von Leva auf einmal 17 Dörfer geplündert und verbrannt. Das Lösegeld, das von Komitaten, Gemeinden und Familien zur Auslösung solcher Gefangener bezahlt wurde, betrug binnen wenigen Jahren gegen 200000 Gulden[1]). Und dies alles geschah im tiefsten Frieden!

Gegenüber diesen unaufhörlichen Streif- und Raubzügen, die ja zum türkischen Militärsystem gehörten, hatte sich schon im 16. Jahrhundert eine eigenartige, zweckmäßige, ungarische Landesverteidigung ausgebildet. Die langgestreckte Grenze war außer durch die Hauptfestungen, wie Raab, Komorn, Neuhäusel, Großwardein, geschützt durch zahlreiche kleinere Festen und Burgen, teils im Besitze der Krone, teils der Magnaten. Man zählte im 17. Jahrhundert über 80 Landesfestungen und ebenso viele feste Plätze von Adeligen an der Grenze[2]). Dieser Gürtel wurde systematisch verstärkt durch die Anlegung kleiner Forts, der Palanken, wie man sie nannte, Blockhäuser mit Graben und doppelten Pallisaden. Bau und Erhaltung all dieser Plätze sollte durch die Besteuerung der Bauernhöfe (Porten) und durch die Festungsarbeit der Untertanen ermöglicht werden. Nach den Porten wurden auch die Truppen berechnet, die in den einzelnen Festen zu erhalten und im Falle des Aufgebotes zu stellen waren; der Adelige konnte mit mindestens 50 Reitern unter eigener Fahne dienen, sonst im Komitatskontingente. Die Gesamtzahl dieses „miles nativus" sollte nach den Bestimmungen des Reichstages von 1655 die Stärke von 7775 Reitern und 5840 Fußsoldaten, zusammen 13615 Mann betragen[3]).

Diese „Portalmiliz" war allerdings den beiden Oberkommandanten für Oberungarn und Ungarn südwestlich der Donau[4]) unterstellt, lehnte sich aber sonst durchaus an die Komitate und einzelnen festen Plätze an, sie besaß nur lokalen Charakter. Das entsprach ganz dem Bedürfnis der Abwehr gegen die bald da, bald dort, meistens zusammenhanglos einbrechenden türkischen Streifscharen. Da war die stehende Miliz rasch

1) Salamon, S. 221 f.

2) Salamon, S. 347.

3) Art. 3 und 5 von 1655, Corpus juris Hungarici (Millenniumsausgabe) Bd. 1608—1657, S. 584. 586.

4) Vom Standpunkt in Preßburg aus genommen, wird das Land nördlich und östlich der Donau als diesseitiges, südlich und westlich der Donau als jenseitiges bezeichnet. Letzteres wird auch Niederungarn genannt.



zur Hand, rasch war auch die „Partikular-Expedition“ oder „Portal-Insurrektion“ eines Komitates aufgeboten, wann und wo die augenblickliche Not es erheischte. War der Sturm vorbei, dann kehrte der ungarische Soldat (katona) wieder in seine Feste zurück, der Adelige, der Landsturmmann in sein Haus, zu seinem Pflug. Die steten Angriffe lockten allerdings auch zur Vergeltung, und die Streifzüge der Türken wurden sehr oft mit „Parteien“ der ungarischen Herren erwidert. Nur mit solchen Milizen war es möglich, immer und überall auf der Wacht und bereit zu sein und das Land wirksam zu verteidigen in dem unaufhörlichen Kleinkrieg mit den Türken, die sonst die Grenzen ihrer Eroberungen immer weiter vorgeschoben hätten.

Ein anschauliches Bild dieses ewigen Grenzkrieges bieten uns aus der Zeit von ungefähr 1650 bis 1660 die Schilderungen eines Mannes, der selber einige Jahre mitgetan hat, oder mindestens aus eigener Anschauung genaue Kunde besaß, nämlich des Verfassers des „Ungarischen oder Dacianischen Simplizissimus“ [1]).

In diesen anderthalbhundertjährigen unablässigen Kämpfen gegen die Türken hat die ungarische Nation zweifellos Großes geleistet, und es ist das Verdienst dieses Landesverteidigungssystems, durch stete Kampfbereitschaft, mit zahllosen Opfern an Blut und Gut die Ausbreitung der Türken verhindert zu haben [2]).

Allein unbeschadet dieses Verdienstes erfordert es die Gerechtigkeit des Historikers zu sagen, daß diese dauernde und wirksame Defension der Grenze nicht möglich gewesen wäre ohne fremde Hilfe. Die lange Reihe großer und kleiner Festungen und Palanken bedurfte natürlich ständiger Besatzungen, steter Erhaltung, Verstärkung, Verproviantierung und Munition. Wenn auch die Festungstruppen aus Söhnen des Landes bestanden — im 16. Jahrhundert waren es häufig noch Adelige, im 17. Jahrhundert aber Trabanten, Husaren und Hajducken — sie bedurften alle des Soldes, kurz, alles kostete Geld.

1) Ausgabe von Seiz (1854), namentlich in den Kapiteln 19—23. Das Buch erschien 1683. Der Verfasser, der sich als einen Schlesier gibt, schildert in den letzten Teilen seines ursprünglichen Werkes seine Erlebnisse im Dienste von Achaz Barcsay und berührt die siebenbürgischen Ereignisse von 1657—1660. Darauf folgt ein Anhang über Emmerich Thököly. Vgl. darüber und über die Fortsetzung „Türkischer Vagant“ die Bemerkungen von B. v. Renner in Mitteil. d. Instituts V, 143 ff. Die ganze Schrift wäre einer kritischen Würdigung wert.

2) Wie Salamon, S. 147 f., sagt.



Ungarn aber war nicht imstande, auch nur die Hälfte dessen allein aufzubringen, was seine Landesverteidigung kostete. In den letzten Dezennien des 16. Jahrhunderts beträgt der notwendige Aufwand für die Grenzverteidigung Ungarns im Durchschnitt jährlich eine bis anderthalb Millionen Gulden. Die Einnahmen jedoch, die aus Ungarn allein aus den Portalsteuern, den Bergwerken und Zolleinkünften (Dreißigstgeldern) flossen, betrugen hochgerechnet 400 000 Gulden, oft noch viel weniger [1]. Dieses Verhältnis wurde im 17. Jahrhundert nicht anders. Wer trug also die gewaltigen Mehrkosten, die Ungarn nicht aufbringen konnte? Natürlich die österreichisch-böhmischen Länder! Die innerösterreichischen Länder hatten neben ihren vielfachen Geldhilfen aber auch unmittelbaren Anteil an der Verteidigung, denn seit 1578 lag die Defension des windisch-kroatischen Grenzgebietes von der Drau bis an das Meer unmittelbar in der Hand der innerösterreichischen Stände, der Grazer Regierung und ihres neu errichteten Kriegsrates. Die Stände von Steiermark, Kärnten und Krain zahlten den Bau der Festung Karlstadt, sie organisierten einen regelmäßigen Kriegsdienst an der Grenze, sie bewilligten zu verschiedenen Malen im Laufe des 17. Jahrhunderts den Kroaten Extrahilfen und Unterstützungen mit Kriegsbedarf. Steiermark allein hat im 17. Jahrhundert jährlich 320 000 Gulden für diese Defensionszwecke gegen die Türken verwendet, das kleine Krain steuerte in der Zeit von 1613 bis 1686 mehrere Millionen bei. Das Erzherzogtum Österreich übernahm es, für die Erhaltung der Festung Raab beizutragen, Böhmen und Mähren für Komorn, diese Länder haben aber auch sonst immer wieder Hilfsgelder für die ungarische Grenzverteidigung bewilligt [2].

So hat also Ungarn sich nicht ganz aus eigener Kraft verteidigt und hätte es gar nicht gekonnt. Die österreichisch-böhmischen Länder haben einen wesentlichen Anteil an der Erhaltung Ungarns. Die „Vormauer der Christenheit“, wie die ungarischen Reichsstände mit Vorliebe

1) Vgl. Huber, Gesch. Österreichs IV, 366 ff., Salamon, S. 131 f.

2) Vgl. Bidermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee II, 199 ff. 225 ff. 268 ff. Huber, Gesch. Österreichs IV, 368 f. Luschin, Österr. Reichsgesch., S. 468. Schon 1546 hatte der ungarische Reichstag (Art. 42) zugestimmt, daß deutsches und slawisches Kriegsvolk in feste Plätze der windisch-kroatischen Grenze gelegt werde, wenn es die innerösterreichischen Landschaften bezahlen. Die Ungarn haben dann die Hilfe der böhmisch-österreichischen Länder „more antiquitus consueto“ als selbstverständlich betrachtet (Reichstag 1659, Art. 2).



und gewiß nicht mit Unrecht ihr Land bezeichnen, sie hätte nicht standgehalten, wäre sie nicht durch die Nachbarn immer wieder gestützt worden. Gewiß taten es diese Nachbarn im eigenen Interesse, aber ebenso wehrten sich die Ungarn im natürlichen Triebe der Selbsterhaltung. Es brauchte also keines gegenseitigen Dankes, wohl aber der Einsicht und Anerkennung der gegenseitigen Unentbehrlichkeit.

Die Landesverteidigung wurde seit dem Frieden von Zsitva=Torok (1606) in Ungarn vernachlässigt[1]). Vor allem trat der Adel sowohl in der militärischen als auch in der finanziellen Beteiligung zurück. Von 1609 bis 1647 hat der ungarische Adel die Steuerlasten für die Zwecke der Landesdefension vollständig auf die Bauernhöfe der Untertanen abgewälzt. Er entzog sich auch der Verpflichtung zur Stellung der stehenden Truppen in den Grenzfestungen. Dafür schickten die Herren ihre Diener und Reitknechte, und die Komitate stellten Kontingente auf nach Gefallen, nicht nach Bedürfnis. Auch von seiten des Kaisers wurden die Besatzungen nicht voll erhalten, da er Geld und Truppen während des Dreißigjährigen Krieges anderwärts brauchte. Und da auch die an sich unzulänglichen Portalsteuern nicht regelmäßig eingingen, so erhielten die Truppen nur allzuhäufig keinen Sold. Es fehlte an Geld, es fehlte an Proviant. Die Soldaten desertierten, oder aber sie machten Streif= und Raubzüge, um leben zu können. Diese Husaren und Hajducken der Grenzfestungen wurden die Plage der Umgegend, der Schrecken der Bauern, „ein gemeiner Schaden und ein Übel des Landes“[2]).

Aber die innere Wehrkraft lähmte auch der Zwiespalt zwischen Katholiken und Protestanten, der seit der katholischen Restauration in den dreißiger und vierziger Jahren immer schärfer sich geltend machte. Die Religionsfrage trat in den Vordergrund, sie wurde auf den Reichstagen die Hauptsache, sie drängte selbst das Lebensinteresse an der Abwehr der Türken in zweite Linie, die Verbindungen mit Georg I. Rákóczy von Siebenbürgen, dem Vasallen der Pforte, begannen die Scheu vor einer Annäherung an die Türken zu mindern. Die Komitatstruppen

1) Vgl. für das Folgende Salamon, S. 343 ff.

2) Vgl. die Klagen über die Exzesse der „milites confiniarii“, und mancher ihrer Kommandanten auf den Reichstagen von 1649 Art. 82, von 1659 Art. 15, 19 und 20. Franz Nádasdy sagt 1668 in seiner „Oratio“: „man kans nicht laugnen, das der Hungarische Husar umbringe und haue, ein Dieb, ein Ausblünderer und Straßenrauber seye.“ Gleichzeitige deutsche Übersetzung im Wiener Staatsarchiv.



wurden je nach der Stellung des Komitats bald wider den Türken, bald aber mit Rákóczy gegen den Kaiser geführt.

Einsichtsvolle Männer, wie der Palatin Nikolaus Esterházy, haben diese Zustände ehrlich beklagt. Er suchte (1641, 1643) Abhilfe in einer Rückkehr zu den alten Ordnungen des Defensionswesens, in der vollen Zahl der Besatzungen, Heranziehung der Adeligen und Prälaten, Regelung der Komitatsmannschaften. Als Voraussetzung aber erklärte auch er, der überzeugungstreue Katholik, den religiösen Frieden und daher gewisse Konzessionen an die Protestanten. Einige Jahre später (1650) schlug Ungarns bedeutendster Kopf in jenen Tagen, Nikolaus Zrinyi, eine moderne und radikale Lösung vor, ein stehendes ungarisch-nationales Heer von 24000 Mann, eine Macht, die den Kern eines durch fremde Hilfstruppen verstärkten Heeres bilden, und dann freilich nicht mehr bloß der Defensive dienen sollte, sondern dem Angriffe[1]).

Für solche Pläne war die Zeit nicht reif. Aber als nach dem Linzer Frieden (1645) eine gewisse Beruhigung in Ungarn eintrat, begann allerdings seit 1647 eine größere Fürsorge der Stände für die Landesverteidigung, und die Reichstage von 1647, 1649, 1655, 1659 und 1662 haben manche zweckmäßige Maßregel vorgesehen. Aber eines konnten sie doch nicht verhindern, was nach den ganzen Darlegungen dem unbefangenen Urteil begreiflich erscheinen wird, daß nämlich der Kaiser sich genötigt sah, auch fremde Truppen nach Ungarn zu verlegen. Die Übelstände und Vernachlässigung der letzten Jahrzehnte konnten von den Ungarn auch beim besten Willen nicht mit einem Male behoben werden. Diese unbändige Portalmiliz, diese Komitatstruppen sind nicht auf einmal geschulte und wohldisziplinierte Soldaten geworden. Es lag nahe, die Mängel der ungarischen Landesdefension zu ergänzen durch die Heranziehung nichtungarischer Truppen aus den Regimentern des kaiserlichen Heeres. Dies wurde um so dringlicher, je unsicherer die Zeitläufe sich gestalteten, je mehr seit 1657 das Verhältnis des Kaisers zur Pforte sich verschlimmerte und je näher die Gefahr eines wirklichen Türkenkrieges rückte. So wurde denn fremdes Kriegsvolk nach Ungarn gezogen, im Jahre 1662 lagen im kaiserlichen Ungarn in den Grenzfestungen zerstreut bei 18000 Mann Reiter und Fußvolk[2]).

1) Salamon, S. 363 ff. 367.

2) Vgl. die von Nagy im Történelmi Tár XVII, 239 veröffentlichte Liste. Die Truppen südwestlich der Donau sind in Kompagnien angegeben; die Kompagnie zählte damals im kaiserlichen Heere zirka 150 Mann.



Ließen sich jedoch die Ungarn die fremden Geldhilfen stets sehr gerne gefallen, so wollten sie nichts wissen von den fremden Truppen. Der „miles extraneus, Germanicus“ wird seit 1655 wieder ein ständiges Gravamen, seine Entfernung eine ständige Forderung. Die dauernde Anwesenheit fremder Truppen verstoße gegen die Rechte und Privilegien Ungarns. Die Klagen über Gewalttätigkeiten und Übermut der fremden Soldateska verstummen nicht und man hört immer wieder von den Erpressungen und räuberischen Streifereien der deutschen Truppen, die den Bauer und das Land zugrunde richten — die eigenen Soldaten taten freilich das gleiche. So standen sich unabweisbare militärische Bedürfnisse und der formale Rechtsstandpunkt der Magyaren schroff gegenüber. Hinter diesem bargen sich aber noch andere Befürchtungen. Die Ungarn, auch die katholischen Stände, betrachteten diese fremden Truppen mit steigendem Mißtrauen, sie sahen darin das Mittel zur allmählichen Verwirklichung der absolutistischen Tendenzen des Hofes und der Regierung, die gefährlichsten Feinde der alten Freiheiten des Königreichs. Die Protestanten aber fürchteten und haßten diese fremden Truppen außerdem noch als die blindgehorsamen Werkzeuge einer drohenden, noch gründlicheren katholischen Restauration.

Diese ganze Landesverteidigung zusamt den fremden Truppen hätte aber nicht ausgereicht zur Defensive in einem wirklichen Krieg und Feldzug mit den Türken, geschweige denn zu einem Angriffskrieg und zur Eroberung der großen Festungen und des türkischen Ungarn. Dazu mußte die ganze Macht der gesamten Länder der deutschen Habsburger eingesetzt werden, unterstützt von den Hilfskräften des Reiches und anderer Bundesgenossen. Wenn schon in gewöhnlichen Zeiten zur regelmäßigen Landesverteidigung die Kräfte Ungarns nicht genügten, so ist die Befreiung des ungarischen Bodens und die Vertreibung der Türken erst recht ein Werk und ein Verdienst auch der Erbländer und der Verbündeten des Kaisers geworden.

Die äußeren und inneren Verwicklungen, welche die neuerlichen Türkenkriege einleiteten, nahmen ihren Ausgang von den Ereignissen in Siebenbürgen.

Siebenbürgen war ein Vasallenstaat der Pforte. Die innere Zerrüttung und Schwäche des Osmanenreiches hatte in den letzten Zeiten die türkische Oberhoheit allerdings kaum empfinden lassen und das Land hatte unter Gabriel Bethlen und Georg I. Rákóczy verhältnismäßig



ruhige und glückliche Zeiten erlebt. Nach den Bestimmungen des Friedens von 1645 hatte Georg II. Rákóczy bei seinem Regierungsantritt 1648 von den früher zu Siebenbürgen gehörigen sieben nordostungarischen Komitaten nur die zwei Komitate Szabolcs und Szatmár überkommen[1]). Aber die Marmaros und die Komitate Zarand, Bihar, Kraszna und Mittelszolnok im Westen Siebenbürgens blieben bei diesem, und außerdem besaß die Familie Rákóczy noch die Festen Munkácz, Sáros-patak und Tokaj.

Der unruhige Ehrgeiz Georgs II. hatte schon eigenmächtig in die Verhältnisse der Moldau und Walachei eingegriffen, als er dann gegen den ausdrücklichen Willen und Befehl der Pforte sich in das polnische Abenteuer stürzte[2]). Allein jetzt gebot in Konstantinopel unter dem jungen Sultan Mohammed IV. seit 1656 der neue Großwesir Mohammed Köprili, ein Greis von 70 Jahren, aber noch voll unbeugsamer, despotischer Energie, der das Osmanenreich aus tiefem Verfall einer neuen Kraftentfaltung und damit einer kriegerisch-aggressiven Politik entgegenführte[3]). Rákóczys Vorgehen erfüllte ihn mit unauslöschlichem Haß gegen den „Verräter" und „Rebellen". Er forderte den Tatarenkhan auf, den Ungehorsamen und seine Helfer zu strafen, und die drei Nationen Siebenbürgens erhielten den Befehl, einen neuen Fürsten zu wählen.

Nun beginnt für das unglückliche Land eine schwere Leidenszeit, von der die Chronik des Schäßburger Stadtschreibers Georg Kraus ein lebendiges und oft ergreifendes Bild hinterlassen hat[4]). Erbittert über Rá-

1) Vgl. Huber, Gesch. Österreichs V, 575 und im Arch. f. österr. Gesch. LXXXV, 518.

2) Vgl. oben S. 72 ff.

3) Der kaiserliche Resident bei der Pforte, Simon Reniger schreibt am 8. Jänner 1658 über ihn: „Dieser Vezier ist ein Teufel; regiert absolut, läßt sich von niemand nichts einreden." Pribram, Venetian. Depeschen II 1, 117, Anm. 2. Vgl. auch M. Brosch, Geschichten aus dem Leben dreier Großwesire, S. 73 ff.

4) Fontes rer. Austr. I 3, 301 ff. und IV. Bd. Dazu die Commentarii de rebus Transsilvanicis des Johann Bethlen und die Selbstbiographie Joh. Keménys. Das Aktenmaterial für diese Zeit hg. von Alex. Szilagyi im „Erdély és az északkeleti háboru" (Siebenb. u. der nordisch-orientalische Krieg) II, 432 ff. und in Monum. comitialia Transsylvaniae XI, 287 ff., XII. Bd. und XIII, 513 ff.; manches Detail in der Hauptrelation des kaiserl. Residenten an der Pforte, Simon Reniger, hg. von Veltzé, in Mitteil. des Kriegsarchivs XII, 76 ff. 100 ff. Vgl. auch Feßler-Klein, Gesch. Ungarns IV, 284 ff. und Huber, im Arch. f. österr. Gesch. LXXXV, 515 ff. Ausführliche Darstellung bei Acsády, Magyarország Története I. Lipót es I. József korában (Gesch. Ungarns in der Zeit Leopolds I. und Josefs I. 1898) 3. bis 7. Kapitel. Vgl. auch Gooß, Österr. Staatsverträge. Siebenbürgen, S. 806 ff.

lóczy, erschreckt von den Drohungen der Pforte und der herannahenden Tatarengefahr wählten die Siebenbürger am 2. November 1657 Franz Rhédey zum Fürsten. Als aber die Pforte von ihm den doppelten Tribut und die Abtretung der Feste Jenö verlangte, beeinflußte dies die Stimmung wieder zugunsten Rákóczys, namentlich in den zu Siebenbürgen gehörigen Teilen des östlichen Ungarn. Rákóczy selbst gab seine Sache nicht verloren; er hoffte auf die Unterstützung der Woiwoden der Moldau und Walachei, sowie der Kosaken, und glaubte sogar die Tataren gewinnen zu können. Ja, er wagte es im Jänner 1658 den Landtag, den Rhédey zu Mediasch abhalten wollte, mit Waffengewalt zu zwingen, ihn wieder als Fürsten anzuerkennen. Rhédey dankte ab. Das reizte den Zorn der Pforte noch mehr, sie beschloß nun selbst unverzüglich den Krieg zu beginnen. Im April ward in der Ebene von Adrianopel des Sultans Zelt zum Feldzug wider Rákóczy aufgeschlagen.

Rákóczy hatte sich indes um Hilfe an den Wiener Hof gewandt. Für diesen war die Sachlage recht schwierig. Für Rákóczy besaß man keine Sympathie: sein Vater und er selber war doch stets auf seiten der Feinde Habsburgs und des Katholizismus gestanden, und der Ursprung der jetzigen Verwicklung rührte ja von nichts anderem her, als von seinem Österreich feindlichen Zug gegen Polen. Und unterstützte man Rákóczy, so konnte dies zu einem Kriegsfall mit der Türkei werden, der doch eben jetzt aufs äußerste zu vermeiden war, da die Kaiserwahl noch schwankte, man vor dem Krieg mit Schweden stand und Frankreich mißtrauen mußte. Wie aber, wenn Türken und Tataren nicht bloß Siebenbürgen überschwemmen, sondern auch das nordöstliche Ungarn, wo königliches und Rákóczysches Gebiet durcheinanderlagen, wenn die Türken Siebenbürgen zu einer türkischen Provinz machen und damit Ungarn noch stärker bedrohen und gefährden! In Ungarn selbst begann diese Furcht alles zu beherrschen, der Primas und der Palatin erklärten Ungarn für verloren, wenn Leopold sich Rákóczys nicht annehmen wolle. Sie fanden einen Rückhalt an Venedig und seinen Gesandten am Kaiserhofe[1]). Für Venedig, das seit 1645 in heißem Kampfe um Candia stritt, bedeutete ein Krieg Österreichs mit den Türken eine ersehnte Erleichterung und die Möglichkeit, selber Frieden zu schließen. Nani und Molin setzten fortan ihre

1) Vgl. die Berichte der venetianischen Gesandten Nani (1654—1658) und Molin (1658—1661), welche überhaupt für diese ganzen östlichen Fragen eine wertvolle Quelle bilden. Venetian. Depeschen vom Kaiserhofe, 2. Abt. 1. Bd. (1657—1661), ed. Pribram.

ganze diplomatische Kunst ein, um Österreich zum Bruche mit der Pforte zu treiben.

Bei Kaiser Leopold und seinem ersten Minister und Vertrauten, dem Grafen (seit 1661 Fürsten) Portia, überwog die prinzipiell damals gewiß zu rechtfertigende Anschauung, daß man einen schweren Krieg mit den Türken durchaus vermeiden müsse [1]). Die rauhe Wirklichkeit wurde aber stärker; zaudernd, Schritt für Schritt sah sich die österreichische Politik genötigt, dem Kriege näher zu treten. An sich schon schwerfällig, langsam, von keinem kräftigen Herrscherwillen geführt, von den gegenseitigen Intrigen der leitenden Männer vielfach gehemmt, bietet so die orientalische Politik der nächsten Jahre das typische Bild der halben Maßregeln.

Im Mai 1658 wurden zehn Regimenter unter dem Feldmarschall Markgrafen Hannibal von Gonzaga nach Ungarn geschickt, die sich aber nur in Komorn aufzustellen hatten [2]). So vollzog sich denn das Geschick der Siebenbürger. Sie wollten sich weder von Rákóczy offen lossagen, noch wagten sie ernsthaften Widerstand gegen die Türken; man war ratlos und unterließ Verteidigungsmaßregeln. Im Sommer wälzten sich durch die ungeschützten Pässe von Osten und Südosten die Tatarenhorden in das unglückliche Land, wüsteten und mordeten, brannten Weißenburg mit der kostbaren, von Bethlen begründeten Bibliothek nieder, streiften bis an die Theiß und schleppten Tausende mit sich fort in die Gefangenschaft [3]). Von Ungarn her zogen die Pascha der Grenzbezirke, von Süden mit 45 000 Mann [4]) der Großwesir selber. Ohne Schwertstreich ergab sich am 2. September die Festung Jenö. Drei Wochen später ernannte der Großwesir den Achaz Barcsay, der bisher an der Spitze der siebenbürgischen Verwaltung gestanden, trotz seines Sträubens zum Fürsten von Siebenbürgen. Barcsay wurde sofort gezwungen, außer Jenö auch Lugos und Karansebes abzutreten; eine riesige Kriegsentschädigung und ein von 15 000 auf 40 000 Dukaten erhöhter Tribut wurde gefordert.

1) Einzelne Minister (besonders Auersperg) sahen richtig, wenn sie glaubten, „che per fuggirla appunti s'incontri la guerra", wie Nani am 17. August 1658 berichtet. Venetian. Depeschen 153. — Im Jahre 1659 wurde Augustin v. Mayern an die Pforte gesandt, um die Kaiserkrönung Leopolds anzuzeigen. Er traf den Sultan in Brussa. Renigers Hauptrelation, Mitt. d. Kriegsarchivs N. F. XII, 114.

2) Huber im Arch. f. österr. Gesch. LXXXV, 519 ff. für das Folgende.

3) Kraus in Fontes I 3, 352 ff.

4) Diese Angabe in einem Berichte vom 5. Sept. 1658 im Wiener Staatsarchiv (Turcica). Huber.



Die Lage in Siebenbürgen wurde immer trostloser und verwickelter. Rákóczy ließ sich zwar im Jänner 1659 zu einem Abkommen mit Barcsay herbei, aber sein rücksichtsloser Ehrgeiz, die Uneinigkeit der Stände, der Wankelmut Barcsays, ließen es zu gesicherten Zuständen nicht kommen. Als Barcsay und seine Freunde die Abmachungen mit Rákóczy nicht einhielten, sammelte dieser im Sommer 1659 im nordöstlichen Ungarn neuerdings Streitkräfte, drang Ende August in Siebenbürgen ein und da „das Land meiste teil alleweil mehr Rakoczisch, denn Barczisch gewesen“ [1]), fand Barcsay keinen Halt und enteilte zum Pascha von Temesvar. Binnen kurzem war fast ganz Siebenbürgen wieder in Rákóczys Hand und ein Landtag zu Maros-Vásárhely erkannte ihn Ende September wieder als Fürsten an. Im November wurde Barcsay zwar von den Türken zurückgeführt und Rákóczy am Eisernen Tor geschlagen, als aber die Türken wieder abzogen, schloß Rákóczy seinen Gegner in Hermannstadt ein und blieb, konnte er auch die tapfer verteidigte Stadt nicht nehmen, doch sonst Herr in Siebenbürgen.

Allein nur mehr kurze Zeit. Mit Anbruch des Frühjahrs 1660 begann ein neuer Feldzug der Türken gegen den Verhaßten. Von Süden und Westen her drangen wieder die Feinde vor. Rákóczy rückte im Mai mit dem größten Teile seines Heeres von Hermannstadt fort den Türken entgegen. In der Nähe von Klausenburg, zwischen Gyula und Fenes kam es am 22. Mai zur Schlacht. Rákóczy wurde vollständig geschlagen und schwer verwundet nach Großwardein gebracht. Am 7. Juni starb er.

Jetzt enthüllten sich erst die wahren Absichten der Türken. Sie forderten von ihrem ohnmächtigen Schützling Barcsay die Herausgabe Großwardeins, der stärksten Festung an der damaligen siebenbürgischen Grenze gegen das türkische Ungarn. Ali Pascha, der von Belgrad herangerückt war, führte Barcsay wie einen Gefangenen vor die Mauern der Stadt. Am 14. Juli begann die Belagerung. Nur 850 Mann stark war die Besatzung unter dem jungen Michael Ibrany, doch zur zähesten Verteidigung entschlossen. Mehr als sechs Wochen lang hielt sich die tapfere Schar gegen die Übermacht der Belagerer. Als die Festungswerke zusammengeschossen und die Kampffähigen auf 300 gesunken waren, mußten sie sich endlich am 27. August ergeben [2]).

1) Kraus in Fontes I 4, 7. Der Venezianer Molin äußert sich (24. Jan 1660) über die Siebenbürger Sachsen, daß diese wegen ihres Reichtums am meisten den Krieg fürchten, und so gut es geht, mit beiden Teilen halten. Venet. Depeschen, S. 376.

2) Kraus in Fontes I 4, 92 ff. gibt einen ausführlichen Bericht über die Belagerung.



Der Fall Großwardeins stachelte nur die türkischen Ansprüche. Auch Szatmár wurde von den Türken in Besitz genommen, die Besetzung Klausenburgs ins Auge gefaßt, alle Güter Rákóczys als dem Sultan heimgefallen erklärt, alles Land bis an die Theiß sei Rákóczisch gewesen und gehöre daher der Pforte, mit Siebenbürgen könne der Sultan überhaupt tun was er wolle. So lauteten auch die Meldungen des kaiserlichen Residenten Simon Reniger im Sommer 1660 [1]).

All diese Ereignisse hatten endlich den Wiener Hof zu energischeren Schritten gedrängt. Man hatte endlos sowohl mit Gesandten Rákóczys als auch Barcsays verhandelt, hatte noch Ende 1659 die unbedingte Vermeidung eines Türkenkrieges als den festen Punkt der Politik betrachtet [2]), und demgemäß jede Unterstützung Rákóczys abgelehnt. Die Ungarn freilich dachten ganz anders, sie betrachteten Rákóczy als ihren Retter gegen die Türken, sie wollten ihm helfen, begehrten den Krieg und schmähten über das Zaudern des Hofes. Auf dem Reichstage zu Preßburg, den Kaiser Leopold am 21. Juli 1659 selbst eröffnete, wurden denn auch eine Reihe von Verteidigungsmaßregeln beschlossen, aber trotz allen Kriegsgeschreis der ungarische Standpunkt nicht vergessen: fremde (deutsche) Soldaten dürfen nur mit Bewilligung des Reichstags ins Land gebracht werden, und die gegenwärtig sich in Ungarn befinden, haben es binnen drei Jahren zu verlassen [3]). „Die Ungarn wollen, daß der Kaiser sie verteidige, aber er darf sein Kriegsvolk nicht dazu verwenden", schrieb damals der Venetianer Molin nach Hause [4]).

Als im Frühjahr 1660 der neue Angriff der Türken auf Rákóczy und Siebenbürgen drohte, entschloß man sich endlich zu einem ersten Schritte, zur Aufstellung eines deutschen Korps an der oberen Theiß. Hierzu wurden die Truppen unter de Souches bestimmt, welche jetzt durch den bevorstehenden Frieden im Norden entbehrlich wurden. Sie langten in Oberungarn im Mai an, gerade als die Türken nach der Niederlage und dem Tode Rákóczys rücksichtslos zu weiteren Angriffen übergingen. Auf kaiserlichen Befehl und mit Zustimmung der Witwe Rákóczys, Sophie Báthory, die beim Kaiser Schutz suchte und bald mit

1) So auch Renigers Hauptrelation, S. 115, vgl. Huber a. a. O., S. 532 ff. Venet. Depeschen, S. 460 Anm. 2, 467 Anm. 1.

2) Venet. Depeschen, S. 341 f.

3) Artikel 25, Corpus iuris Hungar. Millenniumsausgabe Bd. 1657—1740, S. 154, vgl. auch Feßler-Klein IV, 301 f.

4) Venet. Depeschen, S. 344.

ihrem Sohne Franz zum Katholizismus übertrat, besetzte de Souches Tokaj und nahm die Huldigung der Komitate Szatmár und Szabolcz entgegen, die jetzt vertragsgemäß an die Krone gefallen waren. Aber dabei blieb man stehen. Es wurde keine Unterstützung, kein Entsatz in das gefährdete und belagerte Großwardein geschickt. Die Aufregung darüber wuchs in Ungarn von Tag zu Tag, man drohte mit Rebellion, Venedig setzte alle Hebel an, um eine kriegerische Entscheidung herbeizuführen. Der Kaiser, der in Graz weilte, berief hervorragende ungarische Magnaten, sie legten eine energische Denkschrift vor, nach langen Beratungen entschied der Kaiser selber, daß Großwardein Hilfe geschickt werden solle. Aber es war zu spät, Großwardein war schon gefallen [1]).

Und doch war es noch immer nicht die Meinung Portias und des Kaisers, mit der Pforte wirklich zu brechen [2]). Allein der Übermut und die unzweideutigen Eroberungsgelüste der Türken, sowie die gärende Stimmung in Ungarn sorgten dafür, daß der zögernde Hof vorwärtsgedrängt wurde. Es gab ja auch hier eine Kriegspartei. Fürst Auersperg beleuchtete in einem Gutachten vom 30. Oktober 1660 offen die bisherige Unschlüssigkeit mit ihren schlimmen Folgen, verlangte ein bestimmtes Ziel und die Unterstützung der auswärtigen Mächte. Dieser Weg wurde wirklich betreten. Im Dezember gingen ins Reich, an den Papst, nach Spanien und sogar nach Frankreich Gesandte, die um Hilfe gegen den Erbfeind der Christenheit zu werben hatten. In Ungarn aber wuchs seit dem Verluste Großwardeins die Erregung, man wollte auf eigene Faust die Adelsinsurrektion aufbieten, hielt Versammlungen und verfaßte Denkschriften, in protestantischen Kreisen hieß es, die Türken seien toleranter als der Kaiser, das fremde Kriegsvolk sei nur zu ihrer Unterdrückung da [3]).

Auch die Ereignisse in Siebenbürgen drängten zur Entscheidung. Barcsay, der Sklave der Pforte, hatte sein geringes Ansehen gänzlich verloren, ein anderer hielt seine Zeit für gekommen, auf die er schon mit verhaltenem Ehrgeiz gewartet hatte, Johann Kemény, der Freund und Feldherr Rákóczys. Er sammelte Kriegsvolk im nordöstlichen Ungarn

1) Vgl. Huber a. a. O., S. 528 ff., Berichte Molins vom Juli und August, Venet. Depeschen, S. 455 ff.

2) Sehr bezeichnend für diese unklare Halbheit ist das Schreiben Leopolds an Reniger vom 16. August. Venet. Depeschen, S. 475 Anm 1.

3) Vielfache, oft allerdings übertriebene Mitteilungen in den Berichten Molins, so S. 484 f. 495 f. 507. 512. 554 ff. 560 f. 566. Vgl. Huber, S. 534 ff.



und zog im November 1660 gegen Barcsay, der sich nach einer Unterredung mit Kemény gezwungen sah, einen Landtag einzuberufen. Die Stände verlangten Barcsays Abdankung und wählten am 1. Jänner 1661 Kemény zum Fürsten [1]). Er mußte wissen, daß er nur mit Waffengewalt sich gegen die Türken halten könne, denn diese betrachteten ihn gleich Rákóczy als Feind und Rebellen. So sah sich Siebenbürgen mehr als je angewiesen auf den Kaiser. Anfangs März 1661 trafen Gesandte Keménys in Wien ein.

Hier war man nun endlich zum **Krieg mit den Türken** entschlossen [2]). Anfang Februar 1661 wurde die „Eventual-Kriegsverfassung" beraten, die Komplettierung der Regimenter verfügt, am 12. März wurde dem Grafen Raimund Montecuccoli als Feldmarschall das Kommando übertragen, de Souches als Feldzeugmeister, Sporck und Richard Starhemberg als Feldmarschall-Leutnants bestellt, und man erwog bei Hof den Gedanken, ob der junge Kaiser persönlich den kommenden Feldzug mitmachen solle [3]). So fanden jetzt auch die siebenbürgischen Gesandten günstige Aufnahme und Ende Mai kam ein Vertrag zustande, wonach der Kaiser den Siebenbürgern 1000 Mann Fußvolk zur Verfügung zu stellen und für die Wahrung der alten Rechte Siebenbürgens bei der Pforte einzutreten sich verpflichtete, und dafür die Festen Székelyhid und Kövár mit seinen Truppen besetzen könne [4]).

Im Juni wurden diese beiden Plätze besetzt, und bei Schintau und Neuhäusel vereinigten sich bei 15000 Mann unter dem Befehl Montecuccolis. Zu ihm stießen auch Völker, welche die Kurfürsten von Bayern und Köln gesandt hatten. Auch mainzische Truppen waren auf dem Wege. Die kaiserliche Regierung war nun so frischen Mutes, daß

1) Barcsay setzte trotzdem seine Verbindungen mit den Türken fort, wurde deshalb eingekerkert und am 30. Juni 1661 auf Befehl Keménys getötet. Vgl. **Kraus** in Fontes I 4, 117 ff. 151 ff.

2) Für das Folgende vgl. **Huber**, S. 536 ff. Über die Feldzüge Montecuccolis gegen die Türken von 1661 bis 1664 vgl. seine eigene übersichtliche Darstellung (Ausgew. Schriften II, 358–449) und **Rintelen** in der Österr. Militär. Zeitschr. 1828. Die Darstellung Montecuccolis, die einen Teil seines Hauptwerkes über den Krieg bildet, ist wertvoll, aber es bleibt dabei doch stets die Absicht einer Rechtfertigung Montecuccolis gegenüber den scharfen Angriffen namentlich von ungarischer Seite zu beachten.

3) Venet. Depeschen, S. 581.

4) Vgl. Gooß, Österr. Staatsverträge. Siebenbürgen S. 820 ff., der Vertrag wurde am 26. Juni schriftlich fixiert.



de Souches, der mit einem Teil der Truppen in Westungarn zurückblieb, einen Streifzug in der Richtung gegen Ofen unternehmen durfte. Montecuccolis Plan war, ein kleineres Korps an die Theiß zu senden, um die festen Plätze zu decken und Kemény einen Rückhalt zu gewähren, mit der Hauptarmee jedoch sofort gegen Gran und Ofen zu rücken, wenn die Türken etwas gegen die von den Kaiserlichen besetzten Orte auf siebenbürgischem Gebiet oder gegen ungarisches Gebiet selbst unternehmen würden und sie dadurch von Angriffen auf Siebenbürgen abzulenken [1]). Zunächst handelte es sich jedoch unmittelbar um das Schicksal Siebenbürgens. Denn im Juni waren Türken und Tataren durch das Eiserne Tor in Siebenbürgen eingefallen, der ganze Westen des Landes wurde furchtbar verwüstet und dem zurückweichenden Kemény folgten die Feinde sengend und brennend bis ins nordöstliche Ungarn. So erhielt Montecuccoli Mitte Juni den gemessenen Befehl, ebendahin zu ziehen; ein weiterer Vormarsch nach Siebenbürgen selbst war sicher auch schon ins Auge gefaßt [2]). Montecuccoli war bestürzt und erbittert, seinen Plan nicht ausführen zu können, aber er mußte gehorchen. In langsamem, mühseligem Marsch durch die Gebirgstäler über Fülek kam er endlich am 18. August bei Tokaj an die Theiß und vereinigte sich mit den Truppen Keménys, zusammen etwas über 20000 Mann [3]).

Montecuccoli drang nun mit Kemény rasch bis Klausenburg vor, das er am 15. September besetzte. Allein am Tage vorher war unter türkischem Druck zu Vásárhely ein neuer Fürst von Siebenbürgen erhoben worden, Michael Apafy. Die sächsischen Städte hielten sich notgedrungen zu den Türken und erkannten Apafy an. Die ungarischen Edlen im Lande waren großenteils geflüchtet, die Szekler, die Hauptstütze Keménys, waren isoliert und wurden dann von den Türken blutig unterworfen. So schien Kemény und dem kaiserlichen Heere, das auf dem Marsche durch Krankheit und Mangel sowie durch die Feindseligkeit der Bevölkerung stark gelitten hatte, der Boden zu schwinden und Montecuccoli trat unverweilt den Rückzug aus dem verwüsteten Lande an, indem er nur in Klausenburg, Szamos-Ujvár, Kövár und Székelyhid

1) Ausgew. Schriften II, 364 ff.

2) Huber, S. 544 f. konstatiert aus den amtlichen Quellen den offiziellen Befehl. In den Depeschen Molins vom 16. und 23. Juli wird mit Berufung auf Portia ausdrücklich gesagt, Montecuccoli habe den Befehl erhalten, direkt nach Siebenbürgen zu ziehen und dieses zu schützen. Venet. Dep., S. 660. 662.

3) Huber, S. 549 Anm. 1.



Besatzungen zurückließ. Auch jetzt noch mußte er schlimme Erfahrungen machen: es wurde seinen Truppen in den nordöstlichen Komitaten die Aufnahme in ordentliche Winterquartiere verweigert, sie litten unter Kälte und Krankheiten, schließlich mußte sie Montecuccoli im März 1662 in die Gegend von Komorn zurückführen [1]). Kemény aber schlug bei Szamos-Ujvár Lager und wollte, als die Türken bei Anbruch des Winters größtenteils Siebenbürgen verließen, noch einmal das Glück versuchen, „es möge ihm gehen, wie es wolle". In den ersten Tagen des Jahres 1662 drang er mit 9000 Mann ohne Schwierigkeit bis Schäßburg vor, wohin sich Apafy zurückgezogen hatte. Aber dieser erhielt türkischen Sukkurs, am 23. Jänner kam es in der Nähe von Schäßburg zum Kampfe. Trotz seiner Übermacht wurde Kemény geschlagen; im Getümmel des Gefechtes vom Pferde gerissen, fand er seinen Tod unter den Hufen der Rosse.

So endeten die Unternehmungen des Jahres 1661 mit recht unbefriedigendem Ergebnis. Siebenbürgen war beinahe ganz verloren, in der Hand Apafys oder vielmehr der Türken, welche unbarmherzig Kriegskontributionen eintrieben, das arme Land aussaugten und mit neuem Kriege drohten, wenn die Kaiserlichen nicht auch die wenigen Plätze räumten. Montecuccoli schob die Schuld des Mißerfolges auf den Hofkriegsrat, der seine ursprünglichen Pläne vereitelte, auf die widerspenstigen Ungarn, die den kaiserlichen Truppen überall nur die schwersten Hemmnisse und ärgsten Schaden bereiteten, und auf die Unmöglichkeit, sich in dem ausgesogenen Siebenbürgen ohne Magazine und Hilfsquellen zu halten. In schärfster Weise sprach sich Montecuccoli in einem vom Kaiser über die Mittel zur Erhaltung Ungarns und Siebenbürgens verlangten Gutachten vom 25. Februar 1662 über die feindselige Haltung der Ungarn gegen die deutschen Truppen aus, und erklärte ganz offen als eigentlichen tiefsten Grund die Meinung der Ungarn, der Kaiser strebe darnach, mit diesem seinem Kriegsvolk Ungarn auf dieselbe Weise zu beherrschen, wie die anderen Erbländer beherrscht werden; daher wollen sie alle solche Mittel verhindern, wodurch sie in die Knechtschaft gestürzt werden könnten [2]).

1) Montecuccoli, Ausgew. Schriften II, 368 ff. 383 ff.; seine Erörterungen über die Lage in Ungarn und Siebenbürgen, die Ausgew. Schriften IV, 63 ff. mitgeteilt sind, gehören in das Ende des Jahres 1661 (nicht 1662/63); dazu seine spätere scharfe Kritik der Berichte des venetianischen Gesandten Sagredo aus dem Jahre 1661 und der Schrift eines Abbé Noires, Ausgew. Schriften III, 337 ff. und IV, 77 ff.; vgl. auch Kraus in Fontes I 4, 173 ff.

2) Ausgew. Schriften IV, 95 ff. 104 ff. 108.



In Ungarn aber tadelte man aufs heftigste Montecuccoli, daß er den Feldzug, ohne auch nur ein Gefecht zu wagen, abgebrochen und Siebenbürgen wieder den Türken überlassen habe. Die gegenseitigen Vorwürfe fanden in bitteren Flugschriften Nikolaus Zrinyis ihr Echo, die Montecuccoli mit einer gereizten Verteidigung beantwortete. Zrinyi rief Ungarn auf, mit eigener Kraft das Vaterland zu retten, und er hielt dies jetzt sicherlich selber für möglich, wenn er auch früher einmal in ruhigerer Zeit anderer Ansicht gewesen [1]). Er hatte in den Jahren 1660 und 1661 auf eigene Faust beutereiche Streifzüge gegen die Türken unternommen und im Sommer 1661 nahe der Mündung der Mur in die Drau den Bau eines festen Platzes begonnen, der neuen Zrinyiburg (Uj-Zrinyivár, Serinvár), die als Stützpunkt für Streifzüge und zur Bedrohung der türkischen Grenzfestung Kanizsa dienen sollte. Zrinyi fühlte sich beinahe wie eine kriegführende Macht und sein „Gebäu“ wurde in der Tat ein Hauptbeschwerdepunkt für die Türken [2]). Der sanguinische Optimismus der Ungarn im Verein mit ihrem Mißtrauen gegen den Hof und dessen Absichten täuschte sie darüber hinweg, daß gegen eine einheitlich geleitete starke Militärmacht, wie sie das osmanische Reich immer noch war, die Kraft Ungarns in einem wirklichen Feldzug durchaus nicht genüge.

Montecuccoli war freilich eine ganz andere Natur, als wie Nikolaus Zrinyi [3]). Er stand jetzt im 53. Lebensjahr (geboren am 21. Februar 1609). Seit 1626 diente der Modenese aus altem Geschlecht im kaiserlichen Heer, er hatte unter seinem Oheim, dem General Ernst Montecuccoli, das Kriegshandwerk von Grund aus gelernt, der strenge Ohm ließ ihn von der Pike auf dienen, er hat den ganzen großen Krieg mitgemacht. Drei Jahre in schwedischer Gefangenschaft (1639 bis 1642) boten ihm Muße zu ausgedehnten Studien. Er vertiefte sich in die Alten, las neben Vegetius und Cäsar auch zahlreiche andere klassische

1) Történelmi Tár 1887, S. 641 ff., vgl. oben S. 206.

2) Auch bei Porto Ré, südöstl. Fiume, hatte Zrinyi eine Feste gebaut, worüber sich die Venetianer beschwerten. Venet. Depeschen, S. 46 Anm. 3. — Der Kardinal Francesco Barberini sandte Zrinyi mehrmals eine Unterstützung von je 10000 Scudi. Zinkeisen, Gesch. des osman. Reiches IV, 967.

3) Vgl. die vom Wiener Kriegsarchiv herausgegebene, durch Alois Veltzé bearbeitete, dankenswerte Publikation: Ausgewählte Schriften des Raimund Fürsten Montecuccoli, 4 Bde. (1899—1900), Campori, Raimondo M. (1876), Allg. Deutsche Biogr. XXII, 183, Jähns, Gesch. der Kriegswissenschaften II, 1162 ff. Noch immer fehlt uns eine gute Biographie. Ein Bild M.s in Ausgew. Schriften, 1. Bd.



Autoren und die humanistischen und politischen Schriftsteller des 16. und 17. Jahrhunderts. Mathematik und Naturkunde interessierten ihn ebenso wie Geschichte, Politik und Staatsrecht. Ein großer Folioband mit Exzerpten ist heute noch ein Zeugnis für seine ausgebreiteten Studien, und es ist interessant zu sehen, wie neben Baco von Verulam und Machiavelli, sämtliche Werke des phantastisch-tiefsinnigen Campanella und dann wieder Colers Oeconomia ruralis und alchemistische Schriften in Montecuccolis Lektüre vertreten sind [1]). Er erwirkte sich eigens die kirchliche Dispens zum Lesen verbotener Bücher. Die Gelehrsamkeit im Geschmacke der Zeit tritt uns überall in Montecuccolis Schriften entgegen, aber auch ein feiner und scharfer Geist, real politisch-militärisch gerichtet, nicht umsonst ein Kenner Machiavells. Er ist persönlich natürlich gläubig katholisch, aber im Staatsleben ist ihm die Religion nur ein wichtiger Faktor gleich andern.

Die erste Frucht seiner Studien war der im Jahre 1641 vollendete, sehr umfangreiche „Trattato della guerra", mehr zur eigenen Orientierung geschrieben. In viel kürzerer, aber reiferer Zusammenfassung schrieb er dann 1653 seine Schrift „Del arte militare". Im Nordischen Krieg und jetzt im Türkenkrieg sammelte Montecuccoli als selbständiger Heerführer die reichsten Erfahrungen, mit ihnen schuf er 1670 sein berühmtes Hauptwerk „Vom Kriege mit den Türken in Ungarn", in welchem die Darstellung der Türkenkriege von 1661—1664 den Kern bildet, den eine vollständige Theorie der Kriegskunst und ihrer Anwendung auf einen künftigen Türkenkrieg umgibt [2]). Wenn Montecuccolis Rivale de Souches von ihm sagte [3]), er habe den Krieg mehr aus Büchern als ex praxi gelernt, so tat er ihm sehr Unrecht, aber wenn Souches hinzufügt, jener würde nicht leichtlich zu einer Aktion, worinnen etwas hazardieret werden müßte, raten, so liegt darin viel Wahres. Montecuccoli war der Methodiker des Krieges, er war ein Meister der Kriegskunst seiner Zeit, die in der Konservierung des Heeres eine Hauptsache

1) Ausgew. Werke I, Einleit., S. 113 ff.

2) Der Trattato von 1641 blieb ungedruckt, jetzt übersetzt in Ausgew. Schriften, 1. Bd., die Schrift von 1653 erschien zuerst 1692. Das Werk über den Türkenkrieg wurde gewöhnlich als Aphorismen, Memorie, Memoires, Commentarii bezeichnet. Zum ersten Male 1704 herausgegeben. Vgl. Ausgew. Schriften, 1. Bd., Einleitung.

3) Mitteil. des Instituts XXXVII, 576. Ganz anders das Urteil des Franzosen Grafen Chavagnac, der 1666 in kaiserliche Dienste trat und 1673 und 1675 unter Montecuccoli stand, in seinen Memoiren (ed. 1700), S. 270; er stellt ihn als Stra-en über Condé und Turenne.



sah und lieber durch Märsche und strategische Manöver den Feind zurückdrängen, als alles auf den zweifelhaften Ausgang einer Feldschlacht setzen wollte [1]). In den Feldzügen von 1673 und 1675 gegen die Franzosen lernten wir schon Musterbeispiele von Montecuccolis Stärke kennen, aber diese Art der Kriegführung war allerdings nicht nach dem Geschmacke eines Zrinyi und seiner Ungarn.

Mitten in der gefährlichen Situation, als der Ausbruch oder vielmehr die Fortsetzung des förmlichen Türkenkrieges unvermeidlich bevorstand, zeigte sich die ganze Bedenklichkeit der ungarischen Verhältnisse auf dem Reichstag zu Preßburg von 1662. Er trat im Mai zusammen, am 23. Mai erschien Leopold persönlich. Die Stände beschwerten sich, daß trotz der Beschlüsse von 1659 neue, noch stärkere fremde Truppen nach Ungarn geführt worden seien, und der Kaiser mußte sich zu dem Versprechen verstehen, einen Teil der Völker sofort, die übrigen bis Georgi (24. April) 1663 aus Ungarn zu entfernen. Dafür soll, wenn der Feind mit größerer Macht ins Land einfiele oder eine größere Festung belagerte, oder wenn der König den Türken einen größeren Platz nehmen wollte, die Adelsinsurrektion aufgeboten und in der 1659 bestimmten Weise organisiert werden [2]). Die Unzulänglichkeit dieser Beschlüsse lehrten die Ereignisse des nächsten Jahres.

Aber auf diesem Reichstag kamen auch jene anderen Gegensätze zu scharfem Zusammenstoß, welche die Dynastie mit einem beträchtlichen Teile Ungarns entzweiten, aber auch die Stände selbst spalteten, die Religionsfragen. Allerdings hätten ja die Bestimmungen des Linzer Friedens von 1645, die mit einigen Zusätzen in den Gesetzartikeln des Reichstags von 1647 inartikuliert wurden, eine dauernde und befriedigende Lösung der konfessionellen Streitigkeiten bringen können. Die Gleichberechtigung der Protestanten war Gesetz. Aber die Zugeständnisse von 1645 waren, wie einst jene von 1606 und 1608 unter dem Zwange äußeren Druckes zustande gekommen und die katholische Restauration hatte seit den Zeiten des Primas Pázmány so bedeutende Erfolge er-

1) Sehr charakteristisch sind seine Ratschläge in der oben angeführten Denkschrift vom 25. Februar 1662, Ausgew. Schriften IV, 102 ff. Da heißt es z. B.: überall methodisch und im Einvernehmen mit den Interessierten vorgehen; Schritt für Schritt, mit bleiernen Füßen und nicht sprungweise, feste Plätze erobern und sie gut befestigen, sobald sie eingenommen sind usw.

2) Artikel 2, 5, 6 von 1662, Corpus iuris Hungar., Bd. 1658—1740, S. 224 ff.



rungen, daß sich die katholischen Prälaten und Magnaten einer wirklichen Freiheit auch der evangelischen Kirche nicht mehr fügen wollten. Jetzt war die Mehrheit der Magnaten katholisch, sie und die Prälaten besaßen in der Magnatentafel die ganz überwiegende Macht. Evangelisch und zwar calvinisch war der kleine Adel der nordöstlichen Komitate und und lutherisch die königlichen Freistädte und Bergstädte Oberungarns. Die konfessionellen Gegensätze verquickten sich zudem noch mit recht weltlichen Interessen, vor allem der großen geistlichen und weltlichen Grundherren. Die Protestanten hatten 1647 anfänglich auf 400 ihnen entzogene Kirchen Anspruch erhoben; diese Zahl war dann auf 114 eingeschränkt worden [1]). Es handelte sich zum Teil um Kirchen, die, Eigentum einer früher protestantischen adeligen Familie, dem evangelischen Kultus gewidmet worden waren, nunmehr aber, da diese Familie katholisch geworden, umstritten wurden: die protestantischen Untertanen wollten die Kirche ihrer Konfession erhalten, die konvertierte Familie aber beanspruchte sie jetzt für den katholischen Kultus, denn die Kirche, von den Vorfahren erbaut, sei immer Eigentum der Familie gewesen und geblieben und habe daher auch jetzt ihrer Verfügung zu unterliegen. So wurden in der Tat von jenen 114 Kirchen nur 90 den Protestanten zugesprochen und auch von diesen suchten nun katholische Magnaten wie die Nádasdy, Batthyány, Esterházy, und Prälaten wie Erzbischof Lippay von Gran in den nächsten Jahren mehr oder minder gewaltsam noch manche den Protestanten zu entreißen. Und es waren ja nicht bloß die Kirchen als solche, um die man stritt, sondern auch ihr Vermögen und Einkommen, die Pfründen und Schulen, was alles eben jenem gehörte, dem der Besitz der Kirche zuerkannt war.

Nicht minder schnitt in die gutsherrlichen Interessen die Frage der Konfession der Untertanen und Bauern ein. Der Linzer Friede hatte jedermann ohne Unterschied des Standes freie Religionsübung und freien Gebrauch der Kirchen, Glocken und Friedhöfe zugesichert. Der alte Grundsatz „cuius regio, ejus religio“ war damit durchbrochen, aber keineswegs aus der Welt geschafft. Den großen Herren und Kirchenfürsten dünkte es unerträglich, wenn ihre Bauern evangelisch waren, und gar, wenn sie die Kirchen zur Verfügung und Nutzung hatten, Prädikanten hielten und diesen die gebräuchlichen Abgaben und Dienste leisteten.

1) Über die Verhandlungen von 1647 und 1648 vgl. jetzt auch Gooß, Österr. Staatsverträge. Siebenbürgen, S. 785 ff.



So kam es denn zu religiösen Zwangsmaßregeln der Herren gegen ihre Untertanen und gegen protestantische Geistliche, zur Wegnahme von Kirchen und Schulen. Natürlich fehlte es andrerseits auch nicht an Gewalttätigkeiten von evangelischer Seite, die Calviner zerstörten Bilder und andere Kunstdenkmäler in den Kirchen; katholische Geistliche wurden vertrieben und das Luthertum der oberungarischen Städte war von starrster Intoleranz.

Statt des konfessionellen Friedens erhob sich so allenthalben kirchlicher Streit, vermengt mit den lokalen Machtfragen. Und da neben den Kirchenfürsten auch die weltlichen Magnaten vorwiegend katholisch waren und die Krone natürlich auf ihrer Seite stand, befand sich der Katholizismus in entschiedenem Übergewicht und Vordringen. Wie überall besaß er auch in Ungarn den stärksten Bundesgenossen im Orden der Jesuiten [1]. Den Jesuiten drohte zwar seit den Reichsgesetzen von 1608 die Gefahr, ihren Besitz in Ungarn zu verlieren, denn nach dem Artikel 8 jener Gesetze sollte der Orden keine ständigen Güter im Königreiche haben dürfen. Die starke gegenreformatorische Bewegung ließ diese Bestimmungen wenn nicht vergessen, so doch unausgeführt. Die Jesuiten behielten ihr Hauptkollegium in Tyrnau, wo sie 1635 eine Universität mit den theologischen und philosophischen Studien begründeten, sie behielten ihre Missionshäuser in Preßburg, Ödenburg, Raab, Warasdin und Agram, in Trentschin, Neusohl, Kaschau und Unghvár. Seit 1649 leiteten sie das nach dem Vorbild des Collegium Germanicum et Hungaricum in Rom von Primas Pázmány geplante, von Primas Georg Lippay begründete Generalseminar in Tyrnau. In Ostungarn wurde Kaschau ein Hauptsitz des Ordens, begünstigt vom Palatin Wesselényi, dem Kommandanten Grafen Hommonay und dem Bischof Kisdy. Seit 1655 gestalteten sie ihre Schule in Kaschau zu einer Akademie aus, die 1660 von Kaiser Leopold die Rechte einer Universität erhielt. Diese hohe Schule und das seit 1659 erstehende Priesterseminar und Adelskonvikt in Kaschau bildeten das katholische Gegenspiel wider das alte calvinische Kollegium zu Sárospatak, das von 1650 bis 1654 durch den berühmten Pädagogen Amos Comenius reorganisiert wurde und die vielbesuchte Bildungsstätte des calvinischen Adels und der Prädikanten

1) Für das Folgende vgl. Krones, Zur Gesch. des Jesuitenordens in Ungarn 1645—1671, Archiv f. österr. Gesch. LXXIX, 277 ff. Krones benutzte besonders die Litterae annuae S. J. provinciae Austriae (in der Wiener Hofbibliothek), eine wichtige Quelle zur Geschichte dieser Zeit. Ungarn gehörte zur österreichischen Jesuitenprovinz.



Ostungarns war. Aber selbst hier faßten seit 1663 die Jesuiten Fuß, gefördert und gestützt durch Sophia Báthory, die durch Jesuiteneinfluß eben damals katholisch gewordene Witwe des Fürsten Georg Rákóczy von Siebenbürgen, und ihren Sohn Franz Rákóczy, der im frischen Glaubenseifer des Konvertiten gelegentlich auf einmal 2000 ketzerische Bücher verbrennen ließ. Die vornehmsten Geschlechter Ungarns und Siebenbürgens sehen wir als überzeugte Gönner und Schützer der Jesuiten, neben den schon genannten Wesselényi, Hommonay, Báthory und Rákóczy die Illésházy in Trentschin, seit 1650 konvertiert, die Esterházy und Franz Nádasdy in Südwestungarn, einen Csáky in der Zips, die Drugeth in Unghvár, die Károlyi in Szatmár. Der Episkopat, an seiner Spitze der Primas Georg Lippay von Gran (1642—1666), an Eifer und Tätigkeit für die katholische Sache ein würdiger Nachfolger Pázmánys, betrachtete und förderte die Jesuiten als „die nützlichsten Diener der Kirche". Der Standpunkt, den der Episkopat überhaupt in der Religionsfrage einnahm, kommt in ungemein bezeichnender Weise in der Ansprache und in den Propositionen zum Ausdruck, mit denen Erzbischof Lippay im Jahre 1658 die Provinzialsynode zu Tyrnau eröffnete: er beklagt die bedauerlichen Zustände der katholischen Kirche und die Bedrückung des Klerus, er bedauert die schädlichen Folgen der konfessionellen Bestimmungen des Wiener und des Linzer Friedens und erhebt prinzipielle Einwände gegen ihre Zulässigkeit und Gültigkeit; er verurteilt die Feindseligkeiten gegen die Jesuiten, die das ganze Königreich mit Wissenschaft und Frömmigkeit erfüllt haben, und die man durch die Wegnahme ihrer Güter zu vertreiben sucht [1]).

Gegenüber dieser selbstbewußten, von den mächtigsten Faktoren mit Eifer vertretenen und begünstigten Kirche und Hierarchie sahen sich die protestantischen Stände in Verteidigungsstellung. Es war eine Lebensnotwendigkeit für sie, unter sich einig zu sein und sich unerschütterlich auf ihre gesetzlich festgelegten Rechte zu berufen und zu stützen. So gingen denn Lutheraner und reformierte Calviner einträchtig als „evangelischer Stand" zusammen. Das Forum der Reichstage war es nun vor allem, auf dem die ungarischen Protestanten ihre Sache zu verfechten suchten, während sowohl die Krone, wie auch die katholischen Stände die Religionsfrage lieber nicht in offenem Reichstag verhandeln lassen

1) Krones a. a. O., S. 309. Obál, Die Religionspolitik in Ungarn nach dem Westfäl. Frieden (1910), S. 58 ff. Über das Buch Obáls vgl. Theodor Mayer im Mitteil. des Instituts XXXIV, 182.



wollten. Dies zeigte sich schon auf dem Reichstag von 1655, wo die Protestanten bereits vielfache Beschwerden vorbrachten, aber vergeblich eine Verhandlung und Entscheidung anstrebten. Kaiser Ferdinand III. gestand schließlich die Aufnahme eines Artikels (18) zu, wonach alle Beschwerden in Glaubenssachen nach dem Reichstag durch gerichtliches Verfahren erledigt werden sollten [1]). Dies wurde ein zweischneidiges Schwert. Denn damit hielt sich die Regierung für berechtigt, die Religionsbeschwerden als Parteisachen, res privatae dem gerichtlichen Forum zuzuweisen und von den Reichstagen auszuschließen. Das Rechtsverfahren aber wurde zweifellos nicht selten durch Machtfaktoren beeinflußt, die den Protestanten ungünstig waren, wie etwa durch die Obergespane, wenn diese Würde in der Hand von Bischöfen lag. Auf dem Reichstag von 1659 wurde denn schon in der königlichen Proposition dringend empfohlen, die Verhandlungen nicht durch Privatangelegenheiten zu stören, worunter man eben die Religionssachen verstand. Die Beschwerden, die die Protestanten trotzdem Kaiser Leopold vortrugen, wurden von den Katholiken mit Gegenanklagen beantwortet. Und in diesen wird ziemlich unverhüllt die Anschauung vertreten, daß in der Klausel des Wiener Friedens von 1606, er gelte „unbeschadet der Rechte der katholischen Kirche", eigentlich gesagt sei, daß die Vorrechte der katholischen Kirche bestehen bleiben. Daher sei das Bestehen einer freien protestantischen Konfession im Grunde unberechtigt, wie denn der katholische Klerus im Jahre 1647 auch gegen den Linzer Frieden protestiert habe. Der Reichstag von 1659 ging für die Protestanten ergebnislos vorüber, sie besaßen jetzt auch keinen Rückhalt mehr am Fürsten Georg Rákóczy von Siebenbürgen, da dieser, bedrängt von den Türken, sich auf den Kaiser angewiesen sah.

Den einen Erfolg errangen die Evangelischen auf diesen Reichstagen, daß sie durch ihr energisches Dazwischentreten die Versuche der Jesuiten vereitelten, jenen Gesetzartikel von 1608, der dem Orden den Besitz ständiger Güter in Ungarn untersagte, zu beseitigen oder zu ändern. Aber was bedeutete dies angesichts der Tatsache, daß trotz jenes Artikels der Orden seine Häuser und Güter, seine Kollegien und Akademien besaß, und hoffen durfte, daß jenes Gesetz gewohnheitsrechtlich aboliert werde [2]).

1) Wie schon im wesentlichen Art. 10 von 1649 bestimmt hatte. Beides gründete sich auf die Bestimmungen des Art. 14 von 1647, der die gerichtliche Verfolgung der Verletzungen des Linzer Friedens regelte und sie den Vizegespanen der Komitate zuwies. Über den Reichstag von 1655 vgl. Obál, S. 83 ff., über jenen von 1659 Obál, S. 106 ff.

2) Vgl. Krones, S. 285 ff., Obál, S. 92 ff. 118 ff.



Nach den Erfahrungen von 1655 und 1659 nahmen nun, als der Reichstag von 1662 einberufen wurde, die protestantischen Stände von vornherein eine sehr entschiedene Haltung ein[1]). Die protestantischen Komitate und Städte hatten ihren Abgeordneten die strenge Weisung erteilt, wenn ihre Beschwerden nicht verhandelt werden, den Reichstag zu verlassen. Das königliche Einberufungsschreiben aber kündigte sehr bestimmt an, daß alle „odiosen und privaten Fragen", das heißt eben die Religionssache, beiseite zu lassen seien, und nur das was für das Heil und die Erhaltung des Königreiches notwendig sei, verhandelt werden solle. Und der Primas Lippay von Gran erklärte lieber den Tod erleiden zu wollen, als bezüglich der Restitution von Kirchen irgendein Zugeständnis zu machen. So schroff standen sich die Parteien gegenüber. Die protestantischen Abgeordneten stellten sich auf den Standpunkt, an den Verhandlungen des Reichstages nicht teilzunehmen, bevor nicht die Religionsbeschwerden zur Sprache kämen, und sie blieben hartnäckig dabei, auch als die Entfernung der fremden Truppen verhandelt wurde, worin sie ja mit den katholischen Ständen einig waren. Vergebens suchte der Palatin Wesselényi zu vermitteln, auch der Weg der Petitionen an den König und von Verhandlungen mit den Ministern Portia und Auersperg führte zu keinem Ergebnis, da die Regierung darauf beharrte, daß diese Religionsbeschwerden vor die Komitatsgerichte gehörten. Als der Kaiser den Protestanten endlich ausdrücklich befahl, an den Beratungen teilzunehmen, verließen sie am 2. September Preßburg. Die Beschlüsse, welche die katholischen Stände allein faßten, wurden von den 13 nordöstlichen, protestantischen Komitaten für ungültig erklärt, die Reichstagsartikel zurückgewiesen und ihre Exemplare zurückgeschickt.

War dies alles ermutigend für einen Krieg mit der Pforte? War es ermutigend, wenn auch die auswärtige Unterstützung sich bisher nur matt und zögernd erwies? Die deutschen Fürsten wollten ohne Reichstag nichts tun. Spanien zahlte wohl einmal 70 000 Taler, sah aber eine Verwicklung Österreichs im Osten nicht gern, die Verhandlungen wegen eines Bundes zwischen dem Kaiser, Venedig und dem Papste gingen

1) Über die Religionsverhandlungen von 1662 sehr ausführlich Obál, S. 126 ff. Eine ältere ungarische Arbeit ist die von Fabó, Az 1662-diki országgyülés (Der Reichstag v. 1662) 1873.



nicht vorwärts. Alexander VII. zahlte keine Subsidien[1]). Nur eine Seite zeigte sich eifrig, dem Kaiser Hilfe anzubieten, nämlich der Rheinbund. Johann Philipp von Mainz ersah mit Begier eine Gelegenheit, den Bund als kriegführende Macht auftreten zu lassen, Frankreich, als Mitglied des Bundes, ergriff es als bequemes Mittel, vor der Welt als Streiter für den Glauben dazustehn. Schon im Sommer 1660 tauchte diese Idee auf; in Wien war man aber keineswegs entzückt davon, Fürst Portia nannte sie eine unleidliche Sache, nicht eine Hilfe, sondern eine Machination[2]).

Unter dem Eindrucke dieser gesamten Verhältnisse verflüchtigte sich die kriegerische Stimmung vom Sommer 1661. Man beschloß zwar, die Rüstungen fortzusetzen, aber man wollte doch noch einmal mit Verhandlungen versuchen, umsomehr, als der alte Großwesir Mohammed Köprili am 31. Oktober 1661 gestorben war und sein Sohn und Nachfolger Achmed Köprili dem Frieden geneigter schien[3]). Im April 1662 wurde der Hofkammersekretär Beris nach Konstantinopel entsendet, um zusammen mit dem kaiserlichen Residenten Reniger Verhandlungen anzuknüpfen. Die Pforte rüstete, aber sie wäre schließlich doch zu einem Abkommen bereit gewesen. Im Juni kam in der Tat mit Reniger ein Vertragsentwurf zustande, der an den kaiserlichen Hof nach Preßburg gesandt, hier gemäß den Wünschen der ungarischen Magnaten geändert und zurückgeschickt wurde. Auf Grund dessen legte die Pforte im August einen neuen Entwurf vor, den Reniger zu schleuniger Annahme empfahl. Nicht mit Unrecht. Sollte der Kaiser auch die Räumung der siebenbürgischen Festungen und die Schleifung von Serinvár zugestehen, so wurden ihm andrerseits die von den Türken schon halbbesetzten Komitate Szatmár und Szabolcz vollständig restituiert und als ungarisches Gebiet anerkannt, die Räumung Siebenbürgens von türkischen Truppen zugesichert, die Rückkehr der in den letzten Bewegungen aus dem Lande gewichenen Siebenbürger zugestanden, und Siebenbürgen die freie Wahl des Fürsten garantiert, allerdings unter der nicht ganz unzweideutigen Beschränkung, „sobald eine Änderung des Fürsten eintreten müsse".

1) Neben anderen zahlreichen Äußerungen vgl. besonders die Depesche Molins vom 21. Mai 1661, Venet. Dep., S. 632 ff. Vgl. Huber, S. 552 ff.

2) Venet. Depeschen, S. 456 f. 610. 649. 652 Anm. 2. Vgl. auch Erdmannsdörffer I, 366.

3) Für das Folgende vgl. Huber, S. 554 ff. Renigers Hauptrelation, S. 123 ff.



Hätte man in Wien sich rasch entschlossen, vielleicht wäre der Krieg vermieden worden. Allein man verlangte Änderungen, es ergaben sich Schwierigkeiten, hierüber und über die bedrohlichen Rüstungen der Pforte berichtete Reniger am 3. und 4. September. Und nun ließ man, obwohl Hof und Regierung den Frieden lebhaft wünschten, in unglaublicher Lässigkeit drei Monate verstreichen, ohne dem Residenten Antwort und Instruktion zu geben, ohne auch nur für die zunächst zu bereinigenden Vorfragen wegen Zugehörigkeit der Festung Székelyhid und der Hajducken einen Bevollmächtigten an den Generalissimus Ali Pascha zu senden [1]). Erst am 9. Jänner 1663 traf als solcher Freiherr von Goeß in Temesvar ein. Die Verhandlungen spitzten sich jetzt auf Székelyhid zu. Man bewilligte in Wien endlich im März die Schleifung Székelyhids unter der Bedingung, daß die Türken das von ihnen besetzte Kastell St. Job zerstörten. Aber als Reniger am 17. April dem Großwesir von diesem Zugeständnis Mitteilung machte, war es zu spät.

Die Pforte hatte seit 1661 nicht aufgehört zu rüsten. Nicht daß Achmed Köprili um jeden Preis den Krieg gewollt hätte, aber man machte sich für alle Fälle bereit. Das kriegerische Vorgehen der kaiserlichen Truppen in Siebenbürgen und Ungarn im Jahre 1661 und die Erbauung von Serinvár, dann das Zögern und die Langsamkeit bei den Verhandlungen von 1662 konnten den Eindruck hervorrufen, daß der Kaiser eigentlich den Krieg wolle und mit Absicht die Verhandlungen verschleppe. Vergebens schrieb der wackere Reniger, der vielleicht hier und da zu ängstlich war, aber die Lage im ganzen doch richtig beurteilte, Bericht auf Bericht. Und als nun die ersten Monate von 1663 vergingen, ohne daß die letzte Entscheidung von Wien aus erfolgte, ward von der Pforte der Krieg beschlossen. Am 12. April übergab der Sultan dem Großwesir die Fahne des Propheten, die Tataren wurden aufgeboten, an die Pascha von Asien, die schon am Bosporus standen, und an die von Griechenland erging der Befehl zur Vereinigung mit den Truppen Ali Paschas. Als Reniger am 17. April zum Großwesir kam, erklärte dieser: Jetzt kann ich nichts mehr von Traktaten hören, an der Grenze wollen wir weiterreden. Am 18. April 1663 wurde in Konstantinopel der Krieg gegen die Deutschen verkündet [2]).

1) Renigers Hauptrelation, S. 125ff.

2) Über die Feldzüge von 1663 und 1664 die Darstellung Montecuccolis Ausgew. Schriften II, 389ff., vgl. dazu die Bemerkung oben S. 214 Anm. 2. Mancherlei Relationen und Briefe bringt Brusoni, Le campagne dell' Ungheria degl' anni



Der Großwesir rückte von Adrianopel über Sofia nach Belgrad und hielt am 8. Juni seinen Einzug. Auch Ali Pascha führte seine Truppen — nur zur Besetzung Siebenbürgens ließ er einige zurück — der Hauptarmee zu. Ihre Gesamtstärke wurde aber doch nur auf 35 000 Mann geschätzt. Neben 5000 Janitscharen und ebensoviel Spahi enthielt sie auch minderwertige Elemente, die asiatische Reiterei war teilweise nur mit Säbel und Spieß bewaffnet und zählte Männer von 60 und 70 Jahren in ihren Reihen[1]). Auch Apafy erhielt die Aufforderung, sich mit dem Adel und dem Landesaufgebot dem Großwesir anzuschließen. Am 21. Juni setzte sich das türkische Heer von Belgrad aus in Bewegung. Der Marsch wurde durch heftige Regengüsse, welche die Wege in Sümpfe und Seen verwandelten, verzögert. Erst am 17. Juli kam der Großwesir in Ofen an. Hier verstärkte sich das Heer durch die Pascha der ungarischen Gebiete, durch 10 000 Tataren und durch die Zuzüge aus der Moldau und Walachei; seine Stärke betrug etwa zwischen 50- und 60 000 Mann.

Was man von kaiserlicher Seite entgegenzustellen hatte, war erschreckend wenig. So sehr hatte man in Wien auf die Erhaltung des Friedens gerechnet, daß man im Herbst 1662 viele Artillerieoffiziere verabschiedete, ja noch im März und April 1663 den Spaniern vier Regimenter überließ, die sich nun auf dem Marsch nach Italien befanden[2]). Da nun ein beträchtlicher Teil der vorhandenen Truppen nötig war, um die ungarischen und siebenbürgischen Festungen zu besetzen und Steiermark zu decken, blieben für die Operationen im Felde nicht einmal ganz 6000 Mann verfügbar. Es war zwar auch die ungarische Insurrektion

1663 e 1664 (Venetia 1669); eine Sammlung, die recht gut die damals gebräuchliche Berichterstattung halbamtlicher oder privater Korrespondenten veranschaulicht; vielerlei Einzeldaten, mancherlei Gerüchte und Irrtümer. Ferner die älteren Darstellungen bei Gualdo Priorato, Historia di Leopoldo Cesare (1670) und Wagner, Historia Leopoldi, 1. Bd.

1) Nach Berichten von Beris vom Juni aus Belgrad an Portia und den Kaiser (Wien Staatsarchiv, benutzt von Huber). Es ist irrig, wenn Hammer, Gesch. d. osman. Reiches VI, 108f. und nach ihm alle neueren Historiker den Großwesir bei Belgrad 121 600 Mann mustern lassen. Diese Zahl ergäbe sich nur, wenn man die 24 000 Diener, welche aber nur im Notfalle kämpften, ferner noch 62 000 Tataren, Moldauer, Walachen usw. dazurechnete, die aber in Wirklichkeit durchaus nicht in der angenommenen Stärke gekommen sind.

2) Am 8. März 1663 schreibt Portia an den Grafen Pötting nach Spanien, daß man jedenfalls trachte, die Verhandlungen mit den Türken abzuschließen, da die Franzosen- und Schwedengefahr zu groß sei! Privatbriefe Leopolds I, 6 Anm. 5.

aufgeboten worden, allein die Zahl der Erschienenen war nicht groß, und die wenigsten von ihnen zur Verwendung in einer Feldschlacht geeignet. Auch wenn Montecuccoli nicht ein so überaus vorsichtiger Heerführer gewesen wäre, hätte er es nicht wagen können, mit so geringer Macht dem weitüberlegenen Feinde offen entgegenzutreten [1]). Er nahm daher Stellung bei Ungarisch-Altenburg, wo er durch die ausgedehnten Sümpfe gegen einen Angriff geschützt war, die Donau als bequemes Verkehrsmittel zur Verfügung hatte und mit den Festungen Raab, Komorn und Neuhäusel in Verbindung blieb.

Das Vordringen der Türken mit einem stattlichen Heere, das die Fama schnell verdoppelte, verbreitete weithin Furcht und Schrecken, seit zwei Menschenaltern hatte man dies nicht mehr erlebt. In Wien wurden die Festungswerke verstärkt und die Bürger bewaffnet. „Täglich, ja stündlich nimmt die türkische Gefahr zu", schreibt Kaiser Leopold schon am 30. Mai, und am 28. Juni, als der Großwesir in Ofen stand: „Stündlich erwarten wir eine große Macht." Zahlreiche Bewohner Wiens verließen die Stadt, auch die Kaiserin-Mutter Eleonore mit dem jungen Erzherzog Karl Josef und zwei Prinzessinnen eilte nach Linz. Der Kaiser blieb in Wien, „daß ich alsdann hier freier sei, dasjenige vorzunehmen, so selbe Zeit und die Not uns an die Hand geben werden" [2]). Aber auch im Reiche erscholl allenthalben der Ruf von der Türkennot, die Türkenglocke wurde geläutet, bei deren Ton jeder ein Vaterunser beten sollte. Flugschriften und „Zeitungen" schilderten die Greuel „der türkischen Bluthunde" und brachten alle möglichen und unmöglichen Vorschläge zur Abwehr der Gefahr. Eine allgemeine Kampfesstimmung wider den Erbfeind der Christenheit erhob sich [3]).

Für dieses Mal hatte der Großwesir wohl kaum einen Zug vor Wien geplant, sondern die Eroberung einer der Grenzfestungen [4]). Er beschloß den Angriff auf Neuhäusel (Ersek-Ujvár), dessen Bezwingung leichter erschien als die des starken Raab oder des wasserumspülten

1) Montecuccolis Ausgew. Schriften II, 392 ff.

2) Privatbriefe K. Leopolds I, 15. 18. Berichte des venetianischen Gesandten Sagredo (im Wiener Staatsarchiv, benutzt von Huber) vom 3. Juni, 8. Juli, 5. August, der aber sehr übertreibt, wenn er behauptet, daß 30000 Menschen (in der Finalrelation spricht er gar von 70000, Fontes rer. Austr. II 27, 104) Wien verlassen hätten.

3) Vgl. Erdmannsdörffer I, 361 f., Zwiedineck-Südenhorst I, 234 ff. 240.

4) Am 10. Juli schreibt Reniger, der mit Beris und Baron Goeß im Lager des Großwesirs bleiben mußte, an den Kaiser, man erwarte einen Angriff auf Raab oder Komorn.

Komorn. Er ließ daher bei Gran eine Brücke über die Donau schlagen, um sein Heer auf das nördliche Ufer zu führen. Graf Adam Forgách, Kommandant von Neuhäusel, wollte diese Absicht der Feinde vereiteln und unternahm in der Nacht vom 6. auf den 7. August mit einem Teile seiner Besatzung und mit der ungarischen adeligen Insurrektion einen Überfall auf die Türken bei Párkány, da man nach irrigen Meldungen annahm, es hätten nur etwa 3000 Türken die Donau übersetzt. Aber als der Tag anbrach, sah man eine weit größere Zahl von Feinden vor sich, ein Rückzug war unmöglich, in dem ungleichen Kampfe wurden die christlichen Truppen von der Übermacht umzingelt und vernichtend geschlagen. Von den Gefangenen ließ der Großwesir mehrere Hundert niedersäbeln und mit Messern „abschlachten wie Kälber oder Schweine". Forgách gelang es mit Mühe, den Rest seiner Truppen nach Neuhäusel zu retten[1]).

Diese schlimme Schlappe verbreitete großen Schrecken. Von der ganzen ungarischen Insurrektion kamen jetzt nur mehr Mannschaften der nordöstlichen Komitate. Die evangelischen Adeligen wollten nichts davon wissen, weil sie sie nicht beschlossen hätten. Auf dem noch einmal verlängerten Termin ist dann überhaupt kein Mann mehr erschienen. Auch die Besatzung von Neuhäusel hatte durch die Verluste bei Párkány schwere Einbuße erlitten. Doch konnte, da die türkische Armee langsam vorrückte und erst am 15. August vor Neuhäusel erschien, Montecuccoli vorher noch eine Verstärkung in die Feste werfen. Am 17. August begann die Belagerung, ein französischer Ingenieur leitete die Arbeiten[2]). Die Festung war stark, die Besatzung nicht groß, aber tapfer und zu energischer Gegenwehr entschlossen. Mehrere Stürme schlug sie mit Erfolg zurück, auch nachdem die Werke durch das fürchterliche Feuer zusammengeschossen waren. Aber als der Pulvervorrat zu Ende ging, die Kanoniere gefallen waren und keine Hoffnung auf Entsatz sich zeigte, da verloren die Belagerten den Mut. Die eigenen Truppen zwangen den Grafen Forgách und den Oberst Marchese Pio zur Kapitulation. Am

1) Kraus, Fontes I 4, 332 ff., der über den Feldzug eingehende, freilich in den Zahlen und im Detail nicht immer verläßliche Nachrichten bringt.

2) Dies ergibt ein Brief Portias, Privatbriefe K. Leopolds I, 23 Anm. 2, vgl. auch S. 21. — Kraus, S. 338, gibt eine Aufzählung der türkischen Streitkräfte vor Neuhäusel, die Summe macht aber nicht, wie es bei Kraus heißt, 71 677, sondern 51 100. Bei Brusoni, S. 16 ff., Berichte über Belagerung und Fall Neuhäusels, S. 21, Bericht Forgáchs an den Kaiser.

26. September wurde Neuhäusel unter ehrenvollen Bedingungen übergeben, die Besatzung, nur noch 2472 Mann, konnte nach Komorn abziehen. Jetzt fielen auch kleinere Festen der Nachbarschaft, wie Neutra, Leva, Neograd und andere in die Hände der Türken; nur Schintau hielt sich wacker.

Montecuccoli hatte mit seinen geringen Truppen keinen Versuch gewagt, Neuhäusel zu entsetzen. Er ging zwar über die Donau und lagerte bei Lanschitz (Cseklész), vermochte aber nicht einmal die Waaglinie genügend zu decken. So konnte es geschehen, daß ein großes Streifkorps von Tataren anfangs September ohne Schwierigkeit über die Waag setzte. Sie durchschwärmten die ganze Ebene bis gegen Preßburg und streiften dann sengend und brennend über die March in das unbeschützte Mähren, bis Nikolsburg, ja bis Brünn und Mährisch-Ostrau. Tausende von armen Bewohnern des flachen Landes wurden niedergemacht oder fortgeschleppt. „Alles ist voll Furcht und Confusion und alles in der Flucht, daß man keinen Menschen aufbringen kann zur Gegenwehr", schreibt Fürst Portia am 6. September in Wien[1]). General Sporck, den Montecuccoli erst am 27. September gegen diese Horden sandte, konnte sie nicht mehr erreichen.

Während die fast überängstliche Vorsicht Montecuccolis sich so ganz in der Defensive hielt, hatte der kühne und impulsive Nikolaus Zrinyi an andern Punkten doch einzelne Erfolge errungen. Mitte Juni hatte er einen Angriff des Pascha von Kanizsa auf Serinvár glücklich zurückgeschlagen, führte dann einige tausend Ungarn und Kroaten dem Hauptheere zu, übernahm die Verteidigung der Insel Schütt und machte mit dem Kommandanten von Komorn, Grafen Puchheim, mehrere beutereiche Streifzüge gegen die Türken. Sein Bruder Peter wehrte im Oktober bei Karlstadt einen Einfall des Pascha von Bosnien ab[2]) und Nikolaus selber schlug am 27. November an der Mur bei Czakaturn eine weit überlegene Schar Tataren und Türken mit schwersten Verlusten zurück.

Freilich hätte trotz alledem Achmed Köprili seinen Feldzug wohl erfolgreich fortsetzen können. Aber wenn er auch den in sein Lager entbotenen Fürsten von Siebenbürgen Michael Apafy einen Aufruf erlassen hieß, worin dieser alle Ungarn aufforderte, sich unter seiner Vermittlung dem Sultan zu unterwerfen[3]), so begnügte er sich doch mit der Er-

1) Privatbriefe K. Leopolds I, 23 Anm. 2.
2) Auch K. Leopold erwähnt diese Affäre rühmend an Pötting. Privatbriefe I, 28.
3) Feßler-Klein IV, 311.



oberung Neuhäusels und begann im November seine Truppen in die Winterquartiere zu legen. Er selbst begab sich nach Belgrad. Auf beiden Seiten wollte man energische Fortsetzung des Krieges. Immerhin jedoch waren während des ganzen Feldzuges von 1663 Friedensverhandlungen nebenhergegangen und wurden auch jetzt nicht fallengelassen [1]). Die Türken spannten mit ihren wachsenden Erfolgen ihre Forderungen immer höher, verlangten die Belassung der eroberten Festungen und einen Tribut, oder als dieser für unannehmbar bezeichnet wurde, ein „Geschenk" im Werte von 200 000 Talern. Auf dieser Basis sollte im April 1664 durch Reniger verhandelt werden.

Aber inzwischen hatten die Rüstungen ihren Lauf und kriegerische Aktionen erneuten Anfang genommen. In Österreich war Ende Februar 1664 das Heer auf 21 Infanterieregimenter in der Stärke von mehr als 36 000 Mann zu Fuß und 15 000 schwere und leichte Reiter gebracht. Da die ungarische Insurrektion im letzten Jahre nur so mangelhaft zustandegekommen war und sich für den regulären Dienst nicht sehr verwendbar gezeigt hatte, schloß man jetzt Verträge mit einzelnen Magnaten, welche Husaren und Hajducken warben, sie anführten, aber vom Kaiser besoldet wurden. Franz Nádasdy, Nikolaus Zrinyi, Adam Batthyány und Nikolaus Bercsenyi haben sich da eifrig betätigt [2]). In den Grenzprovinzen, besonders in Mähren, bereitete man das Aufgebot der Landwehr und die Sicherung der Pässe vor.

Der Türkenschreck von 1663 und der Verlust einer starken Festung hatte ferner die Folge, daß nun endlich auch die auswärtigen Mächte sich zu werktätiger Hilfe entschlossen. Papst Alexander VII. gestattete die Erhebung einer Kriegssteuer von den Kirchengütern und schickte selbst bedeutende Subsidien. Ähnlich andere italienische Staaten. Auch Spanien sandte eine beträchtliche Summe [3]). Aus dem Reiche kamen nicht Gelder,

1) Vgl. Renigers Hauptrelation, S. 131 ff., Huber, S. 575 ff.

2) Acsády, S. 183; wie groß effektiv diese Streitkräfte waren, läßt sich nicht sagen. Der Palatin Wesselényi bemühte sich um die adelige Insurrektion, es gab Konflikte mit dem Hof wegen des Oberbefehls. Die Insurrektion sammelte sich im September, als alles schon vorüber war.

3) Leopold betont in seinen Briefen an Pötting immer wieder die Notwendigkeit von Subsidien. Spanien sandte im Oktober 1663 50 000 Taler, Privatbriefe I, 28. Der venetianische Gesandte Sagredo meldet am 7. März 1664, daß vom Papste 100 000, von Spanien 300 000 Taler gekommen seien, und am 13. Juli, daß der Nuntius Kardinal Caraffa in wiederholten Raten dem Kaiser im ganzen 600 000 Taler angewiesen habe.



aber Truppen. Gerade wegen der Türkengefahr hatte sich der Kaiser genötigt gesehen, was man in Wien sonst gerne vermied, den deutschen Reichstag einzuberufen [1]). Er war schon auf den 8. Juni 1662 nach Regensburg angesetzt gewesen, wurde aber erst am 20. Jänner 1663 durch den Erzbischof von Salzburg als kaiserlichen Prinzipal-Kommissär eröffnet. Die Verhandlungen über die Türkenhilfe gingen nur äußerst stockend vonstatten, sie wurden verquickt mit der Hilfe der Fürsten des Rheinbundes, mit dem der Kaiser notgedrungen wie mit einer Macht traktieren mußte. Noch widerwärtiger war es dem Kaiser, daß er die fast aufgedrungene Hilfe Frankreichs anzunehmen sich gezwungen sah. Alles unter beengenden Bedingungen. Als dann im Dezember 1663 Leopold selber nach Regensburg kam, bewilligte der Reichstag endlich im Februar 1664 als Türkenhilfe das Triplum, das heißt, das Dreifache der in der Reichsmatrikel festgesetzten Heeresstärke. Da die vom Kaiser für seine eigenen Länder zu stellenden Truppen, sowie die Truppen des Rheinbundes abgerechnet wurden, betrug die beschlossene Truppenzahl 21000 Mann. Weil jedoch einzelne Fürsten dann eigene Kontingente, andere aber gar nichts stellten, zählten die Reichstruppen, die sich unter dem Reichsfeldmarschall Markgrafen Leopold Wilhelm von Baden endlich im Mai und Juni 1664 zuerst in Ungarisch-Altenburg und dann in Ödenburg sammelten, höchstens 15000 Mann [2]).

Vorher hatten jedoch einige deutsche Fürsten freiwillig eigene Hilfstruppen entsendet. Im Juni 1663 war Lisola an den Kurfürsten von Brandenburg geschickt worden, um ihn zu einer wirksamen Unterstützung zu bewegen [3]). Es gelang Lisolas Gewandtheit, am 23. August eine Konvention abzuschließen, nach welcher Brandenburg 2000 Mann zu stellen sich verpflichtete; nach weiteren Verhandlungen erhielt der Kaiser

1) Vgl. für das Folgende Erdmannsdörffer I, 360 ff., Zwiedineck-Südenhorst I, 238 ff., H. Forst in Mitteil. des Instituts Ergbd. VI, 634 ff. Adolf v. Schempp, Der Feldzug 1664 in Ungarn (Darstellungen aus der württemberg. Geschichte 3. Bd. 1909), S. 15 ff. Die Arbeit von Schempp bietet jetzt die eingehendste Darstellung des Krieges von 1664. Die Arbeit von M. v. Angeli, Der Friede von Vasvár, Mitteil. des Kriegsarchivs (1877) II, 1 ff berührt auch manche Ereignisse des Feldzugs.

2) Schempp, S. 34—66, gibt ein anschauliches Bild der Rüstung und Mobilisierung der schwäbischen Kreistruppen und des württembergischen Kontingents — ein Bild der äußerst mangelhaften Organisation und all der persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten.

3) Pribram, Lisola, S. 244 ff. Urk. u. Aktenstücke XIV, 134 ff.; XI, 294 ff.



die freie Verfügung über die Reiterei, sowie den Marsch des Fußvolks nach Ungarn zugestanden. Die Truppen traten bereits im September unter dem Befehl des Herzogs August von Holstein den Marsch an und wurden dann dem an der mährisch-ungarischen Grenze stehenden Korps de Souches zugeteilt. Die Brandenburger haben sich mit Bravour geschlagen, aber die Verhandlungen trugen eher zu einer Entfremdung des Wiener und Berliner Hofes bei, denn die kaiserliche Regierung konnte sich nicht aufraffen, dem Rate Lisolas zu folgen und die Bereitwilligkeit Friedrich Wilhelms durch ein Entgegenkommen in der Jägerndorfer Frage anzuerkennen.

Im Spätherbst 1663 sandte auch Kurfürst Georg von Sachsen ein frisch angeworbenes Regiment zur kaiserlichen Armee, ebenso ließen der Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern und der Erzbischof von Salzburg besondere Kontingente marschieren. Um dieselbe Zeit setzte sich die Sonderarmee des Rheinbundes, ein Korps von 7000 Mann, unter dem Befehl des Grafen Wolfgang Julius von Hohenlohe-Gleichen in Bewegung, ihm folgte, nominell auch als Rheinbundstruppe, das französische Hilfskorps von 6000 Mann unter dem Grafen von Coligny. Dieses ganze Rheinbundheer wurde an die steirisch-ungarische Grenze dirigiert, ebenso eine Abteilung französischer Reiterei, die aus Oberitalien kam.

Gerade die Rheinbundtruppen unter Hohenlohe, die im Dezember 1663 in Steiermark anlangten, eröffneten den Feldzug des Jahres 1664. Nikolaus Zrinyi, der feurige ungarische Held, voll Verachtung für die Langsamkeit methodischer Kriegsführung, brannte darauf, durch eine schnelle, überraschende Unternehmung den Türken möglichsten Schaden zu tun, den Feldzug wirksam vorzubereiten und ruhmvoll zu eröffnen [1]). Mit dem Korps Hohenlohe (7000 Mann) und einer Abteilung kaiserlicher und bayrischer Truppen, mit seinen 9000 Kroaten und Ungarn, im ganzen bei 20000 Mann, übersetzte Zrinyi am 20. Jänner 1664 die Mur, nahm in den nächsten Tagen stürmend die kleinen Festen Berzencze (Bresnitz), Babocsa und Barcs und am 29. Januar die Stadt Fünfkirchen. Während Hohenlohe mit dem Fußvolk hier blieb, um das Kastell, in das sich die Türken zurückzogen, zu belagern, unternahm Zrinyi mit der Reiterei einen verwüstenden Streifzug bis nach Essegg und zerstörte die große, über die Drau und die vorliegenden Sümpfe führende

1) Über den Zug Zrinyis berichtet ausführlich G. Kraus in Fontes I 4, 376 ff. Vgl. Acsády, S. 184 ff. Schempp, S. 69 ff. Die Truppenzahlen werden verschieden angegeben. Acsády spricht von 8000 Ungarn und 5000 Kroaten, wohl ebenso zu viel, wie der Ansatz von 10000 Mann Rheinbundtruppen.

Brücke[1]). Am 5. Februar war er wieder in Fünfkirchen. Das tapfer verteidigte Kastell konnte ohne schweres Geschütz nicht bezwungen werden, so kehrten Zrinyi und Hohenlohe, nachdem noch Segesd genommen worden, am 15. Februar nach Serinvár zurück. Eine blendende Aktion und reich an Beute[2]). Allein die schlimme Jahreszeit hatte die Truppen sehr hart mitgenommen und der militärische Gewinn wog die Verluste durchaus nicht auf. Denn die zerstörte Esseger Brücke war bis Mitte April von den Türken wiederhergestellt, und früher wären sie auf keinen Fall ins Feld gezogen, da sie mit ihren Pferden und Kamelen auf das frische Futter angewiesen waren. Allerdings aber hatte die Ausplünderung und Verwüstung des Landes die Folge, daß die Verpflegung des türkischen Heeres bei seinem späteren Vorrücken erschwert war und der Marsch wiederholt verzögert wurde.

Für den Feldzug selber hatte Montecuccoli schon im Oktober 1663 beantragt, daß der Großteil der Truppen, etwa 50000 Mann, an der Donau vereinigt werden und so bald als möglich Gran und dann Ofen belagern sollte. Allein die Berater des Kaisers in Regensburg, die schon Zrinyis Unternehmen begünstigt hatten, setzten im März einen andern Feldzugsplan durch, der wohl auch von ungarischer Seite her beeinflußt war, da er auch Oberungarn einbezog, worauf der Palatin Wesselényi drang, und da man mit dem angeblich schlechten Stand der türkischen Grenzfeste Kanizsa rechnete und durch eine schnelle Einnahme dieser Hauptfeste die Reichsstände zu „eilender Hilfe“ anzuspornen hoffte[3]). Darnach sollten drei Korps aufgestellt werden. Das Zentrum unter Montecuccoli, 28800 Mann, der Kern der kaiserlichen Truppen, verstärkt durch die noch zu werbenden ungarischen Regimenter und die auch erst zu gewärtigende Reichsarmee, hatte längs der Donau vorzurücken. Auf dem linken Flügel sollte de Souches mit Kaiserlichen, Brandenburgern und Sachsen, zusammen 8500 Mann, von der Waaglinie aus

1) Ein Grundriß der Brücke bei Montecuccoli, Ausgew. Schriften II, Tafel 10, Figur 65.

2) K. Leopold rühmt am 28. Februar in einem Briefe an Pötting Zrinyis Erfolge. Zrinyi wurde dann vom König von Spanien durch Verleihung des Goldenen Vließes ausgezeichnet. Privatbriefe Leopolds I, 45. 55. Gegenüber dem überschwenglichen Lobe Acsádys vgl. das nüchterne und unbefangene Urteil bei Schempp.

3) An den Beratungen in Regensburg nahm auch Montecuccoli teil, der vom 22. März bis 11. April daselbst weilte und Tagebuch führte. Ausgew. Schriften IV, 109 ff. Nach den schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre verlangte er gewisse sachliche und persönliche Bürgschaften, wenn er den Oberbefehl übernehmen sollte. Ebenda S. 126 ff.

Oberungarn decken, die 1663 verlorenen kleineren Festungen wieder erobern, sich Kaschaus versichern und gegen Apafy Scheinbewegungen machen. Das dritte Korps, 7500 Kaiserliche unter General Graf Strozzi, die Rheinbundtruppen und Bayern, zusammen 16 900 Mann, sowie Ungarn, Kroaten und Grenzer, etwa 7000, unter Zrinyi und Batthyany, hatten gegen Kanizsa vorzugehen.

Schon anfangs April 1664 überschritt de Souches mit dem linken Flügel die Waag und stand am 15. April vor Neutra. Als das schwere Geschütz nachkam, griff er die Feste an, sie ergab sich am 3. Mai [1]. Er rückte weiter gegen Leva (Lewencz), wagte aber wegen zu geringer Zahl seiner Infanterie keine Belagerung und wich auch vor dem heranahenden Pascha von Großwardein längs der Gran in das Gebirge zurück. Als ihn aber der Pascha bei Szent Kereszt (Heiligkreuz), südlich von Kremnitz, allzu hitzig verfolgte, schlug ihn de Souches am 16. Mai. Diesen glücklichen Erfolgen fügte er, vereint mit einem Korps unter Heister, am 7. Juni die Eroberung von Leva hinzu. Nach diesen bösen Schlappen befahl der Großwesir den Pascha und Kommandanten von Temesvar, Ofen, Erlau und Neuhäusel, sowie dem walachischen Fürsten Ghika, denen er noch vom eigenen Heere Verstärkungen hinzufügte, die Wiedereroberung von Leva. Aber Hauptmann Neumuth verteidigte die Feste mit ebensoviel Tapferkeit als Erfolg, so daß de Souches, von Montecuccoli unterstützt, ein Entsatzheer von 10- bis 12 000 Mann konzentrieren konnte [2]. Bei seinem Anmarsch griff er die doppelt so starken Türken am 19. Juli am linken Ufer der Gran nördlich von Lewencz bei St. Benedikt mutig an und schlug sie in blutiger Schlacht gänzlich. Neben den Kaiserlichen und den wenigen Ungarn hatten sich die Sachsen und Brandenburger besonders ausgezeichnet: „sie haben mit unglaublicher Resolution gefochten", sagt de Souches in seinem Berichte. Über 6000 Türken wurden niedergemacht, das ganze Geschütz und Gepäck fiel in die Hand der Sieger; „es war eine rechte Schlacht" [3]. De Souches

1) Das Datum gesichert durch K. Leopolds Brief an Pötting vom 7. Mai Privatbriefe I, 54.

2) De Souches richtet am 14. Juli an die Stände des Komitates Neograd einen, Aufruf zu eiligstem freiwilligen Zuzug, da bei ihm nur einige wenige Ungarn unter Stefan Kobary seien. Der Palatin schreibt am 19. Juli, sie sollen 200 gute Fußknechte schicken. Törtenelmi Tár X, 154. 156.

3) Relation von de Souches vom 20. Juli in italienischer Übersetzung bei Brusoni, S. 109, deutsch bei Rinkh, Leben Leopolds, S. 508. K. Leopold an Pötting am 23. Juli, Privatbriefe I, 61.



verfolgte die Türken bis an die Donau, eroberte am 1. August das befestigte Párkány und zerstörte die im Vorjahre erbaute Schiffbrücke des Feindes.

Der linke Flügel hatte seine Aufgabe glänzend gelöst. Aber freilich kam es mehr auf die Erfolge gegen die türkische Hauptarmee an, und hier verliefen die Dinge zunächst nicht so günstig [1]).

Die Armee des rechten Flügels hatte erst am 28. April sich vor Kanizsa vereinigt und die Belagerung begonnen. Diese war allerdings „ein härtere Nuß", daß Kanizsa nicht einfach überrumpelt werden könne, hatte dann auch Zrinyi eingesehen. Die Festung umgaben auf allen Seiten tiefe Sümpfe, die Besatzung war besser verproviantiert, als man geglaubt hatte, sie machte heftige Ausfälle. Das Geschütz der Belagerer reichte nicht aus; sie konnten während des ganzen Mai keine wesentlichen Fortschritte verzeichnen. Das dreifache Kommando (Hohenlohe, Strozzi, Zrinyi) ergab Reibungen und Hemmungen. Da zog der Großwesir mit seinem Heere zum Entsatz heran. Achmed Köprili hatte nur sehr langsam seine Truppen gesammelt. Am 17. April waren in Semlin kaum 4000 Mann um ihn, erst im Mai kamen Nachschübe von Janitscharen, Spahis und Albanesen, am 20. Mai brach er mit 15 000 Mann von Mohacs gegen Kanizsa auf [2]). Auf christlicher Seite überschätzte man seine Stärke bedeutend und meinte, daß 40 000 Türken heranzögen [3]). Erschreckt beschlossen die Heerführer, die Belagerung von Kanizsa aufzuheben. Mit Zurücklassung beträchtlichen Kriegsmaterials zog die Armee in der Nacht vom 1. auf den 2. Juni in südwestlicher Richtung gegen Serinvár ab, besetzte diese am linken Murufer, nahe der Mündung der Mur in die Drau gelegene Feste, mußte aber mit dem Gros auf dem ungeschützten rechten Murufer Stellung nehmen, während die Türken nachrückten und auf den waldigen Höhen am linken Ufer lagerten.

So war der rechte Flügel, auf den der Feldzugsplan sichtlich ein Hauptgewicht gelegt hatte, demoralisiert, beiseite geschoben, und einem

1) Vgl. hierfür Acsády, S. 188ff., Schempp, S. 77ff.

2) Berichte Renigers, im Wiener Staatsarchiv, noch von Huber benutzt.

3) Sowohl K. Leopold (Privatbriefe I, 57) als Sagredo bringen gegen Mitte Juni diese Angabe. Vgl auch Montecuccoli, Ausgew. Schriften II, 415. Sagredo berichtet ferner, daß außerdem noch 6000 Tataren dabei gewesen seien; der Beschluß des Rückzugs sei auf Drängen Hohenlohes erfolgt, dem Zrinyi beistimmte, während Strozzi, obwohl verwundet, sich widersetzte. Nach ungarischen Berichten sei dann doch Strozzi fortgezogen, worauf die ungarischen Magnaten ebenso abzogen. Acsády, S. 190.

raschen, energischen Vormarsch der Türken in der Richtung gegen Wien hätte augenblicklich kein ausgiebiger Widerstand entgegengesetzt werden können. Denn die ohnehin noch nicht komplette Donauarmee hatte inzwischen noch Truppen an die beiden Flügel abgeben müssen, so daß Ende Mai nur 18000 Mann bei Ungarisch-Altenburg standen. Der Großwesir habe, so erzählte man, schon in Belgrad schwere Geschütze zur Belagerung Wiens gießen lassen [1]). Allein Achmed Köprili fühlte sich hierzu doch, wie es scheint, nicht stark genug. Er wandte sich lieber gegen die Südarmee und beschloß, die verhaßte Zrinyiburg zu nehmen, die ja eigentlich nur ein altes Schloß mit Pallisaden, Verhauen und den 1661 neu angelegten Schanzen war, und die er leicht zu überwältigen hoffen mochte [2]).

Schon auf die Nachricht vom Anmarsch der Türken gegen Kanizsa hatte man in Wien Maßregeln ins Auge gefaßt, die der neuen Situation Rechnung trugen. Die langwierige Belagerung Kanizsas hatte die türkische Macht an sich gezogen, der Hauptkriegsschauplatz verschob sich an die Drau und Mur, in ressourcenarme, für die Märsche schwierige Gegenden, weitab von der Donau, an der als bester Verpflegsbasis nach dem ursprünglichen Feldzugsplan die christliche Hauptarmee hätte operieren sollen [3]). Nunmehr erging am 1. Juni der kaiserliche Befehl, daß „unsere und des Reichs völlige Armada" zur Südarmee kommandiert werde und Montecuccoli den Oberbefehl zu übernehmen habe. Die Reichstruppen, deren Vorhut bei Wien eingetroffen war, und die Franzosen sollten ihm nachfolgen. Am 15. Juni traf Montecuccoli im Lager bei Serinvár ein. Inzwischen waren mehrfache Stürme der Türken auf Serinvár und Versuche, die Mur zu überschreiten, zurückgewiesen worden, so daß der Großwesir sich zu einer regelrechten Belagerung entschließen mußte. Zrinyi drang darauf, die Türken mit ganzer Macht anzugreifen, allein es erschien Montecuccoli und dem Kriegsrate zu gefährlich, im Angesicht des Feindes, der die Höhen links der Mur beherrschte, den Fluß zu überschreiten. So mußte man freilich Serinvár preisgeben, es

1) Reniger berichtete am 25. Februar, die Türken hofften Preßburg zu nehmen oder nach Wien zu kommen.

2) Ein Plan Serinvárs und der ganzen Belagerung bei Montecuccoli, Ausgew. Schriften, 2. Bd., Tafel 8, darnach bei Acsády, S. 192. Die ebenda aus Ortelius redivivus gegebene Ansicht Serinvárs ist ein Phantasiegebilde.

3) Diese Momente wurden von Schempp, S. 78, treffend hervorgehoben. Für das Folgende Schempp, S. 94 ff.



wurde von den Türken endlich am 30. Juni erstürmt. Zrinyi war aufs tiefste ergrimmt, beschuldigte Montecuccoli heftiger als je des tatenlosen Zuwartens und sogar absichtlicher Untätigkeit und verließ schon am 29. Juni das Heer [1]).

Der beste Bundesgenosse der christlichen Alliierten in diesem Kriege wurde die Unfähigkeit der feindlichen Heeresleitung und die Langsamkeit der türkischen Armee, die teilweise wohl in der Schwierigkeit der Verpflegung ihren Grund hatte. Nachdem der Großwesir Serinvár in die Luft gesprengt, brach er erst am 12. Juli auf, verlor mehrere Tage mit der überflüssigen Belagerung der kleinen Feste Kis Komarom (Klein-Komorn), nordöstlich Kanizsa, und setzte sich dann wieder gegen Nordwesten in Bewegung, wahrscheinlich, um über Steinamanger verwüstend vorzudringen [2]). Am 26. Juli stand er am rechten Ufer der Raab gegenüber Körmend. Nachdem sich die Richtung des türkischen Zuges entschieden, erstrebte Montecuccoli die Vereinigung mit den Reichstruppen, die bis Fürstenfeld und Radkersburg gekommen waren, und mit den Franzosen, die zum größern Teil ebenfalls längs der steirisch-ungarischen Grenze anmarschierten [3]). Dies gelang glücklich bis zu den letzten Tagen des Juli. Es war die Absicht Montecuccolis, dem Feind an der Raab zuvorzukommen, ihn zum Stehen zu bringen und es auf eine Schlacht ankommen zu lassen. Auf die Nachricht von dem Vorrücken der Türken an der Raab eilte Montecuccoli mit der kaiserlichen Reiterei voraus und kam gerade recht, um den Türken bei Körmend den Übergang über die Raab zu wehren. Nun zog der Großwesir am rechten Ufer der Raab aufwärts, während das gesamte christliche Heer sich endlich am linken

1) Ein Tagebuch aus dem Feld vom 20. Juni bis 5. Juli, hg. von Fraknoi in Történ. Tár XXII, 270 ff. — Montecuccoli II, 417 schildert Serinvár als einen ganz unzulänglich befestigten Platz, den so lange zu halten und zu verteidigen eigentlich gar nicht der Mühe wert gewesen sei. Dies mag wohl richtig sein, aber es ist klar, daß für Zrinyi die Rettung des Platzes eine Ehrensache war. Die wesentliche Frage ist nicht, ob Serinvár zu halten, sondern ob ein Gesamtangriff und eine Schlacht mit Erfolg zu wagen war. Und dies läßt sich heute kaum mehr entscheiden. Vgl. das Urteil von Angeli, S. 7 Anm. 3. K. Leopolds Bemerkung: mir ist leid, nit um das Ort (Serinvár), so ein bicocca ist, sondern um so viel tapfere Soldaten, so darin sitzen blieben (Privatbriefe I, 60 zum 9. Juli), spiegelt die Auffassung Montecuccolis wieder.

2) Ein Überläufer sagte später aus, der Großwesir habe Österreich bis unter die Mauern von Wien verwüsten wollen. Sagredos Bericht vom 5. August. Ähnlich Reniger am 1. August.

3) Am 30 Juni standen sie zu Pinkafeld, südwestl. Friedberg, wo sie Kaiser Leopold musterte. Schenckhel, Lebensdiarium Leopolds I.

Ufer vereinigte. Am 30. Juli standen sich die Armeen bei St. Gotthard, das am rechten Raabufer liegt, gegenüber.

Die ganze christliche Streitmacht zählte nur 25000 Mann, darunter 5200 Franzosen[1]). Die Truppen hatten durch die bisherigen Kämpfe, namentlich aber auch durch Entbehrungen infolge mangelhafter Verpflegung, und durch Krankheiten, die in den Sümpfen der Murinsel ausgebrochen waren, beträchtliche Verluste erlitten. So war z. B. das Korps Hohenlohe schon im Juni auf 1000 Mann zu Fuß und 400 kampffähige Reiter zusammengeschmolzen. Das Heer Achmed Köprilis aber belief sich jetzt sicherlich auf 50000 Mann Kerntruppen[2]). Man war zur Schlacht bereit, die auch schon deshalb unaufschiebbar geworden, weil die Verproviantierung der Truppen die größten Schwierigkeiten bereitete; die nächstliegenden Magazine von Fürstenfeld reichten kaum für einen Tag, und nicht einmal Brot konnte in genügender Menge beigeschafft werden.

Das Heer war in der von Montecuccoli am 30. Juli für die nächsten Tage befohlenen Marschordnung aufgestellt: so bildeten nun in langgestreckter Linie den starken rechten Flügel die kaiserlichen Regimenter, vor ihnen waren die Geschütze postiert; im Zentrum standen die Reichstruppen unter dem Markgrafen von Baden, den, weil er unpaß war, zuerst Graf Georg Friedrich von Waldeck vertrat; neben ihnen die Truppen des Rheinbundes unter Hohenlohe und dem Freiherrn von Leyen; den linken Flügel nahmen die Franzosen unter Coligny ein. Den schwächsten und buntest zusammengesetzten Teil der Armee in die Mitte zu nehmen, war wohl begründet, und mit Unrecht haben sich dann verschiedene Herren der Reichs- und Bundesvölker über Montecuccoli beklagt, er habe sie zur Schlachtbank geliefert. Vor der Aufstellung der Reichsarmee machte die Raab einen starken Bogen nach Süden; das von ihm umschlossene Terrain war eine Au mit Bäumen und Buschwerk, an seinem östlichen Beginn lag der Ort Mogersdorf[3]). Etwas weiter ab-

1) Nach der Berechnung von Schempp, S. 149, für den 1. August: 10900 Kaiserliche, Reichstruppen 7400, deutsche Rheinbundtruppen 900, Franzosen 5250.

2) Nach den Berichten Sagredos vom 20. Juli und 5. August. Die Annahme von 120- oder 130000 Mann (Zwiedineck I, 247. 250) stimmt nur, wenn die militärisch minderwertigen Hilfsscharen und der Troß mit eingerechnet werden. Vgl. auch H. Forst in Mitteil. d. Instituts Ergbd. VI, 644 ff. mit genaueren Nachrichten über die Teilnahme der Reichs- und Allianztruppen.

3) Vgl. Schempp, S. 139; daselbst S. 143 ff. über die Schlacht; mit Skizzen als Beilage. Frühere Darstellungen der Schlacht u. a. bei Erdmannsdörffer I,



wärts der Raab an deren südlichem Ufer lag das Kloster St. Gotthard, das mit einer leichten Verschanzung umgeben war. Westlich von St. Gotthard zog sich teils in der Talsohle, teils auf den Höhen längs der Raab das Lager der Türken hin. Die Raab, 10 bis 15 Schritte breit, war von zwar nicht hohen, aber steilen und lehmigen Ufern begleitet.

Schon im Laufe des 31. Juli suchten Janitscharen an dem Bogen der Raab Fuß zu fassen und stellten an der Südspitze Geschütze auf, die sie in der folgenden Nacht noch verstärkten. In dieser Nacht setzten sie auch an eben diesen Stellen über die Raab und gruben sich unbemerkt ein. Auf christlicher Seite hielt man dies alles für Scheinmanöver, man hielt es für ausgeschlossen, daß der Feind es wagen könnte, über den Fluß zu setzen und das Zentrum der Stellung anzugreifen, man meinte, er werde vielmehr weiter aufwärts an einer viel seichteren Furt den Übergang versuchen. Ja selbst, als am frühen Morgen des 1. August noch mehr Janitscharen nachrückten und durch ihr, wie der Geschütze Feuer die Vorposten der Reichsarmee auf Mogersdorf zurückdrängten, legten der Markgraf von Baden und auch Montecuccoli kein weiteres Gewicht darauf. Allein es folgten immer mehr Janitscharen und Spahis, sie drangen bis gegen Mogersdorf vor und stießen hier nun auf die entgegenrückenden Reichstruppen.

Diese waren endlich, spät genug, etwa zwischen 6 und 7 Uhr alarmiert worden, und ihre Regimenter rückten nun so wie sie fertig wurden, vor gegen Mogersdorf und durch die bewaldete Au. Aber nun warfen sich die Türken von Süden oder Südwesten her mit ihrem ganzen Ungestüm auf die Reichstruppen, ein Regiment wird auf das andere zurückgeworfen, es verwirrt sich alles zu einer fürchterlich gedrängten Masse, die Türken hauen wütend ein, eine Reihe hoher Offiziere fällt, was kann, beginnt zu fliehen, auch drei kaiserliche Regimenter, die zu spät eingreifen, werden in Niederlage und Flucht mitgerissen. Bis ins Lager der Reichstruppen drangen die Türken vor und besetzten Mogersdorf.

368ff., Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Gesch. I, 243ff., Acsády, S. 196f., Nottebohm, Montecuccoli u. die Legende von St. Gotthard (Progr. d Friedrichs-Werder Gymn. Berlin 1878) zog türkische Quellen heran und kritisierte die Schlachtberichte vielfach zutreffend. Seine Ansicht, daß die Schlacht kein Sieg der christlichen Verbündeten gewesen sei, hat Zwiedineck in Mitteil. d. Instituts X, 443ff. mit Recht widerlegt. Über die Schlachtberichte handelt auch Schempp, S. 188ff. Ein Bericht Redeys, der von der Relation Montecuccolis abhängig ist, im Történelmi Tár XVII, 260.



Jetzt endlich, etwa um 10 Uhr, griffen die Flügel helfend ein[1]). Montecuccoli am rechten Flügel, Hohenlohe vom linken lassen vorrücken, auch die Franzosen treten in Aktion. Allianztruppen und Franzosen stürmen auf Mogersdorf, um das sich ein erbitterter Kampf entspinnt, bis es endlich die Verbündeten behaupten. Montecuccoli trieb mit seinen Reiterregimentern die Türken durch den Wald zurück, der junge zwanzigjährige Prinz Karl von Lothringen zeichnete sich hier zum ersten Male aus. Der Kampf war zum Stehen gebracht, aber die Türken setzten sich in hartnäckiger Gegenwehr fest und erhielten immer noch Nachschub. Um diese Zeit, um Mittag mag es gewesen sein, daß die Türken eine Diversion versuchten, die den christlichen Verbündeten gefährlich hätte werden können. Bei 4000 Spahis ritten zu einer ungefähr eine Stunde aufwärts entdeckten Furt, um über sie dem christlichen Heere in die rechte Flanke und in den Rücken zu kommen. Schon waren sie über den Fluß, als noch rechtzeitig General Sporck ihnen entgegeneilte, sie ohne Zögern „mit guter Resolution“ angriff und über die Raab zurückwarf[2]). Ein ähnlicher Umgehungsversuch der Türken unterhalb des Schlachtfeldes kam gar nicht zur Entwicklung.

Schon war es Mittag geworden. Die Schlacht stand. Jetzt mußten endlich die verbündeten Heere initiativ und einheitlich vorgehen. Montecuccoli berief die Heerführer zu einer eilenden Beratung mitten auf dem Schlachtfeld. Montecuccoli dachte an Verschanzung der augenblicklichen Stellung, allein er trat dann dem von Hohenlohe verfochtenen Entschlusse bei, mit aller Macht einen allgemeinen konzentrischen Angriff auf die Türken zu wagen und sie um jeden Preis über die Raab zurückzuwerfen. Die Reichstruppen, soweit sie sich wieder gesammelt hatten, und ein Teil der Alliierten im Zentrum, die Franzosen auf dem linken, kaiserliches Fußvolk mit Reiterei auf dem rechten Flügel schlossen sich zu

1) Dieses auffallend späte Eingreifen mag, worauf Schempp, S. 149. 164. 180, nachdrücklich hingewiesen hat, mit dem Befehl Montecuccolis zusammenhängen, daß die Kontingente nicht blindlings und auf den ersten Alarm, sondern erst im dringenden Notfall einander zu Hilfe kommen sollen. Dies war auf die oft mit Scheinangriffen täuschende Kampfesweise der Türken berechnet, und wurde hier allzu buchstäblich genommen.

2) Diese Episode, von Montecuccoli deutlich erwähnt, ist auch sichergestellt durch ein Schreiben Sporcks an den Fürsten Loblowitz vom 12. August, Schempp, S. 174. Dadurch werden die Zweifel Nottebohms, S. 17, beseitigt. Hier fände auch die Erzählung Platz, daß Sporck vor dem Angriff im Angesicht seiner Reiter niedergekniet sei und ein kurzes Gebet um Gottes Beistand verrichtet habe. — Sporck hatte früh am Tage eine Schar fouragierender Türken überfallen und ihnen viele Beute abgenommen.

einem großen Halbkreis aneinander und rückten nun „mit Furi“ auf den Feind. Die Wirkung war mächtig, der Angriff von allen Seiten entmutigte die Türken, die von ihrer Hauptmacht rechts der Raab keine Unterstützung mehr erhielten, sie begannen in Unordnung zurückzuweichen, es ward zur reißenden Flucht zurück gegen die Raab, und nicht durch das Schwert, sondern in den Fluten des regengeschwellten Flusses fanden die meisten den Tod. Der Großwesir, der wohl mittags noch einen entscheidenden Hauptangriff beabsichtigt hatte, sah jetzt untätig dem Verderben seiner besten Truppen zu. Gegen Abend, unter strömendem Regen war die blutige Schlacht beendet. Es war ein Sieg des christlichen Heeres, aber allerdings nur ein Sieg über ein Drittel der türkischen Armee, und ein sofortiger Angriff auf deren Gros schien und war wohl auch unmöglich. Die Reichstruppen hatten schwere Verluste erlitten, die Türken aber zählten wohl bei 10000 Tote. Der Eindruck im Lager des Großwesirs war niederschlagend, „es war alles kleinlaut und erbittert“, schreibt Reniger, „man ist hier ein paar Tage stillgelegen, hernach aber zurückmarschiert“ [1]). Alle Angriffspläne auf die österreichischen Länder waren aufgegeben, bei greulichem Regenwetter und mit starken Verlusten an Pferden, Kamelen und Wagen zog der Großwesir zunächst zurück in der Richtung gegen Szala Egerszeg.

Montecuccoli berichtete noch am Abend des Schlachttages und ausführlicher am 2. August an den Kaiser und erhielt zum Dank für seinen Sieg die Würde eines Generalleutnants, gleichwie de Souches Kommandant von Komorn und in Oberungarn wurde. Aber die Abwendung der Gefahr, die doch schließlich die disparaten Elemente des christlichen Heeres im entscheidenden Augenblicke geeint hatte, löste nun all die offenen und verhüllten Gegensätze aus [2]). Weder Hohenlohe noch Coligny wollten an der Verfolgung der Türken teilnehmen, sie erhoben Ansprüche auf Mitbesetzung der eroberten Plätze, auf Teilnahme an den Verhandlungen mit den Türken. Proviantmangel und Krankheiten machten sich immer von neuem fühlbar. Nach Mitte August war das Heer in der Gegend von Ödenburg angelangt, um sich zu erholen und retablieren. Hierher führte Herzog Ulrich von Württemberg 3500 Mann Kreis- und Allianztruppen, Nádasdy stand mit ungarischer Miliz bei Marczalto südwestlich Raab, de Souches zwischen Komorn und Neuhäusel. Anfangs Sep-

1) Huber, S. 582.

2) Über die Ereignisse im August und September eingehend Angeli, S. 19ff. 30ff.; Schempp, S. 199ff.



tember zog das Heer, als der Großwesir sich nach Gran und Neuhäusel gewendet hatte, über die Donau an die Waag. In Wien wünschte man noch einen militärischen Erfolg, aber die angedeuteten Schwierigkeiten hemmten, es folgte ein Hin und Her von kleinen und unschlüssigen Bewegungen, am 4. September wurde noch die ungarische Generalinsurrektion aufgeboten, aber allen Aktionen wurde anfangs Oktober ein Ende gemacht durch die Publikation des inzwischen geschlossenen Friedens [1]).

Verhandlungen waren selbst während des Krieges niemals ganz abgebrochen worden [2]). Ende Juni wurde Reniger ganze Vollmacht zu traktieren und abzuschließen und eine ausführliche Instruktion erteilt. Das Wesentliche darin zielte auf die Schleifung St. Jobs und Székelyhids und die Rückgabe Neuhäusels. Reniger begab sich zum Heere des Großwesirs und am 30. Juli legte er Achmed Köprili und seinen Generalen die Friedenspropositionen vor. Die Türken gebärdeten sich sehr unzugänglich und siegesgewiß. „Wir sehen nunmehr fast schon Wien", sagte der Aga der Janitscharen. Nach Párkány und St. Gotthard ließen sie sich zu einzelnen geringen Zugeständnissen herbei. Dem Großwesir lag daran zum Frieden zu kommen, um zu verhindern, daß der Sultan im nächsten Frühjahr selbst ins Feld ziehe. Im wesentlichen blieb die schon Ende 1662 und Anfang 1663 gewonnene Grundlage in Kraft, als ob der ganze Feldzug von 1664 nicht stattgefunden hätte. Schon am 10. August unterzeichnete Reniger zu Vasvár (Eisenburg) die Präliminarien des Friedens [3]). Darnach bleibt die Pforte im Besitz von Großwardein, Neuhäusel und Neograd. Serinvár soll von keinem Teil wieder aufgebaut, das strittige Székelyhid soll geschleift werden. Doch kann der Kaiser an der Waag eine neue Feste anlegen [4]). Siebenbürgen wird von den Truppen beider Mächte geräumt, die von den Kaiserlichen besetzten Plätze [5]) werden dem Fürsten Apafy übergeben. Die Komitate Szatmár

1) Montecuccoli erhielt durch einen Brief Renigers vom 25. September die Nachricht vom Frieden. Es ist sehr fraglich, ob er schon früher davon geheime Kenntnis hatte und ob auch dadurch die matte Kriegführung verursacht wurde. Vgl. Schempp, S. 219. 226.

2) Für das Folgende Renigers Hauptrelation, S. 136 ff., Huber, S. 579 ff.

3) Katona XXXII, 565—568; Angeli, S. 29.

4) Es wurde demgemäß im nächsten Jahre mit dem Bau der Festung Leopoldstadt gegenüber Freistadtl begonnen.

5) Die Besatzung Klausenburgs, die 14 Monate keinen Sold erhielt, hatte im Februar 1664 die Offiziere verjagt und sich dem Fürsten Apafy übergeben.



und Szabolcs bleiben dem Kaiser, den Ständen Siebenbürgens wird freie Fürstenwahl, den siebenbürgischen Emigranten, auch den Söhnen Rákóczys und Keménys Amnestie und Restitution zugesichert, doch darf niemand in Siebenbürgen mit Kriegsvolk einrücken. Der Kaiser sendet dem Sultan ein „freiwilliges Geschenk“ im Werte von 200000 Talern.

Sollte und konnte man diesen Frieden in Wien eingehen? Die Anschauung der meisten kaiserlichen Minister war dafür. Am 27. September konnte die vom 7. September datierte kaiserliche Ratifikation vom Residenten Reniger dem Großwesir überreicht werden. Erst jetzt wurde der Friede offiziell bekannt gemacht.

Der allgemeine Eindruck war der einer schweren und schmerzlichen Enttäuschung. Wie konnte der Kaiser nach den Siegen von Leva und St. Gotthard einen so demütigenden Vertrag eingehen, der den Türken alle Eroberungen beließ, den türkischen Vasallen Apafy als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte, ja sogar eine Tributzahlung zugestand? Wie konnte der Kaiser überhaupt Frieden schließen, ohne seine Bundesgenossen zu fragen, so beschwerten sich die deutschen Reichsfürsten, ohne den ungarischen Reichstag zu vernehmen, so riefen die Ungarn. Man antwortete in Wien mit dem gewiß triftigen Hinweis auf die Erschöpfung der Erblande und den Mangel an Geld, auf den schlimmen Zustand der Armee, die Zerrissenheit und Zwietracht des Reiches und die Unsicherheit seiner Hilfe und die Überlegenheit der türkischen Streitkräfte. Doch dies waren nicht die eigentlich entscheidenden Gründe. Weit mehr wogen schon die Bedenken wegen der Ungarn. Der bedeutendste ungarische Magnat, Nikolaus Zrinyi, hatte sich seit dem Falle Serinvárs grollend beiseite gestellt, an dem Siege von St. Gotthard hatten die Ungarn fast keinen Anteil, in der nächsten Zeit begann ein auffallendes Fraternisieren der Ungarn und Franzosen [1]), wie weit durfte man sich auf die Ungarn verlassen? Aber die ausschlaggebenden Gründe für den Frieden fand man in der allgemeinen politischen Weltlage. „Die Betrachtung der gemeinen Not und Gefahr Europä und des Hauses Österreich, so von Frankreich ohnfehlbarlich einen Strauß ehistens ausstehen muß“, die „Facies Europae“, das hat den Kaiser und seine Staatsmänner angetrieben, „aus der Not eine Tugend zu machen“, einen im Verhältnis

1) Hierfür interessant Briefe Vitnyedys an einen Freund in Tübingen und an die französischen Führer, vom 18. Okt. Die insperata victoria von St. Gotthard schreibt er der Hilfe Gottes und der glänzenden Tapferkeit der Franzosen zu. Fabó in Történ. Tár XVI, 238 ff.

zu den militärischen Erfolgen ungünstigen Frieden zu schließen und sich damit im Osten Ruhe zu verschaffen [1]). Denn nicht mit Unrecht schaute die kaiserliche Politik unruhig und mißtrauisch gegen Westen. Mit immer steigendem Unbehagen hatte man am Kaiserhofe die wachsende Übermacht und das Ausgreifen Frankreichs seit dem Pyrenäischen Frieden und dem Kongreß von Oliva beobachtet. An der westlichen Grenze des Reiches, in Lothringen und Elsaß, war Frankreich Schritt für Schritt in seinem Prätensionen vorgedrungen. Neben den Rheinbundfürsten waren in letzter Zeit auch die Kurfürsten von Brandenburg und Bayern mit Ludwig XIV. in nähere Beziehung getreten, französische Truppen hatten mitten im Reiche dem Erzbischof von Mainz seine widerspenstige Stadt Erfurt besiegen geholfen. Die Franzosen, die man nur notgedrungen als Türkenhilfe annehmen mußte, hatten in Ungarn nur dazu beigetragen, die Stimmung gegen die Österreicher und Deutschen zu verschlechtern, und das Verlangen, diesen Truppen Winterquartiere in Schlesien anzuweisen, erweckte den Verdacht, daß damit den französischen Bemühungen um die polnische Krone Vorschub geleistet werden sollte.

So versah man sich in Wien mit durchaus richtigem Gefühl von Frankreich und seinem Ludwig einen unvermeidlichen Kampf. Er konnte jeden Augenblick im größten Umfang entbrennen, wenn der kranke König Philipp IV. von Spanien starb und das Leben des überaus schwächlichen Infanten Karl erlosch. Seit Dezember 1663 war der Heiratsvertrag Kaiser Leopolds mit Margarete von Spanien geschlossen, Ludwig von Frankreich aber war der Gemahl der älteren Schwester. Schon beschäftigten sich Berufene und Unberufene mit Plänen zur Aufteilung der spanischen Monarchie [2]).

In so kritischem Zeitpunkt suchte die kaiserliche Politik sich den Rücken zu sichern im Osten, um die Hand freizuhalten gegen Westen. Im Lichte dieser europäischen Konstellation versteht man den Standpunkt, den die Staatsmänner Kaiser Leopolds und dieser selber einnahmen,

1) K. Leopold an seinen Vetter Erzherzog Sigmund Franz von Tirol, am 1. Oktober 1664, Innsbruck, Staats-Archiv, Auszug bei Renner, Wien im J. 1683, S. 1, und Fürst Portia an den Grafen Pötting am 26. Oktober 1664, Privatbriefe I, 83 Anm. 2. Vgl. schon Angeli, S. 24ff., auch Erdmannsdörffer hat die allgemeine Lage zum Verständnis des Friedens von Basvár beleuchtet, ebenso dann Huber, S. 587, und Immich, Gesch. des europ. Staatensystems, S. 52f.

2) Privatbriefe I, 62 Anm. 1. 72. 75 Anm. 5, vgl. oben S. 106ff. In dem vorhin erwähnten Brief K. Leopolds an Erzh. Sigmund Franz wird „letztlichen auch unsers Haus Interesse in Spanien" betont.

indem sie die Gesamtinteressen des Hauses Österreich in seiner Weltstellung zu wahren suchten.

Die Absicht einer fortan durchaus friedlichen Politik zwischen dem kaiserlichen Hofe und der Pforte fand ihren Ausdruck in dem Wechsel feierlicher Gesandtschaften. Im Mai 1665 reiste Feldmarschall Graf Walter Leslie mit einer Begleitung von 350 Personen von Wien ab nach Konstantinopel [1]), im Juni traf eine türkische Botschaft am Kaiserhofe ein. Beiderseits brachte man reiche Geschenke mit, Graf Leslie hatte mit dem vollen Glanz eines kaiserlichen Gesandten aufzutreten, die Kosten sollen über eine Million Gulden betragen haben. Im März 1666 verließen die türkischen Abgesandten Wien, am 27. März kehrte Leslie zurück, mit ihm auch der langjährige verdiente Resident an der Pforte, Simon Reniger, der nun seine Schlußrelation erstattete. Leslie wurde in Konstantinopel mit hohen Ehren aufgenommen und ausgezeichnet, aber die sachlichen Erfolge waren bescheiden. Die Befreiung der christlichen Gefangenen, die Rückgabe der von den Türken in der Umgegend von Neuhäusel eroberten Dörfer konnte nicht erreicht werden, in den siebenbürgischen Angelegenheiten, in denen Leslie die Gesandten Apafys zu unterstützen hatte, blieben die Türken unzugänglich, weder wurde der Tribut herabgesetzt, noch die Abhängigkeit des Fürstentums irgendwie gemildert. Dagegen gab die Pforte Zusicherungen betreffs einer besseren Behandlung der Christen und Schutzes der Jesuiten, und das beste, was Leslie mitbrachte, war ein Handelsvertrag mit der Pforte, wonach die Schiffe der Hansastädte nicht mehr unter englischer, sondern kaiserlicher Flagge in die türkischen Häfen einlaufen sollten, und die Bildung einer „Orientalischen Kompagnie" in Wien ermöglicht wurde.

In einem geheimen Bericht an den Kaiser schildert Leslie die politische und militärische Macht der Türkei. Er hält sie für tief gesunken

1) Leslie ist derselbe, der 1634 an der Ermordung Wallensteins beteiligt war, vgl. Huber, Gesch. Österreichs V, 482f. Ein Bericht Leslies, ediert von Veltzé in Mitteil. des Kriegsarchivs N. F. XII, 152ff. Die ganze Gesandtschaft ausführlich beschrieben in dem Buche von P. Tafferner S. J., Caesarea Legatio, quam mandante Imperatore Leopoldo I. ad Portam Ottom. suscepit perfecitque Walterus Comes de Leslie. Viennae 1672. Auch in deutscher Übersetzung im gleichen Jahr zu Wien erschienen. Der Geheimbericht Leslies über den Zustand der türkischen Macht, ediert von Adam Wolf im Archiv f. österr. Gesch. XX, 320. Ein Teilnehmer an der Gesandtschaft, Freiherr Joh. Th. v. Reck, hinterließ Aufzeichnungen, hg. in der Zeitschr. f. vaterländ. Gesch. (Westfalens) 1906, Bd. 64. Vgl. Ad. Wolf a. a. O., S. 285ff., und Lobkowitz, S. 134, Acsády, S. 206f.



und schwach. Schon die ersten Sätze seiner Relation geben den Kern seines Urteils. Es ist nichts gewisser, so beginnt er, als daß die ottomanische Kriegsmacht in den letzten hundert Jahren um mehr als die Hälfte abgenommen hat, vornehmlich zur See; daß auch alle haltbaren Plätze und Festungen zugrunde gegangen sind, also daß die besten, die sie jetzt haben, die an den kaiserlichen Grenzen sind, und unter diesen ist keiner, der absonderlich könnte Resistenz tun gegen eine konsiderable Armee, die in sechs Wochen, höchstens in zwei Monaten Herrin des Feldes wäre. Es ist von Interesse, mit dieser Meinung Leslies die Ansicht des venetianischen Gesandten am Kaiserhofe, Giovanni Sagredo zu vergleichen, der im Jahre 1665 seine Finalrelation erstattete [1]). Auch Sagredo spricht von der augenblicklichen Schwäche der Pforte, aber er ist überzeugt, daß ihre Macht wieder furchtbar werden kann, sobald ein kriegerischer Sultan sich an die Spitze seiner Heere stellt, deren Kern, die Janitscharen, eine ausgezeichnete Truppe bilden. Sollten die Türken Kandia überwinden, dann ist es wahrscheinlich, daß sie ihre Waffen wieder gegen den Kaiser wenden. Die Politik des Kaiserhofes gegenüber der Pforte war in den nächsten Jahren jedenfalls von einer Beurteilung der Lage beherrscht, die mehr der Ansicht Sagredos entsprach, und in der Tat ist es dann ein kriegerischer und ehrgeiziger Großwesir gewesen, der den nächsten großen Türkenkrieg mit heraufbeschwor.

Wichtiger für den Augenblick waren die Nachrichten, die Leslie über die Vorgänge in Ungarn zu bringen hatte. Der Großwesir und der Pascha von Ofen hatten ihm vertraulich mitgeteilt, daß die Ungarn auf alle Weise den geschlossenen Frieden zunichte machen wollen, manche hätten Korrespondenz mit Polen begonnen, andere der Pforte zu huldigen sich angetragen, sie seien ungetreue Leute, der Kaiser dürfe sich nicht auf sie verlassen, er möge Kaschau, Fülek und andere Plätze mit deutschen Truppen besetzen und er dürfe versichert sein, daß die Türken sich dieser ungehorsamen Leute gewiß nicht annehmen werden. Und in der Tat, der Friedensschluß von Vasvár schürte in Ungarn die schon vorhandene Erregung, die den Beginn von folgenschweren Bewegungen bedeutete.

1) Hg. von Ad. Wolf im Archiv f. österr. Gesch. XX, 305 und von Fiedler, Fontes II, 27, 101. Auch der erfahrene Reniger sagt in seiner Hauptrelation, S. 144 Der Türke ist eine große Macht, ein gefährlicher, nüchterner und wachsamer Feind.



Zweites Kapitel

Magnatenverschwörung, Absolutismus und Revolution in Ungarn 1664—1681

Weltpolitische Erwägungen und Rücksichten, wie sie den Wiener Hof zu dem Frieden von Vasvár gedrängt hatten, waren Sache der Dynastie und ihrer Staatsmänner. Dies erschien in jenen Tagen der Kabinettspolitik selbstverständlich, blieb es ja doch auch die Regel in viel späteren Zeiten, selbst in konstitutionellen und demokratischen Staaten, bis auf den heutigen Tag. Äußere Politik wird wohl immer nur von den Wenigen, die an der Spitze stehen, bestimmt werden; sie hat immer einen absolutistischen Zug. Diese Wenigen werden ja freilich, je nach der inneren Struktur des Staates, mehr oder minder sich in Übereinstimmung setzen mit dem Willen oder wenigstens der Stimmung der Völker, oder sie machen die Stimmung. Die der absoluten Gewalt zustrebenden Fürsten jener Zeit hielten sich nicht mehr gebunden und erachteten es als überflüssig, etwa die Stände ihres Landes bei der Entscheidung über Krieg, Frieden und Bündnisse zu hören. Allerdings aber bedurften sie der ständischen Gelder. Konnte dies ein oft unbequemes Hemmnis werden, so hat es doch nie von vornherein den Ausschlag für die fürstlichen Entschlüsse gegeben.

So handelten auch die Habsburger. Und so verschieden geartet, so wenig einheitlich und innerlich zusammenhängend ihre Länder waren, so erschienen sie doch gegenüber der dynastischen Weltpolitik des Hauses Österreich in der Tat als wie ein einheitliches Gesamtpatrimonium, als das es ja die Habsburger betrachteten, dessen Geschicke im ganzen wie im einzelnen sie als Herren des Familiengutes bestimmten. Ländern und Völkern war nur die Rolle der mitbeteiligten und mitleidenden Passivität zugewiesen, und selten ist es, daß nationales Gefühl, wie gegen Frankreich, oder religiöse Begeisterung, wie gegen die Türken mitspricht.

Sowohl die patrimoniale, gleichwie die mit ihr eng verknüpfte absolutistische Staatsauffassung und Regierung führt zum politischen Indifferentismus des Volkes oder zur Opposition und Revolution. Das erste trat ein in den österreichisch-böhmischen Erblanden, das zweite in Ungarn.

Die Ungarn waren von jeher gewohnt, alles einzig nur vom Standpunkt ihres nationalen Staates zu betrachten und darnach zu handeln. Darum verlangten sie immer wieder, daß Ungarn einen eigenen diplomatischen Vertreter an der Hohen Pforte habe, denn nur das Verhältnis zur Türkei berührte unmittelbar ungarische Interessen, nicht jedoch die übrigen auswärtigen Beziehungen der Dynastie. Für deren Europa umspannende Politik besaßen die Ungarn kein Verständnis und sie wollten sie gar nicht verstehen. Sie glaubten, wie wir früher sahen, ihr Land allein gegen die Türken verteidigen zu können, um nur ja keine fremden Truppen bei sich zu sehn. Und doch war eben jetzt Ungarn nur durch die Fremden gerettet worden, die Ungarn hatten bloß in bescheidenem Maße daran teil. Als aber nun der Friede geschlossen war, zeigten sich vor allem die Ungarn empört darüber. Da Neuhäusel und Großwardein verloren, könne Oberungarn nicht mehr behauptet werden, das ganze Land bis zur March und bis an die Karpathen werden den Raubzügen der Türken ausgesetzt sein, der Friede sei wider die Privilegien des Königreichs ohne Zuziehung der Stände und ohne Befragung des Reichstags gemacht worden. Man argwöhnte hinter dem raschen Abschlusse alle möglichen Pläne des Wiener Hofes: er habe den Krieg mit Absicht lau führen lassen und mit Absicht so beendet, um die Türken nicht zu sehr zu schwächen und die Ungarn nicht zu Kräften kommen zu lassen. Ja, dem Friedensvertrag sei ein Geheimartikel hinzugefügt[1]), wonach die Pforte die Ungarn nicht unterstützen werde, wenn der Kaiser gegen sie und ihre politischen Rechte etwas unternehme. Man fürchtete die Einführung eines absoluten Regiments, es hieß, man sage in Wien, daß man den Ungarn böhmische Hosen anziehen wolle[2]). Politische und

1) Der venetianische Gesandte Sagredo spricht 1665 von zwei Geheimartikeln dagl' Ongheri divulgati. Fontes II, 27, 110. Den ersten, der oben folgt, hält Sagredo für wirklich existent, den zweiten, daß der Kaiser die Türken nicht an einem Einfall nach Friaul hindern werde, für erfunden. Krones, Geschichte Österreichs III, 600 meint, der erste Teil des ersten Artikels könnte wahr sein. Obál, Die Religionspolitik in Ungarn, S. 178, nimmt den ersten Artikel ohne weiteres als Tatsache. Aber niemand hat bisher den Beweis erbracht, daß es mehr als ein Gerücht gewesen.

2) Vgl. die für den Kurfürsten von Mainz bestimmte Denkschrift von 1665, Racki, Acta conjurationem bani Petri a Zrinio etc. illustr. (1873), S. 1 ff. Ob sie von



religiöse Unzufriedenheiten flossen und wirkten zusammen. Sehr bald begegnen wir Schritten, die in überraschender Deutlichkeit die Erregung und Erbitterung in Ungarn erkennen lassen und zeigen, daß man mit dem Gedanken radikalster Lösungen wenigstens spielte.

In Oberungarn dachte man in den Kreisen der protestantischen Städte und Edelleute daran, entweder den Krieg auf eigene Faust fortzusetzen und sich mit Siebenbürgen zu einem Fürstentum zu vereinigen, oder sich unter den Schutz der Türken zu begeben; unter den Türken sei es erträglicher als unter der Tyrannei der fremden Soldaten[1]. Andere aber suchten Hilfe wider die Türken und vor allem gegen die habsburgische Herrschaft und ihre Absichten bei Frankreich. Die Grafen Zrinyi standen schon seit dem Frühjahr 1664 in Beziehungen zum französischen Hofe und zu deutschen Reichsfürsten, Ludwig XIV. hatte Nikolaus Zrinyi mit Auszeichnungen überschüttet, jetzt begann das Verhältnis bedeutsamer Art zu werden. Nikolaus allerdings wurde schon am 18. November 1664 durch ein unvermutetes Ende all diesen Dingen entrissen, auf der Jagd tötete ihn ein wilder Eber. Der frühe Tod des erst sechsundvierzigjährigen Mannes war ein schwerer Verlust für sein Vaterland. Es verlor nicht bloß den phantasievollen Dichter und gedankenreichen Schriftsteller, nicht bloß den feurigen Patrioten, sondern auch den besonnenen Staatsmann, den es jetzt am nötigsten bedurft hätte. Nikolaus Zrinyi hätte kaum die Wege betreten, die jetzt sein Bruder Peter einschlug. Um mit Frankreich nähere und geheime Beziehungen anzuknüpfen und jedem Verdachte auszuweichen, reiste Peters Frau Katharina, die Schwester Franz Frangepans, nach Venedig und führte dort im Namen ihres Mannes und Bruders durch einen vertrauten Kapuziner Verhand-

Frangepan herrührt, möchte ich sehr bezweifeln. Ferner die Berichte des französischen Gesandten Gremonville an Ludwig XIV. schon vom November 1664, ed. Bogišić in Monum. spect. histor. Slavorum meridion. XIX (1888), S. 4. 17ff., vgl. auch Sagredos Finalrelation vom 2. Mai 1665, Fontes II, 27, 101ff. Sagredo berichtet (S. 118), er habe absichtlich mit den Ungarn nicht verkehrt, um keinen Anstoß zu erregen, doch sei er mit dem Grafen Zrinyi heimlich des Nachts zusammengetroffen. — Über die Magnatenverschwörung das gründliche und treffliche Werk von J. Pauler, Wesselényi Ferencz nádor es tarsainak össze esküvese 1664—1671 (Die Verschwörung des Palatins Franz Wess. und seiner Genossen), 2 Bde. 1876. Dann Acsády, Gesch. Ungarns in der Zeit Leopolds I. und Josefs I. (Magyar nemzet története, 7. Bd. 1898), S. 211—290.

1) Denkschrift bei Racki, S. 1ff., Depesche Gremonvilles vom 6. Nov. 1664, Bogišić, S. 3ff.



lungen mit dem französischen Gesandten, dem Bischof von Beziers. Sie legte schließlich im Oktober die Wünsche in einer Denkschrift nieder: Ungarn müsse unter der deutschen Herrschaft zugrunde gehen, die Magyaren wollen einen neuen König wählen und bieten die Krone Ludwig an, er möge Geld, Truppen und eine Flotte senden [1]).

Gegen Ende November 1664 berief der Hof die vornehmsten ungarischen Würdenträger und Magnaten nach Wien, um ihre Zustimmung zum Frieden und die Mittel zum Bau der neuen Festung Leopoldstadt an der Waag sowie für die notwendigen Besatzungen zu gewinnen. Bei der herrschenden Stimmung war dieser Versuch aussichtslos und blieb vergeblich; die Ungarn sagten, sie hätten kein Mandat, es bedürfe eines Reichstags. Aber sie gingen insgeheim viel weiter und begannen mit dem französischen Gesandten in Wien, dem Herrn von Gremonville, zu konspirieren. Der Palatin Wesselényi brachte ihm seine Klagen vor, der Erzbischof Lippay von Gran sagte ihm, er sei bereit, die Ungarn für Ludwig XIV. zu gewinnen, Peter Zrinyi meinte, er wolle mit dem Erzbischof zusammen etwas unternehmen [2]). Der Verkehr der Ungarn mit Gremonville blieb auch in der nächsten Zeit noch rege, ja Peter Zrinyi erhielt eine französische Jahrespension. Aber der scharfsichtige Franzose erkannte bald, daß diese ganze ungarische Opposition zwar einig war im Hasse gegen die „Fremdherrschaft“ und gegen die absolutistischen Absichten des Hofes und der Regierung, in sich jedoch gespalten in die unzufriedenen, meist katholischen großen Herren, und in die protestantische Partei; daß die ersteren, unter sich voll von Eifersucht und persönlichen Gegensätzen, keinen Führer von allgemein anerkannter Autorität besaßen, und daß beide Teile ohne Fühlung, ja wegen des religiösen Zwiespaltes eher oft feindselig einander gegenüberstanden. Um so weniger war nach solchen Berichten Ludwig XIV. geneigt, zunächst über allgemeine Versicherungen seines Wohlwollens und gelegentliche Geldunterstützungen hinauszugehen, und er schärfte seinem Gesandten ein, die Ungarn

1) Bogišić, S. 239 ff.

2) Berichte Gremonvilles vom November und Dezember 1664, Bogišić, S. 17. Um dieselbe Zeit schrieb Zrinyi auch an den Kurfürsten von Mainz, Racki, S. 8 f. — Mit diesen Dingen wird wohl auch folgendes Faktum zusammenhängen. Am 2. Mai 1665 wurde auf dem Hohen Markt in Wien durch den Henker ein Buch verbrannt: „Memoria belli Ungaro-Turcici, authore Johanne Henrico Andler, Argentoratensi, Massiliae“ 1665. Erzählt von Mathias Abele, Künstliche Unordnung (1670) I, 315 ff.



vor unbesonnenen Unruhen und gar von seiner Wahl zum König zurückzuhalten [1]).

Die Stimmung in Ungarn ist durch all dies gezeichnet, auch wenn die Dinge vorläufig noch nicht weitergriffen [2]). Der Mann, der allein vielleicht die Opposition zu einen und zu führen vermocht hätte, Nikolaus Zrinyi, war tot. Sein Bruder Peter, ein tapferer Kriegsmann, aber in politischen Dingen beschränkt, ja naiv, dabei ehrgeizig und leidenschaftlich, genoß besonders beim Primas Lippay kein Vertrauen, Lippay, ebenso wie Franz Nádasdy, der oberste Landrichter und reichste Mann Ungarns, war mit dem Palatin Wesselényi verfeindet. Zudem starb Lippay bald am 3. Jänner 1666. Allein hinter den Magnaten standen andere Persönlichkeiten von geringerer Verantwortung und um so größerer Kühnheit. Der Palatin, selbst eher zur Vermittlung geneigt, aber kränklich, war beherrscht von seiner Gemahlin Maria Széchy, die er einst vor den Mauern von Murany gefreit. Maria selber aber wurde stark beeinflußt von des Palatins Protonotar Franz Nagy. Dieser aber gleichwie Wesselényis Güterverwalter Michael Bory drängten zu weiteren Schritten, vor allem ihren eigenen Vorteil dabei vor Augen. Selbstsüchtige Zwecke lagen einem andern Manne ferne, der voll glühenden Eifers für die Sache der Protestanten und für die Freiheiten Ungarns nun treibend in diese Machenschaften eintrat: Stefan Vitnyedy, der fähigste, aber auch exaltierteste Kopf der protestantischen Opposition. Er brachte einen noch abenteuerlicheren Einschlag in diese Pläne, als sie ohnehin besaßen; schon um die Mitte 1665 legte er Gremonville weitgehende Entwürfe vor [3]).

Im März 1666 fand die Hochzeit des jungen Franz Rákóczy mit Peter Zrinyis, durch Schönheit, Geist und Starkmut ausgezeichneten Tochter Helene statt, die mit Glanz und Pracht zu Makowitza gefeiert wurde. Es war eine Heirat, zu der Gremonville und König Ludwig

1) Instruktionen vom 17. Okt. und 5. Dez. 1664 an den Bischof von Beziers, Bogišić, S. 241 ff. 249; vom 5. und 12. Dec. 1664, 20. März 1665 an Gremonville, ebenda S. 12. 15. 31.

2) Peter Zrinyi erhielt am 24. Jan. 1665 die durch den Tod seines Bruders erledigte Würde eines Banus von Kroatien, Wesselényi und Lippay stellte der Hof verschiedene Vorteile in Aussicht — was eine zeitweilig beruhigende Wirkung übte.

3) Er wollte den polnischen Kronmarschall Lubomirski, Pfandherrn der Zipser Städte abfangen und ein Bündnis zwischen Ungarn und Frankreich zustande bringen. Bogišić, S. 36 ff. 257. — Die Briefe Vitnyedys von 1652—1672 herausgegeben von Fabó im Történ. tár. 15. und 16. Bd., vgl. Krones in der Österr. Wochenschrift 1872 und Österr. Geschichte III, 560.

selber geraten hatten, weil sie sich davon ein Nähertreten der ungarischen großen Geschlechter erhofften. In der Tat vermittelte bei dieser Gelegenheit Maria Széchy eine Zusammenkunft Zrinyis mit ihrem Gemahl dem Palatin. Anfangs April trafen sie sich im Bade Stuben bei Trentschin. Zrinyi und Wesselényi schlossen am 5. April 1666 „in Ansehung der äußerst gefährlichen Lage des teuern Vaterlandes, welche unglückseliges Verderben zu bringen droht, zur Abwendung solcher Übel" einen Bund, sie schwören „sich in Glück und Unglück nicht zu verlassen, sondern sich bis auf den letzten Blutstropfen zu helfen und zu verteidigen" [1]. Der Bund dieser katholischen Magnaten hatte ja zweifellos die Verteidigung der Verfassung Ungarns als Ziel, und vielleicht glaubten sie verfassungsmäßig zu handeln, indem sie das in der Goldenen Bulle Andreas II. verbriefte Widerstandsrecht auszuüben meinten. Aber dieses avitische ständische Recht stieß mit den Begriffen und Forderungen des modernen absoluten Staates zusammen und darin lag der Keim des tragischen Verhängnisses.

Unmittelbar darauf eilten Zrinyi, Vitnyedy und ein Vertreter des Palatins nach Wien, um mit Gremonville zu verhandeln. Die ungarischen Herren wollten Geld zu Rüstungen und Aufstellung einer Armee. Ringsum die östlichen Länder sollten sich mit Ungarn verbinden, die Türken durch einen Tribut geneigt gemacht werden, Ungarn sollte dem Deutschen Reiche angegliedert werden und, unterstützt von Frankreich, den Krieg gegen Österreich beginnen, einen französischen Prinzen zum König wählen und Ludwigs XIV. etwaige Absichten auf die deutsche Kaiserkrone fördern [2]. Solche Pläne billigte allerdings Wesselényi nicht, wie denn auch Gremonville eine kühle Haltung einnahm. Dafür suchte Wesselényi, hierin mit den oberungarischen Protestanten übereinstimmend, Anschluß an die Türken. Ende August fand eine große Versammlung von „Interessaten" auf Schloß Murany statt, man schwur sich gegenseitig Treue und beschloß in Verbindung mit dem Fürsten Apafy sich an die Pforte zu wenden, ihr ein Bündnis und ein jährliches „Ehrengeschenk" anzutragen, damit sie Ungarn schütze. Apafy übernahm es,

1) Faksimile bei Acsády nach S. 234.

2) Gremonvilles Depesche vom 23. April 1666, Bogišić, S. 61, und das von Bogišić, S. 268 ff., irrtümlich zu November 1667 gesetzte Memoire Vitnyedys. Vgl. Pauler, S. 86 ff. Über die Beziehungen der ungarischen Bewegung — die Unzufriedenen nannten sich „Interessati" — zum Fürsten Apafy von Siebenbürgen, vgl. Gooß, Österr. Staatsverträge, Siebenbürgen, S. 847 ff.

diese Anerbietungen gleichsam als seine eigenen Vorschläge der Pforte zu unterbreiten. Sein Gesandter mußte bis nach Kreta reisen, weil daselbst der Großwesir gegen die Venetianer im Felde lag, aber nach Monaten kehrte er ohne Ergebnis zurück. Achmed Köprili fühlte nicht die geringste Neigung, den Frieden mit dem Kaiser für einen Krieg im Bunde mit den unzuverlässigen Ungarn zu vertauschen.

Inzwischen hatte sich seit dem Juli auch Franz Nádasdy den Malkontenten beigesellt. Als Kaiser Leopold im Dezember 1666 seine Hochzeit mit Margareta von Spanien feierte, verbanden sich seine vornehmsten ungarischen Würdenträger und Großen, Wesselényi, Nádasdy und Zrinyi in Wien aufs neue mit Brief und Eidschwur und wandten sich neuerdings an Frankreich[1]). Ja eben damals wollte der verwegene Vitnyedy den Kaiser entweder auf der Jagd oder wenn er seiner Gemahlin nach Schottwien entgegenfuhr, überfallen, nach einem Schloß an der Waag bringen und dort gefangen halten, bis er die Wünsche der Ungarn erfüllt hätte. Solche Pläne wiesen allerdings Wesselényi und Zrinyi mit Entrüstung zurück, der Palatin hätte den unbequemen Mann am liebsten beseitigt gesehen[2]).

Bald darauf am 27. März 1667 starb der lange schon kränkelnde Palatin. Er war der angesehenste und besonnenste Führer der „Interessaten" gewesen, nun blieben Zrinyi und der viel klügere, berechnende, aber selbstsüchtige und unzuverlässige Nádasdy zurück. Dieser spielte ein doppeltes Spiel, er war eingeweiht in die Pläne der Verschworenen, aber jeden Augenblick bereit sie preiszugeben, wenn es ihm und seinem heißesten Wunsche, Palatin zu werden, nützen konnte. Er scheute sich nicht, dem Kaiser selbst und dem Hofkriegsratspräsidenten Markgrafen Gonzaga über die Anschläge des verstorbenen Palatins und von den

1) Hierüber machte dann im Jahre 1672 Gremonville dem schwedischen Residenten Esaias Pufendorf Mitteilungen, vgl. Mitteilungen des Instituts XXXVII, 586 f.

2) Pauler I, 108 ff., Wolf, Lobkowitz, S. 239 ff. Mitteil. des Instituts XXXVII, 587. — Die Schauergerüchte, die dann über die Vergiftung der Brunnen bei Hof, über einen Vergiftungsversuch, den Nádasdy machte, als K. Leopold bei ihm auf Schloß Pottendorf zu Gaste war, umliefen und geglaubt wurden, lese man bei Wagner, Historia Leopoldi I, 206 ff. und Rinck, Leben und Taten Leopolds, S. 631, oder in den Memoiren des Grafen Chavagnac, S. 277 ff. Chavagnac, einem Hugenottengeschlecht der Auvergne entstammend, Konvertit, kam 1665 nach Spanien, befreundete sich mit dem außerordentlichen kaiserlichen Gesandten Franz von Lisola und wurde dadurch veranlaßt in kaiserliche Dienste zu treten. Im Herbst 1666 kam er nach Wien. Seine Memoiren schrieb er nach 1693, sie erschienen zuerst 1700.



Umtrieben in den oberungarischen Komitaten und den Verhandlungen mit den Türken Eröffnungen zu machen, um dadurch selbst im loyalsten Lichte zu erscheinen und die Einberufung eines Reichstages zu beschleunigen, welche die notwendige Vorbedingung für seine Wahl zum Palatin bildete [1]). Und bei Hofe genoß Nádasdy, der eifrige Katholik, so viel Vertrauen, daß man in der Tat gerade ihn anfangs März 1667 nach Oberungarn sandte, um die Protestanten zum Erscheinen bei einem Reichstage zu bewegen, den auch der Hof damals wegen der Krönung der Gemahlin Leopolds wünschte. Den Protestanten aber trat Nádasdy als der Eingeweihte gegenüber und stellte ihnen einen eigenen Versicherungsbrief aus. Ein verhängnisvoller Ehrgeiz leitete Nádasdy: er strebte nach dem Palatinate, als Palatin traute er sich die Macht zu, alle Wirren zu besänftigen und Ungarn gleichsam als sein Geschenk dem Hause Habsburg zu erhalten, auf daß er dann als Retter seinen Lohn finde [2]). Und dann ging er wieder hin und schrieb 1668 eine „Oratio" an die Nation, voll heftigster Anklagen gegen den „Protektor", wie Leopold stets indirekt bezeichnet wird, der anstatt das Vaterland zu schützen, es verräterisch den Türken überlieferte, dessen Ziel des Vaterlandes äußerster Ruin sei; seine Kriegsvölker helfen nicht dem bedrängten Volke, sondern berauben und verderben es und „werden es dergestalt austilgen, daß in kurzer Zeit der Name Ungarn nicht mehr sein wird". „Stehe auf", schließt er mit leidenschaftlichen Worten an das Vaterland, „zu Deiner eigenen Defension. Begehre Hilfe, wo Du solche haben kannst, sie sei wie sie wolle, sonst wird es zu spät. Unterdrücke das lumpige, auf Dir liegende Volk, versperre Deine Pässe, nimm die Grenze in Deine Hand! Machet Euch auf, Groß und Klein, Gott wird der gerechten Sache beistehen, ihm werden die Meineidigen nicht widerstehen können [3])." Wurde diese Schrift auch nicht veröffentlicht, so wurde sie dann doch bekannt.

In Wien versah man sich von den Ungarn zwar nichts Gutes, aber andrerseits nahm man die Bewegung doch nicht so ernst. Sah man doch, daß von seiten der Pforte selbst die Machinationen der Ungarn dem

1) Pauler I, 139 Anm., 177 f. Acsády, S. 240 f.

2) Schon 1668 sprachen dies ungarische Protestanten in einem Brief an Apafy aus. Katona XXXIII, 719.

3) Die Oratio ist ediert von A. Bereß im Történ. Tár 1896, S. 103 bis 112. Ich konnte auch eine im Wiener Staatsarchiv liegende deutsche Übersetzung benutzen, welche wohl während des Prozesses gemacht wurde.

Kaiser mitgeteilt wurden [1]). Der nächste Fortgang der Dinge in Ungarn schien zu bestätigen, daß eine Bewegung, die von ihren eigenen Urhebern so verlassen wurde, nicht als furchterregend zu betrachten sei.

Sie ergriff zwar einerseits noch weitere Kreise. Zrinyi war von früher her befreundet mit dem Grafen Hans Erasmus von Tattenbach, Regimentsrat in Graz, einem ebenso reichen, als eitelen Herrn, der nicht durch Tüchtigkeit, sondern nur als Lebemann sich bisher hervorgetan hatte. Im September 1667 gewann ihn Zrinyi für seine Sache, in deren Tragweite Tattenbach aber wohl kaum rechte Einsicht erhielt. Wenn Zrinyi glauben mochte, durch Tattenbach etwa in Steiermark für die Bewegung wirken zu können, so war dies eine von vornherein verfehlte Rechnung [2]). Auch sonst fanden um diese Zeit unter allerhand Vorwänden Zusammenkünfte der Unzufriedenen statt, es wurden Verbindungen in Polen anzuknüpfen versucht, mit Gremonville in der Nähe von Wien auf freiem Felde Unterredungen abgehalten, ohne daß man zu Entschlüssen kam. Auf einer zahlreich besuchten Versammlung zu Szendrö südlich Kaschau am 18. August 1668, welche Maria Széchy, die Witwe des Palatins, einberufen hatte, schien dies zu gelingen. Allerdings waren es die Extremen, die da zu Worte kamen, die um jeden Preis einmal losschlagen und die kühnsten Beschlüsse durchsetzen wollten: die Bergstädte sollten überrumpelt, eine große Geldsendung, die nächstens von Kaschau nach Wien ging, sollte aufgehoben, der Erzbischof von Gran gefangen genommen werden, Zrinyi werde aus Innerösterreich 40000 Mann aufbringen. Von all dem wurde nur der Überfall auf das Geld und den Primas vorbereitet, aber beides mißlang.

Das Scheitern dieser Anschläge und die Aussichtslosigkeit der ganzen Sache, die von Frankreich jetzt — nach dem Geheimvertrag mit Leopold vom 19. Jänner 1668 — gar nichts zu hoffen hatte, brachte eine entmutigende Wirkung unter den Verschworenen hervor. Nicht nur untergeordnete Persönlichkeiten, wie der alte verschlagene Kriegsmann Ladislaus Fekete, auch ein Stefan Barkóczy, der schon zu einem der Generale der ungarischen Armee bestimmt gewesen, ja Bory, Nagy und Maria Széchy selber, die mit Nádasdy zerfallen und von Schulden bedrängt war, sie kamen nacheinander jetzt im Herbst und Winter 1668, um Enthüllungen zu machen und sich selber zu salvieren.

1) Vgl. oben S. 247. Der vom Hofe erkaufte Oberdolmetsch an der Pforte, Panajotti, gab 1667 Nachricht von den Botschaften der Ungarn und Apafys.

2) Vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 245 f., 264 f.



Das Gewebe der Verschwörung lag so ziemlich offen da. Erzbischof Szelepcsényi von Gran riet, die Häupter der Konspiration unter verschiedenen Vorwänden nach Wien zu berufen und gefangen zu setzen. Allein die kaiserlichen Minister glaubten, wie es scheint, bestimmt durch die Anschauungen des Grafen Rottal, der früher Kommandant in Szendrö gewesen war, das ungarische Indigenat besaß und sich als Vermittler und Vertrauensmann betrachtete, es brauche die ungarische Bewegung nicht mit Gewalt unterdrückt zu werden, sondern würde, wenn die Führer gewonnen wären, wirksamer durch diese selbst zum Stillstand gebracht [1]. So wurde vom Kaiser auf den 29. April 1669 eine Versammlung der oberungarischen Komitate nach Eperjes einberufen und neben Rottal, dem ungarischen Hofkanzler Palffy und anderen Ungarn, wurde zum königlichen Kommissär auch ernannt — Peter Zrinyi. Allein die Anwesenden, fast lauter eifrige Protestanten, betrachteten diese Versammlung überhaupt nicht als kompetent, brachten in einer heftigen Denkschrift ihre alten Gravamina vor und brachen die Verhandlungen am 20. Mai ab. Konferenzen in Wien hatten auch keinen Erfolg, sondern führten nur zu noch größerer Verbitterung [2]. Zrinyi aber beschloß um dieselbe Zeit zusammen mit seinem Schwiegersohn Franz Rákóczy, einen Agenten an den König von Frankreich zu senden, um diesen wieder einmal um Subsidien zu bitten und ihm „ihre Treue bis zum letzten Blutstropfen“ zu versichern [3]. Zugleich aber bat derselbe Zrinyi mit Berufung auf seine treuen, dem Kaiser geleisteten Dienste um die Verleihung der einträglichen Stelle eines Generals von Karlstadt, und entdeckte dem Grafen Rottal alles, was er an bedenklichen Handlungen Nádasdys wußte, die er noch übertrieb, um dadurch die Verzeihung des Kaisers für sich selber zu erwirken. Nádasdy aber kam im Oktober 1669 nach Wien und wendete üble Folgen durch Beteuerung seiner reinsten Loyalität und Ergebenheit ab [4].

1) Man sehe auch die Berichte des venetianischen Gesandten Giorgi, so vom 19. Oktober und 16. November 1669, Racki, S. 46 f.

2) Berichte Giorgis, Racki, S. 39 ff. Obál, Die Religionspolitik in Ungarn, S. 201 ff., dessen Darstellung für diese Jahre keineswegs einwandfrei ist. Über die Verhandlungen mit den zu Eperjes erschienenen siebenbürgischen Delegierten vgl. Gooß a. a. O., S. 850 ff.

3) Instruktion für den Agenten vom 25. April 1669, Bogišić, S. 270, vgl. Pauler II, 234 ff.; Rákóczy unterschreibt sich als „electus princeps Transsylvaniae“.

4) Über die Aussagen Nádasdys vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 255 ff. und die berichtigende Darstellung von Pauler I, 256 f.; ferner das Schreiben des Kaisers an Lobkowitz vom 1. Dezember 1669, Archiv f. österr. Gesch. LXXX, 489.

Als Zrinyi das Generalat von Karlstadt nicht erhielt, nahm er sofort seine Intrigen gegen Hof und Regierung wieder auf. Er gewann seinen Schwager Franz Frangepan ganz für seine Pläne. Frangepan, „mehr Italiener als Kroat und mehr Kroat als Ungar" [1]), der letzte Sprosse seines alten Geschlechtes, aus persönlichen Gründen erbittert über die Regierung, beteiligte sich von jetzt an lebhaft an den Unternehmungen seines Schwagers. Dieser suchte in Polen gegen die Heirat des neugewählten Königs Michael Wisnowiecki mit der Erzherzogin Eleonore, Stiefschwester des Kaisers, zu arbeiten [2]). Er befreundete sich jetzt sogar mit dem Gedanken eines Bündnisses mit den Türken. Er sandte im November 1669 den kroatischen Edelmann Bukovatzky zum Pascha von Bosnien, von wo der Bote dann zum Sultan nach Salonichi und zum Großwesir nach Kandia ging. Der Sultan hörte die Anträge und Wünsche Zrinyis mit Wohlgefallen an: die Ungarn wollen dem Sultan huldigen und Tribut zahlen, Zrinyi und seine Nachkommen sollen als erbliche Herren der eroberten und noch zu erobernden Gebiete anerkannt werden, Franz Rákóczy als Fürst von Siebenbürgen. Der Großwesir aber mißtraute all diesen großsprecherischen Anerbietungen und wünschte keine kriegerische Verwicklung; er riet dem Sultan, von Zrinyi dessen Sohn als Geisel zu verlangen, ihn hinzuhalten und inzwischen mit einem hochtönenden Titel zu befriedigen [3]).

Bukovatzky kam Anfang März 1670 trotzdem voll eitler Hoffnungen zurück, und als der Pascha von Bosnien an Zrinyi als „Fürsten von Illyrien, Ungarn, Dazien und der Moldau und obersten Anführer des ottomanischen Heeres" schrieb, da war in den Augen eines Mannes wie Zrinyi schon alles gewonnen, er erwartete mit Sicherheit die Ankunft eines türkischen Hilfsheeres, er schrieb sofort an seinen reichen Schwiegersohn um Geld, ließ seine Bauern auffordern, bewaffnete Fußgänger oder

1) Pauler I, 262. Frangepan erhob Ansprüche auf Herrschaftsrechte über die Stadt Zengg. Gegen Verzicht darauf wollte ihm der Grazer Hofkriegsrat die Hauptmannschaft von Zengg übertragen.

2) Die Instruktion für seinen Agenten, den Dominikaner Bargigli, strotzt von Invektiven gegen Österreich und den Kaiser. Majlath, Geschichte der österreichischen Monarchie IV, 66.

3) Aussagen Frangepans vom 2. Mai 1670, von Zrinyi dann zugegeben, Racki, S. 232. 287. Bericht Giorgis auf Grund der Berichte des kaiserlichen Residenten Casanova, 22. März 1670, Racki, S. 98. Bericht des siebenbürgischen Dolmetsch Rojznyay vom Jänner 1670, Történelmi Tár 1882, S. 332 ff.



Reiter aufzustellen, suchte die „Walachen" der Grenze [1]) zu gewinnen, und bevollmächtigte Frangepan zu Verhandlungen mit den Ständen von Kroatien. Eine Anzahl von Edelleuten zwischen Mur und Drau war bereit sich anzuschließen, Zrinyi und Frangepan hofften mit diesen die schlecht versehenen kroatischen Grenzplätze zu nehmen und zählten darauf, daß die türkische Besatzung von Kanizsa einen Streifzug in die Steiermark unternehmen und Graz überrumpeln werde [2]).

Trotz alledem suchte Zrinyi sich immer noch den Weg zur Aussöhnung mit dem Kaiser offen zu halten. Im Laufe des März schickte er den Agramer Bischof Martin Borkovich, dann seinen Sekretär Forstall, einen Augustinermönch aus Irland, nach Wien. Er gab sich den Anschein, als ob es ihm nur darauf ankomme, für Kroatien genügenden Schutz gegen die Türken zu erlangen, die jetzt nach dem Frieden mit Venedig einen großen Krieg gegen Ungarn und den Kaiser planen. Ja in vollster Verkennung seiner Lage wollte er dem Kaiser noch Bedingungen stellen, als ob er wie eine ebenbürtige Macht und nicht als Schuldiger dagestanden wäre [3]). Zrinyi glaubte wohl, wie ihm schon einmal verziehen worden, dürfe er auch jetzt nur die Gnade des Kaisers anrufen und alles sei gut.

Allein die Regierung war jetzt nicht mehr geneigt, Zrinyi zu schonen. Sie hatte durch Berichte des Residenten an der Pforte, aus Kroatien, sowie aus Innerösterreich zur Genüge erkannt, daß sie jetzt unmöglich mehr ruhig zusehen und die Bewegung anwachsen lassen dürfe. Sie sah sich namentlich auch durch die schlimme Erregung in Oberungarn beunruhigt: die protestantischen Geistlichen dankten Gott von der Kanzel vor allem Volk, daß die Türken vor Kandia Frieden geschlossen haben und nun kommen werden, um Ungarn aus den Ketten der papistischen Sklaverei zu befreien. Flugschriften mit kaum verhüllten Aufforderungen zur Erhebung wurden verbreitet, eine von Rákóczy einberufene Versammlung der protestantischen Komitate zu Kaschau hatte im Februar 1670

1) So nannte man die aus türkischem Gebiet über die Grenze eingewanderten oder geflüchteten griechisch-nichtunierten Christen, meist Serben.

2) Schreiben Zrinyis an Frangepan vom 21. März 1670 und andere, Racki, S. 69. 82. 96. 101. 103.

3) Er verlangte das Generalat von Warasdin, die Grafschaften Pisino, Gottschee, Fiume und Tersazzo, eine Reihe anderer schöner Gnaden, endlich, daß der Kaiser Rákóczy gegen alle Feinde beistehe, und daß dieser „Vertrag" unter die Garantie Sachsens, Bayerns, oder des Deutschen Reichstags oder des Papstes gestellt werde. Racki, S. 114 f.



das Aufgebot von einigen tausend Mann durch die allgemeine Insurrektion „zur Verteidigung des Vaterlandes“ beschlossen[1]), eine vom Kaiser auf den 16. März nach Neusohl berufene Versammlung der Stände von ganz Oberungarn erhob die heftigsten Beschwerden und ließ sich in gar keine Verhandlungen ein[2]).

Aber in denselben Tagen machte nun die Regierung ihrerseits bitteren Ernst. In einer Sitzung der Geheimen Konferenz am 20. März 1670 wurden energische und umfassende Maßregeln beschlossen und ihre rasche Ausführung verfügt: Marsch der in Innerösterreich liegenden Regimenter gegen die kroatische Grenze und die Murinsel, von Reiterei aus Schlesien gegen den Jablunkapaß, von Truppen aus Mähren, Böhmen und Österreich gegen die Waag; in Polen sind Truppen anzuwerben, bei Mainz, Sachsen und Brandenburg die Bundeshilfe zu begehren, die Achterklärung gegen Zrinyi vorzubereiten. Um Zeit zu gewinnen, soll Zrinyi durch den Bischof von Agram mitgeteilt werden, wenn er sich selbst dem Kaiser stelle und unterwerfe, würde ihm „die Gnadenporte nicht versperrt sein“. In diesem Sinne schrieb der Kaiser selbst am 21. März an Zrinyi, nannte ihn „lieber Graf von Zrin“ und schloß: „im übrigen bleibe ich Euch in Gnaden gewogen“[3]). Zrinyi hat auf diese Worte gebaut und sich an die Zusicherung der kaiserlichen Gnade geklammert; bis in die allerletzten Stadien des Prozesses spielt dieses Schreiben eine Rolle. Aber das war nicht die Meinung der Regierung, die in diesem Falle ganz im Geiste der kalten und skrupellosen Staatsräson ihrer Zeit vorging und den Kaiser beriet[4]). Sie

1) Racki, S. 51. 56. 60. 62.

2) Obál, S. 208 ff.

3) Das Protokoll der Sitzung bei Racki, S. 84 ff., das Schreiben S. 95. An der Geheimen Konferenz nahmen Teil unter Vorsitz von Lobkowitz (Obersthofmeister) der Oberstkämmerer Graf Lamberg, der Reichshofratpräsident Graf Schwarzenberg, der Hofkriegsratspräsident Graf Montecuccoli, der Hofkanzler Freiherr v. Hocher, die Sekretäre Dorsch und Abele.

4) Die Geheime Konferenz sagt u. a. dem Kaiser: „also Euere Kaiss. Majt. ihn (Zrinyi) bona fide gar wol decipirn könnte, welcher sie (die Majestät) mala fide so nequiter decipirt hat“; sie beruft sich auf das Vorgehen Heinrichs IV. von Frankreich gegen den Herzog von Vendome, Racki, S. 86. Drei Jahre später schreibt ein Franzose in einem Bericht über den Wiener Hof: il est certain, qu'ils (Zrinyi und seine Genossen) avaient parole positive de leur liberté, mais la raison d'état l'emporta dans l'esprit des ministres sur les scrupules d'une parole et les fit retenir pour leur faire les proces. Mitteil. d. Instituts XII, 290 (ed. Pribram).



wollte vielmehr ein Exempel statuieren, sich vor allem Zrinyis versichern und die ganze Revolution im Keime ersticken.

General Spankau, ein alter erfahrener Soldat, erhielt Befehl mit den in Innerösterreich liegenden Truppen, dem Landesaufgebot und den Grenzern die Murinsel anzugreifen, Czakaturn, den Wohnsitz Zrinyis, Legrad und die anderen Orte zu nehmen und Zrinyi lebendig oder tot in seine Gewalt zu bringen. Auf Zrinyis und Frangepans Kopf wurde ein Preis gesetzt, ihre Güter als dem Fiskus verfallen erklärt. Die Würde des Banus von Kroatien wurde einstweilen dem Grafen Nikolaus Erdödy und dem Bischof von Agram mit Teilung der militärischen und richterlichen Befugnisse übertragen [1]).

Auch Regierung und Hofkriegsrat in Graz entfalteten eine eifrige Tätigkeit. Man war hier fast aufgeregter als in Wien. Durch Denunziationen von Dienern Tattenbachs war man schon seit Jänner in Spannung. Hier war der Verschworene mitten im Lande und man fürchtete einen Einbruch Zrinyis und der Türken in Steiermark. Tattenbach führte lebhafte Korrespondenz mit Zrinyi, er hatte auch den Landeshauptmann von Görz, Grafen Karl von Thurn, ins Einverständnis gezogen. Sehr bedenkliche Briefe Tattenbachs an Zrinyi wurden aufgefangen und so ließ die Grazer Regierung, ohne von Wien ausdrücklichen Befehl zu besitzen, schon am 22. März den Grafen Tattenbach verhaften und begann mit ihm die Verhöre [2]).

Auch sonst nahmen die Ereignisse einen überraschend schnellen Verlauf. Am 22. März begann auch schon der Kommandant von Karlstadt, Graf Josef Herberstein, ebenfalls ohne höhere Weisung, Operationen gegen die Aufständischen. Bukovatzky war mit einer Schar aus türkischem Gebiet über die Grenze eingebrochen, die Leute Frangepans hatten Vieh und Provianttransporte wegzunehmen begonnen, Frangepan selber wollte in Agram Anhang gewinnen. Allein es zeigte sich schnell, daß die Bewegung keinen Halt und keine Sympathien besaß. Bukovatzky zog sich schleunig wieder zurück, Frangepan richtete nichts aus, sah sich überall gefährdet und eilte nach Czakaturn zu Zrinyi. Sie sandten an den Pascha von Ofen, daß ihnen von Kanizsa aus rasche Unterstützung zuteil werde. Aber die Türken rührten sich nicht, die kaiserlichen Truppen

1) Erlässe vom 29. und 30. März, Racki, S. 119 f. 138; Pauler I, 138. 365.

2) Wolf, Lobkowitz, S. 265 ff. 270 f. 285 f.; Bericht des venetianischen Gesandten Giorgi vom 29. März, Racki, S. 125. Über den Grafen Thurn das Protokoll der Geh. Konferenz vom 9. April, Racki, S. 166.



zogen sich drohend zusammen, die Lage wurde beängstigend. Da kam Pater Forstall von Wien zurück mit den allgemeinen Versicherungen, die man ihm gegeben, und mit einem Briefe des Fürsten Lobkowitz, Zrinyi möge sich der Milde des Kaisers anvertrauen. Sofort entschlossen sich Zrinyi und Frangepan, in der Unterwerfung ihr Heil zu suchen. Am 7. April richteten sie unterwürfige Schreiben an den Kaiser und Zrinyi schickte seinen jungen Sohn als Geisel mit Forstall nach Wien.

Aber ehe noch eine Antwort eingetroffen sein konnte, drang Spankau in die Murinsel ein. Noch vor dem Erscheinen der Truppen vor Czakaturn verließen Zrinyi und Frangepan in der Nacht vom 12. auf den 13. April die Feste. Diese ergab sich am folgenden Tage ohne jeden Widerstand, Katharina Zrinyi wurde auf dem Schlosse interniert und dann mit ihrer Tochter nach Graz gebracht. Czakaturn und die anderen Besitzungen Zrinyis wurden besetzt und hierbei von Offizieren und Soldaten sehr stark mitgenommen, ebenso die Güter Frangepans an der Küste, welche Herberstein ohne Schwierigkeiten für den Kaiser in Besitz nahm [1]).

Zrinyi und Frangepan ritten nach Wien. Möglich, daß sie auf dem schweren Wege daran dachten, ob sie sich nicht nach Oberungarn schlagen sollten. Jeder Ausweg wurde ihnen abgeschnitten, als sie Graf Kéry auf seinem Schlosse festhielt und eiligst Nachricht an den Kaiser gelangen ließ [2]). Am 18. April langten sie vor Wien an, Lobkowitz ließ sie in seinem Wagen in die Stadt holen. Sie wurden interniert, ihr Schicksal war besiegelt. Aber auch das der oberungarischen Bewegung.

Für die Erregung, welche Oberungarn aufwühlte, für die Illusionen, mit denen man auf die Hilfe der Türken baute, waren die ersten Nachrichten von den Verbindungen Zrinyis mit der Pforte frische Nahrung gewesen. Am 10. März hatte Zrinyi seinem Schwiegersohne Rákóczy geschrieben [3]), der Sultan sei zur Hilfe und „zur Wahrung der ungarischen Freiheit“ bereit und verlange nur einen Tribut von 12000 Gulden;

1) Wie hierbei gehaust wurde, ergibt der Bericht der mit der Güterkonfiskation betrauten Kommissäre; Racki, S. 581 ff.

2) Vgl. den Brief K. Leopolds an Kéry vom 17. April 8 Uhr abends (Katona XXXIII, 799), der zugleich beweist, daß Zrinyi und Frangepan doch erst am 18. April nach Wien gekommen sind, nicht am 17., wie Pauler und Acsády, S. 258 annahmen.

3) Racki, S. 69. Ebenda S. 82. 101. Ähnliche Schreiben vom 20. oder 23. März; die beiden wörtlich übereinstimmenden Briefe müssen aber identisch sein und im Datum des einen oder andern wird ein Fehler stecken. Überdies scheint der „30.“ März bei Racki, S. 83 ein Druckfehler. Für das Folgende Pauler, Acsády, S. 261 ff.



um Gottes willen, ruft er ihm zu, zage nicht, schreite mutig und kraftvoll zum Werke! Am 9. April versammelten sich zahlreiche „Interessaten“ bei Rákóczy in Sárospatak und man schritt sofort zum offenen Bruche. Zufällig war gerade der Kommandant von Tokaj, Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg, der Taufpate von Rákóczys Tochter, mit mehreren Offizieren auf Besuch gekommen. Man verlangte von ihm die Übergabe der Festung, er weigerte sich natürlich und man nahm nun ihn und seine Begleiter gefangen. Rákóczy und Stefan Bocskay, Obergespan von Zemplin, wurden zu Befehlshabern erwählt, massenhaftes Volk lief zusammen, zwei Tage darauf zogen 5000 bis 6000 Mann vor Tokaj. „Gegen die Deutschen, wir brauchen keinen deutschen König, wir wollen einen Ungarn, lieber das Allah, als die Messe und das Wer da“, so scholl es durch das Land. Die Komitate ringsum erhoben sich, kleinere Festen mit ungarischen Besatzungen öffneten die Tore, der Kreiskommandant Franz Csáky zog sich auf polnisches Gebiet zurück, am 23. April wurden Truppen Strassoldos, des Kommandanten von Szatmár, bei Gombas überfallen und fast vernichtet.

Hier also standen die Dinge weit ernster als im Süden. Aber Tokaj und Szatmár hielten sich tapfer, protestantische Städte wie Kaschau und Eperjes blieben, mißtrauisch gegen den katholischen Rákóczy, zurückhaltend, von der geträumten türkischen Hilfe keine Spur, ebensowenig von Apafy; eine tüchtige und angesehene Führung fehlte, „kopflose Beine“, wie Nádasdy sagte. Da kam nun die Nachricht von der Unterwerfung Zrinyis; er selber schrieb aus Wien, sie mögen den Türken nicht trauen und sich dem Kaiser zu Füßen werfen [1]). Das war eine furchtbare Enttäuschung für die Aufständischen, eine Versammlung zu Talya beschloß am 1. Mai trotz des Widerspruches der Führer die Waffen niederzulegen. Auch hier glaubte man, daß solche Unterwerfung allein schon begründete Hoffnung auf Verzeihen und Vergessen all des Geschehenen verbürge. Ja, indem sie sich unterwarfen, kamen sie sofort wieder mit den alten Gravamina und den alten Forderungen. Als General Sporck Ende Mai mit 8000 bis 9000 Mann die Waag überschritt, fand er keinen Widerstand mehr [2]). Franz Rákóczy besaß eine

1) Bericht von Giorgi vom 26. April, Racki, S. 213 f. Die Berichte Giorgis (bei Racki) und auch Gremonvilles (bei Bogišić) aus den nächsten Monaten bringen mancherlei wertvolles Detail über die folgenden Ereignisse.

2) Einer der Kommandanten unter Sporck war Graf Chavagnac, der in seinen Memoiren, S. 282 ff. über diesen Zug spricht. Dürfte man seinen oft sehr unverläßlichen

energische und wirksame Fürsprecherin an seiner Mutter Sophia Báthory, die wegen ihres katholischen Konvertiteneifers bei Hofe und bei den Jesuiten in hohen Gnaden stand. Er hatte Starhemberg freigelassen, die gewonnenen Plätze zurückgestellt, am 20. Juni mußte er sich verpflichten, in Sárospatak und Ecsed kaiserliche Besatzungen aufzunehmen und, nach weiteren Verhandlungen, noch eine sehr bedeutende Summe zu zahlen. Maria Széchy, die Witwe Wesselényis, übergab am 9. August das Felsenschloß Murany dem Prinzen Karl von Lothringen, lieferte alle ihre Schriften aus und machte gleichwie ihr Vertrauter Nagy umfassende Geständnisse [1]). Im August kehrten die Kavallerieregimenter bis auf zwei in ihre böhmisch-mährischen Quartiere zurück. Ungarn war in der Gewalt des Kaisers wie noch nie.

Am 26. März 1670 hatte Leopold an den Grafen Pötting nach Spanien über den Beginn der Unruhen geschrieben: Ich hoffe, Gott wird mir beistehen und will sie schon ad mores bringen und auf die Finger klopfen, bis die Köpf wegspringen sollen. Am 9. April: Hoffe es aut bonis aut malis bald völlig zu End zu bringen. Am 22. Mai: Die hungerischen Sachen sein in gueten statu, ich will mich aber der Occasion bedienen und in Hungern die Sachen anderst einrichten. Am 4. Juni: Hoffe ex inimico salutem zu schöpfen [2]). Aus diesen vertraulichen Äußerungen erhellt des Kaisers Urteil, daß die Auflehnung gebührend geahndet werden müsse und daß sie Grund genug biete, um in Ungarn anders aufzutreten. So dachten auch die maßgebenden Minister, sowie die hervorragendsten ungarischen Würdenträger wie der Primas Szelepcsényi, der Hofkanzler Palffy. Mochten auch anfänglich Lobkowitz und Szelepcsényi ein milderes Vorgehen befürworten [3]), irgendein Rechtsverfahren gegen die Verschworenen und Aufständischen war unausweichlich und so nahmen die Dinge ihren Lauf.

Die Leitung der Untersuchung gegen Zrinyi und Frangepan wurde dem Hofkanzler Hocher übertragen, dem Christof Abele, Hofsekretär und

Erinnerungen glauben, so hat er die Witwe Wesselényis dazu gebracht, ihre Schriften durch ihren Sekretär Nagy auszuliefern, und er hat das feste Arva, das Schloß der Thököly, genommen, vgl. unten S. 269. Eine sehr kuriose Geschichte erzählt Chavagnac von seinem Aufenthalt in Eperjes.

1) Maria Széchy blieb auf Murany gefangen und wendete sich am 7. Okt. 1670 an Montecuccoli um seine Fürbitte bei dem Kaiser. Originalbrief in der Wiener Hofbibliothek, Autographen.

2) Privatbriefe K. Leopolds I. an Pötting II, 74. 76. 84. 86. 91.

3) Nach den Berichten Giorgis vom 26. April und 7. Juni, Racki, S. 212 f. 269.



Protokollführer der Geheimen Konferenz zur Seite stand. Hocher begann am 23. April mit dem Verhör des ebenfalls gefangenen Stallmeisters Zrinyis, Rudolf von Lahn, eines jungen Rheinländers. Im Mai überreichten Zrinyi und Frangepan Rechtfertigungsschreiben an den Kaiser, im Juni, Juli und August wurden sie eingehenden Verhören unterzogen [1]). Sie versuchten zu leugnen und zu entschuldigen, wurden aber durch ihre eigenen Schriften und Briefe überwiesen. Jeder wollte sich dadurch retten, daß er dem andern die Schuld zuschob; Zrinyi seinen Schwager als seinen Todfeind erklärte, der ihn zu allem angestiftet habe, Frangepan aber Zrinyi als einen einfältigen Menschen, den nur er vor dem Äußersten habe zurückhalten können. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß nun ein förmlicher Prozeß eingeleitet wurde.

Aber nicht gegen diese beiden allein. Auch Nádasdy war neuerdings verdächtig geworden und der Kaiser war schon anfangs August zu seiner Verhaftung entschlossen [2]). Jene äußerst kompromittierende „Oratio“ wird dem Hofe bekannt geworden sein; die Aussagen Maria Széchys und Franz Nagys, die Papiere, welche man auf Schloß Murany fand, zeigten, daß Nádasdy auch nach der im November 1669 erhaltenen Verzeihung in Verbindung mit den „Interessaten“ in Oberungarn geblieben war. Nádasdy war bisher unbehelligt auf seinem Schloß Pottendorf nordöstlich Wiener Neustadt gesessen, allerdings durch die Vorgänge der letzten Monate stark beunruhigt [3]). Nach Beschluß der Geheimen Konferenz vom 1. September wurde er am frühen Morgen des 3. September in Pottendorf gefangen genommen und nach Wien gebracht. Man glaubte jetzt gerade in ihm den Haupturheber der ganzen Verschwörung gefaßt zu haben [4]). Wohl um jede gegenseitige Verständigung zu hindern, wurden die anderen beiden Gefangenen nach Wiener Neustadt überführt. Auch gegen Nádasdy leitete Hocher die Untersuchung, am 18. September

1) Erstes Verhör Lahns bei Racki, S. 206; die Rechtfertigungen (nicht Verhöre) Racki, S. 226—239. 244 f.; die Verhöre vom 26. Juni, 24. Juli, 18. August Racki, S. 279 ff 311 ff.; Zrinyis weitere Eingaben ib. 297 ff. 315 ff 333 ff.; zweites Verhör Lahns am 31. August, ib. 328 ff

2) Erhellt aus einer Äußerung der Kaiserin-Witwe Eleonore zu Gremonville, Bogišić, S. 172.

3) Er hatte wertvollen Hausrat nach Venedig schaffen lassen. Racki, S. 333.

4) K. Leopold schreibt am 10. Sept. an Pötting: Nadasdy quasi principalis autor licet valde secretus dieser ungrischen Unruhe. Privatbriefe II, 105. Über die Verhaftung Nádasdys die Berichte Giorgis, Racki, S. 341, und Gremonvilles, Bogišić, S. 171 f. Über den Prozeß gegen ihn vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 295 ff.

war das erste Verhör, am 10. Oktober das zweite, nachdem inzwischen Nádasdy weitere Aussagen gemacht hatte. Gebrochen fiel er Hocher zu Füßen, er gestehe alles, er flehe nur um des Kaisers Gnade, aber nicht er, sondern Nikolaus Zrinyi und Erzbischof Lippai und die zwei Weiber, die Széchy und Katharina Zrinyi, hätten alles angefangen; wäre er Palatin geworden, so hätte er alles in Ordnung gebracht.

So wurde der formale Prozeß gegen die drei Magnaten begonnen. Es wurde ein außerordentlicher Gerichtshof (judicium delegatum) eingesetzt mit Hocher als Vorsitzendem und elf Mitgliedern, die dem Reichshofrat, dem Hofkriegsrat und der niederösterreichischen Regierung entnommen waren. Kein Ungar war dabei. Der ungarische Hofkanzler Graf Thomas Palffy wies darauf hin, daß nach ungarischem Recht nur der Reichstag befugt sei, über ungarische Adelige zu urteilen, allein Szelepcsényi und mit ihm die Geheime Konferenz entgegneten, daß Rebellen auch außerhalb des Reichstags und außerhalb Ungarns der Prozeß gemacht werden könne [1]). Der niederösterreichische Kammerprokurator Dr. Frey wurde mit der Anklage betraut, die Magnaten bekamen Verteidiger. Im November übergab Frey die Anklageschrift, dann folgten die Verantwortungen der Angeklagten, die Repliken Freys und der Verteidiger. Es war den Magnaten unmöglich die Hauptanklagepunkte zu entkräften, die hochverräterischen Verbindungen und Anerbietungen bei den Türken, Aufreizung, Vorbereitung und Beginn der Rebellion. So bestritten denn Zrinyi und Frangepan in ihrer Duplik nur mehr die Zuständigkeit des Gerichtshofes, Zrinyi berief sich auf die ihm zugesicherte Verzeihung, Frangepan und Nádasdy ergaben sich unbedingt der Gnade des Kaisers [2]).

Der Gerichtshof erklärte einstimmig alle drei Angeklagten der Majestätsbeleidigung, der Rebellion und des Hochverrates schuldig und verurteilte Nádasdy am 8., Frangepan am 11. und Zrinyi am 18. April 1671 zum Tode und zur Einziehung aller ihrer Güter. Die Urteile wurden einer Konferenz der obersten Würdenträger vorgelegt. Am

1) Protokoll der Geh. Konferenz vom 10. Oktober, Racki, S. 364. Die Einwände der Angeklagten gegen die Kompetenz des Gerichtes wurden damit zurückgewiesen, daß Nádasdy auch Landstand von Österreich und als Geheimer Rat und Kämmerer dem Kaiser zur Treue verpflichtet sei, daß Zrinyi und Frangepan als Kämmerer und innerösterreichische Landstände, letzterer auch als Mitglied des innerösterreichischen Hofkriegsrates den österreichischen Gesetzen unterliegen. Racki, S. 511 520.

2) Die ganzen Aktenstücke des Prozesses gegen Zrinyi und Frangepan bei Racki, S. 375—407. 415—430. 438—464. 466—511; bezüglich Nádasdy die Auszüge bei Wolf, S. 305, und Pauler II, 278.



21. April beriet sie den ganzen Tag, erklärte einstimmig, daß die Prozesse ordnungsmäßig geführt seien und gegen das Urteil vom Rechtsstandpunkt kein Einwand erhoben werden könne. Doch sprach sich eine kleine Minorität mit Rücksicht auf die Verdienste der Vorfahren Zrinyis und auf das kaiserliche Handschreiben vom 21. März 1670 für seine Begnadigung zu lebenslänglichem Kerker aus. Eben wegen dieses Briefes war im Volke viel „Geschrei" herum, daß der Kaiser Zrinyi Pardon versprochen habe. Allein die große Majorität entschied für die Ausführung des Urteils [1]). Am 25. April wurde in einer Konferenz unter dem Vorsitze des Kaisers das Urteil einstimmig bestätigt: Abhauen der rechten Hand, dann Enthauptung. Am 28. April fanden nochmals letzte Verhöre statt, um die Namen von Mitverschworenen zu erfahren, doch ohne neues Ergebnis. Am 29. April milderte der Kaiser, der nach Laxenburg gefahren war und alles dem Fürsten Lobkowitz überlassen hatte, das Urteil, indem er das Abhauen der Hand erließ. Die Unglücklichen hatten noch immer auf Gnade gehofft. Jetzt, als ihr Geschick unerbittlich entschieden war, fanden sie in den letzten schweren Stunden eine würdige Haltung. Am 30. April wurde Nádasdy in Wien im Rathaus, Zrinyi und Frangepan zur selben Stunde in Wiener Neustadt gerichtet. „Obwohlen ich sonsten nit gar bös bin, so muß ich es diesmal per forza sein", hatte der Kaiser am 22. April geschrieben [2]). „Nichts war mehr strafbar als diese Verschwörung", sagt ein französischer Berichterstatter dieser Zeit, „indes hätte der Kaiser sie begnadigt, wenn er nicht durch seine Minister zur Festigkeit genötigt worden wäre, welche ihm vorstellten, wie folgenreich die Bestrafung wirken müsse" [3]).

Die vom Staate eingezogenen Güter der Magnaten waren sehr groß. Das jährliche Einkommen der Herrschaften Nádasdys in Ungarn und

1) Das Votum des Gerichtes vom 18. März und die Berichte über die Konferenz an den Kaiser bei Racki, S. 527. 530—542. Gremonville bemerkt, besonders Lobkowitz und der Oberstburggraf Martinitz hätten sich für strenge Bestrafung ausgesprochen. Bogišić, S. 196.

2) Privatbriefe II, 157, auch die Äußerung vom 6. Mai: endlich hab ich müssen dem Recht sein Lauf lassen, ib. 161. Vgl. auch die Schreiben Leopolds an Lobkowitz vom 28. und 29. April, Archiv f. österr. Geschichte LXXX, 493.

3) Mitteil. d. Instituts XII, 291. Der venetianische Gesandte Giorgi spricht am 2. Mai von der „lodevole necessaria giustizia", Racki, S. 589. Ein charakteristisches Dokument für die scharfe Auffassung in Regierungskreisen ist das von Firnhaber im Archiv f. österr. Gesch. VIII, 68 ff. herausgegebene Gutachten, worüber ich in Beiträgen zur neueren Gesch. Österreichs (1908) IV, 119 ff. gehandelt habe.



Österreich belief sich auf mehr als 189 000 Gulden. Minder bedeutend, aber immerhin ansehnlich waren Zrinyis Güter auf der Murinsel und in Kroatien, Frangepans Schlösser und Besitz an der kroatischen Meeresküste[1]. Dem Sohne Zrinyis wurde sein mütterliches Erbe belassen, von den elf Kindern Nádasdys erhielt jedes 15 000 Gulden. Zrinyis Witwe, die in Graz interniert gehalten worden, starb krank und gramgebrochen im November 1673, Frangepans Gattin hatte sich auf venetianisches Gebiet geflüchtet und starb als Äbtissin in Rom, das Geschlecht war erloschen[2].

Aber noch ein Genosse der Verschwörung harrte seines Schicksals, Graf Tattenbach, der auf dem Schloßberg in Graz gefangen saß[3]. Nachdem er vom März bis Juli 1670 mehreren Verhören unterzogen worden, ward auch gegen ihn ein förmlicher Prozeß begonnen, den die innerösterreichische Regierung zu leiten hatte. Neben seinen eigenen Aussagen und Briefen belasteten ihn besonders die Bekenntnisse von Zrinyis Stallmeister Rudolf von Lahn[4]; sein übles Vorleben kam erschwerend dazu. Das Einverständnis mit Zrinyis Plänen, die Absicht, einen Einfall in Steiermark mit seinen Bauern zu unterstützen, war unzweifelhaft erwiesen. Dennoch fand die Grazer Regierung in ihrem Urteil vom 9. Oktober den vollen Beweis für das Verbrechen des Hochverrates nicht erbracht und verhängte nur eine außerordentliche Geldstrafe, Fortdauer der Haft und Entlassung aus dem Staatsdienst. Aber der Geheime Rat in Graz erkannte am 1. April 1671 auf Schuld des Hochverrats, Todesstrafe und Güterkonfiskation. Der außerordentliche Gerichtshof in Wien entschied im gleichen Sinn und der Kaiser bestätigte das Urteil. Am 1. Dezember 1671 fiel auch Tattenbachs Haupt unter dem Schwerte des Henkers. „Ich hab es nit gern getan", schreibt der Kaiser am Tage darauf, „allein ne Hungari possunt credere Germanis omnia condonari, illos solum plecti, und damit auch die Erblande ein Exempel haben,

1) Majlath IV, 93 Anm. 1. Bericht über die Güterkonfiskationen bei Racki, S. 556—586.

2) Wolf, Lobkowitz, S. 330 ff., Berichtigungen bei Pauler II, 352 f. 358. 407 f., auch über das Schicksal der Kinder.

3) Krones, Aktenmäßige Beiträge z. Geschichte des Tattenbachschen Prozesses, Mitteil. d. histor. Vereins f. Steiermark (1863) XII, 83 ff., Wolf, S. 285 ff. 318 ff. Über die letzten Tage Tattenbachs der Bericht seines Beichtvaters bei Katona XXXIII, 892 ff.

4) Besonders bei dem Verhöre vom 21. August 1670. Racki, S. 328.



hab ich es müssen geschehen lassen [1]." Der mit Tattenbach in die Verschwörung verwickelte Graf Karl von Thurn, der auch anderer Verbrechen geziehen wurde, war entflohen. Er wurde für schuldig erklärt, seine Güter wurden eingezogen. Als er später in die Hand der Regierung fiel, wurde er gefangen gesetzt und blieb bis zu seinem Tode (1689) auf dem Schloßberg in Graz in Haft.

Ein Exempel wollte man auch in Ungarn selber statuieren. Nachdem ganz Oberungarn vor den Truppen Spocks und Heisters sich gebeugt, sandte die Wiener Regierung im August 1670 eine Kommission nach Leutschau, die unter dem Vorsitz des Grafen Rottal sich mit den Komitaten wegen des Unterhaltes der Truppen zu beraten, namentlich aber die Untersuchung gegen die Schuldigen einzuleiten hatte. Im November verlegte die Kommission ihre Tätigkeit nach Preßburg. Doch waren ihr vielfach die Hände gebunden, da hinter ihrem Rücken die ungarische Hofkanzlei in Wien Befehle aller Art erließ und zahlreiche Verhaftungen und Konfiskationen anordnete. Diese nahmen einen erschreckenden Umfang an. Die auf Schloß Murany gefundenen Papiere, die Angaben Maria Széchys und Franz Nagys, die Verdächtigungen besonders gegen protestantische Adelige, Prädikanten und Lehrer führten zu zahllosen Anklagen, so daß zu Beginn des Jahres 1671 mehr als 2000 Personen in ganz Ungarn in Gefangenschaft geschmachtet haben sollen [2]. Viele flüchteten auf siebenbürgisches oder türkisches Gebiet. Eine damit zusammenhängende Episode muß kurz erwähnt werden.

Auch gegen den Grafen Stefan Thököly, den reichsten Magnaten im nordwestlichen Ungarn war ein Haftbefehl ergangen. Er war Protestant, hatte sich geweigert, in seine Burgen deutsches Kriegsvolk aufzunehmen und stand im Verdacht, an der Verschwörung teilgenommen zu haben, obwohl er sich nie viel mit politischen Dingen beschäftigt, sondern lieber dem Wohlleben ergeben hatte. Jetzt zog General Heister gegen das Felsenschloß Arva im obersten Waagtale, wo Thököly todkrank lag und noch vor dem Beginn der Belagerung am 4. Dezember 1670 starb. Seine Leute übergaben die Burg, sein junger Sohn Emmerich Thököly, der Mann der Zukunft, war, vom Vater früher fortgeschickt, nach Likawa und von dort in die siebenbürgische Marmaros entkommen.

1) Privatbriefe II, 202. Die Herrschaften Tattenbachs in Steiermark zog der Kaiser ein, die Grafschaft Reinstein im Harz der Kurfürst von Brandenburg als Lehen des Hochstifts Halberstadt. Wolf, S. 329.

2) Pauler II, 206.



Auf Arva wurden die Schätze Thökölys mit Beschlag belegt, man sprach von einem Wert von drei Millionen.

Eben um diese Zeit entschied man sich endgültig über das weitere Vorgehen. Wieder hatte Graf Rottal für Verbindung von Milde und Strenge, Einberufung des Reichstages und Wahl eines Palatins und Gnade für die Aufständischen gesprochen. Aber der Primas Szelepcsényi war es hauptsächlich, der dagegen eiferte und eine solche Politik für schädlich, ja unwürdig erklärte. Diese Haltung stimmte nun freilich mit den Ansichten der maßgebendsten Ratgeber der Krone überein und so entschied sich der Kaiser [1]). Am 21. Dezember 1670 wurde auch in Preßburg ein außerordentliches Gericht eingesetzt, welches gegen alle an Verschwörung und Aufstand Beteiligten, seien sie im Lande oder geflüchtet, die Untersuchung zu führen und das Urteil zu fällen hatte. Den Vorsitz führte Rottal, die übrigen zwölf Mitglieder waren alle Ungarn, denen zwei Wiener Juristen als Berater für verwickelte Rechtsfragen beigegeben wurden [2]).

Der erste Prozeß begann am 26. Februar 1671 und bis zum 18. Juli wurden mehr als 200 Angeklagte abgeurteilt. Viele von denen, die in der ersten Hitze eingekerkert worden, erhielten teils bedingungslos, teils gegen Bürgschaft die Freiheit. Das Gericht erklärte nach ungarischem Rechte vorzugehen, doch es faßte am 10. April einen Beschluß, der nicht den gesetzlichen ungarischen Bestimmungen entsprach: es sollte das ganze Vermögen von Rebellen konfisziert und den Kindern und Brüdern nichts gelassen werden; es waren gerade die Ungarn Szelepcsényi und der Personal Majthenyi und mit ihnen Graf Rottal, welche gegen die Bedenken der richterlichen Beamten erklärten, daß man bei so schweren Verbrechen eine Ausnahme machen müsse [3]).

Es wurden mehrere Todesurteile gefällt, aber nur eines vollzogen [4]). Am 30. April 1671 wurde zu Preßburg Franz Bonis enthauptet, Führer

1) Bericht des Venetianers Giorgi über die Meinungsverschiedenheiten. Racki, S. 412ff.

2) Pauler II, 232. 261.

3) Pauler II, 309ff.

4) Die Hinrichtung des alten Prädikanten Nikolaus Drabitius am 16. Juli 1671 hing nicht unmittelbar mit dem Aufstande zusammen, sondern erfolgte wegen seines Buches „Lux in tenebris". Es enthielt Prophezeiungen und Visionen des von chiliastischen Phantasien beherrschten Mannes, der den nahen Untergang des Papsttums und der Habsburger voraussagte. Amos Comenius hatte die Prophezeiungen Drabiks ins Lateinische übersetzt und 1657 und 1665 herausgegeben. Vgl. Obál, S. 14ff. und 223ff.



der Zempliner Malkontenten, der noch zuletzt „gegen die Deutschen und den König“ Truppen zu sammeln versucht hatte. Auch gegen Vitnyedy, Stefan Thököly und Franz Csáky wurden Prozesse geführt, obwohl sie gestorben waren — aber es handelte sich um ihre Güter. Diejenigen, welche, zu bestimmtem Termin vorgeladen, nicht erschienen, wurden in contumaciam verurteilt, es traf Hunderte. Das Preßburger Gericht schloß am 18. Juli seine Tätigkeit, an seiner Stelle wurde ein aus Ungarn und Deutschen gemischtes Gericht in Wien eingesetzt, das die Prozesse zu beenden und die noch nicht bestätigten Urteile zu revidieren hatte. Dies geschah in den nächsten Monaten. Vier Todesurteile wurden zu Gefängnis gemildert, andere wurden zu unbestimmter Haft verurteilt, viele verloren zwei oder ein Drittel ihres Vermögens oder hatten eine Geldstrafe zu zahlen. Maria Széchy wurde in Wien interniert und erhielt vom Hof eine Pension von 1500 Gulden. Franz Nagy, der durch seine Aussagen wiederholt wichtige Dienste geleistet, Zrinyis Stallmeister Rudolf von Lahn und manche andere wurden freigelassen [1]).

Diese ganzen aufregenden, blutigen Ereignisse, diese Prozesse, diese Urteile der Jahre 1670 und 1671 erzeugten in Ungarn für den Augenblick wohl äußerliche Ruhe, aber im stillen eine dumpfe Gärung. Die leidenschaftlichen Gemüter der Magyaren warfen dem Wiener Hofe, den Ministern und dem Kaiser Wortbruch, Blutgier und Grausamkeit vor. Man habe den Magnaten, insbesondere Zrinyi Gnade versprochen, aber nicht gewährt, so könne überhaupt kein Glauben mehr geschenkt, kein Vertrauen gehegt werden. Die Besten der Nation seien unschuldig hingeopfert worden, um das ganze Volk zu knechten. All dies, sagt ein französischer Beobachter dieser Jahre, „trug vollends dazu bei, die Ungarn zu erbittern und das Herz dieser wilden und ungetreuen Nation mit dem allergrößten Haß gegen den Kaiser und die Regierung zu erfüllen, sie ganz zur Empörung reif und alle Mittel versuchen zu machen, um sich zu rächen und einen andern Herrn zu gewinnen“ [2]).

Im Lichte der strengen Justiz und der eisernen Staatsräson durften jene Prozesse und Urteile als gerechtfertigt erscheinen, war das Schicksal

1) Diese und einige andere nennt Mathias Abele (der Bruder Christofs v. Abele) in seinem originellen Buche „Künstliche Unordnung“ im 3. Bd., S. 324 f., der 1671 geschrieben wurde.

2) Mitteil. des Instituts XII, 291.



der Hauptpersonen nicht zu hart [1]). Ging nicht auch Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg in eben diesen Zeiten mit Ausnahmsgericht, Folter, ewigem Gefängnis und Todesstrafe gegen die Führer der preußischen, ständischen Opposition vor? Haben wir nicht hier wie dort auf tiefern Grund und Zusammenhang zu achten, der dem Historiker und der Nachwelt solch harte und sicherlich tragische Konflikte nicht als bloße Willkür erscheinen läßt? Wir spüren in ihnen den ehernen Tritt der allgewaltig in Europa vorwärtsschreitenden absoluten Monarchie. In Frankreich, in Dänemark, in Brandenburg-Preußen war dieser Kampf schon siegreich entschieden zu Gunsten der modernen Idee der absoluten Staatsgewalt, in den Ländern der deutschen Habsburger selber hatte er bereits einen entscheidenden, folgenschweren Sieg errungen in Böhmen. Jetzt schienen auch in Ungarn die Dinge reif, um auch dieses Land durch ein strafferes Regiment energischer dem übrigen Machtgebiet des Hauses Österreich einzufügen. Und wie überall gerade die fähigsten Köpfe sich in den Dienst des monarchisch-absoluten Staates stellten, so waren es auch in Österreich die bedeutendsten Staatsmänner, die nunmehr entscheidend die Politik gegen Ungarn bestimmten, Lobkowitz, Montecuccoli und Hocher.

Von Montecuccoli besitzen wir eine Denkschrift, in der er in seiner ganzen methodischen Weise und theoretischen Schärfe gewissermaßen das Programm für die Politik gegenüber Ungarn entwickelt [2]). Die unbändige und unbotmäßige Natur der Ungarn könne nur mit eiserner Strenge im Zaum gehalten werden. Hierzu bedarf man der rechten Gesetze und der Waffen; denn Gesetze ohne Waffen haben keine Kraft, die Waffen ohne Gesetze entbehren der Billigkeit. So sind denn die widerspruchvollen ungarischen Gesetze zu verbessern, das Amt des Palatins ist abzuschaffen und durch einen Statthalter oder Gouverneur zu ersetzen. Man dulde keine andere Religion als die katholische, denn die Glaubenseinheit läßt die gefährlichsten Spaltungen und allen Aufruhr vermeiden. Jeder ohne Unterschied trage zur Erhaltung der Truppen bei, warum sollen alles

1) Das Folgende habe ich bereits in den Beiträgen z. neueren Gesch. Österreichs (1908) IV, 124 ff. ausgeführt.

2) „L'Ungheria nell anno 1677", in Übersetzung in Ausgew. Schriften Montecuccolis III, 421—471. Der Zusatz „im J. 1677" steht nicht in der Originalhandschrift und paßt auch nicht durchwegs zum Inhalt. Vollendet ist die Schrift allerdings wohl erst 1677, allein die in ihr niedergelegten Anschauungen waren längst Montecuccolis Überzeugung, der seit den Feldzügen von 1661 bis 1664 die ungarischen Verhältnisse kennen gelernt hatte, aber allerdings kein Freund der Ungarn war.



die Erbländer zahlen? Die nötigen Beschlüsse möge ein Reichstag in Preßburg fassen. Um aber all dies durchführen zu können, müssen die nötigen militärischen Maßregeln getroffen werden. Eine Reihe von Plätzen muß in starke Festungen verwandelt, die Grenzschlösser der Adeligen dagegen abgetragen werden. In Oberungarn ist ein Heer von 9000 Mann deutscher Truppen zu unterhalten und mit allem Nötigen zu versehen. Dies ist das allererste und dringlichste, das andere kann nachfolgen. Und wenn die Ungarn sich auch zuerst dagegen sträuben und neue Umtriebe versuchen wollten, so werden und müssen sie sich fügen. Man darf aber nicht bloß einen kräftigen Anfang machen, sondern muß das Werk auch kraftvoll durchführen. Und es wird dem Kaiser zum Ruhme gereichen, Ungarn eine erbliche und starke Regierung verschafft, es von der Ketzerei gereinigt und wirklich zur Vormauer der Erbländer und der Christenheit gemacht zu haben.

Und wenn, so heißt es in dem Gutachten eines anderen der Regierung nahestehenden Mannes aus dem Ende von 1670 oder Beginn 1671 [1]), die Privilegien Ungarns entgegenhalten werden, so ist zu erwidern, daß, wie alle Politiker lehren, im Falle der Not, wo es das Heil des Staates erfordert, solche Freiheiten nicht beachtet werden können, und daß sie vor allem von jenen nicht vorgeschützt werden dürfen, welche durch Friedensbruch und Aufruhr alle Rechte verwirkt haben. Und nachdem auch diese Denkschrift eine starke deutsche Truppe in Ungarn als Notwendigkeit bezeichnet, hofft der Verfasser: nach und nach werden sich die Ungarn an den deutschen Soldaten und an die Deutschen, die sie jetzt verwünschen, gewöhnen, sie werden deutsche Sitten und Kleider annehmen und die deutsche Sprache lernen. Genau ebenso urteilten Männer wie der Markgraf Hermann von Baden oder der Reichsvizekanzler Graf Königsegg [2]).

Auch den Kaiser hatten seine Berater und die Erfahrungen der letzten Jahre ganz in dieser Richtung bestimmt [3]).

1) Archiv. f. österr. Gesch. VIII, 69; in Beitr. z. neueren Gesch. Österreichs (1908) IV, 119ff. zeigte ich, daß dieses Gutachten nicht von Hocher herrührt, dem es zugeschrieben wurde, sondern daß es von einem beim Reichstag in Regensburg weilenden Vertreter oder Anhänger Österreichs verfaßt wurde.

2) Vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 588.

3) Vgl. schon oben S. 264, dazu noch Leopolds Äußerung vom 6. Mai 1671: itzt sein die Hungern ziemlich ruhig und hoffe ich bald alles in ganz andern Stand zu bringen. Privatbriefe II, 161.



Man begann alsbald im Sinne dieser ganzen Politik vorzugehen. Um das Land durch ständige Besatzungen in Ruhe zu halten, sollte Ungarn selber die Mittel dazu liefern durch eine allgemeine Steuer. Da eine Magnatenversammlung, welche Graf Rottal im Jänner 1671 nach Preßburg berief, nicht das erwünschte Entgegenkommen zeigte, erließ der Kaiser am 21. März „aus kaiserlicher Machtvollkommenheit" den Befehl, daß jedes Komitat und jede Stadt die auf ihrem Gebiete liegenden Soldaten selbst verpflegen solle[1]). Im Juni wurden zwar die Lieferungen schon auf die Hälfte herabgesetzt, aber trotz aller Gegenbemühungen der Magnaten bestimmt, daß nur die Hälfte der Last die Bauern, die andre Hälfte aber die Adeligen tragen sollen[2]). Um den Unterhalt der Soldaten zu sichern und eine gewisse Ordnung in das Abgabenwesen zu bringen, wurde durch kaiserlichen Erlaß vom 14. Dezember 1671 eine Verzehrungssteuer auf Fleisch und Getränke eingeführt. Und um eine energische Durchführung dieser neuen und natürlich sehr verhaßten Maßregeln zu ermöglichen, wurde statt des Grafen Stefan Zichy am 15. Februar 1672 der Bischof von Wiener-Neustadt, Leopold Graf Kolonitsch, zum Präsidenten der ungarischen Hofkammer in Preßburg ernannt.

Mit diesen Steuerausschreibungen, die eines Reichstagsbeschlusses bedurft hätten, war der Weg zum Absolutismus in Ungarn betreten. Bald schritt man weiter[3]). Am 30. März 1672 erhielt Fürst Lobkowitz vom Kaiser den Auftrag, „in höchster Enge und Geheim" eine Konferenz einzuberufen, welche über die Frage, ob in Ungarn ein neues Gouvernement einzuführen sei, und über alles, was damit zusammenhängt, beraten sollte. Lobkowitz berief den Oberstkanzler von Böhmen Grafen Hans Hartwig von Nostitz, den Hofkanzler Hocher, den Hofkriegsrat Johann von Gräffenberg, den Sekretär Christof Abele. Montecuccoli fehlt — es herrschte zwischen ihm und Lobkowitz eine stille Spannung und Rivalität[4]). Im April und Mai fanden nun eifrige Beratungen statt. Über die prinzipielle Frage, inwieweit die Ungarn als ganze Nation sich empört und daher ihre Freiheiten verwirkt hätten, verlangte Leopold auch das Gutachten einer theologischen Kommission;

1) Pauler II, 241 ff.

2) Pauler II, 373 ff.

3) Für das Folgende vgl. Wolf, Lobkowitz, S. 340 ff. Acsády, S. 316 ff.

4) Man sehe Montecuccolis Vortrag beim Kaiser im August 1670, Ausgew. Schriften III, 391; vgl. auch die Äußerung des französischen Berichterstatters von 1672, Mitteil. d. Instituts XII, 283 f.

nicht minder wurde P. Emmerich Sinelli befragt. Die Theologen und Hofjuristen waren über den Verlust der ungarischen Freiheiten einig, der Kaiser aber schien trotzdem über diesen Punkt nicht beruhigt. Theoretisch ging man überhaupt bis zu den letzten Konsequenzen. Die bei den Beratungen deutlich ausgesprochenen Endziele waren die Anerkennung des Erbrechtes der Dynastie auf Ungarn, die allgemeine Einführung der katholischen Religion und die Ausrottung der Ketzerei, die Beseitigung des Palatinats und der ständischen Gewalt und die Aufrichtung einer absoluten Regierung. Um nicht zu gefährlicher Opposition zu reizen, möge aber von all dem nicht gesprochen, diese prinzipiellen Fragen nicht berührt werden, wenn man auch tatsächlich schon recht weit gehen könne.

Als das dringlichste erschien die Einsetzung einer neuen Regierung, die Ordnung der Justiz und Verwaltung, die Befriedigung der Truppen. Ein Gubernium mit deutschen und ungarischen Räten und einem Gubernator an der Spitze sollte die Geschäfte, auch die militärischen, vereinigen, es sollte das von Wien abhängige Organ zur Einrichtung der ungarischen Dinge nach böhmischem Muster werden. Der bisherige Statthalter in Ungarn, Primas Szelepcsényi, wurde pro forma um seine Meinung befragt. Man erwartete seinen Protest, der auch nicht ausblieb. Man ließ sich durch seinen Hinweis, daß eine solche Umgestaltung niemals ohne Beschluß des Reichstages erfolgen könne, und durch seine Befürchtung, der Versuch werde traurig enden, nicht irre machen. Um so weniger, als Szelepcsényi sich bald dadurch beruhigen ließ, daß ihm wie bisher die Justiz überlassen blieb. Die Dinge wurden beschleunigt durch den Einfall der ungarischen Emigranten im Sommer und Herbst 1672, der im Nordosten Ungarns eine neue Sachlage schuf und neue Gefahren erwarten ließ. Als Gubernator wurde der Hochmeister des Deutschen Ordens, Johann Kaspar von Ampringen ausersehen. Er war in Ungarn geboren, hatte in Kandia gegen die Türken gefochten, war ein erprobter Kriegsmann, ehrenhaft, verständig, wohlwollend, als Hochmeister reichsfürstlichen Ranges. Am 27. Februar 1673 erfolgte seine Ernennung[1]), im März ward er in Preßburg feierlich als Gubernator des Königreiches Ungarn und seiner Nebenländer installiert, das Ratskollegium und die Kanzlei des Guberniums wurde eingerichtet, für alles eine genaue Instruktion erlassen.

1) Das Dekret bei Katona XXXIV, 103 ff.



Allein dieses ganze Gubernium war ein totgeborenes Geschöpf. Es sollte eine neue Zentralstelle für Ungarn sein, aber die Schöpfer selber besaßen nicht die Konsequenz und vor allem nicht die Macht, die Befugnisse und Tätigkeit der anderen Behörden entsprechend einzuschränken und zu regeln. Die ungarische Hofkanzlei und die ungarische Hofkammer verkehrten auch weiterhin direkt mit den Komitaten, ohne das Gubernium zu fragen, der Hofkriegsrat kümmerte sich nicht darum, daß die ungarischen Militärsachen jetzt durch das Gubernium besorgt werden sollten, ja selbst kaiserliche Erlässe gingen nach wie vor an die ungarische Hofkanzlei. Die Räte des Guberniums bekamen ewig keine Bezahlung, sie hatten aber auch fast nichts zu tun. Ampringen klagte schon Ende 1673: „Soll dies der Anfang meines Amtes sein? Das wird und muß Gott strafen, wenn man mit ehrlichen und treuen Leuten so vorgehn will. In welche Mißachtung muß ich kommen? Da mag ein anderer dienen, nicht ich." Aber die Sache wurde nicht anders. Das Gubernium blieb während der wenigen Jahre seiner Lebensdauer ein haltloser Schein, und nicht Ampringen war der maßgebende Mann, sondern Szelepcsényi und neben ihm Kolonitsch. Trotzdem sahen die Ungarn in dieser Behörde und im Gubernator die Verkörperung der gegen Ungarns Verfassung gerichteten Absichten des Hofes. Dem Gubernator wurde als Schuld angerechnet, was in den nächsten Jahren geschah, und obwohl Ampringen persönlich einsichtig und billigdenkend war, obwohl er die verhängnisvolle Schärfe namentlich in der Behandlung religiöser Fragen keineswegs gutbieß, wurde doch gerade er zum Typus des deutschen Tyrannen gestempelt.

Noch mehr als das Gubernium und die eigentlichen Verfassungsfragen, wurde jetzt der religiöse Zwiespalt und die Rache der Emigranten die Brandfackel in Ungarn.

Es ist kein Zweifel, daß es die Absicht der maßgebenden Kreise gewesen, in Ungarn der katholischen Religion wieder zur vollen Herrschaft zu verhelfen. Es wird erzählt, daß Kaiser Leopold im Jahre 1670 gelobt habe, er wolle, wenn ihm Gott die Gnade gebe, den Aufstand zu überwältigen, Ungarn, wie es seinem Namen nach heiße, auch in der Tat apostolisch machen [1]). Neben den starken religiösen Motiven, welche dem frommen Herrscher die Katholisierung Ungarns als ein Gott wohlgefälliges Werk erscheinen ließen, waren es reale politische Gesichts-


1) Bericht Esaias Pufendorfs ed. Helbig, S. 50.

punkte, die auch Männer wie Montecuccoli[1]) zu solchen Plänen führten. Der Religionshader durfte den Epigonen des Dreißigjährigen Krieges gewiß als ein Grundübel, als der stete Anlaß innerer Kämpfe und äußerer Einmischungen erscheinen, Religionseinheit dagegen als die wichtigste Bürgschaft des Friedens. Auch wenn diese Einheit nur durch Zwang und Gewalt erreicht werden konnte, dünkte dies jener Zeit im allgemeinen nicht so hart und verdammenswert[2]).

Das Vorgehen gegen die Protestanten lag also im ganzen System. In Niederösterreich und in Schlesien wurde schon seit Jahren trotz der Interventionen der protestantischen Reichsfürsten und Schwedens alles getan, um den Evangelischen Schwierigkeiten zu bereiten und sie zurückzudrängen[3]). Gegenüber den wenigen protestantischen österreichischen Adeligen war man erfolgreich, ähnlich auch in Schlesien. Allein es war eine verfehlte Rechnung, wenn man nun auch in Ungarn ebenso verfahren wollte und gründlich durchzugreifen gedachte.

Wir kennen die steigende Erregung, welche die Religionsfragen schon in den fünfziger Jahren in Ungarn erzeugt hatten, und die dann auf dem Reichstag von 1662 zu scharfem Ausbruch gekommen war. Dann hatte der von Nikolaus Zrinyi schon 1662 ausgesprochene Gedanke, Katholiken und Protestanten müßten einmütig für die Freiheiten und für die Verteidigung Ungarns gegen die Türken zusammenstehen, in der Gärung nach dem Frieden von 1664 eine gewisse Verwirklichung gefunden. Katholische Magnaten waren die Häupter der Verschwörung, und selbst die größten Verdienste, die sich ein Nádasdy um den Katholizismus in Ungarn erworben hatte, konnten ihn nicht retten, als die beleidigte und bedrohte landesfürstlich-dynastische Gewalt die Auflehnung strafte.

Bei diesen großen Herren hatten auch mancherlei persönliche Motive mitgespielt. Opposition aus tiefster Überzeugung trieben aber die evangelischen Stände. Ihr Kampf um die freie Religion war ein Kampf gegen das System der Regierung und gegen dessen eifrigste Helfer, Jesuiten und Prälaten. Daher fand die innere Gärung in Ungarn aller-

1) Siehe vorhin S. 272 f.

2) Vgl. die übereinstimmenden Urteile Hermanns von Baden und Königseggs, Mitteil. des Instituts XXXVII, 5?8.

3) Vgl. hierüber den Bericht Pufendorfs, S. 43 ff., über Schlesien die lehrreichen Regesten von 1655—1674 über die Tätigkeit der „Eliminationskommissäre" in den Mitteil. der Archivsektion der k. k. Zentralkommission VI, 327 ff.



dings einen Hauptnährboden in den oberungarischen protestantischen Komitaten und Städten. Hier war es der steigende Groll über die sichtliche, trotz aller Friedens- und Reichstagsschlüsse fortschreitende katholische Restauration, welche die Protestanten zu einem Widerstand trieb, der lieber den Türken sich ergab und die äußersten Konsequenzen zog. Diese deutschen Städte, die sonst naturgemäß die stärksten Stützen der deutschen Dynastie gegenüber den Magyaren hätte sein müssen und sicherlich auch gewesen wären, sie wurden in das Lager der extremsten deutschenhassenden Ungarn getrieben. Die protestantischen Kreise Oberungarns hatten 1670 und 1671 ganz besonders geschürt, sie hatten den Anschluß an die Türken gepredigt und zu den Waffen gegriffen. Das bot nun die Handhabe zu einer förmlichen Verfolgung. Die Rebellion, deren sich ein Teil schuldig gemacht, wurde zum Verbrechen **aller** gestempelt. So traf man nicht bloß die politische Opposition, sondern auch den ungarischen Protestantismus. Und noch bevor die Regierung systematisch gegen die Evangelischen aufzutreten begann, waren schon katholische Prälaten und Magnaten ihrerseits auf das schärfste vorgegangen.

Der Zipser Propst und Titularbischof von Großwardein Georg Bársony veröffentlichte 1671 eine Schrift, deren Titel ihren Inhalt und Zweck klar ausspricht und das Programm der ungarisch-katholischen Partei verkündet: Veritas toti mundo declarata argumento triplici ostendens, sacrat. caesareoregiam Majestatem non obligari in Hungaria sectas Lutheranam et Calvinam tolerare[1]). Bársony selbst zog mit bewaffnetem Geleite in die nordwestlichen Komitate und in die Zips, nahm den Evangelischen Kirchen und Schulen, vertrieb Pastoren und Lehrer und machte Bekehrungen; in Szenicza im Neutraer Komitat wäre er von den Bauern bald erschlagen worden, wofür Szenicza und Turaluka im Jahre 1673 von Soldaten geplündert und in Brand gesteckt wurden. In Trentschin nahm im Dezember 1671 der Obergespan Gabriel Illésházy den Protestanten die Kirche und vertrieb Pastor und Schulmeister. Die glaubenseifrige Sophie Báthory hatte schon früher die evangelische Akademie zu Sárospatak geschlossen und den Jesuiten überantwortet; jetzt entfernte sie aus ihren großen Besitzungen, besonders in Munkács, alle protestantischen Geistlichen, Lehrer und Studenten. Unter dem übermächtigen Einfluß seiner willensstarken Mutter vertrieb auch Franz Rá-

1) Vgl. darüber **Krones**, Zur Gesch. Ungarns 1671—1683, Arch. f. österr. Gesch. LXXX, 390 ff., auch S. 360 ff. und **Krones**, Gesch. Österreichs III, 597 ff., woselbst überhaupt diese konfessionellen Streitschriften der Zeit nach 1670 angeführt sind.

lóczy die Prädikanten von seinen Gütern. Im südwestlichen Ungarn wurde schon im Mai 1671 in Güns den Protestanten die Kirche weggenommen, in Ödenburg das Geläute, die Grafen Batthyány und Kéry verjagten im Oktober und Dezember die Prädikanten [1]), in Tyrnau und Sommerein wurden im Jänner 1672 die beiden protestantischen Kirchen mit Gewalt besetzt [2]).

Dies war der Anfang. Schon im nächsten Jahre schreitet diese Gegenreformation noch energischer vorwärts, der Episkopat übernimmt die Führung. Neben Szelepcsényi, Kolonitsch und Bársony treten die Bischöfe Széchényi von Kalocsa, Szegedy von Erlau und Pongrácz von Waitzen, der Propst Kolosvary von Erlau. Die Vorgänge von 1672 zeigen den ganzen Ernst der inneren Lage Ungarns und beweisen, daß gerade die ungarischen Prälaten und Magnaten selber so energisch und rücksichtslos die katholische Restauration betrieben, während demgegenüber sowohl die Tätigkeit als auch die wirkliche Verantwortung des Wiener Hofes entschieden in zweite Linie trat.

Im Februar 1672 verlangte Szelepcsényi die Räumung der protestantischen Kirchen in Preßburg, da sie widerrechtlich erbaut worden seien. Die Protestanten sträubten sich, es kam zu Tumulten, die Evangelischen bewaffneten sich zum Schutze ihrer Kirchen und der Schule, sandten Deputationen und Gesuche nach Wien und baten die Vertreter Schwedens und Dänemarks um ihre Intervention. Aber der Primas und Kolonitsch erwirkten in Wien, wo man über diese Dinge keineswegs erbaut war, die militärische Besetzung der Stadt und ein kaiserliches Patent zur Herausgabe der Kirchen. Diese mußten mit Gewalt genommen werden. In Tyrnau wurde ein außerordentliches Gericht eingesetzt, das eine Menge von Todesurteilen verhängte, die jedoch vom Kaiser in Geldstrafen gemildert wurden. Die protestantischen Geistlichen mußten im Sommer 1672 Stadt und Land verlassen; die protestantischen Bürger bekamen militärische Einquartierung [3]).

1) Die von dem protestantischen und deutschen Ödenburger Bürger Johann Tschany (Csanyi) geschriebene Chronik von Ödenburg, Történelmi Tár (1858) V. 18 ff.

2) Das Tagebuch des Preßburger Bürgers Johann Liebergott berichtet seit 1672 eingehend über die Vorgänge in und bei Preßburg, herausgegeben in der Publikation: Johann Pogners Verzeichnis über den Bau der evang. Kirche in Preßburg 1636—38 und Joh. Liebergotts Tagebuch (Preßburg 1861), S. 43 ff.

3) Hierüber ausführlich Liebergotts Tagebuch, S. 44 ff., und die vom Herausgeber S. 110 ff. beigegebenen Dokumente. Manche Einzelheiten in Cs. Pusen-



In der Raaber Diözese entfaltete Bischof Széchényi eine sehr eifrige Reformtätigkeit. Er durchzog mit Soldaten die Komitate seines Sprengels, vertrieb bei 80 Prädikanten und übergab ihre Kirchen den Katholischen. Das deutsch-protestantische Güns wurde durch die Musketiere Széchényis zur Räson gebracht. In Ödenburg hatte Kolonitsch als Kammerpräsident im Sommer 1672 durchgesetzt, daß der Rat und alle Ämter halb mit Katholiken besetzt werden mußten. Széchényi aber reiste nach Wien und erlangte das kaiserliche Mandat, daß er zur Visitation zugelassen und ihm alles Kirchenvermögen ausgeliefert werden müsse, ferner Soldaten zur Unterstützung. Die Ödenburger mußten sich fügen, zu Beginn des Jahres 1674 fand eine Art Ausgleich statt, ihre Prädikanten und Schulmeister mußten auswandern. Nur die verwitwete Fürstin von Eggenberg, eine geborne Markgräfin von Brandenburg-Bayreuth, die in Ödenburg lebte, durfte einen Prädikanten in ihrem Hause und Gottesdienst halten, dem auch die Bürger anwohnen konnten. Der deutsche Bürgermeister wurde 1675 durch einen katholischen Magyaren ersetzt, dem 1677 abermals ein Ungar folgte[1]).

In den oberungarischen Bergstädten und im Nordosten waren Bársony und der Erlauer Bischof Szegedy die Vorkämpfer der katholischen Restauration, denen auch hier die kaiserlichen Truppen die Handlangerdienste leisten mußten. In Kaschau, Eperjes und Bartfeld, in Leutschau, Altsohl und Schemnitz ging seit 1671 das Werk der Gegenreform vonstatten, nicht ohne scharfe Reibungen, so besonders in Leutschau. Hand in Hand mit der Räumung der evangelischen Kirchen und der Auswanderung der Prädikanten schritt überall die Katholisierung des städtischen Rates und der Behörden. Sie bedeutete meist auch eine Magyarisierung. In Eperjes wurden vom Bischof Szegedy und dem Zipser Kammerpräsidenten Grafen Volkra ein ungarischer Stadtrichter und zahlreiche ungarische Ratsherren eingesetzt. In Leutschau sollten ungarische Adelige der Nachbarschaft zu Ratsherren gemacht werden. Die Stadt

dorfs Tagebuch, vgl. Mitteil. des Instituts XXXVII, 589 f., Krones, S. 394, dazu die eingehenden Mitteilungen bei Maurer, Cardinal Kollonitsch, S. 50 ff. 76 f. 108. 442, Anm. 93. Die Geldstrafen wurden dann auf einen Gesamtbetrag von 52 000 Gulden gemindert und auch deren Bezahlung schleppte sich von Termin zu Termin, bis sie 1678 ganz nachgelassen wurden. Aber dafür hatten die Preßburger Protestanten durch sieben Jahre die Last der Einquartierung zu tragen, vgl. Liebergott, S. 76 ff.

1) Anschauliche Details in Tschanys Chronik, S. 18 ff., und in Ch. Pufendorfs Tagebuch, Mitteil. des Instituts XXXVII., 591; vgl. Krones, S. 397 ff.



wehrte sich dagegen, wurde in Wien verklagt, der ungarische Kammerrat Holló ward nach Leutschau gesandt und verlangte, man solle ungarisch mit ihm reden, „weil wir unter einem ungarischen König im Königreich Ungarn leben“. Holló brachte nun Ungarn in den Rat und diese setzten es durch, daß der ganze Leutschauer Magistrat die deutsche Tracht ablegen mußte, „denn sie seien Ungarn und dergleichen Habit zu tragen nicht gewohnt“ [1]).

Der Hauptschlag wurde aber 1673 und 1674 geführt. Der Einfall der ungarischen Emigranten in das nordöstliche Ungarn im Sommer 1672, der in einen ständigen Kleinkrieg überging — wir kommen darauf später zu sprechen —, hatte von Anfang den Charakter eines förmlichen Religionskrieges gegen die Katholiken angenommen und bot neuen Stoff zur Verdächtigung und Verfolgung der Protestanten, die man des Einverständnisses auch mit diesen Rebellen zieh. Der Primas Szelepcsényi benutzte seine richterlichen Befugnisse, die er neben dem Gubernator beibehalten hatte, um nach Ausbruch des offenen Kampfes mit den Malkontenten zu einem allgemeinen Schlage auszuholen, der den Nerv des oberungarischen Protestantismus treffen sollte, nämlich die Beseitigung aller evangelischen Prädikanten. Vertrieb man sie, dann mußte das verlassene Volk notgedrungen den katholischen Geistlichen und Kirchen sich zuwenden, dann stand dem Bekehrungseifer und der Bekehrungskunst der Jesuiten der Weg offen. Und wenn diese Maßregeln zu einer Zersetzung des deutschen Bürgertums in Oberungarn führten, dann um so besser! Diese freien, deutschen, wohlhabenden Städte waren ohnehin den ungarischen Herren Gegenstand eines gewissen Neides [2]).

Der Kaiser, der Hof, die Regierung waren nun ja gewiß voll des Eifers für die Katholisierung Ungarns. Allein, man sieht doch immer wieder und namentlich bei den Ereignissen von 1673 und 1674, daß die eigentlich treibenden und drängenden Faktoren ungarische Prälaten und katholische Magnaten waren, und daß die Mittel und die Art der Durchführung wesentlich sie zu verantworten haben [3]). Vieles geschah,

1) Bidermann Gesamtstaatsidee I, 162 ff.; Krones, S. 423 ff.

2) Nádasdy hatte ihnen in seiner „Oratio“ noch 1668 zugerufen: Mainet ihr, weil Euere respublicae schier bei allen Landtagen sich mehren, ihr seid magistri in Zusammenbringung des Gelds, mit disem könnt ihr alles eindrucken, deutsche Hosen tragen bringt großen Vortl usw.

3) Man lese in Liebergotts Tagebuch, S. 110 ff., die Schreiben Szelepcsénynis an den Kaiser schon vom Jahre 1672 und dann von 1674, auch den Brief des Primas vom 5. Juni 1674 an den kaiserlichen Beichtvater Müller (S. 118), worin er schreibt:

ohne daß der Kaiser davon wußte, Magnaten, wie die Grafen Forgách und Palffy, tadelten scharf das Vorgehen des Primas, wodurch auch die loyalen Ungarn so desperat gemacht werden, daß keiner für des Kaisers Dienst den Säbel ziehen werde. Pater Emmerich, ein geborner Komorner, machte aus seiner Mißbilligung der Härte kein Hehl[1]). Die Erbitterung aber und der Haß, die dadurch erzeugt wurden, wandten sich gegen den Kaiser, die Regierung und gegen die Deutschen[2]).

Schon im Februar 1673 wurde von Szelepcsényi nach Wien berichtet, man solle alle protestantischen Geistlichen wegen Treubruches und Majestätsbeleidigung vorladen[3]). Er versuchte es dann im Herbste wirklich zunächst mit den Superintendenten und Pfarrern aus drei nordwestlichen Komitaten. Mehr als 30 Personen kamen vor sein Gericht nach Preßburg. Man erhob schwere Klage wider sie: Schmähung der katholischen Religion und des Kaisers, Empörung, verräterische Verbindung mit den Exulanten. Als ein Beweis wurden Briefe Vitnyedys von 1668 und 1669 und des Pascha von Ofen benutzt, in denen Vitnyedy in seiner übertreibenden Leidenschaftlichkeit ein ganzes Revolutionsprogramm für die ungarischen Protestanten aufstellte[4]). Die Verwahrung der Angeklagten, daß sie von den Briefen gar nichts gewußt hätten, half nichts. Sie wurden verurteilt, ihnen aber Gnade versprochen, wenn sie zum Katholizismus überträten oder einen Revers unterschrieben, in welchem sie sich selber als schuldig erklärten, ihrem Amte entsagten und unver-

nos enim praedicantium ex regno proscriptionem non alio fine intendere, quam ut eliminatis illis omnes regnicolae papistae (ut illi nos appellare solent) fiant.

1) Nach dem Tagebuch Es. Pufendorfs, Mitteil. d. Instituts XXXVII, 590. 591.

2) Das Gegenteil freilich behauptet Acsády, S. 318: der Hof strebte den Anschein zu vermeiden, als ob der Religionskrieg von ihm ausginge, dessen Früchte der Hof genießen wollte, dessen Odium aber auf die hohe ungarische Geistlichkeit geschoben wurde. Man habe deshalb aus dem Wirkungskreis des Guberniums die Justiz ausgeschieden und sie Szelepcsényi überlassen — während doch aus Acsádys eigener späterer Darstellung klar hervorgeht, daß der Primas initiativ vorging und selbst dies wollte.

3) Vgl. hierfür und für das Folgende Acsády, S. 324 ff. Das Vorladeschreiben des Primas vom 25. August 1673 bei Katona, XXXIV, 154. — Über die unmittelbar aus den Ereignissen hervorgegangenen Streitschriften und Darstellungen von beiden Seiten vgl. Maurer, Kollonitsch, S. 443 Anm. 98, Krones im Arch. f. österr. Gesch. LXXX, 360 ff.

4) Vitnyedys Briefe bei Katona XXXIII, 770 ff. Es wurde gleich damals und dann immer wieder die Echtheit dieser Briefe bestritten. Pauler, Wesselényi I, 239 zeigte, daß wenigstens der eine dieser Briefe wirklich authentisch ist. Ihre Beweiskraft aber wurde freilich mit Recht angefochten, vgl. Krones, S. 363.



brüchliche Treue gelobten. Wer nicht unterschrieb, mußte auswandern Zwei konvertierten, 14 wählten die Verbannung, die andere Hälfte unterschrieb den Revers.

Dieser erste erfolgreiche Schritt ermutigte Szelepcsényi und Kolonitsch zu einer noch weit umfangreicheren Aktion. Es sollten die Geistlichen und Lehrer aller übrigen Komitate vorgeladen werden. Der Gedanke war so monströs, daß von Ampringen und in Wien Einwendungen dagegen erhoben wurden. Aber Szelepcsényi wandte sich an den kaiserlichen Beichtvater P. Müller, dann an Leopold selber, protestierte im voraus gegen eine allfällige Begnadigung der Prädikanten und setzte seine Absichten durch [1]).

Es wurde ein außerordentliches Gericht (judicium delegatum) in Preßburg konstituiert, bestehend aus lauter ungarischen Prälaten, obersten Würdenträgern und Beamten [2]). Im Jänner 1674 ergingen im ganzen 730 Vorladungen auf den 5. März. Es erschienen mehr als 330. Wieder wurde die gleiche Anklage erhoben, wieder figurierten jene Briefe als Beweis, und das Urteil vom 4. April ließ nur die Wahl zwischen Tod oder Übertritt und Revers. Von den Angeklagten gaben 236 den Revers oder konvertierten, 93 blieben standhaft. Diese wurden zum Tode verurteilt, der Kaiser schenkte ihnen das Leben, aber sie wurden in verschiedenen Festungen eingekerkert. Manche dieser Unglücklichen traten dann über, einzelne entflohen, einzelne starben. Von den übrigen aber ließ im Jahre 1675 Kolonitsch 41 zum Galeerendienst nach Neapel, eine Anzahl andrer nach Buccari bei Fiume bringen. Einige von ihnen starben auf dem Wege, mehrere, so Georg Lányi Rektor von Karpfen, der dann all dies beschrieb [3]), entflohen, 30 kamen in Neapel an.

Die Pfarrer und Lehrer in den Zipser Orten (polnische Pfandschaft) wurden durch ein Gericht unter Bischof Bársony am 24. August 1674 verurteilt und nach Polen geschickt, ihr Vermögen ward konfisziert [4]).

1) Acsády, S. 326.

2) Aufgezählt bei Feßler-Klein IV, 355 Anm. 1. Der Beisitzer Primatialsekretär Lapsanszky veröffentlichte die Rechtfertigungsschrift für das ganze Verfahren (Extractus brevis et verus etc.), vgl. Krones, S. 360 Anm. 3.

3) Narratio captivitatis et liberationis etc 1676 (auch deutsch), vgl. Krones S. 361 Anm. 1. In des Johannes Burius Micae historico-chronologicae (ed. Lichner 1864) genaue Verzeichnisse der Exulanten, manche Details auch in Liebergotts Tagebuch, S. 71 ff. und in der Erzählung des Rektors Joh. Simonides, Magazin f. Gesch., Statistik u. Staatsrecht der österr. Monarchie (1806) I, 146 ff.

4) Feßler-Klein IV, 356.

Daneben ging die Bekehrungsarbeit. Vor allem waren die Jesuiten tätig im Aufspüren und Vernichten ketzerischer Bücher, in Predigt und Beichtstuhl, in der stillen Einwirkung auf Frauen und Dienstboten. Die Annalen der Jesuitenprovinz buchen genau die Bekehrungen. Die Jahre 1673 bis 1676 waren die erfolgreichsten, von 1671 bis 1678 haben sie in Ungarn bei 20000 Bekehrungen gezählt[1]) — wie viele davon dem Zwang und der Furcht zuzurechnen waren, haben sie allerdings nicht aufgeschrieben. Der Primas Szelepcsényi rühmt sich 1675 gegenüber dem Papste, daß in den letzten vier Jahren in seiner Erzdiözese über 63000 Menschen bekehrt worden seien, und der Haupteiferer Georg Bársony zählt genau 6768 Personen, die er wieder der Kirche gewonnen habe[2]).

Nur beim Heere und bei den Grenztruppen machte diese katholische Restauration eine Ausnahme. Der oberste Kommandierende, General Spankau, war selbst ein Protestant, der allerdings nichts anderes kannte, als den kaiserlichen Dienst und Befehl. Bei den Besatzungen der Grenzfesten waren zahlreiche ungarische Protestanten, ihnen wurde auf ihre Klage und Bitte selbst in den schärfsten Zeiten und trotz der heftigen Einsprache Szelepcsényis[3]) durch Verfügungen des Hofkriegsrates und des Kaisers in den Jahren 1674 und 1675 gestattet, in einer ganzen Reihe von Grenzorten ihre Prädikanten, Kirchen und Schulen zu behalten[4]).

Sonst aber war unsäglich viel Jammer und Schrecken über das Land gekommen. Die Unbarmherzigkeit der Verfolgung erzeugte den bittersten Haß, in den gerade die ungarländischen Deutschen hineingetrieben wurden. Zwei Ödenburger Bürger sagten im November 1674 zum schwedischen Residenten Pufendorf in Wien: wenn die Ungarn nur ein Haupt wüßten, wären in wenig Tagen hunderttausend Mann unter

1) Vgl. Krones, S. 450 ff., die für 1676 bei Krones fehlende Zahl von Bekehrungen (3924) findet sich bei Maurer, Kollonitsch, S. 106.

2) Katona XXXIV, 227. 236.

3) In einem Schreiben vom 16. Nov. 1674 an den Kaiser berichtet er über einen Tumult in Berencs und schließt mit der Erklärung, daß an allen Rebellionen nur die Prädikanten schuld seien; der Kaiser möge dem Hofkriegsrat befehlen, daß dieser aus allen Festungen alle Prädikanten entfernen lasse: numquam stabilis securitas in hoc regno speranda, donec pestis ista patriae et omnium malorum fomes à radice exterminabitur. Liebergotts Tagebuch, S. 120 f.

4) Maurer, Kollonitsch S. 88. 95.



den Waffen [1]). Gar viele Evangelische zogen in das Ausland, nach Sachsen, Schlesien, Braunschweig und Brandenburg. Zahlreiche flüchteten auf türkisches Gebiet, traten zum Islam über oder schlossen sich an die flüchtigen Malkontenten an. Aber auch weit über die Grenzen drang der Ruf von diesen Dingen. Die verbannten und entflohenen evangelischen Geistlichen und Lehrer brachten überallhin die Kunde von den Verfolgungen und Drangsalen, die sie erlitten, und die, mochten sie manchmal auch noch übertrieben werden, arg genug gewesen sind. Das klägliche Schauspiel der zu den Galeeren Deportierten machte weithin in Europa unliebsames Aufsehen. Schweden, Sachsen, Brandenburg, die Generalstaaten erhoben 1674 und 1675 am kaiserlichen Hofe Vorstellungen und legten Fürsprache für die Protestanten ein [2]). Wollte man in Wien auch jeden Schein vermeiden, als ob solche fremde Einmischungen Berechtigung und Erfolg hätten, so blieben sie doch nicht ganz wirkungslos. Im Frühjahr 1675 wurde angeordnet, daß die Verfolgungen eingestellt werden mögen, und Spankau erhielt am 10. Juni ausdrücklichen Befehl in diesem Sinne. Die Intervention des holländischen Admirals Ruyter beim Vizekönig von Neapel — Holland und Spanien standen ja im Bündnis — verschaffte im Februar 1676 den ungarischen Galeerensklaven die Freiheit und auch die Gefangenen in Buccari wurden im Mai 1676 entlassen [3]).

Aber das Elend und die Verwirrung dieser bösen Jahre wurde erst vollgemacht durch den blutigen inneren Krieg, der seit 1672 das unglückliche Land zu durchtoben begann [4]).

Nach dem Mißlingen der Verschwörung von 1670 und 1671 hatte sich eine größere Zahl von ungarischen Adeligen auf türkisches und siebenbürgisches Gebiet geflüchtet. Die Reihen dieser Emigranten mehrten sich reißend, als die neuen Steuern und die Religionsverfolgungen auch den kleinen Adel und die unteren Schichten des Volkes trafen, als neben Geistlichen und Lehrern auch zahlreiche Bauern ihre Heimat verließen.

1) Mitteil. d. Instituts XXXVII, 592.

2) Hierüber vgl den Bericht Esaias Pufendorfs ed. Helbig, S. 41 ff., der Notenwechsel zwischen Schweden und dem Kaiser bei Mailáth, Gesch. der Magyaren (2. Aufl.) III, 327.

3) Vgl. Acsády, S. 328 f.

4) Für das Folgende vgl. Krones, Gesch. Österreichs III, 622 ff., Acsády, S. 306 ff.

In der Gegend von Debreczin und Bihar, in den Komitaten Kövár und Marmaros hatten sich so schon 1672 Mengen von Flüchtlingen angesammelt, ein bunter Haufen, neben adeligen Herren wie Bocskay, Petroczy, Szepessy, Kende und Szuhai Hajduken und Betyaren, die wilden Gesellen der Puszten und der Berge, halbe oder ganze Räuber, kein geordnetes Heer, keine genügenden Offiziere, kein anerkannter Führer. Sie nannten sich Flüchtlinge (bujdosók), sie wollen kämpfen für die von den Framden mit Füßen getretene „goldene Freiheit", sie glühen vor Rachbegier gegen die verhaßten Deutschen und gegen die katholischen Pfaffen. Bald kommt der alte Name jener unvergessenen Kreuzscharen aus Dócsas Zeiten wieder in Schwang, Kuruzzen, für die kaiserlichen Soldaten aber der Spottname Labanzen, die Fußknechte.

In der zweiten Hälfte des August 1672 brach der Aufstand los. Von der Marmaros aus fiel eine Schar in das Komitat Ugocs ein, von Debreczin aus begann die Hauptmasse der Kuruzzen in der Richtung gegen Kaschau vorzudringen, das Volk in den Komitaten Zemplin und Abauj stand auf, am 14. September wurde General Spankaus kleine Truppenmacht geschlagen und dann in Kaschau eingeschlossen. Eperjes öffnete die Tore, ja ein kühner Streifzug unter Pika stieß in das oberste Waagtal bis Arva vor. Aber als frische kaiserliche Truppen unter General Wolfgang Cob vorrückten und sich mit Spankau vereinigen konnten, da wurden die Aufständischen am 26. Oktober bei Györke gänzlich geschlagen. Sie zogen zurück, woher sie gekommen, keineswegs entmutigt durch den Mißerfolg.

Schon diese ersten Kämpfe zeigten den Charakter des nunmehr jahrelang fortschwärenden Kleinkrieges, der immer mehr und stärker das ganze kaiserliche Ungarn in Verwirrung, Schrecken und Erbitterung hineinriß. Eine der ersten Taten der Kuruzzen war die barbarische Mißhandlung zweier Franziskaner und ihr wildes Kriegslied gellte den Refrain: trinke den Wein, daß Du dann Blut magst trinken, und garbenweise häufen der Deutschen Leichen. Die Führer denken an ein selbständiges Fürstentum in Oberungarn, sie suchen Hilfe bei der Pforte und beim Fürsten von Siebenbürgen. Der Großwesir Achmed Köprili will weder den Frieden mit dem Kaiser brechen, noch den ungarischen Aufstand unausgenützt lassen. Er duldet die Emigranten auf türkischem Boden, läßt es zu, daß sich ihnen kleinere oder größere Scharen von Türken zugesellen, und versichert andrerseits gegenüber den Vorstellungen des kaiserlichen Residenten, daß er von diesen Banditen nichts wissen wolle, und befiehlt



Apafy sich vollständig ruhig zu verhalten. So wagte auch dieser keine offenen Schritte, sympathisierte aber insgeheim mit den Aufständischen und ließ seinen ersten Rat Michael Teleki sich an den Kämpfen beteiligen, um ihn dann wieder zu desavouieren.

Die Regierungen in Preßburg und Wien erblickten natürlich in dieser Bewegung die verdammungswürdigste Rebellion gegen den König und die womöglich noch schlimmere Verfolgung der katholischen Religion durch die Ketzer. Man unterschätzte auch zunächst den Aufstand als Streifzüge undisziplinierter Banden. Das fürchterliche Kriegs- und Strafrecht jener Zeit tritt in schonungslose Anwendung [1]). Die Grausamkeiten der Kuruzzen forderten die ganze Schärfe der Justiz heraus und die Grausamkeit der Justiz die ebenbürtige Rache der Kuruzzen. Die kaiserlichen Generale Spankau, Strassoldo und der besonders gefürchtete Cob wurden als blutige Henker geschmäht, aber wehe, wenn ein Labanze in die Hand der Kuruzzen fiel. Es wuchs ein greuelvoller Guerillakrieg heran, begleitet von Raub, Plünderung und Brand, der das Land streckenweis veröden ließ, weil sich die Bewohner in die Wälder und Berge oder zu den Kuruzzen flüchteten. Abenteuerliche Gestalten kamen empor, wie jener Pater Josua, Pfarrer von Tallya, einer der verwegensten Führer von Streifpartien, und zwar zuerst bei den Kaiserlichen, dann bei den Kuruzzen, die ihn, als er sie wieder verlassen wollte, ermordeten. Es wurde ein bald hier bald dort aufflackernder und wütender Kriegszustand, der vielfach wirklich den Charakter eines Religionskrieges annahm. Die gegenseitige Erbitterung wuchs ins Maßlose und führte zu all jenen Gewalttaten und Greueln, die dann in langen Listen Protestanten und Katholiken sich gegenseitig vorwarfen [2]).

Auf die Einzelheiten dieses Kuruzzenkrieges der nächsten Jahre nach 1672 können wir nicht eingehen [3]). Die erste Phase bis 1678, bis zum

1) Man lese über die schrecklichen Hinrichtungen von Räubern in Eperjes oder über die Justiz in Kaschau die Erzählungen des Ungarischen Simplicissimus, S. 103 ff. Ein Ungar, der 1661 Székelyhid den Türken verraten wollte, wurde lebendig am Spieß gebraten. Solche Beispiele geben den Maßstab zur Beurteilung. Über die grausame Hinrichtung von Kuruzzen in Kaschau 1675 vgl. den Bericht bei Krones im Archiv f. österr. Gesch LXXX, 455.

2) Vgl. die heftigen Anklagen, welche schon 1674 Sophia Báthory den Emigranten entgegenschleuderte (Acsády, S. 330) und die gegenseitigen Klagen auf dem Reichstag zu Ödenburg 1681.

3) Vgl. dafür Feßler-Klein IV, 347 f. 365 ff.; Acsády, S. 329 f. 333 ff. Die 1685 und 1686 erschienene Histoire des troubles de Hongrie (Amsterdam, verfaßt

Auftreten Emmerich Thökölys trug den echten Charakter des regellosen und wechselvollen Guerillakriegs. Es fehlte den Aufständischen ein anerkanntes Haupt; der Berater Apafys, Michael Teleki, wurde seit 1674 gewissermaßen wohl ihr diplomatischer Vertreter, aber er war kein Soldat und genoß kein rechtes Vertrauen. Die einzelnen Führer mit ihren Scharen kämpften auf eigene Faust. „Sobald der Wald zu grünen begann", fingen sie ihre Streifzüge an, auf raschen Rossen in weite Gegenden, niemand war vor ihnen sicher. Die Marmaros, die nordöstlichen und nördlichen Komitate Oberungarns wurden greulich verwüstet. In dem ausgesogenen Lande entstand bald da bald dort Hungersnot und seit 1676 kam noch die Pest hinzu, welche jahrelang, „wie ein häuslicher Feind", ihre Opfer forderte. Die kaiserliche Regierung setzte einen Preis auf den Kopf eines jeden Kuruzzen, sie versuchte mit Geld und Bestechung die Rebellen zum Verlassen ihrer Fahne zu bewegen. Im Jahre 1675 wurde ein vergeblicher Versuch gemacht, durch Einberufung ungarischer Prälaten und Magnaten und durch Verhandlungen mit einem Abgesandten Apafys zu einem Verständnis zu kommen. Aber von einem Reichstag und der vollen Wiederherstellung der Verfassung, was von ungarischer Seite als das einzige Mittel bezeichnet wurde, wollte man noch nichts wissen. Mit schwankenden Erfolgen und ohne Entscheidung zog sich der innere Krieg durch die Jahre 1675 und 1676. Die Erbitterung wurde noch verschärft, als General Cob im Anfang des Jahres 1677 den Oberbefehl bekam und mit grausamen Hinrichtungen zu wüten begann, was wieder zu gleicher Rache der Kuruzzen reizte [1]).

Es waren die äußeren Verwicklungen, die dem Kaiser es unmöglich machten, die ungarischen Wirren um jeden Preis zu unterdrücken. Seit 1673 waren die Kräfte der habsburgischen Länder angespannt durch den Krieg mit Frankreich. Es war naheliegend, daß die ungarischen Malkontenten nun neuerlich Fühlung suchten mit Ludwig XIV. und mit den anderen Feinden des Kaisers [2]). Und der französischen Politik kamen die ungarischen Verlegenheiten des Wiener Hofes natürlich sehr gelegen,

von Banel) beruht wohl auf Zeitungen, ist aber sehr unzuverlässig zusammengestellt, voll von Unklarheiten und Entstellungen der Namen. Man kann sie nur ab und zu für einzelne, sichtlich gleichzeitigen Berichten entnommene Daten benutzen.

1) Spankau starb 1675, ihm folgte Februar 1676 Karl Strassoldo, dann Cob.

2) Für das Folgende vgl. das im Történ. Tár 1886—1888 von Gergely mitgeteilte Material, Acsády, S. 331 ff. 337 ff., Fraknói, Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung, S. 33 ff.



sie sollten geschürt werden, ohne daß sich Ludwig in allzu große Kosten stürzen und allzusehr bloßstellen wollte. Französische Agenten erschienen seit September 1674 in Siebenbürgen, ja es kam im April 1675 zu Fogaras ein Vertrag zustande, wonach Ludwig XIV. Subsidien zahlen und Polen Truppen stellen sollte — König Johann Sobieski stand ja noch ganz im Banne des französischen Hofes. Der Schwager Sobieskis Marquis Béthune, war zum Heerführer, ja vielleicht zum Fürsten ausersehen. Doch die französischen Emissäre sahen die Uneinigkeit und Rivalität in den Reihen der Aufständischen, die Ängstlichkeit Apafys, die militärische Unfähigkeit Telekis, so daß man in Paris zurückhaltend blieb. Als aber der neue Großwesir Kara Mustafa sich der ungarischen Bewegung günstiger erwies, als Polen mit der Pforte Frieden schloß, wurde Apafy mutiger und es kam im Frühjahr 1677 zu einem neuen Vertrag mit Béthune, der von Ludwig XIV. genehmigt wurde. Wirklich erschien nun im Herbst im Auftrag Béthunes Marquis Boham mit geworbenen polnischen Truppen in der Marmaros und schlug am 10. Oktober 1677 bei Kiralyháza westlich Huszth eine starke Abteilung kaiserlichen Kriegsvolks. Freilich handelte Béthune in diesem Augenblick nur mehr auf eigene Faust. König Johann Sobieskis Verhältnis zu Ludwig war inzwischen erkaltet, von Polen war für die Ungarn nichts mehr zu hoffen.

Immerhin bewogen jedoch jene Schlappe, die sich mehrenden Streifzüge türkischer Scharen [1]) und das ganze Elend der ungarischen Zustände den Kaiser und die Regierung Ende 1677 zu einem neuen Versuche der Verständigung. Es wurden zunächst Gutachten ungarischer Bischöfe eingeholt. Während der alte Bársony dabei blieb, daß die Evangelischen auszurotten seien, und auch Primas Szelepcsényi sich gegen jedes weitere Zugeständnis in bezug auf eigene Kirchen an die Protestanten aussprach, erklärte sich der Bischof von Waitzen, Johann Gubasoczy, für die Einsetzung einer Friedenskommission, Rückgabe der konfiszierten Güter und Berücksichtigung der ungarischen Gravamina. Er warnte vor dem türkischen Mond und dem gallischen Hahn, der nicht schläft [2]). Auch der

1) Sie machten bis zur Waag das Land unsicher und waren im Jänner 1677 bei Fürstenfeld sogar über die steirische Grenze eingedrungen. Hist. de troubles (ed. 1686) II, 278.

2) Vgl. den Brief des Primas an den Jesuiten Stettinger, Beichtvater bei Hof, vom 17. Jan. 1678; Liebergotts Tagebuch, S. 124 f. Die Gutachten Bársonys und Gubasoczys bei Katona XXXIV, 290 ff.

päpstliche Nuntius Buonvisi mahnte immer aufs neue, sich mit den Ungarn auszusöhnen — er sah darin die erste Voraussetzung für das vom Papste Innocenz XI. eifrigst erstrebte Ziel eines allgemeinen Krieges gegen den Halbmond. Zu Anfang 1678 wurde in der Tat der verhaßte General Cob durch Wrbna ersetzt und im Mai 1678 Bischöfe und Magnaten nach Preßburg berufen. Es wurde eine königliche Erklärung in Aussicht gestellt, daß die Beschwerden des Landes abgestellt und seine Freiheiten wieder in Kraft treten sollen. Aber die Erklärung wurde hinausgeschoben und als es zwischen Hocher und dem ungarischen Hofkanzler Bischof Thomas Palffy von Neutra zu einer erregten Szene kam, ging alles erfolglos auseinander [1]).

So erneuerten sich im Sommer 1678 die Kämpfe [2]). Und was bisher der Sache der Aufständischen gefehlt hatte, ein Führer von überragendem Talent und allgemeiner Anerkennung, das wurde ihnen jetzt zuteil in dem jungen Grafen Emmerich Thököly. Seit jenem Dezembertage des Jahres 1670, als der Knabe von Schloß Arva fliehen mußte, war er in Siebenbürgen zum jungen, stattlichen Mann von 22 Jahren herangewachsen, von guten Lehrern erzogen, belesen und schreibgewandt, ein hinreißender Redner, auch von militärischen Anlagen und zum Befehlen geboren. Thököly war trotz seiner Jugend in letzter Zeit immer bedeutsamer hervorgetreten. Jetzt, im August 1678, wählten ihn die Exulanten zum Führer. Rasch sammelten sich um ihn neue Scharen. Er zog über Murany in das oberste Waagtal und von dort gegen die oberungarischen Bergstädte. Im Oktober besetzte er nacheinander Alt- und Neusohl, Kremnitz und Schemnitz. Allerdings schlugen am 1. November die vorrückenden kaiserlichen Generale Wrbna und Dünewald bei Heiligenkreuz (Bars St. Kereszt südwestlich Schemnitz) Thököly, er mußte zurückweichen, die Bergstädte gingen ihm wieder verloren. Aber Thököly hatte in den Bergstädten 180 000 gemünzte Dukaten und ungemünztes Silber von noch höherem Werte erbeutet und den Bergwerken schweren Schaden getan, ein höchst empfindlicher Verlust für die ohnehin erschöpfte königliche Kammer [3]).

1) Fraknói, S. 36 ff.

2) Für das Folgende Feßler-Klein IV, 365 ff.; Acsády, S. 337 ff. 343 ff. Über Thököly das Werk von D. Angyal, Thököly Imre, 2 Bde., 1885 ff.

3) Vgl. H. v. Srbik, Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia, S. 63. — Man kann seit Schenckhels Lebensdiarium K. Leopolds (zu 16. Sept. 1679) und Wagner, Hist. Leopoldi I., 1. Bd., S. 557 lesen, daß



Es kam zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen, die anfangs 1679 zu Ödenburg geführt wurden. Es spielte eine ganz persönliche Sache Thökölys mit hinein. Er hatte eine tiefe Neigung zu Helene Zrinyi, der Witwe Franz Rákóczys, der am 8. Juli 1676 gestorben war, gefaßt und ihre Gegenliebe errungen. Thököly wünschte die Zustimmung des Wiener Hofes zur Heirat mit Helene, der Kaiser übte ja die Vormundschaft über die Kinder aus ihrer Ehe mit Franz Rákóczy. Aber weder jene sozusagen offizielle Verhandlung, noch diese besondere Angelegenheit Thökölys gelangte zu einem Ergebnis. Der Hof zögerte jetzt wieder mit Zugeständnissen, da ihm der Friede mit Frankreich (5. Februar 1679) freiere Hand gab und Truppen freimachte, die man jetzt nach Ungarn sandte, Ludwig XIV. aber noch zurückhaltender in bezug auf direkte Unterstützung der Ungarn werden ließ. So ging der Kleinkrieg und sein Hin und Her an Gewalttaten und Verwüstungen im Jahre 1679 weiter. Die Pest, die schon lange aufgeflackert, brach jetzt mit voller Wut los, griff auch auf Steiermark, Niederösterreich, Mähren und Böhmen über und füllte das Übermaß des Elends namentlich in Ungarn. Die Pestgefahr nahm übrigens der Gubernator von Ungarn, der Deutschmeister Johann von Ampringen zum Anlaß, um sich aus Preßburg zu entfernen. Ampringen hatte wiederholt um seine Entlassung gebeten, sein Amt, das die Aufständischen nie anerkannten und das auch den loyalen Ungarn verhaßt war, hatte der ehrliche Mann längst schon nur als ein Hindernis für die Versöhnung betrachtet. Jetzt war es tatsächlich beseitigt [1]).

Die allgemeine politische Lage drängte jedoch immer wieder von neuem zum Versuche, in Ungarn endlich Ruhe zu schaffen. Ludwig XIV. begann mit seinen Reunionen, die Pforte stand zwar im Krieg mit Rußland, aber sobald dieser zu Ende, drohte sicherlich ein Angriff auf Ungarn und Österreich. Man mußte sich mit der ungarischen Bewegung, aber auch mit Ungarn als solchem verständigen. Wieder versuchte man es im

Thököly damals habe Münzen prägen lassen mit der Legende: Ludovicus rex Galliae protector et patronus regni Hungariae. Allein es ist doch auffallend, daß solche Münzen nicht erhalten sind. Der 1807 erschienene Catalogus numorum Hungariae ac Transilvaniae II, 212 ff kennt unter den Münzen Thökölys keine derartigen, ebensowenig Adolf Resch, Siebenbürg. Münzen und Medaillen (1901). Die bekannten Dukaten Thökölys von 1683 zeigen als Legende seinen Titel und auf dem Revers: Dulce et decorum pro patria mori, jene von 1690 nur den Titel.

1) Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 561.



Frühjahr 1680 mit Verhandlungen zu Tyrnau, aber wieder ohne Ergebnis, im Sommer entbrannten abermals die Kämpfe, die Kuruzzen durchstreiften plündernd und brandschatzend die Komitate Neutra, Bars und Trentschin, Thököly nahm Käsmark[1]). Dann verhandelte im Herbste Andreas Sebestyén, Titularbischof von Siebenbürgen, neuerdings mit Thököly, er brachte nun endlich eine bestimmtere Zusage des Kaisers mit, auf einem Reichstage die Beschwerden abzustellen, auch bezüglich der persönlichen Wünsche Thökölys wegen seiner Heirat und der Verwaltung der Rákóczyschen Güter wurde unter gewissen Bedingungen Erfüllung in Aussicht gestellt[2]). So wurde wenigstens die Verlängerung des bestehenden Waffenstillstandes bis Ende Juni 1681 erreicht.

Nach Vorberatungen zu Preßburg erließ Kaiser Leopold am 28. Februar 1681 von Linz aus, wo er sich auf der Rückkehr von Prag befand, die Einberufung des ungarischen Reichstages auf den 28. April nach Ödenburg[3]). Infolge einer Erkrankung der Kaiserin konnte Leopold erst am 22. Mai nach Ödenburg kommen und am 25. Mai den Reichstag eröffnen. Die Versammlung trug einen ganz überwiegend katholischen Charakter. Unter den erschienenen Magnaten befand sich nur ein einziger Evangelischer, unter den Mitgliedern der Ständetafel waren von 60 Abgeordneten der Komitate 33 Katholiken, von 51 Abgeordneten der Städte ebenfalls 33 Katholiken und von 23 Vertretern abwesender Magnaten 16 Katholische[4]). Im Juni traf auch der Nuntius Buonvisi ein. Kaiser Leopold kam mit dem festen Willen, in den politischen Fragen der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände entgegenzukommen;

1) Ein anschauliches Bild dieses unaufhörlichen Kleinkrieges und der Gewalttaten der Kuruzzen geben die Tagebuchnotizen des N. Pronay vom März bis Dezember 1680, Történelmi Tár XXII, 275 ff.

2) Sophia Báthory, die Mutter Franz Rákóczys und Schwiegermutter Helene Zrinyis, hatte in einem Testaments-Kodizill vom 11. April 1680 die großen Rákóczyschen Besitzungen den Kindern ihres Sohnes, Franz und Juliane, übertragen und den Kaiser zum Schützer bestimmt, mit ausdrücklicher Spitze gegen Helene Zrinyi, deren Neigung zu Thököly der streng loyalen und katholischen Frau ein Greuel war. Das Testament bei Katona XXXIV, 372 ff.

3) Acta comitiorum Soproniensium ed. F. Bulyovszki (1682), fast ganz wiederholt bei Katona XXXIV, 396—713. Vgl. Feßler-Klein IV, 371 ff.; Acsády, S. 353 ff.; Fraknói, S 51 ff.

4) Man zählte demnach 27 evangelische Abgeordnete der Komitate, davon 14 Calviner, 13 Lutheraner, 18 der Städte, davon 2 Calviner, 16 Lutheraner, 7 Magnatenvertreter, davon 1 Calviner, 6 Lutheraner. Katona XXXIV, 422.



die letzten zehn traurigen Jahre lehrten die Notwendigkeit eines Wechsels des Systems. Hierin waren in gewissen Hauptpunkten Stände und Regierung von vornherein einig [1]). Daher ging der erste Schritt in dieser Richtung schnell und glatt vonstatten: die Wahl eines Palatins. Der König schlug vier Kandidaten, zwei katholische, zwei evangelische vor, und aus diesen wählte am 13. Juni der Reichstag fast einstimmig den Grafen Paul Esterházy zum Palatin. Damit war dieses Amt wiederhergestellt und das 1673 errichtete Gubernium samt der Würde des Gubernators, ebenso aber auch die nur als zeitweiliger Ersatz des Palatins und neben dem Gubernium beibehaltene Stelle eines Statthalters [2]) ipso facto beseitigt und abgeschafft, wie das dann im Gesetzesartikel 2 ausdrücklich ausgesprochen wurde. Auch eine andere Errungenschaft des absolutistischen Experiments wurde jetzt auf Verlangen der Stände fallen gelassen, die im Jahre 1672 in einer neuen Instruktion festgelegte Überordnung der Wiener Hofkammer als Finanzzentralbehörde auch für Ungarn. Nun wurde das alte Verhältnis der bloßen „Korrespondenz", das heißt eines einverständlichen Vorgehens der ungarischen Kammer in Preßburg mit der Hofkammer wiederhergestellt (Gesetzartikel 13). Gegenüber dem Ansturm der Stände auf die mißliebige Person des Kammerpräsidenten Bischof Kolonitsch, der als Geistlicher nach Gesetzartikel 5 von 1606 dieses Amt überhaupt nicht bekleiden dürfe, bestand aber der Kaiser auf seinem Rechte freier Ernennung, und blieb hierin fest, auch als Buonvisi vermittelnde Vorschläge versuchte; doch wurde ein ungarischer Vizepräsident mit dem Rechte der Nachfolge als Präsident bestellt [3]). Die neuerlich wie so oft schon vorgebrachten Wünsche, daß bei einem Frieden mit den Türken und in allen ungarischen Angelegenheiten der Rat ungarischer Berater (consilium Hungaricum) gehört, daß an der Pforte auch ein ungarischer Resident bestellt und bei Gesandtschaften an die Pforte auch ein Ungar beigegeben werden solle, wurden bereitwillig auch in die Gesetzartikel dieses Reichstages (Art. 4) aufgenommen, freilich kaum mit einem besseren Erfolg als früher.

1) Die gesamten Gravamina der Stände wurden von ihnen erst am 7. September in einem umfangreichen Schriftstück überreicht. Katona XXXIV, 470—540.

2) Erzbischof Szelepcsényi von Gran hatte sie inne und machte Schwierigkeiten; hierin trat ihm auch Buonvisi entschieden entgegen. Fraknói, S. 52.

3) Vgl. Th. Mayer, Das Verhältnis der Hofkammer zur ungar. Kammer, Mitteil. d. Instituts Ergbd. IX, 212. Fraknói, S. 60. Dekret Leopolds vom 10. Dez. und Gesetzartikel 14. Katona XXXIV, 639. 655.



Natürlich kamen auch die nicht durch Reichstagsbeschlüsse gedeckten Steuerforderungen der Regierung in den vergangenen Jahren zur Sprache, ferner die alten Klagen über die fremden Truppen (miles extraneus) und ihre unleidlichen Ausschreitungen. Immerhin sahen die Stände ein, daß in den gegenwärtigen unruhigen Zeitläuften unmöglich auf einmal alle fremden Soldaten aus dem Land gezogen werden konnten. Und bemerkenswert ist es, daß die Stände selber auch heftige Klagen über mannigfache arge Gewalttätigkeiten der einheimischen Miliz (miles nativus) und über eine Reihe namentlich genannter Hauptleute vorzubringen hatten und deren strengste Bestrafung forderten [1]. Im Punkte jener eigenmächtigen Besteuerungen gab die Regierung vollständig nach und der Kaiser erklärte, daß die 1678 eingeführte Steuerverteilung (repartitio) und die Akzise aufgehoben sein sollen. Gegen die Ausschreitungen der Soldateska wird strenge Justiz zugesichert, die Wiederbesetzung der Grenzorte mit ungarischer Miliz in der schon 1655 festgesetzten Stärke wird versprochen (Art. 5) und die Entfernung der fremden Truppen nach dem Ende der inneren Unruhen in Aussicht gestellt (Art. 9).

Nicht diese Angelegenheiten bereiteten die größten Schwierigkeiten, sondern die Religionsfrage. Der Kaiser und die Regierung wollten die Religionsache von den Verhandlungen des Reichstages ausgeschieden wissen, indem sie sich wie einst 1662 auf den Standpunkt stellten, die Klagen und Ansprüche der Protestanten gehören auf den Rechtsweg und seien private Angelegenheiten. Und hierin fanden sie auch jetzt wieder an der katholischen Majorität des Reichstages, namentlich an den Magnaten die kräftigste Unterstützung. Diese großen Herren wollten ja nichts mehr wissen von der vollen Religionsfreiheit, wie sie zuletzt im Linzer Frieden von 1645 statuiert worden war, denn diese bedeutete, daß auch der untertänige Bauer frei sei in seinem religiösen Bekenntnis, ohne Rücksicht auf jenes des Herrn, daß sich der Untertan den Kirchenlasten entzog, und so den Kirchen und ihren Patronen Schaden und Schmälerung drohte. Prälaten und weltliche Grundherren waren nicht geneigt, die in den letzten Jahrzehnten und namentlich seit 1670 den Evangelischen abgedrungenen Kirchen und Schulen, Güter und Einkünfte ohne weiteres wieder herauszugeben. Neben dem Glaubenseifer stritten die alten, sehr realen Interessen mit [2].

1) Katona XXXIV, 501.

2) Vgl. oben S. 220 ff.



Aber gleichwie 1662 waren die Evangelischen entschlossen, auch jetzt zäh und unnachgiebig für ihre Sache zu kämpfen, und jetzt fanden sie wirksame Hilfe. Thököly hatte am 7. Mai eine Botschaft an den Reichstag ergehen lassen, worin er die Stände zum Kampf für die Wiederherstellung der Freiheiten auffordert, „unter denen uns unsere evangelische Religion vor allem an erster Stelle steht"; nur wenn wir den mächtigen Türken, der uns sonst zu verschlingen droht, zufriedenstellen, kann uns dies gelingen. Der Palatin antwortete am 18. Juni, Thököly möge Abgesandte zu Verhandlungen schicken, er ließ ihn mündlich wissen, daß die Religionssache nicht vor den Reichstag gehöre, von einem Bund mit den Türken dürfe man gar nicht reden. Hierauf erwiderte Thököly am 6. Juli mit einem Protest gegen das ungesetzliche Vorgehen des Reichstages, den er gar nicht anerkenne. Schon lange vorher, am 20. Mai, hatte er den Waffenstillstand gekündigt und damit schon von vornherein auf jeden Fall den Kampf wieder eröffnet, in den nun auch die Türken offen auf Seite Thökölys eingriffen.

Inzwischen hatten die evangelischen Stände am 25. Juni eine umfangreiche Klageschrift an den Kaiser überreicht, welche auf sein Verlangen von den katholischen Ständen mit einer ebenso langen Antwort erwidert wurde [1]. Liest man diese gegenseitigen schweren Anklagen über alle möglichen einander zugefügten Gewalttätigkeiten, so erhebt sich, auch wenn die wahrscheinlichen Übertreibungen und Unrichtigkeiten abgezogen werden, ein düsteres Bild von all dem Unrecht und Elend und der Erbitterung, die diese bösen Jahre über das Land gebracht hatten. Kaiser Leopold [2] hielt seinen Standpunkt noch fest und ermahnte in einem Reskript vom 19. Juli die gesamten Stände, alle privaten Sachen, das heißt eben die Religionsangelegenheit, beiseite zu lassen und sich endlich den eigentlichen Geschäften, der Antwort auf die königlichen Propositionen und der Darlegung der Gravamina zuzuwenden. Die kaiserlichen Räte, Nostitz, Kaplirs, Schwarzenberg, Bischof Emmerich Sinelli, aber auch der holländische Gesandte Hamel Bruyninex, erschöpften sich in Versuchen der Beschwichtigung der Evangelischen. Vergebens. Am 1., 21. und 26. August überreichten diese weitere Eingaben, in denen sie die Anklagen zurückwiesen, Unterhandlungen ablehnten, ihr Recht forderten, von dem

1) Katona XXXIV, 424. 431.

2) Leopold war am 17. Juni von Ödenburg nach Wiener Neustadt gegangen, und am 18. August nach Ödenburg zurückgekehrt. Im September verbrachte er einige Zeit in Ebersdorf.

sie nicht den kleinsten Teil aufgeben können, und schließlich erklärten, vom Reichstag fernzubleiben, bis ihnen Recht geworden.

Der Hof begann einzusehen, daß Zugeständnisse an die Protestanten unvermeidlich seien, wollte man sie nicht geradezu in die Arme Thökölys und der Exulanten treiben; auch Nuntius Buonvisi erkannte dies an [1]). Die Gefahr wurde brennend, als Ende August und im September sich zu Debreczin siebenbürgische Truppen unter Apafy und Teleki, Kriegsvolk aus der Walachei und Moldau, sowie die Paschas von Temesvar und Großwardein mit den Kuruzzenscharen Thökölys vereinigten. Nur etwa 5000 bis 6000 Mann konnte man jener Übermacht entgegenwerfen [2]). Und als am 30. September Straßburg dem Überfall der Franzosen erlag, und so auch die Gefahr im Westen drohte, da tat Leopold am 8. Oktober einen ersten Schritt zu Konzessionen, die dann am 9. November durch ein königliches Dekret ergänzt und festgelegt wurden [3]). Der Wiener Friede von 1606 und namentlich dessen 1. Artikel wird bestätigt, wonach die Stände und auch die königlichen Freistädte und Kronmarktflecken, sowie die ungarischen Soldaten in den Grenzplätzen das Recht der freien Religionsübung haben sollen. Doch ohne Nachteil für die katholische Religion und mit Vorbehalt der Rechte der Grundherren auf ihren Gütern; wo die Grundherren verschiedener Konfession sind, sollen die Kirchen dem gegenwärtigen Besitzer bleiben. Wo freie Religionsübung gilt, dürfen Pastoren und Pfarrer nicht vertrieben, keine Kirchen weggenommen werden. Die Kirchen mit ihren Einkünften sollen denen verbleiben, die sie seit 1670 in Besitz genommen. In Preßburg dürfen die Protestanten eine Kirche bauen, Ödenburg bleibt in Übung seiner gegenwärtigen Konfession, in den übrigen Freistädten werden Plätze für Kirchen angewiesen, in den evangelischen Komitaten und in den Grenzgeneralaten werden bestimmte Orte (Artikularesorte) bezeichnet, in denen Kirchen und Schulen errichtet werden können. Den Adeligen ist es gestattet, in ihren Schlössern Kapellen und Bethäuser zu bauen. Katholiken dürfen nirgends in ihrer freien Religionsübung gestört werden. Beschwerden über Religionssachen sollen niemals mit den Waffen, sondern

1) Fraknói, S. 55f.

2) Infolge der persönlichen Feindschaft Thökölys und Telekis und der Differenzen mit den Türken verlief der Feldzug ohne besondere Erfolge für Thököly, aber für die Wendung der Dinge in Ödenburg war schon der Beginn des Feldzugs entscheidend. Vgl. Feßler-Klein IV, 380.

3) Bei Katona XXXIV, 453.



nur vom König entschieden werden, und der König verspricht, alle Untertanen in gleicher Weise gegen jede Gewalttätigkeit zu schützen. Alle diese Zugeständnisse erfolgen jedoch unter der Voraussetzung, daß die Evangelischen sich ruhig, als getreue und gehorsame Untertanen verhalten.

Diese Entscheidung befriedigte weder Katholiken noch Protestanten, ein Zeichen, daß sie einen vernünftigen Mittelweg suchte, der eben den Extremen auf katholischer Seite und dem hartnäckig festgehaltenen prinzipiellen Standpunkt der Evangelischen nicht paßte. Diese hatten allerdings mehr Grund zur Klage. Denn statt einer allgemein freien öffentlichen Religionsübung der Protestanten sollte nun eine Beschränkung auf bestimmte Orte eintreten und für die Gutsuntertanen sollte das „cuius regio, eius religio“ wieder Gesetz werden. Auch die Festlegung von 1670 als Normaljahr für den Besitz der Kirchen war für die Evangelischen ungünstig, denn gerade seit damals waren ihnen ja viele Kirchen entzogen worden. Sie beriefen sich auf Leopolds Krönungsdiplom, dem das Reskript vom 9. November widerspreche. Sie wandten sich an die Kaiserin, als diese am 9. Dezember als Königin von Ungarn gekrönt wurde, sie drohten mit dem Verlassen des Reichstages und bekämpften die Aufnahme des Reskripts in die Diätalartikel. Allerdings wurden auf dieses Andrängen gewisse weitere Einzelkonzessionen zugestanden [1]), aber im wesentlichen blieb es bei den Bestimmungen des Reskripts vom 9. November, die als Artikel 25 und 26 in die Beschlüsse des Reichstags aufgenommen wurden und damit gesetzliche Geltung erlangten.

Am selben Tage, dem 30. Dezember 1681, von welchem die Gesetzesartikel des Reichstages datiert sind, protestierten die evangelischen Stände gegen die Religionsbestimmungen und erklärten, daß sie nur die alten Gesetze als rechtsgültig betrachten. Anderseits hatte im päpstlichen Auftrag der Nuntius Buonvisi am 27. Dezember Einspruch gegen die kirchlichen Zugeständnisse erhoben, um ähnlich wie bei den Friedensschlüssen von Münster und Nymwegen den prinzipiellen Standpunkt der Kurie zu wahren, aber mit der ausdrücklichen Meinung, dadurch „weder

1) Errichtung auch von Schulen und Pfarrhäusern in den Artikularesorten, Vermehrung dieser um drei, Rückkehr der verbannten Prädikanten und Lehrer und Kassierung ihrer Reverse, das Jahr 1670 wird stillschweigend fallen gelassen, doch die Klausel eingefügt, daß nur Kirchen, die nicht wieder für den katholischen Kultus rekonziliiert worden, den Evangelischen bleiben sollen. Vgl. Katona XXXIV, 458 ff. und die Artikel 25 und 26 der Reichstagbeschlüsse, Katona, S. 669 ff.

die Ungarn noch den Hof zu erbittern und keine Verwirrungen heraufzubeschwören" [1]).

Der Ödenburger Reichstag von 1681 war in staats- und verfassungsrechtlicher Hinsicht ein voller Rückzug der Krone und Regierung. Der absolutistische Vorstoß, in dem blutigen Bürgerkrieg schon lange in seinen Wirkungen aufgehalten und zurückgedrängt, wurde unter dem Druck der inneren Not und der äußeren Gefahr feierlich abgetan und ausgelöscht. Hierin waren die ungarischen Stände, Magnaten und Gentry, Katholiken und Protestanten einhellig vorgegangen. In den kirchlich-religiösen Fragen aber trennten sich die Stände nach den Konfessionen, und so vermochte hier die Krone in recht wesentlichen Stücken ihren und der mächtigen katholischen Magnatenpartei Standpunkt und Willen festzuhalten, trotzdem ja doch den Evangelischen bedeutende Zugeständnisse gemacht werden mußten. Auch hierin ein Sieg ständischer Restauration, denn jenes Festhalten verdankte die Krone nur der katholischen Ständemajorität, und diese Zugeständnisse waren eben notgedrungene Konzessionen an die protestantische Minorität, für die Thököly und die Exulanten kämpften. Also ständischer Sieg auf der ganzen Linie. Und dennoch gewann der Reichstag von 1681 nicht die Bedeutung einer neuen Epoche. Denn dieser ganze Reichstag und seine Ergebnisse wurden zurückgedrängt durch den großen Türkenkrieg, dessen erste Anfänge ja soeben tatsächlich schon begonnen hatten und dessen gewaltige Erfolge der Krone eine ganz andere, weit mächtigere Stellung bereiteten. Die Situation von 1681 versinkt und verschwindet hinter den neuen großartigen Ereignissen und der nächste ungarische Reichstag von 1687 kennt nicht mehr das Zurückweichen der Krone in allen Richtungen, sondern zeigt uns den siegreichen Kaiser und König als „Meister im Lande".

1) Fraknói, S. 59.

Drittes Kapitel

Der Ursprung des großen Türkenkrieges und der Kampf um Wien im Jahre 1683

Seit dem Frieden von 1664 war die türkische Gefahr und die türkische Frage für das Haus Österreich und seine Länder etwas zurückgetreten. Seit jener Zeit hatte sich die habsburgische Politik vielmehr gegen Frankreich und seine aggressive und stets wachsende Übermacht richten und konzentrieren müssen. Mit der dynastisch-habsburgischen verknüpfte sich die Reichspolitik, sie wirkten zusammen. Auch bei der großen spanischen Erbfolgefrage, die wie ein drohendes Schicksal im Schoße naher oder fernerer Zukunft lag, handelte es sich um die steigende Rivalität der Häuser Bourbon und Habsburg, und nicht minder um die kommende Gestaltung des europäischen Staatensystems.

Der lange Krieg Österreichs und des Reiches gegen Ludwig XIV. hatte mit dem Frieden von Nymwegen (1679) recht ungünstig geendet. Die seit dem Oktober 1679 einsetzenden französischen Reunionen, die enge Allianz des mächtigsten deutschen Fürsten mit Ludwig XIV., die Besorgnis vor Ludwigs Streben nach der Kaiserkrone, das rücksichtslos gewalttätige Ausgreifen Frankreichs nach allen Richtungen — man denke an Straßburg, Casale und Luxemburg, die Verbindung Ludwigs mit den ungarischen Malkontenten —, all dies ließ doch dem Kaiser immer aufs neue die dauernde Übermacht Frankreichs als die stets stärker drohende Hauptgefahr erscheinen [1]. Es ist erklärlich, daß man am Wiener Hofe bei einer solchen gewiß nicht unberechtigten Auffassung keineswegs die Absicht hatte, mit dem alten Feinde im Osten einen neuen Kampf zu beginnen. Nicht die kaiserliche Politik hat daher einen neuen Türken-

1) Es ist eine viel zu beschränkte Beurteilung der Lage, wenn z. B. Acsády, S. 406 meint, Leopolds Pläne gingen nur darauf aus, „die Franzosen an der Eroberung unbedeutender kleiner deutscher Gebietsteile zu hindern".



krieg gewollt und herbeigeführt, sondern der Ehrgeiz des Großwesirs Kara Mustafa, Thököly und die ungarischen Aufständischen, beide geschürt und gelenkt von Frankreich, haben ihn zum Ausbruche gebracht.

Und noch ein ganz anderer Faktor hatte, freilich aus ganz anderen Motiven, schon lange auf einen Kampf mit dem Halbmond hingearbeitet, und hat dann diesen Krieg zu einer heiligen Sache, man kann sagen des christlichen Abendlandes gemacht, die Kurie und ganz besonders Papst Innocenz XI. In den Jahren 1663 und 1664 war mit einem Male die Türkengefahr vor dem erschreckten Abendlande wieder erstanden. Sie entflammte die gemeinsame christliche Begeisterung gegen die Ungläubigen, wie in früheren Zeiten. Die päpstliche Kurie sah sich an die alte hohe Aufgabe eines gemeinsamen Kreuzzuges gemahnt. Papst Alexander VII. dachte an einen Bund der christlichen Fürsten, er schickte 1664 Subsidien an den Kaiser. Klemens IX. und Klemens X. sahen ihre Fürsorge zunächst durch Polen in Anspruch genommen, das seit 1672 von den Türken angegriffen war. Einen energischen und großen Zug erhielt aber diese Politik, als Benedikt Odescalchi am 21. September 1676 den päpstlichen Thron bestieg. Gleichwie einstens Papst Gregor X., so war jetzt Papst Innocenz XI. aufs tiefste beseelt von der Idee eines allgemeinen Friedens unter den christlichen Herrschern, damit sie alle gegen den gemeinsamen Feind des christlichen Glaubens streiten. Frieden um dieses heiligen Kampfes willen, das wurde das Ziel seines Pontifikates, dem er die ganze Energie seines glühenden apostolischen Eifers und die tatkräftigste Opferwilligkeit weihte [1]).

Es war ein, von diesem Standpunkt genommen, richtiger Gedanke, die bedeutendsten und bedrohtesten Nachbarn des osmanischen Reiches, Österreich und Polen, zu einer Allianz gegen die Türken zu vermögen. Daher war in Rom die Wahl des Türkenbesiegers Johann Sobieski zum König von Polen freudig begrüßt worden und man suchte schon 1675 die Frage eines Bündnisses mit dem Kaiser anzuregen. Das war verfrüht. Denn Sobieski und seine Gemahlin, eine geborene Marquise

1) Die Bedeutung Innocenz XI. für den Kampf gegen die Türken ist durch die von W. Fraknói in den Mon. Vaticana Hungarica II 2 (1886) veröffentlichten Berichte Buonvisis und die Einleitung dazu klargestellt worden. Fraknói behandelte dann den Gegenstand in dem auch deutsch erschienenen Buche „Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung von der Türkenherrschaft" (1902). Inzwischen hatte Gérin in Revue des questions historiques (1886), 39. Bd., neues Material publiziert und 1900 erschien die Schrift von M. Immich, Papst Innocenz XI., welche trefflich die allgemeinen politischen Zusammenhänge darlegte.



d'Arquien, standen zunächst ganz unter französischem Einfluß [1]. Ludwig XIV. wollte Polens Waffen nicht gegen die Türken, sondern gegen den Kaiser kehren. Französische Bemühungen haben wohl mitgewirkt, um den polnisch-türkischen Krieg zu dem für Polen wenig günstigen Abschlusse zu bringen, den er im Frieden von Zurawna (17. Oktober 1676) fand. Das Haus des französischen Gesandten in Warschau, des Marquis von Béthune, eines Schwagers der Königin, wurde ein Mittelpunkt der Verbindungen mit den ungarischen Aufständischen unter Zulassung des polnischen Hofes. Allein die Dinge begannen sich um 1680 zu ändern. Die Unzufriedenheit mit den geringen Erfolgen des letzten Krieges, das Weitergreifen der Türken, Einfälle der Tataren riefen Mißstimmung hervor. Die päpstlichen Nuntien Martelli und nach ihm Pallavicini arbeiteten eifrig für den Heiligen Krieg, der König selber und die Königin entfremdeten sich Ludwig XIV. allmählich, da sie ihre Dienste nicht genügend belohnt glaubten. Aber auch abgesehen von solchen persönlichen Verstimmungen, machten sich doch tiefergehende Differenzen geltend. Sobieski war im Grunde, gleich einer großen Partei in Polen, für eine kriegerische Politik gegen die Türken, er wünschte eine französische Geldhilfe zu einem künftigen Feldzug. Ludwig XIV. aber strebte vielmehr danach, Polen und Türken auseinanderzuhalten und sie womöglich beide mittelbar in Ungarn oder zum unmittelbaren Eingreifen gegen Österreich zu gebrauchen, ohne selbst große Gegenleistungen zu machen. Sobieski durchschaute nicht diese französische Politik, Ludwig aber hielt sich in dem nach Nymwegen noch gesteigerten Hochgefühl seiner unwiderstehlichen Überlegenheit des polnischen Hofes für allzu sicher.

Hier setzte nun mit Geschick die päpstliche und die kaiserliche Politik ein. In Wien weilte seit Oktober 1675 Francesco Buonvisi als päpstlicher Nuntius, der vorher in Warschau die Kurie vertreten hatte [2]. Buonvisi teilte den Eifer Papst Innocenz XI. für die Sache des Türkenkrieges aus innerster Überzeugung. Mit unermüdlicher Eindringlichkeit, mit immer neuen Vorstellungen und Vorschlägen vertrat er den Standpunkt, es sei das einzig Richtige, wenn der Kaiser mit Frankreich Frieden

1) Über Frankreich und Polen vgl. die Dissertation von Kurt Köhler, Die orientalische Politik Ludwigs XIV., ihr Verhältnis zu dem Türkenkrieg von 1683 (1906), S. 40 ff. Köhlers Arbeit bringt aus den Pariser Archivalien bemerkenswerte Aufschlüsse.

2) Über die Wirksamkeit Buonvisis in Wien vgl. außer den vorhin S. 300, Anmerkung 1 angeführten Arbeiten von Fraknói nun auch Levinson, Nuntiaturberichte vom Kaiserhofe Leopolds I., 2. Teil, Archiv f. österr. Gesch. CVI, 557 ff. 677 ff.



schließe und alle Kräfte gegen den Erbfeind der Christenheit aufbiete. Zur Erreichung dieses Zieles schien es ihm mit Recht von großer Bedeutung, daß die ungarischen Wirren beigelegt würden, er warnte vor übertriebener Schärfe und gewaltsamen Bekehrungen, betonte die Notwendigkeit von Zugeständnissen an die Protestanten und riet zur Wiederherstellung von Ungarns Verfassung.

Man wird es den kaiserlichen Staatsmännern nicht verargen können, wenn sie den übereifrigen Mahnungen des oft unerbetenen Ratgebers längere Zeit kühl und ablehnend gegenüberstanden. Indem man Ludwig XIV. als den Hauptfeind Habsburgs und des Reiches betrachten mußte, erschien es als notwendige Folgerung, mit dem anderen Gegner im Osten Frieden zu halten. Dies hinderte aber nicht, auf den Plan eines Bündnisses mit Polen einzugehen, der im Beginn des Jahres 1679 von der polnischen Kriegspartei ausging. Es wurden hierbei von Wien aus für Sobieski sehr lockende Vorschläge vorgebracht, eine Heirat seines Sohnes mit einer Erzherzogin, ein Gebiet in Schlesien als Fürstentum für den Vater der Königin — aber man wollte nur von einem Defensivbündnis etwas wissen, nichts von Angriffspolitik, wie die Kurie und Konferenzen polnischer Senatoren es wünschten. Béthune gelang es auf dem Reichstag zu Beginn des Jahres 1680 alles zu hintertreiben, und ebenso wußten seine Nachfolger Vitry und Forbin-Janson ein Offensivbündnis Polens mit Rußland gegen die Türken zu vereiteln. Russische Gesandte, die vorher (1679) in Wien um eine Allianz geworben hatten, konnten nur allgemeine Versicherungen erhalten — begreiflich, da Rußland seit 1677 in offenem Krieg mit der Pforte stand[1]). Immerhin waren am Hofe von Warschau und namentlich bei der Königin die alten Sympathien für Frankreich stark geschwunden und es bedurfte nur des Druckes der türkischen Kriegsrüstungen, um die Höfe von Wien und Warschau miteinander ernstlich zu verbinden.

Der Großwesir Kara Mustafa scheint seit Beginn seiner Regierungstätigkeit im Jahre 1676 den Krieg gegen Österreich im Sinne gehabt zu haben[2]). Die kaiserlichen Erbländer waren ihm als reiche Gegenden

1) Vgl. über diese Dinge Fraknói, S. 48 ff., Köhler, S. 44 ff., Übersberger, Rußlands Orientpolitik I, 31 ff. — Am 22. Juni 1679 hielt der russische Gesandte, am 22. Juli der polnische Gesandte Fürst Radziwill seinen Einzug in Wien.

2) Vgl. für das Folgende Klopp, Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg 1. und 2. Kapitel, Renner, Wien im Jahre 1683, auch Köhler, S. 58 ff. 72 ff.



geschildert worden und es heißt, daß dem Günstling des Glückes das lockende Ziel eines Sultanates in Ungarn und Österreich vorschwebte. Der Ausbruch des Krieges mit Rußland drängte zunächst solche Eroberungspläne zurück. Kara Mustafa gab sogar in den nächsten Jahren dem Kaiser die stärksten Friedensversicherungen. Wir wissen, wie eifrig man in Wien bestrebt war den Frieden zu erhalten, man sandte 1678 und 1679 nacheinander vier Abgesandte nach Konstantinopel, um über die Erneuerung des Friedens von Vasvár zu verhandeln, der erst 1684 ablief. Als jene schnell starben, bevor sie noch zu unterhandeln begonnen, deuteten es die Türken als ein Zeichen des Himmels, der keinen Frieden zwischen Kaiser und Sultan wolle. Im Frühjahr 1680 kam dann Georg Christoph von Kunitz als kaiserlicher Resident an den Hof des Sultans und schon im August berichtete er, daß die Absichten der Hohen Pforte sich gegen die habsburgischen Länder wenden [1]). Der französische Gesandte Guilleragues arbeitete vorsichtig dahin, daß die auch nach dem Frieden von Zurawna fortdauernden Differenzen mit Polen nicht neuerlich zu einem Kriege führten: nicht gegen Polen, sondern nach Ungarn und gegen den Kaiser sollen im Sinne Frankreichs die Türken ziehen. Denn Österreich im Osten zu beschäftigen und zu bedrohen, um seine Reunionen ungestört und ohne Krieg durchführen zu können, das war seit 1679 ein Hauptziel Ludwigs XIV. [2]).

Als im Februar 1681 der Friede von Radzin den russisch-türkischen Krieg beendete und die Pforte freie Hand bekam, da begannen die Absichten Kara Mustafas immer deutlicher hervorzutreten. Im März erschienen Gesandte Thökölys beim Großwesir und baten um Unterstützung. Hatte die Pforte die ungarischen Malkontenten zwar immer im stillen mehr oder minder begünstigt, aber niemals offen unterstützt, so zeigte sich jetzt ein bedenklicher Wandel ihrer Haltung. Fürst Apafy wurde nun vom Sultan förmlich zum Oberbefehlshaber der zu bildenden ungarisch-siebenbürgischen Armee ernannt, die Paschas von Temesvar und Großwardein vereinigten im August und September 1681 türkische Truppen mit den ungarischen Aufständischen [3]). Freilich verlief der Feldzug infolge der Zwietracht zwischen Apafy und Thököly kläglich, aber die offene Teilnahme der Türken beleuchtete deutlich genug die drohende Lage. Als am 31. Dezember 1681 spät abends ein türkischer Kurier in Wien

1) Renner, S. 36 f.
2) Dies hat Köhler S. 82 ff. richtig dargelegt.
3) Vgl. oben S. 296.



ankam, ward „von allen besorget", daß er „einen Türkenkrieg mitbringen täte" [1]).

Trotz dieser Zeichen blieb die kaiserliche Politik noch tief ins Jahr 1682 hinein von der viel stärkeren Besorgnis vor Frankreich und von dem Gedanken beherrscht, die von diesem dem Reiche und dem Hause Österreich drohende Gefahr abzuwehren. Die Wegnahme Straßburgs und Casales am gleichen Tage, dem 30. September 1681, die gleichzeitigen Gewalttaten der Franzosen in den spanischen Niederlanden hatten die Befürchtungen verstärkt. Kaiser Leopold selbst war durchdrungen von dem schwersten Mißtrauen gegen seinen königlichen Vetter in Frankreich, er äußerte mehr als einmal, er wolle lieber etwas an den Türken verlieren, denn da sei Hoffnung, es wieder zu gewinnen, nicht so jedoch bei Frankreich. Der spanische Gesandte in Wien, Borgomainero, war im Interesse vor allem der spanischen Niederlande der eifrigste und einflußreichste Vertreter einer kriegerischen Politik gegen Frankreich, daher des Friedens mit den Türken und eines Ausgleiches mit Thölöly. Also das Widerspiel der Bestrebungen des Nuntius Buonvisi. Zur spanischen Partei hielt der Präsident des Hofkriegsrates, Markgraf Hermann von Baden, zum Nuntius stand der einflußreiche P. Emmerich Sinelli, seit 1680 Bischof von Wien [2]). Zum Schutze des Reiches hatte der Kaiser im Januar 1681 den schon bei den südwestdeutschen Reichskreisen betriebenen Vorschlag einer Reform der Reichskriegsverfassung bei dem Reichstage in Regensburg eingebracht und unter dem Drucke der französischen Gefahr wurde wirklich im Laufe des Jahres 1681 die Einrichtung eines stehenden Reichsheeres auf Grund der Kreisverfassung beschlossen. Im Herbst schloß sich der Kaiser dem Assoziationstraktat zwischen den Niederlanden und Schweden an, der die Zurückweisung der französischen Usurpationen bezweckte. Und dasselbe wollte die vom Fürsten Georg Friedrich von Waldeck im Einvernehmen mit Wilhelm von Oranien seit 1679 betriebene Union deutscher Stände, wobei die Kreise Franken und Schwaben unter Führung des energischen, ganz kaiserlich gesinnten Bischofs Peter Philipp von Bamberg und Würzburg bedeutsam mitwirkten. Dieser Union der Reichskreise und kleinerer Fürsten trat in der sogenannten Laxenburger Allianz vom 10. Juni 1682 der Kaiser bei: zum Schutze der Westgrenze sollen drei Armeen

1) Tagebuch des hessischen Gesandten in Wien Justus Eberhard Passer, hg. von L. Baur, Arch. f. österr. Gesch. XXXVII, 329.

2) Vgl. bei Fraknói S. 47 die Äußerungen Buonvisis.



aufgestellt werden [1]. Auch unter den großen Reichsfürsten begann sich angesichts der empörenden Reunionen ein Wandel anzubahnen. Die jungen Kurfürsten Johann Georg III. von Sachsen (seit 1680) und Max Emanuel von Bayern (seit 26. Mai 1679, 1680 großjährig) verließen mehr und mehr die franzosenfreundliche Haltung ihrer Väter [2]. Max Emanuel näherte sich dem Kaiser auch persönlich. Im März 1681 traf er mit Leopold in Altötting zusammen. Der Kaiser schenkte ihm einen kostbaren Degen. Er wolle ihn nur zu des Kaisers Defension gebrauchen, rief Max Emanuel. Schon wird der längst nicht mehr fremde, mit Aussichten auf eine Königskrone lockende Gedanke einer Heirat des Kurfürsten mit der Erzherzogin Maria Antonia, des Kaisers Tochter von seiner ersten spanischen Gemahlin ernstlicher erwogen. Aber zunächst handelt es sich um ein Bündnis, über welches das ganze Jahr 1682 hindurch beraten [3] und das am 26. Januar 1683 als eine Defensivallianz sowohl gegen den Türken als auch wider „andere zustoßende Gefahr", das heißt natürlich gegen Frankreich, abgeschlossen wurde; 8000 Mann verspricht der Kurfürst gegen namhafte Subsidien zu stellen. Wenige Tage vorher hatte Herzog Ernst August von Hannover dem Kaiser die Aufstellung eines Korps von 10 000 Mann am Niederrhein zugesichert. Im Februar wurde die 1681 geschlossene Allianz des Kaisers mit Spanien, den Generalstaaten und Schweden durch Bestimmungen über gegenseitige Hilfe ergänzt [4].

All dies zeigt, wie sehr die kaiserliche Politik von der Idee eines unausweichlichen Kampfes mit Frankreich beherrscht war, wie man alle Sorge und Kraft gegen Westen richtete. Von dieser Gefahr wie gebannt, wollte man die Lage im Osten nicht als so bedrohlich ansehen, man hoffte, durch Zugeständnisse den Frieden mit den Türken erhalten und Thököly irgendwie abfinden oder ihn isolieren zu können. Nur so sind die Vorgänge des Jahres 1682 in Ungarn und Österreichs Haltung gegenüber der Pforte und Thököly erklärlich. Im Dezember 1681 war

1) Erdmannsdörffer I, 656 ff.; Pius Dirr, Zur Gesch. der Reichskriegsverfassung und der Laxenburger Allianz (Diss. 1901).

2) Bezüglich Max Emanuels vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 247 ff.

3) Im Dezember 1682 kam Graf Dominikus Andreas Kaunitz als Gesandter nach München, dessen schöne Frau, Marie Eleonore Gräfin von Sternberg, auf den jungen, feurigen Max Emanuel einen sehr starken, dem Abschluß der Verhandlungen recht förderlichen Eindruck machte, Riezler VII, 271.

4) Verträge vom 14. Jan. und 6./16. Febr. 1683, Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 89.

mit Thököly ein Waffenstillstand geschlossen worden; nach Konstantinopel bestimmte man als Internuntius den Grafen Albert Caprara, Bruder des in Oberungarn kommandierenden Generals Äneas Caprara. Er reiste am 3. Februar 1682 von Wien ab[1]). Inzwischen hatte auch Thököly Gesandte an die Pforte geschickt, die aber nicht, wie er den Kaiserlichen sagte, das Werk des Friedens förderten, sondern bestimmte Zusagen türkischer Hilfe zu erlangen hatten. Zugleich arbeitete in Konstantinopel der französische Gesandte Guilleragues eifrig im Sinne seines Königs, der ihm am 8. April 1682 den höchst bezeichnenden Auftrag gab, den Großwesir zu versichern, daß die Pforte niemals eine Vereinigung österreichischer und französischer Waffen zu fürchten brauche und daß der Großherr nirgends so wenig Widerstand finden würde, als wie bei einem Angriff auf Ungarn. Es war die pure Heuchelei, wenn Ludwig XIV. damals erklärte, er habe die Blockade von Luxemburg deshalb aufgegeben, weil der Christenheit von den Ungläubigen die größte Gefahr drohe[2]).

Man verhandelte mit Thököly weiter, konnte sich nicht entschließen, auf seine Forderungen einzugehen, gab aber die Zustimmung zu seiner Heirat mit Helene Zrinyi. Am 15. Juni 1682 fand die Hochzeit statt, der der Oberstleutnant Freiherr von Saponara als Vertreter des Kaisers beiwohnte — am 24. Juni kündigte Thököly den Waffenstillstand. Denn er hatte sich schon vorher mit den Türken geeinigt, die ihm alles zusagten, was er vom Kaiser begehrte und ihn zum Fürsten von Ungarn erklärten. Es begann der offene Kampf, der bereits als der tatsächliche Anfang des Krieges der Pforte gegen den Kaiser betrachtet werden muß.

Thököly zog im Juli vor Kaschau und nahm die Stadt, im August stieß Ibrahim Pascha von Ofen mit dem türkischen Hilfsheere zu ihm, am 14. August ergab sich die Zitadelle, in den nächsten Tagen fielen auch Eperjes und Leutschau. Vor Fülek, wohin dann die Verbündeten zogen, traf auch Apafy mit siebenbürgischen Truppen ein. Der unerschrockene Stephan Koháry hielt die Stadt bis zum 3., die Festung bis

1) Vgl. Passer a. a. O., S. 330. Über die Gesandtschaft Capraras vgl. Klopp, Das Jahr 1683, S. 105 ff. Capraras Sekretär, Giovanni Benaglia, schrieb eine „Relatione del viaggio fatto a Constantinopoli e ritorno in Germania dell' ill. Signor Conte Alberto Caprara", Venetia 3. ed. 1685, ins Deutsche übersetzt als „Außführliche Reißbeschreibung von Wien nach Constantinopel" usw., Frankfurt 1687. Benaglia schildert den äußeren Verlauf mit manchen interessanten Mitteilungen.

2) Vgl. Köhler, S. 87 f.



zum 16. September. Kohäry, gefangen, konnte durch keine Drohung zum Abfall bewogen werden, er schalt Thököly ins Gesicht einen Verräter, wurde dann in einen scheußlichen Kerker geworfen; erst die Siege der kaiserlichen Waffen haben ihn nach drei Jahren befreit [1]). Auch die oberungarischen Bergstädte fielen. Streifscharen Thökölys drangen bis nach Schlesien, die Kaiserlichen waren zu schwach, mußten zurückgehen und trachteten, wenigstens die Waaglinie zu halten. Fast ganz Oberungarn befand sich im Herbste 1682 in Thökölys Gewalt, er nannte sich nun Fürst und Herr einiger Teile von Ungarn, ließ Münzen mit dieser Umschrift prägen und erklärte in einem Manifeste, sein Bund mit den Türken sei notwendig, um die Freiheit Ungarns zu retten.

Diese Erfolge Thökölys und der Türken waren nur möglich, weil der Wiener Hof, im Banne der französischen Gefahr, nur mit unzulänglichen Kräften Krieg führte und fortwährend noch verhandelte [2]). Eine große, vom Kaiser einberufene Konferenz sprach sich am 11. August 1682 trotz der ernsten Berichte Capraras über die zweifellos von der Pforte drohende Kriegsgefahr gegen ein Sonderabkommen mit Frankreich aus; zwei Kriege könne man nicht führen, ein Vertrag mit der Pforte sei doch wohl zu erreichen und sei beständiger, als mit dem unverläßlichen Frankreich, auch können an die Pforte abgetretene Gebiete leichter wieder gewonnen werden [3]). Aber Graf Caprara blieb bis Ende September ohne weitere Instruktion, und als im Oktober Geld und ein kaiserliches Schreiben eintrafen, war dies alles fruchtlos und zu spät [4]). Der französische Vertreter Guilleragues hatte gefürchtet, daß die Pforte doch von einem Krieg abwendig gemacht werden könnte, denn so sehr der Großwesir Kara

1) Vgl. Katona, Hist. crit. Hungariae XXXIV, 741 ff. und die daselbst 744 ff. mitgeteilten Briefe Thökölys und seines Obersten Faigl an den französischen Agenten Duvernay in Warschau. Über Kohäry das Diplom K. Leopolds vom 8. Juni 1689, Katona XXXV, 642 ff. Vor Fülek empfing Thököly das türkische Diplom seiner Ernennung zum Fürsten von „Mittelungarn". Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 378. 731.

2) Es hieß, man habe den Plätzen absichtlich die nötige Besatzung genommen, damit sie Thököly um so leichter erobere. Contarinis Finalrelation von 1685, Fontes rer. Austr. II. 27, 242.

3) Vgl. Klopp, Das Jahr 1683, S. 120 ff., auch für das Folgende.

4) Die Berichte von Guilleragues, denen Köhler, S. 91 ff. 122 f. folgt, sind nicht verläßlich. Caprara machte nicht immer wachsende Anerbietungen, sondern erklärte auf die Forderungen der Türken (Schleifung von Leopoldstadt, Überlassung von Orten bei Neuhäusel und einer Reihe von Palanken) nicht eingehen zu können; Klopp, S. 140. Die oben S. 306, Anm. 1 genannte Relation von Venaglia bringt über die Verhandlungen so gut wie nichts.

Mustafa auf den Krieg brannte, so war doch längere Zeit, so scheint es, der Sultan selbst nicht so unbedingt dafür. Um die Dinge vorwärts zu treiben, erklärte Guilleragues anfangs August im Sinne seiner Instruktionen auf das bestimmteste, König Ludwig werde dem Kaiser unter keiner Bedingung Hilfe leisten, wohl aber Polen, wenn dieses von der Pforte angegriffen würde. Das verfehlte seine Wirkung nicht. Die Rüstungen wurden eifrig fortgesetzt[1]), anfangs Oktober verließen Sultan und Großwesir Konstantinopel. Caprara und der Resident Kunitz mußten nach Adrianopel folgen, Caprara ließ seinem Hofe keinen Zweifel, daß keine Wahl mehr übrig bleibe, als zum Schwert zu greifen, und er wiederholt im Dezember seine Mahnung, da es kein anderes Heilmittel gebe, eiligst zu waffnen und die Türken in Ungarn anzugreifen; Friede mit Frankreich und alle Kraft wider die Türken, so beschwört jetzt Caprara den Kaiser. Im Januar 1683 durfte Caprara keinen Kurier mehr abschicken; dafür sandte er heimlich einen gewandten Mann über die Moldau nach Polen, um daselbst und dann in Wien den Ernst der Lage zu schildern[2]).

Beim unzweifelhaften Nahen der türkischen Gefahr bemühten sich die päpstlichen Nuntien in Wien und Warschau um so eifriger, das lange schon erstrebte **Bündnis mit Polen** zustande zu bringen[3]). Nuntius Pallavicini fand einen geschickten Helfer in dem kaiserlichen Residenten in Warschau, Hans Christof Freiherrn von Zierowski. Ihnen gegenüber der französische Gesandte Vitry und der Abbé Duvernay-Boucauld. Es entspann sich ein Kampf der Ränke und Bestechungen. Der Nuntius erreichte im Frühjahr 1682, daß der König verbot, die französischen Hilfsgelder für die ungarischen Aufständischen über Polen zu schicken. Aber die Zettelungen Duvernays hörten nicht auf, bis es im Herbste Zierowski gelang, Korrespondenzen Duvernays mit Thököly abzufangen und sie dem König vorzulegen. Jetzt mußte Duvernay Polen verlassen. Als wenig später Briefe in des Königs Hand kamen, die der polnische Oberschatzmeister Morsztyn mit dem französischen Hofe gewechselt hatte und in denen Andeutungen von einem Plane, den König zu stürzen, sich

1) Die Schrift von **Leo Barbar**, Zur wirtschaftlichen Grundlage des Feldzuges der Türken gegen Wien im Jahre 1683 (Wiener Staatswissensch. Studien, 13. Bd., 1 Heft 1916) bietet eine Aufzählung der türkischen „privilegierten Volksheeresteile“ und ihrer Bestimmung im Kriegsfalle; sonst nicht viel.

2) **Benaglia**, Relation, S. 131 f.; vgl. **Klopp**, Das Jahr 1683, S. 137 ff.

3) Vgl. **Fraknói**, S. 64 ff.; **Köhler**, S. 50 ff.



fanden, da hatte Frankreich das Spiel verloren. Anfangs Dezember erklärte König Johann dem französischen Gesandten unumwunden, daß Ehre und Gewissen ihn verpflichten, die Türken zu bekämpfen, das Angebot von 100 000 Livres Jahrespension wies er kühl zurück. Nebenbei mögen Hoffnungen auf eine Heirat seines Sohnes mit einer habsburgischen Prinzessin mitgespielt haben.

In Wien hatte man endlich die Sachlage erkennen müssen, welche die Notwendigkeit von Allianzen und Hilfe von allen Seiten als dringend erscheinen ließ. Wie das Bündnis mit Max Emanuel von Bayern die Hilfe gegen die Türken in die erste Linie stellte, so wurde nun auch seit November 1682 ernstlich die Allianz mit Polen betrieben. Graf Waldstein wurde als Gesandter nach Warschau bestimmt. Man sparte diesmal nicht mit reichlichen Geldern[1]. König Johann berief zur Erledigung der Angelegenheit einen Reichstag auf den 27. Januar 1683. Die Enthüllung der Morsztynischen Korrespondenz schadete der französischen Partei empfindlich, aber Vitry bot trotzdem alles auf, um die verhaßte Allianz zu hintertreiben. Nach manchen Fährlichkeiten eines polnischen Reichstages wurde aber dennoch der Antrag auf Abschluß eines Bündnisses angenommen. Nach schwierigen Beratungen, bei denen Nuntius Pallavicini verdienstvoll vermittelte, wurde am 31. März 1683 die Allianz mit dem Kaiser geschlossen und von diesem am 2. Mai ratifiziert. Der Kaiser hat 60 000, Polen 40 000 Mann gegen die Türken ins Feld zu stellen, der Kaiser in Ungarn, der König in Podolien. Wird aber Wien oder Krakau bedroht, so haben sich die Streitkräfte zu vereinigen. Der Kaiser bewilligt 200 000 Taler (oder 1 200 000 polnische Gulden) für die polnischen Rüstungen. Das Bündnis wird unter Garantie des Papstes gestellt.

Die Kurie hatte in der Tat daran einen bedeutenden Anteil, doch nun zeigte sich erst die großartige Opferwilligkeit des Papstes selber. Innocenz XI. hatte zwar nicht eine christliche Angriffsliga zustande gebracht, aber um die Abwehr der einbrechenden Türkengefahr erwarb er sich jetzt die höchsten Verdienste. Ohne Zögern öffnete er seine haushälterisch gesammelten Schätze und hat im Laufe des Jahres 1683 für den Kaiser im ganzen 400 000, für Polen 500 000 Gulden Subsidien

1) Man gab über 66 000 Gulden für diesen Zweck aus, vgl. das aktenmäßige Verzeichnis bei Renner, S. 82. Frankreich hatte nur 50 000 Gulden geopfert; dazu die Mitteilungen bei Newald, Beiträge zur Gesch. der Belagerung von Wien I, 63 ff. und II, 8 ff.



geleistet [1]). Er gab ferner die Erlaubnis, die Geistlichkeit der österreichischen und der bayerischen Erbländer mit einer außerordentlichen Türkensteuer zu belegen. Diese reichen päpstlichen Hilfsgelder haben es dem Kaiser und seinen Verbündeten ermöglicht, ihre Armeen zu rüsten, zu erhalten und den Kampf zu bestehen.

Papst Innocenz unterließ es auch nicht, König Ludwig XIV. mit warmen und ernsten Worten aufzufordern, am Kampf gegen die Ungläubigen teilzunehmen, oder sich wenigstens so zu verhalten, „daß Deutschland und die anderen christlichen Länder sich frei fühlen von der Furcht vor Deinen Waffen“. Diese Worte des päpstlichen Breve vom 20. Januar 1683 kennzeichnen deutlich das allgemeine Mißtrauen gegen Frankreich. Wir kennen das Doppelspiel Ludwigs: er schürte in Ungarn und am Bosporus gegen Österreich, suchte aber den Eindruck zu erwecken, als ob doch nur er Schutz gegen die Türken bieten könnte. Krieg gegen Kaiser und Reich wollte er in diesem Augenblicke nicht, er konnte unmöglich, ohne den Namen eines christlichen Herrschers einzubüßen, dem Kaiser in den Rücken fallen, wenn dieser gegen die Türken kämpfte. Aber die Bedrängnis des Kaisers ausnützen, um seine Reunionen ohne Krieg zu sichern, das allerdings wollte er. Seine Gesandten bei dem Kongreß in Frankfurt hatten zuerst im April 1682 erklärt, daß ihr König sich mit Straßburg und den anderen bis September 1681 gemachten Reunionen begnügen wolle, und als der Kaiser darauf nicht einging, erhob Ludwig im Frühjahr 1683 Anspruch auf die ganzen Diözesen Metz, Toul und Verdun und stellte Truppen im Elsaß und in Flandern auf. Dann, — schon waren die Türken vor Wien, der Kaiser auf der Flucht in Passau — bot er dem Reich einen Waffenstillstand auf 30 Jahre an, wenn ihm alle Erwerbungen nach 1679 anerkannt würden, was er dem Papste gegenüber und im Reich als ein Zugeständnis hinstellte, das er um der Not der Christenheit willen so maßvoll halte [2]). All diese Forderungen Ludwigs wurden unterstützt durch Friedrich Wilhelm von

1) Fraknói, S. 77. — Kaiser Leopold hatte nach Rom einen eigenen Gesandten geschickt, den Grafen Valentin Max Martinitz. Zum guten Teil von den päpstlichen Geldern wurden die Subsidien an Polen bezahlt, deren letzte Rate am 7. Juni 1683 entrichtet ward; Newald I, 71 und II, 13. Schon Newald betonte nachdrücklich das ausgezeichnete Verdienst des Papstes.

2) Immich, Papst Innocenz XI., S. 28 ff. Immich bemerkt S. 28, Anm. 4, daß für die Behauptung, Ludwig XIV. habe damals dem Kaiser ein Hilfsheer von 60 000 Mann angeboten, sich kein wirklich glaubwürdiges Zeugnis finden läßt.



Brandenburg, der ja sein Heil noch immer im Vasallendienste Frankreichs erblickte und eine Hilfe von 16000 Mann von dem Nachgeben des Kaisers gegen Frankreich abhängig machte; auch die Ansprüche auf Jägerndorf und Verwendung für die ungarischen Protestanten wurden in diesem Augenblicke vorgebracht. Der Papst selber mahnte Leopold zur Annahme der französischen Vorschläge. Aber mitten in der schwersten Bedrängnis blieb der Kaiser fest gegen all diese Zumutungen, die protestantisch-brandenburgische Hilfe meinte man, mit Polen und Bayern zur Seite, vielleicht nicht ungern entbehren zu können, die Verhandlungen zu Passau in der ersten Hälfte August scheiterten [1]). Die schmähliche Zweideutigkeit Frankreichs offenbarte sich vollständig, als König Ludwig am 1. September — während Wien sich in der größten Not befand — starke Truppen in die spanischen Niederlande einrücken ließ und Colbert-Croissy dem entrüsteten Nuntius in Paris erklärte, dies geschehe nur zum Besten der Christenheit, da hauptsächlich Spanien verhindere, daß der Kaiser mit Frankreich sich vergleiche. Alle weiteren Pläne Ludwigs wurden abgeschnitten durch den Sieg vom 12. September 1683 — er war, wie man sieht, nicht bloß ein Sieg über die Türken, sondern auch eine Niederlage Frankreichs [2]).

Doch ward aus dem übrigen Reiche einige Hilfe gewonnen. Fürst Georg Friedrich von Waldeck führte 8- bis 9000 Mann an Truppen des fränkischen und oberrheinischen Kreises heran, mit ebensoviel kam Kurfürst Max Emanuel von Bayern. Mit Johann Georg III. von Sachsen kam nach langwierigen Verhandlungen am 30. Juli ein Vertrag zustande, kraft dessen der Kurfürst dann mit 10000 Mann zu Hilfe zog, ein kleines Korps von 600 Reitern sandte Ernst August von Hannover mit seinen Söhnen Georg und Ludwig [3]). Allein alle diese Zuzüge setzten sich erst im August in Bewegung, am frühesten, Mitte August, trafen die Bayern bei Krems mit den kaiserlichen Truppen zusammen [4]).

1) Vgl. Erdmannsdörffer I, 680ff.

2) Daher bezeichnet neuestens W. Platzhoff im Histor. Zeitschr. CXXV, 410ff. mit Recht 1683 als das Jahr der „großen europäischen Krisis", mit der die Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten Frankreichs beginnt.

3) Vgl. Erdmannsdörffer I, 679f. Der Vertrag mit Sachsen verzeichnet bei Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 91; über die Verhandlungen mit Sachsen vgl. auch Newald, Beiträge II, 14f., der nachweist, daß der sächsische Oberhofmeister Freiherr von Gersdorff eine „Verehrung" von 15000 fl. erhielt.

4) Vgl. Riezler VII, 275f.



Noch bevor die Allianzen geschlossen worden, hatte man auch in Österreich selber dem Ernst der Lage entsprechend zu rüsten begonnen. In den Jahren 1681 und 1682 wurden sieben neue Infanterie- und zwei neue Dragonerregimenter aufgestellt, ein Regiment Kroaten geworben und eine kleine Ingenieurtruppe zusammengebracht, die alten Regimenter wurden komplettiert und verstärkt und für die Verteidigung der steirisch-ungarischen Grenze vorgesorgt[1]). Am 7. Oktober 1682 wurde Graf Seifried Christoph Breuner zum Obrist-Feldkriegskommissär ernannt, am 11. Januar 1683 eine eigene Kommission zur Einrichtung und Sicherung der Defension Ungarns und für die Armeeverproviantierung eingesetzt, mit dem Vizepräsidenten des Hofkriegsrates Grafen Kaplirs an der Spitze[2]). Der Präsident des Hofkriegsrates, Markgraf Hermann von Baden, inspizierte die Festungen. Ihr Zustand war nicht erfreulich, es fehlte an den Werken, an der Munition, am Geld. Die wichtigste Festung, Wien, war in den letzten Jahrzehnten nach den Regeln der neuen italienischen und französisch-holländischen Festungsbaukunst ausgestattet worden mit zwölf ausspringenden, sich gegenseitig deckenden Basteien und ebensovielen dazwischenliegenden Kourtinen (Umwallungsmauern), die durch spitze, sich vorlagernde Ravelins (Bastionen) geschützt wurden. Ein breiter Graben umschloß diese Werke, an dessen äußerer Seite (Konterèskarpe) ein gedeckter Gang herumlief, den vorgelagerte Erdwälle mit Pallisaden schützten[3]). Diese starke Fortifikation war mit Hilfsgeldern des Reiches, das Wien seine Vormauer nannte, und der Erblande ausgeführt worden, und der Stadtkommandant Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg (seit 1680) hatte die größte Sorge darauf verwendet, die Vollendung der Festungsarbeiten zu betreiben[4]).

1) Wrebe, Die k. u. k. Wehrmacht I, 35; Mitteil. des Kriegsarchivs 1882, S. 79 ff. Für das Folgende vgl. Renner, S. 98 ff.

2) Einige aktenmäßige Mitteilungen bei Maurer, Cardinal Kollonitsch, S. 137.

3) Eine ausführliche Beschreibung der Festungswerke im Jahre 1649 (wiederholt 1677) gab Martin Zeiller in Matthäus Merians Topographia Germaniae, vgl. Schwerdfeger im Jahresber. d. Mädchenobergymn. Wien 1912. Die letzte Bauperiode war von 1656 bis 1672.

4) Vgl. die Nachweise bei Newald, Beiträge z. Gesch. der Belagerung von Wien durch die Türken I, 19 ff. und II, 29 ff. Die zu Beginn 1683 noch mangelhaften Pallisaden wurden noch im Frühjahr vollständig hergestellt. Newalds sorgfältige sehr verdienstliche Forschungen haben in vielen wichtigen Punkten alte Irrtümer berichtigt und beseitigt. Über die Literatur zum Jahre 1683 vgl. Uhlirz in Mitteil. d. Instituts V,



Zu allem bedurfte es Geld. Schon 1681 und 1682 hatten sich die Stände von Niederösterreich zu einer dreimal so hohen Geldbewilligung als sonst verstehen müssen (650000 Gulden), 1683 wurden auch die Stände der anderen Erbländer mit Hinweis auf die furchtbar drohende Gefahr um höhere Summen angegangen, sie bewilligten zusammen 4226000 Gulden. Aber diese Hilfen blieben doch weit unter dem Erfordernis, sie gingen nur in langwierigen Fristen ein, schon im Oktober 1682 legte daher die Regierung eine außerordentliche, allgemeine Vermögenssteuer auf. Sie betrug ein Prozent, niemand sollte von ihr ausgenommen sein, mit ihrer Eintreibung wurde sofort energisch begonnen. Sie stieß, namentlich in Böhmen, auf den Widerstand der Geistlichkeit, und erst der ausdrückliche Befehl des Papstes, der auch hierin dem Kaiser hilfreich zur Seite stand, brachte diese Opposition zum Schweigen. Aber all diese Gelder, auch die päpstlichen Subsidien, gelangten erst nach und nach an die Hofkammer und Kriegskasse. Als diese am 29. März 1683 drei Millionen für Bezahlung der Armee und Defension beanspruchte, waren davon noch am 21. Mai 700000 Gulden nicht aufgebracht. Die Hofkammer erklärte, ohne Anlehen nichts machen zu können, aber ihr Kredit war sehr erschüttert, weil sie „keine alten Schulden und noch weniger Interessen zahlt und neue Schulden alt werden läßt" [1]).

So erklärt es sich, daß bei Beginn des Feldzuges anfangs Mai 1683 statt der 60000 Mann, welche die Armee laut des Vertrages mit Polen zählen sollte, oder der 80000, die auf dem Papiere standen, nur 30000 Mann vorhanden waren. Es dürfte wohl in einem gewissen Zusammenhang mit dieser unerfreulichen Lage gestanden sein, wenn sogar jetzt noch geheime Verhandlungen mit Thökölh weitergeführt wurden in der Hoffnung, ihn doch noch von der türkischen Seite abzuziehen [2]). Hatte sich doch Ende 1682 Sobieski zur Vermittlung angeboten [3]). Daß man bis zum letzten Augenblicke das falsche Spiel Thökölys nicht durch-

325 ff. Eine treffliche Darstellung der Türkenbelagerung gab Vancsa in der Gesch. der Stadt Wien, hg. vom Wiener Altertumsverein (1909) IV, 136 ff., mit einer eingehenden Würdigung der Quellen, ebda. S. 40 ff.; Kralik, Wien, S. 321 ff.

1) Vgl. Renner, S. 158 ff., für das letzte das Tagebuch Passers zum 11. Okt. 1682, S. 854. Über die Verhandlungen mit den Ständen Newald, Beiträge I, 1 ff. 44 ff. und II, 1 ff. Mensi, Gesch. der direkten Steuern in Steiermark II, 80 ff.

2) Der Präsident des Hofkriegsrates Hermann von Baden und der spanische Gesandte Borgomainero waren Hauptvertreter dieser Anschauungen. Vgl. Klopp, S. 178. 187.

3) Fraknói, S. 67.



schaute, zeigen Dokumente noch vom 22. Juni 1683[1]): man will Thököly den Titel eines Reichsfürsten und die Komitate jenseits der Theiß geben; ja man ging so weit, die ersten Kriegsoperationen mit Rücksicht auf Thökölys Wünsche einzurichten. Thököly hatte bisher nach beiden Seiten laviert wie immer, jetzt aber, am 10. Juni, war er im türkischen Lager zu Esseg erschienen. Ein Eingreifen Sobieskis brachte nur das zustande, daß ihm Thököly versprach, nicht mit den Türken vor Wien zu ziehen. Dies Versprechen hat Thököly trotz der Aufforderungen Kara Mustafas gehalten, natürlich nicht aus Rücksicht auf den Kaiser, sondern in Konsequenz seiner bisherigen zweideutigen Haltung. Daß sein Nichterscheinen vor Wien den Erfolg des christlichen Heeres erleichtert hat, wird man gewiß zugeben, man darf aber durchaus nicht sagen, daß, wäre Thököly gekommen, jener Erfolg überhaupt nicht erreicht worden wäre[2]).

Sultan Muhammed IV. und sein Großwesir Kara Mustafa waren mit dem türkischen Heere am 31. März 1683 von Adrianopel aufgebrochen, und gelangten am 3. Mai nach Belgrad. Hier wurden die Zuzüge aus Asien, die Hilfstruppen aus der Walachei und Moldau erwartet. Gegen Ende Mai zog die Armee weiter nach Esseg, ihre Stärke betrug an eigentlich türkischen Streitkräften jetzt 40 000 Mann[3]), mit all den weiteren Zuzügen stiegen sie jedenfalls schließlich über 100 000, ohne den ungeheuern Troß. Der kaiserliche Gesandte Graf Caprara und der Resident Kunitz hatten das Heer begleiten müssen. Jetzt erst wurde Caprara die Heimreise gestattet[4]), Kunitz aber mußte bleiben und hat,

1) Mitgeteilt von Renner, S. 173 ff.

2) Über Thökölys Verhalten vgl. A. von Károlyi im Budapesti Szemle, 1883 Juli. Zu der von Karolyi etwas abweichenden Beurteilung Thökölys vgl. schon Uhlirz in Mitteil. d. Instituts V, 331 Anm. 3. Thökölys persönlichen Ehrgeiz und seine absolute Unverläßlichkeit, mit der er den Kaiser ebenso wie den Sultan hinterging, durchschaute schon der damalige französische Gesandte in Wien, Sébeville, ein gewiß unverdächtiger Zeuge. Vgl. Revue des questions historiques LXXXI, 408.

3) Die genauen Angaben bei Benaglia, S. 162 ff. Caprara äußert sich wiederholt abfällig über die militärische Tüchtigkeit der türkischen Truppen, selbst der Janitscharen; Klopp, S. 182 f. Caprara schätzte dann das gesamte türkische Heer auf 160 000 Mann, Klopp, S. 187.

4) Er hatte am 11. Mai die Abberufung durch den Kaiser und die Nachricht vom Bündnis mit Polen erhalten, Benaglia, S. 155 f. 176 f.; Klopp, S. 183. Caprara reiste mit seinem Gefolge unter türkischem Geleite nach Ofen, von da nach dem 22. Juli über Raab, Altenburg, Bruck in das Türkenlager vor Wien (9. August), wurde am 10. August in Tuln von kaiserlichen Truppen aufgenommen und reiste sofort nach Passau zum Kaiser.

halb als Gefangener, den Feldzug und die Belagerung Wiens mitgemacht, doch aber immer Gelegenheit gesucht und gefunden, Berichte an die christliche Armee zu senden. Am 15. Juni brach der Großwesir von Essegg auf und zog über Mohácz und Szegszárd nach Stuhlweißenburg. Hier traf am 26. Juni der Tatarenkhan mit seinen wilden Reiterscharen ein. Am 29. Juni stieß vor dem Kloster Martinsberg Ibrahim Pascha von Ofen mit seinen Truppen zum Heere. So stand die gewaltige türkische Macht an der Grenze des kaiserlichen Ungarn, unmittelbar vor der Festung Raab.

Es war der begreifliche Wunsch der Ungarn gewesen, daß der Krieg im Feindesland geführt werde. Auch die Absicht des Hofkriegsrates war dahin gegangen, das Heer am 20. April bei Kittsee südlich Preßburg zu versammeln, um den Feldzug früh genug und offensiv zu beginnen[1]). Allein, wann wäre damals ein solcher Termin eingehalten worden! Am 21. April wurde erst der Oberbefehlshaber ernannt, Herzog Karl von Lothringen[2]). Der Kaiser hatte diese Wahl getroffen, nicht ohne daß sie auch Gegner und Neider gefunden hätte. Besonders Markgraf Hermann von Baden war kein Freund des Lothringers, und gleich ihm wurde sein Neffe Ludwig Wilhelm von Baden, ein bedeutendes militärisches Talent, der stete und keineswegs wohlwollende Kritiker seines Feldherrn. Und doch war es eine glückliche Wahl. Besonnen und ein vorzüglicher Stratege wie sein Lehrmeister Montecuccoli, nur weniger ängstlich, einfach und leutselig, bescheiden und selbstlos, so war er gerade jetzt der rechte Mann in einem Kriege, bei dem sonst die Rivalität der hochfürstlichen Häupter sehr vieles hätte verderben können.

Am 6. Mai fand zu Kittsee vor dem Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern die Revue über das Heer statt, das aus ungefähr 21 600 Mann Infanterie und 10 800 Kürassieren und Dragonern bestand[3]).

1) Anfangs März war es schon auf der Insel Schütt zu einem Zusammenstoß zwischen kaiserlichen Truppen und Türken gekommen, Theatr. Europ. XII, 526.

2) Er war am 27. März von Innsbruck her nach Wien gekommen; Theatr. Europ. XII, 527. Karl war seit 6. Febr. 1678 Gemahl der Stiefschwester des Kaisers, Eleonore, verwitweten Königin von Polen, im selben Jahre wurde er zum Gubernator von Tirol ernannt und residierte seit 1679 in Innsbruck. Egger, Gesch. Tirols II, 460.

3) Vgl. Das Kriegsjahr 1683, S. 31, auch den Brief K. Leopolds an Marco d'Aviano, Preßburg, 8. Mai 1683; Klopp, Corrispondenza tra Leopoldo imperatore e P. Marco d'Aviano, S. 20 f. Leopold hatte, wie es scheint, von P. Marco angeeifert,

Von den ungarischen Insurrektionstruppen waren 6000 Mann unter Führung des Palatins Paul Esterházy hier eingetroffen, der größere Teil hatte wichtige Punkte Oberungarns besetzt [1]), wo auch General Schulz mit 8000 Mann an der oberen Waag stand. Noch rechnete man mit Thököly. Man dachte an eine Offensive in das Feindesland, Rekognoszierung bis Gran, Deckung der Waag- und Raablinie, Beginn einer Belagerung von Neuhäusel, wahrscheinlich um die Türken von einem Zuge direkt gegen Wien abzulenken. Doch bald ist kein Zweifel mehr, daß der Großwesir mit seiner ganzen Macht gegen Nordwesten, also gegen Raab und Komorn, oder gegen Wien rücke. Jetzt hielt es der Herzog von Lothringen geboten, seine geringen Streitkräfte in der Defensive zu halten und die beiden Festungen in vollen Verteidigungszustand zu setzen.

Aber als nun seit den letzten Junitagen die Tatarenschwärme aus den Vertesbergen hervorbrachen und die ganze Ebene bis zum Neusiedlersee mit Brand und Mord und lähmendem Schrecken erfüllten, als Thököly sich offen auf die Seite der Türken stellte und seine Scharen aus den oberungarischen Bergen gegen Westen vordrängten, während die Adelsinsurrektion aus Mangel an Munition und Proviant sich wieder auflöste und ringsum Adel und Städte gezwungen den Fahnen Thökölys sich anschlossen, als am 1. Juli das türkische Heer selber vor Raab erschien, da geriet die kleine kaiserliche Armee in die schlimmste Gefahr abgeschnitten zu werden [2]). Am 2. Juli beschloß ein Kriegsrat den Rückzug: die Infanterie und Artillerie sollte auf die Donauinsel der Kleinen Schütt gegen Wien zu, die Reiterei unter dem Herzog an die Leitha zur Deckung von Wien. Kara Mustafa beließ vor Raab nur einige tausend Mann und wandte sich, nachdem er Proviant und Belagerungsgeschütz von Ofen hatte nachkommen lassen, am 8. Juli über Ungarisch-Altenburg gegen Wien.

daran gedacht, selbst in das Feld zu ziehen, war aber davon abgebracht worden. Klopp, ebenda S. 18. 19.

1) Die anfangs Mai aufgebotenen Insurrektionstruppen betrugen nach Koloman Thalys Forschungen ungefähr 18000 Mann. Vgl. Uhlirz in Mitteil. d. Instituts V, 331, Anm. 3.

2) Die Lage kennzeichnet gut ein Schreiben des Palatins Esterházy an den Kaiser vom 30. Juni. Röder-Diersburg, Des Markgrafen Ludwig v. Baden Feldzüge wider die Türken I, Urk. S. 10, in vollständiger Übersetzung bei Renner, S. 210, Klopp, S. 195.



In Wien hatte man noch bis gegen Ende Juni zwischen Furcht und Hoffnung gelebt. Die Vollendung der Befestigungsarbeiten wurde eifrigst betrieben, der Abbruch der Vorstädte begonnen, daneben gewann die Hoffnung auf Frieden mit der Pforte trotz all der drohenden Zeichen immer wieder Boden [1]). Um so furchtbarer wirkte die Enttäuschung, als Schlag auf Schlag die Nachrichten sich überstürzten von dem unaufhaltsamen Vorrücken der Türken, von dem Zurückweichen und der Trennung der kaiserlichen Armee, von den Grausamkeiten der Tataren, die schon bis an die Leitha streiften. Um Wien möglichst zu schützen, verließ Herzog Karl am 6. Juli sein Lager südwestlich Preßburg [2]) und rückte bis Deutsch-Altenburg. Am 7. Juli wurde eine Trainkolonne und dann die Nachhut bei Petronell von einem Schwarm Tataren und Türken angegriffen. Es entstand eine Panik, aber das Eingreifen Karls und Ludwig Wilhelms von Baden wies den Feind zurück. Der junge Herzog Ludwig Julius von Savoyen, seit 1682 im kaiserlichen Dienst, wollte sein jüngst verliehenes Dragonerregiment wieder aufstellen, ward verwundet und starb sechs Tage später in Wien [3]).

Mitten vom Kampfe weg hatte Herzog Karl in der Vermutung, die ganze Türkenmacht sei schon nahe, eiligst Offiziere nach Wien geschickt, die Infanterie könne nicht so schnell eintreffen, der Kaiser möge schleunigst die Stadt verlassen. Um vier Uhr nachmittags kam diese Schreckenskunde, man hielt die Armee für verloren, der Hof packt über Kopf und Hals zusammen, das Volk erfüllt mit Schreien und Jammern die Straßen, um acht Uhr abends verlassen Kaiser und Kaiserin mit ihren Kindern Wien, um am linken Donauufer nach Krems und Linz zu fliehen; die ganze Nacht währt das Flüchten des Adels und der fremden Gesandtschaften. Tausende enteilen der Stadt, Tausende aber retten sich von den Vorstädten und vom nahen Lande in die Stadt als einzige Zuflucht vor dem schrecklichen Feinde [4]). Der Kaiser hatte dem Stadtkommandanten Feldzeugmeister Grafen Ernst Rüdiger von Starhemberg den

1) Im Tagebuch Passers die Bemerkungen zum 23. Mai, 24. und 30. Juni, S. 374. 380. 381.

2) Am 6. Juli brachte der Kronhüter Graf Christof Anton Erdödy die Stephanskrone von Preßburg fort, mit Bedeckung von 200 Reitern unter dem Grafen Kaplirs. Die Krone wurde nach Linz und dann nach Passau gebracht, wohin der Kaiser ging.

3) Vgl. Al. Schulte, Die Jugend Prinz Eugens, Mitteil. des Instituts XIII, 488 ff. Ludwigs jüngerer Bruder Prinz Eugen kam erst im September zur Armee.

4) Sehr lebendig beschrieben von Passer, S. 383 ff., auch in der Relation des venetianischen Gesandten Contarini, Fontes rer. Austr. II 27, 243.



militärischen Oberbefehl („das höchste Kommando") übertragen und einen Teil des Hofkriegsrates mit dem Vizepräsidenten Grafen Kaspar Zdenko von Kaplirs an der Spitze zurückgelassen. Als oberste Zivilbehörde war ein Geheimes Deputiertenkollegium eingesetzt, dem ebenfalls Graf Kaplirs vorzustehen hatte. Kaplirs, ein Mann von 72 Jahren, übernahm nur ungern die schweren Pflichten, aber er hat sie dann in vollem Maße erfüllt [1]). Graf Starhemberg, seit Mai bei der Armee, eilte jetzt nach Wien, kam am 8. Juli abends an, ergriff sofort mit eiserner Hand das Kommando und nützte die sechs Tage, bevor die Türken die Stadt umschlossen, mit rastloser Energie aus. Seine umsichtige Tatkraft, sein heldenhaft unerschütterlicher Mut in der wachsenden Bedrängnis der Stadt umstrahlen Starhemberg mit dem gerechten, unsterblichen Ruhme des Verteidigers Wiens.

Der tüchtige Bürgermeister Johann Andreas von Liebenberg erklärte, die Bürgerschaft wolle in Defendierung der Stadt Gut und Blut daranstrecken. Er machte selbst am 9. Juli den Anfang „mit Führung etlicher Scheibtruhen voller Erden", denn nach strengstem Befehl des Kommandanten mußte sofort alles zusammenhelfen, um die Ausbesserungen an den Schanzen (Kontereskarpen) und Pallisaden auszuführen und die Bettungen für die Geschütze auf den Basteien instand zu setzen. Proviant war genügend in der Stadt und wurde noch hereingebracht, Schiffe auf der Donau standen zur Verfügung, an Munition kamen in den nächsten Tagen noch Kugeln und 1000 Zentner Pulver von Krems. Und nachdem Herzog Karl von Lothringen am 8. Juli morgens von Fischamend her mit seinen Reiterscharen angekommen und am Tabor in den Auen der Leopoldstadt Lager geschlagen, rückte gerade noch rechtzeitig am 13. Juli die kaiserliche Infanterie vom Marchfelde her als Besatzung in die Stadt. Mit der Stadtguardia zusammen waren es 11000 Mann, die eigentliche Streitmacht. Die Bürger bildeten acht Kompagnien, die

1) Bekanntlich versuchte Alex. Freih. v. Helfert in seiner Schrift: „Der Chef der Wiener Stadtverteidigung 1683" (1883, 2. Aufl. 1889, vgl. auch Helfert in den Abhandl. d. böhm. Gesellsch. d. Wissensch. phil. histor. Kl., VI. Folge, 12. Bd. 1884) dem Grafen Kaplirs das Hauptverdienst an der Verteidigung Wiens beizumessen. Schon Newald, Beiträge I, 100ff. 116 und II, 24ff. hat die sonst verdienstlichen Darlegungen Helferts auf das richtige Maß zurückgeführt. Vgl. auch Bancsa a. a. O., S. 138. Natürlich schreibt ein Mann wie Ernest Denis, La Bohême depuis la Montaigne-Blanche I, 393 (1903) wieder die Worte: „Léopold avait été sauvé par les Slaves. Tandis que Sobieski marchait à la défense de Vienne, la résistance dans la capitale était dirigée par un Tscheque, Zdéniek de Kaplirz.



Studenten der Universität unter dem Freiherrn von Wels und dem Professor Paul Sorbait, die Kauf- und Handelsleute, die Hofbediensteten, viele Zünfte errichteten bald nacheinander Kompagnien, der Landes-Unterjägermeister Heinrich Gottfried Freiherr von Kielmansegg brachte ein kleines Scharfschützenkorps seiner Jäger in die Stadt. Zusammen etwa 5000 Mann.

Neben dem Höchstkommandierenden Grafen Starhemberg standen Generalwachtmeister Graf Wilhelm Anton Daun, Graf Serenyi, Graf Leslie, die Obersten de Souches und Scherffenberg. Die Festungsartillerie befehligte der Stückoberst Christof von Börner und Oberstleutnant Martin Gschwindt von Pöckstein, an der Spitze der Ingenieure [1]) stand Georg Rümpler, der einst an der Verteidigung Kandias rühmlich teilgenommen; er wurde schon am 15. Juli schwer verwundet und starb am 3. August. Der Bischof von Wiener-Neustadt, Graf Leopold Kolonitsch, der auch einst als Malteserritter auf Kandia gefochten, führte die Aufsicht über die Spitäler und verschaffte durch die Einziehung der von den Erzbischöfen Szelepcsényi von Gran und Széchényi von Kálocsa in Wien deponierten beträchtlichen Gelder (rund 500 000 und 61 000 fl.) die dringendst notwendige Ergänzung der geringen vorhandenen Mittel [2]). Fürst Ferdinand von Schwarzenberg lieh 50 000 Gulden.

In fieberhafter Tätigkeit wurde Wien vorbereitet, den Feind zu empfangen. Am 13. Juli wurden noch die Vorstädte niedergebrannt, um keine Stützpunkte zu gewähren, das Feuer ergriff am 14. Juli den Schottenhof, nahe dem Zeughaus mit den aufgestapelten Pulvermengen, die furchtbare Gefahr wurde durch die geistesgegenwärtige Entschlossenheit des jungen Guido Starhemberg und des Grafen Serenyi, wie durch die aufopfernde Anstrengung des Bürgermeisters glücklich abgewendet.

Am selben Tage rückte die türkische Hauptmacht, die am 7. von Raab aufgebrochen war, heran, umklammerte mit ihrem Lager im Halbkreise die Stadt und schloß sie nach dem Abzug des Herzogs von Lothringen mit der kaiserlichen Kavallerie auf das linke Donauufer (16. Juli) und nach Niederbrennung der Leopoldstadt auch von dieser Seite ein. Es begann die denkwürdige Belagerung Wiens. Kara

1) Unter ihnen Leander Anguissola und Daniel Suttinger, denen wir die bekannten Pläne der Belagerung verdanken.

2) Über diese Dinge und die Weiterungen, die sich daran knüpften, hat Newald, Beiträge I, 108 ff. und besonders II, 36 ff. genaue Aufschlüsse gegeben. Dazu auch Maurer, Cardinal Kollonitsch, S. 142 ff.



Mustafa war durch den Rat französischer und italienischer Ingenieu
und namentlich des ehemaligen Kapuziners Achmed Bey, der im Wint
mit Boten Thökölys in Wien gewesen und Pläne der Festungswerk
aufgenommen hatte [1]), bestimmt worden, gerade gegen den stärksten Te
der Stadt den Hauptangriff zu richten, gegen die Burg- und Löwelbaste
Hier im Westen und Nordwesten vor der Stadt war also der Mitte
punkt des Türkenlagers mit dem prunkvollen Zelte des Großwesirs i
der Nähe der St. Ulrichskirche, von hier aus wurden nun die Laufgräbe
und Minen gegen die Kontereskarpen vor jenen Basteien angelegt [2]).
Schon am 15. Juli hatten die Türken das Geschützfeuer begonnen, an
23., 25. und 27. Juli geschahen die ersten heftigen, doch vergebliche
Stürme auf die Kontereskarpe mit den Pallisaden, am 26. Juli lie
Kara Mustafa mit einem Pfeile die Aufforderung zur Übergabe in di
Stadt werfen, sie ward mit Hohn empfangen und mit lustiger Musi
auf der Mauer beantwortet. Nach neuerlichen Angriffen gelang es end
lich dem Feinde am 3. August abends in mörderischem Kampfe vor dem
Burgravelin in die Kontereskarpe einzudringen. Nun folgten Tag au
Tag neue Stürme der Türken und Ausfälle der Verteidiger, die jed
Fuß breit aufs tapferste streitig machten, bis am 12. August mittags d
Türken durch eine starke Mine die Spitze des Burgravelins sprengten, sofo
stürmten und an dieser Stelle den Stadtgraben vor dem Ravelin besetzten.

Dies war nach vier Wochen der Belagerung der erste bedeutendere Erfolg. Die Beschießung hatte bisher in der Stadt nicht allzu vielen Schaden getan, nur wenige der türkischen Bomben zündeten, die Schindeldächer waren abgetragen. Alle Kraft des Angriffs hatte Kara Mustafa auf jene eine Stelle konzentriert, daher wurde denn auch die kaiserliche Burg am meisten beschädigt. Gegen die weitgestreckten übrigen Bastionen richtete sich nur das Feuer der Geschütze, aber kein Angriff [3]). Bürger und Hofbefreite, Studenten und Gesellen hatten bisher wacker Schanz-

1) Bericht eines Ungenannten aus Ofen vom 6. Juli 1683, Klopp, S. 540.

2) Der Plan der Belagerung von Daniel Suttinger bei Camesina in Berichte u. Mitteil. des Wiener Altertumsvereins (1865) VIII, zu S. 102 und Anh. zu S. 156. Der Plan von Anguissola (gestochen von Rossetti), z. B. bei Camesina, Anh. zu S. 154; bei Renner und bei Klopp, Das Jahr 1683 zu S. 222. Die meisten Ansichten von Stadt und Umgebung, von Belagerungsszenen und Entsatzschlacht sind mehr oder minder Phantasie.

3) Nur einmal, am 1. August, fand ein Angriff von der Leopoldstadt aus statt; Camesina, S. 104. — Camesina, Anh. S. 22 gibt ein Verzeichnis der zerstörten und beschädigten Stadt- und Vorstadthäuser.



und Wachdienst geleistet, von feindlichen Geschossen schon manchen Verlust erlitten, aber nicht selber gekämpft [1]). Die kaiserlichen Truppen hatten allerdings bei den Ausfällen und Stürmen beträchtliche Verluste erlitten, besonders an Offizieren, die stets in vorderster Reihe kämpften, waren gar manche gefallen, Graf Starhemberg selber wurde zweimal verwundet. Ende Juli brach die rote Ruhr aus, sie ergriff auch Starhemberg, doch nur in leichterem Grad. Noch schien die Lage der Stadt nicht gefährlich, man war voll Zuversicht, man hatte Kundschaft vom Herzog von Lothringen, daß er eifrigst den Entsatz betreibe, und vom kaiserlichen Residenten Herrn von Kunitz, der vom Türkenlager aus über die schweren Verluste der Feinde heimliche Berichte senden konnte [2]).

Kara Mustafa hatte jedenfalls auf einen rascheren Erfolg gerechnet. Auch ein Versuch Thökölys, bei Preßburg auf das rechte Donauufer zu setzen, wurde am 29. Juli vom Herzog von Lothringen vereitelt und am 7. August ward ein Einbruch Thökölyscher Scharen über die March kräftig zurückgeschlagen. In dem ringsum greulich verwüsteten Lande fanden sich bald nicht mehr genügende Lebensmittel für die großen Menschenmassen des türkischen Heeres und Trosses, es mußten Nachschübe an Proviant aus Ungarn kommen. Das ganze linke Donauufer war durch die kaiserliche Armee kräftig geschützt, die Donaubrücke bei Krems gesichert, eine Schiffbrücke bei Tulln in Vorbereitung. Schon marschierten die ersten Hilfstruppen, Bayern, gegen Krems heran und vereinigten sich Mitte August mit den daselbst stehenden Kaiserlichen unter Leslie.

Freilich, inzwischen hatten die das offene, flache Land durchstreifenden Scharen der Türken und Tataren furchtbare Verwüstungen angerichtet. Jetzt rächte sich die kurzsichtige Widerspenstigkeit der Landstände, welche die von der Regierung schon im Frühjahr geforderten Schutzmaßregeln auf den Sommer verschoben hatten. Nun war es meist zu spät. Seit dem 21. Juni erklangen überall auf dem Lande die bangen „Türkenglocken", nach dem 7. Juli brach das Entsetzen herein. Tausende von Landbewohnern flüchteten in die Wälder und über sie hinaus in die sicherer scheinenden Gegenden, Städte, Schlösser und Klöster westlich des Wiener Waldes und über den Semmering nach Obersteier. Aber mit unheimlicher Schnelligkeit überfluteten die tatarischen und türkischen Reiter

1) Newald, Beiträge I, 145. 171f.

2) Er schreibt gegen Mitte August von 30 000, später von 40 000 Mann, ein gefangener Janitschare sagt am 19. August aus, sie hätten 11 000 Mann verloren; Newald, Beiträge I, 163.

die ganze Ebene des Wiener Beckens und drangen durch die Gräben und Schluchten des Wiener Waldes auf das Tulner Feld, bis in die Gegend von St. Pölten und Melk, südwärts bis gegen Lilienfeld. In Hainburg, Perchtoldsdorf, Mödling, Baden, wo sich die Bewohner auf Treu und Glauben ergaben, ward ein fürchterliches Blutbad angerichtet, dagegen hielten sich die Verhaue am Semmering, Wiener-Neustadt, Pottendorf und Ebenfurt. Stift und Stadt Klosterneuburg wurde, vom Heer aus unterstützt und tapfer verteidigt, wichtig für den kommenden Entsatz von Wien. Die Stifter Herzogenburg, Melk und Lilienfeld machten sich mit Erfolg wehrhaft. Aber viele Tausende wurden auf dem flachen ungeschützten Lande gemordet, viele Tausende gefangen weggeschleppt. Diese ganzen Landschaften, schon durch die Pest von 1679 betroffen, wurden jetzt schrecklich verwüstet und entvölkert [1]).

Das Landvolk sah sich verlassen, die Bande jeglicher Ordnung waren gelöst, kein Wunder, daß sich die Bauern da und dort nicht nur zur Selbsthilfe zusammentaten, sondern auch eine drohende Haltung gegen die Herrschaften und deren Beamte einnahmen. Das Kloster Heiligenkreuz und seine Güter wurden nicht bloß von den Türken, sondern auch von den eigenen Untertanen schwer geschädigt, auch nördlich der Donau kam es zu bedenklicher Unruhe der Bauern, so daß der zu Krems befindliche Landesausschuß ein Aufgebot des zehnten Mannes in den Vierteln ob und unter dem Manhartsberge erließ [2]). Ja, selbst die Bauern des Klosters Admont machten „ein großes Unwesen", und die Holzknechte und Knappen von Eisenerz plünderten ein Gut der Jesuiten [3]).

1) Zu der von Uhlirz in Mitteil. d. Instituts (1884) V, 325 f. 345 ff. besprochenen Literatur über die Ereignisse auf dem Lande kamen seitdem noch eine Zusammenstellung bei Grund, Die Veränderungen der Topographie im Wiener Walde und Wiener Becken, S. 149 ff., lokale Nachrichten bei Starzer, Gesch. v. Klosterneuburg und Gesch. v. Korneuburg; Giannoni, Gesch. der Stadt Mödling; Haselbach in Blättern d. Vereins f. Landeskunde v. Niederösterr. 1896, S. 296; ein Bericht des Grafen Waldstein im Notizenbl. III, 69—71. Die Angabe von 1689, der Menschenverlust von 1683 habe 500 000 Personen betragen, ist aber sicherlich weit übertrieben. Auch die Angaben im Theatrum Europ. XII, 555, wonach die Türken im ganzen 88 209 Menschen entführt, und 14 933 Flecken und Dörfer verbrannt haben, sind trotz ihrer scheinbaren Genauigkeit nicht authentisch.

2) Newald, Beiträge I, 152.

3) Nach dem Gedenkbüchl der Maria Elisabeth Stampfer bei Adam Wolf, Geschichtl. Bilder aus Österreich II, 74 ff. Die Aufzeichnungen der wackeren Frau Stampfer sind, wie Wolf treffend sagt, ein Reflex der Volksstimmung, ein Nachhall der großen Ereignisse. — Über die Verteidigungsmaßregeln und Vorgänge in Steiermark und Süd-

Aber alles kam doch schließlich auf die Rettung Wiens an. Denn nach dem Erfolg der Türken vom 12. August begann nun erst die schwere Bedrängnis. Kara Mustafa erhielt Nachricht von dem Anmarsch der ersten Entsatztruppen. Er wollte und mußte nun seine volle Kraft daran setzen, die Stadt zu erobern, bevor ihr Hilfe nahte. Aber er blieb hartnäckig bei der einmal gewählten Angriffslinie von der Löwel- bis zur Burgbastei. Hätte er nur noch an einer anderen Stelle die Stadt berannt, so wäre sie bei der nötigen Teilung der schwachen Besatzung wohl verloren gewesen. Doch auch so wurde ihre Lage Tag für Tag gefährdeter. Sturm folgte auf Sturm. Alle wurden tapfer abgeschlagen, Ausfälle gemacht, Minen durch Gegenminen vereitelt. Waren die Verluste der Türken schwer, so auch die der Verteidiger im Verhältnis zu ihrer Zahl, überdies wütete in der Stadt die Ruhr. Am 23. August gelang es den Feinden nach einem heftigen Sturm auf dem heißumstrittenen Burgravelin Fuß zu fassen, aber obwohl man fürchten mußte, das unterwühlte, halb zerschossene Werk werde sich kaum wenige Tage halten können, ward es von den Kaiserlichen auf das Zäheste verteidigt, bis es endlich in der Nacht vom 2. auf den 3. September aufgegeben werden mußte. „Den Fels mit allen Zauberkünsten der Christen" nannte der Großwesir dieses Ravelin, dessen Trümmer er mit so blutigen Opfern bezahlte [1]. Jeder Tag dieser wahrhaft heldenmütigen Verteidigung war ein unschätzbarer Gewinn. Aber jetzt standen die Türken vor der Stadtmauer selber, konnten sie leichter unterminieren und die Löwel- und Burgbastei auch auf den inneren Flanken beschießen und berennen. Schon am nächsten Tage, 4. September, sprengte eine furchtbare Mine an der Flanke der Burgbastei ein großes Stück der Mauer und nun stürmten die Türken in die Bresche, wütender als je. Das gleiche geschah am 6. und 8. September an der Löwelbastei. Alle Stürme wurden zurückgeschlagen. Aber auf wie lange? Die Hälfte der Besatzung und ein Drittel der bewaffneten Bürger war gefallen und an der Ruhr gestorben, die Munition, die Lebensmittel wurden knapp. Unerschütterten Mutes traf Starhemberg neue Verteidigungsmaßregeln innerhalb der angegriffenen Basteien, aber es schien, als ob er sein Wort wahr machen müsse, das er an den Herzog von Lothringen geschrieben: „Ich

westungarn, vgl. Das Kriegsjahr 1683 (hg. vom Kriegsarchiv), S. 813 ff.; Zahn in Mitteil. d. histor. Vereins f. Steiermark (1883), 31. Bd.

1) Das Burgravelin lag an der Stelle des heutigen Volksgartens. Hier sollte man einen Denkstein aufrichten!



werde den Platz nie übergeben, als mit meinem letzten Blutstropfen." Nur eine Hoffnung gab es, das endliche Nahen des Entsatzes. Am 19. und 27. August und am 1. September hatten Starhemberg und Kaplirs durch kühne Kundschafter dringende Briefe an den Herzog von Lothringen und an den Kaiser gelangen lassen: „Die Gefahr ist größer als dem Papier anzuvertrauen, mit dem Succurs ist kein Augenblick zu verlieren [1])."

In der Nacht vom 10. auf den 11. September, als die schweren Stürme der letzten Tage die Gefahr schon auf das Äußerste gesteigert, da stieg endlich vom Kahlenberg das erste erlösende Raketensignal des nahenden Entsatzheeres empor.

Nach der Flucht aus Wien war Kaiser Leopold mit dem Hof und den Ministern über Linz nach Passau gezogen, wo er Mitte Juli ankam. Sofort ergingen dringende Schreiben an den König von Polen, die Kurfürsten von Sachsen und Bayern um schleunigen Zuzug ihrer versprochenen Hilfskorps, mit Brandenburg begannen die Verhandlungen, die schließlich, wie wir wissen (oben S. 311), scheiterten. Auch die Finanzlage des Kaisers war höchst bedrängt. Hier fand er tatkräftige Hilfe an dem Nuntius Buonvisi und an Papst Innocenz XI. Am 16. August konnte Buonvisi dem Kaiser neue Subsidien des Papstes übergeben. Die Erzbischöfe von Salzburg und Prag, der Bischof von Olmütz wurden durch den Nuntius und den Kaiser um Darlehen angegangen, die sie freilich nur zögernd und unvollständig gewährten. Noch wichtiger waren die Waffenhilfe und die kriegerischen Vorgänge außerhalb Wiens.

Herzog Karl von Lothringen stand mit anfänglich 10 000 Mann Reiterei, zu denen drei vom Kaiser geworbene polnische Kavallerieregimenter und 400 Panzerreiter unter dem Fürsten Lubomirski stießen, vom 17. Juli an bei Jedlesee und Eipeltau am linken Donauufer nördlich Wien. Schon am 20. Juli [2]) stand sein Entschluß fest, daß zum Entsatz von Wien

1) Die Briefe an den Kaiser in Mitteil. des Kriegsarchivs N. F. VII, 268 ff. — Über die Verhältnisse in der Stadt, die Spannung, die sich zwischen dem Stadtkommando und dem Stadtrate zeigte, die schlechte Haltung unzuverlässiger, nichtbürgerlicher Elemente, die momentane Entmutigung im Volke nach dem furchtbaren Sturm des 4. September, der zum erstenmal die inneren Festungswerke angriff, haben Newalds gründliche Forschungen (Beiträge I, 165 ff. 183 ff. 198 ff.) Aufschluß gebracht. Newald hat auch die Phantasien von Klopp, S. 245 ff. über geheime Kapitulationsverhandlungen des Wiener Stadtrates schlagend widerlegt. Vgl. hierzu besonders auch Vancsa, S. 145 ff.

2) Newald, Beiträge I, 124.



das Heer über den Wiener Wald die Türken angreifen müsse, nicht etwa auf weiten Umwegen von Osten oder Süden her. Abgesehen von der höchst wichtigen Zeitersparnis rechnete der Herzog hierbei mit dem Terrain: an den zum Teil bewaldeten Hängen des Leopolds- und Kahlenberges und des Hermannskogels zieht sich nacheinander eine Reihe von kleinen, oft schluchtartigen Tälern herab zwischen die Weinberge und Gärten nordwestlich der Stadt; hier wird die feindliche Reiterei große Hindernisse finden, während die eigene, angreifende Infanterie darüber hinwegkommen und imstande sein wird, den Feind in Schach zu halten, der dann auf der andern Seite durch die Besatzung der Stadt beschäftigt ist [1]). Der Plan war gut, nur eine schwere Gefahr konnte ihm drohen, wenn nämlich die Türken die Höhen des Wiener Waldes durch starke Verhaue befestigten und sperrten. Aber gerade dies unterließ der starrköpfige und militärisch unfähige Kara Mustafa gegen den Rat seiner Generale.

Der Herzog betrachtete es als seine nächste Aufgabe, das Land nördlich der Donau zu halten und den Anmarsch der Hilfsheere zu beschleunigen und zu sichern. Am 29. Juli schlug er bei Preßburg ein Korps Thökölys und Türken, wobei sich Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und die Polen unter Lubomirski hervortaten; Preßburg war gesichert und die beabsichtigte Verbindung Thökölys mit dem Türkenheere bei Wien abgeschnitten. Ein Einbruch von Thökölischen Scharen über die March wurde am 7. August zurückgeschlagen. Und als später 14000 Türken vom Wiener Heere über die Donau setzten und Streifpartien Thökölys über die March und nach Südmähren schwärmten, wurden sie am 24. August bei Langenzersdorf am Bisamberge abermals mit schweren Verlusten zurückgeworfen.

Nun rückte der Herzog stromaufwärts, um sich mit den heranziehenden Hilfsheeren zu vereinigen. Er bangte schon um das Schicksal Wiens, er war entschlossen mit seinen 23000 Mann und mit den schon bei Krems stehenden Bayern, wenn der König von Polen zu lange zögerte und die Bedrängnis Wiens wuchs, allein die Stadt zu befreien, „oder zu Grunde zu gehn“ [2]). Die Besorgnis, daß Wien ohne ihn gerettet

1) Bericht des Herzogs von Ende Juli oder Anfang August, Klopp, S. 283 f. Vgl. dazu die Äußerung des Kaisers, d. h. des Hofkriegsrates vom 17. August, Das Kriegsjahr 1683, S. 99.

2) Schreiben des Generals Taaffe an Lord Carlingford vom 17. August. Renner, S. 409. Zu den Kaiserlichen waren noch zwei Infanterieregimenter aus Raab und Truppen aus Böhmen gestoßen. Renner, S. 401.



werden könnte, beflügelte endlich den Anmarsch Johann Sobieskis. Erst gegen Mitte August hatte sich das polnische Heer in Krakau gesammelt und marschierte nach Mähren. Es waren, da die erwarteten Litauer und Kosaken nicht nachgekommen sind, höchstens 15 000 Mann [1]), statt der 40 000, die der Bündnisvertrag bestimmte. Ende August stand das polnische Heer bei Dürnholz an der mährisch-niederösterreichischen Grenze, Sobieski eilte voraus, Herzog Karl kam ihm bis Oberhollabrunn entgegen, hier trafen sich am 31. August die einstigen Rivalen um die Krone Polens. Das schlichte, aber sichere und von vollster Beherrschung der Sache und der militärischen Lage getragene Wesen und Benehmen des Herzogs nötigte dem Polenkönig Achtung ab. Er nahm den Angriffsplan des Herzogs ohne Zögern an. Aber eine andere Sache war nicht so einfach. Sobieski — seine ehrgeizige Gemahlin hatte schon früher davon vernehmen lassen — wollte den Oberbefehl über das christliche Heer. Dies war nur möglich, wenn der Kaiser nicht bei der Armee war. Leopold aber hatte seine Absicht wissen lassen, zum Heere zu kommen, es drängte ihn, jetzt da die entscheidenden Ereignisse nahten, bei seinen Bundesgenossen und Kriegsvölkern zu sein [2]). Er fuhr am 25. August von Passau nach Linz. All das verstimmte Sobieski. Es galt mit klugem Takt zu vermitteln und dazu war Herzog Karl, dem es einzig um die große Sache zu tun war, der rechte Mann. Auch fand er einen gleichgesinnten wichtigen Bundesgenossen. In diesen Tagen traf nämlich der Kapuziner Pater Marco d'Aviano ein, der auf Befehl des Papstes in größter Eile von Padua zum Kaiser und zum Heere gereist war [3]). Am 4. oder 5. September sprach Pater Marco mit dem Herzog und dem König, er sah offenbar, daß das Kommen des Kaisers nichts nützen, sondern nur schaden würde, und berührte daher in seinem Briefe an den Kaiser vom 5. September diese Frage mit keinem Worte. Der Kaiser verstand. Zwar verließ er am 8. September zu Schiffe Linz [4]); er wollte sehr gerne zur Armee, aber er wollte durchaus nicht durch seine Anwesenheit Schwierigkeiten des Zeremoniells und des Oberbefehls und

1) Vgl. Newald, Beiträge II, 83 ff.

2) Gutachten des Hofkriegsratspräsidenten vom 27. August bei Röder I, 52.

3) Corrispondenza epistolare tra Leopoldo I. e P. Marco d'Aviano, ed. Klopp, S. 26 ff. Der berühmte Prediger war schon 1680 zu Karl von Lothringen nach Innsbruck, dann nach München und zu K. Leopold nach Linz gekommen.

4) Zu Linz gebar die Kaiserin am 7. September eine Tochter, Maria Anna. Der kleine Kronprinz Josef war in Passau zurückgelassen worden.

irgendwelche Störungen hervorrufen. So blieb er bei Dürnstein und dann unterhalb Krems stehen und wartete. Bis zum 13. September. Man rief ihn nicht. Das größte Ereignis seiner Regierung mußte Leopold untätig, ohne eingreifen zu können, in nächster Nähe geschehen lassen. Es war die fast demütigende Folge seines so gänzlich unkriegerischen Wesens, aber doch auch eine Probe hoher Selbstbescheidung im reinen Interesse der heiligen Sache.

Indessen waren die fränkischen Kreisvölker (9000) unter Führung des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck in der Richtung auf Krems herangezogen, auch die Sachsen mit dem Kurfürsten Johann Georg III. (11000 Mann) waren, nachdem die Verpflegungsfrage unerquickliche Verhandlungen und öfteres Zögern auf dem Marsche durch Böhmen verursacht, eingetroffen. Die Bayern und mit ihnen 1000 Mann, die der Erzbischof von Salzburg gesandt, standen schon lange bei Krems. Am 3. September fand im Hardeggischen Schlosse zu Stetteldorf westlich Stockerau ein Kriegsrat statt. In den nächsten Tagen überschritten die bei Krems versammelten Truppen die Donau, rückten nach Tulln, und vereinigten sich mit den über die Tullner Schiffbrücke gekommenen Kaiserlichen und Polen am 7. September.

Es war ein stattliches, ja glänzendes Heer von über 70000 Mann, das auf dem weiten Tullner Felde lagerte [1]). Der König von Polen mit seinem Sohne Jakob, zwei Kurfürsten, der Herzog von Lothringen, der Fürst von Waldeck, treffliche Generale wie Dünewald, Goltz, Leslie, Degenfeld, der junge Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, fürstliche Freiwillige aus dem ganzen Reiche, so Prinzen von Hannover, Sachsen, Württemberg, Pfalz-Neuburg, Hessen-Kassel und Anhalt [2]). Und einer war gekommen, noch nicht zwanzigjährig, arm, wie ein Flüchtling, unscheinbar, aber der Mann der Zukunft, der Held Österreichs, Prinz Eugen von Savoyen. Eben hatte ihm Ludwig XIV. eine Kompagnie abgeschlagen, da erhielt er in Paris am 23. Juli die Nachricht von dem Tode seines Bruders Ludwig Julius. Rasch entschlossen wollte er sich dem Kaiser zur Verfügung stellen, hoffend, das verwaiste Regiment seines

1) Genaue Übersicht der Stärke und Zusammensetzung der Armee in Das Kriegsjahr 1683, S. 232 ff.

2) Von Ungarn haben der Palatin Paul Esterházy, die Grafen Karl Palffy, Johann Kéry, dann Emmerich Gombos und einige andere Adelige mit ihren Leuten am Kampf um Wien teilgenommen. Acsády, S. 421.



Bruders zu erhalten, er verließ noch am selben Tage heimlich Paris, vor dem 20. August war er in Passau beim Kaiser, der ihn, den Vetter Ludwig Wilhelms von Baden, gütig aufnahm. Das Regiment war schon vergeben, so ging Prinz Eugen als Freiwilliger zum Heere, am 7. September traf er ein [1]).

Der nominelle Oberbefehl über das verbündete Heer wurde dem König von Polen eingeräumt, freilich so, daß jeder Heeresabteilung ihre Aufgabe zugewiesen ward und die Kurfürsten von Bayern und Sachsen ein so gut wie selbständiges Kommando über ihre eigenen Truppen behielten. Am 9. und 10. September begann der Vormarsch gegen Wien. Der linke Flügel, die Kaiserlichen unter Karl von Lothringen, die Sachsen und ein Teil der Reichstruppen, sowie die Mehrzahl der Artillerie zogen auf der Donaustraße bis Klosterneuburg und ins Weidlingtal, ebendahin die Polen mit den ihnen beigegebenen deutschen Truppen durch das Hagental über Kierling. Noch in der Nacht vom 10. auf den 11. September erstieg Oberst Heißler mit 300 Mann den Kahlenberg, besetzte daselbst das im Juli von Tataren verbrannte Kamaldulenserkloster, gab der belagerten Stadt die ersten heißersehnten Feuerzeichen und richtete eine mächtige rote Fahne auf mit dem weißen Kreuz in der Mitte. Am Samstag, dem 11. September, vollzog das ganze Heer den mühevollen Aufstieg auf die Höhen des Wiener Waldes vom Leopoldsberg über den Hermannskogel und Dreimarkstein. Nur das Terrain, nicht der unbegreiflich verblendete Feind bereitete Schwierigkeiten. Gegen Abend war fast die ganze Armee auf dem weitgedehnten Bergrücken angelangt, drei Kanonenschüsse verkündeten der schwerbedrängten Stadt die Hilfe. „Vom Berge, angesichts der Stadt", schrieb jetzt Pater Marco d'Aviano tröstend an den Kaiser, alle Kriegshäupter seien in bester Eintracht, die durch des Kaisers Ankunft, wenn nicht das Zeremoniell vorher geordnet, vielleicht gestört worden wäre. „Der Herzog von Lothringen ißt nicht, schläft nicht, geht in Person alle Posten ab, ist voll der größten Umsicht, tut alles, was ein guter General nur tun kann. Morgen ist mit Gottes Hilfe der Angriff" [2]).

1) Alles Nähere ist festgestellt von Al. Schulte, Die Jugend Prinz Eugens, Mitteil. des Instituts XIII, 470. 494 ff. Mit Eugen war auch sein treuer Freund Prinz Conti, der Gemahl einer natürlichen Tochter Ludwigs XIV., von Paris fort. Conti, erschreckt durch die Drohungen des Königs, kehrte aber in Frankfurt a. M. um.

2) Klopp, Corrispondenza, S. 29. Ein Faksimile dieses Briefes bei Renner zu S. 420.



Die belagerte Stadt hatte am 8. September noch einen schweren Sturm zu bestehen gehabt, in die Löwelbastei war eine große Bresche geschlagen, man bemerkte von der Stadt aus große Bewegung im Türkenlager, man machte sich auf das Äußerste gefaßt. Das Nahen des Entsatzheeres drängte den Großwesir zu einer Entscheidung. In seinem Heere herrschte schon arge Mißstimmung über die lange, verlustreiche Belagerung, der Sultan selber hatte sein Mißfallen geäußert. Am 10. September hielt Kara Mustafa Kriegsrat. Ibrahim, der Pascha von Ofen, und andere rieten, den Wiener Wald durch Verhaue zu sperren und mit ganzer Macht das Entsatzheer auf seinem Anmarsch anzugreifen und zu schlagen, dann müsse sich die Stadt von selbst ergeben. Aber der Großwesir fürchtete die Wiener Verteidiger im Rücken und die Zerstörung der mühevollen Werke, er hoffte, auch wenn ein Teil seiner Truppen vor Wien blieb, mit dem übrigen das Entsatzheer zu schlagen. Also entschied sich sein Schicksal.

Sonntag, der 12. September, der Tag der Entsatzschlacht brach an. Nach regnerisch-stürmischen Tagen klarer, schöner herbstlicher Himmel. Früh um 4 Uhr las Pater Marco im Kamaldulenserkloster auf dem Kahlenberg eine Messe [1]), bei der König Johann selber ministrierte. Die letzten Anordnungen der Führer, die sich hier versammelt hatten, wurden getroffen. Sobieski, der durch das so stark durchschnittene Terrain unangenehm überrascht worden — er hatte sich von den Höhen schön gleichmäßig abfallende Hänge erwartet —, glaubte, daß man an diesem Tage wohl nur bis zum Fuß der Berge herabrücken und erst am nächsten Tage zum Schlagen kommen werde. Die Türken hatten am Vortage ihre Linien vorgeschoben und auf dem, vor dem Kahlen- und Leopoldsberge liegenden Rücken des Nußberges Reiterei und Fußvolk konzentriert. Von da zogen sich ihre nun vorgerückten Stellungen quer über die Höhenzüge von Grinzing, Sievering bis Pötzleinsdorf und Dornbach; der größte Teil der Janitscharen blieb vor der Stadt. Um mit dieser baldigst in rettende Verbindung zu kommen, lag es im Plane Karls von Lothringen — denn dieser war unbestreitbar der leitende Kopf — mit dem linken, der Stadt am nächsten postierten Flügel vom Leopolds- und Kahlenberg herab die Türken anzugreifen, sie von der Donau ab und nach Westen zu drängen, wo dann das Zentrum eingreifen konnte.

1) Daß diese Messe hier bei St. Josef, nicht in der Kapelle auf dem Leopoldsberge gelesen wurde, hat Renner, S. 428 Anm. gezeigt.

Auf dem linken Flügel standen die Kaiserlichen unter Lothringen, bei ihnen auch die geworbene polnische Reiterei unter Lubomirski, neben den Kaiserlichen die Sachsen unter dem Kurfürsten Johann Georg III. und seinem alten Feldmarschall von der Goltz. Langsam und mühsam stiegen die Regimenter von den Höhen hernieder, mit atemloser Spannung konnte man von den nördlichen Festungswerken der Stadt aus verfolgen, wie sie allgemach mit stets sich wieder schließenden Gliedern bis an den Fuß des Berges kamen. Hier um den Nußberg und die türkischen Schanzen bei Nußdorf entspann sich der erste Kampf. Zunächst wurden Teile der kaiserlichen Infanterie von den Türken etwas zurückgedrängt, dann griffen die Sachsen unterstützend ein, der Nußberg wurde genommen und sofort für die Artillerie benutzt, auch aus den Schanzen wurde nach hartnäckigem Kampfe der Feind von den Kaiserlichen unter Ludwig von Baden hinausgedrängt — hier focht auch Prinz Eugen, hier empfing er seine Feuertaufe. Die rechte Flanke des linken Flügels, Sachsen unter Goltz, stießen nun gegen Grinzing und Heiligenstadt vor. Es war Mittag geworden, die Schlacht war bisher vom linken Flügel allein gekämpft, das Zentrum, die fränkischen und schwäbischen Reichsvölker unter dem Fürsten von Waldeck und die Bayern unter dem jungen Kurfürsten Max Emanuel, waren herabgerückt und nun in die gleiche Linie mit dem linken Flügel gekommen. Aber noch war der rechte Flügel nicht in Sicht, die Polen und die ihnen beigegebenen vier deutschen Regimenter. Die Schlacht stand. Die Stadt wurde indes wütend bombardiert, Kara Mustafa selber weilte in den Laufgräben. Von dem zurückweichenden rechten Flügel der Türken wurden Truppen auf ihren linken Flügel gezogen. Man mußte für die Polen fürchten oder daß die Türken die Lücke rechts vom Zentrum für einen starken Vorstoß benützen.

Freilich hatten die Polen den weitesten Weg, für ihre zahlreiche Kavallerie mühevoll [1]), von den Höhen zwischen Hermannskogel und Sophienalpe herab gegen Dornbach und Hernals. Endlich gegen 2 Uhr kamen ihre ersten Reiter mit den glänzenden Fahnenlanzen aus dem Waldesrande hervor in Sicht des ungeduldig harrenden Heeres, ein brausendes Schlachtgeschrei erhob sich in die Lüfte. Aber die Angriffe zweier nacheinander vorgeschickter, kleinerer Reitergeschwader wurden von den Türken geworfen, nur jene Infanterieregimenter hielten stand. Indes

1) Das überaus langsame Vorrücken der Polen dürfte außerdem doch auch damit zu erklären sein, daß Sobieski der Ansicht war, daß man an diesem Tage überhaupt nur bis zum ebeneren Gelände vorrücken werde. So hatte er freilich keine besondere Eile.



konnte sich das ganze übrige polnische Heer entwickeln, bayerische, kaiserliche und fränkische Kavallerie kam mit dem Fürsten von Waldeck vom Zentrum zur Unterstützung herbei. Sollte jetzt die Schlacht abgebrochen werden, wie man am Morgen gedacht? Sie hatte sich ja durch den kraftvollen Kampf des linken Flügels so erfolgreich entwickelt, daß sie beinahe schon ein Sieg war. Allons marchons, rief Herzog Karl seinen kampfbegeisterten Truppen zu. Er ließ den linken Flügel rechts schwenken, so den rechten Flügel der Türken unaufhaltsam aufrollend und gegen ihr Lager hindrängend, die Sachsen nahmen Döbling und die Türkenschanze, das Zentrum griff ein. Schon begann, es war etwa um 4 Uhr, ein hastiger Rückzug der Türken. Rechts drüben bei Hernals aber stürmten nun die Polen vorwärts, ein heißer Kampf entbrannte. Vergebens ließ Kara Mustafa die grüne Fahne des Propheten entfalten und versuchte mit seinen Spahis einen heftigen Vorstoß, sie vermochten nichts mehr gegen den Sturm der polnischen und deutschen Reiter. Entsetzt, entmutigt begannen die Türken eine wilde Flucht, alles im Stiche lassend wälzten sich bei dem hereinbrechenden Herbstabend die fliehenden Massen der Feinde durch ihr eigenes Lager hinaus in die dunkelnde Ebene gegen die ungarische Grenze. Auch die Janitscharen ergriffen die Flucht, als Ludwig von Baden sich den Laufgräben näherte und gleichzeitig die schon befreiten Verteidiger der Stadt mit einem Ausfalle drohten. Kara Mustafa war auf schnellem Pferde dem Getümmel entronnen. Auf christlicher Seite sind in der Schlacht etwa 2000 Mann gefallen, auf türkischer sicherlich 10 000.

So schnell und reißend war schließlich Zusammenbruch und wilde Flucht des Türkenheeres gekommen, daß die siegenden Feldherren eine Hinterlist befürchteten und ihren Truppen strenge befahlen, daß niemand sein Glied verlasse und niemand zu plündern versuche. Mit eiserner Disziplin gehorchten die deutschen Kriegsvölker und sahen zu, wie noch in der Nacht die Polen im Lager reiche Beute machten. König Johann selber nahm das Zelt des Großwesirs mit allen reichen Kostbarkeiten als sein „Erbe“ in Besitz, wie er an seine Gemahlin schrieb.

Es war ein herrlicher Sieg, so groß und bedeutungsvoll, wie noch keiner wider den türkischen Erbfeind erfochten worden. Er war errungen durch die vereinte Streitmacht Österreichs, des Reiches und Polens, durch die hochherzige Unterstützung des Papstes. Wien, die starke Grenzfeste gegen die osmanische Macht, die Hauptstadt des Reiches, war gerettet, und mit ihm die nachbarlichen Länder. Mit ungeheurer Spannung,

mit Angst und Gebeten hatte die ganze christliche Welt das Ringen um Wien verfolgt, mit Jubel sondergleichen wurde nun der glänzende Sieg begrüßt und gefeiert. Zahllose Relationen, Zeitungen und Flugschriften, Bilder, Gedichte und Hymnen, Dramen und Epen, Volkslieder, Predigten und Denkmünzen verherrlichten die „grausame“ Belagerung und heldenmütige Verteidigung und den glorreichen Entsatz Wiens in allen Sprachen [1]). Da gab es keinen Zwiespalt zwischen Katholiken und Protestanten, war es doch der Sieg der Christenheit gegen die Ungläubigen. Nur der allerchristlichste König nahm die Botschaft mit Unbehagen auf, das er doch nicht offen zeigen durfte: ein lange vorbereiteter Schlag wider das Haus Österreich war mißglückt. Freilich konnte weder Ludwig XIV. noch aber auch der Kaiser ahnen, daß der Sieg von Wien erst den Anfang eines großen wechsel- und ruhmvollen Krieges bedeutete, der dem Haus Österreich die wahre und volle Ausfüllung seiner Machtansprüche und Machtgrenzen brachte und die Monarchie geschaffen hat.

Noch während der Schlacht, als sie schon dem sicheren Siege zuneigte, schrieb Pater Marco d'Aviano an den Kaiser, der den Brief am 13. September erhielt, als er von Dürnstein donauabwärts fuhr. Am 13. abends kam er nach Klosterneuburg, am nächsten Morgen wollte er als Erster in seine befreite Hauptstadt einziehen. „Ich habe“, so schrieb er an Pater Marco, „hierbei gewiß kein menschlich eitles Interesse, ich will nicht die weiteren Fortschritte behindern, aber ich muß nun meiner Untertanen wegen kommen, deren Liebe sonst verschwinden und sich andern zuwenden könnte [2]).“ Aber König Johann Sobieski konnte es sich unmöglich versagen, schon am Morgen des 13. September durch das Schottentor in Wien einzuziehen, sich umjubelt zu hören und bei den Augustinern das Tedeum singen zu lassen. Herzog Karl und die deutschen Fürsten nahmen nicht daran teil, sie empfingen aber den Kaiser, der am 14. September morgens ankam. Er umritt die Stadt und hielt beim Stubentor seinen Einzug, die Glocken erklangen wieder, die seit sieben Wochen nicht mehr geläutet worden, im Stephansdom hielt Bischof Kolonitsch das Hochamt. Die riesige Beute des verlassenen Türkenlagers wurde, nachdem die Polen den Löwenanteil gewonnen und die anderen

1) Vgl. den Überblick von Vancsa in Gesch. d. Stadt Wien IV, 40—77. Über die Siegesfeier in Venedig und Rom vgl. Klopp, S. 327ff., von „herrlichen Dankfesten“ in Hamburg, Frankfurt a. M. und Regensburg berichtet das Theatr. Europ. XII, 523.

2) Corrispondenza, S. 31.

Truppen, aber auch die Besatzung und Bewohner der Stadt davon genommen, im übrigen dem kaiserlichen Zeughaus einverleibt. Den besten Teil erwählte Bischof Kolonitsch, als er bei fünfhundert Kinder, Kranke und Frauen im Lager sammelte und für sie sorgte. Graf Starhemberg, auch Graf Kaplirs wurden kaiserlich belohnt, Starhemberg noch am 15. September zum Feldmarschall und Geheimen Rat ernannt [1]).

Am 15. September besichtigte der Kaiser die Bayern, die bei St. Marx, und die Polen, die bei Schwechat lagerten. Er traf mit König Johann Sobieski und dem Prinzen Jakob zusammen; er schrieb unmittelbar nachher an Pater Marco ganz befriedigt über den Verlauf. Nicht so Sobieski: ihm war der Kaiser zu wenig aufmerksam gegen seinen Sohn, zu wenig anerkennend für die polnischen Leistungen gewesen. Aber Sobieski hatte ebenso über den Nuntius Buonvisi, den spanischen Botschafter, über Karl von Lothringen und Starhemberg alles mögliche zu klagen. Unbefangene Berichte bezeugen, daß es wohl mehr Grund zu Klagen über die Polen gab: ihre Beutegier, ihre schlechte Manneszucht und dann wieder die Prahlereien, als ob Sobieski und die Polen allein Wien errettet und den Sieg errungen hätten [2]). Kurz, es gab Verstimmungen hin und her und wieder bedurfte es der taktvollen Vermittlung Herzog Karls, um größere Differenzen zu verhüten. Freilich vermochte auch er nicht zu verhindern, daß Kurfürst Johann Georg mit seinen Sachsen schon am 15. September den Rückmarsch antrat, er gab verschiedene Gründe dieses überraschenden Schrittes an — der Hauptgrund lag in den schweren Kosten und der schlechten finanziellen Lage Sachsens, sowie in den vorhergegangenen Abmachungen mit der kaiserlichen Regierung selber, wonach der Kurfürst, wenn der Kaiser das Verbleiben der Truppen nicht mehr für notwendig halte, dieselben sogleich wieder heimführen sollte.

1) Auch eine Wappenbesserung (Einfügung des Stephansturmes) wurde ihm gewährt, das Diplom aber erst am 19. Nov. 1686 ausgefertigt. Papst Innocenz richtete an Starhemberg am 25. Sept. ein Breve voll wärmster Anerkennung. A. Graf Thürheim, Ernst Rüdiger Graf Starhemberg, S. 192 ff. 252 ff.

2) Vgl. Klopp, Das Jahr 1683, S. 321 ff.; Newald, Beiträge II, 114 f. Nuntius Buonvisi schreibt am 16. Nov. 1683 nach Rom, man habe es am Kaiserhofe mit Stillschweigen übergangen, daß Sobieski in einem der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben an seine Gemahlin (vom 13. Sept.) „den ganzen Ruhm der Entsatzschlacht für sich allein in Anspruch nahm". Es gab auch weiterhin immer wieder solche Verstimmungen, wobei Buonvisi eifrig und erfolgreich zu beruhigen und vermitteln bestrebt war. Fraknói, Papst Innocenz XI., S. 79. 93 f.

übrigens zog im Einverständnis mit dem Kaiser in der nächsten Zeit auch Fürst Waldeck mit den fränkischen und schwäbischen Reichstruppen wieder ab. Diese Abgänge wurden durch neuheranrückende kaiserliche Truppen, besonders Kroaten, zum Teile ergänzt.

Herzog Karl hatte zur sofortigen Verfolgung des Feindes und zur unverweilten Fortsetzung des Feldzuges gedrängt. Der Sieg sollte ausgenutzt werden. Der Feind war unaufhaltsam geflohen bis nach Raab, hier sammelte der Großwesir die Reste seines Heeres; als Opfer seiner Wut über die Niederlage ließ er Ibrahim Pascha erdrosseln, dem er alle Schuld beimaß. Am 17. September zog er weiter gegen Stuhlweißenburg. Am 18. September begann der Vormarsch der Kaiserlichen und Polen, das bayerische Fußvolk rückte etwas später nach, die bayerische Reiterei mußte erst retabliert werden. Das nächste Ziel waren die Festungen Neuhäusel oder Gran mit dem starken Brückenkopf von Párkány, hier konnten dann Winterquartiere genommen werden, um für den Feldzug des nächsten Jahres bereit zu sein. In Preßburg entschlossen sich Lothringen und Sobieski, gegen Párkány und Gran vorzugehen, sie zogen durch die Große Schütt, überschritten anfangs Oktober bei Komorn die Waag. Es betrat, zum ersten Male wieder angreifend, ein christliches Heer türkisches Gebiet. Am 7. Oktober ließ sich der mit seiner Kavallerie vorauseilende König in der Nähe von Párkány unvorsichtig in einen Kampf mit den Türken ein, die beträchtliche Verstärkungen bekommen hatten. Die Polen erlitten eine arge Schlappe, Sobieski und sein Sohn retteten sich nur mit Not, erst die nachrückenden kaiserlichen Schwadronen geboten der Flucht und Verfolgung Halt. Aber Karl von Lothringen machte diesen Unfall sehr bald wett. Da nun die ganzen kaiserlichen und polnischen Truppen sich vereinigten, beschloß der Herzog den Angriff auf Párkány selber. Hier standen 12 000 Türken zur Verteidigung des Brückenkopfs, sie erwarteten auch die Hilfe Thökölys, der einen guten Tagmarsch nördlich bei Levencz stand — aber Thököly kam nicht, er stak wieder mitten in seinem beliebten Doppelspiel. Mit dem vor Wien gewonnenen Siegesgefühl griffen am 9. Oktober die Kaiserlichen, namentlich der schneidige Dünewald, stürmisch das vor den Werken Párkánys aufgestellte Türkenheer an, nach einer Stunde war es geschlagen, flüchtete zurück über die Donaubrücke nach Gran, die Brücke wurde wütend beschossen und brach, zahllose fanden den Tod in den Fluten; mittlerweile hatte Ludwig von Baden Párkány selber mit stürmender Hand genommen. Sechs- bis siebentausend Türken waren gefallen, von



den unseren kaum hundert [1]). Ein voller Sieg, der nun die Belagerung von Gran selber ermöglichte, um so mehr als am 12. Oktober ein kleines brandenburgisches Hilfskorps (1200 Mann) [2]), am 16. Oktober die bayerische Infanterie zum Heere stieß (3800 Mann). Herzog Karl drängte, Sobieski machte allerlei Schwierigkeiten und Einwände, in seinem Heere, das an der Ruhr besonders litt, herrschte keine Stimmung für eine Fortsetzung der Kampagne, in Warschau und bei der Königin suchten die Franzosen wieder Einfluß zu gewinnen und Marie Kasimire schwärmte jetzt nicht mehr für den Krieg, auch Sobieskis eigenartiges Verhältnis zu Thököly spielte herein. Doch schließlich drang Lothringen durch, Sobieski stimmte zu, aber seine Truppen blieben bei Párkány zur Deckung des Unternehmens. Am 22. Oktober begann die Beschießung Grans, am 25. wurde die Wasserstadt an der Donau zu Füßen des steil aufragenden Felsens mit dem Schloß und dem Dom erstürmt, am 27. kapitulierte die Feste gegen freien Abzug der 4000 bis 6000 Mann Besatzung. Unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Kanonen ward der Dom des Primas von Ungarn wieder geweiht. Mit diesen glänzenden Waffentaten endete der ruhmvolle Feldzug des Jahres 1683.

Diese sich steigernden Erfolge erleichterten die Entscheidung der schicksalsschweren Frage, ob der Krieg gegen die Türken fortgesetzt werden solle oder nicht. Die Antwort war nach dem Entsatz von Wien keineswegs so selbstverständlich, als sie uns heute scheinen mag. Denn um dieselbe Zeit hatte Ludwig XIV. den Marschall Humières mit Truppen in die spanischen Niederlande einrücken lassen, zwar mehr eine Demonstration, aber doch eine Stärkung für den Standpunkt des spanischen Botschafters, der ja immer für den Krieg wider Frankreich und Frieden mit der Pforte gearbeitet hatte. Jetzt verlangte er die Absendung von Truppen nach Belgien. Man kannte ferner am Kaiserhof die ununterbrochenen französischen Verbindungen Thökölys und die Wühlarbeit in Warschau. Königin Marie Kasimire trug sich mit abenteuerlichen Plänen: man sagte ihr, mit Hilfe Thökölys seien die Ungarn geneigt, den Prinzen Jakob zum König zu wählen. Im September sprach sie davon dem Nuntius Pallavicini, der sie mit allem Ernst davon abbrachte und darüber an seinen Kollegen Buonvisi sowie nach Rom berichtete [3]). Auch die

1) Vgl. den Bericht Ludwigs von Baden an seinen Oheim Markgrafen Hermann vom 10. Okt. 1683, Röder I, 71.

2) Laut Vertrages vom 22. Juli 1683 mit König Johann Sobieski.

3) Vgl. Newald, Beiträge II, 111 ff.



Vermittlerrolle, die Sobieski zwischen Thököly und dem Kaiser zu spielen suchte, gab Anlaß zu Verstimmungen. Das Bündnis selber schien gefährdet.

Schon der rasche Abmarsch der fränkisch-schwäbischen Kreisvölker nach dem Entsatz von Wien stand mit den französischen Drohungen im Zusammenhang. Am 24. September aber richtete der kaiserliche Resident Kunitz, der sich bei der Schlacht aus dem Türkenlager in die Stadt gerettet hatte, „mit Wissen und Auftrag des Hofes“ an den einflußreichen Pfortendolmetsch Maurocordato einen Brief, der nichts anderes bedeutete als einen Fühler über die Möglichkeit einer Annäherung. Auf die Glückwünsche des venetianischen Gesandten Contarini, der von den Folgen des Sieges sprach, erwiderte der Kaiser, er hoffe, daß die Türken nunmehr die Christenheit in Frieden lassen werden [1]).

Allein es fehlte vor allem die erste Voraussetzung, die Friedensgeneigtheit der Pforte. Kara Mustafa schnaubte Rache, aber auch wenn er seine Niederlage mit dem Leben büßte — was ja dann tatsächlich geschah [2]) —, war von einem Nachfolger nichts anderes zu erwarten. In diesem Sinne äußerten sich Graf Albert Caprara und Kunitz, Kenner der türkischen Verhältnisse, worauf eine Konferenz schon um den 20. Oktober den Plan für den nächstjährigen Feldzug und Ergänzung der Armee auf 80000 Mann beschloß, sowie den Abschluß von Bündnissen im Osten ins Auge faßte. Dem Eindruck der Siege von Wien, Párkány und Gran und der gehobenen allgemeinen Stimmung konnte sich selbst Borgomainero nicht entziehen. Natürlich drängte Papst Innocenz XI., sein Nuntius Buonvisi und Pater Marco d'Aviano, der noch längere Zeit am Hofe blieb, aufs eifrigste, diese glorreichen Erfolge auszunutzen und zu vollenden durch den allgemeinen Krieg gegen die Ungläubigen, der zur vollen Befreiung Ungarns und der Christen auf dem Balkan, ja zur Vertreibung der Türken aus Europa führen soll. Papst und Nuntius eiferten daher begreiflicherweise gegen jede kriegerische Aktion des Kaisers zugunsten Spaniens und drohten mit dem Entzug der Subsidien. Auch Venedig war durch den begonnenen Umschwung lebhaft interessiert, ihm schien nun der Wiedergewinn Kandias und Moreas zu winken. So recht entscheidend aber wurde für den Kaiser die Haltung Ludwigs XIV.

1) Das Schreiben von Kunitz bei Klopp, S. 556, vgl. S. 340 ff., zum Folgenden S. 359 ff; Fraknói, Papst Innocenz XI, S. 87 ff.

2) Der Sultan sandte ihm die seidene Schnur, er wurde am 25. Dezember 1683 zu Belgrad erdrosselt. Zum Großwesir wurde Kara Ibrahim ernannt.



Das Einrücken der Franzosen in Belgien hatte Spanien mit der Kriegserklärung beantwortet. Spanien an sich schreckte Ludwig nicht, aber ein allgemeinerer Konflikt wäre ihm unbequem gewesen; er wußte sehr gut, daß der Kaiser ihn als den Hauptgegner betrachte, und daß es gerade jetzt, nach dem Sieg über die Türken gar nicht ausgeschlossen war, daß er die Waffen gegen Frankreich wende. Auch die Kurie tat alles, um Ludwig zu Frieden und Nachgiebigkeit zu bewegen. So lenkte er sehr geschickt ein: in Erklärungen vom Anfang November 1683, die er im Haag abgeben ließ, zeigte er sich bereit zu einem zwanzigjährigen Waffenstillstand mit Kaiser und Reich auf Grund des status quo, und ließ dem Papst seine Geneigtheit zu einem allgemeinen Frieden wissen, der durch Sonderverträge zu schließen sei. Dies bedeutete ein gewisses Zurückweichen, das Betreten einer Basis, auf der eine Einigung möglich schien. Sicherlich gab dies bei Kaiser Leopold den Ausschlag: fühlte er sich und das Reich vor Frankreich sicher, dann erschien ja auch ihm der Krieg gegen die Türken und die Befreiung Ungarns als die große, heilige Aufgabe. Ende November — der Hof befand sich schon seit Ende September wieder in Linz, da man in der zerschossenen Wiener Hofburg nicht weilen konnte — war der Entschluß gefaßt, anfangs Dezember eröffnete ihn Graf Königsegg dem venetianischen Gesandten, und Nuntius Buonvisi sagte zu diesem, daß den Kaiser dabei auch das Motiv leite, durch solche Mehrung seiner Macht das Gleichgewicht Europas herzustellen und zu wahren [1]).

Wir stehen an einem höchst bedeutungsvollen Wendepunkte der habsburgisch-österreichischen Politik. Sie richtet sich nun mit Entschlossenheit gegen Osten. Die Siege von 1683 weisen den Weg: hier im Osten sind ja noch weite Gebiete zurückzugewinnen, hier eröffnet sich nach zukunftreicher Richtung die Möglichkeit einer aktiven Politik, wie sie die Habsburger als Könige Ungarns bisher nicht führen konnten, denn seit 1526 waren zuerst die Türken übermächtig vorgedrungen, dann hatten die inneren Wirren der habsburgischen Länder, dann der Dreißigjährige Krieg und endlich die wachsende Hegemonie Frankreichs Kräfte und Anstrengung der österreichischen Habsburger gebunden. Aber wenn sie nunmehr das Auge nach Osten wenden, dürfen sie darum nicht den Westen vergessen, sie sind deutsche Kaiser, ihre eigenen Lande reichen an den Rhein, sie fühlen sich als die legitimen Anwärter auf das spanische Erbe.

1) Klopp, S. 371 nach dem Berichte Contarinis.

Und so verknüpft sich mit dem Ausblick auf den Gewinn im Osten sofort der Gedanke, daß dann die Macht des Hauses Österreich ebenbürtig der französischen Vorherrschaft entgegenzutreten vermöge. Kaiser Leopold war voll durchdrungen von diesen doppeltgewandten, gewaltigen Aufgaben der Weltstellung seines Hauses, und wenige Jahre später mußte er sich entschließen, auch einen doppelten Kampf auf sich zu nehmen. Es war Österreichs Glück, daß es die Kräfte und Männer fand, um die eine dieser Aufgaben restlos zu lösen und damit seine eigentliche historische Bestimmung zu erfüllen.



Viertes Kapitel

Die ersten Jahre des großen Türkenkrieges 1684 bis 1688

Vom Entschlusse zur Fortführung des Türkenkrieges bis zum wirklichen Beginn des Feldzuges im Jahre 1684 war noch ein weiter Weg. Es galt vor allem die Allianzen zu verstärken und zu sichern, bei den Empfindlichkeiten und dem Mißtrauen zwischen Wien und Warschau, genährt durch Frankreich, nicht so einfach. Eben dieses Frankreich bereitete dann neue arge Schwierigkeit durch sein neuerliches feindseliges Vorgehen. Und endlich mußten doch auch die nächstliegenden inneren Wirrnisse beseitigt oder beruhigt werden, Ungarn und Thököly.

In Ungarn hatte man zuerst gar nicht an die Katastrophe Kara Mustafas und an seinen Rückzug glauben wollen [1]. Hatte doch vor dem übermächtig vordringenden Türkenheere eine ganze Reihe von Magnaten, Komitaten und Städten sich notgedrungen Thököly, dem Bundesgenossen der Pforte, anschließen und ihm huldigen müssen. Thököly war der Herr Oberungarns. Diese Stellung sich um jeden Preis zu erhalten, blieb sein eigentliches Ziel, das er mit allen Mitteln verfolgte. Er wollte immer alle Türen sich offen halten. Er war trotz des nachdrücklichen Befehles des Großwesirs nicht vor Wien erschienen, und vor Párkány seinen türkischen Freunden nicht zu Hilfe gekommen, hatte dafür Verbindungen mit Sobieski angeknüpft und mit dem Kurfürsten von Sachsen anzuknüpfen versucht [2]. Nun mißtrauten ihm die Türken und Sobieski konnte ihm nichts nützen, denn der Kaiser, früher so langmütig und entgegenkommend, wollte jetzt weder von den einstigen Zugeständnissen noch von einer polnischen Vermittlung etwas wissen. Den einflußreichen Nuntius Buonvisi erbitterte die doppelzüngige Haltung Thökölys so, daß seine Berichte

1) Acsády, S. 426.
2) Katona XXXV, 99.



die Kurie zu dem Vorschlage veranlaßten, man solle einen Preis auf Thökölys Kopf setzen, und daß Papst Innocenz XI. einen Brief Thökölys gar nicht beantwortete, sondern seine Meinung, die sich ganz mit der der kaiserlichen Regierung deckte, nur den König von Polen wissen ließ [1]).

Die Siege von 1683 schoben natürlich auch Thökölys faktischen Machtbereich zurück. Als im November und Dezember ein Teil der polnischen Truppen in Oberungarn Winterquartiere bezog, kam es zu Feindseligkeiten mit Thökölyanern, denen die Feste Szécsény an der Eipel und die Stadt Kisszeben genommen wurden, indes ein kaiserliches Korps unter Dünewald Leutschau einnahm. Alte Anhänger Thökölys, wie Franz Barkóczy, fielen jetzt von ihm ab und die durch die Türkennot ihm zugeführten Magnaten ergriffen gerne die vom Kaiser gebotene Hand der Gnade. Zuerst hatte man freilich Strenge walten lassen wollen und anfangs Oktober den widerspenstigen Rebellen mit Konfiskationen und militärischer Besetzung gedroht. Aber man besann sich bei Hofe, nicht unbeeinflußt von Buonvisi, eines besseren, man entschloß sich zu einer Amnestie [2]). Sie wurde am 12. Januar 1684 allen zugesichert, welche bis Ende Februar sich in Preßburg zur Huldigung stellen würden. Dieser Schritt wirkte sehr günstig, 14 Magnaten erschienen, 17 Komitate und 12 Städte sandten ihre Vertreter, um zu huldigen. Thökölys Herrschaft war im westlichen Ungarn nördlich und südlich der Donau zu Ende, während er sie allerdings im mittleren und östlichen Oberungarn noch aufrecht erhielt. Seine Stellung wurde mitbedingt durch die des Fürsten von Siebenbürgen. Michael Apafy war aber noch der reine Vasall der Pforte. Er wagte es nicht den Aufforderungen des Kaisers und des Königs von Polen zu folgen, ihrem Bunde beizutreten, er erklärte, er könne mit den Türken nicht brechen, bevor der Kaiser nicht Belgrad erobert habe, er erwartete eben jetzt die türkische Bestätigung der Fürstenwürde für seinen Sohn [3]).

Hier konnten in der Tat nur siegreiche Waffenerfolge klären und weiterhelfen und diese waren nicht zu erreichen ohne ein System von Allianzen. Das Bündnis mit Polen hatte ja schon die ersten großen Erfolge ermöglicht; an ihm festzuhalten, war trotz aller Verstimmungen die selbstverständliche Politik und Kaiser Leopold beteuert auch in ver-

1) Vgl. Fraknói, S. 93 ff. Der Brief Thökölys vom 12. April (Katona XXXV, 102), die Äußerung des Papstes vom 1. Juni 1684.

2) Manche Details bei Maurer, Kollonitsch, S. 164 ff. 173.

3) Acsády, S. 427.



trauten Äußerungen immer wieder, daß er durchaus mit König Johann Sobieski das engste Einvernehmen festzuhalten bestrebt sei [1]). Schon im Oktober 1683 faßte man in Wien aber auch Verbindungen mit den Fürsten der Moldau und Walachei, mit den Zaren Peter und Iwan von Moskau, ja mit dem Schah von Persien ins Auge [2]). Realer und wichtiger waren die Eröffnungen, welche anfangs Dezember der Reichsvizekanzler Graf Königsegg im Namen des Kaisers dem venetianischen Gesandten Domenigo Contarini machte: zur Fortsetzung des großen Kampfes gegen die Ungläubigen bedürfe es eines Bündnisses zwischen dem Kaiser, Polen und Spanien, der Republik Venedig, dem Großherzog von Toskana und dem Johanniterorden auf Malta, der Papst möge das Protektorat übernehmen, Contarini die Sache seinem Senate darlegen. Auch Venedig sah sich vor einem schweren Entschlusse. Erst vor anderthalb Dezennien hatte es nach einem vierundzwanzigjährigen opfervollen Kriege das große Kandia an die Pforte verloren, sollte nun ein neuer, unabsehbarer Kampf begonnen werden? Doch es siegte bei der Signoria die mutigere Politik: dieses Mal trat man an der Seite mächtiger Bundesgenossen in den Krieg, finanzielle Unterstützung bot der Papst, die Begeisterung des christlichen Abendlandes ließ noch weitere Hilfe erwarten, blieb Venedig untätig, so gefährdete es vielleicht sein eigenes Gebiet an der dalmatinischen Küste [3]). Zu den Verhandlungen in Venedig wurde auch P. Marco d'Aviano beigezogen, der eifrig für die Liga wirkte. Ende Januar 1684 konnte Contarini in Linz dem Kaiser und dem Nuntius Buonvisi von dem zustimmenden Beschlusse des Senates Kenntnis geben. In Linz begannen nun unter dem Vorsitze Buonvisis die Beratungen, die bald zum Ziele führten. Am 5. März 1684 wurde der Vertrag dieser Heiligen Liga, wie sie Papst Innocenz nannte, unterzeichnet. Der Kaiser, König Johann von Polen und die Republik Venedig schließen ein Bündnis, das sich ausschließlich gegen die Türken und auf keinen Fall gegen eine christliche Macht richten soll. Jeder der Alliierten soll den Krieg selbständig führen und seine Eroberungen behalten, doch darf keiner ohne Zustimmung der Bundesgenossen mit dem Feinde verhandeln oder Frieden schließen. Die Alliierten nehmen den Papst zum Protektor,

1) In Briefen an P. Marco d'Aviano im Dez. 1683 und März 1684, Corrispondenza ed. Klopp, S. 35. 39.

2) Bericht des venetianischen Gesandten Contarini vom 24. Okt. 1683, Klopp S. 361; daselbst S. 371. 380. 386 für das Folgende.

3) Vgl. die Relation Contarinis, Fontes rer. Austr. II 27, 246.



Bürgen und Vertreter des Bundes an. In Separatartikeln vom 20. März wurde bestimmt, daß was Venedig in Dalmatien von seinem früheren Besitze wiedergewinne, ihm zu verbleiben habe, daß jedoch Rückeroberungen in anderen einstigen Nebenländern Ungarns an Ungarn fallen. Die Kardinalprotektoren des Kaisers, Polens und Venedigs leisteten in Rom in die Hände des Papstes den Eid zu Haltung des Vertrages [1]).

Mit der Flotte Venedigs sollten sich die Galeeren der Johanniter von Malta vereinigen. In Moskau ließ Sobieski wegen eines Vergleiches mit Polen verhandeln und der Kaiser sandte Zierowski und Sebastian von Blumberg dahin, um die Großfürsten zum Beitritt zur Liga zu vermögen. Von Moskau aus reiste der Erzbischof von Naxos, Sebastian Knab, nach Persien, jedoch ohne Erfolg [2]). Der Papst sandte an Nuntius Buonvisi bedeutende Hilfsgelder, von denen ein Teil zur Gewinnung der Anhänger Thökölys, ein anderer zur Errichtung von Kriegsspitälern bestimmt sein sollte [3]).

Auf der schönen Medaille, die zum Gedächtnis der Heiligen Liga von 1684 geprägt wurde, steht das Bild Papst Innocenz XI. an erster Stelle [4]). Mit Recht. Denn nicht bloß kraft seiner Würde, sondern auch als eigentlicher Schöpfer des Bundes verdient Innocenz diesen Rang. Durchglüht von Energie und Hingebung für sein hohes Ziel, die christlichen Fürsten zu einigen zum Kampfe wider den Halbmond, hatte er nunmehr einen großen Erfolg errungen. Aber der Bund, kaum geboren, mußte noch, bevor er wirksam wurde, eine recht gefährliche Probe bestehen.

Der Kaiser hatte, wie wir wissen (vgl. oben S. 337), sich zur Offensive nach Osten entschlossen, als er eine gewisse Sicherheit vor der

1) Vgl. Fraknói, S. 90ff. Der Vertrag ist u. a. gedruckt bei Dumont, Corps universel diplomatique VII 2, 71, vgl. Bittner, Chronol. Verzeichnis d. österr. Staatsverträge I, 92.

2) Aktenstücke bei Theiner, Monuments histor. relatifs aux regnes d'Alexis Michalowitsch, Fedor III. et Pierre le Grand, S. 266ff. 271ff. 301. Theatr. Europ. XII, Klopp, S. 388; Fraknói, S. 92; Übersberger, Rußlands Orientpolitik I, 35f. — Im Jahre 1684 erschien eine „Beschreibung des ... Moscowitischen Einzugs und Tractements derer beyder ... Groß-Gesandten an die Moscowitische Zaaren ... samt einem kurtzen Bericht ihrer Verrichtung" usw. 14 Bl. 4°, nach Antiquariatskatalog Karl W. Hiersemann, Leipzig, Monatl. Verzeichnis, Neue Folge II, Nr. 634.

3) Fraknói, S. 99. 112.

4) Eine Abbildung bei Klopp, S. 387. Eine andere Medaille beschreibt Röder, Des Markgrafen Ludwig Wilhelm Feldzüge wider die Türken I, 77, Anm. 1.



französischen Gefahr verbürgt glaubte. Aber schon die Kriegserklärung Spaniens an Frankreich im Dezember 1683 ließ die Lage wieder kritischer erscheinen. In Spanien rechnete man mit der Hilfe des Kaisers und Borgomainero in Wien blieb der Mittelpunkt all der Stimmungen und Strebungen, die doch immer wieder gegen die neue Orientierung der kaiserlichen Politik arbeiteten. Mußte diese nicht dazu führen, daß man nicht bloß die spanischen Niederlande, sondern auch den ganzen Raub Ludwigs XIV. am Reiche preisgab? Um einen Weg aus diesem Dilemma zu finden, versuchte man nochmals den mächtigsten Anhänger Frankreichs von diesem abzuziehen, den Kurfürsten von Brandenburg. Im Februar 1684 sandte der Kaiser den Grafen Lamberg nach Berlin [1]). Friedrich Wilhelm empfand es zwar mit Unbehagen, daß er bei dem glorreichen Türkenkriege zur Seite gestanden, aber stärker blieben doch noch die stets erneuten Lockungen Ludwigs XIV. und seines Gesandten Rebenac. Ja gerade während der Anwesenheit Lambergs schloß der Kurfürst einen neuerlichen Geheimvertrag mit Frankreich, wonach er sich gegen erhöhte Subsidien verpflichtete, es niemals zuzulassen, daß von Seite des Reiches ein Beschluß gefaßt werde, der unmittelbar oder mittelbar zum Kriege mit Frankreich führen könnte [2]). An Lamberg ließ der Kurfürst erklären, nur wenn der Friede mit Frankreich gesichert sei, wolle er dem Kaiser ein Hilfskorps gegen die Türken schicken.

Frieden mit Frankreich bedeutete aber nichts anderes, als die Anerkennung der französischen Reunionen und der Wegnahme von Straßburg. Eben dies wollte Ludwig XIV. mit allen Mitteln, nur nicht durch einen neuen Krieg erzwingen, und eben dagegen sträubte sich Kaiser Leopold im vollen Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflicht. Mitten in der schwersten Bedrängnis im August 1683 hatte er sich nicht zur Nachgiebigkeit entschließen können. Die nachfolgenden Siege änderten aber die Lage gründlich und drängten nun gebieterisch, den Türkenkrieg fortzusetzen und sich daher — ein Doppelkampf schien unmöglich — mit Frankreich zu vergleichen. Da Brandenburg an Frankreich noch enger festhielt als je und auch im Kurfürstenkolleg dominierte, da ferner weder von Holland noch von Schweden etwas zu erwarten war, da endlich Ludwig XIV. mit gewohnter Brutalität im Mai 1684 das unbequeme Genua furchtbar bombardieren ließ, am 4. Juni das feste Luxemburg eroberte

1) Vgl. Urk. und Aktenstücke XIV, 1025 ff.; Erdmannsdörffer I, 690 ff.; Immich, Gesch. d. europ. Staatensystems, S. 114 ff.

2) Der Vertrag wurde auf den 15./25. Oktober 1683 zurückdatiert.



und Truppen gegen Trier und ins Elsaß sandte, mußte der Kaiser schließlich nachgeben. Schon im Juni war er dazu entschlossen, und es diente nur zur Sicherung eines doch einigermaßen annehmbaren Ergebnisses, wenn er sieben Regimenter ins Reich sandte, Kurbayern zur Bereitstellung seiner Armee bewog und wenn die fränkischen und oberrheinischen Kreistruppen mobil gemacht wurden [1]). Was so erreicht werden konnte, war ein Abkommen, das wenigstens formell die Reichsrechte wahrte. Der am 15. August 1684 zu Regensburg geschlossene zwanzigjährige Waffenstillstand bestimmte: für diese zwanzig Jahre sollen Straßburg mit Kehl und die bis 1. August 1681 reunierten Gebiete im Besitze Frankreichs bleiben; Spanien trat Luxemburg ab.

Papst Innocenz und seine Nuntien in Wien und Paris jubelten über diesen Vertrag, sie betrachteten alles nur einzig und einseitig vom Gesichtspunkt des heiligen Kreuzzugs. Buonvisi richtete eine überschwengliche Denkschrift an Ludwig „den Großen", den kommenden Befreier des Morgenlandes, der im eroberten Syrien, Palästina und Ägypten eine Sekundogenitur seines Hauses begründen könne [2]). Dem Papste war es gleichgültig, ob Deutschland ein Unrecht geschah und die scheinheilige Politik Frankreichs siegte, wenn nur auf dem Wege zum allgemeinen Frieden als Voraussetzung des großen Türkenkrieges ein Schritt getan schien. Dies zeigte sich noch deutlicher in dem eigenartigen Vorschlag des Papstes, den er im Anschluß an das Regensburger Abkommen im Jahre 1685 in Wien machte. In Regensburg war die lothringische Frage gar nicht berührt worden, aber daß Lothringen für Herzog Karl verloren war, konnte auch Innocenz nicht bezweifeln. So dachte er an eine Entschädigung für den Feldherrn, der ja für den Türkenkrieg unentbehrlich war: das Reich soll alle provisorisch an Frankreich überlassenen Gebiete nebst Lothringen vollständig abtreten, dafür möge Ludwig XIV. Hilfstruppen senden und mitwirken, daß für den Herzog etwa das Fürstentum Siebenbürgen gewonnen werde. So etwas konnte in Wien nicht ernst genommen werden, auch bestand Herzog Karl auf seinem Rechte auf Lothringen [3]).

1) Vgl. Fester, Die Augsburger Allianz, S. 2 f. und das Schreiben des Kaisers an Max Emanuel von Bayern vom 28. Juni 1684, das. S. 146. Der Nuntius Buonvisi in Wien war darüber höchst erregt, da er schon den Türkenkrieg vereitelt glaubte, Fraknói, S. 102.

2) Fraknói, S. 105.

3) Vgl. Immich, Papst Innocenz XI, S. 38 ff.; Fraknói, S. 163 ff. Der Vorschlag mit Siebenbürgen geht auf den Nuntius Buonvisi zurück. In seinem Kreuz-



Freilich war auch so der dauernde Verlust Straßburgs und anderen deutschen Besitzes besiegelt; denn das zwanzigjährige Provisorium bedeutete in den Augen eines Ludwig nur eine nichtssagende Fiktion. Schmerzlich, daß der bedeutendste deutsche Fürst daran Mitschuld trug — wenn er damit dem Reich den Frieden zu erkaufen gemeint, so dauerte dieser ganze vier Jahre. Aber diese vier Jahre genügten nun allerdings, um im Osten die siegreichen kaiserlichen Fahnen bis nach Belgrad zu tragen.

Da der Kaiser selber drängte, war schon am 16. Februar 1684 bei dem Herzog von Lothringen der Plan des Feldzugs beraten worden[1]). Die Hauptarmee unter seinem Oberbefehl, die aus 24000 Mann Infanterie, 14600 Reitern bestehen sollte, wurde zur Belagerung Ofens, oder wenn dies nicht ratsam wäre, der Feste Neuhäusel oder eines andern Platzes bestimmt. Ein Armeekorps von 10000 Mann unter Feldmarschall Grafen Leslie soll in Kroatien gegen Esseg operieren und eine etwaige türkische Aktion zum Schutze Ofens verhindern. In Oberungarn endlich soll General Graf Schulz mit 7000 Mann gegen Thököly vorgehen. Auf der Donau wurde eine Flottille errichtet, die für den Proviant- und Nachschubdienst, aber auch zur Sicherung des Stromes bestimmt war[2]). Aber erst Ende Mai sammelte sich die Hauptarmee zwischen Komorn und Párkány und begann, noch keineswegs vollzählig, am 14. Juni den Vormarsch[3]). Sie überschritt bei Párkány die Donau, bei Gran wurde das schwere Gepäck mit der Deckung von vier Regimentern unter General Hallwil belassen, das Heer rückte vor bis Visegrad. Diese kleine, aber die Donauenge beherrschende Feste mußte genommen werden, um den Strom für den Proviant- und Truppendurchzug nach Ofen freizumachen. Am 15. Juni fiel die Stadt, am 17. kapitulierte das hochgelegene Schloß[4]). Am gleichen Tage hatte eine von

zugsweiser übersah Buonvisi — und übersieht auch Fraknói — die volle Berechtigung der Einwände des Hofkanzlers Stratmann.

1) Über den Feldzug von 1684, Theatr. Europ. XII; Wagner, Hist. Leopoldi I, 638 ff.; Röder v. Diersburg I, 77 ff.; Feßler-Klein, Gesch v. Ungarn IV, 409 ff; Acsády, S. 430 ff.; M. v. Angeli im Mitteil. des Kriegsarchivs 1884, S. 377 ff.

2) Angeli, S. 386 f.

3) Am 26. Mai traf in Wien der Malteserritter Severoli ein, um mit seinen Leuten auf den zu Wien instand gesetzten Donau-Galeeren die Kampagne mitzumachen. Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds.

4) Die Tagesdaten nach den Briefen des P. Marco d'Aviano, der selbst im Felde war und an den Kaiser am 14. und 17. Juni schrieb; Corrispondenza, S. 41 f. Die-



Ofen ausgesandte Reiterschar von 5000 Mann den General Hallwil bei Gran überfallen, Hallwil fiel, aber die Türken wurden schließlich zurückgeschlagen. Indessen war die Nachricht gekommen, daß ein Türkenheer von 15000 Mann unter dem Seraskier Mustafa vor Ofen stehe, das von Esseg herangezogen war, bevor noch das Korps Leslie in Kroatien es hätte verhindern können. Dies bewog den Herzog, nicht sofort auf dem rechten Donauufer gegen Ofen vorzurücken, sondern nach Gran zurückzumarschieren, um über die Brücke auf das linke Ufer zu gehen und diesem entlang nach Pest zu rücken, dieses zu besetzen und so dem Feind die Möglichkeit abzuschneiden, nördlich der Donau etwa mit Benutzung des ja noch türkischen Neuhäusel Streifzüge gegen die Erblande zu unternehmen. Dabei war aber noch nicht ganz entschieden, ob man dann wirklich die Belagerung Ofens beginnen sollte. Feldmarschall Graf Rüdiger Starhemberg war ein hartnäckiger Gegner, während Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden ebenso energisch dafür eintrat. Der Oberbefehlshaber schwankte, es scheint, daß ihm, gleichwie Starhemberg, das türkische Neuhäusel im Rücken unbehaglich war und er dessen Eroberung erwog[1]).

So ging denn die Armee am 21. Juni über die Graner Brücke zurück auf das linke Donauufer, durchzog langsam die Defileen des Stromknies und sah sich am 27. Juni nördlich der Stadt Waitzen einem türkischen Heere gegenüber. Mustafa Pascha hatte den Wesir von Ofen Kara Mohammed Pascha mit etwa 15000 Reitern und 2000 Janitscharen von Pest aus entgegengeworfen. Die Türken nahmen oberhalb Waitzen eine günstige Stellung zwischen Strom und Berg ein, hatten jedoch übersehen, am rechten Flügel eine beherrschende Höhe zu besetzen. So ward sie rasch von den Kaiserlichen mit Artillerie belegt und ein wirksames Feuer auf die Feinde gerichtet. Rasche energische Angriffe zuerst des rechten, dann des linken Flügels hatten Erfolg, im Schlacht-

selben Daten im Theatr. Europ. XII, 669. Daselbst wird das Städtlein Vicegrad, das Schloß aber Plindenburg genannt. Dies ist zweifellos ein sehr alter Name. Die beim steierischen Reimchronisten ed. Seemüller I, 83, Vers 6250 zum Jahre 1260 genannte Blintenburc ist sicherlich diese ungarische Feste bei Visegrad, nicht mit Seemüller II, 1282 in Steiermark zu suchen.

1) Schreiben Ludwig Wilhelms von Baden an seinen Oheim Markgrafen Hermann, Hofkriegsratspräsidenten, vom 18. Juni, Röder I, 81 ff. Marco d'Aviano zweifelt am 14. Juni, ob man mit dem kleinen Heer Ofen erobern könne, er rühmt in einem anderen Briefe den Grafen Starhemberg ganz besonders, scheint also auch mehr dessen Anschauung geteilt zu haben.



getümmel wurde dem Herzog Karl ein Pferd unter dem Leibe getötet, aber in einer Stunde war um Mittag der Kampf entschieden. Noch am nämlichen Tage ergab sich Waitzen. Voll frommen Dankes gedachte Kaiser Leopold, daß dieser Sieg am Feste des heiligen Königs Ladislaus von Ungarn, an welchem er selbst vor 29 Jahren zum König von Ungarn gekrönt worden, erfochten worden sei[1]).

Am 30. Juni rückte die kaiserliche Armee in Pest ein, die türkische Besatzung hatte sich nach Ofen zurückgezogen und die Schiffsbrücke über die Donau abgebrochen. In einem Kriegsrate am 3. Juli wurde einmütig von allen Generalen gegen den Widerstand Starhembergs beschlossen, die Belagerung Ofens zu unternehmen. Man war voll Siegeszuversicht, man unterschätzte die Stärke der Festung, Markgraf Ludwig Wilhelm war überzeugt, es sei „keineswegs zu zweiflen, daß wir selbiges Ort innerhalb acht Tagen ohnfehlbarlich emportieren werden“[2]). Am 9. und 11. Juli setzte das Heer wieder auf das rechte Ufer der Donau. Als es bei St. Endre (Andrä) nördlich von Ofen kampierte, machte am 11. Juli der türkische Seraskier Mustafa selbst einen Angriff, mußte aber nach kurzem hitzigem Gefecht, in welchem wieder Herzog Karl persönlich und mit Gefährdung seines Lebens eingriff, eilends zurückgehen. Der Weg nach Ofen war frei, am 14. Juli langte das kaiserliche Heer vor der Feste an und begann die Belagerung — welch ein Umschwung gegen den 14. Juli 1683, als die Türken Wien umschlossen!

Die kaiserliche Armee zählte bei 34000 Mann, zu ihr stießen jetzt noch etwa 9000 Mann des ungarischen adeligen Aufgebotes unter dem Palatin Esterházy, andere 5000 standen in den Plätzen um Neuhäusel und Raab, 2000 wurden nach Kroatien zu Leslie gesandt. Die Besatzung der Festung betrug ungefähr 10000 Mann tüchtiger Truppen unter Kara Mohammed und Ibrahim Scheitan; der Seraskier Mustafa mit etwa 15000 Streitern stand bei Hamzsabeg (Erd) südlich von Ofen. Zunächst galt es, die untere Stadt oder Wasserstadt zu nehmen und das Heer des Seraskiers zu vertreiben, um dann die eigentliche Festung, die den ausgedehnten Schloßberg krönte, rings zu umschließen. Auf der Nordseite wurden bei Altofen Laufgräben eröffnet, auf dem Josefsberge Batterien errichtet und das Feuer gegen die Mauer der unteren Stadt begonnen. Am 18. Juli versuchte man an der Westseite der Festung

1) Corrispondenza, S. 44. Über das Treffen ein Brief des Markgrafen Ludwig Wilhelm vom 28. Juni; Röder I, 84.

2) Röder I, 87.



vorbei einen Vorstoß an die Südfront, aber die Türken machten einen wütenden Ausfall aus der unteren Stadt, im Rücken drohte Mustafa, nur das mutige Eingreifen Guido Starhembergs drängte die Türken in die Stadt zurück. Am folgenden Tage wurde jedoch durch einen mächtigen Angriff von Norden her die untere Stadt erstürmt, sie ging in Flammen auf. Und nun drängte Herzog Karl den Seraskier von Ofen ab bis in sein Lager bei Hamzsabeg, rückte ihm mit Kavallerie, 1500 Husaren und 1000 Mann Infanterie in einem Nachtmarsch nach und zwang ihn am 22. Juli zur Schlacht. Vergeblich versuchten die Türken eine Umfassung der Flanken und einen Angriff mit 300 Kamelreitern, nach vierstündigem Gefecht hielten die Feinde nicht mehr stand, ergriffen die Flucht, tausend Janitscharen wurden niedergemacht, das ganze Türkenlager fiel den Kaiserlichen in die Hand, Ludwig von Baden verfolgte die Fliehenden noch eine Meile weit [1]).

Der glänzende Sieg steigerte noch die Zuversicht von Heer und Führern, in fünf Tagen werden wir in Ofen sein, sagte selbst Rüdiger Starhemberg. Man nahm die Sache von Anfang zu leicht und darin lag der verhängnisvolle Fehler. Die Laufgräben wurden in Eile und Ungeduld zu wenig tief und geräumig, ohne genügende Sicherungen, ohne Waffen- und Sammelplätze hergestellt, weil man all dies bei dem erwarteten baldigen Fall der Feste nicht für nötig hielt [2]). Das überlegene Feuer der Verteidiger richtete bald starke Verheerungen unter den mangelhaft geschützten kaiserlichen Truppen an, diese konnten gegen Ausfälle der Türken ihre ersten Linien überhaupt nicht halten, sondern mußten, ausgesetzt der feindlichen Artillerie, auf freiem Felde kämpfen. Die An-

1) Bericht Karls von Lothringen an den Kaiser vom 23. Juli; Röder I, 95. — Eine erbeutete, reich gestickte große Fahne wurde oben am Gewölbe des Chors der Stephanskirche in Wien aufgehängt (Schendhel, Lebensdiarium K. Leopolds), jetzt im Histor. Museum der Stadt Wien.

2) Vgl. die Äußerungen des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden (Röder I, 101), auch P. Marco d'Aviano, Corrispondenza, S. 48. Eine eingehende fachmännische Kritik der ganzen Belagerung gibt Graf Alois Ferdinand Marsigli namentlich in einem Bericht an den Prinzen Gaston Medici. Hg. 1907 von Andreas Vereß, Gróf Marsigli Alajos Ferdinánd jelentései es térképer Budavár 1684—86. Berichte u. Karten des Gr. A. F. Marsigli). Graf Marsigli, 1658 zu Bologna geboren, seit 1681 im kaiserlichen Diensten, 1683 von den Türken gefangen, als Sklave in Ofen, im April 1684 ausgelöst, machte die Belagerung Ofens mit, schon jetzt im Befestigungs- und Geniewesen sehr bewandert, für Geographie und Naturwissenschaften sehr interessiert, worin er dann hervorragendes leistete. Über seinen reichen Nachlaß in Bologna handelte Vereß 1906. Auch Marsigli hatte übrigens die Eroberung Ofens vorher als leicht hingestellt.



griffe der Belagerer waren an der Nord- und an der Südwestseite angesetzt. Aber als aus den Tagen Wochen der Belagerung wurden, starke Verluste und nur geringe Fortschritte zu verzeichnen waren, ließ Feldmarschall Graf Starhemberg, der die Leitung führte, seinen jüngeren Bruder Feldzeugmeister Max Starhemberg auch von der Donauseite her angreifen, um den Türken den Zugang zur Donau und die Wasserversorgung abzuschneiden. Allein man betrieb dies doch wieder nicht ernstlich, sondern suchte in den zwei ersten Augustwochen durch Minensprengungen an den andern Angriffstellen vorwärtszukommen, was aber auch nicht befriedigend gelang, und so sollte nun doch der Sturm von der Donauseite die Hauptsache sein.

Diese Mißerfolge und diese fatale „Unbeständigkeit der Resolutionen“ [1]) führten zu Mißmut, Reibungen und Zwist unter den Führern, je mehr die anfänglich so sanguinischen Hoffnungen enttäuscht wurden; Herzog Karl war ärgerlich über Starhemberg [2]). Am 14. August mußte er an den Kaiser berichten, daß die Infanterie von 21 407 auf 11 857, die Reiterei von 12 000 auf 9857 Dienstfähige zusammengeschmolzen sei, daß eiligst frische Truppen, Geschütze und Munition gesandt werden müssen. Rüdiger Starhemberg dachte schon an das Aufgeben der Belagerung. Der Kaiser, auch durch Marco d'Aviano vom üblen Gang der Dinge vor Ofen unterrichtet, hatte bereits den Kurfürsten von Bayern um Beschleunigung seiner Hilfe gebeten. Auch sandte er Ende August den General Grafen Rabatta nach Ofen zur Berichterstattung über die Sachlage und um ein gutes Einvernehmen zwischen Lothringen und Max Emanuel vorzubereiten; eben dies legte er auch Marco d'Aviano besonders ans Herz [3]) — Leopold beurteilte den jungen, nach Kriegsruhm dürstenden Kurfürsten und seine Empfindlichkeit sehr richtig.

Als Rabatta am 6. September seinen Bericht erstattete, war die Lage vor Ofen infolge bösartiger Krankheiten im Lager noch schlimmer geworden: man zählte nur mehr 12 500 Kampffähige, der Herzog selber war erkrankt. Der Seraskier Mustafa Pascha nahte mit einem neuen

1) So der Markgraf von Baden (Röder I, 105) und ganz ebenso Marco d'Aviano, Corrispondenza, S. 51. Für das Folgende Röder I, 104 ff.

2) Briefe Ludwigs von Baden vom 8. und 13. August, Röder I, 111. Doch ist Vorsicht gegenüber den Äußerungen des sehr temperamentvollen Prinzen nötig; so ist seine Behauptung, daß Herzog Karl dem Grafen Starhemberg am 10. August „das Commando völlig benommen“, ganz unrichtig.

rispondenza, S. 49.



Heere zum Entsatz, die einzige Hoffnung sei das bayrische Hilfskorps [1]). In der Tat kam Max Emanuel am 9., sein Fußvolk am 11. September zur Armee, die Reiterei — im ganzen 8000 Bayern — und 4000 Mann schwäbischer Kreistruppen sowie kaiserliche Regimenter aus Böhmen folgten bis anfangs Oktober nach. Die Bayern bezogen ihre Stellung auf dem Blocksberge (Gerhardsberg, Gellerthegy) südlich der Festung, schon am 13. September forderte der Kurfürst zur Übergabe auf, aber Ibrahim Scheitan, jetzt nach dem seinen Wunden erlegenen Kara Mohammed Kommandant, wies dies energisch zurück. Denn der Entsatz war nicht mehr fern, Mustafa Pascha zog mit etwa 20000 Mann von Stuhlweißenburg heran, am 22. September stand er bereits auf den Höhen des Schwabenberges. Gleichzeitige Angriffe dieses Heeres und heftige Ausfälle der Besatzung am 22., 24. und 25. September brachten den Kaiserlichen schwere Verluste und Zerstörung ihrer Belagerungsarbeiten, so daß man am 29. beschloß, die Angriffe vom Spießberg (Westen) und von der Wasserstadt her aufzugeben und vereint mit den Bayern alles auf deren Angriffslinie zu konzentrieren. Aber auch jetzt war kein Glück bei den christlichen Waffen trotz aller Tapferkeit der Bayern und ihres Fürsten, der keine Gefahr scheute. Ein Sturm am 4. Oktober mißlang, die Minierarbeiten hatten, wie schon die ganze Zeit, keinen rechten Erfolg, die Ungarn, die ihre Schuldigkeit getan, klagten über Zurücksetzung und zogen größtenteils davon, Mustafa Pascha beunruhigte und schädigte auf alle mögliche Weise das Heer, die Belagerten waren unermüdlich in Ausfällen. Schon am 26. September hatte Herzog Karl an den Kaiser die Frage gestellt, ob die Belagerung aufgehoben werden solle. Der Kaiser überließ die Entscheidung den Heerführern, wenn er auch auf den überaus entmutigenden Eindruck hinwies, den ein gänzlicher Mißerfolg allenthalben hervorrufen müsse [2]). Die Ankunft des Hofkriegsrats-Präsidenten Markgrafen Hermann von Baden, den der Kaiser am 12. Oktober nach Ofen sandte, konnte nichts mehr ändern [3]). Ende Oktober mußte der unausweichliche Entschluß gefaßt werden, die Belagerung aufzugeben. Am 1. November wurde die Artillerie eingeschifft, zwei Tage

1) Röder I, 107.

2) K. Leopold an Herzog Karl, 2. Okt. 1684, Röder I, 115.

3) Röder I, 119 nimmt wohl mit Recht an, daß Herzog Karl diesen dem Markgrafen unerwarteten und unerwünschten Auftrag veranlaßte, um den ihm ja abgeneigten Mann gewissermaßen mitverantwortlich zu machen. Der Markgraf suchte [illegible] durch eine Art Verwahrung zu salvieren.



darauf[1]) marschierte die Armee ab nach Gran, während der Seraskier prunkend in die so tapfer verteidigte Stadt einzog.

Das unglückliche Unternehmen kostete der alliierten Armee 23000 Mann, die Bayern verloren, den Rückmarsch mit eingerechnet, die Hälfte ihres Korps. Mehrere hundert Nachzügler und zurückgelassene Kranke wurden vom Feinde niedergemetzelt. Die Kaiserlichen bezogen in dem usgesogenen und verwüsteten Westungarn ihre Winterquartiere, die Bayern n der Zips. Das Mißgeschick machte weithin einen tiefen Eindruck, der Papst war ganz niedergeschlagen, Pater Marco d'Aviano hatte schon um die Mitte September das Feldlager verlassen, tief verstimmt über die Mißhelligkeiten unter den Führern und über all die Unordnungen und mangelhaften Anstalten[2]).

Glücklicher verlief der Feldzug auf den freilich weniger wichtigen Kriegsschauplätzen im Süden und Norden. Feldmarschall Graf Leslie überschritt, vereinigt mit dem Banus Erdödy von Kroatien und dem Kommandanten von Karlstadt, Herberstein, von St. Georgen aus Anfang Juli die Grenze in der Richtung nach Esseg. Die Festung Verovitiza (Veröcze) fiel am 22. Juli, dem Tage des Sieges von Hamszabeg und türkische Truppen, die auf dem Rückzuge Verovitiza berennen wollten, wurden geschlagen, die Feste behauptet.

General Graf Schulz führte den Sommer hindurch einen Kleinkrieg mit Thököly[3]), bis es ihm im Herbste gelang, größere Erfolge zu erringen. Thököly stand mit 7000 Mann bei Eperjes und wollte die Kaiserlichen bei Szeben angreifen. Schulz kam zuvor, überfiel in der Morgenfrühe des 17. September das feindliche Lager, das er mit aller Munition und Bagage und mit Thökölys Korrespondenz einnahm, während Thököly mit Mühe entkam. Darauf nahm er Bartfeld, Sztropko, Schloß

1) Diese Daten hat Angeli, S. 423 Anm. 1 festgestellt.

2) Corrispondenza, S. 50 f. — Die von Papst Innocenz XI. angeregte Errichtung von leicht beweglichen Feldspitälern (vgl. oben S. 342) wurde dank seinen Geldbeiträgen ausgeführt. Am 14. August wurde vom Kaiser dem Bischof Kolonitsch das Direktorium der Feldspitäler übertragen, dann Barmherzige Brüder zur Pflege der Verwundeten bestimmt. Newald, Beiträge II, 137; Klopp, S. 561; Fraknói, Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung, S. 112. Berichte Kolonitschs und des P. Josef a S. Cruce bei Maurer, Card. Kollonitsch, S. 174 ff.

3) Im Frühjahr hatte Thököly vergeblich noch einmal eine Annäherung versucht, man verhandelte mit ihm nicht mehr. Um seine Kriegsleute und Anhänger von ihm abzuziehen, stellte Nuntius Buonvisi mehr als 49000 fl. zur Verfügung. Newald, Beiträge

3) Cor.

Zboró und später Dunawicz, kehrte vor Eperjes zurück um dieses zu belagern. Aber der einbrechende Winter zwang ihn seine Quartiere in Oberungarn zu beziehen.

Auch die anderen Bundesgenossen der Heiligen Liga hatten den Kampf begonnen. Venedig plante zuerst eine Offensive in Bosnien. Allein e[r] stand davon ab infolge der Darlegung der kaiserlichen Regierung, da[ß] auf Bosnien, das ja nie im Besitze Venedigs gewesen, die ungarische[n] Könige stets ihre alten Ansprüche aufrecht erhalten hätten. Man erhoffte vielmehr in Wien auf Grund von Versprechungen des Bischofs von Bosnien, der im Frühjahr 1684 in Wien gewesen, einen Aufstand de[r] christlichen Bewohner — freilich vergeblich [1]). Immerhin gelang es die kleine Republik Ragusa zu gewinnen: bisher türkischer Vasallenstaat, stellte sie sich jetzt am 20. August 1684 unter kaiserlichen Schutz gegen Waffen- und Geldhilfe wider die Türken [2]). So setzte Venedig mit seine[m] Angriff in Epirus ein und Francesco Morosini eröffnete seine Siege[s]laufbahn mit der Einnahme von Santa Maura auf der Insel Leuka[s] und von Prevesa am Eingange des Golfes von Arta.

König Johann Sobieski hegte anfangs große Pläne, allein sein Zu[g] vor Choczim und Kameniec-Podolski und der Versuch den Dnjestr z[u] überschreiten, blieb erfolglos. Von Polen war kaum mehr viel zu er[-]warten. König und Königin waren eifrig bestrebt, die Beziehungen zu Ludwig XIV. wieder besser zu gestalten. Seit dem Frühjahr 1684 weilte Marquis Béthune, der Schwager der Königin, wieder als französischer Gesandter in Warschau, und das polnische Königspaar ließ Ludwig XIV. versichern, daß sie nichts gegen sein Interesse und seinen Willen unternehmen würden [3]). Wenn Sobieski an Marco d'Aviano schrieb, er werde im folgenden Jahre zeitlich im Feld erscheinen und alles wieder gutmachen, was 1684 versäumt worden, so bemerkte der Kaiser sehr richtig, wolle Gott, daß die Taten den Worten entsprechen [4]). Sobieski wollte zuerst die Moldau und Siebenbürgen erobern. Als ihm der Nuntius Buonvisi solche Ideen eindringlich widerriet, schlug er vor, er werde sein Heer nach Ungarn führen, mit der kaiserlichen Armee vereinigen und mit einem großen Schlag die Türken vernichten. Auch da-

1) Fraknói, S. 114.

2) Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 93.

3) Klopp, S. 391. Fraknói, S. 106 ff.

4) Schreiben vom 16. und 31. Dezember 1684, Corrispondenza, S. 58. 59.



gegen verhielt sich Buonvisi nicht ohne gute Gründe ablehnend — er handelte ganz in Übereinstimmung mit dem Wiener Hof [1]).

Am Wiener Hofe gab es trotz der Verluste des vergangenen Jahres und trotz der fortdauernden finanziellen Schwierigkeiten keinen Augenblick des Zweifels darüber, daß der Türkenkrieg fortgesetzt werden müsse. Jetzt war es umgekehrt die Pforte, die Versuche zu Anknüpfungen machte. Sie hatte ja auf drei Seiten zu kämpfen. So suchte der Großwesir Kara Ibrahim die von Persien und Moskau drohende Gefahr abzuwenden, ließ in Warschau unterhandeln und in Wien Fühlung nehmen. Der neue Pascha von Ofen, Abdurrahman, sandte Ende 1684 Agenten nach Wien, um zunächst mit Geld die kaiserlichen Minister günstig zu stimmen [2]). Im März 1685 kam ein Agent des Großwesirs selber und ein Abgesandter Apafys erschien in einer anscheinend vermittelnden Mission [3]). Aber solche Versuche verfingen jetzt nicht. Es wurden vielmehr eifrig die Rüstungen betrieben, das Heer durch Werbungen ergänzt und vor allem Streitkräfte aus dem Reiche durch Verträge mit Fürsten und Ständen gesichert. Nun zeigte sich die infolge des Regensburger Stillstandes entspannte und viel günstiger gewordene Lage, und andrerseits die steigende allgemeine, lebhafte, ja begeisterte Teilnahme an diesem großen Kampfe wider die Ungläubigen. Die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg wollten 11000 Mann, der fränkische und oberrheinische Kreis 8000, der schwäbische 4500 stellen, Kurfürst Heinrich Maximilian von Köln versprach 6000, der Kurfürst von Bayern wieder 8000 Mann, auch der Landgraf Karl von Hessen-Kassel sagte ein Hilfskorps zu [4]). Überallher, selbst aus Frankreich meldeten sich vornehme Freiwillige, die unter den Meistern der Kriegskunst mitstreiten wollten in dem heiligen Kampf. Am Hofe von Versailles wäre am liebsten die ganze adelige Jugend nach Ungarn gezogen, zu argem Mißvergnügen des Königs. Nur mit Widerstreben erlaubte er schließlich den beiden Prinzen Conti und zahlreichen anderen, zum Heere Sobieskis nach Polen zu gehen.

1) Vgl. Fraknói, S. 117 ff. nach Berichten Buonvisis vom Dezember 1684 bis Anfang April 1685.

2) Röder I, 125 f. nach Bericht des Markgrafen Hermann von Baden an den Kaiser vom 19 Jan. 1685.

3) Fraknói, S 121 ff.

4) Mit Vertrag vom 31. März 1685, Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 94.

Aber die jungen Heißsporne setzten sich darüber hinweg und eilten doch nach Ungarn. Bei Neuhäusel fochten die Prinzen Conti so tollkühn, daß ihnen der Kaiser sagen ließ, er werde sie zu ihrer Sicherheit in der Festung Komorn einsperren lassen [1]).

Pater Marco d'Aviano hatte im November 1684 dem Kaiser ausführliche „Erwägungen" zukommen lassen, die sehr zutreffende Bemerkungen enthalten über die Notwendigkeit von Reformen in der Verwaltung und im Finanzwesen, sodann eingehend die nötigen Vorbereitungen für den nächsten Feldzug besprechen, zu dem unbedingt bis 20. Mai die Armee gerüstet und gesammelt sein soll, und schließlich einen förmlichen Kriegsplan entwerfen [2]). Dieser klang freilich mehr kühn als durchführbar. Wichtiger war die Tätigkeit des unermüdlichen päpstlichen Nuntius Kardinals Buonvisi [3]). Auch er kannte sehr wohl die Schwächen und Schäde des Staates, vor allem die Mängel der Finanzwirtschaft. Er hat schon im Jahre 1684 und jetzt wieder im Frühjahr 1685 eine Reih von guten, praktischen Vorschlägen zu Sparsamkeit und zu Hebung de Einnahmen, zu besserer Ausnützung der natürlichen Hilfsquellen Öster reichs gemacht, aber ohne Erfolg — „solche Pläne erfordern ernste Arbei und kein Mensch hat hier Lust dazu", schreibt er sehr wahr am 8. Apr 1685. Buonvisi sah, daß der Hofkammerpräsident Graf Wolfgang Rosen berg und der Generalkriegskommissär Graf Siegfried Breuner ihre schweren Aufgabe nicht gewachsen waren, und scheute sich nicht, auf deren Ersetzung durch tüchtigere Männer hinzuarbeiten. In der Tat wurde jetzt an Stelle Breuners Graf Rabatta ernannt, der sich dann trefflich bewährte. Immer das große Ziel vor Augen trug Buonvisi kein Bedenken, Vorschläge der Regierung, die eine ausgiebige Heranziehung der Kirchengüter für Kriegszwecke beantragten, bei der Kurie auf das wärmste zu befürworten. So wurde ein Teil des reichen Nachlasses des im Januar 1685 verstorbenen Graner Erzbischofes Szelepcsényi gegen späteren Rückersatz für Rüstungen verwendet, ebenso der Nachlaß des im Februar 1685 verschiedenen Bischofes Emmerich Sinelli von Wien. Ja Buonvisi hätte nichts dagegen gehabt, daß die vielen Legate des Graner Erzbischofs zugunsten der Jesuitenkollegien in Ungarn für den Krieg ver-

1) Memoiren von de Sourches (ed. 1882) I, 196. 268. Schon angeführt von Erdmannsdörffer I, 696. Nach ihrer Rückkehr traf sie die volle Ungnade Ludwigs XIV.

2) Corrispondenza, S. 52 ff.

3) Vgl. hierzu Fraknói, S. 124 ff.



wendet worden wären, denn diese Kollegien seien ohnedies reich genug. Der Papst gestattete ferner mit Breve vom 3. Februar 1685, daß ein Drittel des Kirchengutes jeder Art, das die Welt- und Klostergeistlichkeit in den österreichischen Erbländern seit 60 Jahren erworben hatte, verkauft und der Erlös zur Deckung der Kriegskosten verwendet werde. Buonvisi selbst und Bischof Kolonitsch wurden zu päpstlichen Kommissären bei Durchführung dieser Aktion ernannt [1]). Die deutschen Bischöfe wurden vom Papste ermahnt, Truppen zu senden und Spenden zu sammeln. Im Frühjahr 1685 liefen in der Tat zahlreiche Beiträge aus den verschiedensten Gegenden bei der Kurie ein und Papst Innocenz XI. selber sandte dann zur Belagerung Neuhäusels 100000 und nochmals 50000 Gulden, für die kroatischen Truppen 15000, für die Spitäler 10000 Gulden [2]). Wieder war diese vielseitige, tatkräftige Fürsorge des Papstes und seines Nuntius von höchstem Wert für die Fortsetzung des Krieges.

Die Waffen hatten den Winter hindurch nicht gänzlich geruht. Die Türken hatten die Stadt Waitzen wieder genommen, dagegen ward Visegrad vom Obersten Grafen Marsigli tapfer verteidigt, ein Anschlag der Türken auf Raab wurde verraten, General Graf Schulz schlug Ende 1684 Tököly bei Igló in der Zips. Aber der Beginn des neuen Feldzuges von 1685 verzögerte sich wieder [3]). Die Hilfstruppen aus dem Reiche trafen erst im Juni nacheinander an der Sammelstelle bei Párkány ein. Es waren die gleichen Dispositionen wie 1684 getroffen: die Hauptmacht an der Donaulinie, unter Karl von Lothringen, Graf Schulz in Oberungarn, Graf Leslie in Kroatien. Wieder erhob sich die

1) Fraknói, S. 126. Am 21. März 1685 erging der kaiserliche Befehl an die steirischen (und wohl auch an die anderen) Landstände, Verzeichnisse der von der Geistlichkeit und den loca pia seit 60 Jahren erworbenen Besitzes jeder Art einzusenden. Die steirischen Stände tun dies am 8. August 1685. Vgl. Loserth, Das Kirchengut in Steiermark, S. 77 ff. 195 ff. Diese Angelegenheit führte zu einem erregten kirchenpolitischen Zwischenfall (vgl. Fraknói, S. 137 ff.), auf den in anderem Zusammenhang zurückzukommen sein wird. Hierauf beziehen sich jedenfalls auch geheimnisvolle Andeutungen von Marco d'Aviano in Briefen vom Juni 1685. Corrispondenza, S. 66 ff.

2) Fraknói, S. 127. — Buonvisi wirkte eifrig mit, um Spenden für die Feldspitäler zu erwirken, er ließ einen eigenen Aufruf ergehen. Im Jahre 1685 gingen auf solche Weise 21192 fl. ein, im J. 1686 41233 fl. Die Ausgaben für die Feldspitäler betrugen für den Winter 1686/87 44172 fl. Maurer, Card. Kollonitsch, S. 192.

3) Über den Feldzug von 1685 vgl. Theatr. Europ., 12. Bd., Wagner, Hist. Leopoldi I, 652 ff., Röder I, 125 ff., Feßler-Klein, Gesch. Ungarns IV, 414 ff., Acsády, S. 413 ff., Klopp, S. 395.

Frage nach dem Kampfziel der Donauarmee, ob Ofen oder Neuhäusel oder Stuhlweißenburg. Sie beantwortete sich infolge der Verspätung des Feldzugsbeginnes. Es war nicht mehr möglich, vor dem Anmarsch eines türkischen Heeres eine Belagerung von Ofen oder Stuhlweißenburg durchzuführen. Daher entschloß sich Herzog Karl von Lothringen zur Eroberung Neuhäusels. Diese nördlich der Donau am weitesten vorgeschobene, erst 1663 an die Türken verlorene Feste mußte endlich einmal wiedergewonnen werden, um für die Operationen den Rücken frei zu machen. Die Besatzung von Neuhäusel, 3000 Mann, war 1684, wenn auch in weitem Bogen von kleinen kaiserlichen Truppenkörpern zerniert, doch unbehelligt in der Festung geblieben. Diese war nicht sehr stark: sie wurde nur von einfachen Basteien mit einem Graben und einer Eskarpe mit Pallisaden umgeben und besaß keine Außenwerke.

Am 4. Juli marschierte Herzog Karl von der Graner Brücke vor Neuhäusel, die anrückenden Lüneburger und Bayern wurden dahin dirigiert, sie trafen am 8. und 9. Juli ein, die ganze Armee zählte nun 43000 Mann. Am 11. Juli begann die Belagerung. Man ging sehr methodisch und bedächtig mit der Anlage der Laufgräben und Batterien vor, zur hellen Verzweiflung des eifervollen Pater Marco d'Aviano, der wieder den Feldzug mitmachte und bisher seine Mahnungen und Ratschläge wenig beachtet sah [1]). Lebensmittel gab es in Fülle, man bankettierte fleißig und die vornehmen französischen Freiwilligen „trieben einen entsetzlichen Auswand" [2]). Am 25. Juli vollendeten die Belagerer an zwei Stellen Faschinendämme über den Graben, die einen unmittelbaren Angriff gestatteten, und nun begann die Besatzung, die bisher sich ziemlich ruhig verhalten, mit heftigen und nicht erfolglosen Ausfällen.

Dieses Hinziehen der Belagerung Neuhäusels fing an bedenklich zu werden, als ein ziemlich starkes türkisches Heer unter dem Seraskier Ibrahim Scheitan rasch heranzog. Mitte Juli war es bei Mohácz, am 30. Juli schon vor Visegrad und Gran, beide Plätze umschließend; bei

1) In einem ganz vertraulichen Briefe an den Kaiser vom 16. Juli läßt er seinem Unmut freien Lauf, während er in Briefen vom 3. und 14. Juli voll des Lobes über das Heer und seine Führer war. Es spielt doch sichtlich der Unmut mit, daß der geistliche Ratgeber bei den Militärs wenig Gehör fand; „ich kann nichts und gelte nichts, es ist ganz gleich, ob ich da bin oder nicht da bin". Corrispondenza, S. 70 ff. Später beruhigt sich P. Marco wieder.

2) Acsády, S. 433 f.; auch P. Marco klagt am 16. Juli: il tutto passa in banchetti. Corrisp., S. 72.



Hatvan östlich von Waitzen stand ebenfalls ein türkisches Korps. Visegrad mußte aufgegeben werden, anfangs August begann die förmliche Belagerung Grans, wohin Oberst Strasser mit 1500 Mann geworfen worden war. Im Hauptquartier teilten sich die Meinungen, ob man mit ganzer Macht Neuhäusel weiter belagern und Gran preisgeben, oder die Belagerung fortführen, mit einem Teil des Heeres aber dem Feinde entgegentreten und Gran entsetzen solle. Herzog Karl war für das zweite [1], auch Margraf Ludwig von Baden äußerte sich entschieden dafür, ihm erschien mit gutem Grund das Donaubeherrschende Gran von besonderer Wichtigkeit. Hierfür entschied denn auch ein Kriegsrat am 6. August. Es wurden 16000 Mann unter Caprara vor Neuhäusel belassen, das übrige Heer marschierte am 7. August ab, um dem Feind am rechten Donauufer entgegenzurücken [2]. Fürst Georg Waldeck, Kurfürst Max Emanuel von Bayern, die gegen Ende Juli vor Neuhäusel eingetroffen [3], Ludwig von Baden, und alle fremden Freiwilligen zogen mit dieser Armee. Sie zählte mit den kürzlich gekommenen kurkölnischen Hilfstruppen 40000 Mann.

Am 8. August überschritt sie bei Komorn die Donau, und marschierte längs derselben bis über Neudorf (Ujfalu) hinaus. Ibrahim Pascha aber zog sein Heer von Gran ab, rückte dem christlichen entgegen bis Táth, so daß beide Armeen am 11. August einander nahe gegenüber standen, nur durch einen Sumpf getrennt. Die Türken waren zwischen Donau und den Ausläufern der Vertesberge gut aufgestellt, bei 40000 Mann stark. Vier Tage wartete jedes Heer auf einen Angriff des andern. Endlich als Herzog Karl am 15. August wieder etwas zurückging, um seiner Schiffsbrücke bei Neudorf sicher zu sein und die Eroberung Neuhäusels abzuwarten, da rückte Ibrahim, der das Christenheer nur etwa 20000 Mann stark schätzte, in der Nacht schnell nach, überschritt den Morast, besetzte einen Hügel und eröffnete am Morgen des 16. August

1) Dies beweist der Brief P. Marcos schon vom 31. Juli, worin die Doppelaktion in Aussicht genommen erscheint und zwar von seiten des Herzogs. Corrispondenza, S. 78. Damit berichtigt sich die Meinung von Zieglauer, Die Befreiung Ofens, S. 10, wo dem Markgrafen Ludwig allein die Urheberschaft des Planes zugesprochen wird.

2) Schreiben Ludwigs von Baden vom 5. August, Bericht Herzog Karls an den Kaiser vom 6. August, Röder I, 139 ff.

3) Der Kurfürst war am 26. Juli von Wien abgereist, nachdem am 15. Juli (nicht Juni, wie bei Riezler, Gesch. Baierns VII, 285) seine Hochzeit mit der Tochter Kaiser Leopolds, Maria Antonia, stattgefunden. Der Kaiser ist zärtlich um das Wohl seines Schwiegersohnes im Felde besorgt. Corrispondenza, S. 77. 79.

die Schlacht. Die ungestümen Angriffe der Türken auf den rechten Flügel und auf Abteilungen, die auf den Höhen zur Abwehr einer Umgehung postiert waren, wurden kräftig abgeschlagen, das kaiserliche Heer ging selbst zum energischen Angriff über, Reiterei, darunter Husaren, dann die Infanterie, drängten die Türken zurück, diese mußten unter großen Verlusten wieder durch den Sumpf. Ibrahim brachte wohl einen Teil seiner Truppen zum Stehen und hemmte mit Artillerie die Verfolgung, aber der Großteil der Türken war schon auf der Flucht gegen Ofen, wohin denn auch Ibrahim folgen mußte. Die Türken verloren ihr Lager mit viel Munition und Geschützen, 1200 oder 1500 Tote und 200 Gefangene, während der Tag von Gran den Siegern nur 42 Tote kostete [1]). Kurfürst Max Emanuel, der schneidige Dünewald, auch der Husarenoberst Graf Adam Czobor hatten sich besonders ausgezeichnet [2]).

Indessen hatte Feldmarschall Caprara die Belagerung von Neuhäusel energisch und erfolgreich betrieben. Der zuerst auf den 18. August angesetzte Sturmangriff wurde am 19. August ausgeführt. Nach zweistündigem scharfem Kampf wurde die Festung mit stürmender Hand genommen, die ganze noch übrige Besatzung, mehr als 1000 Mann, ward von den Siegern „in der furia" zusammengehauen, die Stadt geplündert. So fiel Neuhäusel [3]). Da sein Verlust noch in frischem Gedächtnis, und da von hier aus die Türken unzählige Male ihre Streifscharen bis an die österreichische und mährische Grenze gesandt hatten, erregte jetzt die Wiedereroberung weithin die größte Freude, gemehrt durch den schönen Sieg bei Gran.

Herzog Karl vereinigte nun wieder die ganze Armee bei Párkány, um Ibrahim Pascha nochmals entgegenzutreten, der nach Retablierung seiner Truppen im Begriffe stand auf dem linken Donauufer womöglich noch Neuhäusel zu Hilfe zu eilen. Als er jedoch den Fall der Feste und den Anzug des gesamten christlichen Heeres vernahm, kehrte er um, ließ Neograd und Waitzen anzünden, ging zunächst bis Pest, und setzte dann seinen Rückzug nach Süden fort.

Herzog Karl war nach der Eroberung Neuhäusels entschlossen, Verstärkungen an das Korps in Oberungarn zu senden und sich mit Graf Leslie in Slavonien in Verbindung zu setzen, sowie in die Gegend von

1) Röder I, 144 ff. nach Berichten Ludwigs von Baden und des Herzogs von Lothringen. Die Zahl der Toten in Corrispodenza, S. 85.

2) Wagner, Hist. Leopoldi I, 661. Katona, Hist. crit. Hung. XXXV, 171.

3) Vgl. Röder I, 152 ff. nach den Berichten Capraras.



Erlau vorzustoßen; Erlau selbst zu belagern, schien nicht geraten [1]). Leslie war mit seinen Kroaten am 9. August von Veröcze aus gegen Essegg vorgerückt, es gelang ihm die Stadt (nicht die Feste) zu nehmen und die große Holzbrücke über die Drau zum Teile zu verbrennen [2]). Den Rückzug der Türken unter Ibrahim aufzuhalten, war er freilich zu schwach; nachdem die Brücke wiederhergestellt, zog Ibrahim über Essegg bis Belgrad. Die Verbindung mit Leslie und die Deckung der Grenzen gegen Österreich und Steiermark hatte Graf Pálffy mit 4000 Bayern, Hessen und Husaren zu besorgen. Viel wichtiger aber wurden die Ereignisse in Oberungarn, die zu einer für Thököly verhängnisvollen Wendung führten.

Schon im Juni nahm General Schulz die Feste Krasnahorka westlich Kaschau und Barkóczy die Stadt Onod östlich von Erlau. Vom 17. Juli an wurde Eperjes belagert, dessen Besatzung und Bürger sich fast zwei Monate lang tapfer verteidigten. Vergeblich bat Thököly die Türken um Hilfstruppen. Die Schläge von Gran und Neuhäusel, die Erfolge der Venetianer, die im August den glänzenden Sieg bei Koron erfochten, die schweren, sich häufenden Verluste der letzten Jahre hatten bei der Pforte eine so gedrückte Stimmung erzeugt, daß man das Unerhörte tat und zu Friedensanerbietungen sich herbeiließ. Am 30. August erschien ein Abgeordneter des Seraskiers vor Karl von Lothringen in dessen Lager zu Nagy Maros: neben allgemeinen Worten bildete das Angebot, Thököly, den Urheber des Krieges, auszuliefern, den eigentlichen und einzigen Kern der Sendung. Offenbar hoffte die Pforte solchergestalt leichten Kaufes davonzukommen — was war ihr jetzt Thököly. Der Herzog schickte das türkische Schreiben nach Wien. Hier herrschten gerade etwas wechselnde Stimmungen, man meinte, der Papst wolle Frieden. Allein Buonvisi konnte dies widerlegen, er und der neue venetianische Gesandte Cornaro traten eifrig für die Fortsetzung des Krieges ein. Buonvisi durfte sogar die Antwort an die Pforte ent-

1) Schreiben Ludwigs von Baden vom 26. August, der den Herzog sogar einmal lobt: „Kann also nichts anderst sagen, als daß der Herr Herzog dermalen die Sache am rechten Orth angreiffet." Röder I, 159. Dazu auch Wagner, I, 666. Der Plan, Ofen zu belagern, den der päpstliche Nuntius Buonvisi um den 20. August eifrig bekämpfen zu müssen glaubt (Fraknói, S. 145 ff.), scheint nur bei Hof vorübergehend aufgetaucht zu sein.

2) Wagner I, 674; bei Katona XXXV, 202 ff. Nachrichten über glückliche Streifzüge des Banus Erdödy und des Grafen Herberstein, Generals in Karlstadt, in die Lika und an die Unna (nach Schmitth, Hist. Ottom. II, 207 f.).

werfen: sie lautete auf Forderung des Schadenersatzes und neue Grenzbestimmung [1]).

Als nun bald darauf Eperjes am 11. September sich endlich ergeben mußte, als nacheinander auch Tokaj, Kálló und Kisvarda in die Hände der Kaiserlichen fielen, als Thököly mit seinen zusammengeschmolzenen Scharen auf türkisches Gebiet nach Bihar flüchten mußte, da hielt der Pascha des nahen Großwardein den Augenblick gekommen, den ihm schon Ende September gegebenen Auftrag auszuführen. Er lud Thököly zu einem Besuche ein. Dieser kam am 15. Oktober, wurde scheinbar höchst ehrenvoll empfangen, dann aber gefangen genommen und in Ketten nach Belgrad gebracht. Jetzt verlor Thökölys Partei jeglichen Halt, binnen wenigen Tagen ergab sich der Rest seiner Scharen, am 25. Oktober kapitulierte Kaschau, das tapfer gehalten worden war, und nach ihm fielen Sárospatak, Regecz und Unghvár [2]). Die Kuruzzen huldigten dem Kaiser, bei 17 000 Mann, eine ganze, tapfere, kriegsgewohnte Armee, die der Palatin und Caprara zu einem ständigen ungarischen Heere ausbilden wollten, wenn der Wiener Hof es zugegeben hätte.

Merkwürdig, wie jäh diese oberungarische Herrschaft Thökölys zusammenbrach. Man sieht deutlich, wie sehr sie durch die zweifellos bedeutende Persönlichkeit des einen Mannes gehalten war. Als er nun fehlte, zeigte sich, daß die Grundlage seiner Erfolge, die ungarisch-türkische Freundschaft, keine Lebensfähigkeit mehr besaß. Gewiß, man entrüstete sich über die treulose Gewalttat der Türken, aber hätte man nun nicht der Sache des Führers um so treuer bleiben müssen? Aber diese Sache konnte eben nicht mehr die Sache Ungarns sein. Wenn die Christenheere siegreich gegen die Ungläubigen stritten und Stück um Stück von Ungarns Boden befreiten, konnten da die Ungarn noch gemeinsame Sache mit den Türken machen? Jetzt war der Augenblick da, die schiefe Lage, in die man erst seit 1683 so recht geraten, zu verlassen und so konnten

1) Wagner I, 666, Röder I, 159 ff., Fraknói, S. 149 ff. Brief Herzog Karls in Mitteil. des k. u. k. Kriegsarchivs 1885, S. 236. Für das Folgende vgl. Wagner I, 669 ff., Feßler-Klein IV, 417 ff., Acsády, S. 435 ff.

2) In Unghvár wurde Graf Stefan Koháry aus dem Kerker befreit, der 1682 Fülek tapfer gegen Thököly verteidigt hatte, vgl. oben S. 306 und Katona XXXV, 192 ff. Daselbst wird nach der Schrift „Postuma memoria Stephani Koháry" erzählt, daß Koháry bald darauf nach Wien ging und hier vom Kaiser überaus ehrenvoll empfangen wurde: er schmückte den Grafen mit einer goldenen Kette und nannte ihn „speculum fidelitatis".

die alten Kuruzzenführer, ein Petneházy, Petröczy und alle anderen, ohne Bedenken zu den kaiserlichen Fahnen übergehen, denn diese Fahnen führten gegen den gemeinsamen Feind.

So fiel der Streich, den die Türken mit der Gefangennahme Thökölys führen wollten, auf sie selber zurück und auch ihr Hauptzweck dabei, durch die Preisgabe Thökölys den Frieden zu erreichen, schlug gänzlich fehl. Die Pforte bemühte sich ja ernstlich um Frieden. Während sie an Venedig und nach Polen Vorschläge sandte, erschien anfangs November abermals der Abgesandte des Seraskiers beim Herzog von Lothringen. Einzig nur Thököly und Kara Mustafa, so lautete seine Botschaft, seien an dem Kriege schuld; der Sultan wolle aufrichtig den Frieden, er sei bereit einen Gesandten abzuordnen und Thököly auszuliefern. Allein von Wien erfolgte im Dezember die Antwort: der Kaiser dürfe und wolle nicht ohne seine Alliierten verhandeln, diese seien jedoch eines Sinnes, daß, wenn die Pforte nicht im voraus zusage, die Eroberungen herauszugeben, und wenn sie nicht die Hauptpunkte ihres Friedensangebotes mitteile, die Verbündeten gezwungen wären, den Krieg nur noch energischer fortzusetzen [1]). Das bedeutete die Ablehnung. Die nächste Folge waren die Befreiung Thökölys und der Sturz des Großwesirs und Ibrahim Scheitans. Wenn der Wiener Hof auf den Kopf des gefangenen „Kuruzzenkönigs“ keinen Wert legte, so konnte ja doch, so meinten die Türken, der freie Thököly wieder der Schrecken der Kaiserlichen werden. Als nach Mitte Dezember ein Aga nach Belgrad gesandt wurde, um dem tapferen, unglücklichen Ibrahim die verhängnisvolle seidene Schnur zu bringen, hatte er zu gleicher Zeit Thököly aus seiner Haft zu befreien. Im Januar 1686 zog dieser wieder in Großwardein ein.

Allein auch dies brachte keine Wendung und Wirkung hervor. Mit feuriger Tapferkeit waren die früheren Kuruzzen in den Reihen der Kaiserlichen mit in den Kampf getreten [2]). In den Wintermonaten von 1685 auf 1686 wurde durch die Generale Heißler und Mercy eine Reihe von Festen an und östlich der mittleren Theiß erobert, darunter Szolnok, Szarvár, St. Job, ja weiter südlich sogar Arad. Und dem freigelassenen

1) Vgl. Katona XXXV, 177 ff. Auch dieses Mal hatten Buonvisi und Cornaro sich für die Kriegspolitik eingesetzt. Fraknói, S. 159 f.

2) Nuntius Buonvisi sandte dem berühmten David Petneházi mit des Kaisers Zustimmung als Ehrung und Ansporn zur Treue eine schöne goldene Kette, die mit Jubel aufgenommen und „beim Ehrentrunk mit ungezählten Bechern auf die Gesundheit des Papstes“ gefeiert wurde. Fraknói, S. 195 f.



Thököly sagten seine einstigen Genossen, er solle jetzt selber seinem König die Treue schwören [1]).

Nur einen unerschütterlich Getreuen besaß noch Thököly, seine Gemahlin Helene. Diese hielt mit den noch übrigen Leuten das feste Schloß Munkács besetzt und hat hier noch zwei Jahre lang diese letzte Feste gehalten.

Der Zusammenbruch der Thökölyschen Herrschaft in Oberungarn übte unmittelbare Wirkung auf die Absichten der Wiener Regierung bezüglich Siebenbürgens [2]). Jener Plan des Papstes und Buonvisis, das Fürstentum Siebenbürgen dem Herzog Karl von Lothringen als Ersatz für sein Stammland zuzuwenden [3]), war wegen seiner Voraussetzungen unmöglich, nicht so sehr in seinem Endziel. Denn es schwebte der kaiserlichen Politik zweifellos vor, diese Bastion Ungarns zu gewinnen oder wenigstens zu sichern: ohne sie war die Wiedereroberung Ungarns nur ein halber Erfolg. Unter dem Fürsten Michael Apafy war Siebenbürgen wirklich ein türkischer Vasallenstaat geworden. Seit 1683 begann auch da die Wendung. Natürlich wagten Apafy und sein langjähriger, ihn beherrschender Berater Michael Teleki zunächst nicht, sich von der Pforte loszusagen, aber sie boten wiederholt ihre Vermittlung an. In den ersten Monaten von 1685 weilte zu diesem Zwecke Ladislaus Inczédy in Wien. Doch der Kaiser brauchte nicht Vermittlung, sondern Anschluß. Er sandte im Februar 1685 den aus Burgund stammenden Jesuiten Pater Antidius Dunod an Apafy mit Vorschlägen, die einen förmlichen Beitritt Siebenbürgens zur Heiligen Liga unter günstigen Bedingungen, allerdings auch unter Anerkennung der königlich ungarischen Oberhoheit, anboten. Während Apafy und die von ihm befragte Delegation des Landtages Gegenanträge beschlossen, trat Teleki durch einen geheimen Vertrag mit Dunod am 14. April auf die Seite des Kaisers, indem er zugleich seine eigenen privaten Interessen sehr wohl zu wahren verstand;

1) Acsády, S. 440. St. Job wurde im Februar 1686 von Caraffa genommen, darauf Debreczin, wo Thököly noch Anhang besaß, schwer gebrandschatzt. Wagner I, 681, Fetzler-Klein IV, 420, Acsády, S. 460 f.

2) Hierfür vgl. Duldner, Zur Gesch. des Überganges Siebenbürgens unter die Herrschaft des Hauses Habsburg, Archiv d. Vereins f. siebenb. Landeskunde, 27. und 30. Bd. Acsády, S. 442 ff. Gooß, Österr. Staatsverträge, Siebenbürgen, S. 858 ff.

3) Diese Sache spielte eben im Sommer und Herbst 1685, vgl. oben S. 344.



um solchen Preis war Teleki bereit, Siebenbürgen ohne weiteres der Herrschaft Leopolds zuzuführen.

Die Erfolge des Herbstes 1685 trieben nun die Dinge vorwärts. Die kaiserlichen Truppen besetzten ohne Umstände die „Partes adnexae", das heißt die von den Fürsten Siebenbürgens beanspruchten, aber zu Ungarn gehörigen und bisher zum Teile von Thököly innegehabten, nördlich und westlich angrenzenden Komitate. Pater Dunod, der im Oktober nach Karlsburg kam, redete nun anders: der Kaiser verlange den Bruch mit der Pforte, Quartier und Unterhalt für kaiserliche Truppen. Aber hierzu konnte sich der Landtag nicht verstehen, man beschloß direkte Verhandlungen mit dem Kaiser und ordnete eine feierliche Gesandtschaft nach Wien ab, an deren Spitze Johannes Haller stand. Ein Abkommen, das Apafy am 27. November mit Dunod schloß [1]), blieb eigentlich ohne Wirkung, da die kaiserlichen Generale Caraffa und Scherffenberg sich nicht daran kehrten. Auch die Hauptgesandtschaft mußte schließlich den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen. Sie traf am 9. Januar 1686 in Wien ein, der Obersthofmeister Fürst Ferdinand Dietrichstein, der Hofkriegsratspräsident Hermann von Baden und Hofkanzler Stratmann wurden zu den Verhandlungen mit ihr bestimmt. Schwierigkeiten bereitete die Forderung der Winterquartiere für die kaiserlichen Truppen und die Höhe der „Rekognition" für die Gewährung des königlichen Schutzes (regia defensio et protectio). Und als General Scherffenberg im Mai 1686 ins Land rückte, um es sowohl gegen türkische Diversionen wie gegen die Umtriebe Thökölys zu sichern, kam jedenfalls auf seine Anregung noch eine weitere Forderung dazu, die in Siebenbürgen schwer empfunden wurde: die Mitbesetzung von Klausenburg und Déva an der Maros durch kaiserliche Truppen. Andrerseits aber versprach der Kaiserhof den Schutz des Landes, die Wahrung der Religionsfreiheit und der anderen Landesrechte, er anerkannte die fürstliche Stellung Apafys und die Nachfolge seines Sohnes, sowie das Anrecht auf die „Partes adnexae", er trug der schwierigen Lage Siebenbürgens Rechnung, indem jetzt noch nicht ein offener Anschluß an die kaiserlichen Waffen gefordert, sondern inzwischen bloß Proviantlieferung bis zur Landesgrenze bedungen ward. Am 28. Juni 1686 kam es zur Unterzeichnung eines Vertrages, des sogenannten Hallerschen Diploms. Es enthält alle die eben ange-

1) Gooß, S. 866. Das. S. 868ff. für das Folgende; S. 873 der Vertrag vom 28. Juni 1686 (das Hallersche Diplom).

führten Zusicherungen des Kaisers, dafür das endlich vereinbarte „Honorarium“ von 50 000 Talern; Siebenbürgen und die türkenfreien Partes sollen nicht mit Winterquartieren beschwert werden, außer wenn es die Not des Landes und der Grenzdienst gegen den Feind erfordert; die Besatzungen von Klausenburg und Déva sollen zu zwei Dritteln aus kaiserlichen Truppen bestehen. Die Wirksamkeit der schon am 29. Juni vollzogenen Ratifikation machte der Kaiser abhängig von der Annahme des Artikels über die Besetzung Dévas und Klausenburgs [1]).

Der Vertrag war gewiß nicht ungünstig für Apafy und Siebenbürgen, er konnte die Brücke bilden, um das viel heimgesuchte Land aus der türkischen Botmäßigkeit hinüberzuführen in seine natürliche Stellung an der Seite und unter dem Schutze des Königs von Ungarn. Allein man scheute sich in Siebenbürgen noch immer vor dem Bruche mit der Pforte, man wollte von keinerlei Besetzung durch kaiserliche Truppen hören und man fürchtete für die Religionsfreiheit. Man forderte, daß zuerst auch Ofen, Erlau, Großwardein, Temesvar und Belgrad erobert werden müßten. Apafy sandte zum König von Polen, daß er das Land besetze, dann bat er wieder den Großwesir um Hilfe. An dieser Haltung scheiterte die Ratifikation des Vertrags. Es mußten erst die weiteren großen Waffenerfolge der Jahre 1686 und 1687 kommen, um die zweifelhafte Haltung Apafys und das Widerstreben der siebenbürgischen Stände zu überwinden.

Siebenbürgen bildete für die kaiserliche Politik ein Glied in der Kette der Bemühungen, den ganzen Osten in dem großen Kampf gegen die Türken aufzubieten. Dieses Ziel hatte man ja schon seit Ende 1683 im Auge. Zu Anfang 1686 war Ladislaus Csáky an den Woiwoden der Walachai gesandt worden, um ihn zum Anschlusse zu gewinnen, und im Vertrag vom 28. Juni 1686 wurde auch der Moldau und Walachei als mit Siebenbürgen in einen künftigen Frieden einzuschließen gedacht [2]). Wichtiger aber war Polen und Rußland. Polen gehörte ja der Heiligen Liga an, aber es hatte seine große Leistung von 1683 nicht mehr wiederholt. Wohl hatte Sobieski für das Jahr 1685 ebenso großartige als unausführbare Kriegspläne in Vorschlag gebracht, aber in Wirklichkeit blieb er untätig [3]). Je mehr wieder die französischen Einflüsse die Oberhand gewannen, um so unverläßlicher wurde die Haltung

1) Gooß, S. 872.

2) Fraknói, S. 192 und Gooß, S. 875.

3) Vgl. schon oben S. 352, für das Folgende Fraknói, S. 170 ff.



des Königs. Während er im Herbst 1685 dem päpstlichen Nuntius versicherte, er werde im nächsten Frühjahr gegen die Türken ziehen, und während im Dezember zu Warschau schon eine große Beratung über diesen Feldzug stattfand, für den der Nuntius eine Million Gulden in Aussicht stellte, erklärte zur gleichen Zeit Sobieski dem französischen Gesandten Marquis Béthune, jetzt sei hohe Zeit, daß König Ludwig XIV. mit dem Kaiser breche und Polen unterstütze, damit dieses sich der Umklammerung erwehren, die Absichten des Kaisers auf den Gewinn Siebenbürgens, der Moldau und Walachei vereiteln und selbst diese Länder erwerben könne. Natürlich paßte dies nicht in Ludwigs damalige künstlich balancierende Politik und er ließ Sobieski unzweideutig wissen, daß er keine Unterstützung zu erwarten habe. So mußte Sobieski allerdings auf jene Pläne verzichten, blieb aber nichtsdestoweniger in steten Beziehungen zu Apafy, dem er sein Protektorat antrug, mit Teleki, der stets zwei Eisen im Feuer hielt, sowie mit Thököly und dessen Gemahlin. In Wien erregten all diese Dinge, die ja nicht unbekannt blieben, begreifliches Mißtrauen gegen Sobieski, und als nun der Papst wirklich im Februar 1686 eine halbe Million nach Polen sandte, verglich man am Kaiserhof unmutig diese Freigebigkeit gegen einen unsicheren Bundesgenossen mit der Zurückhaltung, die Innocenz XI. gleichzeitig gegenüber dem Kaiser übte [1]).

Jene vagen Eroberungspläne Sobieskis werden vielleicht verständlicher, wenn man erwägt, daß sie hätten Verluste ausgleichen sollen, die Polen eben damals als endgültige anzuerkennen genötigt war. Es handelte sich um einen endlichen Ausgleich zwischen Polen und Rußland, den ja Papst und Kaiser im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Pforte eifrig wünschten. Wenn Rußland freie Hand bekam, konnte es durch einen Angriff auf die Krim die Tataren am Zuzug zur türkischen Armee verhindern [2]). Seit dem Vertrage von Andrussow (1667) waren die Palatinate von Smolensk und Černigov, sowie zeitweilig das Gebiet von Kiew an Rußland abgetreten, allein Polen hatte noch immer auf deren Rückerwerb gerechnet. Seit 1682 herrschte in Moskau die Zarin Sofia für ihre minderjährigen Brüder Iwan und Peter. Ihr schon schwebte ein neues Rußland vor, wohl im Anschlusse an die katholischen Staaten. Sie gestattete auf Wunsch des Kaisers, daß zwei

1) Vgl. Fraknói, S. 182 f. 186 ff.
2) Vgl. für das Folgende Übersberger, Rußlands Orientpolitik I, 29 ff.



Jesuiten nach Moskau kamen, als Seelsorger für die katholischen Ausländer [1]). Der Türkenkrieg (1677—1681) hatte gezeigt, daß Rußland allein der Pforte noch nicht gewachsen sei. Sollte vor allem Kiew festgehalten werden, so bedurfte es einerseits als Voraussetzung des dauernden Verzichtes Polens und anderseits des Bündnisses mit Polen und dem Kaiser gegen die Pforte. Polen sah sich trotz allen Widerstrebens zu jenem Verzichte gedrängt; es hatte in den beiden letzten Jahren keine kriegerischen Erfolge aufzuweisen, endlose Verhandlungen im Jahre 1684 waren gescheitert [2]), die Kurie drängte und in diesem Zusammenhange versteht man die Freigebigkeit des Papstes, der damit Sobieski den schweren Entschluß des Nachgebens wirksam erleichterte, da es ja im Interesse der heiligen Sache des Türkenkrieges geschah. Endlich kam am 26. April (6. Mai) 1686 der „ewige Friede" zustande. Rußland behält dauernd die 1667 erworbenen Gebiete, aber es verpflichtet sich, noch im selben Jahre den Krieg gegen die Pforte zu eröffnen und im nächsten Jahre zum Angriff auf die Krim. Auch Rußland war also eingefügt in die große, Heilige Liga, „zur unermeßlichen Freude der Christenheit", zum Schrecken der Pforte — denn schon damals sprach man es aus, dies sei der erste Schritt Rußlands auf dem Wege nach Konstantinopel [3]).

Allerdings, zunächst lag dies noch weit. Eine russische Gesandtschaft, die im März 1687 nach Wien kam, brachte nichts als die Versicherung der alten Freundschaft [4]), und der russische Feldzug von 1687 gegen die Tataren der Krim scheiterte gleich anfangs an den Schrecken der Steppe [5]).

Von unmittelbarer Bedeutung war aber der nähere Kreis von fürstlichen Helfern und Bundesgenossen, die im Reiche selber dem Kaiser zur Seite standen oder neu gewonnen wurden. Da mußte es nun besonders wichtig werden, wenn in der Haltung des waffenmächtigsten deutschen Fürsten eine Wendung eintrat. Wenn **Brandenburg** sich wieder dem

1) Übersberger I, 36.

2) Über die ergebnislose kaiserliche Gesandtschaft von 1684 siehe oben S. 342

3) Übersberger I, 39.

4) Vgl. Fraknói, S. 257. Die Gesandtschaft hielt am 18. März ihren feierlichen Einzug und reiste am 12. Mai wieder ab. Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds I.

5) Übersberger I, 38.

Kaiser näherte, so wurde dies nicht bloß gegen den Feind im Osten eine kräftige Hilfe, es war auch das deutlichste Zeichen des allgemein im Reiche erwachsenden und erstarkenden Gegensatzes wider die Übermacht Frankreichs und des Anschlusses an den Kaiser [1]).

Dem Großen Kurfürsten war es in seinem französischen Bündnis mehr und mehr unbehaglich geworden. Das was er von Ludwig XIV. erhoffte, Hilfe zum ersehnten Erwerb des schwedischen Vorderpommern, hatte dieser schließlich rundweg abgelehnt. Der vom Kurfürsten so sehr betriebene Regensburger Stillstand vom 15. August 1684 konnte unmöglich das letzte Wort des Reiches an Ludwig XIV. bleiben. Andrerseits gewährte eben dieser Stillstand dem Kurfürsten freiere Hand. Im November 1684 regte er selbst bei dem Kaiser Verhandlungen über bessere Rüstung des Reiches an, und Leopold ergriff sehr gern des Kurfürsten Hand, um ihn von seinem „Irrweg" abzulenken. Da Graf Lamberg, der letzte kaiserliche Gesandte in Berlin, gestorben war, wurde der schon am polnischen Hofe verwendete Reichshofrat Freiherr Franz Heinrich von Fridag mit Instruktion vom 8. Dezember 1684 an den Kurfürsten abgeordnet. Eine gute Wahl, denn Fridag war ein gewandter, findiger Diplomat, zugleich ein feiner Weltmann von sympathischem Auftreten, fähig, mit dem langjährigen französischen Gesandten in Berlin, Grafen Rebenac, Sohn Feuquières, den Kampf um die Seele Friedrich Wilhelms aufzunehmen. Fridag kam erst Ende März 1685 nach Berlin [2]), er hatte den Auftrag, vor allem die Hilfe im Türkenkriege zu erwirken und dann erst über den Abschluß eines Bündnisses zu verhandeln. Er fand am Kurprinzen Friedrich und dem Fürsten Johann Georg von Anhalt, des Kurfürsten Schwager, an dem alten Feldmarschall Derfflinger, dem General von Schöning [3]) und dem Geheimen Rate Paul von Fuchs eine franzosenfeindliche, den kaiserlichen Wünschen geneigte

1) Für das Folgende vgl. Pribram, Österreich und Brandenburg 1685—86 (1888) und Urk. und Aktenstücke z. Gesch. d. Kurfürsten Friedrich Wilhelm, 14. Bd., 2. Teil, S. 1141 ff., bearb. von Pribram (1891). Ergänzungen bei Károlyi, Buda és Pest visszavívása 1686 (Die Rückeroberung Ofens und Pests im J. 1686), S. 46 ff. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. I, 701 ff.

2) Um dieselbe Zeit traf Otto von Schwerin als brandenburgischer Abgesandter in Wien ein. Er erreichte die Erfüllung einzelner minder wichtiger Wünsche des Kurfürsten, aber in bezug auf Brandenburgs Ansprüche auf die schlesischen Herzogtümer blieb er ohne Erfolg. Die in den Hauptfragen ausschlaggebenden Verhandlungen sollten eben in Berlin geführt werden.

3) Bezüglich dieses vgl. Károlyi, S. 55, gegen Pribram, S. 13.



Partei. Aber auch scheinbar fernliegende Dinge kamen der kaiserlichen Werbung zustatten. Die Thronbesteigung des katholischen Jakob II. in England im Februar 1685, die Verfolgung der Hugenotten in Frankreich weckten bei Wilhelm von Oranien, dem Statthalter Hollands, und bei dem Großen Kurfürsten wachsende Besorgnis. Sie führten zu rascher Annäherung der seit Nymwegen entfremdeten Fürsten, die im Bündnis vom 23. August 1685 einen bedeutungsvollen Zusammenschluß fand. Die Ansprüche Ludwigs XIV. auf das pfälzische Erbe steigerten den Mißmut Friedrich Wilhelms. Die Siege der kaiserlichen Waffen im Sommer 1685 begrüßte er mit aufrichtiger Freude; möge die Vorsehung, so schrieb er am 28. August an Leopold, auch ihm zuteil werden lassen, daß er sich auf seine alten Tage dem Dienste der Christenheit widmen könne [1]. Gerade diese Erfolge, daneben der Hinweis der kurfürstlichen Räte auf die Verpflichtung eines Reichsfürsten, einem solchen Ansuchen des Kaisers um Hilfe Folge zu geben, förderten die Entscheidung. Ende September war der Kurfürst bereit 4000 bis 5000 Mann zuzusagen, sogar ohne Subsidien. Da drohte Rebenac mit dem Versiegen der französischen Geldquelle. Rebenac arbeitete im Sinne der Politik seines Königs an sich nicht gegen eine Türkenhilfe des Kurfürsten, denn diese konnte beitragen den Krieg wider die Pforte zu verlängern; nur sollte es ja nicht zu einem Bündnis zwischen Brandenburg und dem Kaiser kommen. Seine Drohung bewirkte, daß man nun in Berlin mit der Forderung nach Subsidien hervortrat. Aber sonst verscheuchte der Widerruf des Edikts von Nantes am 18. Oktober 1685 bei Friedrich Wilhelm die letzten Sympathien für Frankreich. Der Kurfürst war aufs äußerste erregt, seine Antwort gab er mit dem Potsdamer Edikt vom 8. November, das den flüchtigen französischen Reformierten weit die Tore seiner Länder öffnete. Jetzt sah Rebenac all seine Mühe umsonst, er vermied es, vor des erzürnten Fürsten Auge zu treten. So wuchs beim Kurfürsten die Stimmung für einen gründlichen Wechsel des politischen Systems. Die Höfe von Wien und Berlin fanden sich nun wieder im Zeichen des Kampfes gegen den Halbmond und der Abwehr Frankreichs.

Im November 1685 gelangte man zur Einigung über Brandenburgs Hilfe im Türkenkrieg, denn auch die Geheime Konferenz in Wien erblickte in der Bewilligung von Subsidien ein unausweichliches Zugeständnis, wollte man dann mit den Bündnisverhandlungen weiterkommen, und den

1) Károlyi, S. 50; das. S. 57 ff. für das Folgende.



Wert einer Allianz wußte man sehr wohl zu würdigen [1]). Fridag hatte noch gegen mancherlei Intrigen zu kämpfen, der alte Marschall Derfflinger kam zweimal von seinen Gütern nach Berlin, um für den Abschluß einzutreten, bis endlich am 4. Januar 1686 (25. Dezember 1685 a. St.) der erste Vertrag zustande kam [2]). Der Kurfürst von Brandenburg stellt dem Kaiser auf sechs Monate 7000 Mann auf eigene Kosten, doch gegen ein Subsidium von 150000 Reichstalern; wogegen er dem Kaiser eine Subsidienforderung an Spanien im Betrag von 300000 Talern überläßt, die allerdings schwer einzubringen war. Das brandenburgische Korps wird nicht geteilt und wird der kaiserlichen Hauptarmee angeschlossen.

Indessen waren auch die Verhandlungen über das Bündnis seit November ernstlich und in größtem Geheimnis in Gang gekommen [3]). Man wollte von beiden Seiten eine engere Allianz, man brauchte einander und das Reich brauchte beide. Trotzdem war die Einigung keineswegs leicht. Es galt, lange schon und namentlich seit Nymwegen, gegenseitig eingewurzeltes Mißtrauen zu besiegen und über alte, höchst schwierige sachliche Streitpunkte hinwegzukommen. Die Ansprüche Brandenburgs auf das Herzogtum Jägerndorf und auf die 1675 erledigten, vom Kaiser in Besitz genommenen schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau mit der Herrschaft Beuthen mußten bereinigt sein, bevor ein politisches Bündnis geschlossen werden konnte. Friedrich Wilhelm war fest überzeugt von seinem Rechte und entschlossen, höchstens gegen eine namhafte Entschädigung und unter keinen Umständen ohne Abtretung irgendeines Gebietes darauf zu verzichten. Leopold aber und seine Regierung hielten die Ansprüche auf die Herzogtümer für unbegründet; die auf Jägerndorf waren allerdings zu wiederholten Malen im Zwang politischer Notlagen durch das Zugeständnis von Entschädigung anerkannt worden; auf das entschiedenste jedoch sträubte sich der Kaiser gegen territoriale Abtretungen, er hielt sich durch seinen Eid als König von Böhmen gebunden, die Länder der böhmischen Krone, deren Lehen all diese Herzogtümer waren, um keinen Schritt breit zu mindern. Gerade darauf spitzte sich nun die ganze Frage zu.

1) Vgl. das Votum der Geh. Konferenz vom 23. Nov. 1685. Urk. u. Aktenst. XIV, 1215.

2) Mörner, Brandenburgs Staatsverträge, S. 476. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 94.

3) Vgl. Pribram, S. 23ff. Erdmannsdörffer I, 712ff.

Dieselben Umstände, welche die Türkenhilfe beschleunigten, nötigten die beiden Parteien endlich auch in der Allianzfrage vorwärts. Ende Oktober fand eine Sitzung des kurfürstlichen Rates statt und hier fiel zuerst das Wort von der Abtretung des Kreises Schwiebus, als unumgänglicher Voraussetzung für Brandenburgs Verzicht auf Schlesien. Welches Gewicht man aber doch auf die Gewinnung des Wiener Hofes legte, erhellt daraus, daß man auf zwei Hauptwünsche desselben Bedacht nahm, auf die Nachfolge im Reich und auf die spanische Sukzession. Schon anfangs November sprach der Geheimrat Fuchs mit Fridag davon [1]) und in einem Entwurf der Vertragspunkte, den im Dezember der Kurfürst selber verfaßte, erscheint unter seinen Anerbietungen auch das Versprechen, dem Erzherzog Josef existente casu zur römischen Königs- und Kaiserkrone zu verhelfen und nach dem Tode des Königs von Spanien für die Rechte des Hauses Österreich nach Möglichkeit einzutreten [2]). Aber indem zugleich an der Forderung von Schwiebus unabänderlich festgehalten wurde, konnte, wenn der Kaiser ebenso hartnäckig auf der Ablehnung beharrte, das ganze wichtige Werk zum Stocken, ja zum Scheitern kommen.

Da griff Fridag einen Plan auf, den er schon im Juli für den Augenblick „der höchsten Not" erwogen hatte: war eine Gebietsabtretung absolut nicht zu vermeiden, dann blieb noch das eine Mittel übrig, „daß der Kurprinz in optima forma eine Versicherung geben täte, daß immediate post obitum des Kurfürsten alles cassieret und wieder zurück ipso facto anheimgefallen sei, welches ich mit einem regalo von 4 oder 5 tausend Speciesdukaten baar zu erhalten hoffe" [3]). Fridag hatte Menschen und Verhältnisse am Berliner Hofe sehr gut zu beurteilen gelernt. Er kannte die persönliche Spannung zwischen dem alten Kurfürsten und seinem Sohn, er wußte, wie verhaßt diesem die französische Allianz war, wie er es vielmehr als seine innerste Überzeugung aussprach, „daß seines Kurhauses wahres Interesse alle Zeit gewesen und immerzu sein werde, mit dem höchstlöblichen Erzhause in unzertrennlicher Verbündniß zu stehen" [4]). Ganz ebenso Fürst Johann Georg von Anhalt. Von solcher Gesinnung durfte Fridag erwarten, daß sie um jeden Preis das Bündnis mit Öster-

1) Urk. und Aktenst. XIV, 1203.

2) Ebenda, S. 1238.

3) Pribram, S. 70; für das Folgende überhaupt Pribram, S. 65 ff. Erdmannsdörffer I, 713 ff.

4) Urk. u. Aktenst. XIV, 1192.



reich retten werde, auch um den Preis einer im Interesse der Staatsräson erlaubt scheinenden Täuschung des Vaters und Landesfürsten. Anfangs Februar 1686 erhält Fridag die Genehmigung seines Hofes, einen geheimen Revers des Kurprinzen in bezug auf die Rückgabe des Kreises Schwiebus nach dem Tode seines Vaters zu erwirken [1]. Während Fridag mit dem Kurfürsten und Paul von Fuchs auf der Basis der Dezembervorschläge, also der dauernden Abtretung von Schwiebus, noch um Detail- und Formfragen verhandelte, pflegte er geheime Beratungen mit dem Kurprinzen Friedrich und dem Fürsten von Anhalt über die Bedingungen des Reverses. Friedrich erhielt von Fridag genaue Aufschlüsse über die schlesische Frage, natürlich in österreichischem Sinne, und über Schwiebus, ein kleines Ländchen von kaum 25 Quadratmeilen, wenig fruchtbar und von geringem Ertrag; seine Erwerbung war für Brandenburg gelegen, da es fast eine Enklave des kurfürstlichen Herzogtums Crossen bildete, sein Verlust aber bedeutete auch nicht viel, und er erschien doch aufgewogen durch die Herrschaften Gimborn und Neustadt oder das Äquivalent von 100000 Talern. Ein Geschenk von 10000 Dukaten an den Kurprinzen und eine „reelle" Gnade für Anhalt — man errötete damals nicht über solche Mittel — förderte noch die Sache. Am 28. Februar 1686 unterschrieb Friedrich zu Potsdam in der Wohnung Anhalts den Revers, wodurch er dem Kaiser volle Gewalt gab, daß er nach des Kurfürsten Friedrich Wilhelms Tode den Kreis Schwiebus „ohne unser (Friedrichs) ferneres Zutun wieder in Posseß nehme und reuniere"; im übrigen hat es bei der mit dem Kurfürsten geschlossenen Allianz „sein unverbrüchliches Bewenden" [2].

1) Der Kaiser befragte hierüber nicht die ganze Geheime Konferenz, sondern nur die drei vertrautesten Minister Stratmann, Königsegg und Kinsky. Sie wünschten die Entschädigung mit Gimborn und Neustadt, damit „die üble Nachred bei der Welt, als ob man diesen jungen Prinzen übereilet und den Revers erschlichen hätte, vermieden werde". Auch erhoben sie das triftige, von den späteren Vorgängen gerechtfertigte Bedenken, daß der Kurprinz bei seinem Regierungsantritt, „weilen in solchem Fall der antretenden Herrn Gemüter und Maximen sich merklich zu verändern pflegen, auch alsdann leicht eines andern Sinnes sein ... dörfte". Trotzdem geht die Konferenz in Anbetracht der Notwendigkeit der Allianz auf den Vorschlag ein. Urk. und Aktenst. XIV, 1250. — Die Forschungen Pribrams (a. a. O. und in seiner Arbeit „Österreich und Brandenburg 1688—1700", S. 42f., woselbst auch eine Beurteilung von Friedrichs Vorgehen) haben erwiesen, daß von einer Täuschung und Irreführung der Kurprinzen durch Fridag durchaus nicht gesprochen werden kann.

2) Text des Reverses bei Mörner, S. 750.



Und dies war schließlich in der Tat die Hauptsache. Der geheime Allianz= oder Defensionstraktat wurde endlich am 22. März (a. St., 1. April n. St.) 1686 unterzeichnet [1]. Kaiser und Kurfürst schließen eine „ganz enge Verbündniß", „gleichsam für einen Mann zu stehen" wider jede unter was immer für einer Prätension versuchte Vergewaltigung des Reiches und zu dessen, wie der eigenen Länder Schutz und Sicherheit, namentlich auch gegen die französischen Ansprüche in der pfälzischen Erbschaftsfrage. Werden sie angegriffen, so verpflichten sie sich gegenseitig mit Truppen zu unterstützen. Der Kurfürst wird beim spanischen Erbfalle für das Anrecht des Kaisers eintreten; ebenso bei einer künftigen Königs= oder Kaiserwahl für den Erzherzog. Bei einem Angriff auf die spanischen Niederlande wird er helfen sie zu verteidigen. Dafür erhält der Kurfürst jährlich 100000 Gulden im Frieden, ebensoviel Taler im Kriege zur Erhaltung seiner Armee, er erhält ferner den Kreis Schwiebus, wogegen er auf alle Ansprüche auf Schlesien verzichtet, er erhält die Liechtensteinische Schuldforderung an Ostfriesland überwiesen und die Zusicherung, daß der Kaiser sich für die Zahlung der restlichen spanischen Subsidien einsetze oder einen territorialen Ersatz (in Geldern) dafür erwirke. Das Bündnis wird auf zwanzig Jahre geschlossen.

Der glückliche Abschluß dieser Verträge war ein bedeutungsvoller Moment der österreichischen und deutschen Geschichte. Wenige Wochen später marschierten mehr als 8000 Mann trefflicher brandenburgischer Truppen nach Ungarn. Das kostbare Schlesien erschien für Österreich gesichert. Der mächtigste Fürst des Reiches stellte sich auf die Seite des Kaisers und des Hauses Österreich in dessen wichtigsten Interessen, in der Nachfolgefrage im Reich und in Spanien; er stellte sich entschieden zur Sache des Reiches gegen alle französische Gewalt und Prätension. Das Wort Friedrichs Wilhelms, „es komme gar zu weit mit Frankreich", als er von der unerhörten Beschießung Genuas vernahm [2], ist der Schlüssel

1) Abdruck der Verträge bei Mörner, S. 750. 759, vgl. S. 478 ff. 489 ff. Die Ratifikation des Kaisers vom 8 April, des Kurfürsten vom 16./26. April, Bittner, Chronol. Verzeichnis I, 95 f. Über die Schwierigkeiten auch nach der Ratifikation vgl. Pribram, S. 57 Anm. 56. Am 7. Mai wurde sodann in einem eigenen ostensibeln „Satisfaktionstraktat" noch der volle Verzicht des Kurfürsten auf die schlesischen Herzogtümer gegen die Abtretung von Schwiebus beurkundet und in einem ostensibeln Scheintraktat das Defensivbündnis mit einer Änderung wiederholt. Aber laut Deklaration des Kurfürsten vom 8./18. Mai und des Kaisers vom 8. Juni (Bittner, S. 96, Mörner, S. 492) sollte dieser Scheintraktat niemals von einiger Wirkung sein.

2) Im April 1685, nach Fridags Bericht, Pribram, S. 15.



seiner jetzigen Politik. Frankreichs Übermacht und Anmaßung war unleidlich, drohend für den Bestand des Reiches, für die brandenburgischen Gebiete im Westen, für die Geltung der protestantischen Mächte. Der Allianz Friedrich Wilhelms mit den Niederlanden folgte jetzt die mit dem Kaiser. Der konfessionelle Gedanke, der bei jener mit hineinspielte, wird jetzt überwunden und weit überwogen durch das politische Ziel der Abwehr gegen Frankreich. Die „großen Allianzen" von 1689 und 1701, Koalitionen von Mächten beider Bekenntnisse, waren nun vorgeahnt und vorgebildet.

Auch noch eine Reihe anderer Fürsten und das Reich selber wurden zur Hilfe gewonnen [1]). Mit Max Emanuel von Bayern, seinem Schwiegersohne, hatte Kaiser Leopold schon am 23. September 1685 einen neuen Subsidienvertrag für 8000 Mann geschlossen und ihm ein sebständiges Kommando zugesagt [2]). Mit dem Kurfürsten Johann Georg III. von Sachsen verhandelte zur selben Zeit Haro Burchard von Fridag, Freiherr von Gödens, der Bruder des Gesandten in Berlin. Auch Johann Georg brannte auf Feldherrenruhm und hätte seine Sachsen am liebsten selbst gegen die Ungläubigen geführt, aber der Wiener Hof scheute, nicht ganz ohne Grund, die unausbleiblichen Eifersüchteleien und Schwierigkeiten, wenn noch mehr fürstliche Häupter zur Armee stießen. Seine delikate Aufgabe, den Kurfürsten zurückzuhalten, aber doch die 1683 versprochenen 4700 Mann zu sichern, löste der Gesandte gut, am 7. Februar 1686 wurde der Vertrag hierüber abgeschlossen [3]). Schweden als Reichsstand verpflichtete sich ebenfalls über 1000 Mann auf eigene Kosten zu stellen [4]), der Kurfürst von Köln beließ seine 2900 Mann in Ungarn, ebenso der Bischof von Paderborn sein Fähnlein von 300. Der fränkische und schwäbische Kreis stellten abermals 3000 und 4000 Mann, vom oberrheinischen Kreise blieben 1500 Mann im Felde. So waren es im ganzen rund 34 000 Mann, die aus dem Reich für den Feldzug von 1686 zu Hilfe kamen. Wenn dann der Reichstag in Regensburg im März 1686 beschloß, dem Kaiser für den Türkenkrieg 50 Römermonate, das ist 2 726 000 Gulden, zu bewilligen, so ward diese „Hilfe" zu gut zwei Dritteln

1) Diese Verhandlungen hat Károlyi, S. 62 ff., eingehend dargestellt.

2) Riezler, Gesch. Baierns VII, 292, Bittner I, 94. Leopold verpflichtete sich zu 250 000 fl. Subsidien und noch 150 000 fl. für den Feldzug.

3) Bittner I, 95.

4) Am 28. April/8. Mai, Bittner I, 95. Hierfür und für das Folgende Károlyi, S. 72 ff.



durch die angeführten Truppen der Kreise und der Reichsfürsten wirklich aufgebracht, zum Teile freilich auf Grund von Sonderverträgen, durch die der strenge Charakter einer Reichshilfe auf Kosten des Reichsstandes sehr wesentlich zu dessen Gunsten verschoben wurde.

Die österreichisch=böhmischen Erblande wurden von der Regierung wieder um erhöhte Geldbewilligungen angegangen, sie bewilligten insgesamt 3 623 000 Gulden, eine Summe, wie sie nun die Erblande in derselben oder einer noch bedeutenderen Höhe schon in den letzten drei Kriegsjahren geleistet hatten [1]). Auch Ungarn trug seine schwere Last an Beisteuer, die man auf zwei Millionen annehmen kann. Aber fünfeinhalb Millionen wurden schon durch die Heereskosten (Winterquartiere, Werbungen usw.) bis zum Beginn des eigentlichen Feldzuges verschlungen und ebensoviel kostete dann dieser selbst. Wenn davon etwa die Hälfte aus den gewöhnlichen Kammereinnahmen bestritten werden konnte, so bedurfte man für die andere Hälfte außerordentlicher Hilfsquellen. Und da rechnete man nun wieder besonders auf die Unterstützung des Papstes.

Innocenz XI. verhielt sich jedoch dieses Mal zurückhaltender als früher. Er hatte, wie wir hörten (S. 365), an König Johann Sobieski von Polen eine halbe Million gesandt und vermochte diese bedeutende Summe nur durch eigene Anleihen aufzubringen. Die Berichte des Nuntius Buonvisi über die schlechte Finanzwirtschaft des Wiener Hofes und der Regierung hatten ihn etwas verstimmt, ja er ließ verlauten, der Kaiser könne ja mit den Türken Frieden schließen. Dies mußte Buonvisi anfangs März 1686 dem Kaiser mitteilen. Leopold war bestürzt und betonte die ungeheuern Kosten des Krieges. Buonvisi selbst sah sich durch diese Haltung der Kurie gewissermaßen desavouiert, hatte er doch seit Monaten immer wieder die päpstliche Unterstützung als notwendig betrieben, war er doch der eifrigste Verfechter der Fortsetzung des Krieges gewesen. Er fühlte sich verletzt, lehnte alle Verantwortung ab und bat, als der Papst endgültig erklärte, er sei jetzt nicht imstande einen Beitrag zu leisten, im April um seine Abberufung. Aber an der

1) Vgl. die Tabelle der Bewilligungen in den Jahren 1683 bis 1695 bei Renner, Wien im J. 1683, S. 468. Man darf also nicht, wie Károlyi, S. 82, meint, behaupten, daß der österreichische Kreis einen „verhältnismäßig geringen Beitrag geleistet habe, der nicht einmal zu dessen eigenem Schutz gereicht hätte“, und daß er deshalb „kein Verdienst an dem Siege von Buda habe“. — Die folgenden Angaben beruhen auf den wertvollen Untersuchungen von Károlyi, S. 87 ff.



Kurie schätzte man das Wirken Buonvisis zu hoch, als daß man darauf irgendwie einging, auch war ja dieses Wirken durchaus im Sinne des Papstes, der eben nur jetzt nicht in der Lage war, dem Kaiser mit Barmitteln zu helfen, sonst aber nach wie vor den Krieg gegen die Ungläubigen als ein Hauptziel seiner Regierung betrachtete. Erst Ende August, als der Fall Ofens schon bevorstand, wies Innocenz, den unablässigen Bitten Buonvisis Folge gebend, 100 000 Gulden an und sicherte sich dadurch, um mit Worten seines Nuntius zu reden, einen Teil des Ruhmes an der Befreiung der wichtigsten Stadt und Festung Ungarns [1]).

Wenn nun auch der Papst dieses Mal nicht unmittelbar half, so hatte doch seine mittelbare Unterstützung durch die Zuwendung kirchlicher Abgaben schon bedeutende finanzielle Erfolge für den Türkenkrieg erzielt [2]). Zwar die Hoffnung auf die spanischen Kirchenzehnten, deren Verwendung für den Türkenkrieg auf Drängen des Kardinalprotektors für Deutschland, Carlo Pio, der Papst im November 1685 empfahl, wurde gründlich enttäuscht. Besser wirkte sicherlich die ebenfalls durch Kardinal Pio beim Papste durchgesetzte Erneuerung der Kreuzzugsbulle Papst Pius V. von 1571 im Dezember 1685. Es liefen an Buonvisi sicher nicht unbedeutende Summen als Beiträge für den Heiligen Krieg ein [3]). Buonvisi verwendete solche Gelder für die Feldspitäler, für die Freiwilligen aus Italien und Spanien, für die Anwerbung geschickter Minenarbeiter aus Lüttich [4]). Den größten Erfolg aber brachte natürlich der vom Papste genehmigte Verkauf eines Drittels des von der österreichischen Geistlichkeit seit 60 Jahren erworbenen Vermögens. Buonvisi und Kolonitsch führten seit Mitte 1685 diese empfindliche Besteuerung mit Energie durch, bis Mitte Februar 1686 hatte Buonvisi bereits 826 000 Gulden übergeben können, und als die Aktion im Jahre 1687 abgeschlossen wurde, belief sich der Gesamtertrag auf 1 600 000 Gulden [5]).

1) Károlyi, S. 100 f., Fraknói, S. 182 ff. 202 ff. 209.

2) Vgl. Károlyi, S. 104 ff.

3) Wir wissen, daß der Bischof von Basel 12 000, der Abt von St. Gallen 6000, andere kleinere Klöster 2200 Gulden beisteuerten; aus der Westschweiz kamen dann noch 3000 Gulden, aus dem Hennegau 3000 Taler, aus einer spanischen Diözese 10 000 Taler.

4) Maurer, Card. Kollonitsch, S. 196 f., bringt mancherlei Angaben, dazu Károlyi, S. 105, Fraknói, S. 186.

5) Genaue Detailangaben bei Maurer, Card. Kollonitsch, S. 194, vgl. auch Károlyi, S. 105 f., Fraknói, S. 186. 209 f., oben S. 355.



So gelang es, die Truppen und die Mittel für den neuen Feldzug des Jahres 1686 aufzubringen [1]. Es war nun Sache der Heerführer, ihn glücklich zu führen.

Im Herbst 1685 hatte Herzog Karl von Lothringen auf Verlangen des Kaisers einen Feldzugsplan vorgelegt [2]. Er sprach sich entschieden für die Belagerung Ofens mit gesamter Macht aus, wobei nur ein Armeekorps zur Besetzung Essegs und der großen Brücke abgesandt werden müßte, um so die ganze Donau zum Transport des Proviants freizuhaben und zugleich der Belagerungsarmee den Rücken zu decken gegen ein etwa anrückendes türkisches Entsatzheer. Nur wenn dies Unternehmen zu schwierig erschiene, erachte er die Eroberung Stuhlweißenburgs als nützlich; eine gleichzeitige Belagerung Stuhlweißenburgs und Erlaus jedoch hält er für bedenklich, weil dadurch die kaiserliche Heeresmacht viel zu sehr zersplittert würde. Wird dagegen Ofen gewonnen, so fallen von selbst auch andere Plätze, „der Paß an der Donau" ist eröffnet, die Operationen in Oberungarn werden erleichtert, kurz mit dem Falle der Hauptfestung des türkischen Ungarn wird auch dieses zum guten Teile wiedererobert. So richtig und einleuchtend dieser Kriegsplan Karls von Lothringen war, so bedurfte es erst harter Kämpfe bei Hofe, bis er im letzten Augenblicke durchdrang [3]. Denn der fürstliche und militärische Ehrgeiz Max Emanuels von Bayern wollte es nicht weiter dulden, daß er, der Kurfürst des Reiches, unter dem Befehl des Lothringers diene. Der Kaiser machte eben damals im Herbste seinem kurfürstlichen Schwiegersohn Zusagen in dieser Beziehung. Sie zu erfüllen schien schwierig bei einem einheitlichen Unternehmen, wie es die Belagerung Ofens sein mußte. Die Situation wurde ausgenutzt von den persönlichen Gegnern Karls, den „Badenern", dem Hofkriegsratspräsidenten Markgrafen Hermann und seinem Neffen Ludwig Wilhelm: sie sprachen sich für die gleichzeitige Belagerung Erlaus und Stuhlweißenburgs durch zwei selbständige Armeen aus, deren eine natürlich Max Emanuel führen sollte. Der Kaiser neigte sich dieser Lösung zu, weil ihm viel daran lag, Max Emanuel, den er

1) Für den Feldzug von 1686 haben wir die ausführlichen Werke von Károlyi und F. v. Zieglauer, Die Befreiung Ofens von der Türkenherrschaft 1686, beide 1886 erschienen. Die oben S. 348 Anm. 2 angeführte Publikation von A. Bereß enthält Pläne und Zeichnungen Marsiglis.

2) Zieglauer, S. 44 ff.

3) Hierüber hat Károlyi Licht verbreitet; vgl. auch Fraknói, S. 206 ff.



auch persönlich aufrichtig gern hatte, zu befriedigen. Vergebens versuchte Herzog Karl selber den Kurfürsten umzustimmen. Überzeugt von den Nachteilen einer solchen Doppelaktion und tief verstimmt über all diese Intrigen wollte er zu Beginn des Jahres 1686 das Oberkommando niederlegen. Der erschreckte Kaiser ließ dies durchaus nicht zu, er suchte nach einem Ausweg, holte Gutachten ein [1]), die aber nicht viel zu einer entscheidenden Klärung beitrugen, und so kam es zunächst nur zu einem leidigen Kompromiß. Am 18. Mai traf er zu Wiener-Neustadt die Verfügung, daß zwei Armeen aufgestellt werden sollen, eine unter dem Kurfürsten von Bayern zur Belagerung von Stuhlweißenburg, die zweite unter dem Herzog von Lothringen „zur Deckung". Da trat zum Glück in den nächsten Tagen ein Umschwung ein. Wir kennen die Vorgänge nicht genau, aber sicherlich hat dabei Pater Marco d'Aviano eine Rolle gespielt, der eben jetzt zum Kaiser kam. Der feurige Eifer des Kapuziners war gewiß nicht für eine Halbheit, was bedeutete Stuhlweißenburg, wenn man stark genug war, Ofen zu befreien. Und dies wünschte ja doch Leopold selber. Als Herzog Karl am 1. Juni nach Wiener-Neustadt kam, war der neue Entschluß Leopolds schon gefaßt. Der Herzog stimmte freudig zu, er wünschte jedoch mit Rücksicht auf den Kurfürsten von Bayern, daß der Kaiser einen Minister ins Lager sende, der dem ganzen Kriegsrat den kaiserlichen Willen kundgebe und die Schwierigkeiten ebne [2]). So geschah es. Der Hofkanzler Stratmann erschien im Lager zu Párkány und eröffnete in einem Kriegsrat am 9. Juni die Willensmeinung Leopolds, indem er erklärte, der Kaiser kenne sehr wohl die großen Schwierigkeiten des Unternehmens und er wolle niemanden für den Ausgang verantwortlich machen. Alle, auch der Kurfürst stimmten zu, auch Markgraf Hermann hatte nun ein Gutachten in diesem Sinne eingesandt [3]). Endlich einmal ein entschiedenes kaiserliches Wort — man sieht, welche Wirkung dies übte, und sonst hätte üben können.

In der ersten Juniwoche sammelten sich der Großteil der kaiserlichen Armee und die Hilfstruppen, die ja schon seit Wochen aus dem

1) Diese bei Zieglauer, S. 46f. — Durchaus auf seiten Herzog Karls stand der Nuntius Buonvisi, der die fortgesetzten Ränke Hermanns von Baden verabscheute und, um „die Wurzel der giftigen Pflanze auszurotten", die Abberufung des Markgrafen von der Präsidentschaft des Hofkriegsrats betrieb. Vgl. Fraknói, S. 213.

2) Dies alles erhellt aus dem Briefe K. Leopolds an Marco d'Avianо vom 4. Juni, Corrispondenza, S. 103.

3) Bei Zieglauer, S. 50.



Reiche im Anmarsch waren. Am 6. und 7. Juni waren die Sachsen unter dem Herzog Christian von Sachsen-Weißenfels und die Bayern unter Kurfürst Max Emanuel, dem der Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, General der Kavallerie, zur Seite stand, zwischen Komorn und Párkány versammelt. Die schwäbischen Kreistruppen stießen erst Ende Juni, die Brandenburger unter dem General Hans Adam von Schöning Anfang Juli vor Ofen zum Heere. Zahlreiche Freiwillige aus dem Reiche, aber auch aus Frankreich und Italien, ja aus England und Spanien eilten zu den kaiserlichen Fahnen: Prinzen königlichen Geblütes und vornehme Adelige, die in ritterlicher Kreuzzugsstimmung das verheißungsvolle Kampfspiel mitmachen wollten, aber auch 60 einfache Handwerker aus Katalonien, die mit tiefgläubiger Begeisterung aus weiter Ferne unter Mühsal und Beschwerden herbeigezogen waren und dann alle vor den Mauern Ofens im heiligen Kampfe den Tod fanden [1]. Es war ein stattliches, wohlausgerüstetes Heer, das anfangs Juli mit etwa anfänglich 3800 Ungarn zusammen über 56000 Mann zählte. Im Laufe der Belagerung trafen noch zwei Kompagnien Salzburger und Regensburger ein, dann Teile des Theißkorps unter Caraffa und Heißler und Ende August das Schärffenbergische Korps aus Siebenbürgen, beide mit beträchtlicher ungarischer Miliz (etwa 12000 Mann), zum Schluß das schwedische Kontingent mit 1095 Mann. So kämpften vor Ofen im ganzen etwa 74000 Mann [2].

In den Beratungen am 10. und 11. Juni hatte Kurfürst Max Emanuel es durchgesetzt, daß er wenigstens ein von der Hauptarmee getrenntes Korps unter seinem so gut wie selbständigen Kommando erhielt, das auf dem linken Donauufer nach Pest marschieren sollte. Vergebens suchte ihn Karl von Lothringen dann doch noch zu gemeinsamem Marsch zu bestimmen. Am 12. Juni setzten sich die beiden Armeen in Bewegung und zogen in den nächsten Tagen unangefochten am linken und rechten Donauufer vorwärts. Am 17. Juni besetzte der Kurfürst das von den Türken verlassene Pest, am 18. traf die Hauptarmee vor Ofen ein, am 19. Juni wurde die Schiffsbrücke über die Donau hergestellt. Am 21. bezog Kurfürst Max Emanuel mit seinen Truppen nach den getroffenen Dispositionen das Lager im Süden der Ofner Festung an dem Gerhardsberge (Blocksberg, Gellérthegy), während Herzog Karl zu-

1) Die genauere Aufzählung der Freiwilligen bei Zieglauer, S. 97. Aus Spanien allein waren es über 400, Schenckhel, Lebensdiarium Leopolds, zu Mai 18 und 30.

2) Vgl. Zieglauer, S. 56 ff., Károlyi, S. 170.

nächst seine Infanterie auf der Nordseite von den Hügeln an der Donau bei Altofen angefangen bis gegen das Tal von St. Paul aufstellte. Zur Deckung beließ man beiderseits Reiterei, der größere Teil derselben wurde unter dem Grafen Pálffy in der Richtung gegen Stuhlweißenburg vorgeschickt, um einen größeren Futterraum für die Pferde zu gewinnen und den eigenen Vorrat zu schonen, vor allem aber um das Herannahen eines Entsatzheeres zu erkunden. Denn schon hatten sich türkische Reiterscharen gezeigt, die aber von dem kühnen Husarenleutnant Johann von Bottyán vernichtet wurden, der unmittelbar darauf einen anderen gelungenen Handstreich ausführte: auf 14 Schiffen wollten die Türken aus der Festung ihre Frauen mit Geld und Kostbarkeiten nach Belgrad in Sicherheit bringen lassen, Bottyán jagte mit seinen Husaren der Donau entlang nach, ereilte sie am 23. Juni bei Adony, setzte auf die Donauinsel Csepel über, wo die Schiffe gelandet, und machte die reichste Beute. Als die Brandenburger und schwäbisch-fränkischen Kreisvölker eingetroffen waren, rückte die Hauptmasse der kaiserlichen Regimenter, sowie ungarische Miliz, auf die nördlichen Höhen von Altofen bis westlich hinüber gegen Leopoldsfeld. Daran schloß sich nordwestlich das brandenburgische Lager [1]), dann den ganzen Westen und Südwesten abschließend über den Schwabenberg wieder kaiserliche Truppen, abwechselnd mit den schwäbisch-fränkischen Kreisvölkern [2]). Die Einschließung im Süden vollendete das Korps des Kurfürsten Max Emanuel: Bayern, Sachsen, aber auch fünf kaiserliche Regimenter zu Fuß und zwei zu Pferd, dazu an der Donau 2000 Husaren; hier focht Prinz Eugen von Savoyen als Oberst seines Dragonerregiments. Das Hauptquartier des Herzogs von Lothringen stand anfangs an der Donau bei Altofen, wurde aber im August in die Nähe des Schwabenberges verlegt; hier schlugen auch die vornehmen Freiwilligen ihre Zelte auf [3]). Geschütze und Munition, Belagerungszeug und Proviant war reichlich vorhanden, für die weitere Zufuhr durch den tüchtigen Generalkriegskommissär Grafen Rudolf Rabatta vorgesorgt. Am schwächsten erwiesen sich auch diesmal wieder, wie schon 1684, die Mineure, die an Tüchtigkeit und Kunst den türkischen weit nachstanden.

1) In der ersten Zeit nach ihrer Ankunft standen die Brandenburger auf den Höhen bei Altofen, erst später rückten sie weiter westwärts.

2) Von den schwäbischen Truppen erhielten diese Höhen seit damals den Namen Großer und Kleiner Schwabenberg (Svábhegy).

3) Vgl. den Plan der Belagerung Ofens von dem Teilnehmer Ingenieur Karl von Juvigny, bei Zieglauer und Károlyi.



Ofen wurde von einer Besatzung von etwa 7000 Mann verteidigt. Aber auch die noch übrigen Bewohner, namentlich Juden, ja selbst Frauen haben mitgekämpft. Hatte sich 1684 die Festung tapfer und erfolgreich gewehrt, so war der jetzige Kommandant Abdurrahman Pascha angesichts der noch viel drohenderen Gefahr entschlossen sich bis zum Äußersten zu halten. Wenn auch schon siebzig Jahre zählend, besaß er eiserne Energie und Zähigkeit, die Festung war gut mit allem versehen, das Schloß selber schien fast uneinnehmbar, rechtzeitiger Entsatz zu hoffen. Die Pforte hatte ja notgedrungen wieder gerüstet. Der neue Großwesir Suleiman sammelte ein Heer und führte es von Sofia über Belgrad heran.

Schon am 20. Juni nachts hatte Feldmarschall Graf Rüdiger Starhemberg die Angriffsarbeiten von Norden her gegen die Mauer der unteren oder Wasserstadt Ofen begonnen. Am 23. Juni wurde eine große Bresche geschossen, am 24. abends bereits der Sturm glücklich ausgeführt, da sich die Türken ohne großen Widerstand zu leisten in die obere Stadt, die eigentliche Festung zurückzogen. Nun konnte der Angriff unmittelbar gegen die obere Stadt begonnen werden, die Laufgräben wurden vorgetrieben, Batterien nähergerückt, die Mineure richteten ihr unterirdisches Werk gegen die zweifache Mauer, welche die Oberstadt am nördlichen Abhang schützte. Kaiserliche und seit dem 3. Juli Brandenburger griffen hier an, ihre Attacken und Ausfälle der Belagerten wechselten, die Angreifer bluteten schwer unter dem heftigen Feuer aus der Festung [1]), aber sie drangen doch immer näher heran, in der äußeren Mauer wurden beim großen nordwestlichen Eckrondell und durch das Auffliegen einer türkischen Kontermine am 13. Juli bei dem mittleren Rondell große Breschen gerissen. Dieser Erfolg reifte noch am selben Tage den Entschluß zu einem großen Sturm. Allerdings kam noch ein anderes Motiv dazu: man wußte, daß der Großwesir sich mit seinem Heere Esseg nähere und von Ofen aus zur Eile angetrieben werde, es schien höchst wichtig, noch vor der Ankunft des Entsatzes Ofen zu erobern [2]). So wurde am 13. Juli abends 7 Uhr ein großer Sturm auf die Nordwestseite der

1) Am 5. Juli fiel der als Freiwilliger dienende Sohn des Feldmarschalls Derfflinger. Zieglauer, S. 91.

2) Vgl. die Briefe P. Marcos d'Aviano an K. Leopold vom 6., 9. und 12. Juli, Corrispondenza, S. 113. 114. 116. Der eifrige, ungeduldige Pater, dem alles zu langsam ging, hat sicher bei Herzog Karl zum Sturm gedrängt. Übrigens bemerkt auch Markgraf Ludwig am 9. Juli, es wäre Übles zu besorgen, wenn der Großwesir vor Eroberung Ofens in die Nähe kommen sollte Röder I, 190.



Festung ausgeführt. Die Oberstleutnants Graf Guido Starhemberg und Graf Auersperg, sowie Oberstwachtmeister Graf Herberstein führten die drei Sturmkolonnen kaiserlichen Fußvolks; zahlreiche der vornehmen Freiwilligen schlossen sich an. Es galt die Breschen zu besetzen und sich darauf zu „logieren", um von da aus weiter zu gelangen. Auch eine Reserve griff noch ein. Ein wütender Kampf entspann sich, „sie taten alles, was man möglichst von dem ersten Fußvolk in der Welt hat begehren können, aber vergebens" [1]). Nach schweren blutigen Verlusten mußten sich die Stürmenden zurückziehen. Über 1100 Tote und Verwundete zählte man, unter ihnen ein halbes Hundert der Freiwilligen. Der zweifellos verfrühte Versuch war teuer bezählt [2]).

Ganz selbständig war indessen von der Armee des Kurfürsten Max Emanuel die Belagerung von Süden und Südwesten her gegen das Schloß, den stärksten Teil der Festung begonnen worden. In der Senkung zwischen Blocksberg und dem Steilabhang des Schloßberges wurden die Laufgräben eröffnet, auf dem Blocksberg und dem Sonnenberge (Naphegy) Batterien aufgestellt. Am 29. Juni wurde ein nicht ungefährlicher Ausfall der Belagerten glücklich abgewehrt, wobei der Kurfürst, Markgraf Ludwig und Prinz Eugen sich auszeichneten. Die Batterien auf dem Sonnenberge mußten, als zu exponiert, allerdings bald aufgegeben werden, aber der Angriff auf das mächtige Schloßrondell ging gut vorwärts, am 16. Juli spät abends gelang es durch geschicktes Zusammenwirken von Minen und einer den Feind überraschenden Attacke ein Stück der Pallisaden und Kontereskarpe zu gewinnen, in den Graben zu dringen, ihn zu besetzen und in der folgenden Nacht eine Batterie zu errichten, welche aus nächster Nähe das Schloßrondell beschießen sollte. Ein wütender Ausfall der Türken in der Frühe des 22. Juli wurde zurückgeschlagen, und unmittelbar darauf schlug eine Bombe in das große Pulvermagazin an der Nordostecke des Schlosses. Mit entsetzlichem Krachen flog das Gebäude in die Luft, die Explosion riß eine weit klaffende Bresche in die Mauer auf der Donauseite, bei 1500 Türken gingen dabei zugrunde.

1) Tagebuch von der Belagerung Ofens, wahrscheinlich vom Grafen Lamberg, eine Hauptquelle für die Ereignisse bei dem Heere Karls von Lothringen, Röder I, Urk., S. 99.

2) Der Kaiser schreibt am 17. Juli an P. Marco mit Recht: onde crederei, si debba andare un po adagio e con bona cautione. Corrispondenza, S. 117. Markgraf Ludwig läßt sich in seiner Animosität gegen Karl von Lothringen zu scharfen, ja gehässigen Äußerungen hinreißen. Röder I, 193, dazu bei Zieglauer, S. 102 Anm. 2 eine Ergänzung.



Aber der Mut Abdurrahmans blieb unbeugsam und man hoffte auf den nahenden Großwesir, der schon in Esseg stand. Eine Aufforderung zur Übergabe, die Herzog Karl am 23. Juli ergehen ließ, ward schroff abgelehnt. Geschützfeuer, Minenkampf, Attacken und Ausfälle wurden auf beiden Seiten um so heftiger fortgesetzt und für den 27. Juli ein allgemeiner Angriff beschlossen, um einen entscheidenden Erfolg zu erringen. Mit größter Wucht setzte an diesem Tage um 5 Uhr nachmittags der Sturm ein: auf der Nordseite richteten die Kaiserlichen den Angriff auf das westliche Eckrondell, die Brandenburger auf das mittlere Rondell, die kurfürstliche Armee auf das Schloßrondell, 1200 Ungarn hatten gegen die große Bresche am Pulvermagazin zu stürmen, um die Hauptangriffe zu entlasten. Vier Stunden wurde mit heißester Erbitterung gestritten, die Belagerten verteidigten sich mit höchster Tapferkeit und richteten namentlich durch das Werfen von explodierenden Pulversäcken schreckliche Verheerungen an. Mit einer Art griechischen Feuers, das Pater Gabrieli aus Nizza, ein ausgezeichneter Pyrotechniker, im ungarischen Volksmund dann der „feurige Gabriel" (tüzes Gábor) genannt, erfunden hatte, gelang es namentlich bei der südlichen Attacke die Pallisaden zu verbrennen. Der unerschütterliche Kampfesmut der Angreifer erstürmte endlich die drei Rondelle und behauptete sie. Es war ein erster bedeutender Erfolg, aber mit schweren Verlusten errungen, er hatte fast 4000 Tote und Verwundete gekostet, unter ihnen eine große Zahl höherer Offiziere [1]).

Schon war indessen die Vorhut des Entsatzheeres von Esseg aufgebrochen, es drängte die Zeit, man versuchte es am 29. Juli nochmals mit der Aufforderung zur Übergabe. Abdurrahman lehnte abermals ab, schlug aber allgemeine Friedensverhandlungen vor und versuchte den Kurfürsten dafür zu gewinnen. Natürlich vergebens. So wurde am 3. August ein zweiter allgemeiner Angriff ausgeführt. Von den gewonnenen Rondellen aus sollte im Norden die zweite Befestigung, im Süden das Schloß erobert werden. Wieder wurde wütend gekämpft, aber diesmal ohne Erfolg, doch nahmen in der Nacht brandenburgische Truppen das dritte nördliche Rondell ohne Schwertstreich, offenbar hatten

1) Feldmarschall Graf Ernst Rüdiger Starhemberg, der diesen ganzen Sturm unverletzt mitgemacht, wurde am 31. Juli bei einer Rekognoszierung von einer feindlichen Kugel getroffen. Er mußte sich den Mittelfinger der linken Hand abnehmen lassen und aus dem Felde heimkehren. A. Graf Thürheim, Ernst Rüdiger Graf Starhemberg, S. 249.



die Verteidiger ihre ganze Kraft auf die anderen bedrohten Punkte geworfen. Die ganze nördliche äußere Befestigung war so in der Hand der Belagerer. Um so mehr verstärkten nun die Türken mit größter Schnelligkeit die inneren Werke.

Aber trotz all dieser gewaltigen Kraftanstrengungen sah man sich nun doch vor dem doppelten Kampf gegen die Festung und gegen das nahende Entsatzheer. Der Herzog von Lothringen ergriff nun sofort geeignete Maßregeln, schon am 2. August wurde die Herstellung einer großen Schanzenlinie begonnen, die vom Donauufer bei Altofen an das ganze Belagerungsheer im Halbkreis umfassend, südlich vom Blocksberge wieder die Donau erreichte. In angespanntester Arbeit zahlreicher Truppenteile wurde diese drei Stunden lange „Circumvallation" bis zum 7. August im wesentlichen vollendet. In diesen Tagen kam auch ein Teil der vom Generalissimus herbeigerufenen Verstärkungen an, das Szolnoker Korps unter Caraffa und Heißler, mit 1500 Husaren und Hajducken unter Barkóczy und dann weitere 1200 Husaren unter Batthyányi, Bercsényi und David Petneházy — sie alle wurden zunächst auf der Pester Seite verwendet.

Am 8. August erschienen die ersten tatarischen Reiterscharen als Vortrab des türkischen Entsatzheeres auf den Höhen von Promontor, zwei Stunden südlich von Ofen. Bis zum 12. August rückte der Großwesir Suleiman selber nach [1]). Man hätte ihm, wie dies Markgraf Ludwig meinte, rasch entgegenziehen und ihn schlagen können, aber Herzog Karl hoffte noch auf einen Erfolg gegen die Festung — trotz vielfacher Mißerfolge baute man immer wieder auf die Mineure. Allein auch Suleiman selbst wich einer Feldschlacht aus, die man am 13. August, als er seine Truppen nördlich von Promontor bis gegen Buda-Örs entwickelt hatte, bestimmt erwartete. Er fühlte sich für einen Entscheidungskampf zu schwach und wollte vielmehr vor allem Hilfstruppen in die Festung werfen. Schon in der nächsten Nacht versuchten 8000 Spahi und Janitscharen durch eine Umgehung von Westen her zur Festung zu gelangen. Aber gewarnt, warf sich ihnen in der Morgenfrühe General Dünewald mit nach und nach sieben kaiserlichen Kavallerieregimentern entgegen und in heißem Kampfe wurden in den waldigen und buschigen nordwestlichen Abhängen des Großen Schwabenberges die Türken mit schweren Ver-

1) Die Größe seines Heeres wird sehr verschieden angegeben, nirgends verläßlich. Die Zahl der brauchbaren Streiter betrug wohl höchstens 15000 Mann, das übrige waren Tataren und undisziplinierte Volk.



lusten zurückgeschlagen. In der Nacht vom 19. auf den 20. August gelang es 2000 beritten gemachten Janitscharen, da es am Wachdienst fehlte, die Zirkumvallationslinie nördlich vom Kleinen Schwabenberg zu durchbrechen. Hier entspann sich ein hitziges Gefecht, das den Großteil der Türken zum Rückzug zwang, aber 200 bis 300 schlugen sich bis zum Stuhlweißenburger Tore durch und kamen, jubelnd begrüßt, in die Festung. Noch einen dritten verzweifelten Versuch machte Suleiman am 29. August. Rings um das ganze Christenlager herum waren in der Nacht bei 3000 berittene Janitscharen bis Altofen gekommen und stießen tollkühn gegen die Wasserstadt vor. Sie waren erwartet, in mörderischen Kämpfen wurden sie zur Flucht getrieben, keiner kam in die Festung. Am gleichen und am nächsten Tage traf das Scherffenbergische Korps, bei 11000 Mann, darunter 2000 Husaren, aus Siebenbürgen ein, eine längst ersehnte Verstärkung, die es nun gestattete, endlich die Entscheidung herbeizuführen.

Die vergeblichen Hilfsversuche des Großwesirs hatten ihm Tausende seiner besten Truppen gekostet und der Festung nichts genützt. Um so weniger wagte der zaghafte Suleiman einen direkten Angriff auf das starke christliche Heer. So mußte sich schließlich das Schicksal Ofens erfüllen. Ein aufgefangener Brief Abdurrahmans ließ die schwere, fast schon hoffnungslose Bedrängnis der tapferen, stark zusammengeschmolzenen Verteidiger erkennen. Die Beschießung war in den letzten Wochen ununterbrochen und mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden, am 22. August hatten sich Truppen der kurfürstlichen Armee durch einen kühnen Sturm im Schlosse selber festzusetzen vermocht. Am 30. und 31. August und am 1. September beriet der Kriegsrat, auch Hofkanzler Stratmann kam im Auftrage des Kaisers aus Wien, um allfällige Differenzen zu ebnen und einen entscheidenden Beschluß herbeizuführen [1]). Man gelangte zum einhelligen Entschluß, nochmals einen allgemeinen Sturm zu unternehmen, um, wenn er gelang und die Festung bezwungen war, den Großwesir anzugreifen und zu schlagen.

In der Frühe des anbrechenden 2. September bezogen die Sturmtruppen auf der Nord- und Südseite ihre Stellungen in den Laufgräben und hielten sich den ganzen Vormittag still, während der Geschützkampf heftig einsetzte. Endlich um 3 Uhr nachmittags erdröhnten vom Schwaben-

1) Vgl. die Briefe des Kaisers an P. Marco d'Aviano vom 29. August und 1. Sept., Corrisp., S. 130. 131.



berge Kanonenschüsse als Zeichen zum Angriff. Auf der Nordseite stürmten kaiserliche Infanterie- und Dragonerregimenter rechts und links vom westlichen Eckrondell; weiter ostwärts gegen das Wienertor die Brandenburger und eben erst angekommene schwedische Hilfstruppen; auf der Südseite hatten zwei Sturmkolonnen und eine Reserve des kurfürstlichen Heeres die schwierige Aufgabe, das Schloß zu nehmen. Auch Ungarn nahmen an dem Sturme teil [1]). Mit unwiderstehlicher Wucht drang die rechte Kolonne der nördlichen Attacke durch die große Bresche an der Westecke vor, so daß die Türken, an der Flanke bedroht, auch vor der Mittelkolonne zurückwichen. Und links erstürmten auch die Brandenburger nach kurzem blutigen Kampf die Werke und überwanden innerhalb des Wiener Tores den verzweifelten Widerstand, den hier Abdurrahman mit seinen letzten Janitscharen leistete. Der tapfere Pascha selber fand den Heldentod. Von drei Seiten stürmten die siegestrunkenen Eroberer durch die Straßen, die Türken vor sich hertreibend, gegen den Georgsplatz und das Schloß.

Im Schlosse tobte noch ein wütender Kampf. Die bayerischen Kolonnen hatten die steile Bresche glänzend gestürmt, als erster der Stückhauptmann Günther von Pechmann, aber im Innern des Schlosses verteidigten sich die Türken so zäh und tapfer, daß auch die Reserve herangezogen werden mußte [2]). Da strömten die von der Nordseite her fliehenden Scharen, mit ihnen Weiber und Kinder heran, verfolgt von den nachstürmenden Siegern. Jetzt, von zwei Seiten bedrängt, flüchtete alles in einen großen Hof an der Westseite des Schlosses als letzte Zuflucht. Hoffnungslos, verzweifelt ergab sich die zusammengedrängte Menge der Gnade des Siegers. Kurfürst Max Emanuel, dem Karl von Lothringen die Verfügung überließ, gab Pardon, bei 2000 Männer, dazu Weiber und Kinder, wurden als Gefangene abgeführt.

Ofen war erobert, befreit. In zwei Stunden war es jetzt endlich gelungen und die Mühen der langen Belagerung, die tapfere Ausdauer

1) Spätere ungarische Tradition wußte zu melden, daß ein Ungar — entweder Johann Fiáth oder Andreas Ramocsaházi oder David Petneházi — als erster auf der Nordseite in die Festung eindrang. Wie Károlyi zeigte, läßt sich dies nicht erweisen. Petneházi hat vielleicht überhaupt nicht am Sturme teilgenommen, Ramocsaházi ist ganz sagenhaft. Fiáth war allerdings dabei, aber konnte nicht der erste sein. Vgl. auch Acsády, S. 453 Anm. 1.

2) Mit der Kavalleriereserve besetzte Prinz Eugen das westliche (Stuhlweißenburger) Tor, durch das sich die Bevölkerung zu retten versuchte.

des christlichen Heeres gelohnt und gekrönt. In hastigen, freudig erregten Zeilen meldete Marco d'Aviano dem Kaiser den Sieg, Prinz Ludwig von Pfalz-Neuburg und Prinz Commercy wurden mit der Botschaft nach Wien gesandt, Commercy ritt den Weg in 18 Stunden und sprengte schon am 3. September mittags in die Straßen der Residenz. Mit Windeseile wurde die glorreiche Siegeskunde hinausgetragen in alle Welt. In wachsender Spannung hatte das ganze Abendland die Ereignisse vor Ofen verfolgt, man fühlte, mit dem Falle der türkischen Hauptstadt traf die Herrschaft der Pforte und des Islam in Ungarn der schwerste Stoß und die vor kurzem noch so furchtbar nahen Grenzen türkischer Macht werden weit zurückgeschoben für immer. Vor drei Jahren die Errettung Wiens und jetzt die Eroberung Ofens, in diesem sieghaften Umschwung der Dinge sah nicht nur Pater Marco und der fromme Kaiser „das göttliche Walten“ und die Bürgschaft noch weiterer großer Erfolge, darin war das ganze christliche Europa eines Sinnes. Es war ein Triumph der Kreuzzugsbegeisterung, wie sie die Seele Papst Innocenz XI. und seines Nuntius Buonvisi erfüllte [1], und wie sie, rasch aufflammend, tausende von Menschen einmal über das niedrige eigennützige Getriebe täglicher kleiner Interessen und Streitigkeiten emporhob. Zahlreiche Flugschriften, mehr warm und gutmeinend als zuverlässig, mehr als siebzig Denkmünzen [2] sind ein beredtes Zeugnis für die allgemeine begeisterte Stimmung.

Die im Sturm eroberte Stadt wurde nach dem Kriegsbrauche der Zeit der Plünderung durch die Soldaten preisgegeben. Aber ein Brand, der noch am Abend ausgebrochen war, wuchs in der Nacht rasend an, wütete am nächsten Tage weiter und konnte erst am 4. September bewältigt werden. Die einst unter dem Corvinen so glänzende Stadt, in der Türkenzeit freilich stark vernachlässigt, in der nur die Moscheen und Bäder prunkten, wurde jetzt ein Schutt- und Trümmerhaufen — nur Teile des Schlosses, die Marienkirche, wenige Häuser blieben unversehrt. Mehr als 3000 von Besatzung und Bewohnern hatten den Tod gefunden, 4000 bis 7000, mit Weibern und Kindern, wurden gefangen [3]. Die

1) Über die Siegesfeier in Rom Fraknói, S. 220 ff.

2) Über diese vgl. Gohl in Numizmatikai Közlöny (Num. Zeitschr.) IV, 34 ff. und VI, 96.

3) Kardinal Kollonitsch nahm sich wieder vieler Kinder an, die dann bei den Jesuiten erzogen wurden. Ebenso dann 1687, 1688. Maurer, Kollonitsch, S. 199 f.



christlichen Heere hatten im Laufe der Belagerung beträchtliche Verluste erlitten; die kaiserlichen Truppen dürften 4500 bis 5000 Tote und Verwundete gezählt haben, die Brandenburger mehr als ein Drittel ihres Bestandes (3138 von 8269 Mann), die Bayern 3750.

Der Großwesir war am 2. September vorgerückt, aber ohne den Versuch eines Kampfes wurde er nur „der Zeuge einer so vigorosen Action“ und begann dann einen eiligen Rückzug. Man beschloß die Verfolgung und, entsprechend den Wünschen des Kaisers, die volle Ausnutzung der Kriegslage [1]). In Ofen wurden Oberstwachtmeister Freiherr von Beck und Stephan Koháry als Kommandanten einer deutschen und ungarischen Besatzung eingesetzt und Herzog Karl brach am 6. September mit der ganzen Armee auf und marschierte am rechten Donauufer nach Süden. In dem ausgesogenen Lande kam man nur langsam vorwärts, so daß die Türken einen großen Vorsprung gewannen und bei Essieg über die Drau gelangten, als das deutsche Heer am 20. September erst Tolna und die Sarviz erreichte. Den Großwesir einzuholen, war nicht mehr möglich, die alliierten Truppen drangen nun, nachdem das Hauptziel des Feldzuges erreicht, auf die Heimkehr, so entschloß sich Herzog Karl die vorgesehene Teilung des Heeres jetzt schon vorzunehmen. Er selbst übersetzte am 25. und 26. September die Donau, die Sachsen, Brandenburger und Schwaben traten nun von Kalocsa aus den Heimweg an, die Bayern zogen nach Oberungarn in die Winterquartiere, ein Teil der kaiserlichen Truppen in die Erblande, aber zwei bedeutende Armeegruppen wurden vom Herzog zu gesonderten Aktionen westlich und östlich der Donau bestimmt.

Die eine führte Markgraf Ludwig von Baden, sein ersehntes erstes selbständiges Kommando. Mit seinen 10000 Mann sollte sich noch das Korps in Kroatien vereinigen, das nach dem Tode des Generals Grafen Schultz nun Scherffenberg führte. Am 23. September verließ der Markgraf Tolna, nahm die Feste Simontornya und marschierte durch verödetes Land an die Drau, nahm die Scherffenbergischen Truppen an sich und

215. 221. Kolonitsch hatte auch wieder für Feldspitäler gesorgt, für die sich auch sonst manche Wohltäter fanden, so Herzog Karl von Lothringen, der Fürst von Holstein, der Kardinal Goes. Von den Verwundeten wurden viele Evangelische — mit sanftem Zwang — der katholischen Kirche gewonnen und konvertierten. Ebda., S. 200 f. 206.

1) Auch Nuntius Buonvisi fühlte sich gedrungen, in zwei Denkschriften im September seine Ratschläge zu erteilen. Sie sind gut gemeint, auch nicht ohne einzelne glückliche Gedanken, im ganzen aber doch nicht maßgebend. Vgl. Fraknói, S. 224 ff.

25*

wandte sich nun gegen Fünfkirchen. Am 16. Oktober begann die Belagerung. Die Stadt gaben die Türken sofort preis, am 21. ergab sich auch das feste Schloß mit 2000 Mann. In den nächsten Tagen wurde Siklos südlich Fünfkirchen genommen, dann Darda, der nördliche Brückenkopf von Esseg gesprengt, die Reste der Brücke zerstört. Auf dem Rückmarsch schloß Markgraf Ludwig seinen erfolgreichen Zug am 12. November mit der Eroberung des festen Kaposvar. Dem jungen, ausgezeichneten Heerführer dankte der Kaiser durch die Ernennung zum Feldmarschall [1]).

Nicht minder glücklich gingen die Dinge östlich der Donau. Die Feste Hatvan östlich Pest wurde anfangs Oktober von den Türken selber aufgegeben [2]), zur selben Zeit wandte sich das kaiserliche Armeekorps gegen Szegedin. Zwar fiel hier General de la Verne und man schwankte, ob die Belagerung der Feste fortzusetzen sei. Da nahte Gefahr. Der Großwesir wollte wenigstens Szegedin noch retten. Ein Vortrab von Türken und Tataren war bis Zenta südlich Szegedin vorgerückt. Gegen diese eilten General Veterani und Barkóczy mit 7000 Reitern, zersprengten sie am 20. Oktober, stießen aber nun unvermutet mit dem viel stärkeren Heere Suleimans zusammen [3]). Es blieb keine Wahl als der Kampf: im geschlossenen Karree halten sie den umzingelnden, aber sich auflösenden Feinden stand, stürzen dann in kühner Attacke vor und erfechten einen glänzenden Sieg. Der Großwesir mußte abermals schleunigst zurück, Szegedin fiel, die Truppen nahmen an der Theiß und in der Marmaros Quartier [4]).

Die Erwartung, daß nach dem Falle Ofens auch andere Plätze wie von selber fallen werden, hatte sich verwirklicht. Man stand jetzt rechts und links der Donau tief im südlichen Ungarn, Szegedin und Arad, Fünfkirchen und Siklos waren in kaiserlicher Hand. Allerdings besaßen hinter dieser vorgeschobenen Postenkette die Türken noch starke Festen, Szigetvár und Kanizsa, Veszprim und Stuhlweißenburg, Erlau und Großwardein. Aber schon waren sie mehr oder minder isoliert und nur ein gewaltiger Vorstoß der Türken hätte sie retten können. Allein die Pforte war nach all den schweren Schlägen entmutigt und erschöpft, denn auch die Venetianer hatten in diesem Jahre in Dalmatien und in

1) Röder I, 232 ff.

2) Bericht des Nuntius vom 13. Oktober 1686, Maurer, Kollonitsch, S. 493.

3) K. Leopold berichtet am 23. November an P. Marco d'Aviano, Veterani habe mit 7000 Mann mehr als 20000 Türken und Tataren geschlagen. Corrispondenza, S. 135.

4) Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi I, 726.



Morea neue Erfolge errungen, und nur der Einfall der Polen in die Moldau blieb ohne ein bemerkenswertes Ergebnis [1]). Wenige Tage nach dem Verluste Ofens hatte Maurocordato, der erste Dolmetsch der Pforte, sowohl an den Präsidenten des Hofkriegsrates, wie auch nach Polen geschrieben, man sei geneigt Friedensverhandlungen anzuknüpfen [2]). In Wien ließ man sich mit der Antwort Zeit: einerseits war es doch klar, daß man jetzt mitten in dem Siegeszuge, der Ungarns volle Befreiung versprach, nicht innehalten dürfe, andrerseits gestaltete sich die Bedrohung durch Frankreich immer bedenklicher. Da traf im Dezember ein Schreiben des Großwesirs selber ein, der Verhandlungen vorschlug. Aus den Besprechungen der kaiserlichen Minister, des venetianischen Gesandten Cornaro und des Nuntius Kardinals Buonvisi ging schließlich eine wesentlich von diesem verfaßte Antwort des Hofkriegsratspräsidenten vom 17. Januar 1687 hervor, die betonte, daß die Pforte vor allem ihre Bereitwilligkeit zur Herausgabe der von ihr geraubten Gebiete an die Alliierten erklären müsse. Als dann der Großwesir in seiner Antwort vom 25. Februar auf Neuhäusel hinwies, das ja der Kaiser schon besitze [3]), war natürlich ein weiteres Verhandeln zwecklos. Am 19. April beschloß die Geheime Konferenz die Fortsetzung des Krieges.

Kaiser Leopold selber war durchaus dafür und die Vorbereitungen zum neuen Feldzug von 1687 wurden eifrig betrieben [4]). Man hatte außer der eigenen Armee noch die schwäbischen und fränkischen Kreisvölker (9000 Mann) und die Bayern (9133 Mann) als Hilfe, im ganzen rechnete man mit 60 000 Mann, ohne die Besatzungen in den ungarischen Plätzen und ohne Ungarn und Kroaten [5]). Die Frage des

1) Zum Feldzug Sobieskis vom August bis Oktober 1686 vgl. Fraknói, S. 229 ff.

2) Hierfür und für das Folgende vgl. Fraknói, S. 239 ff., Röder II, 1 ff.

3) Der Großwesir bot auch die Auslieferung Thökölys an, der Kaiser ließ durch Caraffa erwidern, es sei ihm an Thököly wenig oder nichts gelegen.

4) Vgl. Leopolds Brief an P. Marco d'Aviano vom 19. Jan. 1687, Corrispondenza, S. 138.

5) Vgl. Röder II, 9 ff.; außerdem über den Feldzug von 1687 Wagner, Hist. Leopoldi II, 1 ff., Feßler-Klein, Gesch. v. Ungarn IV, 437 ff., Staudinger, Gesch. d. bayer. Heeres II, 1, Klopp, Der Krieg von 1683, S. 406 ff., Acsády, S. 472 ff., Riezler, Gesch. Baierns VII, 305 ff. Ich konnte ferner eine ungedruckte Arbeit eines meiner Schüler, Prof. Dr. Boguth in Mährisch-Ostrau, benutzen, der das Haus-, Hof- und Staatsarchiv und das Kriegsarchiv verwertet hat.



Feldzugsplanes hing immer stärker ab von dem Verhältnis Karls von Lothringen zu Max Emanuel von Bayern. Buonvisi, im Interesse der Sache ganz für den einheitlichen Oberbefehl Herzog Karls eingenommen, hätte gerne auf gute Manier es dahin gebracht, daß der Kurfürst überhaupt nicht am Feldzug teilnehme. Er veranlaßte, daß der Papst im Spätherbst 1686 an Max Emanuel und an den Kaiser schrieb, der junge Fürst möge doch nicht sein kostbares Leben aufs Spiel setzen [1]). Dies war natürlich eine irrige Rechnung, vielmehr kam Ende Jänner 1687 ein Abkommen zustande, wonach dem Kurfürsten die Führung eines selbständigen Korps zugesichert wurde, das nur, wenn die Kriegsräson es fordere, mit der kaiserlichen Hauptmacht zusammenzuwirken habe. Allein über das Ziel dieser Hauptmacht selber war man sich noch nicht einig. Buonvisi eiferte für die Eroberung Belgrads, aber dies hielten die Militärs für verfrüht und zu gewagt. Herzog Karl riet, daß man sich der Draulinie und Essegs bemächtige und einer Feldschlacht nicht ausweiche; allfällig könnte Erlau, dann Stuhlweißenburg belagert werden. Markgraf Hermann wollte vor allem die Eroberung Szigeths, dann erst ein Vorgehen wider Esseg; die bayerische Armee soll das Land östlich der Donau schützen. Mitte April entschied man sich für das Vorrücken gegen Esseg, die Armee des Kurfürsten sollte an der Theiß in der Richtung Peterwardein vorgehen, beide Heere in steter Verbindung bleiben [2]). So gedachte man den Großwesir von einem Drau- oder Donauübergang abzuhalten, die rückwärtigen noch türkischen Festen Ungarns blockiert zu halten, allfällig eine oder die andere zu nehmen, oder aber selbst nach Slawonien vorzudringen. Sammelplätze der Armeen waren Gran und Szolnok an der Theiß.

In den ersten Tagen des Juni setzte sich Herzog Karl von Gran aus in Bewegung, am 15. Juni stand er zu Földvár an der Donau

1) Fraknói, S. 244. — Auf rastloses Betreiben Buonvisis hin sandte Papst Innocenz XI. im April 100000 und später 200000 Gulden Hilfsgelder, von denen ein Teil für die Wiederherstellung der Festungswerke von Ofen, ein anderer zur Bezahlung der Besatzung der Grenzfesten, das übrige für die Mobilisierung verwendet wurde. Fraknói, S. 245 ff.

2) Das Gutachten Karls bei Röder II, 12 Anm. 1. — Im März 1687 hatten die Generale Caprara, Rabatta, Leslie, Starhemberg ihre recht verschieden lautenden Gutachten abgegeben. — Im März entdeckte man in Ofen den Plan des Leutnants Fink im Regimente Salm, eines gebürtigen Preußen, durch Verrat die Festung Ofen dem Pascha von Stuhlweißenburg zu überliefern. Fink wurde hingerichtet. Theatr. Europ. XIII, 6 ff.



südlich von Ofen. Eine türkisch-tatarische Schar, die inzwischen von Peterwardein aus gegen Norden vorgestoßen war, wurde von Heißler zurückgeworfen. Der Großwesir stand noch in Belgrad, um hier Verstärkungen abzuwarten; zur Sicherung der Brücken bei Peterwardein und Esseg schob er dahin Truppen vor. Die kurfürstliche Armee war in diesem Augenblick noch nicht beisammen, Markgraf Ludwig von Baden befand sich in Ofen. Herzog Karl wünschte nun, daß dieser sich baldigst mit ihm vereinige, um an und über die Drau zu marschieren, den bei Essеg stehenden feindlichen Heeresteil zu schlagen, und so den Feldzug mit einer kräftigen Aktion zu eröffnen [1]). Aber der Markgraf erklärte den Kurfürsten erwarten zu müssen. War dies gerechtfertigt, so ging die Meinung Ludwig Wilhelms überhaupt dahin, daß die kurfürstliche Armee stark genug sein werde für sich allein zu operieren; man nehme hier, so meint er, den Krieg ein bißchen ernsthafter und sei nicht damit zufrieden, die Zeitungen von lächerlichen Bagatellen hochtrabend reden zu lassen [2]). Nun waren aber die Verproviantierungsverhältnisse an der Theiß sehr schlecht. Schon dies nötigte den Kurfürsten, der am 22. Juni nach Szolnok kam, an die Donau zu ziehen, auf der eine regelmäßige Proviantlieferung eingerichtet war. Überdies hatte Max Emanuel, sichtlich auf dringenden Wunsch des Kaisers und Karls von Lothringen, die baldige Vereinigung der beiden Armeen bestimmt zugesagt [3]) und blieb dabei trotz aller Einwände des Markgrafen.

Am 22. Juni passierte das Hauptheer schon Mohács, wo eine Schiffbrücke über die Donau geschlagen wurde, am 24. Juni erreichte es Darda nördlich Essеg. In diesen Tagen stieß ein Korps von mindestens 4000 Mann, das sich von Innerösterreich her bei Fünfkirchen unter General Graf Dünewald gesammelt hatte, zum Heere. Auch das Anrücken der kurfürstlichen Armee war gesichert und damit der Plan des Herzogs reif, mit den vereinten Kräften die Drau zu übersetzen, gegen Essеg vorzugehen und dieses zu nehmen. Regenwetter und starkes Hoch=

1) Hierfür und für das Folgende die Korrespondenzen bei Röder II, 15 ff.

2) Markgraf Ludwig Wilhelm an einen Freund in Wien, 29. Juni, Csongrad (südl. Szolnok). Röder II, 20.

3) Vgl. die Briefe K. Leopolds an Marco d'Aviano vom 12. und 25. Juni und 10. Juli, Corrispondenza, S. 143. 144. Weitere Briefe vom 31. Juli und 7. August betonen ausdrücklich das gute Einverständnis zwischen Karl und Max Emanuel, worüber P. Marco berichten konnte. Ib. 146. 147. P. Marco war bei der Armee Herzog Karls, seine Briefe aus dieser Zeit sind nicht erhalten, nur die des Kaisers an ihn.



wasser der Drau verzögerten den Übergang, erst am 9. Juli wurde die Schiffsbrücke südlich von Siklos fertig, am 12. und 13. Juli wurde sie vom herzoglichen, am 15. Juli vom kurfürstlichen Heere passiert, am 16. fand in der Nähe von Valpovo die Vereinigung statt. Die herzogliche Armee zählte 31000 Kaiserliche und 3500 Ungarn und Kroaten, bei der kurfürstlichen standen 14000 Kaiserliche, 8500 Bayern und 2500 Ungarn, im ganzen etwa 60000 Mann [1]).

Es waren kostbare Tage verloren worden. Indessen konnte der Großwesir sein Heer von Peterwardein heranführen und in der Tat gelang ihm, während die christlichen Streitkräfte sich am 17. und 18. Juli mühsam durch die wilden Aulandschaften längs der Drau durcharbeiteten, mit seiner ganzen Macht vor Esseg zu erscheinen und hier, ganz nach europäischem Muster, in einem befestigten Lager, das sich um die Stadt zog, eine starke Stellung zu nehmen [2]). So fanden sich Herzog Karl und Max Emanuel der ganzen türkischen Armee, die wohl bei 60000 Mann zählen mochte, gegenüber. Sie konnten infolge des bewaldeten Terrains nur mühsam aufmarschieren und sich in halbkreisförmiger Schlachtordnung aufstellen. Aber der Türke blieb in der Defensive, sein überlegenes Feuer aus den Lager- und Festungsgeschützen richtete unter den schlecht gedeckten christlichen Truppen beträchtlichen Schaden an und konnte nicht genügend erwidert werden. Ein Sturmangriff drohte mit schweren Verlusten und schien im Erfolge zweifelhaft, Proviant-, Futter- und Trinkwassermangel stand bevor. Weiter marschieren konnte man nicht, stehen bleiben ebensowenig, also wurde schon am 20. Juli der Rückzug beschlossen, in den nächsten Tagen ohne größere Verluste ausgeführt, am 24 Juli stand man wieder nördlich der Drau in der Gegend von Siklos, leichte ungarische und kroatische Reiterei blieb an der Drau, um diese zu decken.

Es war ein recht übler Mißerfolg, Herzog Karl schwer verstimmt, Markgraf Ludwig voll Erbitterung. Es hat „ein schändliches Aussehen", schrieb dieser seinem Oheim, und das einzige Mittel ist, vor Großwardein

1) 4000 Mann schwäbischer Kreistruppen wurden auf dem Donauwege erwartet und stießen erst Ende Juli zum Heere. — Bei dem Kurfürsten Max Emanuel befand sich Marquis Villars, dessen Memoiren (ed. Vogüé, Bd. 1) manches Detail über den Feldzug enthalten.

2) Im türkischen Heere befanden sich französische Offiziere. Sie mögen, gleichwie französische Schiffe bei der Überfahrt türkischer Truppen an den Dardanellen mitwirkten, dem Großwesir mit manchem guten Rat zur Seite gestanden sein. K. Leopold erwähnt diese Mithilfe der Franzosen am 31. Juli gegenüber Marco d'Aviano, Corrisp., S. 146.

zu ziehen. Diesen Gedanken nahm man in Wien auf [1]), doch die Ereignisse drängten ihn sofort beiseite. Denn der Großwesir, voll Triumphes über den Rückzug der Christen, rückte nun von Esseg über die schnell wieder hergestellte Draubrücke über Dárda bis Baranyavár vor. Seine leichten Reiter umschwärmten das gegnerische Heer, das näher gegen Mohács und die Donau marschiert war, und hinderten so viel als möglich das Fouragieren, so daß Proviant- und Futtermangel einzutreten begann und namentlich die Pferde litten. Eine baldige Feldschlacht erschien als die einzige Lösung aus der von Tag zu Tag sich verschlechternden Lage, aber sie war unmöglich, so lange die Türken, durch einen ausgedehnten Sumpf vor ihrem Lager geschützt, in vorteilhafter Defensive blieben. Schon dachte man daran, hinter die Sarvicz zurückzugehen. Am 9. ließ man die Donaubrücke durch ein starkes Detachement sichern, am 10. begann wirklich der Marsch, am 11. lagerte die Armee beim Berge Harsan, längs der Straße von Mohács nach Siklos, zwischen Villany und Harsany.

Inzwischen aber hatte sich der Großwesir auf das Drängen des beutegierigen Heeres zur Offensive entschlossen. Schon am 11. August nachmittags umschwärmten türkische Reiterscharen das christliche Lager, es gab mehrere Scharmützel, und man erhielt den Eindruck, als ob es nun doch zu einer Aktion kommen sollte. Im christlichen Lager verbrachte man die Nacht alarmbereit, das Fußvolk schlief unter Waffen, die Reiter gerüstet bei den gesattelten Rossen. Am Morgen des 12. August war das türkische Heer nähergerückt bis Lapancsa, kaum eine Stunde weit entfernt, offenbar zur Schlacht bereit [2]). Aber die Ebene zwischen den beiden Heeren, westlich durch einen Wald, östlich durch den sumpfigen Rand des Karasiczabaches begrenzt, durch zahlreiches Gebüsch unübersichtlich, erschien Herzog Karl zu schmal und ungeeignet, um die ganze Streitmacht zu entfalten und alle Kräfte in den Kampf zu bringen. Er schlug vor, die weite Ebene von Siklos zu gewinnen, um den Feind dahin

1) Röder II, 23 f. K. Leopold schrieb am 31. Juli in diesem Sinne an Herzog Karl, läßt ihm jedoch volle Freiheit des Entschlusses nach Lage der Dinge. Nach Dr. Boguth. Auch Nuntius Buonvisi, den der Rückzug sehr deprimierte, machte wieder Feldzugspläne, er war für die Belagerung Erlaus. Fraknói, S. 249 ff.

2) Über die Schlacht berichten drei Relationen im Theatr. Europ XIII, 22 ff., Briefe Ludwigs von Baden bei Röder II, 39 ff. Die von mir benutzte Arbeit von Dr. Boguth bot aus den Archivalien des Staats- und Kriegsarchivs in Wien klärende Nachrichten.



nachzuziehen. Doch als er nun mit dem rechten Flügel durch das Straßendefilee am Harsanberge[1]), beiderseits von Wald gedeckt, marschierte, und der linke Flügel unter Max Emanuel und Ludwig von Baden zunächst stehen blieb, erfaßte der Großwesir diesen ihm zweifellos günstigen Moment und begann einen kombinierten Angriff auf die kurfürstliche Armee. Spahis stürmten wider deren linken Flügel, zugleich eilte eine Reitermasse von 8000 Pferden auf dem östlichen Ufer der Karasicsa nordwärts, um die linke Flanke des Gegners zu umgehen. Der Großwesir selber rückte in schmalen, tiefen Treffen vor. Diese gut angelegte Aktion konnte für das kurfürstliche Heer verderblich werden. Aber General Piccolomini, der die zweite Linie des linken Flügels führte, formierte rasch seine kaiserlichen Kavallerieregimenter, Max Emanuel und Markgraf Ludwig führten in Person Truppen an diesen Punkt, die türkischen Reiter wagten nun doch keine ernste Attacke, vielmehr ging der Markgraf selbst zum Angriff über und drängte den Feind zurück. Und der Großwesir rückte zwar mit seinen Janitscharenmassen auf etwa tausend Schritte gegen das rechte kurfürstliche Treffen, blieb aber stehen und ließ Verschanzungen aufwerfen, um für alle Fälle gesichert zu sein.

Es entstand eine Kampfpause — es war schon Nachmittag. Herzog Karl war herbeigekommen, seine Armee, die Halt gemacht hatte, stand zum Teil noch im Defilee, zum Teil schon in der Ebene von Siklos; eine von Herzog Karl befohlene Schwenkung, welche die Türken an ihrem linken Flügel und im Rücken gefaßt hätte, konnte wegen des dichten Waldes nicht schnell genug ausgeführt werden, zum Zurückmarsch war kein Raum, so blieb der größere Teil der herzoglichen Armee außer Gefecht. Doch führte Karl vier Bataillone Reichstruppen heran. Er war zunächst nicht für einen Angriff auf die Übermacht. Aber als die Türken Fußvolk zu ihren Reitern am Karasiczabache vorschickten, um nochmals die Umgehung zu versuchen, da drängten Max Emanuel und Ludwig von Baden zum allgemeinen Kampf. Um 3 Uhr begann neuerlich oder erst recht die Schlacht. Der Markgraf und Piccolomini stürzten sich auf die feindliche Reiterei an der Karasicza und drängte sie nach Süden, einen Hügelrücken westlich daneben erstürmten der bayerische General

1) Auf diesen Berg begab sich Marquis Villars auf Wunsch des Kurfürsten, um die Bewegungen des Feindes zu überblicken. Schon in halber Höhe sah er das türkische Heer schlachtbereit und seinen rechten Flügel im Vormarsch gegen den linken der christlichen Armee. Villars meldete dies schleunigst dem General Piccolomini und dem Kurfürsten.

Sereni und Prinz Commercy und dann der Kurfürst selber, der „blaue König", der Schrecken der Türken. Indes war auch das rechte Treffen und Herzog Karl vorgerückt und sah sich bald nahe den feindlichen Schanzen. Und als nun die fliehenden feindlichen Reiter quer über die Wälle mitten durch ihr eigenes Fußvolk ritten und es in Verwirrung brachten, da gab es bald kein Halten mehr, die kaiserliche und bayerische Kavallerie, allen voran Generalwachtmeister Prinz Eugen, drang über die leichten Wälle, ihr nach die Infanterie, Herzog Karl war dabei, Max Emanuel, der sich hierher gewandt, mit gezücktem Degen voll feuriger Kampfeslust an der Spitze. Unwiderstehlich und entscheidend war dieser Stoß, auch die zweite Schanzenlinie wurde durchbrochen und nun war die Haltung der Janitscharen vorbei. Ohne Führung — der Großwesir ritt, als er seine Scharen überall weichen sah, schnell davon — hielten die Türken dem Stoße der kampfesfreudigen Angreifer nur kurze Zeit stand, dann begann reißend eine allgemeine Flucht. Durch das eigene Lager floh alles südwärts zurück gegen Baranyavár und weiter, weiter zur rettenden Brücke von Esseg. Ihnen nach die kaiserlichen Reiter. Das ganze feindliche Lager mit zahlreichem Geschütz und Kriegsmaterial und reichen Vorräten wurde erobert, in den Morästen, Wäldern und Gestrüpp noch zahllose Türken getötet. Die Generale Gondola und Karl Pálffy säuberten am nächsten Tage die ganze Gegend bis Darda, der Großwesir war schon jenseits der Drau. Den Verlust der Türken schätzte Markgraf Ludwig auf mindestens 10000 bis 11000 Mann [1]), auf kaiserlicher Seite betrug er zwischen 500 bis 1000.

Mit diesem einen glücklichen, glänzenden Siege am Berge Harsan [2]) war das große türkische Heer zum Teil vernichtet und so gut wie ganz außer Kampf gesetzt. Der Löwenanteil am Erfolge gebührte dem Kurfürsten Max Emanuel und Markgraf Ludwig von Baden, aber es muß gerechterweise betont werden, daß Herzog Karl von Lothringen seit Beginn des Feldzugs eine offene Feldschlacht als entscheidend im Auge gehabt, und daß er durch besondere Umstände verhindert wurde, wie er es wollte, mit seiner ganzen Truppenmacht einzugreifen. Den Sieg aber

1) Schreiben an seinen Oheim vom 13. oder 14. August, Röder II, 40 Anm. 1.

2) Auch als Schlacht bei Mohács bezeichnet, doch ist Mohács 25 Kilometer vom Schlachtfeld entfernt. Mit der Nachricht vom Siege wurde Prinz Eugen zum Kaiser gesandt, der ihn dann zum Feldmarschalleutnant ernannte. — Über die auf den Sieg geprägten Medaillen vgl. Röder II, 37 Anm. 1.



großzügig, sowohl militärisch wie politisch ausgenutzt zu haben, dies bleibt Karls alleiniges Verdienst [1]).

Am 14. August wurde Kriegsrat gehalten. Max Emanuel und Ludwig von Baden verlangten die Trennung der Armee und wollten mit ihren Truppen Erlau erobern. Demgegenüber entwickelte Herzog Karl einen Plan ganz anderer Art: ein Korps setzt über die Drau und erobert Slavonien, die Hauptmacht geht über die Donau und Theiß, kann Temesvár, Lipa oder eine andere Festung nehmen, das Ziel aber ist Siebenbürgen. Siebenbürgen bietet mit seinen reichen Hilfsquellen treffliche Winterquartiere. Sprach Karl jetzt auch nur von Quartieren, so schwebte ihm doch die Gewinnung Siebenbürgens vor. Dies Ziel von größter Bedeutung war schon seit 1686 der kaiserlichen Politik nicht mehr fremd, jetzt an der Spitze des siegreichen Heeres kam der Augenblick, dem unverläßlichen Regiment Apafys ein Ende zu machen und das wichtige Bollwerk Ungarns und der Monarchie fest und für immer zu sichern.

Der Kriegsrat nahm den Vorschlag Karls an. Mit dem Kommando über ein Korps von 10000 Mann, das nach Slavonien vordringen sollte, betraute der Herzog den General Grafen Dünewald, zum schweren Ärger des Markgrafen Ludwig, der als Feldmarschall den ersten Anspruch darauf geltend machte. Am 16. August trennte sich Dünewald von der Hauptarmee und begann seinen Zug [2]). Zuerst durch Regenwetter und Hochwasser der Drau gehemmt, konnte er erst im September bei Barcs die Drau übersetzen, drang nun in das Bergland von Slavonien ein und nahm am 14. September die Feste Vočin. Von hier wandte er sich wieder ostwärts, um Valpovo und vor allem Esseg zu gewinnen. Die Katastrophe des Großwesirs hatte solche Entmutigung unter den Türken verbreitet, daß nun Einwohner und Besatzung Esseg ohne Schwertstreich im Stich ließen und Valpovo sich sehr schnell bedingungslos ergab. Dies war anfangs Oktober. Esseg wurde mit 3000 Mann besetzt, ein Streifzug gegen Erdöd und Vukovár unternommen und dann wieder nach Westen marschiert, um auch das Hinterland der gewonnenen Draulinie zu sichern. Über Oravitza ging es vor Pozsega. Nach kurzen

1) Die durch die gewaltigen Erfolge der letzten Jahre und des Jahres 1687 herbeigeführten Ereignisse des Preßburger Reichstages werden, sowie die anderen ungarischen Dinge im 3. Kapitel des 14. Buches zusammenhängend dargestellt werden.

2) Vgl. Theatr. Europ. XIII, 34ff., die handschriftliche Arbeit von Prof. Dr. Boguth.



Kämpfen wurde auch dieses Mitte Oktober genommen und ein Vorstoß gegen Gradisca an der Save gemacht [1]). So war das ganze mittlere Slavonien erobert, am 25. Oktober leisteten die Bewohner die Huldigung, es wurden Vorkehrungen getroffen, um das Land zur Basis für den kommenden Feldzug zu machen. Dünewald hatte seine Aufgabe sehr gut gelöst.

Noch weit wichtiger wurden die Unternehmungen Herzog Karls von Lothringen. Er überschritt am 21. bis 23. August oberhalb Mohács die Donau und wandte sich zunächst Donau abwärts, um eine Aktion des Großwesirs, der seine geschlagenen Truppen in Peterwardein gesammelt hatte, zu verhindern. Allein die Gefahr eines türkischen Vorstoßes verschwand, da im osmanischen Heere eine gefährliche Empörung ausbrach. Der Großwesir Suleiman floh nach Konstantinopel, aber die Rebellion der durch die Niederlagen, Soldrückstände und Mißwirtschaft erbitterten Janitscharen griff nun auch dahin über und loderte zu einem blutigen, greuelvollen Aufstand empor, der nicht bloß dem Großwesir das Leben kostete, sondern auch den Sultan Mohammed IV. vom Throne stieß — sein Bruder Suleiman II. ward aus dem Kerker geholt und zum Sultan erhoben [2]). All dies lähmte die Schlagkraft der Armee an der Donau, und die türkischen Besatzungen und Streitkräfte, die noch im Innern Ungarns sich hielten, fühlten sich um so stärker isoliert. So konnten sowohl die Operationen gegen Erlau und Munkács, als auch in Siebenbürgen zu erfolgreichem Ende geführt werden.

Am 22. November fiel Palota östlich Szegedin, nach immer engerer Blockierung durch Stephan Koháry mußte sich schließlich am 17. Dezember auch Erlau an Caraffa ergeben, die Besatzung erhielt freien Abzug nach Großwardein [3]). Auch die umliegenden kleinen Festen waren damit gewonnen. Um diese Zeit erfüllte sich nun auch das Schicksal von Munkácz. In dieser Feste, die auf steilem Trachytfelsen den Aus-

1) Es ist nicht uninteressant, daß man nach den zur Verfügung stehenden Karten glaubte, die eigentliche Festung Gradisca liege auf dem nördlichen Saveufer; es zeigte sich, daß sie aber am jenseitigen bosnischen Ufer lag und so begnügte man sich, Glühkugeln hinüb.rzuwerfen. Bericht Dünewalds an den Kaiser vom 16. Okt., Kriegsarchiv, nach Dr. Boguth.

2) Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 490 ff.

3) Für das Folgende vgl. Acsády, S. 474 ff. Daselbst S. 361 ein gleichzeitiges Porträt von Helene Zrinyi. Das Bild von ihr das. S. 474/75 ist gewiß ebensowenig gleichzeitig und authentisch, wie jenes von Emmerich Thököly, S. 358/59: beide im Besitze des Marquis Bath, sind Phantasiebilder eines späteren Malers. Ein anderes gutes



gang des Latorczatales beherrscht, wurde nach Thökölys Gefangennahme durch die Türken seine Gemahlin Helene im November 1685 durch die kaiserlichen Truppen eingeschlossen. Die Reste der Thökölyschen Scharen und flüchtige Adelige hatten sich in Munkácz gesammelt und bildeten, etwa 3000 Mann, die Besatzung von Stadt und Festung. Im März 1686 ließ Caraffa die Belagerung ernstlicher beginnen, aber Gräfin Helene, die ihrem Gatten und seiner Sache unverbrüchliche Treue hielt, schrieb ihm am 5. Mai: „Wenn ich auch ein Weib bin, so habe ich doch den Mut, den Feind in Munkácz zu erwarten.“ Die Belagerung Ofens, die alle Kraft in Anspruch nahm, ließ jene von Munkácz im Sommer 1686 zu einer leichten Blockade werden, aber im Spätherbst wurde sie wieder enger. Helene Zrinyi verweigerte die Übergabe, ersuchte Polen und den Marquis Béthune in Warschau um Unterstützung, ohne Erfolg. Im Laufe des Jahres 1687 wurde die Lage von Munkácz schwieriger, es begann das Geld, Munition und Proviant zu schwinden und im Dezember sah sich die mutige Frau gezwungen, Unterhandlungen mit Caraffa zu beginnen. Am 15. Januar 1688 kam es zu einem Vertrag, den der Kaiser am 4. Februar bestätigte und auf dessen genauer Einhaltung Caraffa dem Hofe gegenüber bestand. Die Verteidiger von Munkácz wurden begnadigt, Helene Zrinyi mußte mit ihren Kindern — aus ihrer ersten Ehe mit Franz Rákóczy — nach Wien übersiedeln. Die Vormundschaft über die Tochter Julia und den jungen Franz, denen ihr ganzes Vermögen und die Rákóczyschen Herrschaften, mit Ausnahme von Munkácz und St. Miklos, belassen wurden, übertrug der Kaiser dem Kardinal Kolonitsch [1]). Damit war der letzte Rest des oberungarischen Fürstentumes Thökölys verschwunden. Ein Aufruf, den er an das ungarische Volk richtete, blieb gänzlich wirkungslos, sein Schicksal schien vollendet. Dies um so mehr, als nun zur selben Zeit die Siege der kaiserlichen Waffen auch den Gewinn Siebenbürgens vorbereiteten, ja schon sicherten.

In den ersten Septembertagen 1687 marschierte das kaiserliche Heer nach Baja. Jetzt verließ Kurfürst Max Emanuel die Armee und kehrte zunächst nach Wien zurück, die bayerischen Völker erhielten dann Quartiere in Oberungarn und in der Zips. Auch Markgraf Ludwig von Baden ging nach Wien, ohne sich vom Herzog von Lothringen zu

Porträt Helenes in Österr.-ungar. Monarchie in Wort und Bild, Ungarn, Bd. 1, S. 203, nach dem Bilde in der histor. Gemäldegalerie in Budapest.

1) Vgl. Maurer, Kollonitsch, S. 220.



verabschieden, so arg war die Spannung geworden [1]). Die kaiserlichen Truppen allein zogen nun nach Szegedin und von da die Theiß aufwärts bis Szolnok, um von hier aus den Vormarsch in das nordwestliche Siebenbürgen anzutreten. Mit Instruktion vom 20. September sandte Herzog Karl den Kommandanten von Szatmár Oberst Paul Anton Freiherrn von Houchin und den Feldkriegssekretär Johann Thiell an den Fürsten Apafy [2]), der sich zu Radnót befand. Sie bringen drei Forderungen: Proviantlieferung für die einmarschierenden kaiserlichen Truppen, bestimmte feste Plätze zur Besetzung, Winterquartiere. Während die siebenbürgische Landtagsdelegation berät, die zwei letzten Punkte ablehnt und Gesandte abordnet, marschiert Herzog Karl vorwärts, ist am 10. Oktober in Somlyó, am 19. schon in Klausenburg und General Veterani am 24. Oktober in Bistritz. Der Fürst und die Delegation hatten sich nach Hermannstadt geflüchtet, wählten eine neue Deputation, die am 22. Oktober zu Kokelburg Verhandlungen begann. Sie dauerten nur fünf Tage. Herzog Karl, inzwischen bis Blasendorf vorgerückt, blieb unerschütterlich bei seinen Forderungen und am 27. Oktober 1687 kam der Vertrag von Blasendorf (Balázsfalva) zu stande. Fürst und Land (ohne die Partes adnexae) übernehmen einen Teil des kaiserlichen Heeres in Quartier in zwölf genannten Städten und Festen und verpflichten sich zur Leistung der Naturalverpflegung sowie zur Zahlung von 700000 Gulden. Hingegen werden dem Fürsten und seiner Familie volle Sicherheit, ihm und seinem Sohne alle Hoheitsrechte gewährleistet, die vier rezipierten Religionen werden anerkannt und die freie Religionsübung zugesichert, und in einer Reihe von Artikeln die Sicherheit von Freiheit, Eigentum und Recht, die Wahrung der ganzen bisherigen Rechtszustände zugesagt. In besonderem Schreiben versprach Herzog Karl die genaue Durchführung des Vertrages, richtete vier Militärdistrikte ein und verließ sodann das Land, um nach Wien zurückzukehren. Apafy räumte Hermannstadt und zog nach Fogaras.

1) Gegen Markgraf Hermann von Baden, den Hofkriegsratspräsidenten, war schon seit Juni der Vorwurf zu später Rüstung erhoben und ihm die Schuld an den anfänglichen Mißerfolgen zugeschrieben worden — auch Buonvisi war ja ein Gegner Hermanns —, so daß dieser am 10. August ein Rechtfertigungsschreiben an den Kaiser richtete. Leopold resolvierte darauf: Dieses alles dient zur Nachricht, es wird aber mit dergleichen Accusen und Excusen dem publico wenig geholfen. Dr. Boguth nach Akten des Kriegsarchivs.

2) Vgl. für das Folgende Duldner im Arch. f. siebenb. Landeskunde, 30. Bd. Gooß, Österr. Staatsverträge, Siebenbürgen, S. 889 ff. Vgl. oben S. 362 ff.



Hatten die Siebenbürger Stände im Jahre 1686 die Besetzung von Klausenburg und Déva absolut nicht zugeben wollen, so hatten jetzt die sieghaften kaiserlichen Waffen die Besetzung von zwölf Städten ohne Schwierigkeit erzwungen. Wenn 1686 noch Rücksicht genommen ward auf das Tribut- und Abhängigkeitsverhältnis zur Pforte, brauchte jetzt keine Rede mehr davon zu sein. Am 4. Januar 1688 erklärte der Kaiser den siebenbürgischen Gesandten, die immer noch die Ratifikation des Hallerschen Diploms betrieben, daß diese wegen der geänderten politischen Verhältnisse überhaupt nicht erfolgen könne [1]). Und die Dinge drängten rasch weiter. Anfangs Februar kam Graf Antonio Caraffa als Kommandant nach Hermannstadt. Er begann im April seine Schritte, um die volle Lösung Siebenbürgens von der Pforte und den Anschluß an das Haus Österreich herbeizuführen, und richtete an die Delegation in Fogaras die bestimmten Forderungen: Huldigung an den König und Kaiser, Aufnahme von kaiserlichen Truppen in fünf weitere Plätze, Leistung von Vorspanndiensten, unmittelbare Teilnahme am Kriege gegen die Türken. Stände und Fürst konnten dem festen Willen überlegener Macht nicht mehr ausweichen und suchten nur die alten Freiheiten des Landes zu retten. Am 9. Mai 1688 unterzeichneten zu Hermannstadt die ständischen Bevollmächtigten eine in schwungvollen Worten verfaßte Urkunde. Siebenbürgen, sein Fürst und seine drei Nationen kehren zurück zum König von Ungarn, sie begeben sich in den Schutz Kaiser Leopolds, erblichen Königs von Ungarn, und dessen Sohnes Königs Josef, sowie aller künftigen Erbkönige Ungarns, sie verzichten feierlich auf alle und jegliche Beschützung durch die Hohe Pforte und auf jede Verbindung mit ihr und ihren Anhängern, sie nehmen zum Zeichen ihrer „Submission und Accomodation" auch in die festen Plätze Kövár, Huszt, Görgeny und Kronstadt kaiserliche Besatzungen auf, erklären sich bereit, gegen den türkischen Erbfeind zu kämpfen, und erbitten sich vom Kaiser die Bestätigung der Landesprivilegien, namentlich der freien Übung der bisher rezipierten Religionsbekenntnisse. Am 17. Juni 1688 erklärte Kaiser Leopold die Annahme der Schutzherrschaft über Siebenbürgen und sicherte die Religionsfreiheit zu.

Dies waren schon die entscheidenden Schritte zur Rückkehr Siebenbürgens an Ungarn und Habsburg. Zwar blieb Michael Apafy noch Fürst und das Fürstentum trat noch als vertragschließender Staat auf,

1) Gooß, S. 909, daselbst 912ff. für das Folgende.



aber die große Wendung im Geschicke Siebenbürgens war vollzogen und ihre volle Auswirkung, wenn die kaiserlichen Waffen erfolgreich blieben, nur eine Frage kürzester Zeit.

Die Erfolge des Jahres 1687 waren in jeder Beziehung bedeutend. So bedeutend, daß sie schon an jenem Orte begannen bedenklich zu erscheinen, wo man von jeher die Siege der kaiserlichen Waffen mit gemischten Gefühlen verfolgt hatte, am Hofe zu Versailles. Schon beginnen die Symptome eines neuen schweren Konfliktes im Westen ernst zu werden, und das Jahr 1688 führt bereits zum großen Doppelkampf, in den sich der Kaiser getrieben sah, wie denn dieses Jahr 1688 auch durch andere bedeutungsvolle Ereignisse, die ihre Wirkung auf jenen Kampf ausübten, zu einem Epochenjahr geworden ist. Diese Dinge werden wir später zu schildern haben, hier muß noch der Feldzug des Jahres 1688 als Abschluß der ersten Periode des großen Türkenkrieges angefügt werden.

Das Kriegsziel schien ziemlich klar: Belgrad [1]. Bis aber nun der Feldzug in vollen Gang kam, dauerte es noch viel länger als in den vergangenen Jahren. Zwar die ersten Waffentaten gelangen glücklich schon im Mai und Juni. Am 19. Mai mußte sich Stuhlweißenburg, das von Adam Batthyány schon lange eingeschlossen war, durch Hunger genötigt, ergeben. Caraffa, der Veterani und Piccolomini mit ihren in Siebenbürgen stehenden Truppen heranzog, wandte sich gegen die Festung Lippa an der Maros östlich von Arad. Lippa fiel am 18. Juni, kurz darauf südlich davon Lugos. Das Hauptheer sollte sich indessen bei Esseg sammeln, um dann, wenn Kurfürst Max Emanuel eingetroffen, die weiteren Operationen zu beginnen; diese sollten unterstützt werden durch ein Korps unter Markgraf Ludwig von Baden, der, verstärkt durch Kroaten, längs des Südufers der Save gegen Belgrad vorzurücken hatte. Aber alles ging nur langsam vorwärts. Teils infolge der mangelhaften Vorbereitung und Rüstung, was wieder mit den finanziellen Schwierigkeiten zusammenhing. Marco d'Aviano, der schon Ende Mai in Raab, Anfang Juni in Ofen ist, klagt darüber aufs Bitterste [2]. Dann erkrankte Ende Mai Herzog Karl von Lothringen, das bedenklichste Hemmnis aber erwuchs aus der zweifelhaften Haltung Max Emanuels von Bayern.

1) Über den Feldzug von 1688 Wagner, Hist. Leopoldi II, 43 ff. Röder II, 52 ff. Feßler-Klein IV, 463 ff. Acsády, S. 477 (auffallend kurz).

2) Corrispondenza, S. 159 ff.

Seit der Rückkehr Max Emanuels aus dem Feldzug von 1687 hatte ein heißes Ringen um seine Person begonnen [1]). Marquis Villars, schon im Felde stets in des Kurfürsten nächster Umgebung, wurde ihm in München und Schleißheim ein unentbehrlicher Gesellschafter. Villars war aber bald mehr als dies; mit Zustimmung und im Auftrag Ludwigs XIV. suchte er mit allen Künsten den Kurfürsten vom Kaiser abzuziehen und für das französische Interesse zu gewinnen. Es nahte eben ein kritischer Zeitpunkt: im Januar 1688 lief der vor fünf Jahren geschlossene Allianzvertrag mit dem Kaiser ab. Man hätte meinen mögen, daß für den Schwiegersohn und siegreichen Feldherrn Leopolds die Erneuerung der Allianz selbstverständlich sei. Doch in dem jungen Fürsten brannte ein Ehrgeiz nach glanzvollerer Macht, nach höherem Ruhm. Gerüchte von Absichten Leopolds, seinen Sohn Josef zum römischen König wählen zu lassen, wurden von Ludwig XIV. und seinem gewandten Diplomaten benutzt, um wieder einmal die Herrschsucht des Hauses Habsburg, das Bayern nur schädigen wolle, zu zitieren, Max Emanuel seine eigene Wahl in Aussicht zu stellen und ihn mit Angeboten großer Stücke der kommenden spanischen Erbschaft zu locken. Aber auch der Kaiser hatte nicht mit Zusagen gezögert: auch er hatte von Neapel-Sizilien verlauten lassen und wollte nun besonders die bei den Heiratsverträgen von 1685 vereinbarten Aussichten des Kurfürsten auf die spanischen Niederlande ernstlich betreiben. Seit dem Oktober 1687 zogen sich durch den ganzen Winter am Münchener Hofe geheime Beratungen, Sendungen und Intrigen hin. Wenn Max Emanuel sich den französischen Bemühungen nicht so ganz gefangen gab, so spielten nüchterne Erwägungen über das Erreichbare und dann sein kriegerischer Ehrgeiz mit, den er am glorreichsten doch im Kampfe gegen die Türken befriedigen konnte, und dazu bedurfte er immerhin des Kaisers. Der Oberbefehl über das ganze christliche Heer, dies war das Ziel seiner Wünsche, und, neben der Forderung rückständiger Subsidien, der Gegenstand der Verhandlungen, die seit Ende Januar 1688 in Wien geführt wurden [2]).

1) Vgl. für das Folgende M. de Vogüé, Villars, 1. Bd., 1 Kapitel. Riezler, Gesch. Baierns VII, 309 ff. Die Briefe und Memoiren Villars' sind eine Hauptquelle, doch, wie schon Riezler andeutet, mit gewisser Vorsicht zu benutzen.

2) In den Januar 1688 gehört die von Zahn im Notizenblatt d. Wiener Akad. (1858) VIII, 436—441 und 463—465 veröffentlichte, von ihm und Heigel, Quellen u. Abh. z. neueren Gesch. Bayerns, S. 135 ff., zu 1698 gesetzte Denkschrift eines bayerischen Ministers (Leydel). Vgl. Döberl, Bayern und Frankreich, S. 550, Riezler VII, 313 f.



Die Erneuerung des Bündnisses von 1683 kam wirklich nicht zustande, wohl aber am 9. April ein Vertrag über ein bayrisches Hilfskorps von 8000 Mann, das zusammen mit kaiserlichen Regimentern der Kurfürst ganz selbständig führen soll; anfangs Mai soll er im Feld erscheinen [1]. Aber Max Emanuel rührte sich nicht und erklärte am 12. Mai dem kaiserlichen Gesandten Grafen Kaunitz auf das entschiedenste, er könne sich nicht noch einmal dem Generalleutnant des Kaisers unterordnen, er müsse auf dem Oberbefehl bestehen. Villars bestärkte ihn in dieser Haltung.

Der Kaiser war in arger Verlegenheit. Er hatte sich im Herbst 1687, hauptsächlich gedrängt von dem Nuntius Buonvisi, dazu entschlossen, den notorischen Gegner Karls von Lothringen, den Markgrafen Hermann von Baden, über dessen laxe Amtsführung schon lange Klagen laut geworden, vom Vorsitz des Hofkriegsrates zu entfernen, indem er ihn zum kaiserlichen Prinzipalkommissär am Reichstag in Regensburg bestimmte [2]. Sollte nun Leopold seinen bewährten, treuen und ruhmgekrönten Heerführer zurücksetzen, oder, tat er es nicht, seinen Schwiegersohn, dessen wirksamer Hilfe er ja dringend bedurfte, entfremden und in die offenen Arme Ludwigs treiben? Da fiel Herzog Karl gegen Ende Mai 1688 in eine schwere Krankheit, die sich im Juni noch verschlimmerte und besorgen ließ, daß Karl diesen Sommer überhaupt nicht mehr ins Feld könne. Damit ergab sich für den Kaiser die Möglichkeit, dem Wunsche Max Emanuels zu willfahren, anfangs Juli überbrachte der Hofkanzler Graf Stratmann dem Kurfürsten das Angebot des Oberbefehls. Jetzt war Bayern gewonnen.

Nun eilte Max Emanuel ins Feld. Bei seiner Durchreise durch Wien vereinbarte der Kaiser mit ihm, daß er die Belagerung Belgrads vollkommen selbständig zu leiten habe und daß der Herzog von Lothringen,

1) Auch eine neue Heiratsverbindung wurde von seiten des Kaisers zur Sprache gebracht, nämlich zwischen Erzherzog Josef und der jüngsten Schwester Max Emanuels, Jolanthe Beatrix. Doch hatten diese keine Lust, auf eine so weitsichtige Verbindlichkeit einzugehen. Josef zählte gerade neun Jahre. Jolanthe wurde im Juni mit dem Erbprinzen Ferdinand von Toskana verlobt. Riezler VII, 309 f.

2) Dies geschah vor dem 18. Oktober 1687, da in einem Brief von diesem Tage P. Marco d'Aviano den Entschluß des Kaisers aufs wärmste billigt. Corrispondenza, S. 149. 150. Am 14. Dez. schreibt P. Marco, allenthalben sei man damit einverstanden, namentlich auch in Venedig. Ib. 152. Übrigens blieb der Markgraf noch den ganzen Winter in Wien und trat erst im Frühjahr 1688 wirklich von seinen Agenden beim Kriegsrat zurück. Vgl. auch Fraknói, S. 265. 268 ff.

26*



der zwar außer Gefahr, aber noch sehr angegriffen war, nur allfällig mit Kavallerie die Aktion und das Feld zu decken habe [1]). Es war kostbare Zeit versäumt worden, Belgrad hätte jetzt wohl noch ohne schwere Opfer genommen werden können. Der Aufrührer Jegen Osman Pascha hatte sich nach Belgrad geworfen, hier eine Meuterei gegen den Seraskier Hassan angestiftet und sich selbst zum Oberbefehlshaber aufgeworfen. Die durch die blutigen Aufstände eingeschüchterte Pforte wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie Jegen Osman in der angemaßten Würde anerkannte.

Die kaiserliche Armee hatte sich im Juni langsam in Essek gesammelt. Marschall Caprara führte inzwischen den Oberbefehl. Er rückte anfangs Juli nach Vukovar. Von Hof kam der Befehl, Markgraf Ludwig von Baden solle mit 5000 Mann nach Sissek marschieren, von dort eine Schiffbrücke die Save herabgeleiten bis Belgrad, damit hier, gedeckt durch das Korps Ludwigs, das Hauptheer die Save übersetzen und die Belagerung Belgrads beginnen könne [2]). Ein Auftrag, gegeben ohne Ahnung von den Entfernungen und den enormen Schwierigkeiten des Terrains. Mitte Juli trat von Illok aus Markgraf Ludwig seinen Zug durch ganz Slawonien bis Sissek an, das er nach mühevollen Märschen am 7. August erreichte. Indessen war die Armee am 18. Juli nach Peterwardein vorgerückt, am 25. Juli traf der Kurfürst ein und übernahm das Kommando. Das Heer zählte 33 500 Mann kaiserlicher Truppen, etwa 1000 Ungarn unter Barkóczy, dazu gegen 7000 Bayern, 3300 Mann schwäbische und 1500 fränkische Kreisvölker [3]). Am 27. Juli wurde die kleine Feste Titel an der Theißmündung durch die Generale Wallis und Heißler genommen. Am 29. Juli begann der Vormarsch nach Belgrad, nicht ohne harte Kämpfe im Hauptquartier. Man sah jetzt, daß Markgraf Ludwig unmöglich bald mit der Schiffbrücke da sein könne, und ohne diese die Save angesichts des Feindes zu übersetzen, schien ein unerhörtes Wagnis, schon dachte man gar nicht vor Belgrad, sondern vor Temesvar zu ziehen [4]). „Die ganze Hölle war losgelassen“, um den Saveübergang

1) K. Leopold an P. Marco d'Aviano 18. Juli, 11. und 24. August, Corrispond., S. 166. 167. 170.

2) Ludwig an seinen Oheim Hermann, 6. Juli. Röder II, 74.

3) Röder II, 56 f. Bei den Bayern war ein in Ungarn geworbenes Husarenregiment, das sich gleich bei der Einnahme von Titel hervortat.

4) Wagner, Hist. Leopoldi II, 47. Darauf spielt K. Leopold in einem Brief vom 18. Juli an Marco d'Aviano an, indem er zugleich erklärt, er halte am Zug nach Belgrad fest. Corrisp., S. 166.



und Belgrad zu hindern, sagt dann P. Marco d'Aviano in Erinnerung an diesen kritischen Moment, und ich allein habe mich dem widersetzt, wenn ich nicht gewesen wäre, wäre nicht erreicht worden, was erreicht ward [1]). Dem feurigen Worte des Mönches wird sicher der tapfere Kurfürst Max Emanuel selber am liebsten gefolgt sein. So zog das Heer in den nächsten Tagen nach Semlin und der Kurfürst wagte den Übergang. Gut vorbereitet, wurde er oberhalb der Zigeunerinsel bei Belgrad am 7., 8. und 9. August unter Gefechten, doch glücklich durchgeführt. Der Seraskier zog in der Nacht vom 10. auf den 11. August nach Semendria und ließ in der Festung bei 4000 Janitscharen unter Achmed und Ibrahim Pascha zurück. Beim Abzuge wurde die südliche Vorstadt in Brand gesteckt. Die Kaiserlichen bezogen die verlassene äußere Umwallung und besetzten, nicht ohne schwere Exzesse und mit manchen Verlusten die brennende Vorstadt [2]).

So stand denn zum erstenmal wieder ein christliches Heer vor dieser alten berühmten Festung, seitdem sie im Jahre 1521 Sultan Suleiman eroberte. Mit Feuereifer schritt Max Emanuel an die Belagerungsarbeiten. **Belgrad** hat an der Mündung der Save in die Donau eine beide Ströme beherrschende Lage. Die Höhenausläufer krönte die Zitadelle, an ihrem nördlichen Abhang stieg zu den Ufern der Save und Donau herab die Wasserstadt, gegen Süden und Südosten schloß sich an die Zitadelle die Festungsstadt, von einer doppelten Mauer umgeben. Hier an der Südseite setzte der Kurfürst den Angriff an, ein Teil der Reiterei wurde gegen Semendria gesandt zur Beobachtung Jegen Osmans. Vom 13. August an wurden die Laufgräben eröffnet, aber es fehlte noch das schwere Geschütz, das man von Ofen her sehnlichst erwartete. Immerhin kam man mit den Sappen bis nahe an den Festungsgraben, wehrte Ausfälle der Belagerten erfolgreich ab, überall griff der Kurfürst persönlich ein, so daß ihn der Kaiser bitten ließ, sich doch nicht ohne höchste Not der Gefahr auszusetzen. Endlich am 25. August kam das schwere Geschütz und nun begann ein heftiges Feuer. In wenigen Tagen war das südöstliche Eckrondell der Festung zerstört und zwei Breschen geschossen. Die Belagerten wehrten sich übrigens tapfer mit Geschützfeuer und Ausfällen. Guido Starhemberg, Prinz Eugen von Savoyen wurden ziemlich schwer verwundet. Aber doch konnte Max Emanuel bald den Haupt-

1) Briefe an den Kaiser, 16. August und 9. Dezember 1688, Corrisp., S. 168. 177.

2) Für dies letzte die Briefe P. Marcos d' Aviano vom 16. und 24. August, Corrisp., S. 168. 170.



angriff unternehmen. Am 6. September zwischen 9 und 10 Uhr begann der Sturm: zwei Attacken auf die Breschen, drei Attacken von der Save, der Donau und zu Schiff auf die Wasserstadt [1]). In schwerem und verlustreichem Kampf — Feldmarschalleutnant Graf Scherffenberg und Oberst Graf Emanuel Fürstenberg fielen — erstürmten die Angreifer die Breschen, aber hinter der ersten Mauer kam noch ein Graben und eine Verschanzung von Pallisaden, um sie entbrannte ein erbitterter Kampf, die Reserven mußten eingreifen, der Kurfürst persönlich feuerte mit blankem Degen die wankenden Reihen an, endlich gelang es die Pallisaden zu durchbrechen.

Indessen hatte von der Donauseite her Graf Arco, unter ihm Prinz Commercy, die östliche Front der Festung angegriffen, bemeisterte sich des Tores und drang in die Stadt. Von der Westseite her stürmte General Heißler zuerst vergeblich gegen das Schloß, wandte sich dann gegen das Tor der Wasserstadt, sprengte es auf, während gleichzeitig von Norden Truppen landeten und ebenfalls in die Wasserstadt eindrangen. Von allen Seiten waren nach vierstündigem Kampf Festung und Wasserstadt erstürmt, ein furchtbares Gemetzel der wütenden Soldaten durchtobte die eroberten Straßen. Der Kommandant der Zitadelle, sehend, daß alles verloren, ergab sich auf Gnade und Ungnade. Belagerung und Sturm hatten dem christlichen Heere 4551 Mann, den Türken 7000 Mann und 1000 Gefangene gekostet. Die Beute war reich an Kriegsmaterial, Habe und Kostbarkeiten hatten die Bewohner schon vor der Belagerung auf der Donau geflüchtet.

Belgrad war erobert, Max Emanuel, seine Bayern und das kaiserliche Heer hatten sich mit neuem Ruhm bedeckt. Der junge Kriegsfürst war befriedigt und fühlte sich neu dem Kaiser verbunden. Allerdings hatte sein Glück eine Wolke zu verdunkeln gedroht [2]). Herzog Karl von Lothringen hatte sich im August doch wieder ganz erholt. Er wollte ins Feld. Der Kaiser konnte ihn nicht länger zurückhalten und doch sah er nur zu gut voraus, daß des Herzogs Ankunft vor Belgrad zu unerquicklichen Reibungen führen werde. In der Tat zeigte sich der Kurfürst schon auf die Nachricht von der Abreise des Herzogs schwer ver-

1) Über die Erstürmung Belgrads der Bericht Max Emanuels an den Kaiser, Röder II, 66 ff.

2) Das Folgende nach der Korrespondenz zwischen K. Leopold und P. Marco, S. 167 ff.



stimmt. In wetteifernder Sorge bemühten sich P. Marco d'Aviano und Graf Caraffa ihn zu beruhigen und sie, gleichwie der Kaiser, fanden das Auskunftsmittel, der Herzog möge mit einem von der Hauptarmee detachierten Korps eine selbständige Unternehmung führen. Damit war Max Emanuel zufrieden und Herzog Karl, stets loyal bereit „nicht so viel seine eigene Ambition, als J. K. Majestät Interesse in Consideration zu ziehen", erklärte sich, als er am 22. August von Ofen nach Esseg abreiste, einverstanden. Aber er erkrankte neuerlich und trat dann mit P. Marco die Rückreise nach Wien an. Dahin war auch Max Emanuel am 13. September abgereist. Beider bedurfte der Kaiser doppelt angesichts der von Frankreich eben jetzt hereinbrechenden Gefahr. Auch schien ein Frieden mit der Pforte in Aussicht. Eine türkische Gesandtschaft war schon auf dem Wege nach Wien [1]) und am 26. September schrieb der Kaiser an P. Marco, die Eroberung Belgrads gestatte, einen guten Frieden zu schließen. Die schwäbischen und fränkischen Kreisvölker eilten auf die Nachricht vom Einfall der Franzosen in die Rheinpfalz nach Hause, acht kaiserliche Regimenter wurden nach dem Falle von Philippsburg (29. Oktober) schleunigst an den Rhein kommandiert.

Wir haben noch der Unternehmung des Markgrafen Ludwig von Baden zu gedenken [2]). Wie wir schon früher sahen, erreichte er am 7. August Sisek und vereinigte sich hier mit dem Banus Erdödy von Kroatien mit 4000 Mann Kroaten und Grenzern. Von hier aus wandte sich der Markgraf gegen das feste Kostainicza an der Unna, erzwang den Übergang über die Unna, schlug den Feind und eroberte am 14. August Kostainicza, dann zog er die Unna und Save entlang bis Gradisca, das am 21. August besetzt ward, und bis Brod, das er am 28. August in Besitz nahm. Hier empfing er vom Kurfürsten Max Emanuel die Nachricht, daß dieser schon Belgrad belagere, er solle nun bei Brod eine Brücke anlegen und befestigen. Indessen war der Pascha von Bosnien mit 15000 Mann herangerückt und schlug bei Dervent, vier Stunden südlich von Brod, ein Lager. Markgraf Ludwig, dem nur von 7000 Türken gemeldet worden, entschloß sich zum Angriff. Am 5. September früh stand er, nur mit 3000 Reitern, vor dem schlachtbereiten, übermächtigen Feind. Es blieb keine Wahl, als trotzdem den Kampf zu wagen.

1) Am 22. Sept. kam ein türkischer Bote ins Lager vor Belgrad und bat um sicheres Geleite für eine Gesandtschaft nach Wien, es wurde am 23. bewilligt. Röder II, 63.

2) Vgl. hierfür Röder II, 73 ff.



Unerschütterlich hielten die kaiserlichen Schwadronen dem Ansturm der Spahi stand, schlugen sie zurück, stießen auf die Janitscharen, mit denen sich ein mörderischer Kampf entspann. Der Feind wehrte sich ganz verzweifelt, der Pascha fiel, aber die ungestüme Tapferkeit der Kaiserlichen erfocht einen glänzenden Sieg.

Durch Brücke und Brückenkopf bei Brod war dieser wichtige Zugang von Esseg nach Bosnien gesichert, nun wollte der Markgraf noch die Verbindung nach Serbien herstellen und den wichtigsten Punkt zur Beherrschung der unteren, Bosnien und Serbien abgrenzenden Drina gewinnen. Er zog das rechte Saveufer entlang bis Brčka (Bertschka), nahm hier das von der Hauptarmee zugesandte Korps des Generals Grafen Styrum an sich und wandte sich nun südöstlich nach Zvornik an der Drina. Schon am 15. September gelang es ohne große Schwierigkeit, Stadt und Feste Zvornik einzunehmen. Damit schloß dieser kurze glänzende Kriegszug Ludwigs von Baden.

Auch weiter östlich unternahm um dieselbe Zeit General Veterani einen Streifzug weit in feindliches Gebiet. Veterani war Ende Juni das Tal der Temes aufwärts gezogen, nahm Karansebes durch Überfall, von der Besatzung, die freien Abzug erhielt und nach Orsova abzog, wurden über 1000 Mann treulos durch Raizen (Serben) niedergemacht. Veterani drang nun durch das Cernatal bis Orsova und durch die Donauenge des Eisernen Tores bis Tschernez. Gerade kamen die von Belgrad flüchtenden Einwohner auf 400 Schiffen heran, sie sollten schweres Lösegeld zahlen, um weiterfahren zu können, da überfiel in kecken Handstreich Thököly mit einer Schar Türken die Verhandelnden, nahm den Bevollmächtigten Veteranis das schon gezahlte Geld ab, die Schiffe fuhren bis auf 40 davon. Veterani schloß mit dem Woiwoden der Walachei, Scherban, einen günstigen Durchzugsvertrag und zog mit seinem Korps über Crajova die Aluta aufwärts durch den Rotenturmpaß zurück nach Siebenbürgen. Die anderen Teile der Armee bezogen teils auf serbischem Boden zu Passarovitz, Semendria und Belgrad, teils in Slavonien die Winterquartiere, das Korps des Markgrafen Ludwig blieb an der Drina und Save, die Kroaten an der Unna.

Noch vor Jahresende fielen die letzten noch von türkischen Besatzungen gehaltenen Festen auf ungarischem Boden westlich der Donau, Szigeth und Kanizsa [1]). So viel Blut einst gerade um diese Festungen geflossen

1) Wagner, Hist. Leopoldi II, 57 f.



war, so leicht fielen sie jetzt, gänzlich abgeschnitten und von Hunger bezwungen, in die Hand der kaiserlichen Sieger. Was Montecuccoli stets behauptet und vorausgesagt, das hatte sich jetzt glänzend bewahrheitet: wer die Donaulinie in Besitz hat, dem fällt Ungarn von selber zu.

Die Eroberung Belgrads, des Schlüssels zum Balkan, die glückliche Waffentat von Dervent, die innere Zerrüttung des türkischen Reiches weckten am Kaiserhofe momentan die kühnsten Hoffnungen [1]). Es dünkte ein leichtes, Bosnien mit Güte oder Gewalt einzunehmen, ja die Herzegowina und Dalmatien zu besetzen um hier den Venetianern, die Sign genommen hatten, zuvorzukommen. Mitte September ergingen an den Markgrafen dahin lautende Instruktionen. Caprara aber, der nach dem Kurfürsten den Oberbefehl übernommen, wurde befohlen, er möge rasch mit 10 000 Reitern nach Sophia vorstoßen. Wahrscheinlich hat Pater Marco d'Aviano in seinem Feuereifer solche Pläne genährt, er war der festen Überzeugung, daß, wenn man jetzt nur mit 4000 Mann die Donau abwärts bis Nikopolis vordringe, Serbien, Bulgarien, die Walachei und Moldau dem Kaiser zu Füßen liegen [2]). Aber die Feldherren erhoben begründete Einsprache gegen solch phantastische Pläne, die nur auf ganz oberflächliche Informationen von solchen gegründet seien, welche diese Länder gar nicht kennen. Alles derartige wurde überdies jäh abgeschnitten durch die schwere Verwicklung im Westen.

1) Vgl. Röder II, 87 ff., Wagner II, 53.
2) Vgl. seinen Brief an K. Leopold vom 9. Dezember 1688, Corrisp., S. 177.

Vierzehntes Buch

Der Doppelkampf Österreichs gegen Frankreich und die Türken

Erstes Kapitel

Österreich und die große Allianz im Kampfe gegen Frankreich 1688 bis 1697

Die gewaltigen Erfolge Österreichs in den Jahren 1683 bis 1688 besaßen weltgeschichtliche Bedeutung, sie bildeten einen Wendepunkt der Geschicke Europas und seiner Stellung zum Orient. Österreich stand im Mittelpunkte und an der Spitze eines Kampfes gegen die Ungläubigen, der die gesamte abendländische Christenheit entflammte, zu dem aus allen Ländern freiwillige, begeisterte Streiter heranzogen. Der Kaiser war wieder der Führer geworden in der jahrhundertelangen Abwehr wider den türkischen Erbfeind und die glorreichen Siege dieser Jahre hatten schon die fast verlorene Hoffnung, ja die sieghafte Sicherheit erstehen lassen, daß es nun gelte und gelinge, die Türken dauernd und für immer zurückzuwerfen. Ungarn war schon fast ganz befreit, Siebenbürgen so gut wie gewonnen, das Machtgebiet der Habsburger hatte sich fast verdoppelt, der Großstaat Österreich stand mitten in seiner eigentlichen Verwirklichung. Es hatte sich der Schwerpunkt historisch bedeutsamen Geschehens verschoben, „die Größe wahrhaft welthistorischer Aktion liegt in diesen Jahren nicht auf der Seite Ludwigs XIV., sondern auf den Bahnen, welche die österreichische Monarchie mit ihren Verbündeten, wie schwankend auch immer, beschritt. Hier wurden Werke begonnen, Verhältnisse gegründet, welche die Jahrhunderte überdauert haben" [1]).

1) Wie Erdmannsdörfer I, 665 treffend sagt. Daselbst S. 696, Anm. 3 das im folgenden zitierte Wort in den Memoiren von de Sourches.



Ludwig XIV. müßte nicht der scharfsichtige Kopf, aber gleichzeitig auch der von Herrschsucht und Eitelkeit besessene, nach der Universalherrschaft strebende Autokrat gewesen sein, wenn er diesen Umschwung der Dinge nicht mit größtem Mißbehagen empfunden hätte. Es war doch eine böse Ironie des Geschickes, daß der Türke, der die Macht des Kaisers hätte zertrümmern sollen, nun das unfreiwillige Werkzeug ihres überraschenden Aufschwungs geworden war; und daß man als allerchristlichster König dazu noch die beste Miene machen mußte. Die Schwäche des Kaisers bedeutet die Größe Frankreichs, dies Wort eines Mannes vom Hofe Ludwigs, bezeichnete zutreffend den Kern der französischen Politik gegenüber Habsburg-Österreich.

Und so glänzend Ludwigs Vorherrschaft noch nach dem Regensburger Stillstand von 1684 festzustehen schien, so begann es doch schon von den Fundamenten abzubröckeln. Wir sahen, wie Max Emanuel von Bayern sich dem Kaiser zuwandte, dessen Schwiegersohn und siegreicher Feldherr wurde, wie Brandenburg sich wieder mit Österreich verband, und auch Sachsen entschieden auf seine Seite trat. Die Augsburger Allianz von 1686 zeigte, wenn sie auch keine wirksame Macht darstellte, doch die gegen Frankreich gereizte Stimmung im Reiche. Sie bot Ludwig den willkommenen Vorwand, um gegen die angeblich auf Angriff und Überfall lauernden Deutschen auf rechtsrheinischem Boden gegenüber Hüningen und bei Philippsburg Festungsbauten beginnen zu lassen. Ja, zu Ende 1686 trat er mit dem Verlangen hervor, daß das Reich auf Grund des Regensburger Stillstandes binnen drei Monaten einen endgültigen Frieden schließe und so alle Reunionen dauernd anerkenne; der Papst sollte vermitteln. Allein der Papst lehnte ab, der Kaiser erklärte einen solchen Schritt für unmöglich und wurde hierin von der steigenden Erregung im Reiche unterstützt. Ludwig mußte sich begnügen, daß der Kaiser jene französischen Festungsbauten stillschweigend duldete [1]).

Auch im Westen des Reiches waren die Zeiten des Rheinbundes längst vorüber. Mainz und Trier waren keineswegs mehr Gefolgsleute Frankreichs. Nur in Köln herrschte noch immer der maßgebende Einfluß Wilhelms von Fürstenberg, der zwar seit 1682 Nachfolger seines Bruders als Bischof von Straßburg geworden war, aber nie daselbst

1) Vgl. Immich, Papst Innocenz XI., S. 54 ff. Nuntius Buonvisi in Wien, voll Eifer für den Türkenkrieg und immer bestrebt, den Frieden mit Frankreich zu erhalten, hatte sich stark für die Wünsche Ludwigs XIV. exponiert. Vgl. Fraknói, Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung, S. 237 Anm. 2.



residierte. Er vermochte den alten Kurfürsten Maximilian Heinrich im Jahre 1687 zur Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich. Dem Fürstenberger wollte nun Ludwig die Nachfolge in Köln sichern, um so dies überaus wichtige Einfallstor nach Deutschland fest in der Hand zu behalten. Tatsächlich brachte der französische Druck es dahin, daß am 7. Januar 1688 Wilhelm von Fürstenberg zum Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge gewählt wurde. Aber der Papst erklärte die Wahl an sich für ungültig, da sie ohne die Einwilligung der Kurie vorgenommen worden, der Kaiser empfing den kölnischen Gesandten gar nicht in Audienz, die Reichsstände protestierten. Und als am 3. Juni 1688 Maximilian Heinrich starb, kam es am 19. Juli zu einer Doppelwahl: Wilhelm von Fürstenberg und Josef Clemens von Bayern, der Bruder Max Emanuels, wurden gewählt, beide nicht mit der nötigen Majorität. Fürstenberg aber ergriff sofort die Regierung. Papst Innocenz XI., entschlossen, um jeden Preis Recht und Freiheit der Kölner Kirche und der Kurie auch gegen die Überhebung des allgewaltigen Ludwig zu wahren, ließ die Wahl durch das Kardinalskolleg prüfen und bestätigte, dessen Antrag folgend, die Wahl von Josef Clemens. Köln drohte der französischen Gefolgschaft zu entschlüpfen [1]).

Auch in der pfälzischen Frage zeigte sich deutlich der Wandel der Dinge [2]). Seit 1685 regierte als Erbe der ausgestorbenen Linie Pfalz-Simmern Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg auch das pfälzische Kurfürstentum. Er hatte seine alten französischen Verbindungen ganz aufgegeben, seitdem er durch die Heirat seiner Tochter Eleonore (Ende 1676) des Kaisers Schwiegervater geworden. Auf das pfälzische Erbe erhob nun auch Ludwig XIV. Ansprüche für seinen Bruder Philipp von Orleans, den Gemahl Elisabeth Charlottens, der Schwester des letzten Kurfürsten aus der Linie Simmern. Er wollte außer dem Allodialnachlaß dieser Linie noch das Herzogtum Simmern und die Grafschaften Lautern und Sponheim, die weibliche Lehen seien; ihrem Besitzer gebührte Sitz und Stimme im deutschen Reichstage. Kaiser und Reich waren nicht im mindesten gesonnen in dieser Sache nachzugeben. Man konnte wieder eine französische „Reunion" erwarten, in der Augsburger Allianz und im Vertrag des Kaisers mit Brandenburg wurde schon 1686 die Mög-

1) Vgl. über die Kölner Frage und die Stellung des Papstes die trefflichen Ausführungen von Immich, Papst Innocenz XI., S. 77 ff.

2) Vgl. Erdmannsdörffer I, 723 ff. und besonders Immich, a. a. O., S. 41 ff. und 75 ff.



lichkeit eines Angriffes auf die Pfalz und dessen Abwehr vorgesehen. Papst Innocenz XI., erfüllt von seinem Ziel, den Frieden Europas zu erhalten, um die christlichen Mächte gegen die Türken zu einen, erkannte in dieser Frage den gefährlichen Zündstoff und mühte sich in Paris, Heidelberg und Wien um Ausgleich und Vermittlung. Allein Ludwig war es gar nicht um eine Lösung der Rechtsfragen zu tun, die pfälzischen Ansprüche sollten ihm vielmehr als Mittel zu Drohungen und zur Einschüchterung des Reiches dienen.

All diese Symptome geänderter, gereizter Stimmungen im Reiche waren deutlich genug. Ludwig XIV. verkannte sie nicht, wenn er sie auch im Grunde verachtete. Immerhin ließ er 1687 und noch in den ersten Monaten von 1688 Fühler ausstrecken, ob nicht der Kaiser bei den ihm teuersten Interessen zu fassen und zu gewinnen wäre: das Bild eines Bundes der katholischen Häuser Habsburg, Bourbon und Stuart wurde vorgestellt, ja Aussichten auf das Elsaß und auf Erblichkeit des Kaisertums ausgemalt. Aber trotzdem dabei der Wiener Nuntius Buonvisi eine Mittlerrolle spielte, wurden diese gar zu durchsichtigen Pläne und Lockungen von Leopold rundweg und ein für allemal abgelehnt [1]).

Ludwig und sein Ratgeber Louvois dachten immer ernstlicher daran, mit einem raschen Schlag ihrer gewohnten Rücksichtslosigkeit diese deutschen Kleinstaaten zu schrecken, zugleich aber auch den Kaiser zu bedrängen, damit die Türken wieder zur Offensive gelangen und Österreich zwischen zwei Feuer gerate. Dann würden Kaiser und Reich, eingeschüchtert und geängstigt, sich zum Frieden bequemen, die Reunionen anerkennen, und Frankreich wäre gesichert und gewappnet gegen andere Feinde und deren Koalition [2]).

In ganz Europa hatte die französische imperialistische Politik Argwohn und Gegensatz wachgerufen. Schweden und Polen, die früheren Freunde, waren zum Gegner übergegangen, mit der Kurie war Ludwig in einen schweren Konflikt geraten, in den Niederlanden und in England

1) Droysen, Gesch. d. preuß. Politik IV 1, 33. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart III, 358. 386 f. 434 f. 559. Pribram, Österreich und Brandenburg 1688 bis 1700, S. 13 ff. H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 249.

2) Höchst bezeichnend ist die Äußerung von Louvois auf die Kunde der Schlacht von Mohács: „Die Nachricht von der Niederlage der Türken läßt dem König die günstige Zeit gekommen erscheinen, um seinen Grenzen gegen Deutschland die letzte Abrundung zu geben" (25. Aug. 1687). Rousset, Louvois IV, 65, angeführt schon von Klopp III, 364.



bereiteten sich folgenschwere Ereignisse vor[1]). Seit 1685 herrschte in England Jakob II. Er entfremdete sich das Land durch die Versuche einer katholischen Restauration. Eben dadurch schien er der natürliche Bundesgenosse Ludwigs, der im selben Jahre das Edikt von Nantes aufhob. Aber die Stellung Jakobs wurde immer schwieriger und sein eigener Schwiegersohn Wilhelm von Oranien war es, in welchem mehr und mehr der Entschluß sich festigte, in England einzugreifen. Ihm erschien ein Bund zwischen Jakob und Ludwig XIV. die drohendste Gefahr für die Niederlande, für ein Gleichgewicht der Mächte, sein politisches Ideal, und für die Sache des Protestantismus. Auch in den Niederlanden gewannen ähnliche Befürchtungen Boden, Schädigungen der Handelsinteressen durch Frankreich erbitterten, die französischen Hugenottenverfolgungen machten böses Blut, die Kölner Ereignisse zeigten wieder so recht die nahe und schwere Hand Frankreichs, man gedachte des Überfalles von 1672 und der damaligen französisch-englischen Allianz, die beabsichtigte Abberufung der englischen Regimenter aus dem Dienste der Staaten erschien geradezu als Feindseligkeit. Man begann jetzt in Holland seit März 1688 zu rüsten und den Plänen Oraniens zu folgen.

Diese Pläne richteten sich auf eine Landung in England, die Ordnung der englischen Verhältnisse und auf die Einbeziehung Englands in einen großen Bund gegen Frankreich. Wilhelm sicherte durch Abmachungen mit Brandenburg, wo nun seit Mai 1688 Friedrich III. seinem Vater, dem großen Kurfürsten, gefolgt war, mit den Braunschweigern und mit Hessen sich und der Republik den Rücken. Von größter Wichtigkeit aber, wenn nicht für das Allernächste, so um so mehr für das große politische Lebensziel des Oraniers war es, die Zustimmung oder wohlwollende Neutralität des Kaisers für das Eingreifen in England zu gewinnen, um damit die Möglichkeit einer zukünftigen großen Koalition gegen Frankreichs Vorherrschaft zu sichern. Es war ja eine merkwürdige Lage. Der Kaiser, der streng katholische Leopold, sollte den ebenso streng protestantischen Oranier gewähren lassen, ja moralisch unterstützen gegen den katholischen Stuart, in einem Unternehmen, das vom Standpunkt formalen Rechtes zweifelhaft war und eine gewisse Spitze gegen den Katholizismus besaß. Ja er sollte sich dann verbünden mit den ketzerischen Niederländern und dem Usurpator Englands gegen das

1) Für England vgl. die übersichtliche Darstellung bei Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 175 ff.



Frankreich, das soeben die volle Einheit von Kirche und Religion in seinem Innern hergestellt hatte. Und für Leopold und Österreich verdoppelte sich noch die Schwierigkeit der Entscheidung: man kämpfte gegen die Türken, sollte man zugleich auch gegen die Franzosen kämpfen? Oder mit den Türken Frieden schließen, oder mit Frankreich sich vergleichen?

Es galt eine Entscheidung von höchster Tragweite. Zu verfolgen, wie sie sich durchrang und gestaltete, gewährt den Reiz eines spannungsvollen Dramas.

Im Mai 1688 sandte Prinz Wilhelm in strengstem Geheimnis den ihm vertrauten hessischen Kammerpräsidenten Johann Freiherrn von Görz nach Wien [1]). Dieser hatte eine Besprechung mit dem Kaiser, verhandelte sonst mit dem Hofkanzler Stratmann und nur der spanische Gesandte Borgomainero war ins Vertrauen gezogen. Prinz Wilhelm ließ seine und der Niederlande bedrängte Lage und die Gefahr darlegen, die von einer Allianz Jakobs mit Frankreich drohe, er ließ wiederholt versichern, daß er keine Verfolgung der Katholiken in England dulden werde. Das Ziel aber sollte ein neues Bündnis der Staaten mit dem Kaiser sein und — hier tritt der Gedanke der kommenden großen Allianz in Erscheinung — jede Verletzung der Ansprüche des Kaisers auf das spanische Erbe, sowie jeder fremde Eingriff in die Wahl eines römischen Königs sollte den Bündnisfall ergeben. All dieses, und gewiß nicht am wenigsten diese letzten Aussichten, halfen über Stockungen und Bedenken hinüber. Am 4. September 1688 erklärte Leopold, gleich den Staaten, die es am 20. Juli getan hatten, die bisherigen Traktate genau einhalten zu wollen und zum Abschluß eines neuen Defensivbündnisses mit ihnen bereit zu sein.

Ludwig XIV. hatte natürlich keine Ahnung von diesen Vorgängen. Sie hätten ihn aber wohl nur bestärkt in dem Entschlusse zum Krieg, zu welchem er eben in dieser Zeit, gedrängt von Louvois, gelangte; die Nachricht von der Eroberung Belgrads (6. September), die am 20. September nach Paris kam, schien ihn noch mehr zu rechtfertigen. Es war höchste Zeit, sollte den Türken noch geholfen und all die zweifelhaft oder gar unbotmäßig gewordenen deutschen Fürsten durch einen heilsamen Schrecken wieder zur Räson gebracht werden. Am 24. September 1688

1) Über diese Verhandlungen zuerst P. L. Müller, Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck II, 26 ff. Dazu und für das Folgende jetzt die treffliche Darstellung bei H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 250 ff.



erging ein Manifest Ludwigs XIV. an Kaiser und Reich: alle Klagen werden dargelegt, die Eroberung Philippsburgs wird angekündigt, aber dieses sowie Freiburg sollen wieder zurückgestellt und für die Ansprüche auf die Pfalz eine Ablösung mit Geld angenommen werden, wenn bis Januar 1689 der Regensburger Stillstand als definitiver Friede abgeschlossen wird. Gleichzeitig marschierten aber schon die französischen Truppen gegen die Pfalz, gegen Mainz und Trier. Die Stadt Köln wurde von westfälischen und brandenburgischen und Koblenz von trierischen Truppen gehalten. Die Festung Philippsburg, gegen die sich die französische Hauptarmee unter dem Dauphin, Boufflers und Vauban gewendet hatte, wurde vom kaiserlichen Kommandanten Grafen Max Laurenz von Starhemberg vier Wochen lang tapfer verteidigt und kapitulierte erst am 29. Oktober. Starhemberg tat, wie er sagte, sein Äußerstes, um den Ruhm, den sein Bruder 1683 in Wien erworben, auch für sich zu gewinnen [1]). Aber sonst fielen fast ohne Verteidigung die ganze Pfalz, die ganzen rheinischen Kurfürstentümer in die Hand der Franzosen, im Spätherbst drangen sie verheerend auch in Schwaben und Franken ein. Schien nicht die Absicht Ludwigs, durch einen gewaltigen und erfolgreichen Überfall das ungerüstete Reich in Schrecken zu setzen, erreicht?

Allein die Wirkung war jetzt eine ganz andere, als man sie in Paris erwartete. Noch nie war Deutschland so einig wie jetzt. Ganz Europa ist erbittert gegen Frankreich, schrieb am 10. Oktober Leibniz, der eben damals in Wien weilte; bald darauf verfaßte er ausgezeichnete „Betrachtungen über die Kriegserklärung Frankreichs“ [2]). Um diese Zeit dichtete P. Simon Rettenbacher in Kremsmünster seine schöne, von starkem Vaterlandsgefühl beseelte Ode: „Deutschland unbesiegbar, wenn geeint.“ Am 18. Oktober erschien ein kaiserliches Manifest, das in schlagend kraftvollen Worten die französischen Anmaßungen und Verdrehungen zurück-

1) Erdmannsdörffer II, 6. Über die Belagerung Philippsburgs Wagner, Hist. Leopoldi II, 85 f. Es wurde eine Untersuchung wegen der Übergabe angeordnet. Pfalzgraf Philipp Wilhelm trat für Starhemberg ein. Vgl. seinen Briefwechsel mit dem Fürsten Ferdinand von Dietrichstein, mitgeteilt von A. Rille, Zeitschr. d. deutschen Vereins f. Gesch. Mährens und Schlesiens XIX, 239.

2) Diese „Reflexions sur la declaration de la guerre que la France a faite à l'empire“ überreichte Leibniz dem Hofkanzler Stratmann und dem Reichsvizekanzler Königsegg. Sie wurden damals nicht veröffentlicht, jetzt gedruckt bei Klopp, Werke v. Leibniz I 5, 525 ff. Der von Klopp, S. 499, in den Oktober 1688 gesetzte Entwurf einer Schrift „Geschwinde Kriegsverfassung“ gehört sicher erst in den Herbst 1692, in die Zeit nach dem Verlust Namurs und dem Treffen von Steenkerke.



wies[1]. Am 22. Oktober aber schlossen die mächtigsten norddeutschen Fürsten, Friedrich von Brandenburg, Johann Georg III. von Sachsen, Ernst August von Hannover und Landgraf Karl von Hessen-Kassel das sogenannte Magdeburger Konzert, das heißt eine Vereinigung zum Kampfe gegen Frankreich, gegen das sie sofort 22 000 Mann ins Feld zu stellen erklärten. In der Tat sammelten sich diese Truppen und marschierten in der Richtung nach Frankfurt. Im Süden aber eilten auf Befehl Leopolds kaiserliche und bayerische Regimenter, sowie die gegen die Türken verwendeten schwäbischen Kreisvölker aus Ungarn heran. Die Franzosen sahen sich zu Ende 1688 und Anfang 1689 allenthalben gezwungen aus Franken und Schwaben zu weichen und sich an den Rhein zurückzuziehen, Koblenz wurde entsetzt. Am 23. Dezember verließ der französische Botschafter Graf Lusignan Wien; in Ofen war der dort weilende Sohn von Louvois, Marquis Lovigny, interniert worden[2].

Dies war Abwehr des räuberisch ins Reich gedrungenen Feindes, aber immerhin noch nicht von seiten des Kaisers und Reiches erklärter Krieg. Darüber galt es jetzt die schwere und große Entscheidung.

Im November und Dezember 1688 schien die Lage noch einfach und der Krieg gegen Frankreich zweifellos, denn man hielt den baldigen Frieden mit den Türken für sicher. Am 13. November noch nahm der Kaiser in Aussicht, nach dem Friedensschluß mit der Pforte seine ganze ungarische Armee den schon gegen die Franzosen beorderten Truppen folgen zu lassen[3]. Die gewaltigen Erfolge weckten schon weitreichende Pläne, man glaubte, daß die ungemein geschwächte Türkei auf große Gebietsabtretungen einginge. Allein dies erwies sich bald als keineswegs

1) Gedruckt als Einzeldruck bei Joh. Jac. Kurner, Wien 1688; bei Guhrauer, Kurmainz im Jahre 1672 II, 242 ff. Guhrauer II, 92 suchte nachzuweisen, daß das Manifest von Leibniz verfaßt worden sei. Doch hat dies Klopp, a. a. O., Einleitung XLV ff. und in seinem Werke „Fall des Hauses Stuart“ IV, 502 mit guten Gründen abgelehnt. Wer die Briefe Leibnizens in dieser Zeit aus Wien liest (bei Klopp), kann dem nur zustimmen. Ein lateinisches Gedicht aus jenen Tagen, voll Zuversicht auf den doppelten Sieg über „Gallus“ und „Luna“, teilte K. Beer mit in den Mitteil. d. Vereins f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen LIV, 1 ff. Über die Flugschriften dieser Zeit vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Die öffentliche Meinung, S. 106 ff., Kenda im Jahresber. der I. deutschen Staatsrealschule in Prag 1909.

2) Wagner, Hist. Leopoldi II, 87. Graf Lusignan wurde auf der Rückreise in Brezenz festgenommen, da er seinen Salvus conductus mißbraucht und eine andere als die ihm vorgeschriebene Route genommen hatte. Vgl. Fraknói, S. 279 Anm. 1.

3) Srbik, S. 256. Über die Verhandlungen mit den Türken unten im dritten Kapitel.

zutreffend. Die Ereignisse im Westen gaben der Pforte neuen Mut. Daher wollten die Bundesgenossen der Heiligen Liga, Venedig und Polen, energische Fortsetzung des Krieges, sie wollten gerade jetzt von Frieden nichts wissen. Dagegen standen nicht minder rührig andere Meinungen, die durchaus für den Frieden mit der Pforte eintraten, damit der Kaiser freie Hand bekomme gegen Frankreich und nicht zugleich gegen zwei starke Mächte Krieg zu führen gezwungen sei. So dachten Karl von Lothringen und die kaiserlichen Minister, denen ja mit gutem Grund die riesigen finanziellen und militärischen Schwierigkeiten eines Doppelkrieges vor Augen schwebten, nachdem Österreich ohnehin schon seit sechs Jahren ununterbrochen im Felde stand [1]). Nicht minder drängten in dieser Richtung die deutschen Fürsten, namentlich Brandenburg, die auf des Kaisers Pflicht verwiesen, für den Schutz des Reiches einzutreten und mit ganzer Macht gegen das unleidlich drohende und anmaßende Frankreich zu kämpfen [2]). Dazu kam, daß der Papst erklärte, unmöglich weiterhin so hohe Subsidien leisten zu können, wie bisher [3]).

So stürmten die verschiedensten Einflüsse auf den Kaiser ein. Auch einem entschlosseneren Charakter als es Leopold war, wäre wohl die Entscheidung nicht leicht geworden. Sein vertraulicher Briefwechsel mit Pater Marco gewährt uns Einblick in die inneren Zweifel und Kämpfe des Fürsten. Einmal, am 23. Januar 1689, schüttet er sein ganzes Herz aus: ich will mein möglichstes tun, um zwei so übermütigen Feinden zu widerstehen; es ist furchtbar schwer, wenn auch wohl nicht unmöglich; ich wollte gerne den Frieden mit den Türken unterlassen, oder ihn nur mit großem Gewinne schließen; Friede mit Frankreich ist tatsächlich unmöglich, wenn ihn auch meine Alliierten wünschen, aber ad impossibile nemo tenetur [4]).

Wie dieses hier halb und halb als unmöglich Bezeichnete, der Krieg nach zwei Fronten, dennoch möglich wurde, erklärt sich, wenn wir den Gang der großen westeuropäischen Verwicklungen und ihren Einfluß auf die endliche Entscheidung der kaiserlichen Politik betrachten.

Die Generalstaaten schickten, nachdem anfangs September 1688 jene erste prinzipielle Vereinbarung mit dem Kaiser vollzogen war, Ende des-

1) Vgl. die Daten vom November 1688 bei Srbik, S. 257. Die Relation des Venetianischen Gesandten Corner, Fontes rer. Austr. II 27, 288.

2) Vgl. Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700, S. 15 ff.

3) Immich, Papst Innocenz XI., S. 99.

4) Klopp, Corrispondenza, S. 179 f.



selben Monats den Amsterdamer Pensionär Jakob Hop als außerordentlichen Gesandten nach Wien [1]). Es handelte sich noch um das Anerbieten der Staaten zur Vermittlung bei den Friedensverhandlungen mit der Türkei und um stärkere Truppensendungen ins Reich. Der Standpunkt der maßgebenden Staatsmänner, des Hofkanzlers Grafen Stratmann und des Reichsvizekanzlers Grafen Königsegg entsprach zunächst diesen holländischen Wünschen. Gegenüber dem englischen Unternehmen Wilhelms von Oranien wollte der Kaiser strenge Neutralität wahren, der Prinz selbst hatte vor seiner Überfahrt an Leopold geschrieben, er werde nur die Ordnung in England herstellen und weder Jakob und seinen Erben noch den Katholiken ein Unrecht tun. Selbst wenn Wilhelm dies ernstlich gewollt hat, der Zwang des gelungenen Wagnisses führte ihn schnell weiter. Am 15. November landete er an Englands Küste, im Dezember floh die Gemahlin König Jakobs mit dem kleinen Prinzen, anfangs Januar 1689 Jakob selbst nach Frankreich, am 23. Februar 1689 erklärte das Parlament den Thron für erledigt und Wilhelm III. war Herrscher von England. Am Wiener Hofe war man zuerst verstimmt [2]), die Franzosenfreunde wurden zuversichtlicher und suchten wieder die gemeinsamen Interessen der katholischen Fürsten auszuspielen, andere vertraten nun um so wärmer die Fortsetzung des Türkenkrieges und Nichteinmischung in die westlichen Konflikte. Eine erste Klärung in dies Gewirre von Meinungen brachte die Kriegsansage Ludwigs XIV. an die Generalstaaten am 28. November 1688. Von besonderer Wichtigkeit war es ferner, daß der spanische Gesandte in Wien, Marquis Borgomainero, energisch für Wilhelm von Oranien und für eine Allianz des Kaisers mit den Generalstaaten und mit England eintrat, und daß nun auch Max Emanuel von Bayern sich ganz entschieden auf die Seite des Kaisers stellte; er ließ anfangs 1689 seine Truppen nach Schwaben marschieren [3]). Auch die überraschenden Erfolge Wilhelms taten das ihre, sie schufen unabänderliche Tatsachen.

Im Januar 1689 entschied sich das eine: Krieg gegen Frankreich. Leopold war tief durchdrungen von der Überzeugung, gegen Ludwigs

1) Vgl. für das Folgende Srbik, S. 255 ff. Bezüglich des weiterhin erwähnten Schreibens Wilhelms von Oranien an den Kaiser vom 26. Okt. und der Antwort Leopolds vom 13. Nov. vgl. Klopp, Fall des Hauses Stuart IV, 199 ff.

2) Hierfür sind auch Äußerungen Leopolds gegenüber Marco d'Aviano vom 9. Dez. 1688 und 23. Jan. 1689 bezeichnend, Klopp, Corrispondenza, S. 175. 180.

3) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 340 ff.



Gewalttätigkeit helfe kein Vertrag und Friede[1]), und ihn beseelte das volle Gefühl seiner Verpflichtungen als deutscher Kaiser. Gegen Frankreich hatte er das ganze Reich zur Seite, gegen Frankreich wollten nun auch die Generalstaaten mit im Bunde sein und das England Oraniens konnte ein neuer schwerwiegender Faktor werden. Jetzt konnten jene hohen Ziele habsburgischer Großmachtpolitik festere Gestalt gewinnen, die schon beim vorläufigen Abkommen vom 4. September 1688 berührt worden waren: die Sicherung der habsburgischen Nachfolge im Reich und in Spanien. Am 28. Januar 1689 wurde dem niederländischen Gesandten Hop die Bereitwilligkeit zu Allianzverhandlungen eröffnet. Sie wurden sehr geheim geführt. Nur wenige Konferenzräte wurden beigezogen, schließlich zu größerer Beschleunigung nur mehr Stratmann und Königsegg, ja über die Sukzessionsfrage, um die natürlich auch Borgomainero wußte, verhandelte nur Stratmann allein.

Theodor Heinrich Althet Stratmann, seit 1683 der Nachfolger Hochers als österreichischer Hofkanzler, war, obwohl eine ganz andere Natur, auch der Erbe seines Einflusses geworden. Dem ernsten, schwerflüssigen Hocher folgte der bewegliche, gewandte Rheinländer, der mit kluger, geschickter Hand die schwierigsten Geschäfte und ebenso meisterhaft die Menschen zu behandeln verstand. Stratmann, dem wir schon seit 1668 in brandenburgischen, dann in pfalzneuburgischen Diensten begegneten, war durch Kaiser Leopolds Heirat mit Eleonore Magdalena Theresia, der Tochter Philipp Wilhelms von Pfalz-Neuburg, im Dezember 1676 an den Wiener Hof gekommen und besaß an der Kaiserin, die alles, was mit Neuburg zusammenhing, eifrig patronisierte, eine Stütze. Er bewährte sich in Nymwegen, dann von 1680 bis 1683 als kaiserlicher Prinzipalgesandter in Regensburg. Als Hofkanzler gewinnt er nun, besonders seitdem 1685 Bischof Emmerich Sinelli gestorben, das steigende Vertrauen des Kaisers, er versteht es, dem Herrscher die Last der Geschäfte und Verantwortung durch den Schein der Leichtigkeit, durch kluge Ratschläge und geschicktes Fernhalten allzu lästiger Dinge abzunehmen. Schon 1685 wird Stratmann in den Grafenstand erhoben, jetzt sehen wir ihn als den vertrautesten Staatsmann des Kaisers bei der Vorbereitung der großen Allianz[2]). Hand in Hand mit Stratmann

1) Vgl. die oben S. 418 angedeutete Äußerung Leopolds vom 23. Jan. 1689 la quale (Friede mit Frankreich) però non è fattibile de facto senza evidente pericolo, mentre di là non si mantiene ne patti, ne fede, ne giuramenti.

2) Vgl. das hohe Lob, das K. Leopold unmittelbar nach Stratmanns Tod in



geht der langjährige Reichsvizekanzler Graf Leopold Wilhelm Königsegg, jetzt vielfach durch schwere Gicht in den Geschäften gehindert, aber auch in gesunden Tagen, obwohl seit langem Mitglied der Geheimen Konferenz, doch früher durch Hocher, jetzt durch Stratmann, die österreichischen Hofkanzler, an Einfluß überragt. Der eigentliche Rivale Stratmanns war Graf Franz Ulrich Kinsky, seit 1683 oberster böhmischer Kanzler, dessen bedeutende Eigenschaften, gründlichstes Wissen, Scharfsinn und Festigkeit ihm schon weit über den Kreis seines Amtes hinaus Einfluß verschafft hatten.

So sehr Leopold innerlich entschlossen war, erhob sich vor seinem Gewissen doch das Bedenken, ob es denn angehe, den calvinischen Usurpator Wilhelm von England, der die katholische rechtmäßige Dynastie gestürzt hatte, anzuerkennen und gar mit ihm in ein Bündnis zu treten. Er ließ sich von Theologen Gutachten erstatten, vier von sechs oder sieben sprachen sich dafür aus [1]. Dadurch beruhigt vollzog der Kaiser nun den formellen Bruch und erklärte am 3. April 1689 in seinem und des Reiches Namen an Frankreich den Krieg.

Allein eine größere Schwierigkeit erwuchs aus dem Scheitern eines Friedens mit den Türken [2]. Die Pforte, mit deren Gesandten am 10. Februar die Verhandlungen begannen, machte unbedeutende Zugeständnisse, verlangte aber Belgrad und für Siebenbürgen den Stand wie vor dem Krieg. War dies dem Kaiser möglich? Sollte er wirklich Südostungarn noch im Besitze des Halbmonds lassen? Sollte den Franzosen wirklich der Triumph werden, daß sie dem Kaiser in den Arm gefallen, der nochmals und vielleicht zum letzten Male zur vollen Bezwingung des Feindes der Christenheit ausholte? Dies ruhmvoll und siegreich begonnene Werk war noch nicht voll getan, Ungarn mußte ganz befreit, Siebenbürgen mußte unlösbar angegliedert werden. In diesem entscheidungsvollen Augenblick erfüllte sich das sonst so zage Herz Leopolds mit jenem gottvertrauenden Starkmut der Habsburger, der sie so

einem Brief an P. Marco d'Aviano ausspricht, 31. Okt. 1693, Corrispondenza, S. 249; ferner die feine Beurteilung des Venetianers Venier in seiner Relation von 1692, Fontes rer. Austr. II 27, 317.

1) Vgl. Klopp III, 424 ff., dazu ergänzend Erdik, S. 264. — König Jakob hatte sich am 6. Febr. 1689 an Leopold um Hilfe gewandt, dieser antwortet am 9. April ablehnend: Der katholischen Religion, auf deren Schutz sich Jakob berufe, werde durch niemand so schweres Unrecht zugefügt, wie durch den König von Frankreich; gegen diesen müsse der Kaiser ebenso kämpfen, wie gegen den Türken. Klopp, S. 437 f.

2) Vgl. unten das dritte Kapitel.



oft über das Gewirre von Bedenken und Schwierigkeiten hinwegsehen ließ auf die Größe des Hauses[1]).

Die Verhandlungen mit den Türken waren schon gegen Ende März dem Abbruch nahe, während jene mit Holland günstig vorwärtsschritten, ja vom Kaiser mit Ungeduld betrieben wurden. Zu Anfang Mai fanden die letzten abschließenden Beratungen statt, am 12. Mai 1689 ward die Unterzeichnung des Allianzvertrages vollzogen[2]). Es war ein Bündnis, dessen Absichten und Tragweite über frühere Verträge bedeutend hinausgingen. Es war ein Defensiv- und ein Offensivbündnis, es bezweckte Krieg gegen Frankreich zu führen, bis die Wiederherstellung des Zustandes nach dem Westfälischen und Pyrenäischen Frieden erreicht sei, also die Rückgängigmachung der Annexion Lothringens und der ganzen Reunionen. Und nicht bloß Holland und der Kaiser waren die Alliierten, denn es war von Anfang auch der Beitritt König Wilhelms beabsichtigt, der denn auch am 9. September 1689 erfolgte[3]). Dadurch wurde es „die große Allianz“, die den Umschwung der europäischen Lage, der vom Türkenkriege ausgegangen, nun in Deutschland und im Westen vorbereiten sollte. Die Stärke des Bündnisses gründete sich auf die großen gemeinsamen Interessen der Alliierten, für Leopold und sein Haus aber lag der besondere Wert in jenen Abmachungen, die als Geheimartikel dem Vertrage beigefügt und nur von Hop und Stratmann gezeichnet wurden: Holland und England verpflichten sich für den Fall, daß Karl II. ohne legitime Nachkommen sterbe, dem Kaiser und seinen Erben gegen Frankreich zu der ihm gebührenden Sukzession in Spanien zu verhelfen; und ferner alle Förderung zu leisten, auf daß des Kaisers erstgeborner Sohn Josef so bald als möglich zum römischen König erwählt werde.

1) In così grave pendenza di consigli e di rissoluzioni s'accinse la mente superiore della M^tà Sua ad ogni caso di far fronte dalla ferma sua costanza, sagt der venetianische Gesandte Cornaro in seiner Relation, Fontes rer. Austr. II 27, 289.

2) Vgl. Srbik, S. 265ff. Der Text der Allianz, S. 271ff., die Beitrittserklärung Wilhelms von England bei Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 185ff. Die übrigen Akzessionen von 1690 an führt Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 100 an.

3) Allerdings nur für seine Person — er wagte nicht den Allianzvertrag dem Parlamente vorzulegen — dieses hatte aber, ganz unabhängig von der Allianz, am 14. Mai an Frankreich den Krieg erklärt. Es bestand also bei England und dem Deutschen Reich ein ähnliches Verhältnis gegenüber Frankreich: beide standen zwar im Krieg mit diesem, waren aber nicht Mitglieder der Allianz; dieser gehörten aber König Wilhelm für sich und die Niederlande und Kaiser Leopold für seine ganzen Länder an.



Das Bündnis erfuhr eine ebenfalls erwartete Erweiterung, als im nächsten Jahre, nachdem Ludwig XIV. auch an Spanien den Krieg erklärt, dieses beitrat (6. Juni 1690) und als auch Herzog Viktor Amadeus von Savoyen sich anschloß (20. Oktober 1690), erbittert durch den französischen Druck und gewillt, sich davon zu befreien. Spanien gegenüber wurde begreiflicherweise von dem Geheimartikel über die Sukzession keine Mitteilung gemacht.

Zur gleichen Zeit wie die große Allianz kam noch ein anderes bedeutsames Bündnis zustande. Kurfürst Max Emanuel von Bayern hatte, wie wir sahen, die Allianz mit Leopold trotz aller Bemühungen kaiserlicher Gesandter noch nicht erneuert[1]). Aber die Kölner Frage, dann der Oberbefehl in Ungarn und der glorreiche Feldzug von 1688, der französische Friedensbruch und Einfall ins Reich brachten den Kurfürsten wieder ganz an die Seite des Kaisers. Jetzt wurde am 4. und 5. Mai 1689 das Bündnis von 1683 erneuert, der Kurfürst verpflichtet sich für die Dauer des Krieges gegen Frankreich jährlich 8000 Mann zu stellen, gegen jährlich 400000 Gulden Subsidien auf fünf Jahre. Und jetzt wird der Plan von 1685 wegen der spanischen Niederlande ernstlich aufgenommen, der Kaiser verspricht alles aufzubieten, um den König von Spanien zu bestimmen, daß er dem Kurfürsten die Statthalterschaft der Niederlande übertrage, und dahin zu wirken, daß nach Gestalt der Dinge bei mangelnden ehelichen Erben des Königs von Spanien die Niederlande ganz an Max Emanuel übergehen.

Indessen hatte der Krieg im Jahre 1689 seinen Fortgang genommen[2]). Die Franzosen gaben ihm die grauenvollste Gestalt. Die Zurückdrängung auf die Rheinlinie und die Nötigung zur Defensive führten Louvois und seinen König zu dem Beschlusse, durch systematische und erbarmungslose Verwüstung von Land und Städten der ganzen Rheinpfalz diese Gebiete dem Feinde wertlos und unhaltbar zu machen. Schon im Januar 1689 wurde von Heilbronn und Heidelberg aus das entsetzliche Werk begonnen, vom März an in voller Wut fortgesetzt[3]), im

1) Vgl. oben S. 402 f. und Riezler, Gesch. Baierns VII, 345 ff.

2) Für das Folgende vgl. im allgemeinen Erdmannsdörffer II, 11 ff. 19 ff., für die Teilnahme Bayerns Riezler VII, 348 ff. Die ältere Darstellung bei Wagner, Hist. Leopoldi II, 89 ff. ist als Übersicht brauchbar, im einzelnen oft ungenau.

3) Über die Zerstörungen in Heidelberg, Mannheim und Umgegend neue Mitteilungen in dem oben S. 416 Anm. 1 zitierten Briefwechsel Philipp Wilhelms, S. 240 ff.



Mai wurden Speier, Worms und Oppenheim zerstört, bis in den Herbst dauerte die Verheerung der unglücklichen Landschaften.

Die Truppen des Kaisers und Reiches waren zunächst zu schwach, um diese Greuel zu hindern. Aber ganz Deutschland war tief erregt und empört, schon am 3. April kam es zur Kriegserklärung des Reiches. Auch die im März einsetzenden kriegerischen Aktionen der armierten Stände des Magdeburger Konzerts und des Kaisers vermochten dem Wüten der Franzosen in der Rheinpfalz keinen Einhalt zu tun, wennschon sonst der Feldzug des Jahres 1689 zu Erfolgen führen sollte. Es handelte sich, den Franzosen am Niederrhein entgegenzutreten, am Mittelrhein namentlich Mainz wiederzugewinnen, im Süden die Schwarzwaldpässe zu decken und von da vorwärtszukommen [1]). Gegen den Niederrhein wandte sich die brandenburgische Armee, der sich holländische und münsterische Truppen anschlossen, und begann seit dem März von Wesel aus mit Glück ihre Aktion gegen das von den Franzosen fast ganz besetzte Gebiet des Erzstiftes Köln. Ihr Hauptziel war die Eroberung des stark befestigten Bonn, das seit Ende Juni belagert wurde. Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg kam jetzt selbst ins Feld. Im Süden sicherten die Bayern seit März den Schwarzwald, Kurfürst Max Emanuel übernahm Ende Mai persönlich den Oberbefehl über seine Truppen, sowie über bayrische Kreisvölker und über 6850 Kaiserliche; der Kaiser hatte ihm den General Caprara als erfahrenen Berater zur Seite gegeben. Es entsprach den Wünschen Leopolds, daß Max Emanuel sich enschloß, mit der Hälfte seines Heeres sich mit der Hauptarmee unter Karl von Lothringen zur Belagerung von Mainz zu vereinigen, und dies gegen Mitte Juli vollzog.

Unter tausend Schwierigkeiten und Reibungen hatte sich endlich im Juni die Sammlung der Mainarmee vollzogen [2]). Als Kurfürst Max Emanuel dazustieß, betrug das Gesamtheer wohl gegen 60000 Mann. Man deleberierte noch, ob man nicht an die Mosel oder gegen Philippsburg sich wenden solle. Karl von Lothringen gab den Ausschlag für die Belagerung von Mainz. Er mußte sich mit den Kurfürsten von Bayern und Sachsen in das Kommando teilen. Zahlreiche andere Fürsten waren herbeigeeilt, auch Prinz Eugen von Savoyen focht im kaiserlichen

1) Das in Wien im Februar 1689 gemachte Kriegsprogramm (vgl. Srbik, S. 261) blieb Entwurf.

2) Sie bestand aus 20000 Kaiserlichen, 13000 Sachsen, 6000 Hessen, ferner aus fränkischen Kreistruppen und Hannoveranern.



Heere. Mitte Juli begann die Belagerung von Mainz, das der französische General d'Huxelles mit 9000 Mann verteidigte. Es war ein auf beiden Seiten tapferes und blutiges Ringen [1]). Kurfürst Max Emanuel zeichnete sich auch hier durch seine unerschrockene, mit fortreißende Tapferkeit aus. Die Verteidiger wehrten sich mutig und ausdauernd, aber es begann in der Stadt die Munition knapp zu werden, ein Entsatz durch Marschall Duras kam durch dessen Zögern nicht zustande, nach dem blutigen und mörderischen Sturm vom 6. September entschloß sich d'Huxelles zur Kapitulation. Am 8. September übergab er die Stadt gegen ehrenvollen Abzug. Die Besatzung, noch 5000 Mann — 4000 Mann hatten die Franzosen, bei 6000 die Belagerer verloren — zog nach Landau zur Armee Boufflers. Mainz, der Sitz des ersten Kurfürsten des Reiches, 1688 allzu leicht aufgegeben, war, wenn auch mit schweren Opfern, wiedergewonnen. Gewiß ein Erfolg, aber er verlangte nach mehr.

Das belagerte **Bonn** hatte sich, auch nachdem ein Entsatzversuch des Marschalls Boufflers gescheitert war, hartnäckig gehalten. Vom Kaiser und vom Herzog von Lothringen während der Mainzer Belagerung um Hilfe gebeten, hatte Kurfürst Friedrich eben 6000 Mann abgesandt, als Mainz fiel. Das Hilfskorps kehrte um, und nun eilte Lothringen selber mit 14000 Kaiserlichen und mit Hannoveranern vor Bonn, während Max Emanuel zunächst an den Oberrhein und Schwarzwald zurückging, wo der General Sereni mit Bayern und einigen kaiserlichen Truppen wenig ausgerichtet hatte; der Kurfürst von Sachsen zog an den Neckar zum Schutze Schwabens. Vor Bonn aber unternahmen die verbündeten Heere am 9. Oktober einen Generalsturm und drangen bis zum Hauptwall vor. Jetzt endlich kapitulierte der tapfere Kommandant d'Asfeld, am 13. Oktober zogen die Sieger in die arg zusammengeschossene Stadt.

Der Krieg war glücklich begonnen; auch in Belgien hatte Georg Friedrich von Waldeck als Führer der Holländer am 27. August bei Walcourt die Franzosen unter Humières geschlagen. Trotz der unvermeidlichen Reibungen hatten die deutschen Fürsten und Heere in den Hauptsachen einig zusammengewirkt und durch die Konzentrierung einer

1) Schon in den ersten Tagen wurde Prinz Eugen verwundet, fiel der junge kaiserliche General Friedrich Wilhelm von Pfalz-Neuburg, ein Bruder der Kaiserin, und wurde Pfalzgraf August Leopold von Veldenz schwer verletzt, der dann seinen Wunden erlag.



starken Macht auf die Rheinlinie die Erfolge errungen. Ein besonderes Verdienst daran gebührte sicherlich Karl von Lothringen, dessen unbestrittenes militärisches Ansehen und dessen Takt imstande waren, vermittelnd und zusammenhaltend zu wirken. Und nun bereitete sich ein weiterer Erfolg des Kaisers und der Einigkeit der deutschen Fürsten auch in einer friedlichen, aber bedeutungsvollen Frage vor, in der Wahl Josefs, des jungen erstgeborenen Kaisersohnes, zum römischen König [1]).

Bereits im Frühjahr 1689 waren am Kaiserhofe lange schon gehegte Absichten zu dem Entschlusse gereift, jetzt die Nachfolge Habsburgs im Reiche sicherzustellen. Erzherzog Josef, am 26. Juli 1678 geboren, zählte zwar erst elf Jahre, allein dies Bedenken schwieg vor der überaus günstigen Konstellation aller anderen Umstände. Des Kaisers Schwiegervater, Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz, und der Hofkanzler Stratmann wiesen eindringlich auf die Gunst der Lage hin, aber auch König Wilhelm von England ermunterte zu einem Entschluß. Eben fügte sich ja die große Allianz gegen Frankreich zusammen und jene Verträge, in denen einst die Kurfürsten von Bayern, von Brandenburg und Sachsen mehr oder minder weitgehende Versprechen zugunsten einer französischen Kandidatur auf den deutschen Thron gegeben hatten, waren zerbrochen und hinfällig. Dennoch aber hatte Ludwig auf solche Absichten nicht im mindesten verzichtet und eine vorlaute Äußerung des französischen Gesandten Gravelle in Berlin, sein König habe kein höheres Ziel von Augen, als dem Dauphin die römische Königskrone zu erwerben, mag bei dem Kaiser den Ausschlag gegeben haben, keine Zeit zu verlieren. „Frankreich", so schreibt Leopold am 16. Mai 1689 an Baron Fridag, seinen Gesandten in Berlin, „scheint für den Dauphin die Krone zu beanspruchen. Dem muß ein Ende gemacht werden." Der Kaiser hatte zugleich beschlossen, im Juli nach Augsburg zu ziehen, um dem Kriegsschauplatz näher zu sein, hauptsächlich aber um die Wahl von der Stadt aus zu betreiben [2]), die als Wahl- und Krönungsort in Aussicht ge-

1) Vgl. hierfür Wagner, Hist. Leopoldi II, 151 ff., besonders Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700, S. 24 ff. Erdmannsdörffer II, 34 ff.

2) Diese Motive erwähnt Leopold selbst in einem Schreiben vom 7. Mai 1689 an Marco d'Aviano. Dieser billigt (26. Mai und 10. Juni) den Plan der Wahl auf das eifrigste und mahnt, dieselbe solle so bald als möglich vollzogen werden. Corrispondenza, S. 183. 186. 188. Marco kommt auf dringende Einladung des Kaisers im Juli nach Wien; er geht dann im Oktober nach München und spricht da mit dem jungen Kurfürsten Josef Klemens von Köln, den er molto ben disposto für den Kaiser findet. Corrisp., S. 189 f.



nommen wurde, da Frankfurt wegen der nahen Kriegsgefahr nicht in Frage kam. Fridag hatte bei Kurfürst Friedrich Fühlung zu nehmen, er fand bei diesem und dem Kanzler Eberhard von Danckelmann das bereitwilligste Entgegenkommen — es entsprach vollkommen dem Vertrag von 1686. Auch bei den anderen Kurfürsten fanden die Eröffnungen des Wiener Hofes durchaus zustimmende Aufnahme, ja Anselm Franz von Mainz hatte am 6. Juni seinerseits die Anregung nach Wien gegeben, jetzt die Wahl Josefs ins Werk zu setzen. So ließ sich alles günstig an, Ludwig von Frankreich, der ärgste Gegner dieser Wahl, war ihr wirksamster Förderer geworden durch seinen empörenden Einfall ins Reich.

Am 28. Juli 1689 verließ Kaiser Leopold mit der Kaiserin und Erzherzog Josef Wien, um nach Augsburg zu ziehen. Er nahm den Weg über Neuburg an der Donau. Hier wurde am 28. August die Vermählung Maria Annas, einer Tochter des Kurfürsten Philipp Wilhelm von der Pfalz und Schwester der Kaiserin, mit König Karl II. von Spanien durch Prokuration gefeiert. Wieder ein glänzender Erfolg der pfalz-neuburgischen Haus- und Heiratspolitik, der alte kluge Kurfürst konnte jetzt mit Stolz und Genugtuung den Kaiser und zwei Könige (auch Portugal seit 1687) Schwiegersöhne nennen [1]). Am 31. August zog der Kaiser in Augsburg ein. Nach und nach kamen auch die Kurfürsten in die Wahlstadt, nur Friedrich von Brandenburg und Johann Georg von Sachsen erschienen nicht persönlich. Mit Brandenburg schwebten eben recht peinlich werdende Verhandlungen wegen Quartiergeldfragen für die Truppen und besonders über die Rückgabe des Kreises Schwiebus an Österreich. In dieser leidigen Sache kam, da dem Kaiser natürlich aufs höchste daran lag, daß Brandenburg der Wahl keine Schwierigkeiten bereite, im Dezember eine vorläufige Vereinbarung und ein Aufschub zustande, aber diese Differenzen wirkten mit, daß Kurfürst Friedrich nicht selber nach Augsburg ging [2]).

Am 12. Dezember 1689 wurde die kaiserliche Proposition überreicht, am 15. begannen die Beratungen des kurfürstlichen Kollegiums. Welch ein Unterschied gegen die Vorgänge bei Leopolds eigener Wahl! Trotz all jener Spannungen zwischen Wien und Brandenburg hatte Kurfürst

1) Dazu war sein ältester Sohn Johann Wilhelm seit 1678 mit K. Leopolds Stiefschwester Maria Anna vermählt, Ludwig Anton war damals Hoch- und Deutschmeister und Bischof von Worms, Franz Ludwig Bischof von Breslau.

2) Vgl. Pribram, S. 35ff. 52. — Die Rückgabe von Schwiebus erfolgte dann erst im Januar 1695.

Friedrich schon am 29. September seinem Gesandten in Augsburg die Weisung gegeben: ob und wer gewählt werden soll, ist bereits entschieden; es könne sich nur darum handeln, für den Vorteil der Kurfürsten und die Wahrung ihrer Privilegien zu sorgen [1]). Bei Beratung der Wahlkapitulation war es jetzt selbstverständlich, daß jene Assistenzartikel der Kapitulation Leopolds beseitigt werden mußten; vielmehr wurde jetzt sogar „wegen des von der Krone Frankreich wider das heil. Römische Reich verübten Friedensbruches“ die im Westfälischen Frieden auf Frankreich bezüglichen Bestimmungen als nicht mehr verbindlich erklärt. Zwar nicht in fünf Stunden, wie Stratmann, des glatten Verlaufes sicher, gemeint haben soll, wurde die Wahlkapitulation erledigt, so doch in fünf Wochen. Ja, auf Antrag Philipp Wilhelms von der Pfalz erklärte überdies noch das Kurkolleg — gegen den Widerspruch Brandenburgs — daß Josef nötigenfalls bereits mit 16 Jahren die Reichsregierung antreten könne.

Nachdem am 19. Januar 1690 die Gemahlin Leopolds als Kaiserin gekrönt worden, erfolgte am 24. Januar in der Ulrichskirche zu Augsburg die Wahl Josefs zum römischen König, am 26. wurde er gekrönt. Wohl war dem Knaben die Krone noch zu weit und zu schwer, aber mit Recht rühmte man jetzt schon die ausgezeichneten und vielversprechenden Anlagen des jungen Königs. Und sicherlich bedeuteten diese glanzvollen Tage von Augsburg einen Aufschwung und Höhepunkt der kaiserlichen Autorität und der Macht des Hauses Österreich, wie er vor zehn Jahren noch unmöglich geschienen hätte. Damals, nach dem Frieden von Nymwegen, die Blütezeit französischer Vormacht und des Hochmutes Ludwigs XIV., das Reich zerrissen, seine größten Fürsten in französischem Gefolge, bereit, sogar die deutsche Krone Frankreich auszuliefern, der Kaiser gedemütigt, Österreich in Furcht vor der drohenden Türkengefahr, in Ungarn die furchtbare Kuruzzenzeit. Und jetzt! Ungarn fast ganz vom Türkenjoche befreit und ein Erbkönigreich der Habsburger, die Türken gerade erst neuerdings tief im Balkan geschlagen, das Reich einig mit dem Kaiser, dessen Sohn ohne Widerspruch zum Nachfolger gewählt wird, in sich einig wie schon seit langem nicht mehr und verbunden mit den großen Seemächten wider das übermütige Frankreich.

Im freudigen Gefühle, daß „die Dinge in Augsburg wunderbar gut gegangen“, kehrte Kaiser Leopold im Februar 1690 über München und Altötting, wo er frommen Sinnes Gott und der Gottesmutter dankte,

1) Pribram, S. 54.



nach Wien zurück. Am 4. März hielt er und der junge römische König prächtigen Einzug in Wien, feierlich empfangen, wobei „sonderlich der Rektor der Universität eine zierliche Oration" hielt [1]).

Aber für die erfolgreiche Fortführung des großen Kampfes im Osten und Westen traten eben jetzt widerwärtige Umstände ein. An der Pforte war der tatkräftige Mustafa Köprili Großwesir geworden; er wollte nichts von Frieden wissen und begann starke Rüstungen. Der französische Botschafter in Konstantinopel, Marquis Chateauneuf, schürte nach Kräften. Der erste Tag des Jahres 1690 brachte einer kaiserlichen Heeresabteilung in Albanien eine schlimme Schlappe. Man mußte einen schweren Angriff der Türken erwarten und hatte bei den schon fühlbaren finanziellen Lasten des Doppelkrieges kein Geld zu rechtzeitigen Rüstungen. Gegen Frankreich war für den Feldzug von 1690 ein kombinierter Angriff geplant. Der Kaiser hätte vor allem gewünscht, daß König Wilhelm eine Landung in Frankreich ausführe und dadurch ermögliche, daß die Armeen der Verbündeten den Rhein überschreiten und den Krieg nach Frankreich selber tragen. Im Februar wurde Graf Königsegg nach England gesandt, um diesen Plan zu betreiben. Aber Wilhelm wollte vor allem Irland gewinnen, und verwies auf die bedeutende englische Seemacht [2]). So sollten denn die Niederländer mit englischen Hilfstruppen in Brabant und Flandern, die Spanier zwischen Sambre und Maas, die Brandenburger zwischen Maas und Mosel, die Sachsen mit den schwäbischen Kreisvölkern am Mittelrhein, die Kaiserlichen endlich mit den Bayern, Schwaben und Franken am Oberrhein vorgehen, Hüningen erobern und von da über den Rhein ins südliche Elsaß und nach Lothringen dringen. Karl von Lothringen verhieß den Untertanen seines Herzogtums den Einmarsch mit 40000 Mann [3]).

1) Klopp, Corrispondenza, S. 191 ff. Schenckhel, Lebensdiarium Leopolds I.

2) Klopp, Fall des Hauses Stuart V, 92. Königsegg hatte auch noch folgenden Auftrag. In Schweden war der alte Graf Benedikt Oxenstjerna ein Gegner Frankreichs und eine Stütze der der Allianz geneigten Politik. Vergebens hatte ihn 1689 Ludwig XIV. durch Gold zu gewinnen gesucht. Oxenstjerna war nicht reich und wollte sich zurückziehen. Um ihn zu halten, gab Kaiser Leopold die Anregung, daß ihm die Verbündeten eine jährliche Unterstützung zuwenden mögen. König Wilhelm erklärte sich bereit, ebenso die Generalstaaten und Spanien, sie setzten zusammen für Oxenstjerna ein Jahrgeld von 8000 Talern aus. Klopp V, 200.

3) Vgl. hierfür und für das Folgende im allgemeinen Wagner, Hist. Leopoldi II, 155 ff.



Wenn schon die beiden Hauptalliierten, der Kaiser und König Wilhelm, durch Türken und Irland in Anspruch genommen, nur einen Teil ihrer Heeresmacht dem Kampf gegen Frankreich widmen konnten, so stand es noch übler mit der allgemeinen Einigkeit und der Bereitschaft der andern. Zu Augsburg hatte Leopold dem Kurfürsten von Bayern zusichern müssen, daß er einen ganz selbständigen, vom Lothringer unabhängigen Oberbefehl erhalte, wie das übrigens auch die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen beanspruchten [1]). „In Brüssel hält man mit zwecklosen Beredungen die Dinge hin, in Hannover politisiert man [2]).“ Friedrich von Brandenburg kam erst im Juli, Johann Georg von Sachsen im August ins Feld. Reibungen und Rivalitäten gab es auch zwischen den Generalen. Das schlimmste aber war der Tod jenes Mannes, der allein imstande gewesen wäre, vermittelnd und einigend zu wirken und dann den Feldzug glücklich zu führen. Am 18. April 1690 starb Herzog Karl von Lothringen. Er war auf der Reise von Innsbruck nach Wien plötzlich schwer erkrankt und wurde binnen Tagesfrist dahingerafft. Dies geschah in Wels, wo einstens auch Kaiser Maximilian I., ebenso auf dem Wege von Innsbruck nach Wien gestorben war. Vor seinem Tode empfahl Herzog Karl noch seinem kaiserlichen Schwager seine Gemahlin, seine Kinder und sein Erbland. Freund und Feind, König Wilhelm von England und Louvois, stimmten überein, daß der Tod Herzog Karls der größte Verlust sei, der die Verbündeten treffen konnte [3]).

Dagegen hatte Ludwig XIV. all seine finanziellen und militärischen Kräfte zusammengenommen. Gegen Belgien wurden die Marschälle Luxembourg und Boufflers entsandt, Ende Juni vereinigten sie ihre Heere. Vergeblich mahnte man vom Haag aus die Brandenburger zu schleunigstem Anmarsch. Am 1. Juli kam es bei Fleurus, westlich Namur, zu einer blutigen Schlacht, in der Waldeck mit den Holländern und Spaniern

1) Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700, S. 61f.

2) So schreibt der Fürst von Waldeck am 9. Juni an den kaiserlichen Gesandten Grafen Berka im Haag. Klopp V, 117.

3) Vgl. Klopp V, 114 und Rousset, Louvois IV, 387, vgl. schon Pribram, a. a. O., S. 64. — Das angebliche Politische Testament Karls von Lothringen hat schon Wagner, Hist. Leopoldi II, 154 als Fälschung bezeichnet. R. Koser hat dann in der Histor. Zeitschr. XLVIII, 45ff. eingehend nachgewiesen, daß dieses Testament, das Herzog Karl im November 1687 zu Preßburg dem Kaiser übergeben haben soll und das 1696 im Druck erschien, eine Fälschung ist und wahrscheinlich von dem Abbé Chevremont herrührt, der längere Zeit in Diensten des Herzogs gestanden hatte. Übrigens bedürfen noch manche tatsächliche Angaben des Testaments einer Untersuchung.



geschlagen wurde. Und wenige Tage später, am 10. Juli, erlitt die englisch-holländische Flotte an der Küste von Sussex bei Beachy Head eine schwere Niederlage. Und wenn auch um dieselbe Zeit am 11. Juli König Wilhelm am Boynefluß in Irland seinen für die Zukunft höchst bedeutungsvollen Sieg über Jakob II. errang, so übte dieser Erfolg zunächst für den großen Krieg keine Wirkung.

In Deutschland hatte der Kaiser nach dem Tode Karls von Lothringen dem Kurfürsten von Bayern den Oberbefehl über die kaiserlichen und Reichstruppen in Süddeutschland übertragen. Die Truppen rückten im Mai ins Feld, im Juni traf Max Emanuel zu Sinsheim an der Elsenz bei ihnen ein. Man wartete auf die Sachsen. Der Kaiser drängte auf einen Angriff auf Hüningen und Übergang auf das linke Rheinufer. Inzwischen erfolgte die Schlacht bei Fleurus. Der Kurfürst von Trier rief um Hilfe, und als nun endlich Johann Georg von Sachsen herbeikam, begann Max Emanuel den Marsch an die Mosel. Als jedoch der Dauphin mit verstärkten Kräften am 16. August den Oberrhein überschritt, kehrte Max Emanuel auf Drängen des Kurfürsten von Sachsen mit dem größten Teile seines Heeres wieder um. Man zog dem Dauphin entgegen, der im Breisgau auf Freiburg gestützt, eine starke Stellung einnahm. Max Emanuel brannte auf einen Angriff. Aber verleitet durch Nachrichten von Bewegungen der Franzosen gegen Rheinfelden, wollte man einen Einbruch über die Waldstädte nach Schwaben verhindern, und zog durch das Kinzigtal nach Villingen. Aber die Franzosen waren nur bis Neuenburg marschiert und zogen anfangs Oktober über den Rhein ins Elsaß zurück. Beiderseits bezog man die Winterquartiere, ohne daß somit die Heere zum Schlagen gekommen wären [1]).

Die kaiserlichen Truppen waren übrigens schon im Juni um 5000 Mann vermindert worden, die auf einen neuen Kriegsschauplatz abmarschierten, nach Piemont-Savoyen [2]).

1) Riezler, Gesch. Baierns VII, 356 meint: es „mag doch die Verschwägerung der beiden Heerführer — Max Emanuels Schwester war die Gemahlin des Dauphins, aber am 20. April eben dieses Jahres gestorben — nicht ohne Einwirkung geblieben sein, wenn der deutsche Feldzug dieses Jahres statt in Kämpfen nur in Märschen verlief".

2) Für das Folgende vgl. Wagner, Hist. Leopoldi II, 164 ff., dann besonders Rousset, Louvois IV, 261 ff., dem Klopp V, 176 ff. wesentlich folgt; Arneth, Prinz Eugen I, 38 ff. Eine Hauptquelle ist die Korrespondenz des Prinzen Eugen, Militärische Korrespondenz des Prinzen Eugen von Savoyen, hg. von F. Heller (2 Bde., 1848).



Herzog Viktor Amadeus II. von Savoyen war das Prototyp der Fürsten seines Hauses. Eingeklemmt zwischen der Macht Frankreichs und Spaniens, das Mailand beherrschte, wurde bei Savoyen die Schaukelpolitik traditionell. Seit den letzten Jahrzehnten standen die Herzoge ganz im Banne Frankreichs: dieses streckte durch den Besitz von Perosa und Pinerolo (seit 1631) seinen Arm mitten hinein nach Piemont; seit 1681 drohte von der anderen Seite Casale am Po als französische Festung. Im Jahre 1686 hatte Ludwig XIV. den Herzog gezwungen, auch in seinen Gebieten gegen die ketzerischen Waldenser oder Barbets, wie man sie wegen ihrer Bärte nannte, mit aller Härte vorzugehen, und 1689 hatte er drei Regimenter Piemontesen verlangt und, als Viktor Amadeus Schwierigkeiten machte, ihn genötigt, schließlich selber um die gnädige Annahme der Regimenter zu bitten. Allein der Herzog lauerte schon auf eine Gelegenheit, sich von Frankreich loszumachen und verfolgte mit Spannung das Werden der großen antifranzösischen Koalition. In Wien hatte man eine Ahnung von der Stimmung des Herzogs und betraute zu Anfang 1689 seinen Vetter, den Prinzen Eugen, mit einer Sondierung in Turin. Diese ließ Günstiges erwarten, der gewandte Venetianer Abbé Grimani führte dann eigentliche Verhandlungen. Der Kaiser versprach Truppen, England und Holland Subsidien, der Lohn sollte Pinerolo sein, und der vom Herzog heiß erstrebte Titel „Königliche Hoheit“, sowie die Zusicherung gewisser italienischer Reichslehen (Millesimo u. a.), wofür Viktor Amadeus ein schönes Stück Geld zu zahlen bereit war. Die Erfolge von 1689 und eine Zusammenkunft mit Max Emanuel in Venedig beschleunigten den Entschluß des Herzogs, im Frühjahr 1690 zahlte er 100000 Dukaten für Lehen und Titel — ein Geld, das „gleichsam durch ein Mirakel“ die Leere der kaiserlichen Kassen etwas füllte [1]) — und am 4. und 6. Juni 1690 schloß Savoyen das Bündnis mit dem Kaiser und mit Spanien gegen Frankreich [2]).

Das geschah angesichts von 16000 Mann französischer Truppen unter Catinat, die seit Anfang Mai in Piemont standen. Hatte man zuerst von Versailles aus hochfahrend drohen lassen, so suchte man jetzt

1) Leibniz, der damals wieder in Wien war, schrieb am 11. Mai 1690 an die Herzogin Sophie von Hannover: „Man nennt es Mirakelgeld, denn es gilt hier die Meinung, daß in der Zeit großer Not der Kaiser Leopold immer ein Mirakel zur Rettung bei der Hand habe.“ Klopp, Das Jahr 1683, S. 466.

2) Am 20. Oktober 1690 tritt dann Viktor Amadeus förmlich der großen Allianz bei. Vgl. Bittner, Chronolog. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 102. 103.

einzulenken. Allein Viktor Amadeus sah seinen Vorteil auf seiten der großen Allianz, schon waren spanische Hilfstruppen aus Mailand nahe und fünf kaiserliche Regimenter brachen von Schwaben auf, um durch Graubünden heranzuziehen. Prinz Eugen von Savoyen, zum General der Kavallerie ernannt, führte dieses Hilfskorps. Er eilte voraus und kam im Juli in das savoyische Lager bei Carignano südlich Turin. Die Franzosen verheerten, gemäß den Anordnungen von Louvois, Piemont, Herzog Viktor Amadeus, brennend vor Ehrgeiz, wollte trotz der Warnungen Eugens, der dringend auf die Ankunft seiner Truppen zu warten riet, schlagen, und so kam es am 18. August zum Treffen bei Staffarda. Die meist neugeworbenen piemontesischen und spanischen Truppen reichten nicht aus, nur Prinz Eugen hielt die Reiterei des linken Flügels und deckte den Rückzug nach Moncalieri. Hier trafen nun zwar bald die kaiserlichen Regimenter und das Gros der spanischen Hilfstruppen ein, aber die spanischen Generale und der Gouverneur von Mailand, Graf Fuensalida, zeigten nicht die mindeste Kampflust, machten die lächerlichsten Schwierigkeiten und „ihr Ziel schien in völliger Untätigkeit zu bestehen“, wie Eugen verärgert und ungeduldig am 13. Oktober nach Wien schrieb. Inzwischen wüsteten die Franzosen greulich in Piemont, nahmen Susa und fast ganz Savoyen und so kam schon wieder die Zeit der Winterquartiere. Auch hier also Schlappen und zum Teil selbstverschuldete Mißerfolge der Verbündeten.

Die kaiserlichen Waffen hatten in diesem Jahre 1690 auch gegen die Türken kein Glück gehabt, Siebenbürgen war bedroht, Belgrad wieder verloren gegangen. Noch lebhafter als schon früher hatten König Wilhelm wie auch die Staaten versucht, den Kaiser zum Frieden mit den Türken, ja zu diesem Zwecke noch im März 1691 sogar zum Verzicht auf Siebenbürgen zu bewegen, damit Leopold seine ganze Kraft gegen Frankreich wenden könne. Aber der Kaiser erklärte, daß er Siebenbürgen unmöglich preisgeben könne, daß Frankreich unablässig bei der Pforte zum Kriege schüre, und er betrieb für den Türkenfeldzug von 1691 stärkere Rüstungen als je [1]).

Hier waltete eben ein tiefer Interessenunterschied zwischen dem Kaiser und den Seemächten, der im weiteren Verlaufe des Kriegs immer wieder

1) Vgl. Klopp, Das Jahr 1683, S. 472 ff., Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 289 ff., dessen vortreffliche Darstellung der diplomatischen Verhandlungen auch für die folgenden Jahre eine wertvolle Grundlage bietet.

hervortrat. Die Seemächte wünschten ungestörten Handelsverkehr in der Levante und die Ausschaltung der französischen Konkurrenz; daher Ruhe im Orient und volle Konzentration der Kräfte gegen Frankreich. Dazu gesellten sich sonstige mannigfache Reibungen innerhalb der Teilnehmer der großen Allianz. Allerdings traten ihr im April 1691 Brandenburg, Bayern und der Kurfürst von Mainz bei [1]), aber die Spannungen Brandenburgs und Sachsens gegen Hannover wegen des Lauenburger Streites, zwischen Sachsen und dem Kaiser wegen der Winterquartierfragen, die auch sonst zu ewigem Streite führten, wurden ein stetes Hemmnis raschen Zusammenwirkens. Unter solchen Auspizien stand der **Feldzug von 1691**. Am Oberrhein standen Kaiserliche, Bayern, Hessen, sowie fränkische und schwäbische Kreistruppen unter dem General Caprara, zu denen erst im Juli Kurfürst Johann Georg von Sachsen stieß. Ihnen gegenüber befand sich eine mäßige französische Armee unter de Lorges. Der Kurfürst, ganz von seinem Feldmarschall Hans Adam von Schöning beraten, versuchte eine Offensive über den Rhein in die Pfalz, gab sie aber wieder auf, als die Franzosen bei Philippsburg einbrachen, Pforzheim nahmen und Schwaben bedrohten. Peinlich und störend wirkte bei allen Aktionen der fortwährende Streit zwischen Caprara und Schöning, den man damals schon des Einverständnisses mit den Franzosen zieh. Caprara verließ im August krank die Armee. Diese wurde durch eine heftige Seuche mitgenommen, der am 22. September auch Kurfürst Johann Georg III. erlag. Auch die Franzosen litten unter der Ruhr, mußten überdies Truppen nach Savoyen abgeben und räumten schon im September den Breisgau. Damit war diese beiderseits matte und tatenlose Kampagne zu Ende [2]).

Auf dem belgischen Kriegsschauplatz hatten die Franzosen schon am 8. April 1691 das starke Mons erobert, waren aber dann, da sie an Zahl schwächer, allen offenen Kämpfen ausgewichen, so daß König Wilhelm nicht zum Schlagen kam. Ebensowenig kamen die Brandenburger zwischen Maas und Mosel zum Kampfe, und auch zur See ereignete sich nichts [3]).

1) Bittner, Chronolog. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 104.

2) Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi II, 190 ff., Riezler, Gesch. Baierns VII, 362. Es ist möglich, daß die zwischen Kursachsen und Frankreich schwebenden Verhandlungen an der lauen Kriegführung auch auf französischer Seite mitwirkten. Schulte I, 71.

3) Klopp, Der Fall des Hauses Stuart V, 288 ff.

So schien in diesem Jahre der savoyische Krieg noch die meiste Bedeutung zu gewinnen [1]). Louvois sagte einmal, daß hier Frankreichs verwundbarste Stelle sei. Hier den Feind im eigenen Lande anzugreifen, schwebte dem Kaiser und dem Prinzen Eugen vor. Aber zu einer kräftigeren Kriegführung bedurfte es einer größeren Heeresmacht. Auch Herzog Viktor Amadeus war von dieser Notwendigkeit überzeugt, in seinem Auftrag ging Prinz Eugen Ende März 1691 nach Wien. Eugen fand Bereitwilligkeit, es wurde Caraffa mit dem Kommando der auf 12000 Mann zu erhöhenden kaiserlichen Truppen betraut, es wurde anfangs Mai durch Eugen und Caraffa auch Kurfürst Max Emanuel zu einer Hilfe von 6000 Mann gewonnen und ihm der Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht zugesagt, auch versprach Wilhelm von England beträchtliche Subsidien. All das war freilich dringend nötig, wollte man etwas erreichen. Denn Catinat hatte schon am 4. April Nizza genommen, war dann in die piemontesische Ebene vorgerückt, nahm Savigliano und Carmagnola, bedrohte Turin und belagerte Cuneo (Coni). Dieses entsetzte zwar Prinz Eugen mit savoyischen Truppen glücklich am 28. Juni, aber erst im August waren endlich die kaiserlichen und bayerischen Truppen beisammen im Lager von Moncalieri, mit der savoyischen Armee und den Spaniern im ganzen ein schönes Heer von mehr als 40000 Mann. Man wünschte eine Schlacht, wagte aber nicht Catinats starke Stellungen bei Saluzzo anzugreifen, man eroberte am 8. Oktober Carmagnola, aber man ließ Catinat Zeit, Pinerolo und Susa zu verstärken, man dachte an die Belagerung dieser wichtigen Plätze, zog gegen Susa, ging aber Ende Oktober wieder zurück.

Also auch hier ein unbefriedigender Ausgang großer Absichten und Entwürfe. Max Emanuel war ein glänzender Kriegsmann, aber kein großer Feldherr, ähnlich der Herzog von Savoyen und Marquis Leganez, Gouverneur von Mailand, Graf Caraffa ein tüchtiger Kriegskommissär, aber kein Stratege, unentschlossen, unklar, und anderseits wieder hart und gewalttätig; Graf Johann Karl Pálffy, Prinz Commercy, die anderen kaiserlichen Generale, persönlich tapfer, doch keine bedeutenden Militärs. Jünger als alle diese Männer war Prinz Eugen. Er errang mit kleineren Truppenteilen gar manchen prächtigen Erfolg, aber er besaß noch keine entscheidende Stellung, er machte wohlbegründete Vorschläge, aber

1) Vgl. Wagner, Hist. Leopoldi II, 170 ff., Arneth, Prinz Eugen I, 52 ff., Riezler VII, 359 ff. Eine eingehende Darstellung dieses Feldzuges von 1691 bis zum Juli bei Rousset, Hist. de Louvois IV, 481 ff.



sie wurden nicht befolgt. Eugen äußert sich in seinen Briefen sehr scharf über Caraffa und über die ganze elende Kriegführung, er geriet mit Caraffa sogar in einen persönlichen argen Konflikt, in dem er sich hinreißen ließ und einen Tadel von seiten des Kaisers erfahren mußte. Max Emanuel und Caraffa kehrten nicht mehr auf diesen Kriegsschauplatz zurück. Caraffa wollte man auch bei Hofe nicht mehr nach Italien senden [1]), der Kurfürst aber war am 12. Dezember 1691 zum Statthalter der spanischen Niederlande ernannt worden.

Immerhin hatte auf anderen Kriegsschauplätzen das Jahr 1691 zwei große Erfolge gebracht, die günstig rückwirken konnten: der glänzende Sieg des Markgrafen Ludwig von Baden über die Türken bei Szlankamen am 19. August, und die volle Niederwerfung des irisch-jakobitischen Aufstandes. Kaiser Leopold und König Wilhelm bekamen freiere Hand. Auch der Tod von Louvois (16. Juli 1691) war ein Ereignis. Louvois hatte ganz wesentlich zum Ausbruch dieses Krieges beigetragen und war schuld an dessen furchtbaren Greueln. Aus der geplanten Einschüchterung Deutschlands war ein Kampf Mitteleuropas und der Seestaaten gegen die französische Vormacht geworden. Er lastete schwer auf Frankreich. Der Verlust seines bedeutendsten Beraters und Helfers [2]) legte es Ludwig XIV. doppelt nahe, den öfter schon erfolgreich eingeschlagenen Weg zu betreten: die verbündeten Feinde zu trennen, sie einzeln zu gewinnen, einzeln zu schlagen oder ihnen Feinde auf den Hals zu hetzen. Neben den Kriegsereignissen ziehen sich nun fortwährende geheimste, geheime und offenere Verhandlungen die langen Jahre hindurch bis zum endlichen Frieden.

Im Herbste 1691 schien es einen Augenblick, als ob dieser Frieden schon nahe. Die schwere Niederlage von Szlankamen hatte an der Pforte eine nachgiebigere Stimmung erzeugt. Die Vertreter Englands und Hollands suchten sie auf das eifrigste zu stärken und nützen, im Haag sagte man schon, daß der Kaiser Bevollmächtigte sende, ja König Wilhelm

1) Caraffa selbst wollte als kaiserlicher Gesandter nach Rom kommen, er starb jedoch schon am 6. März 1693. Arneth, Prinz Eugen I, 71.

2) Übrigens war das Verhältnis Ludwigs XIV. zu Louvois in den letzten Zeiten ein innerlich gespanntes gewesen. Der überragende Minister war dem König unbequem. Nach Louvois' Tod wurde zwar sein Sohn Barbezieux Kriegsminister, ihm aber Chamlay an die Seite gesetzt. Ludwig XIV. wurde wieder mehr als je sein eigener Minister. Vgl. Rousset, Hist. de Louvois IV, 505 ff. Lavisse, Histoire de France VIII 1, 149 f.



sprach gegen Ende Oktober zum kaiserlichen Gesandten im Haag, Grafen Gottlieb Windischgrätz, von der Hoffnung, daß, wenn der Kaiser mit den Türken zum Frieden komme, auch ein allgemeiner ehrenhafter Friede zu erhoffen sei, wenn es aber Frankreich gelänge, eine der vier Hauptmächte von den anderen zu trennen, alles verloren gehe [1]). Allein an der Pforte überwog französisches Gold und alle jene Hoffnungen wurden getäuscht.

Für den Frieden suchte auch Schweden als Vermittler einzutreten. Es stand ja seit 1681 in einem Defensivbündnis mit dem Kaiser [2]), aber Schweden wie Dänemark waren gereizt durch die Sperrung ihres Handelsverkehres mit Frankreich von seiten der Seemächte. Hauptsächlich die vermittelnden Bemühungen des Grafen Windischgrätz brachten im Juni 1691 ein befriedigendes Abkommen Hollands und Englands mit den nordischen Kronen zustande, das weitergreifenden Verstimmungen vorbeugte. Auch machte der Kaiser Schweden Hoffnung auf eine Annahme seiner Mediation und im Mai 1692 kam es zu einer Erneuerung des Bündnisses mit Schweden auf weitere zwölf Jahre.

Dieses Entgegenkommen der kaiserlichen Politik hing zusammen mit den Besorgnissen vor der Bildung einer „dritten Partei“, daß heißt einer neutralen Mittelpartei im Reiche. Auch bei der Willfährigkeit gegenüber den Bemühungen des hochstrebenden und klugen Herzogs Ernst August von Hannover um die Erhöhung seines Hauses durch die Zuerkennung einer neunten Kurwürde waren diese Rücksichten bis zu gewissem Grade maßgebend, ebenso sehr aber wirkten die für den Türkenkrieg überaus willkommenen Anerbietungen von Hilfstruppen von seiten Hannovers [3]). Schon bei dem Augsburger Wahltag war zu Anfang 1690 jene Frage an den Kaiser und seine Minister herangetreten. Damals vergebens, obwohl Ernst August sogar von einem Übertritt zum Katholizismus verlauten ließ. Nun versuchte er es mit andern Mitteln, verhandelte mit Schweden und Münster wegen bewaffneter Neutralität, zog den Kurfürsten von Sachsen noch mehr vom Kaiserhofe ab und benutzte geschickt

1) Klopp, V, 300 f. 308.

2) Vgl. oben S. 304 f. Für das Folgende vgl. Klopp V, 284 ff. Srbik, a. a. O., S. 292.

3) Über die Schaffung der neunten Kurwürde vgl. Klopp VI, 42 ff. 125 ff., Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700, S. 84 ff., Erdmannsdörffer II, 51 ff. Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden I, 161 ff.



die doppelte Sorge des Wiener Kabinetts ob der „dritten Partei“ und ob der großen Rüstungen der Türken.

In dieser Lage kam anfangs 1692 das Angebot Ernst Augusts, 6000 Mann gegen die Türken zu stellen und noch dazu beträchtliche Summen zu zahlen, wenn man auf die Frage der Kurwürde einginge. Am 17. Januar beriet die geheime Konferenz, die Mehrheit war Hannovers Wünschen geneigt. Kaiser Leopold entschied sich dieses Mal schnell. Ihm stand die neue Türkengefahr vor Augen, sowie die Schwierigkeiten im Reiche und gegenüber den Alliierten, wenn Hannover sich an die Spitze der „dritten Partei“ stellte. Von Brandenburg war eine Truppenhilfe schwer zu erreichen. Auch genoß Ernst August trotz der zweifelhaften Haltung der letzten Jahre die Sympathie des Kaisers: stand er doch den kirchlichen Unionsbestrebungen freundlich gegenüber, welche Leopold lebhaft begünstigte. Es mochte nicht aussichtslos erscheinen, auch Hannover ganz für die Union zu gewinnen [1]. Wohl auch im Hinblick darauf waren theologische Gutachten, die der Kaiser schon früher eingefordert hatte, für die neue Kur günstig ausgefallen [2]. Schon am 22. März 1692 wurde der „Kurtraktat“ und die „Ewige Union“ unterzeichnet. Es wird für den Herzog Ernst August und seine ehelichen männlichen Nachkommen eine neue Kurwürde errichtet. Der Herzog verspricht dafür dem Kaiser gegen die Türken auf zwei Jahre 6000 Mann, für die weitere Kriegsdauer 2000 Mann auf eigene Kosten zu stellen und nach der Investitur als Kurfürst 500 000 Taler zu zahlen. Zugleich ward ein ewiges Hilfsbündnis gegen Frankreich geschlossen und Ernst August verpflichtet sich, die Kurstimme stets dem Hause Österreich zu geben, sowie für dessen Recht an der spanischen Sukzession einzutreten [3].

So war die neunte Kur eine rechte Frucht des großen Doppelkrieges Österreichs und Deutschlands. Daher die ungewohnte Raschheit der Entscheidung, bei der man die Schwierigkeiten und Widerstände nicht erwägen wollte oder unterschätzte. Sie erhoben sich aber bald von allen

1) Hierauf hat Schulte I, 162 hingewiesen; vgl. Klopp VI, 234. Über die Unionsbestrebungen Leopolds wird im nächsten Bande dieses Werkes gehandelt werden.

2) Auch später, vor der Erteilung der Investitur, wurden nochmals theologische Gutachten eingeholt. Pribram, S. 98 Anm. 6.

3) Die Verträge u. a. bei Lünig, Reichsarchiv pars spec. I, 167. 169. Am 12. Februar und 17. März waren Verträge mit Bayern und mit dem Bischof von Münster wegen Hilfstruppen gegen die Türken geschlossen worden. Bittner, Chronol. Verzeichnis d. österr. Staatsverträge I, 105.

Seiten. Die katholischen Stände eiferten über die Schaffung einer neuen protestantischen Kur, die Fürsten über ihre gänzliche Umgehung, die Eifersucht auf das mächtige Aufsteigen Hannovers spielte mit, kurz es entstand ein förmlicher Sturm im Reiche wider die neunte Kur, der noch Jahre lang hindurch die fürstlichen Kreise bewegte. Schon die Erteilung der Investitur wurde durch diese Opposition verzögert. Diese fand in Wien selbst eine Stütze am Fürsten Salm, der von Anfang ein Gegner gewesen und mit deutschen Fürstenkreisen in Beziehung stand, sie wurde genährt durch die Rivalität Salms gegen Stratmann, Kinsky und Königsegg, im Spätherbst kam es zu gereizten Debatten in der geheimen Konferenz. Allein die Majorität der Kurfürsten war dafür, namentlich Friedrich von Brandenburg, der Schwiegersohn Ernst Augusts, war dessen beste Stütze. Der Kaiser blieb fest bei der eingegangenen Zusage und so wurde am 19. Dezember 1692 die feierliche Belehnung mit der Kurwürde vollzogen. Damit war tatsächlich doch die Entscheidung gefallen. Die hannoverschen Hilfstruppen waren längst schon nach Ungarn marschiert [1]) und jetzt, am 9. Januar 1693, traten Ernst August und sein Bruder Georg Wilhelm von Celle förmlich der großen Allianz gegen Frankreich bei [2]).

Wir sind damit den Ereignissen etwas vorausgeeilt. Das Kriegsjahr 1692 brachte den Verbündeten einzelne glückliche Erfolge, aber im ganzen keine entscheidenden Fortschritte. Am 29. und 30. Mai errang die englisch-holländische Flotte in der Nähe des Kaps La Hogue einen glänzenden Sieg über die französische Seemacht. Allein einen Monat später eroberte König Ludwig XIV., der selbst ins Feld gezogen war, mit dem Marschall Luxembourg die starke Festung Namur. Und ein Angriff der Alliierten am 2. August auf die französische Armee bei Steenkerken mißlang, der Gedanke an den Wiedergewinn Namurs mußte aufgegeben werden. Auf englisch-holländischer Seite sparte man nicht mit heftigen Vorwürfen über die Langsamkeit der Verbündeten am Oberrhein und in Piemont, wodurch die Franzosen Zeit und Möglichkeit gewannen, ihre Übermacht nach Belgien zu werfen. Man wolle nicht den Kaiser beschuldigen, wohl aber die Lässigkeit und den Eigennutz der deutschen Fürsten und unter diesen wieder besonders den jungen Johann

1) Am 23. Mai 1692 hatte der kaiserliche General Graf Breuner die Truppen bei Nordheim in Thüringen in Empfang genommen. Klopp VI, 50.

2) Bittner, Chronol. Verzeichnis I, 106. 107.



Georg IV. von Sachsen und dessen allmächtigen Berater, den von Frankreich erkauften Feldmarschall Hans Adam von Schöning [1]).

Nun war es ja die Absicht des Kaisers selbst gewesen, am Rhein und von Savoyen aus die Offensive zu ergreifen, aber er wünschte hierzu vor allem die Brandenburger Truppen und für den savoyischen Kriegsschauplatz die Mitwirkung einer holländisch-englischen Flotte an der Riviera [2]). Allein dafür war König Wilhelm nicht zu haben, der im Frühjahr eine französische Landung in England fürchtete und darum möglichst starke Kräfte in Belgien vereinigen wollte. So blieben am Oberrhein etwa 36 000 Mann, unter ihnen 9000 Kaiserliche. Auf den Zuzug der Kursachsen mußte man verzichten. Denn Kurfürst Johann Georg IV. glaubte, unter dem Einflusse Schönings, durch maßlose Forderungen den Kaiserhof zu großen Zugeständnissen zwingen zu können, aber er fand sich, nachdem Hannover in der Kurfrage sich mit dem Kaiser geeinigt, isoliert. Da rief er im Mai seine Truppen, mit Ausnahme des Reichskontingentes, zurück. Die Antwort des Wiener Hofes ließ nicht auf sich warten: Schöning, der sich zu einer Badekur nach Teplitz begab, wurde am 4. Juli 1692 daselbst verhaftet und als Gefangener auf den Spielberg in Brünn gebracht [3]). Ein Seitenstück zur Aufhebung des Fürstenbergers im Jahre 1674, drastische Mittel der Politik jener Zeit, wie sie auch der Kaiserhof gelegentlich anzuwenden sich nicht scheute.

Der Kurfürst war aufs äußerste entrüstet, wandte sich nach dem Haag und nach London. Als man aber von Wien aus mit der Lockung von Subsidien entgegenkam, dem Kurfürsten von allen Seiten beschwichtigend zugeredet wurde und Johann Georg erwog, daß er den Kaiser brauche, um seine Maitresse zur Reichsgräfin erheben zu lassen, da ließ er Schöning fallen und es kam am 2. März (20. Febr. a. St.) 1693 zum Dresdener Vertrag. Kursachsen erhält 400 000 Taler Subsidien, davon 50 000 vom Kaiser, 150 000 von England und Holland; dafür stellt es 12 000 Mann mit Artillerie ins Feld. Ein Vertrag, materiell für Sachsen günstig, aber auch für den Kaiser vorteilversprechend, da nun der schwäbische und fränkische Kreis von sächsischen Ansprüchen frei-

1) Nach den Berichten des Grafen Windischgrätz und des neuen Gesandten bei König Wilhelm Grafen Heinrich Stratmann, Sohnes des Hofkanzlers, von Anfang Juli 1692, bei Klopp VI, 85 ff.

2) Vgl. die von Wagner, Hist. Leopoldi II, 215 ff. mitgeteilte Darlegung des Grafen Windischgrätz, die in den Beginn des Jahres 1692 gehört.

3) Vgl. über diese Dinge Fester, Die armierten Stände, S. 110 ff. 156 ff.



gemacht waren und damit für kaiserliche finanzielle Wünsche zugänglich erschienen. Kursachsen war damit tatsächlich auch der großen Allianz beigetreten [1]).

Der Feldzug des Jahres 1692 am Oberrhein nahm den von König Wilhelm befürchteten kläglichen Verlauf [2]). Noch mißlicher als die geringe Größe der Heere wirkte die Unfähigkeit und Uneinigkeit der Führer. Der Kaiser drängte auf eine Offensive, Kurfürst Max Emanuel empfahl die Belagerung des von den Franzosen befestigten Landau in der Pfalz. In der Tat machte der Landgraf von Hessen-Kassel, der die bei Mainz stehende Heeresgruppe befehligte, im Frühsommer einen Vorstoß über den Rhein gegen Landau, zog aber zurück, als die Franzosen, die de Lorge führte, Verstärkungen von Belgien her erhielten. Als sie aber Truppen gegen Savoyen abgaben, sollte gemeinsam mit der Südarmee unter dem kaiserlichen Feldmarschall Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth nochmals ein Angriff unternommen werden. Aber die fürstlichen Feldherren konnten sich über die Operationen nicht einigen, der Landgraf überschritt neuerdings den Rhein, um nun Ebernburg an der Nahe zu belagern, der Bayreuther blieb am rechten Ufer. Inzwischen hatte de Lorge den Strom oberhalb Philippsburg überschritten und überfiel am 27. September bei Ötisheim in der Nähe von Pforzheim vier Kavallerieregimenter, die unter dem Herzog-Administrator Friedrich Karl von Württemberg vorausgeschickt worden waren. Sie wurden geschlagen, Friedrich Karl gefangen [3]). Pforzheim und die ganze Umgegend wurden verbrannt und verwüstet. Der Markgraf von Bayreuth war nicht mehr zurechtgekommen, er erklärte, Württemberg nicht schützen zu können. Ein Glück für Schwaben, daß de Lorge bald wieder über den Rhein zurückzog, um Ebernburg zu entsetzen, was ihm ohne weiteres gelang.

Ein kleiner Erfolg, mit dem das Jahr 1692 schloß, konnte nichts Wesentliches ändern. Eine starke französische Armeegruppe unter Tallard machte im Dezember einen Vorstoß gegen den Mittelrhein und belagerte das feste Rheinfels gegenüber St. Goar. Aber der Landgraf von Hessen konnte noch Truppen hineinwerfen und Tallard mußte sich um Neu-

1) Formell geschah dies erst ein Jahr später, durch des frühverstorbenen Johann Georg IV. Nachfolger Kurfürst Friedrich August am 2. Juni 1694. Bittner, Chronol. Verzeichnis I, 107. 108. Der Vertrag vom 2. März 1693 ist gedruckt bei Fester, S. 168.

2) Vgl. darüber Wagner, Hist. Leopoldi II, 219 ff., Schulte I, 75 ff.

3) Der Oberst des beteiligten Husarenregiments wurde vor ein Kriegsgericht gestellt; der Ausgang des Prozesses ist nicht bekannt. Vgl. Schulte I, 78 Anm. 1.



jahr 1693 mit starkem Verluste zurückziehen. Der bedrohte Kurfürst von Trier erbat sich vom Kaiser Hilfe und den im Türkenkriege erprobten Grafen Guido von Starhemberg als Oberbefehlshaber zur Verteidigung der Doppelfestung Koblenz und Ehrenbreitstein. Auch Brandenburg war wegen seiner rheinischen Lande beunruhigt und regte eine Aktion zum Schutze des Mittel- und Niederrheines an. Zu Köln, wo Generale und Minister der Alliierten unter dem Vorsitze Starhembergs und des kaiserlichen Generals Schellart zusammentraten, wurde am 14. Februar 1693 eine Konvention zur Sicherung dieser Landschaften geschlossen [1]).

Die beschämende Schlappe von Ötisheim brachte nun endlich zustande, was König Wilhelm, aber auch maßgebende Stände des schwäbischen und fränkischen Kreises schon wiederholt ausgesprochen hatten: der einzige Mann, der nach Karls von Lothringen Tod auf dem schwierigsten Kriegsschauplatz gegen Frankreich den Erfolg an sich ketten könne, sei der nach Szlankamen erst recht berühmt gewordene kaiserliche Generalleutnant Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden [2]). Auch in Wien verschloß man sich dem nicht und der Markgraf selber hatte sich schon entschieden. Sowohl ihm wie dem Kaiser schwebte dabei freilich die Hoffnung vor, er werde vielleicht bald nach Ungarn zurückkehren können. Am 13. Februar 1693 verließ Ludwig Wilhelm Wien [3]), reiste über seine böhmischen Besitzungen nach Nürnberg und hielt am 23. April in Eßlingen den ersten Kriegsrat. Bevor wir die Feldzüge am Rhein seit 1693 in Kürze schildern, seien noch rasch die **Kriegsereignisse in den Niederlanden** und in **Spanien** überblickt.

1) Über die Affäre von Rheinfels vgl. Schulte I, 79, über die Kölner Konvention Arneth, Das Leben Guido Starhembergs, S. 142 ff. und Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 293, wo auch der Abdruck der Konvention. Starhemberg hatte dann auch mit Trier und der Pfalz wegen der hannoverschen Kurfrage zu unterhandeln. Arneth, S. 146 ff. Ende April 1693 wurde er wieder nach Ungarn abberufen.

2) Vgl. das aufschlußreiche, gründliche Werk von Al. Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich I, 3. bis 7. Kapitel. Zusammenfassend Erdmannsdörffer II, 61 ff., Platz, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden als Oberbefehlshaber der Reichstruppen (1907).

3) Nahe bei Wien in Langenzersdorf fand am 14. Febr. die Überreichung des Goldenen Vlieses an den Markgrafen statt, welche im Auftrag des Königs von Spanien und des Kaisers Prinz Eugen von Savoyen vornahm. Diese ungewöhnliche Form der Übergabe war ein Auskunftsmittel, da die Kaiserin nicht gewollt hatte, daß das gleiche Zeremoniell beobachtet werde, wie bei ihrem Bruder, dem Kurfürsten von der Pfalz, während Ludwig Wilhelm seinem fürstlichen Range nichts vergeben wollte. Schulte I, 86 f. Schenckhel, Lebensdiarium Leopolds I.



Holland und England legten das Hauptgewicht auf den belgischen Kriegsschauplatz, konzentrierten hierher ihre Truppen, sowie die des Statthalters der spanischen Niederlande, Max Emanuels von Bayern [1]), und der norddeutschen Verbündeten, suchten auch immer wieder die Aufstellung einer Armee am Mittelrhein herbeizuführen, die vor allem ihren Absichten dienen sollte. Auch Ludwig XIV. sandte hierher seine Hauptmacht und seine besten Marschälle. Dennoch kam es zu keinen ganz entscheidenden Ereignissen. In der blutigen Schlacht bei Neerwinden, am 29. Juli 1693, blieb wohl Luxembourg Sieger, vermochte aber trotzdem nicht erobernd vorzugehen. Am 11. Oktober 1693 nahm er allerdings Charleroi, allein das ganze nächste Jahr 1694 verging, obwohl sich starke Heere gegenüberstanden, da keines die Offensive ergriff, tatenlos, und erst 1695 kam es zu einem bedeutenderen und zwar für die Verbündeten glücklichen Ereignis. Die 1692 von den Franzosen genommene, durch Vaubans Kunst stark ausgebaute Festung Namur wurde noch längerer Belagerung durch König Wilhelm und Max Emanuel am 2. September 1695 erobert. Es war die letzte kriegerische Tat in den Niederlanden. Sie stärkte unleugbar die Position Englands und Hollands in den wechselvollen und langwierigen Friedensverhandlungen, die um diese Zeit allenthalben schon eingesetzt hatten.

In Spanien hatten die Franzosen unter Noailles im Mai 1694 in Katalonien eine erfolgreiche Offensive begonnen, die Spanier am Flusse Ter geschlagen, im Juni Palamos und Gerona eingenommen. Eine französische Flotte unter Tourville kreuzte an der Küste, Barcelona war bedroht. Endlich erschien ein starkes englisch-holländisches Geschwader, es landete spanische Truppen und nötigte Tourville, sich nach Toulon zurückzuziehen. Es war immerhin ein Erfolg. Spanien drängte nun, daß die verbündete Flotte im Mittelmeer bleibe und dann in Cadix überwintere. Gleichzeitig betrieb man von Wien aus einen Plan, der gelegentlich schon früher aufgetaucht war, nämlich einen Teil der Flotte an die Dardanellen und vor Konstantinopel zu senden, um die Pforte zum Frieden zu zwingen [2]). Dies, so schreibt Kaiser Leopold am 8. September 1694 an den jüngeren Stratmann, seinen Gesandten im Haag, wäre das einzige Mittel, um mit den Türken zu baldigem Frieden zu kommen und sich dann mit geeinter Macht gegen Frankreich zu wenden.

1) Über Bayerns Anteil an den Feldzügen seit 1692 siehe Riezler, Gesch. Baierns VII, 390 ff. 402 f. 408 f.

2) Vgl. Klopp VI, 342 ff.



Der Nachfolger Stratmanns, Graf Kaunitz, drängte im Spätherbste beim Ratspensionär Heinsius und bei König Wilhelm auf Zusagen für das nächste Jahr. Gerade die Seemächte waren ja seit 1688 immer eifrigst für einen Friedensschluß mit den Türken eingetreten. Aber da sie nun selbst das ihre tun sollten, hieß es, sie würden dadurch die Rache der Türken gegen den englisch-holländischen Handel in der Levante heraufbeschwören, sie seien eigentlich nicht im Kriegszustand mit der Türkei, Spanien möge doch die Schiffe beistellen. Aber Spaniens Seemacht war in ebenso elendem Zustand, wie sein Landheer; wie es den 25000 Franzosen in Katalonien nur 16000 schlecht gerüstete Mann gegenüberzustellen vermochte, so bestand die Kriegsflotte aus 10 Schiffen, von denen kaum 6 wirklich auslaufen konnten, und zum Reparieren der anderen fehlte in den Werften und Magazinen alles [1]). So wurde aus dem schönen Plane nichts.

Im Gegenteil, der Kaiser mußte Spanien mit Truppen zu Hilfe kommen. Im Sommer 1694 hatte sich König Karl II. bezeichnenderweise an den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern um Kriegshilfe gewendet, und um nicht zurückzubleiben, erklärte sich auch der Kaiser bereit, zwei Regimenter nach Katalonien zu senden. Sie wurden im Frühjahr 1695 vom piemontesischen Kriegsschauplatz aus nach Barcelona überschifft, sie und ein bayerisches Regiment dem Kommando des Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt unterstellt [2]). In den Jahren 1695 und 1696 hielten sich die Franzosen in der Defensive, 1697 aber ergriffen sie unter Vendôme die Offensive gegen Barcelona — es handelte sich für Ludwig XIV., durch einen bedeutsamen Erfolg die Verhandlungen in Rijswijk zu beeinflussen. Barcelona wurde im Juni und Juli belagert, aber von dem energischen Prinzen Georg tapfer verteidigt, die kaiserlichen Regimenter hielten zäh das Fort Montjuich, die Bayern zeichneten sich bei einem Ausfall am 5. Juli aus. Allein die ersehnte Flotte erschien nicht. Vendôme hatte die Übermacht, am 10. August mußte Barcelona kapitulieren. Der Fall dieser wichtigen Stadt zwang, wie wir sehen werden, Spanien zum Abschluß des Friedens.

1) Bericht Auerspergs aus London vom 24. Dez. 1694, nach Meldungen des englischen Admirals Russell. Klopp VI, 346.

2) Klopp VII, 31, Riezler, Gesch. Baierns VII, 402 ff. Es waren die kaiserlichen Regimenter Sachsen-Coburg (Infant.-Reg. Nr. 57) und Zweybrücken. Wrede, Gesch. der k. u. k. Wehrmacht I, 518 und II, 205.



Auf dem südwestdeutschen Kriegsschauplatze standen dem neuen Oberkommandanten Generalleutnant Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden weder finanziell, noch militärisch bedeutende Mittel zur Verfügung. Den Kern seiner Feldarmee bildeten die 24000 Mann des schwäbischen und fränkischen Kreises — diese beiden Kreise nahmen jetzt entschlossen die Hauptlast des Krieges am Oberrhein auf sich und haben sie die ganzen Jahre von 1693 bis 1697 getragen. Ludwig Wilhelm schuf aus diesen anfänglich ungeübten Truppen ein achtungswertes Heer, er errichtete eine starke Verteidigungslinie von Rheinfelden den Schwarzwald entlang bis nach Heilbronn, er organisierte auch die Landesaufgebote. An kaiserlichen Truppen lagen fünf Regimenter verteilt in den Waldstädten (Rheinfelden usw.), in Konstanz und in Voralberg, sowie in Mainz und Koblenz in Garnison [1]). Für den Felddienst aber kamen hauptsächlich nur die zwei Husarenregimenter Pálffy und Kolonitsch in Betracht, die schon seit den letzten Jahren hier verwendet wurden. Im Kleinkrieg dieser Feldzüge, auf kecken Streifzügen, im gefährlichen und glücklichen Aufklärungsdienst haben diese ungarischen Reiter sich zuerst bekannt gemacht, allen voran der junge Oberst Graf Johann Pálffy und sein Oberstleutnant Ladislaus von Ebergenÿi. Aber freilich fehlte es ihnen oft an Sold, an Monturen, an guten Pferden; Desertion und Ausreißen in die ungarische Heimat waren häufig; Plündern und Beutemachen bei Feind und Freund schien ihnen eine selbstverständliche Sache [2]).

Die rheinischen Feldzüge von 1693 bis 1697 blieben im wesentlichen auf die Defensive beschränkt. Und da man nun auch auf französischer Seite nur scheinbare Offensiven ausführte, um die eigene Grenze zu schützen, und notgedrungen Vermeidung verlustreicher Schlachten und Konservierung der Armeen sich zum Grundsatze machte, so brachten die ganzen Feldzüge auf diesem Kriegsschauplatze keine großen kriegerischen Ereignisse.

Der Feldzug von 1693 begann im Mai mit dem Fall und der Zerstörung Heidelbergs, einer „action d'éclat", wie sie Ludwig XIV.

1) Vgl. Schulte I, 93.

2) Schulte I, 93. 148. 217. 279. Die zwei Husarenregimenter waren, als die ältesten regulären, 1688 vom General-Feldwachtmeister Grafen Adam Czobor errichtet worden. Wrede III, 278. 712. — Graf Johann Pálffy hatte am 25. Oktober 1693 ein Duell mit dem jungen Herzog Johann Friedrich von Württemberg, der einen Husaren wegen eines Vergehens niedergestochen haben soll. Der Herzog fiel im Duell, Pálffy ging sofort nach Ungarn und konnte erst Anfang 1695 ins Feld zurückkehren. Schulte I, 152 Anm. 1.



wünschte und für die Wirkung in die Ferne, das heißt zur Aufmunterung der Türken, brauchte. Aber ein Vorstoß der Franzosen unter de Lorge in der Gegend von Heilbronn wurde im Juni abgewiesen und einen Hauptangriff, der im August bei Heilbronn bevorstand, wagten die Franzosen schließlich nicht angesichts der starken Stellungen, die Markgraf Ludwig Wilhelm hatte ausbauen lassen. Sie traten den Rückzug an und bezeichneten ihn mit einer fürchterlichen Verwüstung des westlichen Württemberg. Allerdings wurden sie selbst auf das empfindlichste belästigt und geschädigt durch die unablässig verfolgende leichte Reiterei der Dragoner und Husaren.

Solche feindliche Verwüstung mitten im Reiche durfte sich nicht wiederholen. So wollte denn der Markgraf im Jahre 1694 offensiv vorgehen. Hierzu brauchte er ein stärkeres Heer und Geld. Aber Subsidien von England konnte Ludwig Wilhelm trotz einer Reise nach London nicht erreichen, die kaiserlichen Kassen waren erschöpfter als je, der Krieg nach zwei Fronten und auf drei Kriegsschauplätzen überstieg bei der zerfahrenen Wirtschaft die Kräfte Österreichs, Truppen bedurfte man vor allem gegen die Türken, an den Rhein konnten keine neuen Soldaten und nur geringes Geld geschickt werden. Dazu kam, daß kein rechtes Einvernehmen des Markgrafen mit dem am Mittelrhein stehenden Landgrafen von Hessen-Kassel bestand, und daß die kursächsischen Kontingente spät kamen, sehr beengte Weisungen hatten und im wichtigsten Momente abberufen wurden. Es war viel, daß unter so widrigen Umständen Ludwig Wilhelm durch Ausnutzung guter Stellungen und durch geschicktes Manövrieren den Feind nach und nach über den Rhein zurückzudrängen vermochte, ja im September selbst südlich von Philippsburg den Strom überschritt. Bis gegen Straßburg streiften Husaren und deutsche Reiter. Aber eine weitere großzügige Aktion unterblieb, vor dem stärkeren französischen Heere zog sich Ludwig Wilhelm wieder über den Rhein zurück. Das rechte Rheinufer wurde auch im nächsten Jahre 1695 gegen einen Angriff der Franzosen im Juli behauptet, dann blieb man auf beiden Seiten untätig, da sowohl Franzosen wie Deutsche starke Truppenteile nach den Niederlanden sandten, wo es sich um Namur handelte. Der Feldzug des Jahres 1696 brachte wohl ein Zusammengehen des Landgrafen von Hessen-Kassel mit Ludwig Wilhelm, indem man im August und September von Mainz aus am linken Rheinufer aufwärts vorging, während Feldmarschall Graf Thüngen bei Wittenweier südlich Straßburg den Rhein übersetzend von Süden her den Feind im Rücken angreifen sollte.



Allein diese Absicht mißlang und so blieb auch diese Kampagne ohne weiteres Ergebnis.

Im Geiste der Kriegskunst jener Zeit bewertete man die dauernde Zurückdrängung des Feindes über den Rhein als einen anerkennenswerten Erfolg, bewunderte die uneinnehmbaren Eppinger Linien und das, was Markgraf Ludwig Wilhelm aus dem schwäbischen und fränkischen Kreistruppen zu machen und mit ihnen zu leisten verstanden hatte. Aus dem kühnen Stürmer von Szlankamen war immer mehr ein vorsichtiger, ja manchesmal übervorsichtiger Stratege geworden. Aber noch bedeutsamer schien das Werk zu werden, das in diesen Jahren in Schwaben und Franken eifrigst betrieben wurde und dessen Seele neben dem Markgrafen der württembergische Rat Johann Georg Kulpis war. Die beiden Kreise, von rühmlichem und tatkräftigem Geist und Opfermut beseelt, wollten eine dauernde militärische Organisation mit einem stehenden Heere errichten und dann weiter ausgreifend auch die anderen westlichen Reichskreise zu einer großen militärisch-politischen „Assoziation" zusammenfassen. Der Mainzer Kurfürst Lothar Franz von Schönborn hatte sich an die Spitze gestellt — wir erinnern uns seines Oheims Johann Philipp und des Rheinbundes — und eben jetzt, gegen Ende des Jahres 1696 kam es in Frankfurt a. M. zu ernsten Beratungen und am 23. Januar 1697 wirklich zu einem „Assoziationsrezeß" der sechs westlichen „vorderen" Reichskreise. Ein stehendes Heer von 60000 Mann Kriegsstärke (40000 im Frieden) unter dem Befehl Ludwig Wilhelms von Baden sollte aufgestellt werden, alles war eingehend bestimmt. All das war ohne den Kaiser zustande gekommen [1]. Man hatte sich in Wien zuwartend verhalten, Fürst Salm war diesen Bestrebungen geneigt, Graf Kinsky wohl nicht. Man ließ der Sache zunächst ihren Lauf, aber der Kaiser hätte sich schließlich doch formell an die Spitze gestellt, wohin ein Gutachten von 1696 zielte. Der Kaiser genehmigte den Rezeß und erklärte, daß das Werk unter seinen Auspizien und seiner Oberdirektion geführt werden solle [2].

Wären diese Beschlüsse rasch verwirklicht worden, es hätte gerade in diesem Augenblicke von entscheidender Bedeutung werden können für den Ausgang des Krieges, für die Gestaltung des Friedensschlusses. Doch Monate vergingen, bis nur ein Teil der Kreistruppen beisammen

1) Über die Haltung des Wiener Hofes in dieser Sache vgl. Schulte I, 335 ff.

2) Instruktion für den kaiserl. Gesandten nach Frankfurt, Grafen Boyneburg, vom 11. April 1697, Schulte II, 263 ff.

war. Die großen, „armierten“ Reichsstände aber, eifersüchtig und einer solchen neuen Militärmacht widerstrebend, zögerten mit ihren Kontingenten und sandten dann im Mai ihre Truppen auf den Wink König Wilhelms lieber nach den Niederlanden, wo sie guten Sold und reiche Magazine fanden. Eine kräftige, rechtzeitige Offensive am Oberrhein unterblieb, ruhig konnte Ludwig XIV. eine starke Hauptmacht auf dem niederländischen Kriegsschauplatz konzentrieren. Hierher warf denn König Wilhelm alle Kräfte, hier verteidigten zahlreiche deutsche Truppen die Interessen der Seemächte, während das Reich isoliert blieb. Ich bin, so schrieb der Markgraf am 25. Mai 1697 an den kaiserlichen Botschafter Grafen Kaunitz im Haag, infolgedessen zu stark zur simplen Defensive, zu schwach um etwas Rechtes anzufangen, denn nur mit einer ordentlichen Übermacht könnte man siegen [1]).

Es waren gegen 50000 Mann, die endlich im Juni bei Bruchsal beisammen waren, wieder Truppen der Kreise Schwaben und Franken und einiger süd- und mitteldeutscher Fürsten, dann aber auch im ganzen 13 kaiserliche Regimenter; ein Teil derselben war in Italien frei geworden, andere aus Österreich an den Rhein gezogen. Die französische Armee unter Choiseuil stand, das Hauptkorps 44000 Mann, in der Pfalz bei Landau und Neustadt, sie rückte aber anfangs Juli hastig südwärts und bei Fort Louis unterhalb Straßburg über den Rhein, um eine befürchtete Bewegung des deutschen Heeres gegen Freiburg zu hindern. Zwischen Stollhofen und der Murg entspannen sich kleine Kämpfe, aber Größeres geschah nichts. Schuld daran trug teils Regenwetter, teils drückender Geldmangel auf deutscher Seite, teils aber ein Plan Ludwig Wilhelms, den er streng geheim hielt. Er wollte 20000 Mann seiner besten Truppen in die Niederlande führen, auf daß noch ein Hauptschlag gegen die Franzosen gelinge und dadurch die Friedensverhandlungen beeinflußt werden — man sah ja, daß das Schicksal Straßburgs auf dem Spiele stand. Am 3. August sandte der Markgraf einen Obersten an König Wilhelm, bei Wiesloch teilte er dann die Armee und zog gegen Mainz und dann anfangs September gegen Ebernburg an der Nahe, jeden Augenblick bereit, dem Rufe König Wilhelms zu folgen. Allein dieser war nicht mehr gesonnen, das Kriegsglück zu versuchen. Was er und die Seemächte vom Frieden wollten, hatten sie schon in Sicherheit,

1) Brief bei Schulte II, 279. Für das Folgende Schulte I, 385 ff. 458 ff. Die militärischen Ereignisse von 1697 am Rhein, in den Niederlanden und gegen Spanien dargestellt in Feldzüge des Prinzen Eugen II, 221—245.



eine verlorene Schlacht konnte dies nur gefährden, ein Sieg kam nur dem Reich zugute, und das war Wilhelm jetzt höchst gleichgültig. Er ließ den Markgrafen vier Wochen auf Antwort warten und lehnte dann ab.

So blieb es denn bei der kleinen Aktion gegen die Ebernburg. Diese mußte am 27. September kapitulieren, gerade als dem Markgrafen die Nachricht von dem Waffenstillstand zukam. Der Krieg war zu Ende.

Jenes ewige Zuwenig an Truppen und Geld, das den Rheinfeldzügen den im allgemeinen defensiven Charakter aufzwang, rührte außer von dem uns sattsam bekannten Verhalten mancher Reichsstände auch davon her, daß die Kräfte des Kaisers ja noch auf zwei anderen Kriegsschauplätzen angestrengt waren, auf dem ungarisch-türkischen und auf dem italienischen.

Wir haben die Ereignisse in Piemont-Savoyen in den Jahren 1690 und 1691 verfolgt [1]). Im März 1692 wurde vom Kaiser der Oberbefehl dem Herzog Viktor Amadeus selber anvertraut und ihm als Berater der Feldmarschall Graf Caprara zur Seite gegeben. Caprara war ein kriegserfahrener alter Soldat. Aber, wie Karl von Lothringen von ihm gesagt hatte, wenn man ihn an den Feind führt und sagt ihm, da müsse er schlagen, so wird er's gewiß tun und keinen Schritt weichen, aus sich selbst aber wird er „nie nichts thun" [2]). Zunächst siegte über die allzu große Bedächtigkeit die ehrgeizige Kampflust des Herzogs, der noch ganz bei der Sache war, unterstützt von seinem stets unternehmenden Vetter Eugen. Man hatte im Juni im Lager von Pancalieri, südwestlich Pinerolo, ein stattliches Heer beisammen, demgegenüber Catinat mit viel schwächeren Kräften sehen mußte, seine guten Stellungen zwischen Pinerolo und Susa zu halten. Den Vorschlägen Prinz Eugens entsprechend, wurde ein Korps unter dem Grafen Pálffy gegen Catinat, ein anderes zur Blockierung Casales zurückgelassen, die Hauptarmee von 30000 Mann unternahm Ende Juli in drei getrennten Gruppen einen Einfall in die Dauphiné. Ohne besondere Schwierigkeiten wurden die hohen Pässe in das Tal von Barcelonette, nach Guillestre und nach

1) Siehe oben S. 433. 435.

2) Bericht des Grafen Windischgrätz aus dem Haag vom 9. Mai 1692, im Wiener Staatsarchiv, Hollandica. — Für das Folgende vgl. Wagner, Hist. Leopoldi II, 226 ff., Arneth, Prinz Eugen I, 71 ff., Klopp VI, 103 ff., Riezler, Gesch. Baierns VII, 883 ff.

Queiras überschritten. Prinz Eugen führte die Vorhut des zweiten Korps, das über den Paß bei dem Col de Longet den Weg nahm, mit dem Degen in der Faust betrat er wieder, wie er einst geschworen haben soll, französischen Boden. Barcelonette, Guillestre, dann Embrun (am 16. August) wurden genommen, Gap fand man verlassen, aber voll von Vorräten, die Stadt wurde verbrannt, die Umgegend verwüstet, als Repressalie für das Schicksal der Pfalz. Eugen drängte weiter nach Grenoble, die anderen Führer zögerten, die spanischen Truppen wurden schwierig. Auch nur in Embrun sich mit der Armee zu halten, was der Kaiser dringend wünschte, schien gewagt. Dazu kam eine schwere Erkrankung des Herzogs Viktor Amadeus an den Blattern. Am 12. September begann der Rückmarsch, man ließ nur einige Besatzungen da, das Gros der Armee marschierte unbehelligt zurück und obwohl es erst September war, wurde nichts mehr unternommen.

Die „eigene Unentschlossenheit" und widrige Zufälle hatten den glücklich begonnenen Feldzug um den Erfolg gebracht. Nach Wien zurückgekehrt, legte Prinz Eugen dem Kaiser dar, daß im nächsten Jahre die Operationen viel früher beginnen müßten und wie man endlich Pinerolo ernstlich belagern, sowie einen neuerlichen Einfall nach Frankreich machen solle. Es war allerdings ein Zeichen der kaiserlichen Gnade, daß der noch nicht dreißigjährige Eugen anfangs 1693 zum Feldmarschall ernannt wurde, aber seine guten Vorschläge wurden nicht befolgt. Im Juni erst sammelte sich zu Carignano die Armee, im Juli wurde lange beraten, was man alles tun könnte, und endlich beschlossen, Catinat von den Höhen hinter Pinerolo zu vertreiben. Doch hatte sich Catinat rechtzeitig ins Tal von Perosa zurückgezogen. Nun wurde das Fort St. Brigida bei Pinerolo angegriffen und, nicht ohne schwere Opfer, am 15. August erobert [1]). Gegen das starke Pinerolo selber jedoch, vom Grafen Tessé tapfer verteidigt, konnte nichts ausgerichtet werden. Indessen hatte Cadinat aus Spanien und dem Elsaß Verstärkungen erhalten. Ende September drang er mit überlegenen Kräften aus dem Tale von Susa hervor. Die Verbündeten mußten die Belagerung von Pinerolo aufheben und am 4. Oktober trafen die Heere zwischen Marsaglia und Orbassano südwestlich von Turin zusammen. Herzog Viktor Amadeus

1) Über die Vorgänge bis Mitte August berichtet ein Brief des Prinzen Eugen an den Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden vom 16. August, du camp de St. Brigide, Schulte II, 52. Im übrigen vgl. Wagner, Hist. Leopoldi II, 256ff., Arneth, Prinz Eugen I, 79ff., Riezler, Gesch. Baierns VII, 385.



wollte schlagen, während Caprara und auch Prinz Eugen eine Schlacht womöglich zu vermeiden geraten hatten. Der Herzog mit Caprara führte den rechten, Leganez den linken Flügel, Eugen das Zentrum. Es entspann sich ein heißer Kampf, die Flügel mußten vor dem überlegenen Feuer und dem stürmischen Angriff des Feindes weichen, rings bedrängt, vermochte endlich auch Eugen nicht mehr standzuhalten, konnte aber dank besonders der heroischen Tapferkeit und Ausdauer der zwei bayerischen Regimenter einen geordneten Rückzug decken. Beide Teile hatten schwere Verluste erlitten, das französische Heer litt Mangel an Munition, Proviant und Geld, der italienische Feldzug des Jahres 1693 war zu Ende, eigentlich aber auch schon der ganze italienische Krieg.

Denn die Schlacht bei Marsaglia wurde der Stoß, der die ohnedies schon im geheimen wankende Bundestreue Savoyens vollends auf die Bahn des Abfalles trieb. Es ist eine selbst für jene Zeit ganz hervorragende Leistung falschen Doppelspiels, die Herzog Viktor Amadeus nun vollführte. Er war der großen Allianz beigetreten, um vor allem Pinerolo zu gewinnen. Aber er wollte sich den Rückweg zu Ludwig XIV. auf jeden Fall offen halten, war doch Ludwig selber schon zweimal mit Friedensanträgen an ihn herangetreten [1]). Im Frühjahr 1693 verhandelte er insgeheim mit dem Grafen Tessé und mit Catinat. Aber von Pinerolo konnte keine Rede sein, so versuchte denn Viktor noch einen Waffengang. Die Niederlage von Marsaglia ließ es ihm nun aussichtslos erscheinen, mit Hilfe seiner Alliierten das Ziel zu erreichen. Im Dezember 1693 führte Tessé, der als Postillon verkleidet nach Turin kam, geheime Verhandlungen mit dem Herzog. Ludwig XIV. forderte die Neutralität Italiens und den Abfall Savoyens, wenn der Kaiser jene Neutralität nicht anerkennen wollte. Viktor Amadeus schrieb dann an Ludwig, er könne unmöglich schon auf offenen Abfall denken, die Armeen müssen weiter agieren, sollen aber nichts entscheidendes tun. Den Kaiser aber versicherte er zur gleichen Zeit seiner standhaften Treue, und Leopold sowohl wie König Wilhelm von England waren noch voll des Vertrauens [2]).

1) Rousset, Hist. de Louvois IV, 509. Rousset bringt weiterhin S. 532 ff. einige archivalische Mitteilungen, wodurch die Mémoires de Tessé, 1. Bd., auf denen die Darstellungen von Arneth, Prinz Eugen I, 81 ff., Klopp VI, 256 ff. beruhen, ergänzt werden. Einen kurzen, aber gehaltvollen Überblick gibt Baſt, Les grandes traités du règne de Louis XIV., 2. Bd., S. 156 ff.

2) Hierfür vgl. Klopp VI, 258. Auch Caprara hatte noch dem Kaiser die unerschütterliche Treue des Herzogs gepriesen. Wagner II, 264.

29*

So trat man in den Feldzug von 1694: ein Oberfeldherr, der insgeheim mit dem Feinde verhandelt und ihm militärische Nachrichten zukommen läßt, der nur hinhaltend und zum Scheine operiert, um die bisherigen Alliierten in der Täuschung und sich doch noch alle Möglichkeiten offen zu halten. Dagegen vermochte auch Prinz Eugen, dem nach dem Abgange Capraras nach Ungarn die kaiserlichen Truppen unterstellt wurden, nicht aufzukommen [1]). Der Kaiser wünschte dringend die Eroberung Casales, das ein Reichslehen war, allein ein Kriegsrat fand Ende Juli die Zeit schon zu vorgerückt, um in Anbetracht der noch notwendigen Vorbereitungen eine eigentliche Belagerung zu beginnen, man verschob sie auf den nächsten März und beschloß zunächst eine bloße Blockade. Jetzt schon taucht das Ansinnen des Herzogs von Savoyen auf, daß, wenn Casale erobert würde, dessen ganze Werke geschleift werden müßten. An den italienischen Höfen wurde eine Flugschrift verbreitet, Casale solle zu einer kaiserlichen Zwingburg gemacht werden, um zusammen mit Spanien Italien zu beherrschen und zu teilen. Prinz Eugen schrieb, aus allem was er höre und sehe, müsse er schließen, daß man weder jetzt noch weiterhin den Krieg in Italien mit Ernst und Nachdruck führen werde [2]). Die Blockierung Casales und die Einnahme des kleinen Forts San Giorgio war alles was geschah. Aber auch Catinat war untätig im Tal von Fenestrelle stehen geblieben, zum Teile wohl in gewissem Zusammenhang mit der Haltung des Herzogs von Savoyen, zum Teil aber wegen Mangels an Mitteln zur Defensive gezwungen.

Eugen reiste im Spätherbst nach Wien und machte aus seinem Verdachte gegen seinen herzoglichen Vetter kein Hehl. Als er im März 1695 wieder zum Heere zurückkehrte, hatte er im Auftrag des Kaisers die ernstliche Belagerung Casales durchzusetzen. Viktor Amadeus mußte sich fügen, wollte er sich nicht verraten. Aber er begann nun neue Verhandlungen mit Tessé und Ludwig XIV., er vereinbarte, daß Casales Festungswerke geschleift werden sollen; geschähe dies nicht, so wolle er offen zu Frankreich übertreten. Und als nun Casale nach der grausamen Komödie einer Belagerung, die doch Blut kostete, gemäß der heimlichen

1) Mit Juli 1694 beginnt die von F. Heller herausgegebene „Militärische Korrespondenz des Prinzen Eugen von Savoyen“, 1. Bd., 1848. Wagner, Hist. Leopoldi II, 265 ff. hat auch hier archivalisches Material an Akten und Korrespondenzen benutzt.

2) Militär. Korresp. I, 8 ff. Wagner II, 269. 270.



Verabredung mit dem Kommandanten sich ergab, ward in der Kapitulation vom 11. Juli wirklich die Rasierung der Festung und die Übergabe der Stadt an ihren früheren Inhaber, den Herzog von Mantua festgesetzt. Prinz Eugen protestierte im Namen des Kaisers, es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, der Herzog drohte mit seinem Abfall, Eugen mußte nachgeben. Am 12. Juli berichtete er entrüstet nach Wien und bat um die Erlaubnis, sobald die Kampagne zu Ende, „dieses gefährlichen Kommandos entlediget zu sein, sonderlich wann kaiserl. Majestät keine andern Mesures nehmen würden“ [1]). Dazu kam es nun nicht, Eugen mußte im nächsten Jahre 1696 nochmals das Kommando übernehmen, das ja immer unerfreulicher und gerade für ihn, den Vetter des treulosen Alliierten, immer peinlicher wurde [2]). Denn inzwischen hatte nun Viktor Amadeus die letzten Schritte getan und stand eben im Begriffe, mit Ludwig XIV. die förmliche Allianz zu schließen. Am 29. Juni 1696 wurden von den Bevollmächtigten die geheimen Verträge unterzeichnet: Pinerolo wird nach Schleifung der Festungswerke dem Herzog abgetreten, die von den Franzosen eroberten Plätze und Gebiete werden ihm zurückgegeben, wogegen der Herzog, wenn die Verbündeten Italien nicht als neutral erklären wollten, seine Truppen mit den französischen vereinigt; des Herzogs Tochter wird Ludwigs ältesten Enkel heiraten. Das wichtigste Zugeständnis aber, das für Viktor Amadeus gewiß verlockend erscheinen mußte, war die Zusage König Ludwigs, daß, wenn der König von Spanien während des Krieges ohne Erben stürbe, dann das Herzogtum Mailand an den Herzog fallen soll, der dafür auf Savoyen verzichtet [3]). Ludwig zahlte einen schönen Preis, allerdings zum Teil auf Kosten Dritter.

Prinz Eugen erkannte, als er am 1. Juni in Turin eintraf, an den sonderbaren militärischen Maßnahmen des Herzogs sofort, was geschehen, und Viktor Amadeus sah sich bald gezwungen, mit halben Eröffnungen hervorzutreten. Höchste Erbitterung erhob sich auch im Heere, als diese Dinge bekannt wurden. Vorstellungen Eugens im Namen des Kaisers nützten natürlich nichts mehr, ebensowenig die Sendung des kaiserlichen Obersthofmarschalls Grafen Mansfeld, der Mitte August nach

1) Militär. Korresp. I, 62.

2) Für das Folgende Militär. Korresp. I, 69 ff., Arneth, Prinz Eugen I, 88 ff., Klopp VII, 223 ff., Schulte I, 321 ff.

3) Erst Bast, Les grands traités II, 171 ff. hat die Verträge, von denen der zweite bisher unbekannt war, vollständig veröffentlicht.

Turin kam. Mitte September vereinigte Herzog Viktor Amadeus seine Truppen mit dem französischen Heere [1]).

Prinz Eugen, Marquis Leganez und die ganze Generalität waren von der Überzeugung durchdrungen, der Feldzug müsse auch ohne, ja gegen Savoyen fortgesetzt werden. Allerdings unter der Voraussetzung eines schnellen und tüchtigen Sukkurses mit Truppen und Geld. Eugen fühlt sich militärisch in kritischer Lage, in noch peinlicherer persönlich, aber „wenn es sich um Pflicht und Ehre handelt, opfert man mit Vergnügen auch das Letzte", und „ich will Europa zeigen, daß weder das Blut noch das Interesse meines Hauses mich auch nur einen Augenblick über meine Ehre und Pflicht schwanken lassen" — so schrieb er an seinen Vetter und Freund Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden [2]). Im Juli marschierten wohl zwei Regimenter nach Italien, aber was bedeutete dies! In Wien wurde beraten, Kinsky dachte, so scheint es, die allgemeinen Friedensverhandlungen hierher zu verlegen, am 16. August erging ein kaiserliches Schreiben an Eugen, es müsse wegen Krieg oder Frieden in Italien vor allem die Meinung Spaniens berücksichtigt und mit den Alliierten Vereinbarung getroffen werden [3]). Zum letzten Male drängt Prinz Eugen noch am 31. August den Kaiser um schleunigste Hilfe, oder es müßte „andere Misur" genommen werden, denn es sei unmöglich, dermalen gegen eine feindliche Macht von 45 000 Mann den Mailändischen Staat zu erhalten. Ähnlich berichteten Mansfeld und Leganez [4]). Und darin lag's. Für Spanien stand Mailand auf dem Spiel. Und da weder Spanien noch der Kaiser Truppen zu senden vermochten, blieb keine andere Wahl als nachzugeben. Der spanische Staatsrat gab seine Einwilligung. Leopold war gezwungen, sich in Unvermeidliches zu fügen: wenn kein anderes Mittel bleibe, so schrieb er am 11. September an Mansfeld und Leganez, so müsse er sie bevollmächtigen, die Neutralität Italiens zuzugestehen. Auch die Haltung der italienischen Staaten zwang dazu. Die Herzoge von Modena, Parma, Mantua, der Großherzog von Toskana ersehnten schon lange den Frieden und den Abmarsch der alliierten Truppen, es lag die Gefahr vor, daß sie sich, wurde der Krieg fortgesetzt, sogar auf die Seite Savoyens stellten. So wurde denn am 7. Oktober 1696 zu Vigevano zwischen dem

1) Militär. Korresp. I, 110.
2) Briefe vom 18. Juni, 3. und 11. Juli bei Schulte II, 210. 213. 214.
3) Militär. Korresp. I, 98.
4) Militär. Korresp., I, 105. Klopp VII, 266. 270ff.



Kaiser und Karl II. von Spanien einer-, und dem Herzog Viktor Amadeus andrerseits der Vertrag geschlossen, der Waffenstillstand und Frieden, die Neutralität Italiens und den Abmarsch der verbündeten Truppen in sich schloß [1]). Weitere Abmachungen, die vielleicht von Kinsky und Mansfeld ohne Wissen des Kaisers bezüglich einer Friedensvermittlung Savoyens bei Frankreich verhandelt worden waren, scheiterten an Leopolds nun endlich entschiedener Haltung: er durchstrich diesen Paragraphen des ihm vorgelegten Friedensentwurfes mit eigener Hand.

Der Friede von Vigevano war das entschuldbare Ergebnis einer Zwangslage, in die der Kaiser im letzten Grunde dadurch geraten war, daß ihm die Führung des Krieges nach zwei Fronten je länger um so schwerer, ja unmöglich wurde. Die Folgen dieses Friedens waren so mißlich, wie sie Prinz Eugen befürchtet hatte. Die Armee Catinats wurde frei, während von den alliierten Truppen nur die kaiserlichen Regimenter und einige brandenburgische und in englischem Sold stehende Truppen dem rheinischen oder niederländischen Kriegsschauplatze zugute kommen konnten. Die militärische Position Frankreichs besserte sich recht bedeutsam. Die große Allianz, 1695 noch einmal mühsam erneuert, war durch den Abfall Savoyens schwer erschüttert. All dies mußte die **allgemeinen Friedensverhandlungen**, die schon lange in vollem Gange waren, beeinflussen. Ihnen haben wir uns nun zuzuwenden.

Wie wir uns erinnern, waren schon im Jahre 1691 Friedensgerüchte und Friedenswünsche aufgeflattert. König Wilhelm von England hatte ihnen sein Ohr geliehen, Schweden war schon geschäftig seine Vermittlung überall anzubieten. Der Mangel an entschiedenen Kriegserfolgen gegen Frankreich ließ jedoch solche Versuche noch verfrüht erscheinen. Aber Ludwig XIV. selber war vielleicht am frühesten ernstlich bemüht, zum Frieden zu gelangen, freilich vor allem auf die Weise, daß er die große Allianz zu sprengen suchte und auf Separatfrieden hinarbeitete. Wir haben soeben geschildert, wie ihm dies bei Savoyen gelang, wo ihm allerdings Viktor Amadeus auf mehr als halbem Wege entgegenkam. Mit ähnlichen Mitteln wurde nun auch an andern Punkten eingesetzt. Selten werden mehr geheime Verhandlungen und Intrigen gespielt haben, als in diesen letzten Jahren des 17. Jahrhunderts, wo ja auch die

1) Actes et Mémoires de la paix de Ryswick I, 174. Die oben genannten italienischen Fürsten verpflichteten sich, dem Kaiser 300000 Pistolen zur Beschleunigung des Abmarsches der Truppen zu zahlen.



Schicksalsfrage des spanischen Erbes näher und näher rückte und die Höfe und Diplomaten Mittel- und Westeuropas in fieberhafte Aufregung und Tätigkeit stürzte. Für Ludwig XIV. lag ein dringender Antrieb zum Frieden in den durch den schweren Kampf gegen so viele Feinde furchtbar schnell sich verschlimmernden inneren Zuständen Frankreichs. Die steigenden finanziellen Lasten der Kriegsjahre erschöpften den von Colbert und Louvois gesammelten Schatz und die Kräfte des Landes, Mißernten steigerten die Teuerung, welche schon die rücksichtslose Absperrung von Frankreichs Meeresküsten durch die Seemächte hervorgerufen hatte. Nur durch immer neue, aufs äußerste angespannte Besteuerung konnten die Mittel zu den riesigen Kriegskosten gefunden werden. Im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten stand es, daß Ludwig im Jahre 1693 die Aussöhnung Frankreichs und seines Episkopates mit der römischen Kurie um den Preis der gallikanischen Freiheiten herbeiführte. Papst Innocenz XII. wurde dadurch zu einem Förderer der französischen Politik.

Wie mit Savoyen, so hatte Ludwig XIV. im Laufe des Jahres 1691 und noch zu Anfang 1692 bei dem Kurfürsten Max Emanuel versuchen lassen, ihn mit glänzenden Versprechungen zu locken, aber Max Emanuels Statthalterschaft in den spanischen Niederlanden schnitt weitere Annäherungen für einige Zeit ab [1]). Im Laufe des Jahres 1692 fanden auch zum ersten Male ganz geheime Besprechungen zwischen französischen und kaiserlichen Vertrauten statt, die aber ohne Ergebnis verliefen [2]). Den ersten offiziellen Schritt tat Ludwig, als er am 5. Juni 1693 an Schweden und im September dem Reichstag zu Regensburg die Bedingungen mitteilen ließ, unter denen er mit Kaiser und Reich Frieden schließen wolle. So unbefriedigend diese Vorschläge waren, so erreichte das Vorgehen Frankreichs doch so viel, daß man von Wien aus, allerdings ganz unverbindlich, Gegenforderungen stellte und sich, zunächst ohne die Verbündeten, zu weiteren Verhandlungen entschloß. Anderseits aber hatten zur selben Zeit im Winter von 1693 auf 1694 allerhand geheime Besprechungen zwischen französischen und holländischen

1) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 365 f.

2) Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne, 2. Aufl. I, 395 f. Für das Folgende vgl. die Darstellung bei H. v. Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 308 ff., für die englisch-holländisch-französischen Verhandlungen G. Koch, Die Friedensbestrebungen Wilhelms III. von England i. d. J. 1694 bis 1697 (1903). Legrelle, Les grands traités II, 153 ff. 158 ff. gibt einen gedrängten, aber guten Überblick.



Persönlichkeiten stattgefunden, schließlich mit Einverständnis König Wilhelms selber. Allseits bestand also mehr oder minder Friedensneigung, allein noch war der Weg weit. Wie die Kriegführung, wurden auch die Verhandlungen durch auseinandergehende Interessen und Mißtrauen unter den Verbündeten selber erschwert und schließlich sehr nachteilig beeinflußt.

Im Januar 1694 kam im Auftrage König Wilhelms Baron Görz, den wir schon als seinen Vertrauten kennen, nach Wien. Er hatte für eine kräftige Offensive zu wirken und den vom König und vom Ratspensionär Heinsius gefaßten Plan zu vertreten, daß die französischen Vorschläge mit einem Gegenprojekt beantwortet werden sollen. Da zeigten sich sofort die inneren Schwierigkeiten: Spanien und, durch dessen Gesandten Borgomainero beeinflußt, auch Kaiser Leopold, hielten die Zurückdrängung Frankreichs auf die Grenzen des Westfälischen Friedens fest — dies war ja das Ziel der großen Allianz gewesen —, für Wilhelm war seine Anerkennung durch Frankreich und für England und Holland die Sicherung ihrer kolonialen und Handelsinteressen die Hauptsache. Weder in Wien noch im Haag oder in London wollte man die Leitung der Verhandlungen aus der Hand lassen, daher sträubte man sich auch in Wien gegen einen Kongreß, sah eine Mediation Schwedens nur mit Bedenken und tat daher dasjenige, was so oft ein Mittel in solchen Lagen war und ist: verzögern, Zeit gewinnen. Das Festhalten des Kaisers an den Zielen der großen Allianz und sein loyales Eintreten für Spanien war an sich schön und ehrenwert, allein um durchzudringen, dazu hätten ganz andere Kriegserfolge gehört. Auch Wilhelm III. war mit großen Absichten in den Kampf gegangen, allein der „Realpolitiker“ suchte denn doch schließlich nur sein und Hollands nächstes Interesse zu sichern.

Als Heinsius im Juni 1694 versuchte, die Friedensschlüsse von Münster und Nymwegen, sowie den Verzicht Frankreichs auf die Reunionen als „Fundament“ der Verhandlungen aufzustellen, als um dieselbe Zeit der französische Gesandte d'Avaux in Stockholm genau formulierte Vorschläge übergab, führten diese Schritte zu end- und fruchtlosen Beratungen, die nur verstimmten. Der Wiener Hof gab seinerseits ein Gegenprojekt, das aber bei Holland auf Widerspruch stieß, er setzte sich für die Anerkennung König Wilhelms vor den eigentlichen Verhandlungen ein und wollte im April 1695 auf einen Mittelweg zwischen Münsterer und Nymweger Frieden eingehen, aber zum „Fundament“, dem sich nun auch Schweden, ja sogar der spanische Gesandte im Haag näherten, mochte man sich nicht entschließen. So blieb die am 8. August 1695



erfolgte Erneuerung der großen Allianz ohne Bedeutung, ein schöner Aktus. Selbst Kinsky täuschte sich darüber nicht: „was die Allianz selber nicht brachte, wird auch die Erneuerung nicht bringen" [1]).

Graf Franz Ulrich Kinsky war seit Stratmanns Tod (25. Okt. 1693) der leitende Minister des Wiener Hofes. Es war ein Mißgeschick, daß nun gerade bei all diesen verwickelten Verhandlungen Stratmanns leichte, geschickte Hand, seine gewandte Behandlung der Geschäfte und der Menschen fehlten. Niemand konnte Kinsky Kenntnisse und Scharfblick absprechen [2]), aber er neigte zu ihrem Mißbrauch durch übertriebene Gründlichkeit und Spitzfindigkeit. Man kam mit ihm nicht vorwärts, die Gesandten scheuten sich mit ihm zu verhandeln. Und er betrat nun Wege, welche die ohnehin vorhandenen Differenzen mit den Alliierten noch verschärften, nämlich den Pfad geheimer Sonderverhandlungen mit Frankreich. Ganz das gleiche taten aber auch Wilhelm und Holland. Und obwohl gerade bei Erneuerung der Allianz solches geheime Traktieren verpönt wurde, ging das Spiel weiter, das Ludwig XIV. mit Virtuosität pflegte, als das beste Mittel zwischen den Alliierten üppig aufwucherndes Mißtrauen zu säen. Und die ernstesten Diplomaten scheuten sich ebensowenig, wie allerhand politische Abenteurer, vor geheimen Zusammenkünften, mit falschen Namen, in romantischen Verkleidungen als Mönch oder Kaufmann oder Postillon.

Durch einen Venetianer Grafen Gian Battista Velo wurde im Frühjahr 1694 von Wien aus in Paris Fühlung genommen, um geheime Verhandlungen über den Frieden und die Frage der spanischen Erbfolge einzuleiten [3]). Ludwig XIV. überzeugte sich von den ernsten Absichten

1) Srbik, S. 321. Auch Graf Auersperg, der kaiserliche Gesandte bei K. Wilhelm, äußerte sich ganz ähnlich. Klopp VII, 112. — Die Texte der Erneuerung bei Srbik, S. 322 und Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 208, bezüglich der Ratifikationen und Akzessionen Srbik, S. 305. 321 Anm. 4.

2) Der Kaiser sagt von ihm in einem Briefe vom 31. Dez. 1695 an P. Marco d'Aviano: viele haben Vertrauen zu ihm wegen seiner Art die Geschäfte zu führen, denn er geht immer sicher auf sein Ziel, bis er es erreicht hat, auch sagt er aufrichtig immer die Wahrheit." Klopp, Corrispondenza, S. 278. Dazu jedoch das Urteil des venetianischen Gesandten Venier von 1692, Fontes II 27, 317.

3) Hierüber haben Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne I, 386 ff. und Schulte I, 246 ff., II, 134 f. Aufschlüsse gebracht, wodurch die Darstellung bei Klopp VI, 361 f., VII, 38 f. ganz wesentlich berichtigt wurde. Über die Haltung Ludwigs XIV. sind die Bemerkungen von Baſt, Les grands traités II, 163 Anm. 2 zu vergleichen. Über diese Geheimverhandlungen haben wir eine Arbeit H. v. Srbiks auf Grund neuen Materials zu gewärtigen.



der hinter Velo stehenden Auftraggeber: es waren dies allem Anschein nach Kinsky und der Reichsvizekanzler Windischgrätz, mit ihnen im Einverständnis der kaiserliche Beichtvater P. Menegatti. Kaiser Leopold selbst wußte jedenfalls um die wesentlichen Punkte und Phasen der Verhandlung. Zu den Hauptbesprechungen, die nach vorsichtigen Vorbereitungen endlich im August und Anfang September in dem Städtchen Steckborn auf dem Schweizer Ufer des Bodensees stattfanden, kam von französischer Seite der frühere Gesandte in Regensburg, Verjus-Crécy, von kaiserlicher der Kommissarius zu Regensburg, der vielgewandte Freiherr Johann Friedrich von Seilern. Es sind bisher nur Bruchstücke von Aufzeichnungen über diese in größtem Geheimnis gehaltenen Zusammenkünfte bekannt, es läßt sich etwa folgendes sagen. Man wollte die Fragen über den Frieden verknüpfen mit der Frage der spanischen Erbfolge. Der Wiener Hof wünschte den Verzicht Ludwigs auf die spanischen Ansprüche und auf Einmischung in die Sukzessionsfrage. Ludwig war geneigt auf ersteres einzugehen, wenn der Kaiser seinen gleichwertigen Verzicht erklärt, und Lothringen, Elsaß und Straßburg preisgibt. Das Haus Lothringen sollte mit Neapel und Sizilien entschädigt, die Reunionen sollten zum Teile widerrufen werden. Ob hier schon von einem Äquivalent für Straßburg die Rede war, ist zweifelhaft, noch mehr, ob die Kaiserlichen irgendwie davon wissen wollten. Aber wenn Ludwig damals noch für sich und seine Nachkommen auf Spanien verzichten wollte, so war er doch nicht gemeint, die Ansprüche Max Emanuels ganz auszuschalten. Daran stockte die Verhandlung. Seilern reiste ab, Velo sollte dann die Besprechungen fortsetzen. Seilern wurde aber in Konstanz von dem ahnungslosen Stadtkommandanten angehalten und sah sich genötigt sein Inkognito als „Baron Krais" zu lüften. Dieser fatale Zufall wurde bekannt und machte Aufsehen, auch sonst waren von diesen geheimnisvollen Konferenzen Gerüchte in die Welt gedrungen, aus Zürich erhielt Borgomainero in Wien Nachrichten und König Ludwig selbst ließ in durchsichtiger Absicht die Seemächte davon wissen. König Wilhelm und Heinsius forderten vom kaiserlichen Gesandten Grafen Auersperg Aufklärung, dieser wußte wirklich nichts, Kinsky aber und der Kaiser selber mußten so tun, als ob sie nichts wüßten. Je ehrlicher und loyaler sonst gerade Leopold sich stets benommen hatte, um so übler wurden ihm diese Steckborner Konferenzen angerechnet — während die andern Alliierten und Ludwig XIV. dasselbe taten. Es muß hierbei noch ausdrücklich betont werden, daß von seiten Leopolds durchaus nicht an den



Abschluß eines Sonderfriedens gedacht wurde, sondern an die Vorbereitung eines allgemeinen Friedenstraktates [1]).

Ludwig XIV. berief, als Velo keine genügenden Instruktionen aus Wien erhielt, seine Emissäre im Dezember 1694 aus der Schweiz zurück, aber gleichzeitig hatte er insgeheim schon an einem andern Punkte ansetzen lassen, um einen Keil in die große Allianz zu treiben [2]). Er hatte durch den im Luxemburgischen kommandierenden Marquis von Harcourt Beziehungen zum Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz anknüpfen lassen, dessen heißer Eifer für die katholische Sache bekannt war und der als Bruder der Kaiserin gebraucht werden sollte, um für jene in Wien nicht unbekannte Auffassung zu wirken, daß doch die katholischen Mächte sich verbinden sollten wider die von den Protestanten drohenden Gefahren. Mindestens sollte doch, das war auch Johann Wilhelms Streben, das „arbitrium pacis" in katholischen Händen sein und bleiben. Aber der Kaiser verhielt sich sehr zurückhaltend, eine geheime Zusammenkunft Harcourts mit dem pfälzischen Hofkanzler Freiherrn von Wiser in der Abtei Orval anfangs November 1695 verlief ergebnislos, da hier die realen Wünsche aufeinanderstießen: der Kaiser bezeichnete die Rückgabe von Straßburg, Luxemburg und Lothringen als conditio sine qua non; Anerbietungen eines Äquivalents könnten nur ad referendum genommen werden. Dagegen sträubte sich Ludwig entschieden. Andererseits wurde im Sommer 1696 ein von Harcourt vorgebrachtes Projekt einer Ehe zwischen dem jungen König Josef und der Tochter des Dauphin aufs entschiedenste abgelehnt. Harcourt hatte es so dargestellt, als ob der Gedanke von der Kaiserin herrühre, was diese dann entrüstet als eine „impertinente Proposition" zurückwies.

Es mag nach den Mißerfolgen all dieser Geheimverhandlungen auffallen, daß eine solche noch einmal im März 1696 versucht wurde. Wieder waren es Kinsky, P. Menegatti und Graf Velo, die die Sache inszenierten, dieses Mal in einer geheimen Konferenz mit dem französischen Gesandten in Venedig, de la Haye, der mit Velo Mitte März in Padua zusammentraf. Aber weder Velo noch de la Haye scheinen genügende Vollmachten und Instruktionen gehabt zu haben und Ludwig XIV. befahl de la Haye am 4. April, jede Verhandlung abzubrechen [3]). Ludwig

1) Dies geht deutlich auch aus dem Briefe P. Menegattis vom 21. Sept. hervor. Schulte II, 135.

2) Für das Folgende vgl. Schulte I, 558ff.

3) Aus dem Zusammenhalt der von Klopp VII, 215ff. und Legrelle I, 396 mitgeteilten Aktenstücke ergibt sich die obige Auffassung, die von der Klopps abweicht.



stand vor dem günstigen Abschluß mit Savoyen, dann konnte er ganz anders verhandeln. Überdies scheint er eigens zur Diskreditierung des Wiener Hofes und um das Mißtrauen der Seemächte zu reizen, einen Herrn von Couvonges nach Innsbruck entsandt zu haben, wo Eleonore, die Witwe Herzog Karls von Lothringen und Schwester des Kaisers residierte. Couvonges ließ offen verlauten, daß er mit dem Kaiser wegen des Friedens unterhandeln wolle. Von Wien aus wurde er abgewiesen, aber von Paris aus sorgte man für die Verbreitung halbwahrer Nachrichten, namentlich im Haag [1]).

Ganz ähnliche geheime Verhandlungen waren seit 1694 auch in Gang gekommen zwischen den Seemächten und Frankreich [2]). Auch da spielten inoffizielle Vertrauensmänner eine Hauptrolle, auf holländisch-englischer Seite der polnische Resident in Amsterdam, Molo, der übrigens ein geborner Graubündner war [3]), und dann namentlich der Amsterdamer Ratsherr van Weede van Dijkvelt, auf französischer Seite François de Caillières. Dem Streben Ludwigs XIV., die Alliierten zu trennen, kamen das wachsende Friedensverlangen der einflußreichen Stadt Amsterdam und auch die Wünsche König Wilhelms entgegen. Aber erste Verhandlungen im November 1694 in Maestricht scheiterten an der Forderung, daß Ludwig vor allem Wilhelm als König von England anerkennen solle. Natürlich blieben auch diese Konferenzen kein Geheimnis, die kaiserlichen Gesandten im Haag und bei König Wilhelm, Kaunitz und Auersperg, stellten Anfragen, man antwortete ihnen mit dem Hinweis auf Steckborn, gab aber doch möglichst beruhigende Versicherungen. Trotzdem gingen geheime Traktationen in der ersten Hälfte 1695 weiter, die auf die Fragen Kinskys an den englischen Gesandten Lexington in Wien und Auerspergs im Haag von Dijkvelt einfach abgeleugnet wurden. Gegenseitiges Mißtrauen war gesät. Die Eroberung Namurs (Sept. 1695) gab König Wilhelm wieder Zuversicht, er ließ die Nebenverhandlungen fallen, und suchte nun den Wiener Hof energisch zu einer Entscheidung

1) Auch die Publikation des angeblichen Testamentes Herzog Karls von Lothringen, die mit Wissen der französischen Regierung um diese Zeit erfolgte, war bestimmt, die kaiserliche Politik überall möglichst zu diskreditieren, denn die hier enthüllten Pläne des Kaisers sollten sich gegen alle Mächte, ja auch gegen den Papst richten. Vgl. oben S. 430 Anm. 8, Koser in Histor. Zeitschr. XLVIII, 81 ff.

2) Vgl. G. Koch, Die Friedensbestrebungen Wilhelms III. von England in den Jahren 1694—1697, S. 10 ff., dazu Erdik, S. 315 ff.

3) Wagner, Hist. Leopoldi II, 364.



zu drängen [1]. Im Haag war der Gedanke eines Friedenskongresses aufgetaucht, in Wien wollte man davon nichts wissen, so lange die Alliierten selbst nicht einig seien; die Seemächte wollten jenes „Fundament“, während der Kaiserhof mit Rücksicht auf Spanien, Lothringen und Savoyen sich dagegen sträubte und auf seinem durch Schweden an Frankreich zu vermittelnden Gegenprojekt verharrte. Da ließ König Wilhelm durch die Gesandten Lexington und Heemskerck am 18. November 1695 erklären, wenn der Kaiser das Fundament annehme, werden die Seemächte einen Revers ausstellen, daß sie darum keineswegs von den Verpflichtungen der großen Allianz abgehen wollen. Kinsky entwarf eine Deklaration, welche trotz aller Klauseln, die das „Fundament“ eigentlich illusorisch machten, doch wohl zu einer Einigung und damit zu einer starken einheitlichen Position der Verbündeten gegenüber Frankreich geführt hätte.

Allein Kaiser Leopold gab seine Zustimmung nicht, und als Lexington und Heemskerck noch den Vorschlag machten, daß ein Vertrauensmann des Kaisers, Spaniens, Lothringens und Savoyens zusammen mit einem Vertrauten Englands und Hollands in Geheimverhandlungen mit Frankreich treten solle, siegte das Mißtrauen Kinskys und auch dieser Antrag wurde abgelehnt (24. und 29. November). Wir wissen nicht, ob der Kaiser durch einen der unverantwortlichen Ratgeber zu seiner Haltung bestimmt wurde, oder ob seine Unschlüssigkeit der Grund war, welche dadurch noch besonders verstärkt sein mochte, daß kurz vorher der spanische Botschafter Borgomainero gestorben war, dessen Rat und Einfluß bei Leopold sehr schwer wogen. Jedenfalls war es ein Fehler, der hier begangen wurde, und die Möglichkeit, ihn gut zu machen, ist nicht mehr gekommen.

Denn jetzt nahmen nun die Seemächte sofort die geheimen Verhandlungen mit Frankreich wieder auf. Das Mißlingen der Verschwörung gegen König Wilhelm und des geplanten französisch-jakobitischen Einfalles in England im Februar und März 1696 hob zwar mächtig die Popularität des Königs und die kriegerische Stimmung, aber Wilhelm selbst empfand nur um so stärker den Drang nach endlichem Frieden und gesicherten Verhältnissen. Auch in Holland machte das Ereignis einen

1) Vgl. hierfür Srbik, S. 324 ff., der erst die Bedeutung der Vorgänge vom November 1695 klargemacht hat. Der Entwurf der Deklaration gedruckt, S. 331. — An den Konferenzen mit Lexington und Heemskerck nahmen außer Kinsky nur noch der Reichsvizekanzler Graf Windischgrätz und der Reichshofratspräsident Graf Öttingen teil. Windischgrätz starb bald nachher in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1695. Klopp, Corrispondenza, S. 278.

tiefen Eindruck; man dachte mit Schrecken an die Gefahr, die dem König und den Staaten gedroht hatte, man müsse daher mit allen Kräften auf den Frieden hinarbeiten [1]).

Ende März 1696 kam der französische Unterhändler Caillières wieder nach Holland, es begannen wieder die geheimen Konferenzen mit Dijkvelt, die ebensowenig geheim blieben, wie die gleichzeitigen Konferenzen von Padua, woraus neuerdings gegenseitige Empfindlichkeiten entsprangen. Aber jene Verhandlungen führten zu einer vorläufigen Vereinbarung zwischen den Seemächten und Frankreich, die es König Wilhelm und Heinsius als zeitgemäß erscheinen ließ, am 2. und 3. September offiziell mit dem Vorschlag eines Friedenskongresses hervorzutreten. Ludwig XIV. hatte sich zuletzt zu dem Angebote bereit erklärt, die Friedensschlüsse von Münster und Nymwegen als Basis zu nehmen, Straßburg im Stand von 1681 mit freier Religionsübung, sowie Luxemburg in statu quo und die Reunionen der Kammern von Metz und Besançon zurückzugeben, über Lothringen und die Reunionen der Kammer von Breisach auf dem Kongreß zu verhandeln, und Wilhelm nach Abschluß des Friedens als König von England anzuerkennen.

Dies erschien Wilhelm und den Holländern als vollauf genügende Basis. Gewiß mit Recht, wenn sie von Ludwig XIV. ernst gemeint war. Vauban hat sich damals in einem vertraulichen Briefe an Racine geradezu empört über solche Zugeständnisse seines Königs geäußert [2]). Mit nervöser Ungeduld erwartete Wilhelm die Zustimmung des Kaisers. Aber in Wien überstürzte man sich keineswegs. Neben der herkömmlichen Langsamkeit gab es ehrenwerte Bedenken: Straßburg wollte man nicht im Stande von 1681, sondern in statu quo mit den neuen Festungswerken zurückhaben; der Westfälische Friede sollte Basis ausdrücklich in jenem Sinne sein, der die elsässischen Reichsstädte dem Reiche zurückgab; Lothringens volle Wiederherstellung sollte schon in den Präliminarien

1) Klopp VII, 203 nach Berichten von Kaunitz; so auch die Venetianer Relationen. — Für das Folgende vgl. Klopp VII, 207 ff. 255 ff., G. Koch, S. 33 ff.

2) Der Brief vom 13. Sept. 1696 bei Rousset, Louvois IV, 540. Rousset, S. 542 Anm. 1 meinte, im Datum stecke ein Irrtum, es müsse 1697 heißen. Dies hat schon Schulte I, 331 Anm. 1 mit Recht abgelehnt. — Über die folgenden Friedensverhandlungen das Aktenwerk: Actes et Mémoires de la paix de Ryswick, 4 Bde. A la Haye 1699, 3. Aufl. 1725. Wagner, Hist. Leopoldi II, 360 ff. gab eine ausführliche Darstellung, für welche er die Berichte von Auersperg und Kaunitz, sowie Akten benutzen konnte. Von den neueren Darstellungen ist als besonders aufschlußreich zu nennen Schulte I, 329 ff. 396 ff.



ausgesprochen werden. Auch wollte man das arbitrium pacis nicht ganz den Seemächten überlassen, daher das Sträuben gegen einen Kongreß im Haag oder in dessen Nähe. Auch die ewig drohende Frage der spanischen Erbschaft übte gerade jetzt ihren Einfluß. Wir schildern ihre Entwicklung im nächsten Kapitel, hier sei nur ihre Verkettung mit den Friedensverhandlungen berührt. Der Kaiserhof wollte die habsburgische Sukzession, die ja im Geheimartikel der großen Allianz von den Seemächten anerkannt worden, gerade jetzt mit allem Nachdruck sichern. Er gedachte sie in die Friedensverhandlungen einzubeziehen. Aber König Wilhelm erwiderte im März 1697 nicht ohne Grund dem Grafen Auersperg, daß dadurch der Friede unmöglich gemacht würde, und ähnlich äußerte sich etwas später Heinsius gegenüber Kaunitz [1]). Dies war eine Enttäuschung. Doch als der jüngere Harrach im Juni einen scheinbar günstigen Brief Karls II. mitbrachte, hoffte man in Wien, daß die Erbfolge des jüngeren Sohnes Kaiser Leopolds, Erzherzog Karls und seine Reise nach Spanien zugleich mit der Sendung von Truppen eine gesicherte Sache sei, die noch vor dem Friedensschluß ins Werk gesetzt werden könnte [2]). Eine viel zu optimistische Ansicht der Dinge.

Die Position des Wiener Hofes war empfindlichst beeinträchtigt worden durch den Abfall Savoyens und den Vertrag von Vigevano (7. Oktober 1696). Die Alliierten, vor allem König Wilhelm, sprachen gereizt von Separatfriedensbestrebungen und das Mißtrauen, nicht gerade gegen Leopold, aber gegen seine Minister, wuchs noch stärker empor. Dies benutzte Ludwig XIV. um sofort in seinen Zugeständnissen zurückzuweichen, sogar die Anerkennung Wilhelms schien man in Frage zu stellen. Aber in diesem Ehrenpunkte war ganz England einig, das Parlament bewilligte binnen wenig Tagen fünf Millionen Pfund zu neuen Rüstungen. Jetzt lenkte Ludwig ein, er ließ im Dezember 1696 Wilhelm auf das bestimmteste wissen, daß er ihn zugleich mit dem Abschluß des Friedens als König von Großbritannien anerkennen werde, ohne jede Schwierigkeit und Bedingung. Es ist möglich, daß auch bei Ludwig die spanische Frage Einfluß ausübte, und daß er, bevor sie akut wurde,

1) Gaedeke, Die Politik Österreichs in der span. Erbfolgefrage, I, 123. 125. 130. Klopp VII, 436 ff. Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 196.

2) Der Gesandte in Madrid, Graf Ferdinand Harrach (Vater), hatte im April den Rat gegeben, die Verhandlungen in Rijswijk hinauszuziehen, um sie dann durch den spanischen Erfolg entscheidend zu beeinflussen. Später begann er die Sachlage freilich anders zu beurteilen. Gaedeke, I, 130 ff.



zum Frieden gelangen wollte. Denn Ludwig kannte wohl den Geheimartikel der großen Allianz [1]).

Von da an hat König Wilhelm konsequent, eifrig, ja allzu eifrig und ohne viele Rücksicht auf die Alliierten, ohne Rücksicht namentlich auf die Forderungen von Kaiser und Reich den Abschluß des Friedens betrieben. England und Holland bedurften des Friedens, die Kaufherren von Amsterdam machten kein Hehl aus ihrem Überdruß an dem langen, handelsperrenden Kriege. Diese Stimmungen machten sich die Franzosen genau so wie einst zu Nymwegen klug zunutze, um die Seemächte abzudrängen von ihren Verbündeten. Am Beginn des Jahres 1697 war endlich die Beschickung eines Friedenskongresses beschlossen und die Gesandten ernannt worden, Schweden als Vermittler bei dem Kongreß anerkannt und die Abfassung von Präliminarpunkten zugelassen. Die von Caillières am 10. Februar dem schwedischen Mediator Freiherrn von Lilienroth eröffneten Präliminarpunkte befriedigten weder den Kaiser noch Spanien. Nur unter Vorbehalt traten sie in Vorverhandlungen ein, die sich zunächst auf Lothringen bezogen. Für Lothringens Restitution interessierte sich auch König Wilhelm, da er dem ihm aufrichtig befreundeten Herzog Karl versprochen hatte, für das Recht seines Hauses einzutreten. Aber Ludwigs XIV. letzte Absichten waren auf den bleibenden Gewinn der beiden Hauptfesten Luxemburg und Straßburg und des ganzen Elsaß mit der Rheingrenze gerichtet und da benutzte er nun ein fein berechnetes Mittel. Schon bei den früheren Geheimverhandlungen hatte es von französischer Seite immer und immer wieder geheißen: Straßburg oder ein Äquivalent. Und jetzt wurde nun dieses Äquivalent enthüllt: für Straßburg soll dem Reich Kehl und Philippsburg, dem Kaiser, das heißt also Österreich, Breisach und Freiburg zurückgegeben werden. Konnte dies nicht Österreich verlocken, konnte es nicht den an diesen deutschen Fragen wenig interessierten Seemächten sehr annehmbar erscheinen? Der Kaiser hielt an Straßburg fest bis zuletzt, der Oranier aber schrieb am 25. Mai 1697 an den vertrauten Heinsius: das Äquivalent sei schon recht, man möge es nur möglichst groß machen, Montroyal und Trarbach dazufordern, das sei im Interesse des Niederrheins und der Seemächte [2]).

1) Klopp VII, 354.

2) A. v. d. Heim, Het Archiv van .. Heinsius III, 238, schon angeführt von Schulte 1, 399. Vgl. auch des Königs Äußerungen zum kaiserlichen Gesandten, Grafen Auersperg, am 2. April, bei Klopp VII, 367.

Am 9. Mai 1697 wurde endlich auf Schloß Nieuwburg bei Rijswijk südlich vom Haag der eigentliche Friedenskongreß eröffnet. Der Wiener Hof hatte sich schließlich in bezug auf den Ort den Wünschen der Seemächte und auch Frankreichs fügen müssen. Als kaiserliche Gesandte [1]) erschienen der Reichsvizekanzler und Gesandte im Haag Graf Dominik Andreas Kaunitz, ein gescheiter Kopf, gewandt, offen, gerade, Graf Heinrich Stratmann, der Sohn seines Vaters, und Johann Friedrich Freiherr von Seilern. Seilern, der Sohn eines Heidelberger Färbermeisters, Konvertit und eifrig katholisch, in pfälzischen, dann kaiserlichen Diensten emporgekommen, in Nymwegen zuerst erprobt, der Vertraute Kinskys, gelehrt und scharfsinnig, in allen Winkeln des deutschen Reichsrechtes erfahren wie wenige, aber auch der zu formalen Auswegen und Doppelsinnigkeiten geneigte Jurist, dem man auf protestantischer Seite mit gewissem Mißtrauen entgegenkam. Die Verhandlungen gingen im Mai und Juni nur sehr langsam vorwärts. Es waren nicht so sehr die Schwierigkeiten des Zeremoniells, als tiefere Hemmungen: das Festhalten der Kaiserlichen an den Grundlagen vom September 1696, die ablehnende und verzögernde Haltung der Franzosen, welche von dem Fortgang des Krieges in Spanien und dem Falle Barcelonas, sowie von glücklichen Erfolgen zur See die kräftigste Förderung ihrer Absichten erhofften. Endlich verlangte Kaunitz am 29. Juni einen französischen Gegenentwurf. Dieser wurde am 20. Juli vorgelegt, er enthüllte nun die Ziele Ludwigs XIV. Der Entwurf hatte trotz der Nennung des Friedens von Münster doch jenen von Nymwegen als Grundlage, er nahm zwar die Rückgabe der Reunionen in Aussicht, stellte aber bezüglich Straßburgs die Alternative: entweder Rückgabe von Straßburg im Stande von 1681, oder als Äquivalent Breisach und Freiburg, Hüningen, Kehl, Fort Louis und Philippsburg nach Schleifung der Festungswerke. Eine ähnliche Alternative wurde Spanien für Luxemburg gesetzt, für Lothringen Rückgabe unter gewissen Bedingungen. Werde dieser Vorschlag nicht bis zum 31. August angenommen, so halte sich Ludwig nicht mehr daran gebunden [2]).

Die Franzosen rechneten mit zweierlei: daß die kurze Frist ohne Entscheidung ablaufen werde, indes ihre Position sich noch durch den Fall Barcelonas verstärkte, und daß die Seemächte, nachdem sie ihren

1) Neben ihnen fungierte als Bevollmächtigter des Hauses Österreich Franz Rudolf Freiherr von Halden, oberösterr. Regimentsrat. Actes et Mémoires de la paix de Ryswick III, 473.

2) Actes et Mémoires de la paix de Ryswick II, 213.



Anteil gesichert, nötigenfalls auch ohne die Alliierten den Frieden schließen. Gab sich doch stets aufs neue die drängende Friedenssehnsucht Amsterdams kund, und der sonst so klug vorsichtige Oranier selber tat in seiner steigenden Ungeduld und in der Ungewißheit, ob denn Ludwig XIV. wirklich die volle und rückhaltlose Anerkennung seines Königtums und das gänzliche Fallenlassen Jakobs II. und der Stuarts zugestehen werde, einen folgenschweren Schritt. Er veranlaßte im Juli die Konferenzen von Hall (südlich Brüssel), wo sein Vertrauter, der zum Herzog von Portland erhobene Holländer Bentinck, mit dem französischen Marschall Boufflers über den Frieden zwischen England und Frankreich übereinkam; Ludwig XIV. opferte die Stuart, Wilhelm die französischen Protestanten. Wilhelm hatte diese geheimen Separatverhandlungen gesucht, er hatte sich nicht gescheut, dabei erklären zu lassen, England und Holland seien bereit, falls die anderen Alliierten die französischen Forderungen nicht annehmen, allein den Frieden abzuschließen. Holland hatte einen besseren Zolltarif, die Bewilligung des Herings- und Salzverkaufes in der Tasche; es sicherte sich andrerseits gegen Frankreich eine „Barriere", indem Spanien und sein Statthalter in Belgien, Kurfürst Max Emanuel, zugestanden, daß holländische Truppen in die sieben bedeutendsten belgischen Festungen als Besatzung aufgenommen werden sollten [1].

Am 11. August fiel Barcelona, um dieselbe Zeit kehrte der französische Admiral Pointis mit reicher Beute zurück. In Madrid herrschte äußerste Bestürzung, der spanische Gesandte in Rijswijk erhielt den Auftrag, Frieden zu schließen um jeden Preis.

Kaiser und Reich waren tatsächlich isoliert. Die Franzosen wurden mit jedem Tage hochfahrender und schroffer. Die kaiserlichen Gesandten, von Wien aus, wo man sowohl die Lage in Spanien gleichwie die Haltung der Seemächte noch immer zu optimistisch beurteilte, ohne neue Instruktionen gelassen, mußten an ihren alten Forderungen festhalten. Markgraf Ludwig Wilhelm schlug für Straßburg die Annahme eines status medius vor. Allein dieses, ja auch der anfänglich von den Franzosen angebotene Stand von 1681 kam jetzt gar nicht mehr in Frage — Ludwig XIV. wollte Straßburg selber. Das zeigte sich klar nach Ablauf des Termins am 1. September. Jetzt nahmen die Franzosen die Alternative überhaupt zurück, sie erklärten, Straßburg und das Rheinufer von

1) Abkommen K. Wilhelms mit Max Emanuel Mitte Oktober 1697; Klopp VII, 499.



Basel bis zur Queich müsse französisch bleiben, dafür bleibe Kehl und Philippsburg dem Reiche, Freiburg und Breisach dem Kaiser, Barcelona werde den Spaniern zurückgegeben. Und wieder setzte Ludwig einen Termin, den 20. September, nach welchem Tage er sich nicht mehr gebunden betrachte. Man war empört, selbst König Wilhelm und Heinsius entrüsteten sich über diesen unverschämten Wortbruch, es schien einen Moment, als wollte man wieder zum Schwerte greifen. Allein diese Stimmung verflog bald, und unter den Reichsgesandten selber begann sich jetzt ein Zwiespalt zwischen Katholiken und Protestanten zu entwickeln. Die Katholischen schienen Straßburg leichter zu verschmerzen, weil es bei Frankreich katholisch blieb. Die Kaiserlichen erstrebten wenigstens eine Verbesserung des Äquivalents. Umsonst. Auch König Wilhelm erklärte am 19. September, er könne nichts mehr tun. So unterzeichneten in der Nacht vom 20. auf den 21. September Holland, England und Spanien den Frieden. Gegen Spanien übte nun Ludwig XIV. im Hinblick auf die Erbfolgefrage wohlberechnete Großmut, er verzichtete auf das feste Luxemburg und gab Barcelona zurück — wirkungsvolle Mittel, um die Stimmung in Spanien für Frankreich zu gewinnen [1]).

Für Kaiser und Reich wurde eine Frist bis zum 1. November gewährt, bis dahin auch Waffenstillstand geschlossen. Vergeblich mühten sich die Gesandten, irgendwelche Verbesserungen des französischen Angebotes vom 1. September durchzusetzen. Auch der glänzende Sieg von Zenta, den Prinz Eugen am 11. September erfocht, konnte in Rijswijk nichts mehr ändern, ebensowenig wie die französische Niederlage bei der polnischen Königswahl. Das einzige, was erreicht wurde, war die Restitution Lothringens im Stande von 1670 [2]). So nahte das Ende der Frist. Da traten im letzten Moment, am späten Abend des 29. Oktober die Franzosen mit der überraschenden neuen Forderung hervor, im Artikel über die Rückgabe der Reunionen solle die Klausel eingefügt werden, daß daselbst der jetzige Stand der katholischen Religion zu verbleiben habe. Verrat, Verrat, rief Heinsius, als er von dieser Über-

1) Die Texte dieser Friedensschlüsse vom 20. Sept. 1697 in Actes et Mémoires de la paix de Ryswick, 3. Bd., jetzt bei Vast, Les grands traités II, 190. 199. 202. 214.

2) Dies hing wohl zusammen mit dem Plane, daß der junge Herzog Leopold von Lothringen die Prinzessin von Orleans, Nichte Ludwigs XIV., heiraten sollte. Klopp VII, 436. Die Heirat kam dann 1698 tatsächlich zustande. Leopold wurde der Vater Kaiser Franz I.



rumpelung hörte, aber auch da war keine Abwehr möglich und am 30. Oktober 1697 wurde der Friede von Rijswijk mit dieser Klausel (im Art. 4) von den kaiserlichen Gesandten, von den Vertretern der katholischen und einzelner protestantischer Reichsstände unterzeichnet [1]).

Wir wissen heute so ziemlich, wie diese Religionsklausel entstand [2]). Der eifrig katholische Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz war im Herbst 1696 durch den Grafen Kinsky angeregt worden, für die zu restituierenden pfälzischen Gebiete die Beibehaltung der von Frankreich getroffenen Änderungen zugunsten der katholischen Religion zu erwirken. Wahrscheinlich hat Seilern im Frühjahr 1697 auf der Durchreise in Düsseldorf über diese Sache gesprochen. Der Kurfürst suchte über Rom, sowie durch den Nuntius und den toskanischen Gesandten in Paris, auf Ludwig XIV. einzuwirken, die Sache verquickte sich mit der Entscheidung über die Orleans-pfälzischen Ansprüche. Indem Ludwig hier seine Forderungen erhöhte, gestand er andrerseits die Klausel zu. Das muß erst im Oktober geschehen sein, die kaiserlichen Gesandten haben vielleicht seit dem 20. Oktober darum gewußt. Allein die Franzosen erweiterten die Klausel von den pfälzischen Gebieten auf alle Reunionen und mit dieser Forderung traten sie in jener Nacht vom 29. auf den 30. Oktober hervor. Es scheint, daß die Kaiserlichen darum früher nicht wußten [3]). Begreiflich ist die große Erregung, ja Erbitterung, die sich der Protestanten bemächtigte. Ohnehin war, wie schon früher angedeutet, gerade während dieser Friedensverhandlungen der konfessionelle Gegensatz wieder rege geworden, die protestantischen Reichsstände hatten ihrerseits zuerst die Religionssache hineingezogen, wogegen die Kaiserlichen mit Recht einwandten, daß dies interne Fragen des Reiches seien, und daß gerade durch das Aufrollen solcher Dinge die Franzosen wieder zu neuen Ansprüchen veranlaßt werden könnten [4]). Es läßt sich aber nicht leugnen, daß Kurfürst Johann Wilhelm durch seine Machenschaften diese unerfreuliche Episode herbeigeführt und daß Kinsky und Seilern einen gewissen Anteil daran gehabt haben. Auch in bezug auf den Verlust von Straß-

1) Bast II, 228.

2) Wir verdanken die Aufschlüsse dem Werke von Schulte I, 439 ff.

3) So läßt sich ihr Bericht vom 5. Nov. erklären, daß die französischen Gesandten mit der Klausel „losgebrochen" seien, bei Klopp VII, 468 Anm. 1. Über die Vorgänge dieser Nacht der Bericht der kaiserl. Gesandten vom 11. Febr. 1698, Actes et Mémoires de la paix de Ryswick IV, 310 ff.

4) Vgl. Schulte I, 406 f.



burg wurden schwere Verdächtigungen gegen den Wiener Hof ausgesprochen und ausgestreut. Kein geringerer als König Wilhelm äußerte sich im Laufe des Jahres 1697 wiederholt, daß den Kaiserlichen eigentlich an Straßburg weniger liege, daß sie vielmehr das für Österreich verlockende Äquivalent von Freiburg und Breisach anstreben, ja daß sie deshalb den Termin bis zum 31. August absichtlich hätten verstreichen lassen. Man suchte auch die Jesuiten dahinter, welche Straßburg katholisch erhalten und ihr neues Kollegium daselbst retten wollten. Aber für all dies ist kein wirklicher Beweis erbracht [1]). Demgegenüber stehen die bis zuletzt wiederholten Erklärungen des Kaisers und die ganze Haltung seiner Gesandten bei dem Kongreß. Am dauernden Verluste Straßburgs und des Elsaß war vielmehr schuld die innere Zerfahrenheit der großen Allianz und die so unverhüllt ausgesprochene Friedensbegier Hollands und König Wilhelms. Er war es, der schon im Frühjahr Straßburg innerlich aufgegeben hatte und durch die Haller Konferenzen Ludwig XIV. zeigte, was er gegen das Reich wagen dürfe.

Allein über der Bitterkeit dieses Verlustes darf die historische Beurteilung nicht das Gesamtbild des Friedens von Rijswijk vergessen [2]). Frankreich behielt Straßburg und das Elsaß, aber es gab die ganzen übrigen Reunionen, sowie Kehl und Philippsburg dem Reiche, Freiburg und Breisach an Österreich heraus, es stellte Lothringen an dessen Herzogshaus zurück, es restituierte an Spanien Luxemburg und eine Reihe belgischer Festungen. An Savoyen hatte für dessen Anschluß Ludwig XIV. schon früher die Schlüssel Italiens, Pinerolo und Casale, überlassen müssen. Holland war durch Handelsvorteile befriedigt, dagegen restituierte es die Kolonie Pondichery. König Wilhelm aber erhielt die Anerkennung seines Königtums und damit England die Anerkennung der ganzen Ergebnisse der „glorreichen Revolution". Die große Allianz hatte ihr Ziel, Frankreich in die Grenzen des Westfälischen und Pyrenäischen Friedens zurückzudrängen, zwar nicht erreicht, die gewaltige, einheitlich zusammen-

1) So auch Schulte I, 423. Wilhelm hat schon gegen Ende 1696 sich nicht gescheut, sogar dem kaiserlichen Gesandten Auersperg gegenüber vorzubringen, es heiße, daß ein Religionskrieg gegen England und Holland im Werke sei, v. d. Heim III, 221. Im Juni 1697 beschuldigte er den Wiener Hof des Einverständnisses mit Frankreich, v. d. Heim III, 242.

2) Treffend äußert sich hierüber schon der Venetianer Ruzini im Jahre 1699, seine Relation in Fontes rer. Austr. II 27, 385. Eine gute Charakteristik der Ergebnisse des Krieges bei Lavisse, Hist. de France VIII, 47. Vgl. auch das Urteil von Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 194.



gefaßte Macht Ludwigs XIV. und seines Staates hatte, allerdings mit schweren inneren Opfern, den langen Kampf auf vier Fronten ausgehalten, aber Ludwig war doch weit zurückgewichen von der stolzen Höhe tatsächlicher Vorherrschaft, in der er den Krieg im Jahre 1688 übermütig und siegessicher begonnen. Nicht mit Unrecht konnte das englische Parlament seinem König danken, daß er das europäische Gleichgewicht hergestellt habe. Solchen Dank verdiente aber auch Kaiser und Reich und Österreich. Und Österreich hatte nicht bloß gegen Ludwig XIV. gestritten, sondern auch gegen dessen steten geheimen Bundesgenossen, die Pforte. Der Sieg von Zenta erhellte die trüben Tage von Rijswijk und gab die Bürgschaft, daß Österreichs großer Doppelkampf, der im Westen nicht ganz vergeblich gewesen, im Osten mit einem gewaltigen positiven Erfolge enden werde.



Zweites Kapitel

Die Vorgeschichte des spanischen Erbfolgekrieges

Der geheime Vertrag Kaiser Leopolds mit Ludwig XIV. über die Teilung der spanischen Monarchie vom Jahre 1668 übte zwar auf die Politik des Kaiserhofes in den nächsten Jahren eine lähmende Wirkung, aber, durch die Ereignisse bald überholt, blieb er nur mehr eine unliebsame Erinnerung [1]. Ein Jahr später, am 18. Januar 1669 wurde dem Kaiser von seiner spanischen Gemahlin Margareta ein Kind geschenkt, dem es beschieden war, zeitweilig eine bedeutsame Rolle in der „großen Frage" zu spielen, die ja, ab und zu jäh ganz brennend, durchaus den Untergrund der europäischen Politik in diesen Dezennien bildete [2]. Erzherzogin Maria Antonia war das einzige Kind der Kaiserin Margareta, das am Leben blieb, sie war die Erbin des Anrechtes ihrer Mutter auf die spanische Monarchie, eine Anwartschaft, die nach dem frühen Tode Margaretas (1673), wenn König Karl II. von Spanien etwa kinderlos blieb, gemäß dem Testamente Philipps IV. zweifellos an erster Stelle stand. Und um nun hier wieder ein noch stärkeres Band zu knüpfen, entstand wenige Jahre später, nachdem Karl II. 1675 als großjährig erklärt worden, der Plan, Maria Antonia selbst ihrem jugendlichen Oheim zur Gemahlin zu geben. Der kaiserliche Gesandte in Madrid, Graf Ferdinand Bonaventura von Harrach, hatte im Jahre 1676 diese Angelegenheit zu verhandeln, die Königin-Mutter Maria Anna, Leopolds

1) Vgl. oben S. 97 ff. 117 ff.

2) Für das Folgende im allgemeinen die Werke von Gaedeke, Die Politik Österreichs in der spanischen Erbfolgefrage, 2 Bde. (1877), Klopp, Der Fall des Hauses Stuart, 1. bis 9. Bd. (1875—1881), Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne II. ed. 4 Bde. (1895—96), die trefflichen Übersichten bei Immich, Gesch. d. europäischen Staatensystems von 1660—1789. Stammtafeln am Schlusse dieses Bandes.



Schwester, war eifrig dafür, am 15. Oktober 1676 kam es in der Tat zu einem Heiratsvertrage, in welchem ausdrücklich erklärt wird, daß, falls König Karl kinderlos vor seiner Gemahlin Maria Antonia stürbe, diese, kraft des Rechtes der Kaiserin Donna Margareta ihrer Mutter als deren einzige Tochter, unmittelbare Nachfolgerin ihres Gemahls in der spanischen Monarchie sein solle. Maria Antonia war aber damals überhaupt das einzige Kind Kaiser Leopolds und so wird in diesem Vertrage in bezug auf ihr väterliches Erbe erklärt, daß sie dermalen (al presente) auch Erbin aller Königreiche und Staaten ihres Vaters des Kaisers sei, als dessen älteste Tochter, so lange, bis dieser einen Sohn oder Söhne erhalte. Bemerkenswerte Bestimmungen in doppelter Hinsicht: der Gedanke von der Einheit des Gesamthauses Österreich ist bis zur letzten Konsequenz geführt und zugleich erscheint hier zum ersten Male hausgesetzlich subsidiäre Frauenfolge nach Primogenitur für alle Länder der deutschen Linie ausgesprochen [1]).

Der Vertrag war geschlossen [2]), allein er wurde nie verwirklicht. In Spanien trat eine Wendung ein, Don Juan, der natürliche Sohn Philipps IV., zuletzt Vizekönig von Aragonien, gewann Einfluß bei dem jungen schwachen König, die Königin-Mutter mußte weichen, der enge Anschluß an Wien wurde gelockert und nicht eine österreichische, sondern eine französische Heirat ins Auge gefaßt. Nach dem Frieden von Nymwegen kam sie in der Tat zustande, im November 1679 hielt Karl II. mit Maria Luise, der Tochter von Ludwigs XIV. Bruder Philipp von Orleans, Hochzeit. Ludwig hatte natürlich diese Heirat sehr gerne gefördert, sie schien geeignet, einen künftigen Erfolg französischer Pläne vorzubereiten [3]). Diese Erwartung erfüllte sich nur in geringem Maße. Die Königin gewann zwar die herzliche Liebe ihres Gemahls, die ersten Jahre dieser Ehe waren die glücklichste Zeit seines freudearmen Lebens. Aber eine Förderung französischer Interessen wurde der Königin unmöglich gemacht durch die argwöhnische Wachsamkeit der antifranzösischen

1) Diesen Vertrag und seine Bedeutung hat erst Turba, Die Grundlagen der pragmatischen Sanktion II, 77 ff. genauer dargelegt, während man früher, vgl. z. B. Gaedeke I, 16 f., nur im allgemeinen davon wußte. Eine Tochter Leopolds von seiner zweiten Gemahlin Claudia Felicitas war am 11. Juli (nicht Juni) 1676 gestorben.

2) Schendhel, Lebensdiarium Leopolds I., meldet zum 28. Oktober (1676): geschah bei Hof die Publikation wegen der Heirat Maria Antonias, welche aber wieder zurückgegangen.

3) Über „Österreich, Frankreich und Bayern in der spanischen Erbfolgefrage 1685 bis 1689“ die Abhandlung von G. F. Preuß in Histor. Vierteljahrschr., 4. Bd.

Parteien. Die Königin-Mutter, nach dem Tode Don Juans (17. September 1679) wieder an den Hof zurückgekehrt und einflußreicher denn je, war die natürliche Gegnerin der Franzosen, ebenso der kaiserliche Gesandte Graf Heinrich Franz von Mansfeld [1]). Infolge der Reunionen Ludwigs XIV., die auch spanischen Besitz trafen, kam es vielmehr seit 1681 zu Spannungen mit Frankreich, ja 1683 zum Kriege, der 1684 Spanien Luxemburg kostete und mit dem zwanzigjährigen Waffenstillstand von Regensburg schloß. Maria Luise selbst hielt sich ängstlich zurück, ein 1686 vom französischen Gesandten in Madrid betriebener Besuch König Karls II. bei seinem Schwiegervater wurde durch Mansfeld vereitelt. Die französischen Sukzessionspläne traten in den Hintergrund.

In diesen Jahren begann eine ganz andere Gestalt in dem Kreis dieser spanischen Frage bedeutsam zu werden. Erzherzogin Maria Antonia heiratete im Juni 1685 den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, der ja seit 1681 und 1683 dem Kaiser immer enger verbunden war und sich im Türkenkriege schon glänzend ausgezeichnet hatte. Wenn Maria Antonia einen Sohn erhielt, so wurde dieser, ein bayerischer Kurprinz, der Erbe Spaniens, die spanische Krone kam an ein anderes Haus. Dies widersprach der traditionellen dynastischen Politik der Habsburger. Kaiser Leopold und seine Berater waren überzeugt, daß es auch Philipps IV. „Will und Meinung gewesen sei, daß die spanische Monarquia in seinem Haus verbleibe"; darum habe er seine Tochter an den Kaiser verheiratet und wenn von dieser keine Deszendenz mehr vorhanden sei, dann sei des Kaisers (der ja der Sohn einer Infantin ist) andere männliche Deszendenz zur Sukzession berufen [2]). Und jetzt besaß Kaiser Leopold seit 1678 selbst einen Sohn, Josef I., und durfte noch weitere männliche Nachkommen erhoffen [3]). Darin lag „die Fundamentalursach", Erzherzogin Maria Antonia und Max Emanuel bei Abschluß ihrer Ehe ebenso zu einem vollständigen Verzicht auf das spanische Erbe zu bestimmen, wie

1) Für das was Gaedeke und Legrelle nach venetianischen und französischen Berichten über die Intrigen Mansfelds erzählen, gilt die Bemerkung von G. F. Preuß a. a. O., S. 311: es beruht zum Teil wenigstens auf Übertreibung.

2) So ein Votum des Grafen Ferdinand Bonaventura von Harrach von 1687, Turba II, 95 Anm. 57. Überhaupt ist Turba, S. 81 ff. zu vergleichen.

3) Ein zweiter Sohn, Leopold, war 1682 geboren, aber schon 1684 gestorben. Darauf folgten 1683 und 1684 zwei Töchter und nun befand sich die Kaiserin wieder in gesegneten Umständen und gebar dann am 1. Oktober 1685 in der Tat einen Sohn, Karl VI.



ein solcher einst von Anna und Maria Theresia geleistet worden war. Nach langen Verhandlungen wurde am 12. April 1685 [1]) zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten ein geheimer Rezeß geschlossen und von Maria Antonia mitunterzeichnet. Der Kurfürst stimmt zu, daß Maria Antonia auf die ihr von Rechts wegen erblich an- und zufallenden Länder des spanischen Königs, sowie auch auf die Länder der deutschen Linie verzichte und zwar zugunsten des Kaisers und dessen ehelichen Mannesstammes, nicht aber weiblicher oder Seitenerben. Der Kurfürst verspricht, falls unter dem Vorwande, daß der Erbverzicht ungültig sei, oder unter anderem Prätext die spanischen Länder ihm oder seinen Erben angetragen würden, oder wenn man ihn oder seine Gemahlin oder Erben dahin berufen sollte, dies nicht anzunehmen. Wohl aber sollen an das Ehepaar die spanischen Niederlande fallen; der Kaiser will alle Mühe anwenden, daß dieselben noch zu Lebzeiten König Karls abgetreten werden und zwar zu Eigentum (proprio nomine et jure proprietario); doch soll diese Frage bis zum Ende des Türkenkrieges in suspenso bleiben, da es vorher nicht rätlich sei, etwas zu movieren. Zu Verteidigung der Niederlande gegen Frankreich, das sicherlich seine alten Ansprüche erheben werde, soll dann der in Spanien Sukzedierende dem Kurfürsten aus spanischen Mitteln in bestimmter Weise beistehen oder wenn sich die Niederlande nicht halten ließen, billigen Ersatz dafür geben. Vom 15. Mai 1685 datieren sodann die eigentlichen zwei Renuntiationsurkunden der Erzherzogin Maria Antonia: sie verzichtet in der einen zugunsten des Kaisers, seines und des gesamten Hauses Österreich Mannesstamms auf alle Länder „der deutschen Lini", in der anderen auf die spanische Monarchie zugunsten des Kaisers und seiner „ehelichen mannlichen Sukzession für und für". Dafür soll ihr die ihrer Mutter zugesicherte, aber nie ausbezahlte Mitgift von 500 000 Eskudos in Gold und „zu etwelcher Vergleichung" die spanischen Niederlande anfallen, wie dies in den geheimen Artikeln (vom 12. April) bestimmt worden.

Der Ehrgeiz Max Emanuels, dem bei der schon lange in Rechnung gezogenen Heirat mit der Kaisertochter das ganze spanische Riesenerbe vorgeschwebt hatte [2]), schien somit auf eine engere, aber doch sicherere und immerhin lockende Aussicht eingeschränkt. In Wien war man sich allerdings nicht im unklaren, daß sowohl der Erbverzicht Maria Antonias

1) Die Urkunden vom 12. April und 15. Mai 1685 bei Kettenkhover, Gesch. der Herzoge von Bayern, S. 629 ff., vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 285 ff.

2) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 258 ff.

wie die Entschädigung mit den Niederlanden doch gar sehr in der Luft hänge, solange nicht der Madrider Hof selbst auch zustimme; man war sich bewußt, daß der Verzicht nicht dem spanischen Thronfolgerecht entspreche, und daß er erst der Garantie durch die Cortes bedürfe; man konnte sich auch nicht verhehlen, daß die Abtrennung der Niederlande dem sonst betonten Grundsatz der Unteilbarkeit der spanischen Monarchie widerspreche [1]). Schon lange vor dem Abschluß der Verträge war versucht worden, in Madrid durch den Grafen Mansfeld die Zustimmung zur Renuntiation und zur Übertragung der Niederlande zu erlangen [2]). Die Königin-Mutter trat für die Heirat, aber auch für das Erbrecht Maria Antonias und für die Kandidatur Max Emanuels auf Belgien ein. Für diese sprach sich sogar eine eigene Junta (Regierungskommission) aus, aber in der Frage des Verzichtes verhielt sich der Staatsrat ausweichend. Damals sagte schon Graf Harrach: „diese Frage werden schwerlich die Juristen, sondern die Waffen ausfechten" [3]). Eine Probe brachte gleich die nächste Zeit.

Schon zu Anfang des Jahres 1685 waren infolge der Indiskretion eines bayerischen Ministers [4]) Gerüchte von Plänen mit den spanischen Niederlanden nach Paris gedrungen und hatten bei Ludwig XIV. lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Er beschleunigte die Entsendung des Marquis de Feuquières nach Madrid, der durch heftige Beschwerden über die Verletzung der Erbrechte des Dauphins und der Unteilbarkeit der spanischen Monarchie und durch starke Drohungen abschreckend zu wirken hatte. In Madrid wurde man in der Tat eingeschüchtert und man antwortete am 10. April, von all dem sei nie die Rede gewesen. Ludwig XIV. aber erklärte darauf, er sei befriedigt die Versicherung zu erhalten, daß weder Besitz noch Verwaltung Belgiens dem Kurfürsten **jemals** übertragen werden sollen — was natürlich die Spanier gar nicht hatten sagen wollen [5]).

1) Man berief sich allerdings auf die 1598 geschehene Übergabe der Niederlande an Philipps II. Tochter Isabella Klara Eugenia und deren Gemahl Erzherzog Albrecht.

2) Nachgewiesen von Preuß, S. 313 ff. Turba hat die Abhandlung von Preuß übersehen.

3) Turba, S. 37 Anm. 55.

4) Viel später, als 1701 der Anschluß Max Emanuels an Frankreich vollzogen war, beschuldigte er den Wiener Hof, dieser habe die Verhandlungen wegen der Niederlande zur Kenntnis Ludwigs XIV. gebracht, in der Absicht, dadurch die ganze Sache zu vereiteln. Ganz mit Unrecht, vgl. Preuß, S. 315 Anm. 3.

5) Legrelle I, 257 ff. und besonders Preuß, S. 315 ff.



Am 1. Oktober 1685 wurde dem Kaiser ein zweiter Sohn geboren. Er erhielt den Namen Karl. Nicht ohne Absicht und Bedeutung, denn von der Stunde seiner Geburt an erschien seine Zukunft schon bestimmt: er sollte einst der Nachfolger seines Oheims in Spanien werden, Karl III. Die Erbfolgepläne schienen jetzt erleichtert: Josef, der ältere Sohn Leopolds, folgte in den Ländern der deutschen Linie und in der Kaiserwürde, das spanische Erbe war dem jüngeren Sohne zugedacht und damit die herausfordernde Vereinigung der gesamten Reiche des Hauses Österreich vermieden. Jetzt versuchte der Kaiser neuerdings und nachdrücklich, die Anerkennung des Verzichtes der Erzherzogin Maria Antonia in Madrid durchzusetzen. Graf Mansfeld mußte den König im allgemeinen über die Angelegenheit unterrichten, aber den vollen Wortlaut der Abmachungen wagte man nicht mitzuteilen [1]). Ein Schreiben König Karls vom 11. März 1687 an Leopold zeigt jedoch deutlich den zweifelhaften Stand der Sache: „alle meine Länder", sagt der König, „sind der festen Überzeugung, daß ganz zweifellos die Erzherzogin meine Nachfolgerin in allen meinen Reichen sei". „Dem Verzicht der Erzherzogin fehlen alle die Umstände, welche einst die Renuntiation der Infantin Maria Theresia rechtskräftig machten. Von der Statthalterschaft Max Emanuels möchte ich überhaupt nicht reden." Da faßte man am Kaiserhofe den Gedanken, den kleinen Prinzen Karl nach Spanien zu senden, damit er, als Thronerbe, echt spanisch erzogen werden könne. Freudig begrüßt Mansfeld (am 9. Oktober 1687) diesen Plan, der Erzherzog könnte „mit seiner Gegenwart allein alle Diffikultäten überheben und ein so schweres Werk in 24 Stunden besser als der größte legatus schlichten".

Diese Absichten waren nicht geheim geblieben und wieder trat Ludwig XIV. mit drohender Energie entgegen. Am 29. Dezember 1687 erklärte Feuquières, daß sein König jedes Zugeständnis betreffs der Sendung des Erzherzogs als einen Friedensbruch betrachten würde. Die Wirkung war die gleiche wie 1685, Karl II. und seine Regierung gab nach. Ludwig XIV. beobachtete sonst in diesen Jahren äußerlich eine vorsichtige Zurückhaltung, aber was sein festes Ziel blieb, lehrt die Instruktion vom 30. Juni 1688 für seinen neuen Gesandten in Madrid, den Grafen Rebenac. Da werden eingehend alle Maßregeln vorgeschrieben,

1) Dies hat Turba, S. 91 gezeigt, im übrigen vgl. jedoch Preuß, S. 319 ff. Das Schreiben König Karls bei Klopp III, 451 mit Leopolds Antwort. Ein Gutachten des spanischen Generalinquisitors gegen die Gültigkeit des Verzichtes bei Heigel, Quellen u. Abh., S. 104.



die im Falle des Todes Karls II. zu treffen sind und die auf nichts Geringeres abzielen, als daß der Dauphin sich Spaniens bemächtige und somit eine künftige Personalunion Frankreichs und Spaniens vorbereitet werde.

Wenige Monate später entbrannte der neue Krieg. Spanien stellte sich an die Seite der großen Allianz gegen Frankreich. In dem Geheimartikel der Allianz vom 12. Mai 1689 war das Sukzessionsrecht des Hauses Österreich in Spanien ausdrücklich anerkannt und garantiert [1]). Am 12. Februar 1689 starb Königin Maria Luise [2]), und ihre Stelle an der Seite Karls II. nahm noch im gleichen Jahre Maria Anna von Pfalz-Neuburg ein, eine Schwester der Kaiserin. Gewann so die österreichische Partei an der jungen Königin eine Stütze, so trat doch die Sukzessionsfrage nun einige Zeit zurück, da ja aus der neuen Ehe vielleicht doch ein Erbe zu erhoffen war. Dafür konnte nunmehr bei der so gründlich geänderten Lage die niederländische Statthalterschaft Max Emanuels der Verwirklichung näher rücken [3]). Wenn auch in den Heiratsverträgen von 1685 die Betreibung dieser Angelegenheit auf die Zeit nach dem Ende des Türkenkrieges verschoben war, machte trotzdem Kaiser Leopold schon 1686 und 1687 in Madrid Versuche, die jedoch eine deutliche Ablehnung erfuhren. Leopold bat im Hinblick auf diese Haltung Spaniens den Kurfürsten, vorerst jede Bewerbung zu unterlassen. Max Emanuel hielt sich denn auch streng korrekt von jeder Einflußnahme und jeder Aktion zurück; obwohl gerade in diesen Jahren sein Kriegsruhm als glänzender Türkensieger ihn in Spanien zum gefeiertsten und populärsten Helden machte, und gar manche Stimmen ihn, den Gemahl der Erbin Spaniens, als den kommenden Herrscher priesen. Max Emanuels Verhältnis zum kaiserlichen Schwiegervater blieb trotz der bald eintretenden Trübungen seiner Ehe das herzlichste und beste. Ungeachtet aller französischen Lockungen schloß er am 5. Mai 1689 seinen neuen Bundesvertrag mit dem Kaiser, der sich verpflichtete, alle Mühe daran zu wenden, daß König Karl den Kurfürsten zum Gubernator der spanischen Nieder-

1) Vgl. Srbik, Österr. Staatsverträge, Niederlande I, 275; im Entwurfe war ausdrücklich Erzherzog Karl, als für die Erbfolge bestimmt, genannt. Ebda, S. 266.

2) Preuß, S. 330 Anm. 1 wendet sich mit vollem Recht gegen die noch von Legrelle verfochtene Fabel, daß Maria Luise vergiftet worden sei, und zwar auf Anstiften des österreichisch gesinnten Ministers Oropesa und des kaiserlichen Gesandten Grafen Mansfeld.

3) Vgl. für das Folgende Preuß, S. 481 ff., der gegenüber der unrichtigen Darstellung Gaedekes das Verhältnis des Kaisers und Max Emanuels in den Jahren 1685 bis 1689 klargestellt hat. Riezler, Gesch. Baierns VII, 323 ff. 346 ff.



lande ernenne, und daß, wenn es möglich, beim künftigen Friedensschlusse dem Kurfürsten die Zession der Niederlande für den Fall der Erbenlosigkeit des Königs garantiert werde. Um das erstere zu betreiben, schickte der Kaiser vertragsgemäß kurze Zeit darauf den Grafen Wenzel Lobkowitz nach Madrid. Aber hier waren trotz der Sympathien für Max Emanuel doch die alten Bedenken gegen die Statthalterschaft eines bedeutenden Fürsten nicht gewichen, und im Staatsrate argwöhnte man weitergehende Absichten. Ein unerwartetes Hindernis bereitete ferner die seit Mai 1690 in Spanien eingetroffene neue Königin, die sich „in erster Linie als Neuburgerin fühlte", und ihrem Bruder Johann Wilhelm von der Pfalz die glänzende Stellung zuzuwenden trachtete. Ob auch Lobkowitz, ja sogar der Kaiser selbst dadurch beeinflußt wurden, wie man vermutet hat, läßt sich nicht erweisen. Max Emanuel aber erhielt als Gegenleistung für den Anschluß an die große Allianz (12. April 1691) die wertvollste Unterstützung durch König Wilhelm von England. Die Fürsprache Wilhelms und der Königin-Mutter Maria Anna bewirkte den Entschluß König Karls, der gegen die Meinung des Staatsrates am 12. Dezember 1691 die Ernennung Max Emanuels zum Statthalter der spanischen Niederlande vollzog [1]).

Max Emanuel eilte im Januar 1692 nach Wien [2]), dann nach München und im März nach Brüssel. Seine Gemahlin Maria Antonia nahm er nicht mit in die Niederlande, obwohl es der Kaiser gerne gesehen hätte [3]). Das Verhältnis der Ehegatten war wohl nie ein herzlich warmes gewesen. Max Emanuels heißblütigem Naturell und lebhaftem Geist mag Maria Antonia, die wohl ihrer stillen Mutter glich, nicht genügt haben. Aber die ungescheut offene Mätressenwirtschaft des Kurfürsten war doch allzu arg. Bekümmert schreibt der Kaiser um diese Zeit einmal an Marco d'Aviano: „O mein Pater, wie viel hätte ich zu sagen über diesen Punkt, aber es ist besser zu warten, bis man mündlich sprechen kann" [4]).

Max Emanuel ließ seine Gemahlin in gesegneten Umständen zurück. Am 28. Oktober 1692 genas sie in Wien eines Sohnes, der die Namen Josef Ferdinand erhielt. Aber die Kurfürstin wurde vom Kindbettfieber

1) Vgl. Riezler, Gesch. Baierns VII, 357. 370 f.

2) Am 20. Januar „arrivirte" er zu Wien, Schenckhel, Lebensdiarium.

3) Riezler VII, 374.

4) Am 24. Februar 1692, Corrispondenza, S. 226.



erfaßt [1]), das einen gefährlichen Verlauf nahm, so daß die Abfassung eines Testamentes geboten erschien. Dies geschah am 12. Dezember. In diesem letzten Willen wiederholt Maria Antonia ausdrücklich ihren 1685 beschworenen Verzicht auf alle Sukzessionsrechte an der spanischen Monarchie für sich, ihre Erben und Nachkommen, zugunsten ihres Vaters des Kaisers und dessen männlicher Deszendenz. Sodann vermacht sie all ihr eigen Hab und Gut ihrem Sohne; sollte dieser ohne Erben sterben, so hat ihr ganzer Nachlaß an den Kaiser und dessen Leibeserben zu fallen [2]). Der erste Teil dieses Testamentes ist sicherlich dem Einflusse des Kaiserhofes entsprungen, der zweite Teil eher dem bitteren Gefühl der schwer gekränkten Frau, die ihren ungetreuen Gatten von allem ausschließen wollte, was sie persönlich besaß.

Am 24. Dezember 1692 starb Kurfürstin Maria Antonia. Ihr neuerlicher Verzicht auf das spanische Erbe ihrer Mutter hatte keine Bedeutung, wenn die erste Renuntiation keine besaß. Und diesen Standpunkt nahm, wie wir wissen, der spanische Staatsrat, die Königin-Mutter Maria Anna und unter ihrem Einflusse König Karl II. selber ein. In diesem Sinne wurde nun der junge Kurprinz Josef Ferdinand der erste Anwärter auf den spanischen Thron. Daß auch sein Vater so dachte, ist erklärlich, obwohl es dem auch von ihm ausgesprochenen Verzichte widersprach.

Zunächst blieb diese Frage etwas im Hintergrund, da es ja doch nicht ausgeschlossen schien, daß König Karl aus seiner zweiten Ehe Erben erhielt. Aber die spanische Sukzession bildete doch immer wieder die Sorge und das unverrückbare Endziel der kaiserlichen Politik. Hier beseelte auch Leopold selbst eine volle Entschlossenheit, wie sie ihm sonst nicht zu eigen war. Es war jener große Grundgedanke von der Einheit des Hauses Österreich: die spanische und die deutsche Linie bilden immerdar nur eine Familie, sie folgen einander gegenseitig in ihrem Erbe, das wie ein großes Majorat betrachtet wird [3]). Um diese wechselseitige Erb-

1) Vgl. den Brief Leopolds an Marco d'Aviano vom 8. November ebenda, S. 230.

2) Das Testament bei Heigel, Quellen und Abhandlungen, S. 100 Anm. 18. Ergänzungen nach dem Orig. (Wien. Staatsarchiv) und dessen Beschreibung bei Turba, Die Grundlagen der pragm. Sanktion II, 93 f. Der Kurfürst focht beim Reichsgericht die Gültigkeit des Testamentes an, vgl. Heigel, S. 101, Turba, S. 94 Anm. 55. Die Echtheit ist nicht zu bezweifeln; aber der Ausschluß des Gatten vom Erbe des Nachlasses widersprach dem Ehekontrakt von 1685. Riezler VII, 376.

3) Vgl. oben S. 98 f.



folge nicht durch fremdes Blut zu stören und zu „degradieren", hatten die spanischen Infantinnen, die nach Frankreich heirateten, und hatte Maria Antonia Verzicht auf ihre Erbrechte leisten müssen. Sicherlich hätte Philipp IV. diesen Verzicht ebenso gebilligt, wie ihn Leopold selbstverständlich fand. So tief war der Kaiser von jenem Grundprinzip der Familien- und Weltpolitik als höchster Aufgabe und Pflicht des Hauses Österreich durchdrungen, daß ihm entgegenstehende Bedenken, die etwa aus spanischem Landes- und Gewohnheitsrecht entsprangen, als geringere Pflichten erschienen, die vor der höheren weichen müssen [1]). Darin fand er die Kraft und Standhaftigkeit, schließlich auch den großen Kampf um das spanische Erbe aufzunehmen.

Die spanische Frage wurde bei den geheimen Verhandlungen in den Jahren 1694 und 1696 berührt. Auch bei den Friedenstraktaten zu Rijswijk wollte sie der Kaiser mit einbezogen wissen, aber König Wilhelm winkte entschieden ab [2]). Indessen waren am Hofe von Madrid Dinge geschehen, welche anders auf den Kaiser, anders auf die Seemächte wirkten.

Die Anschauung, daß Kurprinz Josef Ferdinand der rechtmäßige spanische Thronfolger sei, hatte in Spanien vielen Anhang gefunden. Der glänzende Waffenruhm seines Vaters stärkte die Vorliebe für die bayerische Anwartschaft. Die entschiedenste Vertreterin war die Königin-Mutter; sie dachte sogar schon an eine Übersiedlung des Kurprinzen nach Madrid. Es ist bemerkenswert, daß gerade sie, die Schwester Kaiser Leopolds, nichts von einem Sohne desselben als künftigem König von Spanien wissen wollte. Sie hatte gelernt, sich als Spanierin zu fühlen, sie fürchtete, daß von einer etwaigen Verbindung mit Österreich und der Kaiserkrone nur Nachteile für Spanien erwüchsen [3]). Sie übte mit solcher Stellungnahme einen starken Einfluß auf ihren Sohn, den König, einen Einfluß, gegen den dessen Gemahlin nicht aufkam. Die Lage schien sich zu ändern, als die Königin-Mutter am 15. Mai 1696 starb. Der kaiserliche Gesandte in Madrid, Graf Wenzel Lobkowitz, war

1) Sehr bestimmten und klaren Ausdruck finden diese Anschauungen Kaiser Leopolds z. B. in seinem Schreiben an den Grafen Ferdinand Bonaventura von Harrach vom 13. Juni 1697, Gaedeke, 1. Bd. Urk. u. Akten, Nr. 26.

2) Vgl. oben S. 459 und 464.

3) Vgl. Heigel, S. 128 f. Die Mémoires et négociations sécretes de Ferdinand Bonaventura comte de Harrach, publ. par Mgr. de la Torre I, 33 ff. mögen hierin Recht haben. Sonst sind sie nicht verläßlich.

sehr leidend, auch der Königin schon lange nicht mehr genehm. Der Kaiser hatte sich schon früher entschlossen, den Grafen Ferdinand Bonaventura Harrach als außerordentlichen Gesandten nach Madrid zu schicken, um Spanien von dem Eingehen der Neutralität in Italien oder einem Sonderfrieden abzuhalten. Jetzt wurde auch die Betreibung der Erbfolgeangelegenheit besonders dringlich. Da Graf Harrach seine Abreise aufschieben mußte, beschloß man zunächst seinen Sohn Alois nach Spanien zu senden, offiziell, um das „Trauerkompliment" wegen des Ablebens der Königin-Mutter abzustatten, eigentlich aber, um sich mit der Königin ins Einvernehmen zu setzen und durch sie den König zu einer bestimmten Äußerung über „die Bestellung des Sukzessionswerkes" zu bewegen [1]).

Allein während Graf Alois Harrach sich auf der Reise nach Spanien befand, hatte sich hier eine erste Szene des unübertrefflichen, weltgeschichtlichen Intrigenstückes abgespielt, genannt die spanische Sukzession. Nach dem Tode ihrer Schwiegermutter war nun Königin Maria Anna die wichtigste Person. Jung, eine stolze Erscheinung, gescheit aber leidenschaftlich, ehrgeizig, aber doch unlustig, sich ernstlich der Geschäfte anzunehmen [2]). In der Erbfolgefrage war sie, nachdem die Hoffnung auf eigene Kinder immer wieder enttäuscht worden, zunächst ganz für die österreichische Sache, ganz für Erzherzog Karl, den jüngeren Sohn ihrer Schwester der Kaiserin Eleonora. Maria Anna hatte deutsche Vertraute mitgebracht, die ihr schließlich weit mehr schadeten, als eine Stütze boten. Denn diese Gräfin Berlepsch, diese Sekretäre Wiser und Sölder schienen noch habgieriger und bestechlicher als die Spanier selber, und auch dem Beichtvater der Königin, dem Kapuziner Pater Gabriel [3]), blieb der Vor-

1) Die geheime Instruktion für Alois Harrach, mitgeteilt von Gaedeke in der Histor. Zeitschr. XXIX, 74, woselbst S. 91 ff. auch der Schlußbericht A. Harrachs gedruckt ist. Sonst vgl. die Darstellung Gaedekes in seinem Werke Die Politik Österreichs in der Spanischen Erbfolgefrage I, 48 ff. 82 ff., Heigel, S. 131 ff., Riezler VII, 429 ff. Das 16. Buch des alten Wagner, Historia Leopoldi II, 481 ff. beruht gutenteils auf archivalischem Material, namentlich den Berichten der beiden Harrach, und bietet auch heute noch einzelnes Brauchbare. Legrelle, La diplomatie française et la succession de l'Espagne, 2. Bd., 2. Kapitel „Les Allemands a la cour de Madrid"; natürlich ist diese Gelegenheit Legrelle besonders willkommen, seine Antipathien zu zeigen, S. 66 spricht er gar vom Pangermanismus südlich der Pyrenäen.

2) Ihre Briefe an den Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt (ed. Künzel im Arch. f. Hess. Gesch., 8. Bd.) zeigen ihr lebhaftes, impulsives Naturell.

3) Pater Gabriel Pontifeser war ein Tiroler, 1653 im Weiler Frag bei Klausen geboren (daher oft Chiusa genannt), trat 1674 in den Kapuzinerorden, wurde 1686 an



wurf nicht erspart, daß er nichts als Gnaden zu erlangen suche [1]). Es war mißlich, daß der allgemeine Haß gegen diese Umgebung auch die Königin selber nicht schonte.

Anfangs September 1696 erkrankte König Karl schwer, und gleichzeitig lag auch die Königin an heftigem Fieber darnieder. Furchtbare Aufregung im Palaste, dreimal in einer Nacht tritt der Kronrat zusammen. Der Kardinalerzbischof von Toledo, Manuel Portocarrero, beschwört den König bei dem Andenken seiner Mutter, sich für die bayerische Erbfolge zu entscheiden, und Karl unterschreibt ein Testament zugunsten des Kurprinzen Josef Ferdinand. Die Königin weiß bald um das Geheimnis und beginnt nun den stillen Kampf gegen den Kardinal und die Mehrheit des Staatsrates. Ihrem mächtigen Einfluß auf den Gemahl gelang es, ihn nach und nach umzustimmen und dahin zu bringen, daß er in ihrer Gegenwart, nachdem sie den „gefährlichen Inhalt" gelesen, das Testament mit eigener Hand zerriß. Dies geschah ohne Wissen des Staatsrates und der Großteil der Minister fuhr fort, jenes Testament „als gerecht und giltig aller Orten so schriftlich wie mündlich zu praediciren" [2]).

Graf Alois Harrach war am 9. Oktober nach Madrid gekommen. Während der früheren Gesandtschaft seines Vaters (1674 bis 1677) war er ein Gespiele des jungen Königs gewesen, daher jetzt angenehm bei Hof. Frankreich schickte Emissäre, um Stimmung gegen den Krieg und für seine Erbansprüche zu machen, der Papst und sein Nuntius wollten den König zur Neutralität bewegen. Die Königin arbeitete nach Kräften entgegen und Karl wies dieses Ansinnen ab; sie drängte, daß endlich der eigentliche neue Botschafter, Graf Ferdinand Bonaventura Harrach abgesandt werde. Es war allerdings dringendst geboten, daß der kaiser-

den Hof des katholischen Pfalzgrafen Philipp Wilhelm gesandt und wurde dann Beichtvater der Witwe Philipp Wilhelms, Elisabeth Amalie. Als ihre Tochter Maria Anna als Königin nach Spanien zog, folgte Pater Gabriel ihr als Beichtvater und erwarb ihr volles, dauerndes Vertrauen. Sie erfüllte seinen Wunsch und ließ in seiner Heimat ein Kapuzinerkloster errichten (1699—1701) und in einer dazugebauten Lorettokapelle kostbare Kirchengeräte hinterlegen. P. Gabriel mußte nach dem Wandel der Dinge im März 1701 Spanien verlassen, lebte mehrere Jahre in Rom und starb auf einer Reise in seinem Kloster zu Klausen am 12. Dez. 1707. Vgl. über ihn Staffler, Tirol und Vorarlberg II 2, 981 ff.

1) So sagt Graf Ferd. Harrach in seinem Tagebuch, S. 227.

2) Schlußrelation des Grafen Alois Harrach vom 26. August 1697, hg. von Gaedeke, Histor. Zeitschr. XXIX, 92 f.

liche Hof tatkräftig eingreife. Am 30. Januar 1697 erhielt der ältere Harrach seine Instruktionen, am 27. Mai traf er in Madrid ein [1]).

Graf Ferdinand Bonaventura Harrach zählte 60 Jahre, stand seit langem im größten Vertrauen Kaiser Leopolds, der in Harrach den ihm verwandten ehrlichen, uneigennützigen Charakter, den gesunden Verstand und die unbedingte Treue schätzte. Harrach war mit den spanischen Verhältnissen von früher wohlbekannt, fand sie aber jetzt schlimmer als je. Zunächst schien er allerdings erfreuliche Früchte der Bemühungen seines Sohnes und der Königin ernten zu können. König Karl wurde dazu vermocht, am 25. Juni 1697 ein Schreiben an den Kaiser zu richten, in welchem er sagte: falls er ohne Nachkommen sterben müßte, solle der Erzherzog Karl ihm folgen. Die Hierherkunft des Erzherzogs nach Spanien möge der Kaiser erwägen und über die Art der Durchführung Mitteilung machen. Um Barcelona sei er, Karl, besorgt, bis die von König Wilhelm versprochene Flotte komme, und er zweifle nicht, daß der Kaiser soviel Truppen zu Hilfe sende, daß sie ausreichen, dieses Reich (quel principado) sicherzustellen [2]).

Dies war ja sicherlich ein Erfolg. Der jüngere Harrach eilte mit der günstigen Botschaft zurück nach Wien, wo er Ende Juli eintraf. Hier war man geneigt, nun schon alles für gut und gesichert zu halten, obwohl Harrach kein Hehl aus den ganz unverläßlichen spanischen Zuständen machte. Auch stellte er nachdrücklich vor, daß „die Execution alsogleich auf die Resolution folgen und zu schädlichen Intermediis aller Weg abgeschnitten werden" müsse [3]). Man wollte in der Tat jetzt Truppen nach Spanien schicken und zwar, bevor noch der Friede mit Frankreich geschlossen, nachher konnte auch die Willfährigkeit der Seemächte zweifelhaft werden. Aber zu all dem war die rechte Zeit schon versäumt. Warum hatte der Kaiser durchaus auf eine Erklärung König Karls warten wollen! Warum hatte er, nachdem durch die italienische Neutralität im Oktober 1696 Truppen frei geworden, sie nicht sofort um jeden Preis

1) Die Instruktionen im Archiv f. österr. Gesch. XLVIII, 292 ff.; daselbst S. 163 ff. das Tagebuch Ferdinand Harrachs, hg. von A. Gaedeke; es reicht vom 2. Jan. 1697 bis 10. Dez. 1698. Gaedeke ließ in seiner Ausgabe die nicht auf Politik bezüglichen Stellen des Tagebuches fort. Für das Folgende vgl. Gaedeke, Die Politik Österreichs I, 106 ff.

2) Der Text des Schreibens, doch mit mehreren Fehlern und dem falschen Datum 25. Mai statt 25. Juni, ediert von Gaedeke in Histor. Zeitschr. XXIX, 90, vgl. Klopp VII, 424.

3) Alois Harrachs Schlußbericht, Histor. Zeitschr. XXIX, 105 ff. 110.



nach Katalonien geschickt [1])! Da hätten die 12000 Mann, die er jetzt in Aussicht stellte, nicht bloß Barcelona retten, sondern die ganze Lage und Stimmung in Spanien zugunsten Österreichs wenden können. Jetzt aber fiel Barcelona am 11. August, sein Fall zog unaufhaltsam den Friedensschluß Spaniens mit Frankreich am 20. September 1697 nach sich und die Großmut Ludwigs XIV., mit der er auf Barcelona und Luxemburg verzichtete, war klug berechnet.

Man begreift es ja, daß der Kaiser das Ansinnen stellte, die Kosten der Truppensendung möge Spanien tragen, aber es ist mindestens ebenso begreiflich, daß Spanien noch viel weniger die Mittel dazu geben wollte [2]). Dazu kam, daß aus Besorgnis vor Frankreich und dessen Partei die Zusicherungen König Karls gegenüber Kaiser Leopold ganz geheim bleiben mußten, die Erbfolgefrage kam im Staatsrate gar nicht zur Sprache, und Harrach sollte und konnte eigentlich darüber gar nicht verhandeln. Die Königin war noch durchaus für die kaiserliche Sache, allein eher zu deren Schaden, so sehr war ihr deutscher Anhang und ihr Berater Graf Melgar, Admiral von Kastilien, verhaßt. Von allen Seiten sagte man Harrach, zuerst müsse eine andere Regierung eingerichtet sein, dann könne man erst über die Sukzession reden. Aber der tüchtigste der spanischen Staatsmänner, Graf Oropesa, lebte vom Hofe verbannt, und vergeblich bemühte sich Harrach, die Königin, die sich von Oropesa beleidigt hielt, umzustimmen. Auch Graf Aguilar, fast der einzige aufrichtige Anhänger Österreichs, beurteilte die Lage sehr pessimistisch: die Monarchie gehe zugrunde und müsse von selbst in der Franzosen Hände fallen [3]). Die Franzosen sah man nahe und jeden Augenblick bereit zum Handeln, den Kaiser fern und zögernd.

Denn Kaiser Leopold konnte sich nicht entschließen, den zwölfjährigen Erzherzog Karl fortzulassen, bevor in Spanien alles geordnet sei; die Truppen wollte man auf eigene Kosten bis zur Einschiffung bringen, erhalten aber müsse sie dann Spanien selber. Oder, so fügte der Kaiser als allfälligen Vorschlag hinzu, Erzherzog Karl könnte einstweilen nach

1) Es spielte auch das Mißtrauen gegen Savoyen mit, ferner habe der von Wien nach Spanien zurückgekehrte Gesandte Borgomainero, irregeführt durch Portocarrero, nach Wien geschrieben, die Ankunft des Erzherzogs erscheine dem König noch verfrüht. Wagner, Hist. Leopoldi II, 490.

2) Für dies und das Folgende liegt das Tagebuch Ferd. Harrachs zugrunde, vgl. dazu Gaedeke, Politik Österreichs I, 157 ff., Klopp VII, 483 ff.; VIII, 138 ff.

3) Ferd. Harrachs Tagebuch, S. 211. 212, zum 3. und 4. Sept. 1697.

Mailand gesandt und daselbst zum Statthalter ernannt werden, wofür ihm eine Apanage ausgesetzt und Truppen beigegeben würden. All dies trug Harrach am 27. November der Königin, am 12. Dezember dem König vor, und bemühte sich gleichzeitig zusammen mit dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt, eine Reform des herrschenden Regimentes durchzusetzen. Nun gab es mancherlei Gegnerschaften, der Plan mit dem Erzherzog erregte Argwohn und die Besorgnis vor dem Proteste Frankreichs, auch war dieser Posten schon dem Prinzen Vaudemont versprochen [1]). Die Antwort, die König Karl im Februar 1698 an den Kaiser schrieb, lautete wenig befriedigend: er wünsche wohl 10 000 Mann kaiserlicher Truppen, aber erwarte, daß der Kaiser die Kosten trage; die Statthalterschaft von Mailand für den Erzherzog scheine derzeit wegen des Widerstandes Frankreichs nicht ratsam, im übrigen beharre er auf seiner am 25. Juni 1697 ausgesprochenen Gesinnung [2]).

So war eigentlich der Wiener Hof und sein Gesandter keinen Schritt weiter gekommen. Harrach war gelähmt durch die in der Kostenfrage unklug starre Haltung seiner Regierung, wagte keinen eigenmächtigen Schritt, sah keinen Erfolg mehr vor sich und bat schon wiederholt um seine Abberufung. Eine neuerliche Affäre wie im September 1696 verschlimmerte noch die Lage [3]). Am 20. Februar 1698 erkrankte der König unter allen Anzeichen einer schweren Wassersucht und abermals benutzte dies Portocarrero zu einem Streiche gegen die Königin. Er entfernte den ihr ergebenen Beichtvater des Königs, versetzte den armen Kranken in die schwersten Gewissensängste, und am 9. März, als die Königin gerade abwesend war, wurde der König aufs ärgste bedrängt: seine Kinderlosigkeit und Krankheit sei die Strafe des Himmels für das schlechte Regiment der Königin und des Admirals. Karl geriet in höchste Fiebererregung. Er sei verdammt und verloren, sie sei die Ursache, schrie er seiner Gemahlin bei ihrer Rückkehr zu. Als Karl sich Ende März wieder erholte, blieb Graf Melgar, der Admiral, allerdings von den Geschäften entfernt, Oropesa übernahm die Leitung der Regierung. Der König erkannte jetzt seine Exaltation, das Einvernehmen mit seiner Gemahlin stellte sich wieder her.

1) Prinz Karl Vaudemont war ein natürlicher Sohn Herzog Karls IV. von Lothringen und hatte sich im letzten Kriege in den Niederlanden sehr ausgezeichnet.

2) Ferd. Harrachs Tagebuch, S. 240, zum 6. Febr. 1698.

3) Für das Folgende vgl. Ferd. Harrachs Tagebuch, S. 242 ff. Gaedeke, Die Politik Österreichs I, 176 ff.



Diese Vorgänge hatten eine üble Wirkung für die kaiserliche Sache. Die Königin schob die Schuld der Berufung des ihr widerwärtigen Oropesa auf Harrach, sie wolle nichts mehr mit den Geschäften zu tun haben, sie müsse auf ihre eigene „Conservation" sehen. Auch der junge Graf Alois Harrach, der als ordentlicher kaiserlicher Gesandter am 3. April eingetroffen war, konnte keine Änderung dieser Stimmung bewirken. Kaiser Leopold hatte sich indes entschlossen, jetzt schon den halben Teil der Kosten für die Truppen zu übernehmen, blieb aber bei dem Verlangen, daß Erzherzog Karl die Statthalterschaft von Mailand erhalte [1]). Die Antwort, welche Ferdinand Harrach schließlich im Juli und August bekam, erging sich in allgemeinen Versicherungen, wie sehr sich der König mit seinem Oheim, dem Kaiser, verbunden fühle, nahm die deutschen Truppen an und erklärte neuerdings, daß man auf die Mailänder Statthalterschaft des Erzherzogs nicht eingehen könne. Auch fiel bei diesen Verhandlungen von spanischer Seite die Anregung, ob der Kaiser sich nicht mit dem Kurfürsten von Bayern vergleichen wolle. Mit diesem negativen Ergebnis mußte Graf Ferdinand Harrach seine mühevolle und unerfreuliche Mission beenden. Am 9. Oktober 1698 verließ er Madrid [2]).

In den letzten Monaten sah Harrach auch einen Rivalen neben sich, denn seit dem 24. Februar 1698 weilte als Gesandter Ludwigs XIV. der Marquis d'Harcourt in Madrid. Allein noch ganz andere Dinge waren vorgegangen, von denen man zunächst weder am spanischen noch am kaiserlichen Hofe eine Kunde besaß [3]).

Wir erinnern uns, daß die Haltung König Wilhelms von England und der Generalstaaten in bezug auf die spanische Frage während der Friedensverhandlungen zu Rijswijk gegenüber den Wünschen des Kaisers recht kühl gewesen. Es war nicht unbekannt geblieben, daß in Spanien,

1) Kaiserl. Auftrag an Ferd. Harrach vom 25. März 1698. Klopp VIII, 146. Auch hat man von Wien aus um diese Zeit versucht, den König Peter von Portugal zu gewinnen, dessen Gemahlin Maria Elisabeth auch eine Pfalz-Neuburg, eine Schwester der Kaiserin und der Königin von Spanien war. Doch blieb dies wirkungslos. Vgl. Legrelle II, 115ff.

2) Harrach kam am 7. Dezember in Wien an, wurde vom Kaiser sehr gnädig empfangen und zum Obersthofmeister ernannt. Tagebuch, S. 290 f.

3) Vgl. für das Folgende Gaedeke I, 214ff., Klopp VIII, 35ff. 101ff. 138ff., Legrelle, 2. Bd., 4. bis 7. Kap., Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 190ff. Schon Wagner, Hist. Leopoldi II, 501ff. stellte die Geschichte der beiden Teilungsverträge ziemlich eingehend und auf Grund der Berichte Auerspergs (London) dar.



ja von König Karl II. selber der bayerische Kurprinz Josef Ferdinand als der nächste Erbe betrachtet werde, ja daß Karl ihn im Herbst 1696 in einem Testamente als Nachfolger bestimmt hatte. Eine solche Lösung schien König Wilhelm und dem holländischen Ratspensionär Heinsius im Interesse des Gleichgewichtes der Mächte eigentlich die beste. Es wäre ihnen natürlich am liebsten gewesen, wenn auch der Kaiser sich damit abgefunden hätte. Als nun im Oktober 1697 Graf Auersperg im Auftrage Leopolds an König Wilhelm und dann an Heinsius mit der Frage herantrat, was der Kaiser in bezug auf die Erfüllung des Geheimartikels von 1689 bezüglich der spanischen Erbfolge zu erwarten habe, erklärte Heinsius, die Seemächte könnten sich erst entschließen, wenn König Karl eine öffentliche Entscheidung zugunsten des Erzherzogs Karl träfe.

In den nächsten Monaten begann sich in König Wilhelm ein Wandel zu vollziehen. Er wurde beeinflußt durch das Entgegenkommen Ludwigs XIV. Dieser sah sich bei der Erschöpfung seines Reiches außerstande, seine Ansprüche auf das ganze spanische Erbe gegen eine neue Koalition zu behaupten. So neigte er dem Gedanken eines Übereinkommens mit den Seemächten zu, um nicht etwa dem Kaiser allein die Nachfolge zufallen zu lassen. Auch König Wilhelm wollte kein so bedenkliches Übergewicht Österreichs, eben darum erschien der bayerische Kurprinz so wünschenswert auf dem Throne Spaniens. Auch Wilhelm war durch die heimischen Verhältnisse äußerst beengt, das englische Parlament, gleichwie die Generalstaaten, verabscheuten einen neuen großen Krieg, die englische Armee wurde sehr stark reduziert. Im Frühjahr und Sommer 1698 begannen nun geheime Verhandlungen zwischen Frankreich, England und den Generalstaaten, die kaiserlichen Gesandten Graf Auersperg (London) und Graf Kaunitz (Haag), denen die veränderte Stimmung König Wilhelms nicht entging, die aber doch nichts Rechtes erfahren konnten, wurden betreffs Erneuerung der Allianz immer hingehalten, König Wilhelm mahnte bezeichnenderweise wiederholt, der Kaiser möge sich doch mit dem Kurfürsten von Bayern verständigen [1]), der nach Wien bestimmte staatische Gesandte Hop trat erst im August die Reise an. Inzwischen kamen die Verhandlungen zum Abschluß, am 24. September und 11. Oktober 1698 wurde ein Teilungsvertrag zwischen England, Frankreich und den Generalstaaten unterzeichnet. Spanien, Indien und die Niederlande sollen dem Kur=

1) Gaedeke I, Akten u. Urkunden, Nr. 102. 106. 113.



prinzen von Bayern zufallen, Mailand dem Kaiser, Neapel und Sizilien nebst Guypuscoa, Fuentarabbia und San Sebastian, sowie die spanischen Plätze an der toskanischen Küste mit Finale dem Dauphin von Frankreich. Der Vertrag soll geheim bleiben bis zum Tode Karls II., dem Kaiser soll nach zwei Monaten davon Mitteilung gemacht werden; in einem Sonderartikel wurde vereinbart, daß Kurfürst Max Emanuel die Vormundschaft und Regentschaft in den Ländern seines Sohnes zu führen habe, und daß, wenn der Kurprinz ohne Erben stürbe, sein Vater in alle Rechte seines Sohnes trete [1]).

Kurfürst Max Emanuel hatte schon lange seinen Ehrgeiz die Schranken jener alten Verzichterklärungen überschreiten lassen. Die Vorgänge in Spanien, das Testament vom September 1696 forderten ihn ja förmlich dazu auf. Daneben suchte er die ihm in Aussicht gestellte souveräne Herrschaft über die spanischen Niederlande, sei es zunächst auch nur in der Form der „Perpetuität des Governo", sicherzustellen [2]). König Wilhelm unterstützte diesen Wunsch auf das wärmste und drängte auf eine Erklärung des Kaisers. In Wien war man mißgestimmt und mißtrauisch über die recht unverhüllten Aspirationen Max Emanuels für seinen Sohn und über die Erfolge der bayerischen Sache am Hofe in Madrid, andererseits mußte man doch verhüten, daß der Kurfürst etwa „seinen Vorteil auf anderem Wege suche". Die geheime Konferenz kam aber am 26. Oktober 1696 nur zu halben Beschlüssen: man gab mündliche Versicherungen der Perpetuität. Dem Kurfürsten aber genügten die allgemein gehaltenen Versprechungen nicht mehr, als der kaiserliche Gesandte Graf Kaunitz sie im März 1697 vorbrachte. Er antwortete „sehr kaltsinnig", er habe ja gar keine Antwort wegen der Perpetuität begehrt, seine Sachen wären Gottlob in Spanien in besserem Stand, auch mit Holland und England stehe er gut und die Liebe des Volkes zu ihm wachse, so daß „die Behaltung des Governo gar nicht zweifelhaft sei". Kaunitz gewann den Eindruck, des Kurfürsten „opiniatré" sei nichts anderes, als daß er meine, der Kaiser werde schließlich doch tun müssen, was er wolle [3]). Im Frühjahr 1698 ließ Max Emanuel den nunmehr im sechsten Jahre stehenden Kurprinzen aus „viel wichtigen und großen Ursachen" nach Brüssel kommen. Kaiser Leopold schrieb an seinen Schwiegersohn, er begreife diesen Entschluß, man könne ihm nicht genug schreiben, wie schön,

1) Der Teilungsvertrag bei Legrelle II, 566.

2) Vgl. Gaedeke I, 118 ff., Riezler, Gesch. Baierns VII, 436 ff.

3) Berichte von Kaunitz vom 9. März 1697, Gaedeke I, Akten u. Urk., Nr. 63. 64.



herzig und manierlich der Prinz sei. Zum spanischen Gesandten sagte der Kaiser, er finde es natürlich, wenn sich der Kurfürst „wegen der Niederlande“ versichern wolle [1].

Um diese Zeit waren nun schon die Verhandlungen im Gange, die dem Kurfürsten weit mehr als die Niederlande in Aussicht stellten und seine kühnsten Hoffnungen zu erfüllen schienen. Er selbst kannte jenen besonderen Geheimartikel allerdings nicht, aber im übrigen wurde er dann natürlich über den Teilungsvertrag vom 11. Oktober 1698 vollkommen unterrichtet.

Das Geheimnis dieses Vertrages blieb nicht lange gewahrt [2]). Am schnellsten wurde er in Madrid bekannt. Hier hatte inzwischen der französische Gesandte Marquis d'Harcourt vorsichtig aber nicht erfolglos für die Sache Ludwigs XIV. gearbeitet. Andererseits hatte Kurfürst Max Emanuel durch seinen Gesandten Bertier namentlich die Königin und den Kardinal Portocarrero günstig zu stimmen und auf eine Entscheidung zugunsten seines Sohnes hinzuwirken gesucht [3]). Königin Maria Anna war, wie wir wissen, der kaiserlichen Sache entfremdet worden, sie sah keinen Erfolg, auch wohl für sich keine Sicherheit für die Zukunft. Als nun der Kurfürst vom Teilungsvertrag erfuhr, sandte er sofort einen Kurier nach Madrid [4]). Die Wirkung dieser Nachrichten von den Abmachungen über das Schicksal Spaniens war für die Vertragsmächte überraschend. König Karl fühlte sich tief verletzt von solch rücksichtslosem Vorgehen und Zerschlagen der Monarchie. Jetzt tauchte sofort der alte, dem König stets sympathische Gedanke an den Kurprinzen als nächsten und alleinigen Erben wieder empor, auch die Königin, der Kardinal Portocarrero, der Admiral Graf Melgar, alle waren sie jetzt für die bayerische Kandidatur [5]). Schon am 14. November 1698 eröffnete der König dem ver-

1) Riezler VII, 439. Auersperg in London fand die Sache dagegen „nachdenklich“. Gaedeke I, Akten u. Urk., Nr. 112.

2) Für das Folgende vgl. Gaedeke I, 246ff., Riezler VII, 443ff.

3) Die Worte König Ludwigs XIV. in einem Schreiben vom 28. Januar 1699 sind wichtig: mais comme cet Électeur ignorait la négociation, il est arrivé, que pendant qu'elle se traitait, il a trouvé moyen de porter le roy d'Espagne à faire un testament. Legrelle III, 24.

4) Wagner, Hist. Leopoldi II, 513. Berichte Harcourts vom 29. Oktober und 9. November, Schreiben Ludwigs XIV. an Harcourt vom 17. November, Legrelle II, 488ff. 492.

5) Wagner, Hist. Leopoldi II, 513f. — Die Erzählungen der Mémoires et négociations de Harrach, denen Heigel, S. 128ff., bes. 138ff. gerne folgt, läßt man lieber ganz beiseite, vgl. oben S. 481 Anm. 3.



sammelten Staatsrat ein Testament, kraft dessen er den Kurprinzen Josef Ferdinand zum Erben der spanischen Gesamtmonarchie einsetzte, die Königin als Regentin und einen Regentschaftsrat bestimmte. Der Staatsakt sollte geheim bleiben, aber der ganze Hof wußte sofort und in ein paar Wochen die ganze Welt von dieser Entscheidung. Graf Alois Harrach, der am gleichen Tage noch von der Sache erfuhr, sandte schleunigst einen Boten nach Wien. Nach zwei Wochen erst bekam Harrach Zutritt bei der Königin, noch später beim König, beide wichen ihm aus [1]).

In Wien weilte seit Anfang August 1698 als Gesandter Ludwigs XIV. Marquis Villars. Er hatte zu beobachten, bedenkliche Pläne des kaiserlichen Hofes zu durchkreuzen, oder aber auf ein Einvernehmen bezüglich der spanischen Frage hinzuwirken, etwa in jener Richtung, wie sie einst (das heißt 1668) gefunden worden war. Eine Fühlung in derselben Absicht hatte Ludwig seinen Gesandten in Madrid schon im Frühjahr bei dem Grafen Ferdinand Harrach nehmen lassen, aber dieser ging auf eine Erörterung gar nicht ein [2]). Während also Ludwig eifrig mit Wilhelm von England über den Teilungsvertrag verhandelte, dachte er gleichzeitig an die Möglichkeit eines Ausgleiches mit dem Kaiser, um sich, wenn nicht das ganze spanische Erbe, so doch wesentliche Teile davon wo möglich ohne Krieg zu sichern. Wenn Ludwig alles daran setzte, um die Bekanntgabe des Teilungsvertrages an den Kaiser hinauszuschieben, so rechnete er sichtlich damit, daß König Karl II. wahrscheinlich in nächster Zeit sterben und daß es dann leicht gelingen werde, in Spanien sofort vollendete Tatsachen zu schaffen, indem der Kurprinz Josef Ferdinand als Nachfolger angenommen würde. Dann würde der Kaiser sich wohl fügen.

Diese Annahme war nicht allzu kühn. In Wien bestanden in hohen Kreisen Neigungen, dem drohenden Konflikt durch ein Abkommen mit Frankreich zuvorzukommen. Ohne daß Villars seinerseits davon angefangen hätte, brachten der päpstliche Nuntius, dann Fürst Schwarzenberg, Oberſthofmeister der Kaiserin, Graf Lamberg, Bischof von Passau, und Graf Quintin Jörger, Statthalter in Niederösterreich, nacheinander im Laufe des Herbstes 1698 solche Gedanken zur Sprache. Graf Jörger sagte geradezu: König Ludwig kann mit seinen Truppen, die an den

1) Wagner II, 514 f., jedenfalls nach Berichten Alois Harrachs. Legrelle II, 494 f. Berichte Harcourts vom 22. und 29. November.

2) Harrachs Tagebuch, S. 260 zum 3. Juni 1698, Legrelle II, 430 ff. Die Instruktion für Villars datiert vom 16. Juni 1698, Legrelle, S. 434 ff.



Grenzen Spaniens stehen, dies leicht besetzen, es handle sich also für den Kaiser hauptsächlich um Italien [1]). Es ist nicht klar, ob solche Äußerungen einen offiziellen Hintergrund besaßen. Aber sie sind charakteristisch und erklären die Haltung des Wiener Hofes gegenüber den nächsten Ereignissen.

Als die kaiserlichen Gesandten in London und im Haag, Auersperg und Goeß [2]), im Dezember 1698 endlich Genaueres über den Teilungsvertrag berichten konnten, da traf in Wien auch schon die Nachricht von dem Testament König Karls zugunsten des Kurprinzen ein. Inzwischen war auch Graf Ferdinand Harrach aus Spanien zurückgekehrt. Er war gekommen mit der Überzeugung von einer fast gänzlichen Aussichtslosigkeit der Erbfolge Erzherzog Karls, er fürchtete den Sieg der französischen Ansprüche. Und nun dieser Umschwung! Der Kurprinz, in dem ja auch habsburgisches Blut floß, auf dem Throne Spaniens war ja noch ein Glücksfall gegen einen Enkel Ludwigs XIV. als König von Spanien. Der Kaiser zeigte sich bei der Nachricht vom Testamente König Karls nicht betroffen und entrüstet, sondern sagte: der Kurprinz ist ja doch mein Enkelkind. Er wies später die Annahme energisch zurück, daß er seinem Enkel als Feind entgegentreten wollte [3]). Am 31. Januar 1699 schrieb Leopold an den vertrauten Pater Marco d'Aviano: „es gehen jetzt viele Gerüchte um über ein Testament, das nicht nur mir und den Meinen zu großem Nachteil wäre, sondern auch große Verwirrung hervorrufen und einen neuen Krieg erzeugen könnte. Gott möge alles zum Besten lenken, ich will gewiß nichts als Frieden und was mir mit Recht gebührt. Der Grund meiner Befürchtungen rührt daher, daß offenbar geworden, daß mein Schwiegersohn durch die Bedingungen, die bei seiner Heirat mit meiner Tochter Maria Antonia festgelegt wurden, verletzt ward. Hierin tut er mir leid, indem ich weiß, daß er gegen eine so starke Partei und auch gegen viele Prätendenten zu kämpfen hat. Ich bin überzeugt, daß derjenige, der das Interesse daran hat, diese Kabalen anzettelt, die von andern genährt werden" [4]). Diese merkwürdigen Worte müssen doch dahin verstanden werden: das Testament ist ungerecht, inso-

1) Berichte von Villars, Legrelle II, 441 ff.

2) Graf Dominik Kaunitz, der frühere Gesandte im Haag, war nach dem Friedensschluß von Rijswijk nach Wien zurückgekehrt und wurde am 8. Jan. 1698 zum Reichsvizekanzler ernannt.

3) Vgl. Riezler VII, 450.

4) Corrispondenza tra Leopoldo et P. Marco d'Aviano ed. Klopp, S. 321.



fern es Leopold und seine Söhne von der Nachfolge ausschließt [1]); allein andererseits erkennt Leopold ein Erbrecht des Kurprinzen an, indem er den seinerzeitigen Verzicht seiner Tochter und ihres Gemahls des Kurfürsten nunmehr als unverbindlich ansicht (gleichwie dies König Karl II. und seine Mutter immer getan hatten); somit stellt er sich, nachdem nun einmal das gültige Testament da ist, auf die Seite des Kurfürsten und dessen Sohnes gegen die anderen Prätendenten, also namentlich Ludwig XIV., denen er ja gar kein Erbrecht zuerkennen kann.

Allein wenige Tage, nachdem der Kaiser dies geschrieben, ward das junge Leben, an dem so große Hoffnungen hingen, hinweggerafft, nach kurzer Krankheit starb zu Brüssel frühmorgens am 6. Februar 1699 der Kurprinz Josef Ferdinand [2]). Die „große Frage" trat unerwartet in ein ganz neues Stadium, nun trieb sie unaufhaltsam einer Lösung „par le droit des canons" zu.

Denn jetzt standen sich die zwei mächtigsten Bewerber und Rivalen um das spanische Erbe unmittelbar und allein gegenüber. Das volle und nunmehr alleinige, formale Anrecht Kaiser Leopolds auf die Erbfolge in Spanien konnte gar nicht zweifelhaft sein, wenn feierliche, auch von allen gesetzlichen Faktoren Spaniens anerkannte Verträge und Renuntiationen überhaupt noch respektiert wurden. Es ist bezeichnend, daß der holländische Ratspensionär Heinsius sich jetzt äußerte, Spanien habe nun keine Wahl mehr, es brauche eigentlich keine Deklaration oder Testament zugunsten des Kaisers, da die Sukzession von sich selbst infolge der französischen Renuntiation eingerichtet sei [3]). Aber dieses Erbe war zu groß, die ganze Frage zu tief eingreifend in die wichtigsten Lebensinteressen nicht bloß Österreichs, sondern ebenso Frankreichs und der Seemächte, als daß diese ungeheure Angelegenheit hätte ausschließlich vom Rechtsstandpunkt betrachtet und behandelt werden können. Es mußten auch die politischen Seiten und Folgen mitspielen und miterwogen werden. Und so sehr Kaiser Leopold und seine Staatsmänner durchdrungen waren von dem Bewußtsein des guten Rechtes, so verschlossen sie sich doch nicht den Notwendigkeiten einer realen Politik.

1) So versteht es auch Marco d'Aviano in seiner Antwort vom 22. Febr. 1699, auf das Weitere geht er nicht ein. Ebenda S. 323.

2) Die Gerüchte über eine Vergiftung des Kurprinzen von kaiserlicher Seite sind durch Heigel, S. 158ff., endgültig widerlegt worden. Vgl. auch Riezler VII, 452f.

3) So am 9. Februar und 2. März 1699, Berichte Auerspergs an den Kaiser, Gaedeke II, Akten u. Urkunden, S. 4, Nr. 2 und S. 10, Nr. 7.



Bisher hatte man an dem Gedanken festgehalten, die Allianz von 1689 mit dem Geheimartikel über die spanische Sukzession zu erneuern. Aber als die Nachrichten über Traktate der Seemächte mit Frankreich bestimmter und bedenklicher wurden, ohne daß man jedoch ganz Authentisches darüber erfuhr, und als dann die Kunde von dem Testamente Karls II. eintraf, da trat Kinsky nach Mitte Januar 1699 zweimal an den französischen Gesandten Villars mit der Absicht heran, Besprechungen über die spanische Frage zu eröffnen. Villars verhielt sich zurückhaltend, ganz im Sinne Ludwigs XIV. [1]). Dieser wollte, als nun nach dem Tode des Kurprinzen die Lage eine so ganz andere geworden, vor allem mit seinen neuen Freunden ins klare kommen. Eine Etiketteaffäre, bei der sich Villars durch den Obersthofmeister und Ajo des Erzherzogs Karl, den Fürsten Anton Florian von Liechtenstein, verletzt fühlte [2]), wurde von Ludwig XIV. stark aufgebauscht und benutzt, um drei Monate lang Verhandlungen am Kaiserhofe zu verhindern.

Die allgemeine Lage Österreichs und des Kaisers war aber gerade jetzt gehoben durch den endlichen glücklichen Abschluß des Friedens mit der Pforte, der am 26. Januar 1699 zu Karlowitz unterzeichnet worden. Mit Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien dauernd vergrößert, mit einem siegreichen Heere, das nun frei ward, stand das Haus Österreich da. Die Heirat des Thronfolgers König Josef mit der Prinzessin Wilhelmine Amalie von Braunschweig, vollzogen am 24. Februar 1699, eröffnete die Hoffnung auf die Sicherung der Erbfolge. Der Tod des bayerischen Kurprinzen, den man menschlich beklagte, schien politisch doch gerade zum Vorteil auszuschlagen. Man rechnete nun trotz der jüngsten Erfahrungen darauf, daß es doch im höchsten Interesse der Seemächte liege, nicht die ganze spanische Monarchie in den Besitz eines französischen Prinzen kommen zu lassen. Und es war zweifellos richtig, wenn man entschlossen war, auf keinen Fall mit König Wilhelm zu brechen. Man hoffte, daß nunmehr König Karl, der ja ganz gewiß keinen französischen Erben wollte, dazu vermocht werden könne, sich für

1) Gaedeke I. 260 und II. 22, genauer Legrelle II, 538 ff. Vgl. Briefe Kinskys an den kurpfälzischen Kanzler Freiherrn von Wiser vom 31. Jan. 1699, Gaedeke I, Akten u. Urk., S. 156. Die Nachricht vom Testamente muß wohl am 28. oder 29. Dez. 1698 an den Kaiser gelangt sein, vgl. dessen Handbilletts an Kinsky vom 29. Dez., Gaedeke a. a. O., S. 159.

2) Der Vorfall geschah am 29. Januar 1699. Vgl. Falke, Gesch. des fürstl. Hauses Liechtenstein III, 14, Gaedeke II, 22, Legrelle II, 541, Klopp VIII, 321 ff.

den österreichischen Erzherzog zu entscheiden. Man wollte aber nicht ausschließen, daß nicht doch ein Abkommen mit Ludwig XIV. über eine Teilung des Erbes getroffen werde.

Hier schien ja in der Tat der Weg zu einem Ausgleiche gebahnt. Keine der Mächte wollte eigentlich einen neuen großen, unabsehbaren Krieg. Auch Ludwig XIV. nicht. Er erkannte sehr wohl, daß der Zuwachs des ganzen spanischen Erbes an das Haus Bourbon weder vom Kaiser, noch von den Seemächten ruhig hingenommen werden würde. Daher entschloß er sich sofort nach dem Tode des Kurprinzen zu Verhandlungen mit König Wilhelm über einen neuen zweiten Teilungsvertrag, in welchem auch für den Erzherzog Karl ein Anteil vorgesehen sein sollte. Schon am 13. Februar 1699 entwickelte Ludwig in einer meisterhaften Instruktion [1]) für den Grafen Tallard, Botschafter am englischen Hofe, seinen Plan: nunmehr soll Erzherzog Karl Spanien (ausgenommen Guypuscoa) mit seinen Kolonien erhalten, der Dauphin aber zu seinem Anteil gemäß dem ersten Vertrag, nämlich Neapel-Sizilien, den toskanischen Häfen und Finale, nun noch dazu bekommen Guypuscoa und das Herzogtum Mailand. Denn Mailand muß von Spanien getrennt werden, wenn dieses an den Erzherzog kommt; Mailand würde sonst das Bindeglied zwischen den beiden Zweigen der Habsburger sein und die Macht dieses Hauses zum Nachteil aller andern europäischen Staaten erhöhen. Da aber König Wilhelm vielleicht gegen diese Zuwendung Mailands Schwierigkeiten erhebt, stellt Ludwig die Möglichkeit eines Tausches auf: Mailand übernimmt der Herzog von Lothringen, Lothringen fällt an Frankreich; oder noch andere Kombinationen hierfür, sowie für die Zukunft der Niederlande — ein klassisches Beispiel für das souveräne Schalten mit Ländern und ihrem Geschick, wie es dann im 18. Jahrhundert Mode wird.

In dieser Richtung bewegten sich die geheimen Verhandlungen mit den Seemächten, sie führten zu einem vorläufigen Vertrag am 11. Juni 1699 [2]). Dieser zweite Teilungsvertrag bestimmte die Anteile des Erzherzogs Karl und des Dauphins in der angegebenen Weise, auch wurde der Tausch von Mailand mit Lothringen vorgesehen, oder wenn der Herzog von Lothringen nicht darauf einginge, ward Kurfürst Max Emanuel

1) Bei Legrelle III, 25 ff.

2) Bei Legrelle III, 571 ff. — Wagner, Hist. Leopoldi II, 517 berichtet ausführlich, aber doch keineswegs erschöpfend über die Verhandlungen des Jahres 1699. Er benutzte auch hier die Gesandtschaftsberichte aus dem Haag und London.



oder der Herzog von Savoyen für Mailand ausersehen, wofür an den Dauphin Navarra, oder Luxemburg, oder Nizza, das Tal Barcelonette und Savoyen fallen sollten — alles schöne Grenzabrundungen für Frankreich. Man wird trachten binnen dreieinhalb Monaten die Zustimmung des Kaisers zu gewinnen; verweigert er sie, dann werden die Vertragsmächte den Anteil des Erzherzogs einem andern Fürsten zuwenden (Art. 7, 8). Auch im Falle der Annahme des Vertrags darf der Erzherzog zu Lebzeiten König Karls erst dann nach Spanien kommen, wenn auch König Karl den Vertrag signiert und ein demselben ganz entsprechendes und staatsrechtlich gültiges Testament gemacht hat (Art. 9). Sollte aber Erzherzog Karl sterben, so kann sein Anteil nur an einen jüngeren Sohn des römischen Königs Josef fallen, der aber dann niemals die Kaiserkrone erwerben und mit Spanien verbinden darf; bliebe aber nur ein Erzherzog übrig, der Kaiser würde, dann müßte sein spanischer Anteil an die älteste Erzherzogin und ihre Nachkommen fallen (Art. 10).

Es lag Ludwig XIV. aufs höchste daran, mit diesem Vertrag als einer vollendeten Tatsache vor den Kaiser zu treten, und König Wilhelm, der eigentlich nur sehr ungern seinen alten Bundesgenossen umging, hatte sich fügen müssen. Wilhelms Andeutungen, daß der Kaiser sich mit Frankreich verständigen müsse, hatte Auersperg nicht verstehen wollen oder nicht verstanden [1]). In Wien selbst hatte man sich aber, wie wir sahen, mit dem Gedanken eines Abkommens mit Ludwig XIV. schon vertraut gemacht. Als der holländische Gesandte in Wien, Jakob Hop — derselbe, der die alte Allianz von 1689 abgeschlossen hatte — im Juli mit den ersten Eröffnungen über den neuen Traktat herausrückte, da zeigten sich Harrach und Kaunitz [2]) nicht absolut ablehnend gegen eine Teilung, nur erhob sich sofort der Widerspruch gegen die Art derselben und gegen die daran geknüpften Bedingungen [3]). Die hinterhältige Politik der Seemächte hatte schon längst erbittert, man wollte nun lieber mit Ludwig XIV. selber verhandeln. Kaiser Leopold entschloß sich, endlich wieder einen Gesandten an den französischen Hof zu senden, dem freilich in der Instruktion vom 20. Juni 1699 gar keine positiven Aufträge gegeben wurden,

1) Vgl. die Berichte Auerspergs bei Gaedeke II, Akten u. Urkunden, S. 3 ff. Legrelle III, 106 ff.

2) Graf Ferdinand Bonaventura Harrach, Obersthofmeister, Graf Kaunitz, Reichsvizekanzler, waren seit dem Tode Kinskys, der am 28. Februar 1699 gestorben war, nunmehr die ersten Berater.

3) Legrelle III, 117 ff. 127.



er sollte nur beobachten, berichten und allfällige Vorschläge ad referendum nehmen [1]). Auch gegenüber Villars machten Harrach und Kaunitz im Laufe des Sommers mehrfach allgemeine Andeutungen, und gegenüber Hop wurde der freilich aussichtslose Vorschlag gemacht, es möge der Dauphin statt der italienisch-spanischen Gebiete die amerikanischen Besitzungen Spaniens erhalten. Aber Ludwig wollte den Londoner Vertrag vom 11. Juni als unabänderlich betrachtet wissen, und was für ihn ein ganz wesentliches Glied des künstlichen Vertragsgefüges bedeutete, daß nämlich Mailand nicht im Besitze der Habsburger blieb, das bildete für Leopold das entscheidende Hindernis, ganz abgesehen von den ebenso unannehmbaren Bedingungen über die Berufung Erzherzog Karls nach Spanien und über die weitere Erbfolge [2]). Auch scheuten der Kaiser und seine Berater nicht ohne Grund den schlimmen Eindruck, den die Kunde von Verhandlungen solcher Art auf den König von Spanien machen konnte. Gerade jetzt zeigte sich aufs stärkste, daß in Spanien nichts mehr verhaßt war, als eben der Gedanke an eine Zerteilung der Monarchie. Durch Don Quiros, den spanischen Gesandten im Haag, war im Juli die Nachricht über die neuen Teilungspläne nach Madrid gelangt. Sofort erhob sich Regierung und König zu einem überraschend energischen Protest bei den drei Verbündeten, der in London durch das Auftreten des spanischen Gesandten Canales eine besonders schroffe Form annahm [3]).

In den Beratungen der Geheimen Konferenz seit August 1699 spiegelte sich die ganze schwierige Situation, am 11. Oktober nahm der Kaiser selbst und König Josef daran teil [4]). Einig war man darüber, daß der Traktat in dieser Form nicht angenommen werden könne, daß

1) Vgl. Gaedeke II, 71 ff. Der Gesandte war Graf Philipp Ludwig von Sinzendorf, der Sohn des einstigen Kammerpräsidenten Georg Ludwig von Sinzendorf. Eine Anzahl seiner Berichte bei Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 137 ff., sein gehaltvoller Hauptbericht vom 1. März 1702, hg. von Arneth im Archiv f. österr. Gesch., 13. Bd.

2) Vgl. den auf Schreiben Hops beruhenden Bericht Tallards an Ludwig XIV. vom 13. Sept. 1699, Legrelle III, 143 ff.

3) Vgl. Klopp VIII, 380 ff., Legrelle III, 152 ff.

4) Bei Gaedeke II, Akten und Urk., S. 170 ff., Protokolle. Doch ist zu beachten, daß es nicht amtlich geführte Protokolle sind, sondern Aufzeichnungen, die sich der Vorsitzende Obersthofmeister Graf Ferd. Bonaventura Harrach machte. In Feldzügen des Prinzen Eugen III, 333 ff. sind von einer Reihe von Konferenzen des Jahres 1700 die auf Grund der Beratungen ausgearbeiteten Vorträge an den Kaiser (nicht die Protokolle) mitgeteilt. Die Stücke Nr. 3 und 4 gehören aber nicht zu 1700, sondern zu 1701.

auf Mailand unmöglich verzichtet werden dürfe. Da aber König Wilhelm und Heinsius dringend die Annahme durch den Kaiser wünschten, tauchte doch immer wieder der Gedanke an Änderungen des Vertrages auf. „Wenn sie nicht wollen, müßte man es Gott befehlen", sagte der fromme, fatalistische Kaiser — „wenn sie nicht wollen, müsse man es mit den Waffen versuchen", sagte der junge, tatkräftige Thronfolger. Richtige und interessante Ratschläge gab der gescheite, klarblickende Graf Kaunitz: Spanien könne man doch nicht oder nur schwer halten, also lasse man es dem Bourbon und nehme dafür Neapel-Sizilien und Mailand; die Niederlande überlasse man ganz an Max Emanuel und nehme dafür Bayern; vor allem und auf jeden Fall aber müsse man sich „in postur setzen", rüsten, Truppen in die Vorlande legen. Ja, dieses wäre das Richtige gewesen, so wie König Ludwig XIV. seine Truppen am Nordrande der Pyrenäen stehen hatte, bereit, jeden Augenblick dem Willen Frankreichs in Spanien Nachdruck zu geben. Allein gerade hierin mangelte es der Sache Österreichs an Tatkraft, aber vor allem an dem, was diese hätte aufrichten können, an Geld. Eben hatte man deshalb die Armee um acht Regimenter reduziert; es wurde nicht rekrutiert, nicht remontiert, es standen kaum 40000 Mann zur Verfügung [1]).

Und dennoch war man in Wien nicht gesonnen irgendwie wesentlich nachzugeben. Am 18. Oktober 1699 wurde dem holländischen Gesandten Hop eine eindringlich und würdig gehaltene Erklärung des Kaisers übermittelt, welche mit den Worten schloß: wir vertrauen auf den Herrn der Könige und Heerscharen, er wird die Anschläge derer verwirren, die fremde Reiche teilen und zerreißen wollen. Der Kaiser kann niemals zugeben, daß ihm und seinem Hause auch nur eine Handvoll spanischer Erde durch die Verträge Dritter streitig gemacht werde [2]). Man baute am Kaiserhofe eigentlich auf den König von Spanien, man hielt es nach den heftigen Protesten vom August 1699 um so mehr für ausgeschlossen, daß er sich für eine französische Thronfolge entscheiden könnte. Man hatte schon eine Vollmacht für eine Regentschaft vorbereitet. Graf Alois Harrach in Madrid strengte im Verein mit den treu kaiserlich gesinnten Marquis Leganez und Pater Gabriel alles an, er arbeitete gegen die Königin, die um diese Zeit sich für eine Thronfolge Pedros von Portugal interessierte und dann wieder verhüllten Werbungen Frankreichs zugäng-

1) Wie Graf Jörger in einer späteren Konferenz am 6. Juli 1700 bemerkt. Gaedeke, a. a. O., S. 189.

2) Bei Wagner, Hist. Leopoldi II, 539 ff. Vgl. Klopp VIII, 388. 393 ff. 479 f.



lich schien, und gegen die Gräfin Berlepsch, deren Entlassung und Abgang im Frühjahr 1700 wirklich erreicht wurde [1]). Aber für eine Rüstung Spaniens geschah nichts, hier hätte eben auch der Kaiser mit Geld und Truppen eingreifen müssen [2]).

Die Dinge konnten sich hinziehen, da die Akzession der Niederlande zum zweiten Teilungsvertrage auf hartnäckigen Widerstand in den Staaten, namentlich bei Amsterdam gestoßen war. Erst am 3. und 25. März 1700 erfolgte ihr Beitritt und die Unterzeichnung des Vertrages, am 23. April wurden die Ratifikationen ausgewechselt. Der nun in aller Form geschlossene Vertrag vom 3. März 1700 [3]) stimmt mit dem vorläufigen Traktat vom 11. Juni 1699 in allen wesentlichen Punkten überein, nur wurden die unmöglichen Bedingungen für eine Sendung Erzherzog Karls nach Spanien beseitigt und es heißt im kurzen 8. Artikel bloß: der Erzherzog kann weder nach Spanien noch nach Mailand zu Lebzeiten König Karls kommen, außer mit gemeinsamer Zustimmung, und nicht anders. Auch werden dem Kaiser drei Monate, und in einem Geheimartikel auch noch zwei Monate nach dem Tode des Königs von Spanien zum Beitritt offen gelassen — Zugeständnisse Ludwigs XIV an das Drängen König Wilhelms, der trotz all der Hinterhältigkeit seiner Politik doch den Bruch mit dem Kaiser scheute. Endlich ward in Artikel 9 bestimmt, daß der Anteil Erzherzog Karls (das heißt Spanien und die Kolonien) nie an den König oder Dauphin von Frankreich fallen solle.

Nun beginnt die spanische Erbfolge, die bisher in der Heimlichkeit weniger Kabinette verhandelt worden, zur unmittelbar brennenden Frage Mittel- und Westeuropas zu werden, während gleichzeitig der große Nordische Krieg entflammt. Denn Ludwig XIV. eilte nach dem vollen Abschlusse des Vertrags und seiner Ratifikation, ihn in Wien und Madrid zu notifizieren, und sofort Verhandlungen zu beginnen mit dem Herzog von Lothringen wegen des Tausches seines Erblandes mit Mailand, mit dem Herzog von Savoyen und dem König von Portugal als jenen Erben,

1) Pater Gabriel, durch ein päpstliches Privileg geschützt, konnte bleiben. Wagner, Hist. Leopoldi II, 553.

2) Gaedeke II, 86 f., Klopp VIII, 399 ff. Die Vollmacht für die Regentschaft vom 8. Juli 1699 bei Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 136, Legrelle III, 584. Man ließ übrigens Harrach von Wien aus Monate lang ohne Instruktionen, wie er am 12. Juni 1700 dem Landgrafen Georg klagt. Arch. f. Hess. Gesch. VIII, 174.

3) Der Vertrag bei Legrelle III, 595 ff. Wagner, Hist. Leopoldi II, 543. 544 gibt irrig 3. Mai, statt 3. März als Datum des Vertrags.



die im Falle der Weigerung des Kaisers auf den Vertrag einzugehen, als „Dritte“ an Stelle Erzherzog Karls für den Besitz Spaniens in Aussicht genommen waren [1]). Auch an die anderen Mächte tritt Ludwig XIV. heran, um sie als Garanten des Vertrages zu gewinnen.

Alles kam nun an auf die Haltung des Kaisers und auf die Wirkung in Madrid [2]). Am 18. Mai 1700 erschien Villars vor dem Kaiser, um den abgeschlossenen Teilungsvertrag mitzuteilen und um eine baldige Entscheidung zu ersuchen. Nun stand der Wiener Hof vor der vollendeten Tatsache, das was Ludwig XIV. gewollt hatte. Daß dieser Vertrag unannehmbar, stand aber jetzt ebenso fest wie früher. Zwar wurde nach den Beratungen der geheimen Konferenz [3]) noch einmal versucht, mit Frankreich unmittelbar in Verhandlung zu treten. Aber solche Versuche, auf die das Wiener Kabinett selbst kaum ein ernstes Gewicht legte, wurden schon Mitte Juni durch eine entschieden ablehnende Antwort Ludwigs XIV. abgeschnitten. Das nächstliegende war, sich sofort mit König Karl von Spanien in Verbindung zu setzen und ihn zu Verfügungen zugunsten seines Hauses zu vermögen. Da man sich aber unter den Wiener Staatsmännern selbst keiner Täuschung darüber hingab, daß das schönste Testament nichts nütze, wenn nicht Truppen und Allianzen dahinter stehen, wollte man neuerdings in Spanien zur Rüstung drängen, aber auch selber rekrutieren, die Grenzfestungen instand setzen, Völker nach Italien bestimmen, mit Venedig, Modena und Florenz verhandeln, an der Kurie Einfluß nehmen. Wie schon früher, so trat auch jetzt, da die Dinge wirklich der Entscheidung zudrängten, Graf Kaunitz energisch dafür ein, und sein Standpunkt, „die Armada in einen guten Stand setzen, alle Conferenzien würden nichts helfen“, fand nun kräftige Unterstützung durch den Statthalter Grafen Jörger, den Fürsten Salm und den römischen König Josef.

Der Kaiser und seine Minister waren jedoch zu optimistisch in bezug auf den Gesundheitszustand und die Widerstandskraft des armen, kranken

1) Diese Verhandlungen eingehend dargestellt bei Legrelle III, 400 ff. Die Erbansprüche Savoyens erhellen aus der Stammtafel III.

2) Für das Folgende vgl. Gaedeke II, 90 ff., Klopp VIII, 462 ff., Legrelle III, 264 ff. 300 ff.

3) Die Protokolle der Sitzungen vom Mai und Juni 1700 bei Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 183 ff. Konferenzvortrag an den Kaiser vom 21. Mai, Äußerung des Kaisers vom 29. Mai, Feldzüge des Prinzen Eugen III, 343. 348. Instruktion für Sinzendorf vom 1. Juni, ib. 349.

Königs Karl und sie unterschätzten die Stimmung in Spanien. Allerdings hatte die Notifikation des neuerlichen Teilungsvertrages bei König und Königin die größte Entrüstung verursacht, am 6. Juni 1700 schrieb Karl an seinen kaiserlichen Oheim, bat um seine Hilfe, erklärte, die Monarchie ungeteilt dem Hause Österreich bewahren zu wollen, stimmte zu, daß alle Pensionen auf ein Jahr aufgehoben sein sollen, Katalonien in Verteidigungszustand gesetzt und die Gouverneure in Italien mit Kriegsvorbereitungen an den Kaiser gewiesen werden. Die Königin stellte sich nun wieder eifrigst in den Dienst der kaiserlichen Sache [1]). Gewiß, der letzte spanische Habsburger wollte nichts anderes als die Nachfolge seines Hauses im ungeteilten Erbe. Gegen eine Zerstückelung der Monarchie empörte sich auch das allgemeine nationale Gefühl und wehrte sich der Staatsrat. Die Einheit des Reiches zu erhalten, war jetzt geradezu das entscheidende Motiv auf spanischer Seite. Der französische Gesandte Harcourt hat dies sehr richtig immer wieder seinem König wiederholt und er folgte nur mit innerem Widerstreben der Teilungspolitik Ludwigs XIV. Aber diese Politik beruhte auf einem unstreitig überlegenen Gesamteinblick und wurde meisterhaft geführt. Ludwig lüftete ein kleines Stück des Schleiers vor seinen letzten Absichten, wenn er am 16. August 1699 an Harcourt schrieb: wenn der Kaiser den Vertrag nicht unterzeichnet, wird Ihr Ansehen in der Öffentlichkeit Spaniens nur wachsen; denn man wird erkennen, daß, wollte man den Erzherzog berufen, man die Teilung nicht vermeiden könnte, da man mit weit schwächeren Kräften einen unglücklichen Krieg gegen mich und das mir verbündete England und Holland führen müßte. So werden Sie sehen, daß in Spanien sicher nur der Eifer wächst, meinen Beistand anzurufen, als die einzige Hilfe für die Monarchie [2]). Und im Dezember 1699 sagte Torcy zum kaiserlichen Gesandten Grafen Sinzendorf: die spanische Nation wird, wenn sie die Monarchie wird können unzergliedert erhalten, lieber einen österreichischen als französischen Prinzen haben wollen; aber ehe sie es auf die Zergliederung ankommen ließe, wird sie lieber einen französischen als österreichischen nehmen [3]). Die Wahrheit, die diesem eigentlich un=

1) Gaedeke II, 94 ff., der Brief Karls II. vom 6. Juni daselbst Akten u. Urk., S. 123; das andere ergibt sich aus der Instruktion vom 24. August 1700 für den Grafen Auersperg, der im Mai von London abberufen und zum Nachfolger Alois Harrachs in Madrid bestimmt worden war. Gaedeke, S. 130.

2) Gaedeke II, 85.

3) Sinzendorf an den Kaiser 24. Dezember 1699, Gaedeke II, Akten u. Urk.,

vorsichtigen Wort des französischen Staatssekretärs innewohnte, konnte den Wiener Hof in seiner gegen den Teilungsvertrag ablehnenden Haltung nur bestärken. Aber der Kaiser stand trotz allen formellen Rechtes seiner Sache gerade in bezug auf Ansehen und Sympathie bei den Spaniern im Nachteil gegenüber Frankreich. Die Deutschen, die Königin an der Spitze, waren unbeliebt, ja verhaßt, die enge Verknüpfung der beiden Linien der Dynastie hatte Spanien den Interessen der habsburgischen deutschen und Weltpolitik dienstbar gemacht, während seine innere Kraft und Blüte verfiel und die Monarchie bis zu dem jämmerlichen Zustand der Gegenwart herabsank; der Kaiser war fern, erschöpft an Mitteln, nicht imstande schnell und kräftig einzugreifen, wenn der nahe Moment es erheischte, kaum imstande Spanien zu halten in dem unzweifelhaft ausbrechenden Kampf. Frankreich aber unmittelbar nahe, mächtig, schlagfertig mit seiner Armee an den Pyrenäen, mit seiner Flotte, die schon im Mittelmeer kreuzte, unwiderstehlich, gefürchtet, aber doch allein, wie man meinte, die Bürgschaft bietend für eine bessere Zukunft des Reiches.

Der Tod des bayerischen Kurprinzen, die Teilungsverhandlungen hatten diese Stimmung genährt und gemehrt. Kardinal Portocarrero war ihr mächtigster Vertreter, die Mitglieder des Staatsrates ihrer großen Mehrzahl nach von denselben Überzeugungen durchdrungen. Schon im April 1700 hatte der Staatsrat erklärt, es gebe kein anderes Mittel, die Monarchie unversehrt zu erhalten, als die Berufung eines französischen Prinzen, Frankreich könnte man auf keinen Fall widerstehen. Sehr geschickt wurde der König dazu gedrängt, in dem ihn ängstigenden Zwiespalt zwischen seinem innersten Gefühl für sein Haus und dem Willen seiner Minister, in seiner Gewissensnot, was das Heil seines Reiches sei, Zuflucht zu nehmen zum Rate des Heiligen Vaters; man bedrängte den frommen Sinn des Königs durch den Hinweis auf die Gefahr für den Glauben, wenn die englischen und holländischen Ketzer in den Kolonien Fuß faßten, wovon ein Geheimartikel des Vertrages handle. Auch hieß

S. 143. Sinzendorf, dessen Berichte und Haltung den Eindruck eines fähigen Mannes machen, betont sehr nachdrücklich in einem späteren Berichte vom 21. Mai 1700, es könne hinter der eiligen Notifikation des Traktats an den spanischen Botschafter in Paris ein artificium stecken, um die spanische Nation zur baldigen Deklaration eines französischen Prinzen zu bringen, welche (Nation) ohnedem wegen ihrer Monarchie (zu) besörchtende Division in höchster Desperation ist. Er habe jederzeit beobachtet, daß man spanischerseits „die extrema eher zu ergreifen vermeinte, als die Zergliederung zuzugeben". Gaedeke, a. a. O., S. 150. Ähnlich Graf Goeß im Dezember 1699 aus dem Haag, Gaedeke, S. 180.



es, der Kaiser habe selbst mit Frankreich, England und Holland verhandelt. In so zwiespältiger und beeinflußter Stimmung schrieb König Karl am 19. und 20. Mai 1700 an den Kaiser und teilte ihm am 6. Juni mit, „daß er es auf des Papstes Mediation remittiert habe" [1]). Und in der Tat wandte sich Karl am 14. Juni an Papst Innocenz XII., teilte ihm mit, daß sein Staatsrat ihm vorgestellt habe, daß die Einheit und das Heil des spanischen Reiches nur dadurch gewahrt würde, wenn er einen der jüngeren Söhne des Dauphins von Frankreich zum Nachfolger bestimme, und legt in des Heiligen Vaters Hände seine eigene Entschließung. Schon am 6. Juli antwortete der Papst, er glaube in seiner Ansicht nicht abweichen zu sollen von jener des königlichen Rates [2]). Papst Innocenz XII. war schon lange mehr und mehr in die Gefolgschaft der französischen Interessen hineingezogen worden, der kaiserliche Gesandte in Rom, Graf Lamberg, hatte sich vergeblich bemüht, ihn für die Sache des Kaisers zu gewinnen [3]), und seine Antwort lautete so, wie Portocarrero und seine Freunde erwartet hatten.

König Karl selber teilte sie in höchstem Geheimnis dem Kaiser mit [4]). Aber zugleich versicherte er den kaiserlichen Gesandten Grafen Alois Harrach, daß seine Intention dahingehe, die Monarchie pro domo Austriaca unzerteilt beisammen zu behalten; er wünsche, daß der Kaiser

1) Nach den Protokollen der Geheimen Konferenz in Wien vom 20. Juni und 6. Juli 1700, Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 187 ff.

2) Die Schreiben zuletzt bei Legrelle III, 631 ff., dazu S. 375. An diese Dokumente knüpfte sich eine wiederholte Diskussion über ihre Echtheit und über die Haltung des Papstes, Klopp erklärte jedenfalls das Schreiben des Papstes für eine Fälschung, vgl. zuletzt Immich, Gesch. des europ. Staatensystems, S. 180 Anm. 2. Niemand hat aber ein längst veröffentlichtes Zeugnis beachtet, das die Frage klar entscheidet. In dem von Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 193 gedruckten Protokoll der Geheimen Konferenz in Wien vom 23. August 1700 heißt es: Leguntur literae regis Catholici ad pontificem, quod suam voluntatem in voluntatem pontificis, ut servetur regnum integrum. Legitur responsum pontificis. Item litterae regis Catholici ad legatum suum in Paris, quod non velit admittere regni divisionem. Oberstkämmerer: pontifex diceret, er (König Karl von Spanien) solle das concilium folgen, quod vellet principem Gallum. Hoc non corresponderet cum his, quae rex dixisset legato (Alois Harrach). Diese Schlagworte sind trotz ihrer Kürze unzweideutig und stehen in voller Übereinstimmung mit dem Wortlaut der Schreiben. Dazu stimmen weitere Stellen der Protokolle vom 23. und 24. August, die ich oben verwerte.

3) Darüber vgl. Klopp VIII, 506 ff.

4) Ergibt sich aus den Konferenzprotokollen vom 23. und 24. August 1700, Gaedeke, S. 193 ff., ebenso auch das Folgende, dazu die Instruktion für den Grafen Leopold Auersperg vom 24. August, Gaedeke, S. 130 ff.

den Erzherzog Karl mit Truppen nach Italien sende. Der König, der in den letzten Monaten wohler als sonst gewesen, mochte ja vielleicht glauben, es stehe doch noch bei ihm, endliche Verfügungen zu treffen; er drückte noch am 10. September dem Staatsrate sein Befremden darüber aus, daß dieser sich so sehr für einen französischen Prinzen eingesetzt habe. Und obwohl man jetzt in Wien ernstlicher daran ging, den Kriegsfall ins Auge zu fassen, war man andrerseits doch immer noch zu optimistisch, man glaubte und hoffte, daß es dem nach Madrid bestimmten Gesandten Grafen Leopold Auersperg gelingen könne, den spanischen Staatsrat von seinen Ansichten und Absichten abzubringen. Ja, nur um auf jeden Fall Zeit zu gewinnen, nahm man gegen Mitte September den, wie man gut einsah, „verfänglichen" Vorschlag Ludwigs XIV. an, daß weder Frankreich noch der Kaiser bei Lebzeiten Karls II. eine kriegerische Maßregel ergreifen sollen [1]). Die Nachrichten aus England, wo der Teilungstraktat eine wachsende Opposition namentlich in parlamentarischen Kreisen hervorrief, nährten die Hoffnung auf ein schließliches Abrücken König Wilhelms von der Seite Frankreichs [2]).

Da brach Ende September 1700 die so lange befürchtete Katastrophe herein. Auf wenige Tage drängten sich die entscheidenden Vorgänge zusammen [3]). Seit Mitte September begann ein besorgniserregender Verfall König Karls, der schwache, kranke und von der Heilkunst jener Zeit mißhandelte Organismus versagte. In der Nacht vom 28. auf den 29. September schien das Ende nahe, der König erholte sich etwas am nächsten Tage, aber es war augenscheinlich, daß keine Hoffnung mehr vorhanden. Am Bette des totkranken Monarchen wurde nun der Endkampf um seinen letzten Willen gekämpft. Die Königin wich bis zum 28. September nicht von der Seite des Gemahls, mit ihrer Hilfe und der des königlichen Beichtvaters suchte Graf Harrach auf ein Testament zugunsten Erzherzogs Karls hinzuwirken. Noch am 29. September war der König dazu entschlossen. Aber dann trat Kardinal Portocarrero im Auftrage des Rates von Kastilien mit dem Aufgebot seiner ganzen geistlichen und politischen Autorität dazwischen, am 3. Oktober gegen Abend bewog er den fiebernden, seines Willens nicht mehr mächtigen

1) Konferenz vom 11. Sept., Gaedeke II, 103 ff., Akten u. Urk., S. 195.

2) Vgl. die Berichte des kaiserlichen Residenten Hoffmann in London, seit Juni 1700, Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 65 ff.

3) Über die letzten Tage Karls II. Legrelle IV, 51. 82 ff., Klopp VIII, 582. 587 ff. mit Benutzung der Berichte Alois Harrachs.

Kranken, unter das schon vorbereitete Testament mit zitternder Hand sein „Yo el Rey" zu schreiben [1]). Im 13. Artikel bestimmt es: da die Renuntiationen der Königinnen Anna und Maria Theresia auf ihr spanisches Erbe in der Absicht geschahen, die Gefahr der Vereinigung Spaniens mit Frankreich zu verhindern, da ich aber anerkenne, daß, weil jene Grundursache nicht mehr besteht, das Recht der Erbfolge dem nächsten Blutsverwandten gebührt, und dieses bei dem zweiten Sohne des Dauphins, dem Herzog von Anjou, zutrifft, so erkläre ich als meinen Nachfolger den Herzog von Anjou in allen meinen Reichen, keines ausgenommen; doch so, daß diese Reiche immer getrennt von der französischen Monarchie bleiben; wenn der Herzog von Anjou stürbe oder die Krone von Frankreich erhielte, soll sein jüngerer Bruder, der Herzog von Berry, nach diesem der Erzherzog Karl, nach diesem der Herzog von Savoyen das Recht der Erbfolge in Spanien haben. Um den Frieden Europas zu erhalten, bitte und ermahne ich, daß eine Ehe zwischen dem Herzog von Anjou und einer Tochter des Kaisers geschlossen werde.

Noch einmal besserte sich der Zustand König Karls, er war, nach glaubwürdigen Zeugnissen [2]), schwer beunruhigt durch die ihm abgerungene Verfügung, aber er hatte nicht mehr die Kraft und Zeit, sie ungeschehen zu machen, am 1. November 1700 ist der unglückliche, letzte spanische Habsburger gestorben.

Am 7. November kam die Nachricht vom Tode Karls II. nach Paris, unmittelbar darauf die genaue Kunde vom Inhalte des Testamentes, wenige Tage später entschloß sich bereits Ludwig XIV. zur Annahme, am 16. November wurde Philipp von Anjou in Versailles als König von Spanien proklamiert [3]). So zerriß Ludwig, siegestrunken, den feierlich geschlossenen Teilungsvertrag, der Kaiser, England und Holland, Europa standen vor einer neuen, gänzlich veränderten politischen Lage.

In den letzten Jahren hatten sich bedeutsame Verschiebungen und Wandlungen im Gefüge des europäischen Staatensystems vollzogen. Die

1) Das Testament, nach dem Original in Paris, bei Legrelle IV, 434 ff., es ist vom 2. Oktober 1700 datiert. 2) Klopp VIII, 604.

3) König Philipp V. zog am 18. Februar 1701 in Madrid ein, vom Jubel Spaniens empfangen. Die Königin-Witwe war noch vorher nach Toledo gegangen, ihr Beichtvater Pater Gabriel verließ Spanien (vgl. oben S. 482 Anm. 3), Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, Vizekönig von Aragonien, wurde Ende Februar 1701 seiner Stellung enthoben, er reiste über Italien, wo er anfangs Juni im Hauptquartier Prinz Eugens durchkam, nach Wien. Vgl. Künzel im Arch. f. Hess. Gesch. VIII, 116.



wichtigste war der Abschluß der neuen habsburgischen Großmacht durch den Frieden von Karlowitz; und damit zugleich die dauernde Zurückdrängung der Türken. Durch den gleichen Frieden hatte Venedig Morea und Polen seine alte südöstliche Grenze gewonnen und Rußland in Asow das Schwarze Meer erreicht. Polen war seit Mitte 1697 durch seinen neuen König August in Personalunion mit Kursachsen verbunden. August hegte die ehrgeizigsten Pläne, zunächst gegen die Türken, ja sogar auf Schlesien, aber nach Karlowitz wandte er seine Ruhmbegier gegen Norden auf die Eroberung des schwedischen Livland. Dies stand im Zusammenhang mit der schon seit 1698 sich festigenden Allianz Dänemarks, Rußlands und Polens gegen den jungen König Karl XII. von Schweden. Dänemark wollte endlich die Souveränität des neuerdings mit Schweden verschwägerten und verbündeten Herzogs von Holstein beseitigen, Peter von Rußland aber wollte den Wall der schwedischen Ostseeprovinzen durchbrechen, um seinem Reiche „das Fenster nach Europa" zu öffnen. Gegen Ende 1699 kam die Koalition gegen Schweden zustande. So sah sich zu Beginn des Jahres 1700 der Nordosten vor einem großen Kriege mit unabsehbaren Folgen, während im Westen die Seemächte und Frankreich die zweite Teilung des spanischen Erbes zum Abschluß brachten und bemüht waren, den Kaiser dafür zu gewinnen, um einen ihnen allen unwillkommenen neuen großen Krieg zu vermeiden. Daher war namentlich den Seemächten der drohende nordische Brand aufs äußerste ungelegen, und sie griffen, als im Frühjahr 1700 König August in Livland einfiel und Dänemark den Krieg begann, zugunsten Schwedens ein, um den Krieg nicht weitergreifen zu lassen. Dänemark sah sich schon im August 1700 zum Frieden mit Schweden gezwungen. Nun wandte sich Karl XII. unaufhaltsam gegen seine verhaßten anderen Feinde, schlug am 30. November 1700 die Russen bei Narwa, und verbiß sich in den Gedanken, August von Polen zu vernichten. Vergebens waren alle Vermittlungsversuche Ludwigs XIV., dem der Polenkönig im Dezember 1700 die bewaffnete Garantie für die Aufrechthaltung des Testamentes Karls von Spanien zugesagt hatte[1]). König August, durch den Zaren bestimmt und durch die Offensive der Schweden ge-

1) Die Verhandlungen mit Ludwig XIV. bei Legrelle III, 330 ff. 482 ff.; IV, 413 ff. Im Juni 1700 soll der kaiserliche Gesandte Stratmann in Warschau Vorschläge zu einer Allianz gemacht haben, die ganz unmöglich klingen, nämlich Aussicht auf die Krone von Neapel, Abtretung eines Teiles von Schlesien, von vier böhmischen Kreisen usw. Sie sind nur aus den Berichten des französischen Gesandten Héron bekannt.



nötigt, mußte seine ganze Kraft dem nordischen Kampfe widmen — ein Glück für Österreich, das sonst an seiner langen nördlichen Grenze im Rücken bedroht worden wäre.

Um so bedeutungsvoller war es, welche Haltung Kurfürst Friedrich von Brandenburg einnahm[1]). Dem Kurfürsten schwebte von jeher als ein Hauptziel seiner Regierung und seines Lebens vor Augen, für sein Haus die Königskrone zu erringen. Er erfuhr darob den scharfen Tadel seines großen Enkels: „er verwechselte Eitelkeiten mit echter Größe". Gewiß, die Motive des ersten Preußenkönigs waren selbstisch und klein; aber der Erfolg wirkte doch mit für des Staates Aufstieg. Schon in den Jahren 1693 und 1694 hatten diese Wünsche Friedrichs in den Verhandlungen wegen Türkenhilfe und Rückgabe von Schwiebus mitgespielt. Die Geheime Konferenz sprach sich damals in allgemeinen Bedenken entschieden gegen eine preußische Königswürde aus[2]). Immerhin sagte der Kaiser zu, bei künftigen Standeserhöhungen keinen andern Fürsten vorzuziehen, und erteilte dem Kurfürsten den Titel eines Herzogs von Preußen[3]). Die Wahrscheinlichkeit eines großen Krieges um das spanische Erbe brachte nunmehr diese Frage ernstlich in Fluß. War die militärische Hilfe Brandenburgs für den Kaiser im Kriegsfalle höchst begehrenswert, so war es andrerseits dem Kurfürsten Friedrich klar, daß der Erwerb der Königskrone nur mit Zustimmung des Kaisers denkbar und möglich sei. Der kurfürstliche Gesandte in Wien, Christian Friedrich von Bartholdi, erkannte die günstige Konjunktur und regte im November 1699 seinen Hof zu Verhandlungen an.

Kurfürst Friedrich entschloß sich nun, sein Ziel mit vollem Nachdruck zu verfolgen. Von Polen und Dänemark erhielt er schon bald die Zusage, ihn als König anzuerkennen — beide wünschten seine Hilfe im Kampfe gegen Schweden. Auch in Wien zeigten sich sowohl die maßgebenden Minister Kaunitz und Harrach, als auch der Kaiser selbst nicht abgeneigt, ernstlich auf die Sache einzugehen. Bei Leopold persönlich

1) Hierfür die grundlegende Arbeit von Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700 (1885), S. 107 f. 122 ff. Waddington, L'acquisition de la couronne royale de Prusse (1885). Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte II, 102 ff. 119 ff.

2) Konferenzvortrag vom 23. Juli 1694, Pribram, S. 225.

3) Dafür wurde die Zusage des Kurfürsten zur Readmission Böhmens in die vollen kurfürstlichen Rechte und die endliche Restitution des Kreises Schwiebus an den Kaiser (als König von Böhmen) erreicht. Die Übergabe von Schwiebus wurde am 10. Januar 1695 vollzogen. Vgl. Pribram, S. 115 ff.



wirkte der Jesuit Friedrich Freiherr von Lüdinghausen, genannt Pater Wolff, im Interesse der kurfürstlichen Wünsche — eine Tatsache, die an sich eigentümlich, eine noch merkwürdigere Beleuchtung dadurch erhält, daß am Berliner Hofe ein anderer Jesuit, Pater Karl Moriz Vota, einst Beichtvater des Königs Johann Sobieski von Polen, dann beim Kurfürsten Friedrich und seiner Gemahlin wohlgelitten, die Idee zu insinuieren suchte, die Königskrone vom Papste zu erwirken. Nur im Zeitalter der fürstlichen Konversionen konnte ein solcher Gedanke auftauchen, und auch bei dem Eifer Pater Wolffs, der sicherlich nicht ohne Wissen seiner Obern handelte, haben derartige Hintergedanken mitgespielt. Ja, Bischof Zaluski von Ermeland erwirkte sogar ein Breve Papst Innocenz XII., worin verhüllte Hoffnungen auf die Gesinnung „jenes großen Fürsten“ ausgesprochen wurden. Aber dies blieben natürlich nur fromme Wünsche, der Eifer und Einfluß Pater Wolffs förderte zwar die Verhandlungen, doch entscheidend wurden die politischen Vorgänge.

Freilich ging die Sache in Wien nicht so rasch vorwärts, wie es die Ungeduld Friedrichs wünschte. Erst als die Publikation des zweiten Teilungsvertrages dem Kaiser keinen Zweifel ließ, daß er von den Seemächten zunächst nichts zu hoffen habe, begannen im Juni 1700 die eigentlichen Verhandlungen, und nach Beseitigung verschiedener Bedenken des Kaisers erfolgte am 27. Juli der prinzipielle Beschluß der Geheimen Konferenz, welcher die Annahme der Königskrone durch den Kurfürsten von Brandenburg guthieß. Am 6. August teilte dies Leopold selbst an Friedrich mit, am gleichen Tage, da der Wiener Hof die Ablehnung des zweiten Teilungsvertrages beschloß.

Aber nun begann erst der Handel um Forderung und Gegenforderung. Wir verfolgen ihn nicht in seinen wechselvollen Phasen, es gilt nur den Zusammenhang mit der politischen Gesamtlage, Ausgang und Bedeutung zu kennzeichnen. Im August 1700 stand dem Kaiserhofe die Sorge um die Besetzung und Erhaltung Mailands am nächsten, hierfür sollte womöglich ohne eigene Kosten die schnelle militärische Unterstützung Brandenburgs als Preis der Königskrone gewonnen werden. Im September, als man sich auf den Vorschlag Ludwigs XIV. eingelassen, daß zu Lebzeiten Karls von Spanien von keiner Seite Feindseligkeiten begonnen werden sollen, erschien in Wien die Sache nicht mehr so dringend. Inzwischen waren von Holland und England aus halbwahre, halbfalsche Nachrichten über den Abschluß des Vertrages in die Welt gesetzt worden, die in Paris unliebsames Aufsehen erregten und Friedrich um die Zustimmung Ludwigs XIV. zur preußischen Königswürde bange machten.



So ließ er anfangs Oktober in Paris versichern, daß er in der spanischen Erbfolgefrage neutral bleiben und dem Kaiser mit Truppen nur in dessen Erblanden und im Reiche helfen werde. Dafür war Ludwigs Zustimmung zu haben, und so drängte Friedrich, vor allem einmal mit dem Kaiser abzuschließen, zumal er auch aus Polen zur Eile gemahnt ward. Und als nun im Oktober die Nachrichten von dem Testamente Karls II. nach Wien und Berlin kamen, da beflügelte diese überraschende und ernste Wendung einerseits die Zähigkeit des Kaiserhofes, andrerseits führte die lebhafte Ungeduld des Kurfürsten ihn im letzten Augenblick noch zu einem Zugeständnis betreffs der Subsidien. Genug, am 16. November 1700, bevor man an den beiden Höfen noch eine Kunde vom Tode Karls II. oder von der Annahme seines Testamentes durch Ludwig XIV. hatte, wurde der Vertrag Kaiser Leopolds mit Friedrich von Brandenburg unterzeichnet[1]). Der Kurfürst verpflichtet sich zur Stellung von 8000 Mann, von denen die Hälfte in Mailand verwendet werden darf, er will in der hannoverischen Kurfrage und in der Readmission der Krone Böhmen zum vollen Kurfürstenrechte den Wünschen des Kaisers entsprechen. Hingegen wird der Kaiser für die Kriegsdauer jährlich 150000 Reichstaler Subsidien geben.

Diese Allianz ging in ihren Verpflichtungen für Brandenburg nicht viel über das hinaus, was schon das zwanzigjährige, nochfortdauernde Bündnis von 1686 festgesetzt hatte. Es waren insofern geringe Opfer für den Kurfürsten, für den Kaiser aber erschien der Vorteil, Brandenburg-Preußen im bevorstehenden großen Kampfe an seine Sache gekettet zu haben, von hohem Wert. Daß dieser Gewinn alle Bedenken gegen die preußische Königswürde angesichts des Kampfes um das spanische Erbe überwog, ist verständlich und war richtig. Politische und menschliche Voraussicht hat ihre recht engen Grenzen.

Zwei Tage nach dem Abschlusse dieser Allianz, am 18. November, kam die erste Kunde vom Tod König Karls II. von Spanien nach Wien, am 25. November traf erst die offizielle Verständigung ein und zu gleicher Zeit die Nachricht aus Paris über die Proklamation des Herzogs von Anjou zum König von Spanien[2]). Gab dieser unerwartete

1) Der Vertrag bei Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 810. — Es entsprach der Sitte jener Zeit, wenn Harrach 20000, Kaunitz 30000 Taler Gratifikation von Friedrich III. erhielt. Pribram, S. 175 Anm. 1.

2) Pribram, a. a. O., S. 194 Anm. 1.



Schritt Ludwigs XIV. nicht vollkommen dem Kaiser recht, daß er jene Teilungstraktate von sich gewiesen hatte? Leopolds erstes war es, unmittelbar nach Empfang der Todesnachricht an den Präsidenten des Hofkriegsrates zu schreiben: „Nachdem nun der Casus vorhanden und ich nicht verantworten könnte, wann ich nicht mein Jus so als ich kann auszuführen und alle Mittel dazu anzuwenden suchen sollte, so wird es nun nicht bei dem bewenden können, daß man die in Italien destinierten Völker nach und nach bewege und auf die Grenze postiert werden sollen, sondern wohl so bald als immer möglich wirklich in Italien werden marschieren müssen[1])." Und in der Geheimen Konferenz am folgenden Tage erklärte der Kaiser, man müsse vor allem Italien zu behaupten suchen. Am 21. November wurde Prinz Eugen mit dem Oberkommando über die nach Italien zu sendende Armee von 30000 Mann betraut, am 23. November die Marschdispositionen getroffen und die Errichtung von großen Proviantmagazinen in Südtirol angeordnet.

Italien, vor allem Mailand muß behauptet werden, dieser Gedanke hatte schon seit der Veröffentlichung des zweiten Teilungsvertrages die kaiserliche Politik beherrscht und es waren seit Juni 1700 Beratungen gepflogen und Schritte eingeleitet worden, um bei den italienischen Staaten und an der Kurie für die Sache des Kaisers Stimmung zu machen, und sich namentlich Savoyens zu versichern, an welchem „das Hauptwerk zu liegen" schien[2]). Mailand, Italien blieb auch jetzt das nächste Operationsziel, aber die Gesamtlage war durch das Königtum Philipps V. nun doch unvermutet ganz anders, weit kritischer geworden. Bis zuletzt hatte man am Wiener Hofe an den Sieg der eigenen guten Sache geglaubt und jetzt stand man vor einer erschütternden Enttäuschung. Jetzt handelte es sich nicht mehr bloß um Mailand, sondern um die ganze spanische Monarchie. Ja auch nicht um diese allein, sondern um ihre enge Verbindung mit Frankreich, um die plötzlich riesengroß gewordene Gefahr des französischen „Universaldominates". Und da, wo es um sein und seines Hauses altes Recht, um die Weltstellung des Hauses Österreich und seiner Reiche ging, da kannte Kaiser Leopold nun kein Zögern. Die Wunden des langen, schweren Doppelkrieges

1) Schreiben vom 18. Nov. 1700, Feldzüge des Prinzen Eugen III, 406; daselbst S. 407 ff. für das Folgende.

2) Vgl. die Aktenstücke in Feldzüge des Prinzen Eugen III, 355 ff. 395 ff. Konferenzprotokoll und Konferenzvortrag vom 25. Okt. 1700 bei Gaedeke II, 199. 202 und Feldzüge III, 371. Konferenzprotokoll vom 19. Nov., Gaedeke, S. 203.



waren noch nicht vernarbt, die Finanzen in einem elenden Zustand, die Rüstungen trotz aller Konferenzen und Beschlüsse kaum begonnen, in Ungarn gärte es, nur wenige deutsche Fürsten und Stände hielten zum Kaiser, die italienischen Staaten waren unverläßlich — und dennoch zauderte Leopold nicht. Sein Vertrauen auf sein Recht und auf Go.., den Schützer des Rechtes, ließ ihn hinwegsehen über die Bedenken der gewöhnlichen Klugheit. Der fromm-ergebene Sinn, der so oft die Energie des Selberhandelns verkümmerte, gab dem Kaiser jetzt die Kraft des großen und unerschütterlichen Entschlusses. Gewiß, die Motive dieses Entschlusses lagen vor allem im Banne rein dynastischer Politik, aber der Kampf gegen die Übermacht Frankreichs war doch zugleich auch die notwendige Abwehr Deutschlands. Und nur dieser Entschluß zog die Seemächte nach und schuf die neue große Allianz und er trug den neuen Kampf gegen Frankreichs Hegemonie, die nun zu einer Europa überwältigenden zu werden drohte.

So rasch Kaiser Leopold sich zu Maßregeln entschlossen hatte, welche bereits ein kriegerisches Eingreifen in Italien vorbereiteten, so schnell handelte Ludwig XIV., um den italienisch-spanischen Besitz seinem Enkel zu sichern. Er verband sich am 6. April 1701 den Herzog Viktor Amadeus von Savoyen aufs neue durch ein Bündnis und einen Heiratsvertrag, wonach des Herzogs Tochter Luise Gabriele zur Gemahlin des jungen Philipp von Spanien bestimmt wurde. Gleichzeitig besetzten vorgeschobene französische Truppen das feste Mantua, das Herzog Karl, ein Wüstling ärgsten Schlages, in einem schmählichen Handel den Franzosen übergab. Im Mai sammelte sich das kaiserliche Heer im Etschtal von Bozen bis Roveredo unter dem Prinzen Eugen. Es beginnt nun tatsächlich der spanische Erbfolgkrieg, wenn auch formell dieser Feldzug des Jahres 1701 nur gegen Spanien zur Behauptung des Reichslehens Mailand geführt ward. Der Feldzug von 1701 möge daher erst im Zusammenhang mit der Darstellung des ganzen Krieges geschildert werden. Der eigentliche große Krieg begann, als die neue Koalition der Seemächte mit dem Kaiser geschlossen war, und es bedurfte noch neuer Provokationen Ludwigs XIV. und der ersten Siege des Prinzen Eugen, um nach langen Verhandlungen zum Abschluß der großen Allianz und von da zur förmlichen Kriegserklärung zu gelangen. Dies hat den natürlichen Abschluß unserer Darstellung zu bilden.

Am 27. November 1700 ergingen zwei Instruktionen. Die eine an den Grafen Sinzendorf nach Paris, die andere für den neuen Ge-



sandten nach London, Grafen Johann Wenzel Wratislaw [1]). Sinzendorf soll dem Staatssekretär Torcy erklären, daß den Kaiser das Vorgehen des Königs befremde, daß ihm sein Recht durch ein nichtiges Testament nicht entzogen werden könne und daß er es um so mehr aufrecht halte; denn es sei weltkundig, daß der verstorbene König von Spanien zur Zeit des Testamentes totkrank und seines Willens nicht mehr mächtig gewesen, während er bei gesundem Leib und Verstand zu wiederholten Malen ganz andere Versicherungen gegeben und seinen Willen nicht geändert haben würde, wenn er bei klaren Sinnen geblieben wäre. Immerhin soll „die Tür zu gütlichem Vergleich nicht geschlossen" sein. Daß man aber darauf kaum rechnete, zeigten die Instruktionen für Wratislaw: der Teilungsvertrag ward durch König Ludwig XIV. selbst gebrochen, von irgendeiner Teilung könnte nur die Rede sein, wenn alles andere zuerst bereinigt sei, das heißt, die Allianz und Waffenhilfe gegen die gewaltige Gefahr, die jetzt das Gleichgewicht Europas aufzuheben und eine französische Universalmonarchie zu begründen droht. Der Kaiser verlange gewiß keinen Krieg ohne Ende, aber nur der Erfolg der Waffen werde es gestatten, dann von den Bedingungen des Friedens zu reden, bei denen es dem Kaiser darauf ankomme, daß „nur einiges aequilibrium in Europa erhalten werden möge".

Die Antwort Torcys auf die Andeutungen Sinzendorfs war sehr deutlich: König Ludwig werde seinen Enkel im Besitze der ganzen spanischen Monarchie mit aller Macht verteidigen [2]). Und als Ludwig XIV. in einem Patente vom 31. Dezember 1700 dem König Philipp V. von Spanien alle Rechte seiner Geburt, somit die allfällige Nachfolge auch auf dem Throne Frankreichs wahrte und vorbehielt, da mißachtete er nicht bloß die ausdrückliche Bestimmung des spanischen Testamentes, das er vor anderthalb Monaten selber angenommen, sondern es war eine Tat rücksichtsloser Überhebung, die den Widerstand der anderen Großmächte herausforderte und rechtfertigte.

König Wilhelm hatte schon am 16. November an Heinsius geschrieben: ich bin durchaus überzeugt, daß wenn dies Testament ausgeführt würde, England und die Staaten in der äußersten Gefahr des

1) Feldzüge III, 377, Gaedeke II, Akten u. Urk., S. 93. Für Wratislaw wurden auf seine Anfragen noch weitere Instruktionen am 6. Dezember gegeben, Gaedeke, S. 97 f.

2) Klopp IX, 20.



Unterganges sich befinden [1]). Mit Empörung sah sich König Wilhelm von Ludwig XIV. schmählich betrogen, das ganze mühevolle Gewebe der Teilungsverträge zerrissen. Dem Oranier und ebenso wohl auch dem holländischen Ratspensionär war es klar, daß **jetzt** die spanische Frage nicht mehr anders lösbar sein werde als durch die Waffen, und daß hierzu die **Allianz der Seemächte mit dem Kaiser** die unbedingt notwendige Voraussetzung sei. Aber wenn der kaiserliche Hof dieses Mal überzeugt war, „daß an geschwinden Resolutionen alles gelegen, und was geschehen soll, bald und entschlossen ins Werk gesetzt werden muß" [2]), so waren die Verhältnisse weder in Holland noch in England zu so wichtigen, kriegerischen Entscheidungen reif. Die Amsterdamer Kaufherren übersahen zwar nicht die Gefährlichkeit der vereinten französisch-spanischen Macht für ihren Handel, aber der Gedanke eines neuen großen Krieges erschreckte sie, hatten sie doch Guthaben im Werte von Millionen in Spanien liegen. Um so mehr, als auch im englischen Parlament noch keinerlei Stimmung vorhanden war. Das Parlament hatte eben eine starke Reduktion des Heeres durchgesetzt, der zweite Teilungsvertrag, der den Franzosen Neapel-Sizilien gegeben hätte, wurde aufs schärfste kritisiert, ja die beteiligten Minister wurden in Anklagezustand versetzt und die Frage der Prärogative der Krone aufgerollt; mit der neuen Lösung der spanischen Erbfolge glaubte man sich beruhigen zu können, da ja der junge Philipp V. gewiß ein guter Spanier werden würde.

Daher hatte der kaiserliche Gesandte Graf Wratislaw einen schweren Stand. Sein Eifer, der leicht aufbrauste, prallte ab an des Königs festem und durch die Umstände gebotenen Willen, nur mit dem Parlamente, ja von demselben selbst gedrängt, eine neue Allianz zu schließen und in den Krieg einzutreten. Zwar versicherte der König immer aufs neue, er erkenne vollkommen die Gefahr für Europa, er wolle durchaus mit dem Kaiser gehen, dieser möge fest auf ihn vertrauen, aber ihm Zeit lassen; der Kaiser möge den Krieg in Italien oder am Oberrhein beginnen, er werde das Seine tun um England und Holland hineinzubringen [3]).

1) Klopp VIII, 627. Für das Folgende Klopp 9. Bd., Legrelle IV, 279 ff., Pribram, Österreichische Staatsverträge, England I, 210 ff., Srbik, Österreichische Staatsverträge, Niederlande I, 334 ff.

2) Zweite Instruktion an Wratislaw vom 6. Dez. 1700, Gaedeke, S. 98.

3) Klopp IX, 93 ff. 103 ff.

König Wilhelm operierte unter schwierigen Verhältnissen meisterhaft, aber der entscheidende Wandel der Stimmung in Holland und England wurde erst wesentlich beschleunigt durch das aufreizende Vorgehen Ludwigs XIV.

Seine Erklärung vom 31. Dezember 1700, die Verwendung französischer Truppen zum Schutze der spanischen Niederlande und Mailands, die im Einverständnis mit Max Emanuel am 5. und 6. Februar 1701 durchgeführte Besetzung jener belgischen Plätze, in denen als „Barriere" holländische Garnisonen lagen, die nun weichen mußten, dies alles waren Schritte, die zwar zunächst dazu führten, daß die Generalstaaten am 21. Februar 1701 Philipp V. als König von Spanien anerkannten, aber ihnen zugleich die Augen über die rücksichtslos aggressive Politik Frankreichs öffneten. In England war Ende Februar ein (vielleicht fingierter) Brief eines Jakobiten aufgetaucht, in dem es hieß, jetzt sei der Augenblick zur Wiederherstellung König Jakobs gekommen. Da beschloß das Parlament anfangs März, daß gerüstet, im Haag mit Frankreich verhandelt und für die Sicherheit der Niederlande gesorgt werden solle. Diese Konferenzen begannen im März, wurden aber im Juli abgebrochen, sie scheiterten an der schroffen Haltung Ludwigs XIV. Jetzt endlich stimmte König Wilhelm, der im Juli nach Holland kam, zu, daß ernstlich an die Allianz mit dem Kaiser herangetreten werde.

Die Verhandlungen, geführt von den kaiserlichen Gesandten Wratislaw und Goeß mit Marlborough und Heinsius, füllten noch den ganzen Juli und August. Wie es so oft ergeht, kamen jetzt, als die Entscheidung nahte, die vorhandenen Gegensätze und Schwierigkeiten erst recht zutage. Kaiser Leopold hatte früher stets den Standpunkt festgehalten, die Allianz mit den Seemächten von 1689 bestehe ja noch und bedürfe nur der Erneuerung — damals war dem Kaiser die Hilfe der Seemächte zur Erwerbung der ganzen spanischen Monarchie zugesichert worden. Die Seemächte selbst hatten aber durch die Teilungsverträge die alte Allianz illusorisch gemacht und von einer Rückkehr zu jener Grundlage konnte jetzt keine Rede mehr sein. Dies sah man am Wiener Hofe sehr gut ein und schon Ende Januar 1701 spricht die geheime Konferenz ihre Meinung aus, daß der Kaiser „auf dem toto nicht beharren werde", und etwa in einem Geheimartikel aussprechen könne, daß er „den Alliierten keine unmögliche Sache zumuten und sich kontentieren würde, wann nur einige Äqualität oder Proportion gehalten, mithin das



Äquilibrium nicht gar verloren ginge" [1]). Was nun dem Kaiser vor allem am Herzen lag, war das spanische Italien, besonders Mailand. Die Holländer aber erstrebten in erster Linie die Wiederherstellung und Sicherung ihrer Barriere, der spanischen Niederlande; diese in der Hand des Kaisers zu wissen, schien ihnen sehr vorteilhaft. In Wien sehnte man sich aber gar nicht so sehr nach Belgien, hielt dagegen Neapel und Sizilien und noch mehr Mailand für unbedingt notwendig, da sonst von diesen Gebieten aus die Bourbonen die kaiserlichen Erbländer zu Lande und in der Adria bedrohen könnten. Also ließ der Kaiser im März 1701 erklären, er sei zufrieden, wenn die Seemächte sich ihm zum Erwerb Belgiens und aller spanischen Gebiete in Italien verpflichten. Allein Heinsius und die Holländer kamen immer wieder auf Belgien und Mailand allein zurück, sie wollten durchaus als die Friedensfreunde gelten, die nur dann, wenn Ludwig XIV. auch die mäßigsten Forderungen abschlug, zum Kriege gezwungen werden wollten [2]). Auch im Juli hielten sie daran fest, bis Marlborough sich entschieden auf die kaiserliche Seite stellte und endlich im August das Kriegsziel Leopolds zugestanden ward. Der kühne Alpenübergang Prinz Eugens zu Ende Mai und sein erster Sieg über die Franzosen bei Carpi am 9. Juli 1701 übten schon eine beschleunigende Wirkung. Der zweite Sieg bei Chiari am 1. September hob die Position des Kaisers noch mehr und seine Wirkung gesellte sich zu den andern, zum allgemeinen Kriege treibenden Ursachen.

So kam es endlich zum Abschlusse. Der Kaiser mußte allerdings die spanischen Niederlande förmlich als Barriere der Generalstaaten anerkennen, er mußte zugeben, daß die Eroberungen in Westindien den Seemächten zufallen, ohne daß ein von ihm dringend gewünschter Beisatz über den Schutz der katholischen Religion in jenen Gebieten durchzusetzen war, er mußte ferner, wenn auch unausgesprochen, Philipp V. anerkennen, wogegen allerdings niemals die Union von Spanien und Frankreich stattfinden sollte. Noch in letzter Stunde häuften sich mancherlei Schwierigkeiten, aber die Lage drängte, so wurde denn die neue Allianz zwischen Österreich, Holland und England am 7. September 1701

1) Konferenzvortrag vom 28. Januar 1701 (nicht 1700). Feldzüge des Prinzen Eugen III, 339. Vgl. schon die oben S. 512 angeführte, eben dahin deutende Äußerung an Wratislaw vom 6. Dez. 1700.

2) Über die letzten Stadien der Verhandlung vgl. besonders Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 217 ff.

im Haag unterzeichnet und schon am 19. September vom Kaiser ratifiziert [1]).

Der Wortlaut der Allianzurkunde war nicht offensiv [2]). Allein wieder war es Ludwig XIV. selber, der seinen Gegnern die noch offen gehaltenen Verhandlungen unmöglich machte und ihnen das Schwert in die Hände zwang. Verschiedene den englischen Handel schädigende Maßregeln trafen schon empfindlich, allein weit mehr noch das Folgende [3]). Am 16. September 1701 starb in St. Germain König Jakob II. Da erklärte Ludwig XIV., daß er nun dessen dreizehnjährigen Sohn Jakob als König von England betrachte und anerkenne. Dies war mehr als eine Kriegserklärung, es war die schärfste und beleidigendste Negierung der englischen Staatsentwicklung seit 1688. Eine ungeheure Entrüstung entflammte England und die Niederlande, die im Allianzvertrage vorbehaltenen zwei Monate wurden hinfällig, die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen, das englische Parlament erklärte sich im Januar 1702 einmütig für den Krieg und verlangte einen Zusatzartikel zur Allianz, wonach kein Friede geschlossen werden dürfe, bevor König Wilhelm und England Genugtuung für die schwere Kränkung erhalten, die ihnen durch die Anerkennung des angeblichen Prinzen von Wales als König widerfuhr. Für Kaiser Leopold war die Annahme gerade der Bezeichnung „praetensus Walliae princeps“ höchst peinlich, da er eine ausdrückliche Verurteilung der Stuartschen Erbansprüche involvierte, aber das Parlament blieb hierin unnachgiebig und König Wilhelm sowohl wie Heinsius machten davon die Kriegserklärung abhängig. So gab der Kaiser nach [4]). Am 12. April 1702 wurde der Zusatzartikel unterzeichnet, am 18. April wurde die förmliche Kriegserklärung an Frankreich und Spanien beschlossen, die am 4./15. Mai gleichzeitig von allen drei Mächten ausgesprochen werden sollte. Dies geschah [5]). Der große Kampf nicht bloß

1) Der Vertrag gedruckt bei Pribram, Österr. Staatsverträge, England I, 226 und Srbik, Niederlande I, 343, hier S. 340 Anm. 6 und bei Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 118 die Akzessionen.

2) Ja, gemäß Artikel 3 sollten zwei Monate nach vollem Vertragsschlusse Frist gegeben bleiben, um womöglich noch auf friedlichem Wege Ludwig XIV. zu einer Genugtuung gegenüber dem Kaiser und einer Versicherung gegenüber den Seemächten zu bewegen.

3) Vgl. Noorden, Europ. Gesch. im 18. Jahrh. I, 172 ff., Pribram, a. a. O., 223 ff., Srbik, a. a. O., S. 341 ff.

4) Das Gutachten der Geheimen Konferenz von Anfang März und des Beichtvaters P. Menegatti bei Klopp IX, 459 und X, 30.

5) Vgl. Klopp X, 63 ff.



um die spanische Erbfolge, sondern noch einmal um die Vormacht oder um das Gleichgewicht in Europa begann.

König Wilhelm von England hatte diesen Augenblick nicht mehr erlebt, er war am 19. März 1702 gestorben. Ihm folgte auf dem Throne Großbritanniens seine Schwägerin Anna, die überlebende Tochter König Jakobs II. Aber die Erben von Wilhelms Geist und Zielen in der neuen großen Allianz waren Lord John Churchill, Graf von Marlborough, und Wilhelms treuester Vertrauter, der holländische Ratspensionär Anton Heinsius.

Im entscheidungsvollen November des Jahres 1700 war, wie wir sahen (S. 509), schon im unmittelbaren Hinblick auf die spanische Frage das Bündnis des Kaisers mit Friedrich von Brandenburg-Preußen geschlossen worden. In Nordwestdeutschland besaß der Kaiser einen unbedingten Anhänger im Kurfürsten Georg Ludwig von Hannover, und einen besonders eifrigen und aufrichtigen Freund in seinem Schwager Johann Wilhelm von Neuburg, Kurfürsten von der Pfalz. Schon seit Ende 1698 bestand ein enger Allianzvertrag mit ihm [1]), er hatte im Januar und Mai 1700 Defensivbündnisse mit Würzburg und Sachsen-Weimar geschlossen, die unter anderem bestimmen, „die spanische Sukzession dem um das werte Vaterland höchst meritierten Hause Östreich zu behaupten". Johann Wilhelm wies alle französischen Annäherungsversuche zurück, schloß vielmehr im Mai 1701 eine Allianz mit den Generalstaaten, durch die er seine jülich-bergischen Lande zu decken hoffte, und am 27. Juli einen ergänzenden Subsidienvertrag mit dem Kaiser. Am gleichen Tage hatte auch der Bischof von Würzburg ein Hilfskorps zugesagt [2]); auch Mainz, Trier und Hessen waren österreichisch-kaiserlich gesinnt.

Nicht so die beiden andern Wittelsbacher, Kurfürst Josef Clemens von Köln und Kurfürst Max Emanuel von Bayern [3]). Vergeblich sandte der Kaiser den Grafen Schlick nach Köln, schon am 13. Februar 1701 schloß Josef Clemens ein zehnjähriges Bündnis mit Ludwig XIV. Es geschah zu Brüssel unter dem Zuraten Max Emanuels, des Statthalters der spanischen Niederlande. Soeben hatte dieser, nun Statthalter des

1) Vgl. Hilsenbeck, Johann Wilhelm Kurfürst von der Pfalz von 1697—1701 (1905), S. 14 und für das Folgende S. 30 ff.

2) Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 117.

3) Vgl. hierfür die eingehende, treffliche Darstellung von Riezler, Gesch. Baierns VII, 467 ff.



neuen bourbonischen Königs von Spanien, französischen Truppen die Barrierefestungen und die wichtigsten Plätze des Landes geöffnet. Und im März und April kam eine „enge Allianz" Max Emanuels mit Frankreich zustande — Graf Schlick, der im März auch nach Brüssel gekommen, hatte auch hier keinen Erfolg. Die ehrgeizige Seele Max Emanuels lockten die von Ludwig XIV. in Aussicht gestellten Eroberungen auf Kosten Österreichs — während er von diesem nur ewige Rivalität und Absichten auf Bayern selbst zu gewärtigen meinte. Vergebens kam Schlick im Mai nach München, wohin der Kurfürst zurückgekehrt war, vergeblich bemühte sich auch König Wilhelm von England, Max Emanuel zu gewinnen —, weder der Kaiser noch Wilhelm konnte ihm den souveränen Besitz Belgiens oder Mailand oder Neapel zugestehen.

Max Emanuel, ebenso wie Ludwig XIV., hatte darauf gerechnet, daß der schwäbische und fränkische Reichskreis sich Bayern anschließen werde, er hoffte sie durch die Maske der Neutralität vom Kaiser abzuziehen [1]). Die beiden Kreise hatten schon im November 1700 ihre frühere Assoziation erneuert und die Aufstellung von Truppen zu ihrer Defension beschlossen, und im Juni, Juli und August 1701 schlossen sich der bayerische, oberrheinische und kurrheinische Kreis dieser zunächst rein defensiv und neutral gemeinten Assoziation an. Als solche hätte sie ein gewichtiges Hemmnis für die kaiserliche Kriegsführung am Rheine bedeutet. Allein eben jetzt vollzog sich ein starker Umschwung der öffentlichen Stimmung und Meinung in Deutschland. Der Abschluß der großen Allianz machte Eindruck, noch weit mehr aber das Einrücken der Franzosen aus dem von ihnen schon ganz besetzten Belgien in die Gebiete des Kurfürsten von Köln, der zugleich Bischof von Lüttich war. Im November 1701 besetzten sie Neuß, Kaiserswerth, Zons und Bonn, unter dem spaßhaften Namen von „burgundischen Kreistruppen"; in Lüttich nahmen sie ohne jedes Recht und Gericht den deutschgesinnten Domherrn Méan gefangen. Über 85000 Mann französisch-spanischer Truppen standen zu Ende 1701 in Belgien, im Lütticher und Kölner Gebiet [2]). Auch am Oberrhein waren neue französische Verstärkungen eingetroffen. Drohte nicht so die französische Übermacht ärger als je? Man erinnerte an das Schicksal Straßburgs und der Pfalz. Die Reichskreise erkannten, daß gerade Neutralität sie zwischen zwei Feuer bringen könnte. Die

1) Vgl. Riezler VII, 516 ff.

2) Vgl. hierfür Wetzer in Feldzüge des Prinzen Eugen III, 105 ff.



Bemühungen der kaiserlichen Abgesandten Grafen Schlick und Löwenstein fanden immer willigeres Gehör, gerne wurde der Beitritt des österreichischen Kreises angenommen und im März 1702 wurde eine neue Assoziation der „vorderen" Reichskreise, aber nun ohne den bayerischen, geschlossen [1]), und mit 44000 Mann dem Kaiser zur Verfügung gestellt. Den Oberbefehl übernahm Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, der schon seit Mai 1701 mit dem Kommando der kaiserlichen Truppen zur Deckung und Defensive des Reiches am Oberrhein betraut war [2]). In den nächsten Monaten traten alle diese Kreise der großen Allianz bei.

Am 20. März 1702 war Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, der aus Erbitterung und Eifersucht auf die so hoch gestiegene Linie von Hannover sich Frankreich in die Arme geworfen und zusammen mit dem Herzog von Gotha Truppen aufgestellt hatte, von seinen Vettern von Hannover und Celle überfallen und verjagt worden, die 12000 Mann wurden in kaiserlichen Dienst genommen [3]).

So hatte sich die Lage im Reiche entschieden zum Vorteil Österreichs gewendet. Indem auch Dänemark sich im Juni 1701 auf die Seite des Kaisers und der Seemächte stellte und August von Polen-Sachsen es für vorteilhafter fand, seine früheren Gelüste nach österreichischen Gebieten zurückzustellen und sich durch Anschluß an den Kaiser den Rücken zu decken in seinem wenig glücklichen Kriege gegen Karl XII. von Schweden [4]), waren ebenso wie Preußen, nun auch diese Mächte der großen Allianz dienstbar und der nordische Krieg für den bevorstehenden Erbfolgekrieg gewissermaßen neutralisiert.

Dagegen stand die Sache des Kaisers in Italien, auf das es ja vor allem andern ankam, zunächst minder gut. Allerdings hatte man von Wien aus schon seit Mitte 1700 durch Vertraute und Emissäre in Neapel und in Mailand für Österreich Stimmung zu machen, in Rom und Venedig durch die kaiserlichen Gesandten in diesem Sinne zu arbeiten begonnen, und noch durch König Karl den spanischen Gouverneuren

1) Dazu trat später noch der niederrheinisch-westfälische Kreis.

2) Es war zu Ende 1700 und in den ersten Monaten von 1701 davon die Rede gewesen, daß der junge römische König Josef das Kommando am Rhein erhalten solle. Josef wäre sehr gerne gegen „die Teufelsfranzosen" gegangen und sein Oheim Kurfürst Johann Wilhelm war Feuer und Flamme für den Plan. Hilsenbeck, a. a. O., S. 34 ff.

3) Vgl. Wetzer, Feldzüge des Prinzen Eugen III, 37 ff.

4) Verträge vom 4. Juni 1701 und 16. Januar 1702, Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 117. 119.



Weisungen bezüglich der Aufnahme kaiserlicher Truppen zukommen lassen wollen [1]). Allein nach dem Tode Karls II. stellten sich Prinz Karl Vaudemont, Statthalter von Mailand, und der Vizekönig Medina Celi in Neapel sofort und ganz auf den Standpunkt des Testamentes und sahen nun in Philipp V. ihren König. Der neue Papst Clemens XI. (seit 23. November 1700) wollte zunächst eine unparteiische Haltung einnehmen, erteilte weder Philipp V. noch dem Kaiser die Belehnung mit Neapel-Sizilien, erbot sich zum Vermittler zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV., aber im Grunde neigte er, der frühere Kardinal Albani, der ja im Juli 1700 einer der Ratgeber für die Antwort Papst Innocenz XII. an Karl von Spanien gewesen, immer stärker zu Frankreich. Die Kurie wie die ganze Welt fand sich eben jetzt plötzlich vor der Tatsache, daß die beiden großen katholischen Mächte, Spanien und Frankreich, früher die bittersten Feinde, nun auf einmal vereint unter dem Willen eines mächtigen, bewunderten und gefürchteten Herrschers standen.

Die aufregenden Ereignisse dieser letzten Jahre wurden begleitet von dem vielstimmigen Chorus der öffentlichen Meinung, von einer Publizistik, die zum Teile unmittelbar im Dienste der einen oder andern Regierung schrieb [2]). Betonten französisch-spanische Flugschriften einer-, holländisch-englische anderseits mit weitreichendem Interesse und Blick die Gesichtspunkte des Handels, die Herrschaft zur See, die Bedeutung der Kolonien, so waren kaiserlich-österreichische und deutsche Schriften beeifert, die Richtigkeit des letzten Testamentes Karls II., das unbezweifelbare Recht des Kaisers und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den drohenden französischen Universaldominat auseinanderzusetzen. Im August 1701 erschien die Hauptschrift dieser Art: „Östreichs Recht auf die spanische Monarchie, Jus Austriacum in monarchiam Hispanicam assertum", mehr eine gründliche, mit den wichtigsten Dokumenten ausgestattete Deduktion, als eine gewandte, schlagfertige und zündende Vertretung des österreichischen Standpunktes.

1) Konferenzvorträge vom 16. und 28. Juni 1700. Feldzüge des Prinzen Eugen III, 355. 360. Die Befehle an Vaudemont in Mailand waren wirklich ergangen, ebenda S. 132. 133. Vgl. für das Folgende Landau, Rom, Wien, Neapel während des spanischen Erbfolgekrieges, S. 45 ff. 61 ff. — In Rom war seit Februar 1700 Graf Lamberg Gesandter, in Venedig Graf Berka, nach Mailand wurde Graf Castelbarco geschickt.

2) Vgl. Ringhoffer, Die Flugschriften-Literatur zu Beginn des spanischen Erbfolgekrieges (1881); für das Folgende bes. S. 68 ff.



Mit dem Jahre 1702 beginnt der große Kampf auf allen Kriegsschauplätzen, nun treten endlich auch die Verbündeten des Kaisers in Aktion. Es beginnt der letzte, größte Kampf gegen Ludwigs XIV. und Frankreichs Hegemonie. Es ist für das Haus Österreich ein Kampf um das spanische Erbe, um die alte Weltstellung der Habsburger. Für die Seemächte ein Kampf, wie sie sagten, um das europäische Gleichgewicht, sie, oder eigentlich England, streiten aber bald schon um mehr: um die zukunftsreichen Kolonien und um die Herrschaft auf den Meeren. Der spanische Erbfolgekrieg, ein wahrer Weltkrieg, begründet den eigentlichen Beginn des britischen Kolonial- und Weltreiches. Für Österreich aber wird er, nachdem sich Spanien für immer von seinen Geschicken löst, der Beginn der rein mitteleuropäischen Großmacht.

Drittes Kapitel

Ungarn seit 1684 und der Türkenkrieg von 1689 bis 1699

Die Kriegsjahre seit 1683 hatten Ungarn zum größeren Teile von der Türkenherrschaft befreit. Aber dieser glänzende Erfolg konnte nicht ohne Opfer errungen werden. Der Krieg hatte dem alten kaiserlichen Ungarn gleichwie den neu zurückgewonnenen Gebieten des Königreiches schwere Lasten auferlegt und schweren Schaden gebracht [1]). Im Jahre 1683 waren die westungarischen Gegenden südlich und nördlich der Donau von den Tataren und dem großen Türkenheere greulich verwüstet worden. Die Scharen Thökölys hatten im Preßburger Komitate gehaust, die Stadt Tyrnau war in Flammen aufgegangen. Dann verschob sich der Kriegsschauplatz mit den Erfolgen der kaiserlichen Waffen in den nächsten Jahren die Donau abwärts, die Gegenden um Ofen waren 1684 und 1686 der Mittelpunkt der Kämpfe, dann wurde auch das Land bis zur Drau und zwischen Donau und Theiß vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen. Oberungarn aber seufzte zuerst noch unter den Kämpfen gegen Thököly und hatte dazu gleichwie Westungarn Winter für Winter die Lasten der Einquartierung von Truppen zu tragen. Diese Last war schwer. An Geld und Lebensmitteln betrug sie im Winter von 1683 auf 1684 für das kaiserliche Ungarn 8 Millionen Gulden, im Winter von 1684 auf 1685 hatten die Komitate Ödenburg und Eisenburg allein 720000 Gulden zu entrichten. Seit 1686 wurden auf die Klage des Palatins und die Intervention des Nuntius Buonvisi zwar nur mehr 4 Millionen auf Ungarn gelegt [2]), aber auch diese Kosten waren zweifellos für das verwüstete und ausgesogene Land drückend genug. Bei den Einquartierungen ging es nicht ohne Gewalttätigkeiten und Erpressungen ab, die Soldaten selber

1) Für das Folgende vgl. Feßler-Klein IV, 413f., Acsády, S. 454ff.
2) Vgl. Fraknói, Papst Innocenz XI. und die Befreiung Ungarns, S. 178.



aber litten gar oft, ohne Sold, von den erbitterten Einwohnern gehaßt und im Stiche gelassen, in Kälte, Hunger und Krankheiten bittere Not [1]).

Der Krieg brachte es ferner mit sich, daß die Gebiete um die isolierten türkischen Festungen planmäßig verwüstet wurden, um sie von aller Zufuhr abzuschneiden, auszuhungern und so ohne eigentliche Belagerung zur Übergabe zu nötigen. So geschah es im Sommer 1686 bei Erlau, die Bewohner der umliegenden Dörfer mußten mit Hab und Gut fort und in der Zips oder anderswo sich ansiedeln. Im nächsten Jahre ward in ähnlicher Weise die Gegend zwischen Körös und Maros entvölkert, um die Festung Gyula zu bezwingen. Aber viel ärger war natürlich die Verwüstung und Verarmung, die durch die immer sich wiederholenden Truppendurchzüge von Freund und Feind, durch die notgedrungenen, aber oft auch übermäßigen und gewalttätigen Requisitionen von Geld, Vieh, Getreide und allem anderen Lebensbedarf herbeigeführt wurde. Landschaften an den Durchzugslinien wie das Raaber Komitat litten ganz besonders, das Land zwischen Donau und Theiß, ohnedies nur dünn bevölkert, wurde stellenweise zu einer förmlichen Einöde. In den nordöstlichen Komitaten Ung und Marmaros flüchteten die Einwohner 1684 und 1685 vor den gefürchteten fremden, deutschen Truppen und ihrer Einquartierung und diese Gegenden, stets schon Schlupfwinkel von allerhand Volk [2]), wurden jetzt von ruthenischen, polnischen und moldauischen Räuberbanden überschwemmt. Mißernten und Hunger wie 1685 verschärften die Not. Schon zu Anfang des Jahres 1685 hatte der Palatin Graf Esterházy schwere Klage bei Kaiser Leopold vorgebracht: Ungarn verfalle in den Zustand eines Urwaldes, einer unbewohnten Einöde, wo nur wilde Tiere hausen; er möchte nicht, daß der Himmel die Verwünschungen des bedrückten Volkes höre. Es sei wie eine Strafe Gottes für die Leiden Ungarns, daß Ofen nicht erobert werden konnte und daß ein Erbe des Hauses Habsburg durch den Tod hinweggerafft wurde [3]).

1) So hatten z. B. im Jahre 1685 die in Oberungarn stehenden Truppen monatelang keinen Sold erhalten, so daß sie sich weigerten, weiter zu dienen. Auf Bitte K. Leopolds stellte Nuntius Buonvisi 20000 fl. als päpstliches Hilfsgeld zur Verfügung. Fraknói, S. 142 Anm. 1. Den bayerischen Hilfstruppen ging es mehrmals in den Winterquartieren elend, vgl. Riezler VII, 279. 293. 300. 309.

2) Vgl. die Erzählungen im Ungar. Simplicissimus (ed. 1854), S. 94 ff.

3) Fraknói, S. 178. Die letzte Anspielung bezieht sich auf den am 3. August 1684 erfolgten Tod des zweijährigen Erzherzogs Leopold. Auch weiterhin beschwerte sich der Palatin noch öfters, namentlich über die Erpressungen der Soldaten, in heftigster Weise, so daß ihn Nuntius Buonvisi zur Mäßigung mahnte (1687 Febr. 9). Fraknói, S. 243.

Die kaiserliche Regierung verschloß sich keineswegs diesen üblen Begleitumständen des jahrelangen Krieges. Im Sommer 1687 äußert sich der Kaiser selbst: Ungarn ist so ruiniert, daß es unmöglich für die ganze Armee Winterquartiere bieten könnte [1]). Die Regierung bemühte sich sehr bald, die Verwaltung in den neugewonnenen (den sogenannten neoacquistischen) Gebieten zu organisieren. Bereits von Juni bis August 1684 beriet eine eigens eingesetzte Konferenz der obersten Staatswürdenträger über diese ganz neu aufgetauchten Fragen [2]). Als Grundsatz wurde ausgesprochen, daß die neuerworbenen und noch zu erwerbenden Gebiete de jure belli in kaiserliche Gewalt gelangen und daher zunächst nicht den ungarischen Behörden, sondern unmittelbar der Hofkammer zu unterstellen sind. Man wollte baldigst eine geordnete Finanzverwaltung schaffen, um aus diesen Neuerwerbungen womöglich Einnahmen und einen Beitrag zu den übergroßen Kriegskosten zu erzielen. Und man sah sehr gut ein, daß durch die Exzesse der eigenen Truppen nur eine Minderung der Leistungsfähigkeit des Landes verursacht werde. Es wird auf die gute Disziplin bei den Türken hingewiesen und nachdrücklich gefordert, daß die Generale und Offiziere mit eiserner Strenge und unnachsichtlich die Manneszucht aufrecht zu erhalten haben.

Es ist nun in den nächsten Jahren trotz des fortdauernden Krieges manches geschehen. In Ofen, Kaschau und Csakathurn wurden Kameralinspektionen eingerichtet, deren Beamte mit der Einhebung der Steuern und Gefälle, mit Wald-, Brücken- und Straßenwesen, mit den Aufgaben der Wiederbevölkerung, aber auch mit der Gerichtsbarkeit in Zivilsachen betraut waren; die Dorf- und grundherrlichen Richter und die etwa bestehende Komitatsverwaltung sollten dadurch nicht berührt werden. Ofen wurde langsam wiederhergestellt, neu bevölkert und mit Privilegien begabt, an anderen Orten wurden Märkte eingerichtet, das Postwesen von Gran bis Esseg organisiert, der Ackerbau und überhaupt das wirtschaftliche Leben zu fördern gesucht. Es wurde in kurzer Zeit Verdienstliches geleistet. Allein das Provisorische des ganzen Zustandes machte sich besonders darin sehr hemmend bemerkbar, daß es fortwährende Konflikte der Kameralverwaltung mit den Militärkommandanten gab. Als seit

1) K. Leopold an Marco d'Aviano, Corrispondenza, S. 145.

2) Vgl. Newald, Beiträge zur Gesch. der Belagerung von Wien i. J. 1683, 2. Teil, S. 137 ff., ferner auch für das Folgende Theodor Mayer, Verwaltungsreform in Ungarn nach der Türkenzeit (1911), S. 15 ff.



1687 der größte Teil des früheren türkischen Ungarn kaiserlich geworden war und auch der Preßburger Reichstag auf eine definitive Ordnung drang, mußte diese ernstlich in Angriff genommen werden. Mitte 1688 wurde vom Kaiser eine Kommission eingesetzt, die das Einrichtungswerk Ungarns beraten sollte. Auf ihre Tätigkeit kommen wir später zurück.

Die Ungarn waren nie sehr geneigt, Verdienste der „Fremdherrschaft" anzuerkennen. Aber jetzt wurde ihnen dies allerdings noch erschwert — ganz abgesehen vom ewigen Kriegslärm mit all seinen üblen Folgen — durch beklagenswerte Mißgriffe und blutige Härte eines hohen kaiserlichen Generals, des Grafen Antonio Caraffa, Kommandanten in Oberungarn [1]).

Die Sache Thökölys schien seit dem gewaltigen Umschwung der Dinge so gut wie verloren, offene Parteigänger waren kaum mehr vorhanden, aber immerhin weilte Thököly, von den Türken wieder zu Gnaden angenommen, zu Großwardein, seine treue Gemahlin hielt immer noch die Feste Munkács. Im oberungarischen Adel mochte wohl noch manche Sympathie für Thököly fortleben und sie konnte in Land und Stadt nur genährt werden durch die wiedereinsetzende katholische Restauration. Zu Beginn des Jahres 1687 waren in kaiserlichem Auftrag die calvinischen Kirchen in Eperjes, Leutschau, Käsmark und Bartfeld den Katholiken übergeben und den Protestanten Plätze außerhalb der Stadtmauern für Kirchen bestimmt worden, in Eperjes zogen die Jesuiten wieder in ihr verlassenes Kollegium ein, um natürlich sofort mit ihrer gewohnten Missionstätigkeit zu beginnen. Diese Dinge trugen sicherlich zu einer gewissen Erregung gerade in den bürgerlich-protestantischen Kreisen bei. Angesehene Bürger von Eperjes sammelten Beiträge zur Errichtung von Bethäusern, und es dürften Boten und Briefe zwischen Eperjes, Thököly und Munkács hin und her gegangen sein. Eine Marketenderin wurde aufgefangen, sie sagte, angeblich bestochen, alles mögliche aus — Denunzianten wie Ladislaus Szentiványi bestärkten den Argwohn. Und nun

1) Darstellungen des Eperjeser Blutgerichtes aus damaligen ungarisch-protestantischen Kreisen finden sich abgedruckt im Magazin f. Geschichte, Statistik und Staatsrecht der österr. Monarchie, 2. Bd. (Göttingen 1808). Im Sinne Caraffas vgl. Vico, De gestis Ant. Caraphaei, 2. Bd., danach Wagner, Hist. Leopoldi II, 2 f. Sodann Katona, Hist. crit. Hungariae XXXV, 339 ff., Feßler-Klein IV, 433 ff., Acsády, S. 461 ff. Eine unbefangene Beurteilung bei Krones, Handb. der Gesch. Österreichs III, 665 ff.



wuchs in dem heißblütigen Neapolitaner Caraffa der Verdacht riesengroß empor. Ohnedies galten ja in seinen Kreisen allzuleicht alle ungarischen Protestanten als Rebellen. Überall sah und witterte er Verrat, Verschwörung und Verbrechen. Caraffa berichtete an den Kaiser, er sei einer großen, weitverzweigten und schon lange wühlenden Verschwörung auf der Spur, die auch an den Türken ihre Stütze habe; nur daraus erkläre sich die Hartnäckigkeit des Widerstandes Thökölys und der Seinen; er könne gar nicht alles schreiben, genug, es handle sich um nichts geringeres, als Anschläge auf das Leben des Kaisers, Vernichtung seiner Herrschaft und des christlichen Glaubens; man müsse mit den allerschärfsten Mitteln vorgehen. Der Kaiser ordnete die Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtes in Eperjes an, das nach den ungarischen Gesetzen urteilen sollte. Im Februar 1687 begann dies Gericht unter dem Vorsitz Caraffas seine Tätigkeit, es begannen die Verhaftungen einer Reihe hervorragender Bürger, die peinlichen Verhöre, im Laufe des März, April und Mai endeten 17 Opfer auf dem Schafott, einer war auf der Folter gestorben, einer, Simon Feldmayer, der tapfere Hauptmann Thökölys in Eperjes im Jahre 1685, der sich dann aber in kaiserlichen Diensten 1686 vor Ofen auszeichnete, beging Selbstmord. Wie so oft, führten die grausam erpreßten Geständnisse zu immer weiteren Verhaftungen und zogen bald erschreckende Kreise. Denn auch Männer wie die katholischen Grafen Stephan Csáky und Ladislaus Károlyi, der Oberstlandrichter Nikolaus Draskovicz, ja der Palatin Esterházy und der Hofkriegsratspräsident Hermann von Baden wurden geheimen Einverständnisses mit Thököly beschuldigt. Niemand mehr konnte sich sicher fühlen, viele entflohen auf polnisches Gebiet. Endlich wandte sich der Palatin klagend an den Kaiser und forderte Aufhebung des Schreckensgerichtes und Untersuchung gegen Caraffa; auch die im August 1687 an den Hof berufenen ungarischen Magnaten forderten dringend die Einstellung des Hochverratsverfahrens. Man mußte auch bei Hofe einsehen, daß Caraffas Argwohn und blinder Übereifer ins Maßlose, ja Gefährliche gestiegen sei [1]). Eine Remedur dieser traurigen Ereignisse, soweit eine solche noch möglich, war unbedingt notwendig, sie wurde am 21. August den ungarischen Magnaten in Wien

1) Bezeichnend ist eine Äußerung des Markgrafen Ludwig von Baden in einem Brief vom 29. Juni 1687: man könne Oberungarn nicht ohne Truppen lassen in einem Zeitpunkt, ou par le cruel traitement qu'on lui a fait, tout le monde incline plus que jamais a revoltes. Röder, Feldzüge des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden II, 19.



zugesagt. Der Name Caraffa aber wurde zu einem ingrimmigen Fluchwort der Ungarn.

Eine Beruhigung der durch diese Vorgänge tief erregten Gemüter lag auch im dringendsten Interesse jener Absichten des kaiserlichen Hofes, welche die Waffenerfolge inzwischen gereift hatten. Jetzt schien die Zeit gekommen, alte Ziele wiederaufzunehmen. Schon im Jahre 1655, bei der Wahl und Krönung des jungen Leopold zum König von Ungarn waren Fühler ausgestreckt worden, ob nicht die Erblichkeit der Thronfolge erreichbar wäre. Damals argumentierte man, die zusammengeschmolzenen Reste des nichttürkischen Ungarn werden stets gezwungen sein, einen Habsburger als König zu wählen, so erkenne man denn lieber freiwillig die Erblichkeit der Krone an. Jetzt war Ungarn zum größten Teile von den Türken befreit und unter habsburgischer Herrschaft. Die Dynastie hatte sich um das Land zweifellos hohe Verdienste erworben, aber sie stand nun auch ganz anders machtgebietend da, und ihre Verknüpfung mit Ungarn erschien ideell und politisch für die Zukunft unlösbar. Diese Einsicht oder dies Gefühl durchdrang denn auch die ungarischen Stände. Das Aufgeben eines bloß formellen Rechtes konnte ihnen und Ungarn nicht schaden, wenn nur die sonstigen Garantien des ungarisch-ständischen Staates gesichert blieben. In diesem Vorbehalt lag freilich der Keim eines kommenden schwersten Konfliktes. Denn der Geist der Zeit und ihrer modernen Staatslehre, so denn auch die Meinung des Kaiserhofes und seiner Staatsmänner betrachtete die erbliche Fürstengewalt doch nur als die selbstverständliche Voraussetzung und Mitgift der absoluten Fürstengewalt [1]). Diese Folgerungen zu ziehen, war man prinzipiell zweifellos entschlossen. Im Sinne dieser Anschauungen erschien besonders jenes avitische Widerstandsrecht der Goldenen Bulle Andreas II. als „göttlichem und menschlichem Recht widersprechend“, als „ungereimt“, als die Quelle all der inneren Wirren und daher unbedingt zu beseitigen. Da es aber galt vor allem die Erblichkeit der ungarischen Krone zu sichern, sollten vorderhand Zusammenstöße möglichst vermieden werden.

Im April 1687 berief Kaiser Leopold eine Kommission der obersten Hof- und Staatswürdenträger, um die Krönung seines Erstgeborenen

1) Auch P. Marco d'Aviano, der einflußreiche Berater K. Leopolds, lebte ganz in diesen Vorstellungen. Am 3. Oktober 1685 schrieb er dem Kaiser, dieser möge sich nicht verleiten lassen, mit den Türken Frieden zu schließen, perchè vedo, che Dio la (Euere Majestät) vuole coronare re assoluto di tutta l'Ongaria. Corrispond., S. 93.



Erzherzog Josefs zum König von Ungarn zu beraten und vorzubereiten [1]). Schon die Hauptfrage, die der Kaiser formulierte, zeigt deutlich die Absichten: ob die Krönung auf einem Landtag und durch die von den Ungarn so genannte Election, oder ob sie iure regio et propria authoritate vorzunehmen sei. Bei den Beratungen der nächsten Monate und auch weiterhin sind der böhmische Kanzler Graf Franz Ulrich Kinsky und der österreichische Hofkanzler Graf Stratmann die eigentlich leitenden Köpfe. Kinsky ist der überzeugte Absolutist, der Ungarn am liebsten nach böhmischem Muster eine „verneuerte Landesordnung" oktroyiert hätte, Stratmann, grundsätzlich nicht anders gesinnt, aber geschmeidiger und in den Formen gefälliger. Kinsky beherrscht die ganzen staatsrechtlichen Fragen gründlich und ist der ungarischen Interpretationskunst vollauf gewachsen, wichtigste Stellen in der Fassung der Krönungsartikel sind sein Werk. Interessant ist, wie von Kinsky das Naturrecht des Hugo Grotius angerufen wird, um das volle Verfügungsrecht des Kaisers über die neueroberten Gebiete Ungarns zu begründen.

Man wurde sich bei Hofe bald darüber klar, daß man doch nur auf dem gesetzmäßigen Wege eines Reichstages vorgehen könne. Um diesen vorzubereiten, wurde eine Anzahl ungarischer Magnaten nach Wien berufen, denen Stratmann am 12. August die Absichten des Kaisers eröffnete. Am 22. August erging die Einberufung des Reichstages nach Preßburg auf den 18. Oktober, im September ward die heilige Krone, die 1683 nach Wien gerettet worden, feierlich nach Preßburg zurückgebracht. Der glänzende Sieg über die Türken am Berge Harsan (12. August), die erfolgreiche Besetzung Siebenbürgens, die Karl von Lothringen im Oktober begann, verstärkten das Gewicht der kaiserlichen Wünsche und schufen auf dem Reichstag eine günstigere Stimmung. Der Palatin Nikolaus Esterházy bewährte sich, wie er sich selbst bezeichnete, als Vermittler zwischen König und Ständen. Als am 30. Oktober Leopold mit seiner Gemahlin und mit dem jungen Erzherzog Josef in Preßburg eintraf, hatte der Reichstag schon am 26. Oktober eine Initiativdeklaration beschlossen, auf die nun der Kaiser am 31. Oktober mit einer königlichen Botschaft antwortete.

Schon die ungewöhnliche Form der Eröffnung, noch mehr aber der Inhalt dieser Akte [2]) zeugte von dem Erfolg der bisherigen Vorverhand-

1) Für das Folgende vgl. die auf Grund reichen archivalischen Materials gearbeitete, eingehende Darstellung von Turba, Die Grundlagen der pragmatischen Sanktion I, 9 ff., mit den Nachträgen, S. 197 ff. und Beilagen, S. 205 ff.

2) Gedruckt bei Turba I, 205 ff.



lungen. Die Deklaration der Stände erklärt, daß sie gemäß der durch die Vorfahren eingegangenen Verpflichtungen nunmehr den männlichen Erstgeborenen des Kaisers und Königs Leopold als Erbkönig haben und krönen wollen, der vor seiner Inauguration die Wahrung der Rechte und Freiheiten Ungarns beschwören solle; daß sie ferner den Artikel 31 des Gesetzes König Andreas II. von 1222 dahin interpretieren, es sei niemals erlaubt gewesen und sei fürderhin nicht erlaubt und es würde als Majestätsverbrechen geahndet, gegen den König Widerstand zu üben. Die königliche Botschaft aber berief sich auf den Gesetzartikel V von 1547, wonach sich die Stände dem König Ferdinand I. und seinen Erben für alle Zeiten untergeben haben, und stellt den Erzherzog Josef als Erbfürsten zur Krönung vor. Sie erklärt, Leopold könnte dem Königreich, das er durch seine Mühe, Gefahr und Kosten von Türken und Rebellen befreit habe, mit vollem Rechte neue Gesetze geben und könnte das durch seine siegreichen Waffen Eroberte sich und seinen Erben wahren und nach Gutdünken regieren. Aber er will die alten Freiheiten Ungarns aufrechterhalten, er will, daß dies auch der neue König durch einen Krönungseid bekräftige, der wie jener Ferdinands I. lauten soll, jedoch bezüglich des Schädlichen, Zweifelhaften und geradezu Undurchführbaren noch vereinbart werden wird, und er will, daß das Rückeroberte dem Königreiche einverleibt werde. Aber all dies unter der Voraussetzung, daß vor allem der Artikel 31 des Dekretes Andreas II. von 1222 korrigiert werde, und daß das Primogenitur-Erbfolgerecht des Hauses Österreich, das durch feierliche Verträge erworben, am Beginne des Jahrhunderts durch böswillige, unberechtigte Interpretationen unterbrochen worden sei, nun durch ausdrückliche Deklaration der Stände anerkannt und im Inauguraldiplom aufgenommen werde. Die Gravamina sollen die Stände binnen längstens 14 Tagen vorlegen, auch die Inauguralartikel müssen auf jeden Fall binnen 14 Tagen überreicht, das übrige kann an eine Kommission oder an den nächsten Reichstag gewiesen werden.

Die Sätze dieser Botschaft spiegeln die bedeutsame Stärkung der königlichen Stellung wieder und der Verlauf des Reichstages erwies die überzeugende Macht des Erfolges. Zwar fehlte es anfangs keineswegs an Widerständen und Schwierigkeiten. Als am 3. November von einem Ausschuß der Ständetafel die Landesbeschwerden beraten wurden, kam es über die blutigen Vorgänge in Eperjes zu sehr erregten Äußerungen, der Beschluß, die Aufhebung des Gerichtes zu verlangen, wird am 4. November von der Magnatentafel angenommen und am nächsten Tage dem

König überreicht. Man wünscht Erledigung der Gravamina vor der Krönung und will von der Zuweisung an eine Kommission oder einen künftigen Reichstag nichts wissen. Man ist nicht ohne weiteres geneigt, so ganz auf die Wahl des Königs, ja selbst auf das Wort Wahl zu verzichten. Unter den Magnaten machte sich der Oberstlandrichter Graf Nikolaus Draskovich durch oppositionelle Haltung dem Hofe unliebsam bemerkbar; als er am 10. November auf dem Gang zur Messe vom Schlage gerührt tot zusammenbrach, sah man darin eine Strafe des Himmels und der Fall machte Eindruck [1]). Wichtiger aber war die volle Besetzung Siebenbürgens und der Blasendorfer Vertrag vom 27. Oktober, sowie die Nachrichten über die schweren inneren Unruhen in der Türkei. Alles stritt für den Kaiser. Die Prälaten stimmten von Anfang an für die Wünsche des Hofes, der Palatin war eifrig bemüht Gegensätze auszugleichen, der Vorsitzende der unteren Tafel, der Personal Stephan Orban, leitete die Verhandlungen im Sinne der Regierung. Die Annahme der wichtigsten Propositionen war gesichert, als um den 10. November auf Erinnerung des spanischen Gesandten die Einbeziehung des spanisch-habsburgischen Mannesstammes in die ungarische Thronfolge zur Sprache kam. Dieser Wunsch entsprach dem Hausgesetz von 1617 über die wechselseitige Beerbung der deutschen und spanischen Linie des Hauses Österreich. Man gewann die Zustimmung der Stände besonders durch den Hinweis auf die Millionen, die der König von Spanien für den Türkenkrieg schon beigesteuert habe und noch beisteuern wolle.

Der Entwurf der Thronfolgeartikel, die der Reichstag am 21. November beschloß [2]), entsprach denn auch im allgemeinen der königlichen Botschaft. Doch hatten die Stände versucht, wenigstens gewisse althergebrachte Auffassungen zu retten: Erbrecht und Primogeniturerbfolge erscheint als etwas Neues, von den Ständen aus Dankbarkeit für die großen Verdienste der Dynastie um die Befreiung Ungarns angenommen; sie wählen und nehmen den neuen König an (eligunt et acceptant); sie interpretieren den Gesetzartikel 31 von 1222 dahin, daß nicht der einzelne, wohl aber die Gesamtheit das Widerstandsrecht besessen habe,

1) Vgl. die Berichte des spanischen und des venetianischen Gesandten, Turba I, 202. 222.

2) Turba I, 254 ff. gibt eine lehrreiche Nebeneinanderstellung dieser Artikel mit den ständischen Fassungen vom 29. Nov. 1687 und 19. und 21. Jänner 1688, den kaiserlichen Änderungen vom 4. Dez. 1687 und 22. bis 24. Jan. 1688 und dem schließlichen Gesetzestext.



auf das sie nun allerdings verzichten. Allein Kinsky und Stratmann rieten dem Kaiser dringend [1]), fest auf seinem Standpunkte zu beharren, er sei ja „Meister im Land“ und müsse die Gelegenheit ausnützen, um die Möglichkeit erneuerter innerer Wirren abzuschneiden, wenn man auch durchaus glimpflich vorgehen wolle. Daher müsse das Erbfolgerecht „als eine von alters her stabilierte Sache erklärt und bestätigt werden“ und was die Stände „declarando“ zum Artikel 31 beibringen, ist zu streichen. Die eigentliche Meinung der leitenden Staatsmänner gelangt aber zu bedeutungsvollem Ausdruck, wenn sie schwere Bedenken dagegen erheben, daß die Landesprivilegien, auch wenn jener Artikel 31 korrigiert ist, im übrigen vorbehaltlos bestätigt werden: denn in den Artikeln aus den Zeiten Rudolfs II. und Mathias' finde sich die Anschauung, daß alle Rechte, die einem Monarchen gebühren, nicht ausschließlich auf der Person des Königs beruhen, sondern kumulativ zwischen König und Ständen geteilt seien, womit weder eine ruhige monarchische Herrschaft, noch ein dauerndes Verständnis zwischen Herren und Untertanen vereinbar sei. Aus diesen Worten leuchtet der ganze Gegensatz monarchisch-absoluter Staatsauffassung gegenüber dem dualistischen Ständestaat und dem „Kondominat“ der Stände. Daher schlagen Kinsky und Stratmann vor, der neue König solle schwören, dasjenige zu halten, worüber man sich vergleichen werde [2]). Diese Klausel gewähre die Möglichkeit, dann die leges regni zu revidieren, zu korrigieren und das Präjudizierliche zu verbessern, wozu den Ständen freigestellt werden möge, jetzt schon Verordnete zu bestellen oder das Werk auf einem künftigen Reichstag zu beraten. Es war ganz folgerichtig, wenn namentlich Kinsky immer wieder darauf drang, daß in den Entwürfen für das Krönungsdiplom und für die Gesetzesartikel bis auf das letzte Wort alles vermieden werde, was als Ausfluß jener ständischen Staatsauffassung angesehen werden konnte: die Stände haben nicht zu entscheiden (decernere), sondern nur zu erklären (declarare); es darf nicht die Rede sein von Bedingungen (conditiones) für den neuen König, sondern nur von Artikeln; aus dem vielberufenen Artikel 31 von 1222 soll nicht bloß das Widerstandsrecht (jus resistendi), sondern auch das Widerspruchsrecht (jus contradicendi) verschwinden.

1) Die interessanten Gutachten vom 23. und 30. November und 8. Dezember. Turba I, 225. 231. 239.

2) Dieser Vorschlag war schon im August vom Reichsvizekanzler Grafen Königsegg gemacht worden. Turba I, 13.



Kaiser Leopold teilte durchaus die Anschauungen seiner Staatsmänner. Ihm erschien namentlich die Sicherung der Kronrechte über die neugewonnenen Gebiete eine Hauptsache[1]). Auch er wollte die Gunst der Stunde ausnützen, um nun Ungarn neu „einzurichten", aber es lag ihm sehr am Herzen, daß dies „doch mit Glimpf" geschehe und daß der Reichstag nicht mit offenem Mißvergnügen der Ungarn ende[2]). Er war daher gerne geneigt, ihnen „in Dingen, die zu keinem Präjudiz gereichen", entgegenzukommen[3]). So machte man denn betreffs der Aufhebung des Eperjeser Gerichtes und der Erneuerung der Religionsartikel des Ödenburger Reichstages von 1681 keine Schwierigkeiten; aber in den eigenen Forderungen blieb man unerschütterlich fest und daher erfolgreich.

Am 30. November setzte Leopold für die Krönung Erzherzog Josefs den 9. Dezember an, der auch der Krönungstag seiner Gemahlin (1681) gewesen[4]). Die Stände hatten am 29. November einen Entwurf des Krönungsdiploms übergeben, der sich der königlichen Botschaft beträchtlich näherte, aber noch immer nicht jenen wichtigen Vorbehalt im Krönungseid enthielt und auch sonst noch nicht ganz den Wünschen des Hofes entsprach. Es folgten nun eilige Konferenzen. Und als am 4. Dezember vom Reichstag der Hauptteil der Gravamina vorgelegt wurde, entschloß man sich, darauf in einer königlichen Resolution zu antworten, die als endgültige Willensmeinung Leopolds Eid und Krönungsartikel in der vom Hofe geforderten Fassung feststellte. Dieses „Dekret" wurde am 6. Dezember verfaßt, sein Inhalt und Wortlaut wurde dem Palatin, den meisten Magnaten, dem Personal Stephan Orban und anderen teils gesagt, teils vorgelesen, es erhob sich zunächst kein Widerspruch. Aber am 7. Dezember abends legten die Stände dem Kaiser einen Entwurf für das Krönungsdiplom vor, der die verlangten Klauseln nicht enthielt, ja noch am frühen Morgen des Krönungstages sandten sie dem Kaiser eine andere Eidesformel zu. Inzwischen war das Dekret vom 6. Dezember ausgefertigt und am 8. Dezember um 4 Uhr nachmittags dem Palatin offiziell zugestellt worden.

1) Vgl. seine Resolution vom 8. Dezember, Turba I, 244.

2) Vgl. Turba I, 44.

3) Leopold an P. Marco d'Aviano 1. Jan. 1688, Corrisp., S. 154.

4) Die offizielle Verkündung des Krönungstages erfolgte am 2. Dezember. Vgl. Turba I, 52 ff. Das Dekret vom 6. Dez. bei Turba, S. 237.



Ohne Rücksicht auf diese Vorgänge fand am 9. Dezember 1687 die Krönung Josefs in der altgewohnten feierlichen Weise statt[1]). Der fünfundneunzigjährige Georg Széchényi, Erzbischof von Gran, setzte dem jungen König die heilige Krone auf das Haupt. Josef schwor den Krönungseid in der festgestellten Form, er schwor, alle Freiheiten, Rechte, guten und approbierten Gewohnheiten, so, wie man über ihren Sinn und ihre Anwendung mit des Königs und gemeinsamer Zustimmung der Stände auf einem Reichstage übereinkommen werde, zu halten; er schwor, das Dekret des Königs Andreas, ausgenommen dessen Artikel 31, zu beobachten.

Allerdings war das Krönungsdiplom noch nicht ausgefolgt. Hatten die Stände nicht gewagt, einen Aufschub der Krönung zu verlangen oder herbeizuführen, so konnten sie hoffen, doch im Diplom noch ihre Wünsche durchzusetzen[2]). Am 9. Januar 1688 erhoben sie in einer Art von Replik Beschwerde über zu späte Mitteilung des Dekrets vom 6. Dezember, der Eidesformel und der Krönungsartikel und über die darin vorkommenden Änderungen gegenüber den Beschlüssen der Stände vom 7. Dezember; sie verlangten neuerdings die Zusage der vollen Einverleibung der neugewonnenen Teile Ungarns und des soeben besetzten Siebenbürgen in das Königreich. Aber der Kaiser wollte nun rasch zu einem endlichen Abschluß kommen; um so mehr, als man nicht gesonnen war, in irgendeinem wesentlichen Punkte von dem bisher festgehaltenen Standpunkte abzugehen. Nach einer Resolution des Kaisers vom 13. Januar 1688 (ausgefolgt am 16.) und einer nochmaligen Vorstellung der Stände vom 19. Januar befahl an diesem Tage der Kaiser die Ausfolgung des Krönungsdiploms König Josefs, das auf den 8. Dezember 1687 zurückdatiert wurde[3]). Die vom Reichstag beschlossenen Gesetzartikel wurden von Leopold am 25. Januar 1688 sanktioniert[4]).

1) Um Bedenken wegen der Minderjährigkeit Josefs — er war neun Jahre alt — zu begegnen, wurde er am 25. Nov. vom Kardinal Buonvisi gefirmt, und am 26. Nov. zum Ritter des Goldenen Vließes geschlagen, worauf er als solcher den Eid ablegte. Dadurch erschien er auch zur Ablegung des Krönungseides befähigt. Vgl. Turba I, 78 ff. — Zu den Kosten der Krönung stellte Kardinal Kolonitsch, Bischof von Raab, 50000 fl. zur Verfügung. Theod. Mayer, Ungar. Verwaltungsreform nach der Türkenzeit, S. 40.

2) Für das Folgende vgl. Turba I, 61 ff. 69 ff. 82 ff.

3) Der Text, mit Vergleichung der ständischen Vorschläge vom 7. Dez. 1687, bei Turba I, 245 ff., mit vollständigem Faksimile.

4) Corp. juris Hungarici, Millenniumsausgabe, Bd. 1657—1740, S. 326 ff.

Dynastie und Königtum hatten auf diesem Preßburger Reichstage einen wichtigen Erfolg errungen. Bisher war Ungarn ein Wahlreich gewesen, wenn auch das Wahlrecht der Stände seit 1547 auf einen Sprossen aus der Nachkommenschaft Ferdinands I. beschränkt war. Jetzt aber war die männliche Primogenitur-Erbfolge das gesetzlich festgestellte Thronfolgerecht (Art. 2), das auch der spanischen Linie des Hauses Österreich zuerkannt wird (Art. 3). Nur wenn einmal kein männlicher Nachkomme, weder der österreichischen noch der spanischen Linie, mehr vorhanden wäre, hat das alte Herkommen der Wahl des Königs wieder in Kraft zu treten (Art. 3)[1]. So war nun Ungarn ein Erbreich der Habsburger. Damit erschien die Grundlage gewonnen, auf daß das Königtum eine stärkere Regierungsgewalt in Ungarn, vor allem in den rückeroberten Gebieten aufrichten konnte. Einen ersten Schritt hierzu bedeutete die Beseitigung des Widerstandsrechtes der Stände (Art. 4). Einen zweiten Schritt tat das Königtum mit der Klausel im Krönungseide, wonach der Herrscher schwört, die Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten zu halten, so, wie man über deren Sinn und Anwendung mit königlicher und gemeinsamer Zustimmung der Stände auf einem Reichstage übereinkommen werde. Meinte man hierbei zunächst das, was in ungarischen Gesetzen „zweifelhaft, schädlich oder geradezu undurchführbar sei"[2], so gewährte diese Bestimmung zweifellos überhaupt den Anhaltspunkt zu einer gesetzmäßigen Revision der Verfassung und zu einer Reform der Justiz und Verwaltung. Und es ist nicht minder zweifellos, daß solche Reformen im Sinne der Zeit auf eine absolute fürstliche Gewalt und eine Schwächung der ständischen Prärogative, des ständischen „Kondominates", abzielen sollten. Immerhin sah man sich genötigt, zunächst den verfassungsmäßigen Weg nicht zu verlassen.

Neuestens wurde die Meinung ausgesprochen, diese Revisionsklausel habe eine noch viel weiterreichende Bedeutung besessen[3]. Die Klausel

1) Für diesen Fall sollte, nach dem Sinne des Hofes, die Möglichkeit der Wahl einer Erzherzogin, also weibliche Thronfolge nicht ausgeschlossen sein, daher die Betonung der avita et vetus approbata consuetudo, wobei an Maria, die Tochter Ludwigs d. Gr., und Elisabeth, die Tochter Sigmunds, gedacht wurde. Vgl. Turba I, 44 ff.

2) Turba I, 47.

3) Turba I, 47 ff. 69 ff., bes. 72. R. Zehntbauer, Gesamtstaat, Dualismus und Pragmatische Sanktion (1914), S. 39 ff. schließt sich Turba zwar ausdrücklich an, scheint aber doch nicht die zu weitgehenden Folgerungen Turbas zu teilen, die er gar nicht erwähnt. Gegen diese hauptsächlich richtete sich die Polemik des Grafen Julius Andrássy in der Ungar. Rundschau (1912) I, 284 ff.



habe besagt, „daß nur diejenigen Privilegien gültig bleiben mußten, die überhaupt angewendet wurden und soweit sie angewendet wurden“, der junge König Josef brauchte sich durch seinen Eid in seinem Gewissen nur so weit für gebunden zu halten, „als es überhaupt gelingen werde, zu einer Vereinbarung zu gelangen“. Und da die Klausel sich auf alle Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten usw. bezog, so war damit der ganze Rechtszustand des Landes für den König gewissermaßen suspendiert bis zu einer künftigen Vereinbarung. Indem übrigens vierzehn von den siebzehn Bedingungen der „Wahlkapitulation“ Leopolds von 1655 (inartikuliert 1659) nicht mehr im Krönungsdiplom und Krönungseid Josefs aufgenommen wurden, habe der ungarische Reichstag selber freiwillig darauf verzichtet, Leopold selbst habe sich nicht mehr an sie gebunden erachtet und Josef sei natürlich von all diesen Verpflichtungen frei gewesen.

Diese Theorien vermengen Absichten und Meinungen, wie sie ja in der Tat Kaiser Leopold und seinen Staatsmännern vorgeschwebt haben, mit den wirklichen Errungenschaften, über deren Grenzen man sich bei Hofe doch ganz klar war. Wie man soeben das Königswahlrecht und das Widerstandsrecht der Stände verfassungsmäßig beseitigt hatte, so sollten in Zukunft auch andere ständische Prärogativen zugunsten der königlichen Macht zurückgedrängt werden. Die maßgebenden Männer waren, wie wir wissen, durchdrungen von der Überzeugung, daß der König das volle Recht besitze, die zurückeroberten Gebiete Ungarns nach seinem Belieben zu regieren und einzurichten — man hatte daraus ja auch dem Reichstage gegenüber kein Hehl gemacht —, und da diese „Neoacquisita“ den größeren Teil des ganzen Königreiches ausmachen, müsse die weitere Politik dahinzielen, daß auch der übrige, kleinere Teil Ungarns sich einem strafferen Regiment anbequeme. Es dürfe da nichts übereilt und nichts Präjudizierliches versprochen werden, aber dann werde „der vorsichtige Gebrauch der acquisitorum“ das einzige Mittel sein, um die Ungarn in ihrer Schuldigkeit und im Zaum zu halten[1]). Im Sinne dieser Vorsicht und dieser Endziele lag es, den jungen König nur im allgemeinen die Rechte und Freiheiten der Stände beschwören zu lassen und die Revisionsklausel einzufügen. Aber keinem Menschen konnte es einfallen und fiel es ein, daß nun damit für den König der gesamte Rechtszustand suspendiert sein könnte oder sollte. Indem der König

1) Gutachten Kinskys und Stratmanns vom 10. Dez. 1687, Turba, S. 239 ff. 241.



schwor, alle Stände bei ihren Rechten zu bewahren, beschwor er, alle verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetze zu halten, und von einer Suspendierung oder Unverbindlichkeit inartikulierter Gesetze für den König konnte rechtlich keine Rede sein. Und die Klausel, „wie man über Sinn und Anwendung verfassungsmäßig übereinkommen wird", sieht eine gesetzliche Interpretation und Revision von Rechten usw. vor, besagt aber keineswegs, daß bis zum Zeitpunkt der Interpretation das Recht außer Kraft trete. Gegen eine solche Revision konnte an sich auch vom Standpunkt der ungarischen Verfassung nichts eingewendet werden, und ist von den Ständen weder damals in Preßburg noch später jemals etwas eingewendet worden [1]). Die ungarischen Könige haben seitdem den Krönungseid in der Fassung von 1687 geschworen. Hierin liegt zugleich der beste Beweis, daß jene weitgehende Deutung der Revisionsklausel unhaltbar ist.

Nicht in der Klausel als solcher lag Bedeutungsvolles, wohl aber kam es auf die Art, den Inhalt des Übereinkommens über Sinn und Anwendung von Rechten und Freiheiten an. Denn der Inhalt wird gerade bei Angelegenheiten, in denen es sich um das Verhältnis zwischen königlicher und ständischer Macht handelt, von der politischen Lage, von Stärke oder Schwäche der einen oder der andern Gewalt abhängen. Das Gleichgewicht zwischen Fürst und Ständen war im alten Ständestaat überhaupt immer nur eine theoretische Forderung, in Wirklichkeit immer labil. War das absolutistische Experiment nach 1671 mißglückt und hatten 1681 die ungarischen Stände wieder ihre alten Positionen zurückgewonnen, so brachten die Siege der kaiserlichen Waffen seit 1683 und die Rückeroberung Ungarns eine entschiedene Wendung zugunsten der landesfürstlichen Macht. Soeben hatte sie in Preßburg einen ersten Erfolg errungen, auf ganz verfassungsmäßigem Wege, aber doch nur

1) Die Stände sprachen 1687/88 allerdings die schwere Besorgnis aus, es könnten althergebrachte Rechte auf solche Weise einmal aufgehoben werden (Turba, S. 50) und sie haben sich dann 1715 und 1741 bezüglich bestimmter ihnen wichtiger Rechte die gesetzliche Sicherung verschafft, daß sie nicht in eine Revision einbezogen werden dürfen (Integrität des Königreiches, Regierung nicht nach Art der österreichischen Erbländer, Steuerfreiheit des Adels). Aber darin liegt eine Bestätigung unserer Ansicht. Rákóczy allerdings hat dann behauptet, der König wolle sich durch die Klausel außerhalb der Gesetze stellen. Vgl. dazu Graf Andrássy, S. 286. — Während des Preßburger Reichstags erschien eine offiziöse Erläuterung und Verteidigung der königlichen Propositionen: „Das durch österreichische Klemenz wiederum verquickte Königreich Ungarn' usw., durch sonderbare Anmerkungen über die Diätal-Propositionen de d. 31. Okt. 1687 verfasset von J. N." Vgl. Andrássy, S. 293.



dank des Druckes der beherrschenden politisch-militärischen Stellung, da der Kaiser „Meister im Lande“. Auf diesem Wege wollte man vorwärtsschreiten. Die tatsächlich fast absolute Gewalt, die man über die neuerworbenen Gebiete derzeit in Händen hatte, sollte der Ausgangspunkt zur dauernden Festlegung der „jura majestatis“ einer wirklich monarchischen und starken Regierung in ganz Ungarn werden.

Man schritt sofort an das Werk. Nachdem der Kaiser schon im Oktober 1687 Konferenzen angeordnet hatte, die aber zu keinem Ergebnis führten, bestellte er am 10. Juni 1688 eine besondere Kommission zur „Einrichtung des Königreichs Ungarn“[1]). Sie bestand aus dem Obersthofmeister Fürsten Ferdinand Dietrichstein als Vorsitzendem, den Vorständen und einigen Räten der kaiserlichen Hofstellen[2]) und dem Kardinal Grafen Kolonitsch. Ungarische Würdenträger wurden als Mitglieder nicht beigezogen, doch sollten der Palatin, der Vizepalatin, der Personal, der Erzbischof von Gran, aber auch der Generalkriegskommissär Caraffa zu Gutachten über das „Einrichtungswerk“ aufgefordert werden. Die Kommission trat am 15. Juli zusammen. Am 29. Juli bestellte der Kaiser aus ihr eine Subkommission, die „das große und weitläufige“ Werk durchberaten sollte; ihr Vorsitzender und leitender Geist war Kardinal Kolonitsch[3]). Diese Subkommission hat nun im Laufe der nächsten Monate in nicht weniger als 80 Sitzungen eingehende Beratungen gepflogen. Die Ergebnisse wurden im Sommer 1689 in einem umfangreichen Operate niedergelegt, das der Hofkriegsrat Franz Josef von Krapf unter dem Titel „Hauptrelation über die Ein-

1) Über dieses ganze „Einrichtungswerk“ besitzen wir jetzt die Arbeit von Theodor Mayer, Verwaltungsreform in Ungarn nach der Türkenzeit (1911), auf die ich für das Folgende im allgemeinen verweise. Schon Bidermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I, 120ff. wies nachdrücklich auf das Einrichtungswerk hin, Maurer, Card. Kollonitsch (1887) widmete diesem Gegenstande ein ganzes Kapitel, S. 258—324.

2) Es waren der österreichische Hofkanzler Stratmann, der böhmische Kanzler Kinsky der Hofkammerpräsident Graf Orsini von Rosenberg, der Hofkriegsratspräsident Graf Rüdiger von Starhemberg, der Vizepräsident der Hofkammer Graf Seifried Breuner, die Vizekanzler Graf Buccleni und Graf Karl Maximilian Thurn, der Hofkriegsratsdirektor Freiherr von Dorsch, Hofkriegsrat Franz Josef von Krapf und der ungarische Hofrat Johann Georg Hoffmann.

3) Kolonitsch, in Komorn geboren, war von 1668—1670 Bischof von Neutra, 1670—1685 Bischof von Wiener-Neustadt, 1672—1684 ungarischer Kammerpräsident, seit 1685 Bischof von Raab, 1686 Kardinal, dann am 20. August 1689 zum Erzbischof von Kalocsa erhoben. Vgl. über Kolonitsch das stoffreiche Buch von Maurer.



richtung des Königreichs Hungarn“ verfaßte und das kurz als „Einrichtungswerk“ bezeichnet wurde. Aus diesem Werke wurde ein „Kompendium“, ein kürzerer Auszug hergestellt, dem die Voten der Hauptkommission zu den einzelnen Teilen beigefügt wurden, und das so zur Vorlage für den Kaiser bestimmt war [1]). Die Vorschläge des Einrichtungswerkes sind niemals in ihrer Gesamtheit zur Verwirklichung gelangt, aber viele einzelne wurden durchgeführt oder wurden von Einfluß, und das ganze Werk ist so bedeutsam und so charakteristisch für die Absichten und den Geist der Wiener Regierungskreise, daß es notwendig ist, einen kurzen Begriff und eine Würdigung zu geben [2]).

Das der Subkommission gestellte Arbeitsprogramm umfaßte außer dem eigentlichen Einrichtungswerke der „Neoacquisten“, wozu auch die Frage der Restitution der Güter an frühere geistliche und weltliche Besitzer gehörte, die Reform der ungarischen Hofkanzlei und des Justizwesens, gewisse Fragen kirchlicher Organisation und bestimmte Religionssachen, Militär- und Finanzwesen. Umfassende Aufgaben von größter Wichtigkeit.

Eine Neuorganisation der ungarischen Hofkanzlei war unbedingt notwendig, dies hatten auf dem Preßburger Reichstag die Stände selber betont. Schon die ungemeine territoriale Vergrößerung ihres Wirkungskreises bedingte eine Ausgestaltung. Die Subkommission beantragte die Bestellung eines eigenen Hofkanzlers, die Vermehrung der Räte und des Personals. Kanzler und zwei Räte sollen dem geistlichen Stande angehören. Die Hauptkommission beseitigt diese beengende Beschränkung, regt eine Trennung der Justiz von der Verwaltung an und verlangt, daß dem politischen Kollegium der Hofkanzlei dann auch Vertreter des Hofkriegsrates und der Hofkammer beigezogen werden müßten. An Stelle der zahlreichen, in ihren Kompetenzen unklar abgegrenzten Gerichte sollen drei Gerichtshöfe in Kaschau, Ofen (zunächst in Preßburg) und Agram eingerichtet werden als Appellationsinstanzen für die niederen Gerichte, nämlich die Magistrate in den Städten, die Komitate für den Adel, die Patrimonialgerichte für die Herrschaftsuntertanen. Oberste Revisionsstelle aber ist der Hof. Hand in Hand damit sollte aber eine durchgreifende Revision des in Ungarn geltenden Rechtes gehen, sowohl in bezug auf

1) Dieses Kompendium ist bei Mayer als Anhang vollständig veröffentlicht. Über die Handschriften des Kompendium und der Hauptrelation vgl. Mayer, S. 94 f. Ich benutzte die Hauptrelation im Kod. 308 des Wiener Staatsarchivs.

2) Für das Folgende vgl. Mayer, S. 43 ff. 87 ff.



viele einander widersprechenden Gesetzartikel, als auch betreffs des Jus tripartitum Werböczys. Namentlich die Einführung eines ordentlichen Strafgesetzes sei notwendig, hierzu könnte die niederösterreichische Landgerichtsordnung als zweckmäßiges Vorbild dienen[1]). Die „allzu großen exceptiones nobilium“, wie daß kein Untertan seinen Herrn verklagen kann und Ähnliches sind abzuschaffen. Hierbei soll, so fügte die Hauptkommission hinzu, „besonders auf die jura majestatica et regia wie auch jurisdictiones wohl reflectieret .., jedoch die leges patriae soviel möglich salvieret und die gegenwärtigen Einrichtungen dahin adaptieret werden“.

Schon hier zeigen sich charakteristische Züge: ehrliches Bestreben nach Besserung zweifelloser Übelstände, moderne Gedanken wie Trennung von Justiz und Verwaltung, einheitliche Ordnung im Gerichtswesen, Rechtseinheit, Gleichheit aller vor dem Rechte — all das aber anzubahnen auf dem Wege stärkerer Zentralisation sowohl innerhalb Ungarns als auch durch Verknüpfung mit den Zentralstellen bei Hofe. Doch ist wohl zu bemerken: an die Komitatsverfassung, den Hort des ungarischen Adels, also, im Sinne der ungarischen Staatsidee, der Nation, wird nicht gerührt.

Der zweite Abschnitt über das Ekklesiastikum erweist sich im Votum der Subkommission beherrscht vom Geiste ihres Vorsitzenden. Kolonitsch war ein für die katholische Kirche und Religion eifervoll besorgter, unermüdlich wirkender Oberhirt, oft mehr eifrig als klug, unduldsam gegen alle Andersgläubigen, ihnen gegenüber nicht bloß hart, sondern auch ungerecht. Es werden die kirchlichen Mißstände in Ungarn geschildert, das Aufhören der Diözesansynoden, die Unfähigkeit mancher Bischöfe und sehr vieler Pfarrer und Priester, die üble Wirtschaft, die Mißachtung der Metropolitangewalt, die groben Mängel im Religionsunterricht. Es werden regelmäßige Synoden und Visitationen in Vorschlag gebracht, ordentliche Dotierung des Klerus, Errichtung je einer Pfarre für durchschnittlich 300 Häuser, Bestellung von Lehrern, Förderung der Priesterseminare, dagegen allfällige Einschränkung der Überzahl von Klöstern. In der für Ungarn so wichtigen Protestantenfrage aber nimmt Kolonitsch einen gegenüber den Beschwerden der Evangelischen ganz ablehnenden Standpunkt ein. Von „dem schädlichen Unrat der Juden“ soll das

1) Kardinal Kolonitsch hatte 1687 durch den Jesuiten Franz Voglmayr die niederösterreichische Landgerichtsordnung von 1656 lateinisch herausgeben lassen. Bidermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I, 44. 122, Maurer, Kollonitsch, S. 513.



Königreich möglichst gereinigt, in den neuen Acquisten keine aufgenommen, die übrigen nach und nach abgeschafft werden. Die Hauptdeputation aber, die im übrigen nur erinnert, daß die Synoden mit königlicher Genehmigung und in Gegenwart eines königlichen Kommissärs abgehalten werden sollen — bezeichnend für die absolutistische Tendenz auch gegenüber der Kirche — beschäftigt sich eingehend mit der Religionssache und betont, „daß diese Materia gar delicate zu traktieren und mit moderierter Discretion die Resolutiones darüber zu fassen". Demgemäß stellt sie sich ganz korrekt auf die Grundlage der Artikel 25 und 26 des Ödenburger Reichstages von 1681, erkennt daher das Recht der Grundherren an über die Religionsübung ihrer Untertanen zu bestimmen, obwohl nach ihrer eigenen Anschauung das Religionswesen als öffentlichrechtlich und Reservatrecht des Fürsten zu betrachten, daher den privaten Grundherren nicht einzuräumen sei. Die Deputation kritisiert das Vorgehen der Exekutionskommission und empfiehlt ihr „sich alles Glimpfs zu gebrauchen", in dubiis sich bei Hof anzufragen und den Parteien den Rekurs dahin nicht zu benehmen. Das engherzig gegenreformatorische Programm Kolonitschs weitet sich bei der staatsmännisch reiferen Hauptkommission zu einer loyalen, den endlichen und ehrlichen Religionsfrieden anstrebenden Politik.

Das „Militare" [1]) bringt Vorschläge zu Abhilfe der durch den langen Krieg hervorgerufenen schweren Schäden. Die Bedrängnisse des Landes durch die ewigen Truppendurchzüge mit ihren Ausschreitungen, Übergriffen und Erpressungen von seiten der Soldaten und Offiziere waren notorisch. Die Kommission verlangt ein Zusammengehen der Kriegskommissäre mit den Kommissären der Komitate, rechtzeitige Festlegung und Bekanntgabe der Marschrouten, Verteilung der Quartiere und der Proviant- und Futterportionen nicht durch die Kriegskommissäre, sondern durch die Quartierstände selbst, Zusage des Schadenersatzes, endlich und vor allem scharfe Disziplin und, um diese zu erhalten, ordentliche, regelmäßige Bezahlung der Truppen. Weitere Vorschläge betreffen die notwendige Bestimmung der neuen Militärgrenze, die Abschaffung der bisherigen Miliz und Aufstellung eines stehenden Heeres von 24000 Mann, halb Deutsche, halb Ungarn, die „auf deutsche Kriegsart" ausgebildet werden sollen, was zweifellos möglich, da „die Ungarn nicht weniger

1) Im Einr.-Werk der 4. Abschnitt, wir fassen dann die enger zusammengehörigen Abschnitte 3, Politicum, und 5, Camerale, zusammen.



beherzte, starke und zum Krieg allenthalben taugliche Leute sind". Auch die Errichtung einer Donauflottille wird angeregt, die ja auch der Sicherheit des Handels dienen wird.

Die Abschnitte „Politicum" und „Camerale", d. h. politische und Finanzverwaltung, sind die wichtigsten und interessantesten. Die Wiederbevölkerung des namentlich in den neuerworbenen Teilen vielfach verödeten Landes ist eine erste Sorge, nur so kann das Land wieder in Aufnahme kommen und kann dann auch ertragsfähig und für den Staat nutzbar werden — populationistische und kameralistische Ziele hingen enge zusammen. Hierzu bedurfte man fremder Kolonisten; um sie heranzuziehen, werden ihnen steuer- und robotfreie Jahre und volle persönliche Freiheit in Aussicht gestellt, Nation und Religion der Ansiedler soll keinen Unterschied machen, doch sind im allgemeinen Deutsche aus den Erblanden zu bevorzugen, „damit das Königreich oder wenigist ein großer Teil dessen nach und nach germanisieret werde, das Hungarländische zu Revolutionen und Unruhen geneigte Geblüt mit dem Teutschen temperieret und mithin zu beständiger Treu und Lieb ihres natürlichen Erbkönigs aufgerichtet werden möchte". Das war eine jener Stellen im „Einrichtungswerk", die den Ingrimm der Ungarn reizten, und sie über dem Vorwurf der verhaßten Germanisierungs- und absolutistischen Tendenzen alles Heilsame und Treffliche übersehen ließen.

Denn des Guten, Vernünftigen und Weitblickenden enthalten gerade diese Abschnitte gar viel. So eine Reihe von Vorschlägen zur Hebung von bürgerlichem Gewerbe und Handel in den Städten, Einführung höherer Industrien, Einschränkung der vielen hemmenden Wassermauten, Organisierung der Rückfrachten, Beschränkung der Ausfuhr der für die Industrie nötigen Produkte. Sodann wird die Schaffung eines öffentlichen Grundbuches zur Sicherung des Bodenkredits angeregt, die Ordnung des Münzwesens und die Einführung gleichen Maßes und Gewichtes verlangt. Die Städte sollten allgemein von den Komitaten eximiert werden, damit sie nicht „von der Nobilität gänzlich unterdrückt und nicht besser als eingemauerte Bauern gehalten werden". Die Sanitätspflege, die Errichtung von Lazaretten und Siechenhäusern wird empfohlen, aber auch die Errichtung einer oder zweier Universitäten in Ofen und Kaschau, sowie von Akademien und Fakultäten zur Hebung der Studien und Bildung angeregt.

Alle diese Vorschläge zeigen einen weiteren, unbefangeneren sozialpolitischen Blick. So auch die Vorschläge zur Hebung des Bauernstandes.

Allerdings soll der Bauer drei Tage in der Woche der Herrschaft Robotdienste leisten, aber mit dieser festen Begrenzung soll der Willkür der Herren gesteuert werden. Die Kolonisten aber sollen überhaupt frei und freizügig sein, jeder kann sein Gut verkaufen oder verlassen. Der Bauer soll gut gestellt werden, damit er seiner Heimat anhänglich bleibe, er soll vor Zwangsversetzungen geschützt sein. Dies sind weit vorgeschrittene Ansichten und sie bleiben als solche bedeutsam, auch wenn im Hintergrunde finanzielle Gesichtspunkte mitspielten und die Frage gar nicht berührt wird, wie denn der Schutz der Bauern praktisch durchgeführt werden könne.

Naturgemäß treten dagegen im letzten Abschnitt über das „Camerale" die finanzpolitischen Absichten in erste Linie [1]). Was sollte vor allem mit den weiten Ländereien der rückgewonnenen Gebiete geschehen? Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kaiser nicht verpflichtet sei die Güter an die früheren Besitzer, das heißt die Besitzer vor der Türkenzeit, zurückzugeben, daß er es aber aus Gnade tun wolle, so ferne die Bewerber ihr Anrecht nachweisen; bei geistlichen Besitzern könne man beim Mangel eines Besitztitels mit Rücksicht auf die Seelsorge sich billig vergleichen. Man mußte wohl einen derartigen Mittelweg einschlagen, denn an staatliche Bewirtschaftung der ungeheueren Bodenflächen war nicht zu denken, der Nachweis des Besitztitels ließ sich, so schwierig er oft zu erbringen war, kaum umgehen, wollte man nicht aller möglichen Willkür freien Lauf lassen, wie denn z. B. die Grafen Zichy schon große Gebiete zwischen Komorn und Ofen ohne weiters besetzt hatten. Daß aber auch so unzählige Streitigkeiten entstehen mußten, war nicht zu vermeiden. Die übrigbleibenden Güter sollten geschätzt und verkauft werden, und zwar zusammen mit all ihren grundherrlichen Rechten, auch der Gerichtsbarkeit, ausgenommen bezeichnenderweise bei Gütern in Städten und Festungen.

Nun aber das finanziell wichtigste, die Steuerfrage. Bisher war als ständische Kontribution in Kriegszeiten die Portensteuer bewilligt und eingehoben worden. Als eine Porte rechnete man vier Bauernhöfe mit je 32 Joch Grund und 4 bis 6 Stück Vieh. Gesetzlich betrug die Kontribution einer Porte 4 Gulden. Aber in den Kriegsjahren war im Drange der Not diese Steuer schon 1682 bis auf 42 Gulden für die

1) Für das Camerale fehlt das Votum der Hauptkommission. Das Camerale ist im Einr.-Werk sehr ausführlich behandelt, es nimmt mehr als die Hälfte desselben ein.



Porte, später sogar für einen Hof emporgetrieben worden, und zwar mit „solcher Unordnung, Ungleichheit und harten Exaction, daß nunmehr erhellet, daß dieses edle Königreich diese Jahr wie ein Feindesland auf bloße Diskretion der Miliz und deren Kriegskommissarien tractieret worden sei und bereits dessen bedrängte Einwohner . . den gänzlichen Untergang vor Augen sehen; zu geschweigen, daß man bis zu dieser Stund zu höchstem Nachteil der Posterität nicht wissen kann, wohin diese gezogenen Geldsummen, die sich diese Jahr von anno 1683 auf etlich und 20 Millionen erstrecken werden, verläßlich verwendet worden“ [1]).

Ein schlimmes Bild, glaubwürdig, da von solcher Stelle gezeichnet. Die Kommission setzt nun die Kontribution auf 24 Gulden für die Porte fest. Dazu kommen aber noch 12 Robottage jährlich für je ein Haus, die in Geld reluiert (der Tag zu 15 Kreuzer) zusammen mit der eigentlichen Steuer im ganzen 36 Gulden für die Porte ausmachen. Indem die Kommission 70 000 Porten in Ungarn (ohne Kroatien und Siebenbürgen) rechnet, beläuft sich die jährliche Portensteuer auf 2 520 000 Gulden. Die Steuer soll auf alle Herrschaften und Güter gelegt werden, mit Ausnahme der Pfarr- und Schulmeistergüter und der ordentlich befreiten Sitze des niedern Adels, und sie soll künftig nicht bloß in Kriegszeiten, sondern ständig und dauernd eingehoben werden. Die Einhebung der Steuer aber soll nicht mehr durch die Kriegskommissäre geschehen, sondern wie es gesetzlich ist, durch geeignete, von den Komitaten und Städten gewählte Personen. Die Steuergelder sind an eine Generalkriegskasse abzuliefern und ausschließlich für die Verteidigung des Königreiches zu verwenden; die Kasse untersteht der Hofkammer und dem Hofkriegsrat.

Auch die sonstigen königlichen Regalien und Kammergefälle erfahren eine eindringliche Behandlung. Das Recht des Königs, die geistlichen Zehnten zu Kriegszeit gegen eine mäßige Ablösung selbst einzuheben (Arendierung), haben sich vielfach die Herren angemaßt und es muß wieder revindiziert werden. Die Akzisen auf Getränke und Fleisch, sowie die Grenzzölle, in Ungarn die Dreißigsten genannt, sollen von allen Untertanen ohne Unterschied gezahlt werden. Die Sitze der Dreißigstämter müssen an die jetzigen neuen Grenzen verlegt, alle Binnen- und Transitozölle abgestellt und die bisherigen Übelstände bei den Dreißigstämtern

1) Einrichtungswerk, Th. Mayer, Anhang. S. 32 f. Diese schreienden Übelstände und Härten werden im Einr.-Werk mit voller Offenheit in vielen Einzelheiten belegt und geschildert. Vgl. Maurer, Kollonitsch, S. 296 ff. Ebenda, S. 305 ff. über die zahllosen Unterschleife und Unregelmäßigkeiten beim Proviantwesen.



abgeschafft werden. Um das Salzregal auszunutzen, sollen die siebenbürgischen Salzbergwerke gehoben werden, wodurch die in Ungarn mißliebige Einfuhr österreichischen Salzes überflüssig wird. Die fernere Ausfuhr des bei Kalló vorkommenden Salpeters soll strengstens verboten und der Salpeter als staatliches Monopol erklärt werden. Der Bergbau ist möglichst zu fördern. Zur Nutzbarmachung des Münzregals und Verdrängung der zahllosen schlechten Münzen sollen an den königlichen Münzstätten zu Preßburg und Kremnitz vollwertige Speziestaler geprägt werden. Das Vorgehen bezüglich konfiszierter oder heimgefallener Güter soll streng geregelt werden; um Eigenmächtigkeiten und Unregelmäßigkeiten von seiten der ungarischen Hofkanzlei wie auch der Palatine vorzubeugen, sind alle diese Angelegenheiten nur mit Zuziehung der oberen Justizstellen zu behandeln.

Das Ziel dieser ganzen, das Camerale betreffenden Vorschläge geht, wie die Kommission selbst am Schlusse sagt [1]), dahin, die Regalien und Kammergefälle so zu mehren, „daß Hungarn sich aus Hungarn selbst erhalten könne". Die Steuerreform setzte die Kontribution hoch genug an, aber das Drückende derselben sollte dadurch gemildert werden, daß eine gleichmäßige Verteilung der Lasten eintreten, daß vor allem auch der Adel zur Steuerleistung herangezogen werden sollte. Die Kommission war sich bewußt, daß sie damit an das eifersüchtigst gehütete Privileg des Adels greife, und sucht die Gerechtigkeit dieser Forderung nach der Weise der Zeit mit Belegen aus der Bibel und den alten Autoren zu begründen. Andrerseits fällt sie im Streben, die krassen Mißstände bei der Steuereintreibung durch die Kriegskommissäre zu beseitigen, von der Scylla in die Charybdis, indem sie die Einhebung den Komitaten, das heißt dem Adel überlassen will. Auch stimmt dieser Vorschlag zwar zu dem ständischen Charakter der Steuer, nicht aber zu den absolutistischen Tendenzen der Kommission. Diesen entspricht dann wieder die geplante Unterstellung der Generalkriegskasse unter die Hofkammer und den Hofkriegsrat. Die weiteren Vorschläge über die Hebung der Kameralgefälle sind meist ganz trefflich. Aber dem Ganzen fehlt gewissermaßen die Grundlage: von einer Reform des ganzen Rechnungswesens und von der Aufstellung eines ordentlichen Staatsvoranschlages ist nirgends die Rede.

Zweifellos haben bei dem Entwurf des ganzen Werkes auch mächtig anwachsende Strömungen jener Zeit zu Pate gestanden: die volkswirt-

1) Mayer, Anh., S. 45.



schaftlichen Lehren des Merkantilismus und die Theorien des Naturrechtes [1]). Die Anschauungen der Becher, Schröder und Hörnigk, die eben in jener Zeit in Österreich wirkten, finden ihren Niederschlag in der Betonung der Wichtigkeit der Volksvermehrung, in den Maßnahmen für Ein- und Ausfuhr, für Hebung der Industrie und der Produktion an Rohstoffen. Auch ein gewisser Einschlag naturrechtlicher Anschauungen zeigt sich in den vorgeschrittenen Ideen über die Gleichheit aller vor dem Rechte und im Anteil an den öffentlichen Lasten, sowie in den Vorschlägen für Wohlfahrtseinrichtungen [2]). So stellt sich uns das Werk im ganzen und großen trotz mancher Schwächen und Inkonsequenzen als eine bedeutsame, großzügige Leistung dar. Wir erblicken in ihm den Ausdruck der Anschauungen der maßgebenden Kreise des Wiener Hofes und wir müssen sagen, daß diese in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nicht bloß auf der Höhe ihrer Zeit standen, sondern ihr in gar manchen Punkten vorauseilten.

Aber die Durchführung stieß nun auf manche Hindernisse [3]). Kolonitsch selber schadete der Sache durch einen übereilten Schritt. Er war in der ersten Hälfte des Jahres 1689 in einen scharfen Konflikt mit dem Generalkriegskommissär Caraffa geraten, da er, wie schon im Einrichtungswerk, nun auch in einem besonderen Gutachten, gestützt auf die Beschwerden der ungarischen Stände, heftige Anklagen gegen das Treiben der Kriegskommissäre erhoben hatte. Caraffa wurde Ende Mai von Ungarn abberufen. Der Kaiser scheint sich im allgemeinen auf den Standpunkt des Kardinals gestellt und ihm die Beendigung der Arbeiten aufgetragen zu haben. Kolonitsch glaubte sofort an die Durchführung einiger wichtiger Punkte gehen zu können. Am 22. August 1689 gab er drei Erlasse heraus: im ersten forderte er die Komitate auf, über die Ausschreitungen der Soldaten und die Beschwerden wegen der Kontribution und über deren Höhe zu berichten; im zweiten wird der Verkauf der Güter in den neoacquistischen Gebieten angeordnet; im dritten werden Ansiedler nach Ungarn berufen. Sachlich war ja gegen diese Erlasse im allgemeinen nichts einzuwenden, wohl aber war es höchst anfechtbar, ja unzulässig, daß solche Anordnungen von seiten der Subkommission aus-

1) Vgl. Th. Mayer, S. 74 ff.

2) Die Anschauung, daß die Güter in den rückerworbenen Gebieten dem Kaiser gehören und er zur Rückgabe an die früheren Besitzer nicht verpflichtet sei, geht wohl unmittelbar auf Hugo Grotius zurück, Th. Mayer, S. 60.

3) Vgl. Mayer, S. 81 ff.

gingen, die doch keine Behörde war, zu einer Zeit, da die Hauptkommission noch nicht einmal ihr Votum abgegeben hatte. Sofort erhob der Palatin Einspruch gegen die Erlasse und die zu Preßburg versammelten ungarischen Stände protestierten im Oktober 1689 gegen Neuerungen, die der Verfassung widersprechen. Auch Caraffa fühlte sich natürlich neuerdings schwer gekränkt und erklärte im Jänner 1690, vor allem müsse eine genaue Beschreibung der Porten durchgeführt werden, bevor man die Kontribution neu bestimme. Die Folge war, daß die drei Erlasse Kolonitschs stillschweigend fallen gelassen wurden.

Am 5. Oktober 1689 wurde das Elaborat der Subkommission / den Kaiser gesandt, der damals in Augsburg weilte [1]). Mitglieder der Hauptkommission, wie Graf Kinsky, berieten das Werk. Sie nahmen, wie wir schon sahen, im einzelnen manche bedeutsame Änderung vor. Man war der Überzeugung, daß es weder möglich noch ratsam sei, diese ganzen Vorschläge auf einmal durchzuführen. Wohl aber liege es im höchsten Interesse der Wohlfahrt des Königreiches Ungarn, daß die allerdringendsten Reformen unverweilt mit Energie in Angriff genommen werden, und dies seien die Reform der Hofkanzlei und der Justiz, die Errichtung von Pfarren, die Population, die Restitution der Güter und das Kontributionswerk [2]).

In der Tat wurde der Weg der Reformen sofort betreten und im nächsten Jahrzehnt trotz des fortdauernden Krieges mehrere wichtige Punkte des Programmes verwirklicht [3]). Allerdings, die provisorische Verwaltung durch die Kameraladministration, wie sie seit 1690 hieß, blieb bestehen, daher wurde auch die von der Kommission vorgeschlagene Justizreform nicht durchgeführt, dagegen die Administration den Bedürfnissen entsprechend ausgebaut. Erst nach 1715 wurden die neuerworbenen Gebiete der ungarischen Kammer unterstellt, womit die Umgestaltung der Verwaltung in ungarisch-ständischer Richtung begann. Aber inzwischen war doch vieles im Sinne des Einrichtungswerkes geschehen. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1690 wurde die Neuorganisation der ungarischen Hofkanzlei nach den Vorschlägen der Kommission durchgeführt [4]), und es läßt sich von da an eine bessere Ordnung in der Amtsführung der Hofkanzlei konstatieren. Am 11. August 1690 erfloß ferner ein

1) Maurer, S. 319.
2) Th. Mayer, Anh., S. 44 f.
3) Vgl. für das Folgende Th. Mayer, S. 100 ff.
4) Vgl. Bidermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I, 129.



kaiserliches Patent, das die Veräußerung der Güter in den neuerworbenen Gebieten regelte. Es wurde der Nachweis der Besitztitel bis zum 1. März 1691 verlangt. Dies war entschieden eine zu kurze Frist, viele weltliche Herren konnten überhaupt dieser Forderung nicht nachkommen. Die Sache ging so nicht, während inzwischen Geistliche und Weltliche sich selber Güter aneigneten, der Palatin und die ungarische Hofkanzlei eigenmächtig Besitz vergaben. So entschloß man sich dann zum Verkaufe. Dieser beginnt seit 1696, daneben laufen aber große Güterschenkungen an verdiente Generale [1]). Die Aktion dauerte noch Jahre. Der Zuzug von Kolonisten wurde begünstigt und im Laufe der neunziger Jahre war er namentlich aus den Sudetenländern schon so stark, daß die Grundherrschaften sich darüber beklagten und im Jahre 1699 in Mähren und Schlesien Auswanderungsverbote erlassen wurden. Nach dem Karlowitzer Frieden und nach der Beilegung der Rákóczyschen Wirren begann dann erst recht ein Zuströmen von deutschen Kolonisten. Für die Kontributionsfrage, auf deren Regelung besonders die Hofkammer drang, wurde 1697 eine Ministerialdeputation unter dem Vorsitze von Kolonitsch eingesetzt und es kam nun zu langwierigen Verhandlungen mit den ungarischen Magnaten [2]). Ungarn sollte von den 12 Millionen, die für alle habsburgischen Länder angesetzt wurden, 4 Millionen entrichten. Es war der ernste Wille des Kaisers und der Regierung, daß bei dieser ständigen Kontribution auch der Adel besteuert werde. Dagegen sträubten sich die nach Wien berufenen Magnaten aufs äußerste, bis der Kaiser am 24. Dezember 1698 resolvierte: der höhere Adel ist mit 250 000 Gulden zu besteuern, der niedere bleibt steuerfrei, die Einhebung wird den Komitatsbeamten übertragen, denen landesfürstliche Kommissäre zur Seite stehen — alles dieses wesentlich im Sinne des Einrichtungswerkes. Die ständige Kontribution wurde dann 1715 in Ungarn gesetzlich angenommen, allerdings nicht die Besteuerung des Adels. Nicht minder wurden auch andere Gedanken des Einrichtungswerkes auch von ungarischer Seite damals und auf dem Reichstag von 1723 aufgegriffen: die Beschränkung des Palatins bei Gütervergabungen auf 32 Porten, die Wiederbevölkerung

1) Bezüglich der geistlichen Güter wurde durch ein vom Kardinal Kolonitsch erwirktes kaiserliches Patent vom 9. April 1701 das Restitutionsverfahren und die Patronatsfrage neu geregelt, wobei sich der Kaiser das Arendationsrecht der Zehnten vorbehielt.

2) Die gänzliche Unglaubwürdigkeit der Darstellung in der Histoire des revolutions de Hongrie (1723), die immer nachgeschrieben wurde, hat Th. Mayer, S. 112ff. erwiesen.



des Landes, die Einführung des Grundbuches, die Ordnung der Dreißigstämter. Die angestrebte Schaffung eines Strafgesetzes wurde zwar nicht erreicht, aber die niederösterreichische Landgerichtsordnung gewann in der lateinischen Ausgabe von 1687 in der ungarischen Gerichtspraxis des 18. Jahrhunderts allgemeine Anwendung und Autorität [1]).

Das mühevolle Werk der Kommission von 1689 trug also dauernde Früchte. Aus unserer ganzen Darstellung erhellt wohl zur Genüge, wie unzutreffend und einseitig es ist, wenn von diesem Reformprogramm neuere ungarische Beurteiler gesagt haben, daß es nicht auf die Entwicklung der Kraft und des Wohles Ungarns abgesehen war, daß es den Kern der Nation, den Adel, materiell zugrunde richten wollte, daß der Protestantismus unterdrückt werden sollte, daß die darin niedergelegten nationalökonomischen Gedanken unmodern waren [2]). Auch darf man nicht sagen, daß Kardinal Kolonitsch der Todfeind und Verderber Ungarns gewesen, denn er war vielmehr der schärfste Gegner der Militärwillkür und Soldatenwirtschaft, die die Not dieser Kriegsjahre so sehr gesteigert hatten, er war in dieser Beziehung geradezu das Sprachrohr für die Beschwerden der ungarischen Stände. Nein, was jene Urteile hervorrief, war der unleugbar zentralistische, absolutistische Geist, der das Einrichtungswerk durchzieht. Dies war aber der Geist der Zeit.

Wir haben dem Gang der kriegerischen Ereignisse vorgegriffen, den wir nun zu verfolgen haben. Die gewaltigen Erfolge des Jahres 1688 schwellten nach der Eroberung Belgrads in Wien die kühnsten Hoffnungen: nicht bloß der Rest von Ungarn, auch Bosnien und Serbien, die Walachei und Moldau meinte man gewinnen zu können, und glaubte, die ungemein geschwächte und jetzt auch durch blutige innere Unruhen zerrüttete Türkei werde auf einen Frieden mit solchen Bedingungen eingehen. Waren doch im September türkische Gesandte, Sulfikar Efendi und der Pfortendolmetsch Maurokordato, gekommen, die man aber im Schlosse Pottendorf drei Monate zurückhielt und erst anfangs Februar 1689 in Wien vorließ [3]).

1) Vgl. Bidermann I, 44. 122.

2) So Feßler-Klein IV, 517, Acsády, S. 511, Marczali, Ungar. Verfassungsgesch., S. 89 f., vgl. Th. Mayer, S. 95 ff.

3) Am 6. Febr. werden die Gesandten in der Vorstadt einlogiert, am 8. haben sie Audienz beim Kaiser. Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds.



Betäubt durch die Niederlagen des letzten Feldzuges hatten die Pforte und ihre Gesandten anfänglich allerdings Neigung zu großen Zugeständnissen gezeigt. Aber der französische Einbruch in Deutschland und der Abmarsch kaiserlicher Truppen aus Ungarn steifte wieder den Nacken der Türken. Mit Recht äußerte sich im Januar 1689 Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, jetzt werde die Pforte neuen Mut fassen und keinen solchen Frieden mehr eingehen, wie sie vielleicht früher getan hätte, sondern lieber den Krieg kontinuieren. So werde der Kaiser nach zwei Seiten Front machen müssen, gegen Frankreich mit aller Macht, gegen die Türken nur defensiv [1]). Gerade dieses letzte war aber nicht die Meinung der anderen Bundesgenossen der heiligen Liga, Venedigs und Polens. Sie wollten energische Fortführung des Türkenkrieges und auf keinen Fall Frieden. Auch Nuntius Buonvisi stand wie immer auf dieser Seite [2]) und Pater Marco d'Aviano war für Frieden erst dann, wenn der Türke alles Land bis zum Balkan abzutreten bereit sei; Gott gibt die Gelegenheit, wie sie vielleicht niemals wieder kommt [3]).

Im Januar 1689 entschied es sich, daß der Krieg gegen Frankreich unvermeidlich sei [4]). Eben deshalb wäre der Friede mit den Türken um so erwünschter gewesen. Der holländische Gesandte Hop drängte in diesem Sinne, die Holländer erboten sich zur Vermittlung, ja sie scheinen bei der Pforte allzu eifrig davon gesprochen zu haben, daß der Kaiser erschöpft, des Krieges müde und des Friedens bedürftig sei. Dies sowie die Aufreizungen der Franzosen [5]) taten ihre Wirkung. Als am 10. Februar 1689 die Verhandlungen im Landhause zu Wien begannen, erklärten die türkischen Gesandten: die Pforte wolle Szigeth [6]) und Kanizsa, aber nach Schleifung der Festungswerke, dem Kaiser überlassen, dieser müsse jedoch Belgrad wieder herausgeben und Siebenbürgen müsse in den Stand

1) Aloys Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich I, 19.

2) Fraknói, Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung, S. 273 ff.

3) P. Marco an K. Leopold, 8. Febr. 1689, Klopp, Corrispondenza, S. 181.

4) Vgl. oben S. 419. Über die Verhandlungen mit den Türken die Relation des venetianischen Gesandten Federigo Cornaro, Fontes rer. Austr. II 27, 288 ff. mit manchen feinen Bemerkungen. Wagner, Hist. Leopoldi II, 110, ausführlich Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 530 ff. Fraknói, S. 287. Klopp, Das Jahr 1683 und der folgende große Türkenkrieg, S. 439 ff.

5) Vgl. Immich, Papst Innocenz XI., S. 96.

6) Szigeth hatte sich, durch Hunger bezwungen, Mitte Jänner 1689 dem kaiserlichen General Vecchio ergeben.



wie vor dem Kriege, das heißt in die türkische Abhängigkeit zurückkehren. Auch wenn man am Kaiserhof von den ausschweifenden Hoffnungen der letzten Monate schon etwas ernüchtert war, erschienen doch solche Forderungen unannehmbar. Aber auch die kaiserlichen Forderungen gingen sehr weit: man verlangte alle Festungen, welche die Türken in Ungarn noch innehatten, sowie Bosnien und Serbien. Auch Venedig, durch Cornaro, und Polen, durch Raczynski vertreten, hatten sehr ausgiebige Wünsche. Ein Ausgleich wurde unmöglich. Schon anfangs April war die Fortsetzung des Krieges beschlossene Sache, ihr vorläufiges Ende fanden die Verhandlungen am 11. Juni, als den türkischen Gesandten eine Erklärung mitgeteilt wurde, die der Pforte die Schuld an dem Scheitern des Friedensversuches beimaß. Doch blieben die Gesandten zunächst in Wien und wurden dann in Komorn zurückgehalten. Erst jetzt durften sie einen Kurier an die Pforte senden [1]). Man erwartete offenbar auf Seite des Kaisers und seiner Verbündeten, daß neue Siege die Türken mürbe machen werden.

So begann der Doppelkrieg. Ganz Europa stand in Waffen. Die „große Allianz“ kämpfte gegen Frankreich, die „heilige Liga“ gegen die Türken, der Kaiser, an der Spitze beider Bünde, hatte zweifache Kriegslast zu tragen, sie hat denn auch die Finanzen Österreichs über das Maß angespannt. Der türkische Kriegsschauplatz trat in der nächsten Zeit in zweite Linie. Dem Feldmarschall Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, den der Kaiser am 6. April 1689 zum neuen Höchstkommandierenden in Ungarn ernannte, konnten von Anfang an nicht mehr als 24000 Mann in Aussicht gestellt werden, wozu 6000 Mann als Nebenkorps in Siebenbürgen unter Heißler und Herbeville kamen. Auch sollte, ganz im Sinne des Markgrafen, der Feldzug „nicht immediate offensiv“, sondern zunächst defensiv geführt werden. Aber man sollte, wie es in der Instruktion vom 10. Mai heißt, doch hauptsächlich dahin trachten, den Feind, ehe er seine Kräfte konzentriert, zu schlagen und dann womöglich Bosnien und die Herzegowina zur Devotion zu bringen und das kaiserliche Dominium bis an das Adriatische Meer zu extendieren [2]). Also trotz des

1) Vgl. das Schreiben des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden an den Kaiser vom 2. Juli 1689, Röder, Feldzüge II, Urk., S. 48. Der Kurier wurde zu Semendria aufgehalten und ihm erst nach der Schlacht von Batotschina (30. August) weiterzureisen gestattet. Ebenda, S. 106.

2) Instruktion bei Röder II, Urk., S. 15ff., Bericht des Markgrafen über den ganzen Feldzug vom 6. Febr. 1690, Röder, S. 199 ff.

schwachen Machtaufgebotes immer noch weitausschauende Pläne! Man war gerade durch die schnellen Erfolge des Markgrafen von Baden im Spätherbst 1688 so sanguinisch geworden und glaubte „Marte vel arte“, jedenfalls ohne übermäßige Opfer, weite Gebiete erwerben und an das Adriatische Meer vordringen zu können. Die Ziele, die man dabei im Auge hatte, können wir am besten mit den Worten des Grafen Kinsky an den Kaiser kennzeichnen: weil wegen Gelegenheit des zu Nutzung der eroberten Länder nötigen Commercii Eur. Majestät viel daran gelegen und gleichsam die ganze Frucht der Victori und die Mittel das Eroberte zu conservieren in dem bestehen, daß womöglich Sie (Kaiser Leopold) Bosnia mit Hercegovina für sich selbst erobern oder wenigstens die in commercio prävalierende und von selbst gefährliche venetianische Nachbarschaft von sich halten [1]).

Auch noch andere Hoffnungen waren in der letzten Zeit erstarkt. Die Siege der kaiserlichen Waffen, die Eroberung Ofens und Belgrads hatten bei den Christen der Balkanländer mächtigen Widerhall gefunden [2]). Der Gedanke der Befreiung vom Joch der türkischen Herrschaft war von der Moldau bis Albanien in den letzten Jahren lebendig geworden. Der siegreiche deutsche Kaiser in Wien erscheint als der nächste und starke Hort der Christenheit gegen die Ungläubigen. Allein er ist ein Deutscher und, was noch viel wichtiger, er ist nicht der rechtgläubige orthodoxe Kaiser. Dieser herrscht in Moskau, auch er ist ja ein Bundesgenosse der heiligen Liga, auch er kämpft gegen die Türken. Zum ersten Male tritt die Rivalität Rußlands und Österreichs auf dem Balkan in Erscheinung, sie ist in erster Linie kirchlich, in zweiter politisch, in letzter erst national. Die führenden Kreise der griechisch-orthodoxen Balkanchristen fürchten die katholische Propaganda, die den Heeren Leopolds in Ungarn und ebenso jenen Venedigs in Morea folgt, sie scheuen die kirchlichen Unionsbestrebungen, die gerade Leopold so eifrig begünstigte. Im Herbst 1687 kam der Metropolit von Üstüb nach Moskau, um gegen die vordringende Macht Österreichs und gegen die Wut der Türken Schutz zu suchen. Und im Herbst 1688 erscheint der Archimandrit des serbischen Paulusklosters auf dem Berge Athos, Isaja, der im Auftrag des früheren abgesetzten und des jetzigen Patriarchen von Konstantinopel, des serbischen

1) Gutachten Kinskys vom Mai 1689. Schon 1688 hatte der kaiserliche Resident bei der Republik Ragusa, Oberst Corradini, in diesem Sinne berichtet. Vgl. Gerba, Die Kaiserlichen in Albanien 1689, Mitteil. des k. k. Kriegsarchivs (1888) II, 117 ff.

2) Vgl. zum Folgenden Übersberger, Rußlands Orientpolitik I, 42 ff.



Patriarchen von Ipek und des Fürsten der Walachei, Scherban Kantakuzen, die Zaren Iwan und Peter bittet, sie mögen kommen, die Balkanchristen vom Joche der Türken befreien, auch vor der Herrschaft der Kaiserlichen, der Venetianer und damit der römischen Kirche bewahren, denn gelänge es diesen Konstantinopel zu erobern, dann würde der orthodoxe Glaube ausgetilgt. Die Russen mögen, so ließ Fürst Scherban wissen, an die Mündung der Donau vorrücken, da werden sie 300 000 Serben und Bulgaren erwarten; denn diese lieben die Deutschen nicht und er selbst wolle nur unter der Herrschaft des rechtgläubigen Zaren stehen.

In Moskau gab man dem Archimandriten Isaja wohl allgemeine Versicherungen und für den Fürsten Scherban Ermahnungen mit, sich keiner fremden Herrschaft zu ergeben, aber man wollte sich keineswegs von dem Ziele der damaligen russischen Politik, Unterwerfung der Krim-Tataren, entfernen und phantastischen Plänen trauen und folgen. Isaja aber, der im Februar 1689 von Moskau abreiste, nach Siebenbürgen kam und hier mit dem kaiserlich gesinnten Schwiegersohne Scherbans und dem Grafen Ladislaus Csáky zusammentraf, wurde von diesen dem General Heißler als verdächtig bezeichnet. Heißler ließ den Archimandriten kurzerhand verhaften, seine Briefschaften eröffnen und ihn nach Wien bringen. Auf einen Schritt Rußlands hin wurde er dann allerdings im Jahre 1691 entlassen und nach Moskau zurückgesandt.

Diese Vorgänge übten unmittelbaren Einfluß auf das Schicksal eines Mannes, der seit Jahren am Kaiserhofe für eine aktive Politik bei den christlichen Balkanvölkern, zugleich aber für eigene ehrgeizige Pläne gewirkt hatte, Georg Branković [1]. Branković fühlte sich als Nachkommen des alten serbischen Fürstengeschlechtes, das schon zu Matthias Corvinus' Zeiten zahlreiches serbisches Volk nach Syrmien und Südostungarn geführt hatte. Georg Branković stand zuerst in Diensten Apafys, dann des früher genannten Fürsten Scherban von der Walachei und kam 1681 als dessen Gesandter nach Wien. Er gewann hier Boden, 1683 wurde er vom Kaiser zum Freiherrn erhoben. Er lebte und arbeitete für sein Ziel, die Glaubensgenossen der Balkanländer von den Türken zu befreien, und dadurch selbst auch eine fürstliche Stellung zu erringen. Die wachsenden Erfolge der christlichen Waffen schienen Verwirklichung bringen zu können. Schon 1687 machte Branković dem Kaiser Hoffnungen, daß

1) Vgl. Krones, Handbuch der Gesch. Österreichs III, 673.



einige Vornehme von Serajewo auf kaiserliche Seite treten und Stadt und Land „unter Devotion und Botmäßigkeit“ bringen werden [1]). Als im Sommer 1688 das christliche Heer Belgrad belagerte, versprach Brankovic 30000 Serben der Armee zuzuführen. Die kaiserliche Politik hoffte in ihm ein Werkzeug ihrer weit ausgreifenden Absichten zu finden. Allein Brankovic, dem inzwischen von Leopold die Reichsgrafenwürde verliehen worden, führte im Jahre 1689 zwar Scharen serbischer Ansiedler nach Syrmien, aber keinen Mann dem kaiserlichen Heere zu. Dagegen schickte er, wie Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden am 26. Juli 1689 aus Semendria an den Kaiser berichtet, „weit und breit im Land viel Brief aus, womit er all das Volk zu den Waffen animiert und an sich zu ziehen bemühet, gibt sich aus vor einen natürlichen Erbherrn oder Despoten von Serbien, Bosnien, Mösien, Bulgarien, Thracien, Syrmien und allen denen Landen von Osiek (Esseg) an bis Constantinopel und will formaliter über selbe herrschen und regieren“ [2]). Solche Aspirationen wurden bedenklich, der Kaiser befahl seinem Feldherrn, den Brankovic „mit guter Manier“ zu sich zu berufen, auf ihn gut acht zu haben und, wenn nötig, sich seiner Person zu versichern. Als Brankovic fortfuhr, sich als rechtmäßigen Erben jener Länder zu gerieren, wobei er sein Reichsgrafendiplom mißbraucht zu haben scheint, als er bei den griechisch-orthodoxen Geistlichen und im Volke Anhang fand und einige tausend Mann ihn förmlich als ihren Fürsten anerkannten, da sah sich Markgraf Ludwig Wilhelm genötigt, um „gefährliche Consequenzien“ zu verhüten, Brankovic im Oktober 1689 in Haft zu nehmen. Er wurde nach Hermannstadt und von da nach Wien gebracht. Seine Rolle war ausgespielt, als stiller Internierter verlebte er noch lange Jahre in Wien und dann in Eger, wo „der Banus, Graf und Despot der Serben“ im Jahre 1711 gestorben ist.

Das Mißgeschick dieser beiden verschiedengearteten Versuche hinderte nicht, daß im folgenden Jahre eine bedeutsame serbische Einwanderung vor sich ging. Aber im übrigen erfüllten sich weder die Hoffnungen der Balkanchristen, noch die großen Pläne des kaiserlichen Hofes.

Der Feldzug von 1689 wurde erst spät eröffnet [3]). Schon die

1) Gerba, a. a. O., S. 118.

2) Röder II, Urk., S. 76, daselbst S. 78 K. Leopold an den Markgrafen, 5. August, und S. 176 dieser an den Kaiser, 7. Nov. aus Fetḥ-Islam (Kladova).

3) Hauptquelle ist die vollständig erhaltene und von Röder v. Diersburg, Des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden Feldzüge wider die Türken, 2. Bd., heraus-



Sammlung der Armee in Belgrad war erst auf den Anfang Juni angesetzt und als Markgraf Ludwig Wilhelm am 9. Juni nach Belgrad kam, fanden sich außer der Besatzung der Festung und einigen Truppen weiter abwärts bei Passarovitz nur zwei Regimenter vor. Belgrad war dank der Umsicht und Energie des Kommandanten Guido Starhemberg in bestem Stand, aber sonst fehlte es arg an den Vorbereitungen für die Verproviantierung, an Zugvieh für Train und Artillerie und vor allem an Geld. Alles kam zu langsam, zu spät, zu ungenügend. Und wenn dieser Feldzug dennoch zu neuen Erfolgen führte, so darf man dies um so mehr der unerschütterlichen Tatkraft des Markgrafen Ludwig Wilhelm und seiner Generale, aber auch der Tüchtigkeit der bewährten kaiserlichen Kriegsvölker anrechnen. Der Anmarsch der Truppen aus Oberungarn und des Korps Veterani aus Siebenbürgen verzögerte sich infolge großer Überschwemmungen der Theiß und ihrer Nebenflüsse bis in den Juli. Inzwischen nahm der Markgraf vorläufig bei Hussein Pascha Palanka, südlich Semendria, Stellung. Hierher wurde auch der größte Teil der Belgrader Besatzung und das Korps Piccolomini, das bisher die Savelinie gegen türkische Streifzüge aus Bosnien gedeckt hatte, herangezogen. Hier blieb der Markgraf stehen trotz der Bedenken des Hofkriegsrates, der zuerst ein Vorrücken an der Morava wünschte und dann, als Thököly die Feste Feth-Islam (Kladova) und Orsova nahm, für Siebenbürgen und Ungarn fürchtete und auf ein Zurückgehen der Armee nach Belgrad, ja Entsendung der ganzen Reiterei über die Donau drängte. Solches hielt der Markgraf mit Recht für „unverantwortlich" und schließlich gab ihm der Kaiser freie Hand.

gegebene Korrespondenz des Markgrafen mit dem Kaiser; dazu Röders Darstellung II, 94 ff. Ferner Moritz v. Angeli, Der Feldzug 1689 in Serbien, Mitteil. des k. k. Kriegsarchivs (1877) II, 136 ff. auf Grund so ziemlich des nämlichen archivalischen Materials, aber ohne daß Röder genannt wird. Mit 1689 (nicht 1688, wie in der Ausgabe S. 29 steht) beginnt der ausführlichste Teil der Denkwürdigkeiten des Generals Veterani. Diese erschienen 1771 als Memorie del maresciallo conte Federico Veterani, zugleich in deutscher Übersetzung (Denkwürdigkeiten usw., beide Ausgaben Wien und Leipzig, bei Joh. Friedr. Jahn), der dann 1788 eine zweite, etwas bessere Übersetzung (Des Grafen Veterani Feldzüge, Dresden) folgte. Nirgends ist ein Herausgeber oder Übersetzer genannt, der Editor von 1788 war jedenfalls ein höherer Offizier, wie aus seinen reichlichen Anmerkungen hervorgeht. Grundlage der Ausgabe der Memorie bildete jedenfalls die Handschrift 8639 der Wiener Hofbibliothek, eine zu Ende des 17. oder Beginn des 18. Jahrhunderts von einer Hand geschriebene, schön ausgestattete Reinschrift, über deren Vorlage, Herkunft usw. nichts bekannt ist.



Denn die Türken hatten indes, zum Glücke ja auch langsam genug, unter dem Seraskier Redscheb Pascha bei Kruschevatz ihr Heer gesammelt. Markgraf Ludwig begann am 12. Juli die Operationen, er war der Ansicht, daß ein Angriff des Feindes „dermalen mehr zu wünschen als zu besorgen sei“ [1]). Aber es gab verschiedene Hemmungen, vor allem wachsende Verpflegsschwierigkeiten. Als jedoch Nachrichten eintrafen, daß auch der Großwesir mit ansehnlichem Kriegsvolk nach Kruschewatz heranziehe und der Sultan selber in Sofia angelangt sei, wurde die Morava überschritten und am 13. August der Marsch gegen Nisch begonnen. Schon stand am 20. August die Armee gegenüber Jagodina, als der Proviant-Administrator Vorster erklärte, er habe sich „in seiner Rechnung verstoßen“ und der Proviant reiche kaum mehr für fünf oder sechs Tage. So mußte wieder zurückmarschiert werden, um den Magazinen näher zu sein. Der Seraskier, der bis Jagodina vorgerückt, triumphierte, „er werde die Christen beiderseits der Morava einsperren und mithin krepieren machen“, sandte eine starke tatarische und türkische Reiterschar über den Fluß in den Rücken der kaiserlichen Armee. Nun endlich konnte der Markgraf dem Feind an den Leib, was er ja längst wollte. Während er am 29. August seine Infanterie ans linke Ufer der Morava setzen ließ, griff er selber und Veterani mit der Kavallerie und Husaren in der Nähe von Grabovatz die feindlichen Reiter an, schlug und zersprengte sie und kehrte abends zurück.

Frühmorgens am 30. August begann der Angriff auf das etwa 50000 Mann zählende Heer des Seraskiers selber, der bei **Batotschina** zwischen drei Gehölzen hintereinander Stellung genommen hatte. Die erste Waldblöße wurde nach heftigem Kampfe besetzt und nun in die zweite, viel größere vorgerückt, wo sich die Türken hinter einem Zufluß der Morava eben eine starke Verschanzung errichteten. Der Markgraf entschloß sich, „weil es nit anders sein kann, in Gottes Namen mit einer starken Resolution anzugreifen“ Mit größter Bravour stürmten die kaiserlichen Regimenter auf den Feind, dieser fürchtete eine Umgehung und begann den Rückzug auf sein Lager bei Batotschina. Auch hier konnte er sich nicht halten. Nur weil der Markgraf aus Vorsicht keine Verfolgung größeren Stiles wagen wollte, blieben die Türken vor noch stärkeren Verlusten bewahrt. Auch so hatten sie bei 3000 Tote, über 100 Geschütze und ihr ganzes Lager eingebüßt [2]).

1) Ludwig an den Kaiser, 26. Juli 1689, **Röder** II, Urk., S. 75.

2) Bericht des Markgrafen Ludwig an den Kaiser vom 3. September, **Röder**, S. 97 ff., **Veterani**, Memorie, S. 29 ff. (irrig zu 1688).



Der schöne Sieg konnte nicht rasch ausgenutzt werden, das Heer war erschöpft. Nach einigen Tagen Rast und Wartens auf Proviant sah sich der Markgraf genötigt „offensive et quasi desperate“ vorzurücken, da er „außer dem, daß er in Feindesland etwas antreffe, kein anderes Mittel zu finden weiß“, „die Armee von dem augenscheinlichen Ruin zu retten“ [1]). So marschierte nun die Armee, jetzt nur noch 16000 Mann, das Moravatal aufwärts, langte am 22. September vor Nisch an und rückte am 23. auf Kanonenschußweite vor die Verschanzungen des Feindes.

Redscheb Pascha war bis Nisch (Nissa) zurückgewichen, hatte sich wieder gesammelt und auf einem westlich der Stadt hinziehenden, inselartigen Höhenrücken, der sich an die Nischava anlehnt und die Stadt deckt, starke Verschanzungen errichtet und teils auf, teils hinter der Höhe Aufstellung genommen. Aber auf der nordöstlichen Seite, wo die Höhe ins Tal abfällt, waren die Schanzen noch nicht vollendet und das offene Tal war von den Türken nicht besetzt. Hier beschloß nun der Markgraf anzugreifen. Er ließ am 24. September seine Armee die Höhe umgehen. Trotz heftigstem Geschützfeuer und Reiterattacken des Feindes gelang das kühne Manöver und um 5 Uhr Nachmittag begann ein konzentrischer Angriff auf die Stellung der Türken, die nun mit verkehrter Front schlagen mußten. Der ungestümen Tapferkeit der Kaiserlichen, unter denen sich Guido Starhemberg, Piccolomini und Heißler wieder besonders auszeichneten, konnte nichts widerstehen und als der rechte Flügel unter dem Herzog von Croy und Veterani auch die Höhe von Nordosten her erstürmte, flohen Spahi und Janitscharen, wurden zum Teile an und in die Nischava gedrängt und erlitten schwere Verluste. Der Sieg kostete den Kaiserlichen kaum 300 Mann, den Türken, wie man glaubte, bei 10000 [2]).

Ein glänzender Erfolg. Der Weg nach Sofia, wo der Sultan und der Großwesir standen, lag offen, Piccolomini drang bis Pirot vor. Aber in besonnener Erwägung der ganzen Lage beschloß Markgraf Ludwig, nicht das Wagestück eines Zuges nach Sofia zu unternehmen, auf dem ihm kein Nachschub folgen und die Verwüstung des Landes durch die Türken drohen konnte, sondern vor allem die Donau zu gewinnen, sie vom

1) Ludwig an den Kaiser, 10. und 15. September 1689 und Gesamtbericht vom 6. Febr. 1690, Röder II, Urk., S. 124. 128. 201.

2) Bericht des Markgrafen Ludwig vom 29. und 30. September, Röder, S. 139. 146. Veterani, Memorie, S. 33 ff.



Feinde von Orsova bis Widdin zu säubern, damit allen türkischen Sukkurs für Großwardein und Temesvar abzuschneiden und andrerseits den Zugang zur Walachei zu eröffnen, um aus ihr nötigenfalls Kontributionen zu ziehen. Um aber das Errungene zu behaupten und den wiederholt und bestimmt geäußerten Wünschen und Absichten des Kaisers zu entsprechen, sollten die Generale Graf Piccolomini und der Herzog von Holstein mit dem Obersten Strasser mit rund 8000 Mann zurückbleiben, Nisch befestigen und die Pässe gegen Sofia halten. Piccolomini aber soll dann westwärts nach Prokoplje, in das nördliche Albanien und bis gegen die Herzegovina ziehen, um so Bosnien möglichst ab- und einzuschließen — ein Wagnis, aber nicht unmöglich, da die Türken durch die Niederlagen erschreckt, die christlichen Völker aber zur Erhebung und Anschluß geneigt seien[1]). Man muß staunen über die Kühnheit dieser Unternehmungen in unbekannten und unwirtlichen Gebieten, mitten in feindlichem Land, mit geringen Truppen, und man darf den Mut der Generale sowie die ausdauernde Leistungsfähigkeit der Soldaten rühmen.

Vom 6. bis 14. Oktober marschierte Markgraf Ludwig von Nisch nordöstlich über das „wüste" Gebirge in das Timoktal und, da Thököly sich indes von Orsova und Feth-Islam (Kladova) auf Widdin zurückgezogen hatte, vor diese von Hussein Pascha besetzte Feste. Aus dem Marsch ging man unmittelbar zum Sturmangriff über, der nach kurzem, aber erbitterten und blutigen Kampf zur Eroberung der Stadt führte. Am 19. Oktober fiel auch die Zitadelle. Der Hauptfeldzug war glücklich beendet, aber nun wurde die Frage der Winterquartiere zu einer Quelle neuer Mühseligkeiten und Fährlichkeiten für die Armee, die schon so viele Beschwerden durchgemacht. Der Kaiser wollte durchaus vermeiden, daß abermals Ungarn oder Siebenbürgen die Last der Einquartierung tragen, Kundschaften ergaben, daß das Land zwischen Widdin und Sofia nichts zu bieten habe, so mußte denn die Walachei ins Auge gefaßt werden. Es begannen langwierige Verhandlungen mit dem Fürsten Konstantin Brankowan, aber erst als der Markgraf im November unter härtesten Entbehrungen bis Piteschti vordrang und General Heißler von Siebenbürgen aus nach Kimpolung marschierte, kam es Ende November zwar zu einem Vertrag, aber zu keinen Lieferungen der feindseligen walachischen Bevölkerung. Die frierenden und hungernden Truppen übten Gewalt,

1) Markgraf Ludwig an den Kaiser, 5. Oktober, der Kaiser an Ludwig, Augsburg 24. Oktober 1689, Röder, S. 147 ff.



Heißler, der nach der Abreise des Markgrafen den Oberbefehl übernahm, rückte Ende Dezember in Bukarest ein, doch ohne etwas zu erreichen. Das Nahen tatarischer Scharen, Nachrichten über Schlappen der Kaiserlichen in Albanien, sowie die überhandnehmende Notlage zwangen endlich Heißler im Januar 1690 zum Rückzug der auf kaum 8000 Mann zusammengeschmolzenen Armee nach Siebenbürgen. Die Absichten des Wiener Hofes, auch die Walachei und Moldau „in die Conquisten mitzuziehen", waren zunichte geworden[1]).

Auch auf dem albanesischen Kriegsschauplatze nahmen nach anfänglichen Erfolgen die Dinge schließlich eine ungünstige Wendung. Bald nach dem Abzug des Markgrafen von Nisch begann General Graf Äneas Silvius Piccolomini seinen denkwürdigen Zug[2]). Seine Streitmacht zählte, nachdem er in Nisch eine Besatzung zurückgelassen, zusammen mit zwei Regimentern Husaren und Raizen (Serben) nur etwas über 6000 Mann. Er marschierte zunächst nach Prokoplje südwestlich von Nisch und deckte die Flanken durch Entsendung kleiner Abteilungen in das Defilé von Leskovatz südlich Nisch und zur Bergfeste Kosniza südwestlich Kruschevatz. Am 14. Oktober wurde der Marsch über das „rauhe Gebirge" (Midar planina) fortgesetzt. Ohne Widerstand zu finden, konnte man nach Pristina niedersteigen in das berühmte Amselfeld (Kossovo polje), „ein ziemlich volles Land", aus welchem die türkische Bevölkerung entflohen war und namhafte Vorräte zurückgelassen hatte. In seltsamem Zuge rückten die kaiserlichen Truppen in Pristina ein. Es ging eine alte Sage unter den Albanesen, sie würden von einem Fürsten, auf dessen Kamelen fremdartige Tiere reiten, befreit werden. So hatte denn Piccolomini aus der Beute von Nisch Kamele, Affen und Papageien mitgeführt und dies tat nun seine Wirkung. Aber mehr noch das leutselige und kluge Benehmen des Generals. Die Orte ringsum und mehrere tausend Arnauten erklärten, dem Kaiser huldigen zu wollen, und es war von besonderer Wichtigkeit, daß nun auch der Patriarch von Ipek, Arsen Cernojević, und mit ihm die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit dem Anschluß an Österreich sich geneigt zeigte.

Von Pristina aus sicherte Piccolomini seine ja eigentlich höchst exponierte Lage durch einen Vorstoß nach Süden bis Katschanik und von da bis Üsküb (Skoplje). Die schwachen türkischen Besatzungen dieser Städte

1) Markgraf Ludwig spricht am 7. Nov. 1689 ausdrücklich von solchen Plänen, Röder, S. 173.

2) Darüber die oben S. 551 Anm. 1 zitierte Arbeit von Gerba.



flohen und auch Mahmud Pascha von Albanien, der bei Üsküb Truppen gesammelt hatte, wagte keinen Widerstand. Am 25. Oktober standen die Kaiserlichen vor Üsküb, fanden die Stadt, in der die Pest gehaust hatte, gänzlich verlassen, aber voll von Lebensmitteln, am 27. wurde der verseuchte Ort den Flammen preisgegeben. Ein albanesischer Häuptling namens Karpos, den der Kaiser zum Fürsten von Kumanova erhoben haben soll, legte zu Kumanova, Katschanik und Egri Palanka Befestigungen an [1]. Dann eilte Piccolomini zurück nach Pristina und von hier am 3. November mit zwei Regimentern über Lapusnik und Banja nach Prisren. Am 6. November zog er in diesem Hauptorte Nordalbaniens ein, feierlich empfangen vom Patriarchen von Ipek und dem Erzbischof der Stadt. Tausende von Albanesen begaben sich in den Schutz Österreichs und Piccolomini verhandelte durch Vermittlung des Erzbischofs über die militärische Verwertung des waffentüchtigen Volkes.

Aber die bisher so erfolgreich durchgeführte Unternehmung begann zu stocken, als ein tragisches Geschick den trefflichen Führer dahinraffte. Piccolomini hatte sich vielleicht in dem verpesteten Üsküb den Keim einer Krankheit geholt, die sich rasch verschlimmerte, und schon am 9. November zum tödlichen Ende führte.

Der General-Wachtmeister Herzog Georg Christian von Holstein übernahm das Kommando, in den nächsten Tagen kam eine vom Markgrafen von Baden gesandte Verstärkung an, und nun machte der Herzog einen Vorstoß im Vardartale sogar noch über Üsküb hinaus, nahm am 27. November Stiplje (Istib) und drang anfangs Dezember von Prizren südwestlich bis Ljuma vor, wo sich Mahmud Pascha gezeigt hatte, aber floh. Doch dies waren nur mehr flüchtige Augenblickserfolge. Der Herzog von Holstein verstand nicht dieses schwierige Volk richtig zu behandeln, er ließ die Albanesen in Prizren entwaffnen, man forderte unklugerweise Steuern, seine Truppen ließen sich ungestraft Ausschreitungen zuschulden kommen, — waren dies die Befreier vom türkischen Joch? Es begann ein ebenso schneller Abfall der Albanesen, als sie früher den kaiserlichen Fahnen zugeströmt waren. Und es begann eine andere Kriegführung der Türken. In Adrianopel war, eine Folge der Niederlagen, am 7. Dezember ein neuer Großwesir erhoben worden, der strenge und energische Mustafa aus dem berühmten Geschlechte der Köprili; sein Vater Muhammed, sein Bruder Achmed Köprili waren die bedeutenden

1) Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 546. 548.



Erneuerer der Osmanenmacht seit 1660 gewesen[1]. Der unfähige Mahmud Pascha wurde beseitigt, gegen Ende Dezember ein stärkere türkisch-tatarische Macht in Üsküb konzentriert und mit 11000 Mann das schwach besetzte Katschanik umschlossen. Der vom Herzog von Holstein mit nur vier Regimentern entgegengesandte Oberst Franz Joachim Freiherr von Strasser wurde am 2. Jänner 1690 bei Katschanik, da seine Raizen und Albanesen versagten, von den Türken umzingelt, und sein Korps vernichtet[2]. Auch Prisren wurde im Laufe des Jänner von den Türken genommen[3]. Die Schlappe von Katschanik war sehr empfindlich, aber sie rechtfertigte nicht, daß der Herzog von Holstein sofort ganz übereilt von Pristina nach Nisch zurückzog und nicht bloß die reichen Magazine im Stiche ließ, sondern die ganzen Erfolge der letzten Monate preisgab.

Hieran änderte auch nichts Wesentliches mehr die Ankunft des Generals Grafen Friedrich Veterani, der vom Markgrafen Ludwig am 27. November 1689 zum Nachfolger Piccolominis bestellt worden war und am 9. Jänner 1690 Nisch erreichte[4]. Veterani griff energisch und mit Umsicht ein, befestigte Nisch, ließ Leskovatz, Pirot, Prokoplje und Jagodina, ja sogar die weit entfernte Feste Studeniza nördlich Novibazar besetzen und die Morava von Nisch bis Jagodina schiffbar machen, so daß die Proviantzufuhr wesentlich erleichtert wurde. Weite und kühne Streifzüge, die sich bis über Sofia und andererseits bis nach Bosnien ausdehnten, brachten große und willkommene Beute an Vieh und Lebensmitteln, verbreiteten unter der türkischen Bevölkerung Schrecken, unter der christlichen neuerdings Hoffnungen. Veterani wollte Nisch unbedingt halten, und schrieb sanguinische Berichte, denen man bei Hof sehr gerne Glauben schenkte. So erging am 6. April 1690 ein kaiserliches Manifest an die Völker all dieser Länder, besonders aber Albaniens: sie, die zum Teile ja nach altem Recht zur Krone Ungarns gehören, gleichwie alle andern christlichen Völker mögen die Waffen gegen die Türken ergreifen

1) Vgl. Hammer VI, 547 ff.

2) Es fielen 2240 Mann, darunter Strasser selbst und Prinz Karl von Hannover.

3) Die Besatzung, Kaiserliche und Raizen (Serben), unter dem Kommando des Oberstleutnants Anton Valerio Zitsch von Znoritsch, eines Bosniers (über ihn vgl. Gerba, S. 129), schlug sich nach Belgrad durch. Als eifriger Werber für die kaiserliche Sache befand sich dabei ein Franziskaner Pater Tomaso, Gerba, S. 165.

4) Die Instruktionen für Veterani (bei Röder, S. 193 ff., Gerba, S. 159 ff.) gehen natürlich noch vom Stande der Dinge im November aus. Veteranis Abreise verzögerte sich, da er noch an der vor Widdin empfangenen schweren Kopfwunde litt. Veterani schildert eingehend seine Tätigkeit in Nisch, Memorie, S. 43 ff.

und sich der kaiserlichen Herrschaft ergeben, die ihre Religion, die freie Fürstenwahl, alle ihre alten Rechte und Freiheiten wahren und schützen und ein gerechtes Regiment aufrichten wird [1]).

Aber eine Erhebung dieser Völker war in jenem Augenblick schon nicht mehr möglich, vielmehr sahen sie sich bald von der Rache der Türken bedroht und es reifte der Entschluß, den Schutz des Kaisers auf dessen eigenem Gebiete zu suchen. Der Patriarch von Ipek, Arsen Černojević, organisierte eine Auswanderung großen Stils, und im Sommer 1690 zogen 39000 serbische Familien mit ihren kirchlichen und weltlichen Obrigkeiten und ihrer Habe nach Syrmien und Ungarn. Sie wurden hauptsächlich in Syrmien, im Bácser Komitat und an der Maros angesiedelt, viele auch in ungarischen Städten bis nach Erlau, Ofen, Gran, Komorn und Raab verteilt. Am 21. August 1690 versichert sie Kaiser Leopold in einem an Černojević gerichteten Diplom seines Schutzes, erwartet, daß sie unter seinen Fahnen tapfer gegen die Türken kämpfen, gewährt ihnen den ungestörten Gebrauch ihres griechisch-orientalischen Ritus und des alten Kalenders, die Wahl ihres Erzbischofs, der über alle ihre kirchlichen Angelegenheiten gesetzt ist, und die Beibehaltung ihrer Obrigkeiten, ihrer alten Ordnungen und Bräuche [2]). Diese Einwanderung verstärkte das serbische Element Südungarns bedeutend und wurde die Grundlage für die spätere Bacs-Syrmische und Theiß-Maroser serbische Militärgrenze.

Ganz anders als Veterani und der Hof beurteilte Markgraf Ludwig Wilhelm die Lage. Die Wahl und Krönung Josefs zum römischen König und der Aufenthalt des Hofes in Augsburg hatte schwere Kosten verursacht; was an Mitteln verfügbar war, wurde für den Kampf gegen Frankreich verwendet, für den Türkenkrieg blieb sehr wenig. In einer eingehenden Denkschrift hatte Markgraf Ludwig Wilhelm am 6. Februar 1690 seine Kriegführung gerechtfertigt und die notwendigen Folgerungen für den bevorstehenden Feldzug des Jahres 1690 gezogen [3]). Er scheute sich nicht, ganz ungeschminkt zu erklären, daß mit so unzureichenden Mitteln wie bisher die Eroberungen südlich der Save und Donau un-

1) Katona XXXV, 655.

2) Katona XXXV, 709 ff.

3) Röder II, Urk., S. 198 ff. — Über den Feldzug von 1690 vgl. außer Röder die ausführliche Darstellung von M. v. Angeli, Der Feldzug 1690 in Serbien und Siebenbürgen, Mitteil. des k. k. Kriegsarchivs (1877) II, 217 ff.

möglich gehalten werden können, daß man vielmehr sich beschränken solle, die schon durch die Natur verteidigte Linie Unna—Save—Belgrad—Orsova—Transilvanische Alpen bis zur Moldau zu halten und namentlich Orsova zu sichern, um hier einen Einbruch der Türken nach Temesvar und Ungarn unmöglich zu machen; der Eckpfeiler dieser Linie sei Siebenbürgen, das man „eine Zitadelle von ganz Oberungarn nennen könnte" [1]), die bewirkt, daß „wenn sie in E. Majestät Gewalt bleibt und wenn dann Temesvar und Großwardein endlich fallen, das Hungar- und Siebenbürgische Volk, wie übel es auch intentioniert sein mag, in keinem Stand sein wird etwas Großes zu unterfangen". Wollte man aber „die Conquisten bis zur Austilgung der türkischen Tyrannei aus Europa erweitern", dann sind mindestens 60 000 Mann erforderlich, ganz abgesehen von den in Ungarn und zum Grenzschutz nötigen Truppen und den sonstigen großen Vorbereitungen. Auch für den Fall eines Friedensschlusses erklärte der Markgraf die Save-Donaulinie und die siebenbürgische Grenze als die richtige Basis, ja er meinte, man könnte selbst auf Belgrad verzichten, wenn es als Festung rasiert und wenn dafür von den Türken Kanizsa, Temesvar und Großwardein aufgegeben würden. Auf diesen Grenzen aber müßte man um jeden Preis beharren und eher alles wagen, als davon abstehen [2]).

Aber bei Hof gab man sich ehrgeizigen und bedenklichen Illusionen hin. Man unterschätzte den so oft schon geschlagenen Feind, stellte dem Kaiser die Dinge als leicht und neue Erfolge als sicher dar und bestand darauf, daß Nisch und Widdin unbedingt gehalten werden müssen. Vergeblich sträubte sich Markgraf Ludwig, unter solchen Umständen wieder den Oberbefehl zu übernehmen, vergeblich machte er in einer neuen Denkschrift [3]) mit besonderem Nachdruck darauf aufmerksam, daß höchstwahrscheinlich ein Angriff auf Siebenbürgen zu befürchten stehe, was zur Gefährdung nicht bloß dieses wichtigen Landes, sondern auch Oberungarns führen könnte. Am 18. Mai 1690 wurde Markgraf Ludwig neuerlich

1) Ganz ebenso sagte Veterani: „Siebenbürgen ist die eigentliche Zitadelle von Ungarn und ein Zaum für die Feinde." Memorie, S. 77.

2) Im Spätherbst 1689 hatten in Wien Friedensverhandlungen stattgefunden. Aber die Türken kamen mit ihren früheren Forderungen, die man natürlich ablehnte. Am 1. November 1689 erstattete der Statthalter von Niederösterreich, Graf Quintin Jörger, ein interessantes Gutachten, das die Fortsetzung des Krieges empfahl. Der neue Großwesir Mustafa Köprili brach weitere Verhandlungen ab. Klopp, Der Krieg von 1683, S. 450 ff.

3) Röder II, Urk., S. 213 ff.



mit dem Oberbefehl betraut. Er verlangte eine Konferenz, diese fand aber erst am 4. Juli statt, Ludwig stellte nochmals alle Bedenken vor und forderte ganz präzise Befehle des Kaisers. Diese erfolgten am 9. Juli [1]): Was des Markgrafen erste Proposition betrifft, nämlich Nissa, Widdin und das ganze Land jenseits der Save zu verlassen, so sei dies „eine solche Sach zu sein befunden, auf welche gar nicht zu gedenken, dahero auch nichts davon zu sagen ist". Vielmehr soll der Markgraf die Armee bei Jagodina versammeln, wohin auch Veterani von Nisch aus zu marschieren hat [2]), er soll keine Schlacht hazardieren, im äußersten Fall nach Belgrad zurückgehen, aber Nisch und Widdin mit allen Mitteln zur Verteidigung versehen. Von einer Gefahr für Siebenbürgen wird gar nicht gesprochen.

Und doch brach gerade hier das Verhängnis herein. Während Markgraf Ludwig Ende Juli zur Armee abging und am 18. August nach Belgrad kam, hatte der Großwesir Mustafa Köprili einen umfassenden Angriff eingeleitet. Er selbst zog mit starker Macht von Philippopel aus über Sofia vor Nisch, wo er am 15. August anlangte. Als der Kommandant Graf Guido Starhemberg die Aufforderung zur Übergabe stolz ablehnte — er verstehe nicht Türkisch —, begann die Belagerung. Ein anderes türkisches Korps, unterstützt von einer Donauflottille, marschierte gegen Widdin. Thököly aber war beauftragt worden, mit seinen Kuruzzen und mit Türken, Walachen, Moldauern und Tataren gegen Siebenbürgen zu ziehen. Das Land befand sich in Erregung. Denn am 15. April 1690 war Fürst Michael Apafy gestorben, seinen jungen Sohn zögerte der Kaiser als Fürsten anzuerkennen, ganz im kaiserlichen Sinne arbeitete Apafys allmächtiger Berater Michael Teleki, der sonst für seine Stellung bangte. Der Sultan aber ernannte am 8. Juni Thököly zum Fürsten. So kämpfte Thököly für seine eigene Sache. Er sammelte anfangs August zwischen Bukarest und Piteschti bei 16000 Mann und rückte gegen den Paß von Törzburg heran. General Heißler hatte rasch den Paß des Eisernen Tores im Südwesten Siebenbürgens besetzen lassen und zog nun selbst zusammen mit Teleki von Kronstadt aus Thököly entgegen. Aber am frühen Morgen des 15. August nahm Thököly die Feste Törz-

1) Röder, S. 222 ff., Angeli, S. 226 ff.

2) Dies geschah erst am 14. August, nachdem Veterani so gut als möglich für Nisch und Widdin vorgesorgt hatte, Veterani, Memorie, S. 54 ff. Veterani hatte geraten, daß bei Widdin oder bei Uj-Palanka Truppen konzentriert werden sollen zur Deckung Siebenbürgens.



burg am nördlichen Ausgang des Passes, führte in den nächsten Tagen in einem kühnen Gebirgsmarsch eine Umgehung aus und schlug am 21. August in einem geschickt geführten Gefechte die überraschten Siebenbürger und Kaiserlichen bei Zernyest und Tohany südwestlich Kronstadt. Teleki fiel, Heißler wurde gefangen, nur etwa 1000 Mann entkamen. Thököly rückte bis Földvár nördlich Kronstadt vor, die Tataren streiften in das Szeklerland, die fürstlichen Räte und ein Teil der Stände flüchteten nach Klausenburg, wandten sich hilfeflehend an den Kaiser und an den Markgrafen, aber der Anhang Thökölys wuchs rasch, dieser berief die siebenbürgischen Stände ein, zahlreiche kamen und wählten zu Grossau bei Hermannstadt am 22. September Thököly zum Fürsten [1]).

So drohte die größte Gefahr nicht bloß für Siebenbürgen, sondern auch für Ungarn. Als Markgraf Ludwig am 26. August in Jagodina eintraf, waren auch die Hiobsposten aus Siebenbürgen da. Der Kriegsrat am 27. August beschloß, was zu beschließen war: schnellster Aufbruch des Heeres nach Siebenbürgen, Nisch muß sich selber überlassen bleiben, ebenso Widdin, Belgrad wird sich halten, mit Hintansetzung alles andern muß Siebenbürgen und Oberungarn gerettet werden [2]). Am folgenden Tage begann der Marsch, am 4. September wurde bei Semendria die Donau überschritten, am 6. stießen bei Karansebes die Truppen Heisters, der bei Orsova gestanden, zur Armee, diese zog durch den Paß des Eisernen Tores. Thököly wagte mit seinen bunten und undisziplinierten Scharen — die Walachen und Tataren hatten ihn schon verlassen — keinen Kampf, wich bis Mediasch zurück, am 3. Oktober zog der Markgraf in Hermannstadt ein. Die Siebenbürger Sachsen versicherten ihn ihrer Treue und Hilfsbereitschaft, im übrigen waren „das gemeine Volk und der geringe Adel", sowie die meisten Magnaten in das Lager Thökölys übergegangen [3]). Dennoch wich Thököly immer zurück, vermied jede Schlacht, suchte einen Waffenstillstand zu erhalten. Aber Markgraf Ludwig drängte unaufhaltsam nach, stand am 22. Oktober südöstlich Udvarhely in Ölland, und hoffte schon den Feind zu einer

1) Vgl. Röder II, Urk., S. 252 ff. 262 ff. 273, Feßler-Klein, Gesch. von Ungarn IV, 477 ff., Acsády, S. 485 ff.

2) Das Votum des Markgrafen bei Röder II, 129 Anm. 1; sein Schreiben an den Kaiser vom 28. August, daselbst Urk., S. 247 ff., und S. 255. 260. 272 ff. 285 ff. 293 für das Folgende. Ebenso Veterani, Memorie, S. 68 ff. Vgl. Angeli, S. 235 ff. 244 ff.

3) Der Markgraf an den Kaiser, 6. Oktober, Röder II, Urk., S. 306.



Aktion zu bringen oder beim Land „hinauszudrucken". Da kommt die Unglücksnachricht von dem Falle Belgrads am 8. Oktober, man muß sich entschließen, Siebenbürgen zu verlassen, um nicht abgeschnitten zu werden. Aber auch Thököly will die neue Sachlage ausnützen und an Kronstadt vorbei den Paß des Eisernen Tores erreichen. Markgraf Ludwig erfaßt diese Absicht und rückt ihm mit seiner Reiterei so schnell „auf den Hals", daß Thököly am 29. Oktober „in großer Confusion" durch den Bodzaer Paß in die Walachei entweicht [1]).

Siebenbürgen war befreit und dem Kaiser erhalten. Der Markgraf bestellte Veterani [2]) als Kommandierenden, beließ acht Regimenter im Lande und führte die übrigen Truppen über Klausenburg in die Gegend von Szathmar, um sie endlich in Winterquartieren unterzubringen Doch gab es noch im Dezember Einfälle von Tataren und Thökölyanern und einen Versuch Thökölys selber, wieder über den Törzburger Paß einzubrechen. Markgraf Ludwig eilte nochmals nach Klausenburg, vertrieb die Tataren, Veterani wehrte Thököly ab. Am 1. Januar 1691 konnte Markgraf Ludwig wieder von Szathmar aus an den Kaiser berichten und wünschen, daß im neuen Jahre Gott den Kaiser „mit anderen größeren Victorien segnen und den gehabten Schaden ersetzen möge" [3]).

Wir haben von diesem Schaden noch zu sprechen. Nisch und Widdin waren ihrem Schicksal überlassen worden. Widdin ergab sich den Türken schon am 29. August 1690 nach einer nur fünftägigen, schwachen Verteidigung. Nisch wurde von dem energischen Grafen Guido Starhemberg durch mehr als drei Wochen tapfer gehalten. Gemäß seiner Instruktion, „in der letzten und äußersten Extremität" die Besatzung zu salvieren, kapitulierte er endlich am 8. September gegen freien Abzug der Truppen. Am 22. September langte er mit 2800 Mann in Belgrad an [4]). Auf Belgrad konzentrierte sich nun, da der Markgraf in Siebenbürgen beschäftigt, der türkische Angriff. Der Pascha von Rumelien, der Widdin genommen, rückte die Donau aufwärts, und nacheinander fielen die Plätze Feth-Islam (Kladova), Orsova, Golubatz.

1) Der Markgraf an den Kaiser, 3. Nov., Röder, S. 331.

2) Dieser berichtet über seine Aktionen, Memorie, S. 72 ff. Vgl. Angeli S. 249 ff.

3) Röder, S. 373. Daselbst S. 331 ff. die Berichte aus dem November und Dezember 1690.

4) Vgl. Angeli, S. 239 f. und Gerba in Mitteil. des Kriegsarchivs (1888) N. F. II, 174.



Der Großwesir Mustafa Köprili aber zog von Nisch aus vor Semendria, das er am 24. September erstürmte, am 28. erschien seine Vorhut vor Belgrad.

Belgrads Besatzung zählte jetzt etwa 8000 Mann, die Festung befand sich in keinem guten Zustand [1]). Der Kommandant Graf Aspremont wollte nicht daran glauben, daß die Türken noch an eine Belagerung denken, er meinte unbegreiflicherweise noch am 29. September, daß sie bei so später Jahreszeit nicht angreifen werden, wenn aber doch, werden sie sich den Kopf wohl ziemlich abstoßen. In Wien war man bald nicht mehr dieser Ansicht, es mußte vielmehr der Feldmarschall Herzog von Croy mit Kurierpferden nach Belgrad eilen, um das Kommando zu übernehmen, und Aspremont wurde befohlen, indes die Festung bis aufs äußerste zu halten. Schon am 1. Oktober erschien das starke Heer des Großwesirs vor Belgrad, eröffnete am 2. Oktober den Angriff und trieb in den nächsten Tagen Laufgräben und Stürme ganz nahe an den Festungsgraben vor, so daß in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober die Verschanzung der Wasserstadt am Donauufer geräumt werden mußte. Aspremont, jetzt so kleinlaut wie früher selbstsicher, sprach schon von Kapitulation, um die sechs schönen Regimenter zu erhalten, da erfolgte am 8. Oktober eine fürchterliche Katastrophe. Eben war es dem Herzog von Croy geglückt, in die Festung zu gelangen, er weilte bei Aspremont, da steckte eine türkische Bombe den sogenannten Bleiturm auf dem Schlosse in Brand, es scheint, daß das Feuer die drei Pulvermagazine ergriff, diese flogen nacheinander mit entsetzlichem Krachen in die Luft. Das Schloß zerbarst, der obere Festungswall wurde in den Graben geschleudert, die Trümmer und Erdmassen erschlugen und verschütteten drei zunächst gelagerte kaiserliche Regimenter. Die Häuser der Stadt wurden zertrümmert, noch ein Pulvermagazin in der Wasserstadt explodierte, in der furchtbaren Verwirrung eilte, wer noch konnte, der Donau zu, um sich zu retten, die Türken drangen mit wildem Geschrei über die Breschen in die Festung. Der größere Teil der Besatzung ging zugrunde. Croy und Aspremont retteten sich auf einem Kahn über die Donau und kamen am 12. Oktober in jämmerlichstem Zustand nach Esseg, wohin Guido

1) Vgl. zum Folgenden Wagner, Hist. Leopoldi II, 145 ff., Röder II, 132 ff. und Urk., S. 281. 291 ff. 299. Angeli, S. 241 ff. Der Bericht Aspremonts, den Wagner benutzte, ist ediert von Bubics im Történelmi Tár 1888, S. 743 ff. Graf Aspremont war verlobt mit Julia Rákóczy, der Tochter aus Helene Zrinyis erster Ehe mit Franz Rákóczy.



Starhemberg von Belgrad aus noch vor Beginn der Belagerung gesandt worden war.

Es hieß natürlich gleich, Verrat sei im Spiele gewesen, der Oberingenieur Andrea Cornaro, ein Kandiote, der dann zu den Türken überging, wurde beschuldigt, aber auch Aspremont selber. Das kriegsgerichtliche Verfahren, das eingeleitet wurde, endete mit Aspremonts Freispruch, aber von Unfähigkeit und Lässigkeit kann er nicht freigesprochen werden [1]).

Der Fall Belgrads, der drohende Verlust Siebenbürgens verbreitete einen Schrecken, dessen man schon entwöhnt war. Und in der Tat, wäre jetzt Mustafa Köprili mit seiner Heeresmacht vorgerückt in das von Truppen entblößte Ungarn, er hätte keinen Widerstand gefunden. Dazu entschloß er sich nicht, aber er sandte 15000 Janitscharen nach Esseg, um auch diesen wichtigen Platz zu erobern. Aber hier kommandierte Guido Starhemberg. Seine Entschlossenheit, ein glücklicher Ausfall und eine gelungene Kriegslist brachte die Türken am 5. November zum Rückzug [2]). Dagegen fiel um dieselbe Zeit Orsova, und türkisch-tatarische Streifpartien, die der Großwesir über die Donau schickte, vertrieben die geringen Zernierungstruppen bei Temesvar und Großwardein, nahmen Lugos, Karansebes und Lippa und machten den früher schon erwähnten Einfall ins nördliche und mittlere Siebenbürgen. Markgraf Ludwig schuf endlich im Dezember Ruhe.

Die Hoffnungen, mit denen der Wiener Hof den Türkenfeldzug von 1690 begonnen hatte und gegen Einsicht und Willen des Generalissimus anfänglich führen ließ, und die Fehler einzelner Generale hatten sich bitter gerächt. Man sah dies nun in Wien wohl ein und man erkannte, daß der schwere Doppelkrieg allerdings nicht nach beiden Seiten offensiv geführt werden könne, daß man aber jetzt angesichts der Erfolge und Rüstungen der Pforte das Hauptgewicht wieder auf den türkischen Kriegsschauplatz legen müsse [3]). Für den Feldzug des Jahres 1691

1) Wagner II, 148. Wagner konnte die Akten des Prozesses benutzen.

2) Wagner II, 148 f., Röder II, 150.

3) Vgl. die Briefe K. Leopolds an P. Marco d'Aviano vom 15. Oktober, 19. November und 31. Dezember 1690, Klopp, Corrispondenza, S. 197 ff. P. Marco drängte im Frühjahr 1691 auf schleunige Rüstung und baldigsten Beginn des Feldzugs und spart in seinen Briefen nicht mit Vorwürfen über Minister und Höflinge, schlechte Verwaltung und üblen Willen der Hofkammer und des Hofkriegsrates. Corrispondenza, S. 205 ff.



wurden nun starke Rüstungen betrieben. Man begann im Winter mit der Werbung von 20000 jungen Rekruten aus den Erbländern, ungarische Herren erhielten Patente zur Aufstellung von Freikorps leichter Reiterei. Durch Verträge mit Max Emanuel von Bayern vom 28. Oktober und mit Friedrich von Brandenburg vom 24. Dezember 1690 wurden Hilfskorps von 2100 und 6125 Mann für den Türkenkrieg gesichert, eine Anzahl von Regimentern wurde aus den Niederlanden und vom Rhein nach Ungarn gezogen[1]). Ein Gutachten vom Februar 1691 dringt nachdrücklich auf die Beschleunigung der Rüstungen und rät, daß die Hauptmacht an der Donau operieren und sich baldigst bei Esseg sammeln soll, um hier schon dem Feind entgegenzutreten. Besonderes Gewicht wird auf die Behauptung Siebenbürgens gelegt und empfohlen, den jungen Apafy als Fürsten zu bestätigen, um sich dadurch eine kräftige Partei gegen Thököly und die Türken zu schaffen[2]). Dies lag allerdings nicht in den Absichten des Hofes, im übrigen wurde aber der Feldzug nun durchaus auf die Donaulinie basiert.

Auch die Pforte rüstete gewaltig. Sie stand seit dem Vorjahr in förmlichem Bündnis mit Frankreich, König Ludwig und sein Gesandter Chateauneuf in Konstantinopel schürten nach Kräften. Aufgefangene Briefschaften ließen darüber keinen Zweifel und der heiße Wunsch König Wilhelms von England sowie der Holländer, daß der Kaiser mit der Pforte Frieden schließe, um seine ganze Kraft gegen Frankreich zu wenden, scheiterte an der Kriegsentschlossenheit Mustafa Köprilis. Und wenn der Kaiser hoffte, durch die kürzlich (25. März 1690) geschlossene Heirat des Prinzen Jakob, Sohnes König Johann Sobieskis, mit Elisabeth von Pfalz-Neuburg, einer jungen Schwester der Kaiserin, Polen zu stärkerem Eingreifen wider die Türken zu bewegen, so wirkte auch in Warschau der alte französische Einfluß hemmend entgegen. Trotz alledem sandte König Wilhelm im Frühjahr 1691 den Ritter Hussay an die Pforte. Er kam gerade, als Sultan Suleimân II. am 22. Juni in Adrianopel

1) Riezler, Gesch. Baierns VII, 358, Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 103. Für den Feldzug von 1691 vgl. Röder II, 154 ff. und Urk., S. 374 ff., Arneth, Guido Starhemberg, S. 132 ff., Angeli, S. 253 ff. und Aloys Schulte, Die Schlacht bei Szlankamen, Münchener Allgem. Zeitung 1891, Beilage 192, 193 (August 19 und 20).

2) Das Gutachten (vielleicht von Rüdiger Starhemberg?) bei Röder, Urk., S. 374 ist undatiert; der Inhalt ergibt, daß es wohl im Februar 1691 entstand. Auch der Markgraf hatte einmal (23. Okt. 1690) die Ansicht ausgesprochen, daß eine Anerkennung des jungen Apafy vielleicht das beste sei. Röder, S. 326.



starb und sein jüngerer Bruder Achmed ihm folgte. Aber der Thronwechsel änderte nichts an den Absichten des allmächtigen Großwesirs, nur der Beginn des Feldzuges wurde dadurch etwas verschoben [1]).

Es wurde Juni bis die Heere sich sammelten, die Kaiserlichen und ihre brandenburgischen und bayerischen Hilfsvölker bei Ofen, die Türken bei Belgrad [2]). Den Großwesir begleiteten Chateauneuf und französische Offiziere und Ingenieure. Am 29. Juni begann die kaiserliche Armee den Vormarsch längs der Donau, Mitte Juli traf Markgraf Ludwig, der krank gewesen, beim Heere ein, am 19. Juli überschritt dieses bei Esseg die Donau und rückte weiter vor bis Peterwardein, wo es bis 3. August blieb. Inzwischen hatten die Türken bei Semlin in dem Winkel zwischen der Savemündung und der Donau ein Lager bezogen, das nach den Anweisungen der französischen Ingenieure wohl verschanzt wurde. Die türkische Kriegsmacht, bei der auch Thököly mit 600 Husaren eintraf, zählte 50- bis 60000 Mann, die christliche Armee 33000 kampffähige Streiter. Die ungewöhnliche, drückende Hitze forderte zahlreiche Opfer [3]). Der Markgraf rückte langsam bis knapp vor die feindlichen Stellungen. Ein Angriff auf diese erwies sich bei der gewaltigen Stärke der Türken als unmöglich. So wollte der Markgraf durch eine Rückwärtsbewegung den Feind herauslocken, er zog in den Tagen vom 13. bis 17. August zurück bis Szlankamen gegenüber der Theißmündung. Der Großwesir folgte in der Tat. Am 18. August erwartete die kaiserliche Armee in vorteilhafter Stellung Angriff und Schlacht. Aber der Großwesir vollzog nun eine überraschende Bewegung. Längs des Südufers der von Peterwardein her westöstlich strömenden Donau ziehen sich die Ausläufer des Verdnikgebirges, in eine Höhe nordwestlich Szlankamen endend. Hierher zog nun in der Nacht zum 18. August und an diesem Tage das türkische Heer, in weitem Bogen die Kaiserlichen umgehend, und besetzte auf jener Höhe eine ausgezeichnete Stellung, die raschestens durch Verschanzungen befestigt wurde. Nur am rechten Flügel konnten diese nicht mehr ganz vollendet werden, so daß hier das Lager

1) Vgl. Klopp, Das Jahr 1683, S. 461. 465. 467. 472 ff. Fraknói, Papst Innocenz XI. und Ungarns Befreiung, S. 275 ff.

2) Neben den Berichten des Markgrafen (bei Röder) ist eine wichtige Quelle das Tagebuch des Generalquartiermeisters Tobias von Haßlingen 1691 und 1692 (im Kriegsarchiv Wien), schon von Arneth, dann von Angeli benutzt.

3) Schon Ende Juli betrug beim kaiserlichen Heer die Zahl der Kranken bei 5000. Angeli, S. 258. 269 Anm. 1.



offen blieb. Während des Marsches trafen die Türken auf das Dragonerregiment Buquoy, das verspätet zur Armee stoßen wollte, es wurde umzingelt und aufgerieben. Der türkischen Flottille gelang es unter ihrem kühnen Kommandanten Mezzomorto, auf der Donau die unmittelbare Verbindung mit dem Lager des Großwesirs herzustellen. So hatte dieser nicht bloß eine vorteilhafte Position gewonnen, sondern auch der kaiserlichen Armee die Verbindung mit Peterwardein und die Zufuhr zu Lande und auf der Donau abgeschnitten. Diese Lage zwang den Markgrafen zur Schlacht [1]).

Er wollte wieder, ähnlich wie im Vorjahr bei Nisch, durch eine Umgehung wirken, die gleichzeitig von einem starken Angriff auf das Lager des Feindes und auf dessen unterhalb des Lagers in der Ebene aufgestellte Reiterei unterstützt werden sollte. In der Frühe des 19. August, es war ein Sonntag, begann der Aufmarsch. In der rechten Flanke rückte Reiterei unter dem Herzog von Holstein über die Höhen längs der Donau vor, gefolgt von 20 Bataillonen Infanterie unter Souches und Guido Starhemberg mit einer Massenbatterie. Links davon marschierten als Zentrum 10 Bataillone Infanterie und Kavallerie, darunter die Brandenburger unter General Barfuß, und als linker Flügel starke Reiterei wieder gemischt mit Fußvolk, unter dem Befehl des alten Feldmarschalls Dünewald. Dieser linke Flügel hatte die wichtige Aufgabe, die türkische Reiterei zurückzudrängen, zu überflügeln und in das Lager seitwärts einzudringen. Das von kleinen, aber doch hemmenden Gräben durchzogene, mit Weingärten oder hohem, dichten Gras bedeckte Gelände verlangsamte den Aufmarsch, es wurde Nachmittag. Um 3 Uhr ließ der Markgraf, ungeduldig und, wie es heißt, durch eine verfrühte Meldung über Dünewalds Vorgehen bestimmt, das Zeichen zum Angriff auf dem rechten Flügel geben. Dreimal stürmten nun die tapferen kaiserlichen Völker gegen die Lagerschanzen der Türken. Dreimal mußten sie vor dem schweren Geschützfeuer und der Übermacht der aus dem Lager vorbrechenden Janitscharen wieder zurück. Souches wurde tötlich getroffen, viele höhere Offiziere fielen, Guido Starhemberg, von einem Pfeil in der Brust verwundet, kaum verbunden, hielt dennoch mit heroischem Mut die Truppen zusammen. Aber sie erlitten furchtbare Verluste und waren schließlich erschöpft.

1) Bei Angeli ein Plan der beiderseitigen Stellungen (nach Haßlingen), bei Acsády, S. 491 eine gleichzeitige bildliche Darstellung der Schlacht, die eine ziemlich gute Vorstellung gibt.



Der Feind seinerseits hatte indessen, nach einem vergeblichen Angriff auf den linken Flügel, seine Reiterei, die Thököly führte, zu einem höchst gefährlichen Stoß gegen die an den bedrängten rechten Flügel anschließende Kavallerie konzentriert, um hier durchzubrechen. Hier hielt der Markgraf selber und führte die Kürassiere von Caprara dem nahenden Ansturm entgegen. Ein wütendes Reitergefecht erfüllte das Feld. Nur dadurch, daß vom Zentrum her brandenburgische Kürassiere und Infanterie unter General Barfuß eingriffen, wurde ein völliges Zerreißen der Schlachtordnung mit Mühe und unter schweren Opfern verhindert.

„Mehr als ein Stund lang hatten die Türken sozusagen die Victorie in Händen", schon nahte der Abend und noch immer hörte man nichts vom linken Flügel, dessen Angriff ja hätte gleichzeitig mit dem des rechten geschehen sollen. Er allein konnte auch jetzt noch die Wendung bringen, aber es war schon höchste Zeit. Markgraf Ludwig eilte ohne Begleitung hinüber [1]), fand Reiterei und Fußvolk noch im Vorrücken, die Infanterie schwer gehemmt durch das dichte Gestrüpp und hohe Gras und dadurch selbst wieder die Reiterei behindernd, er ließ das Fußvolk zurück, nahm die Reiter selbst unter seinen Befehl und stürmte nun mit ihnen ungestüm in die rechte Flanke der türkischen Spahi. Zugleich hatte die leichte Kavallerie der Reserve mit den Husaren und Raizen vorwärts zu bringen, an der offenen Seite in das Lager einzubrechen und so die Türken im Rücken zu fassen. Dieser mächtige Doppelangriff der frischen Reitermassen wendete das Schicksal des heißen, blutigen Kampfes. Die Spahis wurden geworfen und flüchteten großenteils in das Lager, nun konnten auch das entlastete Zentrum, ja selbst der rechte Flügel des kaiserlichen Heeres wieder vorgehen, im Rücken des Feindes drang die Kavallerie ins Lager,

1) Beim Zusammentreffen mit Dünewald soll es zwischen beiden ein scharfes Renkontre gegeben haben. An sich nicht unwahrscheinlich: Ludwig war ja sehr temperamentvoll und seit 1687 kein Freund Dünewalds (vgl. oben S. 396), Dünewald seinerseits konnte auf das böse Gelände und auf den verfrühten Angriff des rechten Flügels die Schuld schieben. Aber es ist demgegenüber bemerkenswert, daß Wagner, Hist. Leopoldi II, 183 berichtet, es hätten ihn Augenzeugen versichert, daß die Geschichte von dem heftigen Streit eine Fabel sei. Dünewald erkrankte unmittelbar nach der Schlacht und starb schon am 31. August in Esseg. Daran knüpften sich noch weitere Gerüchte: Dünewald sei auf dem Weg nach Wien gewesen, um sich zu rechtfertigen, er habe sich selbst vergiftet, um der Verurteilung zu entgehen usw., vgl. Wagner II, 186. Wenn Markgraf Ludwig am 25. August bei dem Bericht über die überhandnehmenden Erkrankungen sagt, daß „auch der Generalfeldmarschall Graf Dünewald sehr übel auf ist" (Röder II, Urk., S. 387), so genügt dies doch vollständig.



die Situation hatte sich jäh geändert, die Türken sahen sich umzingelt. Die Spahis brachen zwar heraus und durch, aber nur um zu flüchten. Die Janitscharen aber wehrten sich im Lager nach allen Seiten mit verzweifelter Tapferkeit. In mörderischem Kampfe wurden sie überwältigt und zusammengehauen. Der Großwesir Mustafa Köprili, der Seraskier, 18 Paschas und bei 20 000 Türken deckten das Schlachtfeld, kaum 2000 Janitscharen entkamen nach Belgrad, das Lager mit reicher Beute fiel in die Hand der Sieger. Auch das kaiserliche Heer hatte den endlichen Erfolg nur mit schweren Verlusten errungen. Man zählte mehr als 3900 Tote, über 4000 Verwundete, ein Viertel der Armee war kampfunfähig, die Generale Souches, Fürst Arenberg und Prinz Holstein, die Obersten Kaunitz und Below, der Oberstleutnant Adam Zrinyi, Sohn Nikolaus Zrinyis, der letzte seines Geschlechtes, und bei 300 Offiziere waren gefallen, manche Regimenter des furchtbar mitgenommenen rechten Flügels hatten die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt [1]).

Nicht mit Unrecht rühmt ein kaiserlicher Offizier in einem Schreiben nach Wien das außerordentliche Verdienst des Markgrafen Ludwig an dem Siege: niemals hat der Prinz soviel militärisches Genie und soviel Tapferkeit bewiesen als in dieser Schlacht, der Kaiser ist ihm noch zu größerem Dank verpflichtet als seinem Heer. Der Kaiser dankte seinem Feldherrn durch die Ernennung zum Generalleutnant, der höchsten militärischen Würde der kaiserlichen Armee — Montecuccoli hatte sie nach St. Gotthard, Karl von Lothringen nach Ofen erhalten.

Der Sieg war groß und ruhmvoll. Aber die blutigen Verluste und die in der Gluthitze der Donauniederungen reißend um sich greifenden Krankheiten [2]) schwächten die Armee so sehr, daß der Erfolg trotz der Vernichtung des türkischen Heeres nicht ausgenützt werden konnte. Der Markgraf konnte an eine Belagerung Belgrads nicht denken und er entschloß sich gegen die nördlichste der noch von den Türken gehaltenen Festungen zu ziehen, **Großwardein**, das die wenigsten Schwierigkeiten zu bieten schien, „weil es gleichsam an dem Tor der eigenen Festungen und mitten in den ungarischen Komitaten liege". Nachdem er den Feldmarschall Herzog von Croy mit zehn Regimentern zur Säuberung und Deckung Slavoniens zurückgelassen, marschierte er mit den noch übrigen 14 200 Mann das rechte Ufer der Theiß aufwärts bis Szolnok, wo das

1) Die Verlustlisten bei Röder II, Urk., S. 395 ff., Angeli, S. 267.

2) Hierüber das Schreiben des Markgrafen an den Kaiser, 25. August, Röder II, Urk., S. 387. Für das Folgende vgl. Röder II, 176 ff. 188 ff., Angeli, S. 270 ff. 280 ff.



Heer am 22. September eintraf. Inzwischen hatte General Veterani, aus Siebenbürgen vorrückend, die Feste Lippa an der Maros östlich Arad, etwas später auch Lugos und Karansebes genommen und damit der Hauptarmee eine gute Deckung verschafft [1]). Am 10. Oktober langte die Armee vor Großwardein an, am 12. begann die Belagerung. Die Feste bestand aus der starken Zitadelle, der gut ummauerten Stadt und der nur leicht befestigten Palanke Olaszi. Sie war stärker als man wohl angenommen hatte. Allerdings wurde die Palanke am 16., die Stadt am 24. Oktober genommen. Aber trotz heftiger Beschießung wiesen die Türken die Aufforderung zur Übergabe der Zitadelle am 3. November schroff zurück. Schon war übles Winterwetter eingebrochen, Krankheiten hatten den Stand des Heeres verringert, „eine wirkliche Belagerung zu entreprenieren“ erschien „bei so später Zeit und mit wenigem Fußvolk, um die Reputation der kaiserlichen Waffen nit in Hazard zu setzen“, durchaus nicht ratsam [2]). „Ich muß wider meinen Willen moderat werden“, klagt Markgraf Ludwig, und so wurde seit dem 5. November die Belagerung in eine Blockade umgewandelt, die ermüdeten Truppen wurden teilweise in die Winterquartiere gelegt, der Markgraf verließ die Armee. All dies konnte unangefochten geschehen, die Türken unternahmen nach der furchtbaren Niederlage von Szlankamen nichts mehr. Allein Großwardeins gut versorgte Besatzung ergab sich nicht und erst als im April 1692 das Einschließungskorps durch 5000 Mann unter General Heißler [3]) verstärkt und eine ernstliche Belagerung wieder aufgenommen wurde, kapitulierten endlich die Türken am 6. Juni 1692 [4]). Der einst so

1) Vgl. die Erzählung Veteranis, Memorie, S. 78 ff. Danach muß doch angenommen werden, daß Veterani schon vor dem 19. August Lippa nahm, nicht erst am 12. September, wie Feßler-Klein IV, 489, auch Angeli, S. 275 ohne Quellenangabe sagen.

2) Markgraf Ludwig an K. Leopold, 5. und 10. November 1691, Röder II, Urk., S. 419. 422.

3) Heißler war 1691 durch Auswechslung mit Thökölys Gattin Helene Zrinyi aus der Gefangenschaft befreit worden. Wagner II, 189.

4) Die abziehende Besatzung wurde entwaffnet und bei Tokay interniert, als Repressalie für die mit Verletzung der Kapitulation gefangen nach Belgrad abgeführten 300 Kaiserlichen, die in der Felsenhöhle Piscabara am linken Donauufer oberhalb Orsova eingeschlossen worden waren und nach tapferer Gegenwehr sich Ende April 1692 gegen freien Abzug ergeben hatten. General Veterani hatte den Posten besetzen lassen, um die Stromenge der Donau und den Verkehr des Feindes zu sperren. Die Höhle wurde daher seitdem auch die Veteranische Höhle genannt. Vgl. Veterani, Memorie, S. 84 ff. Angeli, S. 277 ff.

schmerzlich empfundene Verlust Großwardeins im Jahre 1660 war nun wieder gut gemacht.

Der Feldzug von 1691 hatte, wenn auch Belgrad und die Eroberungen in Serbien und Albanien verloren blieben, doch die Save- und Donaugrenze wiederhergestellt und gesichert, Lippa gewonnen und in seiner Nachwirkung noch das wichtige Großwardein. Aber damit endete für mehrere Jahre der bisher fast ununterbrochene Siegeslauf der kaiserlichen Waffen. Man sah sich zur Defensive gezwungen, ohne entscheidenden Erfolg zog sich der lange, schwere Krieg noch endlos hin. Die allgemeine Lage, der Kampf gegen Frankreich, die Friedensbemühungen Hollands und Englands, die geringen Leistungen des polnischen und russischen Bundesgenossen in der heiligen Liga und die furchtbaren finanziellen Lasten des Doppelkampfes, endlich auch Fehler der Kriegführung — all dies wirkte zusammen, um nach der Kraftanstrengung von 1691 die Jahre 1692 bis 1696 des großen Türkenkrieges zu weniger erfreulichen zu gestalten. Wir haben sie nur kurz zu schildern.

Der Sieg von Szlankamen belebte die Hoffnung auf Frieden. Hussay, der englische, und Colyer, der holländische Gesandte bei der Pforte, erklärten dem neuen Großwesir Ali Pascha, daß ihre Mächte zur Vermittlung bereit seien und daß der Status quo als Grundlage genommen werden möge. Der anfängliche Schein einer Geneigtheit der Pforte schwand bald vor den französischen Louisdors; schon am 4. November 1691 schreibt der Kaiser an Marco d'Aviano, daß gewisse Christen, die diesen Namen nicht verdienen, der Christenheit den größten Schaden tun, und mit dürren Worten bemerkt zur gleichen Zeit Heinsius gegenüber König Wilhelm von England: Das Gold der Franzosen trägt bereits seine Früchte [1]). Es galt also den Krieg fortzuführen und aufs neue zu rüsten. Die Last wurde immer schwerer. Man mußte gerade jetzt nach Piemont und Savoyen Verstärkungen senden, am Rhein und in den Niederlanden ging der Krieg weiter. Die großartige Hilfsbereitschaft eines Papst Innocenz XI., der dem Kaiser im ganzen mehr als anderthalb Millionen und an Polen drei Millionen gespendet hatte [2]), wurde

1) Corrispondenza ed. Klopp, S. 223, Klopp, Das Jahr 1683, S. 479. 485. Auch ein Vorfall mit dem Grafen Marsigli, der als Bote des Kaisers, aber in türkischer Kleidung reiste, von Raizen (Serben) überfallen und schwer verwundet wurde, gab zu Rekriminationen Anlaß.

2) Fraknói, Papst Innocenz XI. und die Befreiung Ungarns, S. 287.

nach seinem Tode (12. August 1689) von seinen Nachfolgern Alexander VIII. (1689—1691) und Innocenz XII. (1691—1700) nicht nachgeahmt. Papst Alexander gewährte nach dem Verluste Belgrads im Oktober 1690 eine Hilfe von 100 000 Gulden [1]), Innocenz XII. (Pignatelli), der einst selbst Nuntius in Wien gewesen, sandte zu Beginn seines Pontifikates 50 000 Taler, aber das war alles [2]). Die beste Hilfe kam von deutschen Fürsten: der Ehrgeiz Ernst Augusts von Hannover nach der Kurwürde verschaffte dem Kaiser laut Vertrag vom 22. März 1692 ein Korps von 6000 Mann [3]), Max Emanuel von Bayern, der Bischof von Münster, Sachsen-Gotha, Dänemark stellten je 2000 bis 3000 Mann, König Wilhelm sandte 2300 Irländer. Aber die Hannoveraner standen Ende Mai noch in Thüringen, noch später rückten die anderen Hilfsvölker ein und die eigenen Rekrutierungen in den Erblanden gingen aus Mangel an Geld nur langsam vorwärts. Eine kleine Donauflottille wurde erbaut und dem Befehl eines Marquis Fleury unterstellt [4]). Erst am 22. August kam Markgraf Ludwig auf dem Sammelplatze der Armee zwischen Esseg und Vukovar an. Noch immer fehlten viele Hilfskontingente und im Lager wütete ein epidemisches Fieber und dann die Ruhr. Ende August zählte man 5000 Kranke [5]). Am 10. September erreichte man Peterwardein, hier erkrankte der Markgraf selber. Auch das türkische Heer, das sich langsam bei Belgrad sammelte, litt unter den gleichen Schwierigkeiten. Auf kaiserlicher Seite wollte man, gewarnt durch die schweren Verluste des Vorjahres, sichtlich nicht wieder eine blutige Schlacht wagen. Immer schwieriger wurde es in der Tat, die Menschenverluste des großen Kampfes

1) Vgl. G. Freih. v. Bischoffshausen, Papst Alexander VIII. und der Wiener Hof (1900), S. 154. Zu Anfang 1690 bewilligte der Papst eine Auflage von 500 000 Gulden auf den Klerus der Erblande und von 90 000 auf jenen von Böhmen, eine Hilfe, die nur nach und nach eingehen konnte. Ebenda, S. 103 f.

2) Corrispondenza, S. 223.

3) Vgl. oben S. 438, zum Folgenden Röder II, 188 ff., Angeli, S. 282 ff., Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 105. Der Vertrag mit Dänemark vom 15./25. März 1692 in Feldzüge des Prinzen Eugen II, 380.

4) Vgl. Angeli, S. 285. Dieser Marquis Fleury, ein Savoyarde, hatte ein merkwürdig abenteuerliches Leben hinter sich, war schon 1689 mit dem Plan einer Donauflotte an den Wiener Hof herangetreten, hatte dann an Stratmann, Königsegg und dem spanischen Gesandten Borgomainer Gönner gefunden, auch Markgraf Ludwig sprach sich dafür aus. Fleury starb noch im Jahre 1692. Über ihn eingehend Wagner, Hist. Leopoldi II, 201 ff. 213 f.

5) Corrispondenza, S. 229. Im ganzen sind bei 4000 Mann den Krankheiten erlegen. Angeli, S. 288.

auf drei oder vier Kriegsschauplätzen zu ersetzen und so überwog die Vorsicht und das bekannte Prinzip der Konservierung der Armee. Es kam überhaupt zu keinem kriegerischen Zusammenstoß. Die Türken, so schreibt der Kaiser am 8. November 1692, überschritten die Save nicht, und die Unseren konnten es nicht, ohne das Heer zu gefährden; vielmehr soll es konserviert werden, um im nächsten Jahr den Feldzug einmal rechtzeitig beginnen zu können [1]). Nachdem man beiderseits die Truppen bloß mit Arbeiten an den Festungswerken von Peterwardein und Belgrad beschäftigt hatte, bezog man im November die Winterquartiere. Markgraf Ludwig aber ging nach Wien, einer neuen Bestimmung entgegen, die ihn, im Grunde wider seinen Wunsch, für immer von dem Schauplatz seiner glänzendsten Erfolge entfernte: der Markgraf vertauschte seit 1693 den ungarischen Kriegsschauplatz mit dem rheinischen [2]).

Auch Polen und Venedig hatten in diesem Jahre 1692 keine Erfolge zu verzeichnen und im Kampfe gegen Frankreich war für die Alliierten neben dem Verlust von Namur und der Niederlage von Steenkerken der große Seesieg über die französische Flotte bei La Hogue (29. Mai) der einzige Lichtblick. Gerade dieser Erfolg ließ Pläne, die schon früher gelegentlich angeregt worden, wieder laut werden. England und Holland wollten ja längst den Kaiser dazu bringen mit der Pforte Frieden zu schließen, selbst um die Preisgabe Siebenbürgens. Aber man begann, wie der Venetianer Venier um diese Zeit es ausspricht [3]), zu fürchten, daß die Liga, durch Interessengegensätze ihrer Mitglieder geschwächt, überhaupt nicht imstande sei die Kraft der Pforte zu ermüden und zu brechen. Wie, wenn man einen neuen Kämpfer ins Feld führte, wenn die Seemächte mit ihrer siegreichen Flotte eingriffen, vor Konstantinopel erschienen und die Pforte zum Frieden zwängen! Es hätte hierzu kaum einer förmlichen Kriegserklärung der Seemächte an die Hohe Pforte bedurft, es hätte vielleicht eine Flottendemonstration genügt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1692 trat der kaiserliche Gesandte in London mit dem Vorschlag an König Wilhelm heran, der Pforte mit dem Bruch von seiten Englands und Hollands zu drohen. Aber der Oranier kannte seine holländischen Landsleute, die Kaufherren von Amsterdam und deren englische Berufsgenossen. Eine feindselige Aktion gegen die Türken konnte

1) An P. Marco d'Aviano, Corrispondenza, S. 230. Auch der venetianische Gesandte Girolamo Venier berichtet Ende 1692 eben in diesem Sinne. Fontes II 27, 342.

2) Vgl. oben S. 442.

3) Fontes II 27, 338.

den blühenden englischen und holländischen Levantehandel gefährden und dies drohte dem König zu Hause die größten Schwierigkeiten zu bereiten, Grund genug, daß er auf solche Pläne überhaupt gar nicht einging [1]). Eine Bemerkung Veniers trifft einen bleibenden Grundzug englischer Politik: da jene Nationen einzig nur mit dem, was ihnen nützlich ist, operieren, lassen sie sich mehr von den Interessen des Handels und Gewinnes leiten, als von der politischen Erwägung, den Kaiser von so weitgehender Teilung seiner Kräfte zu befreien [2]).

Um so unverdrossener versuchte König Wilhelm den diplomatischen Weg, nicht beachtend, daß dieses allzu eifrige Friedenswerben nur geeignet war, die Türken noch hochmütiger und halsstarriger zu machen. Der englische Gesandte Hussay war im Herbst 1691 gestorben, sein Nachfolger Harbord im August 1692. Nun beauftragte Wilhelm die Gesandten Englands und Hollands in Wien, Lord Paget und Heemskerck, mit Verhandlungen zu Vermittlung des Friedens. Heemskerck und Paget reisten nach einander im Herbst nach Belgrad. Als dort Paget erkrankte, folgte Heemskerck dem Großwesir nach Adrianopel, und er glaubte im Dezember berichten zu können, daß der Friede wahrscheinlich sei. Eine schlimme Täuschung. Die beiden Gesandten — Paget kam nach — mußten sich eine schnöde Behandlung gefallen lassen, von Friede mit dem Kaiser war keine Rede, vielmehr soll Todesstrafe darauf gesetzt worden sein, von Frieden zu sprechen, bevor Ofen wieder in der Hand der Türken. Mit Polen allerdings hätte die Pforte gerne einen Sonderfrieden geschlossen und war bereit, Kaminiec nach Schleifung der Festungswerke abzutreten. In der Tat war Polen nicht recht verläßlich, eine polnische Gesandtschaft trat damals in Wien mit heftigen Klagen und wenig passenden Rekriminationen auf [3]).

So ging der Krieg im Jahre 1693 weiter [4]). Die Entfernung des Markgrafen Ludwig von Baden sollte man bald recht empfindlich spüren. Hatte selbst seine Energie und sein Ansehen die schweren Schäden der

1) Klopp, Das Jahr 1683, S. 489. Schon 1683 und 1687 hatten sich holländische Kapitäne dem kaiserlichen Residenten Kramprich erboten, mit ausgerüsteten Schiffen vor Konstantinopel zu fahren und es zu beschießen. Natürlich auf Kosten des Kaisers. Aber da fehlte das Geld. Ein ähnliches Angebot nochmals im Herbst 1696. Klopp, S. 503.

2) Fontes II 27, 338.

3) Wagner, Hist. Leopoldi II, 231 f.

4) Bei Wagner II, 233 ff. eine ausführliche Darstellung. Vgl. auch Feßler-Klein, Gesch. von Ungarn IV, 492 ff.

Verwaltung und den ewigen Mangel an Geld niemals ganz überwinden können, so vermochte sein Nachfolger, Herzog Karl Eugen von Croy, der als rangältester Feldmarschall das Oberkommando in Ungarn erhielt, dies noch viel weniger. Weil man die Hofkammer vergeblich die längste Zeit um 50000 Gulden für die Feldbäckerei bestürmen mußte, wurde der Ausmarsch der Truppen um zwei Monate verzögert; weil man die Schiffmeister nicht bezahlen und so das schwere Geschütz nicht rechtzeitig zur Feldarmee bringen konnte, mußte diese fast einen Monat lang so gut wie untätig vor Belgrad liegen; weil die Donauflottille aus ganzen fünf Kriegsschiffen bestand und ihr Kommandant, der Holländer Assemburg [1]), der nach Amsterdam Matrosen zu werben gegangen war, sich dort vergnügte und eine Unmenge Geld ausgab, vermochte man damit freilich nichts auszurichten. Am 23. Juli kam der Herzog von Croy nach Peterwardein. Zu den 28000 Kaiserlichen kamen im August noch die brandenburgischen, lüneburgischen, dänischen und bayerischen Hilfsvölker, so daß ein ganz ansehnliches Heer versammelt war. Der Feind war fern: der neue Großwesir Biiklü Mustafa wollte auf den Rat Thökölys gegen Siebenbürgen ziehen und hatte bei Tutrakan die Donau überschritten [2]). So faßte Croy den großen Entschluß Belgrad wiederzuerobern, das er vor drei Jahren so unglücklich verlassen mußte; es mag dabei auch die Absicht vorgeschwebt haben, den Großwesir von dem Angriff auf Siebenbürgen abzuziehen und jedenfalls Belgrad noch vor der Ankunft des Türkenheeres zu gewinnen. Die Armee zog ungestört nach Semlin und überschritt die Save, am 3. August wurde die Belagerung Belgrads eröffnet, aber erst am 26. August kam das schwere Geschütz. So war die kostbarste Zeit vergangen und schon nahte sich das türkische Heer, denn auf die Nachricht der Belagerung Belgrads hatte der Großwesir in der Tat den Angriff auf Siebenbürgen aufgegeben und zog mit etwa 50000 Mann heran. Noch war vor Belgrad fast gar nichts erreicht, und schon erwog man den Rückzug, um nicht zwischen zwei Feuer zu kommen und die Armee, in der auch wieder Seuchen ausgebrochen, zu konservieren. Aber vorher sollte noch ein Sturm versucht werden. Croy bestimmte dazu trotz vielfachen Widerspruchs der Generale — er stand

1) Nachfolger des gegen Ende 1692 verstorbenen Marquis Fleury, vgl. oben S. 575 Anm. 4. Erst im September kamen fünf weitere Schiffe dazu, vorher waren aber zwei zugrunde gegangen.

2) Über die Verteidigungsmaßregeln Veteranis in Siebenbürgen vgl. seine Erzählung, Memorie, S. 91 ff.



besonders mit Heißler in schlechtem Einvernehmen [1]) — die Nacht vom 7. auf den 8. September. Der Angriff wurde blutig abgewiesen, er kostete mehr als 1000 Mann, darunter den bayerischen General Seyboltstorf. Zwei Tage später machten Tataren einen Überfall auf einen Fouragierungstrupp, schon glaubte man das türkische Entsatzheer unmittelbar nahe, am 10. September nachts wurde ein übereilter Rückzug gegen Peterwardein angetreten. Der Großwesir begnügte sich mit dem Entsatze Belgrads, die Tataren ritten nach Norden und verheerten die Gegenden um Debreczin und Großwardein. Ein Erfolg des Generals Hofkirchen wider sie konnte an dem schweren Fehlschlag vor Belgrad nichts ändern. Nur die Eroberung der Feste Jenö an der Körös nordöstlich Arad durch General Heister, die schon im Frühjahr 1693 gelungen war [2]), bedeutete einen Fortschritt der kaiserlichen Waffen: auf dem Boden Ungarns war außer dem starken Temesvar nur mehr die Feste Gyula nördlich Arad in der Gewalt der Türken.

Der Charakter notgedrungener Defensive prägte sich im folgenden Jahre 1694 noch stärker aus [3]). Da Croy als Kommandierender unmöglich geworden, berief man in der Verlegenheit den alten Feldmarschall Grafen Caprara aus Savoyen nach Ungarn [4]), die Verkörperung einer ängstlichen Kriegführung. Dazu erkrankte er noch und kam erst Ende August zur Armee, die sich bei Peterwardein sammelte und in den Verschanzungen lagerte, die 1692 Markgraf Ludwig hatte ausführen lassen. Von seiten der Türken war im Frühjahr die Eroberung von Titel an der Theißmündung versucht worden, aber an der tapferen Abwehr der Besatzung und da Guido Starhemberg herankam, gescheitert. Ende Juni war der Großwesir von Adrianopel aufgebrochen, Ende August rückte das türkische Heer, etwa 50000 Mann, gegen Peterwardein heran.

1) K. Leopold an P. Marco d'Aviano, 19. Juni 1694, deutet dies an und sagt von Croy: non haveva modo nel comando. Vgl. auch Acsády, S. 492.

2) Wagner, Hist. Leopoldi II, 230. Auffallend, aber vielleicht bezeichnend, daß Veterani gar nichts davon erwähnt.

3) Vgl. Wagner II, 271 ff., Feßler-Klein IV, 494 ff., die Briefe K. Leopolds an P. Marco d'Aviano vom 19. Juni und 24. September 1694, Corrispondenza, S. 264 f.

4) Damals schon wurde auch Prinz Eugen zum ersten Male als Oberbefehlshaber für Ungarn genannt und vorgeschlagen, und zwar vom spanischen Gesandten Borgomainero. Auch Eugen selbst hat sich bemüht. Aber Caprara wollte durchaus nicht mehr in Italien dienen, so kam er nach Ungarn, Eugen nach Italien. Vgl. Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg I, 245.



Caprara wollte durchaus keine Schlacht riskieren, sondern ließ sich lieber in seiner Stellung einschließen, gegen die nun die Türken vom 9. September an eine förmliche Belagerung begannen; eine starke Flotte auf der Donau unterstützte sie sehr wirksam. Da sich Caprara vor der Ankunft des brandenburgischen Hilfskorps und der aus Siebenbürgen herbeieilenden Regimenter Veteranis absolut zu keiner Aktion verstehen wollte, und die Türken unter unaufhörlichem heftigen Feuer ihre Laufgräben schon bis auf 50 Schritte herangetrieben hatten, wurde die Lage der Kaiserlichen recht unbehaglich. Da begann vom 23. September an ein furchtbares Unwetter mit Regengüssen, Stürmen und empfindlicher Kälte, beide Heere litten schwer unter diesen Unbilden, aber als den Türken die Laufgräben überflutet, die Zelte weggeschwemmt und Proviantschiffe weggenommen wurden, da traten sie in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober einen eiligen Rückzug an. Nicht Caprara, sondern Naturgewalt hatte die Türken vertrieben, immerhin, sie hatten nichts erreicht. Ja, den Kaiserlichen glückte am Ende dieses Jahres noch ein Erfolg: Caprara entsandte den General Pollant gegen das lange schon blockierte Gyula. Pollant nahm bald die Unterstadt, Ende Dezember 1694 wurde die Feste übergeben.

Im September waren übertrieben ungünstige Nachrichten aus Ungarn an König Wilhelm von England gelangt. Zu gleicher Zeit kam der Kaiser nochmals auf jenen Plan einer Flottenaktion gegen Konstantinopel zurück [1]). Jetzt zeigte sich Wilhelm geneigter, ebenso der holländische Ratspensionär Heinsius. Aber dann stiegen doch bald wieder die Bedenken auf, die Türken möchten Rache nehmen an den englischen und holländischen Kaufleuten in der Levante. Der König schlug vor, man solle spanische Schiffe verwenden, er selbst wolle englische unter spanischer Flagge dazugeben. Man wandte sich an Spanien, aber es stellte sich heraus, daß kaum sechs Kriegsschiffe seetüchtig waren — damit war der Plan ein für allemal erledigt.

So blieb denn die Hauptlast des Türkenkrieges dem Kaiser und der Schauplatz wieder das südliche Ungarn. Ja, das neue Jahr 1695 brachte eine neue starke Offensive der Türken. Am 6. Februar 1695 starb Sultan Achmed; sein Nachfolger Mustafa II., kraftvoller als seine beiden Vorgänger, brannte darauf, die alte Größe des Osmanenreiches wiederherzustellen, und verkündete: ich werde, um an den Ungläubigen, die der Hölle verfallen, Rache zu nehmen, selbst in den heiligen Krieg

1) Vgl. oben S. 443. 576. Zum Folgenden vgl. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart V, 342 ff. und Das Jahr 1683, S. 496.



ziehen. Das Glück schien ihm zu lächeln: wenige Tage später wurde die venetianische Flotte bei Chios geschlagen, die Tataren drangen verwüstend bis Lemberg und Halics. Energisch wurde gegen den Kaiser gerüstet. Am 30. Juni zog der Sultan von Adrianopel aus, doch erst anfangs August wurde im Kriegsrate zu Belgrad entschieden, daß sich der Angriff nicht gegen Peterwardein richten, sondern daß die 1691 verlorenen Festen Lippa, Lugos und Karansebes wiedererobert werden sollen. Das Endziel war wohl Siebenbürgen [1]).

Der Kaiser mußte zur Ergänzung seiner Streitkräfte neue Hilfe suchen. Der Kurfürst von Sachsen, der junge Friedrich August, erfüllt vom Ehrgeiz, sich Kriegsruhm zu erwerben, ähnlich wie Max Emanuel von Bayern, wollte sich als Feldherrn an der Spitze eines Heeres sehen. Seine Forderungen verlangten zuerst Unmögliches. Dem vom Kaiser nach Dresden gesandten jüngeren Harrach gelang es jedoch, am 23. April 1695 einen Vertrag zustande zu bringen, der freilich noch schwer genug war: der Kurfürst stellt 8000 Mann, die im Juni in Ungarn sein sollen, dafür wird ihm das Oberkommando über das ganze kaiserliche Heer in Ungarn zugesichert, er erhält die bisherigen holländisch-englischen Subsidien und vom Kaiser noch 200000 Gulden [2]). Der Kurfürst kam am 23. Juni nach Wien, aber seine Truppen langten erst Ende August am Sammelplatz bei Illok an der Donau westlich von Peterwardein an. Hier hatte sich ein Heer von beinahe 50000 Mann vereinigt. Dem jungen fünfundzwanzigjährigen Kurfürsten war als Berater Feldmarschall Caprara zur Seite gestellt, aber das Verhältnis der beiden gestaltete sich nicht vertrauensvoll und die erprobten kaiserlichen Generale standen mißtrauisch und mißmutig zurück [3]). Das Ziel des Feldzuges sollte eigentlich

1) Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 599 ff. Über den Feldzug von 1695 außer Wagner II, 290 ff. besonders Arneth, Das Leben Guido Starhembergs, S. 165 ff., wo u. a. eine ungedruckte Denkschrift Heisters benutzt ist. Die Denkwürdigkeiten Veteranis, die anfangs 1694 abbrechen, sind für 1695 von einem Teilnehmer des Feldzugs fortgesetzt worden, Memorie, S. 116 ff., dazu S. 126, Auszug aus dem Briefwechsel Veteranis mit Caprara.

2) Der Vertrag (vom 13./23. April) gedruckt Feldzüge des Prinzen Eugen II, 333. Kurfürst Friedrich August war am 2. Juni 1694 der großen Allianz beigetreten und hatte den Vertrag seines verstorbenen Bruders vom 2. März 1693 über Truppenhilfe nach Ungarn erneuert. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 107 ff.

3) Wenn der Kaiser am 24. Sept. an P. Marco d'Aviano schreibt, der Kurfürst tue nur das, was Caprara anordne, so ist dies wohl die dem Kaiser vorgetragene offizielle Berichterstattung; er selbst fügt aber dann hinzu, er höre, daß bei der Armee es allerhand Gemunkel (susurro) und unruhige Köpfe gebe. Corrispondenza, S. 274.

die Belagerung Temesvars sein und zu diesem Zwecke wurde Veterani aus Siebenbürgen herbeiberufen. Allein die Türken nahmen die Initiative an sich. Sie überschritten am 25. August bei Pancsova die Donau, zogen gegen Lippa und nahmen die Feste am 7. September mit Sturm. Veterani kam zu spät, aber die Türken zogen sich doch in der Nacht vom 13. auf den 14. September auf Temesvar zurück, um nicht zwischen zwei Feuer zu geraten. Denn der Kurfürst war über die Theiß vorgerückt und wollte sich bei Arad mit Veterani vereinigen. Veterani, der jetzt bei Lugos stand, erklärte, er könne unmöglich sich so weit entfernen, und den Zugang nach Siebenbürgen dem Feinde offen lassen, der Kurfürst möge seinerseits gegen Temesvar näherrücken. Diese Eigenmächtigkeit Veteranis wurde durch eine Versäumnis des Kurfürsten verhängnisvoll. Inzwischen hatte nämlich der Pascha von Belgrad die Feste Titel genommen, Friedrich August und Caprara, besorgt um die Theißlinie, gingen in der Richtung gegen Szegedin zurück, ohne Veterani zu verständigen. Dieser sah sich ohne Nachricht, glaubte aber, daß das Hauptheer den von ihm gewünschten Marsch ausführe. Die Türken erkannten die Unstimmigkeiten in den Bewegungen der kaiserlichen Heere und warfen sich nun mit ganzer Macht auf das Korps Veteranis bei Lugos. Am 20. September entspann sich der ungleiche Kampf dieser sieben- oder achttausend Mann gegen eine fünffache Übermacht. Die Kaiserlichen mußten endlich erliegen, Veterani selbst, heldenhaft kämpfend, tötlich verwundet, fiel sterbend in die Hände der Türken, die ihm das Haupt vom Rumpfe trennten. Über 2000 Kaiserliche fielen, der Rest unter General Truchseß schlug sich nach Siebenbürgen durch.

Diese blutige Niederlage und der Tod Veteranis übte eine deprimierende Wirkung, man fürchtete alles. Der Kurfürst rückte nun schnell die Maros hinauf bis Deva, um Siebenbürgen zu decken, Guido Starhemberg eilte zurück, um Titel wieder zu nehmen und Peterwardein zu schützen. Der Kaiser beklagte aufrichtig den schmerzlichen und schweren Verlust Veteranis [1]. In der Tat, er hatte einen seiner treuesten, tapfersten und resolutesten Generale verloren, einen Mann, der durch sein kluges Vorgehen auch als Militärkommandant von Siebenbürgen in den letzten Jahren die wertvollsten Dienste geleistet hatte; wieder einer jener italienischen Kriegsmänner, die dem kaiserlichen Heere jener Zeit mit manch

1) Vgl. Leopold an P. Marco d'Aviano, 9. Nov. 1695, Corrispondenza, S. 275. Der Kaiser wußte damals noch nicht, ob Veterani tot oder noch lebend in Gefangenschaft der Türken sei.



anderen fremdländischen Generalen den internationalen Charakter verliehen.

Der Sultan, der noch Lugos und Karansebes besetzte, begnügte sich, zum Glück für seine Gegner, mit den leicht errungenen Erfolgen und kehrte triumphierend nach Konstantinopel zurück. Man hatte aber um so sicherer damit zu rechnen, daß der vom Siegerstolz befeuerte Großherr im nächsten Jahre wieder mit starker Macht erscheinen werde. Die Mißerfolge der letzten Feldzüge rührten zweifellos in erster Linie davon her, daß kein überlegener Feldherrngeist über die Schäden und Mängel der Finanz- und Heeresverwaltung hinweg die Armeen zum Siege führte. Der Kurfürst von Sachsen war zwar bekanntlich ein Mann von ganz erstaunlicher Körperkraft und er besaß alle Qualitäten des Fürstentypus nach dem Muster Ludwigs XIV., aber er war kein Feldherr, und seine „rudesse im Commando und große Präsumption" hatten ihm keine Sympathien erworben [1]). Kaiser Leopold selber dachte sehr ernstlich daran, den Türkensieger Ludwig von Baden wieder für den ungarischen Kriegsschauplatz zu gewinnen und dem Kurfürsten, an den er durch den Vertrag von 1695 auf zwei Jahre gebunden war, das Kommando am Rhein zu übertragen [2]). Leopold lud den Markgrafen dringend ein bald an den Hof zu kommen, er traf am 13. Januar 1696 in Wien ein. Zum Fasching kam auch wieder Friedrich August. Dieser hatte im Spätherbst verlangt, daß der nächste Feldzug gegen Belgrad gehen solle, und hatte Erhöhung seiner Truppen in Aussicht gestellt, sonst möchte er lieber am Rhein kommandieren. Andrerseits tauchte die Kombination auf, das Kommando in Ungarn zwischen beiden Fürsten zu teilen. All dies hatte seine Bedenken, die Minister, namentlich Kinsky, mehrten durch kühle Haltung gegen den Markgrafen die Schwierigkeiten der Lage. Der Kaiser, der den Markgrafen in Ungarn wünschte, hätte müssen ganz energisch sich entschließen und durchgreifen, aber zu einem Entschluß konnte er sich

1) Dies betont der Hofkriegsratspräsident Rüdiger Starhemberg 1697, Arneth, Leben Guido Starhembergs, S. 185.

2) Für das Folgende vgl. Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden I, 291 ff., auch die Briefe des Kaisers an P. Marco d'Aviano vom 31. Dez. 1695 und 17. März 1696, Corrispond., S. 277 ff. P. Marco warnt in einem Brief vom 14. Jan. 1696 den Kaiser mit eindringlichsten Worten vor einem General, gegen den er die ärgsten Vorwürfe erhebt. Es dürfte Caprara gemeint sein, wie auch Schulte, S. 291 Anm. 1, glaubt; wenn Schulte auch an Rüdiger Starhemberg denkt, so ist dies ausgeschlossen, da P. Marco von einem General spricht, der in Ungarn den Oberbefehl hatte.

trotz aller guten Vorsätze ja so selten aufraffen [1]). Freilich, in diesem Falle war der Kaiser zu entschuldigen, denn der Markgraf selber konnte trotz der verlockenden Aussicht auf das ungarische Kommando sich schließlich dem Drängen der Reichskreise und seiner Aufgabe im Westen nicht entziehen, wollte er nicht, daß alles, was er bisher erreicht [2]), zusammenbreche. Der Markgraf schlug an seiner statt den Prinzen Eugen von Savoyen vor und dieser wäre auch unter dem Kurfürsten als Oberkommandanten gegangen, aber er schien noch zu jung und Caprara wollte sich nicht verdrängen lassen. So blieb es denn wie im Vorjahre. Der Kurfürst verpflichtete sich mit Vertrag vom 19. März 1696 sein Kontingent auf 12000 Mann zu erhöhen [3]).

Man hatte geschwankt, ob das Ziel des Feldzuges Belgrad oder Temesvar sein solle. Die Jahreszeit rückte aber vor und so entschied man sich auf den Rat Heißlers für die Belagerung Temesvars, die doch leichter schien. Man hatte auch Beratungen abgehalten, wie denn endlich einmal ein rechtzeitiger Beginn der Feldzüge erreicht werden könne [4]). Ein Hauptgrund für die immer wiederkehrenden Verspätungen lag neben dem ewigen Geldmangel zweifellos in der Dislozierung der Truppen in weit zerstreute und entlegene Winterquartiere. General Auersperg, Grenzkommandant in Karlstadt, hatte ein treffliches Projekt ausgearbeitet: die Truppen sollen in der Nähe des Kriegsschauplatzes untergebracht werden, die Kosten dafür sollen die von Einquartierung freien Gebiete tragen; die Heeresorganisation soll durch die Aufhebung des Generalkriegskommissariates und die Regelung der militärischen Kompetenzen vereinfacht werden. Aber natürlich fanden so vernünftige Vorschläge ihre Gegner, darunter eben den Generalkriegskommissär Heißler und dann die Ungarn. So blieb das Projekt „schätzbares Material".

Der Kurfürst ging am 22. Mai 1696 von Wien nach Ofen und langte Mitte Juni in Csanád an der Maros an. Die Truppen waren

1) Die Briefe P. Marcos an den Kaiser sind in diesen Jahren voll von ernsten und dringenden Ermahnungen; nicht in commissis fündige Leopold, sondern in omissis. Der Kaiser verspricht immer aufs neue sich „zu bessern", aber seine Natur vermochte er eben nicht zu ändern.

2) Vgl. oben S. 446.

3) Feldzüge des Prinzen Eugen II, 384. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 110.

4) Vgl. hierfür Wagner, Hist. Leopoldi II, 307 ff., Arneth, Leben Guido Starhembergs, S. 172 f., Schulte I, 297.

nun so ziemlich versammelt[1]), aber es fehlte das schwere Belagerungsgeschütz, und es fehlte an Geld für dessen Herstellung, für die Beschaffung des Proviants, für die Ausrüstung der Donauflottille, für die Bezahlung der Soldrückstände. Zwei volle Monate wurden dadurch versäumt, während deren mit dem starken Heer Temesvar gewiß hätte erobert werden können, da Sultan Mustafa anfangs Juli erst in Nisch und Ende Juli in Belgrad anlangte. An dem weiteren Gang der Dinge trug aber das Oberkommando selber die meiste Schuld, nicht bloß der Kurfürst, sondern auch die Generale. Erst am 28. Juli rekognoszierte Friedrich August gegen Temesvar, und fand die Festung „in so schlechter Defension", daß er sie schnell zu bezwingen hoffte, rückte am 3. August mit der Armee vor den Platz, ließ aber die Hälfte der schweren Artillerie in Arad zurück. Der Kurfürst wollte belagern, die Generale, namentlich Caprara, wollten nicht, auf die Meldung, der Feind sei bei Semlin über die Donau, wurde die Belagerung schon am 5. August abgebrochen, als die Nachricht sich als falsch erwies, zog man wieder vor Temesvar, als aber nun die Türken wirklich von Pancsova heranzogen, rückte ihnen das ganze Heer am 19. August nach Südwesten in der Richtung Pardany entgegen. Wie bisher so auch jetzt Uneinigkeit im Kriegsrat, der Oberbefehlshaber ohne Ansehen und Vertrauen, Maßregeln ohne zielbewußte Kraft und Konsequenz. So ließ man sich, während man den Feind von Belgrad abschneiden und sich durch das gegen Titel detachierte Korps Guido Starhemberg verstärken wollte, von den Türken umgehen. Am 26. August mittags standen beide Heere mit dem Rücken an die Bega[2]) gelehnt nebeneinander, so daß der rechte Flügel der Türken, den sie mit einer starken Wagenburg deckten, nur durch eine etwa tausend Schritt breite, etwas erhöhte Fläche von dem linken Flügel der Kaiserlichen getrennt war. Es war eine Lage ähnlich der am Morgen der Schlacht bei Szlankamen[3]). Damals ließ Markgraf Ludwig seine Armee schwenken, um frontal anzugreifen, und seinen linken Flügel zu einer

1) Für den Feldzug von 1696 ist eine Hauptquelle der Bericht des Kurfürsten an den Kaiser vom 1. Oktober, hg. von Arneth im Archiv f. österr. Gesch. XII, 223; um sich selber zu rechtfertigen, schiebt der Kurfürst alle Schuld auf die Generale und die Truppen — ein übles Verfahren. Darstellungen bei Wagner II, 310 ff., Arneth, Leben Guido Starhembergs, S. 174, Feßler-Klein, Gesch. von Ungarn IV, 499 ff. und besonders Schulte, a. a. O. I, 350.

2) Am besten spricht man von der Schlacht an der Bega; man findet sie auch nach Olasch oder Hettin benannt.

3) Worauf Schulte, S. 351, hinwies.

großen Umfassung ausholen. Jetzt ließ der Kurfürst, wofür auch Heißler war, von der linken Flanke aus, die durch Regimenter des rechten Flügels verstärkt wurde, den Angriff einsetzen. Die türkische Wagenburg wurde erstürmt, aber sie mußte vor einem heftigen Angriff feindlicher Reitermassen nach schwerem Kampf und Verlust wieder geräumt werden, die türkischen Spahis umschwärmten die Reiterregimenter, die ihre geschlossenen Formationen nicht halten konnten [1]). Bei diesen Attacken fielen Feldzeugmeister Graf Heißler und General Pollant. Endlich, als schon der Abend hereinbrach, kamen Truppen des rechten Flügels, der bisher ganz untätig geblieben, zu Hilfe und drängten die Türken zurück. Die Nacht endete den Kampf, der am folgenden Tag von keiner Seite erneuert wurde. Der Kurfürst marschierte nach Becskerek, der Sultan aber zog wieder über Pancsova zurück nach Belgrad. Die Schlacht an der Bega war unentschieden, aber der Feldzug verloren. Graf Rabutin, der Nachfolger Veteranis in Siebenbürgen, meinte, er habe noch keinen Feldzug mitgemacht, wo die Regeln der Kriegskunst so wenig beachtet worden seien [2]).

Doch war eben damals gerade in bezug auf Siebenbürgen ein abschließender Erfolg jener Politik des Wiener Hofes zu verzeichnen, die seit den Siegen von 1686 und 1687 konsequent eingehalten worden war. Diese volle Angliederung Siebenbürgens müssen wir an dieser Stelle kurz darlegen, bildete sie doch eine wichtige Voraussetzung für den gewaltigen Gewinn des schließlichen Friedens mit den Türken.

Mit der Huldigung der siebenbürgischen Stände vom 9. Mai und dem Reskripte Kaiser Leopolds vom 17. Juni 1688 war ein erster entscheidender Schritt getan worden: Siebenbürgen sagt sich los von den Türken, es kehrt unter den König von Ungarn zurück und begibt sich unter dessen Schutz. Dieser besetzt bestimmte Orte mit seinen Truppen und verspricht die alten Freiheiten des Landes, namentlich die Religionsfreiheit zu wahren und zu schützen [3]). Politisch und militärisch war damit das wichtige, große Land in Abhängigkeit gebracht, der „Eckpfeiler", die „Zitadelle" Ungarns war als Stützpunkt für die Kriegführung gegen

1) Der Kurfürst beschuldigt sie mit Schärfe, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätten. Dagegen nimmt sie Graf Rabutin in Briefen an den Fürsten Montecuccoli warm in Schutz. Arneth, S. 178 Anm. 1.

2) Arneth, S. 179 Anm. 3.

3) Vgl. oben S. 400.



die Türken gesichert. Der Kommandant der kaiserlichen Truppen im Lande[1]) wurde als Vertreter des kaiserlichen Willens schon eine maßgebende Gewalt, neben der die schwache und durch Krankheit gebrochene Person des Fürsten Apafy zurücktrat. Übrigens starb Michael Apafy schon am 15. April 1690 und hinterließ einen jungen, vierzehnjährigen Sohn. Jetzt mußte es sich entscheiden, ob Siebenbürgen auch weiterhin ein Fürstentum bleiben werde, wenn auch abhängig von Kaiser und König, oder ob es ein unmittelbar von der Dynastie beherrschtes Land zu werden bestimmt sei.

Die Episode des Jahres 1690, als nach dem Siege von Zernyest die Tage eines Fürstentums Thökölys gekommen schienen, ging sehr schnell vorüber, hatte aber die ganze Unverläßlichkeit der Verhältnisse im Lande gezeigt[2]). Michael Teleki, seit Jahren der eigentliche Regent Siebenbürgens, war bei Zernyest gefallen, aber seine Politik, die unter dem Eindruck der kaiserlichen Erfolge sich ganz dem Anschluß an Österreich zugewendet hatte, blieb auch jetzt die vernünftigste, und die Räte des jungen Apafy gingen denn auch den gleichen Weg. Aber sie erwarteten, daß das Fürstentum des jungen Apafy anerkannt werde, und sie erstrebten deshalb die endliche Ausfolgung eines kaiserlichen Diploms, welches das Grundgesetz eines nunmehr dem Schutze des Hauses Österreich unterstellten Fürstentums Siebenbürgen unter Wahrung aller alten Rechte und Freiheit bilden sollte. Im September 1690 kam Nikolaus Bethlen[3]) zu diesem Zwecke als Abgesandter der österreichfreundlichen Stände nach Wien und fand an den englischen, holländischen und brandenburgischen Gesandten warme Unterstützung. Vor allem aber war es doch die höchst gefährdete Lage Siebenbürgens, die den Hof zu rascher Entschließung zwang. Der Kaiser verlangte ein Gutachten Caraffas. Der

1) Von Nov. 1687 bis Mai 1688 Caraffa, Mai 1688 bis April 1689 Veterani, teilweise vertreten durch General Graf Jörger, Mai 1689 bis August 1690 General Heißler, Herbst 1690 bis Sept. 1695 Veterani, seit 1696 General Graf Rabutin. Vgl. Duldner im Arch. f. siebenbürg. Landeskunde XXX, 203 ff.

2) Vgl. oben S. 563 f. Zum Folgenden vgl. Feßler-Klein, Gesch. Ungarns IV, 478 f. 483 ff., Duldner im Archiv f. siebenbürg. Landeskunde XXX, 243 ff.

3) Nikolaus Bethlen, dann siebenbürgischer Kanzler, dessen Selbstbiographie eine wertvolle Quelle für die damalige Geschichte Siebenbürgens bildet (hg. von Szalay in Törtenelmi emlekek, 2. und 3. Bd.), veröffentlichte 1688 eine Flugschrift „Moribunda Transsylvania", worin er die schlimmen Zustände Siebenbürgens, die Schwäche Apafys, die Türken- und Tatarengefahr und die Willkür der kaiserlichen Truppen schildert und beklagt — Siebenbürgen werfe sich dem Kaiser zu Füßen.



gefürchtete Gewaltmensch von Eperjes hatte sich dann in Siebenbürgen als zwar energischer, zugleich aber auch maßvoller, kluger und gerade darum erfolgreicher Staatsmann erwiesen. So zeigt ihn auch jetzt seine Denkschrift [1]). Das Ziel ist dem überzeugten Vertreter der absoluten Herrschergewalt keinen Augenblick zweifelhaft: der Kaiser ist Herr der Waffen, so soll er sich denn auch zum Herrn des Landes machen, soll die Bestätigung der Fürstenwürde ablehnen und „immediate seinen Dominat" einführen. Dazu bedarf es „timor et amor". Für die nötige Furcht sorgen die kaiserlichen Waffen. Wichtiger ist jetzt die Liebe. Es muß alles vermieden werden, was die Anhänglichkeit des Volkes hindern könnte. Die schwere Steuerlast muß gemindert, die Religionsfreiheit muß durchaus geachtet werden, „denn in diesem Stück ist das Volk, besonders die Sachsen, in welchen robur Transsilvaniae ganz allein besteht, so eifrig, daß sie, um ihre Religion zu vindizieren, alles auf die Spitze setzen". Überhaupt seien die Sachsen gegenüber den Ungarn, freilich ohne alles Aufsehen, zu unterstützen — divide et impera! Daher muß auch der General, den der Kaiser als seinen Vertreter bestellen soll und von dessen „Conduite die Ordnung der Einführung dieses Dominates und die Stabilierung desselben dependieret", „in Kriegs- und Staatsregeln wohl fundieret" sein; „also daß er in re wirklich dominiere und doch nicht so scheine, nie absolut befehle, sondern .. suadendo imperiere".

Schon am 16. Oktober erhielt Nikolaus Bethlen das neue Diplom und am 4. Februar 1691 wurde es auf dem Landtag zu Fogaras von den Ständen angenommen. Die Einleitung des Diploms läßt die Möglichkeit offen, daß der junge Apafy, wenn er das gesetzliche Alter von zwanzig Jahren erreicht, in der Fürstenwürde bestätigt werden könne. Diese vorsichtige Fassung erleichterte die Annahme des Diploms. Aber andrerseits lag ja gerade die Sicherstellung der Fürstenwürde den Ständen am Herzen. Sie ordneten daher eine neue Gesandtschaft nach Wien ab, um die Bestätigung Apafys zu erwirken, oder wenn dies nicht möglich, doch zu erreichen, daß der inzwischen einzusetzende Gubernator sein Amt nach Eintritt der Großjährigkeit Apafys niederzulegen verpflichtet werde. Die Gesandten verhandelten von Juni bis November 1691, aber im Hauptpunkte, der Anerkennung Apafys, konnten sie nichts erreichen. Dagegen erhielten sie die feierliche Ausfertigung des Leopoldinischen

1) Archiv f. siebenbürg. Landeskunde I, 162ff.



Diploms vom 4. Dezember 1691, im wesentlichen eine Wiederholung des Diploms vom 16. Oktober 1690, mit einigen Zusätzen[1]).

Das Leopoldinische Diplom, die Grundlage der siebenbürgischen Verfassung der Folgezeit, gewährleistet die Rechte der vier rezipierten Religionen (lutherische, reformierte, unitarische und katholische), ihrer Kirchen, Schulen und Pfarreien, den Besitzstand an allen, von Schenkungen der ungarischen Könige und siebenbürgischen Fürsten herrührenden Gütern und Rechten von Privaten, Gemeinden, Kirchen usw., ferner die ganze bisherige Rechtsordnung und Verwaltung. Der Gubernator (in früheren Zeiten Woiwode genannt) und die anderen obersten Landesbeamten werden von den Ständen gewählt, aber vom Kaiser bestätigt. Die übrigen Ämter sollen wie bisher durch freie Wahl besetzt, aber fürderhin ihre Bestätigung nachgesucht werden. Es erscheint wünschenswert, daß unter den zwölf Räten des Guberniums und der Gerichtstafel mindestens je drei Katholiken seien. Der Gubernator beruft jährlich einmal den Landtag ein, dessen Beschlüsse der königlichen Bestätigung bedürfen. Es wird eine jährliche Landeskontribution für die Friedenszeit mit 50 000 Talern, im Kriege mit 400 000 Gulden festgesetzt. Ungewöhnliche Steuern (Tax) sollen nicht eingeführt, die Grenzzölle (Dreißigste) nicht erhöht, große und unnötige Besatzungen vermieden werden. Der General der kaiserlichen Truppen wird ein Deutscher sein, der in allen militärischen Sachen mit dem Gubernium und dem Kommandierenden der Landmiliz gutes Einvernehmen pflegen, sich aber in andere Angelegenheiten nicht einmischen soll.

Differenzen, die sich zwischen den Sachsen und den zwei anderen Nationen über Militär- und Steuerleistung, sodann zwischen den Katholiken und den übrigen Religionen über die Rechte der ersteren erhoben, wurden gleich einigen sonst noch schwebenden Fragen, nachdem Ende August 1692 eine neuerliche Gesandtschaft der Stände nach Wien gekommen[2]), durch weitere Diplome Kaiser Leopolds vom 7., 9. und

1) Gedruckt mit den ergänzenden Diplomen von 1693 bei Katona XXXV, 753 ff. 788 ff., Szász, Sylloge tractatuum, S. 118 ff. 373 ff.

2) Die Gesandten waren der Protonotar Peter Alvinczy (Calviner), Johann Zabanius, Provinzialnotar der Sachsen (Lutheraner), und Gregor Baranay (Katholik). Zabanius führte ein Tagebuch (Deutsche Fundgruben aus Siebenbürgen, 1. Bd.), vgl. über Zabanius, später mit dem Namen Sachs v. Harteneck geadelt, sein tragisches Schicksal und die siebenbürgische Geschichte dieser und der nächsten Jahre Zieglauer, Sachs v. Harteneck, Graf der sächs. Nation und die siebenb. Parteikämpfe seiner Zeit (1869). Das Diplom vom 14. Mai wird das Alvinczysche genannt.



14. April und 14. und 30. Mai 1693 geschlichtet und entschieden. Das Wichtigste daraus ist folgendes. Die Religionsfreiheit wird neuerdings zugesichert, es werden aber auch die Rechte der Katholiken genau bestimmt. Was die Siebenbürger so beharrlich anstrebten, die Bestätigung Apafys in der Fürstenwürde, wird nun ohne Umschweife als derzeit unmöglich erklärt. Dafür erhält Siebenbürgen eine eigene, von Ungarn unabhängige Kanzlei-Expositur in Wien, die dann am 21. Oktober 1695 zum Range einer wirklichen und selbständigen siebenbürgischen Hofkanzlei erhoben wurde. Als Sitz der Landesregierungsbehörden wird Weißenburg bestimmt.

Wenn die siebenbürgischen Stände geglaubt hatten, daß das Leopoldinische Diplom zwar die Rechtskontinuität sichern, sonst aber doch nur ein Provisorium bis zum Regierungsantritt des jüngern Apafy bedeuten sollte, so hatten sie die eigentlichen Ziele der kaiserlichen Politik unterschätzt. Diese traten aber bald unverkennbar zutage [1]). Die Anerkennung Apafys konnte nicht erreicht werden und wurde schließlich geradezu abgelehnt. Nicht durch einen Fürsten, sondern durch die neu eingerichtete siebenbürgische Hofkanzlei in Wien sollten das Gubernium und die Stände mit dem Kaiser verkehren. Ja, die dem Kaiser als Landesfürsten zufließenden Einkünfte sollten von der Wiener Hofkammer aus verwaltet werden, und das Thesauriat sollte nur als Organ der Hofkammer gelten. Der Kaiser behält sich vor, zum kommandierenden General nur einen Deutschen zu ernennen, das heißt, einen General der kaiserlichen Armee [2]). Der General sollte gemäß dem Diplom nur die militärischen Angelegenheiten versehen, ja neben ihm wurde noch ein Kommandant des Landesaufgebotes von den Ständen bestellt. Aber ein Veterani, ein Heißler und Rabutin bedeuteten schon weit mehr als einen bloßen Militärkommandanten, und es war der gewollte und schon während des Türkenkrieges und dann in den Rákóczyschen Unruhen notwendige Lauf der Dinge, daß neben dem gebietenden General des Kaisers der Gubernator der Stände zum bloßen Vorstand des Guberniums herabsank. Und die siebenbürgische Hofkanzlei in Wien, die ja eigentlich dem Gubernium untergeben sein sollte, wurde für die kaiserliche Regierung das bequeme Mittel, um durch sie unmittelbaren Einfluß auf die

1) Vgl. hierfür Bidermann, Gesch. der österr. Gesamtstaatsidee I, 45 f. 131 ff.

2) Weder Caraffa, noch Veterani oder Rabutin waren Deutsche der Nation nach. Aber die Ungarn bezeichneten alle fremden, das heißt kaiserlichen Truppen als Deutsche, und so ist dies auch im Diplom zu verstehen.



siebenbürgischen Angelegenheiten zu nehmen. Wir bemerken in all dem die doppelte Tendenz: volle Angliederung Siebenbürgens als unmittelbar beherrschtes Gebiet und zugleich damit Loslösung von Ungarn.

Einen gewissen, auch äußerlich markanten Abschluß führten schon die nächsten Jahre herbei[1]). Als sich das Gerücht verbreitete, der Wiener Hof wolle dem jungen Apafy eine katholische Gemahlin geben, verlobte man ihn im Sommer 1694 schnell mit der Tochter Gregor Bethlens, des Kommandanten der Landesmiliz. Diese Eigenmächtigkeit nahm der Hof zum Anlaß zu erklären, daß nunmehr eine Bestätigung Apafys ausgeschlossen sei, und das Gubernium sowie die Stände der Widersetzlichkeit und Untreue zu beschuldigen. Eine Gesandtschaft Nikolaus Bethlens erreichte zwar im April 1696 die Rücknahme dieser Anklagen und die Gewährung gewisser Vergünstigungen, aber das Schicksal Apafys und des siebenbürgischen Fürstentums war besiegelt. Er wurde nach Wien geführt und verzichtete am 19. April 1697 auf Siebenbürgen und auf seine Fürstenwürde.

So war nun das ganze große Siebenbürgen ein gesicherter, zweifelloser, unmittelbarer Besitz des Kaisers geworden, politisch und militärisch eine Errungenschaft, beinahe gleichwertig der Rückeroberung des türkischen Ungarn.

Unter dem Eindruck der Mißerfolge des Feldzuges von 1696 hatte der siebenbürgische Generalkommandant Graf Rabutin gemeint, der Kaiser müsse entweder Frieden schließen oder über seine Armee anders verfügen[2]). Aber jetzt Frieden mit den Türken zu schließen, hätte geheißen, vielleicht einen wesentlichen Teil des Gewinnes der früheren Siege preiszugeben. Man konnte um so weniger an Frieden denken, als ja Sultan Mustafa gewiß nur die Fortsetzung des Krieges begehrte. Es war schon eine billige Weisheit geworden, daß es eines großen Schlages bedürfe, damit sich die Pforte zum Frieden bequeme. Aber wie diesen Schlag führen? Mit diesem Oberbefehlshaber, dessen Unfähigkeit sich zur Genüge gezeigt hatte, dessen man sich aber doch nicht entledigen konnte, da man seine Soldaten dringend brauchte. Bei dieser unaufhörlichen Geldnot[3]),

1) Vgl. Feßler-Klein IV, 500 ff.

2) Arneth, Guido Starhemberg, S. 179 Anm. 3.

3) Gelegentlich kamen wohl außerordentliche Spenden, wie im November 1696 die 70000 Taler, die der verstorbene Kardinal von Goes, Bischof von Gurk, für die Feldspitäler vermachte. Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds zum 21. Nov.



welche fortwährend und überall lähmend einwirkte, jedesmal die Rüstungen verhängnisvoll verzögerte und verhinderte, daß man den Feldzug rechtzeitig begann, daß die ungarischen Festungen instand gehalten, die notwendige Donauflotte oder auch nur genügende Proviantschiffe gebaut wurden, daß die Truppen ihren Sold erhielten. Die Mißerfolge, die mangelhafte Führung, die Uneinigkeit der Generale hatten auch auf die Disziplin und Haltung der Armee entschieden ungünstig eingewirkt. Trotz all dieser Miserie — der Krieg mußte fortgesetzt werden.

Die allgemeine Lage hatte in letzter Zeit Veränderungen erfahren, die nicht ohne gewisse Rückwirkungen auf den Türkenkrieg blieben. Der Abfall des Herzogs Viktor Amadeus von Savoyen von der „großen Allianz" war besiegelt worden durch den Vertrag von Vigevano am 7. Oktober 1696 [1]). Der Stillstand der Waffen in Italien machte nun einen Mann frei, der den Herzog von Savoyen reichlich aufwog: sein Vetter Prinz Eugen, endlich ledig seiner überaus peinlichen Pflichten auf dem italienischen Kriegsschauplatz, eilte jetzt nach Wien und bat den Kaiser um Verwendung gegen die Türken. Im Osten aber war das Mitglied der Heiligen Liga, König Johann Sobieski von Polen, am 17. Juni 1696 gestorben. Des Königs und Polens Teilnahme am Kriege hatte sich seit Jahren auf Bemühungen um die Eroberung von Kaminiec beschränkt. Nur weil durch Polen vielfach die Tataren in Anspruch genommen und von Siebenbürgen und dem ungarischen Kriegsschauplatz abgelenkt wurden, besaß dieser Bundesgenosse für den Kaiser immerhin eine Bedeutung. Wie aber dann die Lösung der polnischen Thronfrage unerwartet in das Geschick des Feldzuges von 1697 eingriff, werden wir bald sehen.

Der andere östliche Alliierte, Rußland, war dagegen in den letzten Jahren stärker in Aktion getreten [2]). Dem Zaren Peter I. war es freilich nicht so sehr um den Türkenkrieg als solchen zu tun, als um die Vernichtung der Krimtataren und die Festsetzung am Asowschen und Schwarzen Meer. Ein erster Feldzug im Jahre 1695 hatte mit Mißerfolg und einem verlustreichen Rückzug geendet. Peter ließ sich nicht im mindesten entmutigen. Er erbat sich im Oktober 1695 vom Kaiser Artillerieoffiziere und Mineure und schickte im Dezember einen Gesandten nach Wien, um mit dem Kaiser unmittelbar ein Bündnis zu schließen.

1) Vgl. oben S. 454.

2) Vgl. Übersberger, Rußlands Orientpolitik I, 51 ff.



Im Frühjahr 1696 unternahm er einen zweiten Zug und eroberte am 19. Juli Asow. Die Bündnisverhandlungen in Wien, denen auch Venedig beigezogen wurde, führten am 8. Februar 1697 zum Abschluß einer Allianz zwischen dem Kaiser, dem Zaren und Venedig auf drei Jahre, wonach sich die drei Mächte verpflichten, gegen die Pforte einen Offensivkrieg zu führen [1]). Aber der Zar trat vielmehr im März 1697 seine erste europäische Reise an, die Hauptlast des Krieges fiel doch wieder dem Kaiser zu, ja gerade Rußland machte dann bei den Friedensverhandlungen mit der Pforte die größten Schwierigkeiten.

Wenn sich die Lage im Westen unverkennbar dem endlichen Frieden zuneigte, so hätte man um so dringender einen glänzenden Erfolg im Osten gebraucht, um die Verhandlungen mit Ludwig XIV. günstig zu beeinflussen. Es begannen denn auch bald nach Schluß der unerfreulichen Kampagne von 1696 die Vorbereitungen zum neuen Feldzug [2]). Kurfürst Friedrich August beeilte sich, schon in seinem Bericht vom 1. Oktober 1696 für das nächste Jahr eine rechtzeitige und kraftvolle Offensive zu empfehlen und die Belagerung Belgrads vorzuschlagen, um damit den „Schlüssel des Königreichs Ungarn dem Kaiser zu Füßen zu legen“ [3]). Dieser Feldzugsplan wurde dann in einer besonderen Denkschrift noch weiter ausgeführt. Nicht gegen das Kampfziel, aber gegen die Durchführungsvorschläge wurden große Bedenken laut, andrerseits durfte der Kurfürst, von dem man Truppen und womöglich auch Geld brauchte, nicht verstimmt werden. Also wurde zuerst hinausgeschoben, dann endlich gegen Ende Jänner 1697 Gutachten der zwölf rangältesten Generale eingeholt. Diese stimmten darin überein, daß die Eroberung Belgrads das beste wäre, aber die Operationen müßten im Mai beginnen. Inzwischen war es März geworden, aber die Rüstungen noch so zurück, daß der Feldzugsbeginn im Mai schon nicht mehr möglich schien. Also riet der Hofkriegsrat zur Defensive. Aber auch dazu fehlten anfangs Mai noch fünf Millionen Gulden. Allerdings ergingen im Mai die Befehle zum Aufbruch der Regimenter nach dem Sammelplatze zwischen Mohács und Vörösmart, aber sie fanden sich erst nach und

1) Polen gab eine schriftliche Zustimmung. Der Vertrag auch gedruckt Feldzüge des Prinzen Eugen II, 376.

2) Für diesen Feldzug vgl. die sehr ausführliche Darstellung auf Grund reichen archivalischen Materials in Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, hg. vom k. k. Kriegsarchiv, Bd. 2 (1876), bearb. von Moriz v. Angeli.

3) Archiv f. österr. Gesch. XII, 232 f.

nach im Juni ein. Daß den Oberbefehl wieder der Kurfürst von Sachsen zu führen habe, galt als unvermeidlich, aber unmöglich konnte ihm wieder Caprara beigegeben werden. An Capraras Stelle wurde auf Antrag des Hofkriegsratspräsidenten Grafen Rüdiger Starhemberg am 25. April Prinz Eugen von Savoyen zum Ablatus bestimmt. Starhemberg hatte den jungen vierunddreißigjährigen Feldmarschall mit Worten empfohlen, die zwar oft schon angeführt worden sind, die wir aber doch auch hier nicht entbehren wollen. „Ich weiß keinen", sagte Starhemberg dem Kaiser[1]), „der mehr Verstand, Experienz, Application und Eifer zu Euer kais. Majestät Dienst hätte, ein generoses und uninteressiertes Gemüt, auch die Liebe und Respect bei der Miliz, als der Prinz von Savoye.. Er hat in Italien commandiert,.: die Armata jederzeit in großer Einigkeit, Respect und Gehorsam erhalten, welcher dagegen bei der Armata in Ungarn ganz zerfallen, weswegen wohl nötig, derselben einen solchen vorzustellen, der ihn wieder einzuführen weiß, von allen Offizieren beliebt und hierzu secundiert wird, die alle und sonderlich die Vornehmeren dem Prinzen von Savoyen so viel geneigt, als sie dem andern (Kurfürsten von Sachsen) abgeneigt sind." Es war die beste Wahl, aber die Unklarheit dieser Ablatus-Stellung hätte voraussichtlich auch einen Eugen gehemmt. Da trat noch im letzten Augenblick eine überraschende und befreiende Wendung ein.

Der Tod König Johann Sobieskis hatte wieder wie die letzten Male in den Jahren 1669 und 1674 das ganze Getriebe einer polnischen Königswahl entfesselt[2]). Für Österreich war es auch jetzt wie damals von nicht geringer Wichtigkeit, wer die Krone Polens tragen würde. In dem schweren Doppelkampf, in der mit jedem Tage brennender werdenden spanischen Erbfolgefrage war es keineswegs gleichgültig, ob das nordöstliche Nachbarreich auf der weiten Grenze von Glogau bis zur Marmaros in französischem Interesse stehe oder nicht. Aber dieses Mal besaß der Kaiser zunächst keinen Kandidaten, der eine wirklich ernste Aussicht gehabt hätte. Prinz Jakob Sobieski, der älteste Sohn König Johanns, durch seine Heirat mit einer Schwester der Kaiserin dem Wiener Hofe nahestehend, war in Polen höchst unbeliebt, der niedere polnische Adel wollte überhaupt keinen Magnaten. Herzog Karl von Pfalz-Neuburg, ein Bruder der Kaiserin, war mit einer Radziwill vermählt, aber

1) Gutachten vom 15. März 1697, Feldzüge II, 410. 411.

2) Vgl. hierfür Schulte I, 471ff., der wichtige neue Aufschlüsse brachte, Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. II, 86ff., betreffs Max Emanuels von Bayern. Riezler, Gesch. Baierns VII, 396ff.



„er ist arm, nichts von ihm", sagten die Polen. Herzog Ludwig von Lothringen, ein Sohn Karls und Eleonorens, der einstigen Königin von Polen, schien zu jung. Auch der Kurfürst Max Emanuel von Bayern, der 1694 eine Tochter Sobieskis geheiratet hatte, besaß eine kleine Partei. Alle diese Namen kamen kaum in Betracht gegenüber den beiden ernsten Bewerbern, dem von Ludwig XIV. aufgestellten Prinzen Conti und dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, dessen berühmter Name in Polen selbst vielen Anklang fand und für den sich seit Oktober 1696 Brandenburg energisch einsetzte. Der Vertreter des Kaisers in Warschau Graf Sedlnitzky, dem erst Ende April 1697 der eigentliche Wahlgesandte, Graf Johann Philipp von Lamberg, Bischof von Passau, folgte, hatte natürlich gegen Conti zu arbeiten, für den Prinzen Jakob einzutreten, wenn Conti nicht anders zu vermeiden, für Bayern zu wirken, nicht aber für Ludwig von Baden. Der maßgebende Staatsmann in Wien, Graf Kinsky, war kein Freund des Badeners, und daß dieser so sehr von Brandenburg protegiert wurde, empfahl ihn in Wien nicht. Noch am 4. Mai sprach Kinsky die Meinung aus, schließlich werde wohl ein polnischer Magnat gewählt werden.

Aber um diese Zeit war insgeheim ein ganz anderer Kandidat schon tätig, der schließlich alle andern schlug, Kurfürst Friedrich August von Sachsen. Seit Februar 1697 trug er sich mit dem Plane, war auch entschlossen, den für den Erfolg unbedingt nötigen Übertritt zum Katholizismus zu vollziehen und hatte im März den Obersten Flemming nach Warschau gesandt. Als dieser gegen Ende Mai mit guten Nachrichten nach Wien kam, wo der Kurfürst Vorbereitungen zum ungarischen Feldzug traf, entschloß sich Friedrich August zu raschem Handeln. Er eröffnete sich Kinsky zu dessen freudiger Überraschung: der Kurfürst von Sachsen katholisch, in Polen kein Franzose, in Ungarn freie Hand! Sachsen wurde jetzt kaiserlicher Kandidat. Am 1. Juni trat Friedrich August in Baden bei Wien zur katholischen Kirche über, der Wiener Hof mußte Soldrückstände zahlen und genehmigen, daß der Kurfürst einen Teil seiner nach Ungarn bestimmten Truppen in der Lausitz zusammenziehe. Am 25. Juni kam der Kurfürst nach Breslau, am 27. Juni wurde er nach einem selbst in Polen noch kaum erlebten Aufgebot von Intrigen, Bestechungen und Wahltumulten zum maßlosen Erstaunen aller Welt zum König erwählt. Auch Prinz Conti war von einer Minderheit erhoben worden, kam dann nach Danzig, mußte aber schmählich wieder nach Hause zurück. Es war eine Niederlage Ludwigs XIV.



Ihr folgte eine noch entscheidendere Niederlage des französischen Bundesgenossen im Osten. Der neue König von Polen legte sein Oberkommando in Ungarn nieder, schon am 5. Juli wurde auf Antrag Rüdiger Starhembergs Prinz Eugen zum Oberbefehlshaber ernannt. Frei von beengenden Fesseln konnte dieser nun im Feldzug von 1697 zum ersten Male sein Genie entfalten. Die augenblickliche Lage war freilich schwierig genug. Die Hauptarmee sollte sich bei Kolluth südöstlich Mohács am rechten Donauufer sammeln, mit ihr hatte sich der Kommandierende von Siebenbürgen, Graf Rabutin, mit seinen Truppen zu vereinigen, sowie ein Korps, das die Eroberung der Festung Bihać an der Unna an der kroatisch-bosnischen Grenze hätte durchführen sollen. Diese Expedition gegen Bihać[1]) entsprang der Initiative des Grafen Franz Karl von Auersperg, Kommandanten der kroatischen Grenze, wurde von den innerösterreichischen Ständen sehr befürwortet und war als eine schnelle Unternehmung gedacht, die vor dem Hauptfeldzug erledigt sein sollte[2]); man hoffte sich des Platzes leicht zu bemächtigen und damit einen Stützpunkt gegen die ewigen Streifzüge der Türken aus Bosnien zu gewinnen. Aber alles verspätete sich, inzwischen konnten die Türken die Besatzung verstärken, die Belagerung, die erst am 9. Juni begann, scheiterte und mußte am 7. Juli aufgehoben werden. Nach weitem, beschwerlichem Marsch traf das Korps Auersperg erst am 13. August bei der Hauptarmee ein.

Aber auch der Sammlung der Hauptarmee erstanden im letzten Augenblick noch bedrohliche Hindernisse. In Oberungarn in der Hegyalja, in jener weingesegneten Landschaft um Tokaj und Sárospatak, die stets einen Mittelpunkt oppositioneller Strebungen bildete, entstand aus einer Jahrmarktsschlägerei zu Sátoralja-Ujhely zu Ende Juni ein förmlicher Aufruhr[3]). Rings aus der ganzen Gegend scharten sich Bauern, arme Adelige und einstige Kuruzzen um ein paar schnell emporgetauchte Führer, die den Namen Thököly auf ihre Fahnen schrieben. Sárospatak, Nagy-Kalló und Tokaj wurden überfallen, die schwachen Besatzungen niedergemacht, die Aufständischen wollten Franz Rákóczy, der zu Szerencs weilte, als Führer, aber er entwich ihnen nach Wien. Vielleicht waren

1) Vgl. über die Feldzüge des Prinzen Eugen II, 73 ff.

2) Nur unter dieser Voraussetzung hatte der Hofkriegsrat zugestimmt, vgl. Gutachten Rüdiger Starhembergs vom 22. März 1697, Feldzüge II, 349.

3) Vgl. Feldzüge II, 93 ff., wo aber der Aufstand unrichtig schon zu Anfang Juni verlegt wird. Acsády, S. 498.



Emissäre Thökölys mit im Spiele, aber das rasche Aufflammen einer solchen Bewegung erklärt sich zu gutem Teil schon aus den verzweifelten Zuständen, die der endlose Krieg mit seinen unaufhörlichen Einquartierungen und Truppendurchzügen und den damit verbundenen schweren Lasten und aufreizenden Gewalttätigkeiten verursachte. Der Bauernaufstand von 1697 war schon ein düsteres Vorzeichen kommender Dinge. Er konnte im damaligen Augenblick, als eben die kaiserlichen Regimenter zur Hauptarmee marschierten, höchst unbequem, ja bedenklich werden. So wurden denn rasch energische Maßregeln eingeleitet. Prinz Vaudémont mit einer starken Reiterabteilung, Husaren und Hajducken unter Palffy und Kohary wurden dahin gesandt, die im Anmarsch befindlichen brandenburgischen Hilfstruppen dahin dirigiert, Graf Bercsényi wurde vom Hof beauftragt, die oberen Komitate aufzubieten [1]. Vom 16. Juli an schlug Vaudémont die regellosen Haufen der Aufständischen und nahm Tokaj und Sárospatak, so daß Ende Juli die Hauptflamme des Aufruhrs gedämpft war. Prinz Eugen drängte denn auch darauf, daß Vaudémont schleunigst zur Hauptarmee eile. Dies um so mehr, als Graf Rabutin zögerte, Siebenbürgen zu verlassen, teils aus Besorgnis vor einem türkischen Angriff, teils, weil oberungarische Rebellen sich nach Siebenbürgen flüchteten und man das Übergreifen der Bewegung fürchtete. Auch die dänischen Hilfstruppen waren auf ihrem Anmarsch durch den Kommandanten von Kaschau, Grafen Nigrelli, daselbst zurückbehalten worden.

Als Prinz Eugen am 12. Juli im Lager zu Kolluth eintraf, fand er nur etwa 30 000 Mann vor, keinen Kreuzer Geld in der Kriegskasse, für vier Wochen Mehl, für zwei bis drei Tage hartes Futter, für zehn Tage Backholz, „es ist wohl eine große Miseria, die nicht genugsam zu beschreiben“ [2]. Mit Umsicht und mit größter, nachdrücklichster Energie begann nun Eugen für alle Bedürfnisse des Heeres zu sorgen, für den Nachschub von Proviant auf der Donau, für Magazine an der Theiß, für die Befestigung von Peterwardein, aber auch von Szegedin, wohin sich ja der Kriegsschauplatz verschieben konnte, und vor allem für die baldigste Vereinigung der so weit auseinanderliegenden anderen Heeresteile mit der Hauptarmee. Nicht alles decken, sondern konzentrieren, um dem Feind mit möglichst starker Kraft gegenübertreten zu können, war die klare, aber für jene Zeit nicht selbstverständliche, weitblickende Strategie Eugens.

1) Krones im Archiv f. österr. Gesch. XLII, 272.

2) Eugen an den Kaiser, 26. Juli, Feldzüge II, Supplement, S. 5.



Vor allem aber wollte er, trotz des unfertigen Zustandes der Armee, vorwärts, um Fühlung mit dem Feind und Klarheit über dessen Absichten zu erlangen. Vom 17. Juli an marschierte das Heer in der Richtung Peterwardein, dann von da noch ein Stück weiter links der Donau abwärts bis Kovil (Kobila), wo am 5. August Lager geschlagen wurde. Das türkische Heer, das wieder Sultan Mustafa selber führte, war in langsamem Zug von Adrianopel über Sofia gegen Belgrad vorgerückt. Am 10. August langte es bei Belgrad an, eine Brücke wurde über die Save, eine über die Donau geschlagen, aber erst am 19. August überschritt der Sultan mit der Hauptmacht die Donau bei Pancsova und ließ zugleich ein starkes Korps und die Flottille gegen Szlankamen vorgehen, das hieß also, die kaiserliche Armee beschäftigen und am Theißübergang hindern, während die Türken übermächtig gegen das südöstliche Ungarn und Siebenbürgen vordringen konnten. Deshalb ließ Prinz Eugen bei Titel ein Korps von acht Bataillonen und marschierte am 22. August nordwärts, um durch einen Theißübergang bei Szegedin oder Zenta dem Feinde zuvorzukommen und womöglich endlich die ersehnte Vereinigung mit Vaudémont und Rabutin zu vollziehen. In der Tat stießen am 26. August die Reiter Vaudémonts und die brandenburgischen Truppen in der Nähe von Zenta zur Armee. Doch die Türken waren oft unberechenbar und Eugen besaß zu wenig leichte Reiterei, um ausgiebige Rekognoszierungen vorzunehmen. Vom 25. August an begann eine Bewegung des Türkenheeres gegen die Feste Titel, am 28. wurden die kaiserlichen Abteilungen bei Titel zurückgeworfen, in den nächsten Tagen rückte die ganze türkische Macht bis Kovil, wo früher Eugen gestanden, es war nun offenbar, daß es auf Peterwardein abgesehen.

Inzwischen traf am 31. August Rabutin nach forcierten Märschen bei Eugen ein. Die Kaiserlichen zählten nun bei 50 000 Mann, das Türkenheer schätzte man viel stärker. Sofort entschloß sich jetzt Eugen, so rasch als möglich die Donau zu erreichen, sich zwischen Peterwardein und den Feind zu stellen und diesen zu fassen. In anstrengenden, meisterhaft durchgeführten Märschen zog die ganze Armee vom 2. bis 6. September, umschwärmt vom Feinde, doch ohne Verlust bis an die Donau gegenüber Peterwardein. Aber nun kam abermals eine überraschende Wendung. Die Türken, sichtlich damit rechnend, daß nun die Theißlinie frei, der Übergang über den Fluß kampflos möglich und dann der Weg nach Oberungarn und Siebenbürgen offen sei, begannen am 7. September den Abmarsch von Kovil am rechten Ufer der Theiß in der Richtung



nach Szegedin. Sie rechneten aber nicht mit der Entschlußkraft Eugens. Er sah, daß jetzt alles davon abhänge, dem Feind auf dem Fuß zu folgen und um jeden Preis den Theißübergang zu hindern. Er hatte sein Heer in der Hand, er konnte ihm zumuten, zum dritten Male den immer beschwerlicheren Marsch auszuführen. Am 9. September begann die Armee den Zug, am 10. erfuhr man, daß der Feind Anstalten treffe, schon bei Zenta die Theiß zu überschreiten, am 11. rückte man bis auf eine Stunde südlich von Zenta vor.

Knapp unterhalb des Ortes Zenta hatten die Türken nach dem Entwurf französischer Ingenieure eine Schiffbrücke über die Theiß geschlagen und schon war der Sultan mit einem großen Teil der Reiterei auf das linke Ufer übergegangen. Innerhalb des Brückenkopfes am rechten Ufer befanden sich noch fast das ganze Fußvolk, einige tausend Spahis und zahlreiche Geschütze. Dieser Brückenkopf hatte eine doppelte Umwallung, die Türken zogen sich auf die innere zurück, die feste und hohe Brustwehren umgaben. Schon war es spät am Nachmittag. Ein entscheidungsvoller Augenblick! Prinz Eugen erfaßte ihn mit schnellem, kühnem Entschluß. Er ließ sofort die Schlachtordnung formieren und durch eine Schwenkung des linken Flügels und des Zentrums den Brückenkopf im Halbkreis umschließen, die Flügel lehnten sich an die Theiß. Links führte Guido Starhemberg, rechts Heister, im Zentrum Eugen selber. Es begann ein konzentrischer Angriff. Die Türken benutzten eine große Sandbank der Theiß, um den anrückenden linken Flügel der Kaiserlichen zurückzuwerfen. Vergeblich. Diese Sandbank, die bis zur Brücke reichte, nützte Prinz Eugen rasch aus, ließ sie mit Geschütz und Infanterie besetzen und den gesamten linken Flügel energisch angreifen. In blutigem Kampf drangen hier die Kaiserlichen vor bis gegen das Ende der Brücke und faßten so die Türken im Rücken. Inzwischen hatte auch das Zentrum und der rechte Flügel den Kampf begonnen, die Reiter saßen ab, unaufhaltsam drang alles über die steilen Böschungen der inneren Verschanzung, die Geschütze der Flügel feuerten auf die vollgepfropfte Brücke, auf der ein fürchterlich sich stauendes Gedränge entstand, als der Sultan Spahis zur Unterstützung sandte. Ein Rückzug über die Brücke wurde unmöglich. Ein Verzweiflungskampf der im engen Raum eingeschlossenen Türken gegen die wütend von allen Seiten andringenden Gegner begann, tausende von Türken sprangen in die Theiß und ertranken, fast alle übrigen wurden zusammengehauen. Das ganze türkische Heer, soweit es diesseits des Flusses gewesen, war



vernichtet. Der Großwesir Elmas Mohammed, vier Paschas, zahlreiche andere hohe Würdenträger waren gefallen. Der Sultan sah mit Entsetzen die furchtbare Niederlage, er floh gegen Temesvar, die Reiterei zerstob, das ganze Lager rechts der Theiß blieb die Beute der Sieger. Die Kaiserlichen zählten nur 429 Tote und 1600 Verwundete.

Selten ist in so wenig Stunden ein so großer, so vollständiger und entscheidender Sieg erfochten worden. Denn die Vernichtung dieses stolzen Heeres brach endlich die zähe Widerstandskraft der türkischen Macht. Der Schlacht bei Zenta folgte nur mehr ein Nachspiel von Kriegshandlungen, vielmehr nahm der Sultan schon im Januar 1698 die öfters angebotene Vermittlung des englischen Gesandten Lord Paget in Anspruch und damit war der erste Schritt zu ernsten Friedensverhandlungen getan.

Prinz Vaudémont eilte im Auftrag Eugens nach Wien mit der ersten Nachricht des Sieges. Er traf am 14. September ein und abends schrieb der Kaiser an seinen Schwager, den Pfalzgrafen Johann Wilhelm: „Ich bin heut so erfreut gewesen und ist es wohl schon gegen Mitternacht, daß ich nit mehr habe vor diesesmal von eigener Handt schreiben können [1]." Am 15. September schrieb Prinz Eugen seinen Schlachtbericht an den Kaiser [2]), er rühmt mit freudiger Anerkennung und Wärme „den tapferen Heldengeist" der gesamten Armee, auch der sächsischen und brandenburgischen Bundesgenossen; wohl haben etliche Gelegenheit gehabt, sich besonders zu distinguieren, „nicht ein einziger aber ist insgesamt, welcher, soviel ich weiß, nicht mehr als seine Schuldigkeit getan". War dies die deroute Armee von 1696? Das hatte jetzt eine feste, klare, glückliche Führung aus ihr gemacht!

Prinz Eugen glühte danach, den glänzenden Sieg auszunutzen, um durch weitere Schläge die Pforte jetzt schon zum Frieden zu zwingen. Aber er mußte sich voll Unmutes selbst überzeugen, daß von einer Belagerung Belgrads nicht zu reden, auch eine Belagerung Temesvars nicht mehr möglich sei, daß auch an einen Festungsbau zu Semlin nicht gedacht werden könne, all das, weil nun jene ganze „Miseria" des Geld-

1) Das Original dieses Briefes war im Besitze des Antiquariates Gilhofer und Ranschburg in Wien. Katalog.

2) Feldzüge II, Supplement, S. 52. Daselbst II, 210 ff. eine militärische Beurteilung der Schlacht und die endgültige Widerlegung der so oft wiederholten Geschichte, Prinz Eugen habe die Schlacht gegen den Willen des Kaisers und des Hofkriegsrates geschlagen und sollte deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt werden.



und Proviantmangels, der Transportschwierigkeiten wieder zutage trat, die durch Eugens Energie wohl für kurze Zeit gebannt worden war, deren allgemeine Ursachen aber nicht so ohne weiteres beseitigt werden konnten. So wurde denn Graf Rabutin mit seinem Korps nach Siebenbürgen zurückgesandt, das übrige Heer führte Eugen Ende September wieder in die Gegend von Kolluth und von da zogen dann die Truppen im Oktober und November in ihre verschiedenen Quartiere.

Aber der rastlose Geist und Tatendrang Eugens gab sich nicht mit einem so gewöhnlichen Abschluß des siegreichen Feldzugs zufrieden: konnte nichts Größeres mehr unternommen werden, so doch ein schneller, kühner Zug mitten in feindliches Land, um den Schrecken vor den kaiserlichen Waffen noch zu vertiefen. Eugen faßte einen Streifzug nach Bosnien ins Auge [1]). Der Sultan war mit den Resten seines Heeres von Belgrad schon fortgezogen, in Bosnien gab es nur vereinzelte feste Plätze mit schwachen Besatzungen und nur wenige zerstreute Truppen. Alles wurde gut und geheim vorbereitet und am 5. Oktober brach Eugen mit 7000 Mann auserlesener Truppen auf. Über Esseg ging es nach Brod an der Save, am 13. Oktober begann der Einmarsch in Bosnien. In raschem Vormarsch drang der Zug das Tal der Bosna aufwärts, in den nächsten Tagen wurden Doboi, Maglai, Zebsche, Branduk genommen, am 23. Oktober langte das Streifkorps vor Serajevo an. Die Stadt war von den Türken verlassen, die christlichen Bewohner kamen in das Lager und baten, mitgenommen zu werden, was denn auch geschah. In der Stadt brach ein Brand aus, am 24. wurde sie vollständig eingeäschert. Das Unternehmen hatte sein Ziel erreicht, „die Verwirrung unter den Türken ist schrecklich, wären nur wenig mehr Anstalten dafür getroffen, könnte das ganze Königreich besetzt und behauptet werden", schreibt Prinz Eugen in sein Tagebuch. Am 25. Oktober wurde der Rückmarsch angetreten. Erst jetzt ließ sich vom Feinde etwas merken, der einige Truppen zusammenzog. Aber ohne ernstliches Hindernis und ohne nennenswerten Verlust kehrte das Streifkorps am 5. November glücklich nach Brod zurück.

Gleichzeitig gingen auch ein Streifzug des Banus von Kroatien bis nach Banjaluka im nordwestlichen Bosnien und eine Diversion Rabutins erfolgreich von statten, der die festen Plätze Uj-Palanka

1) Hierfür das Tagebuch (Journal) Eugens, Feldzüge II, Supplem., S. 85 ff., dazu II, 177 ff.



und Pancsova unterhalb Belgrads am linken Donauufer einnahm und zerstörte.

Unter dem Jubel des Volkes zog Prinz Eugen am 17. November 1697 in Wien ein; er überbrachte dem Kaiser noch ein Beutestück von besonders kostbarer Seltenheit, das türkische Reichssiegel, das der Großwesir am Halse getragen. Schon am 4. Dezember überreichte Eugen den Feldzugsplan für das nächste Jahr, auch der Hofkriegsrat hatte sich bereits mit den Vorbereitungen dazu beschäftigt[1]). Die Eroberung Belgrads soll das Operationsziel sein, dann werde auch Temesvar fallen, und das Wichtigste hierfür ist, daß bis Ende April alles bereit sei und die Truppen ins Feld ziehen. Eben jetzt suchte man auch durch die Errichtung einer neuen „Deputation", die aus den Vorständen des Hofkriegsrates, des Generalkriegskommissariats, der Hofkammer und der Hofkanzleien bestand, eine Vereinfachung des Geschäftsganges für die finanzielle und administrative Durchführung der militärischen Forderungen zu schaffen und durch die Einführung einer Generalkriegskasse dazu beizutragen[2]). Allein was half dies alles, wenn keine Geldmittel aufzutreiben waren, wenn die erschöpften Länder keine oder ungenügende Kontributionen zahlten und so alle die bekannten Hemmungen in verstärktem Maße wiederkehrten. Auch daß nun nach dem Frieden von Rijswijk der Kaiser des westlichen Krieges ledig war und einige Regimenter nach Ungarn marschieren konnten, wirkte nicht entscheidend. So wünschenswert es gewesen wäre, angesichts der sich anbahnenden Friedensverhandlungen und der für sie vom Kaiser festgehaltenen Grundlage des „uti possidetis" die Kriegsziele Prinz Eugens zu erreichen, so zeigte sich dies bald als unmöglich. Die notgedrungen eingehaltene Defensive wurde allerdings dadurch erleichtert, daß auch die Türken infolge der schweren Niederlage und ihrer Nachwirkungen im Jahre 1698 nichts anderes taten, als in strengster Defensive bei Belgrad stehen zu bleiben. Nachdem sich erst im August die kaiserliche Armee wieder bei Kolluth gesammelt hatte und Prinz Eugen vergeblich versuchte, den Feind zu einer Aktion zu verlocken, beschränkte sich die positive Tätigkeit auf die noch im November 1698 durchgeführte Ausgestaltung und Verstärkung der Festungswerke von Arad, um wenigstens die wichtige Maroslinie, die voraussichtlich bleibende Grenze, besser zu sichern.

1) Vgl. für das Folgende Feldzüge II, 253 ff., Supplem., S. 98, für die Operationen des Jahres 1698 ebenda, S. 269 ff.

2) Vgl. Fellner-Kretschmayr, Österr. Zentralverwaltung I, 255 f.



Inzwischen hatten nun die **Friedensverhandlungen** ernstlich begonnen [1]). Der Wiener Hof und die Seemächte waren erschreckt worden durch die schwere Erkrankung König Karls von Spanien im Februar 1698 [2]). Man sah, wie die spanische Frage jeden Augenblick akut werden konnte. Den Gefahren der Lage suchte König Wilhelm von England einerseits zu begegnen durch den geheimen Teilungsvertrag mit Ludwig XIV., andrerseits durch energische Friedensvermittlung bei der Türkei. Die Hohe Pforte aber war nach dem Schlage von Zenta tief entmutigt, sie sah jetzt den Kaiser im Westen frei, Venedig zur Fortsetzung des Krieges entschlossen, in Polen einen jungen, ehrgeizigen Fürsten, in Rußland eine gefährlich werdende aggressive Politik. Jetzt endlich fand das neuerliche Anerbieten der Vertreter Englands und Hollands zur Friedensvermittlung im Januar 1698 bei der Pforte Gehör. Sie erklärte, im Prinzip die Grundlage des „uti possidetis", des gegenwärtigen Besitzstandes, anzunehmen, aber sie stellte Forderungen, die jenes Zugeständnis zum Teile illusorisch machten: die Räumung Siebenbürgens, der Plätze Illok, Pozsega und Brod, die Schleifung der Werke von Peterwardein. Solches erschien unannehmbar, aber immerhin, es ließ sich verhandeln. Die Schwierigkeit lag jedoch nicht bloß bei den Türken, sondern auch bei den Bundesgenossen. Polen wollte als Siegespreis unbedingt Kaminiec einheimsen, das es noch immer nicht erobert hatte, und Zar Peter wollte Kertsch, ohne dessen Besitz die neue russische Flotte im Asowschen Meer tatenlos eingeschlossen blieb. Beide waren also mit der Basis des Status quo keineswegs zufrieden und wollten einheitlich vorgehen. König August von Polen wandte sich an den Papst, Zar Peter aber eilte im Frühjahr 1698 von Holland nach Wien. Am 26. Juni kam er an [3]). Soeben war am 23. Juni von seiten des Kaisers und des venetianischen Ge-

1) Über sie vgl. Gründ- und umständlicher Bericht von denen Röm. kays. und ottoman. Großbothschaften, wodurch der Friede .. zu Carlowicz .. geschlossen worden. Wien 1702, sowie den eingehenden Bericht des venetianischen Gesandten Carlo Ruzzini, Fontes II 27, 345 ff., sodann die auf dem Material des Wiener Archivs beruhenden Darstellungen bei Wagner, Hist. Leopoldi II, 444 ff. und Hammer, Gesch. des osman. Reiches VI, 649. 655 ff., ferner Feldzüge II, 274 f. 293 ff., Klopp, Fall des Hauses Stuart VIII, 132 ff. 286 ff., Acsády, S. 502 ff., Übersberger, Rußlands Orientpolitik II, 66 ff.

2) Vgl. oben S. 486.

3) Man hatte in Wien diesen Besuch nicht gerne gesehen, da man die unvermeidlichen großen Kosten fürchtete. Über den Aufenthalt Peters in Wien ausführliche Schilderungen im Theatrum Europ. XV, 472 ff.



sandten Ruzzini im Namen seiner Signoria ein Instrument gefertigt worden, worin der Pforte Geneigtheit zu Verhandlungen über den Frieden erklärt wurde, aber auf der Grundlage des „uti possidetis“ ohne Ausnahme, Beschränkung und Vorbehalt. Nun erhob der Zar Protest gegen diese Verhandlungen ohne vorheriges Wissen der Bundesgenossen, berief sich auf den Vertrag von 1697 und suchte von einem Frieden abwendig zu machen. Allein Graf Kinsky, der mit der „Czarischen Majestät“ verhandelte, hielt fest und geschickt stand: der Kaiser könnte es vor seinen Untertanen, vor dem Reich und der ganzen Christenheit unmöglich verantworten, auf Friedensverhandlungen nicht einzugehen; er habe nun durch fünfzehn Jahre mit unendlichen Opfern an Blut und Geld den Krieg geführt, der Zar aber sei erst vor kurzem in denselben wirklich eingetreten; wenn er Kertsch und anderes noch haben wolle, möge er trachten, es bald zu erobern, deswegen aber auf eine Verlängerung des Offensivbündnisses einzugehen, sei der Kaiser nicht in der Lage. Der Zar konnte in Wien seinen Willen nicht durchsetzen, doch berührte ihn dies deshalb nicht so tief, weil ihm zunächst weit mehr als die türkische Frage die Gewinnung der baltischen Küste als großes Ziel vor Augen schwebte. Auf der Rückreise von Wien, das er am 29. Juli verließ, um scheunigst nach Hause zu eilen und den Aufruhr der Strelitzen niederzuwerfen, traf er mit König August von Polen schon entscheidende Abmachungen über den Krieg gegen Schweden. Doch ließ er als seinen Bevollmächtigten für den schon in Aussicht stehenden Friedenskongreß mit den Türken Prokofej Bogdanovič Voznicyn in Wien zurück. Auch König August von Polen, der noch in einem Schreiben vom 21. August gegen den Standpunkt des Kaisers und Venedigs sich aussprach, verstand sich schließlich zur Sendung eines Bevollmächtigten.

Im August holte der Kaiser Gutachten des Markgrafen Ludwig von Baden, Capraras, Rüdiger Starhembergs und des Prinzen Eugen über die Friedensbedingungen ein [1]). Sie stimmten darin überein, daß an der Grundlage des „uti possidetis“ wohl festgehalten werden müsse, da sie im ganzen günstig und von den Türken sicher nicht mehr zu erlangen sei. Allerdings wäre, so betonten Eugen und Caprara, der Gewinn des Banats von großer Bedeutung, so sehr, daß man dafür Peterwardein demolieren und Temesvar rasiert übernehmen könnte, ja Caprara meinte

1) Vgl. Wagner II, 444ff., Feldzüge II, Supplem., S. 102, Eugens Gutachten vom 28. August.



gar, man könnte dann halb Siebenbürgen dafür abtreten. Aber Eugen schließt sein Gutachten doch mit den Worten: da kaum anzunehmen, daß der Feind einen Verzicht auf den Banat eingehen werde, müsse man dabei bleiben, daß die Maros- und Theißgrenze durch starke Befestigung von Szegedin und Titel gesichert und in Syrmien eine Grenze von Illok an der Donau zum Bossuthflusse bis Rácsa an der Save gezogen und befestigt werde; von Rácsa an bilden dann Save und Unna die Grenze. Diese Gesichtspunkte wurden denn auch für die Verhandlungen maßgebend.

Die Pforte hatte am 22. Juli 1698 durch die von ihr bevollmächtigten Friedensgesandten, den Reis Efendi Rami und den jetzt zum Geheimen Rat ernannten Pfortendolmetsch Alexander Maurocordato die Annahme der Friedensgrundlage feierlich beurkunden lassen. In längeren Verhandlungen wurde schließlich, den Türken entgegenkommend, das Dorf Karlowitz, südöstlich von Peterwardein, als Ort des Kongresses bestimmt. Im September erhielten die kaiserlichen Gesandten ihre Vollmachten und Instruktionen, anfangs Oktober reisten sie ab. Es waren Graf Wolfgang von Öttingen, Reichshofratspräsident, und General Graf Leopold Schlick, ihnen als Botschaftsrat und Grenzregulierungskommissär beigegeben Oberst Graf Alois Ferdinand Marsigli. Der letzte war ein guter Kenner dieser Gegenden [1]), Schlick ein tüchtiger Soldat aus dem Heere Prinz Eugens, er führte dann bei den Verhandlungen das Wort; über die Wahl Öttingens wunderte man sich, da er bisher noch nie mit den türkischen Angelegenheiten zu tun gehabt, aber er war ein Freund Kinskys [2]). Sie und der venetianische Gesandte Carlo Ruzzini, der polnische Graf Stanislaus Malachowski, der Russe Bogdanovič Voznicyn kamen Mitte Oktober in Peterwardein an, am 19. Oktober näherten sich die Botschafter Englands und Hollands, Lord Paget und Jakob Colyer, sowie die türkischen Gesandten von Belgrad her, in den folgenden Tagen trafen alle zu Karlowitz ein [3]). Ein eigentümlicher Kongreßort!

1) Über Marsigli, den bekannten gelehrten Offizier und Ingenieur, Kartographen und Naturkundigen, äußerte sich Ende 1692 der venetianische Gesandte Venier auffällig absprechend. Fontes II 27, 342.

2) Die Ungarn vermerkten es mit Mißfallen, daß kein Ungar beigezogen wurde. Vgl. Acsády, S. 504. Eine feine Charakteristik der Teilnehmer am Kongresse gibt Ruzzini, S. 375 ff.

3) Über die Reise der kaiserlichen Botschaft von Wien nach Karlowitz und über die äußerlichen Begebenheiten bis zum 3. November sowie über die Rückfahrt machte ein Teilnehmer, der „Zehrgadner" Joh. Kaspar Anton Hammerschmid, Aufzeichnungen, hg. von B. O. Ludwig im Jahrb. des Stiftes Klosterneuburg VII, 26 ff.



Karlowitz selbst lag in Ruinen, in der Nähe auf freiem Felde mußten die vornehmen Herren und ihr zahlreiches Gefolge in Zelten kampieren, für die Sitzungen war ein Holzbau errichtet worden, dessen Raumeinteilung ganz nach dem Vorbild des Schlosses Rijswijk gestaltet war, wie man sich auch im Zeremoniell an Rijswijks Muster hielt.

Am 2. November 1698 begannen die Verhandlungen. Jede der beteiligten christlichen Mächte sollte für sich mit den Türken unterhandeln, die Vermittler griffen zur Erleichterung des Geschäftsganges, in streitigen Fällen und zur endlichen Beschlußfassung ein. Lord Paget, vielerfahren im Verkehr mit der Pforte, ruhig, verbindlich und doch entschieden, war das natürliche Haupt des Kongresses. Er hatte gleich anfangs zu tun. Die Türken kamen mit der unerwarteten Forderung, daß Siebenbürgen wieder unter einen eigenen Fürsten und unter türkischen Schutz gestellt werden oder der Kaiser einen Tribut zahlen solle. Darob große Aufregung, damit schien ja alles in Frage gestellt oder mindestens verschleppt. Paget erklärte aber den türkischen Vertretern, kategorisch wie der Römer, er biete in der Rechten Frieden, in seiner Linken Krieg, sie haben zu wählen. Nun erklärten sie, nicht mehr darauf zurückkommen zu wollen, und es wurde am 13. November die eigentliche Verhandlung eröffnet. Man begann in fast täglichen Sitzungen zuerst mit dem kaiserlich-türkischen Vertrag, der in seinem Hauptinhalt verhältnismäßig schnell, schon am 26. November zu einem ersten Abschlusse kam. Die kaiserlichen Vertreter hatten den Auftrag, wenn irgend möglich den Gewinn Temesvars durchzusetzen, sei es im Tausche gegen eine andere Festung oder gegen das Angebot von 200 000 Gulden. Vergebens, die Türken steiften sich nun ihrerseits auf das „uti possidetis"[1]. Noch schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über die polnischen, russischen und venetianischen Verträge. Der Pole Malachowski wollte zuerst von Vermittlung und von dem „uti possidetis" noch immer nichts wissen. Aber schließlich mußte er dem Drängen der Vermittler und der Kaiserlichen nachgeben. Den Polen handelte es sich um Kaminiec, auf das die Türken nach langem Sträuben endlich im Dezember verzichteten. Die Venetianer wollten außer der ganzen Halbinsel Morea, über die kein Streit war, auch die ganze Landenge von Korinth bis jenseits der nördlich sie begrenzenden Berge. Hierüber und über die Räumung von Lepanto durch die Türken konnte trotz aller Beratungen und aller Bemühungen der

1) Vgl. den Bericht Ruzzinis, S. 367 f. Dadurch wird die Darstellung bei Acsády, S. 505, berichtigt.



Vermittler und der kaiserlichen Gesandten bis in den Jänner 1699 hinein keine volle Einigung erzielt werden. Man wurde schon allgemein ungeduldig. Es war ja kein Vergnügen, in winterlicher Jahreszeit in den leichten Zelten, in unwirtlicher Gegend auszuhalten — man hatte nicht mit einer so langen Dauer des Kongresses gerechnet. Aber auch tiefere Gründe drängten den Wiener Hof zum Abschlusse: die spanische Frage und die Kunde von dem Teilungsvertrag der Seemächte mit Ludwig XIV. So kam es, daß während Ruzzini neue Instruktionen der Signoria erwartete, die anderen Bevollmächtigten am 16. Januar 1699 beschlossen, noch vierzehn Tage zuzuwarten, binnen welchen entweder der venetianische Friede geschlossen oder ein Waffenstillstand festgesetzt werden müsse, dem dann ein gesonderter Friedensschluß Venedigs folgen könne. Dies hinderte nicht, daß in den nächsten Tagen die Vermittler, die kaiserlichen und türkischen Bevollmächtigten ohne Ruzzini den Entwurf eines Vertrages ausarbeiteten.

Der Ausweg eines Waffenstillstandes war vorher schon von dem Russen Voznicyn betreten worden[1]. Anfänglich wollte auch er von keiner Vermittlung wissen. Er glaubte vielmehr, durch ein Einverständnis mit dem glaubensverwandten Maurocordato mehr zu erreichen, und scheute sich nicht, selbst ein allfälliges Bündnis mit der Pforte gegen Österreich und Polen anzuregen. Aber Maurocordato lehnte ein solches Ansinnen ab und Voznicyn rückte nun mit seinen Forderungen heraus: Abtretung von Kertsch, freie Handelsschiffahrt auf dem Schwarzen Meer, Religionsfreiheit für die orthodoxen Griechen, Serben, Bulgaren und „Slowaken“ und Schutz derselben vor übermäßigem Steuerdruck, — russisches Programm der Zukunft, damals noch verfrüht und nicht erreichbar. Die Türken forderten ihrerseits Schleifung der Dnjeprfestungen. Eine Einigung war nicht möglich, Voznicyn erhielt keine Instruktionen, und so gab er am 18. Dezember den Antrag eines zweijährigen Waffenstillstandes zu Protokoll, der am 24. Januar beurkundet wurde.

Zwischendurch wurden in mehreren Sitzungen noch verschiedene Punkte des kaiserlichen Friedensvertrages beraten und bereinigt. Man eilte zum endlichen Abschluß, der auf den 26. Januar 1699 festgesetzt wurde. In feierlichem Gepränge zogen die Gesandten — nur der venetianische fehlte[2] — zum Konferenzhaus. Es wurden der kaiserliche, der

1) Vgl. Übersberger I, 61 ff.

2) Aber er hatte zugestimmt, daß der venetianische Vertrag mit den entsprechenden Erklärungen und Alternativen von den andern unterschrieben würde. Nach Empfang neuerlicher Weisungen wurde der Vertrag dann im Februar in Belgrad von Ruzzini



der polnische und der venetianische Vertrag verlesen und, da Rami Reis Efendi wegen der besonders günstigen Konstellation der Gestirne es gewünscht hatte, genau um dreiviertel auf zwölf Uhr mittags unterschrieben [1]).

So war der Friede geschlossen. Ganz Siebenbürgen und ganz Ungarn mit Ausnahme des Temesvarer Banates, sodann Kroatien und Slavonien bis zu einer Linie von der Donau gegenüber Titel bis Morovic am Bossuthflusse und diesem entlang bis zur Mündung in die Save, und von da aufwärts alles Land diesseits der Save und dann der Unna wurde nunmehr kaiserlich. Im Banate müssen, mit lokaler Durchbrechung des „uti possidetis", die Festungswerke von Karansebes, Lugos, Lippa, Csanád, Klein-Kanizsa, Becse und Becskerek geschleift, und einzelne von den Kaiserlichen besetzte Plätze südlich der Save abgetreten werden. Auch auf die Anlage von neuen Befestigungen an der Maros- und Theißlinie und besonders zu Titel mußte der Kaiser verzichten. Aufständische Ungarn und Siebenbürger, die sich an die türkische Grenze geflüchtet haben, sollen auf türkischem Gebiet, aber fern der Grenze angesiedelt werden und ihre Frauen dürfen ihnen folgen — ein Artikel, der sich vor allem auf Thököly, seine Gemahlin Helene Zrinyi und seine Anhänger bezog [2]). Über den Handelsverkehr sollen bei Gelegenheit der vorgesehenen beiderseitigen feierlichen Gesandtschaften Übereinkommen getroffen werden. Auch die Angelegenheit des Heiligen Grabes in Jerusalem mußte allfälligen späteren diplomatischen Spezialverhandlungen vorbehalten bleiben und es konnte nur ein allgemeiner Artikel über die Wahrung der bisherigen Zugeständnisse bezüglich Ausübung der katholischen Religion und über Niederlassung von Mönchen erreicht werden. Der Friede ist auf 25 Jahre geschlossen.

Diesem Hauptvertrage, der von beiden Mächten sehr schnell ratifiziert wurde, folgten in den nächsten Monaten und noch im Jahre 1700 besondere Verträge [3]) zwischen dem Kaiser, dem Sultan und Venedig, in

unterschrieben und von einem besonderen Abgesandten Venedigs ratifiziert. Fontes II 27, 365 f.

1) Der kaiserlich-türkische Vertrag gedruckt u. a. bei Dumont, Corps univ. Diplom VII 2, 748, Katona, Hist. crit. Hungariae XXXVI, 106, in deutscher Übersetzung Feldzüge des Prinzen Eugen II, 299 ff. Vgl. Bittner, Chronol. Verzeichnis der österr. Staatsverträge I, 115.

2) Thököly und Helene verlebten in Ismid (Nikomedia) in Kleinasien ihre letzten Jahre. Helene starb am 18. Februar 1703 und wurde in Galata begraben, Thököly starb am 13. Sept. 1705.

3) Vgl. Bittner, S. 115 ff.



denen auf Grund der Arbeiten der Grenzregulierungskommissionen [1]) die genaue Festlegung der weitgedehnten Grenzlinien erfolgte und die Auswechslung der Gefangenen bestimmt wurde. Im Oktober 1699 trat Graf Wolfgang von Öttingen als Großbotschafter seine Reise an die Pforte an, am 30. Januar 1700 hielt die türkische Gegengesandtschaft unter Ismail Pascha ihren öffentlichen Einzug in Wien. Diese blieb bis Ende Oktober 1700 in Wien. Auf der Rückkehr trafen sich die Gesandten anfangs Dezember zu Szlankamen, wo die Auswechslung inzwischen geschlossener Vertragsurkunden geschah, am 29. Januar 1701 kam Öttingen wieder nach Wien zurück [2]).

Der Friede von Karlowitz beendete das schwere sechzehnjährige Ringen Österreichs und der Heiligen Liga mit der Macht der Osmanen. Die Hohe Pforte selber hatte in Verbindung mit den ungarischen Aufständischen unter Thököly und im Zusammenhang mit der Gegnerschaft Ludwigs XIV. wider das Haus Österreich den Krieg heraufbeschworen. Aber schon das erste Jahr 1683 brachte nicht bloß die siegreiche Abwehr der ärgsten Gefahr, sondern auch den Beginn einer erfolgreichen Offensive der christlichen Waffen. Die kaiserlichen und die venetianischen Heere setzten in den nächsten Jahren den fast ununterbrochenen Siegeslauf fort, Ungarn mit Siebenbürgen war bis 1688 fast ganz wiedergewonnen und befreit, der Peloponnes von den Venetianern erobert. Schon kam eine türkische Gesandtschaft nach Wien, um über den Frieden zu verhandeln. Da, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg im Osten, brach Ludwig XIV. gegen das Reich und gegen Österreich los, Deutschland sollte eingeschüchtert, die unerwartet erstarkte Macht des Hauses Österreich niedergedrückt und die Türken zur Fortführung des Krieges vermocht werden. Dieses letzte gelang, aber der französische Angriff löste die „große Allianz" aus. Sie ermöglichte es Österreich, den schweren Doppelkampf ein Jahrzehnt lang auszuhalten. Gelang es den Alliierten, im Westen die vordringende Vormacht Frankreichs im Frieden von Rijswijk zum Stillstand zu bringen, so vermochte Österreich im Osten das schon in den ersten Jahren des Türkenkrieges Gewonnene trotz zeitweiliger Rückschläge im Frieden von Karlowitz zu behaupten. Und indem nun die rückeroberten weiten Länder Ungarns, Slavoniens und Siebenbürgens dem unmittelbaren Machtgebiete des Hauses Öster-

1) An der Spitze der kaiserlichen Kommission standen die Grafen Marsigli und Bossra.

2) Die Zeitangaben nach Schenckhel, Lebensdiarium K. Leopolds.

reich eingegliedert wurden, erwuchs dieses in sich und unabhängig davon, daß sein Herrscher auch die deutsche Kaiserkrone trug, zu einer Gesamtmacht eigener Existenz, zu einer neuen europäischen Großmacht. Die monarchia Austriae, die österreichische Monarchie, wie man eben jetzt dieses Gesamtgebiet der deutschen Habsburger zu nennen begann, seit 1526 vorgezeichnet, war jetzt verwirklicht.

Der Kampf gegen Frankreich war mehr die Sache des deutschen Kaisers und des Gesamthauses Österreich mit Einschluß der spanischen Linie. Der Kampf gegen die Türken aber war so recht die Aufgabe des Beherrschers der österreichisch-böhmischen und ungarischen Länder und dieser Länder selbst. Eine Aufgabe, die zugleich dem ganzen christlichen Abendlande auch den heiligen Kampf gegen die Ungläubigen bedeutete. Jetzt war diese Aufgabe im wesentlichen glücklich und glänzend gelöst. Die vordem so angriffslustige, gewaltige, gefürchtete Kriegsmacht der Osmanen war nun dauernd zurückgedrängt auf die Balkanhalbinsel, für das Osmanenreich bildete der Friede von 1699 ebenso die Epoche des Niedergangs, wie für Österreich jene des Aufstiegs. Ungarn und Siebenbürgen blieben endgültig dem westlichen Kulturkreis gewonnen. Für Österreich-Ungarn bedeutete die orientalische Frage nicht mehr bloß den heißen Kampf und die stete Abwehr gegen die türkische Gefahr, sondern sie wies in die weiten Länder und Möglichkeiten des Ostens und Orients.

Der große Erfolg konnte freilich nur errungen werden durch eine ungeheure Anspannung der Kräfte. Mehr als einmal drohten sie zu erlahmen. Jetzt nach diesen übermäßigen Anstrengungen vieler Jahre wäre es hohe Zeit gewesen, daß endlich die großen inneren Aufgaben der Staatsverwaltung, der Staats- und Volkswohlfahrt in ruhigem Frieden gepflegt werden konnten. Doch schon nahte eine neue, große, europäische Verwicklung. Die spanische Erbfolgefrage, die schon längst die politische Atmosphäre Mittel- und Westeuropas mit steigend schwüler Spannung erfüllt hatte, näherte sich der Entscheidung. Eine ihrem Wesen nach rein dynastische Angelegenheit, die aber in ihren Folgen die allergrößte Schicksalsfrage für die zwei oder drei großen Mächtegruppen bildete. Wir haben im vorigen Kapitel die Entwicklung der spanischen Erbfolgefrage geschildert und dargelegt, wie sie unausweichlich einem neuen großen Kriege zutrieb. Der Türkenkrieg war beendet, der Krieg um das spanische Erbe stand bevor.



Anhang

1. Kaiserliche Gesandte unter Leopold I.
2. Stammtafeln:
   - I. Die deutschen Habsburger des 17. Jahrhunderts.
   - II. Die spanischen Habsburger des 17. Jahrhunderts.
   - III. Die deutsche und spanische Linie der Habsburger, ihre verwandtschaftlichen Beziehungen und die spanische Erbfolgefrage.



1. Kaiserliche Gesandte unter Leopold I.

Die nachstehenden Listen wurden von Herrn Staatsarchivar Dr. Lothar Groß auf Grund der Materials des Wiener Staatsarchivs und mit Berücksichtigung von Quellenpublikationen und Literatur ausgearbeitet und freundlichst zur Verfügung gestellt. Neben den ordentlichen diplomatischen Vertretern des Kaisers wurden zum Teil auch Personen aufgenommen, die nur in außerordentlichen Missionen tätig waren, da an einzelnen Höfen einerseits nicht dauernd ordentliche Gesandte bestellt waren und es andererseits auch mitunter damals noch schwierig ist festzustellen, ob den betreffenden Personen der Charakter eines ständigen diplomatischen Vertreters zukommt. In der Regel sind jedoch außerordentliche Gesandte nicht berücksichtigt, sondern nur die ständigen Gesandten. Die Tagesdaten geben teils die Daten der Instruktionen, teils der Kreditive bzw. Abberufungsschreiben wieder, in einzelnen Fällen auch das Datum des tatsächlichen Amtsantritts. Vielfach war es unmöglich die genauen Daten zu ermitteln, wie das Material überhaupt lückenhaft ist und für einzelne Mächte die Aufstellung einer Liste nicht ermöglichte.

An die nachfolgenden Verzeichnisse schließen sich die „Übersichten der Missionschefs" an, die im Jahrbuch des k. u. k. Auswärtigen Amtes (bis 1917) an der Spitze jedes Bandes erschienen sind und vielfach bis zirka 1710 zurückreichen.

Brandenburg

1657 Juli — 1658 Febr.	Franz Paul de Lisola
1658 Febr. 27 — 1658 Mai 29	Johann Fr. von Barwitz, Freih. v. Fernemont
1658 Juni 13 — 1658 Aug.	Johann Helwig Sinolt gen. Schütz
1660 Jan. 14 — 1660 Aug.	Peter Graf Strozzi
1663 April 23 — 1664 Juni	Franz Paul de Lisola
1665 Jan. 12 — 1675 April	Johann Freih. v. Goeß [1]
1680 Febr. 29 — 1684 März 28	Johann Phil. Graf Lamberg
1684 Dez. 8 — 1694 Jan.	Franz Heinrich Frydag, Frh. zu Gödens
1693 Sept. — 1695 April	Norbert Graf Kolowrat
1695 April 20 — 1696 Juli	Karl Ernst Graf Waldstein
1696 Juli 12 — 1705	Sekretär Arnold Heems als Resident

1) Mit zwei Unterbrechungen von 1668 Mai 23 bis 1668 Dez. 2 und von 1671 Sept. bis 1672 März 4.



England

1666 Dez. — 1668	Franz Paul de Lisola
1677 März 6 — 1679 Febr. 21	Karl Ferdinand Graf Waldstein
1679 nach Febr. 21 — 1680 Okt.	Sekretär Franz Nawitz
1680 Sept. — 1685 Aug. 18	Franz Siegmund Graf Thun
1686 Sept. 20 — 1687 Mai	Dominik Graf Kaunitz [1]
1689 Dez. 26 — 1690 Febr.	Siegmund Graf Königsegg
1691 Juni 19 — 1692 Ende	Heinrich Graf Stratmann
1693 Nov. 30 — 1700 Mai 6	Leopold Graf Auersperg
1700 Nov. 27 — 1704 Ende	Johann Wenzel Graf Wratislaw
1705 Febr. — 1712 April 10	Johann Wenzel Graf Gallas

Frankreich

1659	Moller als Resident
1664 Okt. 5 — 1665 (?)	Siegmund Graf Dietrichstein als a. o. Gesandter
1666 Aug. 21 — 1669 April 24	Johann Frh. v. Wicka als Resident
1680 März 12 — 1682 März 11	Heinrich Franz Graf Mansfeld als Gesandter
1683 April — 1684 Okt.	Legationssekretär Fr. Chassignet
1684 Nov. 24 — 1685 Sept. 3	Joh. Friedr. v. Seilern als a. o. Gesandter
1685 Sept. 8 — 1688 Juni	Ferdinand Wenzel Graf Lobkowitz als ord. Gesandter
1698 Aug. 9 — 1700 März	Karl Ernst Graf Waldstein als a. o. Gesandter
1699 Juni 20 — 1701 Aug.	Philipp Ludwig Graf Sinzendorf

Niederlande

1658 Juni 23 — 1667 Okt.	Jean D. Friquet, Resident
1667 Nov. 9 — 1693 Febr. 24	Daniel Joh. Kramprich von Kronenfeld, Resident
1693 März 18 — 1698 Mai 27	Heinrich Graf Stratmann, Gesandter
1698 März 19 — 1707 März 12	Johann P. Graf Goeß, Gesandter

Päpstlicher Stuhl

1667 Okt. 21 — 1676 März	Friedrich Kardinal von Hessen
1676 n. März 23 — 1689 Febr. 24	Kardinal Carlo Pio [2]
1689 Sept. 8 — 1694 Sept. 4	Anton Florian Fürst Liechtenstein als Botschafter
1695 Okt. 5 — 1700 April	Georg Ad. Graf Martinitz
1699 Nov. 28 — 1705 Juli	Leopold Jos. Graf Lamberg

1) Neben den Gesandten berichtet von 1685 — 1705 auch der Sekretär Joh. Phil. Hoffmann nach Wien, der bei Vakanzen auch als Resident fungierte.

2) Pio sowie sein Vorgänger waren keine eigentlichen diplomatischen Vertreter, sondern die protectores nationis Germanicae.

2. Stammtafeln[1]

I. Die deutschen Habsburger des 17. Jahrhunderts

Karl von Steiermark, jüngster Sohn Ferdinands I.
geb. 1540 Juni 3, † 1590 Juli 10
Gem. 1571 Maria von Bayern, † 1608

Kinder Karls:

- Anna, geb. 1573, † 1598, Gem. 1592 K. Sigismund von Polen
- Maria Christina, geb. 1574, † 1621, Gem. 1595 Sigmund Bathory von Siebenbürgen
- Katharina Renata, geb. 1576, † 1599
- Ferdinand II., geb. 1578 Juli 9, † 1637 Febr. 15; 1. Gem. 1600 Maria Anna von Bayern, † 1616; 2. Gem. 1622 Eleonore Gonzaga von Mantua, † 1655 Juni 27
- Gregoria Maximiliana, geb. 1581, † 1597, verlobt m. K. Philipp III. v. Spanien
- Eleonore, geb. 1582, † 1620, Nonne
- Maximilian Ernst, geb. 1583, † 1616, [illegible]
- Margarete, geb. 1584, † 1611, Gem. 1599 K. Philipp III. von Spanien
- Leopold V., geb. 1586 Okt. 9, † 1632 Sept. 13, [illegible] Tirol, Gem. 1626 Claudia von Medici, † 1648
- Maria Magdalena, geb. 1587, † 1631, Gem. 1608 Großh. Cosimo II. von Toscana
- Konstantia, geb. 1588, † 1631, Gem. 1605 K. Sigismund III. von Polen
- Karl, geb. 1590, † 1624 Dez. 26, B. von Breslau und Brixen, [illegible]

Kinder Ferdinands II.:

- Johann Karl, geb. 1605, † 1619, verlobt mit [illegible]
- Ferdinand III., geb. 1608 Juli 13, † 1657 Apr. 2; 1. Gem. 1631 Maria Anna von Spanien, † 1646; 2. Gem. 1648 Maria Leopoldine von Tirol, † 1649; 3. Gem. 1651 Eleonore Gonzaga von Mantua, † 1686 [illegible]
- Maria Anna, geb. 1610, † 1665, Gem. 1635 Maximilian von Bayern
- Cäcilia Renata, geb. 1611, † 1644, Gem. 1637 K. Wladislaw von Polen
- Leopold Wilhelm, geb. 1614 Jan. 6, † 1662 Nov. 20, B. v. Passau, Straßburg, Halberstadt, Breslau, Hochm. d. Deutschen Ordens, Statthalter d. Niederl. 1647—1656

Kinder Leopolds V.:

- Ferdinand Karl, geb. 1628 Mai 17, † 1662 Dez. 30, Gem. 1646 Anna von Medici, † 1676 [illegible]
- Isabella Clara, geb. 1629, † 1685, Gem. 1649 Herzog Karl III. von Mantua, † 1665
- Sigismund Franz, geb. 1630 Nov. 28, † 1665 Juni 25, B. von Augsburg, Gurk, Trient, 1662 Landesfürst von Tirol, [illegible]
- Maria Leopoldine, geb. 1632, † 1649 Aug. 7, Gem. 1648 K. Ferdinand III.

Kinder Ferdinands III.:

- (1) Ferdinand IV., geb. 1633 Sept. 8, † 1654 Juli 9, K. von Böhmen 1646 Aug. 15, K. von Ungarn 1647 Juni 16, röm. K. 1653 [illegible] gekr. Juni 18
- (1) Maria Anna, geb. 1634, † 1696 Mai 16, Gem. 1649 Nov. 8 K. Philipp IV. von Spanien
- (1) Leopold I., geb. 1640 Juni 9, † 1705 Mai 5, K. von Ungarn 1655 Juni 27, K. von Böhmen 1656 Sept. 14, Kaiser 1658 Juli 18, gekr. Aug. 1; 1. Gem. 1666 Dez. 5 Margarete v. Spanien, † 1673 März 12; 2. Gem. 1673 Okt. 15 Claudia Felicitas v. Tirol, † 1676 Apr. 8; 3. Gem. 1676 Dez. 14 Eleonore Magdalene v. Pfalz-Neuburg, † 1720 Jan. 19
- (2) Karl Josef, geb. 1649 Aug. 7, † 1664 Jan. 27, Hochm. d. Deutsch. Ord., B. von Passau und Olmütz
- (3) Eleonore, geb. 1653 Mai 21, † 1697 Dez. 17; 1. Gem. 1670 K. Michael von Polen, † 1673; 2. Gem. 1678 Febr. 6 Herz. Karl Leopold von Lothringen, † 1690 April 18
- (3) Maria Anna, geb. 1654 Dez. 30, † 1689 Sept. 4, Gem. 1678 Okt. 25 Johann Wilhelm von Pfalz-Neuburg

Kinder Ferdinand Karls:

- Claudia Felicitas, geb. 1653 Mai 30, † 1676 April 8, Gem. 1673 K. Leopold
- Magdalena, geb. 1656, † 1669

Kinder Leopolds I.:

- (1) Ferdinand Wenzel, geb. 1667 Sept. 28, † 1668 Jan. 13
- (1) Maria Antonia, geb. 1669 Jan. 18, † 1692 Dez. 24, Gem. 1685 Juli 15 Kurf. Max Emanuel von Bayern
- (1) Joh. Leopold, geb. und † 1670
- (1) Maria Anna Antonia, geb. und † 1672
- (2) Anna Sophia, geb. 1674, † 1674
- (2) Maria Jos. Clementine, geb. 1675, † 1676
- (3) Josef I., geb. 1678 Juli 26, † 1711 April 17, K. v. Ungarn 1687 Dez. 9, röm. K. 1690 Jan. 24, gekr. Jan. 26, Kaiser 1705, Gem. 1699 Amalie Wilhelmine von Braunschweig, † 1742 April 10
- (3) Christine, geb. u. † 1679
- (3) Maria Elisabeth, geb. 1680, † 1741 Aug. 26
- (3) Leopold, geb. 1682, † 1684 Aug. 3
- (3) Maria Anna, geb. 1683 Sept. 7, † 1754, Gem. 1708 K. Johann V. von Portugal
- (3) Maria Theresia, geb. 1684, † 1696
- (3) Karl VI., geb. 1685 Okt. 1, † 1740 Okt. 20, K. von Spanien 1703—1714, Kaiser 1711 Okt. 12, Gem. 1708 Elisabeth Christine von Braunschweig, † 1750 Dez. 21
- (3) Maria Josefa, geb. 1687, † 1703
- (3) Maria Magdalena, geb. 1689, † 1743
- (3) Maria Margarete, geb. 1690, † 1691

---

[1] Vgl. [illegible], Stammtafel zur Gesch. [illegible] [illegible] die in älter [illegible] [illegible]



III. Die deutsche und spanische Linie der Habsburger,

ihre verwandtschaftlichen Beziehungen und die spanische Erbfolgefrage [1]

Maximilian I. † 1519
1. Gem. Maria v. Burgund

Philipp I. † 1506
Gem. Johanna v. Castilien
† 1555

Karl V. (I.)
geb. 1500, † 1558
Gem. 1526 Isabella von Portugal

Ferdinand I.
geb. 1503, † 1564
Gem. 1521 Anna von Böhmen und Ungarn

Philipp II. von Spanien
geb. 1527, † 1598
3. Gem. Isabella von Valois
4. Gem. 1570 Anna, Tochter Maximilians II.

Maria
geb. 1528, † 1603
Gem. K. Maximilian II.

Maximilian II.
geb. 1527, † 1576
Gem. 1548 Maria von Spanien, Tochter Karls V.

Ferdinand von Tirol
† 1595

Karl von Steiermark
geb. 1540, † 1590
Gem. Maria von Bayern

(3) Isabella Clara Eugenia geb. 1566, † 1633
Gem. Albrecht von Österreich

(3) Katharina
geb. 1567, † 1597
Gem. Karl Emanuel von Savoyen
† 1630

(4) Philipp III.
geb. 1578, † 1621
Gem. 1599 Margarete, Tochter Karls von Steiermark

Anna
geb. 1549, † 1580
Gem. 1570 K. Philipp II. von Spanien

K. Rudolf II.
† 1612

Elisabeth
geb. 1554, † 1592
Gem. K. Karl IX. von Frankreich

K. Matthias
† 1619

Albrecht
geb. 1559, † 1621
Gem. 1599 Isabella Clara Eugenia von Spanien

K. Ferdinand II.
geb. 1578, † 1637
1. Gem. 1600 Maria Anna von Bayern

Gregoria Maximiliana
geb. 1581, † 1597
verlobt mit K. Philipp III.

Margarete
geb. 1584, † 1611
Gem. 1599 K. Philipp III. von Spanien

V.-Amadeus I. von Savoyen
1630—1637

Anna
geb. 1601, † 1666
Gem. 1615 K. Ludwig XIII. v. Frankreich

Philipp IV.
geb. 1605, † 1665
1. Gem. 1615 Isabella v. Bourbon
2. Gem. 1649 Maria Anna von Österreich

Maria Anna
geb. 1606, † 1646
Gem. 1631 K. Ferdinand III.

K. Ferdinand III.
geb. 1608, † 1657
1. Gem. 1631 Maria Anna von Spanien, † 1646

Maria Anna
geb. 1610, † 1665
Gem. 1635 Kurfürst Maximilian von Bayern

Karl Emanuel II. von Savoyen
1637—1675

K. Ludwig XIV. von Frankreich
geb. 1638, † 1715
Gem. 1660 Maria Theresia, Infantin
† 1683

(1) Balthasar
geb. 1629, † 1646
verlobt mit Maria Anna, Tochter Ferdinands III.

(1) Maria Theresia geb. 1638, † 1683 Gem. 1660 K. Ludwig XIV. von Frankreich

(2) Margareta
geb. 1651, † 1673
Gem. 1666 K. Leopold I.

(2) Karl II.
geb. 1661, † 1700
1. Gem. 1679 Marie Luise von Orléans
† 1689
2. Gem. 1690 Maria Anna von Pfalz-Neuburg

Ferdinand IV.
geb. 1633,
† 1654

Maria Anna
geb. 1635, † 1696
Gem. 1649 K. Philipp IV. von Spanien
† 1665

K. Leopold I.
geb. 1640, † 1705
1. Gem. 1666 Margarete von Spanien † 1673
3. Gem. 1676 Eleonore Magdalena von Pfalz-Neuburg † 1720

Kurf. Ferdinand Maria von Bayern
geb. 1636, † 1679
Gem. Adelheid v. Savoyen

Viktor Amadeus II. von Savoyen
1675—1730

Ludwig, Dauphin,
geb. 1661, † 1711
Gem. 1680 Maria Anna von Bayern

(1) Maria Antonia
geb. 1669, † 1692
Gem. 1685 Max Emanuel v. Bayern

(3) K. Josef I.
geb. 1678,
† 1711

(3) K. Karl VI.
geb. 1685,
† 1740

Kurf. Max Emanuel von Bayern
geb. 1662, † 1726
Gem. 1685 Maria Antonia, Tochter K. Leopolds I.

Philipp V.
geb. 19. Dez. 1683
Herzog von Anjou
1700 König v. Spanien

Josef Ferdinand
geb. 1692, † 1699

[1] Hier sind nur jene Persönlichkeiten aufgenommen, die für die verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Linien und die spanische Erbfolge Bedeutung besitzen.

II. Die spanischen Habsburger des 17. Jahrhunderts

Philipp II.
geb. 1527, † 1598 Sept. 13
4. Gem. 1570 Anna, Tochter Maximilians II., † 1580

Philipp III.
geb. 1578, † 1621 März 31
Gem. 1599 Maria Margareta, Tochter Karls von Steiermark,
† 1611 Okt. 3

Anna
geb. 1601, † 1666 Jan. 20
Gem. 1615 K. Ludwig XIII. von Frankreich

Philipp IV.
geb. 1605 April 8, † 1665 Sept. 17
K. 1621
1. Gem. 1621 Isabella von Bourbon, † 1644
2. Gem. 1649 Nov. 8 Maria Anna, Tocht. Ferdinands III., † 1696 Mai 16

Maria Anna
geb. 1606, † 1646 Mai 13
Gem. 1631 K. Ferdinand III.

Karl
geb. 1607
† 1632

Ferdinand
geb. 1609, † 1641
Kardinal und EB. von Toledo

Kinder Philipps IV.:

unehel. Juan
geb. 1629, † 1679 Sept. 17

(1) Balthasar Karl, geb. 1629, † 1646 Okt. 9
verlobt m. Maria Anna, Tochter K. Ferdinands III.

(1) Maria Theresia
geb. 1638 Sept. 20, † 1683 Juli 30
Gem. 1660 Juni 9 K. Ludwig XIV. von Frankreich

(2) Margareta
geb. 1651 Juli 12, † 1673 März 12
Gem. 1666 Dez. 5 K. Leopold I.

(2) Philipp Prosper
geb. 1657, † 1661 Nov. 1

(2) Karl II.
geb. 1661 Nov. 6, † 1700 Nov. 1
1. Gem. 1679 Marie Luise von Orleans, † 1689 Febr. 12
2. Gem. 1690 Maria Anna von Pfalz-Neuburg, † 1740 Juli 16

Spanien [1]

1653 März 13 — 1660 Nov. 24 Johann Maximilian Graf Lamberg
1662 Sept. 30 — 1674 März 28 Franz Eusebius Graf Pötting
1673 Aug. 1 — 1677 Jan. Ferdinand Bonaventura Graf Harrach
1676 Aug. 4 — 1679 (?) Paul Sixt Graf Trautson
1680 Febr. 20 — 1682 Febr. Otto Heinrich Marchese di Grana
1682 April 20 — 1690 April Franz Heinrich Graf Mansfeld
1690 April — 1697 März 9 Wenzel Graf Lobkowitz
1698 Jan. 7 — 1700 Nov. 18 Alois Graf Harrach

Türkei

Residenten bei der Hohen Pforte:

1648 Juli 3 — 1665 Nov. 10 Simon Reniger v. Reningen [2]
1665 Sept. 15 — 1672 April 25 Johann Baptist Casanova
1672 April 26 — 1678 Dez. 14 Johann Christoph v. Kindsperg [3]
1678 Dez. 15 — 1679 Sept. 10 Peter Franz Hoffmann als Internuntius
1679 Juli 29 — 1680 Jan. Johann K. Terlingo Gereno von Gußmann
1680 März 24 — 1683 Jan. Christoph von Kunitz
1699 Sept. 24 — 1701 Jan. Wolfgang Graf Oettingen als a. o. Botschafter

1) In dieser Liste erscheinen nur die ordentlichen Botschafter am spanischen Hofe.
2) Vgl. Veltzé, Die Hauptrelation Simon Renigers, Mitt. des Kriegsarchivs N. F. (1900) XII, 59 ff.
3) Vgl. K. v. Peez, Joh. Christoph v. Kindsperg, Mitt. d. Instituts XXXVIII, 122 ff.

Verzeichnis der Namen

Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten, A. bedeutet Anmerkung

Berichtigungen

Seite 162 Zeile 15 von Aachen statt in Aachen
Seite 211 Zeile 14 von unten Gyalu statt Gyula
Seite 230 Zeile 7 von unten, 261 Zeile 5 und 262 Zeile 13 Csakaturn statt Czakaturn
Seite 361 Zeile 1 von unten Szarvas statt Szarvár
Seite 364 Zeile 10 von unten Csáky statt Czáky
Seite 416 Anm. 2 Ötisheim statt Ötisbach
Seite 528 Zeile 8 von unten Paul Esterházy statt Nikolaus E.
Seite 582 Zeile 12 ein statt eine

Druck von Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha

